HANDBUCH DER POLITIK

Der Weltkrieg



Handbuch der Politik

Zweiter Band:

Der Weltkrieg

Handbuch der Politik

Dritte Auflage

Herausgegeben

von

Dr. Gerhard Anschütz
Geheimer Justizrat, o. Professor der Rechte an der Universität Heidelberg

Dr. Fritz Berolzheimer
Vorsitzender der Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Berlin

Dr. Georg Jellinek †
Geheimrat, o. Professor der Rechte an der Universität Heidelberg

D. Dr. Max Lenz
Geheimer Regierungsrat, o. Prof. der Geschichte an der Universität Hamburg

Dr. Franz v. Liszt †
Geheimer Justizrat, o. Professor der Rechte an der Universität Berlin

Dr. Georg v. Schanz
Geheimer Rat, o. Professor der National-ökonomie an der Universität Würzburg

Dr. Eugen Schiffer
Wirkl. Geheimer Rat, Reichsjustiz-minister a. D., Berlin

D. Dr. Adolf Wach
Wirkl. Geheimer Rat, o. Professor der Rechte an der Universität Leipzig

---

Zweiter Band

Der Weltkrieg

Berlin und Leipzig
Dr. Walther Rothschild
1920

Der Weltkrieg

Herausgegeben

von

Dr. Gerhard Anschütz
Geheimer Justizrat, o. Professor der Rechte an der Universität Heidelberg

Dr. Fritz Berolzheimer
Vorsitzender der Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Berlin

Dr. Georg Jellinek †
Geheimrat, o. Professor der Rechte an der Universität Heidelberg

D. Dr. Max Lenz
Geheimer Regierungsrat, o. Prof. der Geschichte an der Universität Hamburg

Dr. Franz v. Liszt †
Geheimer Justizrat, o. Professor der Rechte an der Universität Berlin

Dr. Georg v. Schanz
Geheimer Rat, o. Prof. der National-ökonomie an der Universität Würzburg

Dr. Eugen Schiffer,
Wirkl. Geheimer Rat, Reichsjustiz-minister a. D., Berlin

D. Dr. Adolf Wach
Wirkl. Geh. Rat, o. Professor der Rechte an der Universität Leipzig

---

Mit zwei Karten

Berlin und Leipzig
Dr. Walther Rothschild
1920

Die Schriftleitung besorgte Dr. Fritz Berolzheimer, Berlin.

Druck des Torgauer Druck- und Verlagshauses G. m. b. H.

Inhaltsverzeichnis.

HANDBUCH DER POLITIK.

Zweiter Band.

Der Weltkrieg.

1. Hauptstück. Die Gegensätze der Mächte vor dem Weltkrieg.

2. Hauptstück. Die Kriegführung.

3. Hauptstück. Der Wirtschaftskrieg und die wirtschaftliche Abwehr.

4. Hauptstück. Die Revolution in Deutschland.

5. Hauptstück. Die Friedensbedingungen.

6. Hauptstück. Weltherrschaftsfragen nach dem Frieden.

Erstes Hauptstück.

Die Gegensätze der Mächte vor dem Weltkrieg.

1. Abschnitt.

a) Deutschlands Machtstellung vor dem Kriege.

Von Geheimrat D. Dr. jur. h. c. et phil. **Dietrich Schäfer,**
o. Professor der Geschichte an der Universität Berlin.

Die Machtstellung eines Staates einwandfrei zu bestimmen, ist unmöglich. Allzu verschieden sind die Faktoren, die in Rechnung gezogen werden müssen, und allzu mannigfaltig die Gesichtspunkte, von denen aus die Dinge betrachtet werden können. Auch die bestüberlegte und gewissenhafteste Untersuchung ist nicht sicher, vor der Probe zu bestehen. Das hat soeben noch die 1914 erschienene ausgezeichnete Arbeit des Schweden Rudolf Kjellén „Die Grossmächte der Gegenwart" erfahren müssen. Mit ungewöhnlicher Sachkenntnis, Umsicht und Gedankenschärfe durchgeführt, hat sie den Ereignissen gegenüber doch nicht standgehalten. Hier hat sich eine Über-, dort eine Unterschätzung ergeben, so rückhaltlos die Urteilsfähigkeit des Verfassers auch anerkannt werden muss.

Die Macht eines Staates ruht auf leiblichen und geistigen, realen und ideellen, physischen und psychischen Grundlagen: Soweit sie zweiter Art sind, ist es üblich geworden, von Imponderabilien zu sprechen. Das Wort selbst lässt schon die Unsicherheit erkennen. Und doch ist die Tragfähigkeit der realen Unterlagen in hohem Grade von den Imponderabilien abhängig. Wohin man blickt, erheben sich Zweifel über die Durchführbarkeit so gestellter Aufgaben. Die Geschichte lehrt in zahllosen Beispielen, dass scheinbar bestbegründete Einschätzungen sich als irrig erwiesen.

Wenn man einen Versuch wagen will, so kann er nur mit der Besprechung der realen Grundlagen beginnen. Da kommt zunächst der Umfang des Staatsgebiets in Frage. Ohne einen gewissen Landbesitz hat noch nie ein Staat dauernde Machtstellung gewinnen können. Dass von kleinem Gebiet aus Herrschaft über die See geübt worden ist, wie von den phönizischen Städten, von Athen oder Rhodos im Altertum, von Venedig, Genua oder den Hansestädten im Mittelalter, von Holland in neuerer Zeit, beweist nicht das Gegenteil. Das Deutsche Reich umfasste vor dem Kriege in Europa 540 000 Quadratkilometer. Es stand damit als dritter in der Reihe der Staaten des Erdteils. Es wurde von Österreich-Ungarn um 130 000 Quadratkilometer übertroffen, vom Russischen

Reich allein in Europa um das Zehnfache, unter Einrechnung des mit dem europäischen in engstem Zusammenhang stehenden asiatischen Besitzes um mehr als das Vierzigfache. Auch wenn man allein die Landstrecken zum Vergleich heranzieht, die unter einigermassen gleichartigen geographischen Verhältnissen stehen, ist das räumliche Übergewicht Russlands doch noch ein Vielfaches. Dass das Deutsche Reich jedem der beiden Staaten an Macht überlegen war, wurde vorausgesehen und hat der Krieg bestätigt. Immerhin war bei einer Abschätzung die natürliche Verstärkung der Widerstandskraft zu berücksichtigen, die in der Weiträumigkeit des Russischen Reiches lag; dass diese andererseits die Angriffskraft schwächt, fällt doch weniger ins Gewicht.

Eine räumliche Überlegenheit bestand gegenüber Frankreich und Grossbritannien, gegen Frankreich nur in geringem, gegenüber Grossbritannien in beträchtlichem Ausmasse. Frankreich ist um 4000 Quadratkilometer kleiner als Deutschland, Grossbritannien und Irland machten nur knapp drei Fünftel des deutschen Flächeninhalts aus. Die Lage gewinnt aber sofort eine andere Gestalt, wenn man den überseeischen Besitz heranzieht. Da stehen den nicht ganz 3½ Millionen Quadratkilometern Deutschlands über 11 Millionen Frankreichs und erheblich mehr als 30 Millionen Englands zur Seite. Der Vorsprung dieser beiden Mächte ist einfach erdrückend gegenüber dem „nach der Weltherrschaft trachtenden“ Deutschland. Die geographischen Bedingungen sind in Bezug auf Bodenausstattung in Europa im Allgemeinen ungefähr die gleichen, nicht aber im Kolonialbesitz und erst recht nicht in Bezug auf die Lage. England und Frankreich verfügen über erheblich wertvollere Kolonien, und in Europa sind sie unvergleichlich viel günstiger gebettet als Deutschland.

Es ist ein Jahrtausend verflossen, seitdem das deutsche Volk begonnen hat, sich staatlich zu einigen. Es hat seitdem fast ununterbrochen unter der ungünstigen Lage seiner mitteleuropäischen Wohnsitze gelitten. Sie bietet gewisse Vorzüge für den Verkehr; aber sie gefährdet im höchsten Grade Deutschlands Sicherheit, ja seinen Bestand als einheitliches und selbständiges Reich. Kein grösserer europäischer Staat liegt gleich ungünstig. England ist rund herum, Frankreich auf zwei Seiten vom Meere geschützt. Gegen Spanien ist unser westlicher Nachbarstaat durch die hohe Gebirgsscheide der Pyrenäen gedeckt, gegen Italien durch die noch höhere der Westalpen. Die Übergänge über beide Grenzgebirge sind in Frankreichs Händen, nach der Schweiz zu schützt der Jura, gegen das Elsass die Vogesen. Nur der Nordosten des Landes liegt offen, was für Deutschland keinen grösseren Vorteil als für Frankreich selbst bedeutet. Gegen Russlands Macht fehlt Deutschland auch jeder natürliche Schutz. Österreich-Ungarn stand im letzten Menschenalter zu Deutschland in freundschaftlichen Beziehungen; die Tatsache, dass Deutschland auch nach dieser Seite hin einen der mächtigsten Staaten Europas zum Nachbarn hatte, wurde dadurch doch nicht aufgehoben. Es blieb bestehen, dass das Deutsche Reich unmittelbar umgeben war von den drei gewaltigsten Militärmächten des Erdteils, dass seine wichtigste Meeresfront England auf kurzer Entfernung gegenüber lag.

Mehr als der Flächeninhalt eines Staatsbesitzes hat dessen Bevölkerungszahl zu bedeuten. Sie gab Deutschland mit 65 Millionen die zweite Stelle in Europa. Allein das Russische Reich war ihm mit seinen 144 Millionen an Einwohnerzahl überlegen; Österreich-Ungarn stand ihm um 14, Grossbritannien mit Irland um 20, Frankreich gar um 26 Millionen nach. Gegenüber den beiden letztgenannten Staaten wurde das aber in hohem Grade, bei Grossbritanien weit mehr als vollständig wieder ausgeglichen durch den aussereuropäischen Besitz. Dort wohnten (Ägypten ungerechnet) über 379 Millionen englische, fast 57 Millionen französische Untertanen gegenüber etwas über 12 Millionen deutscher, darunter in den britischen Kolonien über 15 Millionen wirkliche Engländer! Auch Russland hatte ausserhalb Europas noch mehr als 36 Millionen Untertanen. Dass dieser Aussenbesitz nicht allein durch seine stofflichen Hilfsmittel, sondern auch durch seine Menschen schwer ins Gewicht fiel, weit schwerer, als es in Deutschland vielfach eingeschätzt worden ist, hat der Krieg erwiesen. Aussereuropäische weisse und farbige Briten, Russen und Franzosen haben mit der Waffe und als Arbeitskolonnen nicht nur zu Hunderttausenden, sondern zu Millionen in den Gang der Operationen eingegriffen. Durch die Beherrschung der See, für Russland durch den Landzusammenhang war die Verfügung über diese weiten Gebiete mit ihrem ungeheuren Menschenmaterial (insgesamt fast eine halbe Milliarde) völlig sicher gestellt, während Deutschlands junge Kolonien den Gegnern nur einen weiteren Angriffspunkt boten.

Es lag aber noch ein weiterer Grund der Schwäche in der Zusammensetzung der Bewohnerschaften. Frankreichs Bevölkerung war national restlos geschlossen, durch alte Einigung und gemeinsame geschichtliche Überlieferung so fest wie nur je die irgend eines anderen Staatswesens. Im britischen Europa löckten die Irländer wider den Stachel; aber man konnte sie so von jeder Verbindung mit dem Auslande abschliessen, dass ihre Widerwilligkeit eine unmittelbare schwerere Gefahr nicht darstellte. Die mancherlei Unstimmigkeiten, die im weiten britischen Kolonialreiche und in unabhängigen, aber unter britischem Einfluss stehenden Ländern (Ägypten, Afghanistan) herrschten, liessen sich aus gleichem Grunde deutscherseits nicht wirkungsvoll ausnutzen. Unter russischer Herrschaft standen allerdings zahlreiche Fremdvölker; aber soweit Neigung zur Auflehnung und Loslösung unter ihnen vorhanden war, ist sie doch erst durch die Revolution zu wirksamem Ausdruck gekommen; ziemlich drei Jahre folgte die ganze ungeheure Masse einem einheitlichen Willen. Allerdings musste die Erwägung einer solchen Möglichkeit bei der Einschätzung der Machtverhältnisse ihre Stelle finden.

Aber ihr standen andere noch bedenklichere Möglichkeiten auf deutscher Seite gegenüber.

Der einzige Bundesgenosse, auf den Deutschland mit einer gewissen Zuversicht rechnen konnte, war Österreich-Ungarn. Es setzte sich aus zwei Reichshälften zusammen, die doch mehr durch eine Vernunft-, als durch eine Herzensehe miteinander verbunden waren. Ungarn hatte sich mehr und mehr daran gewöhnt, der bestimmende Teil zu sein, vor allem die auswärtigen Beziehungen nach seinem Bedarf und Ermessen zu lenken. Schon lange vor dem Kriege konnte dem unbefangenen Beobachter kein Zweifel mehr bleiben, dass es durch sein Verhalten gegen Serbien und Rumänien in wirtschaftspolitischen Fragen schwere Gefahren heraufbeschwöre. In Österreich waren die Deutschen, in Ungarn die Magyaren das führende Volk; aber keine dieser beiden durch den Gang der Geschichte in diese Stellung hineingewachsenen Nationen bildete eine Mehrheit in ihrem Reichsteil, die Deutschen in Österreich nur ein starkes Drittel, die Magyaren in Ungarn noch nicht die Hälfte der Bevölkerung. Die Völkerschaften zweiter Ordnung ertrugen diese Vorrangstellung je nach ihrer Lage mit offenem oder verstecktem Widerwillen. Wo Nachbarstaaten sich an kaiserlich-königlichem Besitz zu erholen gedachten, wie an der italienischen, serbischen, rumänischen Grenze, fehlte es nicht an landesverräterischen Beziehungen herüber, hinüber. Serbien empfand die Okkupation und dann Annexion Bosniens als einen Raub an seinem Gut. Es ist kaum ein Zufall zu nennen, dass der Weltkrieg sich hier entzündete. Die Tschechen verlangten die Rechte der Wenzelskrone. Selbst für die Polen, die im österreichischen Reichsrat eine ausschlaggebende Stellung inne hatten, gab es eine Grenze für ihre Anhänglichkeit an die habsburgische Monarchie; sie war erreicht in dem Augenblick, wo sich die Möglichkeit bot, wieder einen selbständigen polnischen Staat aufzurichten. In dem Gegensatz der Ukrainer zu den Polen lag ein weiterer Konfliktsstoff. Jede Einschätzung der deutschen Machtstellung vor dem Kriege musste damit rechnen, dass die verbundene Monarchie nicht im Stande sein werde, eine ernste Machtprobe unerschüttert auszuhalten.

Für das Deutsche Reich lagen die Verhältnisse unvergleichlich viel günstiger, für den oberflächlichen Beschauer so günstig wie, abgesehen von Frankreich, für keinen andern europäischen Großstaat. Es hatte unter seinen 65 Millionen Bewohnern nur ungefähr 4 Millionen fremdstämmige. Die Deutschen sind unter allen europäischen Völkern das zahlreichste; auch wenn man Gross- und Kleinrussen (Ukrainer) zusammenwirft, behaupten sie diesen Platz. Andererseits hat allerdings kein europäisches Volk soviel Angehörige ausserhalb der Grenzen seines nationalen Staates wohnen, wie das deutsche; doch sind es immerhin noch über 60 Millionen, die im Reich zusammenleben, mehr Gleichartige als in irgend einem andern Lande, auch in Russland, wenn man Gross- und Kleinrussen auseinander hält. Aber nähere Betrachtung zeigt doch auch recht erschwerende Momente. Der Zahl nach fielen die fremdstämmigen nicht allzu sehr ins Gewicht. Aber Deutschlands mitteleuropäische Lage äusserte auch hier wieder ihre Wirkung, seine Lage und seine von ihm beeinflusste Geschichte. Alle unsere Fremdstämmigen hatten überlieferte nahe Beziehungen über die Reichsgrenzen hinaus. Die Polen im Osten trugen sich fortgesetzt mit Hoffnungen auf die Wiederaufrichtung ihres alten Reiches. Sie wohnten als preussische Untertanen ganz untermischt mit Deutschen; eine Grenzführung, die beide Völker säuberlich scheidet, ist völlig unmöglich. Es müssen

entweder Polen unter deutscher oder Deutsche unter polnischer Herrschaft leben. So bestand die Gefahr, dass eine Erfüllung der polnischen Hoffnungen unvermeidlich die Abtrennung von Millionen Deutscher vom Reiche nach sich ziehen müsse. Hier lag Deutschlands Schwäche gegenüber Russland, die ungeheuere Gefahr, die ein feindlicher Zusammenstoss mit diesem Nachbarn mit sich führen musste. Eine für Deutschland befriedigende, das deutsche Volk im Osten völlig sichernde Beantwortung der „polnischen Frage“ war überhaupt nicht denkbar, so lange es keine Polen gab, die bereit waren, sich einem deutschen Staate einzufügen. Dass sich solche finden würden, konnte vielleicht gehofft werden, war aber nach den gemachten Erfahrungen in höchstem Grade unwahrscheinlich, selbst wenn ihren nationalen Ansprüchen in Sprache und Recht in weitestem Umfange nachgegeben wurde.

Und ähnliche bedenkliche Verhältnisse gab es im Norden. Schleswig-Holstein war ein geographischer und historischer Begriff, der im Laufe eines halben Jahrtausends anerkannten Inhalt gewonnen hatte. Erst die letzten beiden Menschenalter hatten ihm eine sprachlich-nationale Nebenbedeutung gegeben. Nordschleswigs Städte waren zwar nicht weniger deutsch als dänisch, aber seine Landbevölkerung gehörte doch ganz überwiegend der letzteren Nationalität an. Die Verbindung mit dem Nachbarstaate wurde aufrecht erhalten, diesseits und jenseits der Königsau Hoffnungen auf einen Zusammenschluss genährt, wie er seit der Constitutio Waldemariana (1326) nicht mehr bestanden hatte. Es war nicht gerade wahrscheinlich, dass Dänemark sich an einem Kriege gegen Deutschland beteiligen werde; aber die Möglichkeit musste doch immer im Auge behalten werden, vor allem auch die, dass England, unter Umständen auch Russland, versuchen könnten, durch Missachtung der dänischen Neutralität diesen Staat in den Krieg hineinzuzwingen, was Deutschland zu einem Dreifrontenkrieg genötigt, auch der überlegenen englischen Seemacht eine für die deutschen Ostseeküsten höchst bedrohliche Operationsbasis in den dänischen Gewässern gegeben haben würde.

Ein weiteres Moment der Schwäche bildete das Reichsland. Nicht in dem Sinne, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die Loslösung von Deutschland erstrebt hätte. Wäre eine Volksabstimmung zugelassen worden, wie sie nach den festgelegten Grundsätzen des Waffenstillstandes hätte erfolgen müssen, sie wäre sicher nicht für Anschluss an Frankreich ausgefallen. Der ist durchgeführt worden durch nackten Rechtsbruch und offene Gewalt; durch freien Entschluss hätte sich Elsass-Lothringen mindestens für Selbständigkeit in luxemburgischem Sinne, vielleicht sogar für Autonomie im Zusammenhang mit dem Reiche entschieden. Aber ganz abgesehen von der Stimmung der Bevölkerung war das Reichsland ein wunder Punkt am Körper des Deutschen Reiches allein durch die Tatsache, dass Frankreich die Abtrennung nicht anerkennen wollte, im entscheidenden Teil seiner Bevölkerung sie fortgesetzt als eine Verletzung seiner Ehre und seines Rechts empfand. Darin lag eine ständige Bedrohung des Friedens, mit der Deutschland unausgesetzt rechnen musste, und die demgemäss auf seine internationale Stellung drückte, ihm Massnahmen und Rücksichten auferlegte, die seine Bewegungsfreiheit hinderten.

Es gab aber noch andere Verhältnisse in der Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung, die Gefahren in sich bargen. Das Deutsche Reich war zusammengewachsen aus Einzelstaaten, die zwar keine unbeschränkte Selbständigkeit genossen, doch aber in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten so frei gewesen waren, dass sie dem Zusammenschluss fast ausnahmslos grösseren oder geringeren Widerstand entgegen gestellt hatten. Soweit ihre Landesherren in Frage kamen, hat das im Laufe der 43 Jahre, in denen das Reich ungestört hat bestehen können, einer anderen Auffassung Platz gemacht. Waren sie früher die entscheidenden Hindernisse der Einigung gewesen, so hatten sie jetzt gelernt, die Deckung ihrer Stellung gerade in dieser Einheit zu erblicken. Sie fühlten sich mit ihr unauflöslich verwachsen. Anders doch die Landesangehörigen der einzelnen Staaten. Deutschland hat einmal eine Zeit erlebt, in der die erlangte Reichseinheit unter Königen und Kaisern einigend und ausgleichend auf die Stämme gewirkt hat. Sie liegt mehr als 600 Jahre zurück. Seitdem hat das Volk der europäischen Mitte nur noch die staatliche Zersplitterung gekannt; langsam und nicht ohne Gegenschläge war eine sprachliche und dadurch geistige Einheit erwachsen. Staatlich aber empfand der Deutsche zunächst nur

für die Sonderbildung, der er angehörte, und die Macht besass, ihn zu Leistungen heranzuziehen. Der Begriff des Reiches ist zwar nie völlig in Vergessenheit geraten, hat aber durch den ganzen Lauf der Jahrhunderte im Denken und Empfinden des Deutschen nur eine recht untergeordnete Rolle gespielt. Der Zusammenhang war ein allgemein geistiger, auf Sprache und Bildung begründeter, kein staatlicher, nach aussen wirksamer, demgemäss auch nicht an solche Wirksamkeit gewöhnt, nicht von ihrer Notwendigkeit überzeugt und zu Opfern für sie bereit.

Die Aufrichtung des neuen Reiches hat das geändert. Aber es hat nicht Zeit gehabt, sich einzuleben. Dafür genügt ein Menschenalter nicht; es gehören Jahrhunderte dazu. Um solche Zeiträume waren uns Engländer und Franzosen voraus. Sie sind nicht von allem Anfang an fester geeinigt gewesen als wir; sie verdanken diesen Vorteil dem glücklicheren Verlauf ihrer Geschichte. Von dem Augenblicke an, wo diese Völker national geschlossen, ihre Dynastieen gefestigt waren, haben sie versucht und verstanden, die deutsche Kleinstaaterei zu benutzen als Hebel ihrer Macht. Die „deutsche Freiheit", die libertas Germaniae ist eine Erfindung der französischen Staatsmänner, die seit Heinrich IV., Richelieu, Mazarin unter dieser Losung jeden Versuch, Deutschland zu einigen, bekämpft haben. Ludwig XIV., die Revolution, Napoleon und nach ihnen die Restauration, das Julikönigtum, Napoleon III. haben diese Versuche unentwegt fortgesetzt. So ist es, wie der Tag lehrt, unerschütterliche Überzeugung des ganzen französischen Volkes geworden, dass es für Frankreich kein grösseres Unglück gäbe als Deutschlands Einheit. Leider hat es für diese Auffassung zu allen Zeiten grösseres oder geringeres Verständnis innerhalb unseres Volkes gefunden. Es schien verschwunden, als der Krieg ausbrach. Aber die Gegner rechneten richtig, als sie an der Hoffnung festhielten, es wieder wecken zu können, und daher beharrlich ihre Agitation auf diesen Punkt richteten. Sie konnte nicht, wie in früheren Zeiten, Erfolg haben in der Form des Herüberziehens deutscher Regierungen; aber die Sonderneigungen der Landesbevölkerungen und dann der Parteigeist, den echt deutsche Verbissenheit beseelte, öffneten doch genügende Lücken für zersetzende Hetzarbeit. Der Geist des August 1914 hat sie zeitweilig überdeckt; aber wer sich gewöhnt hatte, die Lage der Völker im grossen geschichtlichen Zusammenhange zu überschauen, konnte sich der Sorge nicht entschlagen, ob der im Reich für deutsche Einheit gewonnene Boden sich unter langen und schweren Belastungsproben dauernd tragfähig erweisen werde. Bei einer Einschätzung der deutschen Machtstellung durfte dieser Zweifel nicht gänzlich ausgeschaltet werden.

Flächeninhalt und Bevölkerungszahl sind beim Vergleich der Staaten leicht anwendbare Massstäbe. Ihre Geltung hat aber schwer zu bestimmende Grenzen in den Verschiedenheiten, die in beiden, an sich leicht zu übersehenden Verhältnissen fast naturnotwendig beschlossen sind. Die Bedeutung der Fläche hängt ab von der Leistungsfähigkeit des Bodens, die der Bewohnerzahl nicht allein, wie dargelegt, von ihrer Zusammensetzung, sondern auch von ihrem körperlichen und geistigen Entwicklungsstande.

Deutschlands Boden kann im Allgemeinen mit dem Frankreichs und Englands in Vergleich gestellt werden. Er ist wohl mit grösseren Flächen von geringer Verwendbarkeit belastet, geniesst auch nicht ganz die Gunst des Klimas, dessen Europas Westen sich erfreut, steht ihm aber im Anbau, in tatsächlicher Verwertung nicht nach. Gegenüber Frankreich tritt das schon durch die grössere Bevölkerungsdichte in die Erscheinung, 120 auf den Quadratkilometer gegenüber 74. Diese Überlegenheit erklärt sich nicht allein durch die zahlreichere Industrie- und Grosstadtbevölkerung; deutsche Arbeit gewinnt dem Boden trotz fraglicher Gleichwertigkeit tatsächlich höhere Erträge ab, als sie in Frankreich und England bräuchlich sind. Dass das im Vergleich zu Russland und Österreich der Fall ist, bedarf kaum der Erwähnung. Auch an Bodenschätzen stand Deutschland hinter England und Frankreich nicht nennenswert zurück, hatte vielleicht noch, wie z. B. in seinem Kali, einen Vorsprung. In der Eisenerzeugung, die allerdings nicht allein auf eigenen Erzen beruhte, hatte es England schon mehrere Jahre vor dem Kriege geschlagen, Frankreich längst aussichtslos hinter sich zurückgelassen.

Die Ausnutzung der Wohnsitze hängt in erster Linie an der Leistungsfähigkeit ihrer Bewohner. Unsere Zeit redet viel von Völkerpsychologie; den Beweis, dass sie auf diesem Gebiet zu besserer Einsicht gekommen, oder dass die vorhandene Erkenntnis mehr Gemeingut geworden wäre als früher, ist sie bisher noch schuldig geblieben. Bis zu einem gewissen Grade wird dieser

Fortschritt auch gehindert durch die neuzeitliche Gleichmässigkeit zwar nicht der Kultur, aber der Zivilisation, der äusseren Gebarung. Sie verdeckt die tiefer liegenden Eigenschaften, die doch für den Kulturwert eines Volkes und seine dauernden Leistungen ausschlaggebend sind. Im Wirtschaftsleben der Völker hat das Jahrtausend, das verflossen ist, seitdem eine christliche Gesamtkultur sich über das Abendland verbreitete, besondere Anlagen und Begabung einzelner Nationen nicht zur Erscheinung gebracht. Der Wechsel ihrer Bedeutung in Erzeugung und Verkehr erklärt sich aus dem Wandel der staatlichen Verhältnisse, vor allem der internationalen Machtstellung. Nacheinander haben Skandinavier, Hansen, Niederländer, Engländer eine Vorrangstellung zur See gehabt. Wenn ein Volk das andere ablöste, so beruhte das auf dem Nachdruck, mit dem das heimatliche Staatswesen helfen konnte, Vorsprung zu erringen und zu behaupten. Deutsche und Franzosen, Engländer und Skandinavier, auch Italiener, soweit sie unter langobardischem Einfluss gestanden haben, sind wirtschaftlich im Gesamtergebnis ihrer natürlichen Befähigung gleichwertig.

Deutschland hat eine mittelalterliche wirtschaftliche Blüte erlebt. Seine Städte und die grossartige, folgenreiche, im Mittelalter beispiellose Kolonisation, die ostwärts durchgeführt worden ist, sind davon Zeugnis. Es sind dann Jahrhunderte gekommen, in denen unser Vaterland ein Ausbeutungsgebiet der Fremden wurde. Besonders sind die zweihundert Jahre, die zwischen dem Westfälischen Frieden und der Begründung des Zollvereins liegen, für uns Deutsche Zeiten nicht nur staatlicher, sondern auch, im Gefolge davon, wirtschaftlicher Bedeutungslosigkeit gewesen. Wir sanken tief hinab unter die Stufe, die wir unserer Befähigung nach hätten einnehmen sollen. Das Zusammenwachsen zunächst zu wirtschaftlicher dann auch zu staatlicher Einheit, das sich im 19. Jahrhundert vollzog, hat uns wieder emporgehoben. Es war die unentbehrliche Ergänzung unserer geistigen Einheitlichkeit, ohne die das Wiedererstarken, das wir erlebt haben, nicht denkbar gewesen wäre. Deutschland ist herrlich emporgeblüht. Es hat nie eine so glänzende Zeit erlebt, wie die, welche zwischen dem Frankfurter Frieden und dem Ausbruch des Weltkrieges liegt. Wir stellten uns, wie nur je in der Vorzeit, wieder neben die Völker des Erdballes, brauchten den Vergleich mit ihnen kaum nach irgend einer Richtung zu scheuen. Es ist eine der traurigsten Erscheinungen der unmittelbaren Gegenwart, dass verantwortliche Machthaber sich hinreissen liessen, diese Zeit mit Schmähungen des alten Regiments abzutun.

Es bedarf kaum eines Hinweises, dass im Geistesleben der Völker der Deutsche nie zur Minderwertigkeit herabgesunken ist. Die Führung hat auch hier gewechselt. Die Angelsachsen haben als Nachfolger der Irländer ihre Festlandsmission gehabt, die Franzosen ihre Kirchenreform, die Italiener sind tonangebend in der Renaissance geworden. Deutschland hat die Wirkungen dieser Strömungen erfahren, ihnen gegenüber aber seine Selbständigkeit behauptet. Es hat einen Luther hervorgebracht. Auf lutherischem Boden erwuchs die deutsche Klassizität des 18. Jahrhunderts; wir schenkten der Welt einen Goethe. Auch in unsern bösesten Tagen hatten wir einen Leibniz. Nirgends sind Christentum und Antike so innig mit dem überlieferten Volksgeist verschmolzen wie in unserer deutschen klassischen Bildung. Sie war durch unser vorbildliches Unterrichts- und Erziehungswesen Gemeingut deutschen Geisteslebens geworden; nicht Deutsche, sondern Fremde haben uns als Volk der Dichter und Denker gekennzeichnet. Geisteskultur ist uns in der Zeit der Befreiungskriege eine Quelle der Kraft geworden; es wäre nicht zu verstehen, dürften wir sie nicht auch als solche einschätzen für die Prüfung, die über uns verhängt worden ist. Nicht, dass sie uns gefehlt hätte, nein, dass staatliches Verstehen und Empfinden in seiner Entwicklung nicht gleichen Schritt mit ihr gehalten hatte, ist uns zum Verhängnis geworden.

So darf man sagen, dass die materiellen wie intellektuellen Grundlagen deutscher Macht trotz der angedeuteten Mängel und Schwächen denen keines anderen Staates nachstanden. Keiner wäre imstande gewesen, allein uns seinen Willen aufzuzwingen; jedem einzelnen wären wir gewachsen gewesen. Aber es bestand die Gefahr ihrer Verbindung. Wie weit unsere mitteleuropäische Lage sie besonders bedrohlich gestaltete, ist dargelegt worden. Beschworen werden konnte sie nur durch festeste und umsichtigste Führung. Was die Person des Lenkers für ein Staatswesen bedeuten kann, dafür fehlt es der Geschichte nicht an Beispielen. Uns liegt nahe das Beispiel des

Preussenkönigs und Gustaf Adolfs. Friedrich der Grosse hat an der Spitze seines kleinen und armen Staates allen festländischen Grossmächten standgehalten, Gustaf Adolf mit Machtmitteln, wie sie gleich gross einem deutschen Kurfürstentum zu Gebote standen, dem Siegeslauf unendlich überlegener Kräfte Halt geboten und bestimmend eingegriffen in den Gang deutscher, ja europäischer Geschichte. Es erhebt sich die Frage, wie Deutschlands gesammelte Kraft verwendet wurde, seine Geschicke zu lenken.

Trotz der glänzenden Erfolge im dänischen, österreichischen, französischen Kriege hatte die Lage des neuen Reiches ihre unleugbaren Schwierigkeiten. Es gibt noch heute Deutsche, die zur Freude des Auslandes die Politik des Reichsbegründers schmälen, weil sie mit Eisen und Blut gemacht worden sei; als wenn gegenüber der ausgesprochen einheitsfeindlichen Haltung Europas ein anderer Weg zum Ziele gangbar gewesen wäre! Um so erklärlicher ist es, wenn der neuen Macht, die sich auf solche Weise durchgesetzt hatte, überall draussen mit Misstrauen begegnet wurde. Es war bei den Einigungsbestrebungen viel von alter Kaiserherrlichkeit geredet worden. Wie, wenn der neue Staat den Gedanken des mittelalterlichen deutschen Reiches wieder aufnehmen würde! Zwar ist dieses Reich nie ein Erobererreich gewesen; die Staaten ringsherum, Frankreich und England, Ungarn, Böhmen und Polen, Dänemark und Schweden, waren es viel mehr. Aber das ist eine Wahrheit, die missleitete Geschichtsauffassung leider bis jetzt auch fast allen deutschen Köpfen verschlossen gehalten hat. Wie hätte sie Niederländer, Belgier und Schweizer, die einst ganz oder teilweis zum Reich gehört hatten, beruhigen können! Dazu wurden die Befürchtungen von auswärtigen Neidern geflissentlich genährt, und nicht nur von auswärtigen. Gibt es doch noch heute unwissende oder verlogene Deutsche, die nicht müde werden, dem Deutschland der Jahre 1871—1914 Eroberungsabsichten anzudichten.

In den genannten kleineren Staaten hat sich die öffentliche Meinung allmählich beruhigt. Aber das konnte an den vorhandenen grossen Gegensätzen nichts ändern. Elsass-Lothringen stand zwischen Frankreich und Deutschland, und es sollte sich bald zeigen, dass das seit dem Befreiungskriege bestehende gute Verhältnis zu Russland Schwierigkeiten in sich barg, die an die Oberfläche drängten. Bismarck hatte es verstanden, den französischen wie den österreichischen Krieg zum Abschluss zu bringen, ehe russische Vermittlung eingriff. Russlands wohlwollende Neutralität in beiden Kriegen hatte er vergolten mit der deutschen Beihilfe zur Lossagung des Zarenstaats von den Schwarze Meer-Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856. Aber Russland erwartete weitere Dienste. Es hatte Pläne gegen die Türkei. Bismarck ist ihm nicht in den Weg getreten; als nach dem Frieden von San Stefano 1878 England und Österreich das taten, machte er auf dem Berliner Kongress den ehrlichen Makler. Russland setzte aber nicht durch, was es gewollt hatte, und sein leitender Staatsmann Gortschakow, persönlich eifersüchtig auf die glänzenden Erfolge des jüngeren deutschen Kollegen, den er sich gewöhnt hatte, als seinen Zögling anzusehen, hatte nicht allzu grosse Mühe, die Schuld auf diesen zu wälzen. Bismarck sah sich genötigt, neben und als Ersatz des russischen einen österreichischen Strang aufzuziehen, indem er im Oktober 1879 das Bündnis mit der Donaumonarchie abschloss, das sich drei Jahre später durch den Beitritt Italiens zum mitteleuropäischen Dreibund erweiterte.

Bismarck hat es vortrefflich verstanden, auf den beiden Saiten zu spielen, zuletzt noch 1884 und 1887 im sogenannten Rückversicherungsvertrag, der österreichischer wie französischer Angriffslust Zügel anlegte. Es ward aber schwieriger und schwieriger, je mehr man an der Newa wie an der Seine sich gewöhnte, die überlieferte und im Krimkriege neu betätigte Gegnerschaft zu vergessen und die gemeinsame Hinderung durch die Mitte Europas in den Vordergrund der Erwägungen zu stellen. Sie wurde bestimmend, als nach Bismarcks Sturz der Rückversicherungsvertrag nicht erneuert und sogar eine Haltung angenommen wurde, die offene Feindseligkeit gegen den russischen Nachbarn nicht als ausgeschlossen erscheinen liess.

Inzwischen hatte sich die Lage auch in anderer Richtung erschwerend verschoben. Deutsche Machtentwicklung nach der Seeseite ist stets englischem Misstrauen begegnet. Die dürftigen Anfänge einer deutschen Flotte im Jahre 1848 hatte England mit Unwillen entstehen sehen, die Angliederung des meerumschlungenen Schleswig-Holstein an Preussen nur widerwillig zugelassen. Im deutsch-französischen Kriege hätte man an der Themse den deutschen Waffen weniger ent-

scheidende Erfolge gewünscht. Nun begann Deutschland sich wirtschaftlich mächtig zu entwickeln. Seine Produktionskraft drängte nach aussen. Man hört jetzt weise Leute sagen, Deutschland hätte keine Kolonie erwerben, keine Kriegsflotte bauen sollen; dann wäre es nie mit England in Konflikt geraten. Das heisst einen lebenskräftigen Baum beharrlich zurückschneiden, so dass er über eine Gartenzier der Zopfzeit nicht hinauswächst. Das deutsche Volk mehrte sich, wuchs in seiner Lebenshaltung und in jeder Form seiner Betätigung. Es konnte in seinen Grenzen nur bestehen, wenn es draussen Raum gewann für die Erzeugnisse seiner Arbeit und deren Erfordernisse ungehindert herbeibringen konnte. Die Engländer pochen auf ihren Freihandel, der jedem erlaubt, in ihrem weiten Herrschaftsgebiete zu kaufen und zu verkaufen, was er bringen oder haben mag. Es ist noch nicht so lange, dass sie Freihändler geworden sind; sie wurden es, als sie durch strengstes Schutzsystem gross geworden waren, fremde Arbeit zu ihrem Vorteil ausnützen konnten, irgendwelchen Wettbewerb nicht mehr glaubten fürchten zu sollen. Als das durch Deutschlands Emporsteigen anders wurde, trieben bei ihnen starke Strömungen ins alte Bett zurück. Der Weltkrieg hat zur schärfsten Abschliessung zurückgeführt. Deutschland sah sich nicht lange nach dem deutsch-französischen Kriege vor die Wahl gestellt: Entwicklung, soweit England sie zulassen mag, oder hinaus in die Welt mit deutschem Einfluss und deutscher Macht auf die Gefahr hin, sie gegen England durchsetzen zu müssen.

Die Antwort ist gefallen, wie sie hätte fallen müssen bei jedem Volke, das nicht allen Selbstbewusstseins bar war. Dem Fürsten Bismarck ist oft der Vorwurf gemacht worden, dass er in koloniale Bestrebungen nur zögernd und nicht mit dem nötigen Nachdruck eingetreten sei, gemacht worden wunderlicher Weise gerade von Gegnern jeder Machtpolitik. Sein Blick war aus preussisch-deutscher Tradition zunächst kontinental eingestellt; es war aber nicht allein das, was ihn zurückhielt, sondern die klare Erkenntnis, dass Auftreten über See zur Erschwerung der Beziehungen zu England führen werde. Deutschland war mit dem Verhältnis zu den beiden Festlandsmächten im Westen und Osten genügend belastet. Unter keinen Umständen wollte er den Schritt eher tun, als bis sein Volk bereit war, ihm zu folgen. Er hat das als gegeben angenommen zu einer Zeit, wo die Kolonialpolitik im Reichstag noch keineswegs eine s i c h e r e Mehrheit fand. Die erwarteten Folgen blieben nicht aus. Es gab Reibungen mit England. Bismarck hat sie zu glätten verstanden. Aber die Gefahr eines Zusammenschlusses der Mächte gegen das mit Naturnotwendigkeit emporstrebende Deutschland blieb bestehen. Kaum etwas anderes hat schwerer auf dem Reichsbegründer gelastet als der „Alpdruck der Koalitionen".

Seine überlegene Staatskunst hat sie zu vermeiden gewusst. Aber dieser Schutz ist dem deutschen Volke nicht erhalten geblieben.

Die nach seinem Sturze einsetzende Leitung hat vor allem durch ihr Schwanken und durch wiederholte impulsive Verstösse gefehlt. Seitdem das asiatische Vordringen der beiden Mächte einen englisch-russischen Gegensatz geschaffen hatte, war die britische Politik darauf bedacht gewesen, Preussen-Deutschland gegen das Moskowitertum auszuspielen. Im Prinzgemahl Albert hatten diese Bestrebungen einen eifrigen Vertreter gefunden und waren zur Zeit des Krimkrieges selbst vom Prinzen Wilhelm, unserem späteren Kaiser, vertreten worden. Es ist ein Hauptverdienst Bismarcks aus der Frankfurter Zeit, zur Ablehnung dieses Ansinnens erheblich beigetragen zu haben. Die Kaiserin Friedrich ist eine dauernde Fürsprecherin derartiger Wünsche am preussischen Hofe geblieben. Als die Leitung des Staates Bismarcks Händen entwunden war, sind sie zeitweilig ihrer Erfüllung bedenklich nahe gerückt. In der Schwenkung der Polenpolitik und im Zerschneiden des Drahtes nach Russland kommt das zum Ausdruck. Im Anschluss an den japanisch-chinesischen Frieden von Shimonoseki ist das Steuer plötzlich herumgeworfen worden. Deutschland hat sich unaufgefordert hinter Russland gestellt, sich dessen Einspruch gegen japanische Beherrschung des Gelben Meeres angeschlossen. Für Frankreich war das die gegebene Haltung, für Deutschland eine zwecklose Torheit. Guter Eindruck wurde in Russland nicht erzielt, die aufsteigende Macht des fernen Ostens unnötig verletzt.

Inzwischen war auch nach einer anderen Seite hin Bismarcks Bahn verlassen worden. Er hatte, indem er in koloniale Versuche eintrat, mit dem überlieferten überseeischen Gegensatz zwischen England und Frankreich gerechnet und sich nicht verrechnet. Auf der Kongo-Konferenz,

die von Mitte November 1884 bis gegen Ende Februar 1885 in Berlin tagte, konnte er die Ordnung der afrikanischen Angelegenheiten durch Zusammengehen mit Frankreich gegen England regeln, das nur widerwillig zur Teilnahme an den Verhandlungen gebracht worden war. Wie er nach Frankreichs Auftreten in Tunis Italien für den Dreibund hatte gewinnen können, so benutzte er jetzt Englands Vorgehen in Ägypten und andere englisch-französische Unstimmigkeiten zu einer Annäherung an Frankreich. Sie ist aufgegeben worden, als Caprivi, der Mann ohne Ar und Halm, die Kanzlerschaft übernommen hatte. Er vertrat die Anschauung: „Je weniger Afrika, desto besser" und setzte demgemäss den Jahresetat für Ostafrika von 3½ auf 2½ Millionen herab, ehe er noch im Reichstage eingebracht worden war. Wenige Monate nach seinem Eintritt in die Geschäfte legte er in Verträgen mit England die Abgrenzung von Deutsch-Ost- und Südwestafrika fest, deren keineswegs dringende Regelung besonnene Staatskunst auf Zeiten günstiger Gelegenheit verschoben hätte. Vor allem aber verzichtete er 1893 im Kamerun-Abkommen mit England für Deutschland auf die Gebiete des oberen Weissen Nils und des Gasellenflusses, von denen er wissen musste, dass sie seit der englischen Besetzung Ägyptens zwischen England und Frankreich streitig waren. Schon Deutschlands unmittelbares Interesse an der Stellung Englands in Ägypten hätte ihn abhalten müssen, sich so von Frankreich zu trennen. Als im Herbst 1898 Kitchener Pascha Kartum den Mahdisten wieder entriss und gleichzeitig der Franzose Marchand Faschoda am oberen Nil besetzte, trat der englisch-französische Gegensatz offen zutage. Frankreich wich zurück, weil ihm die deutsche Stütze fehlte. Es hätte Widerstand geleistet, hätte Deutschland mit ihm die Auffassung vertreten, dass Englands Stellung in Ägypten, das es ohnehin nur unter Vorbehalten verwaltete, ihm keineswegs einen Anspruch auf dessen Rechte im Süden gebe.

Die deutsche Politik hatte aber inzwischen zum zweiten Male ins Kielwasser der englischen hinübergelenkt. Der Abwendung von England, die im Anschluss an Russland gegenüber Japan im April 1895 lag, war im Januar des nächsten Jahres das Krüger-Telegramm gefolgt und hatte, wie vorauszusehen war, die britische öffentliche Meinung gewaltig erregt. Die oft wiederholte Äusserung der Saturday-Review: Germaniam esse delendam, die zum ersten Male nachdrücklichst auf den deutschen Handel als Siegesbeute hinwies, ist der bekannteste Beleg dafür. Englische Klugheit hat aber Deutschland nicht nur ungefährlich zu machen, sondern auch zu gewinnen gewusst, so lange es seine Pläne gegen die Buren nicht zur Ausführung gebracht hatte. Es wurde dem deutschen Vetter eine Teilung der portugiesischen Kolonien für den Fall ihrer Liquidation vorgespiegelt. Der Abschluss des Vertrages fällt in die Faschodazeit. Es ist völlig ausgeschlossen, dass Englands Staatsleiter jemals daran gedacht haben, Deutschland zum Herren von Besitz zu machen, der einem Lande gehörte, das seit 200 Jahren britischer Vasallenstaat war. England war sicher, dass es zu der vorgesehenen Liquidation nicht kommen werde; es hatte sie ja völlig in der Hand. Es war aber ein ausgezeichnetes Mittel, die deutsche Politik während des Burenkrieges zu einer Haltung zu bringen, die zum Krüger-Telegramm in wunderlichem Gegensatz stand, und so auch eine Einmischung der Grossmächte zu verhüten. Zugleich gewann man eine vortreffliche Handhabe, die hinterhaltige Begehrlichkeit deutscher Politik überall da gebührend zu kennzeichnen, wo das angezeigt sein mochte. Bis unmittelbar an den Ausbruch des Weltkrieges hat England diesen Köder mit Erfolg verwenden können; Lichnowskys bekannte Auslassungen sind dafür nicht der einzige Beleg.

Der Burenkrieg war noch nicht beendet, als in China der Boxeraufstand ausbrach. „Die Völker Europas wahrten ihre heiligsten Güter", indem sie die Ordnung wieder herstellten, wobei aber die Japaner als Mitwirkende zugelassen wurden. Russlands mandschurische Stellung wurde bedenklich verstärkt; es übernahm selbst die „stetige Bedrohung Pekings", die ihm Anlass gewesen war zum Einspruch gegen den Frieden von Shimonoseki. England kam wieder auf den Gedanken zurück, Deutschland gegen Russland zu gebrauchen. Wer die verschiedenen Versuche, die zu Bismarcks Zeiten und später gemacht worden sind, zu einem deutsch-englischen Bündnis zu gelangen, zu beurteilen unternimmt, ohne sich zu vergegenwärtigen, dass dies Englands alleiniges und ausschliessliches Ziel war, greift unrettbar fehl. Im Oktober 1900 kam es zu einem deutsch-britischen Abkommen, das die gemeinsame Sicherung der Integrität Chinas zum Gegenstand hatte. Als es galt, die Mandschurei gegen Russland zu decken, erwies es sich als nicht anwendbar;

über die Zugehörigkeit dieses Stammlandes der chinesischen Dynastie zum Reiche des Himmels war man nicht derselben Meinung. Im Januar 1901 starb Kaiserin und Königin Viktoria; Eduard VII trat an ihre Stelle. Ein Jahr später schloss Grossbritannien ein Bündnis mit Japan. Das asiatische Inselreich hat dann die Rolle übernommen, die Deutschland zugedacht war.

Seitdem ist das Netz dichter und dichter gesponnen worden, mit dem Deutschland inmitten der Welt der Mächte umstrickt wurde und sich umstricken liess. Eduard VII. wusste nacheinander Frankreich und Russland zu gewinnen. England behielt im Abkommen von 1904 Ägypten mit seinen Nebenländern, liess aber Frankreich nördlich und südlich der Sahara in Afrika vollkommen freie Hand, so dass es vom Mittelmeer bis zum Kongo hin ein gewaltiges Kolonialreich aufbauen konnte, in das der englische und der deutsche Besitz wie Enklaven eingeschlossen waren. In allen anderen zwischen den beiden Mächten schwebenden kolonialen Fragen ward eine Verständigung erzielt. Im nächsten Frühling stieg Kaiser Wilhelm auf seiner Mittelmeerfahrt in Tanger an Land. Er betonte beim Empfang durch den Onkel des Sultans die Unabhängigkeit Marokkos; ein Jahr später erlitt jedoch Deutschland in Algesiras eine vollkommene diplomatische Niederlage. Abgesehen von Österreich-Ungarn wandten sich alle vertretenen Mächte gegen Deutschlands Auffassung. Es wurden Bestimmungen getroffen, die dem Wortlaut nach die Gleichberechtigung aller festlegten, die „friedliche Durchdringung" seitens Frankreichs zu hindern aber wenig genug geeignet waren.

Schon im nächsten Jahre (1907) folgte Englands Verständigung mit Russland. Zum überlieferten Bestand englischer Staatskunst gehörte die Aufgabe, die Türkei gegen die Angriffe dieser Macht tunlichst zu decken. Die Weisheit, die so vielen englischen Staatsmännern, zuletzt noch 1878, Richtschnur gewesen war, wurde zum alten Eisen geworfen. England entschloss sich, das zur Beherrschung des Weges nach Indien aus dem Besitz der Türkei Nötige selbst in die Hand zu nehmen, was nicht erreichbar war, wenn man nicht auch Russland seinen Teil an der Beute gönnte. So verständigte man sich mit dem Moskowiter über die asiatischen Fragen. Persien lag im Griff beider Mächte. Es wurde in eine nördliche russische und eine südliche britische Interessensphäre geteilt, die durch eine neutrale Zone getrennt waren. Wie das Land dann Ausbeutungsobjekt geworden ist, darüber hat der Amerikaner Morgan Schuster, der zeitweilig die Finanzverwaltung leitete, alle, die es wissen wollen, genügend unterrichtet.

Wenn England auf einem der wichtigsten Arbeitsgebiete seiner auswärtigen Politik neue Wege einschlug, so hatte das seinen vornehmsten Grund im Auftreten Deutschlands auf diesem Gebiete. Wilhelm II. hatte der Türkei eine Aufmerksamkeit zugewandt, die völlig neu war in Preussens und Deutschlands Geschichte. Nach seiner Art hatte er die ganze Persönlichkeit eingesetzt; die guten Beziehungen, die er zum Sultan anknüpfte, seine Bestrebungen, die Vormacht des Islam zu heben und innerlich zu entwickeln, hatten seinem Namen in der gesamten mohamedanischen Welt hellen Klang gegeben. Dass solchen Bestrebungen deutscher Unternehmergeist auf dem Fusse folgte, lag in der Sache selbst, hat jedoch mehr finanziell als politisch und national Bedeutung gewonnen. Es wurde von England naturgemäss als eine Schmälerung seiner Aussichten angesehen. Seine indische Stellung verlangte, dass es nicht nur die alten Verbindungen dorthin in der Hand behielt, sondern auch die neu sich entwickelnden beherrschte. Es musste nicht nur im Roten Meere Herr bleiben, sondern auch im Persischen Golf und in allen für die Festigung dieser Stellung erforderlichen Gebieten, in Mesopotamien, Arabien und Palästina. Zur Zeit war diese Frage wichtiger als die der afghanisch-turkestanischen Grenzgebiete.

Die Lage wurde bedrohlicher, als die Umwälzung des Jahres 1908 die Sultansherrschaft in neue Schwierigkeiten verwickelte. Dass Österreich-Ungarn sich veranlasst fand, aus der Besetzung Bosniens eine Besitzergreifung zu machen, brachte hart an den Rand eines europäischen Krieges. Drei Jahre später fand sich Italien bewogen, aus der türkischen Not Vorteil zu ziehen, indem es sich Tripolis aneignete. Es war der Lohn, den es für sein gutes Verhalten in Algesiras erntete; aus der „Extratour" war ein Engagement geworden. Die deutsche Politik geriet ins Gedränge gegenüber dem Streit der beiden befreundeten Mächte. Noch war er nicht beigelegt, als 1912 die Balkanstaaten gegen die Türkei losbrachen. Das Bündnis, das Bulgarien, Serbien und Montenegro im März des Jahres zu gemeinsamem Vorgehen geeinigt hatte, war unter russischer Führung geschlossen

worden. Russland stand hinter den Angreifenden, deckte sie für den Fall eines Misserfolges, wie es 1875/76 Serbien gedeckt hatte. Die Bestimmungen des Vertrages liessen auch gar keinen Zweifel darüber, dass nach Überwältigung der Türkei Österreich-Ungarn an die Reihe kommen sollte. Sie wiesen fast das ganze Gebiet, das man der Türkei abzunehmen gedachte, Bulgarien zu, ziemlich genau in demselben Umfange, wie es 34 Jahre früher im Frieden von San Stefano Russland überlassen worden war. So entsprach es der Verbreitung der Nationalitäten auf der Halbinsel. Serbien hatte die Hauptmasse seiner Volksangehörigen auf österreich-ungarischem Gebiet. Wenn das Ergebnis des Krieges den getroffenen Abmachungen widersprach, so hat das seinen Grund in der Einmischung der auf der Londoner Konferenz vertretenen Mächte, die den Serben den vereinbarten Zugang zum Meere versagten; der Friede von Bukarest war nicht nur für Bulgarien, sondern auch für Russland eine Enttäuschung. Von dem ins Auge gefassten Ziel, der Zertrümmerung der Donaumonarchie hat man sich dadurch in Petersburg aber nicht abbringen lassen.

Der Weg dorthin führte über Berlin. Er war geebnet durch die Lage Deutschlands gegenüber den Westmächten.

Es war doch nicht möglich gewesen, der dauernden Missachtung deutscher Interessen in Marokko ruhig zuzusehen. Am 1. Juli 1911, nicht lange vor dem italienischen Zugriff auf Tripolis, erschien der Panther in Agadir. Es kam noch einmal zu einer Verständigung im Marokko-Abkommen vom 4. November des Jahres. Aber die nahen Beziehungen, die sich zwischen England und Frankreich geknüpft hatten, traten drohend in den Vordergrund. Es folgten militärische Verabredungen zwischen den beiden Ländern, die unverkennbar ihre Spitze gegen Deutschland kehrten. England sammelte seine Schlachtflotte in den heimischem Gewässern, überliess die Verteidigung seiner Mittelmeerinteressen den Franzosen, die ihre maritimen Kräfte dort zu vereinigen hatten. Für den Festlandskrieg wurde die Mitwirkung einer englischen Armee vereinbart, für die Kriegführung in Belgien das Nötige vorbereitet. So haben diese beiden Mächte nichts getan, um Russlands Kriegslust zu zügeln, als sie durch den Mord von Serajewo und seine Folgen entflammt war. Sie hätten es in der Hand gehabt, den Frieden zu bewahren, wenn sie Russland hätten wissen lassen, dass es allein sein würde. Hier liegt der Kernpunkt der Schuldfrage. Sie haben aber die Entscheidung gesucht; es versteht sich von selbst, dass Deutschland ihr schwer aus dem Wege gehen konnte.

Die Gegner sind nicht müde geworden, Deutschland der Eroberungssucht zu bezichtigen, ihm Weltherrschaftspläne anzudichten. Sie haben damit weithin in der Welt Glauben gefunden. Welche Lüge, die beharrlich verbreitet wird, hat nicht Erfolg, besonders wenn sie, wie in diesem Falle, mit Äusserungen von Angehörigen des beschuldigten Volkes selbst belegt werden kann! In Wirklichkeit sind die Anklagen zu albern, um eines Widerlegungsversuchs gewürdigt zu werden. Im Jahre 1905 hat der englische Ministerpräsident Balfour die Äusserung getan, dass „von Korea bis Marokko über drei Weltteile hin eine Reihe von Staaten sich erstrecke, die Schwierigkeiten unter den zivilisierten Mächten verursachen könnten". Er bezeichnet diese Staaten als „politische Depressionsgebiete, die unvermeidlich ein Einströmen von aussen her veranlassen". Ein solches Einströmen ist in den neun Jahren bis zum Ausbruche des Weltkrieges überall in diesen Ländern erfolgt, aber nirgends in der Form deutscher Macht. Deutschlands Kolonialbesitz ist in dreissig Jahren über seine Anfänge hinaus kaum erweitert worden. Wenn man ihn vergleicht mit den ungeheuren Gebieten, die Grossbritannien und Russland ihrer Herrschaft unterstellt haben, und selbst mit dem in derselben Zeit erworbenen französischen Kolonialbesitz oder den Ansprüchen, welche die Vereinigten Staaten auf Grund der erweiterten Monroe-Doktrin gegenüber Mittel- und Südamerika erheben, so wird jedem, der nicht gegen Tatsachen völlig abgestumpft ist und Lügen für Wahrheit nimmt, klar, wer von Eroberungssucht erfüllt ist und Weltherrschaft erstrebt. Dass Deutschland sich auch um einen „Platz an der Sonne" bemühte, zog ihm die Feindschaft der Mächtigen zu, nicht irgend welches Streben nach Alleingeltung.

Das verstand sich so sehr von selbst, dass es jedermann voraussah, der geschichtlichen Werdegang auch nur einigermassen zu würdigen verstand. Unwillkürlich erhebt sich daher die Frage: „Liess es sich nicht vermeiden, dass alle im Besitz Befindlichen sich gegen den neuen Bewerber zusammenschlossen?" Ihre Beantwortung nötigt zur Erwägung und Erörterung von Möglichkeiten, ein Be-

ginnen, das nie zu einem allgemein anerkannten Ergebnis führen kann. Es ist dargelegt worden, wie es zur Vereinigung der drei führenden Grossmächte gegen Deutschland gekommen ist. Verständigung mit Russland, wie auch mit Frankreich, die vom Anschluss an England abgehalten hätte, kann nicht als ausgeschlossen bezeichnet werden. Es war nicht richtig, dass Deutschland sich in Afrika von Frankreich trennte, und ebensowenig, dass sein Herrscher eine Art Schutzherrn der Türkei und des Mohamedanismus darzustellen suchte. Änderung der russischen Stellung am Bosporus und den Dardanellen war keine Lebensfrage für Deutschland; Bismarck hat seine Auffassung dieser Frage mit all der Klarheit zu erkennen gegeben, die für einen Staatsmann gestattet war. Erst recht hatte Deutschland kein Interesse daran, die aufstrebenden Balkanstaaten niederzuhalten, denen die Zukunft gehörte gegenüber der altersschwachen Türkei. Indem es in diese Bahn einlenkte, trieb es österreich-ungarische, nicht mehr deutsche Politik, und nicht einmal österreichisch-ungarische, sondern einfach ungarische. Den Serben und Rumänen stand der Magyare zuletzt mehr im Wege als der Türke, und es ist Ungarn gewesen, das durch sein Verhalten gegen die beiden Nachbarstaaten wesentlich dazu beigetragen hat, die Beziehungen zu ihnen zu verbittern. Vor allem für Ungarn ist Deutschland in den Weltkrieg eingetreten, für dasselbe Ungarn, das sich so oft und so hartnäckig seinen Verpflichtungen gegen die Gesamtmonarchie entzogen und sie dann auch im Kriege keineswegs in dem Umfange erfüllt hat, wie gerade s e i n e Lage es erforderte. Fühlte man sich dem Habsburgerstaate in Nibelungentreue verbunden, dann hätte man längst in Friedenszeiten auf seine innere Festigung entschlossener und nachhaltiger hinwirken müssen, auf die Gefahr hin, die Verbindung zu lösen. Der Zerfall des Donaustaates hätte noch keineswegs den Deutschlands unvermeidlich nach sich gezogen, hätte im Gegenteil zu natürlicher Ausgestaltung des Reiches führen können.

Für den Ausgang des Krieges kam in erster Linie Deutschlands m i l i t ä r i s c h e Leistungsfähigkeit in Frage; bei der Abschätzung der Macht der Staaten pflegt man ja den Blick zunächst auf ihre Heeres- und Flottenstärke zu richten. Wir gelten als das Volk des Militarismus; von unseren Feinden, überhaupt von allen Übelwollenden, müssen wir den Vorwurf hören, dass wir den Krieg von langer Hand vorbereitet hätten. Wenn sie das alte: Si vis pacem, para bellum bedächten, müssten sie daraus eher ein Lob als einen Tadel herleiten. Die Behauptung ist aber an sich eine Lüge, würdig der übrigen, die gegen uns gebraucht werden. Allerdings sind Preussen und Deutschland in der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorangegangen; sie war die unerlässliche Voraussetzung der deutschen Einheit. Aber alle grösseren europäischen Festlandstaaten sind auf der Bahn gefolgt, nicht, um sich vor einer deutschen Gefahr zu schützen — denn eine solche bestand nicht —, sondern um ihre politischen Zwecke durchzusetzen. Und Frankreich und Russland haben Deutschland auf diesem Wege überholt, Frankreich um ein recht beträchtliches Stück. Es hat seine gesamte waffenfähige Mannschaft auch wirklich ausgebildet, ein Ziel, das in Deutschland, obgleich es dem Sinne der allgemeinen Wehrpflicht entsprochen hätte, leider je länger je mehr aus dem Auge verloren worden ist. Regierung und Reichstag tragen daran gleiche Schuld, die Regierung, weil sie die für notwendig erkannten Opfer nicht zu verlangen wagte, der Reichstag, weil er gewohnheitsmässig Heeresforderungen möglichst zu beschneiden suchte. Frankreichs Volk hat sich auch in diesem Punkte reifer erwiesen. Obgleich es der Zahl nach nur etwa $^3/_5$ des deutschen ausmachte, stellte es ziemlich ebensoviel Streiter ins Feld. Wie töricht die finanziellen Bedenken waren, die in Deutschland im Wege standen, darüber hat der Krieg auch den Blödesten belehrt. Was von den Heeresrüstungen gilt, trifft auch für den Flottenbau zu. Es war falsch, englischem Einspruch nachzugeben. Nicht durch freiwillige Schwäche, nur durch achtunggebietende Stärke konnte man britischer Politik Bedenken gegen Gewalt einflössen; sie ist noch stets geneigt gewesen, den schwächeren Mitbewerber niederzuschlagen, sobald es ihr möglich erschien. Sagte doch der gegenwärtige Reichsminister David, ein gewiss unverdächtiger Zeuge, auf dem Tage der Sozialdemokratie in Stockholm im Juni 1917, dass England einen Seemilitarismus übe, wie ihn die Welt noch nicht gesehen.

Wenn in dieser Darlegung über Deutschlands Machtstellung vor dem Kriege die geschichtlichen Hergänge kurz in Erinnerung gebracht werden, so geschieht das, weil ohne ihre Klarlegung Deutschlands Lage nicht verständlich gemacht werden kann. Es handelt sich eben nicht allein um die

physischen und psychischen Kräfte, die dem Vaterlande zur Verfügung standen, sondern auch um den Gebrauch, der von ihnen gemacht wurde. Er bestimmte doch zu guter Letzt ihre Tragweite und ihre Wirksamkeit. Daneben kam es wiederum nicht allein auf die Regierenden, sondern auf das ganze Volk, seine Auffassung von der zu lösenden Aufgabe und seine Fähigkeit zur Mitwirkung an. Es wird manchmal gesagt: Hätte Deutschland parlamentarische Regierungsweise gehabt und mit ihr eine bessere Gewöhnung an grosszügiges Staatsleben, so würde es den Aufgaben des Krieges besser vorbereitet gegenübergestanden haben. Der Gedanke ist an sich richtig. Aber man fragt sich: Wäre unseres Volkes Einigung erreicht worden, wenn seine Staaten und insbesondere Preussen parlamentarisch regiert worden wären von der Zeit an, wo solche Regierungsart in Europa bräuchlich wurde? Wer die Geschichte unseres wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses auch nur einigermassen kennt, wird diese Frage mit Nein beantworten müssen. Nur ein einheitlicher, starker Wille, der inmitten wandelbarer Volksströmungen unbeirrt seinen Weg verfolgte, konnte zu diesem Ziele führen. Als es einmal erreicht war, konnte die Weiterentwicklung nur in der den allgemeinen Zeitanschauungen entsprechenden Richtung erfolgen; es kam nur darauf an, dass des Reiches äussere Stellung und damit seine Sicherheit nicht gefährdet wurde.

Dass ihm dazu die erforderliche Zeit nicht gelassen wurde, ist das Entscheidende. Es ist das aber nicht allein Schuld der Regierung, sondern auch der Regierten. Die Art der Kritik, die durch all die Friedensjahre von Deutschen an deutschen Dingen geübt worden ist, hat den Fremden immer Hoffnungen gelassen, nach oft geübter Kunst Keile in unsere innere Einheit treiben zu können. Der 4. August 1914 schien diesen Hoffnungen ein völliges Ende zu bereiten. Aber es war nur Schein. Sie konnten sich bald von neuem regen, gestützt auf Vorgänge in unserer Mitte. Die Zeit war doch zu kurz gewesen, um unser Volk zu voller staatlicher Reife zu erziehen. Dass alle Fragen verblassen gegenüber der nach eines Staates Bestand, dass ein Volk nicht zugleich um sein Dasein kämpfen und einen inneren Neubau aufführen kann, diese ununistösslichen Wahrheiten erwiesen sich als Erkenntnisfrüchte, die weder unseren Regierenden noch weiten Kreisen unseres Volkes zugänglich geworden waren. Es ist nötig, auch auf diese Tatsache hinzuweisen, wenn man sich Deutschlands Machtstellung vor dem Kriege klar machen will. Seine physischen Kräfte haben ausgereicht, gegen mehr als die halbe Welt mit wenig leistungsfähiger Bundesgenossenschaft wunderbare, geradezu beispiellose Erfolge zu erringen; auch der seelische Inhalt, der diese Kräfte belebte, wird stets ein Ruhmestitel bleiben für unser Volk. Aber das staatliche Denken versagte an hohen und höchsten wie an mittleren, niederen und niedrigsten Stellen. Wir erwiesen uns als unpolitisches Volk; unsere Gegner überragten uns, nach diesem Mass gemessen, weit. Hier lag die verhängnisvolle Schwäche unserer Machtstellung, die Stärke der ihren.

b) Deutschlands wirtschaftliche Expansion und überseeische Bestrebungen.

Von Dr. **Albrecht Wirth,**

Privatdozent an der Technischen Hochschule München.

Noch im Jahre 1700 bedeutete Russland nicht viel. Es besass kaum zehn Millionen Einwohner und war an Macht geringer, als Schweden, Preussen oder die Türkei. Und nur zwanzig Jahre später reckte es sich schon zur Weltmacht auf, dachte an Erwerbungen auf Hawaii, Madagaskar und in Californien, und stand vor der Einverleibung südkaspischer Länder, Gilans und Mazenderans. Aehnlich war Deutschland noch 1864 ein bunter Haufe zusammengewürfelter

Staaten, und 1884 war es zu Weltmacht erwachsen, die in Afrika und Neuguinea Fuss zu fassen suchte.

Frühere Bestrebungen waren gescheitert, ohne viel Bedeutung zu gewinnen. So die preussische Niederlassung an der Guineaküste und auf der Insel Tobago in Westindien; so die Besetzung der Nikobaren und Andamanen, sowie Delagoas (1767) durch Österreich. Die Mahnungen von dem Hamburger Syndikus Sieveking, die Chatham-Inseln im Norden Australiens zu nehmen, die Hinweise Friedels 1867 auf Formosa und von Webers auf Delagoa und Südafrika überhaupt (1875) verhallten ungehört. Noch 1880 musste Fürst Bismarck darauf verzichten, besonders auf den Widerspruch Bambergers hin, Samoa anzugliedern. Neues Leben kam erst in die koloniale Bewegung durch die Schriften von Hübbe-Schleiden und Faber und namentlich durch die Gründung der Deutschen Kolonialgesellschaft unter Hohenlohe.

Die Sehnsucht nach Kolonien traf auf eine kräftige Woge wirtschaftlichen Aufschwunges. Zahlreiche Zollschranken waren durch die Errichtung des neuen Reiches gefallen, ein einheitliches Münzsystem war eingeführt. Überall blühte Handel und Wandel. Das in seiner jungen Kraft sich fühlende deutsche Reich dehnte und reckte sich, und begehrte nach mehr Raum, um sich ausleben zu können. Dazu stachelte zweierlei an: Einmal der Schmerz über den jährlichen Verlust von Hunderttausenden deutscher Auswanderer, sodann die Wahrnehmung, dass die anderen Mächte, darunter sogar das besiegte Frankreich, sich ein überseeisches Gebiet nach dem anderen einverleibten. Bei Frankreich geschah dies unter der bewussten Mitwirkung Bismarcks. Der Kanzler wünschte die Augen der Franzosen von dem „Vogesenloch" abzulenken, und ermutigte daher Ferry in seinen erdumspannenden Plänen, die auf Gewinnung grosser Einflusskreise in Madagaskar, Indochina, Nordafrika und am Kongo hin abzielten. Seit 1879 hatte sich das kleine Belgien am Kongo ein Reich aufgebaut, das zuletzt um das Achtzigfache das kleine Mutterland übertraf. Russland schritt in Mittelasien voran, und England vollends vergrösserte sich in allen Ländern und Meeren. Sollte da das deutsche Reich ganz zurückbleiben?

In unserer Kolonialgeschichte lassen sich vier Perioden unterscheiden. Zuerst die Landnahme, die 1890 und 1893 für Afrika so ziemlich abgeschlossen wurde. Sodann ein Zeitalter bureaukratischer Versumpfung, bis 1904. Drittens die grossen Aufstände, die bis 1907 reichen. Endlich der Aufschwung unseres Kolonialwesens unter dem Zustrom von Kapitalien und Einwanderern, seit 1907. Eine bedeutsame, wirtschaftspolitisch interessante und viel angefochtene Rolle haben bei der Kolonisierung die grossen Erwerbsgesellschaften gespielt. In Kamerun war der Hauptschlag der Freibriefgesellschaften (die sich an das Muster der englischen Chartered Companies anlehnten), die Südkamerun-Konzession, an deren Lancierung an der Brüsseler Börse der Hamburger Rechtsanwalt Scharlach, Sholto Douglas und der Herzog von Ujest beteiligt waren. Vielfach kreuzen sich in solchen Gesellschaften widerstreitende nationale Bestrebungen. Fremde, besonders Engländer und Belgier, sitzen im Aufsichtsrate deutscher Kolonialgesellschaften, und umgekehrt sind Deutsche an benachbarten fremdländischen Unternehmungen beteiligt. Von solch gemischter Art war auch die Fusion, die sich in Neukamerun, dem durch Vertrag vom 3. November 1911 (bestätigt in Paris März 1912) gewonnenen Stücke am Sanga und Kongo, zwischen den alten französischen und hinzutretenden deutschen Interessenten anbahnte.

Eine Besitzung für sich, die auch nicht dem Kolonial-, sondern dem Marineamt unterstand, war Kiautschou. Sie war nicht für ewige Zeiten dem deutschen Reiche angegliedert, sondern für 99 Jahre von China gepachtet, und es ist in der Tat auch mehr als fraglich, ob 1996 die Pachtung erneuert wird. Nicht minder beansprucht Kiautschou dadurch eine Sonderstellung, dass es weder Pflanzungs-, noch Siedlungs-, sondern lediglich Handels- und Bergbaukolonie ist, und ausserdem seiner strategischen Lage halber von einzigartiger Wichtigkeit ist. Dagegen haben weder Neuguinea, noch der Marschallsarchipel, noch die Mariannen und Karolinen, wo man zeitweilig von der Anlegung eines Kriegshafens sprach, sonderliche Bedeutung erlangt. Das einzige Guthaben von Belang wird durch die grossartigen Phosphatlager unserer Südseeinseln dargestellt, daneben könnte die Ausfuhr der aus Kokosnüssen gewonnenen Kopra Erwähnung verdienen. Etwas wichtiger ist die Samoagruppe, die jedoch durch die Abtretung des besten Hafens an Amerika erklecklich verlor. Der Hafen Pago-Pago auf der Insel Tutuila, wurde auf Grund von Verträgen von 1872 und 1878 durch

die Ver. Staaten 1898 besetzt und durch Vertrag vom 14. Nov. 1899, angenommen von der Union Februar 1900, endgültig der Union überlassen, die dadurch, sowie durch die Mariannen-Insel Guam, seit 1898 amerikanisch, Gebietsnachbarin des deutschen Südseereiches wurde.

Eine Wurzel unserer Kolonialbegeisterung war bald wieder verdorrt. Es war die Hoffnung, unsere Auswanderung in weitgehendem Masse nach den neuen Pflanzstaaten zu ziehen. Da wir in einem einzigen Jahre, 1881, nicht weniger als 251 000 Landsleute — so nach amerikanischer Rechnung; nach deutscher, die die fremden Häfen, Le Havre und Genua, nicht berücksichtigt, 220 000 — allein an die Vereinigten Staaten verloren, so musste die Aussicht, einen so grossen, befruchtenden Menschenstrom in unsere Kolonien zu leiten, als etwas Köstliches erscheinen. Auch verquickte man vielfach damit moralisch-utopische Erwartungen, dass man, ledig so mancher Fesseln der Überlieferung, ledig bureaukratischer Einschnürungen, auf neuer Erde auch eine vollkommen neue, unverbildete, aus eigener Kraft quellende Lebensgebarung einrichten könne. Diese Blütenträume reiften nicht. Der berüchtigteAssessorismus machte sich in denKolonien breit, und die Bureaukratie lastete noch schwerer als im Mutterland. Eine kopfreiche Auswanderung wollte erst recht nicht einsetzen. Im Jahre 1914, ein Menschenalter nach der ersten Fussfassung in Afrika, zählten wir in unseren sämtlichen überseeischen Besitzungen kaum 22 000 Deutsche. Was wollte das heissen gegenüber einem jährlichen Geburtenüberschuss von 850 000? Noch nicht $^1/_{1300}$ dieses Überschusses wurde in den Kolonien untergebracht. Für die Zukunft waren zwar die Aussichten besser, allein, selbst wenn man sehr vertrauensvoll war, konnte man nicht annehmen, dass mehr als eine halbe Million Deutscher im Jahre 2000 unsere Pflanzstaaten bewohnen werde, sofern diese in ihrer jetzigen Ausdehnung verblieben. Guten Boden für bäurische Siedler gab es nur in Südwest, ferner in Uhehe und am Meru und Kilimandscharo. In Südwest aber ward schon ein Mindestkapital von 50 000 M. erfordert, um eine erfolgreiche Landwirtschaft zu beginnen. Ein lehrreiches Gegenstück liefern die Buren. Sie sind seit dritthalb Jahrhunderten im Lande, ohne die geringste Erwartung, jemals in die Heimat zurückzukehren, mithin vollständig mit der neuen Heimat verheiratet und auf sie angewiesen, und trotzdem haben sie es im Laufe dieser langen Zeit nur auf ¾ Million von Köpfen gebracht.

Für Niederlassungen deutscher Bauern kamen also unsere Kolonien nicht in irgendwie erheblichem Masse in Betracht. Die Bedeutung der Kolonien lag in den Rohstoffen, die ihre Pflanzungen unserem Grossgewerbe, namentlich den Webereien lieferten, und in den Metallschätzen. Weiter war der Handel wichtig, obwohl der deutsche Verkehr mit unseren Kolonien wenig mehr als die Hälfte von derem Gesamtverkehr ausmachte. Der Gesamt-Handel betrug 1911 an 260 Millionen Mark. Von den Rohstoffen war am wichtigsten die Baumwolle. Deutschland brauchte alljährlich für 500 bis 600 Millionen Mark Rohbaumwolle, und ist, wie alle anderen Länder ausser dem Zarenreiche, in seinem Bezuge von den Vereinigten Staaten abhängig. In zweiter Linie kommen Faserngewächse, Sisalhanf und Kautschuk, in dritter Kakao und Kaffee.

Es hat jedoch sehr lange gedauert, bis nach sehr häufigen und verlustbringenden Fehlschlägen unsere Plantagenwirtschaft auch nur einigermassen auf eine gesunde Grundlage geriet. Besonders machten sich Schädlinge unangenehm bemerkbar, während der anfangs störende Arbeitermangel jetzt so ziemlich behoben ist. Auch die Methode, die vor reichlich vierzehn Jahren erdacht wurde, nur die Einheimischen pflanzen zu lassen, und ihnen dann ihre Erzeugnisse abzunehmen, also lediglich Handelskontore statt Plantagen zu errichten, hat sich nicht als allein seligmachend erwiesen. Denn unter den Händen der Schwarzen entarteten sehr rasch die Gewächse, und das Erzeugnis wurde minderwertig. Von bergbaulichen Betrieben ist vor allem die Kupfermine von Otavi zu erwähnen, die Gewinnung von Diamanten im Südwesten des Südwestafrikanischen Schutzgebietes, die in ihrem besten Jahre 24 Millionen Mark abwarf, und die Kohlenförderung in Schantung.

Aus diesem kurzen Überblicke geht hervor, dass unsere gesamte Kolonialwirtschaft nur einen kleinen Bruchteil von der erdumspannenden Expansionstätigkeit Deutschlands darstellte. Unserem Handel des Jahres 1911 mit unseren Kolonien in einer Höhe von 140 Millionen Mark (nur 78 Millionen Mark noch 1909) stand ein überseeischer Gesamtverkehr Deutschlands von fast zehn Milliarden entgegen. Weit mehr als ein Drittel davon ging auf die Rechnung Englands und Nordamerikas. Ferner hatten wir einen beträchtlichen Umschlag mit Südamerika, beiläufig anderthalbe

Milliarde Mark im Jahr. und mit Ostasien. Unsere Beziehungen zu Australien und Westasien wurden immer reger, sowie zu Persien. Ähnlich hat sich unser Verkehr mit der Türkei (auf 105 Millionen Mark) und mit Marokko (an 14 Millionen M.) gehoben. Dazu kommt der stattliche Landverkehr über unsere europäischen Grenzen mit Frankreich, Russland, Österreich usw. Der deutsche Gesamthandel belief sich auf 17,7 Milliarden, oder $^5/_7$ von dem britischen (25 Milliarden im Jahre 1911), dessen Umfang bald zu erreichen er die beste Aussicht hatte.

Der Handel ist nur eine Art der Expansion. Andere Formen sind Schiffahrt und Bankengründung; endlich Beherrschung durch die Industrie. In der Reederei standen wir zwar noch hinter England, viel weiter entfernt, als im Handelsumsatz (5,1 Mill. T. gegen 18,9 Mill. Englands im Juni 1914); aber die Hapag und der Lloyd waren die individuell mächtigsten Schiffahrtsgesellschaften der Welt. Wir hatten es sogar so weit gebracht, dass in dem so überaus leistungsfähigen Nordamerika und seinem atlantischen Verkehre die deutsche Reederei unvergleichlich wichtiger war, als die einheimische. Alle Länder der Erde rechneten mit der deutschen Schiffahrt. Auch hier freilich, wir bei den Kolonialgesellschaften, fehlte es nicht an internationalen Fusionen. Solcher Art war Pierpont Morgans Oceantrust, der sich auf das atlantische Meer bezog.

Jünger ist die deutsche Bankeninvasion. Sie stammt erst aus den 90er Jahren; nur in Neu York und an ostasiatischen Plätzen waren schon früher belangreiche deutsche Bankgründungen erfolgt. Wir nennen die Orientbank, die Palästinabank, die deutsch-asiatische Bank, die südamerikanische Bank, die deutsch-brasilische Bank und für Russland Delbrück, Schickler und Co. und Mendelssohn.

Jede grosse deutsche Bank hat eine ganze Reihe von überseeischen Töchtern, die der Mutter meist reichlichen Gewinn abwerfen. Nicht selten ist die Gründung verschleiert, insofern deutsches Geld einen Teil oder die grössere Hälfte eines fremdländischen Bankunternehmens erworben hat, wie bei der Banca d'Italia und bei so manchen russischen Gründungen. In vielen Fällen, so namentlich in Neu York und London, wie bei Edgar Speyer, Kuhn u. Löb, Wernher, Nachod, Kühn u. Co., Beit u. Co., kann es fraglich erscheinen, ob sie als reichsdeutsche oder fremde Unternehmungen anzusprechen sind; richtiger wird sein, sie als amerikanische und englische zu bezeichnen, wenn auch der Zusammenhang mit der Heimat sehr rege geblieben ist. Weiterhin gab und gibt es eine ganze Zahl von mehr oder weniger bedeutendenPrivatbanken inSüdamerika, Marokko, Italien, und anderen Ländern, die rein oder fast rein reichsdeutschen Charakter tragen. Soweit war nun zwar die Macht des deutschen Geldes noch nicht gediehen, dass es, wie englisches und französisches, ganze fremde Staaten in seiner Gewalt hätte; immerhin fiel der Berliner Markt bei vielen Anleihen fremder Staaten stark ins Gewicht. Russland dachte an keine Neu-Emission, ohne mit Mendelssohn vorher in Fühlung zu treten. Die skandinavischen Staaten waren stark von dem Wohlwollen der Berliner Börse abhängig. Mehrere chinesische Anleihen wurden durch die deutsch-asiatische Bank und die Hongkong and Shanghei Banking Co. gemeinsam übernommen. Die Türkei fand Freunde in unserer Hochfinanz. Venezuela konnte nicht ohne die Diskontogesellschaft vorgehen, und Mexiko rechnete mit den Börsen von Frankfurt und Berlin. Wir liehen bedeutende Summen an Persien, Griechenland, Portugal und Argentinien. Ausserdem arbeitet deutsches Geld in fremden Eisenbahnen, Bergwerken und Fabriken.

Schon in den 1860er Jahren hätten vielleicht die Nordstaaten der Union ohne die Hilfe des deutschen Geldmarktes finanziell nicht bestehen können, namentlich Frankfurt hat grosse Verdienste um die Sache der Union gehabt, hat freilich auch an den Yankees erkleckliche Summen verdient. Die Northern Pacific, viele russische Linien, die anatolische und die Bagdadbahn wurden zu einem grossen Teile mit deutschem Gelde finanziert. Unser Kapital arbeitete in den Brauereien von St. Louis und Milwaukee, in chinesischen Reedereien, in marokkonischen Fabriken und Gütern, in argentinischer Landwirtschaft, in den Minen des Witwatersrandes.

Unsere Industrie ist ganz vorzugsweise auf Expansion, namentlich auf überseeische Ausdehnung angewiesen. Die chemische und die Elektrizitätsindustrie verdanken ihren erstaunlichen Aufstieg zu einem grossen Teile den Aufträgen des Auslandes. Auf unseren Werften liessen fremde Staaten ihre Kriegsschiffe bauen. Aus unseren Zechen bezogen nicht selten Belgien und England Kohlen. Maschinen, Stacheldraht, Voigtländer Spitzen, Gewebe, Arzneimittel, Goldarbeiten,

Farben, Chemikalien, Spielwaren, Pelzwerk und Bücher gingen und gehen aus Deutschland in alle Welt. Sogar fremdsprachliche Bücher werden recht oft in Leipzig gedruckt, um im Ausland verwandt zu werden. Auch hier freilich durchkreuzt das internationale Element die nationalen Bestrebungen. Unsere grossen Elektrizitätskonzerne gehen mit amerikanischen und schweizerischen, mit ungarischen und belgischen Gesellschaften Interessengemeinschaften ein; die A.E.G. stellte sich durch die Viktoriawerke in den Dienst der Randminen. Tochtergesellschaften von Elektrizitäts- und Hüttenwerken, die im Auslande errichtet werden, vermindern vorläufig jedoch kaum den Absatz reichsdeutscher Erzeugnisse nach aussen.

Die wirtschaftliche Expansion wird vielfach durch unsere Landsleute im Auslande unterstützt. Unsere Auswanderung richtete sich ja ganz überwiegend nach fremden Ländern. Die Auswanderer aber suchten in den meisten Fällen von deutschen Firmen ihre Waren zu beziehen; sie brachten schon vorhandene Geschäftsverbindungen mit in die Ferne, oder knüpften von der Fremde aus solche in der Heimat an. So hat zwar die Auswanderung dem Mutterlande einen gewaltigen Verlust an Menschenkraft und Kapital gebracht, hat aber doch andrerseits Handel, Reederei und Industrie des Mutterlandes gefördert. Staatlich dagegen ist die Auswanderung nicht ausgenutzt worden. Im Gegenteil! Die Deutschen, die in der Londoner City, in Paris, in Amerika, und bei den Buren zu Ansehen und Reichtum gelangten, haben lediglich fremde, und nur zu oft feindselige Staaten gestärkt. Alle Versuche dagegen, einen staatlichen Zusammenhang mit dem deutschen Reiche herbeizuführen, wie sie von Texas (1836), von Südafrika und von Südbrasilien aus gemacht wurden, sind vollkommen gescheitert. Auch dem „Ausserreichischen" Deutschtum in Europa, besonders in Österreich, und in Russland, hat die reichsdeutsche Regierung jede politische Hilfe verweigert.

Man rechnet, dass seit dem Sturze Napoleons etwa 6 Millionen Deutsche über das Weltmeer gegangen sind, davon $^{9}/_{10}$ nach den Vereinigten Staaten. Sehr strittig ist die Zahl der Deutschen, die gegenwärtig im Auslande leben. Es ist das rein Sache subjektiver Schätzung, denn es kommt einzig und allein darauf an, ob sich die Betreffenden noch als Deutsche fühlen. Der eine Landsmann gebraucht ausschliesslich deutsch, ein anderer spricht es bloss noch im Hause, ein dritter hat es auch aus der Familie schon verbannt, und bedient sich seiner höchstens noch im Verkehr mit anderen Deutschen. Unbedingt abzuweisen ist das Einbeziehen der Holländer, Vlamen und Buren in den Rahmen des Deutschtums. Aber auch ohne diese Ueberspannung der Begriffe schwanken die Schätzungen unendlich, in den Vereinigten Staaten von 3 bis 27 Millionen. Die letzte Zählung (1910) ergab 2,4 Millionen der Unionsbevölkerung, die in Deutschland geboren war. In Canada und Brasilien leben je 400 000 Deutsche, in Australien 105 000, in Südafrika 40 000. In ganz Asien 80 000. In Russland 2,1 Millionen. Eine weitere Schwierigkeit bietet die Entscheidung darüber, ob deutsch sprechende Juden, deren Zahl im ehemaligen russischen Reiche beinahe 6 Millionen ausmacht, zu den Deutschen zu rechnen seien.

Der Reichskanzler Graf Caprivi äusserte: Wir müssen entweder Menschen oder Waren exportieren. Dies Wort legt in meisterhafter Kürze den Kern der ganzen Frage dar. Es handelt sich darum, ob die Ausdehnung Deutschlands oder überhaupt irgend eines Staates durch Auswanderung oder Ausfuhr, durch die Gewinnung von Siedlungsländern oder die Stärkung der Industrie zu fördern sei. Andere Staaten haben beides fertig gebracht, so Grossbritannien, Nordamerika und Russland. Das deutsche Reich jedoch war in eine Zwangslage geraten, die nur ein Wachstum der Industrie erlaubte. Es galt demnach, unserer Industrie neue Märkte zu sichern, und die alten zu behaupten. Zu dem Ende ist die Lehre von der offenen Tür von Deutschland besonders unterstrichen worden, weil eben gerade wir bei einer Sperrung der Märkte am meisten zu verlieren hatten. Der Grundsatz der offenen Tür wurde bei Verhandlungen um China, Persien und Marokko angewendet. Zu leugnen ist allerdings nicht, dass dieser Grundsatz mehr wie einmal von fremden interessierten Mächten ausser acht gelassen wurde. Dergestalt wurde Formosa und Korea so ziemlich gesperrt, und alle französischen Kolonien setzten der deutschen, wie überhaupt jeder fremden Einfuhr turmhohe Zölle entgegen. Mitunter ist die Tür nur dazu offen, damit die anderen hinausspazieren.

Man rechnet, dass ungefähr 30 Milliarden Mark deutschen Kapitales in dem Auslande arbeiteten; davon kamen schätzungsweise je 3 Milliarden auf Südamerika und Russland, und $^{5}/_{4}$ Milliarde auf die Türkei. Die Gesamtsumme kommt in das richtige Licht, wenn man ihr gegenüberstellt, dass die einheimischen Einlagen in unseren Sparkassen $10\frac{1}{2}$ Milliarden betragen. In diesem Lichte erscheint die Summe sehr bedeutend; England liess 70 bis 75 Milliarden Mark (nach Friedenskurs) seines Geldes im Auslande arbeiten, das stellte $^{1}/_{5}$ seines Gesamtvermögens dar. Dagegen machte das deutsche Interesse im Auslande nur $^{1}/_{20}$ unseres Volksvermögens aus.

Schon mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass wirtschaftliche Expansion ein zweischneidiges Schwert sei. Man stärkt eben dadurch die anderen. Die einstweilen wirtschaftlich Schwächeren lernen und ahmen nach, so namentlich die Japaner. Ein Meister muss immer darauf gefasst sein, dass sein Geselle sich bald selbständig macht, und als sein Mitbewerber eine Werkstätte gegenüber eröffnet. Ja, sogar Nordamerika, das jetzt den bedeutendsten Nebenbuhler Europas darstellt, ist lediglich durch Europa gross geworden. Wieso? Nun, in erster Linie dadurch, dass Europa ihm für viele Milliarden Getreide, Baumwolle, Obst und Fleisch abkaufte und noch abnimmt. Hierdurch wurden die Yankees so leistungsfähig, dass sie daran denken konnten, eigene grosse Industrien zu errichten. Auch diese stammen fast durchweg von Europa, bis auf die Flugzeuge und Luftschiffe herauf. Noch 1890 war die Union ein ausgesprochener Agrarstaat; jetzt ist sie ein ebenso ausgesprochener Industriestaat, jetzt ist sie vollkommen europäisiert.

Auf den Stoss folgt der Gegenstoss. Das Ja ist nach Jacob Böhme nur der Gegenwurf des Nein. So sehen wir, dass auch in dem verschlungenen Getriebe des heutigen Imperialismus eine jede Wirkung eine Gegenwirkung auslöst, und dass die Fäden der Macht sich in seltsamster Weise kreuzen. Eine Waffe des Imperialismus ist die Reederei. Deshalb geniesst sie ja eine Unterstützung von Seiten des Staates. Nun war es eine Tatsache, dass die deutsche Ostafrikalinie für Güter, die nach den kleinen Plätzen Deutsch-Ostafrikas gingen, höhere Preise verlangte, als für Güter derselben Klasse nach dem entfernteren Beira. Die Linie förderte also die Portugiesen auf Kosten des deutschen Steuerzahlers. Genau so war es in der Waffenindustrie, wo doch sonst gerade das Ausland die höchsten Preise für Kleinwaffen zahlt, was mit politischen Verhältnissen, mit Aufstand, Schmuggel und dergleichen zusammenhängt. Das hindert nicht, dass eine neue Mauserpistole in Sibirien weniger kostete, als in Berlin. Der gleiche Grund, durch jedes Mittel den Umsatz zu steigern, ist offensichtlich bei der Politik der Zechen wirksam. Gar nicht selten führten wir deutsche Kohlen nach Belgien und England aus, und unterstützten dadurch ganz klärlich belgische und englische Industrie. „Es wäre jedoch nicht angezeigt, jetzt ohne weiteres zu sagen: das war ein Verbrechen an dem Vermögen des deutschen Volkes! Denn wenn die Zeiten flau sind, und die Kohlenförderung bei uns darniederliegt, so müssten von Rechts wegen, um einen Ausgleich zu schaffen, Zehntausende von Kohlenarbeitern entlassen werden. Um diesen Arbeitern weiterhin ihr ordentliches Auskommen zu sichern, dazu müssen wir eben unseren Gegnern und schlimmsten Mitbewerbern in dem Ausbau ihrer Industrien helfen". So argumentierte man in einer Zeit, die gar nicht lange zurückliegt, die uns aber heute wie ein verschollenes Märchen anmutet. Ein gleicher Vorgang war gar oft innerhalb der einzelnen Industriezweige zu beobachten. Die Langendreer Werke erhielten einen Regierungsauftrag auf 35 000 Tonnen Stacheldraht für Südafrika. Sie konnten dem Auftrage nicht allein genügen, und bezogen daher eine Menge des bestellten Drahtes aus Belgien. Also trug belgische Industrie dazu bei, die deutsche zu verstärken und zu vergrössern, wobei sie, die Belgier, ja allerdings auch etwas verdienten. Dergestalt ist von einer reinlichen Gegenüberstellung der einzelnen Staaten und ihres Erwerbslebens gar keine Rede mehr.

Am auffallendsten war und ist dies bei der Bestellung von Kriegsmaterial. Ein jeder Staat kann irgend einmal der Feind eines anderen Staates werden. Allein selbst dem Lande, das in nächster Zukunft aller Voraussicht nach feindlich wird, werden bereitwilligst von dem zukünftigen Gegner Patronen und Geschütze und ganze Kriegsschiffe geliefert. Fortwährend bezog Deutschland Kriegsschiffe von England, während eine englische Fabrik, bei der der Kolonialminister Chamberlain in eigener Person beteiligt war, kurz vor Oktober 1899 einen stattlichen Posten von Patronen an die Buren lieferte. Wenn solches zur Zeit des Krieges selbst getan wird, wie denn chinesische Häuser 1894 Kriegsmaterial nach Japan lieferten, so wird das füglich Hochverrat genannt (obwohl jene

Chinesen nicht bestraft wurden), geschieht es aber unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges, so ist die Tat nach heutigem Gesetze straflos. Füglich konnte jedoch Admiral v. Lans darüber ergrimmt sein, dass sein „Iltis“ vor Taku durch deutsche Kruppkanonen beschossen wurde. Krupp behauptet, dass er nur durch Lieferungen ins Ausland gedeihen kann.

Derartige internationale Zettelungen sind im grossen und ganzen kein Hindernis für den Aufschwung der Nationalwirtschaft. Es sind Prämien, die man dafür an das Ausland zahlt. Und in letzter Linie kommt die Stärkung anderer Länder auch dem eigenen, auch dem deutschen Markte zu Gute. Welche Befürchtungen hat man nicht vor dem durch Schutzzoll geförderten Wachstum der nordamerikanischen Industrie und vor der Invasion des selbständig gewordenen ostasiatischen Grossgewerbes gehegt! Das Gegenteil ist eingetreten. Unsere Ausfuhr sowohl nach Amerika, als auch nach Japan stieg fortwährend. Je leistungsfähiger die einheimische Industrie in Amerika und Japan wurde, um so grössere Bestellungen machte sie in Deutschland wie in anderen Kulturstaaten, um ihre Leistungen auf der Höhe zu halten und noch immer mehr zu steigern. Man bedenke nur, dass jede neue Fabrik, jede Werft, die frisch errichtet wird, eine ganze Anzahl wertvoller Maschinen von aussen bezieht.

Zu den überseeischen Bestrebungen Deutschlands gehört endlich auch die Errichtung und die Tätigkeit der Missionen. Ihre Wirksamkeit entfaltet sich vornehmlich im Gebiete der „Heiden“ und in der Welt des Hinduismus und Buddhismus, während der Islam bisher allen Versuchen zur Bekehrung spröde widerstrebt hat. Ausführliches bringt über den Gegenstand das erschöpfende Buch von Warneck „Geschichte der evangelischen Missionen“. Die ältesten deutschen Missionen wurden von den Herrnhutern gegründet, von denen einer, Ziegenbalg, schon um 1720 nach Indien gelangte. Jänecke rief 1800 die Missionsgesellschaft zu Berlin ins Leben; 1815 wurde die Baseler Missionsgesellschaft gegründet, die noch jetzt mit grosser Emsigkeit arbeitet, und die aus dem deutschen Reiche ihre Inspektoren und Lehrer, wie die meisten ihrer Sendlinge, und einen grossen Teil ihrer Einnahmen bezieht. Im Jahre 1824 entstand die Gesellschaft zur Beförderung des Evangeliums unter den Heiden zu Berlin, 1828 die Rheinische Missionsgesellschaft in Barmen, 1836 die Norddeutsche Mission in Hamburg, dann Bremen, die Gossnersche in Berlin, und die evangelisch-lutherische in Dresden, dann Leipzig, endlich 1894 die Hermannsburger Missionsgesellschaft durch den Hannoveraner Harms, die z. B. für Natal und Zululand massgebend wurde. Ein Frauenverein für christliche Bildung des weiblichen Geschlechts im Morgenlande tat sich 1842 auf, und 1850 der Berliner Frauenmissionsverein für China. Ein Jerusalemverein wurde 1852 in Berlin errichtet. Eine frische Regsamkeit erblühte im neuen Deutschen Reiche. Jenssen stiftete 1877 die schleswig-holsteinische, Doll 1882 die Neukirchener Mission, beide mit pietistischem Einschlag. Aus liberalem Geiste ging der allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein 1884 hervor, für den der Grossherzog von Weimar und Oberkonsistorialrat Ehlers viel taten. Weiter wäre die Seemannsmission und die Auswanderermission zu nennen. Die Kolonialära brachte sodann eine ganze Reihe von evangelischen und katholischen Kolonialmissionen hervor. Um die Wende des Jahrhunderts betrug die Zahl der von deutschen ev. Missionaren getauften Heidenchristen an 4320000. In vierzig Sprachen wurde der Unterricht erteilt. Ueber die Zahl derer, die von deutschen Katholiken bekehrt wurden, scheint keine Statistik vorhanden zu sein.

Manche Missionare sind bedeutende Sprachenforscher und Historiker. So schrieb Haas eine grundlegende Geschichte des Christentums in Japan, und Christaller und Meinhof sind die ersten Autoritäten über afrikanische Sprachen. Dies führt uns auf die überseeischen Bestrebungen kulturlicher Art. Deutsche Wissenschaft und Kunst hat alle Länder der Erde irgendwie beeinflusst. Die japanische Medizin und Jurisprudenz ist ganz, und die geschichtlichen Wissenschaften sind zu einem grossen Teile auf deutscher Grundlage aufgebaut. Ich erinnere an die Austauschprofessoren und die Hochschätzung deutscher Gelehrsamkeit in Nordamerika. Die Musik Richard Wagners hat die ganze Welt erobert.

Politisch kommen derartige Bestrebungen insofern zum Ausdruck, als die Reichsregierung Kirchen und Schulen im Auslande unterstützte. Der beständig wachsende Betrag, der von Reichswegen für jene Schulen ausgeworfen wird, belief sich letzthin auf 1000000 Mark. Man darf dem

gegenüberstellen, dass das kleinere Italien schon 1897 eine Million Lire für den gleichen Zweck ausgab und seit 1911 2 Mill. jährlich bereitstellte. Der „Verein für das Deutschtum im Ausland" und der Alldeutsche Verband wie Langhans' „Deutsche Erde", wirken ebenfalls darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen den Auslandsdeutschen und der Heimat gewahrt bleibe; die Tätigkeit der Kolonialgesellschaft und des Flottenvereins dient wenigstens indirekt der gleichen Absicht. Der Einfluss, den die deutsche Kultur ausübt, hat demgemäss zwei Wurzeln. Einmal gründet er sich auf die Bildungsmacht des grossen Deutschen Reiches, dann aber auf die Wirksamkeit der Deutschen, die an Ort und Stelle im Auslande tätig sind. Sehr häufig ist das ungemein rege Vereinsleben unserer Landsleute im Auslande mit wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen verquickt, deren Ausstrahlungen nicht verfehlen, auch das Wirtsvolk mit in ihren Bann zu ziehen. In diesem Sinne hat vor allem die Deutsche Ostasiatische Gesellschaft in Tokio, und haben die deutschen Akademien in Buenos Aires und St. Jago de Chile weitgehende Anerkennung errungen. Andere Kulturströme werden durch Studienreisen vermittelt, die immer mehr in Schwang kommen. Jahr für Jahr wird Deutschland von englischen Bürgermeistern und Arbeiterführern, von amerikanischen Professoren, von japanischen und chinesischen Offizieren, wird Bayreuth von einer Schar ausländischer Musiker, München beständig von Hunderten fremder Maler besucht, um von uns zu lernen. Daneben werden deutsche Monteure, Minen-Ingenieure und Elektriker, deutsche Ärzte und Kaufleute zu Hunderten in ausländische Dienste übernommen, um draussen deutsche Errungenschaften zu verbreiten. Die Völker fühlen instinktiv, dass sie noch einer Ergänzung bedürfen, und dass sie diese im deutschen Wesen finden.

Die Kultur-Expansion Deutschlands wünscht das Auslandsinstitut in Stuttgart, gegründet Anfang 1914, zusammenzufassen. Für die wirtschaftliche Expansion ist am wichtigsten die Aussenhandelsförderung des Dr. Schuchart in Berlin (Krausenstr. 46).

Über die Ausgestaltung unserer Expansion gab es im wesentlichen zwei, nicht leicht miteinander versöhnbare Ansichten. Die eine Meinung war die, dass Deutschland auf Territorialerwerb verzichten müsse, dafür jedoch kommerzielle und kulturelle Eroberungen anstreben solle. Ihren erschöpfenden Ausdruck hat diese Meinung, die weitaus am meisten Anhang in Deutschland hat, in dem Buche Rohrbachs „Der Deutsche Gedanke in der Welt" gefunden. Zur Beförderung unserer kulturellen Einwirkungen waren gerade in der letzten Zeit vor dem Kriege verschiedene Gesellschaften entstanden; die wichtigsten bezogen sich auf die Verbreitung deutscher Kultur in der Türkei, in Schweden, Griechenland, Aegypten, in China und Südamerika. Das kulturelle Moment ist mit dem industriellen verknüpft. Die Verfechter der industriellen Ausdehnung wiesen darauf hin, dass Neuland für unsere Bauern schon deshalb unnötig sei, weil der Geburtenüberschuss mühelos von der Industrie aufgesogen werde, und weil ausserdem unsere eigene Landwirtschaft der Tagelöhner ermangele. Die entgegengesetzte Ansicht erstrebte Landzuwachs für das Deutsche Reich, besonders Bauernland. Wenn alljährlich acht- bis neunhunderttausend neue Kräfte der Industrie zugute kämen, so entstünde schon in zwanzig Jahren ein derartiges Uebergewicht der Industrie über die Landwirtschaft, dass die ganze Schichtung unserer Gesellschaft dadurch umgestürzt würde. Wohin übermässiger Industrialismus führe, das zeige England mit seinen Nahrungssorgen. Die Grundlage unserer Weltmacht müsse notwendig durch territoriellen Zuwachs erweitert werden, auch werde Bauernsiedelung sofort erfolgen, wenn der Boden billig zu erhalten sei. Das könne allerdings — das ward zugestanden — nur durch einen Krieg errungen werden. Es gab noch eine dritte Gruppe von Politikern, nämlich von solchen, die zwar neuen Territorialerwerb für wünschenswert halten; jedoch nur einen in aussereuropäischen, vorzugsweise in tropischen Gegenden. Solcher Erwerb sei nützlich, um unserer Industrie neue Rohstoffe zuzuführen. Ausser Pflanzenstoffen, die für unsere Fabriken unentbehrlich sind, handelte es sich da vor allem um Metalle. Um neue Bezugsquellen für Metalle zu gewinnen, ist jedoch nicht unbedingt Territorialerwerb von noten, auch Kauf von Erzfeldern usw. unter fremder Flagge wird erstrebt. Nicht minder von Kohlenlagern, wie durch Stinnes in Wales.

Gering war der Vorsprung der Engländer und Amerikaner in der Kohlenförderung; gegenüber von 418 Millionen Tonnen der Vereinigten Staaten, und den 306 Millionen Weltbritan-

niens nahm das Deutsche Reich 1909 mit 217,4 Millionen keinen allzu schlechten Stand ein. In der Eisenerzeugung behauptete Deutschland sogar den zweiten Platz. Die Ziffern sind: in dem genannten Jahr rund 26 Millionen Tonnen Roheisen für Nordamerika, 13 für Deutschland und 10 für England. Deutschland stieg bis zum Krieg auf 17, die Union während des Krieges gar auf 47 Millionen Tonnen.

Unsere Roheisenerzeugung hatte 1910 einen Wert von 766 Millionen. Davon kam aber bei weitem nicht alles auf den inneren Markt; 6,8 Millionen Tonnen Roheisen im Werte von rund 340 Millionen Mark wurden ins Ausland gebracht. Zu einem derartigen, sehr gewinnbringenden Aussenhandel wurden wir aber nur durch die Einfuhr von Erzen aus fremden Ländern befähigt.

Wir haben davon gesprochen, dass unsere Eisenherstellung eine vorteilhafte Rolle spielt. Man darf jedoch nicht vergessen, dass diese nur zu zwei Dritteln auf der Erschürfung einheimischer Erze beruhte. Wir waren bereits für ein Viertel der Tonnenzahl und ein Drittel des Ferrumgehaltes von dem Auslande abhängig. Wir besassen namentlich viel zu wenig hochwertige Erze und mussten solche von Schweden, Frankreich, Algerien, Brasilien und dem Kaukasus beziehen. Die dringende Notwendigkeit, Erzlager unter eigener Flagge zu besitzen, hat bei der Marokkofrage eine ansehnliche Rolle gespielt. Frankreich und Schweden hatten nämlich bereits Exportzölle auf Erze eingeführt. Einstweilen versuchten nun mit Erfolg unsere Hüttenbesitzer, eigene Erzfelder in Spanien (bei Bilbao), in Frankreich (im Brieygebiet), in Marokko, besonders im Sus, und in Brasilien zu erwerben. Damit war es aber offenbar nicht genug.

Der Verbrauch der ganzen Welt steigt. Man nehme die Vereinigten Staaten von Amerika. Sie gewannen 1850 etwas über eine halbe Million Tonnen Roheisen, und erreichten die erste Million 1864; sie gelangten zur fünften 1886, zur zehnten 1898, zur zwanzigsten 1905. Mithin ein geradezu erschreckendes Wachstum, dessen Tempo von Jahrzehnt zu Jahrzehnt schneller wurde. Gewiss, es fehlte nicht ganz an Rückschlägen; so brachte das Jahr nach dem ungeheuren Krach, das Jahr 1908, weniger Tonnen, als das voraufgehende: allein der Rückgang wurde schon 1909 wieder ausgeglichen. Deutschland insbesondere sieht auf eine Steigerung zurück, die kaum je weniger als 7 %, und im Jahre 1910 sogar $14\frac{1}{2}$ % in einem einzigen Jahre betrug. Es ist kein Anzeichen vorhanden, das in absehbarer Zeit auf eine dauernde Minderung der Ausbeute hinweisen würde; im Gegenteil! Fortwährend vergrössern die Hüttenwerke ihren Betrieb, fortwährend nehmen, in Europa, wie in Amerika, die Bestellungen zu. Wir werden also füglich schätzen dürfen, dass der Weltverbrauch am Roheisen, der 1910 beinahe 66 Millionen Tonnen erreichte, im Jahre 1920, oder spätestens 1925 auf 132 Millionen anschwellen wird. Nun wurden aber von dem Stockholmer Kongress, dessen Ziffern zwar im einzelnen anfechtbar sein mögen, im ganzen jedoch von den Bergwerk-Interessenten der Erde als massgebend hingenommen werden, die nach bisherigen Methoden verwertbaren Erzvorräte der Welt auf insgesamt 12 Milliarden Tonnen in Europa, weniger als zehn Milliarden in Amerika, und mehr als eine halbe Milliarde in den anderen Erdteilen, zusammen $22\frac{1}{2}$ Milliarden geschätzt. Eine Autorität, Professor Neumann, erklärte daraufhin: „Wenn in derselben Steigerung wie bisher die Eisengewinnung fortschreitet, reichen die benutzbaren Vorräte nur noch für 60 Jahre aus.“ Man muss dabei veranschlagen, dass zur Gewinnung des Eisens eine ungefähr dreifache Masse von Erz notwendig ist, dass also in spätestens 15 Jahren schon 400 Millionen Tonnen Erz notwendig sein werden. Eigentlich also würde sich eine noch weit geringere Summe von Jahren ergeben, als Professor Neumann voraussetzt. Allein auch ein Aufhören in schon 60 Jahren oder sogar 50 (da die Prophezeihung Neumanns 1910 fiel) ist beängstigend genug.

Die fremden Staaten verschmelzen aber in steigendem Masse ihre Erze selber. Das klassische Beispiel hierfür ist Schweden. Wir bezogen im Jahre 1910 aus Schweden nicht weniger als ein Drittel unserer gesamten Erzeinfuhr, nämlich $3\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen. Schon aber lässt sich die unangenehme Tatsache nicht verschweigen, dass jenes nordische Land immer mehr selbst seine Erze benötigt, dass es Werke errichtet, deren Verbrauch geradezu unheimlich anwächst. In dem einen Jahre von 1909 bis 1910 hatte Schwedens Eisenerzeugung von 443000 Tonnen auf 604000 zugenommen, also um $36^1/_3$.

Nun hat Schweden den ungeheuren Vorteil, dass es über ganz gewaltige Wasserkräfte verfügt. Diese Kräfte werden bisher nur ganz schwach ausgenützt, und teilweise an ausländische, namentlich deutsche Elektritziäts- und Karbid-Unternehmungen überlassen. In Zukunft wird man diese Kräfte für die Herstellung einheimischen Elektrostahls heranziehen. Ganz ähnlich, wie in dem skandinavischen Lande ist auch in Russland, das namentlich unseren schlesischen Hütten Erze liefert, und ist in Norwegen, das ebenfalls über die herrlichsten Wasserkräfte verfügt, und ist sogar in Algerien, wenn auch einstweilen noch in bescheidenen Anfängen, eine einheimische Eisenindustrie im Aufblühen begriffen.

Die Eisenerznot Deutschlands und der Zwang, durch Expansion sich aus der Fremde hochwertige Erze zu verschaffen, ist mit eine Ursache des Weltkrieges geworden.

---

2. Abschnitt.

Oesterreichs innere und äussere Politik bis 1914. Die Irredenta.

Von Dr. **Raimund Friedrich Kaindl,**

o. Professor der österr. Geschichte an der Universität Graz.

Literatur:

W. Schüssler, Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament (Berlin 1913). — G. Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich, 8 Bde. (Wien 1902—1914). — H. Friedjung, Österreich von 1848—1860, I. und II. 1., 2. Aufl. (Stuttgart 1912). — Derselbe, Der Krimkrieg und die österr. Politik, 2. Aufl. (Stuttgart 1911). — Derselbe, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, 2 Bde. (Stuttgart 1898). — Derselbe, Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914 I. (Berlin 1919). — R. Charmatz, Österreichs innere Geschichte von 1848—1895, 2 Bde., 3. Aufl. (Leipzig 1918). — Derselbe, Geschichte der auswärtigen Politik Österreichs im 19. Jahrhundert, 2 Bde., 2. Aufl. (Leipzig 1918). — Derselbe, Österreichs äussere und innere Politik von 1895—1914 (Leipzig 1918). — Derselbe, Deutsch-Österreichs Politik (Leipzig 1907). — A. Müller-Guttenbrunn, Ruhmeshalle deutscher Arbeit in der österr.-ungar. Monarchie (Stuttgart 1916). — V. Samassa, Der Völkerstreit im Hause Habsburg (Leipzig 1910). — F. Zweybrück, Österreichische Essays (Berlin 1916). — B. Molden, Alois Graf Aehrenthal (Stuttgart 1917). — Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, 2 Bde., (Stuttgart 1905). — Fürst von Bülow, Deutsche Politik (Berlin 1916). — Graf C. zu Reventlow, Deutschlands auswärtige Politik 1888—1913 (Berlin 1914). — Deutschland und der Weltkrieg, Hrgb. von O. Hintze, Fr. Meinecke u. a. (Leipzig 1915). — A. Singer und H. F. Helmolt, Geschichte des Dreibundes (Leipzig 1914). — H. Übersberger, Russlands Orientpolitik in den letzten zwei Jahrhunderten I. (Stuttgart 1913). — E. Molden, Zur Geschichte des österr.-russ. Gegensatzes (Wien 1916). — A. Redlich, Der Gegensatz zwischen Österr.-Ungarn und Russland (Stuttgart 1915). — E. A. Sturdza, Europa, Russland und Rumänien (Berlin 1915). — Ed. v. Wertheimer, Graf Julius Andrassy, 3 Bde., (Stuttgart 1910). — J. Bunzel, Ungarn und Wir (Graz 1918). — R. F. Kaindl, Geschichte der Deutschen in Ungarn (Gotha 1912). — Derselbe, Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern, 3 Bde., (Gotha 1906—1911). — Derselbe, Die Deutschen in den Donauländern. Ein Sendschreiben an Deutsche und Nichtdeutsche (Hamm 1919). — Derselbe, Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage (Leipzig 1919). — Derselbe, Polen und die polnisch-ruthenische Frage, 2. Aufl., (Leipzig 1917). — L. v. Südland, Die südslavische Frage und der Weltkrieg (Wien 1918). — Austriacus, Von Leibach bis Belgrad. Serbische Umtriebe in Südösterreich (Cilli 1908). — H. Wastian, Der Kampf um Cilli (Cilli 1906). — H. Hanau, Triaskarte der Habsburger Monarchie (Wien 1908). — Th. v. Sosnowsky, Die Balkanpolitik Österreichs-Ungarns seit 1866, 2 Bde. (Stuttgart 1913/4). — C. v. Sax, Geschichte des Machtverfalles der Turkei (Wien 1908). — D. Trietsch, Die Orientwirren (Frankfurt 1909). — A. Fournier, Wie wir zu Bosnien kamen (Wien 1909). — L. Mandl, Österreich-Ungarn und Serbien (Wien 1911). — Derselbe, Österreich-Ungarn und Serbien nach dem Balkankrieg (Wien 1912). — M. Mayr, Der italienische Irre-

dentismus vornehmlich in Tirol, 2. Aufl., (Innsbruck 1917). — A. Mitocchi, Triest, der Irredentismus und die Zukunft Triests (Graz 1917). — B. v. Sydačoff, Die Irredenta (Leipzig 1907). — F. Rudolf, Italiens Mittelmeerpolitik und der Dreibund (Brixen). — L. v. Chlumecky, Österreich-Ungarn und Italien, 2. Aufl. (Wien 1907). — Derselbe, Die Agonie des Dreibundes (Wien 1915) — W. Rohmeder, Das deutsche Volkstum und die deutsche Schule in Südtirol (Wien 1898). — H. Nabert, Das Deutschtum in Tirol (München 1906). — Die näheren Literaturangaben wird Mayer-Kaindl, Geschichte Österreichs (Wien), 4. Aufl., bringen.

Die innere und äussere Politik Österreich-Ungarns in den letzten Jahrzehnten steht vollständig unter den Einflüssen der Folgen des Jahres 1866. In der Ausschliessung Österreichs aus Deutschland liegen die Keime der ganzen folgenden Entwicklung, die zur Zersetzung im Innern und zur Niederlage nach aussen führen musste.

Diese Entwicklung haben die Grossdeutschen schon 1848, 1849 und 1866 klar vorausgesagt. Wagner gab der Befürchtung Ausdruck, dass nach Konstituierung Kleindeutschlands kaum alle Ausgeschlossenen jemals zurückkommen würden. Berger klagte, dass dadurch die deutsche Einheit, die deutsche Freiheit und die deutsche Zukunft verraten werden würde. Hartmann verkündete, dass man die Donau und ihre Schätze „ins Land dem Kaiser aller Reussen" laufen lasse und neun Millionen Deutsche der slavischen Peitsche ausliefere. „Finis Austriae" rief Anastasius Grün; Grillparzer klagte voll Schmerz: „Als Deutscher bin ich geboren, bin ich noch einer!" Und diesen Deutschösterreichern hatte sich Ludwig Uhland angeschlossen und mit Seherblick das Schicksal des ausgeschiedenen Österreichs vorausgesagt: „Und was soll die Stellung der deutschen Minderheit sein in diesem Neustaate (dem von Deutschland getrennten Österreich)? Das Kaiserhaus, die Dynastie als Deutsche, was kann sie ihnen helfen, und was kann ihnen der lockere völkerrechtliche Faden helfen, den man zu uns nach Deutschland herüberfliegen lassen will? Man hat wohl gesagt, Österreich hat den grossen providentiellen Beruf, nach dem Osten hin mächtig zu sein; nach dem Osten Aufklärung und Gesittung zu tragen. Aber wie kann das deutsche Österreich Macht üben, wenn es selbst überwältigt ist? Wie kann es leuchten und aufklären, wenn es selbst zugedeckt und verdunkelt ist."

Leider haben sich diese Befürchtungen bewahrheitet und Österreichs Fall hat das Deutsche Reich und das deutsche Gesamtvolk mitbetroffen. Man muss es daher schmerzlich beklagen, dass keine andere Lösung der deutschen Frage gefunden worden war. Je härter man dies gegenwärtig empfindet, um so wichtiger ist es, festzustellen, dass das Verschulden für das Versagen der grossdeutschen Lösung nicht, wie gewöhnlich angenommen wird, die Österreicher allein trifft, zumindest nicht die deutschösterreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament. Für die meisten dieser Abgeordneten ohne Unterschied der Parteirichtung stand es ganz ausser Frage, dass Deutschösterreich zu Deutschland gehöre und bei Deutschland bleiben müsse. Fraglich war für sie nur, wie die deutschösterreichischen Provinzen nach ihrer Vereinigung mit Deutschland mit den nichtdeutschen Ländern Österreichs verbunden bleiben sollten. In diesem Sinne erklärte auch die Mehrheit der österreichischen Abgeordneten, „dass sie ihre Aufgabe und ihre Pflicht, als Vertreter des Volkes nur in der Begründung der deutschen Einheit und Freiheit, in einem ganz Deutschland umfassenden Bundesstaate erkennen." Viele hatten daher auch für die §§ 2 und 3 des deutschen Verfassungsentwurfes gestimmt, wonach kein Teil des deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein durfte, sondern höchstens im Verhältnis der Personalunion zu ihnen stehen konnte. Diese Abgeordneten waren also bereit, das Gefüge ihres Staates zu lockern und planten die Umgestaltung Österreichs in einen Bundesstaat. Mit dem Föderativprinzip erschien die Einfügung Deutschösterreichs in Deutschland vollkommen vereinbar. Deutschösterreich sollte im deutschen Bundesstaat stehen und die anderen Länder Österreichs in einen Staatenbund zu Gesamtdeutschland treten. Es ist der Gedanke des engeren und weiteren Bundes, der in jenen Tagen immer wieder erörtert wurde. Freilich gab es auch Deutschösterreicher, denen die feste Einheit der österreichischen Monarchie höher stand als der staatliche Verband ihrer deutschen Teile mit Deutschland. Aber auch diese schwarz-gelben Stock-Österreicher dachten durchaus nicht an eine Verhinderung des Zusammenschlusses Gesamtdeutschlands, vielmehr sollte „die angestrebte Macht und Einheit Deutschlands in grösstmöglichstem Masse durch den innigsten Anschluss (Gesamt-) Österreichs an (das engere) Deutschland im Wege eines völkerrechtlichen

Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der österreichischen Regierung erzielt werden.“ Dieses völkerrechtliche Bündnis sollte eine solche Fülle haben, dass der Staatenbund einem Bundesstaat sehr nahe käme. Man sieht also, dass die deutschösterreichischen Abgeordneten der verschiedenen Schattierungen der Ansicht Heinrichs v. Gagern, des Führers der Kleindeutschen, nahe kamen, der den Gedanken vertrat, ein engeres Deutschland unter Preussen zu einigen und dann eine staatsrechtlich unlösbare Verbindung mit Österreich zu schliessen. Erwähnt sei auch, dass die österreichischen Grossdeutschen im Einverständnis mit ihren deutschländischen Gesinnungsgenossen nicht etwa die deutsche Kaiserkrone für Österreich forderten, sondern die Anschauung vertraten, dass an die Spitze Grossdeutschlands ein Reichsdirektorium (Reichsregierung) bestehend aus mehreren Mitgliedern treten solle, von denen eines der Kaiser von Österreich, eines der König von Preussen und die anderen die übrigen deutschen Staaten zu ernennen hätten. Wie ernst es den Österreichern mit der Ordnung der deutschen Angelegenheit war, beweist der Umstand, dass einige für die erbliche, Preussen angebotene Kaiserwürde stimmten. Endlich möge noch bemerkt werden, dass die Grossösterreicher ihr Vaterland zusammenzuhalten suchten, da sie den Gesichtspunkt vertraten, dass nur ein zentralistisches Gesamtösterreich seine geschichtliche Aufgabe erfüllen könne, Kultur nach dem Osten zu tragen und dem deutschen Volk den Weg zu den Donaumündungen freizuhalten; nur das ungeteilte Österreich konnte, wie es damals hiess, eine halbe Million Streiter für die deutsche Sache ins Feld stellen. Es sind dies Gedanken, die sich im Grunde genommen völlig mit den Anschauungen Bismarcks über die Aufgaben der Deutschösterreicher, die er in seiner Ansprache vom 15. April 1895 entwickelte, decken.

Mit Recht muss man daher den Vorwurf zurückweisen, dass die österreichischen Gesandten in Frankfurt das Zustandekommen einer Einigung verhindert hätten. Wohl hatten sie ihr Vaterland hochgehalten und seine historischen Rechte zu stark betont, aber es hat ihnen nicht an Begeisterung für die Einheit Deutschlands gefehlt. Bei gleicher Gesinnung der anderen Abgeordneten wäre vielleicht der Nationalversammlung das schwere Werk gelungen, ebenso wie der österreichische Reichstag in Kremsier den schwierigen, alle Völker befriedigenden österreichischen Verfassungsentwurf zustandebrachte. Wie dieser aber durch die österreichische Regierung verhindert wurde, so ist die grossdeutsche Lösung der deutschen Frage vor allem von der preussischen und österreichischen Regierung verhindert worden. Beide wollten nichts von ihrem Einfluss einbüssen und beide haben ihren Staaten Gesamtverfassungen oktroyiert, die der Lösung der deutschen Frage hinderlich waren. So wurde das Verhängnis von 1866 heraufbeschworen, das Österreich und zugleich das ganze deutsche Volk und seine Stellung getroffen hat.

Betrachten wir zunächst die innere Entwicklung Österreichs seit dem Schicksalsjahr.

Der Kampf von 1866 hatte die Donaumonarchie in einem verfassungslosen Zustand überrascht. Die vom Kremsierer Parlament 1848/49 von Deutschen und Nichtdeutschen vorbereitete Verfassung für Österreich, ein Kompromiss zwischen zentralistischen und föderalistischen Forderungen, war von der Regierung verworfen und durch die oktroyierte, streng zentralistische Verfassung vom 4. März 1849, die auch Ungarn mitumfasste, ersetzt worden. Diese ist aber nie ins Leben getreten, vielmehr wurde der habsburgische Gesamtbesitz bis 1860 absolutistisch verwaltet. Nach dem unglücklichen italienischen Krieg von 1859 war die föderalistische Oktoberverfassung von 1860 (ebenfalls für den Gesamtstaat) erlassen worden. Mit dieser war wie 1848/49 auch noch ein kleiner Teil der Deutschen (die Autonomisten) einverstanden, um eine staatsrechtliche Verbindung mit Deutschland zu ermöglichen und weil sie voraussahen, dass die Deutschen in einem Zentralparlament zu immerwährender Minderheit verurteilt sein würden. Doch schon einige Wochen später erfolgte mit der Februarverfassung von 1861 die Schwenkung zum zentralistischen Einheitsstaat, dessen Seele der aus dem Jahre 1848 bekannte Anton von Schmerling war. Diese Verfassung wurde aber bereits 1865 zugunsten eines föderalistischen Systems sistiert. Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges vom Jahre 1866 konnte das schwierige Verfassungswerk noch weniger mit Festigkeit und Klarheit gefördert werden. Überhastet wurde der Ausgleich mit Ungarn geschlossen (1867) und damit der Dualismus ins Leben gerufen, der für die Monarchie ein Unglück war. Gegen die gleichzeitig zustande gekommene österreichische Verfassung vom 21. Dezember 1867 erfolgten

bald darauf erneute Angriffe. Während aber fortan die Slaven Österreichs zum Föderalismus drängten, sahen die Deutschen fast durchaus ihr Heil in der Unterstützung der zentralistischen Regierung. Sie glaubten dadurch allein vor dem seit 1866 gesteigerten Ansturm der Nichtdeutschen geschützt zu sein. Und je mehr infolge ihrer Haltung der gegen sie gerichtete Hass der Slaven wuchs, um so mehr klammerten sich die Deutschen an den Zentralismus, so dass sie selbst noch im Sommer des Jahres 1918 in ihm ihr Heil erblickten, als der Minister Hussarek zum Föderalismus als dem letzten Rettungsmittel greifen wollte. Zu spät kam die Erkenntnis, dass jene Deutschen auf dem richtigen Wege waren, die in den ersten zwei Jahrzehnten nach 1848 für die föderalistische Verfassung Österreichs unter gleichzeitiger nationaler Abgrenzung der Verwaltungsgebiete eingetreten waren. Dafür waren anfangs auch die Slaven zu haben gewesen, während sie seit den 1860 er Jahren zwar den Föderalismus, aber in der Abgrenzung nach den alten Ländergrenzen (historisch-politische Individualitäten) forderten, die ihnen die deutschen Minderheiten völlig auslieferten. Nach der Ausschliessung Österreichs aus Deutschland sahen sich die Nichtdeutschen zu gerechten Vereinbarungen mit den Deutschen nicht bemüssigt. Nun erfüllte sich, was die Grossdeutschen vorausgesagt hatten: Die in die Minderzahl gedrängten Deutschen verloren allmählich den Boden unter den Füssen und damit ging der Staat der Auflösung entgegen.

Dem verderblichen Ausgleich mit Ungarn von 1867 folgten die weitgehenden Zugeständnisse an die Polen (1868) und die schwächliche Haltung der Regierung dem wachsenden Ansturm der Tschechen und anderen Nichtdeutschen (s. unten) gegenüber. Durch die slavische Mehrheit gedrängt begann die österreichische Regierung den slavischen Kurs zu verfolgen, der sie wieder um das Vertrauen der Deutschen brachte, die doch ihre festeste Stütze in diesem Reich waren. Noch 1848 und 1861 hatten die schwarz-rot-goldenen Farben in Wien auch auf der Hofburg geweht, dann aber kam die Zeit, wo sie und alle deutschvölkische Bestrebungen von der Regierung geächtet waren. Im Jahre 1862 hatte noch Kaiser Franz Josef I. zum Vorsitzenden des Juristentages in Wien gesagt: „Ich bin vor allem Österreicher, aber entschieden deutsch und wünsche den innigsten Anschluss Österreichs an Deutschland!" Jetzt war das nicht mehr möglich. Zwischen den beiden Kräften, die die Grossmacht an der Donau geschaffen hatten, der Dynastie und den Deutschen, begann die Entfremdung. Die Österreich auflösenden Kräfte wirkten aber unter diesen Umständen um so wirksamer, als durch den wieder eingetretenen Verfassungszustand den Nichtdeutschen auf Schritt und Tritt (im Parlament, in den Ländern, in den Gemeinden, in jedem Verein) die Möglichkeit zu Angriffen geboten wurde. Dazu kam, dass durch die fortschreitende Erweiterung des Wahlrechts (zuletzt 1907) die Deutschen nicht nur immer mehr in die Minderheit gedrängt wurden, sondern auch in der deutschen Sozialdemokratie keine verlässlichen Bundesgenossen bei der Vertretung deutscher Belange fanden. Die deutsche Minderheit musste im konstitutionellen Staate erliegen, die das Reich bildenden und bejahenden Kräfte wurden durch die verneinenden überwunden. Daher hatten auch schon 1848 die Tschechen mit aller Entschlossenheit den Anschluss Österreichs an Deutschland bekämpft. Deshalb hatten sie damals die Beschickung des Frankfurter Parlaments (durch Deutsche aus Österreich, besonders aus Böhmen) als aufreizend, unnütz, gefährlich für das Land, für Österreich, ja für die Dynastie erklärt. Waren die Deutschböhmen zumeist mit Entschiedenheit für Grossdeutschland, so waren die Tschechen ebenso entschieden gegen dasselbe. Hätten doch nur die Kleindeutschen aus diesem Standpunkt der Tschechen etwas gelernt!

In Österreich wuchs die Spannung zwischen den Deutschen und der Regierung infolge von 1866 immer weiter und näherte letztere den Nichtdeutschen. Über dieser Schwächung und Vereinsamung vergassen die österreichischen Deutschen den Zweck und die eigentliche Bestimmung des von ihnen errichteten Reiches, das „subgermanische Europa" durch seine Verwaltung der europäischen Kultur zuzuführen, wie Heinrich v. Treitschke noch 1865 gesagt hatte. Die Einverleibung weiterer nichtdeutscher Länder in das Reich musste ihnen unter den gegebenen Umständen für ihre Selbsterhaltung gefährlich erscheinen. Als die Balkanwirren in den 1870 er Jahren ausbrachen, waren die Deutschen im Gegensatz zu den Slaven für die Nichtanteilnahme und gegen das Streben nach Erwerbung fremder Gebiete (Interpellation der Hundertzwölf vom 21. Okt. 1876). Sie stellten sich damit in offenen Gegensatz zu den Absichten des Hofes und der militärischen Kreise und beschleunigten den Pakt der Krone mit den Parteien der Rechten. Schon 1879 tritt auch der erste

Tscheche ins Ministerium; es beginnt die Tschechisierung der Zentralstellen und der inneren Politik Österreichs. Vergebens versuchten seit 1880 die Deutschen wenigstens die deutsche Staatssprache festzulegen. Was sie früher versäumt hatten, vermochten sie jetzt nicht mehr durchzusetzen. Vielmehr wurden zugunsten der Nichtdeutschen Sprachenerlässe herausgegeben. Ebenso wurden andere deutsche Interessen von der Regierung vernachlässigt, die alldeutsche Richtung unter Schönerer gab dagegen schon 1878 die Losung aus, die österreichischen Erbländer zum deutschen Reich zurückzubringen. Diese Los-von-Österreich-Bewegung entsprang der alten Sehnsucht nach dem grossen deutschen Vaterland und der Verzweiflung über das Schicksal der Deutschösterreicher in den losgerissenen Gebieten. So begreiflich dieser Gedanke des um die Erstarkung des deutschen Bewusstseins hochverdienten Vorkämpfers war, so hatte seine Verfolgung doch keinen Zweck, denn nach dem Abschlusse des Bündnisses von 1879 mochte sich das Deutsche Reich durchaus nicht in die inneren Verhältnisse Österreichs einmengen. Überdies wollte aber Bismarck eine starke Donaumonarchie als Bundesgenossen[1]). So hatte Schönerers Schlagwort nur den Erfolg, dass der Gegensatz zwischen den Deutschen und der Regierung wesentlich verschärft wurde, und diese dann in verhängnisvoller Kurzsichtigkeit auch die auf die Stärkung des Staatsverbandes abzielende deutschvölkische Arbeit nicht förderte: sie übersah, wie wichtig ein kräftiges Deutschtum für den Staat war. Tschechen und Madjaren nahmen aber die alldeutsche Bewegung Schönerers zum Anlass, die Deutschen als „Pangermanen" zu verfolgen und sich gelegentlich als Schützer des Staates aufzuspielen! Ebenso verstanden es die Polen auf Kosten der in Missgunst geratenen Deutschen sich das Wohlwollen der Regierung zu sichern. Die Los-von-Österreich-Bewegung hat aber auch die Deutschen in Österreich zerklüftet, da nicht alle diese aussichtslosen Anschauungen teilten. So ist die innere Widerstandskraft der Deutschösterreicher geschwächt worden.

Derselben verzweifelten Lage wie die Los-von-Österreich-Bewegung entsprang auch die Los-von-Rom-Bewegung. Der Rechten, die zur Regierung hielt, gehörten auch die Klerikalen an. In Österreich waren katholische Kirche und Regierung fast ausnahmslos verbunden. Der deutsche Klerus stand aber durch diese Haltung jetzt auch an der Seite der Slaven und hatte kein Verständnis für die Not seines Volkes. Um diesen als Stütze der deutschfeindlichen Regierung und als Parteigänger der Slaven zu treffen, begann jene Bewegung, die aber ihren Zweck verfehlte. Dagegen hat sie zwischen den Deutschen böse Spannungen hervorgerufen und wie die Los-von-Österreich-Bewegung die Verfolgung der allen Deutschen gemeinsamen Ziele unmöglich gemacht. Die Spannung zwischen freiheitlichen und klerikalen Deutschen wuchs. Zwischen den völkischen Deutschen entstand eine Zerklüftung, da nicht alle die Hereinziehung der Religion ins politische Getriebe billigten. Vor allem ging der Einfluss der Freiheitlichen auf die katholischen Bauern der Alpenländern verloren. Wo vordem niemals von einer Spannung zwischen Katholiken und Protestanten die Rede war, wurde sie hervorgerufen. Die deutsche Schutzvereinsarbeit wurde gestört. Deutsch gesinnten katholischen Geistlichen ist die völkische Mitarbeit erschwert worden, da die katholische Kirche jetzt jedem deutschvölkischen Verein mit Misstrauen gegenüberstand. Leider gelang es auch nicht, die Wühlarbeit slavischer Priester in deutschen Gemeinden zu verhüten.

Die durch das Jahr 1866 veranlasste Politik der Alldeutschen in Österreich hatte noch eine andere Folge. Schönerers Linzer Programm von 1882 forderte, um die slavische Mehrheit zu brechen, die Abtretung Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina an Ungarn, ferner die Loslösung Galiziens und der Bukowina. Damit wurden die Deutschen in diesen Ländern (1875 war noch unter allgemeinem Jubel die deutsche Universität in Czernowitz errichtet worden!) gewissermassen aufgegeben und daher lange von den Volksgenossen in Altösterreich vernachlässigt. Man gab dieses Deutschtum, ohne dass man es kannte, als verlorenen Posten auf. Man behauptete, dass jede Unterstützung dieser Deutschen zwecklos wäre. Selbst der Deutsche Schulverein (sowohl der Wiener als der Berliner) hat sich dieser Anschauung lange nicht erwehren können und hat lange für die genannten Volksgenossen nur sehr wenig getan. Ja sogar gegen die deutsche Universität

[1]) Seine Anschauungen über die Schönerianische Bewegung, über die Aufgabe des Deutschtums in Österreich, sein Verhältnis zur Dynastie hat Bismarck gelegentlich einer Huldigung der Deutschösterreicher zu seinem 80. Geburtstag klar geäussert (Friedrichsruh, 15. April 1895).

in Czernowitz wurde von deutscher Seite Sturm gelaufen. So wüteten die österreichischen Deutschen infolge des Verhängnisses von 1866 gegeneinander und schwächten ihre eigene Stellung. Näher auf diesen Parteihader einzugehen, ist hier nicht der Ort.

Aber auch zwischen den Donaudeutschen und den Reichsdeutschen war infolge der Vorgänge von 1866 eine arge Entfremdung und Spannung eingetreten. Der Kampf um die Vorherrschaft hat ins deutsche Volk einen Keil getrieben. Wie hätten sich auch die Deutschösterreicher ungetrübt der Erfolge der ,,Deutschen" freuen sollen, da man doch ihnen den heissen Wunsch, bei Deutschland zu bleiben versagt hatte, da man sie, wie schon die Männer von 1848/9 geklagt hatten, dem sichtlichen Verderben preisgab. Mehr als jemals früher musste man sich jetzt daran erinnern, dass die Stellung der Deutschen in der Donaumonarchie eine ganz andere wäre, wenn Schlesien nicht entfremdet und die Erwerbung von Bayern nicht verhindert worden wäre. Und wie schief wurden diese Ereignisse, ebenso jene von 1848/9 von der Geschichtsschreibung beurteilt, die Preussen im Kampf um die Vorherrschaft unterstützte. Das alles hat übrigens nicht verhindert, dass in Deutschösterreich der Wert des geeinigten Kleindeutschlands anerkannt wurde und für Bismarck und die deutschen Kaiser überaus warme Verehrung zutage trat. Im neuen Deutschen Reiche vergass man aber, dass die Deutschen an der Donau auch Deutsche sind. Man sprach offen davon, dass 1871 alle deutschen Stämme geeinigt worden sind. Diese unglückliche, unrichtige Behauptung wurde zu einem gefährlichen Schlagworte. Man gewöhnte sich in Deutschland daran, die Deutschen der Donaumonarchie als Ausländer zu betrachten, die vielen Deutschen ferner standen als die Neger in Kamerun. Man vergass ganz des grösseren Deutschlands, für das Arndt, Uhland, Hoffmann von Fallersleben so warme Töne gefunden hatten. Man redete sich förmlich ein, dass man an den Österreichern nichts verloren habe und fühlte sich höchstens durch ihren Wettbewerb benachteiligt. Die Österreicher schienen doch recht entfernte Verwandte und der Unterstützung durch das Reich nicht wert. Über ihre wahren Verhältnisse suchte man sich gar nicht zu unterrichten. So kam es, dass z. B. im Schulthess'schen Geschichtskalender f. 1890 den Deutschösterreichern schulmeisterliche Lehren gegeben wurden, wonach sie die Behandlung durch die Tschechen eigentlich verdient hätten! Nach Böhmen eingewanderte Reichsdeutsche leisteten auf ihren Gütern und in ihren Fabriken geradezu Tschechisierungsarbeit. Ähnliche Klagen konnte man über Reichsdeutsche in Ungarn hören. Die Klage über die ablehnende Kühle der reichsdeutschen Presse war nichts seltenes. Man unterschätzte die Donaudeutschen politisch und völkisch, wusste auch nichts von ihren Verdiensten um Kultur und Fortschritt. Man hatte vergessen, dass hier das Nibelungenlied entstanden ist, dass Wiens Mauern die Türken aufgehalten haben, dass bei Aspern und Esslingen Napoleons Stern zuerst erblich, dass aus Hofers Blut die Saat der Freiheitshelden aufging. Ebenso unterschätzte man den Anteil Deutschösterreichs an der neuen geistigen und materiellen Entwicklung. So kam es, dass die Reichsdeutschen, bis auf die engen Kreise um den ,,Verein für das Deutschtum im Ausland" und den ,,Alldeutschen Verband" für Deutschösterreichs Not, für die Bedeutung des völkischen Kampfes und der völkischen Schutzarbeit geringes Verständnis hatten, dass unsere Truppen auch während des Weltkrieges kühl nebeneinanderstanden, dass in Deutschland nach dem Zusammenbruch für die Anschlussfrage keine allgemeine Begeisterung vorhanden war. Kurzum seit 1866 war der Anteil der Reichsdeutschen am Schicksal der Deutschen in den Donauländern gering, wenn auch in den letzten Jahren schon eine Besserung dieses Verhältnisses zu bemerken war.[2]) Wie anders standen aber hinter den österreichischen Slaven ihre slavischen und nichtslavischen Förderer!

Nach dem Abschlusse des Bündnisses von 1879 haben zwar viele geglaubt, dass die Deutschösterreicher sich an den Bundesstaat anlehnen und stützen könnten. Aber es war nur ein Traum. Das Bündnis von 1879 hat nur eine Slavisierung der äusseren Politik Österreichs verhindert, nicht aber die innere Politik vor der Slavisierung gerettet. Das Deutsche Reich hütete sich in die inneren Verhältnisse der Donaumonarchie irgendwie einzugreifen. Und so blieben die Deutschösterreicher vereinsamt wie zuvor und wurden erdrückt. So kam es, dass auch Österreich den Hoffnungen

---

[2]) Mit Genugtuung muss festgestellt werden, dass in den letzten Monaten 1919 weitere erfreuliche Beweise des erstarkenden Gemeinsamkeitsgefühls sich geltend machten.

von 1879 nicht entsprach und dass es schliesslich zerfiel. Und auch nicht einmal das beschnittene Deutschösterreich darf zu Deutschland zurück, ganz so wie Camillo Wagner schon vor siebzig Jahren befürchtet hatte. Nur eins bleibt übrig: wirtschaftlich-kulturell und völkisch die Einheit des Gesamtvolkes zu pflegen.

Die Schwäche der deutschen Minderheit und der Regierung ermöglichte den Nichtdeutschen seit 1866 die rücksichtslose Verfolgung ihrer Sonderbestrebungen. Wie eine böse Vorbedeutung steht an der Schwelle dieser Kämpfe der Umstand, dass Preussen während des Kampfes mit Österreich die Madjaren, Tschechen, Rumänen und Italiener in ihren Ansprüchen bestärkt hat.

Der Ausgleich mit Ungarn von 1867 war an sich schon der Anfang der Zersetzung. Er vertrat zwar scheinbar die Gesamtstaatsidee: Das Heer und die auswärtigen Angelegenheiten (diplomatische und kommerzielle Vertretung des Reiches) sollten gemeinsam sein und ihre Kosten gemeinsam getragen werden. Auch bildeten beide Staaten nur ein Wirtschaftsgebiet. Aber dem Ausgleich haftete von allem Anfang an eine grosse Schwäche an. Für die parlamentarische Beratung der gemeinsamen Angelegenheiten wurden die Delegationen eingesetzt, die in überaus schleppender Weise die Geschäfte erledigten. Die Regierung hatte nach der Erschütterung von 1866 die Vereinbarung überstürzt zusammengebracht, ohne dass dem österreichischen Parlament Gelegenheit geboten worden wäre, darauf Einfluss zu nehmen. Der Ausgleich war von seiten der Regierung eigentlich nur mit den madjarischen Adeligen geschlossen worden, die durch Jahrhunderte ihren Einfluss zu erhalten gewusst hatten. Dies sicherte Ungarn im voraus ein Übergewicht gegenüber Österreich auch in der Leitung der auswärtigen Politik unter gleichzeitiger Ausnutzung der finanziellen Kräfte Österreichs. Wie 1867 hat der Monarch auch später seinen Einfluss in Österreich zugunsten des störrischen Ungarn ausgeübt. Drum forderte auch Kossuth 1905: Der König solle, wenn die von der ungarischen Mehrheit geforderten Abmachungen in Österreich nicht gebilligt werden, sie mittels des § 14 durchsetzen. Die zerfahrenen Verhältnisse im österreichischen Reichsrat haben diese Übermacht Ungarns noch mehr gefördert. Daher kam es, dass die ungarische Reichshälfte auch in die inneren Verhältnisse Österreichs eingriff und ihr nicht genehme österreichische Minister stürzte. So ist es auch möglich geworden, dass die ungerechte Belastung Österreichs mit 70 % der gemeinsamen Auslagen sich durch Jahrzehnte behaupten konnte. Dazu war die Textierung des Ausgleichs mitunter ungenau. Der madjarische Text stimmte mit dem deutschen des Ausgleichgesetzes vom 21. Dez. 1867 nicht überein. Gewisse Bestimmungen gaben geradezu die Handhabe, am Ausgleich zu rütteln, ja ihn zu zerstören. Daher vermochte Ungarn mit Erfolg unausgesetzt auf die Personalunion oder gar vollständige Selbständigkeit der beiden Reichshälften hinzustreben.[3]) Freilich wurden auch Stimmen laut, die darauf hinwiesen, es sei Ungarn mit diesem Streben nicht ernst, weil es dabei wirtschaftlich zu kurz käme und überdies dem Ansturm der Südslaven (Revision des kroatischen Ausgleichs), der Rumänen und der anderen Nationen nicht Stand halten könnte. Wie überhastet man beim Ausgleich zu Werke gegangen war, ist auch daraus zu ersehen, dass über die gemeinsame Bank gar keine Bestimmungen getroffen wurden; das geschah erst einige Jahre später.

So kam es, dass das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn seit 1867 stets ein gespanntes, ja ein feindseliges war. In diesem steten Kampf gewann immer Ungarn, weil es sich auf den Monarchen stützte und weil es überdies bei seinen Forderungen stets auf die Unterstützung aller Parteien rechnen konnte. Die Parteien in Ungarn gliederten sich zumeist nach ihrem mehr oder weniger radikalen staatsrechtlichen Programm. Die schärfere Partei diente stets als Schreckmittel, um möglichst viel herauszuschlagen. In Österreich waren dagegen Polen und Tschechen stets geneigt, gegen entsprechende Konzessionen, die aber natürlich ihnen zugute kommen mussten, den Forderungen der Madjaren nachzugeben: die auf Österreich gewälzte Last traf ja zunächst die Deutschen, die etwa zwei Drittel der Steuern zahlten und die Erschütterung des Staatsgefüges kam den Sonderbestrebungen der Nichtdeutschen entgegen.

---

[3]) Die Personalunion hatte rasch zur Trennung führen müssen, weil der gemeinsame Herrscher den widersprechenden Interessen beider Staaten kaum hätte genügen können.

Der wirtschaftliche Ausgleich mit Ungarn musste alle 10 Jahre erneuert werden. Bei den ersten zwei Erneuerungen ist dies mit Hilfe der Krone trotz der übermässigen Lasten Österreichs ziemlich glatt abgelaufen. Beim dritten Ausgleich (1897) kam es zu erbitterten Kämpfen. Das ganze folgende Jahrzehnt hindurch blieb es bei einem Provisorium. Weil Körber die Interessen Österreichs vertreten hatte, musste er zurücktreten. Ende 1907 kam wieder ein Ausgleich zustande, bei dem der Beitrag zur Bestreitung der gemeinsamen Angelegenheiten im Verhältnis 63·6 : 34·4 bestimmt wurde. An die Stelle des einstigen Zoll- und Handels b ü n d n i s s e s trat ein Zoll- und Handels v e r t r a g bis 1917. Der Zolltarif wurde für Österreich und Ungarn verselbständigt. Das Privileg der österr.-ungar. Bank blieb bis Ende 1910 aufrecht. Ungarn behielt sich aber das Recht vor, eine eigene Notenbank zu errichten. Die Möglichkeit für diese Lockerung auf wirtschaftlichem Gebiet war dadurch gegeben, dass nach den Ausgleichsgesetzen Zoll- und Handelsbündnis von Zeit zu Zeit (je 10 Jahre) abgeschlossen wurden und bindende klare Bestimmungen darüber in den Ausgleichsgesetzen nicht vorhanden waren. Da nun Ungarn seine Industrie allmählich zu entwickeln suchte, um keine „ausgebeutete Kolonie der österreichischen Industrie" zu sein, strebte es Schutz durch ein eigenes Zollgebiet an. Dadurch wäre aber den für die gemeinsamen Angelegenheiten den Löwenanteil der Kostenlast tragenden Österreichern ihr natürliches industrielles Absatzgebiet genommen worden. Beim letzten Ausgleich wurde noch an der Zollgemeinschaft festgehalten, aber man nahm an, dass beim nächsten das selbständige ungarische Zollgebiet geschaffen werden würde (Zwischenzollinien zwischen Österreich und Ungarn bestanden bis 1850). Damit hängt auch zusammen, dass Ungarn eine selbständige Notenbank anstrebte, trotzdem es bei den bestehenden Zuständen grosse Vorteile hatte, denn das Kapital der österr.-ungar. Bank stammte aus Österreich und wurde von Ungarn sehr ausgenützt. Das selbständige Zollgebiet Ungarns hätte aber auch zur selbständigen Vertretung Ungarns im Ausland führen müssen; hatte doch Ungarn schon die letztabgeschlossenen Handelsverträge mit dem Ausland auch durch das ungarische Ministerium unterzeichnen lassen, während dies bisher nur der gemeinsame Minister des Äusseren besorgt hatte. Ungarn hatte aber auch schon Beamte des Handels- und Ackerbauministeriums und Pressebotschafter in einzelnen Staaten des Auslands bestellt.

So bereitete sich nach Zerschlagung des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes die Trennung der Vertretung der auswärtigen Angelegenheiten vor. Dies musste dann zur Trennung des dritten und letzten Bindegliedes, des Heeres, führen. Das gemeinsame Reichsheer war in Ungarn seit jeher nicht beliebt (Niederwerfung der Aufstände). Nur wenige Regimenter waren rein madjarisch, die Offiziere bis auf geringe Reste deutsch. Nun besass Ungarn zwar seine Landwehr (Honved), aber es bestand stets das Bestreben, auch einen Teil des gemeinsamen Heeres zu madjarisieren. Dabei kam ihnen die ungenaue Fassung des Ausgleichgesetzes zugute. Und so begann 1903 ein heftiger Kampf, in dem auch Kaiser Franz Josef I. eine schärfere Tonart anschlug (Armeebefehl von Chlopy 16. Sept. 1903) und bei dem es sich schliesslich zeigte, dass die ungarische Parlamentsclique ohne Unterstützung der Krone ihre Herrschaft nicht wahren konnte und dass sich der Träger der Stefanskrone nicht zu einem Scheinkönig herabdrücken liess. Wohl wurden den Madjaren allerlei Zugeständnisse gemacht, aber die deutsche Kommandosprache (im Ganzen 70 bis 80 Worte!) wurde ihnen nicht geopfert. Und nun blieb bei der Wahl des Jahres 1905 die alte (liberale) Regierungspartei in der Minderheit und die 1848 er Unabhängigkeitspartei, die man bisher als Schreckmittel für Österreich benützt hatte, erhielt die Mehrheit. Die Antwort auf ihr rücksichtsloses Kampfprogramm war die von der Regierung eingebrachte Forderung des allgemeinen Wahlrechts, ein überaus geschickter Schachzug gegen die Mehrheitspartei, waren doch 1905 nach dem bestehenden Wahlrecht unter den mehr als 300 Abgeordneten nur neun von den nichtmadjarischen Völkern gewählte. Durch das Eintreten für das allgemeine Wahlrecht war der Einfluss der Krone wieder gestiegen. Ohne Widerstand konnte am 16. Februar 1906 das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden und das Koalitionsministerium Wekerle musste allerlei Verpflichtungen gegenüber der Krone übernehmen, auch das allgemeine Wahlrecht. Später hat freilich Wekerle während der Annexionskrise (1908/9) dem Kaiser die Genehmigung zu einem Wahlreformentwurf abgewonnen, der zu dem 1906 vereinbarten im Widerspruch stand, und in den folgenden Jahren rückte diese Frage um keinen Schritt weiter. Auch die neue Regierungsmehrheit suchte vor allem die madjarische Vorherrschaft

zu wahren. Um aber die Krone nicht zu reizen, wurde die neue Wehrvorlage von 1912, die eine Verstärkung der Wehrmacht bezweckte, auch in Ungarn unter dem Druck der Balkanwirren angenommen.

Aus der Zeit dieser Kämpfe mag auch noch erwähnt werden, dass die alten irredentistischen Bestrebungen wieder auflebten. Abgeordnete der Unabhängigkeitspartei suchten Beziehungen zu Serbien und Italien anzuknüpfen, auch mit Russland und Frankreich wurde geliebäugelt; selbst mit der Losreissung Ungarns unter einem Hohenzoller wurde gedroht. Ferner bekannte sich Graf Michael Karolyi einem französischen Zeitungsschreiber gegenüber als Gegner des Dreibundes; er machte auch eine Reise nach Petersburg. Die Gegnerschaft gegen den Dreibund teilte auch Polonyi. Dagegen hob dieser die guten Beziehungen des Kabinetts Wekerle zu Frankreich hervor (1910). Die ungarische Anleihe kam aber damals in Paris trotzdem nicht zustande, sondern bei Wiener und Berliner Banken. Übrigens war im ungarischen Abgeordnetenhaus gelegentlich auch der Ruf „Es lebe die Republik!" zu hören.

Neben dem Kampf um möglichste Ausnützung Österreichs und um grössere Selbständigkeit, d. h. also um grössere Macht der herrschenden Clique (Anfangs Adel, später auch jüdische Advokaten und Geldmänner) ging das Ringen gegen die ihr Recht fordernden anderen Nationalitäten. Das Nationalitätengesetz vom Jahre 1868 hatte zwar allen Bewohnern Ungarns den Gebrauch ihrer Muttersprache gewährleistet, es ist aber durch spätere Gesetze und Gewaltmassregeln ausser Kraft gesetzt worden. Hieher gehören das Gesetz über die zwangsweise Erlernung des Madjarischen in der Volksschule von 1879, das Mittelschulgesetz von 1883, das Kindergartengesetz von 1891, das Gesetz über die Madjarisierung der Ortsnamen von 1898 und das über die Stellung und die Bezüge der Volksschullehrer von 1906. Dazu waren Vergewaltigungen der Nichtmadjaren bei Volkszählungen, Wahlen, Versammlungen, ebenso wie die Verfolgung ihrer Presse, Madjarisierung der Personennamen, Beschimpfungen u. dergl. an der Tagesordnung. Besonders schwer litten die Deutschen.[4]) Es war aber von vornherein ein für die Dauer aussichtsloser Kampf, da die 8 Millionen Madjaren ungefähr ebenso vielen Nichtmadjaren gegenüberstanden und weder durch eine eigene Kultur noch durch starke Vermehrung hervorragten. Nur die grösste Rücksichtslosigkeit und der Schutz des Monarchen (dem die Verhältnisse in Österreich dazu Anlass gaben) haben die Vorherrschaft der Madjaren so lange erhalten. Als hierauf die Krone mit der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht für die Nichtmadjaren auftrat und überdies noch die Balkankrise ihre Schatten warf, da versuchte freilich der kluge Tisza einzulenken. Er stellte nicht nur die Verfassung in Kroatien wieder her, sondern begann auch mit den Rumänen Ungarns, bei denen sich wiederholt starke Hinneigung zum Königreich Rumänien gezeigt hatte, zu verhandeln. Am 5. Dez. 1913 erklärte er unter grossem Beifall im Abgeordnetenhaus: „Ungarn und Rumänen hatten den gemeinsamen geschichtlichen Beruf im brüderlichen Einvernehmen und gestützt auf das Germanentum, die Freiheit und Kultur Europas gegen die Ausbreitung panslavistischer Tendenzen zu verteidigen." Und am 26. Febr. 1914 gab er im Magnatenhause folgende Erklärung ab: „Um der Agitation der Nationalitäten ein Ende zu machen, ist es notwendig, dass in den von den Nationalitäten bewohnten Gegenden und in ihren Schulen auch die Sprache der betreffenden Nationalität zur Geltung kommt." So hat eine ernste Stellungnahme des Königs nicht nur seine Macht gestärkt, sondern auch die herrschende Clique immerhin zu einem Schein von Nachgiebigkeit gegen die Nichtmadjaren bewogen. Grosse Hoffnung auf einen gerechten Ausgleich war freilich bei den nichtmadjarischen Völkern nicht vorhanden. Es sei auch erwähnt, dass die madjarische Regierungsclique und die führenden Männer des Madjarentums durch Reden, Bücher und Zeitschriften das Ausland über die geschilderten Verhältnisse täuschten und so auch in Deutschland für sich den Schein des ritterlichen, der deutschen Kultur holden Volkes zu wahren wussten.

In Böhmen begann nach 1866 der Kampf der Tschechen in verstärkter Form. Der Ausgleich mit Ungarn und die neue Verfassung (21. Dezember 1867) reizte sie aufs Äusserste. Was die Madjaren erreicht hatten, wollten auch sie erlangen. Und so begann der Kampf um das angebliche tschechische Staatsrecht, das in der Forderung nach Einheit und Unzertrennlichkeit Böhmens,

[4]) Das nähere darüber bringen meine angeführten Schriften.

Mährens und Schlesiens gipfelt und ihre legislative und administrative Selbständigkeit fordert. Alles was in den tschechischen Schriften über dessen Bestand angeführt wird, ist hinfällig; die Einheit der drei Sudetenländer war nie so eng und die alten Beziehungen waren so sehr geschwunden, dass sie auch von Mähren und Schlesien nicht mehr anerkannt wurden. Die einstige Selbständigkeit Böhmens war aber durch die historischen Ereignisse, durch spätere Verwaltungs- und Verfassungsänderungen überholt und beseitigt worden.

Am 22. August 1868 nahmen die Tschechen mit einer „Deklaration" die Forderung nach Errichtung des dreieinigen Königreichs mit einer verantwortlichen Regierung in Prag auf; sie erklärten, der Reichsrat habe kein Recht, für Böhmen gültige Gesetze und Beschlüsse zu erlassen; die böhmischen Länder hätten mit den übrigen Ländern des Hauses Habsburg nur die Dynastie gemein. Nun erklärten sich auch die Tschechen Mährens, die noch 1861 die zentralistische Verfassung anerkannt hatten, für das Staatsrecht. Im Oktober 1868 musste über Prag der Belagerungszustand verhängt werden. Die Tschechen begannen schon offen ihre panslavistischen und franzosenfreundlichen Bestrebungen darzutun (vgl. unten). Zugleich wurde ein erbitterter Kampf gegen die Deutschen eröffnet. Der Tschechenführer Rieger rief ihnen schon 1870 zu: „Die Deutschen wollen unser Königreich zum Vasall König Wilhelms von Preussen machen." Damit hatte jenes Ringen begonnen, das nicht nur die Sudetenländer allein, sondern die ganze Monarchie in ihren Grundfesten erschütterte. Kampf um das Staatsrecht im Landtag und Reichsrat, Erzwingung dieser Forderungen mit Hilfe der Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, Hass gegen Deutschland und das deutsche Bündnis, endlich Bekämpfung der Deutschen im Sudetenland das waren die Leitlinien der tschechischen Politik durch alle folgenden Jahrzehnte.

Im Kampf um das Staatsrecht wurden die Tschechen und ihre Feudalen (Hochadel) durch die Schwäche der Regierung und föderalistisch gesinnte Ministerien bestärkt. Da die gemachten Zugeständnisse darauf wieder rückgängig gemacht wurden, trat eine noch grössere Gereiztheit ein. So hatte schon die föderalistische Oktoberverfassung von 1860 ihre Begierde gereizt, ebenso der föderalistische Versuch Belcredis (1865). Dann wollte vor allem der Minister Hohenwart 1870 so weit ihren Wünschen entsprechen, dass die Národní Listy triumphierend verkündeten: „Eine neue Epoche ist in der Geschichte Mitteleuropas angebrochen, ein selbständiger slavischer Staat ist im Herzen des Weltteils aufgerichtet als Antwort auf die Wiederherstellung des Deutschen Reiches." Durch die sogenannten Fundamentalartikel wurde auch eine Änderung der Reichsverfassung in Aussicht genommen. Deutsche und Madjaren liessen aber diese „Zerstörungsartikel" nicht zu, und nun erhob sich wieder ein Sturm unter den Tschechen. Um ihre Ablehnung der bestehenden Verfassung zu bekunden, erschienen sie nicht im Reichsrat. Dann aber zeigte sich wieder infolge der mit den Balkanverhältnissen zusammenhängenden Verstimmung gegen die Deutschen das Ministerium Taaffe den Tschechen günstig. Nun kam der als Verfechter des tschechischen Staatsrechts bekannte Mährer Alois Prazák ins Ministerium, die Tschechen gaben ihre Abstinenzpolitik auf und traten mit einer Rechtsverwahrung gegen die Dezemberverfassung und zugunsten des böhmischen Staatsrechts ins Parlament. Ihr Lohn waren neben zahlreichen anderen Zugeständnissen vor allem die Sprachenverordnungen (seit 1880), die die tschechische Sprache in den Ämtern zum Schaden des Staates und der Deutschen bevorzugten. Der Kampf zwischen Deutschen und Tschechen wurde dadurch so verschärft, dass erstere fortan nur in der nationalen Abgrenzung (wie 1848) ihr Heil sahen. Als Badeni 1897 den Tschechen noch entgegenkommendere Sprachenverordnungen herausgab, um sie für die Ausgleichserneuerung mit Ungarn zu gewinnen, begannen die Deutschen einen gewaltigen Kampf, der sie noch einmal einte und in dem sie noch einmal den Sieg davontrugen. Nach etwa 2½ jährigem Kampfe wurden die Sprachenverordnungen aufgehoben. Waren auch sonst schon Überfälle Deutscher durch Tschechen nichts Ungewöhnliches, so wurden in dieser Zeit in Prag und anderen Orten Hunderte deutscher Häuser und Läden überfallen und geplündert. Noch nachdrücklicher als früher forderten die Deutschen, um zur Ruhe zu kommen, nationale Abgrenzung, insbesonders die Schaffung von national abgegrenzten Kreisen und Kreisregierungen wie sie der Kremsierer Verfassungsentwurf schon festgestellt hatte. Jetzt war aber die Mehrzahl der Tschechen zu solchen Zugeständnissen nicht mehr bereit. Dr. Kramař bezeichnete die nationale Abgrenzung als eine Gefahr und als Forderung der Germania irridenta. Bei dieser

Spannung der Verhältnisse führten alle seit 1890 unternommenen Ausgleichsversuche in Böhmen zu keinem Ende; dagegen sind in Mähren 1905 Vereinbarungen getroffen worden, die wenigstens einigermassen den nationalen Frieden sicherten. Der Grund, weshalb die Tschechen die von ihnen früher selbst geforderte nationale Abgrenzung nicht zugestehen wollten, war die Ausnützung der deutschen Steuerkraft und die Versorgung ihrer deutschsprechenden Volksgenossen mit Stellen auf deutschem Gebiet. Je mehr die Tschechen auf Selbständigkeit ihres dreieinigen Königreiches drängten, um so mehr mussten sie die Deutschen festhalten, um wenn schon nicht die gemeinsame deutsche Steuerkraft des Reiches, so doch die der Sudetendeutschen auszunützen. Daher hatten sie von allem Anfang an das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur als Agitationsmittel missbraucht. Mit dem zumeist von den Deutschen gesteuerten Gelde trieben sie aber eine derartige Misswirtschaft, dass 1913 der böhmische Landtag aufgelöst und von der Staatsregierung eine landesfürstliche Verwaltungskommission eingesetzt werden musste.

Die Verbindung mit auswärtigen Mächten, auf die sich die Tschechen bei ihren Bestrebungen stützten, geht zum Teil bis ins Ende des 18. Jahrhunderts zurück. In den folgenden Jahrzehnten finden wir schon Beziehungen zu den späteren Ententemächten und von den tschechischen Gelehrten wurden nach dem Muster der deutschen Wiedergeburt und als Gegengewicht gegen sie die Grundlagen des Panslavismus geschaffen und nach Russland verpflanzt. Von 1866 an traten die irredentistischen Bestrebungen schärfer hervor. Schon in diesem Jahre drohte Palacky offen mit dem Panslavismus. 1867 pilgerten die österreichischen Slaven (mit Ausnahme der Polen) nach der „Mutterstadt" Moskau. Offen huldigte Rieger den Russen; für russische Sprache und orthodoxe Religion wurde agitiert. Beim Ausbruch des deutsch-französischen Krieges machte Rieger die französische Botschaft in Wien in einer Denkschrift auf die Bedeutung Böhmens für eine französische Offensive aufmerksam. Zugleich suchten die Tschechen die österreichische Regierung zur Förderung der russischen Pläne im Osten zu bewegen und Palacky erklärte 1872, dass die Tschechen die treuesten Verbündeten Russlands seien und im Bedarfsfall auch seine Avantgarde bilden würden. Gegen Österreich und Deutschland im Bunde mit Frankreich und Russland wird die Losung der Tschechen für die Zukunft. Damals (1871) erschien auch Mich. Danilevskijs panslavistisches Programm, das die Zertrümmerung Österreichs und die Neugründung der slavischen Staaten ungefähr so feststellte, wie sie in unseren Tagen vor sich ging. Auch das böhmisch-mährisch-slovakische Königreich erscheint darin. Und seither haben die Tschechen ohne jede Zurückhaltung die Russen und Franzosen als ihre Schützer und Freunde anerkannt, dagegen Deutschland und das deutsche Bündnis bekämpft und geschmäht. Der russische General Komarow konnte 1898 öffentlich in Prag erklären, dass alle Slaven gegen die „Mörder" geeint seien, und vom Zurückwerfen der Deutschen sprechen. Zehn Jahre später feierte ebenda der Deutschenhass unter dem neu erfundenen Schlagwort „Neoslavismus" Orgien. Ebenso offen wurden die Beziehungen zu Frankreich verkündet. Im Jahre 1887 schrieb der Brünner „Hlas": „Seit dreieinhalb Jahrhunderten bemüht sich Österreich, uns zu germanisieren. Unser gefährlichster Feind, der uns das Messer an die Kehle setzt, ist das geeinigte Deutschland. Und dieses geeinigte Deutschland steht vor einem grossen Krieg mit Frankreich und Russland. Was ist natürlicher, als dass wir alle Sympathie denen zuwenden, die gegen Deutschland kämpfen werden und dass unser heissester Wunsch ist, Deutschland möge eine Niederlage erleiden. Wenn die Forderungen der Tschechen nicht erfüllt werden, werden sie zu ihren slavischen Pflichten zurückkehren." Einer der wichtigsten Träger dieser tschechischen Bewegung war das nach dem Muster der deutschen Turnvereine gegründete Sokolwesen.

Für die Polen in Galizien war das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland das Signal, eine erfolgreiche Realpolitik einzuschlagen, die sie nicht nur zu Herren des Landes, sondern auch zu einem der ersten Machtfaktoren des Staates machte. Der missglückte Aufstand von 1863 hatte den besonneneren Teil von ihnen belehrt, dass mit diesen Mitteln nichts zu erreichen sei; die föderalistischen Verfassungspläne seit 1860 und die Erfolge Ungarns wiesen ihnen aber den Weg, den sie einzuschlagen hatten. So entstand die „Stanczykenpartei"; sie führte ihren Namen nach der von Szujski verfassten Satyre „Tyka Stanczyka" (die Mappe des Hofnarren), die gegen die polnische Verschwörungspolitik gerichtet war. „Wir sind Polen, dem Slaventum haben wir Abschied gegeben" erklärte einer ihrer Wortführer. Unter Verzichtleistung auf panslavistische Bestrebungen

suchten die führenden Männer dieser Partei (die Krakauer Konservativen) im Anschluss an die Regierung die polnischen Interessen zu wahren. Am 10. Dez. 1866 sandte der galizische Landtag eine Huldigungsadresse an Kaiser Franz Josef I., in der er seine Loyalität beteuerte. Im Jahre 1868 fasste sodann derselbe Landtag seine Forderungen für die Sonderstellung Galiziens in einer Resolution zusammen, die so ziemlich alles das forderte, was die Ungarn 1867 erreicht hatten. Diese Resolution ist nach mehrmaliger Umarbeitung schliesslich von der Tagesordnung abgesetzt worden, aber trotzdem haben die Polen durch kaiserliche Verordnungen allmählich eine Fülle von Sonderrechten erlangt, die Galizien zu einem Staat im Staate machten. Äusserlich kam das durch die Schaffung eines Ministers für Galizien zur Geltung (1871). Die polnische Sprache gelangte zu vollständiger Herrschaft, die deutschen Universitäten in Krakau und Lemberg wurden polonisiert und die anderen deutschen Schulen unterdrückt, die Deutschen und Ruthenen, wo es nur anging, benachteiligt. Auch auf die Verhältnisse Gesamtösterreichs machte sich der polnische Einfluss geradezu verderblich bemerkbar, die Staatsfinanzen wurden für Galizien in hohem Grade in Anspruch genommen. Deshalb ist von deutschösterreichischer Seite seit 1867 (wie übrigens schon 1848) wiederholt und besonders im sogenannten Linzer Programm von 1882 auf die Loslösung Galiziens aus dem engeren Gefüge Österreichs gedrungen worden.

Die Bestrebungen der autonomen Körperschaften und Behörden Galiziens fanden ihre Stütze in zahlreichen Vereinen. Durch die auch hier überall verbreiteten Sokolvereine wurde die Jugend zur politischen Arbeit herbeigezogen. Die Sokolen galten als Grundlage der polnischen Wehrmacht und bereiteten die Gründung der späteren Legionen vor. So wurde Galizien die Hochburg des Polentums, nachdem die russische Herrschaft in Kongresspolen die Pflege seiner nationalen Ideale unmöglich gemacht hatte. Schwierigkeiten bereiteten den Polen nur die Jungruthenen (Ukrainer), die den Druck der Polen abschütteln wollten und auf die Umgestaltung Ostgaliziens in eine besondere Provinz Österreichs drangen. Diese Ruthenen standen mit den Ukrainern Russlands in Verbindung und waren wie diese russenfeindlich. Dagegen war es den Russen gelungen, einen andern Teil der galizischen Ruthenen (Altruthenen) für sich zu gewinnen. Die russische Propaganda machte sich seit den 1880 er Jahren besonders stark bemerkbar.

Neben den besonnenen österreichischen Polenführern (den konservativen Stanczyken), die sich mit der bevorzugten Stellung und den reichen Erfolgen in Österreich genügen liessen, gab es stets Polen, die die Wiedergeburt ihres alten Reiches anstrebten. In früherer Zeit, da der Gegensatz zwischen Österreich und Preussen bestand, mochte man dies auf diese Weise zu erreichen erhofft haben, dass ein Habsburger sich die Krone des vereinigten Reiches aufs Haupt setzen würde; seit 1879, seit der engen Aneinanderschliessung der zwei Bruderstaaten war diese Hoffnung vernichtet. Nur Russland konnte den beiden Verbündeten ihre polnischen Gebiete entreissen und sie wieder zusammenfügen. Nur Russland konnte den Polen die ersehnte preussische Ostseeküste verschaffen. Dazu kam der Hass gegen die Deutschen, der Gegensatz gegen die um ihre nationalen Rechte kämpfenden Jungruthenen (Ukrainer) Ostgaliziens, das Interesse einer Gruppe polnischer Adeliger (der „Podolier"), die in Russland begütert waren, u. a. Diese Umstände machten viele Polen den panslavistischen Einflüssen zugänglich, die Russland nach der Niederlage im japanischen Krieg zur Unterstützung seiner wieder nach dem Westen orientierten Politik überall spielen liess. So gelang es dem Warschauer Duma-Abgeordneten Dmowski mit den neoslavischen Lehren unter den Polen immer mehr Boden zu gewinnen. Der neoslavische Kongress in Prag (1908) fand die Allpolen mit Tschechen, Russen und den russisch gesinnten Altruthenen vereint. Die hier gehaltenen Hetzreden fanden überall in Galizien in den nächsten Jahren Widerhall. Die gemässigten Polen wurden an die Wand gedrückt, die Deutschen und Deutschland wurden bekämpft; die Beziehungen zwischen den Deutschen und den österreichisch gesinnten Jungruthenen als „Niederträchtigkeit" bezeichnet. Dagegen wurden die Altruthenen gefördert, und dem Russophilismus Vorschub geleistet. Wie rasch diese Unterwühlung um sich griff, zeigten die im Frühjahr 1914 in Galizien, in der Bukowina und in Oberungarn geführten Hochverratsprozesse.

Wenden wir uns nun den Südslaven zu. Die nationalen Bestrebungen der in den südösterreichischen Ländern wohnenden (katholischen) Slovenen (Winden) schienen lange wegen ihrer geringen Zahl (gegenwärtig unter $1\frac{1}{4}$ Mill.) einen „karikaturistischen Anstrich" zu haben.

Auch hier zeigten sich schon in den 1880 er Jahren panslavistische und orthodoxe Tendenzen. Das hervorragendste slovenische Blatt „Slovenski Narod" schrieb schon 1887: „Wenn Russland in Verfall gerät, dann gibt es morgen keine Slovenen, keine Kroaten, keine Tschechen. Das einzige Ziel aller Slaven muss die kulturelle Vereinigung sein auf Grundlage der russischen, als der allgemeinslavischen Sprache und der russischen Kirche. Die Slaven sind e i n e Nation, sie sind die Nation der Zukunft, die ihre sein wird und muss." Im Kampf um die slavische Liturgie, die alle Slaven mit Russland einigen sollte, nannte dieses Blatt den Papst „einen Auswurf der Menschheit". Die Gegnerschaft der Slovenen gegen die Deutschen trat besonders einige Jahre später im Kampf um Cilli zutage, der wegen der Forderung eines slovenischen Gymnasiums in dieser deutschen Stadt losbrach.

Die eigentliche Bedeutung der windischen Frage hing aber mit dem Bestand von etwa 15 Mill. Südslaven in den Nachbarländern zusammen. Als unter diesen nach dem Regierungsantritt des Peter Karageorgiewitsch (1903) die grossserbisch-panslavistische Bewegung stärker hervortrat, da zeigte sich diese in Kürze auch bei den Slovenen. So erklärte der schon genannte „Slovenski Narod" (1906): „König Peter ist uns heute das, was uns seinerzeit Bischof Strossmayer (s. unten) war. Dieser hat uns grosse kulturelle Anstalten begründet, die (kroatische) Akademie und Universität. König Peter betätigt sich zwar auch auf kulturellem Gebiet, aber seine Macht ist grösser und bedeutungsvoller, weil er einen Staat regiert, der jeden Tag 300 000 kräftige und tapfere serbische Soldaten zur Verfügung hat. Wir Slovenen gravitieren nach dem Süden."

Die (ebenfalls katholischen) K r o a t e n , die ausser in Kroatien auch in Istrien, Dalmatien, Ungarn, Bosnien und der Herzegowina wohnen, galten früher als durchaus österreichfreundlich: trotz des Ausgleiches Kroatiens mit Ungarn (1868) fühlten sich nämlich die Kroaten der ungarischen Reichshälfte bedrückt. Der Ausgleich hatte dem kroatischen Landtag und der Landesregierung mit dem Banus die Autonomie bezüglich innerer Verwaltung, Kultus, Unterricht und Justiz zugesichert; die Erledigung der anderen Angelegenheiten durch den ungarischen Reichstag und die ungarische Regierung gab aber genug Gelegenheit zu Klagen. Neben diesen Umständen hatte aber schon in den 1880 er Jahren auch in Kroatien die russophile Propaganda Fuss gefasst. Im Jahre 1888 sandte der katholische Bischof Strossmayer von Diakovar nach Russland jenes berüchtigte Telegramm, das selbst der milde Kaiser Franz Josef als einen gegen Staat und Kirche gerichteten Schritt rügte. Viel stärker ergriff die panslavistische Bewegung die orthodoxen S e r b e n , die in Kroatien, Ungarn, Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina wohnen (ferner in Serbien und Montenegro). Unter ihnen entwickelte sich schon seit Jahrzehnten die grossserbische Bewegung. Als sie seit 1903 neue Anregung erhielt, gelang es den Serben Kroatiens einen Teil der Kroaten trotz der zwischen beiden Stämmen herrschenden Spannung für eine serbokroatische Koalition zu gewinnen (Resolutionen von Fiume und Zara 1905), die dann auch mit der Unabhängigkeitspartei in Ungarn zusammenging. Bei dieser Gelegenheit liessen sich die Kroaten auch die Behauptung gefallen, dass Kroaten und Serben e i n Volk seien, während sie sonst diese von Šafařik und Karadžić begründete Anschauung bekämpften. Durch die erwähnte Koalition hofften die Kroaten die seit 1796 von ihnen geforderte „Reïnkorporierung" Dalmatiens zu erreichen, während den Serben Bosnien und die Herzegowina, die sonst auch von den Kroaten beansprucht wurden, überlassen werden sollten. Die Annäherung der Kroaten an die Serben führte auch den berüchtigten Agramer Hochverratsprozess von 1908 herbei, der trotz der Aufhebung der Verurteilungen kaum als ein Zeugnis für das Fehlen verräterischer Umtriebe angesprochen werden darf.[5]) Im Jahre 1913 begrüsste das Amtsblatt der kroatischen Landesregierung die Eroberung Skutaris durch die Montenegriner mit einem Jubelartikel, was ganz der panslavistisch-grossserbischen Gesinnungsart entsprach. Doch ist allerdings die Serbenfreundlichkeit nicht bei allen Kroaten durchgedrungen.

Auch in Bosnien und der Herzegowina erstarkte die serbische Propaganda, der man von seiten der österreichischen Regierung vergebens durch Entgegenkommen (Gewährung der Auto-

[5]) Ebenso unrichtig ist die durch Seton Watson (Scotus Viator) weit verbreitete Behauptung, dass der Minister Aehrenthal diesen Prozess hervorgerufen hätte, um einen Vorwand zur Annexion Bosniens und der Herzegowina zu haben. Vgl. Südland a. a. O., S. 562 ff.

nomie des serbischen Kirchen- und Schulwesens 1905) zu begegnen suchte. Die Verschärfung der Verhältnisse veranlasste Österreich-Ungarn zur Annexion der bisher bloss besetzten Länder (1908). Die hierauf gewährte Verfassung bot neue Gelegenheit zur Fortsetzung der Wühlarbeit. Gleich bei der Eröffnung des Landtages (am 15. Juni 1910) gab ein fanatischer Serbe auf den Landeschef mehrere Revolverschüsse ab. Hierauf begann sogleich der Kampf um die Erweiterung der Rechte des Landtags und für die Sonderstellung der südslavischen Gebiete.

Die Frage der künftigen Stellung der Südslaven zur Monarchie, die schon 1848 angeschnitten worden war, wurde am Anfang des 20. Jahrhunderts wieder aufgenommen. Sie trat jetzt in der Form des Trialismus auf; die südslavischen Gebiete sollten als dritter Staat der Monarchie eingegliedert werden. Durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina erhielten diese Pläne neue Nahrung. Der Umfang dieses südslavischen Staates wurde jedoch verschieden begrenzt. Am ansprechendsten war der Plan, bloss Kroatien-Slavonien, Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina zu vereinigen; dadurch wäre für Ungarn Fiume (mit entsprechender Bahnverbindung) erhalten geblieben. Auf diesem Gebiete wären über 3 Mill. Kroaten $1\frac{1}{2}$ Mill. Serben gegenübergestanden. Andere Pläne bezogen auch Fiume, Istrien und die Slovenen ein, worunter ihre Verwirklichung litt, da die ungarischen und deutschen Gebiete vom Meere abgeschnitten worden wären. Viele Freunde fanden diese Pläne nicht, ja selbst die Serben und der mit ihnen verbundene Teil der Kroaten waren schliesslich dagegen, weil sie den Trialismus als eine Behinderung der geplanten slavischen Unabhängigkeit (d. h. Verbindung mit Serbien) ansahen. Der Kampf um diese Anschauungen und der zwischen Serben und Kroaten bestehende Gegensatz glimmen bekanntlich auch nach der durch den Weltkrieg herbeigeführten Lösung der südslavischen Frage weiter fort.

Die Italiener Österreichs haben zum Teil schon im 18. Jahrhundert irredentistische Regungen bekundet. Die italienische Unabhängigkeits- und Einigungsbewegung hat diese gefördert. Schon 1848 wurde die Loslösung Südtirols, ferner der Küstengebiete an der Adria vom Deutschen Bunde (und damit von Österreich) angestrebt und als weiterer vorbereitender Schritt des Abfalls die Autonomie Südtirols gefordert. Zur Unterstützung der Forderung wurde für dieses Gebiet der Name „Trentino" aufgebracht. Als Österreich im Jahre 1859 auch auf die Lombardei Verzicht leisten musste, erhielt die Bewegung neue Nahrung; fortan hatte auch die italienische Regierung daran stillen Anteil. Der Irredentismus griff damals auch im Küstenland stärker um sich. 1861 verdrängte der Triester Stadtrat die deutsche Sprache aus den Schulen, 1862 und 1865 musste der Triester Landtag wegen irredentistischer Umtriebe aufgelöst werden.

Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland gab diesen Bestrebungen neuen Anstoss. Italien hat bei den Bündnisverhandlungen mit Preussen alle Österreich unterworfenen italienischen Gebiete bis zu den Alpenkämmen gefordert. Nach italienischen Forschern soll Bismarck Südtirol in Aussicht gestellt haben. Teile von Welschtirol wurden von Garibaldi 1866 vorübergehend besetzt, ebenso Istrien. Am 25. Aug. veröffentlichte sodann Mazzini sein Irredentaprogramm, das den ganzen Süden Österreichs von Istrien westwärts beanspruchte (die Häfen Dalmatiens sollten den Südslaven überlassen werden). Die Forderungen der Irredenta erstreckten sich seither bis an den Brenner, ja eine für den Berliner Kongress in Rom herausgegebene Karte liess Österreich-Ungarn von seinem alpenländischen und adriatischen Besitz nur noch Ober- und Niederösterreich! 1876 widerriet Bismarck der italienischen Regierung, die Agitation zur Angliederung Welschtirols und Triests zu fördern. Als 1877 Crispi Bismarck in Gastein besuchte und für die bevorstehende Überlassung Bosniens und der Herzegowina an Österreich Kompensationen forderte, meinte er nebenher, Gastein bezeichne für ihn die wahre Grenze Deutschlands in den Alpen. Bismarck wollte aber damals nichts mehr von solchen Plänen wissen.

Wie weit die Irredenta anfangs der 1880er Jahre gediehen war, erkennt man aus dem Attentatsversuch gegen Erzherzog Karl Ludwig gelegentlich der Feier der 500 jährigen Zugehörigkeit Triests zu Österreich und der damals aufgedeckten Verschwörung Wilhelm Oberdanks in Triest, die die Verbindung dieser Stadt mit Italien und die Ermordung des österreichischen Kaisers bezweckte. Da Oberdank auch noch überdies Deserteur war, wurde er hingerichtet. Das Bezeichnendste bei diesem Vorfall ist aber, dass fortan die Italiener in Triest bei politischen Anlässen eine Hymne auf Oberdank sangen, in Rom eine Strasse nach ihm benannt, in Venedig ihm ein Denkmal errichtet wurde.

Der Beitritt Italiens zum Dreibund hat die irredentistischen Bestrebungen nicht behindert, denn alle Erklärungen der italienischen Regierung (seit 1883) gegen die Irredenta waren nicht ernst gemeint. Die grossitalienische Bewegung schritt ungehemmt weiter fort. Sie ist besonders durch den 1886 gegründeten Schulverein „Pro Patria" (später „Lega Nationale"), ferner durch Turnvereine, den Alpenverein und durch allerlei Schriften in allen von Italienern bewohnten Gebieten Österreichs genährt worden. Die genannten Vereine traten in engste Beziehungen untereinander und zu gleichartigen nationalen Vereinigungen in Italien (darunter der Verein Trento e Trieste) und erblickten im König von Italien ihren eigentlichen Herrscher. Sie alle bereiteten von der italienischen Regierung unterstützt auch durch Spionage, Wegmarkierungen u. dergl. den Krieg vor, der ihnen die Befreiung von der österreichischen Herrschaft bringen sollte.

Seitdem die Italiener ihre Ansprüche auf Albanien und die Adria, als „mare nostro", geltend machten, also seit dem Ende des 19. Jahrhunderts (s. unten), arbeitete die Irredenta noch stärker, trotz aller Ableugnungsversuche des offiziellen Italien, die ein Teil der österreichischen Presse, aber auch Politiker aus Kurzsichtigkeit und Beschwichtigungssucht unterstützten. Grossen Einfluss nahm auf die irredentistische Bewegung Rovettas Drama „Romanticismo", das ein Aufruf an die österreichischen Italiener zum Abfall ist, ferner Gabriele d' Annuncios Drama „Nave", das die Alleinherrschaft Italiens in der Adria verherrlicht. Erwähnt sei noch, dass in den offiziellen Schulbüchern Italiens Südtirol und Triest als die „noch unerlösten" Länder behandelt wurden.

Unter diesen Umständen ist es kaum nötig, sich mit den Klagen über die angebliche Unterdrückung der Italiener in Österreich zu befassen. Sie sind unberechtigt; nur in der Frage der Errichtung einer italienischen Universität wäre grösseres Entgegenkommen möglich gewesen. Mit Recht wird den Italienern entgegengehalten, dass sie die unter ihnen lebenden anderen Bevölkerungselemente vielmehr bedrückten, so die Slovenen im Küstenland und die Deutschen in Südtirol.

Kurz soll noch der eigenartigen Verhältnisse in der B u k o w i n a Erwähnung geschehen. Die österreichische Verwaltung hat in diesem als Öde übernommenen Lande so erfolgreich gewirkt, und die deutsche Sprache war als Vermittlungssprache für die vielsprachige Bevölkerung (Deutsche, Rumänen, Ruthenen, Polen u. and.) so notwendig, dass Gegensätze sich nur spät und immerhin nur in milderen Formen entwickelten. So konnte 1875 die deutsche Universität errichtet werden. Die deutsche Sprache spielte in Amt, Schule und auch sonst im öffentlichen Leben eine wichtige Rolle. Der Nationalitätenkampf nahm hier im allgemeinen keine gehässigen Formen an. 1910 kam ein Ausgleich zustande, der die Grundlage für eine ruhige Entwicklung hätte bilden können. Die Monarchie hatte unter allen Bewohnern viele Freunde. Von irredentistischen Bestrebungen waren nur schwache Spuren vorhanden.

Wie die innere so ist auch die ä u s s e r e P o l i t i k Ö s t e r r e i c h - U n g a r n s durch den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland und seinen Ausgang verhängnisvoll beeinflusst worden.

Gleichzeitig mit seiner Stellung in Deutschland verlor Österreich seine italienischen Provinzen. Dadurch ist es nicht nur aus Italien verdrängt worden, sondern es kam auch sein Besitz in Südtirol und an der Adria ins Wanken. Zu spät erkannte man später, dass Österreich in Italien nicht nur Hausmachtpläne, sondern auch deutsche Interessen vertreten habe. Zu spät verkündete Bismarck: „Wer an Triest rührt, rührt an die Spitze des deutschen Schwertes." Nach den mit der Hilfe Preussens und Frankreichs erreichten italienischen Erfolgen gab es für Österreich hier keine Möglichkeiten mehr. Die Adria war für das deutsche Volk verloren.

Dazu musste es aber auch kommen, da Österreichs Stellung auch auf der Balkanhalbinsel und im Orient infolge derselben Umstände schwer erschüttert war. Es konnte den Mächten, die vom Osten nach der Adria griffen, nicht mit genug Nachdruck entgegentreten. Auch auf diesem letzten Betätigungsgebiet, auf das es noch Treitschke (s. oben), Bismarck u. and. gewiesen hatten, vermochte es nach der Erschütterung von 1866 nicht mehr erfolgreich zu wirken. Die schöne Aufgabe, die Bismarck Österreich stellte, nach dem Muster der deutschen Staatsverfassung „eine Versöhnung der politischen und materiellen Interessen, die zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro vorhanden sind", herbeizuführen, konnte unter den geänderten Verhältnissen nicht gelingen.

Die Orientpolitik war für Österreich nichts Neues. Jahrhunderte lang war es eine Vormauer Europas gegen die Türken gewesen (die zwei Belagerungen Wiens durch die Türken). Allerdings war Österreich in diesen Kämpfen von Deutschland unterstützt worden, wie anderseits österreichische Heere oft am Rhein gekämpft hatten. Seit der Niederwerfung der türkischen Macht und gezwungen durch den napoleonischen Umsturz hat Österreich sein Augenmerk vor allem nach dem Westen gerichtet. Diese Zeit hat Russland benützt, um seinen Einfluss im Osten und Südosten zur Geltung zu bringen. Schritt für Schritt hat es, gefördert durch seine Stellung in der „Heiligen Allianz", in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in den Donaufürstentümern und am Balkan seinen Einfluss zur Geltung gebracht und ganz offen verkündeten schon Alexander I. (1812) und nach ihm Nikolaus I. (1853) ihre Absicht, mit allen möglichen Mitteln sich diese Länder gefügig zu machen. Damals hatten auch bereits die panslavistischen Umtriebe in Österreich begonnen. Die grosse Gefahr, die aus der russischen Politik erwuchs, ist auch allgemein erkannt worden. So hat schon Thiers in seiner französischen Geschichte 1842 und 1851 auf das „Ungeheuer des moskowitischen Ehrgeizes, das die Welt in Schrecken setzt und die benachbarten Länder bedroht", hingewiesen und Graf Cavour führte 1855 aus, dass Russland durch die Besitznahme von Konstantinopel die absolute Vorherrschaft über das Mittelländische Meer und ein unwiderstehliches Übergewicht im Rate Europas erhalten werde. Ähnlich lauteten spätere französische Urteile, wie denn auch England schon 1809 aus den gleichen Bedenken Russland die Meerengen (Dardanellen) gesperrt hatte.

Auch in Deutschland war man sich dieser Gefahr bewusst. Deshalb betonten die Grossdeutschen so stark die Wahrung der deutschen Interessen im Osten (Freihaltung des Weges zu den Donaumündungen). Aus diesem Grunde warnte Uhland vor der Loslösung Österreichs von Deutschland, da Österreich dann die Belange im Osten nicht mehr wahren könnte. Noch nachdrücklicher hat Moritz Hartmann darauf hingewiesen, dass die Schwächung Österreichs eine Stärkung Russlands bedeute. Moltke und Viktor Aime Huber betonten gleichfalls, dass Deutschlands Interessen und seine politischen Ziele vorwiegend im Südosten liegen. Dagegen hat man in kleindeutschen Kreisen die Gefahr wohl mit Absicht übersehen und die deutschen Belange im Osten geleugnet, denn sie anerkennen hiess den Fehler des kleindeutschen Standpunktes zugeben. Nur so ist es erklärlich, dass Bismarck für die Orientpolitik von allem Anfang an kein Interesse zeigte. Daher erklärt sich sein Ausspruch, dass die deutschen Interessen im Südosten nicht die Knochen eines einzigen pommerischen Grenadiers wert seien. Daher warnte er vor der Ausbeutung Preussens und später Deutschlands für die „österreichische" Orientpolitik. Nur so konnte bei Bismarck die Ansicht aufkommen, dass Österreich-Ungarn als Grossmacht zwar erhalten werden müsse, dass aber trotzdem Konstantinopel den Russen überlassen werden könnte. Derselben Unterschätzung der slavischen Gefahr ist es zuzuschreiben, wenn er dann Triest noch immer den deutschen Interessen erhalten zu können glaubte.

Dazu kam, dass sich Preussen während des Entscheidungskampfes mit Österreich Russland geneigt erhalten wollte. Die Spaltung Deutschlands hat Russland damals klug ausgenutzt. Aber auch später ist nie wieder eine vollständige Gleichorientierung zwischen Deutschland und Österreich eingetreten. Während für Österreich die Abwehr der Einflüsse Russlands massgebend war, kam Russland für Deutschland vor allem unter dem Gesichtspunkt der Abwehr der Franzosengefahr in Betracht, dann aber auch weiterhin als Gegengewicht gegen Österreich. Freimütig hat Bismarck die Bedeutung des Bündnisses mit Österreich anerkannt, aber auch seine Befürchtungen ausgesprochen; das Misstrauen aus der Zeit des Kampfes, die anwachsenden deutschfeindlichen Strömungen der Nichtdeutschen Österreichs, ferner die besonderen Interessen der Donaumonarchie im Osten liessen ihn nicht ruhen. Um sicherer zu sein, hat er die Umwandlung des völkerrechtlichen Bündnisses in ein staatsrechtliches in Betracht gezogen, leider aber zu spät, denn die nach 1866 erstarkten Nichtdeutschen Österreichs hätten dies niemals zugelassen. Dazu kam noch die besondere Zuneigung Kaiser Wilhelms I. für Russland. Endlich hat auch die wirtschaftliche Orientierung Deutschlands nach der Übersee (eine Folge der Abstossung Österreichs und des Orients) Deutschlands Interesse noch weiter dem Osten entzogen.

So kam es, dass das seit 1866 in Auflösung begriffene Österreich nicht nur im Orient nicht mit Nachdruck auftreten konnte, sondern auch die Belange der Deutschen in ihrem alten erfolg-

reichen Arbeits- und Kulturgebiet nicht entsprechend vertreten konnte; ein Schaden, der sich besonders seit 1914 geltend macht. All dies hätte sich anders gestaltet, wenn vor 1866 eine grossdeutsche Lösung gefunden worden wäre.

Die angedeuteten nachteiligen Verhältnisse zeigten sich bereits im Krimkrieg. Trotz des abgeschlossenen Bündnisses zwischen Österreich und Preussen, das den gegenseitigen Schutz der Grenzen sichern sollte und den Abzug der Russen aus den Donaufürstentümern (Moldau und Walachei) bezweckte, gingen beide Staaten von Misstrauen gegeneinander erfüllt, verschiedene Wege. Preussen von seinen Konservativen gewarnt (Bismarck dachte damals schon an die Sicherung Russlands bei der künftigen Auseinandersetzung mit Österreich) blieb neutral, während Österreich hinter dem Rücken Preussens sich in eine schwankende Politik einliess, die es mit Russland, seinem bisherigen Allianzgenossen, und den Westmächten entzweite, ohne irgend welchen Vorteil zu erreichen. Dass die Sorge, Preussen könnte die Gelegenheit zur Austragung des Streites benützen, damals viel zu Österreichs unglücklicher Politik beitrug, ist sicher. In einem Brief an Bismarck bezeichnete Gerlach als einen der Beweggründe der österreichischen Politik vom Jahre 1854 ,,die Furcht vor Preussen". Wir wissen aber auch, dass von Preussen jeder militärische Vorgang in Österreich geheim beobachtet wurde.

Anders wäre es gekommen, wenn die mit den Ansichten des preussischen Thronfolgers vielfach übereinstimmenden Anschauungen Brucks, des damaligen österreichischen Geschäftsträgers in Konstantinopel, zur Geltung gekommen wären, der stets dem innigen Zusammenschluss Österreichs und Deutschlands das Wort redete und den Gedanken vertrat, dass beide Mächte Russland freundschaftlich in seine Schranken zurückweisen und den Westmächten die Einmischung in die Balkanfragen verwehren. Dann wäre wohl die Hoffnung des österreichischen Ministers Bach in Erfüllung gegangen, die er zu dem preussischen Bevollmächtigten geäussert hatte: Die Moldau und die Walachei wären erworben worden und durch Kulturarbeit zu einem Aufnahmsgebiet für Fabrikate Österreichs und Deutschlands geworden, denen sie wieder Vieh und Brotfrüchte geliefert hätten. So aber verlor Österreich im Südosten immer mehr an Boden. Es musste sich aus der Moldau und Walachei zurückziehen, nachdem es hier manche nützliche kulturelle Aufgabe erfüllt hatte. Es konnte ihre Vereinigung nicht vereiteln und musste 1859 die Wahl Cusas zum Hospodar beider Fürstentümer geschehen lassen. Ebenso konnte es nicht verhindern, dass damals die serbische Skuptschina den Russenfreund Milosch Obrenowitsch zum Fürsten wählte. Russland und Frankreich schützten ihn. Als die Rumänen 1866 den Prinzen Karl von Hohenzollern zum Fürsten wählten, ermunterte ihn Bismarck im April 1866 zur Annahme der Wahl: Der Prinz brauche Österreich nicht zu fürchten, da er es eine zeitlang zu beschäftigen gedenke. Im Juli 1866 befürchtete man daher auch Einfälle der Rumänen auf österreichisches Gebiet und noch zwei Jahre später erhob Andrassy als ungarischer Ministerpräsident Klage, dass Bismarck die Vergrösserungsbestrebungen der Rumänen unterstütze. Daraufhin hat allerdings Bismarck in Bukarest zur Ruhe gemahnt.

War Österreich infolge der deutschen Spaltung, im Osten geschädigt worden, so hat anderseits Napoleon III. die Monarchie zum Kampf gegen Deutschland missbrauchen wollen. Glücklicherweise ist es dazu nicht gekommen und schon in Paris hat Bismarck Österreich die Hand zur Versöhnung geboten, um auch für die Zukunft vorzubauen. Aber jetzt war die deutsche Kraft vor allem von Frankreich gebunden und das hat auf Bismarcks Haltung in der Orientfrage stets nachgewirkt.

So hat Andrassy als Minister des Äusseren ein Bündnis zwischen Österreich-Ungarn, Deutschland, England und Italien angestrebt, um Russland kalt zu stellen. Bismarck hat dagegen aus Rücksicht auf die französische Gefahr im Jahre 1872 das Dreikaiserbündnis zustande gebracht, das trotzdem Kaiser Franz Josef 1874 den ,,Sühnegang" an das Grab des Zaren Nikolaus I. machte, doch keinen Bestand hatte. Die Verträge von 1873 sollten ein einheitliches Vorgehen der drei Reiche im Osten und gegen Frankreich ermöglichen, aber Russland stellte sich schon 1875 als Beschützer des angeblich von Deutschland bedrohten Frankreich hin und setzte sein Wühlen in der Habsburgermonarchie und am Balkan weiter fort. Die Vereinbarung von Reichsstadt mit den folgenden Verträgen, in denen Österreich bei einem russisch-türkischen Krieg wohlwollende Neutralität, Russland aber diesem die Okkupation Bosniens und der Herzegowina zugestand, sicherte Russland

freie Hand gegenüber der Türkei, während Österreich wertlose Versprechungen erhielt, die Russland nach Belieben nicht einhielt. Nicht einmal die panslavistischen Treibereien hörten jetzt auf, wie das Erscheinen des russischen Generals Tschernajeff in Prag lehrt (1877).

So kam es zum russisch-türkischen Krieg von 1877/78, der die Selbständigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros, die Grundlage für Grossbulgarien (unter russischem Einfluss) und die Erwerbung Bessarabiens durch Russland brachte. Die infolge des europäischen Mandats von Österreich-Ungarn vorgenommene Besitzergreifung Bosniens und der Herzegowina war dagegen für Österreich ein zweifelhafter Gewinn (1878). Sie hat, wie bereits erwähnt, auf die inneren Verhältnisse verderblich eingewirkt, Österreich in Verwicklungen gestürzt und ihm den Hass Serbiens zugezogen, ohne dass Österreich die Möglichkeit gehabt hätte, mit Entschiedenheit aufzutreten. Auch nach dem Abschluss des Bündnisses von 1879 überwog bei Bismarck selbstverständlich die Sorge vor Frankreich, während er der orientalischen Frage nur geringes Interesse entgegenbrachte. Es steht fest, dass Bismarck durchaus nicht der Ansicht war, wegen des Bündnisses mit Österreich die Beziehungen zu Russland abbrechen zu müssen. Er drang vielmehr auf ein gutes Verhältnis der Donaumonarchie zu Russland. So kam, nachdem Russland 1880 auf mehrmalige Aufforderung Österreich-Ungarns und Englands Bulgarien und Ostrumelien geräumt hatte, 1881 wieder eine Vereinbarung zwischen Österreich-Ungarn, Deutschland und Russland zustande. Österreich-Ungarn versprach den Zusammenschluss Bulgariens und Ostrumeliens, also die Begründung des früher bekämpften Grossbulgariens zuzulassen, dagegen sollte es in diesem Falle Bosnien und die Herzegowina annektieren können, wieder ein Versprechen, das keinen Wert besass. Dieser Vertrag wurde dann im September 1884 von den drei Monarchen auf dem polnischen Schlosse Skierniwice für drei weitere Jahre erneüert. Jede im Orient auftauchende Frage sollte fortan von Österreich und Russland gemeinsam verhandelt werden. Drei Jahre später hat dann Bismarck, nachdem Russland kurz zuvor den französischen Kriegsminister Boulanger geradezu gegen Deutschland gehetzt hatte, noch den sogenannten Rückversicherungsvertrag mit Russland allein geschlossen, da sein Bemühen, das Dreikaiserbündnis zu erneuern, an dem Widerstand Russlands gegen Österreich wegen dessen Balkanpolitik (s. unten) gescheitert war. Inzwischen war 1882 der schon von Andrassy erstrebte Anschluss Italiens an das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis erfolgt und 1887 der Dreibundvertrag wieder erneuert worden.

Wie die stete Rücksichtsnahme auf Russland wegen der Rückendeckung gegen Frankreich auf die orientalische Frage nachteilig einwirkte, ist vor allem an dem Verhältnis zu Bulgarien zu erkennen.

Der neue österreichisch-ungarische Minister des Äussern Kalnoky hatte noch zu Anfang der achtziger Jahre ein freundschaftliches Verhältnis zu Serbien angebahnt (Anerkennung Milans als König 1882) und hatte im Herbst 1883 das junge Königreich Rumänien, wo noch kurz zuvor (Juni 1883) in Gegenwart des Königs Siebenbürgen und die Bukowina als zu erlösende Provinzen bezeichnet worden waren, zur Anlehnung an den Dreibund veranlasst. In Bulgarien dagegen, wo der russische Einfluss massgebend war, Ministerien und Offizierstellen mit Russen besetzt waren, bestand gegen Österreich stete Abneigung. Während es nun im Interesse Österreich-Ungarns gewesen wäre, auch Bulgarien zu gewinnen, trat Kalnoky mit Rücksicht auf das von Bismarck gewünschte Verhältnis zu Russland diesen Übergriffen Russlands nicht entgegen. Ja noch mehr, als der neue Fürst Alexander von Battenberg die russische Bevormundung abzuschütteln und Ostrumelien mit Bulgarien zu verbinden suchte, nannte Kalnoky die Führer der grossbulgarischen Bewegung Streber und die drei Kaisermächte forderten einmütig die Herstellung des gesetzlichen Zustandes (1885). Als hierauf Russland in unerhörter Weise Bulgarien aufwühlte und den Fürsten hinausdrängte, wagten die Mittelmächte kein Einschreiten gegen Russland. Kalnoky sprach allerdings in der Delegation von der Unzulässigkeit der Konfiskation der Selbständigkeit Bulgariens. Bismarck aber erklärte unter dem Druck der französischen Verhältnisse, es sei Deutschland ganz gleichgültig, wer in Bulgarien regiert.[6]) Als endlich Bulgarien im August 1887 den Prinzen Ferdinand

[6]) Dies geschah am 11. Januar 1887. Deshalb musste Österreich wenige Wochen später bei der Erneuerung des Dreibundes Italien Aufrechterhaltung des status quo am Balkan oder Gewährung von Kompen-

von Koburg zum Fürsten wählte, wurde er von der „Norddeutschen Zeitung“ als Friedensstörer Europas angegriffen, obwohl er die Wahl mit Zustimmung des österreichischen Kaisers angenommen hatte. Doch Ferdinand harrte aus und versöhnte schliesslich die Mächte. Ganz ähnlich verfuhr Russland in Serbien. Hier unterstützte es die radikale Partei, die ein Grossserbien mit Einschluss Bosniens, der Herzegowina und der von Serben bewohnten Länder der Donaumonarchie errichten wollte. Sie zwang den österreich-freundlichen König Milan zugunsten seines Sohnes Alexander zu verzichten (1889).

Das Entgegenkommen der Mittelmächte gegenüber Russland hat also nichts geholfen. Russland rechnete mit dem Revanchekurs Boulangers und rüstete selbst; zugleich wühlte es stärker denn je gegen Österreich. Überall ist in den 1880 er Jahren ein stärkeres Hervortreten der Panslavisten bemerkbar. Das veranlasste 1888 die Veröffentlichung des Vertrags von 1879. Gleichzeitig verhandelte der österr.-ungar. Minister Kalnoky mit dem russischen Botschafter in Wien. So gelang es den Frieden zu erhalten. Im Jahre 1894 kam dann zwischen Österreich-Ungarn und Russland eine Vereinbarung zustande, nach der Russland sich in die neuen Verhältnisse Bulgariens nicht einzumischen versprach, wenn Österreich-Ungarn in Serbien ebenso vorginge. Diese Annäherung Österreichs an Russland war um so wichtiger, als 1890 nach dem Rücktritt Bismarcks der Rückversicherungsvertrag mit Russland nicht mehr abgeschlossen worden war und zwischen Russland und Frankreich der längst schon vorbereitete Zweibund zustande kam. Nun unternahm Österreich (der Dreibund war 1891 wieder erneuert worden) die Sicherung Russlands für die Mittelmächte. Unterstützt wurde dieses Bestreben vor allem durch den Umstand, dass Russlands Aufmerksamkeit sich den ostasiatischen Verhältnissen zuwandte. So kam es zur Reise Kaiser Franz Josefs und des Ministers für Äusseres Goluchowski nach Petersburg (1897), zum gemeinsamen Vorgehen anlässlich der Armeniermorde, des Abfalls von Kreta, ferner der Reformvorschläge für Mazedonien, die in dem von Kaiser Franz Josef, Zar Nikolaus II. und ihren Ministern im steiermärkischen Jagdschloss Mürzsteg verabredeten Reformprogramm gipfelten (1903). Dass das Verhältnis zu Deutschland durch diese Beziehungen zu Russland nicht gestört wurde, ist bekannt. Auch das nachträgliche Bekanntwerden des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages (1896) erschütterte es ebensowenig wie die stete Hetze der österreichischen Slaven. Während Kramař den Dreibund als abgespieltes Luxusklavier bezeichnete, verteidigte ihn der Aussenminister als Notwendigkeit für die Sicherung des Friedens und der Stabilität der internationalen Verhältnisse Europas. 1902 wurde der Dreibund wieder erneuert. In der Marokkofrage ist Österreich auf Seite Deutschlands gestanden (Algeciraskonferenz 1906), was Kaiser Wilhelm anerkannt hat.

Inzwischen hatte sich der politische Horizont wieder verdunkelt.

Italien hatte schon bei der Kretafrage seine Extratouren begonnen. In Algeciras liess es Deutschland im Stich. Zu Österreich stand es wegen Förderung der irredentistischen Bewegung und wegen der Stellung zu Albanien in gespanntem Verhältnis. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts war Italien als dritter am Balkan interessierter Staat hervorgetreten, wobei es sich vor allem um seine Vorherrschaft in der Adria handelte. Österreich hatte als katholischer Protektor Albaniens für dessen Kulturbedürfnisse gesorgt. Nun begann hier Italien Schulen, Konsulate und Handelsagenturen in solcher Zahl zu errichten, dass seine wahre Absicht offen zutage trat. Mit der Beherrschung Valonas durch Italien wäre die Adria abgesperrt, Triest und Fiume für Österreich-Ungarn wertlos geworden. Gleichzeitig begann die englische Einkreisungspolitik. Im Wetterwinkel Europas entlud sich der erste Blitz. In Serbien wurden (1903) König Alexander und die Königin Draga ermordet und der schwache Peter Karageorgiewitsch kam zur Regierung, der vollständig unter dem Einfluss der Verschwörer stand. Belgrad war der Mittelpunkt der grossserbischen und panslavistischen Umtriebe, die die Losreissung der österreichischen südslavischen Gebiete bezweckten. Seit dem Frühjahr 1904 bestand dafür eine wohlüberlegtes Aktionsprogramm. Dieses Treiben

sationen zugestehen. Bismarck war überhaupt für die Teilung der Balkanhalbinsel in ein russisches und ein österreichisches Einflussgebiet. Mit den Mitteilungen des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst stimmt Fürst Bülows Nachricht über Bismarcks geflügelte Worte überein: „In Ägypten sind wir englisch, in Serbien österreichisch, in Bulgarien russisch“, ebenso Bismarcks Gedanke, Konstantinopel den Russen zu überlassen.

spiegelte sich im Agramer Hochverratsprozess (s. oben) wieder. Vermehrt wurde nebenbei die Spannung durch einen Zollkrieg („Schweinekrieg“) und die jungtürkische Revolution. Österreich-Ungarn musste um seine Stellung am Balkan, vor allem aber um den Besitz des seit 30 Jahren mit vielen Opfern kultivierten Okkupationsgebietes Befürchtungen hegen, denn es waren nicht nur die Ansprüche der Jungtürken zu gewärtigen, sondern auch die Forderung einer Verfassung für Bosnien und die Herzegowina und endlich das Zusammengehen der jungtürkischen und serbischen Propaganda gegen die Donaumonarchie.

Gerade damals hatte der Minister des Äusseren Ährenthal den Bau der Bahn durch den Sandschak Novibazar geplant, um die bosnischen Bahnen an die türkisch-mazedonische Linie nach Saloniki anzuschliessen. Russland hatte sich mit den Ententestaaten dagegen erklärt. Bald darauf bot aber der russische Minister Iswolski der Monarchie wieder einmal nicht nur die Annektierung Bosniens und der Herzegowina, sondern auch den Besitz des Sandschaks an, wenn sie Russland bei der Eröffnung des Bosporus und der Dardanellen für die russische Flotte behilflich sein würde. Mitte September 1908 kamen die Vereinbarungen zustande und am 5. Oktober erschien die Annektionsurkunde unter Verzichtleistung auf den Sandschak. Trotzdem diese Besitzergreifung in den tatsächlichen Verhältnissen gar keine Änderung hervorbrachte, erfolgte von allen Seiten (auch von Russland) der heftigste Widerspruch. Italien war schon damals bereit, der Monarchie in den Rücken zu fallen. Daher drängte der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes Conrad von Hötzendorf, für jeden Fall Klarheit in das Verhältnis zu Italien zu bringen. Das führte jedoch zu seinem Rücktritt (November 1911). Nur Deutschland hielt treu zu Österreich-Ungarn (Erklärungen des Fürsten Bülow und Kaiser Wilhelms). Damit war ein wichtiger Umschwung in Deutschland zugunsten des grossdeutschen Standpunktes eingetreten. Bismarck hat stets betont, dass der casus foederis des Bündnisses sich nur auf Abwehr eines russischen Angriffes auf Österreich erstrecke, nicht aber auf Vertretung österreichischer Interessen am Balkan und im Orient. Wie aber Österreich-Ungarn in Algeciras über seine Bündnispflicht hinausgegangen war, so taten es jetzt die leitenden Männer des Deutschen Reiches (1908), weil sich hier andere Auffassungen durchgerungen hatten. Man war zur Erkenntnis gekommen, dass die Grundabsicht der feindlichen Mächte war: Gegen das Deutsche Reich über Österreich-Ungarn. Fürst Bülow sagt in seiner Schrift „Deutsche Politik“ über sein Verhalten während der Annexionskrise: „Das deutsche Schwert war in die Wagschale geworfen, unmittelbar für den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, mittelbar für die Erhaltung des europäischen Friedens und vor allem in erster Linie für das deutsche Ansehen und die deutsche Weltstellung.“ Aber dieser richtige, grossdeutsche Gedanke war noch nicht Gemeingut und deshalb hatte Ährenthal offenbar ohne weitläufige Verhandlungen[7]) mit Deutschland den Schritt vom 5. Oktober getan. Man hat ihm dies selbst auf österreichischer Seite als Hinterhältigkeit ausgelegt, aber Fürst Bülow bemerkte am 7. Dezember 1908, er wäre nur dankbar dafür, dass Ährenthal ihn nicht früher von der Annexion verständigt habe. Man weiss, dass damals und auch später noch leider viele in Deutschland und Österreich diesen Gedankengängen nicht zu folgen vermochten. Über Österreich und das Bündnis mit Österreich sind damals manche herbe Urteile gefallen. Man verstand sich nach der langen Trennung hüben und drüben nicht, feilschte und überschlug Gewinn und Verlust. Auch vielen Österreichern fehlte das Verständnis dafür, was am Balkan auf dem Spiele stand.

Und das ist leider während der folgenden Balkankriege nicht ohne Einfluss geblieben. Nochmals hatte Ährenthal bei der Annexion einen kühnen Wurf getan, die Ehre Österreichs gerettet und auch im Interesse des deutschen Volkes den Weg nach Südosten zu sichern gesucht. Er hat nicht viel Verständnis und Unterstützung gefunden. Und so fiel Österreich-Ungarn unter seinem Nachfolger wieder in die alte Schwäche zurück. Es liegen Anzeichen vor, dass jetzt auch die deutsche Regierung trotz ihrer Erklärungen, auf der Seite des Bundesgenossen zu stehen, dennoch vor weitgehendem Ausgreifen der österreichischen Politik am Balkan gewarnt hatte. Und so konnten die vier balkanischen Königreiche (Balkanbund) und Italien die Türkei zerfleischen. Österreich-Ungarn konnte für die Erhaltung der letzteren nicht mehr eintreten; der statusquo-Grundsatz

[7]) Doch war Deutschland verständigt. Vgl. Reventlow, a. a. O., S. 326.

machte dem neuen Losungswort Platz: der Balkan den Balkanvölkern, der ein Zugeständnis an den Panslavismus war. Ebenso konnte Österreich-Ungarn die wirtschaftlichen Interessen nicht mehr wahren. Albanien wurde ein selbständiger Staat und ein Herd des Umsturzes. Und da sich Rumänien im letzten Augenblick auf das ermattete Bulgarien gestürzt hatte und es mit dessen früheren Bundesgenossen und der Türkei im Bukarester Frieden (August 1913) zu hart anfasste, wollte Österreich-Ungarn die Revision der Bestimmungen durchsetzen, wurde aber von allen Staaten, auch von Deutschland, im Stich gelassen. Dafür erntete Österreich-Ungarn auch noch den Hass Rumäniens. Das kleine Montenegro konnte in diesen Kämpfen geradezu mit allen Grossmächmächten Spott treiben. Russland hatte beim ,,Balkanbund" und den folgenden Verwicklungen seine Hände im Spiel, auch bei der Demütigung Bulgariens, um auf dem Weg nach Konstantinopel keinen Staat zu stark werden zu lassen. So waren die Verhältnisse am Balkan zum Weltbrand reif.

Die Donaumonarchie konnte nach ihrer seit 1866 eingetretenen Schwächung und Zerrüttung die Entwicklung an der Adria und am Balkan nicht aufhalten. Das Deutsche Reich brachte aber diesen Verhältnissen nach seiner Abwendung vom Osten und Hinwendung nach dem Westen und durch Frankreichs Revanchepolitik bedroht, nicht genügendes Interesse entgegen. Diese Feststellung muss bei einer gerechten Beurteilung des Zusammenbruches der Monarchie berücksichtigt werden. Darnach wird man auch das Urteil über die Deutschen im Donauland und ihren Anteil an der Katastrophe richtig zu stellen haben.

Fasst man die Gesamtlage vom Anfang des Jahres 1914 zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Österreich-Ungarn war im Innern erschüttert. Überall förderten Russland und Italien offen die Irredenta, um sich zu geeigneter Zeit auf die durchwühlte Monarchie zu stürzen. Auch zu Frankreich bestanden hochverräterische Beziehungen. Im Norden waren Tschechen, Allpolen und Altruthenen an der Wühlarbeit beteiligt. Auch unter den Madjaren gab es unverlässliche Elemente. Unter den Südslaven der Monarchie betrieben die Irredenta vor allem die Serben, die mit Russland seit Peter dem Grossen in Verbindung standen und seit 1866 Serbien als Piemont des Balkans gegenüber der Habsburgermonarchie bezeichneten. In Belgrad erging man sich unausgesetzt in unerträglichen Schmähungen und Kriegsdrohungen gegen die Monarchie. Ebenso in Montenegro. Rumänien näherte sich den Gegnern der Mittelmächte und nährte die Abfallsbewegung unter den Stammesgenossen der Monarchie. So war Österreich wie Deutschland von allen Seiten von Feinden umkreist, zugleich aber auch im Innern so zermürbt, dass es kaum noch wagte, die Hochverräter vor Gericht zu ziehen. Daraus ergibt sich von selbst, dass die Monarchie durchaus nicht angriffslustig war und nur die äusserste Bedrohung und Herausforderung sie zu entscheidenden Schritten veranlassen konnte. Dieser Fall war durch das Attentat in Sarajevo gegeben. Trat Österreich-Ungarn nach diesem nicht mit grösster Entschiedenheit auf, so verlor es den Rest von Ansehen und fiel in sich zusammen. Über seine Trümmer ging dann der Sturm gegen Deutschland. Also nicht durch rücksichtslose Politik hat Österreich-Ungarn den Krieg hervorgerufen, und wie 1908 so ging es auch 1914 über Wien nach Berlin. Durch ein schmachvolles Zurückweichen vor Serbien wären die Pläne Russlands und Italiens, Frankreichs und Englands höchstens bis zu einem für die Mächte geeigneteren Zeitpunkt verschoben worden.

3. Abschnitt.

Der britische Imperialismus. — Deutsch-englischer Gegensatz.

Von Dr. **Wolfgang Michael,**
Professor der Geschichte an der Universität Freiburg i. Br.

Literatur:

F. Salomon. Der britische Imperialismus. Leipzig 1916. — G. v. Schulze-Gaevernitz, Britischer Imperialismus u. englischer Freihandel zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts. Leipzig 1906. — F. Brie, Imperialistische Strömungen in der englischen Literatur. Halle 1916 (vgl. meine Rezension in der hist. Ztschr. 117). — A. Hettner, Englands Weltherrschaft u. ihre Krisis. 3. Auflage. Leipzig u. Berlin 1917. — I. A. Cramb, Reflections on the origin and destiny of Imperial Britain. London 1900. — A. L. Burt, Imperial Architects. Oxford 1913. — H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus 1884–1914. I. Berlin 1919. I. A. Hobson, The scientific Basis of Imperialism (Polit. Science Quarterly. 17. 1902). — Erich Marcks, Deutschland u. England in den grossen europäischen Krisen seit der Reformation, 1900. — Ders., Die Einheitlichkeit der englischen Auslandspolitik von 1500 bis zur Gegenwart, 1910. — Ders., Die imperialistische Ideen in der Gegenwart, 1903. — Ders., Die englische Weltmacht (sämtlich in der Sammlung: Männer u. Zeiten. 5. Aufl. 1918). — F. Keutyen, Die Entstehung des britischen Weltreiches (Weltwirtsch. Arch. 6. 1915). — Ders., Das britische Kolonialreich (Internat. Monatsschrift. 10. Jahrg. 5. 6. 1916). — N. Buxton, England and Germany (Contemp. Review 100. 1911). — W. Michael, Germany and England (Contemp. Review 100. 1911). — Ders., Deutschland u. England (Deutsche Rundschau 38. 1912).

Wer heute über britischen Imperialismus reden soll, wird zwischen der weiteren und engeren Bedeutung dieses Wortes zu unterscheiden haben. Was die erstere betrifft, so haben wir uns in Deutschland daran gewöhnt, mit dem Namen Imperialismus schlechthin den Begriff der Weltpolitik, vielleicht auch den des Strebens nach Weltherrschaft zu verbinden. In diesem den Engländern keineswegs fremden, ja von manchen so gar mit nationalem Stolze zugestandenen Streben erkennen sie aber selbst nur den natürlichen Ausdehnungsdrang ihrer Rasse, einer ihrer grossen Autoren nennt es „*expansion of England*". Doch niemals haben sie dafür das Wort „*Imperialism*" gebraucht. Was sie so nennen und was wir darum als die engere Bedeutung des Wortes Imperialismus bezeichnen können, ist ein erst vor Jahrzehnten neu geprägter Begriff, der nur rein technisch ein bestimmtes System der Kolonialpolitik umschreiben will, nämlich die Zusammenfassung des Mutterlandes mit seinen sämtlichen Kolonien zu einer geschlossenen, in allen Teilen gleichberechtigten Machtgruppe, dem *Imperium* oder *Empire* in seiner prägnantesten Gestalt.

Nun ist es aber leicht einzusehen, dass diese beiden Bedeutungen sich sehr wohl miteinander vertragen. Der neuere, der in engerem Sinne sogenannte Imperialismus wird nun zum Kampfmittel für das alte Streben nach Weltherrschaft. Und wenn es sich darum handelt, den britischen Imperialismus in seinen Wirkungen auf die Weltpolitik, und insbesondere auf die Weckung und Verschärfung des deutsch-englischen Gegensatzes vor dem Weltkriege zu schildern, so dürfen wir hier auch vor dem weitherzigeren unenglischen Gebrauch des Namens nicht zurückschrecken.

Freilich dürfen wir auch dann nicht auf allzu fernliegende historische Epochen zurückgnreife. Auf das Altertum schon deshalb nicht, weil es damals noch keine englische Nation gegeben hat. Und auch die Ereignisse des englischen Mittelalters lassen sich nicht leicht unter den Begriff des Imperialismus bringen. Wenn man hört, dass im 10. Jahrhundert der angelsächsische König Edgar, um seine Oberheit über alle anderen britischen Herrscher zum Ausdruck zu bringen, sich neben anderen pomphaften Namen wie Cäsar und Basileus auch den Titel Imperator beilegt, so ist das noch kein Imperialismus. Wahrscheinlich bezweckte er mit diesem Titel nichts anderes, als gleichberechtigt neben dem neuerstandenen abendländischen Kaisertum Ottos des Grossen zu erscheinen. Auch die englisch-französischen Kriege des Mittelalters gehören nicht hierher. Unter der Dynastie des Plantagenats, der auch halb Frankreich noch untertan war, hat das englische Herrscherhaus immer wieder seinen französischen Besitz zu erweitern gesucht, bis es endlich

unter Johann ohne Land alles verlor. Und noch einmal folgt eine ähnliche Erscheinung, als im hundertjährigen Kriege die englischen Könige die Hand nach der Krone Frankreichs ausstrecken. Wieder marschieren englische Heere siegreich über den französischen Boden dahin, um zuletzt vor der nationalen Erstarkung Frankreichs weichen zu müssen. Machtkämpfe zwischen zwei europäischen Staaten sind es, was wir da erblicken, Eroberungen und Rückschläge und endlich der schwerste Rückschlag auf englischem Boden selbst, als der auf den französischen Schlachtfeldern verwilderte englische Adel daheim in den Rosenkriegen sich selbst zerfleischt. Als Imperialismus aber möchte ich auch diese mittelalterlichen Eroberungskriege nicht bezeichnen.

Anders ist es schon in der Epoche des Tudors. Das nach innerem Frieden verlangende Volk legt sein Schicksal vertrauensvoll in die Hände des Königtums. Dieses widmet sich ernsthaft der inneren Wohlfahrt. Das auf sich selbst beschränkte England beginnt den Vorteil seiner insularen Lage zu erkennen, es steigert seine Leistungen in Handel und Schiffahrt, es drängt hinaus auf die Meere, es beginnt mit der Gründung einer Seemacht. Kühne Admirale, Männer wie Drake und Raleigh, befahren den Ozean, sie sind grosse Kaufleute und Entdecker, Seehelden und Piraten in einer Gestalt. Sie treten stolz den im 16. Jahrhundert meerbeherrschenden iberischen Nationen entgegen. England unterstützt die Holländer im Kampfe gegen Spanien, ja es zieht die Wucht des spanischen Angriffs auf sich selbst und wehrt 1588 die unüberwindliche Armada Philipps II. siegreich ab. Von nun an, erst 100 Jahre nach der Entdeckung Amerikas, ist die Bahn frei für die eigene maritime und koloniale Betätigung der Engländer. Bis dahin waren sie vom Wettbewerb ausgeschlossen gewesen, die Festsetzung in Amerika war misslungen. in den Handel mit Indien vermochten sie nicht einzudringen, auch nicht auf dem Wege der nordwestlichen oder nordöstlichen Durchfahrt, die zu finden sie immer neue Expeditionen aussandten. Erst mit der Durchbrechung des Monopols der Spanier und Portugiesen beginnt die transozeanische Fahrt und die Kolonisation der Engländer. Unter Elisabeth wird im Jahre 1600 die ostindische Kompagnie gegründet. Es folgen die Niederlassungen in Nordamerika, in Westindien, an den Küsten Afrikas. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wachsen diese Gründungen langsam empor, finden aber zunächst ihre Schranken an den parallelen Bestrebungen anderer europäischer Nationen, unter denen nun in Handel und Schiffahrt die Holländer den ersten Platz eingenommen haben.

Wie früher gegen Spanien, so beginnt jetzt das Ringen gegen Holland, das ein paar Jahrzehnte englischer Geschichte erfüllt. Den ersten Anlass gab die berühmte Navigationsakte von 1651, durch welche fast die gesamte holländische Schiffahrt von den englischen Häfen ausgeschlossen wurde. Nun folgten die drei Seekriege der fünfziger, sechziger und der siebziger Jahre des 17. Jahrhunderts. Der dritte ward von England im Bunde mit Frankreich gegen Holland geführt, eine Tatsache, aus der man allein die Bedeutung der holländischen Grossmacht erschliessen könnte. Das Ergebnis aller dieser Kämpfe aber bestand darin, dass Holland zwar nicht gerade zu Boden geworfen ward, aber doch hinfort nicht mehr ein Hindernis bildete für die freie Entfaltung der englischen Volkskraft in Handel und Schiffahrt, in Seemacht und Kolonialpolitik. Die niederländische Grossmacht ist nicht ausgelöscht, ihr Handel blüht fort und hat sich noch das 18. Jahrhundert hindurch auf bedeutender Höhe gehalten, aber politisch und kommerziell wird sie von England überflügelt. Holland gerät auch, zumal in seiner europäischen Politik, ins Schlepptau Englands. Man spricht hundert Jahre lang von der Politik der Seemächte, aber England ist in dieser Verbindung der führende Teil, Holland der geführte.

Verfolgt man den weiteren Aufstieg der britischen See- und Weltmacht, so fällt der Blick auf einen dritten grossen Gegner, mit dem abermals ein gewaltiger, ganze Epochen der Weltgeschichte erfüllender Kampf durchgefochten wird. Es ist Frankreich, das von den Zeiten des klassischen Absolutismus unter Ludwig XIV. bis zur Niederwerfung Napoleons immer wieder als Gegner Englands auftritt und in allen Weltteilen bekämpft wird. Derselbe Wilhelm III., der als Generalstatthalter von Holland und König von England eine Art von Personalunion der beiden Staaten und damit erst die dauernde Versöhnung herbeigeführt hatte, er ist es auch gewesen, der England in die grossen Machtkämpfe Europas eingeführt und es an die Spitze des europäischen Widerstandes gegen den Staat des Sonnenkönigs gestellt hat. Für England hatten diese Kämpfe neben den europäischen Fragen, um die der Streit ging, stets noch eine besondere Bedeutung. Von 1688 bis 1815 sind alle

grossen Kriege zwischen England und Frankreich um Handel und Schiffahrt, Seemacht und Kolonialbesitz, und vornehmlich um den letzteren geführt worden. Mögen sie als der Spanische Erbfolgekrieg oder der Siebenjährige Krieg, als Revolutions- oder Napoleonische Kriege bekannt sein, für die Geschichte der britischen Weltmacht haben sie alle den gleichen Sinn. Man kämpft um Amerika und Ostindien, um die Hudsons-Bai und um die Guinea-Küste. Zu Lande und zu Wasser wurde der Kampf geführt.

Unterdessen hatte auch der imperialistische Gedanke oder sagen wir der Glaube an die Bestimmung Englands zur Weltherrschaft im Volksbewusstsein längst tiefe Wurzeln geschlagen. Sein Verlangen nach der Seeherrschaft ist uralt, es tritt sogar schon im Mittelalter auf, wenn man dabei auch nur die Nachbargewässer, *the narrow sea* oder *the sea of England* im Auge hatte. Der Anspruch verschwindet dann wieder, bis er in dem *Libell of English Policye*, einer Dichtung des 15. Jahrhunderts, von neuem zum Ausdruck gebracht wird, so wenig auch eben damals von der Verwirklichung eines solchen Anspruches die Rede sein konnte. Seit der Zeit Elisabeths aber beginnt das englische Volk sich zu hohen Dingen berufen zu fühlen. Die hebraistische Vorstellung von der englischen Nation als dem auserwählten Volke Gottes kommt auf. Sie wird fortan besonders in puritanischen Kreisen gepflegt. John Milton, der Sänger des Verlorenen Paradieses, ist ihr berühmtester Vertreter. Sie erzeugt weiterhin die Anschauung, dass aus einer so bevorzugten Stellung auch Recht und Pflicht zu einer Eroberungspolitik herzuleiten seien. Der Dichter Edmund Waller (1606—1687) nennt zuerst das Weltmeer den Machtbereich Englands, und seinen klassischen Ausdruck findet dieser Gedanke im 18. Jahrhundert in dem weltberühmten Thomsonschen Liede: „*Rule Britannia, rule the waves.*“ In demselben 18. Jahrhundert wird ferner die Förderung des überseeischen Handels und der Kolonien von einer ganzen Reihe von Schriftstellern als der eigentlichste Beruf und als das Heil des englischen Volkes gepriesen. Man hat in Bezug auf diese Schriften neuerdings von kaufmännischem Imperialismus gesprochen, und man glaubt schon einen der modernen, im engeren Sinne sogenannten imperialistischen Schriftsteller des 19. Jahrhunderts zu hören, wenn man z. B. in der 1730 erschienenen Schrift von Nathaniel Gee „*The Trade and Navigation of Great Britain considered*“ Sätze wie den folgenden liest: „Dieses Königreich ist das Haupt und der Sitz des englischen Imperiums (*Empire*), es wird getragen durch seine Industrie, seinen Handel und seine Schiffahrt und ist dadurch der natürliche Schirmherr aller seiner Schutzgebiete.“

In dem ungeheuren Ringen mit Frankreich ist auf die Länge der Zeit England der Sieger geblieben. Der siebenjährige Krieg bringt schon eine grosse Entscheidung, indem die Franzosen vom amerikanischen Festlande verdrängt werden und den grössten Teil ihres ostindischen Besitzes verlieren. Eine wahrhaft gigantische Form aber hat der Kampf erst im Anfang des 19. Jahrhunderts angenommen. An dem Widerstand, den England ihm geleistet, hat sich die Macht Napoleons recht eigentlich verblutet. Der Sieger in so viel Landschlachten erliegt der übermächtigen englischen Flotte und damit schwinden seine überseeischen Pläne dahin. Dasselbe Jahr 1805, das ihm seinen glänzendsten Landsieg bei Austerlitz brachte, schlug seiner Seemacht die unheilbare Wunde bei Trafalgar. Doch gibt er den Kampf nicht auf. Der merkwürdige Versuch der Kontinentalsperre, wie der abenteuerliche Gedanke, einen Zug über Land nach Indien im Stile Alexanders des Grossen zu unternehmen, beide gleich undurchführbar, sind sprechende Zeugnisse dafür, dass der grosse Korse England als seinen gefährlichsten Gegner betrachtete und nichts unversucht lassen wollte, um seine Weltstellung zu zerstören. Alle französischen Kolonien gerieten in englischen Besitz und die niederländischen dazu, seitdem Holland unter französische Botmässigkeit geraten war. Bei der grossen Abrechnung von 1815 wurde zwar der grösste Teil zurückgegeben, aber wichtige Stücke, wie Ceylon und das Kapland, blieben in britischem Besitz.

Werfen wir noch einen flüchtigen Blick auf das britische Kolonialreich von 1815, so sehen wir in Asien die wichtigsten Teile Indiens, nämlich ganz Bengalen und Hindustan, die Koromandelküste mit Ceylon und auch die wichtigsten Teile der Malabarküste, dazu viele wertvolle Inseln in englischem Besitz. Australien, so weit es besiedelt war, nebst Van-Diemens-Land war englisch. In Afrika das Kapland und einige Plätze an der Westküste, in Amerika die weiten Territorien von Kanada und den Hudson-Bai-Ländern im Norden, Britisch-Guiana im Süden und dazwischen eine

grosse Zahl wertvoller Inseln, von denen nur Jamaika, Barbados und Trinidad genannt zu werden brauchen. Neben dem hohen materiellen Wert aller dieser Besitzungen fällt auch ihre strategische Wichtigkeit auf. England beherrschte bereits, wenn nicht alle, so doch einige der wichtigsten Welthandelsstrassen. Es braucht in dieser Beziehung nur auf die Bedeutung von Gibraltar, Malta und den jonischen Inseln für das Mittelmeer, auf das Kapland für die Fahrt um Afrika, auf Ceylon und Malakka für Vorder- und Hinterindien, auf die Bahama-Inseln, Jamaika und Trinidad für die Zugänge zum Golf von Mexiko hingewiesen zu werden.

Wodurch war es aber England gelungen, diesen unvergleichlichen Erfolg zu erringen? Aus einem Punkte heraus lässt sich das natürlich nicht erklären. Vielmehr handelt es sich um das Zusammenwirken einer Reihe grosser Momente. Zunächst die Eigentümlichkeit der englischen Rasse selbst mit ihrem Geschäftssinn, ihrer Initiative, ihrer Kraft und ihrer Zähigkeit. Mutterland und Kolonien arbeiten gemeinsam für ihre wirtschaftlichen Zwecke und finden gleichmässig ihren Vorteil dabei. Das bleibt richtig, auch wenn wir uns erinnern, dass die älteren Methoden der englischen Kolonialpolitik nichts anderes waren als ein krasses Ausbeutungssystem, dass dieses System zur Losreissung der amerikanischen Kolonien führte und darum einen Wechsel in der Kolonialpolitik notwendig machte. Nebenher aber ging die fortwährende Verstärkung der britischen Kriegsflotte, für welche kein Opfer und kein Aufwand zu hoch war. Hier vereinigte sich das Interesse aller Teile mit dem Stolz des Briten auf seine Meeresherrschaft. Der englische König ward dargestellt mit dem Dreizack des Neptun in seiner Hand.

Englands Alleinherrschaft auf den Meeren ist seit 1815 fast 50 Jahre lang nicht mehr ernstlich in Frage gestellt worden. Niemand störte es in dem ruhigen Ausbau seines Kolonialreiches. Mit seinen auf allen technischen Errungenschaften des Maschinenzeitalters beruhenden Industrien wird es die Werkstätte und der Lieferant der ganzen Welt, reisst es den grössten Teil des ganzen wirtschaftlichen Verkehrs an sich, sammelt es ungeheure Reichtümer an. Im Innern des alten England erblicken wir ein früh ausgebautes Eisenbahnnetz neben den älteren Wasserstrassen. Draussen durchfuhren zuerst seine Dampfschiffe alle Meere und wurden die Träger des Massenverkehrs. Seine Kapitalien fluteten über die ganze Erde und machten ihre werbende Kraft geltend überall da, wo der grösste Gewinn winkte. Das ganze mächtige Wesen war geschützt und gedeckt durch die Kanonen der britischen Kriegsschiffe.

Während also England als der erste Handels-, Schiffahrts- und Industriestaat dastand, und keine Konkurrenz zu fürchten hatte, durfte es auch dazu übergehen, die alte Schiffahrtsgesetzgebung allmählich fallen zu lassen, die alten Verkehrshemmnisse zu beseitigen. Es ging seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts zum vollen Freihandel über und tat 1847 mit der Aufhebung der Kornzölle einen entscheidenden Schritt auf diesem Wege. Freilich bedurfte es noch einer grossen Agitation, bis 1849 auch im Handel mit den Kolonien die Vorrechte der englischen Reedereien beseitigt wurden. Nun erst waren Handel und Schiffahrt von allen Schranken befreit, und die Kolonien waren in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auf sich selbst gestellt.

Schon waren aber für das Verhältnis des Mutterlandes zu den Kolonien neue grosse Fragen aufgeworfen worden. Sie in der alten politischen Abhängigkeit zu erhalten, als ob sie nur zum Nutzen des Mutterlandes da wären, schien schon nach den Erfahrungen, die man mit Amerika gemacht hatte, nicht mehr möglich; vestigia terrent. Darum ging man zu einem anderen System über, indem man die grösseren Kolonien gruppenweise zusammenfasste und halbselbständige Staaten mit eigener Verfassung und Verwaltung aus ihnen machte. So entstanden nacheinander die *Dominion of Canada*, die *Commonwealth of Australia* und die südafrikanische Union als grosse Gemeinwesen, die in ihrer Entwicklung völlig unbehindert, es doch in ihrem Interesse fanden, den idealen Zusammenhang mit dem Mutterlande festzuhalten. Nur der grosse ostindische Besitz, der nach dem Aufstand von 1857 der alten ostindischen Kompagnie aus der Hand genommen und der britischen Krone unterstellt worden war, blieb als der Typus einer Eroberungskolonie ein im Namen Englands beherrschter Staat.

Allerdings schien die eben geschilderte Freigabe der grossen Kolonien einer seit dem 18. Jahrhundert schon viel verbreiteten Auffassung recht zu geben, welche meinte, dass jeder Kolonialbesitz auf die Dauer unhaltbar sei, dass er denselben Weg gehen werde wie Amerika, dass er vom

Mutterlande sich lösen müsse, wie der reife Apfel vom Baum. Wozu also die grossen Aufwendungen? 1849 schrieb Roebuck: „Besser wäre es für uns, keine Kolonien zu besitzen, als ihretwegen fortwährend Unannehmlichkeiten und Geldverluste zu erdulden." Der stärkste Vertreter dieses Standpunktes, Richard Cobden, erklärte 1857: „Wir haben Unmögliches versucht, als wir Hunderte Millionen von Asiaten regieren wollten." Er möchte Schluss machen mit dem ganzen indischen Besitz. „Es wird ein glücklicher Tag sein, wenn England keinen Acker Landes mehr auf dem asiatischen Festlande besitzt."

Daneben aber hatte auch die entgegengesetzte Anschauung, welche den Kolonialbesitz festhalten und vergrössern wollte, bereits eindrucksvolle Vertreter gefunden. Und nun kommt in ihren Äusserungen zugleich der moderne Begriff des Imperialismus, der auf eine engere Zusammenfassung und eine Gleichstellung Englands und seiner Kolonien hinzielt, zu Worte. Schon bei Adam Smith, dessen berühmtes Werk 1776 erschien, finden wir solche Gedanken. Die Kolonien, sagt er, „würden durch eine Union mit Grossbritannien in ihrem Glück und ihrer Ruhe bedeutend gewinnen." Auch die Staatsmänner Pitt und Burke haben ähnliches gewollt. Im 19. Jahrhundert ward Carlyle der grosse Anwalt dieser Ideen. Überzeugt von der hohen Mission des englischen Volkes in der Welt eifert er gegen die Preisgabe der Kolonien, die zu gewinnen die Väter ihr Blut vergossen haben. Er begeistert sich für alles Englische und will die von Engländern bewohnten Kolonien als Bestandteile des Reiches angesehen wissen, die dem Mutterlande gleichwertig und gleichgestellt sind. Sodann haben wir der beiden Schriftsteller zu gedenken, die der neuen Form, dem Neo-Imperialismus, eigentlich erst die literarische Weihe gegeben haben. 1868 erschien ein zweibändiges Werk von Charles Dilke, das unter dem Titel „*Greater Britain*" das Verhältnis Englands zu seinen Kolonien ausführlich erörtert. Er hofft auf einen engeren Zusammenschluss beider Teile. Doch solle dieses Ziel nicht durch wirtschaftliche oder politische Massregeln erreicht werden, sondern lediglich durch ideale Bande, durch das innere Gefühl der Zusammengehörigkeit. Auf demselben Standpunkt steht der Historiker Seeley mit seinem berühmten, 1883 erschienenen Werke „*The Expansion of England*". Seeley erklärt: Die grosse Masse der englischen Kolonien, die zum Nutzen des Mutterlandes erworben wurden und nach dem alten System der Kolonialpolitik auch nur ihm allein nützlich sein sollten, müssen gleichgeordnete Bestandteile einer grossen Gemeinschaft werden. Das Mutterland will ja ihr Bestes, es hat aufgehört, ihnen wie eine Stiefmutter gegenüber zu stehen und sie mit unbilligen Forderungen und drückenden Beschränkungen zu quälen, es will nur, dass sie seine überschüssige Bevölkerung aufnehmen und Handelsverbindungen mit ihm selbst unterhalten möchten. Darum müssen auch die Kolonien zu der Erkenntnis kommen, dass ihre Losreissung nicht nur Gefahren bringen, sondern ihre geistige Verarmung bedeuten würde. So erst „wird unser sogenanntes Kolonialreich den Namen ***Greater Britain*** verdienen und die Bande werden sich immer enger knüpfen. Die trennende See möge vergessen werden und wir müssen uns losmachen von dem Gedanken, dass wir nur zu einer kleinen Insel gehören. Die Auswanderung nach den Kolonien ist kein Verlust für England, sondern nur das Heilmittel gegen Verarmung. Dann aber muss auch eine Organisation geschaffen werden, durch welche die gesamte Kraft des Reiches ihm auch im Fall eines Krieges zur Verfügung gestellt werde."

Ein Gedanke des Seeleyschen Buches ist es auch, dass das britische Weltreich organisch entstanden, dass es eine Tatsache sei, mit der man zu rechnen habe. Es komme also weniger darauf an, ein Programm zu finden, als aus der geschaffenen Lage die richtigen Schlüsse zu ziehen. In der Tat folgte der Theorie sehr bald die Praxis oder doch die Anfänge zur praktischen Verwirklichung der von Dilke und Seeley ausgesprochenen Gedanken. Disraeli erklärte, England sei aus Europa herausgewachsen, es sei die Hauptstadt eines grossen maritimen Reiches geworden. Er meinte, die den Kolonien gegebene Selbstverwaltung sei nur zu verstehen als Teil einer Politik, die die Konsolidierung des gesamten Reiches bezwecke. 1883 ward die ***Imperial Federation League*** gegründet, ein ausserhalb der Parteien stehender Bund zur Verwirklichung der Reichseinheit. W. E. Forster war der Gründer derselben, die am stärksten hervortretende Figur aber wurde Joseph Chamberlain. Die meistgenannten Zwecke des Bundes sollten sein die Gründung eines Reichszollverbandes und einer Organisation zu gemeinsamer Verteidigung. Seitdem fasste der Gedanke auch in den breiteren Massen Raum. Nun erst bezeichnete man die Gesamtheit solcher auf den

Ausbau des Reiches gerichteten Bestrebungen als *Imperialism*. 1886 wurde eine grosse Kolonialausstellung veranstaltet. 1887 gab das fünfzigjährige Regierungsjubiläum der Königin den Kolonien die Gelegenheit, ihre Treue zum Mutterlande zu beweisen, und die damals dokumentierte Gemeinsamkeit der Interessen sollte in dem 1893 durch die Königin eröffneten Imperial Institute noch ihren dauernden Ausdruck finden.

Unterdessen war, ehe das von seinen Anhängern nun selbst sogenannte imperialistische Programm zur Verwirklichung gelangen konnte, die territoriale Vergrösserung des Reiches von den britischen Staatsmännern in stürmischem Tempo vorwärts getrieben worden. Die Entstehung von Deutsch-Südwest-Afrika führte zur eiligen Besetzung der weiten Gebiete von Betschuanaland und dem nach Cecil Rhodes benannten Rhodesien. Das schon unter britischem Protektorat stehende Ägypten ward durch die Eroberung des Sudans erweitert. Das grösste Ereignis der englischen Ausdehnungspolitik vor dem Weltkriege aber war der Burenkrieg. Die 1899—1902 nicht ohne die gewaltigsten Anstrengungen und Opfer niedergekämpften Burenstaaten wurden zu bedingungsloser Unterwerfung gezwungen und dem britischen Reiche einfach einverleibt, um nach einiger Zeit ein Teil der grossen südafrikanischen Union zu werden.

Bald genug trat aber diesem Drange nach äusserer Vergrösserung des Reiches auch wieder jenes uns schon bekannte Streben nach innerer Assimilierung seiner Teile zur Seite. Sein Träger ward der eben genannte Joseph Chamberlain, der als Kolonialminister während des Burenkrieges die stärkste Persönlichkeit im englischen Kabinett gewesen war, ein Mann von regem Geist, frischer Initiative und ungewöhnlicher Energie. Chamberlain trat aus der Regierung aus und widmete sich einige Zeit allein der Agitation für die grosse Sache des Imperialismus. Er ist bereits 69 Jahre alt, körperlich leidend, und doch hat er frisch und elastisch den Kampf geführt. Er zog im Lande umher und hielt seine Ansprachen an die Massen in allen wichtigen Zentren, in London und Liverpool, in seiner Vaterstadt Birmingham und in Leeds, in Newcastle, in Glasgow, in Cardiff. Aber auch die Gegner sind auf dem Plan. Die Häupter der Liberalen, Asquith und Campbell Bannermann halten ihre Versammlungen. Das ganze System der englischen Wirtschaftspolitik stand zur Erörterung, nicht in den feierlichen Räumen von Westminster, sondern in grösster Öffentlichkeit, vor den Massen des Volks, unter den Zurufen der Menge. Die Reden Chamberlains bewegten sich etwa in dem folgenden Gedankengange. England besitzt ein Fünftel der Erdoberfläche, es beherrscht 450 Millionen Menschen. Ein solches Reich besitzt in sich selbst alles, dessen es bedarf, es ist wohl geeignet, einen geschlossenen Handelsstaat zu bilden. Dem freihändlerischen England stehen Staaten gegenüber, die durch Schutzzölle zu wirtschaftlicher Grösse emporgestiegen sind, vor allem Deutschland und Amerika. Chamberlain will diesen Beispielen folgen. Es wird auch so ausgedrückt: England braucht einen Mann, der für die Englisch sprechende Welt (von den Vereinigten Staaten abgesehen) das tut, was Bismarck für die Deutsch sprechende getan hat. Das praktisch verfolgte Ziel sollte die Gründung eines Reichszollvereins sein. England und seine Kolonien würden einander in ihren Tarifen begünstigen, dem Auslande aber hinter einem Wall von hohen Zöllen geschlossen gegenüberstehen, um allmählich von ihm immer unabhängiger zu werden. Auf den fremden Märkten ist der englische Absatz bedroht, sagt Chamberlain, die kolonialen aber dürfen uns nicht verloren gehen. Wie die Dinge liegen, muss der Zusammenhang zwischen den Reichsteilen entweder enger werden oder sich lockern, vielleicht gar völlig verloren gehen. Chamberlain will, dass er enger werde. Die Politik des *laissez faire* muss aufgegeben werden. „Zu lange," ruft Chamberlain aus (Rede, gehalten in Tynemouth am 22. Oktober 1903) „zu lange hat England die Dinge gehen lassen, wie sie wollen. Es wird Zeit, dass wir unsere eigene Politik finden und den Mut besitzen, sie durchzuführen. Die Opfer müssen gebracht werden, aber der Erfolg wird nicht ausbleiben."

Das Ziel ward nicht erreicht. Die Regierung unter Balfour, aus der Chamberlain ausgeschieden war, hatte sich die Hände frei gehalten. Die Liberalen aber warnten vor der Verteuerung der Lebensmittel. Die zur Zeit von Russland und Amerika gelieferten Getreidemengen, Butter und Eier von Nordfrankreich, Holland und Dänemark, Fleisch von Deutschland und Argentinien, Weine und Früchte von Frankreich, Spanien und Italien, so sagten die Liberalen, werden alle diese Erzeugnisse mit derselben Sicherheit und Schnelligkeit auch von Canada, Australien, Indien, Südafrika zu gewinnen sein? Die öffentliche Meinung war für die Chamberlainschen Ideen nicht gewonnen, und da die

Wahlen von 1906 eine liberale Mehrheit ergaben, so wurde die Frage der Tarifreform zunächst zurückgestellt. Völlig zur Ruhe kam sie aber nicht. Vielmehr hat sie auch in dem nächsten Wahlkampfe wieder weit mehr die öffentliche Aufmerksamkeit beherrscht als die Stellung des Oberhauses, um die eigentlich gestritten wurde. Die Tarifreform war das noch ungelöste Problem geblieben, als der Weltkrieg dazwischen trat. Sie war gleichsam das letzte Wort des noch mit friedlichen Mitteln arbeitenden Imperialismus.

Das Schicksal hat es gefügt, dass das zur Weltmacht emporgestiegene England noch einmal einen ungeheuren Kampf begann mit einem Gegner, dessen Wettbewerb ihm unerträglich erschien. Es ist nicht meine Aufgabe, Deutschlands Entwicklung zur wirtschaftlichen Grossmacht an dieser Stelle zu schildern, um so weniger, da das Thema in einem anderen Abschnitt dieses Handbuches ausführlich behandelt wird. Hier soll nur mit wenigen Strichen angedeutet werden, wie der deutsch-englische Gegensatz entstanden und wie er zu verhängnisvoller Grösse angewachsen ist.

Dem Siege Deutschlands im Jahre 1870 und der Gründung des neuen Reiches hat das offizielle England ohne Übelwollen, vielleicht gar mit stiller Befriedigung zugeschaut. Die Macht Napoleons III. hatte auf Europa gelastet, ihre Beseitigung musste der englischen Regierung ein so willkommenes Ereignis sein wie ehedem der Kampf gegen Ludwig XIV. Es war kein Widerspruch zu dieser Haltung, wenn die grossen Firmen von Newcastle und Birmingham sich das glänzende Geschäft nicht entgehen liessen, das mit den bedrängten Franzosen zu machen war, indem sie ihnen Kohlen und Waffen in ungeheuren Mengen lieferten. Das erste Jahrzehnt des neuen Reiches zeigt uns freundliche Beziehungen zwischen den beiden germanischen Grossmächten. Als Rivale Englands in seinem Welthandel kam Deutschland nicht in Betracht. England wünschte ihm alles Gute und auch der Abschluss des deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879 geschah, ebenso wie seine Erweiterung zum Dreibunde, 1883, unter freundlichem Zuschauen der englischen Regierung. Das nächste Jahr, 1884, brachte den Beginn der deutschen Kolonialpolitik und damit schon einen Prüfstein für die deutsch-englische Freundschaft. Sie ward gleichwohl nicht ernstlich getrübt. Zwar fand man im englischen Publikum die Sache zum mindesten überflüssig und die Kapregierung tat das Ihrige, um die Besitzergreifung von Angra Pequena zu hintertreiben. Die Londoner Regierung aber wich vor der Festigkeit Bismarcks, der sich vergewissert hatte, keine fremden Rechte zu verletzen, rasch zurück. Auch der nach Bismarcks Rücktritt geschlossene Zanzibar-Vertrag von 1890 konnte als ein Zeugnis aufgenommen werden für den guten Willen beider Regierungen, einander in ihren überseeischen Interessen nicht hinderlich zu sein. Auch für das folgende Jahrzehnt hat der Historiker, wenn auch nicht immer von Frieden und Freundschaft, so doch von durchweg guten und korrekten Beziehungen zwischen Deutschland und England zu berichten. Die stark am Werke befindliche britische Expansion ward nicht durch Deutschland, sondern weit eher durch Frankreich und Russland in ihrer Bahn gehemmt. Kitcheners Sieg über die Derwische schien umsonst erfochten zu sein, als die Franzosen Miene machten, sich im Hinterlande Ägyptens festzusetzen. Nur weil Frankreich vor dem Drohen Albions zurückwich, ward die Krisis von Faschoda überwunden und der Kampf zwischen den Westmächten vermieden. Zwischen Deutschland und England aber gab es keinen Streitfall. Vielmehr weiss man heute von etlichen englischen Annäherungsversuchen, man weiss, dass der Kolonialminister Chamberlain im November 1899 bei der Anwesenheit des Kaisers auf Schloss Windsor die Anregung zu einem deutsch-englischen Bündnisse gab und den Gedanken kurze Zeit darauf in einer zu Leicester gehaltenen Rede in dem Sinne erweiterte, dass auch die Vereinigten Staaten von Amerika an diesem Bündnisse teilnehmen sollten. Nichts Besseres könne zur Erhaltung des Weltfriedens geschehen, als die Errichtung einer grossen angelsächsisch-deutschen Koalition. Die Anregung geschah verständlicher Weise in der Zeit der englischen Niederlagen im Burenkriege, doch blieb sie ohne Folgen. Und auch ein neuerlicher 1901 gemachter Bündnisvorschlag, über dessen Natur wir freilich nicht genauer unterrichtet sind, hatte kein besseres Ergebnis. Mag es richtig sein oder nicht, dass man in England damals die Notwendigkeit erkannte, der Politik der glänzenden Isolierung zu entsagen und sich einer der in Europa bestehenden Bündnisgruppen anzuschliessen — genug, England suchte nach Verbündeten, und die Wahl fiel nun auf die französisch-russische Gruppe. England schlug sich auf die Seite unserer Gegner.

Ein deutsch-englischer Gegensatz ward seit 1901 lebhafter als zuvor empfunden. Es war auch das Jahr des Thronwechsels in England. Auf Viktoria, die Grossmutter des deutschen Kaisers, folgte Eduard VII. Ob er wirklich der Vater der Einkreisungspolitik war, woran in Deutschland so fest geglaubt wird, werden erst künftige Historiker sicherlich entscheiden können. Doch hat er der herrschenden Richtung in England seine persönlichen Beziehungen und die Kräfte seines Geistes zur Verfügung gestellt. In England hatte die Auffassung Wurzel geschlagen, dass der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands eine Bedrohung der Weltstellung Englands bedeute. Dieser Aufschwung ist in der Tat eine der grossen historischen Erscheinungen um die Wende des 19. Jahrhunderts, doch war ähnliches auch in Amerika vorhanden. Diese beiden Staaten hatten dank ihrem entwickelten Schutzzollsystem ihre Leistungen auf dem Gebiete der Industrie mächtig in die Höhe getrieben. Deutschland begann England auf seinen alten Märkten im Auslande und sogar in den Kolonien erfolgreich Konkurrenz zu machen. Schon nach der Einführung des Markenschutzgesetzes von 1887 bemerkte das englische Publikum mit Unbehagen, wie gross die Warenmengen waren, die mit dem unheimlichen Vermerk ,,*Made in Germany*" ausgezeichnet waren. Der Aussenhandel Deutschlands erfuhr in den zwei Jahrzehnten von 1886—1906 in seinem Gesamtwerte eine Steigerung von 5 847,4 Millionen auf 14 380,9 Millionen, während der gleichfalls stark angewachsene Aussenhandel Englands sich von 10 344,8 auf 18 326,5 Millionen Mark vermehrte. Jener hat sich nahezu verdreifacht, dieser sich nicht ganz verdoppelt. Lag nun die Frage inbezug auf Amerika nicht unähnlich, so boten doch die Verhältnisse des Seehandels ein anderes Bild. Auf diesem Gebiete blieb Amerika zurück, England hatte eine grosse Steigerung zu verzeichnen, ragte auch noch 1913 mit seinen 18 700 000 Tonnen weit über alle anderen Handelsflotten hinaus. Prozentual aber war die Steigerung in der deutschen Handelsflotte viel grösser, d. h. sie wuchs in viel rascherem Tempo. Darin ist England empfindlich. Aus den deutschen Häfen, wo sie früher dominiert hatten, mussten die englischen Schiffe allmählich vor den deutschen weichen. Der Handel der Deutschen mit aussereuropäischen Häfen hat sich in den dreissig Jahren von 1872—1902 verfünffacht. Zwischen den Häfen dritter Staaten fiel der Verkehr, zumal der Personenverkehr immer mehr der deutschen Reederei zu. Die ganze Entwicklung, besonders die der Schiffahrt, wurde in England mit wachsender Sorge bemerkt. Die Konkurrenz einer fremden Industrie, sagt A. v. Peez, kann man durch Schutzzölle bekämpfen, ein aufstrebender Handel lässt sich nur durch Krieg ausser Wettbewerb setzen.

Dazu kam der Bau der deutschen Flotte. Mit den Gesetzen von 1898 und 1900 nahm das Deutsche Reich einen Anlauf zur Gründung einer starken Schlachtflotte. Sie sollte den Handel schützen, aber auch die deutschen Küsten vor jedem Angriffe bewahren. ,,Der beste Küstenschutz besteht in einer Schlachtflotte," sagt Tirpitz in seinen Erinnerungen. ,,Es kommt auf einen Schlachtkörper an, der zwischen Helgoland und der Themse stehen kann," so erklärte er dem Kaiser. Aber wer wird sich darüber wundern, dass England diese vor seinen Toren entstehende Seemacht als Bedrohung empfand, dass es glaubte, Deutschland rüste zum Kampfe gegen England? Die englische Schlachtflotte, soweit sie auf fremden Stationen verankert lag, wurde im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zu prompter Bereitschaft in den heimischen Gewässern konzentriert und festgehalten.

Aus diesen Ursachen erwuchs der deutsch-englische Gegensatz, der allerdings weniger lebhaft in Deutschland als in England empfunden wurde, hier aber mit immer zunehmender Schärfe. Der Chor der imperialistischen Schriftsteller, der Swinburne und Kipling, erhob seine Stimmen und regte die öffentliche Meinung auf gegen den Feind des auserwählten Volkes. Schon ein Jahrzehnt vor dem Kriege sind Namen wie Schwindlerpack, Goten und schamlose Hunnen für das deutsche Volk geprägt worden. Das ,,Delenda Germania" ward hinausgerufen und die Anschauung verbreitet, dass wenn Deutschland vernichtet wäre, es keinen Engländer gäbe, der nicht reicher sein würde als zuvor.

Unterdessen arbeitete die englische Diplomatie unverdrossen an dem Werke der Einkreisung. Ein paar Daten müssen an dieser Stelle genügen. 1902 wurde das englische Bündnis mit Japan geschlossen, 1904 das Abkommen mit Frankreich, am 30. August 1907 ward der englisch-russische Vertrag unterzeichnet. Man wusste in Deutschland, wer die Gegner waren, die uns in einem kommenden

Kriege gegenüberstehen würden. Zweimal, 1908 und 1911, ward die Gefahr in drohende Nähe gerückt, beide Male ist sie noch beschworen worden. Aber Europa war nun einmal in zwei grosse bewaffnete Lager gespalten und in jedem Augenblick konnte der Weltbrand entfacht werden.

In solcher Lage hat es freilich drüben so wenig wie hüben an warnenden Stimmen, die zur Versöhnung rieten, gefehlt. Eine emsige, redliche Arbeit begann, die ihre eigene Geschichte hat. Vereinigungen zur internationalen Verständigung werden gegründet, der geistige Austausch soll gepflegt werden. Die Contemporary Review gab, als der Sturm von Agadir vorübergebraust war, in ihrer Nummer vom November 1911 einem englischen, im Dezember einem deutschen Autor das Wort, um für ihre Leser zuerst von einem Landsmann das Thema „England und Deutschland" bearbeiten zu lassen, sodann von dem Deutschen einen Aufsatz über „Deutschland und England" zu bringen. Beide wollten dem Frieden dienen. Gesellschaftsreisen hinüber und herüber wurden veranstaltet und erwidert, die Geistlichen, die Bürgermeister der Städte sollten miteinander Fühlung gewinnen. Der Minister Lord Haldane, der alte Heidelberger Student, machte seine berühmte Reise nach Berlin. Und jeder, der in diesen Jahren an einem der wissenschaftlichen Kongresse in England teilgenommen hat, ward erquickt und erwärmt durch den Ton der Herzlichkeit im Verkehr der deutschen und englischen Gelehrten. Auch dass die Diplomatie noch die Möglichkeit einer dauernden Verständigung ins Auge fasste, dass man 1914 dicht daran war, einen alle drohenden Streitfragen friedlich schlichtenden Vertrag zu schliessen, gehört in diesen Zusammenhang.

Aber was wollten alle diese edlen Bestrebungen und Versuche besagen gegenüber den Spannungen in der Lage Europas? Der Mörder von Serajewo war es, der unter die Völker Europas die Brandfackel schleuderte, an der der Weltkrieg sich entzündete.

---

4. Abschnitt.

a) Die Revanche-Idee in Frankreich.

Von Dr. **Adalbert Wahl,**

o. Professor der Geschichte an der Universität T ü b i n g e n.

Literatur:

S c h u l t h e s s , Europäischer Geschichtskalender, erscheint jährlich seit 1860; seit 1909 hgg. von L. Riess. Nördlingen u. München. — G. E g e l h a a f , Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart. 7. Aufl. Stuttgart 1918. — D e r s e l b e , Politische Jahresübersicht, ersch. jährlich seit 1908. Stuttgart. — G. H a n o t a u x , Histoire de la France contemporaine (1871—1900), bisher 4 Bände, Paris 1904 ff. — V i c o m t e d e G o n t a u t - B i r o n , Mon ambassade en Allemagne (1872/3), 2. Aufl. Paris 1906. — A. D r e u x , Dernières années de l'ambassade en Allemagne de M. de Gontaut-Biron 1874—1877. 2. Aufl. Paris 1907. — A. R a m b a u d , Jules Ferry, Paris 1903. — E. D a u d e t , l'Alliance Franco-Russe, Paris 1894. — A. T a r d i e u , la France et les alliances, Paris 1909.

„Nie davon sprechen, immer daran denken" — der zweite Teil dieses berühmten Rezepts für die Revanche ist weit mehr eingehalten worden, als der erste. Man mag in dieser Tatsache die Charakteristik des modernen Franzosen beschlossen sehen: unpolitisch wie er ist — wenn auch nicht in dem horrenden Grade, wie der Deutsche — aber heiss in seinem patriotischen Empfinden und zäh in der Verfolgung seines grössten Zieles, des Ruhms Frankreichs. In der Tat ist das Revanchemotiv das beherrschende der ganzen französischen auswärtigen Politik seit 1871.

Wirklich erst seit 1871? So muss aber nunmehr schärfer gefragt werden, wenn wir den U r s p r u n g der Revancheidee suchen. War es wirklich insbesondere die Abtretung von Elsass-Lothringen, welche die Revancheidee erweckt und wachgehalten hat? War deswegen etwa gar,

wie selbst ein Mann von so guter Gesinnung und so scharfem Verstande, wie der Balte Julius von Eckardt gemeint hat, der Rückerwerb der altdeutschen Lande ein schwerer politischer Fehler? War die Revancheidee durch Zugeständnisse in Elsass-Lothringen — Verfassung, Autonomie — zu bannen? In Wirklichkeit dürfte nur ein ungenügendes Eindringen in die französische Geschichte und den französischen Volkscharakter zu einer bejahenden Antwort auf diese Fragen führen. Schon vor 1871 erscholl der Ruf nach Revanche. „Rache für Sadowa“ hiess es damals. Und hier haben wir den Schlüssel für das Verständnis unserer Frage. Was dem französischen Volk und den meisten seiner zahllosen Regierungen seit 1871 unerträglich erschien — das war gewiss in höchstem Mass auch der Frankfurter Friede mit seinen Abtretungen, in letzter Linie war es aber die ungeheure Machtverschiebung, die in der Gründung des Deutschen Reiches ihren Ausdruck und ihre Gewähr fand. Seit Jahrhunderten war es einer der obersten Grundsätze der französischen Politik gewesen, sich auf einen Teil von Deutschland gegen den andern zu stützen. In Zukunft war nun nicht nur diese Möglichkeit abgeschnitten, sondern es zeigte sich auch im weiteren Verlauf, dass das geeinte Deutschland Frankreich auf allen Gebieten mächtig überflügelte. In dem Wunsch, diese Entwicklung wieder rückgängig zu machen, besonders auch, die Waffenehre wieder herzustellen, lag die Wurzel des Racheverlangens des französischen Volkes. Dabei war das Bestreben, Elsass und Lothringen zurückzuerobern, nur ein Element, wichtig genug — wie eindrucksvoll war es, vor der Statue der Stadt Strassburg auf der Place de la Concorde von Zeit zu Zeit Trauerkränze niederzulegen! — aber nicht entscheidend: nicht wesentlich schwächer dürfen wir uns die Revancheidee denken, wären die beiden Länder französisch geblieben, zumal die Bewerkstelligung der Rache dann militärisch so viel leichter gewesen wäre.

Latent war die Revancheidee immer da und immer entscheidend für die Richtung der französischen Politik, wenn auch die verantwortlichen Stellen selbstverständlich nicht jederzeit daran dachten, loszuschlagen. Vielmehr unterliegt diese Politik deutlich erkennbaren Schwankungen. Die Revanchestimmung schwillt regelmässig an, wenn die Hoffnung auf ihren Erfolg grösser wird, sei es infolge von Verhältnissen der europäischen Politik, sei es, weil man den grossen Mann, den künftigen Besieger Deutschlands, gefunden zu haben glaubt. Auch wirken Strömungen der inneren Politik mit.

Nach dem Frankfurter Frieden hat bekanntlich Frankreich überraschend schnell seine Kriegsentschädigung, die man vielfach als im wörtlichen Sinn unerschwinglich angesehen hatte, abbezahlt und dadurch weit früher, als ausbedungen, die „Befreiung seines Territoriums“ erzielt. Eine Anleihe des Juli 1873 zu diesem Zweck wurde 13 fältig überzeichnet (43,9 statt 3,498 Milliarden)! Diese Leistungen liessen das Selbstgefühl des besiegten Volkes bald mächtig wieder anschwellen. Nach den grossartigen Massnahmen der Jahre 1872—4 zur Heeresreorganisation, die auch, wenigstens dem Prinzip nach, die allgemeine Wehrpflicht einführten (1872), brachte dann der März 1875 durch ein „überraschendes“ Amendement das „Cadregesetz“, das eine gewaltige Heeresvermehrung vorbereitete, indem es die vierten Bataillone schuf. Aus Anlass dieses Gesetzes kam es zu der überaus scharfen Krisis des April und Mai 1875, die ihrerseits wieder mächtig zur Verstärkung der Revancheidee beitrug. Deutsche offiziöse Zeitungen brachten im April 1875 auffallend scharfe Artikel, die sich mit der Frage beschäftigten, ob nicht aus der französischen Heeresvermehrung der Krieg hervorgehen werde. Der Zweck dieses Pressefeldzuges, der sicher nicht ohne Fühlungnahme mit Bismarck erfolgt ist, war ganz gewiss nicht die Entfesselung des Krieges — nicht einmal die, ernst zu nehmenden, französischen Historiker, wie vor allem Dreux und Hanotaux, nehmen das an — vielmehr höchstwahrscheinlich nichts, als eine Warnung gegen weitere Rüstungsverstärkungen, möglicherweise allerdings auch der Versuch, das vorliegende Cadregesetz rückgängig machen zu lassen; das Unternehmen gehört also in das Gebiet der Vorbeugung gegen weitere Verwicklungen, gemäss der seit 1871 unbeirrbaren Friedenspolitik Bismarcks. Allein diese Aktion stiess auf eine wohlvorbereitete Gegenaktion der französischen Staatsleitung, die noch durch ungeschickte Äusserungen eines deutschen Diplomaten über einen eventuell notwendigen deutschen Präventivkrieg erleichtert wurde. Vor allem hatten die Franzosen schon seit 1872 um Russland geworben und von dort eine Reihe von freundlichen Äusserungen erzielt. Ganz zweifellos war das auch der Fall gerade mit Bezug auf das geplante neue Cadregesetz. In Russland wirkte die heftige

Abneigung gegen die neue beherrschende Stellung Deutschlands und der Wunsch, Frankreich für den neuen auf dem Balkan geplanten Vorstoss zu gewinnen (was misslang), zusammen mit der verletzten Eitelkeit des Staatskanzlers Gortschakow, der mit tiefem Unbehagen beobachten musste, wie sein „Schüler" Bismarck ihm so völlig den Rang abgelaufen hatte. So entschloss er sich denn zu der durchaus illoyalen Aktion vom Mai 1875. Bei einem Berliner Besuch rieten der Zar und sein Kanzler dringend von dem — gar nicht geplanten — Kriege ab, um nachher in der diplomatischen Öffentlichkeit zu verstehen zu geben, dass sie den Krieg verhindert hätten. Auch die Königin von England richtete ein Ermahnungsschreiben in demselben Sinn an Kaiser Wilhelm. Wie durch einen Blitz in der Nacht der Zukunft erleuchtet, zeigte sich damals für einen Augenblick die furchtbare Koalition, gegen die Deutschland vierzig Jahre später zu kämpfen hatte. Der Verlauf der ganzen Krise war äusserst ungünstig für Deutschland und ebenso vorteilhaft für Frankreich, das dadurch die Gewissheit erhielt, unter dem Schutze anderer Mächte und zwar vornehmlich Russlands, seine Rüstungen beliebig verstärken zu können, ohne dass ihm Deutschland ernstlich in den Arm fallen konnte. Damit erst war die Grundlage für die Durchführung der Revanche gegeben.

In den Vorfrühling der französisch-russischen Annäherung fiel freilich bald ein Reif. Frankreich war nicht bereit, die neue aggressive russische Balkanpolitik zu unterstützen, hielt sich vielmehr dabei an England und demnächst auf dem Berliner Kongress auch an Deutschland. Damals machte die französische Diplomatie der deutschen Geständnisse über russische Angebote, „wie eine junge Frau ihrem Gatten über unsittliche Anträge eines Liebhabers". Es kam die Zeit, in der Bismarck die Franzosen ermutigte, in Tunis zuzugreifen, um ihren Ehrgeiz von den Vogesen abzulenken. Aber gerade bei der neu einsetzenden französischen Kolonialpolitik zeigte es sich, dass der Revanchegedanke wach war und blieb: nicht ausschliesslich, aber mit, weil er als „ami de Bismarck" galt, wurde i. J. 1885 der grösste Kolonialminister, den die dritte Republik besessen hat, Jules Ferry, gestürzt, im Begriff, dem französischen Kolonialreich eine weitere Ausdehnung zu geben.

Einige Jahre später brachte die seltsame Episode des Boulangismus, verbunden mit dem sehr akuten Streitfall Schnäbele ein mächtiges Aufleben des Revanchegedankens, vornehmlich weil man in merkwürdiger Verblendung in einem Operettengeneral den geeigneten Führer für einen Krieg gegen Deutschland gefunden zu haben glaubte.

In den 90 er Jahren kam es unter gegenseitigen Besuchen der Flotten und der Staatsoberhäupter zu der schon lange in der Luft liegenden entente cordiale mit Russland. Damals verband sich mit der französischen Angriffstendenz der Panslawismus, der sich unmittelbar gegen Österreich und Deutschland richtete und der russische Wunsch, endlich die Meerengen und Konstantinopel zu erwerben, der ursprünglich nur Österreich in seinem Wege fand — der Rückversicherungsvertrag von 1887 enthielt in einer geheimen Klausel dieses Zugeständnis —, der aber nach Kündigung dieses Vertrags, nach dem Engerwerden des Bundes der Mittelmächte und nach der Einleitung der deutschen Türken- und Bagdadpolitik, auch nur noch gegen Deutschland durchzusetzen war. Während die entente immer enger wurde, hat Frankreich seinem Verbündeten in wachsendem Masse ungeheuere Anleihen bewilligt — bis zum Kriegsbeginn 1914 rund 20 Milliarden Franken —, mit dem unverkennbaren Zweck, Russlands Rüstungen zu dem geplanten gewaltigen Waffengang gegen Deutschland und Österreich zu fördern. Durch diese Anleihen geriet Frankreich in zunehmendem Grade in Abhängigkeit von der russischen Politik; denn im staatlichen Leben pflegt der Gläubiger weit mehr von dem guten Willen des Schuldners abhängig zu sein, als umgekehrt. Aber man nahm auch diese capitis deminutio unter der Suggestion der beherrschenden Idee willig in den Kauf.

Einmal war freilich diese Idee eine Reihe von Jahren lang dennoch von einer ernstlichen Gefahr bedroht. Damit ist nicht etwa die Auflösung der „Liga des französischen Vaterlandes", im Zusammenhang mit dem Boulangismus im März 1889, gemeint, die von der damaligen Regierung vorgenommen wurde, um der Gefahr, die von dem ehemaligen Kriegsminister drohte, Herr zu werden und einem Kriege ohne Bundesgenossen auszuweichen, den jener zu entfesseln drohte; diese Aufhebung hat vielmehr der Revancheidee nur wenig geschadet. Zwei andere Ereignisreihen vielmehr haben mittelbar diesen Erfolg gehabt. Die erste war der Dreyfus-Skandal, der Frankreich von 1894 bis 1906 in Atem hielt und das Land in zwei sich wütend bekämpfende Lager teilte. Vom Jahr

1899 an neigte der Sieg immer mehr den „Dreyfusards", den Anhängern des zu Unrecht verurteilten Hauptmanns, zu. Dieser Sieg, der 1906 zum vollen Ausdruck kam, war aber erfochten unter der leidenschaftlichen Anteilnahme und Mitwirkung der internationalen jüdischen Presse. Schon das bedingte eine Abwendung von so schroff nationalistischen Ideen, wie die der Revanche. Dazu kam, dass die Hauptvertreter dieser Idee, Monarchisten, Klerikale, Nationalisten und vor allem die überwiegende Mehrzahl des Offizierkorps anti-dreyfusisch waren.

Eine zweite innerpolitische Frage, welche bei der gewaltigen Erhitzung der Gemüter eine grosse Gefahr für die Revancheidee in sich barg, war die Kirchenpolitik der Radikalen Waldeck-Rousseau und Combes, die schliesslich im Jahr 1906 zu der, in scharf religions- und kirchenfeindlichem Sinn gedachten Trennung von Staat und Kirche führte. Wieder waren die Gegner der siegreichen Regierung dieselben Kreise, welche immer am leidenschaftlichsten zur Revanche aufgerufen haben. Das politisch so einflussreiche französische Freimaurertum wird damals, im Gegensatz zu später, sich zum Völkerfrieden bekannt haben. In jenen Zeiten, vom Ende des 19. Jahrhunderts an, war es, dass in den französischen Schulen Lehrbücher verwendet wurden, die in erster Linie antiklerikal und antireligiös, auch sozialistisch und pazifistisch waren.

Aber es zeigte sich bald, dass die siegreichen radikalen und sozialistischen Fanatiker den Bogen weit überspannt hatten. Zwar begann die Kirche nach dem furchtbaren Schlage, der ihr versetzt worden war, auffallend langsam ihre Kraft wieder zu sammeln — erst i m Kriege hat sie sich wahrhaft wieder aufgerafft —, aber ein anderes waren die besiegten Parteien keinen Augenblick geneigt, sich gefallen zu lassen: eben das Zurückdrängen ihrer nationalistischen Ideen. In dem Revanchegedanken fühlten sie ihr heiligstes politisches Gut bedroht. Sie verdoppelten nun ihre agitatorischen Anstrengungen, indem sie vor allem auch auf die Moral und die körperliche Ausbildung Nachdruck legten, um so das Volk tüchtiger zum Revanchekrieg zu machen. Diese Bestrebungen waren von einem grossartigen Erfolg begleitet. In Frankreich wuchs nun ein härteres Geschlecht heran, frei von sozialistischer und pazifistischer Verweichlichung, das allein fähig war, den Weltkrieg zu ertragen, übrigens nicht nur sittlich, sondern auch körperlich: die sportlichen Leistungen der Franzosen nahmen bedeutend zu.

Freilich hatten die nationalistischen Parteien bei diesen ihren Bestrebungen mächtige Bundesgenossen in zwei Tatsachenreihen. Bei dem, jede Phantasie übersteigenden Aufschwung Deutschlands auf allen Gebieten war es klarsehenden Franzosen längst zur Sicherheit geworden, dass die Mittelmächte auch den Zweifrontenkrieg nicht zu scheuen brauchten; nun aber gesellte sich zu der entente cordiale mit Russland als Dritter im Bunde England (1904). Frankreich hatte bei diesem Vorgang mancherlei Gefühle zu unterdrücken. England war doch schliesslich viele Jahrhunderte lang im Mittelalter und der Neuzeit der Erbfeind gewesen und wurde von manchen Kreisen immer noch so empfunden — der siegreiche Erbfeind. Erst i. J. 1898 hatte das britische Reich den Franzosen die tiefe Demütigung von Faschoda zugefügt. Aber das sonst so stolze Volk, das die zahllosen Annäherungsversuche Deutschlands kalt abgewiesen hatte, vergass, ganz gewiss wesentlich unter dem Einfluss des Revanchegedankens, sehr schnell. Dieser Gedanke aber gewann nun durch die vergrösserte Hoffnung auf seine Verwirklichung mächtig an Boden. Es kam hinzu, dass Frankreich immer mehr die Gewissheit erhielt, dass Italien nicht an der Seite der Mittelmächte in den Krieg eingreifen würde. — Die zweite Tatsachenreihe ist diese: unter dem Eindruck der russischen Niederlage gegen Japan und des Zusammenbruchs des Zarentums in der ersten Revolution wagte Deutschland unter Leitung Bülows, sich 1905 gegen die vollzogene Einkreisung durch die Tripelentente zu erheben und suchte überhaupt bei den zahlreichen Krisen der nächsten Jahre sich energischer zur Geltung zu bringen. Dabei wurden gelegentlich etwas derbe Mittel angewendet. Beides bot nun den Revanchepolitikern den besten Agitationsstoff. Sie schilderten die deutsche Politik, die nach wie vor friedlich bis zum äussersten war und nur beweisen wollte, dass die für den Frieden so gefährliche Auffassung von dem „ängstlichen Deutschland" nicht immer zutreffe, als kriegslustig und drohend und gewann damit ihr Spiel völlig. Mit der Ausnahme von einer Handvoll sozialistischer Eigenbrödler, von denen Jaurès der hervorragendste gewesen ist, war 1913 ganz Frankreich offen oder heimlich kriegs- und revanchedurstig. Ein Ausdruck dieser Stimmung war die Wahl Poincarés zum Präsidenten im Januar dieses Jahres. Unter diesem Gesichtspunkte

ferner nahm das Land in demselben Jahr, allerdings, wie es scheint, auf kategorisches Verlangen Russlands sogar die Last der dreijährigen Dienstzeit auf ein paar Jahre wieder auf sich, mit dem unverkennbaren Plan, vor Ablauf dieser Jahre den Revanchekrieg zu beginnen. Die Reise Poincarés nach Petersburg im Juli 1914 diente näheren Verabredungen. Unmittelbar darauf war Frankreich an seinem ersehnten Ziel angelangt, den Revanchekrieg mit zahlenmässig Deutschland überwältigend überlegener Bundesgenossenschaft zu beginnen.

Die Bedeutung der Revancheidee für die europäische Politik kann kaum hoch genug angeschlagen werden. Sie blieb von 1866—1914 der feste Punkt, während alles andere im Flusse war, ähnlich wie es etwa die Feindschaft zwischen Habsburg und Capet in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit gewesen war. Der Gegensatz zwischen England und Russland, scheinbar der tiefste und dauerndste in der europäischen Politik, vornehmlich in den 80 er Jahren des 19. Jahrhunderts als völlig unheilbar betrachtet, konnte zum allgemeinen Erstaunen überbrückt werden oder wenigstens in der selteneren Form der Waffenbrüderschaft seinen Austrag finden; England konnte uns Deutschen 1898 und 1901 Bündnisangebote in aller Form machen; die Aussicht für uns, mit Russland wieder in gute Beziehungen zu gelangen, wurde wenigstens von einigen ernst zu nehmenden Autoren als nicht schlechthin hoffnungslos betrachtet. Von Frankreich nahm das mit Recht kein Mensch an! Die Revancheidee blieb, trotz allen Liebeswerbens von unserer Seite, und verschaffte jedem, der etwas von Deutschland wollte, die Gewissheit, in Paris einen fanatischen Bundesgenossen zu finden, der nur auf eine günstige Gelegenheit wartete, um loszuschlagen. So war und blieb Frankreich der Eckpfeiler der Koalition unserer Gegner, und das Revancheverlangen der Punkt, an dem der Hebel angesetzt wurde, der das Deutsche Reich aus den Angeln gehoben hat.

Es bleibt noch die Frage nach dem Werte der Revancheidee für die französische Politik übrig. Vor dem Kriege pflegte sie als eng, borniert und altmodisch bezeichnet zu werden. Und dieses Urteil behält zum guten Teil auch heute noch recht. Frankreich steht nach dem Kriege nicht besser da als vorher. Mag man den Gewinn einer Deutschland immer bedrohenden Grenze, den Zuwachs an Bevölkerung und zwar an einer besonders militärtüchtigen Bevölkerung, die Kaligruben des Elsass und die Rheinschiffahrt noch so hoch einschätzen — es bleibt fraglich, ob sich die erdrückende deutsche Mehrheit der Bevölkerung, noch dazu verwöhnt, wie sie ist, durch die gute deutsche Regierungsweise, je wieder Frankreich und seiner Herrschaftsweise innerlich unterwerfen wird. Allein hiermit ist doch nur ein kritischer Gesichtspunkt berührt. Wichtiger ist ein zweiter: In diesem Krieg, der vom Standpunkt des ganzen festländischen Europa ja eine unsagbare Torheit war, hat Frankreich in Wirklichkeit seine Selbständigkeit als Grossmacht völlig an England verloren, das seiner Bundesgenossenschaft gegen andere Festlandsmächte nicht mehr bedarf. Ob Frankreich in der Lage sein wird, diese Selbständigkeit in den gewaltigen Konflikten, vor denen die Welt steht, wiederzuerlangen, bleibt mehr als fraglich. Und diese Abhängigkeit von einem mächtigeren Bundesgenossen war vorauszusehen. Mit diesem Gedanken ist eine vernichtende Kritik jener Revanchepolitik gegeben, die blind gegen alles andere, nur auf ein Ziel losrannte.

Immerhin zeigt der Verlauf abermals, dass in der Politik leidenschaftliches und zähes Wollen zur Erreichung selbst von Zielen führen kann, die anfangs in ganz nebelhafter Ferne lagen. Allerdings hat Frankreich die Revancheidee, wie sie oben gefasst wurde, bisher doch nur unvollkommen durchzuführen vermocht. Von den 4 Gedanken, die sie umschloss, sind vorerst nur zwei völlig verwirklicht: Elsass-Lothringen ist zurückerworben und Deutschland in ungeheuerlichem Grade unter Frankreich herabgedrückt. Dagegen ist die französische Waffenehre doch nur zum kleinen Teil wiederhergestellt, da Frankreich die Bundesgenossenschaft der stärksten Völker der Welt und unzähliger anderer bedurfte, um einen Teil von Deutschlands Heeren zurückzudrängen. Und schliesslich ist es zwar gelungen, Deutschland wertvolle Stücke aus dem Leibe zu reissen; aber ein geeinigtes Deutschland ist, wenn auch verkleinert, noch stehengeblieben. Wird Frankreich mit seiner Revancheidee davor Halt machen? Es ist von entscheidender Bedeutung für Deutschland, den ganzen Ernst dieser Frage zu erkennen.

b) Die Vorherrschaft im Mittelmeer: Marokko und Tripolitanien.

Von Dr. **Hans Gmelin,**
o. Professor der Rechte an der Universität Giessen.

Literatur:

Maurice Ajam, Problèmes algériens, Paris 1913. — Jerónimo Becker, Espana y Marruecos, Madrid 1903. — Hans Gmelin, Die Verfassungsentwicklung von Algerien, Hamburg 1911. — André Gourdin, La politique française au Maroc, Paris 1906. — Louis Holtz, Traité de législation marocaine, Paris 1914. — Vico Mantegazza, Il mediterraneo e il suo equilibrio, Milano 1914. — Georg Kampfmeyer, Die Grundlagen der Marokkofrage, Zeitschr. f. Politik, Bd. VIII, S. 297. — E. Le Marchand, L'Europe et la conquête de l'Algérie, Paris 1913. — Hans Plehn, Die Methoden der französischen Politik bei der Erwerbung Tunesiens, Zeitschr. für Politik, Bd. VII, S. 1. — Heinrich Pohl, Marokko und Mannesmann, Zeitschr. für Politik, Bd. V, S. 558. — André Tardieu, Le mystère d'Agadir, Paris 1912.

1. Die Erwerbung von Algerien.

Es ist eine merkwürdige historische Tatsache, dass, während zur Römerzeit der Nordsaum Afrikas in engem kulturellem und politischem Zusammenhang mit den übrigen Mittelmeerländern stand, seit der Eroberung Nordafrikas durch die Araber, zumal seit der Vertreibung der Mauren aus der iberischen Halbinsel dieser Zusammenhang gelöst blieb. An Versuchen europäischer Staaten, in Nordafrika festen Fuss zu fassen, hat es freilich nicht gefehlt. Am ersten dazu berufen schienen die Staaten der iberischen Halbinsel, für die der Kampf gegen die Berber in Nordafrika nichts andres bedeutete als die Fortsetzung des Jahrhunderte dauernden Krieges, der zur Befreiung der Halbinsel von der Maurenherrschaft führte. Diese Staaten haben auch Anläufe unternommen, aber sie scheiterten an der Unzugänglichkeit des Landes und an der kriegerischen Widerstandskraft seiner Bewohner. Man braucht nur an die erfolglosen Expeditionen Karls V. nach Tunis (1535) und Algier (1541), an den unglücklichen Feldzug des Königs Sebastian von Portugal (1578) und an das fehlgeschlagene Unternehmen der Spanier gegen Algier (1775) zu erinnern. Diese Erfahrungen machen es begreiflich, wenn andre Staaten, so oft sie sich genötigt sahen, gegenüber den Barbareskenstaaten Gewaltmittel anzuwenden, sich auf die Beschiessung des Seeräubernestes Algier von der See aus beschränkten (so die Franzosen 1682, 1683, 1688; die englische Flotte 1816).

Auch als die Beleidigung des französischen Konsuls durch den Dey von Algier im Jahre 1827 die französische Regierung zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen veranlasste, verhängte sie zunächst nur die Blockade über die Küste Algeriens. Zurückhaltung erschien geboten nicht nur wegen der bekannten Schwierigkeiten der Landung, sondern vor allem, weil Grossbritannien keinen Zweifel darüber liess, dass es einer dauernden Festsetzung Frankreichs in Algerien entgegentreten werde. Wenn schliesslich doch die Besetzung der Stadt Algier erfolgte, so geschah dies, weil die französische Regierung die gänzlich wirkungslose Blockade nicht einfach abbrechen konnte, und weil der Pascha von Ägypten Mehmet Ali ihr den Gefallen nicht erwies, den Dey von Algier zu entthronen; dann aber auch aus Gründen der inneren Politik. Ihre Absicht, durch die Besetzung Algiers den Ausbruch der Revolution zu beschwören, erreichte die Regierung freilich nicht — die Nachricht von der Eroberung wurde von der Pariser Bevölkerung mit völliger Gleichgültigkeit aufgenommen. Aber dafür rettete die Revolution Frankreich den Besitz der Kolonie: denn sie bot der britischen Regierung willkommene Gelegenheit, ihrem Ärger über die eigenmächtige Besetzung Algiers durch schleunige Anerkennung Louis Philipps Ausdruck zu geben. (Mit den Worten: „Vous aviez pris Alger malgré l'Angleterre" begründete der Herzog von Wellington dem legitimistisch gesinnten General Bourmont den Schritt der englischen Regierung). Dann aber legte die britische Regierung dem Verbleib der Franzosen in Algier nichts mehr in den Weg. Auf den von dem gestürzten Ministerium Polignac gemachten Vorschlag einer Teilung Algeriens unter verschiedene europäische Staaten ging die britische Regierung nicht ein.

2. Die Erwerbung von Tunesien.

Auch in Tunesien bereitete Grossbritannien der Festsetzung der Franzosen Schwierigkeiten. Schon bald nach der Eroberung von Algerien zeigte Frankreich Interesse für Tunesien, wenigstens war es darauf bedacht, die Eingliederung Tunesiens in das türkische Reich zu verhindern. Wenn diese Eingliederung in Form eines Schutzverhältnisses 1871 doch erfolgte, so ist dies wohl z. T. auf englischen Einfluss zurückzuführen, der damals den Franzosen die wirtschaftliche Ausbeutung Tunesiens ernstlich streitig machte. Es lag denn auch durchaus nicht in der Absicht der englischen Regierung, Tunesien an den kolonialen Mitbewerber Frankreich zu überlassen; vielmehr legte sie Italien, mit dem sie auch in Ägypten zusammen operieren wollte, nahe, von Tunesien Besitz zu ergreifen (Lord Derby 1876); auch Deutschland und Österreich-Ungarn gaben dahin zielende Ratschläge. Erst als die italienische Regierung sich allen Ermunterungen gegenüber taub verhielt, bot England Tunesien den Franzosen an. England hatte am 4. Juni 1878 einen Bündnisvertrag mit der Pforte geschlossen, der ihm die Insel Cypern zur Verwaltung überliess. Es stand zu erwarten, dass durch diesen Vertrag, weil er den ersten Schritt zur Besetzung Ägyptens bedeutete, die Franzosen hart getroffen wurden. Da diente die Aufforderung, die Lord Salisbury auf dem Berliner Kongress an den französischen Gesandten Waddington richtete, einem doppelten Zweck: sie lenkte Frankreich von Ägypten ab, und sie isolierte es, weil die Inbesitznahme Tunesiens Frankreich die Feindschaft Italiens eintragen musste. Der Präsident der Republik Marschall Mac Mahon verhielt sich ablehnend, weil er die in dem Angebot gelegte Schlinge erkannte, aber die französische Regierung liess die Sache nicht aus den Augen, sondern nötigte die englische Regierung zu einer ausdrücklichen Anerkennung der unverbindlichen Zusagen Salisburys (7. August 1878). Damit war Tunesien für Italien verloren, und es zeigt eine schwer verständliche Kurzsichtigkeit, wenn die italienische Regierung jetzt anfing, hartnäckig den französischen Einfluss in Tunis zu bekämpfen, statt den französischen Anspielungen, sich einen Ersatz in Tripolis zu holen, Folge zu geben. Diese verkehrte Politik führte dahin, dass Italien, als Frankreich im Jahre 1881 zur Aneignung von Tunesien schritt, leer ausging. Übrigens liess auch die englische Regierung die Besitzergreifung, obwohl sie sich zu ihrer Duldung verpflichtet hatte, nur widerwillig geschehen.

3. Die Eroberung von Marokko.

Auch in diesem Lande galt es, die Ansprüche dritter Staaten und den Widerstand Englands zu überwinden. So wie Tunis als natürliches Vorland Italiens anzusehen war, so schien Marokko dem Zugriff der iberischen Staaten sich darzubieten. Tatsächlich haben die Portugiesen versucht, sich an verschiedenen Punkten der Westküste festzuklammern, aber sie hatten nicht mehr Erfolg als die Spanier, deren Stützpunkte an der unwirtlichen Rifküste, die sogen. Presidios, einer dauernden Belagerung ausgesetzt waren. Selbst die Engländer vermochten Tanger, als es ihnen die Portugiesen abgetreten hatten, nicht lange zu halten, und einer französischen Expedition, die de Razilly 1629 nach Salle an der atlantischen Küste führte, gelang nicht einmal die Landung. So waren die europäischen Staaten Marokko gegenüber machtlos, denn das gelegentlich auch hier angewandte Mittel der Beschiessung von Küstenplätzen erwies sich als noch wirkungsloser als in Algerien, weil keine der Landeshauptstädte erreicht werden konnte.

Dieser Zustand erfuhr eine bedeutsame Änderung, als Frankreich Algerien besetzt hatte; die Unverwundbarkeit Marokkos hörte auf, es hatte nun eine offene Flanke, durch die französische Landheere eindringen konnten; dass umgekehrt die Nachbarschaft Marokkos eine ständige Bedrohung Algeriens bedeutete, wurde später von Frankreich nur als willkommene Quelle von Konflikten empfunden. Die Vorteile der neuen Lage offenbarten sich schon während der Eroberung Algeriens, als Abd el Kader Marokko in einen Krieg gegen Frankreich trieb (1844). Aber Frankreich konnte damals seine militärischen Erfolge nicht ausnützen, weil England, wachsamer als in Algerien, auf der schleunigen Beilegung des Konflikts bestand (Vertrag von Tanger 1844 und Festlegung der Grenze im Vertrag von Lalla Marghnia 1845).

Die Schwierigkeiten der Befriedigung und die scheinbar schlechte Rentabilität Algeriens liessen in Frankreich vorerst nicht den Wunsch aufkommen, auch Marokko in Besitz zu nehmen. Napoleon III. trug sich vielmehr mit dem Gedanken, dass Ägypten an England, Tripolis an Italien,

Tunis an Frankreich und Marokko an Spanien fallen sollte. Und so legte er dem spanischen Ministerpräsidenten O'Donnell, als dieser im Jahre 1860 persönlich einen Feldzug gegen Marokko leitete, nicht nur nichts in den Weg, sondern beobachtete eine wohlwollende Neutralität. Aber wiederum war es England, das nun auch den Spaniern in den Arm fiel.

Die Teilnahmlosigkeit Frankreichs gegenüber Marokko hörte auf nach dem deutsch-französischen Kriege, denn durch dies Ereignis wurden die Franzosen von der Kontinentalpolitik abgedrängt, und es war nur natürlich, wenn sie in der Verfolgung kolonialer Ziele eine Entschädigung suchten. Sie stiessen dabei selbstverständlich auf die Gegnerschaft Grossbritanniens, fanden aber zunächst rückhaltlose Unterstützung bei Deutschland, das ein Interesse daran hatte, einerseits Frankreich von Revanchegedanken abzulenken, andererseits es zu isolieren. Diese Gruppierung zeigte sich deutlich bei den Verhandlungen, die auf Englands Anregung im Jahre 1880 in Madrid über die Frage der Schutzgenossen stattfanden. Die marokkanische Regierung wünschte das von Frankreich beanspruchte Recht der Gewährung von Schutz an marokkanische Untertanen zu beschränken; sie wurde in ihrem Bestreben unterstützt von England wie von Spanien, so dass Frankreich auf der Konferenz nur auf Deutschlands Beistand rechnen konnte.

Es ward immer deutlicher, dass Frankreich seinen Einfluss in Marokko nicht ausdehnen konnte, wenn es sich nicht mit England verständigte. Daher bahnte die französische Regierung unmittelbar nach der Niederlage von Faschoda (1898) einen Ausgleich mit England über die sich widerstreitenden kolonialen Interessen an. Nur so ist es zu erklären, dass die britische Regierung keinen Einspruch erhob, als Frankreich einerseits durch Besetzung der Oasen von Igli, Tuat, Gurara und Titikelt Marokko von der Sahara abschnürte und andererseits durch Übereinkommen mit dritten Staaten sich eine marokkanische Einflusssphäre zu sichern suchte. In einem Abkommen vom Jahre 1901 verzichtete Italien, das vor seiner Niederlage in Abessinien eine Hauptrolle am Hofe des Sultans gespielt hatte, gegen Anerkennung einer Vorzugsstellung in Tripolis auf jeglichen Anteil an der Auseinandersetzung in Marokko.

Spanien gegenüber, das als nächster Nachbar von Marokko unmöglich ganz ausgeschaltet werden konnte, zeigte Frankreich zunächst grosses Entgegenkommen: in einem Protokoll vom 11. November 1902 wurde Spanien der ganze Nordwesten des Landes mit Fes überlassen, während Frankreich sich nur den Südosten mit Marrakesch vorbehielt. Selbst die Interessen Deutschlands, das man damals noch nicht ganz übergehen zu können glaubte, wurden berücksichtigt, indem es Spanien überlassen blieb, einen Hafen an der Westküste an Deutschland zu verpachten. Aber in dem berüchtigten Vertrage vom 8. April 1904 erhielt Frankreich von England beinahe ganz Marokko zugesprochen, wofür es sich scheinbar nur zur Anerkennung der tatsächlichen Gewalt Englands in Ägypten verpflichten musste. In Wirklichkeit bestand die Gegenleistung darin, dass sich Frankreich ganz ins Schlepptau der gegen Deutschland gerichteten britischen Kontinentalpolitik begab. Nur trug England Sorge, dass ihm die Herrschaft über die Meerenge von Gibraltar nicht entglitt, denn der Vertrag enthielt einerseits ein Befestigungsverbot für die Nordküste Marokkos und sah andererseits vor, dass eben diese Nordküste an das machtlose Spanien überlassen werden sollte. Die deutschen Interessen wurden völlig übergangen.

In Spanien reagierte die Presse sehr heftig auf die in dem Vertrag liegende „Vertreibung" Spaniens aus Marokko, aber die Regierung musste sich zufrieden geben, in einem Geheimvertrag mit Frankreich Ifni an der Westküste und die wenig wertvolle Rifküste zu erhalten, wohlverstanden jedoch ohne Tanger, dessen Verhältnisse späterer Regelung vorbehalten blieben (3. Oktober 1904). In Deutschland kümmerte sich mit Ausnahme der Blätter alldeutscher Richtung die öffentliche Meinung vorerst wenig um die verletzende Vernachlässigung der deutschen Interessen. Auch die Reichsregierung, der der französisch-englische Vertrag nicht offiziell mitgeteilt wurde, verhielt sich abwartend; erst im Frühjahr 1905 gab sie durch eine Reichstagsrede Bülows und durch den Kaiserbesuch in Tanger deutlich zu verstehen, dass sie die Ausschaltung Deutschlands nicht hinzunehmen gewillt war. Vielleicht war es ein Fehler, dass die Reichsregierung, als nun die französische Regierung Verhandlungen eröffnen wollte, sich auf keine Abmachungen einliess, sondern auf der Regelung der Marokkofrage auf einer internationalen Konferenz bestand. Denn die Konferenz zu Algeciras (1906) endete mit einer diplomatischen Niederlage des Deutschen Reiches: der Ring

der Staaten, die sich über die Aufteilung Nordafrikas verständigt hatten, liess sich nicht sprengen, sogar Spanien wagte nicht, den Westmächten den Rücken zu kehren.

Deswegen hatten die Bürgschaften der Algecirasakte wenig Bedeutung; im Gegenteil: da die Akte Frankreich und Spanien das internationale Mandat zur Ausübung der Polizei in den Hafenstädten übertrug, so förderte sie die Festigung des französischen Übergewichts. In der Tat schritt Frankreich, durch England gedeckt, ungesäumt an die „friedliche Durchdringung" Marokkos. Von zwei Seiten, von der algerischen Grenze und von Casablanca aus, rückten französische Truppen in das Land. Angesichts dieser offenkundigen Verletzung der Algecirasakte suchte Deutschland durch Anerkennung der vorherrschenden Stellung Frankreichs (8. Februar 1909) für sich wenigstens einen nennenswerten Anteil an der wirtschaftlichen Ausbeutung Marokkos zu retten. Aber nun stellten sich die Franzosen (in Umkehrung der Rolle von 1905) scheinbar auf den Standpunkt der internationalen Vergebung öffentlicher Arbeiter und machten dadurch die von Deutschland angestrebte Kooperation zu zweien auf wirtschaftlichem Gebiet unmöglich.

Den ihnen eingeräumten Vorteil der politischen Bewegungsfreiheit dagegen nützten sie in vollem Masse aus. Da endlich, als die Franzosen im Frühjahr 1911 sogar Fes besetzten, zeigte Deutschland durch Entsendung eines Kreuzers nach Agadir, dass es eine ernste Berücksichtigung seiner Ansprüche erwartete; gleichzeitig liess Spanien, um sich gegen französische Überraschungen zu sichern, in der ihm zugesprochenen Interessenshpäre (Larasch) Truppen landen. Trotz dieser Doppelaktion war die Lage für Deutschland aussichtslos, denn die britische Regierung liess keinen Zweifel darüber, dass sie eine Festsetzung Deutschlands an der marokkanischen Küste als Kriegsfall betrachten werde. Daher musste sich Deutschland in den Verträgen vom 4. November 1911 mit einer Grenzberichtigung von Kamerun begnügen und dafür unter Opferung wichtiger wirtschaftlicher Interessen die französische Schutzherrschaft über Marokko anerkennen. Spanien, von Deutschland im Stich gelassen, blieb nichts übrig, als sich in die kümmerliche Bemessung seines Anteils zu fügen (Vertrag v. 27. November 1912)

4. Die Regierung Französisch-Nordafrikas.

Nur Algerien wird unmittelbar von Frankreich verwaltet, während sowohl Tunesien wie Marokko als Schutzstaaten eingerichtet sind. Auch in Algerien bemühte sich die französische Regierung im ersten Jahrzehnt nach der Eroberung wiederholt, die Kolonie in einen Schutzstaat umzuwandeln, jedoch die Unbotmässigkeit Abd el Kaders zwang sie zur völligen Beseitigung der einheimischen Staatsgewalt. Nun wurde Algerien — mit kurzer Unterbrechung während der Regierung Napoleons III. —, nach dem Grundsatz möglichster Angleichung an die Einrichtungen des Mutterlands regiert, jedoch hütete man sich, der eingeborenen islamischen Bevölkerung völlige Rechtsgleichheit mit den Weissen zuzustehen. Die üblen Folgen der in den achziger Jahren auf die Spitze getriebenen Assimilationspolitik — hatte man doch beinahe die ganze Verwaltung den französischen Fachministerien unterstellt — bewirkten, dass Regierung und Parlament schliesslich (1896 bis 1900) den Weg der Selbstverwaltung einschlugen, indem sie dem Generalgouverneur selbständige Befugnisse verliehen und der Kolonie eine Volksvertretung (Finanzdelegationen) mit dem Recht der Beschlussfassung über das Landesbudget gewährten. Diese öfteren Systemwechsel bedeuten indes nicht blosse Verwaltungsexperimente; es prägt sich in ihnen auch jeweils eine besondere Richtung der Kolonialpolitik aus: bald erblickte man das Hauptziel in der Förderung der Eingeborenen (die Idee des „arabischen Königreichs" unter Napoleon III.), bald wurden, nicht minder einseitig, nur die Interessen der europäischen Ansiedler gepflegt, so namentlich in der Assimilationsperiode; bald wieder, so gegenwärtig, wird eine Politik des Ausgleichs verfolgt; man hat erkannt, dass bei der geringen Fruchtbarkeit des französischen Volks eine einseitige Förderung der Ansiedlerinteressen sinnlos wäre, daher lässt sich die französische Verwaltung vornehmlich die Überwachung und Pflege der wirtschaftlich und militärisch gleich wichtigen Eingeborenen angelegen sein.

Wenn Tunesien als Schutzstaat eingerichtet wurde, so waren dafür Gründe der äusseren Politik massgebend: um das Misstrauen Englands nicht wachzurufen, vermied es die französische Regierung, einfach die Annektion von Tunesien auszusprechen. Im Vertrag von Kasr el Said Bardo v. 12. Mai 1881 übernahm Frankreich zunächst nur den Schutz Tunesiens nach Aussen. Erst am

8. Juni desselben Jahres wurde das Amt des französischen Ministerresidenten mit dem eines tunesischen Ministers des Äussern verbunden. Noch später erfolgte die Ablösung der fremden Konsulargerichtsbarkeit durch die französische und die Beseitigung der internationalen Finanzkontrolle, und nur ganz allmählich sicherten sich die Franzosen in den verschiedenen Zweigen der inneren Verwaltung massgebenden Einfluss, so dass der Schutzstaat sich mehr und mehr in eine Kolonie verwandelte. Das Verhältnis Frankreichs zu Marokko ist in dem Vertrag mit dem Sultan v. 30. März 1912 völlig nach dem Muster Tunesiens gestaltet worden. Nur hat in Marokko das Schutzstaatsverhältnis noch eine besondere Bedeutung: da der im französischen Teil residierende Sultan Herrscher von ganz Marokko bleibt, so behält die französische Regierung die Möglichkeit, durch einen Druck auf den Sultan sich in die Verhältnisse der spanischen Zone einzumischen. Auch vertritt Frankreich allein Marokko dem Auslande gegenüber und kann so immer den Anspruch erheben, auch in der spanischen Zone für die Innehaltung der namentlich aus der Algecirasakte sich ergebenden internationalen Verpflichtungen (aus denen Deutschland übrigens nach dem Friedensvertrag keine Rechte mehr ableiten kann) zu sorgen. Es nimmt daher nicht Wunder, wenn die spanische Regierung heute nach dem Kriege die Besorgnis hegt, dass Spanien auch sein kleiner Anteil an Marokko entzogen werden möchte, und wenn sie in rückhaltlosem Anschluss an die Entente dieser Beraubung vorzubeugen sucht.

5. Die Festsetzung Italiens in Tripolitanien.

Während es Frankreich gelungen ist, drei der wichtigsten Länder Nordafrikas zu einem machtvollen Kolonialreich zu vereinigen, ist Italien die wertloseste Landschaft, Tripolis, zugefallen. Als die Franzosen in Fes eingezogen waren, hielt die italienische Regierung den Zeitpunkt für gekommen, die Italien zugestandenen Vorzugsrechte auf Tripolis geltend zu machen. Da sie dazu die plumpe Form eines Ultimatums an die Pforte wählte (28. Sept. 1911), so entspann sich ein Krieg, der erst nach Jahresfrist mit der Abtretung von Tripolitanien an Italien endete (Friede von Lausanne, 18. Oktober 1912). Die Westmächte, auf deren Einverständnis Italien rechnete, nahmen während dieses Krieges eine zweideutige Haltung ein, denn sowohl Frankreich wie England legten der Waffenversorgung der Türken in Tripolitanien nichts in den Weg und England benützte die Gelegenheit, um durch Wegnahme von Solum die ägyptische Grenze nach Westen zu verschieben. Mit der während des Weltkriegs noch einmal in Frage gestellten Einverleibung Tripolitaniens in den italienischen Kolonialbesitz ist die Aufteilung Nordafrikas vorerst beendet. Das Schwergewicht der Mittelmeerfragen liegt heute in den Ländern der Adria und des ägäischen Meers.

---

5. Abschnitt.

a) Der Panslawismus in Russland, Serbien und Österreich.

Von Dr. **Otto Hoetzsch,**

Professor der Geschichte an der Universität Berlin.

Literatur:

Fischel, A., Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Ein geschichtlicher Rückblick. Stuttgart u. Wien 1919. — Hoetzsch, Otto, Russland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte vom japanischen bis zum Weltkrieg. 2. Aufl. Berlin 1917. — Kopal, P., Das Slawentum und der deutsche Geist. Jena 1914. — Seton-Watson, R. W., Die südslawische Frage im Habsburgerreich. Berlin 1913. — Südland, L. v., Die südslawische Frage und der Weltkrieg. Wien 1918. — Uebersberger, H., Russland und der Panslawismus. — Ders., Die Rolle Serbiens. Beides in: Deutschland und der Weltkrieg. 2. Aufl. Bd. I. Leipzig und Berlin 1916.

I.

In den Gegensätzen der Mächte vor dem Weltkriege ist der Panslawismus eine treibende Kraft von grösster Bedeutung. Denn er ist die eigentlich aggressive unter den politischen Ideen, die aus „All“- und einem Rasse- oder Konfessionsnamen zusammengesetzt, tragend und bestimmend dem Imperialismus vor 1914 seinen Inhalt gaben. Die Vorstellung ist ja falsch, dass der Panslawismus eine nationalistische Strömung sei, die erst durch den Pangermanismus und an seiner Abwehr entstanden sei. Der Panslawismus ist als Idee bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden und gedanklich durchgearbeitet worden. Ja, er kann noch weiter, bis auf Peter den Grossen oder gar bis in die russische Urzeit zurückgeführt werden. In ihm ist ausgesprochen, dass die Glieder des slawischen Volkstums über die Staatsgrenzen hinaus in einer höheren Einheit zusammengehören wollen, mindestens durch Pflege der gemeinsamen Sprache, Literatur, Tradition und Geschichte, am liebsten aber durch eine völlige Umgestaltung der bestehenden Staatenverhältnisse, vor allem auf der Balkanhalbinsel.

Es ist nötig, in die Geschichte des Panslawismus kurz zurückzugreifen, weil ohne dies die nötige theoretische Klarheit nicht zu schaffen ist und weil zugleich ein solcher Rückblick die beste Einführung in die durcheinandergehenden Tendenzen im Panslawismus selbst gibt. Schon aus der Zeit Peter des Grossen lassen sich direkt panslawistische Stimmen anführen, die die Einheit des slawischen Volkstums betonen, namentlich die sprachliche und konfessionelle Verwandtschaft des moskauischen Russlands mit den Völkern der Balkanhalbinsel. Peter der Grosse hat bewusst und absichtlich damit als mit einem politischen Faktor gerechnet, als er 1711 den Krieg gegen die Türkei begann, in dem die stammverwandten und griechisch-orthodoxen Bewohner der Balkanhalbinsel seine Bundesgenossen gegen den Sultan sein sollten. Der Feldzug schlug bekanntlich fehl, aber sein Gedanke hat die orientalische Politik Russlands entscheidend festgelegt und damit in die europäische grosse Politik den Panslawismus eingeführt.

Er ist im 19. Jahrhundert von den Slawophilen ausgebildet worden. Ihnen aber war slawisch im Grunde mit russisch oder mit grossrussisch gleichbedeutend, und dann bedeutete der Panslawismus nichts als die Bejahung der vielzitierten Frage Puschkins: „werden sich die slawischen Bäche in das russische Meer ergiessen?“ In dieser Form konnte er keine Realität werden, weil die anderen slawischen Stämme gar nicht daran dachten, im russischen Wesen und Staate aufzugehen. Aber auch diese betonten, als sie zu nationalem Selbstbewusstsein kamen, das Gefühl der Rassen- und (teilweise) Konfessions-Gemeinschaft mit Russland immer mehr. Je stärker ihr Streben nach nationaler Selbständigkeit gegenüber der Türkei wurde, um so grösser wurde ihr Bedürfnis, sich an Russland anzulehnen, das das Kernwerk der Weltstellung des Slawentums überhaupt war. Das umfassendste Programm des Panslawismus, das bis zum Weltkriege für jeden Machtanspruch des russischen Ehrgeizes vollkommen genügte, wurde in dem Buche Danilewskis: Russland und Europa (zuerst 1869 erschienen) ausgesprochen. In einer mystisch-religiösen Umkleidung und mit Hilfe einer Geschichts- und Kulturphilosophie Russlands wurde in diesem Buche die Vereinigung aller Slawen, die Expansion Russlands nach Westen und vor allem nach Südwesten begründet, seine Vorherrschaft in Osteuropa, sein unversönlicher Gegensatz gegen die Türkei und sein Drang nach Konstantinopel und den Meerengen, damit die Gegnerschaft vor allem gegen die Türkei und Österreich, aber auch gegen Deutschland und das Deutschtum überhaupt. Seine Gedanken haben in der russischen, aber auch in der tschechischen, serbischen und bulgarischen Intelligenz sehr tiefe Wurzeln geschlagen, aus ihnen erwuchs jene Stimmung, die für den Ausbruch des Krieges 1914 so wesentlich wurde. Am wenigsten konnten sie bei den Polen Boden finden, aber auch bei den anderen Zweigen des Slawentums stiessen sie auf natürliche Hindernisse, von der Realität der Staatenverhältnisse, wie sie nun einmal bestand, ganz abgesehen. Russland wollte und sollte als Kern und Schützer des ganzen Slawentums auftreten, das, durch Einheit der Rasse, Sprache und Religion auf das engste verbunden, das Germanentum in die Schranken fordere. Aber die Voraussetzungen der Einheit, die der Panslawismus für alle Glieder der slawischen Rassen postulierte, trafen ja schon nicht zu. Die Bulgaren sind der Rasse nach überhaupt keine Slawen, in den Westslawen ist viel germanisches Blut, in den Ostslawen viel finnisch-mongolisches Blut. Die Ostslawen bekennen sich, wie Bulgaren und Serben, zur griechischen Kirche, dafür

hängen die Westslawen mit Slowenen und Kroaten der römischen Kirche an, und wenn sich auch die einzelnen slawischen Sprachen näherstehen als die Zweige des germanischen Sprachstammes, so ist doch keine Rede davon, dass der Pole den Bulgaren ohne weiteres verstände oder der Tscheche den Russen. Es gibt keine allslawische Gemeinschafts-Sprache und auf den panslawistischen Kongressen ist die Schwierigkeit sich zu verständigen, immer ausserordentlich gross gewesen.

Im Jahre 1848 hat der erste allslawische Kongress in Prag stattgefunden, 1867 fand der zweite in Moskau statt. In Österreich und Ungarn durchtränkten sich die slawischen Stämme mit dem Gedanken allslawischer Gemeinschaft, aus Russland kam ihnen die slawophile Anschauung lebhaft entgegen, und immer stärker wurde die Idee der Befreiung der Balkanstaaten durch Russland betont. Als Form einer solchen Vereinigung schwebte, wieder nach einer Formel Danilewskis, die allslawische Föderation unter Russlands Führung und mit einem russischen Konstantinopel als Mittelpunkt vor. In den siebziger Jahren, als die orientalische Frage in jenes Rollen kam, an dessen Ende erst der Weltkrieg stand, schlug dieser Panslawismus in Russland die stärksten Wellen. Er zwang Alexander II. den Entschluss zum Kriege auf. In besonderen Vereinigungen wurde er von der slawophil-panslawistisch gestimmten russischen Gesellschaft gefördert, und nahe genug kam sein Programm im Frieden von St. Stephano dem Ziele, das Peter der Grosse vorgezeichnet hatte. Der Rückschlag, den der Berliner Kongress brachte, trug nur dazu bei, in Russland selbst die panslawistische Idee zu stärken. Unter Alexander III. gewann sie noch grössere innere Kraft mit der Russifikationspolitik dieses Zaren, die die Feindschaft gegen die nicht-slawischen Nationen, daneben allerdings auch gegen die slawischen Polen, zum Regierungsprogramm erhob. Doch trat schon unter Alexander III. die Wendung ein, die unter Nikolaus II. vollzogen wurde, vom nahen Orient über das mittlere Asien nach dem fernen Osten. In dieser politischen Kombination, im eigentlichen russischen Weltmachtsstreben war für den Panslawismus keine Stelle. Mit ihm war nichts anzufangen, wenn man sich mit voller Front nach Sibirien und dem stillen Ozean wandte und die Balkanslawen und vollends die Donauslawen sich selbst überliess.

Als die ostasiatische Politik Russlands fehlgeschlagen war, zeigte sich freilich, dass der alte Panslawismus an Kraft nichts verloren hatte, Das Jahr 1908 ist gewissermassen das Drehungsjahr. In Russland wandte man sich, wie unter einem Schicksalszwang, wieder dem nahen Orient zu und von selbst kehrte die panslawistische Stimmung der siebziger Jahre wieder, in diesem Jahre leitete Österreich eine aktive Politik auf der Balkanhalbinsel ein, es ist zugleich die Zeit einer scharf antipolnischen Politik in Preussen. Damit begann für den Panslawismus, der, wie von Wortführern in Russland offen ausgesprochen wurde, 1908 bewusst als Idee einer entschieden Österreich- und deutschfeindlichen Politik eingesetzt wurde, eine neue Zeit. Sie war für Russland auch im Innern eine neue Zeit: seit 1906 hatte es eine Verfassung und ein Parlament. Ging Österreich aktiv auf der Balkanhalbinsel vor, um seine Macht über slawische Teile von ihr zu erweitern und trieb Preussen seine antipolnische Politik, so sollten sich in Russland die Verhältnisse dahin wandeln, dass sich die einzelnen Nationalitäten frei entwickeln und somit alte Gegensätze, vor allem der polnisch-russische, gelöst werden konnten. Das sind die Voraussetzungen für den sogenannten Neopanslawismus, der seit 1908 auftrat. An Stelle des ausgesprochen grossrussischen und polenfeindlichen Panslawismus tritt eine neue Form, in der alle nichtzum Grossrussentum gehörenden slawischen Stämme sich frei und ohne Bedrückung durch jenes ausleben sollten.

Innerpolitisch war das Programmwort Autonomie, äusserpolitisch die Föderation der Slawenstämme unter russischen Schutz. In dieser Form war allen slawischen Elementen der Anschluss ermöglicht, denn sie waren davor geschützt, „im russischen Meere ertrinken zu müssen“. Auf dem panslawistischen Kongress in Prag, der vom 12. bis 18. Juli 1908 stattfand, wurde über diese neue Form und Idee lebhaft geredet. Sie wurde vom russischen Liberalismus mit aller Energie unterstützt. Massgebende Männer fast aller russischen politischen Parteien betätigten sich in dieser oder jener Form im Dienst dieses Panslawismus, auf Agitationsfahrten namentlich in den Balkanstaaten, durch Anknüpfung von politischen Beziehungen und indem sie immer schärfer und absichtlicher die Ansprüche Russlands in der orientalischen Frage in den Vordergrund rückten, die auf den deutschen Widerspruch stossen mussten. Die Zeit begann in dieser Beziehung den Jahren vor dem Kriege von 1877 auf 78 immer ähnlicher zu werden. In begeisterten Reden, die immer

deutlicher wurden. auf den sogenannten Slawen-Banketten wurde die Gemeinsamkeit mit den Balkanstaaten gefeiert, besonders mit Serbien, das als Vorposten einer Ostwest-Bewegung des Slawentums um den Zugang zum adriatischen Meere kämpfte gegen die Expansion der Germanen, von der man in den panslawistischen Kreisen wie von einer die deutsche und österreichische Politik absolut beherrschenden Idee sprach.

Nicht nur die Auflösung der Türkei. sondern auch die Zerstörung Österreich-Ungarns wurde in dieser Bewegung immer unverhohlener gefordert, die für den Frieden Europas allerdings nur gefährlich werden konnte, wenn sie die offizielle Welt. die Regierungskreise Russlands ergriff. Auf die grosse Masse kam es ja nicht an. Das Volk, d. h. der Mittelstand, das Bauerntum und sicher ein grosser Teil des Grossgrundbesitzes, interessierte sich für die panslawistische Bewegung gar nicht. Selbst wenn sie dem gemeinen Mann durch den Geistlichen nahe gebracht wurde, so setzte sie geschichtlich und ideell doch so viel voraus. dass sie grosse Massen nicht begeistern konnte. Die Kundgebungen für die Balkanslawen, für die panslawistische Idee, gegen die Türkei und Österreich-Ungarn spielten sich immer wieder vor denselben Kreisen in Petersburg und Moskau ab, man hörte nicht, dass sie Widerhall in der Provinz. bei den erwerbstätigen Kreisen fanden. Hier war doch die Stimmung demgegenüber so, wie sie einmal in den siebziger Jahren Turgenjew ausgesprochen hatte: „O Zufriedenheit, Ruhe, Überfluss des freien russischen Dorfes! O Stille und Segen! Und ich muss immer denken: Wozu brauchen wir da noch das Kreuz auf der Kuppel der heiligen Sophia in Konstantinopel und alles, wonach wir Stadtleute so eifrig trachten?" (Skizze: Das Dorf, 1878, in den Gedichten in Prosa.) Aber die Träger der panslawistischen Bewegung verfügten über eine einflussreiche Presse und sie waren in der Hauptsache die Intelligenz. In diesen Kreisen, wo schon seit den vierziger Jahren die Idee so tief Wurzel geschlagen hatte, war die Politik in Mittelasien und im fernen Osten niemals populär gewesen. Sie arbeiteten mit aller Kraft, das Offizierkorps zu gewinnen, unter Ausnutzung der Enttäuschungen über den Fehlschlag der asiatischen Politik. Mit ihnen arbeiteten zusammen die Parteien der Rechten und der Mitte in der Duma, weite Kreise des Beamtentums und auch die oberen Schichten des orthodoxen Klerus. An der Spitze des Staates und am Hofe rangen jahrelang die beiden Richtungen nebeneinander. Auf der einen Seite Staatsmänner wie Witte, Kriwoschein, Kokowzow, zu denen auch Stolypin gezählt werden konnte, die Männer, die für Russland eine längere Friedenszeit wünschten, die die Agrar-Reform und die Reformen in der Verwaltung durchführen wollten und damit ein grossartiges Programm der Kolonialpolitik verbanden, wie es besonders in den Denkschriften Kriwoscheins über Turkestan und Sibirien zum Ausdruck kam. Wo man das Ideal eines Weltreiches verfolgte, das sich im Innern reformieren, durch seine Kolonien wirtschaftlich sich selbst genügen und diese, vor allem durch die Verkehrsmittel, mit dem Mutterland zu einer festen Einheit verbinden sollte, da war kein Platz für eine Angriffspolitik gegen die Türkei und Österreich, die den Frieden in Europa störte. Eine solche Politik brauchte und wollte vor allem den Frieden. Auf der anderen Seite standen die Elemente, deren Treiben dann besonders der Prozess gegen den Kriegsminister Suchomlinow enthüllte, ehrgeizige Diplomaten und Generale, Staatsmänner wie Iswolski, Tscharykow, der Botschafter in Konstantinopel oder Hartwig, der Gesandte in Belgrad. Das waren die Kreise, in denen schon lange das Wort umging, „dass der Weg nach Konstantinopel durch das Brandenburger Tor führe", von denen die Minierarbeit in Österreich-Ungarn lebhaft unterstützt und in denen der Drang Russlands nach den Meerengen und Konstantinopel vor allem gepflegt wurde. Sie fanden Führung und Mittelpunkt in den beiden Grossfürsten Nikolai und Peter Nikolajewitsch, die beide mit montenegrinischen Prinzessinnen verheiratet waren und von denen der erstere immer mehr als der Führer der panslawistischen, gegen die Türkei, Österreich und Deutschland angriffslustigen Kriegspartei enthüllt worden ist.

II.

Anknüpfungen und Verbindungen hatte dieser russische Panslawismus genug. Zunächst waren Vorposten auf der Balkanhalbinsel die Bulgaren und ganz besonders die Serben. Auch hier geht die Verbindung mit Russland weit zurück und Österreich hat selbst im 17. und 18. Jahrhundert die Serben den Russen in die Arme getrieben. An der Wiedergeburt des bulgarischen und

serbischen Volkstums, die sich zunächst literarisch vollzog, hat die russische Sprache und Literatur und eine bewusste Unterstützung von Russland aus sehr starken Anteil. Von Anfang an, d. h. als 1804 mit dem serbischen Aufstand die grosse Befreiungsbewegung der Balkanslawen gegen die Türkei einsetzte, ist die russische Politik aufs stärkste daran beteiligt. Sie hat freilich, so oft es ihr passte, ihre Schützlinge auf dem Balkan verraten und geopfert. Sie hat aber in Bulgarien, wie in Serbien unausgesetzt gewühlt, durch Geld und Intrigen sich Anhänger geschaffen, und ihr kamen Gefühle, Überlieferungen, politische Vorstellungen und Ansprüche bei den Balkanslawen durchaus entgegen. Das gilt für die Bulgaren wie für das serbisch-kroatische Volkstum. Die Kroaten waren allerdings Anhänger der römischen Kirche und des österreichischen Staates und, seitdem sie zu nationalem Selbstbewusstsein gekommen waren, einer grosskroatischen Idee, einer Vereinigung aller Teile ihres gleichfalls nach dem nationalen Staat verlangenden Volkstums unter österreichischem Szepter. Es wurde das Verhängnis Österreich-Ungarns, dass dem von vornherein die Politik Thuguts, die Dalmatien mit Österreich verbunden hatte, der Dualismus, der das eigentliche Kroatien endgültig mit Ungarn verband, und die unklare Annexionspolitik in Bosnien und Herzegowina, die dieses serbisch-kroatische Gebiet weder mit Österreich noch mit Ungarn verband, unüberwindliche Hindernisse entgegenstellte. Das serbokroatische Gebiet in Österreich-Ungarn war und blieb in drei Teile zerrissen und konnte nicht zueinander kommen. Österreich hat, indem es sich zu einer positiven südslawischen Politik nicht durchringen konnte, damit seine Kroaten selbst den Serben in die Arme getrieben und deshalb selbst dem Panslawismus im eigenen Lande den Boden bereitet, der es an seiner Südgrenze mit der grossserbischen Idee immer gefährlicher bedrohte. Gestützt auf die zentrale Lage des eigentlich serbischen Siedlungsgebietes, ist die grossserbische Idee, schon im frühen Mittelalter einmal verwirklicht, im 19. Jahrhundert wieder belebt worden. Sie, d. h. die Vereinigung des ganzen Serbokroatentums in einem unabhängigen Königreich mit der Hauptstadt Belgrad, genährt durch allslawische und kirchliche Gefühle, wurde seit 1860 die leitende Idee der serbischen Politik. Mit dem Jahre 1903, als das immerhin noch nach Österreich blickende Haus der Obrenowitsch beseitigt war, wird aus ihr entschlossene, skrupelloseste Österreich-Feindschaft, die von Russland auf alle Weise gestärkt und unterstützt wurde. Peter Karageorgewitsch konnte sich ja gar nicht anders halten, als indem er sich auf Russland stützte. Immer unverhüllter trat die Österreich-Feindschaft dieses Staates, immer gefährlicher die Agitation hervor, die von hier nach Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Ungarn getragen wurde und die auch Montenegro heranzuziehen sich bemühte.

Mit aller Begeisterung warfen sich seit 1908 die Führer dieser Richtung in Serbien in den Strom des Neopanslawismus und nahmen sie die Verbindungen auf, die vom amtlichen und nichtamtlichen Russland nach der Balkanhalbinsel geknüpft wurden, bis die Situation des Jahres 1914 fertig war. Das deutsche Weissbuch und die Mitteilungen des serbischen Diplomaten Boghischewitsch lassen keinen Zweifel daran, wie eng die Verbindungen Serbiens und Russlands für den panslawistischen Eroberungskrieg gegen Österreich-Ungarn geworden waren. Man wusste in Serbien nach dem Attentat von Serajewo, dass man von Russland nicht im Stich gelassen würde.

Ursprünglich hatte der Panslawismus auf der Balkanhalbinsel sich mehr auf Bulgarien stützen wollen, Vorübergehend war ja in den siebziger Jahren die Idee gewesen, dass Bulgarien in die Interessensphäre Russlands und Serbien in die Österreichs fallen sollte. Auch in Bulgarien hatte der russische Panslawismus gewühlt, auch hier waren Voraussetzungen genug vorhanden, um eine Atmosphäre der Russophilie zu schaffen, die noch im Weltkriege, als Bulgarien längst auf der Seite der Zentralmächte stand, zu bemerken war. Aber Russland hatte sich im Fürsten Alexander von Battenberg getäuscht, eine langjährige Entfremdung trat ein, und als die Politik des Fürsten Ferdinand von Bulgarien die Brücke zu Russland wieder geschlagen hatte, war Serbien schon in die Rolle des eigentlichen Vorpostens für den Panslawismus auf der Balkanhalbinsel eingerückt. Die russischen Diplomaten versuchten, im Balkanbund die beiden Feinde Serbien und Bulgarien zusammen zu bringen und zusammen zu halten, aber im Streit um die Beute brach der Bund bald auseinander. Russland hatte sich bereits zu eng mit den Serben verbunden, die sich auch nach ihrer ganzen Art dem Panslawismus viel vorbehaltloser in die Arme warfen. So ergab sich die Konstellation, dass Serbien als Avantgarde des panslawistischen Angriffs in den

Kampf eintrat und Bulgarien sich trotz der nationalen und religiösen Verwandtschaft mit den Russen und Serben auf die Seite der Zentralmächte stellte.

III.

Zwischen den Ostslawen und den Südslawen konnte nur ein Panslawismus, der alle Slawen auf österreichischem Boden mit denen Russlands vereinigte, die Lücke ausfüllen, die sich durch die Geographie ergab. Zunächst kommt dafür der Teil Galiziens, der zum ostslawischen Siedlungsgebiet gehört, das ukrainisch-ruthenische Volkstum in Betracht. Dessen Wiedergeburt konnte sich gar nicht anders als gegen Russland vollziehen, aber der Panslawismus rechnete doch dieses sogenannte Rotrussland in sein Gebiet selbstverständlich mit ein und agitierte dort für sich auch mit Erfolg. An der neopanslawistischen Bewegung seit 1908 haben österreichische Ruthenen in hochverräterischer Weise teilgenommen. Die erste Zeit des Weltkrieges hat dann bewiesen, wie stark auch hier von panslawistischer Propaganda aus Russland gewühlt worden war. Überall stiessen die österreichischen Truppen auf Verrat, überall hatte Russland hier in den Geistlichen, Beamten, Journalisten seine Agenten und Vertrauensmänner. Die Art, in der Russland den eroberten Teil Galiziens organisierte und verwaltete, bewies, dass dieses sogenannte Karpathenrussland, dieses „Juwel", wie Sasonow Ostgalizien nannte, endgültig mit Russland verbunden werden sollte. Hier konnte auch der Panslawismus in den Herzen der russischen Bauern, die das Land erobert hatten, wirken, weil hier die fruchtbare schwarze Erde des Lemberger Landes bis zum San auch den gemeinen Mann lockte.

An einer noch gefährlicheren Stelle Österreichs war das Gefühl der Gemeinsamkeit eines slawischen Stammes mit den Russen noch stärker, und zwar schon längst, bei den Tschechen. Schon Wenzel Hanka hat im Zaren die Hoffnung und den Hort der Tschechen, im russischen das gemeinsame Verständigungsmittel erblickt. Die tschechische Wiedergeburt, wie sie von Kollar, Szafarik, Palacky getragen wurde, steht ausdrücklich und von Anfang an unter der Vorstellung, dass „der slawische Völkerstamm seine Einheit seit tausend Jahren erkennt". Sie steht zugleich unter dem Zeichen der Abneigung gegen den geschichtlich gewordenen und überlieferten österreichischen Staat, dem die Geschichte nun einmal den tschechischen Stamm eingegliedert hatte. Im Aufstand von 1848 haben die Tschechen auf die russische Hilfe gerechnet; die Hoffnung hat freilich getrogen. Seitdem haben sie sich bemüht, ihre Frage zu einer Angelegenheit der europäischen Politik zu machen und dafür Russland in erster Linie zu gewinnen. Palacky hat in seinem politischen Vermächtnis von 1872 ausdrücklich erklärt, dass „eine vollständige Identität des russischen und tschechischen Geistes bestehe", so sehr Sprache, Orthographie und vor allem Religion dagegen sprechen. An den panslawistischen Kongressen in Prag und Moskau haben die Tschechen sehr lebhaften Anteil genommen. Die politischen Führer des tschechischen Bürgertums waren unbedingt und ausschliesslich Panslawisten. Dr. Kramarz setzte also lediglich eine seit Menschenaltern herrschende Überlieferung fort, wenn er seine ganze Begabung und seine Beziehungen zu Russland in, wie heute feststeht, hochverräterischer Weise in den Dienst eines Panslawismus stellte, dessen Absicht und Ziel ihm jedenfalls ganz klar waren: die Auflösung des österreichisch-ungarischen Staates und die Unabhängigkeit eines tschechoslowakischen Staates gestützt durch ein siegreiches russisches Weltreich. Unter den Kräften, die den Neopanslawismus mit seiner ganzen Gefahr für den Weltfrieden betrieben, steht Kramarz in allererster Linie. Der Kongress, der alle Deutschenfeinde aus der slawischen Welt vereinigte, fand ja auch unter seiner Ägide in Prag statt, die Erfahrungen des Weltkrieges, der Verrat der tschechischen Regimenter und der Hochverratsprozess gegen Kramarz haben schliesslich zur Genüge bewiesen, wie weit die Agitation der neopanslawistischen Kreise unter den Tschechen bereits gediehen war.

Der Hauptzweck des Prager Kongresses von 1908 aber war, nun die eigentliche und letzte Verbindung herzustellen, die Brücke zwischen Polen und Russland zu schlagen, ohne die die Angriffsstellung des Neopanslawismus eine sehr gefährliche Lücke aufwies. Im Polentum hatte vor allem Roman Dmowski den Boden für eine russische Orientierung vorbereitet, die der Umschwung im Innern zum Verfassungsstaat realpolitisch möglich machte. Erhielt Polen eine Autonomie im Rahmen des russischen Reiches, so musste es sich mit Russland einstweilen versöhnen. Polen

konnte seine Selbständigkeitshoffnungen, die, so lange die drei Teilungsstaaten bestanden, keine Aussicht hatten, einstweilen vertagen. Es konnte in seinem russischen Gebiet und in Russland selbst seinen Einfluss stärken und seine Freiheit geniessen und konnte sich in der gemeinsamen Feindschaft gegen das Deutschtum mit dem russischen Liberalismus und Panslawismus zusammenfinden. Denn wenn deren Gedanken verwirklicht wurden, so kam unter allen Umständen für Polen etwas Günstiges heraus, selbst wenn nur das österreichische Teilgebiet mit Warschau vereinigt wurde. Das sind die Voraussetzungen, aus denen Dmowski dazu kam, auf dem Prager Kongress 1908 zu erklären, dass sich nunmehr die Polen „vorbehaltlos“ der gesamtslawischen Sache anschlössen. Polen und Russland schienen sich so in der Idee eines liberal regierten russischen Staates und des Panslawismus gefunden zu haben, und dadurch wurde die Front des letzteren anscheinend gewaltig verstärkt und geschlossen. Freilich liess sich der Riss zwischen Russland und Polen nicht durch Kongressreden heilen, und die Reaktion nach 1908 in Russland, die auch den Polen ein Zugeständnis nach dem anderen wieder entzog, dämpfte die Gefühle der Polen für Russland wieder schnell. Die Lücke blieb im Grunde bis zum Weltkriege bestehen. Sie konnte sich auch im Kriege nicht schliessen, weil dem Versprechen Russlands, den Polen die Vereinigung der drei Teilgebiete in einem Staatswesen unter Russlands Schutze zu bringen, keine russischen Siege zur Wirklichkeit verhalfen, sondern mit der Eroberung Russisch-Polens durch die Zentralmächte die polnischen Hoffnungen die Richtung auf den ganz unabhängigen Staat nehmen konnten.

Es ist nach dem Bisherigen nicht nötig, den Ablauf der grossen Politik seit 1908 im Einzelnen darzustellen, die, soweit Russland und Serbien in Frage kommen, immer stärker unter den Einfluss des Panslawismus trat und Österreich immer mehr mit seinen Gefahren zu rechnen zwang. Es war unmittelbar ein Erfolg für den Panslawismus, als 1907 das Abkommen zwischen Russland und England über Persien zustande kam und so die asiatische Politik Russlands vertagt wurde. Es war ein weiterer Erfolg, als im Sommer 1908, gerade als jene anderen Voraussetzungen für den Neopanslawismus gegeben waren, England und Russland in der mazedonischen Frage gemeinschaftlich auftraten. Von nun an wusste sich der Panslawismus auch der englischen Unterstützung sicher. Noch einmal brachte das Jahr 1910, nachdem schon 1909 die panslawistische Propaganda hart an den Krieg herangeführt hatte, eine Unterbrechung in dem Potsdamer Abkommen zwischen Deutschland und Russland. Als dann aber Italien den Krieg gegen die Türkei begann, stiegen die Wellen des Panslawismus rasch höher und höher, bis zu jenen Kämpfen der Parteien in der Regierung und am Hofe und bis zu dem Druck auf den Zaren, der ihm schliesslich den Mobilmachungsbefehl abgerungen hat. Soweit die Männer, die den Zaren in den verhängnisvollen Julitagen von 1914 bestimmten, weltpolitisch dachten, standen sie im Dienst dieses Panslawismus, der von einer mehr historisch-romantischen Idee zum Angriffsprogramm gegen Österreich-Ungarn und gegen Deutschland geworden war. Er hatte einen Dunstkreis von Hass gegen das Deutschtum überhaupt erzeugt, in dem der Gegensatz der Ostmächte Europas schliesslich unlösbar wurde. Im Kriegsmanifest vom 8. August 1914 bekannte sich dann auch der Zar selbst zum Panslawismus: „Wir kämpfen auch für unsere slawischen Brüder, unsere Glaubensgenossen und Blutsverwandten.“

Der Weltkrieg hat die Probe auf den Panslawismus als Schlagwort gebracht. Er hat nur zerstörend wirken können, er war ein mächtiges und tief gewurzeltes Gefühl, aber er war vornehmlich negativ; die Stimmung gegen Deutschland und Österreich-Ungarn, gegen den sogenannten deutschen „Drang nach dem Osten“ einte stärker als das positive Gefühl der allslawischen Gemeinschaftlichkeit. Dieses stiess sich bis zum Weltkriege an der politischen Wirklichkeit, und nachdem diese grundlegend verändert worden ist, stösst es ins Leere, weil der Raum dafür zu gross ist. Nicht nur die Feinde Österreich-Ungarn und Deutschland sind zusammengebrochen, sondern auch der grosse Freund und Schutzherr selbst, das russische Reich. Für den Panslawismus, selbst für den Neopanslawismus fehlen so nunmehr alle Vorbedingungen. Nach Unabhängigkeit in jeder Beziehung streben die Völker, die auf den Trümmern der Ostmächte ihre Nationalstaaten aufrichten wollen. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Zweigen des Slawentums werden damit noch stärker hervortreten, als früher. Aber wenn so der Panslawismus heute als aggressiv-politisches Schlagwort und Programm tot ist, so ist seine Grundlage doch nicht beseitigt, die Tatsache, dass im Slawentum starke Gemeinsamkeiten der Überlieferung, der Sprache und Religion vorhanden

sind. Kollar hat dem Panslawismus den Inhalt gegeben, dass das Slawentum neben den grossen geschichtlichen Systemen des Romanen- und Germanentums ein ebenbürtiges geschichtliches System bilde, das seine eigene Mission habe, die eine Mission der Menschheit ist, Kopal nennt den Panslawismus das Bewusstsein der Slawen für die gemeinsame methodische Grundlage seiner Ideenbildung. Damit ist er in das Gebiet der Weltanschauung und der Geschichts-Philosophie erhoben. Die Arbeit in dieser Richtung stösst sich nicht mehr an dem österreichisch-ungarischen Staate, am türkischen Staate und am Zarismus, der für sie vielleicht der stärkste Feind war. Mit der Befreiung von diesen Mächten der Vergangenheit kann die Arbeit in dieser Kulturrichtung beginnen, in der die einzelnen Zweige des Slawentums in ein neues Verhältnis zueinander treten sollen, die drei geschichtlichen Typen der Slawen, die viel Gemeinsames haben und die viel Gegensätzliches trennt. Und mit der neuen Staatenordnung, die auf den Trümmern des Kriegsausganges aufgebaut werden soll, beginnt zugleich ein neues Verhältnis zwischen Slawentum und Deutschtum, aus dem der Gegensatz und die Feindschaft des alten historisch-politischen, auf Russland vor allem gegründeten Panslawismus heute ausgeschaltet ist.

---

b) Die Interessengegensätze auf dem Balkan.

Von Dr. **Hans Uebersberger,**

o. Professor und Vorstand des Seminars für osteuropäische Geschichte an der Universität Wien.

Literatur:

Hermann Frobenius, Die Halbinseln des Mittelmeers in Petermanns Mitteilungen, Ergänzungsheft Nr. 184. — Paul Dehn, Die Völker Südosteuropas und ihre politischen Probleme, Halle 1909. — Dr. J. K. Jirecek, Die Balkanvölker und ihre kulturellen und politischen Bestrebungen, Urania II. Jahrgg. 13 u. 15. — E. Oberhummer, Die Türken und das osmanische Reich, Leipzig u. Berlin 1917. — A. Philippsohn, Das türkische Reich, eine geographische Übersicht, Jaeckh's Deutsche Orientbücherei 12, — Heinrich Zimmerer, Regensburg, Die neue Türkei in ihrer Entwicklung von 1908 bis 1915, Grothe's Länder und Völker der Türkei, Heft 6. — A. Wilhelm, Das moderne Griechenland in Cwiklinski, Balkan und Naher Orient, Wien und Leipzig 1916. — L. Niederle, Übersicht des zeitgenössischen Slaventums in Jagic, Enzyklopädie der slav. Philologie, Heft 2. St. Pet. 1909 (russ.) — A. L. Pogodin, Die slavische Welt, Moskau 1915 (russ.) — N. Wurmbrand, Die rechtliche Stellung Bosniens und der Herzegowina, Wiener staatswissenschaftliche Studien, Bd. 12, Heft 2. — P. Miljukow, Die Balkankrise, St. Pet. 1910 (russ.) — M. Ekrem Bey Vlora, Aus Berat und von Tomor, Serajewo 1911. — Stojan Novakovic, Die letzte Balkankrise und die serbische Frage, Belgrad 1910 (serb.). — Jovan Cvijic, Die Annexion Bosniens und Herzegowinas, Belgrad 1908 (serb.). — Seton-Watson, Die südslavische Frage im Habsburger Reiche, Berlin 1913. — L. Mandl, Österreich-Ungarn und Serbien, Wien 1911. — Janko Sakâzov, Die Bulgaren in ihrer Geschichte, Sofia 1917 (bulg.) — Stanеff, Geschichte der Bulgaren, II. Teil, Bulg. Bibl. Bd. VI, Leipzig 1917. — D. Rizow, Bulgarien und Russland, Berlin 1916. — H. Uebersberger, Bulgarien und Russland, Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden, Bd. 8, 1915. — Enquête in der mazedonischen und Balkan-Frage, Sofia 1910 (bulg.) — H. Uebersberger, „Bulgarien und seine Bundesgenossen", „Der Streit um Mazedonien", „Bulgarien und Griechenland" in Nr. 17 624, 17 631, 17 719 vom 16. u. 23. Sept. und 23. Dez. 1913 der „Neuen Freien Presse". — N. Ghenadiew, Rede im städt. Kasino in Sofia 1913 (bulg.); Derselbe, Rede in dem Sobranie, 7.—9. Mai 1914, Sofia 1914 (bulg.). — Ein Mazedonier, Unsere zwei Illusionen, l'Opinion libre, Jhgg. II, Heft 2, Sofia 1914 (bulg.) — Dotation Carnegie pour la Paix Internationale, Enquête dans les Balkans, Paris 1914. — Jv. E. Géschow, Verbrecherischer Wahnsinn und die Enquête darüber, Sofia 1914 (bulg.); Derselbe, L'Alliance Balkanique, Paris 1915. — Weltkrieg: C. H. Becker, Die Türkei. — Richard v. Mach, Bulgarien. — H. Uebersberger, Russland und der Panslavismus und die Rolle Serbiens in „Deutschland und der Weltkrieg", 2. Aufl., Bd. 1. — L. Mandel, Die Habsburger und die serbische Frage, Wien 1918. — L. v. Südland, Die südslavische Frage und der Weltkrieg, Wien 1918. — Dr. M. Boghitschewitsch, Kriegsursachen, Zürich 1919. — E. Denis, La Grande Serbie, Paris 1915. — G. Belic, Serbien und die südslavische Frage (als Manuskript gedruckt), Nisch 1915 (serb.). — P. Miljukow, Die Kriegsziele, Jahrbuch der Zeitung „Rêcj" für 1916, Pet. 1917 (russ.)

Mit der Bildung selbständiger christlicher Staaten auf der Balkanhalbinsel im ehemaligen Staatsgebiete des osmanischen Reiches seit dem Beginne des 19. Jahrhunderts begann für dieses die Zeit heftiger innerer und äusserer Krisen. Dem ursprünglichen Vasallitätsverhältnisse dieser Staaten zur Pforte folgte ihre vollständige Unabhängigkeit mehr oder minder rasch auf dem Fusse. Am meisten hat dazu der russisch-türkische Krieg von 1877/8 beigetragen, wenn auch dessen Ergebnisse vom Berliner Kongresse nur in sehr modifizierter Form sanktioniert wurden, um dadurch allerdings wie z. B. durch die Abtrennung Mazedoniens vom Grossbulgarien von San Stefano einen dauernden Konfliktsherd bis auf die Gegenwart zu schaffen. Von allen auf dem Boden des Türkischen Reiches entstandenen Nationalstaaten wie Rumänien, Serbien, Montenegro und Griechenland blieb nur Bulgarien unter gewisser formeller Souveränität der Pforte. Alle Hoffnungen, dass mit diesen Ereignissen die chronisch gewordene Orientkrise ihren Abschluss finden werde, wurden aber bitter getäuscht, denn gerade das Gegenteil trat ein. Diese neuen Staaten knüpften bewusst an ihre Vergangenheit vor der türkischen Eroberung an. „Die politischen Ideen der Balkanvölker" schrieb J. K. Jirecek, ein ausgezeichneter und unparteiischer Kenner ihrer Vergangenheit und Gegenwart, „suchen meist die Geltendmachung wirklicher oder vermeintlicher historischer Rechte. Diese Rechte werden nach einer fünfhundertjährigen Unterbrechung oft durch das Prisma der Volksüberlieferung, der Sage und des epischen Liedes betrachtet, welches alle Dimensionen verschiebt." So verkündete der ehemalige serbische Ministerpräsident St. Novakovic schon 1910 die Verwirklichung eines Grossserbien, das vom Timok bis ans adriatische Meer und vom Wardar bis nach Krain unter die Alpen reicht", obwohl das grossserbische Reich Stephan Duschans nach Norden nicht einmal Bosnien in sich schloss. Die Frieden von St. Germain und Neuilly haben diese Träume und noch mehr als diese verwirklicht. Auch die „grosse Idee" (megali idea) der Griechen, die darin gipfelt an Stelle des osmanischen Reiches in Europa in Erinnerung an das a l t e byzantinische ein griechisches zu setzen, blieb lebendig und hat bis auf den heutigen Tag ihre Apostel nicht verloren. Freilich ist die „grosse Idee" der Griechen schon seit dem Augenblicke ein Traumgebilde geworden, seit sich die Emanzipation der Rumänen und Serben unter einem nationalen Episkopat als autokephale Nationalkirchen vollzog und die Bulgaren sich gar vollständig trennten und (1870) durch Schisma unter Billigung der Pforte sich im Exarchat die oberste kirchliche Behörde schufen. Dadurch hörten alle nichtgriechischen Bekenner der orientalischen Kirche auf, der griechischen nationalen Idee dienstbar zu sein, die dadurch naturgemäss stark geschwächt wurde. Nach der Niederlage des griechischen Heeres durch die Türken im Jahre 1897 waren England, Frankreich und Russland bemüht, der Pforte den Siegespreis zu entwinden. Trotz ihrer Waffenerfolge konnte die Pforte in der Kretafrage ihren Willen nicht durchsetzen, wenn auch die formelle Zugehörigkeit zum türkischen Reiche von den Grossmächten aufrecht erhalten wurde. So blieb ein dauernder Konfliktsstoff zwischen Griechenland und der Türkei dank der Politik der Grossmächte erhalten. Trotzdem wäre nach den schmerzlichen Erfahrungen der Griechen am Beginne des 20. Jahrhunderts eine gewisse Entspannung in der Gewitteratmosphäre am Bosporus eingetreten, wenn nicht der Schwerpunkt der politischen Lage am Balkan in einer anderen Frage gelegen wäre.

Es ist die Frage des Grossbulgarien, dass zum Unterschiede von den Träumen anderer Balkanvölker wirklich einmal schon (im Vertrage von San Stefano 1878) greifbare Gestalt angenommen hatte. Da dieses Grossbulgarien das Ende der türkischen Herrschaft in Europa bedeutet hätte, wurde seine Existenz am Berliner Kongresse vernichtet. Die zwangsläufige Entwicklung dieses nationalen Problems ging allerdings schon wenige Jahre später durch die Vereinigung Ostrumeliens mit dem Fürstentum Bulgarien (1885) teilweise über die Bestimmungen der Berliner Kongressakte hinweg. Aber es blieb noch ein grosser Teil in den drei mazedonischen Vilajets ausserhalb des bulgarischen Staatsgebietes. Die Bevölkerung dieser drei mazedonischen Vilajets wird von den Bulgaren als ethnographisch überwiegend bulgarisch bezeichnet, wie ja auch die Mitglieder der Carnegie-Kommission 1914 ihr Urteil dahin zusammenfassten: die mazedonische Bevölkerung, die sich schon seit undenklichen Zeiten „Bulgari" nannte, begann bulgarisch und slavisch zur gleichen Zeit zu fühlen. Ausser der bulgarischen Nationalkirche, die in Mazedonien die einzige slavische Kirche blieb, gab es nur „Patriarchisten" aller Art: Griechen, Walachen und Serben,

vereinigt unter derselben griechischen kirchlichen Autorität, der von Konstantinopel. (S. 6 f.) Griechen, Serben und Kutzowalachen haben dies aber immer bestritten und durch ihre eigenen statistischen Tabellen zu beweisen gesucht, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung bulgarisch sei, wobei Griechen und Serben, jeder gleichzeitig in seiner Art, die Mehrheit der Bevölkerung für sich in Anspruch nahmen. Wie schon Jirecek in den 90 er Jahren des vergangenen Jahrhunderts (vgl. sein Fürstentum Bulgarien S. 478) richtig vorausgesehen hatte, wird das Schicksal dieser Gebiete nicht durch philologische Dissertationen und Sprachenkarten entschieden werden, sondern immer wieder durch die Schärfe des Schwertes. Diese mazedonische Frage beherrscht nun seit Jahrzehnten die öffentliche Meinung in Bulgarien und vollständig auch dessen Politik. Mit der dem bulgarischen Volke innewohnenden Tüchtigkeit und Zähigkeit wurden ebenso lang alle Vorbereitungen getroffen, diese Frage in bulgarischem Sinne zu lösen. Die hervorragende Stellung, die viele mazedonischen Bulgaren in Sofia einnahmen, konnte natürlich auf die Politik der jeweiligen bulgarischen Regierung nicht ohne Einfluss bleiben. Aufstände in Mazedonien und deren Unterdrückung standen seit Beginn der 90 er Jahre auf der Tagesordnung. Nur blieb der Kampf nicht auf Bulgarien und die Türkei allein beschränkt, sondern auch Griechen, Serben und Rumänen sahen ihre nationalen Ausdehnungswünsche gleichfalls durch die etwas gewalttätige bulgarische Propaganda bedroht. Durch das am Berliner Kongress Österreich-Ungarn übertragene Mandat der Okkupation Bosniens und Herzegowinas wurde Serbien in seinen Vergrösserungswünschen vom Westen nach dem Süden abgedrängt und darin auch, wie der Vertrag Österreich-Ungarns von 1881 mit König Milan beweist, vom Wiener Ballplatze unterstützt. Es begann nun unter den Banden der einzelnen Nationen ein wütender Vernichtungskampf. Durch Mord und Brand wurde heute ein Dorf gezwungen, zum „Patriarchat“ (Griechen) zu schwören, um morgen wieder auf ebenso gewaltsamer Weise zum „Exarchat“ (Bulgarien) bekehrt zu werden. Aus Bulgaren wurden Serben, aus Serben Bulgaren. Für die Pforte bedeutete nun dieser gegenseitige Vernichtungskrieg eine gewisse Erleichterung. Aber Europa wollte dieser Metzelei nicht mehr länger zusehen und sah die Notwendigkeit, sich einzumischen. Es kam die Zeit der mazedonischen Reformen, eine Frucht der Mürzsteger Vereinbarungen (1903) zwischen Österreich-Ungarn und Russland. Diese beiden Mächte übernahmen mit Zustimmung der anderen Grossmächte in dieser Frage die Führung. Aber die Bulgaren im Fürstentum und vor allem natürlich in Mazedonien waren mit dieser Wendung nicht zufrieden. Sowohl das Ausmass der Reformen als deren Durchführung erregte ihre Unzufriedenheit. Das Entscheidende aber war, dass England sich von seiner früheren Politik, die auf die Erhaltung der Machtstellung des osmanischen Reiches gerichtet war, lossagte und sich die Vertretung des bulgarischen Standpunktes vollständig zu eigen machte. England verlangte jetzt entschiedenere Reformen und schreckte selbst vor der Antastung der souveränen Rechte des Sultans nicht zurück. Der von England verlangte christliche Gouverneur für Mazedonien hätte mit seinen europäischen Exekutivorganen eigentlich nichts anderes als die vollständige Autonomie Mazedoniens bedeutet, das damit nur mehr formell im Verbande des osmanischen Reiches blieb, da dieser christliche Gouverneur durch seine Unabsetzbarkeit doch der Machtsphäre des Sultans vollkommen entrückt gewesen wäre. Der anglophile russische Politiker Miljukow sagte daher schon damals von der englischen Politik mit Recht, dass sie auf eine Liquidation der Türkei in Europa gerichtet war und Bulgarien nur den vorgeschobenen Posten in Englands Hand bedeutete, der den Kampf beginnen sollte. Diese eigentliche Tendenz der englischen Politik verhinderte mit jene im Interesse der mazedonischen Bevölkerung, des Balkans und ganz Europas gleich annehmbare Lösung. Die Lage der Pforte und des europäischen Friedens wurde gleichzeitig noch dadurch kritischer, dass Russland nach den Misserfolgen in Ostasien sich wieder einer aktiven Orientpolitik zuwandte, deren Hauptziel seit mehr als zwei Jahrhunderten auf die Beherrschung der Dardanellen, deren Nebenziel auf die Befreiung der stamm- und glaubensverwandten Balkanvölker und deren Einordnung in seine Einflussphäre gerichtet war. Auch ohne die kommenden Ereignisse war schon durch die blosse Tatsache einer erhöhten politischen Tätigkeit Russlands am Balkan der immer latente Gegensatz zwischen Russland und Österreich-Ungarn wieder schärfer geworden. Im Herbst 1907 hatten zudem Russland und England ein Abkommen über die Teilung der Interessensphären in Mittelasien abgeschlossen und damit auch den Weg für ein Zusammengehen beider Mächte

in der orientalischen Frage freigelegt, was um so leichter geschah, als ja England, wie betont, der alten Türkenfreundlichkeit vollständig abgeschworen hatte. Die Zusammenkunft des Zaren mit König Eduard VII. in Reval im Mai 1908 besiegelte diesen Bund.

Die ernste Gefahr aber, die nun die Existenz des osmanischen Reiches zu bedrohen schien, fand eine vollständig unerwartete Abwehr. Die jungtürkische Bewegung, die schon lange einen Umsturz der bestehenden Verhältnisse plante, erfasste, geleitet vom Komitée für Einheit und Fortschritt, den Ernst der Lage und war auch entschlossen, ihm energisch vorzubeugen. Die für einen späteren Zeitpunkt geplante Erhebung wurde durch die Revaler Zusammenkunft beschleunigt und zwei junge Offiziere, Enver-Bey und Niazi-Bey, stellten sich mutig an die Spitze derselben. Am 10. Juli 1908 wurde die Konstitution Midhat Paschas aus dem Jahre 1876 wiederhergestellt und Sultan Abdul Hamid blieb nichts anderes übrig, als am Tage danach den Verschwörern nachzugeben. Die Türkei rückte damit in die Reihe der konstitutionellen Staaten ein. Das jungtürkische Komitée hatte die Einheit des Reiches und straffe Zentralisation auf seine Fahne geschrieben. Es war von allem Anfange an gegen jede Sonderstellung und Autonomie der Nationalitäten. Alle Nationen sollten vor dem Gesetze gleichberechtigt und Staatsbürger des einheitlichen osmanischen Reiches, Osmanen, sein. Im ersten Rausche der Begeisterung einigte diese Devise scheinbar auch alle Nationen, Griechen, Serben, Bulgaren und Türken in gemeinsamer Abscheu gegen die Herrschaftsmaxime Abdul Hamids. Aber in dieser allgemeinen Begeisterung wie in dieser zentralistischen Tendenz lag auch der erste Keim auswärtiger Konflikte. Die Jungtürken überschätzten die durch den Umsturz gewonnene Lebensenergie des osmanischen Staatswesens und suchten auch längst Verlorenes wiederzugewinnen. Dies betraf vor allem das schärfere Betonen des Vasallitätsverhältnisses Bulgariens zur Pforte und die Absicht, auch Vertreter Bosniens und Herzegowinas in das Reichsparlament zu berufen. Die Antwort darauf war die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die Annexion Bosniens und Herzegowinas durch Österreich-Ungarn anfangs Oktober 1908. War dies ein Schlag gegen das jungtürkische Regime, so verschärfte sich die kritische Lage am Balkan noch dadurch, dass Serbien, dessen Politik seit der Ermordung des letzten Obrenovic und der Thronbesteigung der Karageorgewitsche einen entschiedenen österreichfeindlichen Kurs einschlug, über die Annexion Bosniens und Herzegowinas einen noch grösseren Lärm schlug als die Türken. Hatte man in Belgrad die Absicht der Jungtürken, diese Okkupationsländer in einen neuen direkten Kontakt mit dem osmanischen Reiche zu bringen, deshalb im Geheimen freudig begrüsst, weil man auf diese Weise über die Türkei leichter in den Besitz derselben zu kommen hoffte, so war andererseits bei dem Schritte Österreich-Ungarns gerade die wachsende grossserbische Propaganda in diesen Ländern mitbestimmend, der man nur durch eine Klärung des staatsrechtlichen Verhältnisses derselben zur Monarchie wirksam entgegentreten konnte. Die Tripelentente stellte sich in dieser Frage, da der Gegensatz zum Dreibund ohnehin schon scharf zugespitzt war, hinter die Pforte und Serbien, den Umsturz am Bosporus fasste sie ohnehin als eine Ausmerzung des deutschen Einflusses in der Türkei auf. Allerdings sahen auch die Jungtürken bald ein, dass ihre nationalen Interessen sie an die Zentralmächte wiesen und schlossen mit Österreich-Ungarn eine Vereinbarung, die der Annexion Bosniens und der Herzegowina auch seitens der Pforte die Anerkennung verschaffte. Diese Schwenkung der jungtürkischen Politik verwandelte aber die Freundschaft des Dreiverbandes (England, Frankreich und Russland) gegen die Pforte in offene Gegnerschaft. Frühere Vereinbarungen zwischen Italien, Frankreich und England, die hinter dem Rücken Deutschlands und Österreich-Ungarns zustande gekommen waren und die Loslösung Italiens vom Dreibunde zum Zwecke hatten, boten der Entente die Gelegenheit, die beiden Zentralmächte und die Türkei in gleicher Weise zu treffen. Es war dies der mitten im Frieden erfolgende Versuch Italiens, sich Tripolis zu bemächtigen, da die Pforte nicht gesonnen war, einer friedlichen Durchdringung dieses Gebietes durch Italien ruhig zuzusehen. Obwohl Tripolis von türkischen Truppen so gut wie entblösst war, hatte Italien nicht mit der Anhänglichkeit der arabischen Stämme an den Khalifen und der Tatkraft eines Enver-Bey gerechnet. Mit unzureichenden Mitteln, aber unter Ausnützung der Terrainschwierigkeiten hat Enver-Bey durch ein volles Jahr den an Zahl und Ausrüstung weit überlegenen italienischen Truppen viel zu schaffen gegeben. Die Pforte war insoferne in einer günstigen Lage, als die Küsten der europäischen Türkei im Jonischen und Ägäischen Meer von Italien

vereinbarungsgemäss (mit Österreich-Ungarn) nicht in den Bereich seiner kriegerischen Operationen gezogen werden durften. Die Besetzung der Inseln aber tat der Pforte wenig Abbruch, sowie auch die Blockierung der Dardanellen mehr dem russischen Getreideexporte aus den Schwarzen-Meer-Häfen als ihr schadete, da durch ihre Gegenmassregeln auch die Durchfahrt der Handelsschiffe unmöglich wurde. Allerdings wurde dadurch die ohnehin vorhandene Neigung Russlands, sich in den Besitz der Dardanellen zu setzen, nur bestärkt. Ohne diese Beschränkung des Operationsfeldes wäre die orientalische Frage in ihrer ganzen Ausdehnung noch im Herbste 1911 aufgerollt worden.

Rosig aber war die Lage der Jungtürken seit den Honigmonden ihres Beginnes nie. Ende März 1909 versuchte Abdul Hamid durch eine Gegenrevolution die alten Verhältnisse wiederherzustellen. Es kostete ihm Thron und Freiheit. Damals hatten die Jungtürken unter Mahmud Schefkets Führung militärisch ihre Aufgabe ausgezeichnet gelöst, wie überhaupt der Organisation von Heer und Marine ihre Hauptarbeit galt. Was in den langen Jahren des alten Regime versäumt worden war, sollte nun rasch nachgeholt werden. Es hatte auch den Anschein, dass namentlich das Heer auf eine achtunggebietende Höhe gebracht werde und die Schwierigkeiten, denen Italien in Tripolis begegnete und die ja doch vor allem im Terrain begründet waren, schienen diesen Glauben in jungtürkischen Kreisen und in Europa mit Ausnahme der Balkanstaaten zu rechtfertigen. Auch in der inneren Politik versuchten sie die Versäumnisse des alten Regime gut zu machen. Als starre Zentralisten wollten sie der gesamten europäischen Türkei einen einheitlichen ottomanischen Stempel aufdrücken. Den christlichen Konfessionen, die seit alters eine gewisse selbständige Stellung besassen und in eigenen Korporationen, sog. Millets, organisiert waren, suchten sie ihre Privilegien zu nehmen. Vor allem betraf dies die Frage der nationalen Schulen, die von den Millets erhalten wurden und die naturgemäss ein starkes Hindernis der Vereinheitlichung des Reiches im jungtürkischen Sinne bildeten. Da aber in diesen Millets Konfession und Nationalität (mit Ausnahme der Albanesen) zusammenfielen, so riefen diese gegen die Millets gerichteten Massregeln natürlich bei den Konnationalen jenseits der Grenze, vor allem in Bulgarien ein gewaltiges Echo hervor. Die zentralistisch-nationalistischen Ideen der Jungtürken begegnete dem ganzen Hasse der ottomanischen Bulgaren, Serben und Griechen, die ursprünglich das jungtürkische Regime mit Begeisterung begrüsst hatten. Dass bei diesem Stimmungsumschwunge ihre konnationalen Regierungen und die öffentliche Meinung in den Balkanstaaten, die eine Aussöhnung zwischen den Türken und ihren christlichen Staatsgenossen nicht wünschen konnten, mit im Spiele waren, ist selbstverständlich. Dazu kam noch, dass die Jungtürken durch ihre albanische Politik die Herrschaft der Pforte in Europa einer schweren Belastungsprobe aussetzten. Bei einer rechtzeitigen Gewährung einer nationalen Autonomie hätten die 1¼ Millionen Albanesen ohne Schädigung für das Staatsganze die stärkste Stütze des neuen Regimes werden können, was um so notwendiger war, als die Zahl der Türken in der europäischen Türkei kaum 2 Millionen ausmachte. Allein die Jungtürken waren solchen Erwägungen unzugänglich und so kam es, dass die Aufstände in Albanien seit dem Antritte des neuen Regimes nicht von der Tagesordnung schwanden. Ein grosser Teil der Energie musste auf deren militärische Unterdrückung verwendet werden. Namentlich seit dem Frühjahr 1912 verschärfte sich der Gegensatz zwischen der jungtürkischen Regierung und den Albanesen. Die Lage schien sogar eine Zeitlang durch einen Zug der Albanesenführer auf Saloniki für den Bestand des türkischen Reiches ausserordentlich gefahrdrohend. Und dies um so mehr als auch beträchtliche Teile des türkischen Heeres mit den sich erhebenden Albanesen offen sympathisierten. Die schon längst vorhandene Spaltung im türkischen Offizierkorps in Jungtürken und Anhänger der sogenannten Liga trat offen in Erscheinung. Dem Programme nach standen die letzteren der Gruppe der liberalen Vereinigung des türkischen Parlaments, der erbitterten Gegnerin der Jungtürken, nahe. So kam es, dass die jungtürkische Regierung über die albanesische Frage stürzte und die Nachfolgerin, den Reihen ihrer Gegner entnommen, den Albanesen die Erfüllung ihrer Forderungen zusagte. Dieser Erfolg der Albanesen wurde aber für die Balkanstaaten zum letzten Anlass, den schon längst vorbereiteten Schlag gegen die Pforte zu führen. Man fürchtete nämlich in Belgrad und Sofia, dass die Albanesen im Besitze einer nationalen Autonomie, Mazedonien und Altserbien, wo sie sich ohnedies seit langem anzusiedeln und auszubreiten

begannen und ihre eigene Heimat fester an das türkische Reich knüpfen, als es die eigenen Wünsche auf Abtrennung und Einverleibung dieser Gebiete wünschenswert erscheinen liessen. Die Note des Grafen Berchthold, des österreichisch-ungarischen Aussenministers, vom 14. August 1912, die der Pforte eine fortschreitende administrative Dezentralisation nahe legte, verstärkte diese Sorge der kriegslustigen Balkanstaaten, den geeigneten Zeitpunkt, der Pforte namentlich während des fortdauernden italienisch-türkischen Krieges den Todesstreich zu versetzen, zu versäumen. Dazu kam, dass die öffentliche Meinung Serbiens und Bulgariens aus den inneren Streitigkeiten der türkischen Parteien und der Spaltung im türkischen Offizierkorps die Überzeugung gewann, dass die Türkei in voller Auflösung begriffen und nun der Augenblick zum energischen Handeln gekommen sei. Das alles zusammengenommen war die letzte unmittelbare Ursache zum Ausbruche des Balkankrieges im Herbste 1912.

Die entscheidenden diplomatischen Vorbereitungen waren unter Russlands Leitung seit Herbst 1911 schon längst hierzu getroffen worden. Die russische Regierung musste schon aus innerpolitischen Gründen, um der immer drohender aufsteigenden neuen revolutionären Erhebung zu begegnen, darauf bedacht sein, in aussenpolitischen Erfolgen ein Ventil zu suchen. Nicht nur Frankreichs, sondern auch Englands sicher, schien der Augenblick gekommen, nicht nur die russische „historische Mission" der Besitznahme Konstantinopels und damit der Beherrschung der Dardanellen zu erfüllen, sondern auch ein zweites Ziel, die Auflösung Österreich-Ungarns und die Aufrichtung eines Protektorates über die aus dessen Zusammenbruche entstehenden slavischen Staaten zu erreichen. Schon während der Annexionskrise hatte Zar Nikolaus II. am 11. Novbr. 1908 dem serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch offen gesagt, dass „die bosnisch-herzegowinische Frage nur durch einen Krieg entschieden werde". Obwohl Serbien damals militärisch ganz unvorbereitet war, war Paschitsch im entscheidenden serbischen Kronrat über Krieg und Frieden mit Österreich für den Krieg. „Was Russland und Serbien betrifft", sagt der serbische Diplomat Boghitschewitsch, „war der Krieg gegen Österreich damals schon eine beschlossene Sache". Ein Balkanbund, den Iswolski im Ringen mit Aehrenthal schon als Gegenzug gegen Österreich zu verwirklichen trachtete, war in den ersten Monaten 1912 unter russischer Patronanz zustande gekommen. Die widerstreitenden Interessen der Balkanstaaten, vor allem Bulgariens und Serbiens, in der Aufteilung der zu erwartenden türkischen Beute sollten auf Kosten Österreich-Ungarns ausgeglichen werden. Schon in die vorbereitenden Verhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien hat nach den Mitteilungen des damaligen bulgarischen Ministerpräsidenten Jw. Ew. Geschow der damalige serbische Aussenminister Milowanowitsch darauf hingewiesen, dass die Liquidierung der Türkei ausserordentlich vereinfacht werde, wenn zur gleichen Zeit die Auflösung Österreich-Ungarns herbeigeführt werden könnte. Und der Preis zur Zustimmung Serbiens zum Bündnisvertrage vom 13. März 1912, der serbischer Expansionslust eine so grosse Entsagung auferlegte, war die von Bulgarien vertragsmässig zugestandene Waffenhilfe gegen Österreich-Ungarn (Art. 3 der serbisch-bulgarischen Militärkonvention). Die seitens Russlands in Aussicht gestellte Gewinnung Bosniens und Herzegowinas spielte nach dem Zeugnisse des schon früher genannten serbischen Diplomaten dabei eine grosse Rolle. Kronprinz Alexander teilte ihm selbst mit, dass Zar Nikolaus II. gelegentlich des Abschlusses des Vertrages ihm, dem Kronprinzen, gesagt habe, dass nunmehr die Aspirationen Serbiens gegenüber Österreich-Ungarn bald in Erfüllung gehen werden. Boghitschewitsch wies den deutschen Staatssekretär von Kiderlen schon Ende Nov. 1912 darauf hin, „dass der Konflikt der Balkanstaaten gegen die Türkei nur die erste Phase eines grossangelegten russischen Planes sei, um, nach erreichtem Erfolge gegen die Türkei, die Balkanstaaten gegen Österreich in Bewegung zu setzen und den Streit mit Österreich um die Hegemonie auf dem Balkan endlich zum Austrag zu bringen." Bulgarien suchte natürlich dieses Entgegenkommen Serbiens und Russlands für den Augenblick für sich auszunützen, um die günstige Gelegenheit zur Lösung der mazedonischen Frage, die auf dem jungen bulgarischen Staate wie ein Bleigewicht lastete, nicht zu versäumen und sich dabei der Hilfe Serbiens zu versichern, dessen frühere Ansprüche auf mazedonischem Boden nun vertragsmässig beseitigt waren. Griechenland hatte sich schon seit dem Herbste 1911 angesichts der Kriegsdrohungen der Jungtürken wegen der neuerlichen Verschärfung der kretensischen Frage Bulgarien genähert. So hat dann Bulgarien am 29. Mai 1912 mit ihm gleichfalls einen Bünd-

risvertrag unterzeichnet, der aber ausser Zusicherung gemeinsamer Hilfe gegen die Pforte jeglicher Bestimmung über die Aufteilung zukünftiger Eroberungen entbehrte. Ein charakteristisches Zeugnis der Unverfrorenheit der Balkanfürsten und ihrer Diplomatie ist die Mitteilung Geschows, dass die entscheidenden Verhandlungen über den bulgarisch-montenegrinischen Bündnis- und Subsidienvertrag in der Wiener Hofburg im Juni 1912 stattfanden, als König Nikolaus dort als Gast Kaiser Franz Josephs weilte. Die durch das Chaos im Innern geschwächte Pforte beeilte sich zwar noch, sich durch den Frieden von Lausanne mit Italien günstigere Kampfbedingungen zu schaffen, allein ihre Armeen, mangelhaft ausgerüstet und schlecht geführt, erlagen dem kriegerischen Ungestüm der Bulgaren bei Kirk-kilisse und Lüle-Burgas, bei Kumanovo den Serben. Erst vor Tschataldscha erlahmte die bulgarische Stosskraft sowie Adrianopel der tapfere Schükri Pascha hartnäckig verteidigte. Die erschreckte Pforte suchte den Frieden und in London, wo sich auch die Botschafter der Grossmächte zu einer Konferenz versammelt hatten, um den Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges infolge der Balkanwirren zu verhindern, sollte der Frieden verhandelt werden. Es muss dabei noch festgestellt werden, dass der russische Aussenminister Sasonow die Mitschuld Russlands an dem Überfall der Balkanstaaten auf die Türkei in meisterhafter Weise zu verhüllen wusste und, wenn nicht Russlands Verbündete, so doch mindestens die Diplomatie des Dreibundes zu täuschen verstand. Noch vor diesen Friedensverhandlungen war ein entscheidendes Ereignis eingetreten, die Botschafterkonferenz hatte dem Antrage Österreich-Ungarns und Italiens, aus den Trümmern der europäischen Türkei ein selbständiges Albanien zu schaffen, zugestimmt. Damit im engsten Zusammenhange stand die Annahme der österreichischen Forderung, dass Serbien keinen Territorialbesitz und keinen Kriegshafen an der adriatischen Küste erwerben dürfe. Dadurch wurden die serbischen Aspirationen in die Richtung des geringeren Widerstandes nach Mazedonien, wo es sich vertragsmässig als desinteressiert erklärt hatte, gedrängt. Schon während der ersten Londoner Friedensverhandlungen gab es deshalb wegen der Aufteilung der Beute zwischen den Verbündeten Misshelligkeiten. Als dann, nicht wegen der Unnachgiebigkeit der Pforte allein, sondern auch wegen der mangelnden Übereinstimmung der Verbündeten sich nach dem Sturze Kiamil Paschas durch die Jungtürken unter Führung Mahmud Schefkets die Friedensverhandlungen in London zerschlugen, brach anfangs Februar 1913 der Kampf zwischen der Pforte und den Verbündeten von neuem aus. Der zweite Krieg zeitigte aber mit Ausnahme des Falles von Adrianopel und Janina keine wesentlich neuen Resultate. Neuerliche Verhandlungen im Mai 1913 führten unter dem Drucke Edward Greys zum Londoner Frieden, der der Pforte von ihrem einstigen europäischen Besitze nur den schmalen Streifen von Konstantinopel bis zur Linie Enos—Midia liess. Die Verbündeten konnten sich aber noch immer nicht über die Aufteilung der Beute einigen, da Serbien, vom russischen Gesandten Hartwig im Geheimen bestärkt, offen erklärte, dass es sich an seine vertragsmässig eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr gebunden erachte. Es schloss mit Griechenland, das Saloniki und beträchtliche Teile Südmazedoniens sich anzueignen bestrebt war, ein Sonderbündnis gegen Bulgarien. Beide fanden nun einen Bundesgenossen an Rumänien, dessen ursprünglich bescheidene Forderungen in unglaublicher Verblendung von den Regierungen Geschow und Danew im Vertrauen auf vertragsmässige Verpflichtungen Russlands, die Integrität des bulgarischen Territoriums zu schützen, rundweg abgelehnt worden waren, während gerade Russland Rumänien zu seinem bewaffneten Vorgehen ermunterte. Als es nun zum Kampfe kam, den das bulgarische Oberkommando zur Freude der Feinde Bulgariens teils gezwungen, teils in übermässigem Vertrauen auf die eigene Kraft begann, war Bulgarien trotz der Tapferkeit seiner Armee nicht imstande, seinen vereinigten Feinden Widerstand zu leisten. Es musste am 10. August 1913 in Bukarest einen Frieden schliessen, der fast wie ein Hohn auf seine grossen Blutopfer und die Leistungen der bulgarischen Armee im Kampfe gegen die Türken klang. Mazedonien, für dessen kulturelle Hebung es seit Jahren grosse materielle Opfer und zu dessen Befreiung es ungeheure Blutopfer gebracht hatte, wurde bis auf ein kleines Stückchen der Rodope Serbien und Griechenland zugewiesen, an Rumänien aber verlor es eines der fruchtbarsten Gebiete seines Landes an der Donau von Turtukai bis Baltschik. Thrazien, das ihm auch dem Bukarester Frieden zufolge bleiben sollte, verlor es zur selben Zeit an die Türken, die unter Enwers Führung Adrianopel und die Maritzalinie wieder besetzten, während Bulgarien auf Verlangen seiner früheren Verbündeten

demobilisieren musste und daher keinen Widerstand leisten konnte. So hat also jener Krieg der Verbündeten gegen die Pforte, der am Beginne mit frevelhafter Überhebung als heiliger Krieg verkündet worden war, wie ein Raubkrieg geendet. Er hatte Verhältnisse geschaffen, die einen dauernden Frieden noch weniger verbürgten als die alten Zustände. Die bulgarische Bevölkerung Mazedoniens war unter serbischer und griechischer Herrschaft, wie die Carnegie-Kommission dies feststellte, viel gewaltsamerer Entnationalisierung und grausamerer Unterdrückung ausgesetzt als unter der türkischen Herrschaft.

Es war daher selbstverständlich, dass Bulgarien nach dem Ausbruche des Weltkrieges bemüht war, die ihm im Bukarester Frieden entrissenen Gebiete wieder zu gewinnen. Den Anteil Serbiens an dem Ausbruche des Weltkrieges charakterisiert wohl am besten eine Äusserung des serbischen Ministers des Äusseren Paschitsch im August 1913 gegenüber Boghitschewitsch. Er sagte damals wörtlich folgendes: „Ich hätte schon im ersten Balkankriege, um auch Bosnien und die Herzegowina zu erwerben, es auf den europäischen Krieg ankommen lassen können; da ich aber befürchtete, dass wir dann Bulgarien gegenüber in Mazedonien grössere Konzessionen zu machen genötigt wären, wollte ich zunächst den Besitz Mazedonien für Serbien sichern, um dann erst zur Erwerbung Bosniens und der Herzegowina schreiten zu können.“ Bei dieser serbischen Siegeszuversicht war die österreichisch-ungarische Note vom 23. Juli 1914, deren Anschuldigungen Boghitschewitsch von geringen Ausnahmen abgesehen als zutreffend bezeichnet, nur der willkommene Anlass zur Erreichung der politischen Ziele Serbiens. Der Gegensatz zu Serbien und die günstige strategische Lage der Zentralmächte bewog Bulgarien an der Seite der letzteren in den Weltkrieg einzugreifen. Die Türkei hatte im September 1915 als Preis für sein Eingreifen Bulgarien beide Ufer der Maritza überlassen. Die Erfolge der Mittelmächte und Bulgariens im Herbst 1915 schienen die volle Befriedigung der bulgarischen nationalen Wünsche und noch mehr als diese zu bringen. Der Abfall Bulgariens im Herbst 1918, den es im Vertrauen auf die von Wilson verkündeten Prinzipien auf das Selbstbestimmungsrecht namentlich der kleinen Nationen vollzog, wurde nicht nur seinen Verbündeten, sondern auch ihm selbst zum Unheil. Der Friede von Neuilly brachte ihm, ganz abgesehen von seinen finanziellen und wirtschaftlichen Lasten, territoriale Verluste, die über den Bukarester Frieden hinausgehen. Kein Kenner des Balkans allerdings wird glauben, dass Serbien und Griechenland ihres Raubes froh werden können. Der Krieg aller gegen alle wird daher auch in Zukunft das Kennzeichen der politischen Lage am Balkan bleiben.

---

6. Abschnitt.

a) Die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Ziele.

Von Dr. **Otto Hoetzsch,**

Prof. d. Geschichte an der Universität Berlin.

Dieser Rückblick braucht in der Geschichte der Vereinigten Staaten nicht weiter als bis zum Jahre 1893 zurückzugehen. Denn vorher ist von einer auswärtigen Politik der Union, die Europa tiefergehend interessiert und dessen grosse Politik unmittelbar berührt hätte, nur ausnahmsweise die Rede; ein wirkliches Glied im Staatensystem Europas, das durch diese Erweiterung zum Weltstaatensystem geworden wäre, waren die Vereinigten Staaten im ersten Jahrhundert ihrer Existenz als selbständiger Staat noch nicht. Aber 1893, noch eindringlicher fünf Jahre später, als

die alte Kolonialmacht Spanien im Kriege gegen die Union zusammenbrach, sah Europa zu seinem Staunen, dass die „Flegeljahre Uncle Sams", von denen man gern mit überlegenem Lächeln sprach, vorüber waren, dass die Vereinigten Staaten mündig geworden waren und nun die Ansprüche, die ein mündig gewordenes Glied der Weltstaatengesellschaft stellen kann, mit Nachdruck und Unbefangenheit geltend machten.

1893 hat Präsident Cleveland bei der Eröffnung der Weltausstellung in Chicago diese Mündigkeitserklärung feierlich ausgesprochen: „Umgeben von den staunenswerten Ergebnissen amerikanischen Unternehmungsgeistes und Fleisses und angesichts der grossartigen Zeugnisse amerikanischer Geschicklichkeit und Intelligenz brauchen wir nicht mehr zu fürchten, dass unsere Beglückwünschung übertrieben ist. Wir stehen heute inmitten der ältesten Nationen der Welt und weisen hin auf die grossen Werke, die wir hier ausstellen, ohne mehr Nachsicht zu erbitten auf Grund unserer Jugend." Die Aufgaben, die den Knaben- und Jünglingsjahren der Union gestellt waren, waren gelöst. Sie hatte das ihr vom Schicksal zugewiesene Gebiet zwischen den beiden Ozeanen, dem Rio Grande und der Kanadischen Grenze vollkommen erschlossen und mit Siedlungen erfüllt. Freilich nur unter stärkster fremder, namentlich deutscher Hilfe und Einwanderung waren die gewaltigen Flächen des mittleren und dann fernen Westens unter den Pflug genommen worden und war hier ein Getreideanbaugebiet entstanden, dessen Produktion seit den 70 er Jahren für die europäische Landwirtschaft gefährlich konkurrenzfähig geworden war. Daneben waren die ungeheuren Bodenschätze zur Entwicklung einer grossen Industrie ausgebeutet worden. Von 1865 bis 1893 hatte sich das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten in einer Weise, die nach einem später entstandenen geflügelten Worte ungeahnte Möglichkeiten zu eröffnen schien, industrialisiert. Es konnte, gefördert durch eine Schutzzollpolitik, die sich 1891 mit dem Mac Kinley-Tarif und 1897 mit dem Dingley-Tarif endgültig durchsetzte, die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung befriedigen und drängte mit seinem Überschuss über die Grenzen hinaus; seit 1891 verkauften die Vereinigten Staaten mehr an das Ausland, als sie von ihm kauften.

Die Probleme des Verfassungslebens, um die in den ersten drei Menschenaltern der Union gestritten worden war, waren 1893 gleichfalls gelöst. Mit dem Siege der Nordstaaten im Sezessionskriege hatten die unionistischen Tendenzen gesiegt, mit der Beseitigung der Negersklaverei war der alte Kampf zwischen Einzelstaat und Bundesstaat ausgekämpft. Keiner der 48 Staaten, die heute ihre Sterne auf dem Unionsbanner sehen, dachte mehr an ein Sonderdasein, alle fühlten sich bei grösster innerer Selbständigkeit als Glieder des grossen ganzen „empire", welcher Ausdruck wohl im Anschluss an die englische Terminologie seit Ende der 90 er Jahre auch in Nord-Amerika immer gewohnter wurde.

So stand dieses Staatswesen mit konsolidierten politischen Verhältnissen und in strotzender wirtschaftlicher Kraft da, als Mitte der 90 er Jahre die weltpolitischen Probleme auf dem ganzen Erdball in Fluss kamen und das Zeitalter der Weltpolitik, des reifen Imperialismus begann. Sehr bald musste Europa sehen, dass die Vereinigten Staaten nicht gewillt waren, dabei abseits zu stehen, drängte sie doch schon die überquellende Industrie ihres Ostens mit Gewalt dazu, an der Erschliessung neuer Absatzgebiete mit Energie, gegebenenfalls mit militärischer Gewalt teilzunehmen. Indem die Präsidenten Mac Kinley und Roosevelt, bewusst als Mandatare der sie tragenden kapitalistisch-republikanischen Kräfte, ihren Staat in diese weltpolitische Entwicklung hereinführten, veränderte sich aber die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten von Grund auf.

Als George Washington das Befreiungswerk durchgeführt hatte, hat er seinem Lande in der bekannten Lebewohladresse vom 19. Dezember 1796 sein politisches Testament dahingehend hinterlassen, dass es sich in die Angelegenheiten Europas nicht einmischen solle: „Seid eine Nation, seid Amerikaner und seid treu euch selbst!" Und diesen Grundsatz, der für die Union eine eigentliche auswärtige Politik ausschloss, hatte die Botschaft des Präsidenten James Monroe vom 2. Dezember 1823 zum Grundgesetz der amerikanischen Politik erhoben. Indem sie „Amerika den Amerikanern" reservierte und sich so gegen jede Einmischung europäischer Staaten in die amerikanische Politik erklärte, proklamierte sie zugleich den Grundsatz, sich nicht in die Angelegenheiten Europas einmischen zu wollen. Dabei hatte Monroe schon von „Kontinenten" gesprochen und damit eine Interessengemeinschaft des angelsächsischen und romanischen Amerikas gegen

Europa festlegen wollen. Er hat damit bereits die Idee des Pan-Amerikanismus angedeutet, die besonders von Henry Clay verfochten wurde, die Zusammenfassung von ganz Amerika vom Lincolnmeer bis zum Kap Hoorn vor allem wirtschaftspolitisch gegen Europa und natürlich unter Führung des Yankee-Elementes. Bis in die letzte Zeit herein hat freilich diese Idee trotz begeisterter Verfechter und einer ganzen Reihe panamerikanischer Kongresse keine reale Bedeutung gewonnen. Dagegen ist es gelungen, die Monroe-Doktrin als Grundsatz, dass europäische Mächte in amerikanische Angelegenheiten — und Amerika wurde dabei im eben genannten weitesten Sinne gefasst, — nicht intervenieren dürften, durchzusetzen, so wenig ihm völkerrechtlich, von der Texas- und Mexikofrage (1838) bis zu der Venezuelaangelegenheit (1903), Erheblichkeit zukam. Seit 1898 hat dieser Grundsatz allmählich sogar die Anerkennung der europäischen Mächte gefunden.

Über diesen ganzen Gedankenkreis hinaus nahm die Monroe-Lehre zweiter Fassung, in der sich die auswärtige Politik nach 1865 ausdrückte, schon in Aussicht, dass auch die noch vorhandenen Kolonien europäischer Mächte auf amerikanischem Boden verschwinden müssten und dass „die Zeit wahrscheinlich nicht mehr fern sei, da durch den natürlichen Gang der Ereignisse die politischen Zusammenhänge Europas mit diesem Kontinente aufgehört haben werden, zu bestehen. Unsere Politik muss sich nach dieser Wahrscheinlichkeit dahin wandeln, die Handelsinteressen der Hispano-Amerikanischen Staaten enger mit den unseren zu verknüpfen und so den Vereinigten Staaten den Vorrang und alle die Vorteile zu verschaffen, die Monroe, Adams und Clay im Auge hatten, als sie vorschlugen, am Kongress von Panama teilzunehmen.“ (Bericht des Staatssekretärs Fish an den Präsidenten Grant 1870). Anzuwenden versuchte man diese neue Fassung der Monroelehre durch den Erwerb von San Domingo und Cuba, sowie durch das Bestreben, die Verbindung der beiden Ozeane durch einen Kanal für die Union zu reservieren. Noch sind es Anfänge, die nicht alle gelingen, namentlich hing an dem Kanalbau noch die Fessel des Clayton-Bulwer-Vertrages von 1850 mit England, die die Union in ihren Kanal-Entschlüssen an dieses band. Aber es bereitete sich darin doch schon vor Anfang der 90 er Jahre die Wendung vor, die Europa dann überraschte. Die pazifischen Interessen der Union wurden immer stärker, der Gedanke, selbst Kolonien zu erwerben, immer verlockender, die Idee, um handelspolitischer Vorteile willen ganz Amerika gegen die europäische Konkurrenz abzuschliessen, immer populärer. Aber noch hatte man nicht das Gefühl, dass in diesem Programm eine Notwendigkeit für die amerikanische Zukunft liege, dass mit anderen Worten der Imperialismus auch für die Union die auswärtige Politik werden könnte.

Diese Umwandlung hat sich in den 90 er Jahren vollzogen. Je mehr man sich in der Union der Expansiv-Kraft des eigenen Wirtschaftslebens bewusst wurde, um so stärker wurde der Druck, diese Kraft nach aussen zu betätigen. Das Jahr 1898, in dem mit den Siegen von Cavite und Manila der vom Zaune gebrochene Kolonialkrieg mit Spanien siegreich verlief, wurde in der öffentlichen Meinung als „Pivotjahr“ empfunden. So sehr man die Monroe-Doktrin, — Amerika den Amerikanern, — auf wirtschaftlichem Gebiete festhalten wollte und festhielt, so sehr gab man sie politisch auf. Seit 1898 betrachten es die Vereinigten Staaten als ihre Schicksalsaufgabe, ihr „manifest destiny“, eine selbständige, erobernde Welt- und Kolonial- und Wirtschaftspolitik zu treiben, und bahnten sie damit ihrerseits die immer engere, Washingtons Lebewohladresse durchaus widersprechende, Verbindung mit Wirtschaft und Politik Europas an, die der Weltkrieg vollendete. Interessen und Bestrebungen der früheren Jahrzehnte auf den drei von der Natur gegebenen Betätigungsgebieten, in Westindien und in Mittelamerika, in Südamerika, im Stillen Ozean und fernen Osten wachsen seitdem zu einer einheitlichen imperialistischen Politik zusammen. Ihre Notwendigkeit wurde zwar im Kampf der Parteien immer schwächer bestritten, aber der Parteikampf um die grosse Politik verhinderte, dass die Kraft der Union bis 1914 einmal in e i n e r Richtung voll eingesetzt wurde. Und dieser Umstand, sowie die Rücksicht auf das weltpolitische Gleichgewicht, die ihren Zwang nun auch auf das Auswärtige Departement in Washington ausübte, verschuldeten, dass der Imperialismus der Union trotz ihrer gewaltigen Kraft zwischen 1898 und 1914 nirgends einen entscheidenden Erfolg erzielt, ausser in Mittel-Amerika und West-Indien nirgends einen entscheidenden Schritt vorangetan hat.

In dem alten Kampfgebiete der Kolonialmächte, Westindien, hatte die Union mit der Eroberung von Porto Rico und Cuba festen Fuss gefasst, seitdem bedrohte sie dort die überlieferte

Herrschaftsstellung Englands. Cuba ist autonom, aber seine auswärtige Politik steht unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten. Zu dieser Basis kam die Vollendung des Kanalbaus und der Sieg der Union über England in der politischen Streitfrage um den Kanal. Das war ein entscheidender Schritt voran, als es der Union 1900 im Hay-Pauncefote-Vertrag gelang, die Fesseln des Clayton-Bulwer-Vertrages von 1850 abzuschütteln. Der Kanal, für den die Panamaroute endgültig gewählt wurde, ist nur von Amerika gebaut und eine von ihm kontrollierte, rein amerikanische Wasserstrasse geworden. 1912 ist sogar der Versuch gemacht worden, die amerikanische Kanalschiffahrt einseitig vor der anderen, also namentlich der englischen, unter Verletzung des Hay-Pauncefote-Vertrages, zu begünstigen. Es bezeichnet die Verschiebung der Machtverhältnisse, dass England nichts dagegen hätte tun können und getan hätte, wenn nicht die demokratische Regierung Wilsons den Rechtsboden anerkannt und die Abgabefreiheit für amerikanische Schiffe im Kanal abgelehnt hätte. Ihr genügte der geographische Vorteil, den der Kanal so wie so für die Union gegen England bietet. Was Mahan vorausgesagt hatte, ist buchstäblich eingetreten: „Sind Einfuhr und Ausfuhr auf dem Mississippi genügend geschützt, besitzen die Vereinigten Staaten Vorposten und ist die Verbindung dieser untereinander und mit der Heimatbasis gesichert, dann wird das Übergewicht der Vereinigten Staaten auf dem Karibischen Meer und in der Beherrschung des interozeanischen Kanals eine mit mathematischer Sicherheit sich ergebende Folge ihrer geographischen Lage sein.“ Die Bedeutung des Kanals für den internationalen Verkehr und die Weltwirtschaft wird sich mit der des Suez-Kanals niemals messen können. Aber für die Vereinigten Staaten ist er von grösstem Wert, weil er die Verbindung zwischen Osten und Westen ihres Staatsgebietes ausserordentlich verkürzt, weil er die Weststaaten Süd-Amerikas ganz anders dem nordamerikanischen Einfluss nahe bringt als bisher und weil er schliesslich die Position der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean gegen Japan verstärkt. Am 10. Oktober 1913 ist der Kanal vom Präsidenten feierlich eröffnet worden. Durch Erdrutschungen ist der Betrieb in den folgenden Jahren noch öfter gestört worden, technisch sind alle Schwierigkeiten noch nicht überwunden, aber im Jahre 1919 ist die Durchfahrt auch der grossen amerikanischen Grosskampfschiffe ohne Hindernis gelungen.

Die Republik Panama geriet vollständig in der Hand der Union, sie wurde nach einem berechtigten Spottwort nur der Portier Onkel Sams am Kanal. Das Projekt des Nikaragua-Kanals ist erledigt, aber zu weiterer Sicherung hat die Union danach gestrebt, ein Protektorat über den Staat Nikaragua aufzurichten, im Vertrag von 1913, der eine Marine-Basis, ein Interventionsrecht und die Kontrolle der auswärtigen Politik in die Hand der Vereinigten Staaten bringen sollte.

Darüber hinaus wurde auch die Stellung zu Mexiko eine andere. Schon längst zogen die Fäden des Geldverkehrs und Transportwesens Mexiko wie die kleineren Staaten Mittelamerikas immer stärker in die Netze der Union. Mit der Entdeckung der grossen Petroleumlager 1910 aber wurde die mexikanische Frage für die Union akuter. Porfirio Diaz verlieh die besten Konzessionen an die englische Pearson-Company, wogegen die amerikanische Standard-Oil-Company sich heftig wandte. Dieser Gegensatz ist nicht unbeteiligt am Sturz von Diaz, der 1911 nach 35 jähriger Diktatur und im ganzen segensreicher Herrschaft abdanken musste. Seitdem hat es Ordnung und Ruhe in Mexiko nicht mehr gegeben. Die Prätendenten, wie Huerta, Carranza und Villa, haben einander die Herrschaft streitig gemacht und fortwährend drohte der bewaffnete Konflikt mit der Union, die immer stärker in die Angelegenheiten Mexikos eingriff. Aus sentimental-moralischen Gründen, aber auch getragen von den grossen Geldinteressen seines Landes hat gerade Wilson diese Frage besonders fest anfassen wollen. Im Frühjahr 1914 war der Ausbruch eines Krieges zwischen der Union und Mexiko ganz nahe gerückt. Doch zog Wilson im Sommer den Rückzug vor, weil die Kriegführung gegen Mexiko zu schwierig erschien, weil ganz Europa seine Politik missbilligte, und Japan, ohne irgendwie einzugreifen, immer drohend im Hintergrunde stand. Entscheidene Erfolge gegen Mexiko sind in der ersten Periode amerikanischer Weltpolitik nicht erzielt worden.

Weiter verstärkte die von Nord-Amerika beherrschte neue Hochstrasse des Weltverkehrs seinen Einfluss sowohl auf Süd-Amerika wie im Problem des Stillen Ozeans. Der romantisch, ja utopisch klingende Gedanke, durch eine Bahn den Süden mit der Mitte und dem Norden zu verbinden, ist gefördert worden, ohne vollendet zu werden. Freilich stellte sich, wenn auch diese panamerikanischen Bestrebungen friedlicher Eroberung energisch gefördert und durch Kongresse,

Museen, Besichtigungsreisen, Sprachstudien usw. propagiert wurden, der panamerikanischen Politik im Sinne Clays und Blaines in Süd-Amerika viel grössere Schwierigkeiten entgegen als in Mittel-Amerika. Weniger wegen der Stellung, die die europäischen Mächte dort mit ihrem Kolonialbesitz immer noch einnahmen und behaupteten. Diese haben z. B. in der Frage bewaffneter Intervention zugunsten ihrer Kapitalisten gegen säumige Schuldnerstaaten Süd-Amerikas doch in der Hauptsache nachgegeben. (Sogenannte Calvo- und Drago-Doktrin, nach der solche Schuldansprüche das bewaffnete Eingreifen fremder Mächte nicht rechtfertigen — ein politischer Gedanke, den die Vereinigten Staaten ihrer Monroe-Doktrin einverleibt haben.) Aber die geordneten und grossen selbständigen Staaten des Südens, besonders Chile, Argentinien und Brasilien, die mit ihren wirtschaftlichen Interessen nach Europa gravitieren und in ihrer kirchlichen und Rasse-Art dem Norden durchaus entgegengesetzt sind, lehnen die panamerikanische Politik des Nordens ab. In bezug auf den ganzen Süden hat Wilson in seiner Rede in Mobile am 26. Oktober 1913 die Monroe-Lehre noch über die letzte Form der Drago-Doktrin hinaus fortbilden wollen, indem er den Grundsatz aussprach, dass europäische Staaten im Süden keine Konzessionen mehr erwerben sollten und dass der Norden den südlichen Staaten helfen werde, sich von den europäischen Konzessionen zu befreien. Dieser überhebliche Anspruch, der Generalvormund des Südens gegen Europa zu sein, ist in diesem ohne Widerspruch, aber auch ohne Wirkung geblieben, von Südamerika nicht angenommen und nicht unterstützt worden. Die Vereinigten Staaten waren ja auch weder durch Kapital und Handel fähig, vor dem Weltkrieg die europäischen Interessen in Südamerika entscheidend zurückzudrängen, noch hatten sie das Menschenmaterial, die ungeheuren Flächen des Südens sich kolonisatorisch anzunähern. Und Vertrauen konnte ihre ausgreifende und anspruchsvolle, aber doch niemals wirklich starke Politik bei den immer selbständiger werdenden Staaten des Südens auch nicht erwecken.

Vom ganzen Kontinent blieb ausserhalb dieser Ansprüche und ausserhalb auch der Monroe-Doktrin, die grosse englische Kolonie, die im Befreiungskampf der 13 Kolonien dem Mutterland erhalten geblieben war: Kanada, das sich ungeheuer rasch, namentlich in seinem Nord-Westen entwickelt hat und dem amerikanischen Imperialismus den englischen entgegenstellt. Denn es fühlte sich als Glied in dem grossen Zukunfts-Programm Englands, nach dem es als Lieferant agrarischer Produkte auf dem englischen Markt bevorzugt werden und dafür die englische Industrieeinfuhr seinerseits bevorzugen sollte. Seitdem mit der Oregonfrage die Grenz-Streitigkeiten zwischen England und Nord-Amerika entschieden waren, haben die Vereinigten Staaten an diese Verhältnisse an ihrer Nord-Grenze nicht weiter gerührt und die englische Kolonie als stärksten Rest englischer Kolonialherrschaft dort anerkannt. Doch ist die Frage natürlich gedacht und erwogen worden, ob in Zukunft die Stammes- und politische Gemeinsamkeit zwischen Mutterland und Kolonie stärker sein wird, als die wirtschaftlichen und geographischen Zusammenhänge, die die Vereinigten Staaten und Kanada einander immer stärker nähern. Der Nordwesten Kanadas ist zum nicht geringen Teil von amerikanischen Farmern besiedelt worden, und je stärker die Stadtbevölkerung der Vereinigten Staaten zunimmt, um so mehr wächst ihr Getreidebedarf, der, wenn er nicht aus dem Lande selbst befriedigt werden kann, naturgemäss die kanadische Einfuhr fördert. Der Gegenseitigkeitsvertrag, der 1911 diese Zusammenhänge weiter führen wollte, hat mit den ihn begleitenden Andeutungen künftiger Annexion Kanadas durch die Union den Zusammenhang des ersteren mit dem Mutterland eher gefestigt, den der Weltkrieg danach noch viel fester gezogen hat.

Schliesslich hat die letzte Periode der auswärtigen Politik der Union bis 1914 diese immer mehr in die Interessen des Stillen Ozeans hereingestellt. Durch die Annexion von Hawai (1898), den Gewinn der Philippinen (1898) und die Lösung der Samoafrage (1900) wurde die Union eine Macht im Problem des Stillen Ozeans. Sie trat sowohl England (Australien), wie der holländischen Kolonialmacht in der Südsee, wie vor allem Japan gegenüber. Es war dann für sie selbstverständlich, 1900 und 1901 an den chinesischen Wirren und an der Erschliessung Ostasiens lebhaft und tatkräftig teilzunehmen. Sie stand da mit Deutschland zusammen auf der Seite der Mächte, die an einer Verletzung der Integrität Chinas kein Interesse hatten und sich die offene Tür in China erhalten wollten. An den chinesischen Bahnplänen nahm sie erfolgreich und energisch teil. Im Vertrag vom 27. November 1908 zwischen dem amerikanischen Staatssekretär Root und dem

japanischen Botschafter Takahira verpflichteten sich beide Mächte, den bisherigen Stand der Dinge in Ost-Asien aufrecht zu erhalten, die Unabhängigkeit und Integrität Chinas gemeinsam anzuerkennen und sich gegenseitig die offene Tür zu garantieren. Dieser Vertrag hat die amerikanisch-japanischen Beziehungen in bezug auf den fernen Osten bis zum Weltkriege bestimmt. Der Sturz des chinesischen Kaiserreiches und die Errichtung einer chinesischen Republik 1911 steigerten mit der Unordnung, die im fernen Osten entstand, das Interesse Nord-Amerikas daran. Es beteiligte sich an der sogenannten Viermächteanleihe, die Deutschland, Frankreich, Amerika und England zugunsten Chinas abschlossen und die durch den Beitritt Japans und Russlands zur Sechsmächteanleihe werden sollte. Als Wilson zur Regierung kam, schlug er eine etwas andere Richtung der Ostasienpolitik ein. Er veranlasste gleich nach seinem Antritt den Austritt der Vereinigten Staaten aus der Sechsmächteanleihe, aber auf andere Weise suchte er dem amerikanischen Kapitalismus den freien Wettbewerb und die ungehinderte Betätigung auf dem chinesischen Markt zu erhalten. Schon mit dieser Politik mussten Amerika und Japan, das die Auflösung Chinas in Interessensphären wollte und die Herrschaft im Norden anstrebte, aufeinander stossen. Beide Staaten stehen mit ihren realen Interessen in China einander unversöhnlich gegenüber, und je länger Chinas Konsolidierung auf sich warten liess, um so stärker trat dieser amerikanisch-japanische Gegensatz als Faktor der Weltpolitik hervor. Er wurde durch den Rassengegensatz verstärkt, der immer wieder aufflammte, — so 1913 mit dem Verbot für Ausländer, in Kalifornien Land zu erwerben, das direkt gegen Japan gerichtet war, — und durch die Fäden, die Japan nach Mittel- und Südamerika spann. Er wurde mühsam durch die englische Politik gebändigt, seltsam durchkreuzt durch die Haltung Australiens und am Ausbruch verhindert durch die nicht sehr energische Art, in der Amerika selbst diese Fragen behandelte, weil ihm im Kreis seiner Interessen schliesslich Mittel- und Süd-Amerika näher lagen als der ferne Osten.

Was die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten auf andern Feldern angefasst hat, ist ohne Bedeutung. Sie machte ihr Schwergewicht als gleichberechtigte Macht im Staatenkonzert immer mehr geltend, aber sie hatte keine Veranlassung, in anderen zentralen Fragen der grossen Politik, wie der Aufteilung Afrikas oder dem Schicksal der Türkei und dem Ausbau der Bagdadbahn, entscheidend mitzureden. Dagegen brachte die Schiedsgerichtspolitik des republikanischen Präsidenten Taft (Beginn 1911, Abschluss mit 21 Staaten, worunter England, aber nicht Deutschland und Japan, im Frühjahr 1914), ein eigentümlich amerikanisches Element in die grosse Politik herein und verknüpfte Amerika weiter mit Europa.

Im ganzen stellte so Nord-Amerika oder vielmehr die es bestimmenden kapitalistischen Schichten, vor allem in der republikanischen Partei, mit der naiven Unbefangenheit des rasch empor gekommenen Kolonialvolks dem Imperialismus der Engländer, Russen, Japaner, Franzosen, Deutschen einen eigenen amerikanischen Imperialismus entgegen, der, auf die wirtschaftliche und physische Kraft pochend, den ganzen Kontinent für sich gewinnen und im Problem des Stillen Ozeans eine massgebende Stellung erobern wollte. Die Folgerungen, die sich militärisch daraus ergaben, wurden gezogen. Besonders hatte sich der Präsident Roosevelt die Förderung der amerikanischen Kriegsmarine als Aufgabe gesetzt. Die grosse Demonstrationsfahrt der amerikanischen Flotte 1908 um Kap Hoorn herum nach dem Stillen Ozean zeigte auch die Erfolge dieser Tätigkeit. Auf dem Gebiete der Handelsmarine blieben freilich die europäischen Mächte weit im Vorsprung.

Die Wendung im Innern, die der Umschwung der auswärtigen Politik in den 20 Jahren vor dem Weltkrieg mit sich bringen musste, ist früh beachtet und auch bekämpft worden. Man begriff schnell, dass ein derartiger Imperialismus auf die Dauer nicht mit der Demokratie zu vereinigen war, auf die man stolz war. Man spürte, dass in diesen Kämpfen und Bestrebungen der Einfluss der gesetzgebenden Körper zurücktreten und der Einfluss der Exekutive, des Präsidenten stärker und stärker werden müsse, und man empfand das um so mehr, als doch das ganze System der Creirung dieses Präsidenten abhängig blieb von den Unsicherheiten einer Wahlbewegung oder noch mehr von den Drahtziehern, die für ihre kapitalistischen Interessen im Präsidenten ein gefügiges Werkzeug suchen. Dagegen hat von Anbeginn dieser Politik an die demokratische Partei ihren Widerstand gerichtet. In den Jahren von 1898 bis 1914 hat Amerika drei republikanische und einen demokratischen Präsidenten gehabt. Aber der Sieg der Demokraten hat trotz der pazi-

fistisch-moralisierenden Denkweise Wilsons und seines Staatssekretärs Bryan die grosse Politik der Vereinigten Staaten in dem hier geschilderten Rahmen und Zusammenhang nicht verändert. Die Art und Methode war in manchem anders, aber praktisch kam die Politik Wilsons in Mexiko und Süd-Amerika, im Stillen Ozean und im fernen Osten auf dasselbe heraus, wie die seiner Vorgänger aus der republikanischen Partei. Der Kampf der Demokraten gegen die imperialistische Politik ist immer wirkungsloser geworden und der Einfluss der Arbeiter, der diese ganze Politik entscheidend verändern könnte, war und ist in den Vereinigten Staaten noch sehr gering.

Welche Stellung hat sich für die Union aus dieser auswärtigen Politik im Weltstaatenkonzert bis 1914 ergeben? Aus früherer Zeit war eine etwas sentimentale Sympathie für Frankreich vorhanden, gegen England stand man eher kühl, in manchen Kreisen sogar feindlich, wenn man an den Krieg von 1812 oder Englands Haltung im Sezessionskrieg dachte. Von wesentlicher Bedeutung wurde für die Union nur die Stellung zu Japan, im übrigen war sie weltpolitisch vollständig frei. Europa fühlte sich andererseits durch den Eintritt Amerikas in die Weltpolitik überrascht und empfand diesen um so unangenehmer, je fühlbarer das Eindringen der Amerikaner in die europäische Wirtschaft wurde. Das im Jahre 1902 erschienene Buch Steads: „Die Amerikanisierung der Welt" war ein, freilich sehr stark übertriebener, Ausdruck dieser Überraschung und unangenehmen Empfindungen in England. Für das weitere wurde entscheidend, dass die Jahre nach 1898 zugleich die Jahre sind, in denen die Spannung zwischen Deutschland und England immer grösser wurde. Je näher England den Konflikt mit Deutschland kommen sah, um so stärker wurde seine Neigung, in keinen ernsthaften Gegensatz zu den Vereinigten Staaten zu geraten, ja in Rechts- und Interessenfragen vor ihnen zu kapitulieren, obwohl die amerikanische Entwicklung die englische See- und Handelsherrschaft noch stärker bedrohen konnte, als die deutsche. Und da sich England seit 1902 mit Japan verbündet hatte, führte das zu einer eigentümlichen, weltpolitisch sehr bedeutsamen Balance der Machtverhältnisse gerade an der schwierigsten Stelle, im fernen Osten und Stillen Ozean, die die Haltung der Union vielleicht stärker beeinflusst hat, als ihr selbst zum Bewusstsein kam. Die alte Rassen-, Sprach- und Kulturgemeinschaft erleichterte ferner eine Bearbeitung der amerikanischen Öffentlichkeit und Presse zugunsten Englands und zu ungunsten Deutschlands, die den Vereinigten Staaten zielbewusst den festen Platz in der Weltstaatengesellschaft an der Seite Englands zuweisen wollte. Die Vereinigten Staaten hätten an sich im Gegensatz zwischen Deutschland und England zugunsten der ersteren optieren können. Zwischen Deutschland und ihnen bestanden von Haus aus, wenn auch nicht besonders enge, so doch gute Beziehungen. Aber durch die amerikanische Schutzzollpolitik und die ungeschickte deutsche Politik wurden diese gerade in den 90 er Jahren gespannter und gespannter. In Amerika war das Gefühl entstanden, dass man sich gegen die wirtschaftlichen Fähigkeiten und Kräfte Deutschlands schützen müsse, ein Empfinden, das durch den langjährigen handelspolitischen Kampf zwischen beiden Staaten vertieft worden war und die englische Agitation sehr begünstigte. Die damit drohende Gefahr wurde in Deutschland erkannt. Seit 1901 wurde von ihm eine Annäherung an die Vereinigten Staaten angestrebt, für die man mit Recht hervorhob, dass die Union und das Deutsche Reich in den grossen Fragen der Weltpolitik dieselbe Stellung einnehmen müssten, weil das ihren gleichen Interessen entspräche. Aber diese Bemühungen Deutschlands haben nicht zum Erfolge geführt. Die verschiedene Denkweise in politischen Dingen trennte allzu stark. Gefühlsmässige Abneigung in weiten Kreisen der Union, wirtschaftliche Interessen, die man durch Deutschland bedroht glaubte, die Empfindung, von der englischen Flotte auch mit geschützt zu werden, und unausgesetzte und geschickteste englische Propaganda führten die Union unaufhaltsam zur Stellungnahme an der Seite Englands. Deutschland konnte ja auch den Vereinigten Staaten weltpolitisch nichts bieten; wenn es sich mit Russland und Japan verbunden hätte, hätte die Union darin sogar eine Gefahr für sich gesehen. Die Stellung der Union im Weltkriege war bereits vorher, durch die Entwicklung vor 1914, durch starke Überlieferungen und zwingende Zusammenhänge bestimmt.

b) Die deutsch-amerikanischen Beziehungen vor dem Kriege.

Von **Johann-Heinrich Graf v. Bernstorff,**
Botschafter.

Literatur:

Bülow, Deutsche Politik. — Bethmann-Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg. — Jagow Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges. — Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus. — Bernstorff, Deutschland und Amerika. 1920.

Wer in den Vereinigten Staaten gelebt hat, wird mit Goethe überzeugt sein, dass „Amerika es besser hat als unser Kontinent". Eine fast vollendete Autarkie lässt dort keine schweren Wirtschafts-Sorgen aufkommen. Wohl nirgends anderwärts trifft man ein so glückliches und freudig in die Zukunft blickendes Volk. Eine intensive Wirtschaft ist bei der verhältnismässig schwachen Bevölkerung noch nicht notwendig geworden, und für die reichen Überschüsse der amerikanischen Produktion finden sich immer Abnehmer. Diese glücklichen Zustände bringen es mit sich, dass der Amerikaner für die Vorgänge in anderen Ländern nur wenig Interesse übrig hat. Wenn sich die Politik der Vereinigten Staaten vor dem fünfjährigen Kriege mit der Politik Europas kreuzte, handelte es sich fast ausnahmslos um amerikanische Fragen. Wir brauchen nur an die verschiedenen Venezuela-Zwischenfälle und den Spanisch-Amerikanischen Krieg zu denken, während es der deutschen Regierung nur mit Mühe gelang, die Administration des Präsidenten Roosevelt zu bewegen, an der Konferenz von Algeciras teilzunehmen, wo uns dann die Anwesenheit eines Vertreters der Vereinigten Staaten auch keine Entlastung brachte.

Die Washingtoner auswärtige Politik war bis zu dem fünfjährigen Kriege eine fast rein panamerikanische, bei welcher die Monroe-Doktrin das A und das O bildete. Die Panamakanal-Politik blieb das Lieblingskind Theodor Roosevelts, wenn dieser versatile Präsident auch anderwärts sich zu betätigen liebte und den russisch-japanischen Krieg durch Vermittlung des Friedens von Portsmouth beendigte. In diesem Falle spielte die innere Politik, die in Amerika in auswärtigen Fragen oft den Ausschlag gibt, eine Hauptrolle.

Roosevelt wollte das in den Vereinigten Staaten sehr mächtige pazifistische Element für sich gewinnen, was ihm auch gelang, während die Imperialisten — namentlich später — diese Friedensvermittlung tadelten, weil sie eine grössere Schwächung der beiden kriegführenden Mächte verhindert habe. Auch Roosevelts Staatssekretär John Hay betätigte sich im fernen Osten und galt in Amerika als der geistige Urheber der Politik der „Offenen Tür".

Auf diesem Gebiete arbeitete die deutsche Regierung öfters Hand in Hand mit der amerikanischen. Hierauf war es zurückzuführen, dass das Berliner Auswärtige Amt die Vereinigten Staaten gern in Algeciras vertreten sehen wollte. Die deutsche Regierung glaubte, dass die Amerikaner sich auch in Marokko für die „Offene Tür" einsetzen würden. Diese Annahme erwies sich als falsch, weil das politische und wirtschaftliche Interesse der Vereinigten Staaten für die Länder jenseits des Atlantischen Ozeans nicht genügend gross war. Ebensowenig Berechtigung lag in der vielfach bei uns verbreiteten Auffassung, dass die Amerikaner durch eine energische ostasiatische Politik in einen ernsten Konflikt mit Japan geraten würden.

Präsident Taft, der 1909 an Theodor Roosevelts Stelle trat, und sein Staatssekretär Philander Knox wollten allerdings die Politik John Hays ausbauen. Beide hegten lebhaftes Interesse für Ostasien. Der Erstere war Gouverneur der Philippinen gewesen, der Letztere stand der Pittsburger Eisen-Industrie nahe und kannte deren Bedürfnis nach Ausdehnung ihres Wirkungskreises. Knox machte den Vorschlag, die Eisenbahnen in der Mandschurei zu internationalisieren. Als aber diese amerikanische Anregung ausschliesslich bei uns Anklang fand und, ausser sonstiger allgemeiner Ablehnung, auch noch zur Folge hatte, dass sich Japan und Russland wieder näherten, gab Knox seine aktive ostasiatische Politik auf und beschränkte sich darauf, die amerikanischen Grossbanken anzuspornen, sich am Bahnbau und an der sonstigen wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, zu beteiligen. Diese Politik wurde von der demokratischen Opposition als „Dollar Diplomatie" bezeichnet

und heftig bekämpft. Als dann die republikanische Partei bei den Wahlen unterlag und Präsident Wilson im Jahre 1913 an das Ruder kam, liess er die bisherige ostasiatische Politik fallen. Die Grossfinanz ergriff sofort diese Gelegenheit, um aus dem chinesischem Geschäfte hinauszugehen. Sie hatte nur auf Wunsch der Regierung die „Dollar Diplomatie" unternommen, die keinen oder wenig Gewinn abwarf, weil der Amerikaner nicht geneigt ist, fremde Wertpapiere zu kaufen.

Staatssekretär Knox's ostasiatische Politik, die bei uns immer Unterstützung fand, brachte es indessen mit sich, dass die amtlichen Beziehungen zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung wohl niemals so gute waren wie in den Jahren 1909—13, trotz einer kurzen Trübung infolge der Differenz über unsere Kaliausfuhr nach den Vereinigten Staaten. Gerade die Tatsache, dass dieser unangenehme Streitfall so leicht beigelegt wurde, bewies, wie freundlich die amtlichen Beziehungen der beiden Regierungen sich damals gestaltet hatten. Ebenso gelang es ein für beide Teile befriedigendes Handelsabkommen zu schliessen, welches die Gefahr eines Zollkrieges auf Grund des neuen amerikanischen Zolltarifs beseitigte, während die Taft'schen Wirtschaftspläne, die auf Reziprozität und Vereinigung mit Kanada ausgingen, aus politischen Gründen an der Kanadischen Opposition scheiterten und in den Vereinigten Staaten, sowie in Kanada und England einen bitteren Nachgeschmack zurückliessen.

Im übrigen muss leider gesagt werden, dass gegenseitiges Missverstehen die Signatur der deutsch-amerikanischen Beziehungen gewesen ist. In Deutschland hatte man kein Verständnis für die eigenartige Mischung von politischer Klugheit, Geschäftssinn, Zähigkeit und Sentimentalität, welche in dem amerikanischen Volkscharakter vereinigt ist. Die Macht der Union wurde bei uns konsequent unterschätzt, und die temperamentvollen Äusserungen amerikanischer Jugendkraft fanden daher mehr Missbilligung als notwendig, weil man darin nur „Bluff" und Anmassung sah. Wir zogen nicht immer genügend in Betracht, dass die Amerikaner sehr „emotional" sind, d. h. dass sie leicht durch ihr Temperament hingerissen und dann unberechenbar werden. Politische Überraschungen erscheinen in den Vereinigten Staaten fast als die Regel. Anderseits nehmen sich die Amerikaner niemals die Zeit, eine fremde Nation verstehen zu lernen. Kenntnis anderer Sprachen ist in den Vereinigten Staaten durchaus nicht verbreitet.

Die Amerikaner nehmen daher unbewusst geistige Anleihen bei den Engländern auf, der einzigen Nation, deren Literatur und Presse ihnen in der Urschrift zugänglich sind. Selbstverständlich trug diese Tatsache wesentlich dazu bei, den Amerikanern vor dem fünfjährigen Kriege das Verständnis Deutschlands zu erschweren, weil damals die deutsch-englischen Beziehungen sich ständig verschlechterten. Die englische Sprache übt in den Vereinigten Staaten noch mehr eine unbedingte Herrschaft aus als selbst in England. Bezeichnend hierfür ist z. B., dass kein Diplomat in Washington auf den Gedanken kommen würde, seine Geschäfte in einer anderen Sprache zu erledigen. Während ich in London den französischen Botschafter niemals habe englisch sprechen hören — selbst nicht in Tischreden — gebrauchte Jusserand in Washington immer die englische Sprache. Er hätte, trotz des Anspruchs der Franzosen auf die diplomatische Vorherrschaft ihrer Zunge, auch gar nicht anders verfahren können, denn, beispielsweise, bin ich in den acht Jahren meiner amtlichen Tätigkeit in Washington keinem Staatssekretär begegnet, der, ausser der englischen, noch einer anderen Sprache mächtig gewesen wäre. Es leuchtet ein, dass diese Sachlage dem englischen politischen und kulturellen Einflusse Tür und Tor öffnet. Unbewusst sahen die Amerikaner in ihrer Mehrzahl schon vor dem fünfjährigen Kriege den Deutschen in dem Lichte, in welchem die englische Presse und Publizistik ihn darstellte. Insbesondere glaubte man in den Vereinigten Staaten vielfach ehrlich an die angeblichen deutschen Pläne, die Weltherrschaft zu gewinnen. Unsere grossen Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete erweckten dort schrankenlose Bewunderung und erzeugten einerseits eine Überschätzung unserer Macht, die uns politisch ungünstig war, während anderseits der Amerikaner oft generalisierend den Deutschen nach dem kleinen deutsch-amerikanischen Bierphilister beurteilte, welchen er verächtlich als „Dutchman" bezeichnet. Zwischen diesen Extremen pendelte das Urteil der Amerikaner über das deutsche Volk hin und her, aber mit jedem Jahre gewann die erstere Richtung mehr und mehr die Oberhand. Das Phantom eines deutschen Weltreichs von Hamburg bis Bagdad spukte schon vor dem Kriege in den amerikanischen Köpfen, und als nächsten Schritt befürchtete man in den Vereinigten Staaten,

dass dieses Weltreich die Monroe-Doktrin antasten und Kolonien in Südamerika gründen würde. Professor Baumgarten hat in einer lesenswerten Schrift darauf hingewiesen, wieviel die alldeutsche Publizistik dazu beigetragen hat, solche Phantasien in Amerika grosszuziehen. In unserer Presse waren insbesondere Angriffe auf die Monroe-Doktrin allzu beliebt. Ich bin immer der Ansicht gewesen, dass wir diesen amerikanischen Glaubenssatz offen und amtlich hätten anerkennen sollen. Bei der Monroe-Doktrin handelt es sich nicht um eine Rechts-, sondern um eine Machtfrage. Wir hatten tatsächlich nicht die Macht, die Monroe-Doktrin anzutasten, selbst wenn wir solche Absichten gehabt hätten, was niemals der Fall gewesen ist. Es wäre daher klüger gewesen, die Monroe-Doktrin anzuerkennen und dadurch die politische Stimmung in einem Lande zu verbessern, von welchem wir durch unseren Bedarf an Rohstoffen wirtschaftlich abhängig waren.

Schliesslich ist als Grund von Missverständnissen noch die Abneigung zu erwähnen, welche in Deutschland gegen die amerikanischen pazifistischen Tendenzen herrschte. Neun Zehntel aller Amerikaner sind Pazifisten, teils durch Erziehung und aus sentimentaler Vorliebe für das Prinzip, teils aus wirtschaftlichem Geschäftssinn. In den Vereinigten Staaten begriff man nicht, dass das deutsche Volk durch seine Geschichte gezwungen worden ist, den martialischen Charakter seiner Ahnen zu pflegen und aufrechtzuerhalten. Insbesondere ist der Typus des deutschen Reserve-Offiziers und Korpsstudenten den Amerikanern höchst unsympathisch. Am wenigsten wurde in den Vereinigten Staaten verstanden, dass die deutsche Regierung der Idee der internationalen Schiedsgerichte so viel Widerstand entgegensetzte. Wie Heinrich Friedjung richtig bemerkt, „lieferte sich die deutsche Diplomatie auf den Haager Konferenzen dem Chor der Rache der Pazifisten als Sünderin aus“. Die amerikanische Regierung wünschte mehrfach mit der unsrigen einen Schiedsvertrag abzuschliessen. Ich selbst habe drei Entwürfe fertiggestellt, einen mit Staatssekretär Root, einen andern mit Knox, den dritten mit Bryan. Alle drei wurden in Berlin verworfen, und infolgedessen stellten die Amerikaner immer an mich die Frage, woher es komme, dass Deutschland die einzige Grossmacht sei, mit welcher die Vereinigten Staaten keinen Schiedsvertrag abgeschlossen hätten.

Wenn auch die Amerikaner unbewusst unter englischem Einflusse stehen, müssen wir uns doch hüten, sie einfach, wie das bei uns meistens geschieht, als Angelsachsen zu bezeichnen. Die Amerikaner nennen sich selbst in ihrem eigenen Lande niemals Angelsachsen. Diese Bezeichnung wird von den Engländern angewandt, wenn sie die amerikanischen Vettern für sich reklamieren wollen. Gelegentlich gebraucht einmal ein Amerikaner diesen Ausdruck, wenn er in London eine Verbrüderungs-Tischrede hält. Als Regel gilt aber, dass die Amerikaner Amerikaner und nichts anderes wie Amerikaner sein wollen. Am 11. Mai 1914, bei der Feier zum Gedächtnisse der in Vera-Cruz gefallenen Krieger, sagte Präsident Wilson in einer seiner schönsten Reden: „Denkt daran, wie wahrhaft unseres Blutes diese Männer waren. Ich meine unseres amerikanischen Blutes, das nicht einem einzelnen Lande, Stamm oder Sprache der neueren Welt entstammt, sondern freie Menschen in aller Welt haben ihre Söhne, ihre Brüder und ihre Töchter in unser Land gesandt und unsere grosse zusammengesetzte Nation geschaffen, die aus allen stärksten und besten Elementen der Welt besteht. Mit tiefem Interesse bin ich der Listeder Toten mit ihrem Gemische von Namen gefolgt, denn die Namen tragen die Zeichen der verschiedenen Volksstämme, aus denen diese Männer hervorgegangen waren. Aber sie sind keine Iren mehr, keine Deutschen, keine Franzosen, keine Juden oder Italiener. Sie waren es nicht mehr, als sie nach Vera-Cruz gingen, sie waren Amerikaner, jeder einzelne von ihnen, und ihr Amerikanertum war durch ihre verschiedene Abstammung nicht unterschieden. Sie waren in einem besonderen Sinne unseres Blutes und haben es dadurch bewiesen, dass sie sich von unserem Geiste beseelt zeigten, dass sie ohne Rücksicht auf ihre Abstammung, ohne Rücksicht auf ihre Herkunft, das dachten, wünschten und taten, was amerikanisch war; und die Flagge, unter der sie dienten, sammelt alles Blut der Menschheit in eine freie Nation.“

Obige Worte Wilsons geben auch den Schlüssel zu der Haltung der Amerikaner deutscher Abstammung. Wohl hängen diese fast ausnahmslos mit inniger Liebe an ihrer alten Heimat, aber sie sind Amerikaner ebensogut wie alle anderen. „Germania ist unsere Mutter, und Columbia unsere Braut“, sagte Karl Schurz und charakterisierte mit diesen Worten das Verhältnis prägnant und richtig. Wie ein Mann „Vater und Mutter verlässt, um einem Weibe anzuhangen“, so gibt auch

der sogenannte „Deutsch-Amerikaner“ seinem neuen Heimatlande den Vorzug, wenn es zu einem deutsch-amerikanischen Konflikte kommt. Er wird aber immer Alles tun, was in seinen Kräften steht, um einen solchen Konflikt zu verhindern. Auch für die schwierige und peinliche Stellung der Amerikaner deutscher Abstammung fehlte schon vor dem fünfjährigen Kriege bei uns das richtige Verständnis. Die Frage der „Deutsch-Amerikaner“ wurde nicht immer mit Takt behandelt. Namentlich erwartete man zu viel von ihnen. Die Amerikaner deutscher Abstammung haben alle Fehler und Vorzüge der Deutschen in der Heimat beibehalten. Wir dürfen ihnen keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie weniger politisches Interesse und Verständnis haben, als die übrigen Amerikaner. Dafür zeichnen sie sich durch Liebe zur öffentlichen Ordnung, Treue und Arbeitsamkeit in ihren Berufen aus. Die unausbleibliche Folge dieser nationalen Eigenschaften zeigt sich darin, dass die Amerikaner deutscher Abstammung nicht den politischen Einfluss besitzen, der ihnen nach ihrer Zahl gebührte. Beispielsweise führe ich an, dass ich bei meinem Besuche der Stadt Milwaukee von einem irischen Bürgermeister begrüsst wurde, was mich einigermassen überraschte, da die Stadt damals 300 000 Deutsche unter 400 000 Einwohnern zählte.

Die im Vorstehenden geschilderte Sachlage brachte es mit sich, dass die deutsche Politik in den Vereinigten Staaten vor dem fünfjährigen Kriege hauptsächlich die Aufgabe hatte, ein grösseres gegenseitiges Verständnis herbeizuführen. Die Reise des Prinzen Heinrich, der bei dieser Gelegenheit beschlossene regelmässige Professoren-Austausch, das Amerika-Institut in Berlin und ähnliche mehr oder minder erfolgreiche Unternehmungen dienten alle dem gleichen Zwecke. Entsprechend den amerikanischen Gepflogenheiten musste diese Arbeit in breiter Öffentlichkeit vor sich gehen, wodurch der Nachteil unvermeidlich war, dass sie in beiden Ländern nicht einverstandene Elemente zum Widerspruche gereizt wurden. Leider fiel ein Teil unserer Presse konsequent der amtlichen deutschen Vertretung in Washington in den Rücken, während im allgemeinen unsere Zeitungen nicht genügend Interesse für Amerika an den Tag legten. Es gab dort nur wenige deutsche Korrespondenten, und die vorhandenen waren viel zu schlecht bezahlt, um wirkliche Fühlung mit amerikanischen Kreisen halten zu können.

In dem Aufklärungs-Kampf, welchen wir in den Vereinigten Staaten führten, tauchten immer wieder zwei alte Vorwürfe, wie die bekannte Seeschlange, gegen uns auf, nämlich die Zwischenfälle von Manila und Venezuela. Heinrich Friedjung sagt über den ersteren: „Überflüssiger Weise verfiel die deutsche Regierung auf den Gedanken, ihr ostasiatisches Geschwader unter Admiral Diederichs gerade in dem Zeitpunkte vor Manila erscheinen zu lassen, in welchem 1898 die Entscheidung über die Philippinen fiel. Das geschah bloss aus unpraktischem Kraftgefühl ohne jede verletzende Absicht.“ Diese Kritik ist zum Teil berechtigt. Doch lag die Sache wesentlich anders, indem der amerikanische Gesandte Andrew White, in Berlin hatte durchblicken lassen, dass die Vereinigten Staaten die Philippinen nicht zu behalten gedächten, und daher nichts dagegen einzuwenden hätten, wenn Deutschland diese Inseln erwerben wolle. Andrew White hatte seine Instruktionen überschritten und wurde von seiner Regierung getadelt. Immerhin lag ein Missverständnis vor, auf Grund dessen das Berliner Auswärtige Amt in gutem Glauben gehandelt hatte. In der öffentlichen Meinung Amerikas blieb aber der Stachel haften, dass Deutschland gegen die Union habe Zeugnis ablegen wollen.

Ein ähnliches Ergebnis hatte der Venezuela-Konflikt von 1902, bei welchem es sich um Reklamationen gegen die venezolanische Regierung handelte. Deutschland und England stellten damals gemeinsam ein Ultimatum und verhängten, nachdem dieses unbeachtet blieb, die Blockade über einige venezolanische Häfen. Der in Bewegung gesetzte Apparat war im Verhältnis zu den deutschen Forderungen viel zu gross. Die erste Anregung zu der gemeinsamen Aktion ging zwar von englischer Seite aus, es wäre aber unsererseits klüger gewesen, diese Anregung zu überhören. Der amerikanische Widerspruch gegen ein solches Vorgehen europäischer Mächte in Südamerika war mit unbedingter Sicherheit zu erwarten und ebenso liess sich voraussehen, dass England, seiner Gewohnheit entsprechend, vor den Vereinigten Staaten zurückweichen würde, sobald deren Missfallen deutlich erkennbar war. Als die amerikanische öffentliche Meinung mit Heftigkeit protestierte und dabei als feststehend betrachtete, dass Deutschland in Venezuela Fuss fassen wollte, fiel uns die englische Presse in den Rücken mit der Behauptung, die Aktion sei von Deutschland einge-

leitet, um England und die Vereinigten Staaten miteinander zu verfeinden. Als Ergebnis der Angelegenheit blieb die Auffassung in Amerika zurück, dass Deutschland die Monroe-Doktrin antasten werde, sobald es dazu die Macht habe.

Wilson bezog das Weisse Haus in Washington ungefähr ein Jahr vor dem fünfjährigen Kriege und eröffnete seine Amtsführung mit vielen inneren Reformen. Dann folgte die amerikanisch-mexikanische Krisis. Es war daher kein Anlass gegeben, der zur Verbesserung oder Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen hätte führen können, wenn wir von dem vorerwähnten Schiedsabkommen des Staatssekretärs Bryan absehen. Als der Krieg ausbrach, lagen die Verhältnisse so, dass einerseits jedenfalls unter dem geschilderten englischen Einflusse auf eine überwiegende Parteinahme der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten für die Entente zu rechnen, dass aber anderseits infolge der allgemeinen dortigen Gleichgültigkeit gegenüber europäischen Vorgängen und der starken pazifistischen Tendenzen kein Eingreifen Amerikas zu erwarten war, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintraten.

---

7. Abschnitt.

Japans Ausdehnungs-Bestrebungen.

Von Generalmajor z. D. Dr. **Karl Haushofer**,

Privatdozent an der Universität München

Literatur:

Dr. O. Franke, Ostasiatische Neubildungen, Hamburg 1911, Boysen. — Dr. Ernst Grünfeld, Die japanische Auswanderung, Tokyo 1913, Hobunsha. — Karl Haushofer, Dai Nihon (Grossjapans Wehrkraft, Weltstellung u. Zukunft). Berlin 1913, Mittler. — Dr. Rudolf Kjellén, Grossmächte der Gegenwart, Leipzig—Berlin 1915. — Dr. O. Nachod, Japan, in Ullsteins Weltgeschichte. — Dr. Karl Rathgen Die Japaner und ihr Wirtschaftsleben, Leipzig 1905, Teubner. — Derselbe, Die Japaner in der Weltwirtschaft 1911. — J. J. Rein, Japan, Leipzig 1905, Engelmann. — Dr. Ernst Schultze, Die japanische Auswanderung, Petermanns Geogr. Mittlgen. 1915 m. Karte v. Langhans. — G. E. Uyehara, Political Development of Japan 1867—1909, London 1910, Constable.

Japans neuere Ausdehnungsbestrebungen sind auf einen Anstoss von aussen zurückzuführen, — wie nach einem Gesetz des räumlichen Wachstums der Staaten fast alle Reichsentwicklungen —: auf die 1854 von dem amerikanischen Kommodore Perry vollzogene gewaltsame Öffnung Alt-Japans, das bis dahin abgeschlossen und autarkisch in einem sozial-aristokratisch organisierten, überaus künstlichen Gleichgewicht verharrte.

Die Ausdehnung des Reiches war geographisch in drei Grundrichtungen vorgezeichnet, in denen sich das im XVII., XVIII. und in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts den Drang nach aussen zurückstauende Inselreich, solange es Beharrungsgebiet blieb, durch neutrale Kolonialgebiete, Kondominien und Puffer-Bildungen zu schützen versucht hatte:

1. über die Nordinseln hinweg: Kolonial-Insel Yezo (Hokkaido), Kondominium mit Russland in Sachalin (Karafuto), 1875 gegen Alleinbesitz der Kurilen aufgegeben, 1905 bis zum 50. Breitegrad wiedererlangt, nun wohl ganz in den Machtbereich gezogen;

2. über die südlichen, vulkanischen Ausläufer der Inselbogen hinweg, in der Richtung des Fuji-Bogens über Bonin-(Munin) und Vulkan-Inseln gegen die Marianen und den früheren deutschen Südseebesitz, und längs der Ryukiu-Inseln (seit 1609 Kondominium der Fürsten von Satsuma mit China, ab 1876 japanischer Alleinbesitz) gegen Formosa (Taiwan), einst im Machtbereich jap. Seeräuber (Bahan) und von diesen der holländischen Seemacht abgejagt, 1683 an China verloren;

3. über die Landbrücke von Korea, das letztmals von 1592 bis 1598 von Japan verheert und seither durch die Wächterinsel Tsushima und die in der Betätigung sehr beschränkten Handels-Niederlassungen Fusan und Gensan beobachtet worden war.

Auch in der Zeit der grössten Schwäche und Gefährdung des Reiches, während der Umformung (Evolution), die dem Anstoss der Amerikaner und der sich unmittelbar anschliessenden Einmischung der Westmächte folgte, — als Russland nach Yezo und Tsushima, England nach Port Hamilton griff, Frankreich friedliche Durchdringung des Ganzen plante, und die Hafenstädte Shimonoseki und Kagoshima unter deren Geschützen lagen, — war die Anspruchs-Anmeldung in den drei Grundrichtungen der Ausdehnung doch keinen Augenblick aufgegeben worden.

Starke, volkstümliche Strömungen des hochentwickelten Nationalgefühls suchten die noch unbereiten Kräfte der neuen staatlichen Lebensform vorzeitig auf die Bahn der Ausdehnung zu drängen, zur Sicherung des früh als unbedingt notwendig erkannten Entwicklungsraumes. Zu ihrem Wortführer machte sich einer der Reichsreformer, Feldmarschall Saigo; es bedurfte der lebensgefährlichen Kraftprobe des Satsuma-Aufstandes, damit die besonnenen Führer, wie Okubo, Iwakura mit ihrer Erkenntnis von den noch unzulänglichen Machtunterlagen Japans obsiegen und zuerst die innere Festigung des verjüngten Staates durchführen konnten. Dass damit aber nur aufgeschoben, nicht aufgehoben sein sollte, was die Volksseele genau so, wie ihre Führer als Daseinsbedingung erkannt hatte, dass der Satsuma-Krieg also nur eine Tempofrage, nicht eine Wachstumsfrage entschied, stand schon Mitte der siebziger Jahre fest.

Um diese Zeit erfolgte die erste Festigung der Reichsmarken nach aussen: im Norden durch die Beendigung der seit 1855 aufgedrängten Gemeinherrschaft mit Russland auf Sachalin, durch dessen Überlassung an Russland gegen den Alleinbesitz der Kurilen 1875; im Süden durch die erste Formosa-Expedition, 1874 begonnen, die immerhin 1876—1879 die Einverleibung der Ryukiu-Inseln in das Inselreich brachte; im Westen durch die Auseinandersetzung mit Korea, die bewies, dass Japan willens war, den Fuss in der von ihm geöffneten Türe nach dem Festland zu behalten. Diesem ersten Vorstoss folgte eine vorübergehende Ablenkung auf die inneren Verfassungskämpfe, wie es überhaupt für die Wachstumsvorgänge des jap. Reichs bezeichnend ist, dass sie einen rhythmischen Wechsel zwischen Pausen der Ruhe und Sammlung und bemessenen Ausbruchsstössen zeigen, die bisher regelmässig immer um die Mitte der Jahrzehnte aufgetreten sind: 1874, 1884, 1894, 1904, 1914 (Meiji 7, 17, 27, 37, taisho 3 jap. Zeitrechnung) sind die leicht zu behaltenden Jahreszahlen dieser Ausbrüche.

Im Gegensatz zu der Periode von 1874, die zunächst im Norden und Süden gefestigte Verhältnisse schuf, leitet die Periode von 1884 Ausdehnungs- und Wander-Bewegungen nach Osten und Westen ein, nach Korea und Hawaii. Hier zeigt sich schon im Keim der Gegensatz einer mehr vom Volksempfinden getragenen Wanderausdehnung nach den Südinseln, in die warmen Meere und über den grossen Ozean (Tai-hei-yo) zu den Hochlohn-Gebieten im Osten und Süden, und der von den herrschenden Kreisen bevorzugten Staats-Entwicklung nach Nordwesten, in der Richtung des schwächsten Widerstandes, aber geringerer Siedelungsgunst.

In beiden Richtungen wird 1884 zu einem kritischen Jahr: es nötigt zu Einsprüchen gegen englisches Handlegen auf Port Hamilton (Quelpart-Insel) französisches auf die Pescadoren und die Formosa-Strasse, und lässt, in Vorbereitung der eigenen Ausdehnung, die Bewegung gegen Korea wieder aufnehmen, die 1894 zum japanisch-chinesischen Krieg führt, und in der weiteren Folge zunächst zu der sogenannten zehnjährigen Unabhängigkeit von Korea, nach der Besetzung von Korea und Formosa, von denen nur die von Formosa endgültig bleibt, und zum ersten Fussfassen in Port Arthur.

Die Welle von 1894/95 bringt ein Kompromiss, indem sich zum ersten Male die Grundrichtungen der Reichsentwicklung bis zum Weltkriege und der Grundriss zum Bau der ostasiatischen Grossmachtstellung verraten, wenn auch durch einen Rückschlag wieder verwischt (Shimonoseki, an dem Deutschland entscheidenden Anteil hatte), aber im Verein mit der 1900 während der chinesischen Wirren gezeigten Kraft und Klugheit deutlich genug, um England, der Weltmacht mit der feinsten Witterung, die Bundesfähigkeit des neuen und doch uralten Reiches, der ältesten und jüngst-wiedergeborenen der grossen Mächte darzutun. Die Überlegenheit des Inselreiches

über den zahlen- und massengewaltigen, aber unbehilflichen Festlandstaat China wird bewiesen, Formosa japanisch, die jap. Hypothek auf Fukien anerkannt, Korea wird von China als Kampfpreis für das Kräftespiel zwischen Russland und Japan um die Halbinsel freigegeben, während China sich aus diesem Ringen zurückzieht. Nur Port Arthur muss wieder aufgegeben werden, vor allem unter dem Druck der deutschen Einwirkung, denn mit Russland und Frankreich allein war Japan damals schon willens, den Zusammenstoss durchzuhalten, des stillschweigenden Wohlwollens der Angelsachsen versichert. In der Uebernahme dieser entscheidenden Rolle beim Zurückdrängen Japans von einem lebenswichtigen Ausdehnungsziel liegt wohl — trotz scheinbarer zeitlicher Vorteile — der folgenschwerste Fehlgriff deutscher Ostasien-Politik.

1895 bis 1904 konzentriert sich die staatliche Ausdehnungskraft auf die Vorbereitung zum Schritt auf die Gegenküste und zum Ansatz der meerumspannenden Reichsentwicklung um die Japan-See (Nihon-kai). Ein friedlicher Ausgleich zwischen dem russischen Imperialismus, mit seinem Griff weit über die Daseinsbedingungen des russischen Volks hinaus, und dem japanischen Abwehr-Instinkt, der an der Mündung einer Lebensader keine eroberungslustige Grossmacht dulden konnte, erwies sich als unmöglich. Der russisch-japanische Krieg musste ausbrechen, wurde von Russland als ein der Volksseele fremder Kolonialkrieg, von Japan als Kampf ums Dasein geführt, und dementsprechend beendet; er brachte Japan zwar scheinbar nicht die erhofften Früchte, nur die Südspitzen von Sachalin (Karafuto) bis zum 50. Breitegrad und der Mandschurei, in Wahrheit aber freie Hand in Korea und die Vorherrschaft in Ost-Asien.

Zunächst blieb die gewonnene Vormachtstellung zwar freilich durch die Schuldknechtschaft verschleiert, in die der mit Überanstrengung seiner Geldwirtschaft nach oben strebende Staat bei den grossen Geldmächten geraten war. Sie äusserte sich aber schon 1910 in der Einverleibung Koreas und in der durch Fürst Ito erfolgreich angebahnten Interessen-Gemeinschaft mit dem überwundenen russischen Gegner, die sich unmittelbar in den Vereinbarungen über Küstenfischerei und Flusschiffahrt, mittelbar in der gemeinsamen Abweisung der amerikanischen Eisenbahnpläne in der Mandschurei und Mongolei erwies. Der sogenannte Knox-Vorschlag zu einer Neutralisierung der mandschurischen Bahnen vereinigte Russland und Japan zur Abwehr mit dem Zweck, Dritte aus dem Raume Wladiwostok—Port Arthur—Chingan fernzuhalten. Da die Regie Amerikas versagt hatte, wurde die Niederlage seiner Politik vor der ostasiatischen viel schonungsloser offenbar, als in dem Ringen um die Wanderziele im Grossen Ozean die Rückzüge der japanischen Politik vor dem amerikanischen Zugriff in Hawaii und der vorbeugenden Abwehr in den Weststaaten der Union.

Schroffe Überschneidung der Interessen traf sich in Hawaii: die reiche Inselgruppe, Flottenstützpunkt ersten Ranges, Bedarfsgebiet für Plantagen-Arbeiter und Ziel der Unterwanderung infolge des raschen Hinschmelzens der einheimischen Bevölkerung, suchte gerade zu der Zeit (1884) Arbeitskräfte, als sich in Japan der Bevölkerungsdruck, zur Auswanderung drängend, im Süd-Westen geltend zu machen begann, und das Inland noch keine hinreichende Verwendungsmöglichkeit bot. Angebot und Nachfrage ergänzten sich; einer guten Organisation gelang es, in so kurzer Zeit eine japanische Arbeiterbevölkerung auf den siedelungsgünstigen Inseln unterzubringen, dass in einem Jahrfünft aus den Helfern eine Zahlenübermacht wurde, die über die Hälfte, mit den andern Ostasiaten fast zwei Drittel der Bevölkerung ausmachte, und die ohne den Zugriff der Vereinigten Staaten (1898) zur völligen Erfüllung der Inseln mit Japanern geführt hätte. Die Gefahr der japanischen Einwanderung konnte den dünnbevölkerten Randstaaten des Grossen Ozeans um so bedenklicher scheinen, als die ostasiatische Wanderbewegung von Hawaii aus weiter nach Kalifornien und nördlich floss und nur durch Vereinbarungen mit der japanischen Regierung und durch deren gütlich erlangte Einwirkung mit Hilfe der klugen Auswandererschutz-Gesetzgebung und der staatlichen Wandereinrichtungen abgelenkt werden konnte. Aber diese Ablenkung nach Süden (Mexiko, Peru, Brasilien, chilenische Küstenfischerei), zunächst als Aushilfe begrüsst, wird späterhin als Druck empfunden, wenn auch die Zahlen selbst dem gemachten Aufheben nicht entsprechen, namentlich im Vergleich zur chinesischen Wanderbewegung, deren Zahlen — neun Millionen mindestens im Süden, sechs vermutlich in Mandschurei und Ostmongolei — wenig mehr als eine halbe Million Aussenjapaner gegenüber steht.

Ein Überblick der japanischen Reichsentwicklung, Staatsausdehnung und Volks-Wanderbewegung gibt vor dem Weltkrieg folgendes Bild: Alt-Japan, in dem die grosse Nordinsel Yezo (Hokkaido) im Verhältnis zum Reichs-Neuland eine vermittelnde Stellung einnimmt (dünnbesiedelt, Bevölkerungsdichte 12, 1½ Millionen Menschen auf einem Erdraum, 2000 qkm grösser als Bayern, mit günstiger Küstengliederung und reich an Bodenschätzen) ist am klarsten nach dem Vollgeltungsbereich des japanischen Rechtes vom Neuland abzugrenzen, weil aus ihm hervorgeht, welche Landesteile man selbst in jeder Richtung für voll rechtswertig und kulturreif hält.

Vom Vollgeltungs-Bereich des japanischen Rechtes ausgeschlossene, mithin dem Reichsneuland beizuzählende Teile sind:

1. die 1875 durch Vertrag mit Russland erworbenen Kurilen (Chishima): die unterseeische Fortsetzung der Inselbögen in nordöstlicher Richtung — im Übergang zur völligen Ausgleichung begriffen;

2. die 1879 von China durch Vertrag erworbenen Liukiu-Inseln (Ryukiu, Okina-wa-ken), und die 1876 besetzten Bonin-Inseln (Ogasawara-Inseln oder Muninto) mit den 1891 wieder als japanischer Besitz anerkannten Vulkan-Inseln: die beiden unterseeischen Südrücken, die von den Vulkanen der fossa magna auf der Hauptinsel und von Kyushu ausstreichen — ebenfalls im Übergang;

3. die im China-Krieg von 1895 gemachten Erwerbungen: Formosa (Taiwan) und die zugehörigen Inselgruppen, die Pescadoren (Ho-ko-to): die westliche Inselbrücke zur Umrandung des Philippinen-Beckens;

4. Die im Russenkrieg 1905 gemachten Erwerbungen: Sachalin (Karafuto) samt den benachbarten Inseln bis zum 50. Grad und das Pachtgebiet Kwantung mit zugehörigen Rechten: die beiden umfassenden Wachstum-Spitzen (Ratzel) gegen den Nordwest-Abschluss der meerumspannenden Reichsentwicklung um die Japan-See, und hier zunächst

5. das 1910 als einverleibt erklärte, 1911 als einverleibt anerkannte Korea (Chosen) als Südwestrahmen dieses meerumspannenden Reiches, endlich

6. die territorialen Sonderrechte der südmandschurischen Eisenbahnzonen mit ihren Ergänzungs-Konzessionen.

Mit dieser Aufzählung ist der Bereich des japanischen Staatswachstums von der Überwindung der insularen Trägestauung 1854 bis 1914 umrissen, Neu-Japan (Shin-Nihon) in seinem vor dem Weltkrieg erreichten Umfang zugleich mit dem Bild seines Hineinwachsens in seinen natürlichen Erdraum gezeigt.

Als geopolitische Hypotheken sind noch zu erwähnen: Mandschurei und Ost-Mongolei, die Fischereirechte in den russischen Randmeeren mit zugehörigen Küstenbetrieben, die Anbahnung der Schiffahrt auf den mandschurischen Strömen, schliesslich die Anwartschaft auf Fukien, die Gegenküste der Formosa-Strasse, die vertragsmässig von China an keine andere Macht abgetreten werden darf: ein deutliches „Hände weg!“ für andere als Ostasiaten im Bereich des ostchinesischen Meeres.

1914 tritt dann Kiautschau und die deutsche Schantung-Stellung, sowie der deutsche Inselbesitz in der Südsee nördlich des Äquators hinzu, hier den Umkreis des südlichen Inselbogens fast abschliessend; im Norden neue Erweiterung der Küsten- und Fischerei-Rechte in der russischen Küstenprovinz, Schiffahrt auf Sungari, Amur und Ussuri, mit der Eisenbahnzone zusammen, die bis Charbin erweitert wird: die vorgezeichneten Umfassungslinien der Festland-Front des meerumspannenden Reiches.

Eine Gesamtentwicklung von geographischer Logik und grossem Wurf!

Japans Auftreten in Hawaii, der einzigen Stelle, wo der Ausdehnungserfolg hinter den Wunschzielen zurückblieb, ist Übergangserscheinung zwischen Staatwachstum und Auswanderung. Es war allerdings 1885 von aussen, von Hawaii aus angeregt, als reine Arbeiter-Einfuhr, und entwickelte sich zum Ausdehnungsziel erst durch den über Erwarten grossen Ansiedlungserfolg: die zum Pflücken reifende geopolitische Frucht wurde aber durch die Vereinigten Staaten abgeschnitten, trotz der japanischen Mehrheit unter dem Völkergemisch der Inselgruppe, das durch sein labiles Gefüge auffällt. Die Urbevölkerung war 1825 auf einige 140 000 gesunken, und ging, während die

eingewanderte wuchs, in reissender Abnahme zurück auf rund 40 000 (1890) und 30 000 (1900), sichtlich dem Aussterben entgegen. Im gleichen Zeitraum hatte die Zahl der Japaner von 12 360 auf 62 122, der Chinesen von 15 301 auf 25 724 zugenommen: eine ähnliche Unterwanderungserscheinung, wie bei den Polen in Westfalen. Es ist auch schon der Ausdruck „maritimer Sachsengängerei" für die ostasiatische Auswanderung nach Hawaii und Westamerika geprägt worden.

Durch keine Ausnahmegesetzgebung ist das Einwandern der unter amerikanischer Flagge geborenen Kinder der ostasiatischen Rassen von Hawaii nach Amerika zu verhindern, wenn sich auch sonst durch beiderseitiges Entgegenkommen Auswege gegenüber einer unerwünschten Überflutung der dünnbesiedelten pazifistischen Randgebiete gefunden haben. Mit ihren Volksdichten von unter 0 bis 10 und vereinzelt etwas über 20, hohen Löhnen und guten Lebensbedingungen sind die Gegenufer des Stillen Ozeans natürliche Menschen-Saug-Gebiete gegenüber Druckgebieten mit über 200 Volksdichte, Unterlöhnung und Unterernährung.

In diesem künstlich unterbundenem Ausgleich spiegeln die Vorgänge auf Hawaii im Kleinen die Wanderbewegungen über den Grossen Ozean treuer wieder, als irgend eine andere Spannungsstelle und vermitteln den Übergang von der Erkenntnis der japanischen Staats-Ausdehnung zur reinen, über den Rahmen des Rassen-Reiches hinausstrebenden Volks-Ausbreitung. Sie kann hier nur kurz zusammengefasst werden. Noch ist eine Million nicht erreicht: Massen zwischen 100 000 und 200 000 flossen nur nach den Weststaaten Amerikas und Hawaii, nach Korea und China, zwischen 100 000 und 50 000 nach der Südsee und der Mandschurei, zwischen 20 000 und 5000 nach Canada, Mexiko, Peru, Brasilien und Russisch-Nordost-Asien (dünne Schicht von Händlern, Fischern und Handwerkern) noch kleinere Zahlen (um 2000) nach Australien (unterbunden!), Niederländisch-Indien, Malaien-Halbinseln und Philippinen. (Genaue Zahlen bei Grünfeld.)

Nicht in der Masse also lag der Eindruck begründet, den die japanische Einwanderung bei den Wirtsvölkern hervorrief, (der sich ebenso unverhältnismässig laut in der Presse geltend machte, wie der Ruf nach Förderung und planmässiger Leitung der Auswanderung in der japanischen) sondern in dem dahinter stehenden Rassenwillen und Rassengefüge, und der Furcht der Wirtsvölker vor deren organisatorisch überlegener Staats-Unterstützung, schliesslich in der Erfahrung von der Unangleichbarkeit und dem faktiösen Zusammenhalten der neuen Gäste. Begründet ist diese Furcht also eigentlich in der Überlegenheit von Charakter und Willen, der geschlossenen Einheit von Rasse und Kultur der staatlichen Lebensform, die sie aussandte, die aber — was man nie vergessen darf — gerade von denen g e z w u n g e n wurde, ihre Abgeschlossenheit dem freien Wettbewerb des Weltverkehrs zu opfern, vor denen sich nun die Folgen dieser Erschliessung störend und drohend aufrichten.

Unter den sichtbarsten Trägern der japanischen Ausdehnungsbewegung standen vor dem Weltkrieg voran: Die planmässig vom Staat überwachten und durch eine weitgehende Auswanderer-Schutzgesetzgebung fest in die Hand genommenen Auswanderer-Gesellschaften (denen z. B. die Verpflichtung kostenloser Rückbeförderung nicht einschlagender Auswanderer, Fernhalten Unerwünschter, Bürgschaftshinterlegung für Minderbemittelte auferlegt waren, die eine weitere Einschränkung erfuhren durch Staatsberatung und das sogenannte Gentleman-agreement von Takahira-Root über Austausch Erwünschter zwischen Amerika und Japan). Ferner das sprunghaft entwickelte Seetransport-Gewerbe, gefördert durch ein klug die Mitte zwischen dem deutschen, englischen und französischen haltendes Unterstützungs-System, ebenso, wie der Schiffbau, aber doch so, dass die wesentlichsten Fortschritte aus eigener Kraft geschehen mussten. Erst als sich die Schifffahrtsgesellschaften durch völligen Verzicht auf die Subsidien der Staatsaufsicht ganz entziehen wollten, wurden sie — ähnlich wie in Australien — durch Gesetze und Verordnungen an den sozialen Zügel genommen, um einseitiges Ausbeuten günstiger Lagen auf Kosten der Gesamtheit zu verhindern. Dann die gemischten, aus Staatsanteil und Privat-Initiative aufgebauten Eisenbahn-Gesellschaften des Festlandes (auf den Inseln selbst ist das Staatsbahnsystem durchgeführt), endlich die Hochseefischerei und die Meerbetriebe, im Ganzen rund 2 Millionen unmittelbar ernährend, während mittelbar die Meer-Ernährung eine noch mehr ausschlaggebende Rolle spielt, als bei irgend einer der grossen Weltmächte, selbst England nicht ausgenommen.

„England in neuer Form, nur mit dem Unterschied, dass in Japan die Kulturseite dem Meere zugekehrt ist,“ sagt Kjellén in seinem treffenden Reichsbild Japans. In Japan selbst nennt man die pazifische Seite Omotto-Nihon, d. h. Gesichts-Japan, die festlandwärts gewendete ura-Nihon: Rückseite. Richthofens Urteil soll an anderer Stelle zu Wort kommen; das sichtbarste Stück der japanischen Entwicklungskette von 1854 bis 1914 wurde von Ratzel in das beste Licht gerückt:

„Die Bildung eines neuen grossen Inselstaats ist das Greifbarste und zunächst entscheidende in dem Hervortreten einer nordpazifischen Macht, mit der die Staatskunst des Abendlandes rechnen muss.“ . . . .

„Das einzige Stück der politischen Rüstung Japans von bleibender Stärke bleiben die geographischen Vorteile des japanischen Archipels. Er hat dieselbe Lage auf der Ostseite des grössten Erdteils, wie die, von der aus auf der Westseite England seine Weltmacht ausgebreitet hat. Er hat den Vorzug vor dem britischen, dass er dem grössten Meere der Erde angehört, und tiefer gegen die Tropen hinabgerückt ist. . . . . Dass diese Inseln grossenteils fruchtbarer sind, wiegt vielleicht zum Teil ihren geringeren Kohlen- und Eisenreichtum auf“ — (der übrigens für die Nordinseln noch nicht erwiesen, auch durch Petroleum und die Bodenschätze des unterdessen einverleibten Festlandes ergänzt wird) — „allen Eindrücken und Anregungen weit offen, und zugleich fähig zu sein, sie im Schutze einer geschlossenen Persönlichkeit sicher zu verarbeiten, darin liegt die Gewähr des Wachsens der Lebens-Entwicklungen bis zur höchsten Vollendung.“

Jedes weitere Werturteil eines weniger Berufenen würde nur abschwächen. Wenn ein wissenschaftlich geschultes, geopolitisch klar blickendes Auge, wie das des deutschen Gelehrten, schon 1895, also vor dem Missgriff von Shimonoseki, vor der wiederholten Ablehnung japanischer Annäherungsversuche so richtig in die Zukunft gesehen hat, für die nur England mit feiner Witterung die praktischen Folgerungen zog, so beweist das, dass zwischen der hochentwickelten deutschen Erdkunde und der deutschen Staatslenkung die befruchtende Verbindung gefehlt hat.

8. Abschnitt.

Vom Dreikaiserbündnis bis zum Zweibund. — Die Entente und die Einkreisung Deutschlands.

Von Geh. Hofrat Dr. **Felix Rachfahl,**

o. Professor der Geschichte an der Universität Freiburg i. Br.

Literatur:

F. H. Geffcken, Frankreich, Russland und der Dreibund. Aufl. II, o. J.; Daudet, histoire diplomatique de l'alliance franco-russe 1894; Bismarck, Gedanken und Erinnerungen II, 1898; L. Chiala, La triplice e la duplice alleanza. Aufl. II, 1898; Die Entstehung des deutsch-österreichischen Bündnisses in M. Busch, Tagebuchblätter III, 1899; L. Freiherr v. Chlumecky, Österreich-Ungarn und Italien, Aufl. II, 1907; Tardieu, La France et les alliances 1909; Ed. v. Wertheimer, Graf Julius Andrássy, Sein Leben und seine Zeit, 3 Bände, 1913; A. Singer, Geschichte des Dreibundes. 1914. A. C. Coolidge, Origins of the Triple Alliance, 1917; W. Fraknoi, Kritische Studien zur Geschichte des Dreibundes, 1917; A. F. Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. 1920.

Der Dreibund von 1882 ist eine Erweiterung des deutsch-österreichischen Schutzbündnisses von 1879, und dieses ist das gemeinsame Werk derjenigen beiden Staatsmänner, die damals die deutsche und die österreichische Politik leiteten, des Fürsten Bismarck und des Grafen Julius Andrássy, beide trafen sich mit ihren auf die Herstellung eines festen und guten Einvernehmens zwischen ihren beiden Reichen gerichteten Bestrebungen.

I. Die Vorgeschichte des deutsch-österreichischen Zweibundes von 1879.

Die Vorgeschichte der deutsch-österreichischen Allianz reicht weit zurück, man kann sagen, bis auf das Schlachtfeld von Königgrätz. Es war damals Bismarcks Bestreben, den Frieden so zu gestalten, dass in der Folgezeit ein deutsch-österreichisches Einverständnis wieder möglich würde. Als an der Stelle des deutsch-feindlichen Grafen Beust im Herbst 1871 der Graf Julius Andrassy die Leitung der auswärtigen Politik Österreichs übernahm, bahnte sich in der Tat eine deutsch-österreichische Annäherung an. Österreich fühlte sich damals isoliert und suchte Anlehnung; die junge französische Republik schien dafür nicht geeignet, und an Russland war nur auf dem Umwege über Preussen-Deutschland heranzukommen, da das Verhältnis zwischen diesen beiden Mächten damals noch das denkbar beste war. Andrassy entschloss sich zur Wendung zu Deutschland und damit auch zu Russland: so entstand (1872) das sog. „Dreikaiserbündnis" zwischen Österreich, Russland und Deutschland. Andrassy rechnete von vornherein damit, dass es nicht von Bestand sein würde; er sah es schon damals lediglich als ein Übergangsstadium zu einem deutsch-österreichischen Zweibunde an.

Von Bestand konnte das „Dreikaiserbündnis" schon deshalb nicht sein, weil die Balkanfrage einen Keil zwischen Österreich und Russland trieb. Das Ziel der russischen Balkanpolitik war die Gewinnung der Meeresstrassen, des Bosporus und der Dardanellen, die völlige Befreiung der christlichen Balkanvölker, zumal Vergrösserung von Serbien und Montenegro, Schaffung eines Grossbulgariens als russischer Schutzstaaten. Solchen Bestrebungen widersetzte sich Österreich-Ungarn, es wollte kein grossslavisches Reich auf der Balkanhalbinsel, da es davon eine Rückwirkung auf die innerhalb seiner eigenen Grenzen gesessene südslavische Bevölkerung und insbesondere eine Gefährdung Dalmatiens besorgte; im Gegenteil trachtete Österreich-Ungarn, um seine Stellung an der Ostküste des adriatischen Meeres zu befestigen, nach dem Besitze des Hinterlandes von Dalmatien, d. h. Bosniens und der Herzegowina. Als 1875 in diesen beiden Ländern ein Aufstand gegen die Pforte ausbrach, wurde die orientalische Frage wieder brennend, indem sowohl Russland als auch Österreich nunmehr die Gelegenheit für günstig erachteten, ihre Balkanpläne zu verwirklichen. Russland holte aus zu einem entscheidenden Vorstosse gegen die Pforte; da zeigte es sich bald, dass es sich dabei auf irgend eine Weise mit Österreich auseinandersetzen müsse.

Von Deutschland hing es ab, ob Russland freie Hand für seine Orientpolitik gegen Österreich haben würde. Der Hauptgesichtspunkt der Politik Bismarcks nach 1871 war die Sicherung Deutschlands vor den Gelüsten Frankreichs nach Revanche und Rückeroberung Elsass-Lothringens. Am liebsten hätte Bismarck damals eine dauernde Allianz der drei Kaisermächte und Italiens mit der Spitze gegen das republikanische Frankreich zu Stande gebracht; aber Russland und Italien waren nicht mit Österreich-Ungarn unter einen Hut zu bringen. Um die Mitte der siebziger Jahre hatte er nicht mehr den Eindruck, als ob in einem neuen deutsch-französischen Kriege noch ebenso, wie 1870/71, auf eine wohlwollende Neutralität Russlands gerechnet werden könnte; auch hatten sich die persönlichen Beziehungen der leitenden Staatsmänner, Bismarcks und Gortschakows, damals verschlechtert. Fernerhin glaubte Bismarck, falls es zu einem österreichisch-russischen Orientkonflikte käme, nicht dulden zu dürfen, dass Österreich dann seine Stellung als selbständige Grossmacht einbüsse, weil Russland dadurch ein auch für Deutschland schwer fühlbares Übergewicht in Europa erlangen würde. Im Sommer 1876 machte Russland einen Versuch, sich mit Österreich-Ungarn in der Balkanfrage auseinanderzusetzen. Es fanden Verhandlungen zwischen dem Zaren und Gortschakow einerseits und Kaiser Franz Josef und Andrassy andererseits zu Schloss Reichstadt in Nordböhmen statt; ihr Ergebnis war das sog. „Résumé des pourparlers de Reichstadt du 8. juillet 1876", worin Russland zwar bei einem unglücklichen Kriege gegen die Türkei Österreichs Hilfe in Aussicht gestellt, betreffend Bosnien und die Herzegowina jedoch für alle Fälle bestimmt wurde, dass Österreich hier ein Landgewinn erwachsen solle. Dieser Preis an Österreich für die Erlaubnis zum Angriffe auf die Hohe Pforte schien nun Russland doch wohl zu hoch, und so verlangte der Zar im Herbst 1876 von Bismarck peremtorisch eine Erklärung darüber, ob Deutschland im Falle eines russisch-österreichischen Krieges neutral bleiben würde. Kurz zuvor (im August 1876) hatte Bismarck dem Zaren ein Schutz- und Trutzbündnis angeboten; d. h. wenn Deutschland auf Russlands

Hilfe gegen Frankreich rechnen konnte, wollte es seinerseits den russischen Orientplänen Vorschub leisten. Dieser Antrag war abgelehnt worden, und um so weniger hatte Bismarck jetzt Lust, den des Zaren anzunehmen; er wich eine Zeitlang der Antwort aus und gab schliesslich (Mitte Oktober) den Bescheid, dass Deutschland eine Vernichtung der Grossmachtstellung Österreichs nicht dulden könne. Noch einmal, im November, liess er bei Gortschakow sondieren, ob Russland gegen Unterstützung im Orient auf einen Garantievertrag für Elsass-Lothringen eingehen wolle; Gortschakow winkte ab. Auf dem parlamentarischen Diner vom 1. Dezember und in seiner Reichstagsrede vom 5. dieses Monats betonte Bismarck darauf mit aller Deutlichkeit, dass Deutschland Österreichs Bestand und Integrität nicht antasten lassen würde.

Damit war die Situation geklärt. Russland sah, dass auf Deutschlands unbedingte Neutralität nicht zu rechnen sei. Es konnte daher an Österreich nicht vorbei, sondern musste sich hier auf der Grundlage des Résumé von Reichstadt die Erlaubnis zum Kriege gegen die Türkei einholen; sie wurde erteilt durch die militärische Konvention zu Pest vom 15. Januar 1877 und die sog. convention additionelle vom 18. März zu Wien, die Österreich den Erwerb von Bosnien und der Herzegowina garantierte. Nun erst konnten die Russen losbrechen; als sie aber schliesslich mit rumänischer Hilfe den Sieg errangen, schlossen sie den Frieden von Santo Stefano (3. März 1878), der die Ansprüche Österreichs ignorierte und ein autonomes Grossbulgarien als russischen Schutzstaat schuf, der auch den Russen für ihre Flotte den Bosporus und die Dardanellen freigab. Dagegen protestierten Österreich und England, und auf dem Berliner Kongress (Sommer 1878) musste Russland in der Tat in allen diesen genannten Punkten zurückweichen: die Meeresstrassen blieben gesperrt; Bulgarien wurde verkleinert; Bosnien und Herzegowina kamen an Österreich, und zwar lediglich aus Rücksicht auf die Pforte in der Form einer blossen Okkupation: im Sanschak Novi-Bazar erhielt Österreich militärisches Besatzungsrecht.

In Russland wurde die Schuld an diesem Ausgange des Krieges Deutschland zugeschrieben, das man der Undankbarkeit bezichtigte, da ja die wohlwollende Neutralität Russlands unzweifelhaft die Voraussetzung für die Ereignisse von 1866 und 1870/71 gewesen war. Diese Verstimmung wurde noch dadurch gesteigert, dass Bismarck damals zu zweien Malen, während des Kongresses und bald nachher, ein ihm von Russland angebotenes Bündnis ablehnte. Russland stand damals ganz isoliert; Österreich und England waren seine ausgesprochenen Gegner, und auch Frankreich nahm in der Orientpolitik Stellung wider das nordische Reich; um so schmerzlicher empfand man die deutsche Absage. Für Bismarck war es dabei das Entscheidende, dass ihm ein Bund mit Russland für Deutschland nicht genug Schutz und Nutzen zu gewähren, dagegen der Bildung einer Koalition der übrigen Mächte Vorschub zu leisten schien, deren Bekämpfung lediglich im russischen Interesse gelegen hätte, so dass Deutschland dabei der gebende Teil gewesen und Russland gegenüber in eine Art von dienendem Verhältnisse geraten wäre. Er war sich des Gegensatzes wohl bewusst, in den durch seine Orientpolitik Deutschland zu Russland geraten war, und er hätte sich dagegen gern durch ein Bündnis mit England gesichert. Mehrfach machte er in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre den Versuch, ein solches zustande zu bringen; aber noch wollte Grossbritannien damals nicht aus seiner splendid isolation heraustreten.

II. Die Entstehung des deutsch-österreichischen Zweibundes von 1879 und seine Erweiterung zum Dreibunde 1882.

Durch den Berliner Kongress und die Ablehnung der russischen Bündnisanträge von 1878 war der Draht zwischen Berlin und St. Petersburg gerissen, und der Verlauf der Entwicklung zwang Bismarck bald, noch weitere Konsequenzen aus seiner bisherigen Politik zu ziehen, d. h. Österreich die Hand zum Bunde gegen Russland zu reichen. Die Reibungsflächen zwischen Russland und Deutschland vermehrten sich, zumal bei der Ausführung der Berliner Kongressbeschlüsse; auf russischer Seite beschwerte man sich über die dabei tätigen deutschen Kommissare; schliesslich ging man zu Drohungen über, als deren Höhepunkt ein direkter Brief des Zaren (vom 15. August 1879) an Kaiser Wilhelm I. erscheinen musste. Sie bestärkten zusammen mit den grossen Rüstungen, die Russland eben damals an seiner Westgrenze vornahm, und die nur gegen Deutschland oder Österreich gerichtet sein konnten, und bei dem Einflusse, dessen sich der als Deutschenhasser be-

kannte Kriegsminister Miljutin in Russland damals erfreute, Bismarck in der Überzeugung, dass sich dieses auf einen „Krieg mit Europa" einrichte. Gegen diese Gefahr glaubte Bismarck ein festes Bündnis mit Österreich begründen zu müssen, und auf seine Anregung hin fanden erste Besprechungen darüber zwischen ihm und Andrassy vom 26. bis zum 28. August in Gastein statt, die Mitte September in Wien fortgesetzt werden sollten. Es gab dabei freilich eine Hauptschwierigkeit für Bismarck, nämlich den Kaiser Wilhelm für den Plan zu gewinnen. Dieser war mit seinem Neffen, dem Zaren, aufs innigste befreundet, und Alexander II. hatte inzwischen eingesehen, dass er mit seinem Briefe vom 15. August den Bogen überspannt hatte. Er gab darüber beschwichtigende Erklärungen ab, und es fand darauf am 3. September zu Alexandrowo bei Thorn eine Zusammenkunft der beiden Kaiser statt, durch die Wilhelm I., von des Zaren Liebenswürdigkeit ganz bestrickt, in eine so „russische Stimmung" versetzt wurde, dass Bismarck mit Mühe und Not die Vollmacht zur Fortführung der Verhandlungen mit Österreich erlangen konnte: während Andrassy Russland als Gegenstand des deutsch-österreichischen Schutzbündnisses besonders und sogar allein genannt wissen wollte, sollte Bismarck zum mindesten ein solches nur ganz allgemeinhin abschliessen dürfen; trotzdem akzeptierte Bismarck im Wiener Vertragsentwurfe, der nach dreitägiger Verhandlung am 24. September zustande kam, die österreichische Fassung. Lange und heftig sträubte sich Wilhelm I. gegen die Vollziehung des Traktates; es bedurfte des entschiedenen Eintretens des Kronprinzen und Moltkes, sowie des Demissionsangebotes nicht nur Bismarcks, sondern auch des gesamten Staatsministeriums, bis sich der Monarch dazu (am 16. Oktober 1879) verstand.

Vollauf war sich Bismarck der weltgeschichtlichen Bedeutung des deutsch-österreichischen Bündnisses bewusst, das somit zustande gekommen war. Es war sein Wunsch gewesen, dass es als ewig und unauflöslich festgestellt würde. Daher wollte er, dass es von den zuständigen drei Parlamenten, dem deutschen, österreichischen und ungarischen Reichstage, sanktioniert würde, — das schien ihm eine Rückkehr zu dem Zustande zu sein, wie er bis 1866, bis zur Auflösung des deutschen Bundes bestanden hatte, und dadurch wäre in der Tat die 1848er Idee vom engeren und weiteren Bunde verwirklicht worden. Dieser Gedanke war nun freilich schon dadurch unausführbar geworden, dass der deutsche Vorschlag eines allgemeinen Schutzbündnisses dem österreichischen einer nur antirussischen Defensivallianz weichen musste; auch wollte man in Österreich-Ungarn nicht die auswärtige Politik in die parlamentarische Machtsphäre gerückt wissen, und wer konnte dafür garantieren, dass sich nicht einmal im Wiener Reichsrate eine Mehrheit fände, die vom Bündnisse mit Deutschland loszukommen streben würde. Auf fünf Jahre geschlossen, gab es Österreich Deckung gegen eine russische Offensivpolitik, auch auf dem Balkan; für Deutschland lag sein Hauptwert in dem Schutze, den es gewährte, wenn einmal eine künftige franko-russische Allianz soweit gehen sollte, einen Angriffskrieg gegen das neue Reich zu unternehmen.

Zum Zweibunde gesellte sich nach wenigen Jahren als dritte Macht Italien. Von vornherein hatte es nicht den Anschein, dass es so schnell dazu kommen würde. Zwischen Österreich und Italien bestand wegen der irredentistischen Agitation, die auf die Erwerbung der italienischen Volks- und Sprachgebiete der Donau-Monarchie gerichtet war, ein ausgesprochener Gegensatz. Auch regten sich in Italien alte und festeingewurzelte Sympathien für das stammverwandte Frankreich, und es herrschte auf der Apenninhalbinsel Neigung, sich einer russischen Kriegspolitik anzuschliessen, wenn man dafür Landgewinn, zumal an der adriatischen Ostküste, bekommen konnte. Erst der Ausbruch eines wirtschaftlichen und dann auch eines politischen Gegensatzes zwischen Frankreich und Italien trieb diese Macht an Deutschland heran. Es begann ein Zollkrieg, der insonderheit den italienischen Weinbau durch Beschränkung der Ausfuhr nach Frankreich schädigte. Massgebend wurde sodann die Begründung des französischen Protektorates über Tunis. Denn hier hatte Italien grosse Interessen; hier waren unter der europäischen Bevölkerung die Italiener am stärksten vertreten; es wurde auch durch dieses Ereignis Italiens Mittelmeerstellung bedroht. Die Gefühle für die lateinische Schwesternation wurden dadurch auf der Apenninhalbinsel bedeutend herabgestimmt; die öffentliche Meinung in Italien wandte sich von Frankreich ab und suchte Anschluss an England und die Mittelmächte; man sah auch ein, dass man, um an Deutschland heranzukommen, von dem man ja durch keinerlei Interessengegensatz getrennt war, ein Einverständnis mit Österreich suchen musste. Durch die Niederlage, die Italien in Tunis gegen Frankreich erlitten

hatte, war die Stellung des Königtums erschüttert; die antimonarchische Bewegung wuchs; aus Besorgnis vor der Revolution strebte König Humbert nach Anlehnung an die konservativ-monarchischen Mittelmächte; man bat geradezu unter diesem Gesichtspunkte um das Bündnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn. Im höchsten Grade merkwürdig war es nun, wie sich diese beiden Mächte dem Drängen Italiens gegenüber verhielten: Österreich war bereit darauf einzugehen, während Bismarck bremste. Denn dieser richtete damals sein Sinnen und Trachten darauf, den abgerissenen Draht mit Petersburg wieder herzustellen und zu diesem Zwecke auch Wien mit Petersburg wieder auszusöhnen. Eben damals suchte Russland hinwiederum mit Berlin und Wien wieder anzuknüpfen, da es seinerseits in Europa isoliert dastand, wie im nächsten Abschnitte gezeigt werden wird. Bismarck arbeitete in diesem Sinne in Wien. Der Leiter der österreichischen Politik, Haymerle, sträubte sich dagegen, da er Russland als den Hauptfeind betrachtete; er wollte, um Russland zu vereinzeln, Italien nicht in die Arme Frankreichs treiben, während Bismarck Italiens Haltung als relativ gleichgültig betrachtete, und wünschte die Mitwirkung Englands, welches damals nicht nur Russlands, sondern auch Frankreichs weltpolitischer Gegner war. Haymerle musste sich fügen; am 18. Juni 1881 kam ein deutsch-österreichisch-russischer Vertrag zustande, über den sogleich gehandelt werden wird. Das Bedürfnis Italiens nach Anschluss an die Mittelmächte ward freilich dadurch keineswegs vermindert, sondern durch seine gespannten Beziehungen mit Frankreich und durch seine inneren Verhältnisse nur noch gesteigert, so dass der Beitritt Italiens zum Bunde Deutschlands und Österreichs schliesslich zur vollendeten Tatsache wurde.

Am 20. Mai 1882 wurde der erste Dreibundvertrag unterzeichnet, und zwar auf fünf Jahre. Österreich-Ungarn und Deutschland wurden dadurch verpflichtet, Italien mit ihrer ganzen Streitmacht Hilfe zu leisten, falls dieses unprovoziert durch Frankreich angegriffen werden sollte. Dieselbe Leistung (nämlich beim unprovozierten Angriffe durch Frankreich) nahm Deutschland gegenüber hinwiederum nur Italien auf sich, nicht aber auch Österreich-Ungarn. Wenn Russland unprovoziert Österreich angreifen sollte, sollte Italien eine für die Donaumonarchie wohlwollende Neutralität halten, — für Deutschland und Österreich lag ja im Falle, dass dieses oder jenes in einen Verteidigungskrieg mit Russland geraten würde, der Bündnisfall bereits laut des Vertrages von 1879 vor. Sollten einer oder zwei der Paziszenten „ohne direkte Provokation von ihrer Seite" durch zwei oder noch mehr Grossmächte mit Krieg überzogen werden, die nicht zum Dreibunde gehörten, dann sollte für diesen insgesamt der casus foederis gegeben sein, — den wesentlichen Vorteil von dieser Bestimmung hatte das Deutsche Reich, da ihm bei einem Defensivkrieg mit Russland und Frankreich zugleich der Beistand nicht nur Italiens, sondern auch Österreichs zugesichert wurde. Eine Garantie des Besitzstandes der drei Mächte wurde durch den Dreibundvertrag weder damals noch auch später ausgesprochen, wiewohl die italienischen Staatsmänner eine solche für Rom durchzusetzen trachteten. Das scheiterte an dem Widerspruche Österreichs, das in der römische Frage keinerlei Verbindlichkeiten auf sich nehmen wollte, wie sich der Kaiser Franz Josef aus dem gleichen Motive, um nämlich den Schein einer ausdrücklichen Billigung der Einverleibung Roms in Italien zu vermeiden, zu einem Besuche des Königs Humbert in dessen Hauptstadt in der Folgezeit nicht verstand, — eine Weigerung, die in Italien sehr unangenehm empfunden wurde. Vergeblich suchte auch Italien in den Verhandlungen, die dem Vertrage von 1882 voraufgingen, Bestimmungen über die Kombination künftiger Gebietserweiterungen Österreichs auf der Balkanhalbinsel mit den italienischen Ansprüchen auf das Trentino zu erwirken. Ebenso scheiterten die Bemühungen der römischen Regierung, zur Abwehr weiterer Eroberungspläne Frankreichs in Nordafrika England in den Dreibund hineinzuziehen; dagegen war Bismarck, der dabei Rücksicht auf Russland nahm, mit welchem er ein gutes Verhältnis zu unterhalten wünschte. Immerhin wurde in Deklarationen der drei Kabinette, die dem Traktate beigefügt wurden, ausdrücklich erklärt, dass der Dreibund keine englandfeindliche Tendenz verfolge, — eine Bestimmung, die ganz seinem ausgeprägten Defensivcharakter entsprach. Im Falle eines deutsch-französischen Krieges durfte jetzt Deutschland auf die Hülfe Italiens, eines italienisch-französischen Krieges Italien auf die Deutschlands und Österreichs, eines österreichisch-russischen Österreich (ausser dem Beistande Deutschlands) auf Deckung seiner südwestlichen Front rechnen, — immer vorausgesetzt den

Defensivcharakter dieser Kriege. Auch hatte Österreich vom Dreibunde den Nutzen, dass durch ihn die irredentistischen Treibereien einigermassen im Zaum gehalten wurden.

Ergänzt und vervollständigt wurde die weltpolitische Konstellation, wie sie durch den Dreibund von 1882 hergestellt worden war, durch Abkommen teils Österreichs allein, teils des ganzen Dreibundes mit Rumänien und Serbien. Zwischen Österreich-Ungarn und Serbien war bereits am 28. Juni 1881 ein Geheimvertrag auf zehn Jahre zustande gekommen, durch den sich die beiden Staaten beständigen Frieden und Freundschaft zusagten; König Milan machte sich damals sogar anheischig, sich in keine politische Verhandlung oder Vereinbarung mit einer anderen Regierung ohne vorhergehendes Einvernehmen mit Wien einzulassen. Das Abkommen von 1881 wurde 1889 bis 1895 verlängert. Nachdem Milan abgedankt hatte, und nachdem auch sein politischer Einfluss in Belgrad geschwunden war, vollzog Serbien freilich eine Schwenkung von Österreich zu Russland, durch die es schliesslich der grimmigste Feind der Donaumonarchie wurde und den Anstoss zu ihrem Untergang gab. Verhandlungen, die schon seit 1879 im Gange waren, führten auch zu einem Einverständnis mit Rumänien. Am 30. Oktober 1883 schlossen Österreich und Rumänien einen Vertrag auf fünf Jahre, worin sie sich gegenseitigen Beistand im Falle eines unprovozierten Krieges von dritter Seite versprachen; er richtete seine Spitze natürlich gegen Russland. Noch am selben Tage erklärte Deutschland seinen Beitritt; später wurde der Traktat (15. Mai 1888) auch auf Italien erstreckt, und diese Verträge des Dreibundes mit Rumänien sind dann 1892, 1902 und zuletzt 1913 erneuert worden. Die Mitte des Festlandes wurde also durch ein grossartiges System von Verträgen und Defensivallianzen gleichsam zu einer festen Bastion zur Erhaltung des Friedens in Europa ausgebaut, und die imposante Stellung des Dreibundes wurde noch durch die Versicherung Englands verstärkt, „eine Veränderung des Status quo im Mittelmeer nicht dulden, also eventuell Italiens Besitzstand verteidigen zu wollen". Das war ganz im Sinne Bismarcks, der stets, wenn er auch damals, wie soeben erwähnt wurde, nicht gerade eine förmliche Angliederung Englands an den Dreibund aus Rücksicht auf Russland für angängig hielt, ein gutes Verhältnis mit Grossbritannien anstrebte. Bei dem zu jener Zeit vorhandenen starken italienisch-französischen Gegensatze musste andererseits ein Zusammengehen Englands mit Italien eine Spannung zwischen Frankreich und England bewirken, die durch erhebliche kolonial- und -weltpolitische Differenzen zwischen diesen beiden Mächten, zumal in Afrika, genährt wurde.

III. Das erneuerte Dreikaiserbündnis und die Erneuerung des Dreibundes 1887.

Als sich der deutsch-österreichische Zweibund durch den Beitritt Italiens zum Dreibunde erweiterte, war bereits zwischen Russland auf der einen, Deutschland und Österreich auf der anderen Seite eine Entspannnng eingetreten. Nach dem Berliner Kongresse war Russland in Europa vollkommen isoliert. Zu einem Bündnisse mit Frankreich war es, obwohl der Gedanke daran schon damals zu spielen begann, aus mancherlei Gründen noch nicht reif, zumal wegen der Antipathie des absolutistisch gesinnten Zaren gegen die radikale Republik, deren häufige Ministerwechsel ihm Misstrauen einflössten; mit England stand Russland weltpolitisch im denkbar schärfsten Gegensatze. Daher glaubte sich das Petersburger Kabinett genötigt, doch wieder eine Verständigung mit Berlin und Wien zu suchen. Schon im Frühjahr 1880 machte es der deutschen Regierung darauf bezügliche Eröffnungen; Bismarck, der sich davon eine Heilung des durch den letzten Balkankrieg herbeigeführten Bruches zwischen den drei Kaiserreichen versprach, griff zu und bewog auch Österreich, darauf einzugehen. So kam am 18. Juni 1881 ein deutsch-russisch-österreichischer Vertrag auf drei Jahre zutande, der völlig geheim gehalten wurde. Er bedeutete eine Wiederherstellung des „Dreikaiserbündnisses" der siebziger Jahre. Österreich stimmte den russischen Wünschen nach einer eventuellen Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien, Russland einer eventuellen förmlichen Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in Österreich-Ungarn zu; der Verschluss der türkischen Meeresengen wurde statuiert, so dass Russland gegen die Gefahr eines feindlichen, d. h. britischen Angriffs vom Mittelmeer her geschützt war. Zugleich verpflichteten sich die drei Mächte bei Angriffen von anderer Seite zu wohlwollender Neutralität, wodurch Deutschland eine Sicherung gegen Frankreich erhielt. Auf russischen Antrag hin wurde der Traktat 1884 auf weitere drei Jahre ver-

längert; er war für Russland insofern wertvoll, als es dadurch die Möglichkeit gewann, sich bei seinem damaligen Vorgehen in Mittelasien über den Widerstand Englands hinwegzusetzen.

Von vornherein drückte allerdings die grundsätzliche Unvereinbarkeit der russischen und österreichischen Interessen auf dem Balkan auch den Verträgen von 1881/4 den Stempel der Unhaltbarkeit auf, und sie trat um die Mitte der achtziger Jahre infolge der Entwickelung der bulgarischen Verhältnisse in die Erscheinung. Als sich Alexander von Battenberg, der als russische Kreatur auf den bulgarischen Thron gelangt war, der Vormundschaft des Zaren zu entziehen versuchte, geriet er mit Russland in einen Konflikt, der (7. September 1886) seine Abdankung zur Folge hatte. Trotz seiner Entfernung blieb die Spannung zwischen Russland und dem der russischen Suprematie müden Bulgarien bestehen. Mit Gewalt wollte der Zar seine Autorität in Sofia wieder aufrichten; aber Bulgarien fand einen Rückhalt an England und Österreich. Dadurch wurde die internationale Situation wieder kritisch. Dazu kam, dass unter dem Einflusse Boulangers und der chauvinistischen Treibereien in Frankreich ein deutsch-französischer Konflikt am politischen Horizont auftauchte. Italien hinwiederum besorgte eine weitere Expansion Frankreichs in Nordafrika, nämlich in Tripolis und Marokko, und was seine Balkanpolitik anbelangte, so war es zwar den russischen Machttendenzen auf dieser Halbinsel abgeneigt, hatte aber selbst auf diese, zumal auf Albanien und Valona, seine Augen geworfen, und wollte auch dem österreichischen Bundesgenossen nur dann, wenn ihm selbst in dieser Richtung Zugeständnisse gewährt wurden, territoriale Vergrösserungen auf dem Balkan gestatten.

Das waren höchst verwickelte Verhältnisse, und sie bestimmten die weitere Entwickelung des kontinentalen Dreibundes. Zwar war am 22. März 1883 die österreichisch-deutsche Allianz auf fünf Jahre (vom 21. Oktober 1884 bis zum gleichen Tage des Jahres 1889) erstreckt worden; aber nun ging der Dreibund seinem Ablauf entgegen, und es war die Frage, ob Italien zu seiner Erneuerung bereit sein würde. Hier fühlte man sich vom Vertrage von 1882 nicht befriedigt; auch herrschte hier eine gereizte Stimmung gegen die Donaumonarchie. Man nahm Anstoss daran, dass sich der Kaiser Franz Josef zu einem Gegenbesuch in Rom nicht entschliessen konnte; die Aspirationen auf Trient und Triest blieben in Kraft; dazu kamen die auf Albanien, für die Österreich nicht zu haben war, aus Besorgnis, dass dadurch das adriatische Meer in einen italienischen Binnensee umgewandelt werden würde. So waren die Beziehungen zwischen Österreich und Italien einer Verlängerung des Dreibundes nichts weniger als günstig, und auch Bismarck stand ihr zunächst kühl gegenüber. Er traute Italien nicht recht; die koloniale Expansion, welche dieses 1885 am roten Meere erstrebte, rief in ihm die Besorgnis wach, dass Italien den Dreibund in einen Konflikt mit Frankreich verwickeln könnte. Erst die bulgarischen Wirren und die boulangistischen Agitationen, die Deutschland in einen Krieg mit Russland und Frankreich zu verwickeln drohten, liessen ihm die Erhaltung der Bundesgemeinschaft mit Italien wünschenswert erscheinen, — keinesfalls durfte dieses sich versucht fühlen, sich Russland und Frankreich zu nähern; denn es bestand die Gefahr, dass jenes die Italiener durch Anerbietungen auf dem Balkan, dieses in Nordafrika zu gewinnen imstande wären. Erheblich genug waren freilich die Forderungen Italiens: Teilnahme Deutschlands und Österreichs an einem Kriege mit Frankreich, falls ein solcher auch unprovoziert durch Frankreich, infolge der entgegengesetzten Mittelmeerinteressen, ausbräche, sowie paritätische Stellung mit Österreich auf der Balkanhalbinsel. So gingen die Bedingungen, welche Italien jetzt stellte, weit über den Fuss von 1882 hinaus, während von entsprechenden Gegenleistungen keine Rede war.

Unter diesen Umständen gestalteten sich die Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes recht schwierig. Zumal Österreich sperrte sich. Es war zu Balkankonzessionen wenig geneigt, lehnte die von Italien verlangte unbedingte Teilnahme an einem italienisch-französischen Kriege wegen dessen Mittelmeerinteressen ab und erhob im Verlaufe der Negoziationen sogar den Anspruch auf aktive Teilnahme Italiens bei einem österreichisch-russischen Kriege. Das ging Bismarck zu weit; er fürchtete, dass Österreich, der deutschen und italienischen Hilfe sicher, eine Balkanpolitik treiben möchte, die Russland zum Kriege reizen könnte. Er liess das Wiener Kabinett nicht darüber im Unklaren, dass es nur im Falle eines russischen Angriffes auf deutsche Unterstützung rechnen dürfte; er warnte die Hofburg ganz entschieden davor, wegen Bulgariens und selbst wegen Konstantinopels mit St. Petersburg zu brechen; er riet zu fester Freundschaft zwischen Russland und

Österreich und daher zur Teilung des Balkans in eine russische und österreichische Interessensphäre. Allerdings gab er die Versicherung ab, dass Deutschland, falls die nationalistisch-panslawistischen Treibereien in St. Petersburg die Oberhand erlangen sollten, seine Bundespflicht erfüllen würde; dann jedoch, so stellte er in Wien vor, würden die Franzosen den Russen beispringen, und für diesen Fall müsste verhindert werden, dass beide noch in Italien einen Bundesgenossen fänden Daher drängte er in Wien auf Entgegenkommen gegen Italien; er zog auch in Erwägung, dass ja kraft des Dreibundvertrages nur Italien, nicht auch Österreich dem Deutschen Reiche zu Hilfe gegen einen Angriff Frankreichs verbunden war, und ging soweit zu erklären: wenn die Erneuerung des Dreibundes nicht möglich sei, so würde Deutschland allein mit Italien abschliessen.

Das Dilemma schien unlösbar, — da verfiel man auf den Ausweg, einfach den Vertrag von 1882 zu erneuern, ihm aber zwei Sonderabkommen zwischen Italien und Deutschland auf der einen und Italiens mit Österreich-Ungarn auf der andern Seite hinzuzufügen. Der leitende italienische Minister, Graf Robilant, machte entsprechende Vorschläge, hinter denen Bismarck stand, und an deren Abfassung er beteiligt war. Österreich, das gegen Russland bei seiner Balkanpolitik doch immer auf Deutschlands guten Willen angewiesen war, erklärte sich damit einverstanden, wofern Italien die dauernde Okkupation resp. eine sich daraus entwickelnde Annexion Bosniens und der Herzegowina anerkenne und unter Konzessionen für ein weiteres eventuelles Umsichgreifen Österreichs auf dem Balkan nicht das Trentino gemeint wissen wollte. Auf dieser Basis wurde denn der Dreibund am 20. Februar 1887 auf fünf Jahre verlängert. Es wurden im Ganzen vier Verträge geschlossen. Der erste enthielt die Erstreckung des vom 20. Mai 1882 auf weitere fünf Jahre, also bis zum 20. Mai 1892. Der zweite gab sich als österreichisch-italienisches Sonderabkommen. Er bedeutete einen grossen Sieg der italienischen Diplomatie, — räumte er doch Italien völlige Parität mit Österreich auf dem Balkan ein: grundsätzlich sollte hier der status quo erhalten werden; sollte sich trotzdem eine der beiden Mächte veranlasst sehen, darüber hinaus eine neue Erwerbung hierselbst anzustreben, so dürfe das nicht ohne vorheriges Einvernehmen mit der anderen geschehen, das dieser eine entsprechende Kompensation gewähre. Als solche konnte für Italien natürlich nur Albanien in Betracht kommen; da Österreich das nie gestatten konnte, lief der Dreibundvertrag von 1887 faktisch für Österreich auf einen Verzicht auf jede weitere Expansion auf der Balkanhalbinsel hinaus. Vom dritten Traktat, der ein Sonderabkommen zwischen Deutschland und Italien war, waren am wichtigsten der dritte und vierte Artikel; es war dadurch der rein defensive Standpunkt überschritten, den der Dreibund bisher eingenommen hatte. Wenn Frankreich, so ward darin festgesetzt, in Nordfrankreich, Tripolis oder Marokko, sein Herrschaftsbereich zu erweitern unternehmen sollte, sei es durch Okkupation, sei es unter der Form des Protektorates, oder durch Auferlegung seiner Souveränität, und wenn Italien demgemäss zur Aufrechterhaltung seiner Stellung im Mittelmeere eine Aktion in dem erwähnten nordafrikanischen Gebiete oder gegen Frankreich selbst eröffnen würde, sodass zwischen Italien und Frankreich der Kriegsfall einträte, so sollte dieser auf Anrufen Italiens ipso facto auch für Deutschland gegeben sein. Das Reich erklärte sich ferner für den Fall eines glücklichen Ausganges solchen Krieges damit einverstanden, dass Italien von Frankreich territoriale Abtretungen zur Sicherung seiner Grenzen und Mittelmeerstellung verlange, wofür dann natürlich eventuell besonders Nizza und Korsika in Betracht kamen. Das war ein grosses Zugeständnis an Italien; Bismarck konnte es allerdings um so eher gewähren, als sich eben um dieselbe Zeit auch Grossbritannien, wie wir sogleich noch hören werden, vertraglich für die Aufrechterhaltung der Mittelmeerstellung Italiens mit der Spitze gegen Frankreich verbürgte. In dem vierten und Schlussvertrage ward endlich ausgesprochen, dass alle drei Verträge, das General- und die beiden Sonderabkommen insofern eine höhere Einheit darstellten, als die beiden letzteren, wiewohl jeder für sich bestehend, trotzdem dem allgemeinen Geiste des (jetzt eben erneuerten) Vertrages von 1882 entsprächen, und als die drei Reiche im wesentlichen die Erhaltung des Friedens im Auge hätten. Militärische Vereinbarungen wurden damals noch nicht getroffen.

Von Anfang an hatte, wie zum Schlusse des vorigen Abschnitts bemerkt wurde, der kontinentale Dreibund eine gewisse Flankendeckung zur See durch die wohlwollende Haltung Englands gefunden. Sie war insonderheit für Italien wichtig, weil ihm dadurch der Schutz der britischen Flotte für etwaige Angriffe Frankreichs gegen seine offene Küste zugesichert wurde; aus diesem Grunde

hatte ja auch Italien schon für den Dreibundvertrag von 1882 den Beitritt Grossbritanniens gewünscht. Dieses lose Verhältnis wurde jetzt auch förmlich festgelegt, und zwar durch ein Abkommen vom 12. Februar 1887 zwischen England und Italien, das auf Anregung Bismarcks und mit seinem Einvernehmen zustande kam. Es ward darin gesagt: Der status quo in der Sphäre des Mittelmeeres mit Einschluss des adriatischen, ägäischen und roten Meeres solle aufrecht erhalten werden, und jede Veränderung desselben, unter der Form der Annexion, Okkupation, des Protektorates oder sonst irgendwelcher Art, die den beiden Mächten irgendwie zum Schaden gereichen könnte, sei zu verhindern. Indem Italien seine Hilfe England für Ägypten in Aussicht stellte, versprach England hinwiederum Italien seinen Beistand im Falle eines Angriffs einer dritten Macht auf irgend einen andern Punkt der Küste Nordafrikas, namentlich Tripolis und die Cyrenaika. Nachdem inzwischen der Dreibund erneuert worden war, nahm Österreich-Ungarn keinen Anstand (am 24. März 1887), dem englisch-italienischen Mittelmeerabkommen beizutreten. Die durch diese Verträge Italiens für seine Mittelmeerstellung gewährte Garantie wurde noch erhöht, indem es im Mai desselben Jahres 1887 ein weiteres Abkommen mit Spanien schloss, wodurch dieses gleichfalls für die Erhaltung des status quo am Mittelmeere einzutreten und mit Frankreich keinen Vertrag betreffend u. a. die nordafrikanischen Gebiete einzugehen versprach, der direkt oder indirekt gegen Italien, Deutschland oder Österreich gerichtet wäre; Deutschland und Österreich erklärten ihr Einverständnis damit. Auf vier Jahre geschlossen, wurde die Vereinbarung 1891 und 1895 erneuert.

So wurde das Mittelmeer damals eine Klammer, welche Italien mit den beiden Mittelmächten zusammenschloss; die Voraussetzung für die Dauer dieses Verhältnisses war freilich, dass das gute Einvernehmen zwischen diesen Beiden und England erhalten blieb. Was damals Italiens Zugehörigkeit zum Dreibunde förderte, das war also freilich an und für sich dessen schwacher Punkt, nämlich die Abhängigkeit Italiens von der britischen Mittelmeergewalt: Italien konnte niemals auf die Dauer einer Koalition angehören, die mit England in Zwiespalt geriet, da es sonst aufhörte, Herr seiner Küste zu sein. Hier in diesem einen Falle, was Italiens Mittelmeerinteressen anbelangte, ragte der Dreibund (direkt durch das deutsch-italienische Sonderabkommen vom 20. Februar 1887 und indirekt durch Italiens weitere Mittelmeertraktate, insofern sie unter der Assistenz Deutschlands und Österreichs geschlossen waren) über das Niveau seines rein kontinentalen Systems heraus, indem er eben in diesem einen Punkte Italiens nordafrikanische Interessen mitberücksichtigte. Die überseeischen Interessen Deutschlands waren nie sein Gegenstand; aber es brauchte nicht erst einmal zu einem deutsch-britischen Zerwürfnisse auf Grund kolonialpolitischer Differenzen zu kommen, um ihn zu sprengen; es genügte dafür schon jeglicher deutsch-britische Konflikt, aus welchem Anlasse auch immer. Als Faktor eines rein kontinentalen Systems war er aber auch noch aus anderen Gründen von vornherein brüchig. Sein Bestand hing ab von der Fortdauer des Gegensatzes zwischen Frankreich und Italien, d. h. von einer aktuellen Kombination, die durch das Gemeingefühl der lateinischen Rasse in Frage gestellt war, und die durch Zugeständnisse Frankreichs erschüttert werden konnte, unter denen dessen vitale Interessen nicht zu leiden brauchten. Dazu kamen die Irredenta, das Streben Italiens nach der Herrschaft über die Adria mit Einschluss von Triest, sowie seine Balkanpläne als weitere Triebkräfte von sprengender Wirkung. Von Anfang an entbehrte der Dreibund somit nicht der Unklarheiten und Widersprüche, sowohl insonderheit was die sich kreuzenden Balkanpläne und -Interessen Österreichs und Italiens, als auch was seine Bestimmungen über den unprovozierten Angriff der feindlichen Mächte anbelangte, — das waren Mängel, die ein Menschenalter später, als er vor die praktische Bewährung gestellt war, katastrophal wirken sollten; übermässig fest wurzelte er ja ohnehin nicht in der italienischen Mentalität. Mühsam wurde seine Erneuerung 1887 erwirkt; man musste Italien die grössten Zugeständnisse machen, durch die sogar sein rein defensiver Charakter abgestreift wurde, und zwar einseitig zugunsten Italiens. So war er, im tiefsten Grunde betrachtet, doch ein Verhältnis von recht zweifelhaftem Werte, und diesem Umstande wurde insofern faktisch Rechnung getragen, als die deutsch-österreichische Allianz auch weiterhin sein fester und eigentlicher Kern blieb. Er war nicht etwa einfach an deren Stelle getreten; sie sah allein für die beiden Mittelmächte, nicht aber auch für Italien den Defensivkrieg gegen Russland als casus foederis vor. Unabhängig vom Dreibunde ist sie zunächst, wie schon erwähnt wurde, am 22. März 1883, auf fünf Jahre, sodann noch einmal ausdrücklich, endlich (am 7. Juli 1902)

mit der Bestimmung erneuert worden, dass sie automatisch von drei zu drei Jahren fortlaufen solle, falls sie nicht von einem der Kontrahenten zwei Jahre vor ihrem jeweiligen Endtermin gekündigt würde. Seitdem bedurfte zwar noch der Dreibund einer förmlichen Fristerstreckung, nicht aber auch das Band zwischen den Mittelmächten. M. a. W.: Das deutsch-österreichische Bündnis beruhte nicht auf dem Dreibunde, der von Anfang an den Todeskeim in sich trug, sondern auf dem Vertragsinstrumente von 1879, und damit hängt es zusammen, dass es 1914 hielt, während der Dreibund versagte.

IV. Der Rückversicherungsvertrag, der „Balkandreibund" und der Flirt anglotriplicien.

Der Dreibund war also wieder glücklich unter Dach und Fach gebracht. Aber es war nicht zu verkennen, dass in ihm starke Gegensätze bestanden, die zum Teil nur recht äusserlich unter einem Hute vereinigt und innerlich nicht ausgeglichen waren. Zwischen Österreich und Italien standen die Irredenta und der Balkan; die zweite dieser beiden Differenzen wurde freilich durch die Entwicklung, welche das Orientproblem in der nächsten Zeit infolge der offenkundigen Absichten Russlands auf Bulgarien und Konstantinopel nahm, zurückgedrängt, und der gemeinsame Wunsch Wiens und Roms, den Russen die Festsetzung auf der strittigen Halbinsel zu hintertreiben, führte die Beiden zu noch engerer Kooperation zusammen, und zwar im Bunde mit England, zumal seitdem (im Juli 1887) die italienische Politik Francesco Crispi leitete, der im Vordringen Russlands über das schwarze Meer hinaus eine schwere Gefährdung der Stellung Italiens im östlichen Mittelmeere erblickte. Deutschland betrachtete die Mittelmeer- und Kolonialpolitik seines südlichsten Bundesgenossen nicht ganz ohne Misstrauen, indem es dadurch in Abenteuer verwickelt werden zu können besorgte, die seinem Interesse fernlägen; andererseits war es nicht frei von Zweifeln an der italienischen Bündnistreue und Leistungsfähigkeit. Was endlich Deutschlands Verhältnis zu Österreich-Ungarn anbelangte, so wissen wir ja, dass man in Berlin der russischen Balkanpolitik ganz anders gegenüber stand, als in Wien, dessen Vorbilde sich jetzt Rom immermehr anschloss, und dass man auch die Wiener Regierung darüber keineswegs im Ungewissen liess.

Diese Verschiedenheit in der Auffassung der Balkanfrage zwischen Deutschland und Österreich hatte jetzt eine wichtige praktisch-politische Wirkung. Noch bestand ja das erneuerte „Dreikaiserbündnis" von 1881/4 mit seinen gegenseitigen Konzessionen zwischen Russland und Österreich eben hinsichtlich der Balkanfrage. In dem Stadium, in welches diese inzwischen getreten war, war der in jenen Zugeständnissen versuchte provisorische Ausgleich der österreichisch-russischen Balkaninteressen und damit der ganze Vertrag von 1881/4 hinfällig geworden. Er lief im Juni 1887 ab, und weder an der Donau noch an der Newa zeigte sich die geringste Neigung, ihn zu verlängern. Wohl aber kam seine Erneuerung zwischen Russland und Deutschland in Betracht. Denn Bismarck stand ja auf dem Standpunkte, dem er auch ganz offen Ausdruck gab, dass Bulgarien durch den Berliner Kongress der russischen Einflusssphäre zugewiesen sei; er betonte mit einer gewissen Ostentation, dass Deutschland an Bulgarien und am Balkan überhaupt nicht das geringste Interesse besitze und weder Grund noch auch Lust habe, in die Zirkel der russischen Orientpolitik irgendwie störend einzugreifen. Unter diesen Umständen wurde auf russische Anregung hin der Versuch gemacht, wenngleich eine Fortsetzung zu Dreien unmöglich war, den Vertrag wenigstens zwischen Russland und Deutschland aufrechtzuerhalten; man liess es in Petersburg sogar nicht an Drohungen fehlen, dass man es hier einmal damit versuchen könnte, sich nicht weiter um Bulgarien zu kümmern, Konflikte mit Österreich und England zu vermeiden und dafür „die Vorgänge am Rhein zu überwachen". Jedenfalls glaubte Bismarck, das Interesse des Friedens in Europa besser wahrzunehmen, wenn er den Werbungen Russlands sich nicht verschlösse, und so kam am 18. Juni 1887 der berühmte Rückversicherungsvertrag zwischen Deutschland und Russland zustande, der, für drei Jahre geschlossen, sich in seinem Eingange ausdrücklich als Fortsetzung und Ersatz des Dreikaiserabkommens von 1881/4 gab: beide gelobten sich im Falle, dass Deutschland durch Frankreich oder Russland durch Österreich-Ungarn angegriffen würde, wohlwollende Neutralität. Die Mehrzahl der Artikel bezog sich auf die Balkanfrage: Deutschland erkannte die Interessen Russlands in Bulgarien und Ostrumelien an, sicherte ihm den Verschluss der Meeresengen gegen Angriffe aus dem ägäischen Meere, d. h. vornehmlich Englands zu; in einem ebenso geheimen

Zusatzprotokolle versprach es, eine Wiedereinsetzung Alexanders von Battenberg nicht zu gestatten, vielmehr Russland bei der Wiederherstellung einer „gesetzmässigen und geordneten Regierung" in Bulgarien zu helfen und, falls der Zar „sich in die Notwendigkeit versetzt sehen sollte, zur Wahrung der Rechte Russlands selbst die Aufgabe der Verteidigung seines Zugangs zum Schwarzen Meere zu übernehmen, eine wohlwollende Neutralität zu bewahren und die Bestrebungen des Zaren, um den Schlüssel zu seinem Lande in der Hand zu haben, zu unterstützen", d. h. Russland zur Erwerbung von Konstantinopel und der türkischen Meeresengen seinen Beistand zu leihen.

Bald wurde Deutschland auf die Probe gestellt, mit den Verpflichtungen Ernst zu machen, die es also auf sich genommen hatte. Am 7. Juli 1887 wählte das bulgarische Sobranje den Prinzen Ferdinand von Coburg zum Fürsten von Bulgarien und Ostrumelien. Der Zar legte dagegen Widerspruch ein; er kündigte (Ende August) an, dass er den General Ehrenroth nach Bulgarien schicken werde, um daselbst die Regierungsgewalt bis zu einer neuen Fürstenwahl (natürlich in russischem Sinne) zu übernehmen. Deutschland und Frankreich stimmten diesem Vorhaben bei, während England, Italien und Österreich-Ungarn es ablehnten; sie waren bereit, den Fürsten Ferdinand zu stützen, der inzwischen in seinem neuen Lande angelangt war. Von ihnen beeinflusst, nahm auch die Pforte ihm gegenüber allmählich eine freundlichere Haltung ein. Bismarck erklärte zwar das Unternehmen des Koburgers als „eine frivole Gefährdung des Friedens"; aber zu wirksamen Schritten, auch nur diplomatischer Natur bei der antirussischen Mächtegruppe und bei der Türkei, d. h. zur Unterstützung der Mission Ehrenroth, liess er sich nicht bestimmen, — m. a. W., der Rückversicherungsvertrag versagte, was seine Artikel über die Balkanfrage anbetraf, alsbald nach seiner Entstehung. Die Folge war eine scharfe Spannung zwischen Russland und Deutschland; im Geheimen beförderte Bismarck sogar die Bildung einer Koalition zwischen England, Österreich-Ungarn und Italien zur Abwehr der russischen Absichten auf Konstantinopel und Bulgarien. Der Krieg lag in der Luft; wenn er nicht zum Ausbruche kam, so augenscheinlich deshalb, weil der Zar seine Chancen für ungünstig hielt, angesichts der Tatsache, dass er dabei ganz Europa gegen sich gehabt hätte, mit Ausnahme Frankreich, und auch dieses schien es, in diesem Augenblicke keineswegs für ratsam zu halten, für ihn einzutreten. Am 18. November 1887 hatte der Zar auf der Rückreise von Kopenhagen in Berlin eine Unterredung mit Bismarck, deren nächster Gegenstand gefälschte Briefe waren, aus denen hervorgehen sollte, dass Bismarck im Geheimen die Kandidatur des Koburgers unterstütze. Sie ergab zwar äusserlich und offiziell ein befriedigendes Resultat; aber wenn das noch nötig gewesen sein sollte, bestärkte sie den Zaren in der Erkenntnis, dass eine kriegerische Verwirklichung seiner Balkanpolitik unmöglich, und dass auf Deutschlands Mitwirkung dabei keinesfalls zu rechnen war, — die Mission Ehrenroth verschwand in der Versenkung. Die Verhandlungen zwischen England, Italien und Österreich-Ungarn führten zu festen Abmachungen, an denen förmlich teilzunehmen Bismarck, obgleich er sie entscheidend gefördert hatte, offenbar aus Rücksicht auf Russland Anstand nahm. Am 12. Dezember 1887 tauschten England und Österreich Noten aus, denen sich Italien vier Tage später anschloss. Indem sich diese Noten als eine Ergänzung und Erläuterung des Mittelmeerabkommens vom 12. Februar des Jahres (s. o. S. 98) gaben, legten sie in neun Punkten die Grundzüge der Balkanpolitik fest, über welche sich die drei Mächte geeinigt hatten; der wichtigste war der fünfte, gegen Russland gerichtet: Die Türkei darf weder ihre Souveränitätsrechte über Bulgarien noch auch ihre Souveränitätsrechte in Kleinasien einer anderen Macht übertragen; sie darf in Bulgarien nicht mitwirken, damit daselbst eine fremde Verwaltung eingerichtet wird, keine Zwangsmassregeln zu diesem Zwecke gestatten, sei es unter der Form einer militärischen Besetzung oder einer Sendung von Freiwilligen. Unter dem Namen des „Balkandreibundes" hat man bisher von diesem Abkommen eine recht unvollkommene Kenntnis gehabt.

Kunstvoll, um nicht zu sagen, gekünstelt und jedenfalls ungemein kompliziert war das System des Gleichgewichtes der Kräfte, wie es also, vornehmlich durch Bismarcks Bemühungen, in Europa nunmehr aufgerichtet war. Aber es erfüllte seinen Zweck, und der Friede blieb erhalten und gesichert. Freilich wäre es unrichtig, wenn man dieses System schlechthin mit dem Dreibunde gleichsetzen und diesem so das Verdienst daran zuschreiben wollte, dass der Frieden in Europa damals nicht gestört wurde. Dann war auch der Dreibund der Kern des ganzen Systems, so ragte

doch selbiges weit über ihn hinaus, und es enthielt Bestandteile, die sich mit ihm und untereinander nicht eben glatt vertrugen. Der Rückversicherungsvertrag stand nicht im Einklang mit der Balkanpolitik, die Bismarck im Herbste 1887 getrieben hatte, und in der die Entstehung des sog. „Balkan-Dreibundes" ein wesentliches Glied war, auch nicht so ohne weiteres mit dem Dreibunde, oder richtiger gesagt, mit der österreichisch-deutschen Allianz. Diese hatte ja zwar nur einen defensiven Charakter; somit stand es mit ihr formell keineswegs im Widerspruche, wenn sich Deutschland im Rückversicherungsvertrage im Falle eines österreichischen Angriffskrieges auf Russland zu wohlwollender Neutralität verpflichtete. Selbst diese jedoch war für Russland von zweifelhaftem Werte. Denn niemals durfte Deutschland Österreich durch Russland soweit besiegen lassen, dass die Existenz oder auch nur die Grossmachtstellung der Donaumonarchie dadurch bedroht wurden, — das hatte Bismarck auch in den Verhandlungen bei der Stiftung des „Balkandreibundes" auf das Bestimmteste betont und versprochen. Zudem sind Offensive und Defensive Begriffe von recht zweifelhafter Natur, und dadurch konnten gegebenenfalls recht unklare Verhältnisse hervorgerufen werden. Im Jahre 1887 standen ja die Dinge so, dass im Falle kriegerischer Verwicklungen Russland davon den Nachteil gehabt haben würde; auf die Dauer konnte aber auch Österreich einmal der Leidtragende werden; man konnte hier finden, dass der Rückversicherungsvertrag dem Geiste des Bündnisses von 1879 zuwiderlaufe. Dieser Ansicht war der junge Kaiser Wilhelm II. Als im Winter 1889/90 die Gefahr eines russisch-österreichischen Vertrages wegen Bulgariens wieder näherzurücken schien, da war er der Ansicht, dass Bismarck mehr zu Russland hinüberneige, als sich mit seinen eigenen Intentionen vertrüge, die auf unbedingte Bundeshülfe gerichtet waren; er wollte den Rückversicherungsvertrag nicht mehr erneuern, obgleich Russland das wünschte. Auch aus Gründen der äusseren Politik kam Bismarck zu Fall; unter seinem Nachfolger Caprivi wurde der russische Antrag auf Verlängerung des Traktats vom 18. Juni 1887 tatsächlich abschlägig beschieden.

Der Dreibund war dadurch, wie es scheinen konnte, eines störenden Gegengewichtes entlastet. Inzwischen war er auch auf die Anregung Crispis hin nach der militärischen Seite ausgebaut worden. Zwar hatten Verhandlungen, die im Winter 1887/8 spielten, über eine Kooperation österreichisch-italienischer Truppen gegen Russland, zu keinem Ergebnisse geführt; dagegen kam Anfang 1888 eine deutsch-italienische Militärkonvention zustande, derzufolge im Falle eines Krieges mit Frankreich das Gros des italienischen Heeres die Franzosen an der Alpengrenze angreifen, der Rest (6 Alpenkorps und 3 Divisionen) dagegen zusammen mit der deutschen Armee am Rheine operieren sollte; Österreich wurde daran beteiligt, indem es bestimmte Verpflichtungen für den Durchzug und die Verpflegung übernahm. Noch gab sich Crispi einige Zeit Mühe, auch Österreich für eine Militärkonvention zu Wasser und zu Lande zu gewinnen, und Deutschland unterstützte die Wünsche und Vorschläge Italiens; aber Österreich verhielt sich ablehnend, indem es darauf hinwies, „dass wohl Deutschland und Italien, aber nicht Österreich-Ungarn und Italien ihre Grenzen gegen einen gemeinschaftlichen Feind zu verteidigen haben würden". Förderlich war dem Dreibunde damals der Umstand, dass zwischen Deutschland und England ein gutes Verhältnis obwaltete, — wurde doch am 1. Juli 1890 zwischen diesen beiden Mächten der Helgolandvertrag geschlossen, der den Höhepunkt ihres Einvernehmens bezeichnete; dadurch wuchs für Italien der Wert seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde. Obwohl er erst 1892 ablaufen sollte, eröffnete Crispi schon Ende 1890 Verhandlungen über seine Erneuerung; seinem Wunsche gemäss sollten die Verträge von 1887 jetzt in einem einzigen Vertrage zusammengefasst werden: „Deutschland sollte für den ganzen Komplex der Orientfragen, Österreich-Ungarn für die italienische Interessensphäre in Nordafrika verpflichtet werden". In Österreich hatte man dazu keine Neigung, und auch in Deutschland war wenig Stimmung für eine so vorzeitige Verlängerung, und noch dazu auf solcher Grundlage.

Schneller gelangte Italien schliesslich zu seinem Ziele, als es zuerst zu erwarten stand. Anfang 1891 stürzte Crispi über seine Kolonialpolitik; sein Nachfolger wurde der franzosenfreundliche Rudini. In der Tat besserten sich unter ihm die französisch-italienischen Beziehungen; man bekam auch in Wien und Berlin Wind davon, dass in Rom Versuche gemacht wurden, Italien vom Dreibunde abzuziehen. Italien befand sich damals in einer schlechten wirtschaftlichen und finanziellen Lage; da versuchte die Regierung, eine Anleihe in Frankreich aufzunehmen; dieses war dazu geneigt,

falls sich Italien vom Dreibunde abwende, und stellte auch noch dazu einen günstigen Handelsvertrag in Aussicht. Caprivi sah ein, dass man Italien nicht zu Frankreich abschwenken lassen dürfe, und das um so weniger, als er erfuhr, dass jetzt auch zwischen Russland und Frankreich ernsthafte Bündnisverhandlungen im Gange waren; er drückte daher auf das Wiener Kabinett, den italienischen Wünschen Entgegenkommen zu zeigen. Zwischen Rom und Wien wurde ein Einverständnis dahin erzielt, dass Österreich (da Italien keine entsprechenden Gegenleistungen auf sich nehmen könne) keine präzisen Verpflichtungen in dem Mittelmeere zuzumuten seien, dass es aber für Italien in London interveniere, „um England, das Italien gegenüber bisher nur Verpflichtungen bezüglich des östlichen Beckens im Mittelmeere übernommen hatte, zu bestimmen, solche nunmehr auch für den westlichen Teil dieses Meeres auf sich zu nehmen". Von Wien und Berlin aus unterstützt, fand dieses Gesuch in London zustimmende Aufnahme; Italien wurde hier nicht nur die nötige Anleihe gewährt, sondern auch ein Vertrag, durch den Grossbritannien Italien seinen Beistand versprach, wenn es von der Seeseite angegriffen würde, und zwar auch für den Fall, dass es wegen seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde in einen Krieg verwickelt werden sollte. Diese Zusage wurde in London für Italien sogar geradezu von der Erneuerung des Dreibundes abhängig gemacht, Italien musste sich somit dazu schon in Rücksicht auf Grossbritannien verstehen; d. h. es wurde damals direkt durch England im Fahrwasser des Dreibundes festgehalten. So kam am 6. Mai 1891 der dritte Dreibundvertrag zustande. Dem Wunsche Italiens gemäss stellte er sich als ein einziges Instrument dar, dessen siebenter Artikel jetzt die wichtigen österreich-italienischen Vereinbarungen über den Balkan enthielt. Er wurde auf sechs Jahre geschlossen, doch mit der Bestimmung, dass er, falls ihn nicht einer der Paziszenten ein Jahr vor seinem Ablauf kündige, noch weitere sechs Jahre in Kraft bleiben sollte. Es war der Höhepunkt des flirt anglotriplicien. Bei Gelegenheit eines Kaiserbesuches in England wurde im Juli 1891 zu Hatfield in Gegenwart des deutschen Staatssekretärs v. Marschall ein Protokoll aufgenommen, „welches die Identität der Interessen des Dreibundes mit denjenigen Englands feststellte".

V. Der Zweibund und seine Entwicklung zum Dreiverbande, die „Einkreisungspolitik" Englands und der Dreibund bis zu seiner Auflösung.

Der Versuch, die Entstehung des Zweibundes, seine Entwicklung zum Dreiverbande, die Geschichte des Dreibundes von seiner Erneuerung im Jahre 1891 bis zu seiner Auflösung im Jahre 1914, wenngleich in noch so gedrängter Knappheit in ihrem inneren Zusammenhange mit der grossen Politik Europas in diesem Zeitraume zu schildern, die einzelnen Aktionen zu skizzieren, die als Spiel und Gegenspiel der zwei Mächtegruppen in die Erscheinung traten, in welche Europa jetzt zerfiel, würde soviel bedeuten, wie eine Vorgeschichte des Weltkrieges, wenigstens in ihren allgemeinen Umrissen, liefern zu wollen. Das ist hier natürlich unmöglich; wir müssen uns darauf beschränken, die wichtigsten äusseren Daten der Geschichte der beiden Allianzsysteme in aller Kürze zusammenzustellen. Dazu drängt auch der Umstand, dass wir über Zweibund und Dreiverband nicht in gleicher Weise unterrichtet sind, wie über den Dreibund; haben wir uns auch über diesen bisher ausführlicher auslassen können, so dürfte es sich doch von jetzt ab empfehlen, ihn so zu behandeln, dass eine gewisse Gleichmässigkeit in der Darstellung für beide Gruppen erzielt wird.

Neben einer Reihe von Einzelmotiven war es die gesamte politische Konstellation, wie sie zum Anfange der neunziger Jahre bestand, die unverkennbare Intimität Grossbritanniens mit dem Dreibunde, die Tatsache, dass sich alle Grossmächte Europas zu einer einzigen Interessengruppe zusammengeballt hatten, ausserhalb deren Frankreich und Russland ganz allein dastanden, welche diese beiden Staaten jetzt antrieb, den förmlichen Zusammenschluss zu vollziehen, der schon so lange gleichsam in der Luft gelegen hatte. Der Besuch eines französischen Geschwaders in Kronstadt (Ende Juli 1891) war das sichtbare Zeichen der sich nunmehr endlich vertragsmässig vollziehenden Annäherung. Etwa vier Wochen später begann ein Notenaustausch der beiden Mächte; er führte im folgenden Jahre zu einer Militärkonvention. 1894 folgte ein Bündnisvertrag, dessen Existenz vorderhand noch geheim gehalten wurde.

Dreibund und Zweibund standen sich jetzt geschlossen gegenüber; trotzdem kam es zwischen ihnen noch keineswegs zu einem förmlichen Zusammenstosse. Der letzte Grund dafür lag darin, dass

gleichzeitig das Verhältnis Grossbritanniens zu Deutschland und daher zum Dreibunde erkaltete und sich dafür ein auf der Basis persönlicher Freundschaft zwischen Wilhelm II. und dem neuen Zaren Nikolaus II. beruhendes Zusammengehen Deutschlands mit Russland in weltpolitischen Fragen, nämlich in Ostasien, herstellte. Unter Nikolaus II. wandte sich Russland vom näheren Orient ab und dem ferneren Osten zu. Dadurch verlor die Balkanfrage ihren für das europäische Festland aktuell-gefährlichen Charakter; die Reibungsflächen, die sie bisher zwischen Russland und Österreich errichtet hatte, schwanden: Russland desinteressierte sich auf dem Balkan, und dasselbe tat Österreich notgedrungen in Rücksicht auf seinen Dreibundgenossen Italien, — wenn es diesem nicht Albanien preisgeben wollte (und das war wegen seiner Stellung im adriatischen Meere ausgeschlossen), musste es selbst auf weitere territoriale Erwerbungen auf dem Balkan verzichten. So ward ein Herd weltpolitischen Haders vorläufig ausgeschaltet; dafür aber ein anderer geschaffen, nämlich Ostasien. England wollte eine russische Expansion hierselbst nicht gestatten; nun ging aber Deutschland hier mit Russland und zeitweise auch mit Frankreich, so zuerst 1894/5 bei den Verhandlungen, die sich bei dem Abschlusse des chinesisch-japanischen Krieges durch den Frieden von Schimonoseki abspielten, gegen Japan, indirekt auch gegen England zusammen. Auch in Südafrika traten kolonialpolitische Differenzen zwischen Deutschland und England auf, da jenes die Buren gegen die britische Unterwerfung zu unterstützen zuerst geneigt war. Um die Jahrhundertwende machte England verschiedene Versuche, Deutschlands Bündnis zu gewinnen, vor allem um Russland des deutschen Rückhaltes in Ostasien zu berauben. Die Anträge waren durchaus ernst gemeint; es lag der Londoner Regierung daran, aus der splendid isolation herauszukommen, in der Grossbritannien, wie sie meinte, in Ansehung der gesamten weltpolitischen Verhältnisse nicht länger mehr verweilen konnte; es war ihr damit so ernst, dass sie das Berliner Kabinett darauf aufmerksam machte, sie müsse, von ihm zurückgewiesen, Fühlung mit Frankreich und Russland suchen. In Berlin hielt man das für Bluff und lehnte ab, da man es nicht mit Russland verderben wollte. So setzte man sich zwischen zwei Stühle. Denn England machte seine Drohung wahr. Durch den Vertrag, den es 1902 mit Japan schloss, eröffnete es eine Bündnispolitik, durch welche Deutschland mehr und mehr „eingekreist" wurde. 1904 folgte ein Geheimvertrag, demzufolge die bisher in Afrika zwischen England und Frankreich herrschende Rivalität beseitigt wurde: jenes überliess diesem Marokko, indem auch Spanien daran ein Anteil gewährt wurde; dagegen gab die Republik den Briten freie Hand in Ägypten. So entstand der „Zweiverband", und er verstärkte sich schliesslich zum „Dreiverband". Wie England und Frankreich in Nordafrika, so hatten sich bisher Russland und England in Ostasien gegenübergestanden. Nachdem aber hier Japan die Geschäfte Englands besorgt und Russland unschädlich gemacht hatte (wobei sich Frankreich wohl hütete, für Russland einzutreten), löste sich die britisch-russische Spannung, und der Einfluss Frankreichs auf das Zarenreich, sowie die „Einkreisungspolitik" Eduards VII. führten nunmehr (nachdem der Versuch Wilhelms II., durch persönliche Abmachungen mit Nikolaus II. unter Teilnahme des Reichskanzlers v. Bülow einen deutsch-russisch-französischen Festlandsdreibund mit der Spitze gegen England zustande zu bringen, gescheitert war) auch England und Russland zusammen. In der Konvention vom 31. August 1907 über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Persien opferte die britische Politik Nordpersien und ihre Absichten auf Tibet den Russen. Aus dem fernen Osten zurückgedrängt, wandten sich diese wieder dem näheren Orient zu, und auch in der Balkanfrage ging der Dreiverband jetzt gemeinsam vor.

Nicht nur England entfremdete sich Deutschland durch die Politik, die es seit der Mitte der neunziger Jahre trieb, sondern auch das im Mittelmeere von England abhängige Italien. 1895/96 spielten Verhandlungen über die förmliche Erneuerung des Dreibundes; sie machten erhebliche Schwierigkeiten, u. a. deshalb, weil Italien wegen der inzwischen erfolgten Trübung der englisch-deutschen Beziehungen die Wiederherstellung des (1887 und 1891 nicht mehr wiederholten) Protokolls von 1882 begehrte, dass sich das Bündnis nicht gegen Grossbritannien richte; in Berlin wurde dieses Ansinnen schroff abgelehnt. Da man aber den Kündigungstermin verstreichen liess, ohne von ihm Gebrauch zu machen, galt der Vertrag stillschweigend als auf weitere sechs Jahre, also bis 1903, erstreckt. Immerhin ward das Bündnis nunmehr innerlich brüchig, und immermehr entfernte sich die Politik Italiens von derjenigen seiner Bundesgenossen. Dazu kam der österreichisch-

italienische Balkangegensatz. Nur äusserlich wurde er durch ein Abkommen vom 6. November 1897 ausgeglichen; es wurde durch einen Notenwechsel vom 20. Dezember 1900 und 9. Februar 1901 unter Bezugnahme auf die albanische Frage wiederholt und bestätigt: so lange wie möglich sollte der status quo auf dem Balkan aufrecht erhalten werden; Änderungen, falls sie dennoch nötig würden, sollten im Sinne der Autonomie der Balkanvölker erfolgen. In der Kretaaffäre von 1897 ging Italien anstatt mit Deutschland und Österreich vielmehr mit England und Frankreich. Der Handelsvertrag vom 21. November 1898 machte dem langjährigen Wirtschaftskriege zwischen Frankreich und Italien ein Ende, und der Gegensatz der beiden Mächte im Mittelmeer und in Nordafrika wurde durch den im Frühjahr 1899 geschlossenen Tripolisvertrag aus der Welt geschafft, der Tripolis grundsätzlich der italienischen Machtsphäre zuwies; 1900 folgte eine Einigung über die beiderseitigen Interessensphären im Sudan. Dagegen konnte es wenig bedeuten, wenn am 5. Dezember 1900 eine Marinekonvention in Berlin betreffend das Zusammenwirken der drei Flotten in einem Kriege des Dreibundes gegen Frankreich und Russland zugleich zustande kam. Immer heftiger wurden in Italien sowohl in der Presse als auch in der Kammer die Angriffe gegen den Dreibund. Im Frühjahr 1901 gab der Besuch eines italienischen Geschwaders in Toulon den Anlass zu lebhaften Kundgebungen der Verbrüderung; in demselben Jahre wurde die Vereinbarung betreffend Tripolis erneuert und erweitert. König Viktor Emanuel III. (seit Sommer 1900) war weniger deutschfreundlich als sein ermordeter Vater Humbert, und der französische Botschafter Barrère wirkte in Rom ebenso rührig wie auch geschickt gegen den Dreibund. Mit grossen Schwierigkeiten wurde dieser am 28. Juni 1902 abermals erneuert, unverändert wie 1891, gleichfalls auf sechs Jahre, mit der Klausel, dass er, falls er nicht ein Jahr zuvor gekündigt würde, für dieselbe Frist weiter laufen sollte. Aber wie illusorisch sein Wert war, erhellt daraus, dass Italien schon vorher (am 4. Juni) in Paris erklärt hatte, der Dreibundvertrag enthalte keinerlei aggressive Bestimmungen gegen Frankreich, bedrohe nirgends Frankreichs Ruhe und Sicherheit und habe auch kein gegen Frankreich gerichtetes Zusatzprotokoll. Und am 1. November 1902 versicherte der Aussenminister Prinetti weiterhin, Italien werde streng neutral bleiben, falls Frankreich direkt oder indirekt angegriffen werde.

Man fragt sich, wie bei diesem Stande der Dinge sowohl auf der Seite der Mittelmächte, wie auch auf der Italiens an dieser im letzten Grunde unnatürlichen und unwahrhaftigen Verbindung noch festgehalten werden konnte. In Berlin hatte man durch den deutschen Botschafter in Rom Wind von den Erklärungen und Abmachungen Prinettis hinsichtlich Frankreichs erhalten; aber man konnte sich doch nicht entschliessen, solchen Warnungen Glauben zu schenken. An dem Geiste, der Italien beseelte, konnte man freilich kaum noch zweifeln, wenn Victor Emanuel III. im Herbste 1903 das „glücklich vollzogene Werk der Annäherung" der beiden lateinischen Schwesternationen pries. Aber offiziell hielten Giolitti und Tittoni, die seit 1903 die italienische Politik leiteten, korrekte Beziehungen aufrecht, und die Mittelmächte glaubten auch, zumal seitdem sich Russland auf die Seite Englands und Frankreichs geschlagen hatte, die feindliche Gruppe sich nicht auch noch durch Italien verstärken lassen zu dürfen. Jedenfalls hielten sie es für das kleinere Übel, wenn Italien, wenngleich als unsicherer Kantonist, noch im Dreibunde verharre, als wenn es in das andere Lager abmaschiere, — man setzte sich dadurch freilich der Gefahr von Indiskretionen in Rom aus. Italien blieb beim Dreibunde, wenngleich nur äusserlich und formell, weil es den Eklat scheute, den die Lösung des alten Vertragsverhältnisses hervorrufen musste; zudem brachte ihm die Zugehörigkeit zum Dreibunde beträchtliche handelspolitische Vorteile. Es traute wohl auch den Westmächten noch nicht ganz und glaubte, dass es sich für diese zur Zeit wertvoller mache, wenn es sich ihnen noch nicht mit Haut und Haar verschreibe, sondern erst noch umwerben lasse. Endlich konnte man so, im Rahmen des Dreibundes, Österreichs Balkanpolitik am besten kontrollieren und hemmen, sowie verhindern, dass sich dieses hier etwa einseitig mit Russland einige, so dass Italien bei einer Teilung der Balkanhalbinsel mit leeren Händen ausgehe. Man wollte eben in Rom zwei Eisen im Feuer haben, jedenfalls aber ein Hinterpförtchen sich offen halten, um im gegebenen Augenblicke in das gegnerische Quartier hinüberschlüpfen zu können. Im übrigen ist der Inhalt der Dreibundverträge immer auf den Wunsch der Italiener geheim gehalten worden, während die Mittelmächte keine Bedenken gegen die Veröffentlichung gehabt hätten; auch für

die Geheimhaltung des Vertrages mit Rumänien war lediglich der Wille König Carols massgebend. Wie wenig die Mittelmächte auf Italiens Beistand im Ernstfalle rechnen durften, das bewies die „Extratour", die es, um Bülows Ausdruck zu gebrauchen, in der Marokkokrisis und besonders auf der Konferenz von Algeciras tanzte. Dennoch erwies sich die Tradition als so mächtig, dass keiner zuerst brechen wollte. Alle drei Teilnehmer liessen den 8. Juli 1907 verstreichen, ohne zu kündigen; damit war der Vertrag stillschweigend bis 1914 verlängert.

Indem sich Russland, wie bereits bemerkt wurde, vom fernen wieder dem nahen Osten zukehrte, rückte in der zweiten Hälfte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts wieder die Balkanfrage in den Vordergrund des weltpolitischen Interesses. Nicht nur dass Russland jetzt selbst wieder nach Konstantinopel und den Meeresengen zu greifen trachtete, es unterstützte auch die Balkanstaaten, vor allem die Serben, bei ihrem Streben, die Rechte der osmanischen Herrschaft auf europäischem Boden zu beseitigen und ihre Stammesgenossen möglichst insgesamt an sich zu ziehen, — das letztere richtete sich freilich nicht nur gegen die Pforte, sondern auch gegen Österreichs Stellung auf der Balkanhalbinsel, nämlich gegen seine Herrschaft über Bosnien und die Herzegowina, ja sogar darüber hinaus, gegen die territoriale Integrität der Donau-Monarchie. Denn die grossserbische Agitation reichte schon über den Balkan hinaus bis zu den in Österreich und Ungarn wohnenden Südslaven. Ebenso warfen die Rumänen ihre Blicke nach ihren Volksgenossen in Ungarn und Siebenbürgen, die Russen nach den Ruthenen im Osten des habsburgischen Reiches. Die italienische Balkanpolitik erhielt dadurch sozusagen eine doppelte Front: während sie Österreich, mit dessen so nahem Ende man damals noch nicht rechnen konnte, an einer Verstärkung seiner Position auf dem Balkan hindern musste, musste sie doch wieder in Gemeinschaft mit Österreich die Entstehung eines grösseren slavischen Staatswesens an der Adria, d. h. vor allem die Festsetzung der Serben und dadurch des russischen Einflusses daselbst, abwehren. Dieser Doppelaufgabe hat sich Italien mit anerkennenswerter Geschicklichkeit unterzogen und im Zusammenhange damit eine Schaukelpolitik getrieben, derzufolge wir es bald mit Österreich, bald gegen Österreich marschieren sehen, — je nachdem schien der Dreibund bald einmal wieder gefestigt, bald wieder mehr gelockert. Schon der Ährenthalsche Plan einer Fortsetzung der Bahn in Bosnien und im Sandschak behufs Verbindung des adriatischen und ägäischen Meeres von Triest bis Saloniki erregte in Triest Bedenken und Eifersucht; die schwerste Belastungsprobe erfuhr der Dreibund jedoch durch die bosnische Krisis von 1908/9. Im Zusammenhang mit der jungtürkischen Revolution und der Einführung des Konstitutionalismus im osmanischen Reiche machte Kaiser Franz Josef der wesenlosen Souveränität der Pforte über Bosnien und die Herzegowina ein Ende, indem er (am 5. Oktober 1908) die blosse Okkupation dieser Länder in eine förmliche Annexion verwandelte; wenn er dabei auf den Sandschak Novi-Bazar verzichtete, wo er ja das militärische Besatzungsrecht hatte, so war das eine im Sinne der bisherigen Verträge liegende Konzession, durch welche er die Zustimmung Italiens zu erreichen trachtete. Serbien protestierte gegen die Einverleibung der beiden Landschaften in die Donaumonarchie, begehrte für sie eine „Autonomie", von der es annahm, dass sie das Übergangsstadium zu einer späteren Angliederung an das eigene Staatswesen sein würde, und für sich selbst „territoriale Kompensationen", in der Hoffnung auf Rückhalt bei Russland und dadurch bei der ganzen Tripleentente. Und während bei dieser völlige Einhelligkeit herrschte, war der Dreibund uneins; Italien betrachtete die Handlung des Kaisers als eine Art von Übervorteilung und einen gerechten Anlass zu Gegenforderungen. War man hier nicht abgeneigt, dem Bundesgenossen in den Rücken zu fallen, so gab es in Österreich eine Partei, an deren Spitze der Generalstabschef Konrad von Hötzendorff stand, welche soweit ging, dass sie sogar einen Präventivkrieg gegen den gefährlichen Alliierten predigte. Gestützt durch Deutschlands energischen Beistand, setzte das Donaureich seinen Willen durch: Serbien musste im Frühjahr 1909 abrüsten und demütig zu Kreuze kriechen, — noch fühlte sich Russland vom japanischen Kriege her allzusehr erschöpft, um für den Klientelstaat an der unteren Donau eintreten zu können. Italien suchte sich seine überseeischen Interessen für die Zukunft zu sichern, indem es zunächst bei einem Besuche Nikolaus II. in Raconigi im Oktober 1909 ein Abkommen schloss; während es bei dieser Gelegenheit die Genehmigung Russlands zu einem Unternehmen gegen Tripolis und die Cyrenaika erhielt, machte es dem Zaren Zusagen in der Meeresengenfrage. Am 30. November 1909

folgte eine italienisch-österreichische Übereinkunft als Ergänzung zum Balkanartikel (VII) des Dreibundvertrages; sie setzte fest, falls Österreich auch den Sandschak von Novi-Bazar an sich ziehen würde, dass Italien dann eine entsprechende Kompensation haben sollte; auch sollte Österreich keine Verabredung über den Balkan mit einer dritten Macht, d. h. Russland, treffen, ohne dass Italien Teilnahme auf dem Fusse der Gleichberechtigung gewährt würde.

Schon lange hatte Italien seine Absichten auf Tripolis gerichtet. Als nun im Laufe des Jahres 1911 die Entwicklung der Marokkofrage sich so gestaltete, dass Marokko unter das Protektorat Frankreichs geriet, glaubte Italien, die Hand auf Tripolis legen zu müssen, damit ihm dieses schliesslich nicht doch noch entginge. Es war nicht frei von Misstrauen gegen Frankreich, wie sich auch tatsächlich, als es zur Aktion gegen Tripolis schritt, Anfang 1912 Kollisionen zwischen Frankreich und Italien einstellten. Unter diesem Gesichtspunkte empfand Italien wieder einmal das Bedürfnis nach stärkerer Anlehnung an den Dreibund. Obgleich dieser noch bis 1914 in Geltung war, betrieb die römische Regierung schon seit Herbst 1911 seine Erneuerung. In Berlin war man gern dazu bereit; in Wien machte man Schwierigkeiten, besonders als Italien den Kriegsschauplatz von Afrika nach dem ägäischen Meere verlegte. Wilhelm II. hatte Ende März 1912 eine Zusammenkunft mit Victor Emanuel in Venedig; dieser gab hier die dreibundfreundlichsten Versicherungen ab, und der Kaiser versprach, sich für die italienischen Wünsche in Wien einsetzen zu wollen; trotzdem gerieten die Verhandlungen im Mai ins Stocken. Da im Herbst 1912 auch die verbündeten Balkanstaaten gegen die Pforte losbrachen, trat diese im Frieden von Lausanne (18. November 1912) Tripolis an Italien ab. Auch jetzt noch lag Italien an der vorzeitigen Erneuerung des Dreibundes; verschiedene Motive waren dafür wirksam. Man legte in Rom Wert auf die Garantie des Dreibundes für Tripolis; auch erregte hier damals die Zusammenziehung der französischen Flotte im Mittelmeere Besorgnis; man wollte endlich nicht, dass Serbien und dadurch der russische Einfluss an die Adria gelangen. Zumal in Berlin fanden die italienischen Wünsche günstige Aufnahme, und so kam am 5. Dezember 1912 der fünfte Balkanvertrag zustande, unverändert, wie 1891, wieder auf sechs und im Falle der Nichtkündigung auf zwölf Jahre. In einem Zusatzprotokolle übernahmen die Mittelmächte die Garantie für die Souveränität Italiens über Tripolitanien und die Cyrenaika; auch wurden darin die österreichisch-italienischen Balkanabkommen von 1900/1 und 1909 gleichsam bestätigt.

Kaum schien die Harmonie zwischen den Mächten des Dreibundes jemals so vollkommen hergestellt, wie in dieser seiner letzten Phase. Die Ende 1912 zeitweise wegen der im lybischen Kriege erfolgten Schwächung durch Italien suspendierte Landkriegskonvention wurde im folgenden Jahre erneuert, ebenso das Marineabkommen aller drei Staaten von 1900. Der italienische Admiral, der Herzog der Abruzzen, nahm an den deutschen Flottenmanövern teil; es wurden auf der italienischen Seite Versicherungen abgegeben, dass man es im Falle eines Krieges mit der Bündnispflicht sehr ernst nehmen und auch zu aktiver Hilfeleistung gegen Frankreich bereit sei. Anfang Juli 1913 besuchte Victor Emanuel den Kaiser in Kiel; in eben dieses Zusammensein fiel freilich ein Zwischenfall hinein, der zwar schnell vorüberging, aber doch ein drohendes Sturmzeichen war. Eben damals zog sich am Balkanhorizont ein neues Gewitter zusammen; die gegen die Türkei siegreichen Balkanstaaten konnten sich über die Teilung der Beute nicht einigen; es entstand der zweite Balkankrieg, bei dem die bisherigen Alliierten gegen Bulgarien loszogen, indem sich ihnen Rumänien zugesellte, welches seine südlichen Nachbarn nicht zu gross werden lassen wollte. Andererseits aber besorgte das Wiener Kabinett, dass aus dem neuen Kriege Serbien noch mehr, als aus dem ersten, gestärkt hervorgehen und dann erst recht Österreichs Balkanstellung und staatlicher Existenz gefährlich werden könnte. Daher war der leitende Minister, der Graf Berchthold, für einen Präventivkrieg gegen Serbien und richtete an Deutschland und Italien das Ansinnen auf Bundeshülfe. In Kiel, wo der Kaiser und der König weilten, wirkte das wie ein Donnerschlag; sofort legte der Ministerpräsident Giolitti, der sich auch in Kiel befand, geharnischten Protest ein, indem er erklärte, dass der Bündnisfall hier nicht vorliege. Auch Deutschland war nicht Willens, mitzugehen, ebensowenig Rumänien, das ja mit dem Dreibunde zwar vertragsmässig verknüpft war, dessen Interessen aber doch in diesem Falle parallel mit denen Serbiens liefen, — so blieb Berchthold nichts anderes übrig, als den Rückzug anzutreten.

Noch einmal schien die Eintracht wiederzukehren: um Serbien von der See fernzuhalten, einigten sich Österreich und Italien, das auch Griechenland nicht nach Albanien gelangen lassen wollte, im Sinne ihrer bisherigen Vereinbarungen auf ein selbständiges Fürstentum Albanien, als dessen Herrscher Italien auf die deutsche Vermittlung hin den Fürsten von Wied akzeptierte. Am 7. März 1914 landete dieser in Durazzo. Aber es glückte ihm nicht, im Lande festen Fuss zu fassen, und als sich die muhammedanische Bevölkerung gegen den christlichen „Mbret" erhob, nahmen trotz aller offiziellen Erklärungen der Regierung die Presse und die öffentliche Meinung der Appeninhalbinsel gegen ihn als österreichische Kreatur leidenschaftlich Stellung, nicht minder die in Albanien weilenden diplomatischen Agenten Italiens. Wieder eröffnete der Balkangegensatz die Kluft zwischen Österreich und Italien, und bald sollte sie durch die serbische Politik Berchtholds unüberbrückbar, das Tuch zwischen Italien und den Mittelmächten zerschnitten werden.

Nicht durch offizielle Verträge waren die Mächte des Dreiverbandes unter sich insgesamt miteinander verkettet; aber innerlich stellten sie eine geschlossene Einheitsfront dar, durch Vereinbarungen, Abreden und gegenseitige Erklärungen der leitenden Staatsmänner, gemeinsames Zusammenarbeiten und Konventionen militärischen Charakters seit 1906 bei aktuellen Gelegenheiten, aus Anlass der Marokkokrisis in ihren verschiedenen Stadien, gefestigt; auch das „neutrale" Belgien wurde darein mit einbezogen. Im Jahre 1912 kamen Marinekonventionen zwischen England und Frankreich, sowie zwischen Frankreich und Russland zustande; im November desselben Jahres spielte sich zwischen dem englischen Aussenminister Grey und dem französischen Botschafter in London Cambon jener Briefwechsel ab, der unter Bezugnahme auf die in den letzten Jahren stattgehabten Beratungen der militärischen und maritimen Autoritäten der beiden Mächte feststellte, dass sie, falls eine von ihnen „einen unprovozierten Angriff durch eine dritte Macht oder irgend etwas zu erwarten hätte, was den allgemeinen Frieden bedroht", sofort die Massnahmen in Erwägung ziehen würden, welche sie gemeinsam zu ergreifen gewillt wären: „wenn diese Massnahmen eine kriegerische Aktion mit sich brächten, so würden die beiden Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstäbe in Erwägung ziehen und sich schlüssig werden, welche Folgen man diesen Plänen zu geben habe". Fester, wie formulierte Bündnisparagraphen waren diese „unverbindlichen Bindungen". Der Besuch König Georgs im Sommer 1914 in Paris gab dem russischen Botschafter daselbst, dem Herrn von Iswolski, den Versuch ein, die Umwandlung des Dreiverbandes in einen förmlichen Dreibund nach dem Muster des festländischen Dreibundes zu betreiben, — Grey lehnte das Projekt ab; immerhin begannen im Juni Besprechungen über eine englisch-russische Marinekonvention. Mancherlei Beziehungen deuteten damals darauf hin, dass der Höhepunkt der englisch-deutschen Spannung bereits überwunden war, — waren doch zu jener Zeit deutsch-englische Sonderabkommen über die portugiesischen Kolonien und über die Bagdadbahn vor ihrem Abschlusse. Noch konnte man damals das Urteil fällen: „Wer die gegenwärtige Lage der Dinge mit kühlem Blicke betrachtet, wird wohl mehr zu der Überzeugung hinneigen, dass ein kriegerischer Zusammenstoss zwischen Dreibund und Dreiverband zur Zeit nicht gerade als eine aus der bisherigen Entwicklung sich unabweisbar ergebende Notwendigkeit betrachtet zu werden braucht."

Das Attentat von Serajewo vom 28. Juni 1914 machte diese Hoffnung zu Schanden. Es erregte in Österreich den Wunsch, das Unternehmen gegen Serbien, das man gerade ein Jahr zuvor bereits geplant hatte, nunmehr in Angriff zu nehmen. Dieses Mal liess man sich in Deutschland mit fortreissen, während Italien, den casus foederis nicht für gegeben erachtend, seine Mitwirkung versagte. Damit war der Dreibund gesprengt; die Mittelmächte mussten allein den schweren Kampf bestehen. Indem Russland sich hinter Serbien stellte und von einer Lokalisierung des österreichisch-serbischen Krieges nichts wissen wollte, indem der Dreiverband hinwiederum zusammenhielt, entbrannte der Weltkrieg.

9. Abschnitt.

Der unmittelbare Kriegsanlass.[1])

Von Dr. **Friedrich Luckwaldt,**
o. Professor der Geschichte an der Technischen Hochschule Danzig.

Literatur:

Originalquellen: Aktenstücke zum Kriegsausbruch. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt (zweites, erweitertes deutsches Weissbuch). Berlin ohne Jahr (1915). — Deutschland schuldig? Deutsches Weissbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Herausgegeben mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes. Berlin 1919. — Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke, im Auftrag des Auswärtigen Amts herausgegeben von Graf Max Montgelas und Prof. Walter Schücking. 4 Bde. Charlottenburg 1919. — Österreichisch-ungarisches Rotbuch. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Wien 1915. Neues österreichisches Rotbuch. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachträge. Wien 1919. — Great Britain and the European Crisis. Correspondence and Statements in the Parliament. London 1914 (Blaubuch). Recueil de Documents diplomatiques. Négociations ayant précédé la guerre. Petrograd 1914 (Orangebuch). Documents diplomatiques. 1914. La guerre européenne I: Pièces relatives aux négociations qui ont précédé les déclarations de guerre etc. Paris 1914 (Gelbbuch). Deutsche Einzelausgaben der Farbbücher: Bernstein, Eduard, Dokumente zum Weltkrieg. Berlin 1914—1917. Zusammenstellung: Beer, Max, Das Regenbogenbuch. Bern 1915. Sauerbeck, Ernst, Der Kriegsausbruch, Stuttgart und Berlin 1919. — Erinnerungen: Bethmann Hollweg, Th. v., Betrachtungen zum Weltkriege. I. Berlin 1919. Jagow, G. von, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges. Berlin 1919. Helfferich Karl, Die Vorgeschichte des Weltkrieges. Berlin 1919. Tirpitz, A. v., Erinnerungen. Leipzig 1919. Lichnowsky, Fürst, Meine Londoner Mission 1912—1914. Pourtalès, Graf, Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden. Charlottenburg 1919. — Darstellungen: Bergsträsser, Ludwig, Die diplomatischen Kämpfe vor Kriegsausbruch. München und Berlin 1915 — Gooss, Roderich, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges. Wien 1919. — Helfferich, Karl, Die Entstehung des Weltkriegs im Licht der Veröffentlichungen des Dreiverbands. Berlin 1915. — Hofer, Cuno, Die Keime des grossen Krieges. Zürich 1917. — Hoeniger, Robert, Russlands Vorbereitung zum Weltkrieg. Berlin 1919. — Kautsky, Karl, Wie der Weltkrieg entstand. Berlin 1919. — Oncken, Hermann, Der Ausbruch des Krieges in: Deutschland und der Weltkrieg. Leipzig und Berlin 1915. — Schücking, Walther, Die völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges. Leipzig 1918.

Schon vor dem Attentat von Serajewo hielt der kluge württembergische Ministerpräsident von Weizsäcker die Lage für so „schwül“, dass er, allerdings vergebens, beim Grafen Hertling in München den Zusammentritt des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten anregte.

Zwar nach Westen hin schien der Horizont lichter als seit langem. Das Verhältnis zwischen England und Deutschland war sichtlich gebessert, fast herzlich; und in Frankreich durfte der den Revanchemännern ungünstige Ausfall der Kammerwahlen im Mai für ein Friedenszeichen gelten. Dafür aber lag im Osten noch von den Balkankriegen her ein Gewitterzentrum. Österreich und Russland standen sich in unverhüllter Feindschaft gegenüber, und die Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg liessen seit dem Streit über die deutsche Militärmission in Konstantinopel und dem nachfolgenden Sturz des wohlgesinnten Ministerpräsidenten Kakowzow fast ebensoviel zu wünschen übrig. Japanische Offiziere, die um Ostern aus Russland nach Deutschland kamen, erzählten, dass man in russischen Offizierskreisen offen von einem Krieg gegen Deutschland spreche, für den der Augenblick günstig sei; und die russische Presse jedenfalls hetzte in einer Art, dass der Staatssekretär von Jagow sich Mitte Mai vor versammeltem Reichstag über die „fast systematische Kampagne“ beklagte. Aber auch in österreichischen Blättern wurden recht kriegerische Töne angeschlagen. Am 30. Mai schrieb die Militärische Rundschau: „Umsonst sind die schönen Friedensäusserungen der Minister des Äusseren. Wir stehen doch vor einem grossen Krieg.“ Man hatte in Wien die Sorge, dass Russland an einem neuen, grösseren Balkanbund arbeite, indem es ausser Serbien und Montenegro das seit 1913 unzuverlässige Rumänien auf seine Seite bringen, dadurch einen übermächtigen Druck auf Bulgarien ausüben und endlich sogar die Türkei und Griechenland einbeziehen wolle. Demgegenüber meinte man nicht länger einfach abwarten zu dürfen. Mindestens

[1]) Abgeschlossen am 20. Dezember 1919.

seit dem Mai schwebten Erwägungen über eine entschlossene Gegenaktion, für die man die Unterstützung Deutschlands zu gewinnen wünschte. Eine umfängliche Denkschrift zur Mitteilung nach Berlin wurde ausgearbeitet. Noch am 26. Juni schrieb der Kabinettschef Graf Hoyos, die rechte Hand des Grafen Berchtold, an den Botschafter in Konstantinopel: „Der Minister tut sein Mögliches, Tschirschky die Augen zu öffnen." Wahrscheinlich hat auch Erzherzog Franz Ferdinand mit dem Kaiser bei dessen Besuch in Schloss Kanopischt am 12. Juni über die Balkanfragen verhandelt, wenn schon die Geschichten über den „Pakt von Kanopischt" ins Gebiet des Klatsches gehören. Am 23. Juni sagte der Kaiser in Hamburg immerhin auffallend: „Wir müssen in der Lage sein, eines der besten Worte, die der eiserne Kanzler je geprägt hat, tatsächlich auf uns zu übertragen und auszuführen, das heisst: wir müssen so leben und handeln, dass wir allezeit mit ihm sagen können: Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts und niemanden auf der Welt."

Fünf Tage später, am Sonntag den 28. Juni, wurden Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin bei ihrem Besuch in Serajewo von dem Gymnasiasten Princip durch Pistolenschüsse hingestreckt, nachdem ein Bombenwurf des Typographen Cabrinovic kurz vorher sein Ziel verfehlt hatte. Die Tat, die alle Züge eines Komplotts trug, stellte sich dar als Ergebnis der grossserbischen Agitation und beleuchtete grell die ungeheuren Gefahren, die diese für die Doppelmonarchie mit sich brachte. Mochten deshalb auch die Verschworenen bosnische Untertanen sein und Beweise für eine direkte Mitschuld der serbischen Regierung fehlen, so konnte das Attentat doch nicht anders als die in Wien ohnehin vorhandene Neigung für den Griff ins Wespennest zu vollem Siege bringen. Man fand, die Monarchie habe die Pflicht, „mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreissen, die ihre Gegner zu einem Netz über ihrem Haupt verdichten wollten." Vordem war als eine Möglichkeit unter anderen immerhin auch eine Aussöhnung mit Serbien unter rumänischer Vermittlung in Frage gekommen. Jetzt erschien als Ziel einfach die Isolierung und Verkleinerung des ehrgeizigen Nachbarstaates, der als politischer Machtfaktor auszuschalten sei. Der Landeschef von Bosnien, Feldzeugmeister Potiorek, schickte Telegramme auf Telegramme, dass nur durch eine sofortige Machtäusserung gegen Serbien in seinem Amtsbereich ruhige und normale Verhältnisse geschaffen werden könnten. In den anderen Kronländern, auch den slawischen, zeigte sich so allgemeine Empörung über die Ermordung des Thronfolgers, dass die Regierung hoffen durfte, für die Strafaktion einmütigen Beifall zu finden. Endlich dem Ausland gegenüber liess sich eine bessere Deckung nicht denken. Selbst der Zar musste Schwierigkeiten haben, Österreich in den Arm zu fallen, wenn es sich um die Sühne eines Fürstenmordes handelte.

So ging man denn zunächst einmal jetzt wirklich daran, sich des nötigen Rückhalts bei Deutschland zu versichern. Die Denkschrift für Berlin wurde fertig gestellt und zusammen mit einem dringenden Handschreiben Kaiser Franz Josefs dem Grafen Hoyos übergeben, der am 4. Juli damit abreiste. Kaiser Wilhelm nahm beide Schriftstücke aus der Hand des Botschafters Grafen Szögyény entgegen, den er am 5. Juli zur Frühstückstafel bei sich in Potsdam sah. Nachher hatte er eine Unterredung mit dem aus Hohenfinow herbeigerufenen Reichskanzler, der seinerseits nächsten Tages eingehend und unter Hinzuziehung des Unterstaatssekretärs Zimmermann mit den Grafen Szögyény und Hoyos konferierte.

Das Ergebnis dieser Besprechungen war, dass die deutsche Regierung unbedingt den österreichischen Absichten zustimmte, ja diese durchaus und auf jede Art ermutigte. Graf Szögyény konnte berichten, dass Kaiser und Kanzler ein sofortiges Einschreiten gegen Serbien als radikalste und beste Lösung der Schwierigkeiten am Balkan ansähen. Ein so günstiger Moment komme nicht wieder. Schon am 30. Juni hatte der Kaiser an den Rand eines Berichtes geschrieben: Jetzt oder nie.

Der Grund war nicht, dass er oder seine Ratgeber den Krieg wünschten. Sein eigentlicher Sinn stand jetzt wie früher auf Frieden. Als Friedenskaiser wollte er in der Geschichte fortleben. Aber freilich in den letzten Jahren waren ihm mehr und mehr Zweifel aufgestiegen, ob das möglich sein würde. Auch konnte die zunehmende Nervosität der Militär- und der alldeutschen Kreise auf seine bestimmbare Natur nicht ohne Wirkung bleiben. Bethmann bezeugt: „Der Kaiser hat mir seit 1912, und seit Anfang 1913 immer dringlicher werdend, wieder und wieder von der Koalition gesprochen, die sich ähnlich der Kaunitzschen gegen uns bilde, und die über uns herfallen werde." Vielleicht bezeichnete er in Augenblicken ärgerlicher Aufwallung den Kampf wirklich als unver-

meidlich, wie der französische Botschafter im November 1913 glaubte berichten zu können. Frankreichs Haltung hatte ihn bitter enttäuscht. Beim Neujahrsempfang 1913 sagte er zu Cambon: „Jetzt sind es 25 Jahre, dass ich Frankreich die Hand hinstrecke, und 25 Jahre schlägt es sie aus.“ Vollends von Russland erwartete er sich nichts Gutes. Noch im März 1914 hatte er sich darüber in einem Berliner Kasino, wahrscheinlich des Alexanderregiments, sehr heftig geäussert. Russland rüstete im grössten Stil. Es wühlte am Balkan gegen Österreich. Es wühlte in Österreich selbst. Aber noch waren seine Rüstungen nicht fertig. Noch hatten seine Intrigen am Balkan nicht zum Ziel geführt. Noch stand Österreich. Die Ermordung des Erzherzogs war wie ein Wink des Schicksals. Sie vergrösserte einerseits für den Fall ruhigen Zuwartens die Gefahr des Zerfalls der Doppelmonarchie, weil der neue Thronfolger Erzherzog Karl, jung, unreif, sehr mässig befähigt und unter dem Einfluss einer französisch empfindenden Frau, keinerlei Bürgschaften für eine weise Staatslenkung im deutschen Sinn bot. Andererseits erleichterte sie in jeder Hinsicht eine Aktion der Mittelmächte. Der Fall schien so zu liegen, dass Russland, wenn es den Krieg nicht unbedingt wollte, untätig bleiben und sich den Serben gegenüber darauf berufen konnte, dass es eine Kampfesweise, die mit Bombenwürfen und Revolverschüssen arbeite, ebenso wie die andern zivilisierten Staaten missbillige. Von England war bekannt, dass es für Serbien keine Sympathien hatte. Auch hielt man seine Regierung für ausgesprochen friedliebend. Und Frankreich schien einem Krieg schon deshalb ausweichen zu müssen, weil seinem Heer die schwere Artillerie fehlte. Beide Westmächte würden also auf Petersburg drücken. Wenn dann Deutschland ähnlich wie 1909 schützend neben Österreich trat, mochte die Lokalisierung eines österreichisch-serbischen Krieges gelingen. Dieser würde den „kranken Mann“ an der Donau — Unterstaatssekretär Zimmermann gebrauchte das Wort — mit neuem Leben erfüllen und die Lage auf dem Balkan zugunsten der Mittelmächte verändern, vielleicht einem Balkanbund unter deutsch-österreichischer statt unter russischer Leitung den Weg bahnen. Ja, als weitere Folge liess sich eine gewisse Lockerung der Beziehungen zwischen den Dreiverbandsmächten denken, indem Russland enttäuscht von England und etwa auch von Frankreich abrückte. Die europäische Lage würde also entspannt werden, der Krieg gegen Serbien den Frieden in Europa auf eine festere Grundlage stellen.

Es braucht nicht gesagt zu werden, dass in dieser Rechnung verhängnisvolle Irrtümer und Fehlschlüsse steckten. Aber es scheint sicher, dass der Kaiser und der Kanzler so und nicht anders gerechnet haben. Natürlich waren sie nicht blind genug, um zu übersehen, dass die Gefahr eines ernsteren, kriegerischen Ausganges bestand. Aber sie beruhigten sich darüber mit der Erwägung, dass, wenn Russland das Einschreiten gegen Serbien zum Anlass nehme, um loszuschlagen, dann eben erwiesen sei, dass es unter allen Umständen den Krieg wolle, und dass für den somit unvermeidlichen Krieg der gegenwärtige Augenblick günstiger sei als ein späterer. Namentlich erwarteten sie für jetzt die Neutralität Englands. Nach einem Bericht des k. und k. Botschafters vom 12. Juli glaubte die deutsche Regierung „sichere Anzeichen dafür zu haben, dass England sich derzeit an einem wegen eines Balkanlandes ausbrechenden Kriege nicht beteiligen würde, selbst dann nicht, wenn er zu einem Waffengang mit Russland, ev. auch mit Frankreich führen sollte“; und gegen Russland und Frankreich allein meinte man im deutschen Generalstab gute Aussichten des Sieges zu haben. Eben deshalb aber galt für so unwahrscheinlich, dass die Gegenseite es auf das äusserste ankommen liesse. Es werde etwas Gepolter geben, aber schliesslich werde Russland zurückweichen. Der Kaiser beriet zwar am 5. mit dem Kriegsminister und dem Chef des Militärkabinetts und bestellte sich am Morgen des 6. den Admiral von Capelle, den Kapitän Zenker und als Vertreter des zur Kur in Karlsbad abwesenden Generalstabschefs von Moltke General von Bertrab nach Potsdam. Aber diese Empfänge geschahen zwischen Tür und Angel; denn der Monarch war im Begriff, um 9^{15} vormittags die übliche Nordlandreise anzutreten. Auch äusserte sich der Kaiser durchaus optimistisch: ein Eingreifen Russlands zur Deckung Serbiens sei nicht wahrscheinlich, und man beschloss dementsprechend, zwar gewisse Vorbereitungen zu treffen, aber Massnahmen zu vermeiden, die geeignet wären, politisches Aufsehen zu erregen oder besondere Kosten zu verursachen.

Fast schien die grösste Sorge, Österreich möge zögern, die Gunst der Lage zu nützen. Man traute den k. und k. Staatsmännern nicht recht die nötige Energie zu und hielt deshalb für geboten, ihnen den Rücken zu steifen und sie vorwärts zu drängen. Herr von Tschirschky teilte dem Grafen

Berchtold am 8. Juli mit, er habe telegraphische Weisung empfangen, zu erklären, dass man in Berlin eine Aktion gegen Serbien erwarte, und dass es in Deutschland nicht verstanden werden würde, wenn die Monarchie die gegebene Gelegenheit vorübergehen liesse, ohne einen Schlag zu führen. Ebenso meldete am gleichen Tage Graf Szögyény, dass die deutsche Regierung mit Ungeduld den Entscheidungen des Wiener Kabinetts entgegensehe.

Inzwischen waren auf den Bericht des aus Berlin zurückgekehrten Grafen Hoyos hin diese Entscheidungen wenigstens vorläufig in einem k. und k. Ministerrat am 7. Juli getroffen worden. Der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza vertrat hier die Sache der Vorsicht und Mässigung. Schon am 1. Juli hatte er dem Kaiser in einem schriftlichen Vortrag dargelegt, man würde vor der ganzen Welt als Friedenstörer dastehen und einen grossen Krieg unter den ungünstigsten Umständen entfachen. Jetzt hob er namentlich hervor, dass allerhand Zukunftsmöglichkeiten denkbar seien, wie Ablenkung Russlands durch asiatische Verwicklungen oder ein Revanchekrieg des wiedererstarkten Bulgarien, die eine Lösung der serbischen Frage wesentlich leichter machen könnten. Es sei nicht Sache Deutschlands zu beurteilen, ob die Monarchie jetzt gegen Serbien losschlagen müsse. Der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh und Graf Berchtold aber legten schon aus taktischen Gründen gerade auf die Wünsche Deutschlands das entscheidende Gewicht. Österreich laufe Gefahr, durch eine Politik des Zauderns und der Schwäche sich die Unterstützung des Verbündeten für später zu verscherzen. Die Möglichkeit eines Krieges auch mit Russland wurde zwar allseitig schärfer ins Auge gefasst als in Berlin. Aber die Meinung ging trotzdem dahin, „Serbien durch eine Kraftäusserung für immer unschädlich zu machen.“ Ein blosser diplomatischer Erfolg genüge nicht. Mit Ausnahme von Tisza waren alle Anwesenden der Ansicht, „dass solche weitgehenden Forderungen an Serbien gestellt werden müssten, die eine Ablehnung voraussehen liessen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde.“ Auch Tisza gab wenigstens soviel zu, dass die Forderungen sehr harte sein sollten, und näherte sich in den folgenden Tagen vollends dem Standpunkt der Mehrheit. Am 14. Juli kam in einer Besprechung der beiden Ministerpräsidenten, des Grafen Berchtold und des ungarischen Ministers a latere Baron Burián am Hoflager in Ischl eine Einigung zustande, und ein neuer Ministerrat am 19. drückte das Siegel auf die Beschlüsse. Tisza setzte durch, dass man der alten ungarischen Angst vor Verslawung der Monarchie durch ausdrücklichen Verzicht auf Annexionen Rechnung trug, während Grenzberichtigungen, vorübergehende Besetzungen und eine Verkleinerung Serbiens zugunsten der Nachbarn freilich vorbehalten blieben. Auch wurde eine friedliche Beilegung weniger entschieden als am 7. Juli ausgeschlossen. Dafür aber erfuhr der Aktionsplan nach einer anderen Richtung eine gefährliche Änderung, die wahrscheinlich verhängnisvoll geworden ist. Am 7. hatte man die Frage offen gelassen, ob man die Forderungen an Serbien nicht zunächst ohne Frist stellen und zu einem Ultimatum erst greifen sollte, wenn sie abgelehnt würden. Seitdem hatte der Chef des Generalstabs aus militärischen Gründen gefordert, dass der Schritt in einem einzigen Akt mit ganz kurzer Frist bestehen und unmittelbar die Mobilmachung nach sich ziehen müsse. Dieser Standpunkt drang jetzt durch. Man beschloss, Serbien nur 48 Stunden Zeit für Erfüllung der Sühneforderungen zu gewähren. Über die Forderungen selbst und ihre Formulierung wurde seit Aufang Juli beraten. Nicht weniger als sechsmal wurde die Note umgeschrieben, und bei jeder neuen Redaktion trat eine Tendenz zur Verschärfung hervor. Die letzte Fassung verlangte in zehn Punkten neben anderem weniger Wesentlichen Unterdrückung der grossserbischen Propaganda in Presse, Vereinen und Unterricht, Entfernung aller von Österreich bezeichneten Offiziere und Beamten und umgekehrt Zustimmung dazu, dass „Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirkten,“ insbesondere sollte die Untersuchung gegen die in Serbien befindlichen angeblichen Mitschuldigen an der Ermordung des Erzherzogs unter Zuziehung österreichischer Kommissare stattfinden. Ausserdem war eine Art feierlicher Abbitte durch einen wörtlich vorgeschriebenen Artikel und Tagesbefehl vorgesehen. Als Termin für die Überreichung der Note bestimmte man den 23. Juli nachmittags. Man wollte warten, bis der gerade zum Besuch in Petersburg anwesende Präsident Poincaré Russland verlassen habe, damit nicht „der friedliebende, zurückhaltende Kaiser Nikolaus und der immerhin vorsichtige Herr Sasonow dem unmittelbaren Einfluss der beiden Hetzer Iswolski und

Poincaré ausgesetzt wären." Auch kam die Rücksicht auf Einbringung der Ernte inbetracht und vielleicht — halb unbewusst — eine doch vorhandene Scheu vor dem äussersten Schritt.

In Berlin war man ersichtlich geneigt, das letztere anzunehmen, und bedauerte die Verzögerung; denn man sagte sich nicht mit Unrecht, dass, je mehr der Eindruck der Bluttat von Serajewo verblasse, desto weniger Verständnis für das österreichische Vorgehen sein werde. Auch fürchtete man, dass Serbien unter dem Druck der Ententemächte mit dem Angebot von Genugtuungen die Vorhand nehmen möchte; erschien doch tatsächlich am 20. Juli der serbische Geschäftsträger beim Staatssekretär von Jagow, um ihm zu erklären, Serbien beabsichtige, die besten und korrektesten Beziehungen mit der Nachbarmonarchie zu unterhalten, und sei bereit, alle Forderungen Österreichs nach einer strengen Untersuchung des Attentats zu erfüllen, soweit sie mit seiner Ehre und Souveränität vereinbar seien. Die deutsche Regierung möge auf das Wiener Kabinett versöhnlich einwirken. Jagow antwortete kühl abweisend, Serbien habe es an einem korrekten nachbarlichen Verhalten Österreich gegenüber in den letzten Jahren derart fehlen lassen, dass es nur zu begreiflich sei, wenn das Wiener Kabinett bei Bekanntgabe seiner Forderungen eine sehr energische Sprache führen sollte.

Damals kannte der Staatssekretär die österreichische Note noch nicht. Sie ist erst am 22. Juli abends in der Wilhelmstrasse mitgeteilt worden. Ihre Aufnahme dort war nicht unbedingt beifällig. Einiges an der Form und im Inhalt überraschte wohl. Immerhin hatte man gewusst — Herr von Schön berichtete es schon am 18. Juli nach München —, dass die Forderungen mit Serbiens Würde und Unabhängigkeit unvereinbar sein würden, und dagegen keinerlei Einspruch erhoben. Es war ja doch auch nach Ansicht der deutschen Diplomatie wünschenswert, dass es zu einer militärischen Aktion Österreichs gegen Serbien kam. Wenn also der Staatssekretär die Note für zu scharf erklärte, so hatte das wesentlich wohl nur den Grund, dass er von ihrem diktatorischen Ton eine der Lokalisierung des serbischen Krieges ungünstige Wirkung auf die Grossmächte fürchtete.

Tatsächlich machte das Ultimatum überall den schlechtesten Eindruck. Als die k. und k. Gesandten das Aktenstück nach der Überreichung in Belgrad am 24. Juli an den Höfen des Auslandes bekannt gaben, erklärte es Sir Edward Grey für das furchtbarste Dokument, das je von einem Staat an einen anderen gerichtet worden sei, der italienische Unterstaatssekretär di Martino sagte: „Wir scheinen an einem Wendepunkt der Geschichte angekommen zu sein", Sasonow herrschte den Grafen Szápáry an: „Ihr setzt Europa in Flammen", und König Karl von Rumänien unterbrach den Grafen Czernin bei der Lektüre leichenblass mit den Worten: „Das ist der Weltkrieg."

Immerhin ging die Entwicklung nicht in gerader Linie auf dieses Ziel hin. Die serbische Regierung verfügte zwar, nachdem die Note am 23. Juli, abends sechs Uhr programmmässig übergeben war, am 25. Juli, nachmittags drei Uhr die Mobilmachung. Aber weil sie den Entscheidungskampf mit Österreich im Augenblick sicher mehr fürchtete als wünschte, auch von der Diplomatie des Dreiverbands im Sinne der Nachgiebigkeit beraten wurde, stellte sie sich zu dem Ultimatum keineswegs ablehnend. Zwei Minuten vor Ablauf der 48 stündigen Frist hielt der k. und k. Gesandte, Freiherr von Giesl, eine ausführliche Antwort in Händen, die Graf Berchtold sofort für sehr geschickt und Kaiser Wilhelm etwas später für eine brillante Leistung erklärte. Eine Erfüllung der österreichischen Forderungen, wie man gesagt hat, bedeutete sie nicht. Vielmehr machte sie zu den meisten Punkten recht wesentliche Vorbehalte. Sie sagte etwa bezüglich der Unterdrückung der Pressepropaganda nur zu, der Skupschtina bei ihrem nächsten Zusammentritt einen Nachtrag zum Pressgesetz vorzulegen, dessen Schicksal und spätere Anwendung ganz ungewiss blieben, und knüpfte die Zulassung österreichischer Aufsichtsbeamten an die Bedingung, dass ihre Mitwirkung den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundnachbarlichen Beziehungen entspreche. Aber so, wie sie war, bot sie eine Grundlage für weitere Verhandlungen, erklärte auch ausdrücklich die Bereitwilligkeit, falls sich die k. und k. Regierung nicht für befriedigt erachten sollte, die Entscheidung dem Haager Schiedsgericht oder der Gesamtheit der europäischen Grossmächte zu übertragen. Wäre es also den Wiener Staatsmännern nur auf einen diplomatischen Erfolg angekommen, so hätten sie den ohne weiteres Risiko einstreichen können. Aber ihr Spiel war nun einmal höher. Ohne irgendwelche Überlegung wurde die Antwort für ungenügend erklärt und die Mobilmachung von acht Armeekorps befohlen.

Eine Mitteilung der serbischen Note nach Berlin hielt man nicht für nötig, und dort zeigte sich bis zum 27. kein Verlangen danach. Denn auch die deutsche Regierung blieb tatenlustig. Sie war sogleich nach der Überreichung des Ultimatums mit starker Geste hinter den Bundesgenossen getreten. Die Botschafter in London, Paris und Petersburg wurden angewiesen, am 24. in einer längeren Verbalnote nach ausführlicher Rechtfertigung des österreichischen Vorgehens den deutschen Standpunkt dahin zu entwickeln, dass es sich um eine Angelegenheit handele, die zwischen Österreich und Serbien allein auszutragen sei: „Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde." Auf denselben Ton war der Chor der Presse gestimmt. Die Deutsche Tageszeitung besonders scharf schrieb: „Das Deutsche Reich kann nur den Wunsch hegen, dass Österreich die bekundete Entschiedenheit weiter bezeigen möge, und dass es mit allem Ernst und Nachdruck seine Forderungen aufrecht erhalte. Es hegt den weiteren Wunsch, dass der Konflikt, wenn er unvermeidlich ist, sich auf die beiden beteiligten Staaten beschränke. Wenn die Beschränkung des Konflikts wider Erwarten nicht möglich sein sollte, würde das Deutsche Reich seine Bündnispflicht ohne Winkelzüge und mit aller Kraft erfüllen." Das Auswärtige Amt hätte am liebsten gesehen, wenn Österreich sich nicht mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen begnügt, sondern sogleich den Krieg erklärt und den Einmarsch begonnen hätte. Am 25. meldete Graf Szögyény, man erblicke in jeder Verzögerung der Operationen eine grosse Gefahr hinsichtlich der Einmischung anderer Mächte und rate dringend, die Welt vor ein fait accompli zu stellen. (Gooss S. 171). Auch in den nächsten zwei Tagen hielt diese Stimmung an.

Von entscheidendem Einfluss darauf dürften die Berichte aus Petersburg gewesen sein. Russland nahm natürlich den Schlag gegen seinen serbischen Schützling nicht ruhig hin. Einige Zeitungen führten eine herausfordernde Sprache. Auch das Amtsblatt brachte gleich am 24. Juli ein Communiqué, dass die Regierung mit Aufmerksamkeit die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konflikts verfolge, bei welchem Russland nicht gleichgültig bleiben könne, und der Aussenminister Sasonow hatte ebenfalls am 24. ziemlich erregte Unterredungen mit den Botschaftern von Österreich und Deutschland, Grafen Szápáry und Pourtalès, in denen er den europäischen Charakter der Angelegenheit und den Ernst der Lage betonte. Aber er appellierte doch zum Schluss an den guten Willen des Grafen Pourtalès, Deutschland möge mit Russland an der Erhaltung des Friedens arbeiten, und Pourtalès meinte sowohl an diesem wie an den folgenden Tagen überwiegend Momente zu sehen, die einem guten Ausgang günstig waren. Die öffentliche Meinung schien ihm gar nicht kriegerisch. Noch am Sonntag, den 26., als die Gardetruppen mit klingendem Spiel aus Krasnoje Sjelo zurückkehrten, blieb das Petersburger Volk ganz ruhig. Die Presse legte sich grösseren Teils Zurückhaltung auf. Selbst das Kadettenorgan Rjetsch forderte Lokalisierung des Konflikts. Die höheren Offiziere in der Umgebung des Zaren waren entschieden zum Frieden geneigt. Sie regten beim deutschen Militärbevollmächtigten an, dass der Kaiser sich in einem direkten Telegramm an ihren Herrn wende. Die friedliche Gesinnung des Zaren selbst stand ausser Zweifel. Gewiss wurde gerüstet. Ein Kronrat vom 25. Juli einigte sich dahin, falls Österreich Serbien wirklich den Krieg erkläre, 13 Korps mobil zu machen. Die Manöver wurden abgebrochen. Die Truppen rückten in ihre Standorte, ergänzten sich durch Reservisten und hoben Pferde aus. Aber diese Dinge sah man deutscherseits mehr im Lichte des Bluffs. Als kennzeichnend für die wahre Lage galt vielmehr, dass Sasonow zusehends freundlicher wurde. Am 27. Juli empfing er den österreichischen Botschafter ebenso liebenswürdig, wie er drei Tage vorher aufgeregt gewesen war. Er erklärte, gar keine Sympathie für die Balkanslawen zu haben, unter denen Russland selbst schwer leide, ging das Ultimatum Punkt für Punkt durch, fand von den zehn Forderungen sieben ohne allzu grosse Schwierigkeiten annehmbar und meinte übrigens, dass der Streit vielleicht nur um Worte gehe. Szápáry gewann den Eindruck, „dass der Minister bei der vorhandenen Unlust, mit der Monarchie in Konflikt zu geraten, sich an Strohhalme klammere in der Hoffnung, doch noch der gegenwärtigen Situation zu entkommen" (Gooss S. 286). Erst recht zu Pourtalès äusserte sich der Russe sowohl am 26. wie am 27. sehr versöhnlich. Österreich sollten goldene Brücken gebaut werden. Der Appell an die alten guten Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin fände vollen Widerhall bei ihm. Pourtalès glaubte den Grund so entgegenkommender Sprache darin suchen zu

sollen, dass England und Frankreich abwiegelten. Auch in Wien hörte man über Kopenhagen, dass England der russischen Regierung erklärt habe, neutral bleiben zu wollen.

Wirklich war die Haltung Englands zunächst so, dass sie in Petersburg nicht wohl anders als enttäuschen konnte. Sasonow hatte sich schon am 24. und erneut am 25. an den englischen Botschafter mit der Bitte gewandt, England möge sich mit Russland und Frankreich solidarisch erklären. Das sei das einzige sichere Mittel, den Frieden zu erhalten, weil Deutschland, das einstweilen unglücklicherweise an das Beiseitestehen Englands glaube, nur dann Österreich zurückhalten werde. Aber Sir George Buchanan wies das ziemlich kühl ab: unmittelbare britische Interessen seien in Serbien nicht vorhanden, und ein Krieg um dieses Landes willen würde niemals den Beifall der englischen öffentlichen Meinung haben. Auch könne England mit besserem Erfolg vermitteln, wenn es nicht gleich als Bundesgenosse Russlands auftrete. Grey billigte diese Antwort bedingungslos; die Vermittlung müsse deutlich unparteiisch sein. Andererseits war er auch nicht zu bewegen, wie von Deutschland gewünscht wurde, in Petersburg amtlich auf Mässigung zu dringen. Er blieb durchaus in der Hinterhand. Vom Standpunkt des rückblickenden Betrachters wird man diese Politik tief bedauern; denn es ist durchaus wahrscheinlich, dass der Weltkrieg nicht ausgebrochen wäre, wenn England sich von vornherein auf die eine oder die andere Seite gestellt hätte. Dann hätte entweder Deutschland rechtzeitig abgestoppt oder Russland weitgehend nachgegeben. Aber es muss doch anerkannt werden, dass in dem einen wie dem andern Fall eine erhebliche Verschlechterung der Lage Englands die Folge hätte sein müssen. Enttäuschte es Russland, so trieb es dieses in die Arme Deutschlands; und rief es Deutschland, wie im Sommer 1911 anlässlich der Agadirkrisis, ein brutales „Hände weg“ zu, so lief es Gefahr, dass der Berliner Hof in Zukunft seine ganze Politik auf den Gegensatz gegen das perfide Albion einstellte. 1911 war Grey die bedingungslose Parteinahme im eigenen Land vielfach und heftig vorgeworfen worden. Er hatte es darauf während des Balkankrieges mit einer vermittelnden Haltung versucht, die die Gegensätze zwischen den beiden Bündnisgruppen ausglich oder abschwächte. Diese hatte Erfolg gehabt. Es lag nahe, dass er sie auch jetzt als das beste Mittel ansah, die europäische Krisis zu lösen, ohne dass England Schaden dabei erlitte. Von Anfang an entwickelte er den Gedanken, dass die vier nicht unmittelbar beteiligten Mächte, England, Deutschland, Frankreich und Italien, die Sache in die Hand nehmen müssten, und am 26. liess er den Regierungen in Berlin, Paris und Rom amtlich den Vorschlag machen, sie möchten ihre Botschafter anweisen, sich mit ihm zu einer Konferenz in London zu vereinigen. Bis diese gesprochen habe, sollten Österreich, Russland und Serbien ersucht werden, alle militärischen Operationen einzustellen.

Die grosse Frage war, wie Deutschland den Vorschlag aufnahm. Ging es darauf ein, so war nach menschlicher Voraussicht der Friede für diesmal gerettet. Aber vor wenigen Tagen erst hatte die deutsche Regierung in bündigster Form jede Einmischung der Grossmächte in den österreichisch-serbischen Streit für unzulässig erklärt. Liess sie nun doch eine Einmischung zu, ja nahm an ihr Teil, so bedeutete das einen Rückzug. Es war wieder einmal ein Verlust an Prestige wie nach Tanger und Agadir, und vor allem es war eine faktische Preisgabe Österreichs, wo ohnehin noch von 1912 und 1913 her das Gefühl herrschte, dass der Bundesgenosse zu lau sei. Während die Absicht gewesen war, den Dreiverband zu lockern, hätte man das eigene Bündnis vollends entwertet und sich der Gefahr ausgesetzt, bei dem nächsten entstehenden Konflikt ganz allein zu bleiben. Gewiss, solch Konflikt brauchte so bald nicht zu entstehen. Es war namentlich möglich, dass bei Annahme des Greyschen Konferenzvorschlages die Beziehungen zu England sich weiter entscheidend besserten. Grey hätte die Grösse des deutschen Opfers vielleicht zu schätzen gewusst und sich erkenntlich erwiesen. Auch der französische Botschafter zeigte lockend das Bild einer allgemeinen Entspannung der politischen Lage. Aber irgendwelche Sicherheiten dafür hatte man nicht, während man andererseits noch hoffte, bei entschlossenem Durchhalten gleich im Augenblick einen grossen Erfolg buchen zu können. So lehnte Jagow die Botschafterkonferenz bestimmt ab: sie würde praktisch auf ein Schiedsgericht hinauslaufen und könne nur auf Wunsch Österreichs und Russlands berufen werden. Auch liess er sich den k. und k. Botschafter kommen und machte ihm Ausführungen, die dieser, ein etwas alter und verwirrter Herr, dahin verstand, dass Deutschland gegen die Berücksichtigung

englischer Vermittlungsvorschläge sei, selbst wenn es sie, um England nicht zu kränken, der Form wegen nach Wien weitergäbe.

So konnte geschehen, dass Österreich einen weiteren entschlossenen Schritt voran tat, der die Entwicklung vollends im Sinn des Krieges festlegte. Eben mit Rücksicht darauf, dass der Dreiverband einen Versuch machen könnte, die Krisis friedlich beizulegen, empfahl Graf Berchtold am 27., durch förmliche Kriegserklärung an Serbien eine klare Situation zu schaffen, und am 28. vormittags wurde das unselige Aktenstück tatsächlich abgesandt, obwohl eine militärische Notwendigkeit dafür nicht vorlag, da die Serben keine Feindseligkeiten begonnen hatten und eine ernsthafte österreichische Unternehmung erst für die zweite Augustwoche ins Auge gefasst war. Überdies wies Graf Berchtold ebenfalls am 28. Juli das amtlich gestellte russische Verlangen nach einem Gedankenaustausch über die serbische Antwortnote glattweg ab. Eine Verhandlung darüber würde in der Monarchie niemand verstehen und niemand billigen.

Während aber derart Österreich seine Schiffe hinter sich verbrannte, bereitete sich in der Haltung des Berliner Kabinetts eine Änderung vor. Am 27. Juli morgens war der Kaiser von seiner Nordlandreise vorzeitig nach Potsdam zurückgekehrt, auf eigene Hand gegen den ausdrücklichen Rat des Kanzlers, der das Aufsehen dieses Schrittes gern vermieden gesehen hätte. Der Monarch war in grosser nervöser Aufregung. Die Randbemerkungen, mit denen er die eingehenden Berichte bedeckte, zeigen einen Geist, der nicht sicher im Gleichgewicht ist. Hier und da scheint Kampfeszorn aufzuleuchten, und ein gesteigertes militärisches Selbstgefühl, eine gewisse Kontrahagebereitschaft sind unverkennbar. Immerhin wird man den Mitarbeitern des Kaisers glauben dürfen, dass er in erster Linie auf einen friedlichen Ausgang bedacht war, der ihm den letzten, schwersten Entschluss erspart hätte. In diesem Sinn machte es ihm starken Eindruck, als er am 28. Juli morgens die serbische Antwortnote las, die am Tage zuvor endlich in der Wilhelmstrasse eingegangen war. Seine Auffassung war, dass die Kapitulation demütigster Art darin urbi et orbi verkündet sei und also jeder Grund zum Kriege entfalle. Es sei nur notwendig, dass die Serben zur Erfüllung ihrer Versprechungen angehalten würden und die Österreicher eine satisfaction d'honneur für ihre zum dritten Mal mobilisierte Armee bekämen. Beides werde erreicht, wenn man den Österreichern gestatte, einen Teil von Serbien als Faustpfand zu besetzen: „Auf dieser Basis bin ich bereit, den Frieden mit Österreich zu vermitteln. Dagegen laufende Vorschläge und Proteste von anderer Seite würde ich unbedingt abweisen, um so mehr, als alle mehr oder weniger offen an mich appellieren, den Frieden erhalten zu helfen. Das werde ich tun auf meine Manier.“ Da nun im Auswärtigen Amt die Gefahren der Lage infolge von ungünstigeren Nachrichten aus allen Hauptstädten seit dem 28. Juli entschieden höher eingeschätzt wurden, erfolgte tatsächlich eine an diesem Tag freilich noch zögernde Umstellung der deutschen Politik in der vom Kaiser angegebenen Richtung. Man fühlte sich nicht mehr nur als Bundesgenossen, sondern als Vermittler. Der Kaiser depeschierte an den Zaren: „Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns beide seit langer Zeit mit festem Bande verbindet, setze ich meinen ganzen Einfluss ein, um Österreich-Ungarn zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Russland anzustreben.“ Das gleiche versicherte ein Telegramm Bethmanns an Pourtalès. Österreich solle veranlasst werden, Zweck und Umfang seines Vorgehens in unanfechtbarer und hoffentlich Russland befriedigender Weise klarzulegen. Auch wurde Österreich jetzt wirklich nicht mehr vorwärtsgetrieben, sondern zu einem gewissen Entgegenkommen gegenüber den englischen Vermittlungs- und russischen Aussprachewünschen gemahnt. Aber der Botschafter von Tschirschky sollte dabei doch noch den Eindruck vermeiden, „als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von Österreich-Ungarn angestrebten Ziels, der grossserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermöglicht, ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schliesslich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns nach Tunlichkeit zu verbessern.“ Das liess die Deutung zu, dass die empfohlene Nachgiebigkeit als ein Scheinmanöver gedacht sei. Unzweideutig und stark wurde der Druck auf Wien erst seit dem 29. Denn nun drängten sich die Hiobsposten. Russland teilte mit, dass es infolge der österreichischen Kriegserklärung an Serbien vier Armeebezirke: Kiew, Odessa, Moskau und Kasan mobilisiert habe. Aus Frankreich wurden ernsthafte Rüstungen gemeldet, und vor allen

Dingen man erkannte endlich, dass man im Ernstfall auch England gegen sich haben werde. Bisher hatte man sich gerade in diesem Punkt fortgesetzt Illusionen hingegeben. Am 26. Juli hatte Prinz Heinrich, der gerade in England war, eine Unterredung mit dem englischen König gehabt und von „Georgie“ die Versicherung erhalten, man werde alles tun, um nicht in die Sache hineingezogen zu werden, und neutral bleiben. Das hatte namentlich dem Kaiser starken Eindruck gemacht. Er habe das Wort eines Königs, sagte er zu Tirpitz, das genüge ihm (Tirpitz S. 238). Am 29. aber liess sich Sir Edward Grey den Fürsten Lichnowsky kommen und entwickelte ihm „ganz privat und freundschaftlich“, er wünsche nicht, „dass der freundschaftliche Ton unserer Unterredungen ihn zu der missverständlichen Annahme verführe, dass wir beiseite stehen würden.“ Lichnowskys Telegramm darüber schlug ein wie ein Blitz. Der Kaiser erging sich in wilden Anklagen gegen den gemeinen Täuscher und Halunken: „England decouvriert sich in dem Moment, wo es der Ansicht ist, dass wir im Lappjagen eingestellt sind und sozusagen erledigt.“ Auch Bethmann verlor sichtlich die Nerven. Der Kaiser soll den am 29. abends nach Potsdam berufenen Generälen gesagt haben, er sei völlig in die Knie gesunken. Ihm fehlten die rasche Entschlusskraft und die diplomatisch-technische Gewandtheit, die allein noch hätten retten können. Russland gegenüber wusste er nichts Besseres als die vergröbernde Wiederholung der Bülowschen Taktik von 1909. Schon am 26. Juli hatte Graf Pourtalès sagen müssen, dass vorbereitende militärische Massnahmen Russlands Deutschland zur Mobilmachung zwingen würden. Jetzt erhielt er Auftrag, dasselbe „sehr ernst“ noch einmal zu erklären und hinzuzufügen, dass dann der europäische Krieg kaum noch aufzuhalten sein werde. Eine ähnliche Sprache wurde dem Botschafter von Schön in Paris vorgeschrieben, der am Nachmittag des 29. den französischen Ministerpräsidenten darauf hinwies, dass Deutschland genötigt sein würde, Schutzmassregeln zu treffen, die die Spannung erhöhen müssten. Endlich England nahm der Kanzl'er persönlich auf sich. In einer Unterredung mit dem Botschafter Goschen am späten Abend des 29. suchte er die britische Neutralität durch das Versprechen zu erkaufen, dass Deutschland keine Landerwerbungen auf Kosten des französischen Staatsgebiets in Europa erstreben, die Neutralität Hollands und die Integrität Belgiens respektieren würde. Eigentlich hatte er daneben ein Abkommen über die Flotte anbieten wollen. Dafür war der Kaiser nicht zu haben gewesen: „Mit solchen Halunken mache ich nie ein Flottenabkommen.“ Immerhin liess die Aussicht auf einen allgemeinen Neutralitätsvertrag, die der Kanzler dem Botschafter eröffnete, Zugeständnisse auch in diesem Punkt möglich erscheinen. Die Aufnahme durch Goschen war mehr als kühl: er glaube nicht, dass sich Grey in diesem Augenblick würde binden wollen. Dass das Echo in London freundlicher sein würde, war nicht zu erwarten. Die einzige Hoffnung blieb, dass es irgendwie gelingen möchte, mit Englands Hilfe ganz um den Krieg herumzukommen.

Und dazu wenigstens zeigte sich eine Möglichkeit. In derselben Unterredung mit Lichnowsky, die jene ernste Warnung brachte, hatte sich Grey bezüglich der serbischen Frage sehr entgegenkommend geäussert. Es sei natürlich zu spät, alle militärischen Operationen gegen Serbien einzustellen. In kurzer Zeit würden vermutlich die österreichischen Streitkräfte in Belgrad sein und serbisches Gebiet besetzt haben. Aber selbst dann könnte es möglich sein, eine Vermittlung ins Werk zu setzen, wenn Österreich sagte, es müsste zwar das besetzte Gebiet halten, bis es völlige Genugtuung von Serbien habe, zugleich aber erklärte, es würde nicht weiter gehen, so lange die Mächte einen Versuch machten, zwischen ihm und Russland zu vermitteln. Das lief ziemlich genau auf die kaiserliche Anregung vom Tage zuvor hinaus. Man griff deshalb den Vorschlag in Berlin mit Eifer auf. Noch in der Nacht zum 30. sandte man Herrn von Tschirschky Instruktion, dringend und nachdrücklich der k. und k. Regierung anheim zu stellen, dass sie die Vermittlung Englands unter den angegebenen ehrenvollen Bedingungen annehme. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich und Deutschland eine ungemein schwere. Am nächsten Tage (30. Juli) erfolgte darüber ein Telegrammwechsel zwischen dem Prinzen Heinrich und dem englischen König. Georg versicherte: „Meine Regierung tut ihr Möglichstes, um Russland und Frankreich nahezulegen, weitere militärische Vorbereitungen aufzuschieben, falls Österreich sich mit der Besetzung von Belgrad und benachbartem Gebiet als Pfand für eine befriedigende Regelung seiner Forderungen zufrieden gibt, während gleichzeitig die andern Länder ihre Kriegsvorbereitungen einstellen.“ Damit schien der rettende Ausweg in zwölfter Stunde gefunden. Der Kaiser

sagte vierzehn Tage später dem amerikanischen Botschafter, er habe das Gefühl gehabt, über den Berg kommen zu können, und sei glücklich gewesen über die friedliche Aussicht.[2])

Da aber zeigte sich, dass Deutschland das Spiel nicht mehr in der Hand hatte. Es wurde die Geister nicht los, die es gerufen hatte. Die Lösung war weder für Österreich noch auch für Russland annehmbar.

Am Wiener Ballplatz herrschte zwar keine Neigung, die Entwicklung in der Richtung eines Krieges mit Russland zu überstürzen. Graf Berchtold willigte leicht ein, die Unterhaltung mit Petersburg, die er am 28. Juli mehr aus Ungeschick abgebrochen hatte, wieder aufzunehmen. Aber er suchte ihr die Wendung auf eine allgemeine Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen Österreich und Russland zu geben und den besonderen serbischen Streitfall möglichst auszuschalten. Es war noch viel, dass er sich auf deutsches Drängen bereit fand, den am 19. Juli beschlossenen Verzicht auf Annexion serbischen Gebietes in Serbien in Petersburg auszusprechen. Dagegen liess er bezüglich des Ultimatums nur die Möglichkeit nachträglicher Erläuterungen, nicht irgend welcher Abschwächung zu. Denn in das Vorgehen gegen Serbien dachten er und die anderen massgebenden Männer in Wien sich durch niemand, auch nicht durch den Bundesgenossen mehr hineinreden zu lassen. Es war symptomatisch, dass ohne jeden vernünftigen militärischen Sinn und in einen gewissem Widerspruch zur Haager Konvention gleich am 29. Juli Belgrad bombardiert wurde. Während England durch den österreichischen Botschafter Grafen Mensdorff und durch Anfragen in Berlin immer wieder darauf drängte, dass man ihm zur Verwertung in Petersburg irgendein österreichisches Zugeständnis an die Hand gäbe, und obwohl Kaiser Wilhelm Franz Josef schliesslich in persönlichem Telegramm um baldigste Entscheidung bat (30. Juli abends), schob man die Antwort auf den Greyschen Vermittlungsvorschlag bewusst hinaus, den man nicht als einen Ausweg, sondern nur als eine Verlegenheit empfand. Bei einem Ministerrat am 31. entwickelte Graf Berchtold, die Monarchie hätte von einer einfachen Besetzung Belgrads gar nichts, selbst wenn Russland seine Einwilligung dazu gäbe. Alles wäre dann nur Flitterwerk. Russland würde als Retter Serbiens auftreten, die serbische Armee würde intakt bleiben und in zwei, drei Jahren unter viel ungünstigeren Bedingungen mit neuem Angriff drohen. Also möge man in der Form der Antwort schon um Deutschlands willen entgegenkommen, aber jedes Eingehen auf den meritorischen Teil vermeiden. Die anderen Minister traten dem bei, und am Ende wurde nach einem Antrage Tiszas eine Erklärung beschlossen, die die prinzipielle Bereitschaft bekundete, der englischen Anregung näher zu treten, jedoch nur unter der Bedingung, dass der Feldzug gegen Serbien fortgesetzt und die russische Mobilmachung eingestellt würde. Am 1. August morgens 3^{45} ging eine entsprechende Weisung ab.

Um diese Zeit hatte mit der russischen allgemeinen Mobilmachung bereits der letzte Akt der Tragödie begonnen. In Russland waren die auf den Krieg hindrängenden Kräfte wohl von vornherein stärker, als Graf Pourtalès und sein österreichischer Kollege sie einschätzten In der Armee war der Kreis des Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch längst dem Gedanken des unvermeidlichen Entscheidungskampfes mit den germanischen Mächten gewonnen. Im Ministerrat galten die Minister des Innern und des Krieges, Maklakow und Suchomlinow, und auch der Ministerpräsident Goremykin für Anhänger einer starken Politik, während der kluge Ackerbauminister Kriwoschein und der Handelsminister Timaschow eine friedliche Lösung empfahlen. Der Aussenminister Sasonow war an sich kein Mann des Krieges. Aber die Rolle Iswolskis von 1909 wollte er keinesfalls spielen. Weitgehende Nachgiebigkeit kam für ihn nicht in Frage. Als der deutsche Botschafter ihn am Vormittag des 30. Juli beschwor, eine vermittelnde Formel vorzuschlagen, schrieb er den Satz nieder: „Wenn Österreich anerkennt, dass sein Streit mit Serbien den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, und sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum die Punkte zu entfernen, die die souveränen Rechte Serbiens verletzen, verpflichtet sich Russland, alle kriegerischen Vorbereitungen einzustellen.“ Das hiess Österreich einen glatten Rückzug zumuten und war dem Geist des englischen Vorschlags durchaus entgegengesetzt. Selbst wenn also der Wiener Hof weniger eigensinnig und langsam gewesen wäre, ist sehr zweifelhaft, ob der Krieg sich hätte vermeiden lassen. Schon am 29. und 30. Juli stand die Sache des Friedens

[2]) Gerard, My four years in Germany p. 139.

in Petersburg annähernd verzweifelt. Im Lauf des 30. dann setzte die Militärpartei den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung durch. Die Vorgänge, die dazu führten, sind viel erörtert, aber keineswegs wirklich klargestellt. Wahrscheinlich spielte eine entscheidende Rolle die wachsende Gewissheit, dass England an einem Kriege teilnehmen würde, und die daraufhin erteilte Zusicherung Frankreichs, seine Bundespflichten unbedingt erfüllen zu wollen. Auch kann nebenher unheilvoll gewirkt haben, dass in Berlin um Mittag ein Extrablatt des Lokalanzeigers erschien mit der falschen Nachricht von der deutschen Mobilmachung, die der russische Botschafter natürlich sofort nach Petersburg weitergab. Der Zar entschloss sich schwer und ungern. Aus seinen Telegrammen an den Kaiser spricht ehrliche, fast ängstliche Friedensliebe, wenn er auch praktisch nichts Besseres vorzuschlagen wusste als die nach Lage der Dinge kaum ausführbare Verweisung des österreichisch-serbischen Streits vor das Haager Schiedsgericht, die schon Serbien selbst angeregt hatte. Aus dem Suchomlinowprozess von 1917 ist bekannt, dass er einen schon gegebenen Mobilmachungsbefehl auf Grund eines Telegramms vom deutschen Kaiser widerrief, und dass Kriegsminister und Generalstabschef dem Widerruf keine Rechnung trugen. Ob aber dieser Zwischenfall am 29. oder 30. Juli stattfand, ist bei der heillosen Verwirrung der Aussagen einstweilen nicht auszumachen. Fest steht nur, dass am Morgen des 31. Juli überall in Russland der Mobilmachungsukas angeschlagen war.

Im Sinne des Zaren und vieler seiner Ratgeber bedeutete der Entschluss zur Mobilmachung nicht auch schon den Entschluss zum Krieg. Hohe russische Offiziere erklärten dem deutschen Militärbevollmächtigten, General von Chelius, in Russland sei zwischen Beginn der Mobilmachung und Anfang des Krieges noch ein grosser Schritt, es bleibe daher immer noch Zeit zu einer friedlichen Auseinandersetzung, und der Zar suchte den Kaiser zu beruhigen (31. Juli): „Wir sind weit davon entfernt, einen Krieg zu wünschen. So lange, wie die Verhandlungen mit Österreich über Serbien andauern, werden meine Truppen keine herausfordernde Aktion unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf."

Aber welchen Wert hatte diese Zusage für die Mittelmächte? Wie lange würde das voll gerüstete Russland die Verhandlungen über Serbien noch dauern lassen, zumal wenn Österreich durchaus seinen Krieg gegen Serbien haben wollte? Es war selbstverständliche Vorsicht, dass auf die russische Mobilmachung auch die Mobilmachung des deutschen und des österreichischen Heeres folgte. In Österreich erging der Befehl denn auch gleich am 31. mittags.[3]) In Deutschland drängten Kriegsminister und Generalstab seit Tagen. Dem Kaiser hatten sie den Entschluss, wie es heisst, schon am 30. halb und halb abgerungen. Hinter dem Rauch jener Lokalanzeigermeldung war Feuer. Der Kanzler hatte damals zunächst noch Aufschub erwirkt. Auch jetzt setzte er durch, dass (am 31. Juli, 1 Uhr nachmittags) nicht schon volle Mobilmachung, sondern Verkündung der drohenden Kriegsgefahr beschlossen wurde. Aber der Generalstabschef Graf Moltke gab seinen Herren diesen Beschluss mit den Worten bekannt: „Wenn die geringe Hoffnung, die auf Erhaltung des Friedens noch besteht, nicht in Erfüllung geht, bedeutet dieser Befehl, dass wir morgen die Mobilmachung und dann den Krieg haben."

Denn das war das Verhängnisvolle: der deutsche Kriegsplan, der auf dem Gedanken beruhte, gleich in den ersten Tagen blitzschnell die Hand auf Belgien zu legen, zwang, der Mobilmachung sozusagen unmittelbar die Kriegserklärung folgen zu lassen. Vielleicht hätte ein Mann von mehr formalem Geschick und weniger formalistischer Bedenklichkeit, als der Kanzler es war, auch so noch die Möglichkeit gehabt, zwischen Mobilmachung und Kriegsanfang ein paar Tage auszusparen, die den Frieden retten oder unsere moralische Position verbessern konnten. Bethmann aber, der nach Tirpitz' Urteil den Eindruck eines Ertrinkenden machte, wusste sich keinen anderen Rat, als noch am 31. die Kriegserklärung sowohl gegen Russland wie gegen Frankreich vorzubereiten. Nach Petersburg erging das Ultimatum, dass, wenn Russland nicht binnen zwölf Stunden alle Kriegsmassnahmen einstelle und zwar sowohl gegen Österreich wie gegen Deutschland, Deutschland mobilisieren werde; und der Botschafter in Paris musste sich binnen 18 Stunden, bis zum 1. August, mittags 1 Uhr, Antwort erbitten, ob Frankreich im Fall eines russisch-deutschen

[3]) Übrigens wurde hier der Mobilmachungsbeschluss schon vor Kenntnis der allgemeinen russischen Mobilmachung auf die Teilmobilmachung hin gefasst. Gooss S. 307.

Krieges neutral bleiben werde.[4]) Nachträglich ist bekannt geworden, dass er Befehl hatte, für den unwahrscheinlichen Fall einer bejahenden Antwort die Übergabe der Festungen Toul und Verdun bis zur Beendigung des Krieges mit Russland zu fordern. Im Augenblick hatte dies unerfüllbare Ansinnen keine praktische Bedeutung. Frankreich erklärte, dass es tun würde, was seine Interessen ihm geböten, und befahl am 1. August 3 Uhr 40 westeuropäischer Zeit die Mobilmachung. Die deutsche Mobilmachung erfolgte fast genau gleichzeitig um 5 Uhr mitteleuropäischer Zeit. Der Kaiser hat vier Wochen später zu Helfferich gesagt, dass er dreimal die Feder abgesetzt habe, ehe er unterschrieb. Auch sonst ist überliefert, dass er noch in diesem Augenblick zögerte und schwankte.

Doch war die Kriegserklärung an Russland seit Stunden unterwegs. Bethmann hatte sich mit ihr in schlechthin unbegreiflicher Weise übereilt. Da Sasonow um Mitternacht die Einstellung der Kriegsmassnahmen, in wie verbindlicher Form immer, als technisch unmöglich bezeichnet hatte, wurde um 1 Uhr mittags Graf Pourtalès angewiesen, falls er nicht noch eine befriedigende Antwort erhalte, um 5 (mitteleuropäischer Zeit) eine Note mit der Kriegserklärung zu übergeben, und eine Stunde später, um 7 Uhr russischer Zeit, führte er den Auftrag aus. Freilich geschah das insofern in sehr merkwürdiger Form, als er keine unterzeichnete Note, sondern nur eine Abschrift seiner Instruktion als Aide-mémoire in den Händen Sasonows liess, und zu dieser völkerrechtlichen Anomalie stimmt die Tatsache, dass noch in der Nacht nach der formellen Kriegserklärung ein um 10^{45} abends aufgegebenes Telegramm des Kaisers an den Zaren einging, das, als seien die Beziehungen noch nicht abgebrochen, auf eine sofortige klare und unmissverständliche Antwort drang und das Verlangen stellte, dass der Zar unverzüglich seinen Truppen den Befehl gebe, „unter keinen Umständen auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu begehen."

Das Telegramm ist ein Zeichen für die Verwirrung der Geister, die in diesen Tagen der Hochspannung in Berlin herrschte, aber zugleich ein Beweis mehr, dass Kaiser und Kanzler den Krieg, den sie entfesseln halfen, im Grunde nicht wollten. Eben am Spätnachmittag des 1. August meinten beide noch einmal eine schwache Hoffnung aufdämmern zu sehen. Kurz nach Unterzeichnung der Mobilmachung kamen zwei anscheinend sehr wichtige Telegramme aus London, eins vom englischen König, dass er dem Zaren seine Bereitwilligkeit ausgedrückt habe, alles zu tun, um die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu fördern (das war tatsächlich in sehr eindringlicher Art geschehen), und ein anderes vom Fürsten Lichnowsky: „Soeben hat mich Sir Edward Grey ans Telephon gerufen und mich gefragt, ob ich glaubte erklären zu können, dass für den Fall, dass Frankreich neutral bliebe in einem deutsch-russischen Kriege, wir die Franzosen nicht angriffen." Das machte im Berliner Schloss den tiefsten Eindruck. Es schien die Möglichkeit zu zeigen, dass die beiden Westmächte ausser Spiel blieben, und dass dann wahrscheinlich auch Russland auf den ungleichen Waffengang verzichtete. Kaiser und Kanzler erklärten sogleich ihre Bereitschaft, auf den englischen Vorschlag einzugehen, wenn England sich mit seiner Streitmacht für die unbedingte Neutralität Frankreichs verbürge. Der 3. August, abends 7 Uhr wurde als Frist gesetzt, bis zu der die deutschen Truppen die französische Grenze in Erwartung einer Zusage Englands nicht überschreiten würden. Selbst Tirpitz, der gerade gegen England ein so starkes Misstrauen hatte, unterstützte lebhaft diesen Friedensschritt. Doch erwies sich bald, dass die Grundlage brüchig war. Sir Edward Grey erklärte die Sache für ein Missverständnis. Er wollte gemeint haben, ob Deutschland im Fall französischer Neutralität überhaupt, also auch gegen Russland neutral bliebe. Vielleicht hatte Lichnowsky sich wirklich geirrt. Vielleicht aber änderte Grey nach Einvernehmen mit Frankreich seinen Sinn. Etwas von der Berliner Ratlosigkeit zeigte sich ja auch in London. Die Stimmung der politischen Kreise dort erschien noch am 1. August unsicher und schwankend. Der französische und der russische Botschafter gingen sorgenvoll umher, und die Führer der Unionisten hielten für nötig, den kriegerischen Mitgliedern des Kabinetts gegen die an sich zahlreicheren Pazifisten den Rücken zu stärken. Am Abend des 1. August hatten sie eine Besprechung, in der beschlossen wurde, das ganze Gewicht der Partei für den Krieg in die Wagschale zu werfen. Entsprechend richteten Lord Landsdowne und Bonar Law, die beiden Führer im Ober- und Unterhaus,

[4]) Merkwürdig ist, dass die Note für Frankreich den Satz enthält: „Die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg", die Note für Russland aber nicht. Kautsky S. 136.

am 2. August morgens einen Brief an Asquith, der vorstellte, „dass es für Ehre und Sicherheit des Vereinigten Königreichs verhängnisvoll wäre, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit der Unterstützung Frankreichs und Russlands zu zögern. Wir bieten der Regierung unsere bedingungslose Hilfe an bei allen Massnahmen, die sie zu diesem Zweck für nötig erachtet". Wahrscheinlich war es dieser Brief, der die letzten Bedenken beseitigte. Noch am Nachmittag des 2. August beschloss die Mehrheit des Kabinetts im Sinne des Krieges. Es heisst, dass der Umfall des lange so deutschfreundlichen Lord Haldane die Pazifisten in die Minderheit brachte. Einige von ihnen, John Burns, Lord Morley, Trevelyan, legten lieber ihre Ämter nieder, als sich der ihrer Meinung nach unheilvollen Entscheidung zu unterwerfen. Auch die für den Krieg stimmten, taten es grösseren Teils schweren Herzens. Lichnowsky erzählt, dass er Asquith am 2. August ganz gebrochen fand: „die Tränen liefen ihm über beide Wangen."

Die entscheidenden Gründe für den englischen Kriegsentschluss waren die seit 1904 mannigfach bewährte, in militärischen und diplomatischen Abreden festgelegte Freundschaft mit Frankreich, deren Verpflichtungen man sich ehrenhalber schwer entziehen konnte, und vor allem die Furcht, dass, wenn man Frankreich und Russland allein liesse, die deutsche Vorherrschaft auf dem Kontinent, die „Vereinigung von ganz Westeuropa uns gegenüber zu einer einzigen Macht", das nachträglich nicht mehr zu ändernde Ergebnis des Völkerringens sein werde. Das sagte Grey schon am 3. August mit aller wünschenswerten Deutlichkeit vor dem Unterhaus. Die belgische Frage war nur ein Teil des Gesamtproblems. Grey hatte zwar schon am 31. Juli bei Frankreich und Deutschland in identischen Noten „gemäss den bestehenden Verträgen" angefragt, ob sie die belgische Neutralität achten würden, und die natürlich ausweichende Antwort Deutschlands nächsten Tages als einen „Gegenstand sehr grossen Bedauerns" bezeichnet, aber als Lichnowsky die Gegenfrage stellte, ob Deutschland bei Respektierung Belgiens die Neutralität Englands haben könnte, hatte er abgelehnt, sich zu binden.

So wagten es die deutschen Staatsmänner trotz starker und naheliegender Bedenken schliesslich nicht, sich dem Verlangen des Generalstabs nach Durchführung des Schlieffenschen Kriegsplans zu widersetzen. Am 2. August abends wurde durch den deutschen Gesandten in Brüssel ein Ultimatum mit zwölfstündiger Frist überreicht, das die Duldung des Durchmarsches verlangte, und obwohl die belgische Regierung stolz ablehnte, rückten in der Nacht vom 3. zum 4. deutsche Truppen tatsächlich über die Grenze. Kurz vorher, am 3. August abends, war die Kriegserklärung an Frankreich erfolgt, die, statt auf das Bündnis mit Russland Bezug zu nehmen, einige wirkliche oder vermeintliche Uebergriffe französischer Flieger als Grund anführte.

Die Kriegserklärung Englands an Deutschland konnte nach alledem nur eine Frage von Stunden sein. Grey forderte am 4. August unter Berufung auf ein Hilfsgesuch des Königs der Belgier noch einmal feierlich Beachtung der belgischen Neutralität und wies den Botschafter an, wenn er bis Mitternacht keine befriedigende Antwort erhielte, um seine Pässe zu bitten. Die Unterredung, die aus diesem Anlass zwischen Bethmann und Sir Edward Goschen stattfand, ist berühmt durch das unglückliche Wort von dem „Fetzen Papier", das dem seiner selbst nicht mächtigen Kanzler entfuhr.

Auffallend war, dass, während für Deutschland so im Verlauf weniger Tage der Kriegszustand mit drei Grossmächten eingetreten war, Österreich, um dessentwillen sich der Streit entwickelt hatte, noch nicht einmal zu Russland die diplomatischen Beziehungen abbrach. In Berlin machte man sich deshalb bereits „schwere Stunden". Moltke sagte zu Tirpitz, wenn die Österreicher zurückzuckten, müsse Deutschland einen Frieden um jeden Preis schliessen. Ob für solche Sorgen ein vernünftiger Grund vorlag, ist zweifelhaft. Doch scheint das Einvernehmen zwischen beiden Verbündeten auch in diesem letzten Stadium viel zu wünschen übrig gelassen zu haben. Erst am 6. August überreichte der k. und k. Botschafter in Petersburg die Kriegserklärung.

Der dritte Dreibundsgenosse Italien hatte inzwischen bereits ausdrücklich seine Mitwirkung verweigert. In Deutschland war zunächst für den Fall des Krieges durchaus mit italienischem Beistand gerechnet worden. Italien sollte sogar Truppen ins Elsass schicken. Aber weil man doch mehr einen Bluff als einen Krieg im Auge hatte und fürchtete, dass Italien durch vorherige Verständigung Russlands die Wirkung der Überraschung in Frage stellen würde, erklärte man sich einverstanden,

dass der römische Hof nicht eingeweiht, sondern „vor eine unabwendbare Situation gestellt“ werde. Diese Taktik, die der k. und k. Botschafter am Quirinal selbst als Ausschaltung und Überrumpelung bezeichnete, verstiess, von anderm abgesehen, gegen den Bundesvertrag, der im 7. Artikel bei Unternehmungen auf dem Balkan vorherige Benachrichtigung ausdrücklich vorschrieb, und in Rom zeigten sich denn die Minister auch sehr aufgebracht, als ihnen das Ultimatum an Serbien erst nach der Überreichung mitgeteilt wurde. Immerhin hätte sich vielleicht noch alles retten lassen, wenn Österreich das ebenfalls in jenem Vertragsartikel festgelegte Recht auf gegenseitige Kompensationen voll anerkannt und das Trentino versprochen hätte. Von Berlin aus riet man dringend zu weitgehendem Entgegenkommen. Aber Graf Berchtold und seine Leute meinten, dass die Neutralität Italiens genüge, und dass diese ohnehin sicher sei. Erst suchten sie den Kompensationsanspruch sophistisch weg zu deuten, und als sie ihn endlich unter fortgesetztem deutschen Druck grundsätzlich zuliessen, wollten sie doch von keinerlei Abtretung, ja nicht einmal von der Überlassung Valonas etwas wissen. So zog sich Italien, nachdem es an den Bemühungen um Erhaltung des Friedens einen gewissen Anteil genommen hatte, bei Ausbruch des Krieges auf den Standpunkt zurück, dass angesichts der rein defensiven Natur des Dreibundes der casus foederis nicht gegeben sei. Am 1. August beschloss ein Ministerrat endgültig in diesem Sinn, und am nächsten Tage beantwortete König Viktor Emanuel das Ersuchen Kaiser Franz Josefs um Bundeshilfe mit den nicht einmal die Neutralität wirklich verbürgenden Worten, dass Italien eine herzlich freundschaftliche Haltung einnehmen werde entsprechend dem Dreibunds v e r t r a g e, seinen aufrichtigen Gefühlen und d e n g r o s s e n I n t e r e s s e n, die es wahren müsse. Auch die Bemühungen des deutschen Militärattachés von Kleist konnten nichts daran ändern. Kaiser Wilhelm, als er dessen Berichte las, war ausser sich. Er nannte Giolitti, auf dessen Ansicht der König sich berief, einen unerhörten Schuft und Viktor Emanuel selbst einen Schurken.

Überhaupt war der Monarch auf das tiefste betroffen von der Entwicklung, die die Dinge genommen hatten. Ein alter Vertrauter, der mit ihm in den ersten Augusttagen zusammentraf, sagte zu Tirpitz, er habe nie ein so tragisches und zerstörtes Gesicht gesehen. Auch dem amerikanischen Botschafter sprach er am 10. ziemlich verzagt (rather despondently) von dem, was kommen werde, und Helfferich machte er noch nach den ersten Siegen am 28. in Coblenz den „Eindruck eines Mannes, der innerlich auf das tiefste erschüttert war und schwer an der Verantwortung für seine Entschlüsse trug“. Freilich die Schuld am Krieg schob er durchaus von sich auf die anderen. Schon in den letzten Julitagen hatte er sich die Situation dahin zurechtgelegt: „Eduard VII. ist nach seinem Tod noch stärker als ich, der ich lebe“. Alles erschien ihm im Licht eines vorbedachten Überfalls zur Vernichtung Deutschlands.

Wer die Verhandlungen des Juli 1914 unbefangen prüft, kann unmöglich zu diesem Urteil kommen. Er wird schwere Vorwürfe gegen die deutsche und die österreichische Diplomatie erheben. Aber er wird den Gründen der Stimmung nachgehen, aus der die Politik des Ultimatums an Serbien erwuchs, und dabei auf grosse Schuld auch der andern stossen. Vielleicht auch wird er finden, dass die Frage der Schuld gar nicht gestellt werden sollte, wo doch alles weit mehr als Verhängnis gekommen ist. Am 30. Juli meinte der deutsche Reichskanzler mit einem der tiefen Worte, die er zuweilen prägte, es sei traurig sagen zu müssen, dass gewissermassen durch elementare Kräfte und die langandauernde Verhetzung zwischen den Kabinetten möglicherweise ein Krieg entfesselt würde, den kein Staat wolle.

Das ist der beste Epilog zu der Geschichte des unmittelbaren Kriegsanlasses.

Zweites Hauptstück.

Die Kriegführung.

10. Abschnitt.

Der Aufmarsch der kriegführenden Parteien.

Von **Karl Hosse,**

Major a. D., zuletzt im Grossen Generalstabe.

Hierzu 2 Karten.

I. Die militärpolitische Lage bei Ausbruch des Krieges.

Als am 31. Juli 1914 Russland mit der offiziellen Mobilmachung den letzten Schritt tat, um seine schon im Geheimen auf einen hohen Grad der Kriegsbereitschaft gebrachten Heeresmassen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn in Bewegung zu setzen, da ergab die militärische Lage in Europa diejenige Mächtegruppierung, wie sie der Chef des deutschen Generalstabes, Generaloberst v. Moltke, vorausgesehen und bereits in einer dem Reichskanzler 1911 überreichten Denkschrift mit folgenden Worten gekennzeichnet hatte:

„Die heutige politische Gruppierung Europas wird menschlicher Voraussicht nach einen zwischen Frankreich und Deutschland isolierten Krieg unmöglich machen." „Scheidet man die Türkei als unbeteiligt, Italien als unsicher aus den Erwägungen über die militärpolitische Lage aus, so bleiben als sichere Faktoren, mit denen zu rechnen ist, nur die vereinigten Streitkräfte Deutschlands und Österreichs, die einer Koalition Frankreich, England, Russland entgegengestellt werden können, und diese Koalition wird ihre gesamten militärischen Kräfte, ohne durch anderweitige politische Verwicklungen behindert zu sein, gegen die verbündeten Monarchien einsetzen können."

In steigendem Masse hatten die Mächte der Entente ihre Kriegsrüstungen verstärkt. Im Jahre 1911 berichtet der deutsche Generalstabschef hierüber:

„Russland hat seine bis dahin friedensmässig bestehenden Reserven und Festungstruppen in sechs neue Korpsverbände zusammengesetzt und sie zu aktiven Armeekorps umgewandelt.

England kann heute eine Armee von 150 000 Mann auf dem europäischen Kriegsschauplatz einsetzen.

Frankreich unterhält unter schärfster Inanspruchnahme seiner Bevölkerung ein Heer, das an Friedenspräsenzstand dem des Deutschen fast gleichkommt und dessen Kriegsstärke (1911) nach Abzug der in Afrika unentbehrlichen Truppen nur unwesentlich hinter denselben zurückbleibt."

„Seine vier grossen Grenzfestungen Verdun, Toul, Epinal und Belfort sind mit allen Mitteln moderner Technik ausgebaut und durch eine Reihe von Sperrforts miteinander verbunden. Dabei nutzt es seine Volkskraft in einer Weise aus, hinter der Deutschland weit zurückbleibt. Selbst nach Durchführung des jetzigen (1911) Friedenspräsenzgesetzes, das erst im Jahre 1915 wirksam wird, wird Deutschland im Verhältnis zu seiner Bevölkerungsziffer nur 0,865 v. H. einziehen, während Frankreich schon jetzt 1,22 v. H. in das Heer einstellt."

Bis 1914 verschärfte sich die Lage noch. In einer an den Reichskanzler und das Kriegsministerium gerichteten Denkschrift des Generalstabes stehen folgende Sätze:

„Frankreich hat die 3 jährige Dienstzeit eingeführt unter Aufstellung eines neuen Armeekorps, Russland die 3½- und 4½ jährige Dienstzeit unter Aufstellung von vier bis fünf neuen Armeekorps.

Mit Rumänien können wir nicht mehr auf unserer Seite rechnen, sondern es wird voraussichtlich in der Reihe unserer Gegner zu finden sein."

Die Überlegenheit der Feinde war riesengross. Auf Grund amtlichen Materials sind nachstehende Zahlen errechnet:

Übersicht über die Friedens- und Kriegsstärken bei Ausbruch des Krieges
(einschl. Offiziere)

	Friedensstärke	Kriegsstärke	Stärke der Feldarmeen (nur Feld- u. Res.-Truppen)	Bemerkungen
Deutschland	761 000	3 900 000	2 019 000	[1]) 797 000 Franzosen 85 000 Farbige u. Fremdenlegionäre. [2]) nach russischen Angaben. [3]) nur reguläre weisse Truppen. Ausserdem Territoriale, Milizen und Farbige. [4]) einschl. Farbige. [5]) nur Weisse. Ausserdem 190 000 Eingeborenen-Truppen. [6]) Diese nach dem Gesetz vorgesehene Stärke ist nicht erreicht worden. [7]) nur Weisse und Farbige in Frankreich. Ausserdem 100 000 Mann in Nordafrika. [8]) Expeditionskorps. [9]) Mittelmeer-Division und 3 Divisionen aus Indien und Afrika (folgten dem Expeditionskorps). [10]) Hierzu sofort verfügbar etwa 50 000 Mann Besatzungstruppen.
Österreich-Ungarn	436 000	2 500 000	1 400 000	
Summe Zweibund	1 197 000	6 400 000	3 419 000	
Frankreich	882 000[1])	4 364 000[4])	2 033 000[7])	
Russland	2 320 000[2])	rd. 5 000 000	3 341 000	
England – Heimat	138 500[3])	549 000	132 000[8]) + 72 000[9])	
England – Kolonien	109 500[3])	109 500[5])	—	
Belgien	61 000	weniger als 340 000[6])	150 000[10])	
Serbien	52 000	rd. 500 000	285 000	
Summe der Feinde	über 3½ Millionen	fast 11 Millionen	6 Millionen	

II. Der deutsche Aufmarsch.

Die strategische Defensive konnte nicht in Frage kommen. Wollte Deutschland den Krieg nicht von vornherein verloren geben, so war es gezwungen, den Krieg in Feindesland zu tragen. Der Aufmarsch versammelte die Masse der deutschen Streitkräfte im Westen. Es galt hier den am meisten bereiten und am schnellsten zu erreichenden Gegner mit wuchtigen Schlägen zu treffen, um freie Hand für den späteren Einsatz stärkerer Kräfte gegen Russland zu gewinnen. Mit der Offensive im Westen schützte man auch am wirksamsten die wichtigen, für die Kriegführung unentbehrlichen Wirtschaftsgebiete an der Saar, in Lothringen und im Rheinland.

Oberbefehlshaber: Der deutsche Kaiser.

Chef des Generalstabes: Gen.-Oberst v. Moltke.

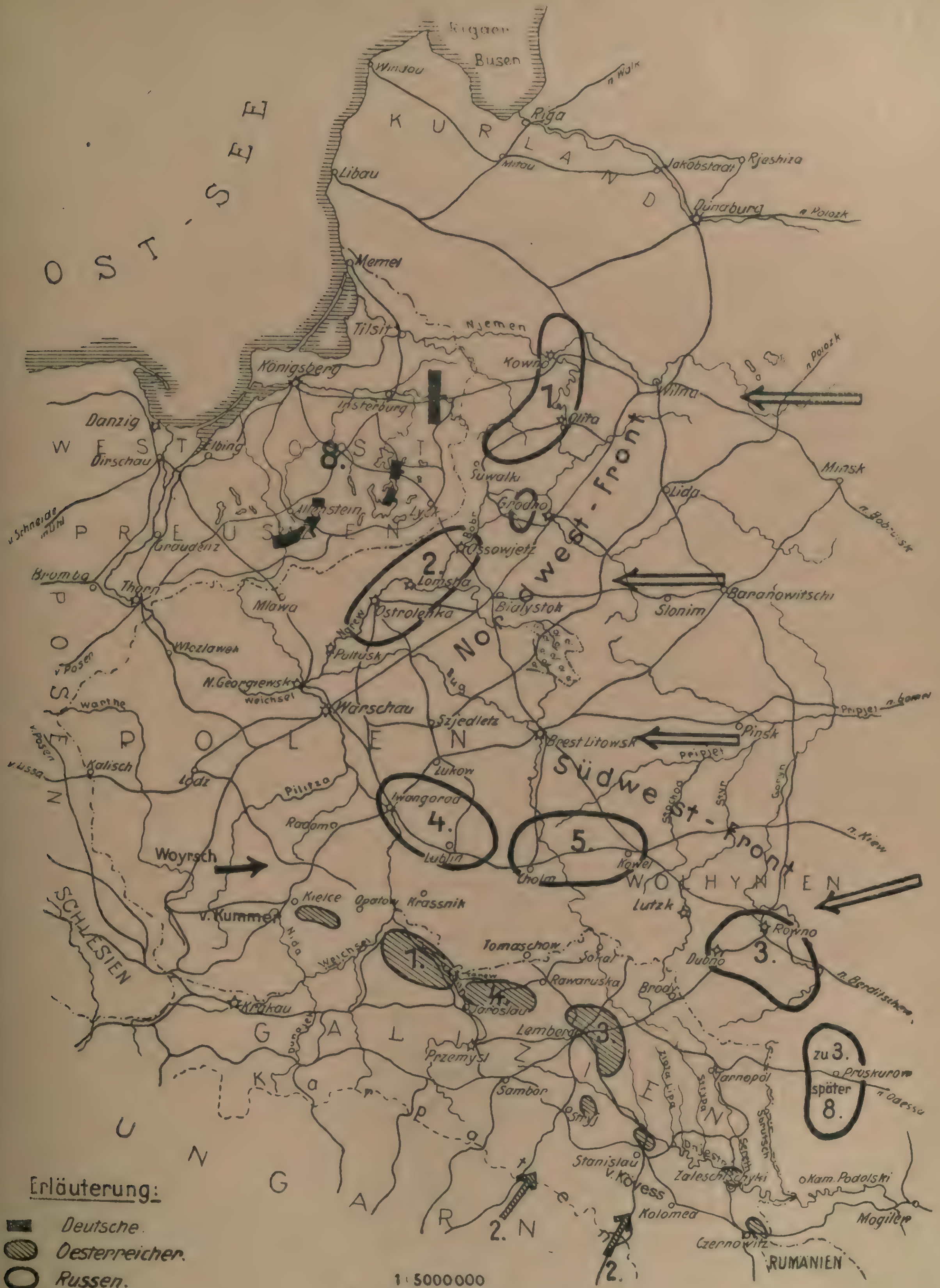
Der Aufmarsch des **Westheeres** vollzog sich hinter der rund 500 km langen Grenze von Holland bis zur Schweiz. Luxemburg wurde besetzt.

1. Armee (Gen.-Ob. v. Kluck) II., III., IV. A.-K., III. Res.-K., IV. Res.-K., 10., 11., 27. Landw.-Brig. südwestl. Crefeld an der holländischen Grenze.
2. Armee (Gen.-Ob. v. Bülow) VII., IX., X. A.-K., Garde-K., Garde-Res.-K., VII. Res.-K., X. Res.-K., 25. u. 29. Landw.-Brig. Aachen-Malmedy.



3. Armee (Gen.-Ob. Frhr. v. Hausen) XI., XII., XIX. A.-K., XII. Res.-K., 47. Landw.-Brig. in der Eifel.
4. Armee (Gen.-Ob. Albrecht Herzog zu Württemberg) VI., VIII., XVIII. A.-K., VIII. Res.-K., XVIII. Res.-K., 49. Landw.-Brig. in Luxemburg und bei Trier.
5. Armee (Kronprinz Wilhelm) V., XIII., XVI. A.-K., V., VI. Res.-K., 13., 43., 45., 53., 9. bayr. Landw.-Brig. östl. Diedenhofen-Metz.
6. Armee (Kronprinz Rupprecht von Bayern) I., II., III. bayr., XXI. A.-K., 1. bayr. Res.-K., 5. bayr. Landw.-Brig. zwischen Metz und Saarburg i. Lothr.
7. Armee (Gen.-Ob. v. Heeringen) XIV., XV. A.-K., XIV. Res.-K., 60. Landw.-Brig. im Oberelsass, bei Strassburg und in Baden bei Breisach;

   unterstellt: Deckungstruppen am Oberrhein (Gen. Gaede) mit 55. 1. u. 2. bayr. Landw.-Brig.


Rigaer Busen
OST-SEE
KURLAND
Riga
Libau
Mitau
Jakobstadt
Rjeshiza
Dünaburg
Memel
Tilsit
Njemen
Kowno
Königsberg
Insterburg
Danzig
Elbing
Dirschau
WEST PREUSSEN
OST
8.
Allenstein
Lyck
Suwalki
Olita
Wilna
Minsk
Lida
Grodno
Ossowjetz
Lomsha
Ostrolenka
Narew
Bialystok
Nordwest-Front
Slonim
Baranowitschi
Graudenz
Bromberg
Thorn
Mlawa
Wloclawek
Pultusk
N. Georgiewsk
Weichsel
Warthe
POSEN
Warschau
Szjedletz
Bug
Brest Litowsk
Pinsk
Pripjet
POLEN
Kalisch
Lodz
Pilitza
Radom
Lukow
Iwangorod
4.
Lublin
5.
Cholm
Kowel
Südwest-Front
WOLHYNIEN
Lutzk
Rowno
Dubno
3.
Woyrsch
Kielce
Opatow
Krassnik
v. Kummer
SCHLESIEN
Nida
Weichsel
Tomaschow
Sokal
1.
4.
Jaroslau
Rawaruska
Brody
Krakau
Lemberg
3.
GALIZIEN
Przemysl
Sambor
Stryj
Tarnopol
zu 3.
später
8.
Proskurow
Karpaten
UNGARN
Stanislau
v. Kövess
Zaleschtschyki
Kam. Podolski
Kolomea
Czernowitz
Mogilew
RUMÄNIEN
2. N
2.
Erläuterung:
Deutsche
Oesterreicher
Russen
russ. Reserven
1:5000000

2. Kav.-Korps (2., 4., 9. K.-Div.) um Aachen.
1. Kav.-Korps (G. u. 5. K.-Div.) um Bitburg.
4. Kav.-Korps (3. u. 6. K.-Div.) um Diedenhofen.
3. Kav.-Korps (7., 8. u. bay. K.-Div.) südöstl. Metz.

Kriegsbesetzungen im westl. Deutschland: 227 Bataillone Inf., 23 Eskadrons, 31 Feldbattr., 332 Battr. Fussartl., 99 Pi.-Komp., 68 Masch.-Gew.-Komp. od. Trupps.

Im Osten.

8. Armee (General v. Prittwitz u. Gaffron) zunächst längs der 1000 km langen Grenze von Memel bis Kattowitz.

Östl. Gruppe I. A.-K., I. Res.-K., 1. Kav.-Div., 2. Landw.-Brig. zwischen Tilsit und den masurischen Seen.
XX. A.-K. Allenstein.
XVII. A.-K. u. 70. Landw.-Brig. zwischen Deutsch-Eylau und Gosslershausen.
6. Landw.-Brig. Hohensalza.
3. Res.-Div. bei Gnesen.
Landwehrkorps Woyrsch in Schlesien.

Mitte August wird 8. Armee im östl. Ostpreussen versammelt. Den Oberbefehl über die 8. Armee übernahm am 22. August General von Hindenburg. Generalstabschef wurde General Ludendorff. Landw.-Korps Woyrsch schliesst sich dem Vormarsch der Österreicher an.

Kriegsbesetzung im Osten und an der Ostsee: 167 Batl. Infanterie, 36 Eskadrons, 40 Feldbattr., 310 Battr. Fussart., 72 Pi.-Komp., 95 Masch.-Gew.-Komp. oder Trupps.

In Schleswig-Holstein zunächst IX. Res.-Korps, 33., 34., 37. u. 38. Landw.-Brig.

Im Innern 6 Ersatz-Divisionen (kamen nach dem Westen) und 2 Ersatz-Brigaden.

III. Der österreichisch-ungarische Aufmarsch.

Während Deutschland sich zunächst mit seiner Hauptkraft nach dem Westen wandte und im Osten nur schwächere Kräfte zur Abwehr beliess, fiel den österreichisch-ungarischen Streitkräften die Aufgabe zu, den russischen Hauptkräften Widerstand zu leisten, möglichst grosse Teile der Russen von einem Stoss nach Deutschland hinein abzuziehen und durch allmähliche Abnutzung die gewaltige russische Überlegenheit an Zahl herabzusetzen, um ein Gleichgewicht der Kräfte herbeizuführen. Diese Aufgabe konnte nur offensiv gelöst werden.

Gegen Serbien und Montenegro musste das Land geschützt werden.

Gegen Italien genügten in den ersten Monaten lediglich grenzpolizeiliche Massnahmen.

Die politische Lage veranlasste die Monarchie, zunächst mit starken Kräften (2., 5. u. 6. Armee) gegen Serbien aufzumarschieren. Als die russische Mobilmachung den örtlichen Konflikt zum Weltkrieg machte, wurde die 2. Armee aus Ungarn nach der russischen Front abtransportiert, wo ausserdem drei Armeen aufmarschierten.

Kaiser Franz Joseph übertrug das Armee-Oberkommando dem Gen. d. Inf. Erzherzog Friedrich. Chef des Generalstabes: Gen. d. Inf. Frhr. Conrad von Hötzendorf.

Gegen **Russland** marschierte eine Stossgruppe (Nordheer) zwischen Weichsel und Rawa-Ruska (135 km) auf, mit dem Angriffsraum zwischen Weichsel und Bug. Während links anschliessend nur schwache Kräfte auf dem westlichen Weichselufer sicherten, stand zum Schutz und zur Unterstützung des rechten Flügels des Angriffsheeres eine Armee (3.) bei Lemberg. Hieran schloss sich, am Dnjestr und bis zur rumänischen Grenze auf 130 km verteilt, die Armee-Abteilung Kövess an, in die sich die aus Ungarn kommende 2. Armee einschieben sollte.

Im Einzelnen vollzog sich der Aufmarsch wie folgt:

Armeegruppe G. d. K. v. Kummer, nur Landsturmtruppen, Freikorps und eine Kav.-Truppen-Div., überschritt bereits am 13. Aug. Grenze bei Krakau und rückte bis Kielce (westl der Weichsel) vor.

Seitlich (links) begleitet vom deutschen Landwehrkorps Woyrsch.

1. Armee (Gen. d. Kav. Dankl) I., V., X. A.-K., zwei Kav.-Trupp.-Divisionen am San und Tanew.
4. Armee (Gen. d. Inf. v. Auffenberg) II., VI., IX. A.-K., zwei Kav.-Trupp.-Divisionen zwischen Tarnogrod und Niemirow.
3. Armee (Gen. d. Kav. v. Brudermann) XI., XIV. A.-K., mehrere Kav.-Truppen-Divisionen, Landsturm bei Lemberg.

Armeeabteilung (Gen. d. Inf. v. Kövess) III. A.-K. Stryj, XII. A.-K. Stanislau, 43. Inf.-Truppen-Division Zaleszczyki, 35. Landsturm-Brig. Czernowitz, 11. Inf.-Truppen-Division und mehrere Kav.-Truppen-Divisionen Brzezany.

Vom 25. Aug. ab sollte bei Zydaczow-Halicz eintreffen:

2. Armee (Gen. d. Kav. v. Boehm-Ermolli) zunächst mit VII. A.-K. und 20. Landw.-Inf.-Truppen-Division.

Gesamtstärke der gegen Russland eingesetzten österreichisch-ungarischen Kräfte:

12 A.-Ks. (zu 3 Inf.-Truppen-Divisionen) }
11 Kav.-Truppen-Divisionen } etwa 750 000 Gewehre

Aufmarsch gegen Serbien u. Montenegro.

Oberbefehlshaber: Feldzeugmeister Potiorek.

5. Armee (Gen. d. Inf. Frank) an der Save und bei Belgrad (IV. u. VIII. A.-K.).
6. Armee (Feldzeugmeister Potiorek) XV., XVI. A.-K. an der Düna und montenegrinischen Grenze.

IV. Der Aufmarsch der Entente im Westen.

a) Operative Absichten.

Die Ententemächte hatten ein Interesse daran, im Westen die Eröffnung der Feindseligkeiten möglichst lange hinauszuschieben, um im Osten die gewaltige Heeresmacht Russlands zur vollen Entwicklung kommen zu lassen. Auch wollte man das Eintreffen der englischen Streitkräfte abwarten.

Aus diesen Gründen, zu denen sich wohl auch politische Gründe gesellten, hatten die Franzosen trotz ihrer sehr raschen Mobilmachung, die an Schnelligkeit vielleicht die deutsche noch etwas übertraf, eine Art strategische Bereitstellung gewählt, die sich auf die starken Festungen und Forts an der Grenze stützte. Aus dieser Stellung sollte je nach der militärischen und politischen Lage zum Angriff übergegangen werden. Der Übergang war durch sogenannte „Varianten" im Aufmarsch vorbereitet.

Die Massierung der Kräfte auf dem linken Flügel deutete darauf hin, dass die Entscheidung in Richtung Luxemburg-Belgien gesucht wurde.

Den Belgiern fiel die Rolle zu, dem englischen Heere und dem linken Flügel der Franzosen als Vorhut zu dienen. Gestützt auf die Masslinie mit den Festungen Lüttich und Namur sollten die belgischen Streitkräfte den deutschen Vormarsch verzögern, vor überlegenen Kräften sich aber zurückziehen. Zur Aufnahme diente der starke weitausgedehnte Waffenplatz Antwerpen.

Die Engländer hatten die für das Eingreifen zu Lande bestimmten Truppen bereits im Frieden organisiert. Zwischen den Generalstäben der Engländer, Franzosen und Belgier waren über die gemeinsamen Operationen Vereinbarungen getroffen. Als Landungshäfen waren in erster Linie Dünkirchen, Calais, Boulogne, daneben Le Havre, Cherbourg, in Belgien Ostende und Zeebrügge ausersehen und vorbereitet worden.

b) Der französische Aufmarsch.

Durch den „Ordre de départ en couverture" wurden bereits am 30. Juli die Grenzschutztruppen II., VI., VII., XX., XXI. A.-K., 2. und 4. Kav.-Div. an der Grenze bereitgestellt, wahrscheinlich auch I. A.-K.

Unter ihrem Schutz vollzog sich der Aufmarsch zwischen Belfort und Maubeuge (ausschl.) nach der sogenannten „Variante". Der von der „Agence Havas" veröffentlichte ursprüngliche

Aufmarsch, der sich als eine Bereitstellung zwischen Belfort und Montmédy darstellt, ist vermutlich überhaupt nicht zur Ausführung gekommen. Der tatsächliche Aufmarsch (also die Variante) zeigte eine ziemlich gleichmässige und starke Besetzung der Front von Belfort bis Hirson mit starker Tiefengliederung westlich und nordwestlich von Verdun. Die Gruppierung wies auf ein Vorgehen des r. Flügels nach Oberelsass und Lothringen und eine starke Offensive des linken Flügels und der Mitte in Richtung Luxemburg-Belgien hin.

Oberbefehlshaber der gegen Deutschland verwendeten Kräfte: General Joffre.

1. Armee (Gen. Dubail) VII., VIII., XIII., XIV., XXI. A.-K., Alpenjägergruppen, 8. Kav.-Div., 1. Gruppe, Res.-Div. (61., 62., 63.) Belfort, Vogesen bis Manonviller. Vom 9. Aug. ab wurde hiervon die „Armée d'Alsace“ (Pau) abgezweigt.
2. Armee (Gen. de Castelnau) ½ IX., XV., XVI., XX. A.-K., 2., 6. u. 10. Kav.-Div., 2. Gruppe Res.-Div. (59., 68., 70.) Lunéville-Nancy-Toul.
3. Armee (Gen. Ruffey) IV., V., VI. A.-K., 7. Kav.-Div., 3. Gruppe Res.-Div. (54., 55., 56.) gegenüber Metz und bei Verdun.
   Hiervon später „Armée de Lorraine“ (Maunoury) abgezweigt.
4. Armee (Gen. de Langle de Cary) XI., XII., XVII. Kol.-K., 52., 60. Res.-Div. tief gestaffelt in Reserve in den Argonnen, später auch II. A.-K. (Montmédy).
5. Armee (Gen. Lanrezac) I., III. u. ½ IX., X., XVIII. A.-K., 37. (afrik.) und 38. (afrik.) Inf.-Div., Marokk. Div., 4. Gruppe Res.-Div. (51., 53., 69.) zwischen Carignan und Maubeuge (ausschl.), Teile in Belgien bis zur Maas.

I. Kav.-Korps (Gen. Sordet, 1., 3., 5. Kav.-Div.) bei Sedan-Mézières, später in Belgien.

4. u. 9. Kav.-Div. bei Longwy u. Longuyon.

Gruppe von Territ.-Div. (Gen. d'Amade, 81., 82., 83., 84.) bei Arras, Douai, St. Omer.

Kriegsbesatzungen von Belfort, Epinal, Toul, Verdun, Maubeuge und den Grenzforts.

An der Alpengrenze Festungsbesatzungen und einige Reserveformationen, die bereits im August grösstenteils weggezogen worden sind.

c) Der englische Aufmarsch.

Das englische Expeditions-Korps (Expeditionary Force).
Oberbefehlshaber: Feldmarschall French.
Chef des Stabes: Genlt. Murray.

Zuerst I. und II. A.-Ks. und eine Kavallerie-Division, später 4. und 6. Infanterie-Division (III. A.-K.) und 7. Inf.-Div. Die Kav. wurde auf ein Kav.-Korps verstärkt.

Landungsplätze wahrscheinlich Dünkirchen, Boulogne, Calais.

Die Armee versammelte sich zwischen Maubeuge und Le Cateau.

Frühzeitig wurden drei weitere Divisionen aus Indien und Südafrika herangezogen.

d) Der belgische Aufmarsch.

Frühzeitig und rasch mobil gemacht, versammelte sich die Feldarmee zwischen Maas und Brüssel.

Oberbefehlshaber: König Albert.
Chef des Generalstabes: General Sellier de Moranville.

3. Armee-Div. bei Lüttich }
4. Armee-Div. bei Namur } Sicherung und Vorhut.
Kav.-Div. westlich Lüttich }

1., 2., 5., 6. Armee-Div. nördlich der Maas bei Tirlemont, Löwen, Perwez, Wavre.

Kriegsbesatzungen in Lüttich, Huy, Namur, Antwerpen.

V. Der russische Aufmarsch.

Russland hat bereits während des Friedens im geheimen seine Heere auf einen hohen Grad von Kriegsbereitschaft gebracht, indem es unter dem Deckmantel von Probemobilmachungen Reservisten einzog, Pferde und Fahrzeuge beschaffte und andere Mobilmachungsmassnahmen traf, die seit Frühjahr 1914 einen immer bedrohlicheren Charakter annahmen. Am 26. Juli trat die geheime „Kriegsvorbereitungsperiode" in Kraft, am 29. Juli die Teilmobilmachung gegen Österreich, am 30. Juli wurde der offizielle Befehl zur Gesamtmobilmachung erlassen.

Die Hauptkräfte waren zum überwältigenden Angriff gegen Österreich bestimmt. Sie marschierten im flachen Halbkreis zwischen Iwangorod und der rumänischen Grenze auf. Zwei starke Armeen sollten vom Njemen und vom Narew her Ostpreussen überfluten. Polen wurde frei gelassen.

Oberbefehlshaber gegen Deutschland und Österreich.
Gen. d. Kav. Grossfürst Nikolaus Nikolajewitsch.

Heeresgruppe Nordwestfront (Gen. Shilinski).

1. (Njemen)-Armee (Gen. der Kav. Rennenkampf) vier Armeekorps, 5½ Kav.-Div., mit Hauptkräften am Njemen bei Kowno, südlich Olita, mit einer Gruppe bei Suwalki.
2. (Narew)-Armee (**Gen.** Samsonow) 5 bis 6 A.-K., 3 Kav.-Divisionen bei Lomsha, Ostrolenka, **Malkin, eine Gruppe bei Augustow.**

Heeresgruppe Südwestfront (Gen. Iwanow).

4. **Armee (Gen. Ewerth) bei Iwangorod-Lublin.**
5. Armee (wahrscheinlich General Plehwe) bei Kowel-Cholm-Brest-Litowsk.
3. Armee (Gen. Russki) Kowno, Dubno, die sehr starke Armee reichte bis über Proskurow hinaus. Aus dem südlichen Flügel wurde vermutlich bald die 8. Armee (Brussilow) gebildet.

An der rumänischen Grenze in Bessarabien stand die schwache 7. Armee.

Sämtliche Armeen enthielten ausser den aktiven Truppen starke Reserveformationen (Truppen zweiter Linie), die erst allmählich eintrafen. Aus diesen später eintreffenden Kräften wurden vermutlich auch weitere Armeen gebildet, von denen bald Nummern bis zu 11 auftauchen. Ausserdem waren die zahlreichen grossen Festungen mit starken Kriegsbesatzungen ausgestattet.

VI. Der serbische und montenegrinische Aufmarsch.

Oberbefehlshaber der Serben: Kronprinz Alexander.

Chef des Generalstabes: General Putnik.

Drei Armeen zu je 3 bis 5 Divisionen.

1. Armee (General Sturm) und 3. Armee (General Bojowitsch) an der Drina.
2. **Armee (General Stepanowitsch) an der Save.**
Dazu die Truppen 2. Aufgebotes.

Die Montenegriner (4 Divisionen) besetzten den Lowzen und die Grenze.

VII. Die übrigen Mächte.

Über die Türkei, Bulgarien, Rumänien siehe Abschnitt 14, Amerika Abschnitt 18, Japan Abschnitt 15.

Italien hatte im August 1914 noch nicht seine volle Friedensstärke. Es fehlten von den 275 000 Mann der Sollstärke 40 000 Mann. 60 000 Mann waren in Afrika.

Organisation, Bewaffnung und Ausrüstung wiesen erhebliche Lücken auf. Dagegen waren die Befestigungen an der österreichischen Grenze gut ausgebaut.

Erst nach Kriegsausbruch begann Italien seine Kriegsbereitschaft zu erhöhen, sodass es im Mai 1915 voll gerüstet war und mit rund 1½ Millionen Mann in den Krieg eintrat.

VIII. Kriegserklärungen.

1914.

28. Juli Österreich-Ungarn an Serbien,
1. August Deutschland an Russland,
3. August Deutschland an Frankreich,
4. August England an Deutschland,
5. August Österreich-Ungarn an Russland,
6. August Serbien an Deutschland,
7. August Montenegro an Österreich-Ungarn,
11. August Österreich-Ungarn an Frankreich,
12. August England an Österreich-Ungarn,
12. August Montenegro an Deutschland,
23. August Japan an Deutschland,
25. August Österreich-Ungarn an Japan,
27. August Österreich-Ungarn an Belgien,
2. November Russland an Türkei,
5. November England an Türkei,
5. November Frankreich an Türkei,
7. November Belgien an Türkei,
7. November Serbien an Türkei.

1915.

23. Mai Italien an Österreich-Ungarn,
20. August Italien an Türkei,
14. Oktober Bulgarien an Serbien,
15. Oktober England an Bulgarien,
16. Oktober Frankreich an Bulgarien,
19. Oktober Italien an Bulgarien,
19. Oktober Russland an Bulgarien.

1916.

27. August Italien an Deutschland,
27. August Rumänien an Österreich-Ungarn,
29. August Deutschland an Rumänien,
30. August Türkei an Rumänien,
1. September Bulgarien an Rumänien.

1917.

6. April Amerika an Deutschland,
7. April Cuba an Deutschland,
8. April Österreich an Amerika,
9. April Bulgarien an Amerika,
10. April Panama an Deutschland,
22. Juli Siam an Deutschland und Österreich-Ungarn,
14. August China an Deutschland,
11. September China an Österreich-Ungarn.

Die Beziehungen brachen ab:

Brasilien (10. 4. 17), Bolivia (14. 4. 17), Guatemala (27. 4. 17), Honduras (17. 5. 17), Nicaragua (19. 5. 17), Haïti (18. 6. 17), Peru (6. 10. 17), Uruguay (7. 10. 17), Ecuador.

Ferner Griechenland, Portugal, Hedschas, Liberia, schliesslich Polen und Tschecho-Slowakei.

IX. Literatur.

Urkunden des deutschen Generalstabes über die militär-politische Lage vor dem Kriege. Hat der deutsche Generalstab zum Kriege getrieben? Berlin 1919. E. S. Mittler und Sohn.

Russlands Mobilmachung für den Weltkrieg, herausgegeben auf Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres. Berlin 1919. E. S. Mittler und Sohn.

Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen. Berlin 1919. E. S. Mittler u. Sohn.

Österreich-ungarische Kriegsberichte aus Streffleurs Militär-Blatt, Heft 1: Die Kriegsereignisse im Norden von der Mobilisierung bis einschliesslich der Schlacht bei Lemberg. Wien 1915. L. W. Seidel und Sohn.

Oberst K. Egli: Zwei Jahre Weltkrieg. Zürich 1917. Schulthess und Co.

Oberst K. Egli: Der Aufmarsch und die Bewegungen der Heere Frankreichs, Belgiens, und Englands auf dem westlichen Kriegsschauplatz bis zum 23. August 1914. Berlin 1918. E. S. Mittler und Sohn.

Hermann Stegemanns Geschichte des Krieges I. Band. Stuttgart und Berlin 1917, Deutsche Verlagsanstalt.

Agence Havas vom 24. 3. 1915. Der französische Aufmarsch.

„1914“ von Feldmarschall French. In deutscher Übersetzung im Mil.-Wochenblatt, Juni 1919 u. ff. E. S. Mittler u. Sohn.

---

11. Abschnitt.

Der Landkrieg im Westen bis zum Eingreifen Amerikas.

Von **Freiherrn von Freytag-Loringhoven,**
General der Infanterie z. D., Dr. h. c.

Literatur:

Die Schlachten und Gefechte des Großen Krieges. Quellenwerk nach den amtlichen Bezeichnungen zusammengestellt vom Großen Generalstabe Berlin 1919. Hermann Sack. (Gefechtskalender.) — Der große Krieg in Einzeldarstellungen. Herausgegeben vom Generalstabe des Feldheeres. Oldenburg 1918 1919. Gerhard Stalling. Lüttich-Namur, Schlacht bei Longwy, Schlacht bei Mons 1914; Schlacht an der Yser und bei Ypern, Herbst 1914; Kämpfe in der Champagne, Winter 1914 und Herbst 1915. — Hermann Stegemanns Geschichte des Krieges. Stuttgart und Berlin. Deutsche Verlagsanstalt 1917—1919. (Bis jetzt 3 Bände erschienen, die Kriegsjahre 1914 und 1915 umfassend.) — Egli, Oberst, Zwei Jahre Weltkrieg 1914 bis August 1916. — Derselbe, Das dritte Jahr Weltkrieg August 1916 bis August 1917. Zürich 1917 u. 1918. Schultheß & Co. — Immanuel, Oberst, 33 Monate Krieg. Volkstümliche Darstellung des Weltkrieges. Berlin 1917. E. S. Mittler & Sohn. — Egli, Oberst, Der Aufmarsch und die Bewegungen der Heeren Frankreichs, Belgiens und Englands auf demwestlichen Kriegsschauplatz bis zum 23. August 1914. Berlin 1918. E. S. Mittler & Sohn. — von Falkenhayn, General der Infanterie, Die Oberste Heeresleitung 1914 bis 1916 in ihren wichtigsten Entschliessungen. Berlin 1920. E. S. Mittler & Sohn. — Ludendorff, General der Infanterie, Meine Kriegserinnerungen 1914—1918. Berlin 1919. E. S. Mittler & Sohn. — von Kuhl, General der Infanterie, Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges. Berlin 1920. E. S. Mittler & Sohn. — Hanotaux, Gabriel, Histoire illustrée de laguerre 1914. Paris et Bordeaux 1916. — French of Ypern, Feldm. Viscount „1914“ im „Daily Telegraph“ 1919. Uebersetzung von Jung im Mil. Wochenbl. 1919.

Der Vormarsch durch Belgien und Nordfrankreich bis über die Marne 1914.

Die ersten grösseren Kampfhandlungen fanden in Elsass-Lothringen statt. Nachdem am 9. und 10. August Teile der deutschen 7. Armee französische Kräfte, die nach Mülhausen vorgedrungen waren, und gleichzeitig Truppen der deutschen 6. Armee eine von Lunéville vorrückende französische Kolonne zurückgeschlagen hatten, erfochten am 20. August die deutsche 6. Armee und der rechte Flügel der 7. Armee bei Saarburg in Lothringen einen grossen Sieg über die französische 1. und 2. Armee. Diese wichen unter schweren Verlusten auf ihre Grenzbefestigungen an der Mosel und Meurthe zurück.

Auf dem rechten deutschen Heeresflügel glückte ein in der Nacht vom 5. zum 6. August mit immobilen Truppen unternommener Handstreich gegen Lüttich nur zum Teil, doch gelang es bis zum 16. August unter Heranziehung weiterer ausgeladener Truppen der 2. Armee mit schwerer Artillerie sämtliche Forts der Festung zu Fall zu bringen. Am 17. August standen zum Vormarsch bereit: Die 1. Armee nordwestlich, die 2. Armee westlich und südwestlich Lüttich, die 3. Armee mit dem rechten Flügel westlich Malmedy, um im Vorgehen den Anschluss an die 2. Armee zu gewinnen. Die 4. Armee hatte vom nördlichen Luxemburg aus diesen an die 3. Armee zu nehmen, die 5. Armee nach Massgabe des Fortschreitens der 4. ihren rechten Flügel vorzutreiben, während der linke Anlehnung an Diedenhofen behielt.

Es war auf deutscher Seite bekannt, dass der französische Nordflügel verstärkt und bis Namur verlängert worden war, wie es denn keinem Zweifel unterliegt, dass die deutsche Umfassungsabsicht durch Vorgehen durch Belgien sich umgekehrt auf Seiten der Entente verwirklicht hätte, wenn die Deutschen nicht die schnelleren gewesen wären. Um so mehr aber war Eile geboten, wenn man dem Feinde im nördlichen Belgien zuvorkommen wollte. Die 1. und 2. Armee erhielten daher den Auftrag, den Vormarsch gegen die Linie Brüssel—Namur anzutreten. Namur war vom linken Flügel der 2. und vom rechten der 3. Armee einzuschliessen und zu nehmen. Die 3., 4. und 5. Armee begannen ebenfalls die Vorbewegung. Die belgische Armee leistete keinen längeren Widerstand, im freien Felde. Sie wich mit ihrer Masse nach Antwerpen aus. Während die 1. Armee unter Belassung eines Korps vor dieser Festung den Marsch in der allgemeinen Richtung über Brüssel fortsetzte und sich alsdann allmählich nach Südwesten wandte, schwenkte die 2. Armee, um Namur herumgreifend, gegen die Sambre ein. Der artilleristische Angriff auf Namur wurde sofort eingeleitet. Auch dieses zweite Bollwerk Belgiens erlag in kürzester Frist. Am 24. August waren die Deutschen seiner Herr. Die Bewegungen der 1. und 2. Armee wurden durch die Heereskavallerie geschickt verschleiert. Die 3. Armee ging gegen die Maas südlich Namur vor, anschliessend die 4. Armee über die Ardennen. An die 4. fügte sich die 5. Armee.

Die französische 5. Armee gelangte bis zum 22. August nicht über die Linie Dinant—Charleroi hinaus. Sie begnügte sich daher mit einem Halten der Maas- und Sambre-Übergänge. Die 4. Armee überschritt die französische Maas und rückte gegen die Semois, die 3. Armee rechts gestaffelt über Longwy vor. Die englische Armee wurde am 22. August, im Begriff über Mons vorzugehen, bereits von der deutschen 1. Armee in der Front und linken Flanke angegriffen. Da sie noch keinen festen Anschluss an die 5. französische Armee gewonnen hatte, sah sie sich auch in der rechten Flanke bedroht. Von den Deutschen scharf gedrängt, fluteten die Engländer westlich Maubeuge über die französische Grenze zurück. Gleichzeitig sah sich an der Sambre bei Charleroi die französische Armee von dem gleichen Schicksal ereilt. In zweitägigen hartnäckigen Kämpfen wurde sie südwärts gedrängt, wobei sich 20 000 Mann in die Festung Maubeuge warfen. Am 23. August erkämpfte sich die deutsche 3. Armee den Übergang über die steil eingeschnittene Maas bei Dinant gegen eine abgesonderte rechte Flügelgruppe der französischen 5. Armee und belgische Truppen. So war der linke feindliche Flügel von den Deutschen schwer getroffen, noch bevor er sich in geordneter Weise hatte bilden können. Aber auch der Mitte des Feindes ging es nicht viel anders. Die Offensive der französischen 4. Armee stiess auf eine solche der deutschen Armee gleicher Nummer. Die Franzosen wurden am 22. und 23. August im Begegnungskampf in den Ardennen überwunden und suchten Schutz hinter der Maas. Die deutsche 5. Armee warf sich am 22. August in voller Entwicklung beiderseits Longwy auf die ihr entgegenrückende französische 3. Armee und, so sehr auch das Gelände die Verteidigung der Franzosen begünstigte,

und trotz eines von Norden her gegen die linke deutsche Flanke geführten Vorstosses, blieben die Deutschen in siegreichem Fortschreiten. Am 26. August fiel die kleine Festung Longwy. Am gleichen Tage wich auch die französische 3. Armee hinter die breite deckende Maas zurück, die erst am 1. September mit allen Kräften von den Deutschen überwunden werden konnte. Ihre 5. Armee sah sich bei weiterem Vordringen nach Süden an den Argonnen mit der Festung Verdun und den Sperrforts des Côtes Lorraines in der Flanke in sehr schwierigem Gelände in ernste Kämpfe verwickelt. Auch die deutsche 4. und 3. Armee hatten immer aufs neue den Widerstand feindlicher Nachhuten zu überwinden. Der deutschen 2. Armee war es zwischen dem 28. und 30. August gelungen, nochmals kräftigen Widerstand der französischen 5. Armee bei St. Quentin zu brechen. Die deutsche 1. Armee bereitete am 26. August südlich Cambrai den durch französische Territorialtruppen verstärkten Engländern abermals eine schwere Niederlage und warf am 30. weitere französische Truppen über Amiens zurück. Einem ihnen zugedachten nochmaligen Schlage entzogen sich die Engländer durch rechtzeitigen Rückzug hinter die Marne. Auch die französische 5. Armee blieb in unausgesetztem Rückzug vor der mit ihrem linken Flügel über Reims folgenden deutschen 2. Armee.

Die schnellen Erfolge der deutschen schweren Steilfeuerartillerie gegen die belgischen Festungen liessen den Versuch gerechtfertigt erscheinen, den Festungsgürtel der französischen Ostfront zu durchzustossen. Glückte solches, so wurde der 5. Armee das Vordringen gegen Süden westlich Verdun erleichtert, und ein Durchbruch zwischen Toul und Epinal musste in der Folge zu einer Umfassung der rechten feindlichen Heeresflügels führen, der an den ostfranzösischen Festungen seinen Stützpunkt hatte. Zu der Umfassung des linken feindlichen Flügels, wie sie sich durch die 1. Armee anzubahnen schien, trat alsdann auch die des rechten. Für dieses grosse Ziel bot die deutsche Oberste Heeresleitung alle verfügbaren Kräfte auf. Es geschah in dem gleichen Sinn, der ihr Handeln von Beginn des Krieges an beherrschte, in dem Streben nach einem schnellen Erfolge im Westen, um freie Hand zu gewinnen gegen die im Osten drohende Gefahr. Diese Absichten liessen sich nicht verwirklichen. Anfang September gegen die Maas-Forts oberhalb Verdun durch eine hier sichernde Armeeabteilung unternommene Versuche scheiterten und als sie Ende September wieder aufgenommen wurden, gelang es nur, das Fort Camp des Romains zu nehmen und die deutsche Aufstellung bei St. Mihiel keilförmig bis über die Maas vorzutreiben. Die 6. und 7. Armee vermochten mit ihrem Angriff gegen die starken feindlichen Stellungen an der Mosel und vor Epinal nicht durchzudringen. Er wurde eingestellt und der Abtransport der hier festgelegten Kräfte zur Verstärkung des rechten Heeresflügels eingeleitet, leider zu spät, um eine hier inzwischen eingetretene ungünstige Wendung verhindern zu können.

Angesichts der günstigen Lage auf dem rechten deutschen Heeresflügel schien sich zeitweilig die Möglichkeit zu bieten, den Feind von Paris in südlicher Richtung abzudrängen. Bereits am 4. September gewann man jedoch auf Grund von Flieger- und sonstigen Meldungen den Eindruck, dass die Franzosen Truppen vor der 6. und 7. Armee sowie von Verdun fortzogen und in westlicher Richtung abtransportierten. In Paris schien der Feind sich mehr und mehr zu verstärken. Die 2. Armee wurde daher angewiesen, zwischen Marne und Seine, die 1. rechts gestaffelt zu ihr zwischen Oise und Marne zu verbleiben, um gegen Paris zu decken. Die 3., 4. und 5. Armee sollten dem vor ihnen zurückgehenden Feinde folgen. In dem natürlichen und an sich gerechtfertigten Bestreben, dem geschlagenen Feinde unausgesetzt an der Klinge zu bleiben und in dem Bewusstsein, dass sie nach Lage der Dinge allein imstande war, ein Abdrängen des Feindes von Paris zur Tat werden zu lassen, hatte die 1. Armee am 3. und 4. September ihre Korps bis auf eines, das zur Beobachtung der Lagerfestung Paris nördlich der Marne verblieb, diesen Fluss überschreiten lassen, in der Annahme, dass von Paris keine ernstliche Gefahr drohe, es daher angezeigt sei, die Verfolgung bis zur Seine auszudehnen.

Schon machte sich das Missverhältnis der Kräfte einem Feinde gegenüber geltend, der sich fortgesetzt verstärkte, während das deutsche Heer sich naturgemäss im Vorgehen schwächte. Zwar waren nicht unerhebliche deutsche Kräfte nachgezogen worden, gleichwohl fehlten in vorderster Linie den Armeen, die jetzt der Entscheidung zustrebten, bereits vier Korps, da ausser einem vor Antwerpen festgelegten der 1. Armee, ein weiteres der 2. Armee vor Maubeuge hatte belassen werden

müssen, wo es erst am 7. September nach dem Fall der Festung frei wurde. Je ein Korps der 2. und 3. Armee, die Namur genommen hatten, waren ausserdem angesichts der bedrohlichen Lage in Ostpreussen dorthin abbefördert worden. Sie wären besser dem linken, stehenden Flügel des Westheeres entnommen worden. Zu diesem Ausfall grosser geschlossener Truppenkörper kamen starke, infolge des unausgesetzten Vormarsches unvermeidliche Marsch- und nicht unerhebliche Gefechtsverluste. Die französisch-englischen Kräfte beliefen sich dagegen nunmehr allein zwischen Paris und Verdun auf rund eine Million Streiter. Die alte, sich in der Kriegsgeschichte stets wiederholende Erscheinung der Abschwächung der Kräfte in der Offensive trat hier zum Nachteil der Deutschen wieder hervor. Es kam noch hinzu, dass während die Deutschen infolge der noch nicht beseitigten zahlreichen Zerstörungen an den belgischen und nordfranzösischen Bahnen über keine gesicherten Verbindungen verfügten, den Franzosen ihr günstiges Eisenbahnnetz und die zahlreichen guten, für den ansehnlichen Kraftwagenpark geeigneten Strassen Truppenverschiebungen sehr erleichterten, zumal sie die kürzere, innere Linie besassen. Ihren rechten Heeresflügel konnten sie infolge der Anlehnung an die Befestigungen der Ostgrenze ungestraft schwächen.

Der französische Generalissimus hatte sich, sobald am 4. September erkannt wurde, dass die deutsche 1. Armee östlich der Befestigungen von Paris vorbeizog, zu einer allgemeinen Offensive entschlossen, wobei eine in Paris neuzusammengestellte 6. Armee gegen den Ourcq zu umfassenden Angriff gegen den deutschen rechten Heeresflügel vorzugehen hatte. Es gelang den Franzosen nicht, diesen Flügel einzudrücken, vielmehr wurde ihre 6. Armee selbst von der deutschen 1. nördlich umfasst, da es dieser gelungen war, ihre sämtlichen Korps noch rechtzeitig wieder über die Marne zurückzunehmen. Darüber war jedoch eine erhebliche Lücke zwischen ihr und der weiter östlich zwischen Marne und Seine gleichfalls in schwerem Kampf stehenden 2. Armee entstanden. Diese Lücke hatte nur notdürftig durch Heereskavallerie geschlossen werden können, so dass die inzwischen verstärkte englische Armee hier einbrechen konnte. Die 1. Armee wurde deshalb am 9. September in der Richtung auf Soissons, die 2. Armee in der auf Reims zurückgenommen. Die 3., 4. und 8. Armee folgten der rückgängigen Bewegung ohne durch den ihnen gegenüberstehenden Feind dazu gezwungen zu sein. Es galt vor allem erst wieder eine einheitliche deutsche Schlachtfront herzustellen.

Das deutsche Westheer in die Verteidigung gedrängt. — Ypern.

Die Feinde drängten zunächst nicht stark, an Teilen der Front überhaupt nicht nach. Einen taktischen Sieg hatten sie nicht erfochten, und so ging ihnen „das Wunder der Marneschlacht“ erst ganz allmählich auf. Hinter der Aisne, nördlich Reims und ostwärts bis zu den Argonnen brachten die Deutschen alsdann die verspätet einsetzende unmittelbare französisch-englische Verfolgung zum Stehen. Zu einer überholenden Verfolgung, wie sie die Lage bei der völlig offenen deutschen Westflanke für sie geboten hatte und wie sie durch ein günstiges Verkehrsnetz erleichtert worden wäre, griffen die Armeen der Entente erst in der zweiten Hälfte des September. Von da ab gelang es jedoch der deutschen Heeresleitung durch Verschiebungen innerhalb der Front und Heranführung der Korps der 7. und 6. Armee stets, sich den Feinden in dem „Wettlauf nach dem Meere“, als welcher diese Bewegung bezeichnet worden ist, rechtzeitig vorzulegen. Von deutscher Seite ist bis in den Oktober hinein eine angriffsweise Verteidigung geführt worden, bis nach der am 10. Oktober nach nur zwölftägiger Belagerung erfolgenden Einnahme von Antwerpen, des Hauptbollwerks Belgiens, die Belagerungstruppen im Verein mit vier in Deutschland aufgestellten neuen Armeekorps als neue 4. Armee den Vormarsch gegen die Yser zu einem nochmaligen grossen Schlage antreten konnten. Gelang es hier durchzudringen und den feindlichen linken Heeresflügel zu umfassen, so winkte ein grosses Ergebnis. Geländeschwierigkeiten, rechtzeitig vorgenommene Verstärkung des den Deutschen immer noch um eine halbe Million Streiter überlegenen Feindes und die bei allem Heldenmut unzureichende Schulung der auf dem entscheidenden Flügel eingesetzten neuen deutschen Korps liessen das erhoffte Ziel nicht erreichen. Auch der Einsatz weiterer aus anderen Frontabschnitten herangeführter Kräfte fruchtete nicht. Die Wichtigkeit eines deutschen Vorstosses auf Calais ergibt sich ohne weiteres aus der Besorgnis, die England für die Kanalküste hegte. Sie hatte den Anlass geboten, die englische, nunmehr

fast verdoppelte Armee dorthin zu verschieben. Gleichwohl hätten die immer wiederholten opferheischenden deutschen Angriffe bei Ypern ihr Ziel fast erreicht. Französische Divisionen mussten die mürbe werdende englische Front stützen. Als die Aussichtslosigkeit weiterer deutscher Angriffe erkannt wurde, und stärkere Abgaben nach dem östlichen Kriegsschauplatz nicht länger aufgeschoben werden konnten, ist auf der ganzen Westfront zum Stellungskrieg übergegangen worden.

Der Stellungskrieg Ende 1914 bis Ende 1915.

„Der Übergang zu diesem ist nicht aus freiem Entschluss des Generalstabschefs, sondern unter dem harten Druck der Notwendigkeit erfolgt. Sehr früh erkannte man jedoch, dass diese Art der Kriegführung, abwechselnd mit schweren, wohl vorbereiteten Schlägen gegen Teile des Feindes, die einzige war, durch deren Anwendung man hoffen konnte, den Krieg, sowie sich die Lage der Mittelmächte durch die Ereignisse an der Marne und in Galizien gestaltet hatte, zum guten Ende zu bringen. Nur durch ihren Gebrauch hat Deutschland seine Grenzen dauernd zu halten vermocht.“[1])

Die deutsche Kriegsleitung hatte sich im Westen an einer Offensive mit beschränktem Ziel genügen lassen müssen. Gewonnen war damit ein wirksamer Schutz der Heimat, eine wesentliche Hilfe für ihre Kriegswirtschaft und eine gute Kampfstellung England gegenüber. Es sollte sich hier das Wort von Clausewitz bewähren:[2]) „Eine Verteidigung, die man auf erobertem Boden einrichtet, hat einen viel mehr herausfordernden Charakter als eine im eigenen Lande; es wird ihr gewissermassen das offensive Prinzip eingeimpft.“ Die ausgedehnten deutschen Stellungen nötigten die Feinde immer wieder zu schwächenden Angriffen und gestatteten, gegen sie alle taktischen Vorteile, die der Verteidigung bei heutiger Waffenwirkung, örtlich genommen auch für eine Minderzahl innewohnen, auszunutzen. Freilich hat es der hohen Aufopferungsfähigkeit der deutschen Truppen bedurft, um unter der überlegenen Artilleriewirkung des Feindes, dem dank der Lieferungen Amerika sehr bald unbeschränkte Munitionsmengen zuflossen, Jahre hindurch die Stellungen zu halten, die in einer Ausdehnung von 750 km von der Kanalküste westlich an Péronne vorüber nördlich Soissons und nördlich Reims durch die Argonnen, dann Verdun umziehend südwärts und weiter an der Grenze Deutsch-Lothringens und in den Vogesen zur Schweizer Grenze verliefen. Nach den bis dahin herrschenden Anschauungen hätte in Frage kommen können, dort, wo den eigenen Truppen ein längeres Halten unter dem überwältigenden, unsere Verschanzungen zerstörenden schwersten Artillerie- und Minenwerferfeuer des Feindes grosse Opfer verursachte, ihm den Durchbruch freizugeben, um ihn diesseits der eigenen Linien durch die Reserven wieder zurückzuwerfen. Dieses Verfahren ist auf einzelnen Strecken der Front gegen durchgebrochene Teile des Feindes auch von Anbeginn vielfach mit Erfolg angewandt worden. Es auf grosse Frontstrecken auszudehnen, verbot sich jedoch bei den Deutschland zur Verfügung stehenden beschränkten artilleristischen Mitteln und vielfach fehlenden Reserven lange Zeit von selbst. Die Erfahrung lehrte ausser dem sehr bald, dass es äusserst schwer war, in der Verteidigungsfront einmal entstandene Ausbeulungen wieder auszugleichen. Dem Feinde breite Teile der Front freizugeben, um ihm alsdann auf dem von den Deutschen besetzten französischen Gebiet oder in Belgien in grosser Angriffsschlacht zu begegnen, somit die Lage auf operativem Gebiet anders zu gestalten, schien nicht angezeigt. Ein solcher Gegenangriff im Grossen hätte wiederum schnell geschaffene neue feindliche Stellungen zu überwinden gehabt. Drang er alsdann nicht durch, so lief das Verfahren mit der Zeit auf die Preisgabe immer weiterer Teile des von uns besetzt gehaltenen feindlichen Gebiets hinaus.

In das obere Elsass waren die Franzosen in der zweiten Hälfte des Monats August nochmals mit stärkeren Kräften eingefallen, bald jedoch wieder zurückgegangen. Es glückte in der Folge in den Kriegsjahren 1914 bis 1917 den nach und nach verstärkten deutschen Landwehr-Divisionen der Oberrhein-Verteidigung, unterstützt von anderen Divisionen in wechselvollen Gebirgskämpfen die Franzosen ungeachtet ihrer Überlegenheit auf ein schmales Gebiet deutschen Landes zu be-

[1]) v. Falkenhayn, Die Oberste Heeresleitung 1914—1916 in ihren wichtigsten Entschliessungen. Berlin 1920. G. S. Mittler & Sohn. S. 34, 35.

[2]) Vom Kriege. Skizzen zum VII. Buch. 21. Kapitel.

schränken, insbesondere, sie von Mülhausen fernzuhalten. Hier wie auf allen übrigen Teilen der ausgedehnten Front standen sich die Gegner in ihren mehr und mehr ausgebauten Stellungen nahe gegenüber. Es wurde von beiden Seiten an vielen Stellen zum Sappen- und Minenkriege gegriffen. Bis Mitte Dezember 1914 tasteten die Franzosen die deutschen Stellungen überall ab. Dann setzten in der Champagne zwischen Reims und den Argonnen unter starker Artillerie-Vorbereitung grosse Angriffe ein, die mit kurzen Unterbrechungen bis Mitte März 1915 fortgesetzt wurden, ohne dass ihnen in dieser Winterschlacht in der Champagne ein Erfolg beschieden war. Mitte Januar 1915 vertrieb ein wuchtiger deutscher Angriff bei Soissons die Franzosen vom nördlichen Aisne-Ufer. Während sich an vielen anderen Stellen bei der nahen Berührung mit dem Feinde dauernd kleinere Kämpfe von nur örtlicher Bedeutung abspielten, arbeiteten sich die Deutschen in den Argonnen in andauerndem zähen Buschkriege vorwärts. An die Champagne-Kämpfe schlossen sich solche zwischen Maas und Mosel, die bis in den Mai 1915 hinein andauerten. Die Franzosen versuchten hier vergeblich den über St. Mihiel hinaus vorspringenden Bogen der deutschen Front von zwei Seiten einzudrücken. Am 22. April glückte es den Deutschen auf 9 km Frontbreite die englischen Stellungen westlich Ypern wesentlich zurückzudrücken. Nur wenig besseren Erfolg als mit ihren bisherigen Angriffen hatten dagegen die Franzosen in der Anfang Mai 1915 einsetzenden und bis in den August sich hinziehenden Loretto-Schlacht nördlich Arras. Die hier von ihnen errungenen geringen örtlichen Vorteile entsprachen in keiner Weise dem Kräfteeinsatz an Menschen und Munition. Diese Abwehr spricht um so mehr für die Tüchtigkeit der deutschen Truppen als eben damals der westliche Kriegsschauplatz zugunsten der mit dem Durchbruch von Gorlice-Tarnow einsetzenden grossen Offensive gegen Russland von den hinter der Front neu aufgestellten Reserven hatte entblösst werden müssen. Im Westen standen Anfang Mai 1915 1 900 000 Deutsche gegen 2 450 000 Feinde. Durch weiteren Zuwachs bei den Gegnern, namentlich den Engländern, verschlechterte sich dieses Verhältnis im Laufe des Sommers 1915 noch weiter dahin, dass Mitte Juli nur 1 880 000 Deutsche gegen 2 830 000 Feinde standen.

Diesen Umstand nutzten diese, durch den Misserfolg der bisherigen Angriffe belehrt, Ende September zu einer gleichzeitig an zwei Stellen mit überwältigender Macht geführten Offensive aus, der tagelanges Trommelfeuer voraufgegangen war, das die deutschen Gräben nahezu völlig einebnete. In der Champagne wurden 35, im Artois 18 französische Divisionen und an diese anschliessend 13 englische Divisionen gleichzeitig zum Angriff vorgeführt. Die schwach besetzten deutschen Angriffslinien sind an beiden Stellen zum Teil überrannt worden. Es wurden aber nur Einbuchtungen erzielt. Mit Hilfe von nach und nach aus dem Osten eintreffenden Divisionen und Heranziehung solcher von den nichtangegriffenen Fronten ist es gelungen, die deutschen Stellungen überall haltbar zu gestalten. Mitte Oktober konnte die den Deutschen im Westen drohende Gefahr als beschworen gelten.

Ereignisse an der Grenze Österreich-Ungarns und Italiens 1915 bis 1917.

Die Operationen gegen Russland im Sommer 1915, die ein so gewaltiges Ausmass zeigen, hatten nur durchgeführt werden können, weil die deutsche Oberste Heeresleitung felsenfest auf die Haltbarkeit der Mauer vertraute, die sie im Westen errichtet hatte, schwach an Mitteln gegen einen gewaltig überlegenen Feind aber ungeheuer stark durch den Geist, der im deutschen Soldaten von damals lebte. Das Eingreifen Italiens in den Krieg hat dagegen der deutschen Front im Westen 1915 und 1916 keine Kräfte entzogen. Nur eine als „Alpenkorps" bezeichnete deutsche Division nahm 1915 an der Verteidigung Tirols teil und mehrere schwere deutsche Batterien traten am Isonzo auf. Die österreichisch-ungarischen Streitkräfte, die zum Schutze des Südwestgebietes der Monarchie aufgeboten werden konnten, waren anfänglich nur schwach. In Tirol schirmten die Standschützen und einige Gebirgsbrigaden den heimatlichen Boden, in Kärnten, Krain und dem Küstenlande bildeten vor der am 23. Mai 1915 erfolgenden Kriegserklärung Italiens nur 39 Bataillone Landsturmtruppen den Grenzschutz. Sie wurden gleich zu Anfang durch 7 Divisionen verstärkt, die vom serbischen und galizischen Kriegsschauplatz herangeführt wurden und denen im Verlauf des Krieges weitere gefolgt sind. Immerhin blieb dauernd ein arges Missverhältnis gegenüber den italienischen Streitkräften bestehen das nur durch die ausserordentlichen Schwierigkeiten, die

das Gebirge mit seinen überall befestigten Zugängen bot, gemildert wurde sowie durch die exzentrischen Richtungen der italienischen Operation gegen Oesterreich-Ungarn.

Die Italiener wandten sich mit ihren beiden stärksten Armeen gegen die Isonzofront, während zwei schwächere gegen Tirol zu beiden Seiten der Etsch vorgingen. Diese fassten zum Teil auf den Grenzpässen Fuss; auch gelang es den Italienern, über Karfreit vorzudringen und die Höhen des westlichen Isonzo-Ufers zu nehmen, sich der Stadt Görz und der vorspringenden Hochfläche von Doberdo auf dem linken Isonzo-Ufer zu bemächtigen, glückte ihnen jedoch nicht. Bis zum November 1915 sind dann noch drei weitere Isonzo-Schlachten geschlagen worden, in denen der von einer zahlreichen schweren Artillerie unterstützte Anprall der italienischen Massen an den österreichisch-ungarischen Felsenstellungen zerschellte. Im März 1916 in einer fünften Isonzo-Schlacht wieder aufgenommene Versuche der Italiener, sich den Weg nach Triest zu bahnen, scheiterten abermals an der glänzenden Abwehr der k. und k. Truppen. Die Lage in Galizien ermöglichte es, erhebliche Verstärkungen an die Südwestfront der Monarchie zu werfen und in Tirol eine neue Armee mit entsprechender schwerer Artillerie aufzustellen. Sie brach Mitte Mai zwischen Etsch und Brenta zum Angriff gegen die Hochfläche der Sieben Gemeinden vor. Dieser Offensive fielen die ständigen Befestigungen von Arsiero und Asiago zum Opfer. Nach anfänglich guten Fortschritten lief sie sich jedoch bald tot, da sie mit viel zu schwachen Kräften unternommen worden war, um bis in die italienische Ebene vordringen zu können. Im Juni wurden die österreichisch-ungarischen Truppen im wesentlichen in ihre Ausgangsstellungen zurückgenommen. Eine siebente Isonzo-Schlacht schaffte den Italienern Anfang August durch den Einsatz von 22 Divisionen den Besitz von Görz und der Hochfläche von Doberdo. Diesen Erfolg operativ weiter auszunutzen fehlte ihnen jedoch die Kraft. In weiteren Kämpfen machten die Angreifer Mitte September 1916 gegen den linken österreichisch-ungarischen Flügel nur einige geringe Fortschritte. Der einen Monat später wiederholte Versuch, zwischen dem Wippachtale und dem Meere durchzubrechen, scheiterte. In einer neuen Schlacht, der neunten, gelang es zwar den Italienern hier unter dem Einsatz von 16 Divisionen etwas Boden zu gewinnen, nicht jedoch einen Durchbruch zu erzielen.

Nach einer sechsmonatlichen Vorbereitung schritten die Italiener auf der ganzen Strecke von Tolmein bis zum Meere Mitte Mai 1917 zu neuen Angriffen, denen ein mehrtägiges stärkstes Trommelfeuer vorgearbeitet hatte. Die Kämpfe flauten erst Ende des Monats ab. Unter schwersten Verlusten ihrer 36 angreifenden Divisionen hatten die Italiener nur geringe örtliche Vorteile erzielt. An vielen Stellen waren die k. und k. Truppen mit Erfolg zu Gegenangriffen übergegangen. Versuche der Italiener, diesen Misserfolg an der Tiroler Front auszugleichen, brachten keine nennenswerten Ergebnisse. Am 18. August setzte ein erneuter Angriff von 48 italienischen Divisionen mit 6800 Geschützen, darunter zahlreiche schwere der Entente und Amerikas, auf 70 km Breite ein. Er scheiterte im nördlichen Teil der Isonzo-Front, südlich der Wippach aber wurde die österreichisch-ungarische Front zurückgedrückt.[2] Wenn auch selbst dieses Mal der Weg in das Innere der österreichisch-ungarischen Monarchie den Italienern noch versperrt geblieben war, so sah man bei den geschwächten Beständen des k. und k. Heeres und der ungeheuren Überlegenheit des Feindes an Material einer bevorstehenden 12. Isonzo-Schlacht bei unserem Bundesgenossen nicht ohne Sorge entgegen, und der Wunsch nach deutscher Unterstützung wurde laut. Indem sie diese gewährte, beschloss jedoch die deutsche Oberste Heeresleitung, solches nur zum Zwecke einer Offensive zu tun. Sieben deutsche Divisionen wurden in die Gegend südlich Villach geführt und traten dort mit einigen k. und k. Divisionen zu einer neuen Armee unter deutscher Führung zusammen. Am 24. durchstiess diese Armee bei Flitsch und Tolmein die italienischen Stellungen und rollte dadurch die feindliche Isonzo-Front auf. Unter schwersten Einbussen wurden die Italiener über den Tagliamento geworfen. Die österreichisch-ungarischen Armeegruppen in Kärnten und Tirol brachen gleichfalls vor. Erst hinter dem Piave, wo er Aufnahme durch eiligst herangeführte englische und französische Divisionen fand, vermochte der Feind sich zu setzen. Ein grosser Erfolg war erzielt. Die Südwestfront unserer Bundesgenossen sah sich entlastet. Eine Vernichtung der durch seine Bundesgenossen verstärkten italienischen Heeres und ein Sonderfrieden Italiens konnte nach Lage der Dinge nicht erzwungen werden. Ohnehin hatte der von Glück begünstigte Angriff bereits die Mittelmächte weiter geführt als ursprünglich hatte angenommen werden können.

Die Kriegsjahre 1916 und 1917 im Westen.

Die auf dem westlichen Kriegsschauplatz verfügbaren deutschen Streitkräfte zählten Anfang Februar 1916 etwa 400 000 Mann mehr als Mitte September 1915. Sie blieben damit den feindlichen gleichwohl noch um mehr als eine Million unterlegen. Englands neu geschaffenes Millionenheer begann jetzt in Wirksamkeit zu treten. Die Engländer lösten bis westlich St. Quentin die Franzosen ab, so dass diese in der Lage waren, sich mehr in sich zusammenzuziehen. Erneuten grossen Angriffen der Entente im Laufe des Frühjahrs und Sommers musste auf deutscher Seite entgegengesehen werden. Ihnen galt es zuvorzukommen, und so reifte der Entschluss zu einem Angriff auf Verdun, dessen vorspringende Lage eine stete Gefährdung der deutschen Verbindungen bildete. Diese Einwirkung zu beschränken, war das Ziel eines am 21. Februar einsetzenden grossen deutschen Angriffs, der überwältigende Anfangserfolge erzielte, später freilich zu einer verlustreichen Dauerschlacht im Maasgebiet führte. Immerhin betrug die Einbusse der Franzosen mehr als das Doppelte der Deutschen. Bis Mitte Juni sind über 70 französische Divisionen im Hexenkessel von Verdun zerrieben worden. Die Franzosen waren daher nicht imstande bei einer am 1. Juli beginnenden Entlastungsoffensive an der Somme den Engländern so kräftige Unterstützung zu leihen als ihnen erwünscht gewesen wäre. Ihre Lage bei Verdun nötigte ausserdem ihre Verbündeten anzugreifen bevor ihre Vorbereitungen den erstrebten Höchstgrad erreicht hatten. Die deutsche Oberste Heeresleitung wäre in der Lage gewesen, diesem Angriff wirksamer zu begegnen ohne gleichzeitig den Angriff auf Verdun aufzugeben, wenn nicht die anfänglich erfolgreiche Offensive der Russen in Ostgalizien eine Stützung des österreichisch-ungarischen Heeres durch Überführung deutscher Truppen aus dem Westen erforderlich gemacht hätte. So sind die Angriffe im Maasgebiet nach und nach eingestellt worden, und an der Somme hatten die deutschen Truppen einen überaus schweren Stand. Die Feinde führten hier ausser ihrer überlegenen Streiterzahl bis dahin noch nicht gesehene Massen von Kriegsmaterial ins Gefecht. Die gewaltige Somme-Schlacht ging mit kurzen Unterbrechungen bis in den Spätherbst hinein fort. Sie stellte die schwersten Anforderungen an die deutschen Truppen, die sich hier im offenen Gelände dem Feinde stets aufs neue wieder vorlegten. Bei ihrer geringen Zahl bestand nicht die Möglichkeit, sie so oft abzulösen und sich in Ruhequartieren erholen zu lassen, wie bei den Truppen des Feindes. Die deutsche Kampffront ist gleichwohl zwischen Bapaume und Péronne, wo sie am stärksten eingebuchtet wurde, in monatelangem Ringen nur um 10 km zurückgedrückt worden. Der beabsichtigte Durchbruch wurde dem Feinde verwehrt.

Mehr und mehr hatten sich die Grosskämpfe im Westen zu Materialschlachten gestaltet. In der Masse der aufgewandten technischen Mitteln vermochten wir es unsern Feinden nicht gleichzutun, so vor allem nicht in der Zahl der zu immer grösserer Bedeutung gelangten Flieger; erhöhte Leistungsfähigkeit musste dafür auf deutscher Seite Ersatz schaffen. Dass wir bestehen konnten, gereicht der deutschen Industrie zu unvergänglichem Ruhme. Sie hat vom Herbst 1916 an ihre Leistungen in der Durchführung des grosszügigen sogenannten Hindenburg-Programms noch vermehrt. Die durch Verluste geschwächten deutschen Verbände wurden im Winter 1916/17 neu aufgefüllt, dazu eine Anzahl neuer Divisionen errichtet. Truppen wurden ferner dadurch ausgespart, dass der westlich St. Quentin vorspringende Teil der deutschen Linien im März 1917 freiwillig geräumt und in eine rechtzeitig geschaffene, von östlich Arras annähernd geradlinig über St. Quentin zur Aisne verlaufende neue befestigte Linie, die sogenannte Siegfried-Stellung, zurückverlegt wurde. Damit wurde zugleich der Feind im Vorfühlen zu für ihn verlustreichen Kämpfen gezwungen und genötigt, erst einen neuen Artillerieaufmarsch vorzunehmen. Ein neues deutsches Kampfverfahren beweglicher Verteidigung, bei dem der eingedrungene Gegner durch Gegenstoss zurückzuwerfen war, sollte die schweren Verluste in der vorderen Stellung nach Möglichkeit vermeiden.

Erneute starke Angriffe der Entente liessen nicht lange auf sich warten. Die Engländer griffen am 9. April beiderseits Arras an, vermochten uns aber nur um wenige Kilometer zurückzudrücken. Mit überwältigender Wucht eine Woche später an der Aisne und zu beiden Seiten von Reims geführte Angriffe der Franzosen brachten ihnen nur auf beiden Flügeln ganz unbedeutende Geländegewinn. Ihre Angriffskraft war damit für den Rest des Jahres 1917 im wesentlichen er-

schöpft. Man wollte die Ankunft der Amerikaner abwarten, deren vorerst geringe Truppenzahl für 1917 noch nicht ins Gewicht fiel. Nur von Verdun aus führten die Franzosen im August überraschende Angriffe aus, die für sie erfolgreich verliefen, und zwischen Soissons und Laon glückte ihnen Ende Oktober auf schmaler Strecke ein Einbruch in die deutschen Linien. Den Engländern gelang es Anfang Juni nach voraufgegangenen mächtigen Minensprengungen ihre Stellung etwas zu erweitern. Grössere Erfolge waren ihnen und einigen französischen Divisionen östlich Ypern beschieden, wo in Kämpfen, die Ende August ihren Anfang nahmen und bis in den November hinein dauerten, ein Geländegewinn von 7 km in der Richtung auf Brügge von ihnen verzeichnet werden konnte. Ihrem Ziel, der deutschen U-Boot-Basis an der flandrischen Küste, sind sie dadurch aber nicht wesentlich näher gekommen. Am 20. November führten sie ohne vorhergegangene Artillerie-Vorbereitung einen überraschenden Vorstoss gegen Cambrai aus, der sie nahe an diese Stadt heranbrachte. Hierbei haben sich zuerst ihre Panzerkraftwagen, die „Tanks", die im folgenden Jahre zu Tausenden bei ihnen Verwendung fanden, bewährt. Der bei Cambrai von den Engländern erzielte Geländegewinn ist ihnen wenige Tage darauf wieder durch einen kräftigen deutschen Gegenangriff entrissen worden.

Im Ganzen konnte das deutsche Westheer auf das Jahr 1917 als auf ein solches opfervoller aber erfolgreicher Abwehr zurückblicken. Die Gestaltung der Verhältnisse in Russland liess erhoffen, dass im Kriegsjahre 1918 endlich ein Gleichgewicht der Kräfte im Westen eintreten würde.

---

12. Abschnitt.

Der Krieg gegen Russland bis zum Frieden von Brest Litowsk.

Von **Hermann Giehrl,**
Major im Generalstab, Berlin.

Literatur:

Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen". Mittler u. Sohn, Berlin. — v. Falkenhayn, „Die Oberste Heeresleitung 1914—16 in ihren wichtigsten Entschliessungen". Mittler u. Sohn, Berlin. — Stegemann, „Geschichte des Krieges". 1.—3. Band. Deutsche Verlagsanstalt. Stuttgart u. Berlin. — v. Morgen, „Meiner Truppen Heldenkämpfe". Mittler u. Sohn, Berlin. — Sammlung „Der grosse Krieg in Einzeldarstellungen". Herausgegeben im Auftrage des Generalstabes des Feldheeres. Verlag Stalling, Oldenburg. — Kriegsberichte aus dem Grossen Hauptquartier. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart u. Berlin. — von Kuhl, „Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung der Operationen". — von Stephany, „Mit Hindenburg bei Tannenberg". Verlag Eisenschmidt, Berlin. — Niemann, „Tannenberg". Verlag Mittler u. Sohn, Berlin.

Als sich in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn in den Weltkrieg verstrickt sahen, standen ihnen in dem bevorstehenden Zweifrontenkriege zunächst Russland und Serbien im Osten, Frankreich, England und Belgien im Westen als Feinde gegenüber. Der Kriegsplan der Mittelmächte war: unter Ausnutzung der erwarteten langsameren Kriegsbereitschaft Russlands die Masse des deutschen Heeres nach dem Westen überzuführen, dort eine schnelle und durchschlagende Waffenentscheidung herbeizuführen und sich alsdann mit dem Schwergewicht der vereinigten Heere dem russischen Gegner zuzuwenden. Bis dies geschehen konnte — General von Moltke rechnete mit einem Zeitraum von etwa 4 Wochen — hatte der öster-

reichisch-ungarische Bundesgenosse die Hauptlast des Kampfes gegenüber den Russen zu tragen: ihm fiel im wesentlichen die Deckung der Heimat der Mittelmächte gegen feindlichen Einbruch zu; Oesterreich führte ausserdem selbständig unter General Potiorek, dem Landeschef von Bosnien und der Herzegowina, angriffsweise den Kampf mit Serbien durch.

An deutschen Truppen waren unter dem Oberbefehle des Generalobersten von Prittwitz neben Landwehr und Landsturm nur 4½ Armeekorps und eine Kavalleriedivision im Osten verblieben, die die deutschen Lande östlich der Weichsel gegen russischen Einfall zu decken und mit dem österreich-ungarischen Bundesgenossen gemeinsam zu handeln hatten. Bei der Schwäche der deutschen Osttruppen war zunächst an eine gemeinsame deutsch-österreichische Operation nicht zu denken: nur das in Schlesien aufgestellte deutsche Landwehrkorps unter General von Woyrsch war von vornherein zu unmittelbarster Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bundesgenossen bestimmt: es eilte aus seinen schlesischen Aufmarschräumen dem linken österreichischen Heeresflügel zu, um sich mit diesem zu vereinigen. Ein gemeinsamer deutsch-österreichischer Oberbefehl fehlte auf der Ostfront.

Trotz der nur geringen Heeresstärke von 750 000 Mann, welche die Doppelmonarchie zunächst gegen Russland aufzubieten vermochte, entschloss sich die oberste k. und k. Heeresleitung unter General von Conrad als Generalstabschef und Erzherzog Friedrich als Oberbefehlshaber, die Aufgabe der Fesselung der russischen Hauptstreitkräfte offensiv zu lösen. Hierzu marschierte das k. und k. Heer vorwärts der Festung Przemysl in Galizien auf, wobei sich der starke linke Flügel an der russisch-galizischen Grenze an die Weichsel anlehnte. Von Krakau her deckte eine gemischte Heeresabteilung unter General von Kummer die linke Heeresflanke. Zu dieser zumeist aus Kavallerie und Landsturm bestehenden Armeegruppe suchte das deutsche Landwehrkorps Anschluss.

Der Versammlung des k. und k. Heeres lag der Gedanke einer Offensive mit linkem Flügel (4. und 1. Armee, erstere unter General von Auffenberg aus dem Raume von Jaroslau, letztere unter General Dankl vom unteren San her) zugrunde, während der schwächer gehaltene rechte Flügel (Armeegruppe Kövess in der Bukowina, 2. Armee Böhm-Ermolli am mittleren Dnjestr und 3. Armee Brudermann im Raume von Lemberg) zunächst um so mehr auf Verteidigung angewiesen war, als die ursprünglich gegen Serbien bereitgestellte k. und k. 2. Armee bei der geringen Leistungsfähigkeit des ungarisch-galizischen Bahnnetzes nur langsam und allmählich ihr neues Aufmarschgebiet erreichen konnte.

Russland versammelte von seinen zunächst aufgebotenen 8 Armeen fünf — also die Hauptmasse — gegen Oesterreich und liess diese zwischen Dnjestr und Weichsel, etwa gleichlaufend zu der österreichischen Front, aber mit Schwergewicht auf dem östlichen Flügel aufmarschieren. Dies waren die Armeen der Südostfront. Eine selbständige Heeresgruppe — die Nordostfront — bestehend aus zunächst zwei Armeen, denen aber sehr bald namhafte Teile der zunächst bei Brest-Litowsk zurückgehaltenen Zentral- oder Reservearmee sowie eine ganze Anzahl von Divisionen zweiter Linie zugeführt wurden, war zum Angriffe auf Ostpreussen bestimmt. Hier führten die Generale Rennenkampf (östliche Njemenarmee) und Ssamsonow (südliche oder Narewarmee) den Oberbefehl, während wir auf der gegen Oesterreich gerichteten Front die Generale Everth, Plehwe, Russky und Iwanow befehligen sehen und die zielbewusste, brutale und willensstarke Persönlichkeit des Grossfürsten Nikolai Nikolajewitsch den gemeinsamen Oberbefehl führte.

Obwohl das militärische Schwergewicht Russlands zweifellos gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet war, so entwickelte sich doch sehr bald der ostpreussische Kriegsschauplatz zu einer die Rolle eines Nebenkriegsschauplatzes weit überragenden Bedeutung. Dem Drucke seines durch den schnellen gewaltigen deutschen Vormarsch schwer bedrängten französischen Bundesgenossen dürfte Russland schon sehr frühzeitig nachgegeben und diesem Drängen durch Umänderungen in seinem ursprünglichen Aufmarsche, vor allem durch entsprechende Verwendung seiner Zentralarmee und durch die gleichfalls schon erwähnte Zuführung aller verfügbaren Reserveformationen nach Ostpreussen Rechnung getragen haben.

So sah sich das kleine deutsche Ostheer schon am 20. August, d. h. an jenem Tage, an dem die österreichischen Armeen aufzuschliessen begannen, um wenige Tage später zum Angriff anzu-

treten, in eine recht schwierige Lage versetzt, es vermochte den bis zum September auf etwa 750 000 Mann ansteigenden russischen Kräften zunächst nur etwa 200 000 Mann entgegen zu stellen. Trotz dieses ungünstigen Zahlenverhältnisses, das damals freilich dem Generalobersten von Prittwitz nur annähernd bekannt war, hatte sich der deutsche Oberbefehlshaber zum Angriffe gegen die nördliche der beiden auf Ostpreussen operierenden feindlichen Armeen entschlossen. Dieser Angriff führte am 20. August zur Schlacht von Gawaiten-Gumbinnen, in der beide Teile gewisse Erfolge errangen, die aber schliesslich als russischer Erfolg gebucht werden muss, weil der deutsche Führer — allerdings aus eigenem Entschluss — die noch unentschiedene Schlacht auf die Nachricht vom Anmarsche der russischen Narewarmee gegen Flanke und Rücken des deutschen Ostheeres abbrechen liess, ja sogar zunächst den Rückmarsch des deutschen Heeres bis hinter die Weichsel für notwendig hielt. Liess sich dieser schwerwiegende Entschluss zwar durch die Plötzlichkeit des Auftauchens jener Narewarmee bis zu einem gewissen Grade erklären, so mussten seine Folgen, die zur Preisgabe einer der blühendsten preussischen Provinzen führte, die deutsche Oberste Heeresleitung vor schwerwiegende Entschlüsse stellen. Man entschloss sich zu einer ganzen Massregel, nämlich zur Abberufung des deutschen Oberbefehlshabers im Osten und seines Generalstabschefs und entsandte auf Vorschlag des Generals von Moltke jene neuen Männer nach dem Osten, deren Namen mit dem kaum begonnenen Weltkriege von nun ab unzertrennbar verflochten bleiben sollten, von denen der Name des einen bisher in keiner Weise hervorgetreten war, während jener des anderen schon einmal hellaufgeleuchtet hatte, als es galt, dem durch die Festung Lüttich gesperrten deutschen Vormarsche freie Bahn zu schaffen. Hindenburg und Ludendorff sind jene beiden Männer, die vor allem im Osten dem Kriege ihr Gepräge gegeben haben, und die wohl auch mit Recht als die eigentlichen Bezwinger des zaristischen Russland angesehen werden können.

Es war keine einfache Lage, welche der neue Oberbefehlshaber im Osten vorfand, als er am 22. August in Marienburg den Oberbefehl übernahm. Deutlich zeichneten sich die beiden russischen Armeen ab, die in auffallend langsamen Märschen ihrer Vereinigung zustrebten, der sich zunächst nur die grosse Seengruppe Masurens als störendes Hindernis in den Weg stellte. Der deutsche Führer musste schnell zugreifen, scharf mit Raum und Zeit rechnen, um das feindliche Vorhaben gerade noch rechtzeitig vereiteln zu können. Zwar hatte das deutsche kleine Heer noch auf Befehl seines ersten Oberbefehlshabers den Marsch hinter und zur Weichsel eingestellt; schon waren Bewegungen im Gange, die angriffsweises Verfahren gegen die Narewarmee vorsahen: aber alle diese Massnahmen genügten jetzt nicht mehr, um die schwierig gewordene Lage von Grund zu sanieren, um Ostpreussen zu retten und — strategisch betrachtet — der russischen Heerführung keine operative Einwirkung auf Flanke und Rücken des gerade im Angriff auf Krasnik und Lublin begriffenen verbündeten Heeres zu gestatten. Wo solche Perspektiven winkten, also der glückliche Ausgang des Krieges im Osten bereits in Frage gestellt werden konnte, da galten nur ganz grosse geniale Entschlüsse und ein zäher, eiserner Wille, der allen Schwierigkeiten zum Trotz sich durchsetzte und alle entgegenstehenden Reibungen und Bedenken meisterte. Die Aufrechterhaltung der Trennung der beiden feindlichen Armeen und die Vernichtung der einen, während die andere abgehalten wurde, das war das Leitmotiv zur Schlacht von Tannenberg. Freilich gehörten zur Durchführung dieser Gedanken nicht nur Geist und Wille deutscher Führung, sondern auch eine feindliche Leitung, die die Verwirklichung der deutschen Absichten zuliess. General Rennenkampf, der Führer der Njemenarmee, hat dem General von Hindenburg seine Aufgabe ganz erheblich erleichtert, ja eigentlich erst möglich gemacht dadurch, dass er mit seinem Heere und den diesem nachströmenden Reservedivisionen stehen blieb. Rennenkampf hatte starr den Blick auf die Festung Königsberg gerichtet, in die hinein er das deutsche Ostheer verschwinden sah, während es sich tatsächlich in Gewaltmärschen anschickte, die Narewarmee auf beiden Flügeln anzufallen, ihre Flanken einzudrücken, sie dann zusammenzupressen, einem eisernen Ringe gleich von allen Seiten zu umschliessen, sie zu schütteln und zu entkräften, bis sie, die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage erkennend nach fünftägigem verzweifelten Ringen die Waffen streckte. Der russische Oberbefehlshaber, General Ssamsonow, der die ihm angetane Schmach nicht überleben wollte, erschoss sich, zwei seiner kommandierenden Generale gerieten mit 92 000 Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft und die schweigenden Wälder und Gefilde von Tannenberg, Gilgenburg, Neidenburg und Hohenstein

bargen eine Beute an Kriegsmaterial, wie es die Welt bisher noch auf keinem Schlachtfelde der Geschichte gesehen hatte.

Welche Sorgen und Mühen diesem gewaltigen Ergebnisse vorangegangen waren, welche Reibungen sich der Durchführung des Schlachtgedankens täglich in den Weg gestellt hatten bis das glänzende Ergebnis erstritten war, das zu schildern ist hier nicht der Raum. Aber leicht und mühelos ist trotz manchem glücklichen Begleitumstande der Sieg von Tannenberg der deutschen Führung nicht gemacht worden. Tannenberg war aber nicht nur ein Triumph der deutschen Führung, sondern gleichzeitig auch ein glänzendes Zeugnis deutscher Truppenleistung. Aber nicht nur der deutsche Generalstab, die deutschen Offiziere und Soldaten haben jenen grossen Sieg erfochten. Auch die deutschen Strassen und Eisenbahnen, deutsche Telegraphen und Telephone, deutsche Flugzeuge und Kraftwagen, nicht zuletzt Krupp'sche schwere Geschütze, kurzum deutsche Technik und Kultur haben gesiegt über das kulturärmere Russland. Bei Tannenberg ist Russland endgültig aufs Haupt geschlagen worden. Mehr als zwei Jahre lang vermochte es dank der Tapferkeit seiner Truppen zwar noch Widerstand zu leisten; aber der Glaube an Russlands Sieg über Deutschland, der ist durch Tannenberg endgültig begraben worden.

Trotz allem konnten sich die Verbündeten nicht ganzen Herzens des gewaltigen Erfolgs freuen: denn dunkle Schatten waren es, die von Polen her heraufzogen und die lachende Herbstsonne, die über den Gefilden Tannenbergs und seinen glitzernden Seen gelegen hatte, verdunkelten.

Österreichs Offensivarmeen hatten bei Krasnik und Lublin zwar schöne Siege erfochten, die allerdings mit ungeheuren Blutopfern erkauft waren, aber der Sieg liess sich nicht halten, weil inzwischen der entgegengesetzte rechte Heeresflügel unglücklich gefochten hatte. Statt defensiv zu bleiben, hatte General Brudermann, soweit bisher bekannt, aus eigener Entschliessung und auf eigene Verantwortung, aus dem Raume von Lemberg gleichfalls die Offensive ergriffen, bis die schwachen Kräfte seiner 3. Armee von den überlegenen Massen des starken linken russischen Heeresflügels umstrickt wurden. Es gelang den Russen hier die österreichische Mitte zu durchstossen und dadurch alle Erfolge zunichte zu machen, die bisher der linke Flügel des k. u. k. Heeres erfochten hatte. Nur durch ganz kühne Entschlüsse wie durch das Unternehmen, eine ganze Armee (Auffenberg) kehrt machen zu lassen, gelang es General Conrad von Hoetzendorff den russischen Stoss noch aufzufangen und die Armeen des linken Flügels hinter den San zurückzunehmen, bevor der Russe seinen Stoss nach Nordwesten fortsetzen konnte.

Während sich um die Wende der Monate August und September allmählich diese Ereignisse vollzogen, hatte General von Hindenburg seine Streitkräfte nunmehr auch zum Angriffe gegen die Armee Rennenkampfs bereitgestellt, und anfangs September mit starkem rechten Flügel jene Bewegungen eingeleitet, die als Sommerschlacht von Masuren bekannt geworden und nichts anderes sind, als der zweite und Schlussteil des gewaltigen Dramas von Tannenberg. Zu dieser in der ersten Hälfte des Monats September durchgeführten Operation verfügte der deutsche Oberbefehlshaber des Ostens schon über zwei weitere Armeekorps, die damals gerade vom westlichen Kriegsschauplatze eingetroffen waren. Leider waren sie dem entscheidenden Stossflügel des Westheeres zu einem Zeitpunkte entnommen, wo der deutsche Angriff im Westen eher einer Verstärkung bedurft als eine Schwächung vertragen hätte, wie die Ereignisse an der Marne bald nur zu deutlich lehren sollten.

Aber die schwierige Lage im Osten — Tannenberg war im Augenblick des Befehls zum Abtransporte noch nicht geschlagen — und die den Oesterreichern zugesagten deutschen Verstärkungen haben den General von Moltke damals zu jenem Abgeben aus dem Westen veranlasst, die für die Masurenschlacht zwar ein willkommener Zuwachs an Kraft aber keine Siegbedingung waren; denn Rennenkampf nahm nicht wie Ssamsonow die ihm angetragene Schlacht an, entzog sich ihr vielmehr unter gewaltigen Opfern an Gefangenen und Kriegsmaterial aller Art und führte die Reste der ihm noch verbleibenden Truppen auf russischem Boden zurück. Ostpreussen war vom Feinde frei. Deutsche Truppen verfolgten bis zum Njemen, deutsche Kanonen donnerten bald vor der starken Narewfeste Ossowiec.

Die Lage des k. und k. Heeres, das seinen Rückmarsch vom San bis zum Dunajec, etwa in einer Tiefe von sechs Tagmärschen fortgesetzt, Galizien also dem Feinde bis auf die nun einge-

schlossene Festung Przemysl überlassen hatte, bedurfte jetzt dringend deutscher Unterstützung. Die deutschen Operationen im Raume von Suwalki mussten daher eingestellt werden, und obwohl der Russe eine neue, hauptsächlich aus sibirischen und kaukasischen Truppen zusammengesetzte Armee in Richtung auf Ostpreussen durch die Wälder von Augustow heranführte, musste die Deckung Ostpreussens schwachen Teilen der zur 8. Armee zusammengesetzten Verbände übertragen werden, die langsam auf die Angerapp zurückwichen, während die Masse der verfügbaren Truppen als 9. Armee nach Schlesien abtransportiert wurde, um an den linken Flügel des k. und k. Heeres zu eilen und diesem unmittelbare Entlastung zu bringen. Hindenburg führte Ende September seine 9. Armee aus Schlesien durch Südpolen in Richtung auf Iwangorod vor; die Oesterreicher schlossen sich wenige Tage später dem deutschen Vorgehen an in der Absicht, Przemysl zu entsetzen und die Sanlinie wieder zu gewinnen. Beides wurde erreicht, aber der Grossfürst Nikolai Nikolajewitsch erwies sich als geschickter Gegenspieler und setzte die Massen seiner ihm jetzt auch aus Sibirien, Kaukasien und Turkestan zuströmenden Reserven zu einer grosszügigen umfassenden Bewegung auf und über Warschau an, um die deutsche 9. Armee zu zerschmettern. Wollte man diese nicht der Vernichtung preisgeben, so blieb bei dem augenblicklichen Stärkeverhältnisse und dem Mangel an deutschen Reserven nichts anderes übrig als die 9. Armee, deren rechter Flügel zusammen mit der Armee Dankl die mittlere Weichsel beinahe erreicht hatte, nunmehr vor der drohenden Umfassung zurückzunehmen. Dieser Bewegung mussten sich auch die k. und k. Armeen anpassen, so dass Przemysl zum zweiten Male seinem Schicksal überlassen werden musste.

Der Grossfürst triumphierte. Ganz Galizien und der grösste Teil von Polen lag Ende Oktober zu seinen Füssen. Jetzt schien der von den Franzosen und Engländern so sehr ersehnte Moment gekommen, wo die russischen Millionenheere zum Vormarsch gegen das Herz Deutschlands angesetzt werden konnten. Schlesien sollte zittern; dort räumte man freilich schon das Grenzgebiet von allen entbehrlichen Viehbeständen und die wehrfähigen Einwohner wurden in weiter westlich gelegene Depots zurückgebracht. Aber der Grossfürst irrte sich, wenn er das Spiel schon gewonnen glaubte. In einem gewaltigen Marsche wurde die deutsche 9. Armee von der Weichsel auf Schlesien zurückgenommen, der Rückzug planmässig und in mustergültiger Ordnung durchgeführt. Gründliche Zerstörungen aller Eisenbahnanlagen sorgten dafür, dass der Russe nicht sogleich zu folgen vermochte. Die österreichischen Armeen setzten anschliessend ihren Rückzug zu beiden Seiten der Weichsel beinahe bis in Höhe von Krakau mit dem rechten Flügel bis in die Karpathen fort.

Aber der aufgezwungene Rückzug sollte nicht mit der Defensive der Verbündeten enden. Die Masse der deutschen 9. Armee wurde vielmehr, in Schlesien angelangt, auf die Eisenbahn gesetzt und nach der Gegend von Thorn abtransportiert. Dort wurde sie durch Abgaben von der 8. Armee und aus dem Westen gekommene Divisionen verstärkt und erneut zur Offensive bereitgestellt, welche die Flanke des russischen Heereskolosses treffen sollte, der sich von Warschau her in ununterbrochener südlich anschliessender Front quer durch Polen in Richtung auf Schlesien aufgebaut hatte. Schlesien selbst war zunächst nur durch Landwehr und Landsturm geschützt; aus den Karpathen herangeholte österreichisch-ungarische Truppen übernahmen aber alsbald in grösserer Stärke (k. und k. 2. Armee) den unmittelbaren Schutz der deutschen Provinz Schlesien und der an diese anschliessenden österreichischen Heimat.

Der am 1. November zum Oberbefehlshaber Ost ernannte Generaloberst von Hindenburg schlug im Kaiserschloss zu Posen sein Hauptquartier auf. Der Russe ballte nicht nur seine Hauptkräfte zum Angriff auf Schlesien zusammen, sondern griff vorher noch die auf die Angerapp zurückweichende 8. deutsche Armee in Ostpreussen und den bei Mlawa stehenden deutschen Flankenschutz an. In schweren Kämpfen behauptete sich die 8. Armee und jener auf Neidenburg ausweichende Flankenschutz; am 10. November stand dann die 9. Armee zum Vormarsche bereit. Mit der Masse in Richtung auf Kutno, mit linkem Flügel längs der Weichsel vorgehend durchstiess sie zunächst den zwischen diesem Strome und der Warthe aufgebauten russischen Flankenschutz (1. Armee) und zwang nach Zertrümmerung dieser das mit Front nach Westen aufgebaute und nunmehr auf Schlesien zu in Bewegung gesetzte feindliche Hauptheer, dessen Heereskavallerie schon bis zur Grenzstadt Kalisch streifte, Halt zu machen und seine Front gegen den deutschen Angriff einzu-

drehen. Nikolai Nikolajewitsch war jetzt trotz seiner mehrfachen Überlegenheit gezwungen, das Gesetz vom Gegner anzunehmen. Nur schwer gelang es dem überraschten russischen Heerführer, bei Lodz eine neue Schlachtfront aus seinen stark durcheinandergeratenen Heeren aufzubauen. Aber russische Tapferkeit und eisener Führerwille vermochten dies Ziel doch noch zu erreichen. In allzukühnem Vorgehen südlich um die von den Russen zäh verteidigte Stadt Lodz herum suchte der linke Flügel der deutschen 9. Armee (XXV. Reserverkorps und 3. Gardedivision) dem feindlichen Flügel den Rückzug abzuschneiden. Der Versuch misslang aus Mangel an überschiessender eigener Kraft und bei dauerndem Zustrome russischer Verstärkungen. So gerieten namhafte deutsche Teile südlich Lodz in eine geradezu verzweifelte Lage. Von allen Seiten vom Feinde eingeschlossen war dieser seines Sieges schon so gewiss, dass der Grossfürst Eisenbahnzüge zum Abtransport der zu erwartenden deutschen Gefangenen bereitstellen liess. Aber deutsche Tatkraft und deutscher Siegeswille fanden einen Ausweg selbst aus der scheinbar hoffnungslosen Lage. Die eingeschlossenen Teile durchbrachen in der Nacht vom 24./25. November bei Brszesiny den eisernen Ring und machten dabei noch 10 000 Gefangene sowie eine Beute von etwa 50 Geschützen.

Die Schlacht, die sich, genährt auf beiden Seiten durch frisch zuströmende Reserven, noch bis in den Dezember hinein fortsetzte, wurde nicht bis zur Entscheidung durchgekämpft. Die beiderseitige Erschöpfung machte ihr vielmehr ein Ende. Die russische Front behauptete sich nach der Räumung von Lodz schliesslich hinter den vielgenannten Flüssen Bshura, Rawka, Pilica, Nida und Dunajec, d. h. in einem grossen Brückenkopf westlich von Warschau und südlich anschliessend bis in die Gegend von Kielce und zu den Karpathen. Zu einer österreichischen Offensive grösseren Stils kam es nicht mehr: aber bei Limanova in Westgalizien gelang es Conrad von Hoetzendorff vom 3.—14. Dezember einen grossen Erfolg des k. und k. Heeres herbeizuführen. Dagegen misslangen alle Versuche von den Karpathen aus wieder Raum nach vorwärts zu gewinnen. Der rechte österreichische Flügel blieb dauernd in das Waldgebirge zurückgedrückt.

Die Bedeutung der grossen Schlacht in Polen im November/Dezember ist in dem endgültigen Scheitern einer grossangelegten russischen Offensive nach Deutschland hinein zu suchen. Die Hoffnung der Entente, in dem grossen Völkerringen von dem russischen Heere die Hauptentscheidung des Kampfes zu erwarten, war misslungen. Frankreich sah sich jetzt gezwungen, seine ganze Hoffnung auf England zu setzen, das im Begriffe stand, seine Kitchenerheere aufzustellen.

Während noch die Kämpfe in Polen in vollem Gange waren, hatte sich der F e l d z u g der Österreicher gegen S e r b i e n zu ungunsten der ersteren entschieden. Nach siegreichen Kämpfen seiner beiden Armeen an der Kolubara und bei Valjewo hatte Feldzeugmeister Potiorek trotz aller Schwierigkeiten des Geländes und Nachschubs und trotz äusserster Überanstrengung seiner Truppen den Angriff fortgesetzt. Während General Frank um die Wende der Monate November und Dezember mit der nördlichen Angriffsgruppe sich Belgrads bemächtigte, hatten die Serben alle noch verfügbaren Kräfte zu einem Gegenangriff auf die unter Potiorek kämpfende österreichische Südgruppe zusammengefasst und diese geschlagen. Der Niederlage folgte der Rückzug des k. und k. Heeres über Save und Donau, bis es ungarischen Boden erreicht hatte. Zum Glück hatten die Serben nicht mehr die Kraft, den Österreichern zu folgen, und so begnügten sich die Sieger mit der Säuberung ihres Vaterlandes vom Feinde, der auch Belgrad wiederum aufgeben musste.

Diese Erfolge des serbischen Heeres konnten auf den Grossfürsten Nikolai Nikolajewitsch nicht ohne Wirkung bleiben. Hatte er seine grosse Offensive auf Schlesien auch einstellen müssen, so hatte er doch Menschen und Willen genug, um nach wie vor im Angriffe zu verharren. Er suchte sich für diesen die schwachen Stellen der feindlichen Fronten in der Südflanke Ostpreussens und in den Karpathen, während er sich in der Mitte auf der eigentlich polnischen Front im allgemeinen defensiv verhielt.

Im Dezember begann der russische Sturmlauf gegen die Karpathen, um diese Torwacht Ungarns einzudrücken und die russische Sturmflut über die reichen Gefilde Ungarns ergiessen zu lassen. Die an Zahl schwachen Österreicher hatten keinen leichten Stand. Ende Oktober schon hatte General Pflanzer zum zweiten Male die Bukowina räumen müssen, im Dezember begann dann der russische Ansturm auf die Karpathenpässe. Nicht weniger als 3 Armeen beteiligten sich russischerseits an diesen Kämpfen. Die 11. Armee umschloss gleichzeitig die Festung Przemysl.

Die Mehrzahl der Karpathenpässe fiel in russische Hand, schon stand der Feind in breiter Front auf ungarischem Boden und richtete seine begehrlichen Blicke von den verschneiten Waldhöhen nach der magyarischen Tiefebene.

General von Conrad glaubte — mit Recht — die um die Jahreswende schon recht schwierig gewordene Lage seines Heeres durch Angriff nicht nur wieder herzustellen, sondern durch eine grosszügige Offensive auch den Entsatz der Festung Przemyl bewirken zu müssen. Da die eigenen Kräfte zur Lösung dieser doppelten Aufgabe nicht ausreichten, wurde deutsche Unterstützung erbeten und diese in Gestalt mehrerer Divisionen unter General von Linsingen gewährt. Mit den k. und k. Hauptkräften sollte zwischen Uschoker und Duklapass der Hauptstoss auf Przemysl geführt werden, dem die erwähnten deutschen Truppen mit österreichischen vermischt unter dem Namen deutsche Südarmee als rechte Flankenstaffel folgen sollten. Gleichzeitig hatte auch General Pflanzer erneut zum Angriffe auf die Bukowina anzutreten. Der Angriff der Verbündeten begann am 24. Januar und verfolgte vom Standpunkte der grossen Operation auch noch den weiteren Zweck, hier auf dem Südflügel der Ostfront starke russische Kräfte zu fesseln, während andere deutsche Kräfte kurze Wochen später zu einem grossangelegten Angriffe auf dem entgegengesetzten Flügel in Ostpreussen schreiten würden.

Der Angriff der Verbündeten in den Karpathen wurde ganz erheblich erschwert durch das Ende Januar einsetzende harte Winterwetter mit tiefem Schnee und starkem Froste. Bei solchen Schwierigkeiten gelang es zwar, die Russen ein beträchtliches Stück zurückzuwerfen und sie vom ungarischen Boden zu vertreiben. General Pflanzer gewann auch die Bukowina wieder, aber zum Hinabsteigen aus den Karpathen und zum Entsatze Przemysls sollte es nicht kommen. Die Russen setzten vielmehr auch ihrerseits zum Angriffe an. Das unentschiedene Ringen erfüllte den ganzen Winter.

Wie sehr hatte einst die Schlacht von Kesselsdorf die Bewunderung Europas auf sich gezogen, als Leopold von Dessau am 15. Dezember zum Angriffe geschritten war. Dieser Angriff bei Eis und Schnee war aber selbst zur Zeit Friedrich des Grossen eine Seltenheit, denn Winterquartiere waren damals die Regel. Schon der erste Kriegswinter des Weltkrieges sollte zeigen, dass die Erfordernisse des modernen Krieges ins Ungeheure gewachsen waren.

Nicht nur in den Karpathen liess sich der Mensch von den Gewalten der Natur nicht einschüchtern, auch in Ostpreussen setzte im Februar eine gewaltige Angriffshandlung ein. Der Winter war auch auf der Nordfront bisher schon recht unruhig verlaufen. Nach vergeblichen Russenstürmen im Dezember an der Pilica setzte der Grossfürst im Januar bei Prasznycz mit neuen Angriffen ein. Hier und bei Mlawa zogen sich die winterlichen Kämpfe über lange Wochen hin, auch gegen den äussersten Nordflügel der Deutschen plante der Grossfürst einen grossen Angriff. Hier kam ihm jedoch die deutsche Führung zuvor.

Ganz unbemerkt von den russischen Spionen war Ende Januar eine neue deutsche Armee, teils aus Neuformationen, teils aus Westtruppen bestehend, in Ostpreussen unter General v. Eichhorn als 10. Armee zusammengezogen worden. Zusammen mit der 8. Armee schritt der inzwischen zum Generalfeldmarschall ernannte General von Hindenburg anfangs Februar zum doppeltumfassenden Angriff auf den russischen Nordflügel (10. Armee unter General Sievers). Gleichzeitig wurde die einer russischen Bedrohung stark ausgesetzte ostpreussische Südfront entsprechend verstärkt.

„Am 5. Februar erhob sich in Livland ein gewaltiger Schneesturm und fegte mit Brausen und Klirren durch Kurland und Masuren und die Urwälder von Suwalki. Die letzten Wegspuren wurden überstäubt von feinem Pulverschnee, der sich in alle Ritzen frass und gleich breiten Brandungsschauern über die eingeschneiten masurischen Felder und Seen dahinfuhr. Die Paprother Berge (bei Lötzen) wurden mit weissen Tüchern zugedeckt, im Johannisburger Forst klirrte brechendes Geäst, und über die Heidelandschaft zwischen Pillkallen und Goldap tanzten Schneewirbel von den russischen Linien zur Angerapp hinüber, als schritten auf der begrabenen Walstatt Gespenster zum Totentanz".[1])

[1]) Aus Stegemann, Geschichte des Krieges. 2. Band. S. 457.

Dies war die Stimmung, die anfangs Februar über Ostpreussen lag. Am 7. Februar trat der zur Umfassung des feindlichen linken Flügels bestimmte Südflügel der 8. Armee (XXXX. Res.Kps. Litzmann) durch die Johannisburger Heide den Vormarsch an. Tags darauf folgte die Masse der 8. Armee und aus der Gegend von Tilsit die zum umfassenden Hauptangriffe gegen den russischen Nordflügel bestimmte 10. Armee. Nachdem die ersten feindlichen Stellungen im Sturm genommen waren, erfolgte der Vormarsch dieser Armee mit linkem Flügel auf Wladislawow-Marjampol, während der rechte auf Stallupönen vorging. Die Russen traten den allgemeinen Rückzug auf Grodno an. Die deutschen Truppen folgten kämpfend in Gewaltmärschen ohne Küchen, ohne Munitionswagen, ohne Telegraphen- und Funkerwagen, nur mit Maschinengewehren, von Menschenhand auf Schlitten gezogen und nur mit vereinzelten von 6—8 Pferden bespannten Geschützen. Alles Andere hatte bei dem anhaltenden Schneesturm und infolgedessen stärkster Verwehungen zurückgelassen werden müssen. Da alle Verkehrsmittel versagten, überbrachten Flieger, in 50 m Höhe bei Schneesturm fliegend, den Flügelkorps die Befehle des Armeeoberkommandos. Hatte der linke Flügel mehr mit Naturgewalten als mit dem Feinde zu kämpfen, so leistete dieser gegenüber der 8. Armee bei Lyck und Rajgrod bald äusserst hartnäckigen Widerstand. Das tapfere III. sibirische Armeekorps, eine Elitetruppe, war es, das in den Engen sich bei den genannten Städten so zähe und tapfer schlug, dass der rechte deutsche Flügel nicht mit der erwünschten Schnelligkeit, vielmehr nur Schritt um Schritt vorwärts kam, so dass der feindlichen Armee der Rückzug durch den Forst von Augustow nicht ganz verlegt werden konnte. Zwar fiel Augustow in der Nacht vom 16./17. Februar und die deutsche 10. Armee nahm am 14. Februar Sejny, am 15. Suwalki. Trotz einer Gefangenenzahl, die jetzt schon mehrere 10 000 betrug, entkam aber doch die Masse des Russenheeres in den ungeheuren Forst und erkämpfte sich mit Gepäck, Geschütz, Ross und Reiter in echt russischer Gewandtheit, Zähigkeit und Tapferkeit den Durchmarsch ohne gebahnte Strassen durch den verschneiten und vereisten Hochwald. Bei Makarze gelang es den Russen sogar eine deutsche Vorhut zu überfallen und zu vernichten: aber das Verhängnis nahte trotz allem für die russische Armee, als eine deutsche Kolonne ohne Rücksicht auf die Anwesenheit der Festung Grodno nördlich und östlich um den Forst herumging und sich im Rücken gegen die Festung dem russischen Rückzuge vorlegte. So schloss sich dann der Ring um die feindliche Armee, der dann alle Tapferkeit bei den versuchten Durchbrüchen nichts half, um das Schicksal der Gefangennahme abzuwenden, das sich am 21. Februar vollzog trotz kraftvoller Ausfallsversuche russischer Verstärkungen auch aus der Festung Grodno heraus. In schier verzweifelter Lage stand hier das XXI. deutsche Armeekorps teils mit Front nach Osten gegen die Festung Grodno und den Ausfalltruppen teils mit Front nach Westen gegen die eingeschlossenen Russenarmee. Fabelhafte Beute barg der Wald — die russische 10. Armee war vernichtet; über 100 000 Mann gefangen. Aber zu der erhofften grossen operativen Auswirkung sollte die Winterschlacht nicht führen. Der Russe leistete am Bobr verzweifelten Widerstand. Der Übergang gelang deutscherseits nicht, und schon führte der Grossfürst Nikolai vom Narew her gegen die lange Flanke der Südgrenze West- und Ostpreussens schwere Gegenangriffe, zu der auch die russische Garde herangeführt wurde. Um diese Angriffe abzuwehren, mussten auch von der deutschen 8. und 10. Armee Kräfte freigemacht werden. Zu besonders schweren Kämpfen kam es am 22. und 27. Februar bei Prasznycz, und zwischen Mlawa und Chorzele setzte der Russe bis in die ersten Märztage hinein seine Angriffe fort. Bis Mitte März kam es dann wiederum zu deutschen Gegenangriffen bei Prasznycz, am 17. März auch zu überraschendem Russeneinfall in Memel und Tauroggen, der aber dank schneller Gegenmassnahmen sehr bald wiederum zum Abzuge der Russen führte. Erst um die Wende der Monate März und April trat auf dem Nordflügel der Ostfront, der inzwischen auf die befestigte Grenzschutzstellung Augustow—Suwalki—Tilsit zurückgenommen war, wiederum einigermassen Ruhe ein. Die Mitte dieser Front war im allgemeinen ruhig geblieben. Aber auf der Südfront hatte der Russe seine Karpathenanstürme fortgesetzt und hierzu neue Verstärkungen — teilweise aus Ostpreussen kurz vor der Winterschlacht — herangeführt. Die Monate Februar, März und April waren erfüllt mit verzweifelten russischen Anstürmen. Gewaltig rüttelte der Feind an den Pforten, die zur ungarischen Ebene hinabführen. Die Österreicher hatten schweren Stand; die Deutschen stützten sie, so gut sie konnten. General von Marschall kam mit einer deutschen Kavalleriedivision nach der Bukowina, General von Linsingen setzte seine

schwierigen Angriffe gegen die Schlüsselpunkte der Ostkarpathen fort, drang aber gegen Zwinin und Ostry zunächst nicht durch; am kritischsten wurde im März die Lage der Österreicher im Zaborczatale, als Przemysl am 11. März gefallen und der Russe von dieser Festung freigewordene Divisionen zum Sturm gegen die Höhen beiderseits des genannten Flusses ansetzte. Schon waren die k. und k. Linien im Weichen, als wiederum deutsche Hilfe in Gestalt des Beskidenkorps unter General von der Marwitz die Schlachtlinie zum Stehen und Halten brachte. Das war Ende März. Im April erstürmte dann endlich General von Linsingen die heiss umstrittenen Höhen des Zwinin und Ostry. Damit war die Karpathenschlacht siegreich beendet. Aber die Blüte des k. und k. Heeres war schon bei Krasnik und Lublin, zuletzt aber während der Karpathenschlacht ins Grab gesunken. Österreichs Wehrmacht war aufs äusserste erschöpft, der Glaube an den Sieg über die Russen, dem gegenüber man sich nunmehr unterlegen fühlte, entschwunden.

Andererseits hatte auch der Russe furchtbar gelitten und seine besten Kräfte verzehrt; aber das ihm zur Verfügung stehende Menschenmaterial war doch noch ein schier unerschöpfliches.

Im April 1915 stand die deutsche Oberste Heeresleitung vor der grossen Frage, ob sie nach wie vor die Hauptentscheidung im Westen erstreben oder nach dem Osten verlegen sollte. Im Westen schien die Sache aussichtslos, da der Stellungskrieg bereits im vollen Gange war und unsere westlichen Gegner sich dauernd verstärkten; im Osten durfte auch nicht dauernd halbe Arbeit getan und den Österreichern nicht nur örtliche Hilfe gebracht werden. Das, was Generalfeldmarschall von Hindenburg schon um die Jahreswende vorgeschwebt hatte, den Krieg im Osten entscheiden zu wollen, wurde nun zur Tat. Die deutsche Oberste Heeresleitung war entschlossen alle verfügbaren und dazu die besten Kräfte nach dem Osten überzuführen, um eine grosse Waffenentscheidung herbeizuführen. Nicht auf der deutschen Front, wie General von Hindenburg erhofft hatte, sondern mitten aus der österreichischen Front heraus.

Als Angriffsstelle ergab sich der von General von Conrad längst erkundete und operativ äusserst auswertbare Raum des Beckens von Jaslo und Gorlice als Ausgangsstellung. Während hier die aus deutschen Sturmtruppen und dem k. und k. VI. Armeekorps neugebildete 11. Armee unter General von Mackensen für den Durchbruch bereitgestellt wurde, begann am 27. April auf dem äussersten linken Flügel der Ostfront ein grossangelegtes Ablenkungsmanöver. Deutsche Kavalleriedivisionen gefolgt von Infanterieverbänden brachen in mehreren Kolonnen in Kurland ein und stiessen in wenigen Tagen über die Dubissa bis Schaulen vor. Der glänzend gelungene Raid führte dann zur Möglichkeit, Libau einzuschliessen und am 7. Mai wegzunehmen.

Nach sorgfältigsten Vorbereitungen und unter Ausnützung der Wirkung einer für damalige Verhältnisse gewaltigen Artilleriemasse schritt die 11. Armee zusammen mit der k. und k. 4. Armee am 2. Mai zum Sturm gegen die teilweise in sieben Reihen angelegten russischen Befestigungen beiderseits von Gorlice. Der Angriff gelang in vollstem Masse; die steilsten Berge, die kompliziertesten Befestigungsgruppen fielen in wenigen Stunden in die Hand des Siegers. Die in den nächsten Tagen energisch fortgesetzte Schlacht begann dank ihrer geschickten Anlage sich alsbald operativ auszuwirken, da die Russen auch in ihren 2. und 3. Stellungen keinen nennenswerten Widerstand zu leisten vermochten. So zwang das ungestüme Vorwärtsschreiten des Angreifers den Russen sehr bald zur Preisgabe auch der Westkarpathen und zum Zurückgehen auf die Sanlinie. Vierzehn Tage nach Beginn der Offensive stand Mackensen schon in Jaroslau, überschritt den San und wartete Ende Mai in einem starken Brückenkopf den Zeitpunkt ab, wo die Organisation der rückwärtigen Verbindungen die Wiederaufnahme der Offensive gestatten würde. Der Russe erschöpfte sich um die Wende der Monate Mai und Juni in vergeblichen Gegenangriffen gegen die Brückenkopfstellung und vermochte nicht zu verhindern, dass die Festung Przemysl nach kurzem Widerstande der Gewalt der schwersten Artillerie erlag. Mit dem Fall von Przemysl war nun auch der östliche Teil der russischen Karpathenstellung unhaltbar geworden; die russischen Armeen fielen auch hier nach Norden zurück. Die Bedrohung Ungarns war damit beseitigt; diese Entlastung war für die Doppelmonarchie um so mehr zu begrüssen, als zur gleichen Zeit ein neuer Feind: Italien, sich anschickte, die Südostgrenze des Kaiserreichs zu bedrohen. Mitte Juni nahm Mackensen seinen Angriff wieder auf; er führte ihn bald siegreich durch die Grodek- und Wereszycastellung durch. Lemberg, die Hauptstadt Galiziens, war am 22. Juni befreit. Nur noch ein kleiner östlicher Zipfel

Galiziens war jetzt in russischer Hand. Bald stand Mackensen auf polnischem Boden. Beiderseits eng angeschlossen an die 11. Armee standen die k. und k. Armeen mit den eingeflochtenen deutschen Verbänden, die auch ihrerseits wie die Südarmee schwere Angriffskämpfe schon hinter sich hatten, bis sie den operativen Anschluss an Mackensen gewannen.

Aber trotz gewaltiger Schlachterfolge und Trophäen hatte sich der bisherige Siegeslauf der verbündeten Heere zu keinem Vernichtungsschlage erhoben. Die schwer geschädigten Russen bestimmten doch stets freiwillig Stunde und Richtung ihres Rückzuges. Die Oberste Heeresleitung stand vor der schwerwiegenden Frage, ob sie vielleicht im Norden eine neue Umfassungsaktion einleiten oder die bisherige Offensive nach Polen hinein fortsetzen sollte; sie entschied sich fürs letztere und hoffte, unterstützt durch einen neu anzusetzenden Angriff über den Narew, gegen die gleich einer gewaltigen Bastion westwärts vorspringende polnische Front der Russen einen grossen Erfolg zu erzielen.

Der am 13. Juli unter Leitung des Generals von Gallwitz aus der Gegend beiderseits von Pracznycz angesetzte Angriff hatte Erfolg. Er führte zur Eroberung der Narewlinie samt ihren Befestigungen, und brachte in seiner weiteren Auswirkung auch den Fall von Warschau (5. August) und denjenigen von Nowo Georgiewsk, der stärksten Festung Russlands (19. August). Aber zu dem erhofften starken Schlage kam es nicht. Die Russen räumten langsam ihre Polenfront, und überliessen die Festung Iwangorod ihrem Schicksal. General von Woyrsch' Übergang über die Weichsel nahe dieser Festung begünstigte wiederum das Vortragen des Angriffs der Mackensenarmee, der sich seit dem Falle von Lemberg wiederum in nördlicher Richtung bewegte und eine Durchbruchsschlacht nach der anderen schlug, so an der Wyсznica und am Wieprz. Rawa Ruska, Lublin, Cholm fielen nach und nach in die Hand des Siegers, wo dann der Russe alles niederbrennend und die einheimische Bevölkerung und deren Vieh und Habe mit fortschleppend, langsam nach Norden zurückwich, überall mit Geschick neue Stellungen schaffend und hinter den zahlreichen versumpften Flussabschnitten sich neu zur Wehr setzend.

Im August setzte sich auch der Nordflügel des deutschen Heeres erneut in Bewegung. Die Armeen Eichhorn und Below bemächtigten sich trotz ihrer nur schwachen Angriffsstärke beinahe ganz Kurlands. General Litzmann erstürmte Kowno mit seinem XXXX. Armeekorps (17. August), Grodno gab der Russe auf (2. September) und Prinz Leopold von Bayern arbeitete sich fechtend durch den Urwald von Bjalowiec. Die Mackensenarmee und die sich ihr anhängenden Nachbararmeen kämpften auch den ganzen Juli und August tapfer ihre Offensivoperation weiter, gelangten an den Bug, nahmen die gleichfalls von den Russen aufgegebene Festung Brest Litowsk und trugen im September den Angriff ihrer mehr und mehr erschöpften Truppen allen Schwierigkeiten zum Trotz bei zunehmender Regenstimmung, deshalb schlechten Wegen und mangelhaften Eisenbahnverbindungen in die Prijpetsumpfregion hinein. Pinsk und und Kowel fielen im September.

Als die nördlichsten deutschen Armeen, welche die Linie Kowno-Friedrichstadt erreicht hatten und damit am weitesten nach Osten vorgedrungen waren, am 9. September nach Wiederherstellung der Nachschublinien wieder in der Lage waren, die Operationen aufzunehmen und hierzu in Richtung auf Wilna und Dünaburg antraten, da schien es so, als ob sich doch endlich einmal Gelegenheit böte, aus dem frontalen Ringen heraus zu einer grossangelegten Umfassungsoperation zu kommen. Da aber die Oberste Heeresleitung für die bei Wilna und an der Wilija Mitte September sich entwickelnde Schlacht keine Verstärkungen in Aussicht stellte, und der Russe die Gefahr seiner Tage erkennend seinerseits beschleunigt Reserven heranzog und mit diesen seinerseits zum Gegenangriff schritt, so konnte die Schlacht von Wilna nicht im Sinne Hindenburgs-Ludendorffs durchgeschlagen werden. Infolgedessen erstarrte im Laufe des Septembers die Ostfront in der allgemeinen Linie Czernowitz—Pinsk—Baranowitschi—Dünaburg—Friedrichstadt—Riga (die 3 zuletzt genannten Städte ausschliesslich). Ein Versuch der österreichischen Führung im Herbst 1915 auch noch den letzten von den Russen besetzten Ostzipfel Galiziens vom Feinde zu säubern und das russische Festungsdreieck Lutz—Dubno—Rowno wegzunehmen, scheiterte, dabei blieb Lutz in österreichischer, Rowno in russischer Hand, Dubno zwischen den beiderseitigen Linien.

Gewaltiges war geschehen. Russland war zwar nicht zerschmettert, aber zu Boden geworfen und seines polnischen Festungssystems beraubt. Russland schied als Hauptfaktor zur Niederwerfung der Zentralmächte aus der Rechnung der Entente aus.

Aber kaum war diese Herkulesarbeit geleistet, da gab es für die Mittelmächte neue Aufgaben zu lösen. Schon klopfte der Italiener an Österreichs Tore und die durch die Vorkriegszeit vorbereitete und dann im Kriege automatisch sich entwickelnde politische Konstellation auf dem Balkan forderte nun auch das Eingreifen der Verbündeten auf diesem Kriegsschauplatze. So stiegen deutsche und österreichische Truppen in den Orient hinab, zwei orientalischen Völkern die Hand reichend: Türken und Bulgaren, indess auf der Ostfront sich die Schützengräben zu ununterbrochenen Reihen verbanden und auch hier wie im Westen der Krieg aus dem Bewegungskrieg endgültig in den Stellungskrieg überging.

Der Winter 1915/16 war auf der Ostfront beinahe ruhig verlaufen; nur in der Bukowina hatte der Russe um Neujahr angegriffen, sich dabei aber nur blutige Köpfe geholt. General Pflanzer hatte seine Stellungen restlos behauptet. Die Angriffskraft der Russen schien gebrochen, die Abwehrstärke der Österreicher eine gesteigerte. Dass der Russe aber noch keineswegs sein ungeheures Menschenmaterial erschöpft hatte, und dass sein Kriegswille nach wie vor bestand, bewiesen seine im März gegen die deutsche Front zwischen Wischniez und Narotschsee gerichteten Angriffe, die er zum ersten Male mit einem an westliche Verhältnisse erinnernden Aufgebot gewaltiger Artillerie- und Munitionsmengen unternahm. Auch weiter nördlich führte der Russe gleichzeitig Angriffe auf Widzy und Postawy. In Anbetracht der dünnen Besetzung der deutschen Linien stand die Schlacht eine zeitlang kritisch für die Deutschen; aber die Krisis wurde überwunden und schon Ende März flauten die russischen Angriffe ab. 4 Wochen später wurde zum Gegenangriff geschritten und das damals verlorene Gelände wieder zurückgewonnen. Die Ostfront kam dann wiederum zur vollen Ruhe bis die Mitte Mai begonnene Offensive der Österreicher gegen Italien wiederum die Russen auf den Plan rief, um dem schwer bedrängten Italiener Entlastung zuteil werden zu lassen. Da gleichzeitig die Entente zum Angriff an der Somme rüstete, so war auch deshalb der Einsatz des russischen Heeres geboten. Der russische Hauptangriff schien wiederum gegen die deutsche Front und zwar gegen Baranowitschi, Smorgon und Riga gerichtet; gegen diese Punkte ballten sich im Mai die russischen Angriffsmassen zusammen, während gegen die Front südlich Pinsk, wo im wesentlichen nur k. und k. Verbände standen, nur Nebenangriffe geplant waren. Die Stärke der Angriffstruppen übertraf hier jene des Verteidigers. Als aber diese Nebenangriffe im Raum von Luck anfangs Juni ganz unerwartet grosse russische Erfolge brachten, und die k. und k. 4. Armee in voller Auflösung westwärts zurückging, da entschloss sich die russische Heerführung mit Recht, das Schwergewicht ihres Angriffs nunmehr nach der weichen Stelle zu verlegen. So rollten denn in unaufhörlicher Zugsfolge die russischen Reserven in den Raum von Kowel und die schleunigst herangeholten deutschen Reserven hatten alle Mühe die weichenden Linien der Österreicher zum Stehen zu bringen, die auch bei Tarnopol und am Dnjestr nach und nach immer mehr Gelände verloren bis auf die Südarmee, die ihre Stellungen mit grosser Zähigkeit behauptete. Die bis in den Oktober hinein anhaltende grosse russische Offensive, auch Brussilowoffensive genannt, hatte sehr bald den gewünschten Erfolg: die Einstellung des Angriffs in Italien. Aber ihr weiterer Zweck, hier auf der österreichischen Front die Entscheidung des Krieges herbeizuführen, scheiterte am Heldentume deutscher Truppen. Nach ungeheuren Blutopfern sah sich die russische Führung zur Einstellung des Angriffs gezwungen. Nur unter Aufgebot allerschärfster Mittel, wie z. B. Aufstellung von Kosaken und Maschinengewehren im Rücken des angreifenden Heeres, konnte die Führung die sinkenden Angriffslust nochmals beleben. Damals — im Oktober — machten sich aber auch schon die ersten Anzeichen der russischen Revolution bemerkbar. Ganze Regimenter und Divisionen meuterten, Soldatendeputationen gingen von Regiment zu Regiment und zwangen die russischen Offiziere zu Kompromissen und Nachgiebigkeiten. Das russische Heer war bereits kriegsmüde als der Rumäne auf die Seite der Entente trat. Nur gering war die russische Hilfe, die der Rumäne fand, dessen Heer im Winter 1916/17 vom Ansturme deutscher, bulgarischer und türkischer Truppen zerbrochen wurde.

Im März 1917 brach in Russland die Revolution aus; sie war der Ausdruck des ergebnislosen Krieges ohne populäre Kriegsziele. Die Revolution führte zunächst zur Einstellung der Kämpfe russischerseits, dann begannen partielle Waffenstillstandsverhandlungen. Aber nur langsam zerfrass die Revolution das russische Heer. Dieses war zwar nicht mehr recht gewillt anzugreifen, wohl aber zur Verteidigung entschlossen. Als im April deutscherseits die Brückenkopfstellung von Tobolsk am Stochod, ein aus der Brussilowoffensive stehen gebliebener Schönheitsfehler den Russen wieder entrissen wurde, hatten sich diese schon nicht mehr wie früher geschlagen. Um den ersterbenden Geist des Heeres neu zu beleben, unternahm Kerenski am 1. Juli 1917 in Galizien die seinen Namen tragende Offensive, die gegenüber der österreichischen Front zunächst schnell Gelände gewann und bis Kalusch an der Lomnitza vorgetragen werden konnte. Eine sofort nach Erkennen der feindlichen Angriffsvorbereitungen vorbereitete grosszügige deutsche Gegenoffensive konnte schon am 19. Juli mit einem Stoss auf Tarnopol beginnen und brachte bald die gesamte südliche Russenfront von Tarnopol bis zur rumänischen Grenze ins Wanken. Anfangs August standen die verbündeten deutsch-österreichischen Angreifer bereits am Zbrutsch und in Czernowitz. Die russischen Truppen hatten vielfach in grösseren Verbänden einfach den Gehorsam verweigert. Auch bei Smorgon war am 21. Juli noch ein stärkerer russischer Angriff erfolgt, am 24. endlich ein russisch-rumänischer zwischen Focschani und der russisch-rumänischen Grenze. Es waren die letzten Angriffe der Russen. Als diese durch deutschen Angriff am 1. September auch Riga, drei Wochen später den Brückenkopf von Jakobstadt und Mitte Oktober die grossen Inseln Ösel, Dagö und Moon im Meerbusen von Riga verloren hatten, da ging Russlands militärische Kraft zu Ende. Aus eigenmächtigen örtlichen Waffenstillstandsverhandlungen entstanden örtliche Waffenruhen und schliesslich der offizielle Waffenstillstand vom 15. Dezember. Die daran anschliessenden Friedensverhandlungen führten, von militärischem Vormarsch nochmals unterbrochen, zum Frieden von Brest Litowsk.

---

13. Abschnitt.

Russlands Zusammenbruch.

Von Dr. **Axel Freiherrn von Freytagh-Loringhoven,**

ord. Honorarprofessor der Rechte an der Universität Breslau.

Literatur:

So überreich die Literatur über die bolschewistische Periode der russischen Revolution ist, so dürftig ist die über die Periode der einstweiligen Regierung und die vorhergehende Zeit seit Ausbruch des Weltkrieges. Die Hauptquelle bilden die russischen Tageszeitungen. Die Zeit von 1905 bis in die ersten Tage der Revolution von 1917 schildern Rohrbach und Schmidt, Die russische Revolution, Stuttgart 1917, vgl. des Verf. Russland in Auslandsstudien der Univ. Halle-Wittenberg II. R., Halle 1920. Die erste Periode der Revolution ist dargestellt in des Verf. Geschichte der russischen Revolution, I. Teil, München 1919, für die unmittelbar darauffolgende Zeit s. Trotzki, Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag, Berlin 1918. Vergl. auch Vietoroff-Toporoff, La première année de la révolution russe, Bern 1919 und des Verf. Gesetzgebung der russischen Revolution, Halle 1920.

Rücksichtslos und energisch hatte Stolypin nach der ersten Revolution von 1905 die äussere Ordnung wiederhergestellt. Die notwendigen Reformen durchzuführen war er aber nicht imstande gewesen. Im Herbst 1911 wurde er ermordet und an seine Stelle trat der bisherige Finanzminister Kokowzow, der zwar mildere Methoden anwandte, doch grundsätzlich im Fahrwasser seines Vor-

gängers blieb. Die Unzufriedenheit wuchs, und im Sommer 1914 wurde allgemein ein neues Aufflammen der revolutionären Bewegung erwartet. Eine Welle politischer Streiks ging durch das Land, in Petersburg und Moskau kam es zu Strassenkämpfen. Da brach der Weltkrieg aus. Die Regierung verstand es meisterhaft, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Deutschland galt als der allein Schuldige, die geschickt verbreitete Mär von deutschen Greueltaten in Belgien tat das ihrige und das gesamte Volk wurde von dem längst unter der Asche glimmenden Deutschenhass erfasst. Die Streiks hörten mit einem Schlage auf, und der seit der Annexionskrisis von 1909 zu neuer Kraft erwachte Gedanke des Nationalismus und Panslawismus gewann die Oberhand. Am 8. August trat die Reichsduma zu feierlicher Sitzung zusammen und alle Parteien stellten sich einmütig hinter die Regierung. Das taten insbesondere auch Kerenski im Namen der Arbeitsgruppe und Tschcheidse für die Sozialdemokraten. Unter Missbilligung der inneren Politik der Regierung erhoben sie zwar grundsätzlich Einspruch gegen den Krieg als solchen, erklärten aber, dass sie trotzdem im Interesse des internationalen Proletariats eine Niederwerfung des preussischen Militarismus für wünschenswert hielten und fördern würden. Die anderen Parteien setzten sich vorbehaltlos für den Krieg ein.

Die geforderten Kriegskredite wurden bewilligt und die Duma vertagte sich.

Im Laufe der nächsten Monate begann die Kriegsbegeisterung langsam einer gewissen Enttäuschung Platz zu machen. In den Reihen der äussersten Rechten fing man an, die Möglichkeit innerer Umgestaltungen als Folge des Krieges zu fürchten. Man missbilligte die enge Verbindung, in die der englische Botschafter Sir George Buchanan zu den liberalen Parteien, insbesondere zu dem Kadettenführer Miljukow getreten war, und argwöhnte, dass er parlamentaristische Strömungen unterstützen könnte. Andererseits erwachte innerhalb der äussersten Linken die Hoffnung, den Krieg in den Dienst des Umsturzes stellen zu können. Schon im Januar 1915 wurde eine sozialdemokratische Verschwörung entdeckt, die auf dieses Ziel hinarbeitete. Unzufriedenheit regte sich auch innerhalb der Mittelparteien. Hier hatte man zwar mit grosser Befriedigung den an die Polen gerichteten, von panslawistischem Geist durchtränkten Aufruf des Grossfürsten Nikolai Nikolajewitsch aufgenommen. Dankbar empfand man auch die von der Regierung erteilte Genehmigung zur Begründung eines Bundes der Landschaften und Städte, der zwar nur charitative Zwecke verfolgen sollte, aber doch eine Grundlage für den von den liberalen Kreisen stets angestrebten politischen Zusammenschluss der Selbstverwaltungskörper abgeben konnte. Aber man hatte mehr erhofft. Man hatte vor allem auf eine politische Amnestie gerechnet. Sie blieb aus. Man erregte sich über der Presse auferlegte Beschränkungen, die sich durch die Kriegsnotwendigkeiten nicht rechtfertigen liessen. Man missbilligte die Unterdrückung der galizischen Ukrainer. Man empörte sich über die systematische Misshandlung der Juden im westlichen Operationsgebiet.

Am 9. Februar 1915 trat die Duma aufs neue zu kurzer Tagung zusammen. Die Rechte und die Mittelparteien wiederholten ihre Erklärungen vom 8. August 1914. Die Linke hingegen stellte sich nun auf den Boden des internationalen Sozialismus. Sowohl Kerenski als auch Tschcheidse sprachen sich mit aller Schärfe gegen eine Fortführung des Krieges aus und forderten unverzüglichen Friedensschluss. Der Sozialdemokrat Mankow, der erklärte, dass im Interesse der Vernichtung des Militarismus das Wort Friede erst gesprochen werden dürfe, wenn das deutsche Junkertum niedergeworfen sein würde, wurde aus der Fraktion ausgeschlossen.

Die Duma wurde abermals vertagt. Als sie am 1. August 1915 zum dritten Male zusammentrat, war die Stimmung auch bei den Mittelparteien eine andere geworden. Die Desorganisation des Transportwesens hatte zu Verpflegungsschwierigkeiten und wachsender Teuerung geführt. Der Durchbruch von Gorlice und die Kette von Niederlagen, die er zur Folge gehabt, liessen erkennen, dass die öffentliche Meinung über die Kriegslage getäuscht worden war. Die Befürchtung erwachte, dass der Krieg verloren gehen könnte. Zugleich regte sich die Erkenntnis, dass die Regierung der Unterstützung der Parteien bedürfe und dass sich daraus mit Aussicht auf Erfolg politische Ansprüche ableiten liessen. Die Parteien, deren Kriegswille aufrichtig war, schlossen sich zusammen, und es bildete sich der sogenannte fortschrittliche Block, dem sich alle politischen Gruppen von den Nationalisten und den gemässigten Rechten bis zu den Kadetten anschlossen. Gemeinsam

stürzten sie den Kriegsminister Ssuchomlinow, gemeinsam forderten sie eine wirtschaftliche Mobilisierung und gemeinsam verlangten sie die Ernennung von Ministern, die das Vertrauen des Landes besitzen.

Die am 6. September 1915 erfolgte formelle Begründung des fortschrittlichen Blocks liess die Spaltung der Duma in drei Gruppen offen zutage treten. Es war nunmehr klar, dass der Block nach aussen hin die Fortführung des Krieges verlangte, auf dem Gebiet der inneren Politik aber Reformen anstrebte, die in den Parlamentarismus ausmünden sollten. Im Gegensatz hierzu trat die äusserste Rechte scheinbar ebenso für die Fortführung des Krieges ein. Tatsächlich begann sie ihren Einfluss bei Hofe namentlich durch Vermittlung des bekannten und berüchtigten Rasputin zugunsten eines baldigen Friedensschlusses geltend zu machen. Unter entgegengesetzten Gesichtspunkten arbeiteten auf dasselbe Ziel die Linken hin.

Diese Gruppierung bestand noch fort, als im März 1917 die Revolution ausbrach. Soviel sich gegenwärtig feststellen lässt, plante der fortschrittliche Block, dessen Verhältnis zur Regierung immer schlechter geworden und der im November 1916 zu offener Bekämpfung des als Friedensfreund verrufenen Ministerpräsidenten Stürmer übergegangen war, im Einvernehmen mit den Vertretern der Entente, vor allem mit dem englischen Botschafter, eine Palastrevolution, in deren Ergebnis der Zar durch seinen Bruder Michael ersetzt werden sollte. Das parlamentarische Regime sollte Platz greifen und ein Ministerium der Mittelparteien den Krieg mit aller Anspannung fortführen. Im Gegensatz hierzu beabsichtigte die sozialistische Partei einen völligen Umsturz, der zum Friedensschluss führen sollte. Über die Einzelheiten dieser Pläne ist jedoch ebensowenig bekannt, wie darüber, wie weit ihre Vorbereitung bereits gediehen war. Jedenfalls erfolgte der Ausbruch unabhängig sowohl vom Block als von den Linken. Unmittelbar hervorgerufen wurde er vom Innenminister Protopopow, der eine Entscheidung erzwingen wollte, ehe die Gegner fertig waren. Aber die Ereignisse gingen über ihn hinweg. Verpflegungsschwierigkeiten führten zu Strassenunruhen, aus den Strassenunruhen wurde eine Revolte, aus der Revolte eine Revolution. Die Truppen gingen zu den Aufständischen über, und am 12. März war die zarische Regierung gestürzt.

Die Parteien suchten die ihnen entglittenen Zügel wiederzuerfassen. Die Duma setzte einen Vollzugsausschuss nieder, in den Angehörige des fortschrittlichen Blocks und der Linken hineingewählt wurden, während die äusserste Rechte ausgeschaltet blieb. Zugleich bildete sich der erste Arbeiter- und Soldatenrat, in dem nur die linken Parteien vertreten waren. Da ihm rund 2500 Mitglieder angehörten, setzte er gleichfalls einen Vollzugsausschuss nieder, der demnächst ein Büro aus sich ausschied, das tatsächlich die Geschäfte leitete.

Der Vollzugsausschuss der Duma schlug dem des Rates die Bildung eines Koalitionsministeriums vor. Dieser antwortete ablehnend, da für die Sozialisten keine Veranlassung vorliege, schon jetzt eine Verantwortung zu übernehmen. Es genüge ihnen, eine Kontrolle über die Regierung auszuüben. So wurde unter dem Vorsitz des Fürsten Lwow ein Ministerium gebildet, dem als einziger Sozialist Kerenski beitrat.

Die auf solche Weise gebildete Regierung wurde von der Entente um so freudiger anerkannt, als Miljukow das Portefeuille des Auswärtigen übernahm. Am 20. März erging eine augenscheinlich von ihm abgefasste Erklärung, die sich rückhaltlos zu den in zarischer Zeit abgeschlossenen Bündnisverträgen bekannte. Eine feierliche Begrüssung der neuen Regierung durch die Botschafter der Entente folgte. Schon am 27. März jedoch erliess der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat in der offenkundigen Absicht, die Kriegspolitik der Regierung zu durchkreuzen, einen Aufruf an die Proletarier aller Länder, insbesondere die der Mittelmächte, in dem er sie aufforderte, sich gegen die annexionistischen Bestrebungen ihrer Regierungen zu erheben, die Gewalthaber zu stürzen und gemeinsam dem Kriege ein Ende zu machen. Zugleich begann er einen Druck auf das Kabinett auszuüben und erreichte, dass es am 9. April eine Kundgebung an alle Bürger Russlands richtete, in der es seine Kriegsziele darlegte. Indem es die endgültige Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung in Übereinstimmung mit den Bundesgenossen überliess, erklärte es schon jetzt, dass das freie Russland eine Unterjochung und Beraubung fremder Völker nicht anstrebe. Niemand solle geknechtet und erniedrigt werden, aber auch Russland dürfe nicht geschwächt aus dem Weltkriege hervorgehen. Darin lag ein unzweideutiger Verzicht auf die Vorteile, die Russland durch

die mit der Entente abgeschlossenen Verträge zugebilligt waren. Dieser Verzicht musste bei den Verbündeten Missstimmung erwecken, da von einem nicht unmittelbar interessierten Russland eine energische Fortführung des Krieges auf die Dauer nicht zu erwarten war. Diese Erkenntnis hat augenscheinlich zu einer Einflussnahme auf Miljukow geführt, der sich denn auch dazu bewegen liess, am 1. Mai alle bei den verbündeten Mächten beglaubigten Vertreter mit der Überreichung einer Note zu beauftragen, in der versichert wurde, dass jene Kundgebung vom 9. April das Verhältnis Russlands zu seinen Bundesgenossen in keiner Hinsicht zu ändern vermöge. Die von der einstweiligen Regierung formulierten Grundsätze entsprächen durchaus den erhabenen Gedanken, von denen sich die Verbündeten leiten liessen. Die vollzogene innere Umwälzung berühre Russlands Rolle im gemeinsamen Kampfe nicht. Im Gegenteil, der vom ganzen Volke geteilte Wunsch, einen entscheidenden Sieg zu erringen, sei durch sie nur verstärkt worden.

Inzwischen hatten sich die Räte auf eine friedensfreundliche Politik förmlich festgelegt. Am 11. April war ein allrussischer Vertretertag der Räte zusammengetreten und hatte unter Bezugnahme auf jenen Aufruf des Petersburger Rates vom 27. März die Herbeiführung des allgemeinen Friedens ohne Entschädigungen und Eroberungen für die nächste Aufgabe der revolutionären Demokratie erklärt. Freilich hatte er hinzugefügt, dass bis zur Erreichung dieses Zieles ein Verzicht auf die Fortführung des Krieges Verrat an der Sache der Freiheit wäre. Trotz dieses Vorbehalts wurde die Note vom 1. Mai als ein gegen die Räte gerichteter Schlag empfunden. Sie erhoben Einspruch bei der Regierung und zugleich begannen in Petersburg Strassenunruhen, die zu Blutvergiessen führten und mehrere Tage andauerten. Diese Unruhen waren das Werk der Bolschewisten, deren Führer Lenin, dem England als Kriegsgegner die Durchreise verweigert hatte, durch die Unterstützung der deutschen Regierung die Möglichkeit erhalten hatte, Mitte April in Petersburg einzutreffen. Seine Anschauungen stiessen zunächst auf entschiedene Ablehnung bei den Arbeiter- und Soldatenräten, in deren Mitte damals noch die Minderheitssozialisten und Sozialrevolutionäre die Oberhand hatten. Auf das Proletariat und die Garnisonen der Grossstädte gewann er jedoch schnell Einfluss.

Die Unruhen wurden niedergeworfen. Zusammen mit dem Einspruch der Räte gegen die Politik Miljukows verursachten sie jedoch eine Kabinettskrise, in deren Ergebnis ein Koalitionsministerium unter Hinzuziehung sozialistischer Führer gebildet wurde. Miljukow trat zurück. An seiner Stelle übernahm Tereschtschenko das Auswärtige und die Regierung veröffentlichte eine Erläuterung zur Note vom 1. Mai, in der sie erklärte, der Sieg sei ausschliesslich zur Festigung eines dauernden Friedens auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker anzustreben. Dieser aber dürfe nicht durch Niederwerfung des Besiegten gewährleistet werden, sondern durch Rüstungsbeschränkung, obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit und ähnliche Massnahmen.

Der Rückzug der Regierung schien den Räten vorläufig genügend, wenngleich sich unter 53 Mitgliedern des Vollzugsausschusses, die an der Abstimmung teilnahmen, nicht weniger als 19 fanden, die sich mit diesen Zugeständnissen nicht zufrieden geben wollten. Immerhin war der Konflikt beigelegt, und das neugebildete Ministerium nahm in sein Programm einen Punkt auf, in dem es die Vorbereitung eines Friedens ohne Eroberungen und Entschädigungen unter Abänderung der bestehenden Bündnisverträge für seine Aufgabe erklärte. Die bürgerlichen Parteien mussten sich damit begnügen, dass zugleich der Abschluss eines Sonderfriedens abgelehnt wurde.

Sie waren dazu um so mehr genötigt, als die Kriegsmüdigkeit im Heer, wie im Volke sichtlich wuchs.

Dessenungeachtet gelang es der Entente, die Regierung und insbesondere Kerenski für ein erneutes aktives Eingreifen Russlands in den Krieg zu gewinnen, nachdem die russische Front seit dem Ausbruch der Revolution fast gänzlich passiv geblieben war. Kerenski entfaltete eine rege persönliche Agitation und General Brussilow verstand es, eine genügende Zahl von Truppenteilen zur Offensive willig zu machen. Am 1. Juli begann der Vorstoss an der galizischen Front. Er hatte zuerst unerwarteten Erfolg. Bald aber kam er zum Stehen, der Stillstand wurde zum Rückzug, der Rückzug zur Flucht. Völlige Auflösung griff unter den Truppen Platz.

Doch noch bevor die Offensive gescheitert war, am 15. Juli, brachen in Petersburg neue Unruhen aus, deren Urheber wiederum die inzwischen zu immer stärkerem Einfluss gelangten Bolschewisten waren. Den äusseren Anlass boten dieses Mal weitgehende Zugeständnisse, die die sozialistischen Minister der separatistisch gesinnten ukrainischen Rada gemacht hatten. Das führte zu einer Kabinettskrise, die übrigens dank der von ihnen den bürgerlichen Amtsgenossen gegenüber ständig befolgten rücksichtslosen Majorisierungspolitik ohnehin unvermeidlich war, und die dadurch geweckte Erregung wurde abermals von den Bolschewisten ausgenützt. Zwar wurden sie auch jetzt wieder niedergeworfen, aber sie hatten von neuem die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt und konnten nun ihre Agitation mit vermehrter Aussicht auf Erfolg fortsetzen. Der inzwischen eingetretene furchtbare Niederbruch in Galizien hatte die Stellung der Regierung geschwächt und den Kriegsgegnern neue Anhänger geworben. Immer schärfer unterstrichen sie jetzt diejenigen Punkte des Programms, die sie von allen anderen Gruppen schieden und immer dringender verlangten sie neben dem Übergang der Staatsgewalt an die Räte und der unverzüglichen Übergabe alles Landes an die Bauern, aller Fabriken an die Arbeiter den sofortigen Abschluss des Friedens, wobei sie betonten, dass die Rücksichtnahme auf die hartnäckig imperialistisch gesinnten Bundesgenossen in den Hintergrund treten müsse.

Die Lösung der am 15. Juli amtlich bekanntgegebenen Ministerkrisis verzögerte sich durch den Aufruhr der Bolschewisten. Als dieser niedergeschlagen war, wurden die Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts wieder aufgenommen. Inzwischen war auch Fürst Lwow zurückgetreten und Kerenski, der schon bisher die Seele der Regierung gewesen, übernahm den Vorsitz. Da eine Einigung mit den bürgerlichen Parteien nicht sofort erzielt werden konnte, wurden die durch den Rücktritt ihrer Vertreter frei gewordenen Portefeuilles zunächst nicht wieder vergeben. Das Rumpfkabinett aber erliess am 21. Juli eine neue programmatische Deklaration, in der es sich bereit erklärte, die Verbündeten zur Abhaltung einer Konferenz aufzufordern, die die Kriegsziele in Übereinstimmung mit den von der russischen Revolution anerkannten Grundsätzen bringen sollte. Mit anderen Worten, die Losung „ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen" sollte den Bundesgenossen aufgezwungen werden. Auch auf dem Gebiet der inneren Politik, insbesondere auf dem der Landfrage, wurden den Forderungen der Radikalen weitgehende Zugeständnisse gemacht. Immerhin fühlte die Regierung sich ausserstande, die Ordnung ohne Unterstützung des Bürgertums aufrechtzuerhalten. Infolgedessen beschloss sie, alles daran zu setzen, um die Bildung eines neuen Koalitionsministeriums zu ermöglichen. Zugleich fasste sie die Einberufung einer vorläufigen Volksvertretung ins Auge, die ihr bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung als Stütze dienen sollte.

Gegen sachlich bedeutungslose, formale Zugeständnisse fanden sich die bürgerlichen Parteien tatsächlich bereit, abermals Vertreter in das Ministerium zu entsenden. Sie liehen auch den Plänen Kerenskis, die auf Einberufung einer Volksvertretung abzielten, ihre Unterstützung. Ebenso liessen sich die Räte dafür gewinnen und so trat am 25. August 1917 in Moskau eine Staatskonferenz zusammen, die aus 2500 Vertretern der Duma, der Selbstverwaltungskörper, der politischen Parteien, des Heeres und der Flotte, der Geistlichkeit und der freien Berufe, der Erwerbsstände, der Vereine und Genossenschaften jeder Art bestand. Ihre Beratungen dauerten mehrere Tage, erbrachten aber keine positiven Ergebnisse. Vielmehr erwies es sich, dass ein schroffer Gegensatz zwischen dem Bürgertum und den von den sozialistischen Parteien vertretenen Schichten bestand. Mit besonderer Schärfe wurde das durch eine am 27. August von Tschcheidse im Auftrage der sozialistischen Gruppen verlesene Entschliessung hervorgehoben, die ein überaus radikales Programm enthielt. Vor allem verlangte sie, dass grundlegende Reformen sofort durchgeführt würden, während die bürgerlichen Parteien die Entscheidung über alle wichtigen Fragen der Konstituante überlassen wollten. Die Moskauer Staatskonferenz ging auseinander, ohne irgend etwas Greifbares geleistet zu haben.

Inzwischen hatte die Regierung langwierige Verhandlungen mit General Kornilow gepflogen, der nach dem Zusammenbruch der galizischen Offensive anstelle Brussilows den Oberbefehl über die gesamten Truppen der Westfront übernommen hatte. Kornilow verlangte Vollmachten, die ihm die Wiederherstellung der Disziplin und der Kampffähigkeit des Heeres ermöglicht hätten. Kerenski trug Bedenken, sie ihm zu gewähren. Zugleich führte er mit ihm Verhandlungen über eine Wieder-

herstellung der Ordnung im Innern, insbesondere über bewaffnetes Einschreiten gegen einen von neuem drohenden bolschewistischen Aufruhr. Im letzten Augenblick scheute er aber vor der Ergreifung der von ihm selbst geplanten energischen Massnahmen zurück. Dank einem Missverständnis setzte Kornilow am 8. September Truppen in Marsch gegen Petersburg. Nun gab Kerenski ihn preis und veranlasste die Regierung zum Erlass einer Proklamation, in der Kornilow für den Träger der Gegenrevolution erklärt wurde. Da auch die bürgerlichen Parteien ihn im Stiche liessen und seine Truppen sich unter dem Einfluss einer von der Regierung sofort eröffneten Agitation weigerten, seinen Befehlen zu gehorchen, ergab er sich schon nach wenigen Tagen.

Beim Ausbruch des Kornilow'schen Aufstandes hatten sämtliche Minister ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt und Kerenski unumschränkte Vollmachten erteilt. Er bildete ein Direktorium aus fünf Personen und sicherte sich die Unterstützung der Räte, erstens durch die Ausrufung der Republik, die einen tiefen Eingriff in die Befugnisse der verfassunggebenden Versammlung bedeutete und zweitens dadurch, dass er der von den Räten verlautbarten Forderung nach Einberufung einer zweiten Konferenz zustimmte, zu der jedoch die bürgerlichen Elemente nicht zugezogen werden sollten. Es sollten vielmehr nur die Gruppen vertreten sein, die auf dem Boden des von Tschcheidse am 27. August verkündigten Programmes standen.

Diese sog. Demokratische Konferenz wurde am 27. September in Petersburg eröffnet. Sie erbrachte den schlagenden Beweis, dass auch innerhalb der Linken keine Einigkeit herrschte und völlige Unklarheit selbst über die nächsten Ziele bestand. Insbesondere gelang es nicht, einen Beschluss darüber herbeizuführen, ob nunmehr ein rein sozialistisches Kabinett oder abermals ein Koalitionsministerium gebildet werden solle. Der einzige Beschluss, der gefasst wurde, forderte die sofortige Einberufung eines Vorparlaments, wobei jedoch die Frage, ob die bürgerlichen Kreise zur Beteiligung an ihm herangezogen werden sollten, offen blieb. Erst ein von der Konferenz niedergesetzter Ausschuss einigte sich nach deren Auflösung dahin, dass eine Beteiligung des Bürgertums sowohl an der Kabinettsbildung als auch am Vorparlament wünschenswert sei. Trotzdem nun dem Programm der neuen Regierung jene Erklärung vom 27. August zugrunde gelegt wurde, fanden sich die bürgerlichen Parteien auch jetzt wieder zu gemeinsamer Arbeit mit den Sozialisten bereit, und am 8. Oktober wurde das neue Kabinett gebildet, das das letzte der einstweiligen Regierung sein sollte.

Inzwischen hatten sich die Verhältnisse im Lande selbst in unerträglicher Weise gestaltet. Eine Welle von Agrarunruhen hatte das ganze Reich überflutet. Die Grossgrundbesitzer wurden ermordet oder vertrieben und das Land unter die Bauern verteilt, die jedoch nicht imstande waren, es zu bearbeiten. In den Fabriken herrschte ein zügelloser Terror der Arbeiterschaft. Unaufhörliche Streiks, masslose Lohnforderungen, ständige Eingriffe in die Betriebsleitung verbunden mit Misshandlungen der Unternehmer und Angestellten führten zur Stilllegung zahlreicher Werke und zu einer erschreckenden Herabsetzung der Erzeugung in den anderen. Das Transportwesen geriet völlig in Unordnung, Rohstoffe und Heizmaterialien konnten nicht befördert werden und die Städte begannen Mangel an Lebensmitteln zu leiden. Zugleich machte sich innerhalb der Truppen wachsende Zersetzung geltend. Die von der Regierung mitverschuldete Zerstörung der Disziplin verwandelte die Truppen unter dem Einfluss der bolschewistischen Agitation in zügellose Horden. Allerorten brachen Revolten aus, als deren Opfer zahllose Offiziere fielen, mit Mord und Brandstiftung verbundene Plünderungen waren an der Tagesordnung. Und während sich das im Hinterlande abspielte, ging trotz der nach dem galizischen Niederbruch erfolgten Wiedereinführung der Todesstrafe die Auflösung der Verbände auch an der Front mit reissender Schnelligkeit vor sich. Vor allem aber wuchs die Kriegsmüdigkeit, und die von den Bolschewisten ausgegebene Parole des sofortigen Friedensschlusses warb ihnen immer neue Anhänger. Die Truppen wollten nicht mehr kämpfen und so folgte auf die Niederlagen bei Tarnopol und Kalusch die Einnahme von Riga und Ösel.

Der Einfluss der Bolschewisten stieg mit rasender Geschwindigkeit. Am 14. September war es ihnen gelungen, das Präsidium des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates an sich zu reissen und damit auch formell die Führung der hauptstädtischen Garnison und des hauptstädtischen Proletariats zu erobern. Zugleich liessen die aus der Provinz einlaufenden Nachrichten erkennen, dass auch dort die Massen ihnen in immer steigendem Masse zuströmten. Im Bewusstsein ihrer

Stärke konnten sie es wagen, in dem am 20. Oktober eröffneten Vorparlament nur zu erscheinen, um die Erklärung abzugeben, dass sie mit der Regierung und den sie stützenden Parteien nichts mehr gemeinsam haben wollten. Sie verliessen die Versammlung und gingen zu Taten über.

Zum 7. November war der zweite allrussische Rätekongress einberufen. Noch vor seiner Eröffnung war es klar, dass die Bolschewisten auf ihm die unbestrittene Mehrheit haben würden. Am Vorabend seines Zusammentritts brach der Aufstand in Petersburg los. In der Nacht auf den 8. November wurde das Winterpalais genommen und die Minister verhaftet. Der sofort gebildete Rat der Volkskommissare nahm die Zügel der Regierung in die Hand. Die von dem rechtzeitig geflohenen Kerenski gegen Petersburg herangeführten Kosaken unter General Krassnow versagten, und binnen kurzem waren die wichtigsten Zentren des Reichs in der Hand der Bolschewisten. Zwar bildeten sich bald Freiwilligenverbände unter der Führung angesehener Generäle, aber sie vermochten nichts wesentliches gegen die Bolschewistenherrschaft auszurichten. Die Front anerkannte die Räteregierung. General Duchonin, der sich zu widersetzen versuchte, wurde verhaftet und ermordet, und an die Spitze des Heeres trat der Fähnrich Krylenko.

Schon in der Nacht vom 8. auf den 9. November beschloss der Rätekongress ein Dekret, das den sofortigen Friedensschluss auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker und ohne Annexionen und Entschädigungen forderte. Zugleich wurden durch Funkspruch Verbündete wie Gegner zum unverzüglichen Eintritt in Verhandlungen aufgefordert. Die Entente erhob Einspruch bei General Duchonin, die Mittelmächte hingegen erklärten sich zu Verhandlungen bereit. Am 5. Dezember wurde die Vereinbarung über Einstellung aller Kriegshandlungen an der ganzen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere unterschrieben. Am 22. Dezember begannen in Brest-Litowsk die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Vierverbandes und Russlands. An ihnen nahmen auch Vertreter der Ukraine teil, die sich gleich allen anderen Grenzmarken, insbesondere Finnland, schon unter der Herrschaft der einstweiligen Regierung ein erhebliches Mass an Selbständigkeit zu sichern gewusst und nun gestützt auf das bolschewistische Dekret vom 15. November, das den zum Bestande Russlands gehörenden Fremdstämmen uneingeschränkte Selbstbestimmung zusicherte, die Rechte eines souveränen Staates für sich in Anspruch nahm.

Am 25. Dezember erklärte sich der Vierverband grundsätzlich zum Abschluss eines Friedens ohne Eroberungen und Entschädigungen, wie das von russischer Seite vorgeschlagen worden war, bereit. Die Ententestaaten wurden zur Teilnahme an den Verhandlungen aufgefordert und es wurde ihnen eine Frist bis zum 4. Januar 1918 gesetzt. Diese Aufforderung blieb erfolglos. Die nun wieder aufgenommenen Verhandlungen arteten zu einem Rededuell aus. Nach Trotzkis eigenem Geständnis verfolgte er, der als Führer der russischen Delegation nach Brest gekommen war, hierbei in erster Linie den Zweck agitatorisch auf das Proletariat der Mittelmächte einzuwirken. Am 9. Februar wurde der Friede mit der Ukraine unterzeichnet. Da jedoch eine Einigung mit der grossrussischen Delegation nicht zu erzielen war, wurden die Verhandlungen abgebrochen und ein Ultimatum gestellt, das die Annahme der Bedingungen des Vierverbandes forderte. Trotzki lehnte das Ultimatum ab, teilte aber gleichzeitig mit, dass die Räteregierung den Krieg als beendet ansehe und die Demobilisierung der Armee angeordnet habe. Das wurde als Kündigung des Waffenstillstandes aufgefasst und am 18. Februar begann der Vormarsch der deutschen Truppen. Da das russische Heer sich in völliger Auflösung befand, konnte es keinen Widerstand leisten. Die Räteregierung erklärte sich nunmehr zur Annahme der von den Verbündeten gestellten Bedingungen bereit. Am 28. Februar traf ihre Abordnung von neuem in Brest ein. Verhandlungen fanden nicht mehr statt. Am 3. März wurde der Friede unterzeichnet, in dem die Selbständigkeit Finnlands und der Ukraine anerkannt wurde und Russland auf Kurland, Litauen und Polen verzichtete, sowie Batum und Kars abtrat, während es der Bevölkerung Livlands und Estlands überlassen wurde, ihr künftiges Schicksal selbst zu bestimmen.

Damit war Russland aus dem Weltkriege ausgeschieden.

14. Abschnitt.

Die Haltung der Türkei und der Balkanstaaten. — Niederwerfung Serbiens, Montenegros und Rumäniens.

Von **Franz Carl Endres,**

kais. osman. Major a. D. — Gauting bei München.

Literatur:

Eigene orientalische Tagebücher aus den Jahren 1914 und 1915. — Briefe und Dokumente aus den Jahren 1916—1918. — Endres, Franz Carl, Der Weltkrieg der Türkei, Berlin 1920. — Egelhaaf, Gottlob, Historisch-politische Jahresübersicht, Stuttgart 1915—1919. — Lepsius, Dr. Johannes, Deutschland und Armenien, Potsdam 1919. — Derselbe, Der Todesgang des armenischen Volkes, Potsdam 1919. — Immanuel, Oberst, 33 Monate Krieg, Berlin 1917. — Endres, Franz Carl, Der Krieg gegen Rumänien, München 1917. — Nowak, Karl Friedrich, Der Weg zur Katastrophe, Berlin 1919. — Stegemann, Hermann, Geschichte des Krieges, Stuttgart 1917—1919. — Egli, K. Oberst, Das 3. Jahr Weltkrieg, Zürich 1918. — Olberg, A. v., Major, Der Siegeszug durch Rumänien, Berlin 1918. — Vogel, W., Hauptmann, Die Befreiung Siebenbürgens und die Schlachten bei Targu Jiu und am Argesch, Oldenburg i. Gr. 1918.

Die Türkei im Kriege.

Der Balkankrieg hatte das Balkanproblem nicht endgültig gelöst. Daran war zum Teil die unklare Politik der Mittelmächte, zum Teil auch der Wunsch Russlands Schuld, in der Gruppierung der Balkanmächte den eigenen Einfluss zwischen Österreich-Ungarn und die Türkei möglichst weit vorzuschieben.

Die Türkei ihrerseits wurde von Deutschland in völliger Verkennung ihrer Schwäche umworben und zu einem Verbündeten herangezogen, wodurch die traditionelle englisch-russische Feindschaft in Vorderasien nicht nur nicht für Deutschland ausgenützt, sondern zum grössten Schaden deutscher Orientpläne beseitigt wurde.

Bei Ausbruch des Krieges hielt sich die Türkei zunächst neutral, obwohl sie augenblicklich mobil gemacht hatte. Die Türkei glaubte die Lage ausnützen zu können und kündigte am 11. Septbr. die Kapitulationen für den 1. Oktober, wodurch Deutschland am schwersten geschädigt wurde, aber trotzdem am bereitwilligsten darauf einging. Türkische Politiker glaubten diese Neutralität so lange erhalten zu können, bis sie klar sehen würden, wohin sich die Wagschale des Erfolges neigte und vergassen, dass England ein seit Jahren vorbereitetes Orientprogramm in dem entbrennenden Weltkrieg zum Abschluss bringen wollte — die Landverbindung Aegyptens mit Indien —, dem das türkische Reich zum Opfer fallen musste. England hätte eine länger dauernde Neutralität nicht zulassen können. Es forderte die Entlassung Liman v. Sanders. Die Türkei antwortete mit der Entlassung des englischen Admirals Limpus. An Stelle Englands drängte aber Deutschland die Türkei zum Losschlagen, obwohl die türkische Flotte dank der von England „beeinflussten" Tätigkeit des Marineministers Djemal Pascha (der unbegreiflicherweise später gegen die Engländer in Palästina kommandierte, völlig aktionsunfähig war, die Dardanellenverteidigungswerke ohne moderne Geschütze und Munition waren und Organisation und Bewaffnung der Landarmee ausserordentlich viel zu wünschen übrig liessen.

Admiral Souchon, der mit den deutschen Schiffen Göben und Breslau am 11. August auf der Flucht vor Ententestreitkräften im Mittelmeer in die Dardanellen eingelaufen war, griff am 29. 10. mit den formell in türkischen Dienst übergetretenen Schiffen die Russen im Schwarzen Meer an. Trotz sofortiger Entschuldigung und Ablehnung der Verantwortung seitens des Grossveziers, betrachtete Russland den Überfall als einen casus belli und erklärte am 30. 10. der Türkei den Krieg. England und Frankreich folgten mit ihren Kriegserklärungen Anfang November. England sprach sofort die Einverleibung Cyperns, das es seit 1878 besetzt hatte, aus und gleich darauf beschoss eine englische Flotte den Dardanelleneingang, wagte aber, obgleich das damals ohne jede Schwierigkeit gelungen wäre, nicht die Einfahrt. Die Türkei stellte vier Armeegruppen

auf: eine in Armenien gegen Russland, je eine ganz schwache in Palästina und Mesopotamien und eine sehr starke unter Liman Sanders bei Konstantinopel. —

Mit der armenischen Armee begann die türkische Oberste Heeresleitung eine Offensive in den Kaukasus, die nach ganz geringfügigen Anfangserfolgen am Widerstand der Russen und am Flecktyphus vollkommen zusammenbrach (Februar — Sommer 1915). Gleichzeitig waren im November 1914 türkische Streitkräfte in der persischen Provinz Aserbeidjan eingerückt und hofften den „heiligen Krieg" in Persien zu propagieren, ein Unternehmen, das von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Der „heilige Krieg", von der Türkei am 14. November verkündet, wurde in Deutschland in seiner Wirkung weit überschätzt. Er hatte gar keine Wirkung, sondern stellte sich im Grossen und Ganzen als ein politischer Bluff dar, an den im Orient selbst niemand glaubte. In Arabien vollends lachte man über diese Erklärung, da man den türkischen Sultan für gar nicht berechtigt hielt, die Würde des Khalifats zu bekleiden.

Im Frühjahr 1915 wurde die militärische Lage der Türkei an den Dardanellen kritisch. Schon am 2. Januar hatte England der Pforte ganz offiziell seine Absicht angekündigt, die Dardaneleneinfahrt zu erzwingen, wenn die türkischen Vorbereitungen zum Angriff auf den Suezkanal nicht aufhören würden. Am 26. Februar begannen englische und französische Panzerschiffe das Feuer gegen die Aussenforts. Zum Glück für die Türkei hatten Deutsche die Einrichtung der Verteidigungsanlagen übernommen und es war gelungen, trotz unsagbarer Transportschwierigkeiten in Rumänien (die Bahn Budapest—Belgrad—Nisch—Sofia—Adrianopel wurde erst am 15. Januar 1916 frei), einige moderne Batterien an der Meerenge aufzustellen, eine Minensperre herzustellen und so die Hindernisse der Durchfahrt einigermassen schwierig zu gestalten. Trotzdem wäre auch noch im Februar bei grösserem Einsatz und höherer Energie den Engländern und Franzosen die Durchfahrt gelungen. Aber über dieser Dardanellenoperation der Entente waltete von vornherein der Unstern des Unzulänglichen.

Die reinen Flottenangriffe im Februar und März 1915 vernichteten zwar die türkischen Aussenforts, vermochten aber die Hauptverteidigungsstellung an der engsten Stelle im Inneren der Dardanellen nicht einmal erheblich zu schädigen; die Angreifer büssten einige ältere Schlachtschiffe ein. Die Bedeutung dieser Einbusse wurde in Deutschland — wie jeder Erfolg — ganz wesentlich überschätzt. Nun entschloss sich die Entente zum Landangriff, wählte aber hierzu ganz unbegreiflicher Weise den Weg über die Halbinsel Gallipoli anstatt den viel aussichtsreicheren über den Nordwestteil von Kleinasien. Zunächst führte der französische General d'Amade, dem später Gouraud und Bailloud im Kommando folgten. Am 27. April gelang die Landung auf Gallipoli, der sofort ein vergeblicher Sturm auf die türkischen Landschanzen folgte. Die Landverteidigung der Dardanellen wurde in letzter Stunde General Liman v. Sanders von den Türken übertragen. Der erste Erfolg der Verteidigung wurde politisch von der Türkei dadurch ausgenützt, dass Sultan Mehmed V. den Titel „Ghazi" — wohl noch sehr unberechtigt — annahm.

Die Bedeutung der Dardanellen lag in der Tatsache, dass mit ihrem Fall Konstantinopel in die Hände der Entente gefallen wäre. Wichtiger als das — es hätte uns den Krieg an sich nur erleichtert, wenn wir den Bundesgenossen der Türkei frühzeitig verloren hätten — war die mit dem Fall Konstantinopels bedingte freie Verbindung der Entente mit Russland. Hierdurch wäre es möglich geworden, das Zarenreich mit den technischen Mitteln auszustatten, die ihm bei seinem Kampfe gegen die Mittelmächte fehlten. Und die Sperrung dieser Verbindung war wohl jeder Anspannung wert.

Im Mai, Juni, Juli und August 1915 erfolgten erneute sehr heftige Landangriffe der Verbündeten gegen die Türken, die alle fehlschlugen. Am 28. August wurden die Landungsstellen durch eine neue Landung an der Bucht von Anaforta erweitert, es gelang aber auch jetzt nicht die beherrschenden Höhen von Eltschi-Tepe und Chodja Djemen Dagh den Türken zu entreissen. Auch die allmählich auf 60 Schiffe angewachsene Ententeflotte erreichte nichts Entscheidendes mehr. Da wurde im Dezember 1915 bei der Entente der Entschluss gefasst, das Unternehmen aufzugeben, zumal auch auf dem Balkan es nicht gelungen war, die serbischen Armeen (siehe unten unter Serbien) vor dem Zusammenbruch zu retten. In der Nacht vom 19. zum 20. Dezember verliess die Nord-

gruppe der Landungskorps die Anafortaebene und Ari Burnu, am 8. und 9. Januar folgte ihr die Südgruppe bei Tekke Burnu und Seddil Bachr auf die Schiffe. Die schlechte mittlere und untere Führung der Türken versagte in diesen allerdings durch dichten Nebel erschwerten Augenblicken vollkommen, so dass die Ententetruppen, die beim Versuch in die Schiffe zu kommen, hätten vernichtet werden können, ohne grössere Einbussen das schwierige Manöver vollziehen konnten. Der zweifellose Gesamterfolg der deutsch-türkischen Verteidigung machte auf den ganzen Orient einen gewaltigen Eindruck.

Auch in Mesopotamien war das Jahr 1915 für die Türkei zunächst erfolgreich. Der erste Angriff der Engländer auf Bagdad scheiterte am 23. November bei Ktesiphon. Die englische Vorhut unter Townshend wurde in Kut el Amara eingeschlossen und konnte am 6. und 7. Januar 1916 von General Aylmer nicht entsetzt werden. v. d. Goltz übernahm das türkische Kommando. Seiner überlegenen Führung allein ist die Kapitulation Townshends (die nach v. d. Goltz's Tode erfolgte) am 26. April zu verdanken. Nach v. d. Goltz's Tode aber versank die türkische Führung unter Halil Pascha in talentlose Tatenlosigkeit. Die Kräfte, die in schwieriger Lage zwischen Engländern (im Süden) und Russen (in Persien) standen, wurden zersplittert, der Erfolg wurde nicht ausgenutzt. Eine neue Operation der Engländer unter dem genialen General Maude begann im Dezember 1916 und führte nach Kämpfen bei Kut el Amara fast zur Vernichtung der türkischen Armee Halils und zur Eroberung Bagdads am 11. März. Die Engländer dehnten sich im weiteren Verlauf des Krieges von Bagdad halbkreisförmig nach Norden aus, aber es kam wegen der Niederlage Russlands und der in Russland ausbrechenden Revolution nicht mehr zu der sehr Erfolg versprechenden konzentrischen Operation auf Mosul. Allerdings näherten sich die Engländer dieser Stadt auf eigene Faust im Frühjahr 1918 unter ihrem, dem am Fleckfieber gestorbenen General Maude folgenden General Marshall, bis auf wenige Kilometer, wobei sie grosse Erfolge gegen die sich schon völlig zersetzenden türkischen Truppen errangen, zogen sich aber im Mai 1918 aus Gründen, die noch nicht einwandfrei festliegen, wieder zurück. Es konnte ihnen politisch ja auch vollkommen genügen, Herren von Mesopotamien zu sein.

In Armenien waren die Türken, nachdem sie ihre gute Armee von 1914 zugrunde gerichtet hatten, nicht mehr zur Verteidigung ihrer Ostgrenze in der Lage, sobald die Russen mit stärkeren Kräften angriffen. Nachdem die türkische, von Konstantinopel kommende Bahn bei Angora aufhört und von hier rund 1000 km bahnloses Gelände sich ausdehnt, war an eine erfolgreiche Verteidigung gegenüber einer mit besseren rückwärtigen Verbindung versehenen russischen Armee nicht mehr zu denken. Diese Verbindungen hatte sich Russland seit 1878 im Kaukasus und russisch Armenien ganz planmässig geschaffen. Als die Russen im Januar 1916 ihre Offensive auf Erzerum eröffneten, war ihnen der Erfolg sicher. Schon am 16. Februar eroberten sie die Stadt, die als Festung — eben weil keine Eisenbahn zu ihr führte — ohne Bedeutung war. Am 17. April erreichten die Russen Trapezunt, am 30. Erzindjan und bald darauf Musch und Bitlis. Im allgemeinen blieben die Fronten in dieser Linie bis zum Ende des russisch-türkischen Krieges. Es gelang dem trefflichen Izzet-Pascha die Lage hier zu halten. Unterstützt wurde er durch den inneren Zerfall Russlands, der vom Frühjahr 1917 an im Zusammenhang mit den strategischen Verhältnissen an der russischen Westfront eine gross angelegte Offensive in das eisenbahnlose und wegearme Anatolien nicht mehr erlaubte. Mit dem Beginn der russischen Friedensverhandlungen erstarb alle militärische Tätigkeit. Am 17. Januar verlangten die Türken in Brest-Litowsk die Räumung türkischen Gebietes und besprachen sich mit der Ukraine über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessen im Kaukasus. Hier spielten die Türken im Jahre 1918 noch ein ganz unfruchtbares politisches Spiel, indem sie, den Russen in russisches Gebiet vertragswidrig nachrückend, Eroberungspläne im Kaukasus verfolgten, und damit unsere Politik schwer kompromittierten.

Im Lauf des Krieges kam der Hass der Türken gegen die Armenier in Formen zum Ausbruch, die aller Kultur Hohn sprechen und deutlich bewiesen, dass es unmöglich ist, dass die Türkei ferner noch ein christliches Volk beherrscht. Als Antwort auf eine am 14. Mai 1915 entdeckte angebliche armenische Verschwörung, nach der die Minister getötet und die Macht in armenische Hände übergehen sollte, begann die planmässige Ermordung und Deportation der Armenier. Die Greuelszenen bei der Vernichtung dieses fleissigen, hochintelligenten, hochkultivierten Volkes

spotten aller Beschreibung. Weit über eine Million Armenier sind buchstäblich hingemordet worden. Die deutschen Behörden, zu grösster Schüchternheit gegenüber den Türken von Berlin aus veranlasst, taten das Wenige, was sie tun durften. Die Türken wiesen jeden Einspruch als eine Einmengung in innere türkische Verhältnisse zurück. Die Zensur in Deutschland verbot die schon während des Krieges bekannt gewordenen Verhältnisse dem durch falsche Berichte irregeführten deutschen Volke klar zu machen. Die Weichheit und Ängstlichkeit den Türken gegenüber und das unverantwortliche Schalten der Zensur haben deutsche Generale und Beamte und letzten Endes das deutsche Volk in den ganz unbegründeten Verdacht gebracht, als billigten sie oder unterstützten gar das verbrecherische Verhalten der türkischen Regierung und ihrer Zivil- und Militärbehörden.

Die Entscheidung des Weltkrieges fiel in Palästina. Hier glaubte man auf deutscher und türkischer Seite 1915 eine Armee bilden zu können, mit der man den Suezkanal überschreiten und England in Ägypten angreifen wollte. Nur die militärisch dilettantenhafte Auffassung der türkischen Behörden einerseits und der in türkischen Fragen unverbesserliche deutsche Optimismus andererseits konnten entscheidende Erfolge gegen Ägypten für möglich halten. Nur deutsche Truppen hätten es vermocht. Enver Pascha „erlaubte“ aber nicht die Verwendung geschlossener deutscher Truppen. Er entledigte sich des ihm politisch unbequemen Marineministers Djemal Pascha, indem er den strategisch ganz Unfähigen, politisch höchst Verdächtigen zum Oberkommandierenden an wichtigster Stelle — gegen Ägypten — ernannte. Damit war die Operation schon im Keime zur Erfolglosigkeit verurteilt. Auch die Ideen von einer militärischen Mitwirkung der Senussen und vor der Möglichkeit den Sudan zu insurgieren, waren fruchtlos.

Kleine Abteilungen der Türken gelangten an den Kanal, ein Versuch mit stärkeren Kräften den Kanal zu überschreiten, scheiterte Februar 1915 bei El Kantara. Den Schwierigkeiten der 12 Märsche breiten Sinaiwüstenstrecke war türkische Organisation und Ausrüstung nicht gewachsen. Nach kleineren Gefechten im Jahre 1915 und 1916 beginnen die Engländer Ende 1916 unter gleichzeitigem Bau einer Wüstenbahn von El Kantara über El Arisch bis in die Gegend westlich Gaza ihrerseits die Offensive nach Palästina unter Führung des sehr tüchtigen Generals Allenby und mit 180—200 000 Mann. Gleichzeitig operierten die Engländer gegen El Akaba.

Die Mithilfe der von den Türken ganz unrichtig behandelten Araber hatten die Engländer schon in den letzten Jahren vor dem Kriege sich durch Geldzahlung und Versprechungen gesichert.

Im März 1917 griff eine englische Vorhut in Unterschätzung des Gegners den rechten Flügel der in Linie Gaza-Bir es Seba stehenden Türken an und wurde abgewiesen. Erst im Oktober schritt Allenby zum operativen Angriff. Er vermochte die durch türkenfreundliche arabische Truppen schlecht verteidigte Front bei Bir es Seba zu durchbrechen und Gaza zu umgehen, das am 7. Novbr., als es von den Engländern angegriffen wurde, schon geräumt war. Den weichenden Türken folgte Allenby mit Nachdruck und mit Unterstützung seiner Flotte, die ein Festsetzen des türkischen rechten Flügels am Meeresufer durch Landungsdrohung in dessen Rücken stets zu verhindern wusste.

Djemal Pascha wurde abgesetzt, der türkischen Verhältnissen keineswegs gewachsene General Falkenhayn ersetzte ihn im Kommando.

Am 11. Dezember fiel Jerusalem, ein militärisch belangloser aber moralisch kaum zu überschätzender Verlust der Türken. Die heilige Stadt der Christenheit war nach fast tausendjähriger Herrschaft der Ungläubigen den Christen wieder gewonnen. Von Jerusalem aus richteten sich die englischen Operationen teils im westlich des Jordans gelegenen Gebiete in der allgemeinen Richtung nach Nablus, teils in das Ostjordanland zur Verbindung mit den Scharen des längs der Hedjasbahn operierenden „Königs der Hedjas“ Hüssein.

Liman v. Sanders, der den sehr unglücklich auftretenden Falkenhayn ablöste, vermochte mit den durch Desertion und Krankheit geschwächten Truppen der englischen Überlegenheit gegenüber, trotzdem deutsche geschlossene Truppenteile — nun da es zu spät war — erbeten und geschickt worden waren, nichts Entscheidendes mehr auszurichten. Es war ein langsames Sterben des Widerstands. — Als 1918 die deutschen Truppenverbände in die Heimat zurückberufen wurden, da reifte das Schicksal der Türkei. Am 18. September wurde die türkische Stellung, die im allgemeinen von Nablus in westlicher Richtung an das Meer führte, durchbrochen. Liman v. Sanders versuchte alles nur Denkbare, aber die Niederlage war vollkommen. Die Truppen liefen auseinander,

der verfolgenden englischen Kavallerie war nichts entgegenzustellen. Die drei türkischen Armeen (8., 7. und 4.) waren jede nur mehr wenige hundert Mann stark. Am 30. September besetzten die Engländer Damascus, am 7. Oktober die Franzosen Beyrut. Bis zu diesem Tage waren 71 000 Türken gefangen. Am 9. Oktober fiel Baalbeck, am 13. Tripolis, am 14. Homs in die Hände der Sieger.

Schon am 8. Oktober war dem nationalistischen Kabinett Talaats, der seit 4. 2. 17 Grossvezier war, in Konstantinopel das politisch indifferente Izzets gefolgt. Ende Oktober räumten die Türken, denen im übrigen auch die einzige militärische Lebensader — die Bahnverbindung mit Deutschland — durch den Zusammenbruch Bulgariens unterbunden war, Aleppo und am 31. Oktbr. schloss die Pforte einen Waffenstillstand mit der Entente, in der vergeblichen Hoffnung, von dieser rücksichtsvoll behandelt zu werden. Die Bedingungen kamen vollkommener Kapitulation gleich. Konstantinopel wurde von der Entente besetzt. Die enormen Anleihen, die Deutschland der Türkei gewährt hatte und mehr als diese, die riesige Arbeit, die deutsche Pioniere der Zivilisation seit Menschenaltern in der Türkei geleistet hatten, waren damit verloren.

Ohne dass bis heute die Friedensbedingungen formuliert wären, ist klar ersichtlich, dass die Türkei alle Gebiete südlich der Linie Taurus—Mosul, dazu Armenien und die westanatolische Küste verlieren wird. Aus dem grossen vorderasiatischen Reich wird ein kleines anatolisches Sultanat, das darauf zu warten hat, wann England es ganz zu annektieren für gut hält. —

Während des Krieges starb am 10. 2. 18 der Exsultan Abdul Hamid, am 3. Juli dessen Bruder der regierende Sultan Mehmed V. Reschad. Da der Thronfolger Jussuf Izzedin wahrscheinlich durch Mörderhand am 2. 2. 1916 umgekommen war, bestieg Wahideddin, der jüngste Bruder Mehmed V., als Mehmed VI. den Thron.

Die Niederwerfung Serbiens, Montenegros und Rumäniens.

Trotzdem Serbiens Verhalten die unmittelbare Veranlassung zum Kriege bot, entging es zunächst der Überflutung durch österreichisch-ungarische Heere, die nahezu in ihrer Gesamtheit gegen die russische Überlegenheit sich wenden mussten. Österreich konnte nur drei schwache Armeen gegen Serbien verwenden, die unter dem Oberbefehl des unfähigen General Potiorek standen. Schon am 18. August 1914 mussten 2 von diesen Armeen an die russische Front abtransportiert werden. Am 2. Dezember vermochte zwar der linke Flügel der Österreicher Belgrad zu nehmen, aber schon am 15. musste Potiorek die Stadt wieder aufgeben und ganz Serbien räumen. Versuche der Serben die Donau, Save und Drina zu überschreiten, scheiterten. Der Krieg an dieser Front verebbte zunächst. Der Krieg gegen Montenegro war von Anfang an nur in den Formen des Stellungskrieges vor sich gegangen. Die Montenegriner vermochten es nicht, Cattaro in Besitz zu nehmen, die Österreicher waren zu schwach, um den diese Stadt beherrschenden Berg, den Lovcen, zu erobern. Die Absperrung der montenegrinischen Häfen Antivari und Durazzo durch die österreichische Flotte gelang nicht. Diese recht wenig energisch geführte Flotte zog sich in den ersten Monaten des Jahres 1915 vor französischen Kriegsschiffen nach Pola und Cattaro zurück.

So vermochten Serbien und Montenegro Truppen nach Albanien zu schicken, um hier für alle Fälle ihre Interessen wahren zu können. Die Montenegriner besetzten am 2. Juli 1915 Skutari und Sanct Giovanni di Medua.

Im Herbst 1915 änderte sich die Lage in dem Augenblicke, in dem es gelang, Bulgarien auf Seite der Mittelmächte zu bringen. Bulgarien tat diesen Schritt nicht aus freundschaftlichen Gefühlen, wie vielfach angenommen wurde, sondern deshalb, weil die Entente seine Forderungen auf Rückerstattung des im 2. Balkankrieg Verlorenen bei Serbien und Griechenland nicht durchsetzen konnte oder wollte. Im September 1915 begann der Aufmarsch gegen Serbien. An der Donau führte Mackensen eine aus der österreichischen Armee Kövess (an der Save oberhalb Belgrad) und der deutschen Armee Gallwitz (östl. von Kövess an der Donau) bestehende Heeresgruppe. An der Drina bei Visegrad und an der Donau bei Orsova sammelten sich weitere kleinere Gruppen. Von den Bulgaren standen eine Heeresgruppe unter Bojadjeff östlich der Linie Zajecar-Pirot, drei weitere Armeen längs der serbischen Ostgrenze. Die deutsch-österreichisch-bulgarische Operation war wenig genial angelegt, so dass es den weit unterlegenen Serben gelingen konnte, sich der Vernichtung zu entziehen. Der linke deutsche und rechte bulgarische Flügel gerieten, nachdem die Donau

zwischen 6. und 10. Oktober überschritten war, beim Vormarsch völlig ineinander. Im allgemeinen ging Kövess auf Kraljevo, Gallwitz auf Krusevac vor, welche Punkte am 7. November erreicht wurden. Die Bulgaren nahmen am 5. November Nisch. Nun versuchte die Entente mit ihrem seit 5. Oktober bei Saloniki gelandeten Heer den Serben über Üsküb zu Hilfe zu eilen, was ihr aber nicht mehr rechtzeitig gelang. Drei bulgarische Armeen erreichten schon am 21. November Kumanovo und Veles. Sarrail konnte von Saloniki her nur mit Teilkräften auf Stip und Veles vorstossen, wurde geschlagen und gezwungen sich in Linie Dojransee—Krisolak—Cerna zu verteidigen. Im Lauf des November erreichten Kövess Novipazar, Gallwitz Pristina, die bulgarische Nordgruppe Fericovic und die Berge östlich der oberen Sitnica. Nicht einmal jetzt gelang es die auf dem Amselfelde sich noch einmal zur Wehre setzenden Serben völlig einzukreisen. Sie vermochten zu entkommen und erreichten mit beträchtlichen Kräften Albanien und Montenegro, wohin ihnen Kövess folgte, der am 2. Dezember den Lim erreichte. Von Albanien aus gingen die Reste der serbischen Armee nach Korfu, wurden dort von der Entente wieder neu ausgerüstet und bildeten in der Folgezeit in einer Stärke von 80 000 Mann mit die wertvollsten Bestandteile der Armee von Saloniki. Das serbische Heer hat im Weltkriege bewiesen, was den Kennern Serbiens nicht erstaunlich war, dass dieses Volk das intelligenteste und soldatisch tüchtigste des Balkans war. Diesen Eindruck musste jeder, der nicht voreingenommen war, schon im Balkankrieg gewinnen. Die Bulgaren und Teile von Gallwitz erreichten am 4. Dezember Monastir, am 8. Dezember die Linie Debra-Strugha-Ochrida. Serbien war damit völlig besetzt, aber gleichzeitig bereitete sich einer der entscheidendsten Fehler der deutschen Kriegführung vor.

Die Salonikiarmee Sarrails, am 10. und 11. Dezember 1915 von den Bulgaren unter Todorow in der Gegend von Dojransee-Gjevgeli entscheidend geschlagen und zum Rückzug nach Griechenland gezwungen, wurde n i c h t über die griechische Grenze verfolgt, n i c h t in ihre Schiffe zurückgetrieben. Dieser unverzeihliche Fehler rächte sich bitter. Die Salonikiarmee blieb eine ständige Bedrohung der deutsch-türkischen Bahnverbindung, band dauernd sehr starke Kräfte und gestattete der Entente, Griechenland zu sich herüber zu ziehen. Was 1915 und Anfang 1916 leicht gewesen wäre — die Vernichtung Sarrails — wurde später, nachdem die Entente, die die Bedeutung der Salonikiarmee schärfer erkannte und diese Armee gewaltig verstärkte, immer schwerer und schliesslich unmöglich.

Der Angriff dieser Salonikiarmee im Herbst 1918 gegen die am Bündnis mit den Mittelmächten satt gewordenen Bulgaren war es, der den Zusammenbruch Österreichs und der Türkei und damit zu grossen Teilen auch den Deutschlands entschied.

In M o n t e n e g r o führte Kövess unterdessen einen für die grossen Fragen der Kriegsentscheidung ganz gleichgültigen Feldzug, der am 11. Januar 1916 die Eroberung des Lovcen, am 13. Januar die Besetzung von Cetinje und am 14. die Unterwerfung des Königs Nikolaus brachte. Schon am 17. Januar widerrief er seine Unterwerfung. Am 26. Januar war das ganze Land von den Österreichern besetzt. Albanien fiel bis an die Vojusa in österreichische Hand (23. 1. Skutari; 29. 1. Alessio; 9. 2. Tirana; 27. 2. Durazzo).

Auch diese Eroberungen bedeuteten nicht viel, so lange eine grosse feindliche Armee im Umkreis von Saloniki auf dem Boden des Balkans stand.

Als am 27. August 1916 R u m ä n i e n an Österreich-Ungarn den Krieg erklärte, hätte sich schon damals eine für die Mittelmächte verhängnisvolle gemeinschaftliche Operation ergeben, wenn nicht, was niemand erhoffen durfte, die rumänische Führung vollkommen versagt hätte. —

Rumänien hatte sich zunächst von beiden Seiten seine Neutralität sehr hoch bezahlen lassen. Mit dem Herzen stand es seit der österreichischen Balkanpolitik der Jahre 1907 und 1908 und seit den Erfahrungen, die es mit Ungarn hinsichtlich der Frage der in Ungarn lebenden Rumänen machte, auf Seite der Entente von Anfang an. Dazu kam die sich aus den Ereignissen der letzten Jahre ergebende „natürliche" Feindschaft zu Bulgarien und die Unmöglichkeit, mit dem mächtigen vor der ganzen Ostgrenze liegenden Russland in Feindschaft zu leben.

Der rumänische Aufmarsch ignorierte die Salonikiarmee und richtete sich ausschliesslich gegen Siebenbürgen. Diese Vernachlässigung der strategischen Forderung gegenüber der politischen Erfolgssucht verlor Rumänien den Krieg. In der Dobrudscha hoffte man mit schwachen Kräften

eventuell unterstützt von den Russen, einen bulgarischen Angriff aufhalten zu können und überschätzte die politische Wirkung eigener Anfangserfolge in Ungarn. 3 rumänische Armeen marschierten in Ungarn ein, die 3. aus der Linie Piatna-Ocna, die 2. aus der Linie Focsani-Buzeu-Ploesti, die 1. in Gruppen vom Roten Turmpass, Vulkanpass und aus der Gegend von Orsova. Im Ganzen waren die 3 Armeen, etwa 300 000 Mann stark. Die 4. rumänische Armee stand an der bulgarischen Dobrudschagrenze. Rumänien verfügte des Weiteren noch über etwa 400 000 Mann Reserven.

Österreich war nicht mehr in der Lage, sich dieses neuen Feindes zu erwehren. Der Feldzug wurde im grossen und ganzen von Deutschland, Bulgarien und der Türkei geführt. Schon am 2. September überschritt die Heeresgruppe Mackensen die Dobrudschagrenzen, nahm am 6. den Brückenkopf Tutrakan, schlug am 5. die Rumänen bei Dobritsch, zog am 10. in Silistria ein, vermochte es aber nicht, die Rumänen und Russen, wie geplant, am 13. in der Stellung Oltinasee-Parachioi-Aptaat-Musubey- Tschifutkujusu-Cara Omer zu vernichten, sondern nur in die weiter nördlich gelegene Stellung Rasova-Cobadinu-Tuzla zu drücken. Erst nach heftigen Kämpfen gelang es Mackensen am 20. Oktober den Feind hier zu schlagen. Am 22. fiel Constantza, am 23. Medgidia in Mackensens Hand.

Damit war die für Rumänien wichtigste Verbindung mit Russland abgeschnitten. Am 25. besetzten die Truppen Mackensens auch Cernavoda. Die russisch-rumänische Armee zog sich in die nördliche Dobrudscha zurück.

Einstweilen waren die drei rumänischen Hauptarmeen in Siebenbürgen eingefallen, wo sie kaum Widerstand fanden. Am 12. September stiessen sie bei Hermannstadt und Hatszeg auf deutsche Truppen der Armee Falkenhayns, die sich nördlich Hermannstadt bereitstellte, in naher Nachbarschaft mit einer österreichischen Armee des General Arz. Während letztere in östlicher Richtung vorging, nahm Falkenhayn die 1. rumänische Armee zum Operationsziel, von der er Teile am 27. September im Gefecht von Hermannstadt zersprengte, während am 26. schon bayerische Truppen im Rücken der Rumänen den Roten Turm-Pass besetzt hatten. Am 3. Oktober erreichte die Armee Falkenhayns die Linie Fogaras-Bekokten, bereit, die 2. rumänische Armee anzugreifen. Diese zog in östlicher Richtung ab. Am 7. Oktober kam es in Kronstadt zu heftigen Gefechten, die am 8. zur Schlacht sich verdichteten. Die Rumänen wurden geschlagen. Nun galt es, während die österreichische Armee sich sehr langsam gegen die Ostgrenze Siebenbürgens bewegte, die Gebirge an der Südgrenze zu überwinden und in Rumänien einzudringen.

Am 16. November erfochten deutsche Truppen bei Targu-Jiu den Austritt aus dem Gebirge, nahmen am 22. November Crajova weg und marschierten, unterstützt von einer Abteilung der Armee Mackensen, die am 23. November als „Donauarmee" die Donau bei Sistovo (Svistov) überschritten hatte, auf Bukarest. Aber auch dieser Operation nach Rumänien hinein blieb der volle Erfolg — der in der Vernichtung des rumänischen Heeres hätte bestehen können — versagt. Mackensen kam zu spät aus der Dobrudscha an den Sereth, und die operative Umfassung der Rumänen von Kronstadt und östlich her kam ebenfalls zu spät. So verblieb die Entscheidung im grossen und ganzen der Truppenleistung und mittleren Führung. Der grosse Gedanke — wenn er je rein und klar bestanden hatte — verwischte sich.

Die rumänische Führung, von französischen Beratern unterstützt, konnte es daher wagen, eine grosse Schlacht westlich von Bukarest am Argesul anzunehmen, die vom 30. November bis zum 3. Dezember währte. Während der südliche angreifende Flügel der Rumänen vorübergehende Erfolge erzielte, konnte sich der rechte Flügel gegenüber den aus dem Gebirge hervorbrechenden Kolonnen der Generale Krafft von Delmensingen und Morgen nicht halten und daher mussten die Rumänen abziehen. Am 6. Dezember zogen die Verfolger kampflos in der sehr starken Festung Bukarest ein. Die russisch-rumänischen Truppen marschierten ungestört an den Sereth ab. Immerhin hatten die Rumänen bis dahin etwa 150 000 Gefangene und 400 Geschütze eingebüsst.

Der weitere Vormarsch der Armee Falkenhayn (9. Armee) ging am Fusse des Gebirges entlang nach Osten mit den Zielen Buzau, Rimnicul Sarat, und Focsani. Die Donauarmee marschierte gegen Braila und den Sereth zwischen Braila und Focsani. In der Linie Vizirul-Filipesti-Buzau kam es zu hartnäckigen Gefechten. Kövess, der nördlich von Arz operierte, und Arz selbst wurden durch russische Gegenangriffe im ostsiebenbürgischen Grenzgebirge festgehalten.

Die Dobrudschaarmee (Mackensen hatte den Gesamtoberbefehl übernommen) hatte erst am 15. Dezember die Linie Cogealac-Cartal-Harsova erreicht, und am 24. war sie zum Angriff auf Macin östlich Braila bereit. Erst Ende Dezember war das südliche Donauufer in ihrer Hand. Damit war, wenn die 9. und Donauarmee den Sereth erreichten, nur wieder eine gerade Front vor einem mächtigen Hindernis gegeben.

Das Vorgehen dieser Armeen fand aber heftigen Widerstand in den Weihnachtstagen bei Rimnicul Sarat, wo Russen und Rumänen die Verbindung zwischen Moldau und Walacheiverteidigung unbedingt festhalten wollten. Am 26. Dezember wurde die Stellung der Russen südwestlich Rimnicul Sarat durchbrochen, am 27. ein grosser russischer Gegenangriff abgewiesen und gleich darauf errangen die Deutschen (namentlich Bayern zeichneten sich hier aus) die Entscheidung.

Der Beginn des Jahres 1917 fand die deutschen Truppen in kräftigster Offensive gegen den Sereth. Russische Gegenangriffe wurden zurückgewiesen, am 8. Januar fiel die Festung Foksani in deutsche Hand. An der Serethlinie endete der Krieg mit Rumänien.

Der Erfolg des Feldzuges war in vieler Hinsicht beachtenswert. Der rumänische Gegner war — wenn auch nicht vernichtet — so doch auf Monate hinaus militärisch ausgeschaltet. Die erreichte Frontlinie erlaubte zwar ohne erhebliche Vermehrung der Truppen keine Fortsetzung der Offensive, liess aber andererseits auch eine russische Offensive leicht abwehren. Der Gedanke der Entente, durch Rumänien die Kriegsentscheidung zu bringen, war gescheitert.

Wirtschaftlich brachte Rumänien neue Vorräte an sehr knapp gewordenen Brenn- und Schmierölen, wenngleich die Engländer sehr umfangreiche Zerstörungen in den Erdölgebieten vorgenommen hatten, die bis Braila freie Donau ermöglichte Transporte aller Art.

---

15. Abschnitt.

Japan im Weltkrieg.

Von Generalmajor z. D. Dr. **Karl Haushofer,**

Privatdozent an der Universität München.

Literatur:

Archiv für den fernen Osten, I.—IV. Jahrg. Herausgeg. v. Deutsch-Chin. Verbande E. V. durch Geh. Admir.-Rat Dr. W. Schrameier, Berlin, Karl Curtius. — C. Brackmann, Das Ministerium Okuma. Asien 1918, Heft 12. — Derselbe, Das Ministerium Terautschi, Asien 1919, Heft 4 ff. — Jones Jefferson, The fall of Tsingtau, Boston-New York 1915, Houghton Mifftin Co. — Sämtliche wichtigen deutschen Veröffentlichungen sind im Archiv für den fernen Osten genannt oder besprochen.

Kriegskarte und rein kriegerisches Geschehen haben im Weltkrieg bei den Mittelmächten politische Lage und Leitung aus dem Gesichtskreis der Massen zu ihrem Schaden verdrängt. Im Gegensatz dazu tritt bei Japans Anteil am Weltkriege die Leitlinie des rein kriegerischen Handelns, des von militärischer Befehlsgewalt, ausführender Volkskraft und feindlicher Waffen-Gegenwirkung bestimmten Geschehens in den Hintergrund vor dem ausschliesslich mit Mitteln der Politik durchgeführten Staatszweck: Dank seiner Armfreiheit fernab vom Wirbel des europäischen Kampfes um's Dasein.

So war es möglich, dass das starrste Werkzeug des Staatswillens, das Heer, in Japan nicht nur niemals den Händen am politischen Steuer entglitt, sondern seine beherrschende Führung, das Mass seines bewussten Einsatzes für die Zwecke der Politik soweit ging, dass sogar deren Mittel — und zwar nicht nur die der äusseren, sondern in hohem Grad der inneren, der Partei-Politik —

bestimmend für den Gebrauch der Streitmittel blieben, ohne im wesentlichen deren höchst zweckmässige Führung zu gefährden.

So bietet das Auftreten Japans im Weltkrieg für die engeren Kriegswissenschaften wenig Lehrreiches, kaum irgendwelche neue Erfahrung, kriegspolitisch aber geradezu ein Musterbeispiel für klug im Rahmen einer guten Politik verwendetes Zusammenspiel aller Machtmittel der See- und Land-Streitkräfte, für Rückwirkung ihres Auftretens auf die innere Politik, für Zusammenwirken innerer Strömungen mit den äusseren Ausdehnungszielen, und für feinfühlige Beachtung völkerpsychologischer Unterströmungen und Fernwirkungen bei der Abschätzung des Erreichbaren. Unter diesem Gesichtspunkt wird es daher zu prüfen und zu würdigen sein.

Seine ostasiatische Politik hatte Japan drei militärisch-politische Hauptaufgaben gestellt: 1. die mit dem ganzen überwältigenden Kraftüberschuss einer Grossmacht gegen vereinsamte Aussenposten spielend leicht durchzuführende Wegnahme des deutschen Besitzes in China und der Südsee, unter reinlicher Scheidung zwischen dem eigenen und dem angelsächsischen Anteil; 2. den Druck auf China u n d Russland zugleich bis zu dessen Zusammenbruch, unter Offenhaltung gemeinsamer Handlungsmöglichkeiten; 3. nach Russlands Fall die Etappen-Aufgabe grossien Stils der Aufrechterhaltung derjenigen Kräfte in Russland, von denen die ostasiatische Poltik die Herstellung haltbarer Zustände in Nordasien erhoffte, und die elastische Wahrung des in Ostasien errafften Reichs-Gutes. Japan ist dabei, wenigstens nach der Meinung seiner e i g e n e n Führer, nach einer anfänglich draufgängerischen Haltung immer vorsichtiger und zurückhaltender in der Verwendung seiner Machtmittel geworden.

Für den nicht mit parlamentarischer Regierungsweise vertrauten mitteleuropäischen Beobachter ungewöhnlich und daher bemerkenswert ist dabei, dass Japan für jede dieser drei verschiedenen Aufgaben mit der wechselnden politischen und militärischen Lage auch drei verschiedene Ministerien verwendete: Okuma-Kato für die erste, Terauchi für die zweite und Hara Kei-Uchida (das Partei-Ministerium der Seyukai) für die dritte, und dass diese aussenpolitisch wie parteipolitisch so ganz verschieden gerichteten Ministerien jeweils fertig bereitstanden und nur darauf warteten, in Aktion zu treten. So wird es zur für Japan wichtigsten kriegsgeschichtlichen Tatsache, dass gerade sein Auftreten im Weltkriege, ähnlich wie etwa seinerzeit Englands Anteil an den Kriegen um die Wende des siebzehnten zum achtzehnten Jahrhundert, den auf dem Wege der Evolution in der Stille vollzogenen Übergang zur parlamentarischen Regierung als vollzogen beleuchtet, — eine Wendung, die mit der vollen Kraft des status nascendi sich in alle Begebenheiten hinein auswirkt, so sehr, dass sie der wichtigste Schlüssel zu ihrem Verstehen wird. Deshalb wurde dieser Zusammenhang vorangestellt und besonders betont, weil er dem nicht mit japanischen Verhältnissen vertrauten Beobachter leicht entgeht.

Nun zum Gang der Ereignisse: Weltpolitische Ehre und Vorsicht, zusammenfallend mit Rücksichten ostasiatischer Flur-Bereinigung, örtlichen Gewinns und Parteivorteils — (Wunsch der Partei-Koalition Okumas nach einem raschen, das lose Gefüge gegenüber der geschlossenen Mehrheit der Seyukai zusammenballenden Erfolg) — hatten Japan bestimmt, seiner Bündnispolitik treu zu bleiben und in ihrem Sinne gegen Deutschland loszuschlagen. Daran konnte bei der Konstellation des Kriegsausbruchs niemand zweifeln, der die wirklichen Kraftverhältnisse in Tokyo kannte und wusste, wie vergeblich alle Versuche geblieben waren, die von vaterlandsliebenden und ehrenhaften Minderheiten in Deutschland sowohl als Japan gemacht worden waren, um das von ihnen gesuchte freundliche Verhältnis zwischen beiden Ländern anzubahnen. Ein solches Verhältnis wäre sowohl vor 1895, als wieder zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts möglich gewesen, hätte sich aber auch später noch, wenn auch mit grösseren Opfern von deutscher Seite, gewinnen lassen. Sogar 1914 war noch Raum für dahinzielende, wenn auch vergebliche Bemühungen. Gerade für Kenner der japanischen Mobilmachung, ihrer glatten Vorbereitung von Seetransporten einzelner Divisionen und des Zusammenwirkens von Heer- und Flotten-Streitkräften hat die Vorbereitung des Belagerungskorps für Schantung so lange gedauert, dass der Gedanke sich aufdrängt, ob nicht etwa noch für Abmachungen mit den Bundesgenossen oder politische Sonderzwecke Zeit gewonnen werden sollte. England scheint mehr zu gemeinsamem Vorgehen auf See, als zur Landung auf Schantung gedrängt zu haben. Ungleich schneller ging der Wettlauf

zwischen japanischen und britischen Flottenteilen nach dem deutschen Inselreich in der Südsee vonstatten: Ende September bis Mitte Oktober waren die entscheidenden Mittelpunkte im wesentlichen nördlich des Äquators in japanischen, südlich des Äquators in australisch-britischen Händen.

Das Vorgehen gegen Tsingtau steht im Zeichen ruhiger Vorsicht, die mit dem Mindestaufwand an Kraft ein sicheres Ziel zu erreichen strebt, nur zeitweilig von unsachlichen Motiven, wie Mehrung des Prestiges gedrängt wird. Am 18. 9. erfolgte die erste Landung der japanischen Landstreitkräfte auf chinesischem Boden an der Lauschan-Bucht (nachdem seit Ende August eine vereinigte britisch-japanische Seeblockade vorgearbeitet hatte); diese Kräfte schoben sich vorsichtig von Nordosten heran, unterbrachen die Bahn und ermöglichten, während einer ersten Demonstration (Beschiessung von der Seeseite am 28. 9.) eine weitere Landung nur mehr vierzig km vom Hafen. Auch dem deutschen Stützpunkt gegenüber ist das im Russenkrieg erprobte Heranschieben von Truppenteilen in zusammenwirkenden Vorschieben von See- und Landstreitkräften durchgeführt worden. nach operativ und taktisch von 1904 bekannten Mustern. Man hat erprobte Erfahrung planmässig ohne gewaltsame Abkürzungsversuche angewendet, denn man hatte Zeit und konnte Kräfte sparen. Das endgültige Zusammendrücken der deutschen Minderheit in ein flüchtig verschanztes Seebad mit einigen Batterien und seine Wegnahme mit stürmender Hand, von gewaltiger Übermacht durchgeführt, am 7. November, war nur eine Sache der Aktschluss-Regie, der politischen mehr als der militärischen, und wurde auch von den Japanern so angesehen. Die Teilnahme britischer Kräfte war formal, wie auch die japanischer Schiffe an dem Seegefecht gegen das Geschwader Spee bei den Falklands-Inseln. Programmässig verlief auch die Besitzergreifung der deutschen Bahn bis Tsinanfu und der deutschen Kohlenbergwerke. Fünf Monate später wurde die Schantung-Bahn von der südmandschurischen Eisenbahngesellschaft mit 350 ihrer Beamten übernommen. Von da ab war die ganze japanische Kraft frei und konnte den natürlichen Druck ihres Erfolgs und ihrer Masse auf Russland und China wirken lassen. Die gegen Russland verfolgten und Frühjahr 1916 endgültig erreichten Ziele waren: Das Stück Chanchun-Charbin der südmandschurischen Bahn und damit diesen Handelsmittelpunkt selbst, sowie die Sungarischiffahrt in die Hand zu bekommen; ferner eine Vorzugsstellung in Nordsachalin und den nördlichen Küstengewässern und Niederlassungsfreiheit in Russisch-Nordostasien zu erlangen. Die Gegenleistung Japans waren Gewährung von Rückenfreiheit und hochbezahlten Kriegslieferungen, dann Entgegenkommen in der Frage der Äusseren Mongolei (inzwischen hinfällig geworden) und der wirtschaftlichen Durchdringung von Teilen der chin. Provinz Heilungkiang. Schwerer durchschaubar sind Japans kriegspolitische Ziele in China. Ihre Folgerichtigkeit wird im Westen leicht überschätzt, wo die tatsächlich erfolgten Systemwechsel nicht so bekannt geworden sind. Solche innerchinesische Zersetzungsvorgänge, wie das Ausschalten Yuanschikais, die beginnende Zerlegung des Reiches in eine mongolisch-burjätische, eine nordchinesisch-zentralistische und eine südchinesisch-radikale Machtgruppe haben den Nachbarn oft zur Stellungnahme gezwungen, ob er wollte oder nicht. So hat sich das Bild fortwährend geändert, und es konnte vorkommen, dass eine klug geführte, heute vor den höchsten Erfolgen, (wie das Hioki-Abkommen unter Kato) stehende Politik sich morgen vor gänzlich veränderter Lage und neuen unerwarteten Widerständen sah. Verfügt doch das scheinbar wehrlose China über Waffen, wie die des wirtschaftlichen nationalen Boykotts, der, gegen Japan angewendet, den Firmen von Osaka allein in kurzer Zeit Millionenschäden zufügte. Durch die Tatsache, dass ein solcher, mit Gewaltmitteln unüberwindlicher Widerstand, wie bereits früher in der Sache der Pratas-Inseln, eine so zielbewusste Grossmacht zum Zurückweichen und Kompromiss bestimmt, wird bewiesen, dass von einer Egyptisierung Chinas noch keine Rede sein kann. Wahrscheinlich wird sich auch jetzt das chinesische Wort bewähren, wie seit Jahrtausenden: „China ist ein Meer, das alle Flüsse salzig macht, die sich darein ergiessen.“

Mit dem Zusammenbruch Russlands trat aber in China, wie im russischen Kolonialgebiet eine kontinentale, wehrpolitische Aufgabe an das Inselbogen-Reich heran, die zum Teil weit über die eigentlichen Wünsche des Gesamtvolkes und seiner Vertretung hinausging, und die derzeitige Aufnahmefähigkeit seiner staatlichen Lebensform überstieg. Daneben darf ja auch nicht übersehen werden, dass gleichlaufend eine Verstärkung der ozeanischen Machtmittel einherging und dass die innerpolitischen Parteiverhältnisse zunehmend auf die Kraftentfaltung zu Lande einwirkten.

Bis jetzt hat sich die innere Struktur und der geopolitische Instinkt Japans den ungeheuren Umschlägen völlig gewachsen gezeigt, die der Weltkrieg mit dem wechselnden Gewicht Russlands, der schwankenden Bewegungsfreiheit der angelsächsischen Mächte im Osten, dann dem in Japan, wie auch in China in diesem Grad nicht erwarteten und gewünschten Zusammenbruch der Mittelmächte auch für die ostasiatische Statik mit sich brachten. Das trat vor allem in der Art hervor, wie sich die drei grundverschiedenen Kriegskabinette des Reiches: Okuma-Kato, Terautschi und Kei Hara-Uchida als Träger und Ausdruck je eines bestimmten Ausdehnungsideals und seiner typischen Ausbreitungsform erwiesen, und wie sich die öffentliche Meinung zu ihrer Kriegspolitik stellt.

Graf Okuma und sein auswärtiger Staatssekretär Baron Kato waren Spezialisten für angelsächsische Orientierung in Kultur- und Regierungsform. Okuma, ausserdem Kulturpolitiker gegenüber China und panasiatischer Demokrat, war also der rechte Mann, um die Übernahme des deutschen Besitzes in China und im Grossen Ozean in Fühlung mit den angelsächsischen Mächten zu vollziehen und China gegenüber die Ausnützung der Lage einzuleiten. Terautchi, der Mandatar des Choschu-Clanes, galt als Mann der starken Hand, als es darauf ankam, die Einwirkung auf China über das Mass dessen hinaus zu verstärken, was der durch seine chinafreundliche Vergangenheit gebundene Okuma wagen konnte. Er war auch Organisator und Vertrauensmann des Heeres, dadurch der Berufene für eine etwa nötige Festlandwirkung gegen Russland, oder mit Russland zusammen in anderer Richtung: der „Kitchener" Koreas, der seinem Vaterlande, ebenso wie jener, durch den blossen Druck seines Namens anderen politischen Druck ersparte, freilich auch mit dem gründlichen Misstrauen der fortschrittlichen Parteien belastet war. Und als es sich herausstellte, dass die Lage für so radikalen Kurswechsel vorüber oder noch nicht wieder reif war, und als die natürliche Abneigung der Südrasse gegen Abenteuer auf dem Festland in der Nordwestrichtung in den Reisunruhen zu Tag trat (oder zu Tag gefördert wurde,) da stand auch schon das Ministerium der Seyukai bereit — etwa unseren Nationalliberalen entsprechend, aber mehr links gerichtet: geführt von dem ersten bürgerlichen (heimin-) Ministerpräsidenten Kei Hara, von den Kämpfen mit Katsura her ausgestattet mit dem Kredit solider Finanzgebahrung, ja Sparsamkeit in Heeressachen und ehrenwerter Liquidation zu hoch gespannter Militärforderungen, volkstümlich, und doch durch seine Beziehungen zur finanzgewaltigen Sumitomo-Bank im Vertrauen der gediegenen Geldgeber — trotz einer leichten Korruptionsfärbung der Partei von Zucker- und Marine-Skandalen her. Für Ausdehnungsfragen stand ihm ein Vertreter des Zuges nach Süden nahe: ein Freund der friedlicher Durchdringung der südlichen Inselflur, Yosaburo Takekoshi. Ein solches Partei-Ministerium war wie geschaffen zur Vorbereitung des Friedens. Es konnte Japan unter Rettung von möglichst viel des gewonnenen Gutes, unter Wahrung des Gesichts und klug festgelegter Rechtstitel, in eine demokratische Weltversöhnungsära oder doch in ihren Cant hinüberführen, wenn auch die Beziehungen zu Amerika durch die liberalen Seyukai-Ministerien in der Regel schärfer gespannt wurden, als durch die konservativen. Es war auch geeignet, den Schwerpunkt auf die neugewonnene Seehandels-Geltung zu legen und sie auszubauen, und die nordwestlich ins Feuer gelegten Eisen für spätere Weiterbearbeitung einstweilen wieder an den kälteren Rand bereitzurichten. Der Minister des Äussern Baron Uchida war ein Kenner Russlands und galt als dessen Freund, auch wohl als befähigt, mit auswärtigen Kommissaren der Bolschewisten so vorurteilslos zusammenzuspielen, wie Palmerston mit den Carbonari.

Der Zug nach Süden hat eine erste Befriedigung erfahren: den Zuwachs an Seeraum durch Einverleibung des Südsee-Inselreichs bis zum Äquator, siedelungsgünstig und zum Teil rassenverwandt, wenn auch — alle Inseln zusammengerechnet — nur mit der Landfläche eines thüringischen Kleinstaats. In der nordwestlichen Grundrichtung, der der Landbrücken, haben während des Krieges Ausdehnungsbewegungen stattgefunden, die Japan ohne Kampf auf Leben und Tod nicht wieder rückgängig machen wird: das Vorschieben seiner Bahnen nach Charbin und Tsitsikar, wenn nicht bis an den Aigun-Bogen des Amur, das Fischereirecht in allen nordostasiatischen Küstenmeeren, die Schiffahrt auf Amur, Sungari und Ussuri (nach Aufhebung des russischen Aigun-1859- und Ili-1881-Vertrags), also die vollkommene Beherrschung des Verkehrs, der die festländische Gegenküste umspannt. Nachdem Russland wie China sich den vollzogenen Tatsachen rechtsgültig gefügt hatten, sind die anderen Mächte schrittweise mit der ausdrücklichen Anerkennung von Japans

Sonderrechten nachgefolgt, zuletzt die Vereinigten Staaten. Was an augenblicklichen Erfolgen darüber hinausgeht, die Rolle des Ordners in Sibirien, das Handlegen auf die Lebensader von Wladiwostock über Irkutsk kann eine Kriegswoge sein, die ohne Schaden für die japanische Reichsentwicklung zurückebbt: sie sind Nebenwirkung einer grossen Etappenaufgabe, die mit nur drei Divisionen durchgeführt worden ist und deshalb nicht ohne gelegentliche Verluste abgehen konnte.

Wenn von dieser mehr organisatorischen als kriegerischen Leistung, die in loser Fühlung mit den Entente-Mächten, aber in enger militärischer mit China durchgeführt wurde, auch kein dauernder politischer Machtzuwachs verbleiben sollte, so brachte sie doch jedenfalls erweiterte Landeskenntnis, verwaltungstechnische Erfahrung und eine Vermehrung des Machteindrucks bei den Völkern des Festlandes. Siedelungstechnisch wird sie nach Westen kaum über das Amurgebiet hinaus Bedeutung haben, schon deshalb, weil man sich offenbar bemühte, das chinesische Gesicht, den gemeinsamen ostasiatischen Charakter dieser inneren Expedition zu wahren, was zuweilen viel Selbstverleugnung erforderte. Bei aller gelegentlichen Vergewaltigung in Einzelheiten wurde so für künftige Möglichkeiten das Zusammenarbeiten der verwandten Rassen in panasiatischem Sinn von japanischer Seite gewahrt, auch erfolgte ja die Herstellung der Ordnung in Sibirien mit sehr bescheidenen Kräften, drei Divisionen, die immer wieder abgelöst wurden; wie man überhaupt trachtete, die gesteckten Ziele mit möglichst geringem Krafteinsatz zu erreichen, und ein Auffallen nach aussen eher vermied, als suchte.

Auch die Frage, ob eine dauernde Umstellung der Hauptschlagrichtung nach Norden zu erwarten sei, die vorübergehend in der Presse (Coleman) viel besprochen wurde, darf nicht zu schwer genommen werden: eine gewisse Entwicklung des Nordens ist zwar erfolgt, auch die Durchleitung einer nördlichen Weltverkehrslinie zwischen Hondo und Hokkaido ist möglich, aber der Zug nach Süden wird vorherrschend bleiben. Die ozeanische Entwicklung, wie sie sich schon während des Krieges in einer steigenden Blüte des Werft- und Schiffbaues, einer Ausdehnung der Dampferlinien geoffenbart hat, wird der festländischen immer mehr voraneilen. Sie drückt sich jetzt schon in gewaltigen Zahlensprüngen aus: Verdreifachung der Zahl der Werften und Helligen, über eine Million T. neue Dampfer bei überall hinreichenden See-Transportmöglichkeiten für Kohle, Erz, Nahrungsmittel und andere Rohstoffe, bei einer Küstenentwicklung von fast 28 000 km Strandlinie in den vier Stamminseln allein. Dabei fallen für den Wettbewerb gegenüber Mitteleuropa die Kosten von vier Heizmonaten weg, billige Meeresernährung, gutverteilte Wasserkraft und Küstennähe aller bedeutenden Städte schaffen dauernd günstigere Erzeugungsmöglichkeiten, selbst wenn die Arbeitslöhne auf gleiche Höhe steigen würden. Solche Vorbedingungen bringen Seegeltungszahlen hervor, die auch dann nicht mehr einzuholen sind, wenn in Ostasien, wie es den Anschein hat, nüchterne Schätzung des Möglichen und Erreichbaren nur den ganz sicheren Kriegsgewinn politisch wertet und jedes unnötige Wagnis von sich weist.

---

16. Abschnitt.

Der Seekrieg. — Die Blockade. — Der U-Bootskrieg.

Von Korvettenkapitän **O. Groos**, Admiralität, Berlin.

Eine Anhäufung von Machtmitteln zur See ohne gleichen war dem Weltkrieg vorausgegangen. Mit der Entwicklung des „Dreadnought-Typs“ 1905 hatte England gehofft, nicht nur wie bisher durch die grössere Zahl, sondern auch durch unerreichbare Kampfeigenschaften seiner Linienschiffe sich endgültig die Vorherrschaft auf See zu sichern. Wider britisches Erwarten folgten nach

kurzem Zögern alle Grossmächte auf der neuen Bahn. Auch in Deutschland entstanden gewaltige Hellinge zur Aufnahme der neuen Riesenbauten, und der Kaiser-Wilhelm-Kanal wurde zur doppelten Grösse erweitert. Steigerung des Kalibers der Geschütze und Torpedos und Schussweiten, Steigerung des Panzer- und Unterwasserschutzes sowie der Geschwindigkeit waren Kennzeichen der neuen Entwicklung, deren gesteigertem Tempo auch die von Torpedobooten und Kleinen Kreuzern zu fordernden Leistungen entsprachen. Alle Errungenschaften der Technik wurden herangezogen, aber schon entstand unter ihrer Mitwirkung in der Zusammenfassung der tödlichsten Kampfmittel auf kleinstem Raum im Unterseeboot dem eben geschaffenen Giganten ein neuer Feind. Wie weit dieser neue Typ die bisherigen technischen und taktischen Formen der Seekriegskunst beeinflussen werde, war bei Kriegsausbruch noch nicht abzusehen. Weniger technisch als taktisch befand sich die neue Waffe noch im Werden, dementsprechend auch ihre Abwehr, daher wurde sie überschätzt.

Angesichts dieser Entwicklung drängt sich die Frage auf, welche Gründe die Festlandmächte gezwungen hatten, England auf dem Wege der kostspieligen Rüstungen zur See zu folgen. Die Wirtschaftsweise der Kontinentalvölker war der englischen immer ähnlicher geworden, die See hatte auch für sie immer mehr die Bedeutung der grossen Hauptstrasse des Verkehrs erhalten, für welche Eisenbahnlinien und Binnenwasserstrassen nur noch als Anschlusslinien betrachtet werden konnten. Daraus ergab sich die Stellung der Festlandmächte zum Seekrieg ohne weiteres. Die Wirkungen eines solchen mussten nunmehr auch für jede von ihnen gewaltige sein. Hierüber schrieb Vizeadmiral Frhr. von Maltzahn[1]) Anfang 1914 folgendes: „Der Landkrieg muss, wo nicht wie beim Inselreich England die Flotte das mitbesorgt, den territorialen Besitz wahren und die heimische Arbeit schützen. Im Seekrieg ist von dem ganzen Wirtschaftsapparat nur ein Glied zugänglich, der Seehandel, aber seine Unterbindung bringt den ganzen Betrieb zum Stillstand und zeigt, dass das ganze Land abhängig ist von der See und damit vom Seekriege. Denn nicht nur die Küste wird geschädigt, wenn der Feind unsere Häfen schliesst, sondern das ganze Land. Seine Schiffe müssen Halt machen, wo die See endet, aber über die Küste hinweg greift die gepanzerte Hand der Seeherrschaft, sie pocht an das Kontor des Kaufmanns drinnen im Land, an die Tore der Fabriken in den grossen binnenländischen Zentren der Industrie wie an die Türe des Arbeiters . . . . Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Kontinents von England, die der Beginn des vergangenen Jahrhunderts gebracht hatte, besteht im damaligen Sinn nicht mehr, sie hat sich aber dadurch in eine militärische verwandelt, dass die Festlandsstaaten verwundbarer geworden sind für Englands Hauptwaffe, den Seekrieg. So ist ihnen, den Konkurrenten Englands, die Flottenrüstung aufgezwungen worden, die ihrem Anteil am Seeverkehr entspricht. Sonst leben sie von Englands Gnade."

Auf dieser Einsicht beruhte unsere Flottenentwicklung. Eine stärkere Flotte als England zu bauen war unmöglich und niemals beabsichtigt, aber der Anreiz zum Kriege sollte ausgeglichen werden durch den Preis für den Sieg: Deutschland sollte eine so starke Flotte erhalten, dass die Lücke, die ihr Niederringen in Englands Flottenrüstung brächte, seine Machtstellung an anderer Stelle der Welt gefährden musste. Mit dem Kriegsausbruch freilich war dieser, der „Risikogedanke" gescheitert. Nun aber zeigte es sich, dass die deutsche Politik, in der Flottenentwicklung einseitig auf diesem Gedanken aufgebaut, es verabsäumt hatte, der Flotte für den Fall seines Scheiterns das zahlenmässige und geographische Fundament zur Betätigung in der strategischen Offensive zu schaffen. Denn in welcher Lage befand sich die Flotte? Wäre der Krieg auf Russland und Frankreich beschränkt geblieben, so hätte sich ihre Tätigkeit über Nord- und Ostsee hinaus auf alle Meere erstrecken können und, keine politischen Hemmungen vorausgesetzt, nur an den Küsten des Gegners eine Grenze gefunden. Statt dessen fand sich die Flotte durch den Eintritt Englands in den Krieg von allen wichtigen Strassen des Weltverkehrs abgeschnitten und auf das Tätigkeitsgebiet der heimischen Gewässer beschränkt. Was aber bedeutete dies bei der Natur des Seekriegs? Während der Landkrieg durch Vernichtung der feindlichen Heere und Besetzung des feindlichen Gebiets den Gegner dem eigenen Willen zu unterwerfen sucht, kann der Seekrieg sein Ziel nicht so unmittelbar erreichen, seine Wirkung besteht vornehmlich in dem politischen und wirtschaftlichen Druck,

[1]) Vizeadmiral von Maltzahn, „Seemacht und Kriegsflotte" in dem Werk: „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II." I. Band, Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1914.

den er durch Behauptung oder Erringung der Seeherrschaft über die Seehandelsstrassen auszuüben vermag. Seeherrschaft ist nichts anderes als die Kontrolle der Verbindungswege über See. Die beispiellos günstige Lage Englands und seiner Stützpunkte zu den Welthandelsstrassen ermöglichte aber der britischen Seekriegsleitung, diesen Druck sofort und unmittelbar zur Wirkung zu bringen. Hierzu genügte die Abschneidung der deutschen Seeverbindungen nach dem Atlantic in der nördlichen Nordsee zwischen Schottland und Norwegen, eine Massnahme, die sich dort infolge der grossen Entfernung von den deutschen Stützpunkten fast ohne Gefährdung der Blockadestreitkräfte und ohne Einsatz der „Grossen Flotte" durchführen liess. Demgegenüber besass die deutsche Flotte keinerlei Stützpunkte an den Welthandelsstrassen, auch hatte Deutschland keine Bundesgenossen, die über solche verfügten, noch stand die Eroberung solcher — man denke an Brest oder die Küste Norwegens — etwa in Aussicht. Nur ein Mittel gab es für die deutschen Streitkräfte, mit entscheidender Wirkungsmöglichkeit an die Welthandelsstrassen heranzukommen: die Niederkämpfung der britischen Flotte. Für England galt es daher Behauptung, für Deutschland Bestreitung der Seeherrschaft, das Bestreben zum Schlagen musste auf deutscher Seite grösser sein; fraglich nur, wie weit Stärkeverhältnis und geographische Lage Operationsmöglichkeiten zur Erreichung dieses Ziels ergaben.

Die bei Kriegsausbruch vorhandenen Machtmittel entsprachen dem defensiven Gedanken der Flottengesetze. Einer Grosskampfschifftonnage des Dreiverbandes von etwa 800 000 t stand eine des Zweibundes von nur 400 000 t gegenüber. Beschränkt man aber den Stärkevergleich auf die englischen und deutschen im August 1914 für den Flottenkampf in der Nordsee verfügbaren Streitkräfte, so erhält man folgendes Bild:

August 1914	Grosskampfschiffe Linienschiffe	Grosskampfschiffe Schlachtkreuzer	ältere Linienschiffe	ältere Grosse Kreuzer	Kleine Kreuzer	Zerstörer neuere	Zerstörer ältere	Offensiv-U-Boote
englische . . .	20	4	36	20	35	78	77	7
deutsche . . .	13	3	22	5	14	42	46	10

Berücksichtigt man, dass fünf weitere englische Schlachtkreuzer aus dem Mittelmeer und Australien jederzeit auf dem Nordseekriegsschauplatz erscheinen konnten, so ergab sich allein an Grosskampfschiffen eine doppelte Übermacht des britischen Gegners, der Zuwachs an Neubauten änderte dieses Verhältnis nur weiter zu unsern Ungunsten. Diese Feststellung erhielt für die Frage des Einsetzens der Flotte um so grössere Bedeutung, als Seestreitkräfte und insbesondere Grosskampfschiffe mit ihren eingespielten Besatzungen sich im Laufe des Krieges als unersetzlich erwiesen, kein einziger Ersatzbau ist in Deutschland trotz der langen Kriegsdauer fertig geworden. Der Einsatz im Seekrieg bedeutete also erheblich mehr als der im Landkrieg.

Die Überlegenheit an Zahl durch eine solche des einzelnen Schiffstyps wettzumachen war nicht gelungen. Zwar waren die Vorteile der grösseren Stärke und Ausdehnung des Panzer- und Unterwasserschutzes, der grösseren Zahl und Sprengwirkung der Torpedos, der grösseren Durchschlagskraft und Sprengwirkung der Granaten auf deutscher Seite, sie wurden aber zum mindesten ausgeglichen durch die fast durchweg grössere Geschwindigkeit der britischen Typen, stärkere Verwendung der Ölfeuerung und vor allem durch das auf allen Schiffsklassen mehr oder weniger überlegene Kaliber der Geschütze. Von britischen Grosskampfschiffen hatten dreizehn 34,3 cm, der Rest 30,5 cm-Geschütze, während von den entsprechenden deutschen Schiffen nur 7 mit 30,5 cm, der Rest mit 28 cm bestückt war. Auch in personeller Beziehung einen Ausgleich gegenüber der materiellen Übermacht zu suchen verbot die stolze Tradition der britischen Marine, die durch lange Dienstzeit erleichterte gründliche Ausbildung des Personals, sowie die von jeher als tapfer und zähe bekannte Natur des englischen Volkes, Eigenschaften, denen wir in der gründlicheren Ausbildung unserer Flotte in der Gefechtstaktik und im Nachtgefecht, sowie der damit zusammenhängenden gründlicheren Schulung unserer Torpedoboote zwar erhebliche, aber schwer wägbare und nicht entscheidende Vorteile entgegenzustellen hatten. Unter diesen Umständen

entschied die geographische Lage zu unsern Ungunsten. Die britische Flotte hatte als Ausgangspunkt ihrer Bewegungen in der Nordsee die ganze britische Küste von den Shetlands bis zur Themse mit einer Reihe ausgezeichneter Häfen zur Verfügung, die deutsche Flotte lediglich die Helgoländer Bucht. Jeder deutsche Vorstoss wurde von britischen Stellungen flankiert, jeder britische war infolge des Mangels an Flankenstellungen auf unserer Seite vor Überraschungen sicher. Unsere Rückzugslinie war immer die gleiche, für die britischen Streitkräfte standen viele Möglichkeiten offen. Je weiter also die deutschen Streitkräfte sich von ihrem einzigen Stützpunkt entfernten, um so mehr gerieten sie in Gefahr, von überlegenen Streitkräften abgeschnitten zu werden. Angesichts dieser strategischen Lage musste der Ausgang eines sofortigen Entscheidungskampfes zum mindesten fraglich sein. Sicher aber war, dass eine entscheidende Niederlage, abgesehen von der Bedeutung eines solchen Ereignisses für die Haltung der Neutralen, uns auch die Seeherrschaft in der Ostsee kosten musste. Solange dies nicht eintrat, hatten wir dort den Vorteil der inneren Linie. Durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal konnte die Flotte jederzeit schnell und unbeobachtet in der Ostsee sammeln und einem überraschenden Einbruch der Briten durch Belte und Sund ebenso rechtzeitig begegnen wie einer grösseren Offensive der russischen Seestreitkräfte. War aber die Hochseeflotte entscheidend geschlagen, so stand einer britisch-russischen Vereinigung zum gemeinsamen Vorgehen in der Ostsee und zu Truppenlandungen an der dortigen Küste nichts mehr im Wege. Die Folgen konnten für unsere Landfronten verhängnisvoll werden. Dasselbe galt für unsere Kriegswirtschaft, wenn die Ostseeschiffahrt unmöglich gemacht und damit u.a. die Erzzufuhr aus Schweden abgeschnitten wurde. Wenn also die Erwartung nicht täuschte, dass mit Sicherheit günstigere Vorbedingungen für den Entscheidungskampf geschaffen werden konnten, aber auch nur dann, war es richtig, diesen aufzuschieben, bis solche erreicht waren. In einem Kräfteausgleich als Folge des Ergebnisses von Vorstössen gegen die angenommenen britischen Blockadestreitkräfte der Deutschen Bucht, sowie in einer bis an die britische Küste vorgetragenen rücksichtslosen Minen und U-Bootsoffensive glaubte man Möglichkeiten hierzu finden zu können. Wie der Verlauf der ersten Kriegswochen aber schon zeigte, erwiesen sich die Voraussetzungen für ein solches Verfahren als irrig. Kreuzer- und Torpedobootsvorstösse, bis zu 100 sm von Helgoland vorgetragen, führten zu keinem Zusammentreffen mit feindlichen Streitkräften. Alle Versuche, diese aus ihrer Zurückhaltung herauszulocken und in den Bereich unserer Hochseestreitkräfte zu bringen, scheiterten. Der Gegner verliess nicht den einmal als richtig erkannten strategischen Grundsatz der „weiten Blockade". Nach wie vor hielten sich seine Geschwader im allgemeinen über 200 sm entfernt von den deutschen Stützpunkten zwischen Schottland und Norwegen, nur äusserst selten nahmen sie den Weg in die durch deutsche U-Boote, Torpedoboote und Minen gefährdete südliche Nordsee, die „enge Blockade" der Deutschen Bucht U-Booten und Fischdampfern überlassend.

Die Feststellung deutscher Minensperren vor Themse, Tyne und Humber, dem heldenhaften Einsatz unserer Minenleger zu verdanken, die Besorgnis, auch auf hoher See durch deutsche Minen Grosskampfschiffe einzubüssen, schliesslich das Erscheinen deutscher U-Boote selbst im nördlichen Blockadegebiet verdrängte die „Grosse Flotte" nur immer weiter aus der südlichen und mittleren Nordsee, zeitweise sogar bis in die Irische See. Dennoch blieb sie als „fleet in being" stets gewärtig, grösseren Unternehmungen der deutschen Flotte mit voller Wucht entgegenzutreten. Unter so geringen Erfolgsausichten wurde die auch auf deutscher Seite vorhandene Überschätzung der U-Bootsgefahr für den Chef der Hochseeflotte ausschlaggebend, die ihm durch Operationsbefehl des Kaisers auferlegte strategische Defensive in allzu engen Grenzen zu halten und die Herbeiführung der Entscheidungsschlacht dem Feinde zu überlassen. Bis dahin aber wollte er Verluste an Linienschiffen durch U-Boote vermeiden. Bis Mitte Dezember 1914 hielt er daher die Linienschiffe völlig und auch später in zu weitgehendem Masse in den Flussmündungen zurück. Kein Versuch wurde unternommen, durch häufiges Auslaufen der Flotte wenigstens die Truppentransporte über den Kanal zu beunruhigen. Gegen alle Regeln der Kunst wurden selbst Kreuzervorstösse gegen die feindliche Küste anfangs ebensowenig durch den Rückhalt von Linienschiffsverbänden gesichert wie die ständigen Bewachungsstreitkräfte der Deutschen Bucht. Durch diese Unterlassung

wurden nicht nur die allerdings seltenen Gelegenheiten zur Herbeiführung von Teilerfolgen versäumt, sondern auch Verluste verursacht, die in der Offensive selbstverständlich, in der Defensive umso schwerer empfunden wurden im Bewusstsein der gemachten Fehler. Nur aus diesem Grunde gelang es der englischen Admiralität, schon am 28. August 1914, die starre Form der deutschen Vorpostenstellungen geschickt ausnutzend, ohne Einsatz der Linienschiffe und begünstigt vom unsichtigen Wetter, eine Prestige-Unternehmung gegen die Deutsche Bucht zu erheblichem Erfolg zu führen. In hervorragender taktischer Zusammenarbeit schlugen zwar die deutschen Vorpostenstreitkräfte den Feind unter geringen eigenen Verlusten zurück, dann aber wurden in der Verfolgung die drei Kleinen Kreuzer „Cöln", „Mainz" und „Ariadne" das Opfer des plötzlich aus dem Nebel auftauchenden II. leichten Kreuzergeschwaders sowie der weit überlegenen britischen Schlachtkreuzer, bevor eigene schwere Streitkräfte eingreifen konnten. Dieser englische Angriff, nur zur Verschleierung der britischen Defensive unternommen, blieb der einzige seiner Art. Stärkere Mittel sollten daher die englische Flotte ihrer Zurückhaltung entreissen. Dieser Gedanke führte zur Beschiessung von Yarmouth im November und von Hartlepool, Whitby und Scarborough im Dezember 1914. Jedoch wurde bei aller moralischen Bedeutung der strategische Zweck, die Herbeiführung der engeren Blockade der Deutschen Bucht, auch durch diese Unternehmungen nicht erreicht, dagegen wurde bei dem Dezemberunternehmen infolge vorzeitigen Kehrtmachens der zum ersten Mal mit ausgelaufenen Flotte vor Torpedobootsangriffen die Gelegenheit versäumt, die von unsern Kreuzern ohne Rückhalt des britischen Gros angetroffenen Schiffe des II. englischen Schlachtgeschwaders, sowie des I. Schlachtkreuzergeschwaders vernichtend zu schlagen. Diese übertriebene Zurückhaltung unserer Linienschiffsgeschwader wurde schliesslich bei einem weiteren Vorstoss unserer Schlachtkreuzer und leichten Streitkräfte gegen die Doggerbank am 24. Januar 1915 S. M. S. „Blücher" zum Verderben. Ein Wechsel der Flottenleitung führte zwar zu einer geschlosseneren, aber im Grunde noch mehr zurückhaltenden Verwendung der Flotte. Zwar wurde sie bis zum Oktober siebenmal gegen den Feind geführt, da sie sich aber auf keinem dieser Vorstösse über 100 sm von Helgoland entfernte, kam es zu keinem Zusammentreffen mit dem Feind. Während im Landkriege der Kampf auf Leben und Tod tobte, blieben die gewaltigen in unserer Flotte aufgespeicherten Kräfte und Fähigkeiten für die Offensive gegen den gefährlichsten Gegner ungenutzt. Es sind letzten Endes weniger militärische, als politische Hemmungen gewesen, die dies verschuldet haben. Die Frage der Verwendung der Flotte war selbstverständlich keine ausschliesslich maritime, vielmehr wurde sie durch Rücksichten auf die Kriegslage zu Lande und politische Erwägungen wesentlich beeinflusst. Die Frage des Einsatzes der Flotte unter voller Handlungsfreiheit ihres Führers, vom militärischen Standpunkt bereits nach den Erfahrungen der ersten Wochen die einzig mögliche Lösung, konnte nur im Rahmen der Gesamtkriegführung und Politik entschieden werden. Die Entscheidung auf dem Festlande war noch nicht gefallen, die Haltung der Neutralen vielfach noch ungeklärt. Der Entschluss, den Einsatz frei zu geben, forderte daher einen Staatsmann von solcher Übersicht über die strategischen und politischen Wirkungen und Möglichkeiten des Seekrieges, wie ihn selbst England wohl nur einmal in der Person des älteren Pitt im Siebenjährigen Krieg hervorgebracht hat. Auch wenn eine für uns glückliche Seeschlacht noch nicht die Blockade gesprengt hätte, so konnten wir doch hoffen, durch eine solche die britische Seemacht so schwer zu schädigen, dass dieser Prestigeverlust die Haltung Italiens, Russlands, Japans und Rumäniens, der nordischen Reiche und selbst Amerikas entscheidend hätte beeinflussen können. Es war jedoch dem Kanzler gelungen, den Kaiser davon zu überzeugen, die Flotte müsse bis zum Friedensschluss vor ernsten Verlusten bewahrt bleiben, um damit für die Verhandlungen ein besonders eindrucksvolles politisches Machtmittel in der Hand zu behalten. Voraussetzung hierfür war eine Entscheidung zu unsern Gunsten auf dem Festland. Nach dem Hinzutritt Englands, nach dem Misserfolg an der Marne war aber mit einer solchen kaum mehr zu rechnen. Wer dies verkannte, der unterschätzte den englischen Vernichtungswillen und die Wirksamkeit der englischen Flotte. Hierzu neigte im Anfang auch die Oberste Heeresleitung, ohne dass es dem Admiralstab gelang, bis zum Beginn der Ära Hindenburg Wandel zu schaffen und den Gesamt-

operationsplan für Heer, Flotte und Politik — ein solcher hatte bei Kriegsbeginn überhaupt nicht bestanden — massgebend zu beeinflussen. In der Zurückhaltung der Flotte aus politischen Gründen war der erste Keim unserer Niederlage enthalten.

Was unsere Schiffe und Besatzungen, befreit von den genannten Hemmungen, zu leisten imstande waren, hatte inzwischen die Tätigkeit unserer Auslandskreuzer deutlich erwiesen. Ohne Stützpunkte und ohne Bundesgenossen, die über solche verfügten, waren die Aussichten des Kreuzerkriegs von vorn herein gering. Die Entsendung von Kriegsschiffen ins Ausland in Friedenszeiten hatte daher weniger strategischen als politischen Bedürfnissen entsprochen. Die materiellen und strategischen Vorbereitungen des Kreuzerkrieges gingen infolgedessen auch nicht über das Mass einer zweckmässigen Ausnutzung unserer Auslandskreuzer und geeigneten Handelsschiffe in dieser Nebenkriegsunternehmung hinaus. Der Schwerpunkt der Seekriegführung lag in der Nordsee. Hätte sich freilich voraussehen lassen, dass das Verhalten des Gegners sowohl wie die eigene Politik der Flotte in der Nordsee ein so geringes Mass der Betätigung lassen würde, so hätte sich eine grosszügigere Ausnutzung der erheblichen Hilfsmittel der überseeischen Niederlassungen unserer Reedereien durch Bereitstellung einer wesentlich grösseren Zahl von Hilfskreuzern wohl denken lassen. Davon abgesehen, übertraf die Wirksamkeit der vom Admiralstab geschaffenen Organisation, auch ohne Stützpunkte die Versorgung der Auslandskreuzer und Hilfsschiffe mit Kohlen und Proviant sicherzustellen, die Erwartungen anfangs bei weitem. Mit dem Niedergehen des deutschen Prestiges infolge Zurückhaltung der Hochseeflotte aber schlug die Stimmung der Neutralen in allen Fragen des Seekrieges derart zu Englands Gunsten um, dass unsern auf alle Kontinente verteilten Etappenstationen die Unterstützung unserer Schiffe sehr bald unmöglich gemacht wurde. Trotz dieser Behinderung haben unsere Leistungen im Kreuzerkriege selbst unseren Feinden Bewunderung abgenötigt. Insbesondere gelang es den beiden klassischen Vertretern dieser Methode des Seekrieges „Karlsruhe“ und „Emden“, auf ihren Fahrten im Atlantischen und Indischen Ozean, den besten, aber auch gefährlichsten Operationsgebieten für den Handelskrieg, stets umgeben von einer Reihe entweder gekaperter oder von der Etappe zugesandter Hilfsschiffe, bis zum November ihren zahlreichen Verfolgern von britischen und französischen, bezw. russischen und japanischen Schiffen immer wieder zu entkommen. Auf den verschiedensten Handelsstrassen fügten sie dem Feinde einen Schaden zu, der nicht an den Versenkungsziffern allein (je 17 Schiffe von insgesamt über 70000 T), sondern an den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Folgeerscheinungen gemessen werden muss. Truppen- und Materialtransporte aus australischen und indischen Häfen mussten unter der Einwirkung der „Emden“ in Geleitzügen bis zu 37 Schiffen zusammengefasst und von Panzerkreuzern und bewaffneten Hilfsschiffen unter wochenlanger Verzögerung durch das Gefahrgebiet geleitet werden. Weit über das Gebiet beider Kreuzer hinaus geriet der Fracht-, Post- und Personenverkehr ins Stocken, und Furcht und Schrecken befiel die ganze feindliche und Bannware fahrende neutrale Handelswelt. Versagte die Zufuhr aus der Etappe, so fanden sie immer zur rechten Zeit im feindlichen Handelsverkehr den geeigneten Kohlendampfer, der ihnen die weitere Tätigkeit ermöglichte. Nicht Brennstoffmangel oder feindliche Gegenwirkung, sondern eine innere, niemals aufgeklärte Explosion bereitete der „Karlsruhe“ am 4. November 1914 ein vorzeitiges Ende. Noch lange nachher wurde sie von feindlichen Schiffen in allen Teilen des Weltmeers gesucht. Wenige Tage später verliess auch „Emden“ das Kriegsglück. Sie fiel dem mehr zufälligen, als vom Feind planmässig erzielten Zusammentreffen mit der fast 2000 t grösseren „Sydney“ und der überlegenen Sprengwirkung ihrer 15 cm-Granaten bei der Zerstörung einer Kabel- und Funkenstation zwischen Australien und Indien zum Opfer. Ebenbürtig reihen sich die Taten dieser beiden Schiffe den ruhmvollsten Begebenheiten der Seekriegsgeschichte aller Zeiten an, sie bekundeten vor aller Welt, was kriegerischer Geist und deutsche Seemannschaft zu leisten vermochte, wenn unseren Kriegsschiffen die weltweiten Räume des Ozeans zur Verfügung standen.

Ein Bild anderer Art, aber darum nicht weniger ruhmvoll, bieten die Taten des ostasiatischen Kreuzergeschwaders. Der Kriegseintritt Japans hatte es mit Tsingtau des einzigen Stützpunktes beraubt, die Südsee, sein Aufenthaltsgebiet bei Kriegsausbruch, bot wegen ihrer Verkehrslosigkeit wenig Aussicht für den Handelskrieg, im Indischen Ozean liessen die Kohlenschwierigkeiten wohl für ein

Schiff wie die „Emden", nicht aber für ein ganzes Geschwader sich überwinden. Der einzige Ausgangspunkt für eine wirksame Kriegführung lag daher an der südamerikanischen Küste. Zunächst schwächere Gegenwirkung und bessere Nachrichtenübermittlung, die Hilfsquellen eines nur aus Neutralen bestehenden Kontinents und schliesslich die Möglichkeit der Vereinigung mit „Dresden" und „Leipzig" sprachen in gleicher Weise für diesen Kriegsschauplatz. Nach dreimonatiger ereignisloser Fahrt durch die Südsee war die Zusammenziehung aller Streitkräfte an der Küste Chiles gelungen, angesichts der Schwierigkeit der Kohlenversorgung, des Mangels an Nachrichten und der hartnäckigen Verfolgung auch durch eine grosse Zahl japanischer Streitkräfte ein strategisches Meisterstück. Der Entschluss des Geschwaderchefs, des Grafen Spee, stand fest. Nicht in der Lage, kriegsentscheidend mitzuwirken, auf verlorenen Posten gestellt, aber im Vertrauen auf die Kampfkraft seiner beiden Panzerkreuzer zog er die weitgehende militärische Schädigung des Feindes den unsicheren Aussichten des Handelskriegs vor. Gleichviel, wie man diesen Verzicht auf den Handelskrieg im Rahmen der Gesamtkriegführung nachträglich beurteilen mag, wir verdanken ihm einen der schönsten deutschen Waffenerfolge zur See. Vor Coronel standen sich am 1. November 1914 zum ersten und einzigen Male in der Geschichte des Weltkrieges deutsche und britische Seestreitkräfte von annähernd gleicher Stärke in offener Seeschlacht gegenüber. Die Vernichtung der Panzerkreuzer „Monmouth" und „Good Hope" nach einem Gefecht von kaum einstündiger Dauer erbrachte vor aller Welt den Beweis der Überlegenheit deutscher Taktik und Schiesskunst und zerstörte den Nimbus der Unbesiegbarkeit der britischen Flotte. Wie fühlbar die Folgen dieser Schlacht der englischen Kriegsleitung gewesen sind, zeigten ihre Massnahmen. Nicht weniger als 5 Geschwader wurden gegen den Sieger zusammengezogen. Eine starke japanische Flotte nahm Aufstellung in den australasiatischen Gewässern, eine zweite aus japanischen, britischen und australischen Schiffen zog sich an der Küste Mexikos zusammen, eine dritte wurde in Westindien, eine vierte am Kap der guten Hoffnung gebildet. Ein besonderes Geschwader aber wurde zur Verfolgung der deutschen Kreuzer an der brasilianischen Küste zusammengezogen und als Kern desselben zwei Schlachtkreuzer, also Grosskampfschiffe, unter nicht unbedenklicher Schwächung der „Grossen Flotte" aus der Heimat entsandt. Diese Massnahme, durch die geringe Tätigkeit der Hochseestreitkräfte erleichtert, blieb dem Admiralstab wie dem Kreuzergeschwader verborgen. Auf einen geplanten Vorstoss deutscher Schlachtkreuzer zur Aufnahme des gefährdeten Kreuzergeschwaders wurde mit Rücksicht auf die strategische Lage in der Nordsee verzichtet. Inzwischen erliessen die Neutralen unter englischem Druck immer weitere Ausfuhrbeschränkungen. Die Kohlenversorgung des Kreuzergeschwaders war ernstlich in Frage gestellt. Dennoch musste die Verteilung der Schiffe auf die verschiedenen Handelsrouten im Atlantik, die Bedrohung der englischen Truppentransporte nach Südwestafrika und schliesslich der Durchbruch nach der Heimat versucht werden. Im Begriff hierzu und in der Absicht, auf dem Wege den einzigen englischen Stützpunkt an der Spitze Südamerikas zu zerstören, lief das Geschwader dann seinen Verfolgern durch einen Zufall in die Arme, noch ehe diese ihre schwierige Aufgabe so recht begonnen hatten. Noch einmal bewährte sich hier vor den Falklandsinseln am 8. Dezember 1914 die taktische Kunst des Führers, der kriegerische Geist seiner Besatzungen aufs glänzendste, bis sie dem vernichtenden Geschützfeuer der weit überlegenen Grosskampfschiffe zum Teil auf Entfernungen, auf denen ihr unterlegenes Geschützkaliber das Ziel nicht erreichen konnte, nach einem erbitterten Kampf von fast 5 Stunden Dauer erlagen. Mit „Scharnhorst" und „Gneisenau" fanden „Leipzig" und „Nürnberg" ihren Untergang. Nur „Dresden" entkam. Kein Schiff, auch kein Kohlendampfer hatte sich ergeben. Was nicht entkam, lag auf dem Grunde des Meeres. Es war das verlustreichste Gefecht der Marine im Weltkriege. Mit dem Untergang des Kreuzergeschwaders war der Höhepunkt des Kreuzerkriegs überschritten. Auf allen Weltmeeren war er geführt und hatte eine unverhältnismässig grosse Zahl feindlicher Streitkräfte in Atem gehalten. Aber sein Ausgang war bei dem Mangel an Stützpunkten und der immer geringer werdenden Hilfe der Etappe besiegelt. Die Versenkungsziffer sank von 88 000 T im September und 74 000 T im Oktober bis zum März 1915 bereits auf 7 000 T. In demselben

Monat wurde der letzte Auslandskreuzer „Dresden“ in chilenischem Hoheitsgebiet von britischen Schiffen vernichtet. Einen Monat später musste der letzte seiner Zeit von „Karlsruhe“ auf hoher See in 3 Stunden ausgerüstete Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ nach Versenkung von 13 Schiffen mit insgesamt über 50000 T nach Zurücklegung einer Dampfstrecke von 40 000 sm. nach restlosem Aufbrauch seiner Munition und seiner Kohlen, mit leckem Schiffsrumpf und ächzenden Maschinen, die Hälfte der Mannschaft wegen mangelhafter Ernährung erkrankt, in Newport News einlaufen und abrüsten, ein Sinnbild des absterbenden Kreuzerkriegs, aber auch des Niedergangs des deutschen Prestiges auf dem Weltmeer. Inzwischen hatte England bereits am 20. August und weiterhin im Oktober 1914 die Bestimmungen der Londoner Erklärung dahin abgeändert, dass der rechtmässige Verkehr mit Deutschland für die neutrale Schiffahrt fast ganz unterbunden wurde, ausserdem hatte es begonnen, den Verkehr der neutralen Länder mit Deutschland durch Schaffung des Einfuhrtrusts (N. O. T.) noch besonders zu überwachen. Damit begann es den Wirtschaftskrieg gegen das deutsche Volk, dem naturnotwendig deutsche Massnahmen auf demselben Gebiet entgegengestellt werden mussten, bevor Deutschland seinen vernichtenden Wirkungen erliegen würde. Der Gedanke des Kreuzerkrieges wurde daher beibehalten, nur die Methode wechselte. Mit der Kriegsgebietserklärung vom 4. Februar 1915 trat im Handelskrieg anstelle des Überwasserschiffes das U-Boot.

Zwar war England und Frankreich bei Kriegsausbruch an Zahl der U-Boote für die Küstenverteidigung uns überlegen, an Zahl der Offensiv-U-Boote aber stand Deutschland mit 10 frontbereiten Dieselmotorbooten von 15 sm Überwasser- und 9 sm Unterwassergeschwindigkeit und einem Überwasserfahrbereich von 4100 sm bei 650 t Wasserverdrängung in aufgetauchtem Zustand an erster Stelle. Durch zahlreiche Versenkungen feindlicher Kriegschiffe an ihren eigenen Küsten, „Cressy“, „Hogue“, „Aboukir“ und „Hawke“ durch „U 9“, „Formidable“ durch „U 24“, „Pathfinder“, später „Triumph“, „Majestic“ durch „U 21“ vor den Dardanellen, hatte das deutsche U-Boot zwar ausgesprochene Offensivfähigkeiten offenbart, aber mit zunehmender Vervollkommnung der Abwehrmethoden traten die Nachteile der geringen Unterwassergeschwindigkeit und der Schwerfälligkeit des Torpedoschusses im Vergleich zur Granate schnellaufenden, gut manövrierenden Kriegschiffen gegenüber, sowie der Grosskampfschiffen nicht mehr tödlichen Sprengwirkung der Torpedos immer deutlicher in Erscheinung. Vollends war ein Kräfteausgleich vor der Entscheidungsschlacht durch das U-Boot sehr bald nicht mehr zu erwarten. Dagegen verdient ein Umstand ganz besondere Beachtung. Die deutschen U-Boote hatten die britische Blokkade allenthalben mühelos durchbrochen, sie hatten sich infolge ihres geringen Brennstoffbedarfs befähigt erwiesen, unabhängig von Stützpunkten ausserhalb der heimischen Gewässer an die lebenswichtigen Handelsstrassen Englands heranzukommen und völlig im Rahmen des bestehenden Prisenrechts feindliche oder Bannware fahrende neutrale Schiffe anzuhalten, zu durchsuchen und gegebenenfalls zu versenken, mit einem Wort Seeherrschaft auf dem Atlantik auszuüben. Bereits am 20. Oktober 1914 war an der norwegischen Küste der britische Dampfer „Glitra“ einem U-Boot zum Opfer gefallen, in gleicher Weise versenkte „U 21“ Ende Januar 1915 drei weitere Dampfer in der Irischen See. Als Gegenmassnahme führte England die schon 1913 wider alles Völkerrecht begonnene Bewaffnung seiner Handelsschiffe nunmehr mit verdoppelter Energie allgemein durch. Es hoffte, so die weitere Durchsuchung durch U-Boote zu verhindern, da diese ihre leicht verletzliche Tauchfähigkeit nicht durch Artillerietreffer gefährden durften. Streng völkerrechtlich verloren seine Handelsschiffe damit den Anspruch auf Schonung, mit der Bewaffnung und ihrem Gebrauch erhielten sie den Charakter von Kriegsschiffen. Um sie dennoch nach Möglichkeit der Gefahr der Torpedierung zu entziehen, ordnete England gleichzeitig zur Täuschung der U-Boote den weitgehendsten Missbrauch der neutralen Flagge an. Schon am 6. Februar erhielt die „Lusitania“ Befehl, unter amerikanischer Flagge zu fahren. Die deutsche Erklärung vom 4. Februar 1915, mit welcher die Gewässer um Grossbritannien und Irland einschliesslich des Kanals als Kriegsgebiet erklärt wurden, war daher nur die notwendige Folge der britischen Massnahmen. Sie besagte, dass vom 18. Februar 1915 ab jedes feindliche Kauffahrteischiff in diesem Gebiet zerstört werden würde, ohne dass es immer möglich sein werde, die der Besatzung und den Passagieren hierbei drohende Gefahr abzuwenden. Auch Neutrale würden

infolge des Missbrauchs ihrer Flaggen durch England in diesem Gebiet gefährdet sein, es werde ihnen angeraten, das genannte Gebiet zu meiden; nördlich der Shetlands aber, sowie im östlichen Gebiet der Nordsee und einem 30 sm breiten Streifen längs der niederländischen Küste wurden ihnen gefahrlose Wege zur Aufrechterhaltung ihres legitimen Handels ausdrücklich zugestanden. Zur Verwirklichung der angekündigten Massnahmen war die ebenso ausgiebige Verwendung von U-Booten wie von Minen in Aussicht genommen. Das Vorbild dieses bedeutungsvollen Schrittes war die britische Erklärung vom 5. November 1914 gewesen. Mit dieser war von englischer Seite die gesamte Nordsee als Kriegsgebiet bezeichnet und derart durch Minenfelder eingeengt worden, dass den neutralen Schiffen nichts anderes übrig blieb, als dicht unter der britischen Küste entlang zu fahren und sich auf diese Weise der dortigen Kontrolle auszuliefern, ein zwar völkerrechtswidriges, aber gefahrloses und vereinfachtes Verfahren, um die Zufuhr selbst bedingter Bannware, in erster Linie Lebens- und Futtermittel, nicht nur der deutschen Streitmacht, sondern auch dem deutschen Volk selbst auf dem Weg über die Neutralen abzuschneiden. Damit war die von Stufe zu Stufe gesteigerte, schliesslich kriegsentscheidende Hungerblockade begonnen. Demgegenüber bedeutete die mit der Kriegsgebietserklärung eingeleitete Massnahme neuer Methoden des U-Bootshandelskrieges nur ein geringes Mass der Vergeltung. Ohne ihre rechtzeitige Anwendung war der Krieg verloren, wenn nicht England zur Anerkennung der Londoner Deklaration und dementsprechend zur Entwaffnung seiner Handelsschiffe und Aufgabe der Hungerblockade veranlasst werden konnte. Diesem Ziel galten in den nunfolgenden Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten alle unsere Bemühungen. Noch bevor die deutsche Erklärung in Kraft trat, verlangte jedoch Amerika bereits am 12. Februar Sicherheit für seine Schiffe und Bürger ohne Rücksicht auf unsere Zwangslage. Das einzige Recht der Kriegführenden neutralen Schiffen gegenüber sei, abgesehen von der effektiven Blockade, allein die Durchsuchung. Sofortige Einschränkungen unseres grundlegenden Befehls waren die Folge mit der Wirkung, dass englische Schiffe sich von vornherein durch Heissen irgend einer neutralen, vor allem aber der amerikanischen oder italienischen Flagge gegen Angriffe schützen konnten, während die beabsichtigte Abschreckung der Neutralen praktisch sofort jede Bedeutung verlor. Dagegen hatte Amerika sich nicht bemüht, eine gleiche Nachgiebigkeit auch von England zu erreichen. Vielmehr ergriff diese Macht mit einer weiteren Erklärung vom 3. März alle Massnahmen, um sämtliche Schiffe mit Waren, die mutmasslich für Deutschland bestimmt waren, ihm gehörten oder deutschen Ursprungs waren, in die britischen Häfen einzubringen.

Trotz aller Beschränkungen waren aber die Wirkungen des U-Bootkrieges zunächst verblüffend. Obgleich durchschnittlich nur 4—6 U-Boote im Operationsgebiet waren und in den ersten Wochen täglich nur ein Dampfer vernichtet wurde, stellten 19 britische Linien den Verkehr völlig ein, 42 hielten ihn nur noch beschränkt aufrecht. Anfang März lagen 130 Schiffe in Häfen der Ostküste still, die Besatzungen weigerten sich, zu fahren. Am 22. Februar wurde der erste Transportdampfer im Kanal versenkt, am 24. waren die Irische See und die Kanalhäfen für den Handelsverkehr geschlossen. Entsprechend der Steigerung der Fracht- und Versicherungsraten stiegen die Preise für Weizen, Mehl und Zucker um 43 bis 75 %. Aber bereits Anfang Mai erfolgte der völlige Umfall der politischen Leitung. Trotz aller Schonung selbst im Kriegsgebiet forderte der U-Bootskrieg infolge Ausserachtlassung unserer Anweisungen für die Kennzeichnung ihrer Schiffe immer zahlreichere Opfer unter den Neutralen, es sollen sich sogar neutrale Schiffe an der Jagd auf U-Boote beteiligt haben, alles Folgen der ersten politischen Nachgiebigkeit. Eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu den Neutralen glaubte das Auswärtige Amt nicht mehr verantworten zu können. Kaum hatte der Reichskanzler Gewähr gegen weitere Vernichtung neutraler Schiffe gefordert, eine Forderung, die praktisch die Aufgabe des Unterseebootshandelskriegs bedeutete, als ohne Kenntnis dieses Einspruchs am 7. Mai der als Hilfskreuzer gebaute englische Passagierdampfer „Lusitania" mit einem kanadischen Truppentransport an Bord nahe der irischen Küste torpediert wurde. Infolge Detonierens der mitgeführten 5400 Kisten Munition sank er so schnell, dass beträchtliche Menschenverluste, darunter solche von über 100 amerikanischen Staatsbürgern, zu beklagen waren. Verantwortlich für ihren Tod war die englische Schiffahrtsgesellschaft, die in völliger Überlegung das Leben amerikanischer Bürger als Schutz für die Beförderung von Munition benutzt hatte. Trotzdem verlangten

die Vereinigten Staaten am 17. Mai unter Aufrechterhaltung des Anspruchs ihrer Bürger, auf Schiffen kriegführender Nationen auch im Kriegsgebiet reisen zu können, Verzicht auf die weitere Verwendung von U-Booten im Handelskrieg, Missbilligung ihrer Handlungen, Genugtuung und Schadenersatz. Dass englische U-Boote bereits vorher in der Ostsee wie im Mittelmeer eine grössere Anzahl von Schiffen, darunter Passagierdampfer und sogar Lazarettschiffe, ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Besatzungen torpediert hatten, blieb unbeachtet. Nun wiederholte sich das alte Spiel. Schon am 9. Mai hatte der Kaiser befohlen, in zweifelhaften Fällen lieber feindliche Schiffe durchzulassen, statt neutrale zu versenken, und wenn dieses trotzdem vorkommen sollte, Schadenersatz zu leisten. Damit waren die Neutralen aller Sorgen um die materiellen Verluste enthoben, von einer weiteren Abschreckung ihrer Schiffahrt war keine Rede mehr und neuen Verwicklungen Tor und Tür geöffnet. Ende Mai führte die Mehrzahl aller Dampfer vor der englischen Küste offenbar fälschlicherweise die neutrale Flagge. Unter Vorlage alarmierender Berichte über die Haltung Amerikas, Hollands und Dänemarks erreichte der Kanzler am 5. Juni über den Kopf des Marineressortchefs hinweg eine weitere militärische Einschränkung: den U-Booten wurde verboten, weiterhin grosse Passagierdampfer, selbst feindliche anzugreifen. Eine Begriffsbestimmung wurde nicht gegeben. Ihren Zweck, weitere Verwicklungen zu vermeiden, musste aber auch diese Anordnung verfehlen, weil viele Passagiere auf mittleren Dampfern fuhren. Von jetzt ab erfolgte fast auf jede Versenkung eines neutralen Dampfers, selbst wenn alle Rechtsgründe auf deutscher Seite waren, der schärfste Protest des betreffenden Landes. Wir hatten mit unserer Nachgibigkeit bei Feinden und Neutralen eine niemals wieder gutzumachende Einbusse an militärischem Ansehen erlitten. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts und der Chef des Admiralstabes erbaten ihren Abschied, ohne ihn zu erhalten, der Flottenchef und der Chef des Marinekorps teilten ihren Standpunkt.

Noch ehe diese Einschränkungen praktisch in Erscheinung traten, hatte das Ergebnis des U-Bootskrieges in der ersten Maihälfte 52 Schiffe und 62 Fischdampfer betragen. Am 15. Mai befanden sich 13 U-Boote in See. In der zweiten Woche des Juni wurden noch 40 Dampfer und Fischerfahrzeuge versenkt, aber für die letzte Woche dieses Monats sank die Zahl bereits auf 7. 12 U-Boote waren inzwischen verloren gegangen, ein grosser Teil davon zweifellos infolge der einschränkenden Befehle und des dadurch häufig notwendigen Auftauchens zur Untersuchung. Der Flottenchef zog die einzig mögliche militärische Folgerung aus den politischen Massnahmen und schlug vor, den U-Bootshandelskrieg aufzugeben und die U-Boote nur noch für die militärischen Aufgaben der Flotte zu verwenden. Aber auch dazu wollte sich die Kriegsleitung unter Einfluss des Kanzlers mit Rücksicht auf die Volksstimmung nicht entschliessen, der U-Bootshandelskrieg wurde zu einem das Leben der Besatzungen gefährdenden Scheindasein verdammt. Im August wechselte der Chef des Admiralstabes und sein erster Ratgeber wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanzler und der Marine in dieser Frage. Als dann am 19. August die „Arabic", ein gemischter Fracht- und Passagierdampfer, bei ihrem Versuch „U 24" zu rammen, versenkt worden war, wurde den U-Booten auf Amerikas erneuten Einspruch, der Angriff auch auf kleinere Passagierdampfer durch die politische Leitung, gegen die Stimmen der Marineleitung und unter ihrer Umgehung, verboten, vom 18. September an wurden keine U-Boote mehr zum Handelskrieg nach den Gewässern um England entsandt. Durch Hemmungen der Politik hatte die Seekriegführung den zweiten, aber gefährlicheren Stoss erhalten, Das englische Wirtschaftsleben erhielt die Möglichkeit, sich zu erholen, die britische Kriegsleitung aber Gelegenheit, alle erdenklichen Abwehrmittel gegen die U-Bootsgefahr vorzubereiten und in der Bewaffnung sämtlicher Handelsschiffe fortzufahren. Erst im Januar 1916 erklärte Deutschland, dass es bewaffnete Handelsschiffe als Kriegsschiffe behandeln werde, und am 23. Februar lebte der U-Bootshandelskrieg mit der Einschränkung, selbst feindliche Passagierdampfer nach wie vor zu schonen, wieder auf, jedoch genügte die nach Torpedierung der „Sussex" im Kanal erhobene amerikanische Forderung, nunmehr streng nach Prisenordnung zu verfahren, völlig, um ihn schon im nächsten Monat wieder zu Fall zu bringen. Nur im Mittelmeer, wo die amerikanischen Interessen weniger lebhaft waren, konnte er wenigstens gegen bewaffnete Handelsschiffe weiter geführt werden. So wurde auf ein Kriegsmittel verzich-

tet, das sich in dem uns aufgezwungenen Wirtschaftskrieg als das wirksamste erwiesen hatte. Nicht ohne inneren Zusammenhang mit dem Abflauen des U-Bootskrieges hatten Ende 1915 Versuche begonnen, den Handelskrieg auf dem Ozean auch durch Überwasserschiffe wieder aufzunehmen. Jedoch traten jetzt anstelle von Kreuzern verkappte Handelsschiffe, die sich trotz verhältnismässig geringer Geschwindigkeit wegen ihres jedem Kriegsschiff weit überlegenen Fahrbereichs hervorragend bewährten und mit geringerem Einsatz fast grössere Erfolge erzielten. Nachdem es bereits im Sommer 1915 dem in dieser Weise ausgerüsteten Hilfskreuzer „Meteor" gelungen war, die russische Munitionszufuhr vor Archangelsk durch Minen schwer zu schädigen, und sogar einen Stützpunkt der britischen Flotte, den Firth of Moray, mit Minen zu verseuchen, verliess am 29. Dezember 1915 S. M. S. „Möwe" unter Korvettenkapitän Graf zu Dohna die heimischen Stützpunkte zu ihrer ersten Fahrt, brach ohne Schwierigkeit die feindliche Blockade, verseuchte erfolgreich den Westausgang des Flottenstützpunkts Scapa Flow mit 252 Minen, legte 238 weitere auf den Zufahrtstrassen zum Hafen von Bordeaux, versenkte dann, bis nach Pernambuco vordringend, 15 Schiffe mit insgesamt 57 835 Br.R.T. und kehrte schliesslich mit wertvollen Rohstoffen und 3/4 Millionen Mark ungemünzten Goldes am 4. März 1916 in die Heimat zurück. Mit einer zweiten Fahrt vom 22. November 1916 bis 22. März 1917, die sich über alle Handelsstrassen des nördlichen und südlichen Atlantischen Ozeans bis nach Kapstadt ausdehnte, wurde der Erfolg des ersten Unternehmens noch übertroffen. Diesmal wurden nicht weniger als 21 Dampfer und 2 Segler mit insgesamt 119 600 T versenkt und 404 Gefangene mit in die Heimat gebracht. Etwa einen Monat später als „Möwe" war auch ein bewaffnetes Segelschiff, der Hilfskreuzer „Seeadler", ausgelaufen, der sich mit gutem Erfolg bis zur Strandung in der Südsee im August 1917 halten konnte. An Seeausdauer übertraf aber der Hilfskreuzer „Wolf" unter Korvettenkapitän Nerger alle bisherigen Leistungen. Ohne andere Hilfsmittel als die, welche der Kreuzerkrieg selbst bot, und trotz einer Höchstgeschwindigkeit von nur 10,5 sm gegenüber den 15—16 sm der „Möwe", gelang es diesem Schiff, sich über ein Jahr lang gegen die Nachstellungen der Feinde in allen Weltmeeren zu behaupten, mit 465 Minen die Zufahrtsstrassen u. a. von Kapstadt, Durban, Singapore, Colombo, Bombay und Sydney zu verseuchen und hierdurch, wie durch Aufbringung und Versenkung 35 Schiffe mit etwa 210 000 T zu vernichten. Nicht Kohlenmangel, sondern Skorbut und Beriberi sowie die Notwendigkeit, das Schiff zu docken, zwangen schliesslich den Kommandanten, die Heimreise anzutreten. Am 17. Februar 1918 traf er wohlbehalten in Kiel ein. Weniger glücklich waren dagegen die Hilfskreuzer „Greif" und „Leopard", die schon auf der Ausreise im Februar 1916 bezw. März 1917 nach erbitterter Gegenwehr den britischen Blockadestreitkräften zum Opfer gefallen waren.

Wenn Unternehmungen dieser Art dem Feind auch, vor allem durch ihre mittelbaren Wirkungen erheblich schädigten, und wie keine anderen dazu angetan waren, den deutschen Unternehmungsgeist zur See von neuem in glänzendem Licht erscheinen zu lassen, so waren doch ausschlaggebende Wirkungen nach Aufgabe des U-Bootskriegs nur noch von einer offensiven Tätigkeit der Hochseestreitkräfte zu erwarten. Auch diese lebte mit Beginn des Jahres 1916 zu einer Stärke auf, die in gleicher Entschiedenheit durchgeführt 1914 vielleicht kriegsentscheidende Bedeutung hätte gewinnen können. Zwar hatte sich das Stärkeverhältnis inzwischen durch britische Neubauten erheblich zu unsern Ungunsten verschoben; anderseits waren aber auch auf Grund der Kriegserfahrungen umfangreiche Verbesserungen, Erhöhung der Schussweiten, gleichzeitige und gemeinsame Richtungsmöglichkeit für alle Geschütze von einer Stelle und Hebung der Dauergeschwindigkeit durch Einbau von Hohlrosten und Ölzusatzfeuerung durchgeführt worden. Luftschiffe, Flugzeuge und Minenräumverbände hatten eine erhebliche Vermehrung erfahren. Ebenso war die Zahl der für weitreichende Unternehmungen geeigneten Torpedoboote gewachsen. Gleichzeitig waren in den Personen des Admirals Scheer, des Kontreadmirals von Trotha und des Kapitäns zur See von Levetzow, die sich in ihren Charaktereigenschaften vorzüglich ergänzten, die geeigneten Führer und Stabschefs an die Spitze der Flotte getreten, um unter Ausnutzung der bisherigen taktischen und strategischen Kriegserfahrungen ein grosszügiges und offensives Zusammenspiel aller dieser Kampfmittel zu gewährleisten. Die neue Ära begann mit zahlreichen und energisch durchgeführten Torpedobootsvorstössen zur Sicherung der Deutschen Bucht.

Gegen zeitweise ernstlich zu erwartende britische Angriffe wurden häufig weit ausserhalb Helgolands vorgeschobene Bereitschaftsstellungen der ganzen Flotte eingenommen und, zum Angriff übergehend, wurde planmässig in immer weitergeführten Vorstössen unter Zusammenfassung aller Streitkräfte erstrebt, den Feind zum Schlagen zu bringen. Die gewählte Methode ergab sich aus Zahl und Art der Kampfmittel. U-Boote waren nach Aufgabe des Handelskriegs in ausreichender Zahl freigeworden. Durch ihre Aufstellung vor den feindlichen Häfen und in den Flanken der vorstossenden Flotte sowie durch weitreichende Luftschiffaufklärung hoffte man sich gegen Überraschungen durch die Übermacht zu sichern; Angriffe auf die feindlichen Streitkräfte in See, Luftschiff- und Kreuzerangriffe auf die feindliche Küste sollten den Gegner aus seiner Zurückhaltung herauslocken. Im Anmarsch gegen unsere Flotte sollten ihn U-Boote und Torpedoboote schädigen, um dadurch günstigere Vorbedingungen für den Zusammenprall der Flotten zu schaffen. Der erste Vorstoss dieser Art führte am 6. März die leichten Streitkräfte bis zur Maasmündung, das Gros bis nach Texel, jedoch zog der Gegner alle Streitkräfte sofort zurück, um erst am 25. März mit einem missglückten Fliegerangriff auf Tondern zu antworten. Im übrigen begnügte er sich mit einer immer umfassenderen Minenverseuchung der Deutschen Bucht in der Linie Terschelling-Hornsriff. Immer mühsamer und gefahrvoller, fast dem Stellungskrieg an Land vergleichbar, wurde es daher, einzelne Ausfallwege in diesem Gebiet freizuhalten. Trotzdem donnerten am 25. April die Kanonen unserer Schlachtkreuzer vor Lowestoft und Yarmouth mit dem Erfolg, dass der Feind eine grössere Unternehmung an der flandrischen Küste sofort abbrach. Seine Flotte brachte er aber auch diesmal nicht zum Einsatz. Nach einer Pause, wie sie durch Minenräumen, Reparaturperioden, Wetterverhältnisse und Übungen stets bedingt war, begann im Mai eine neue Unternehmung. Vom 18. bis 22. dieses Monats standen etwa 10 U-Boote im britischen Blockadegebiet zwischen den Shetlands und Norwegen. Danach nahmen sie vor den feindlichen Stützpunkten Aufstellung, um bei einem neuen Vorstoss der Flotte mitzuwirken, der sich aber infolge der für Luftschiffe ungünstigen Wetterlage bis zum Ende des Monats verzögerte. Um der Unterstützung der U-Boote noch sicher zu sein, verzichtete der Chef der Hochseestreitkräfte schliesslich auf die Luftschiffaufklärung und liess am 31. Mai den Vormarsch ins Skagerrak beginnen, um den Feind endlich zum Vorschieben von Streitkräften zu veranlassen. Merkwürdigerweise ist den U-Booten der wahrscheinlich bei Nacht erfolgte Ausmarsch des grössten Teils der feindlichen Flotte verborgen geblieben. Um so überraschender, allerdings auch dem Feind unerwartet, erfolgte um 5 Uhr 30 nachm. vor dem Skagerrak der Zusammenstoss der beiderseitigen Kreuzergruppen, dem nach etwa zweistündigem Gefecht der Schlachtkreuzergeschwader und des 5. englischen Linienschiffsgeschwaders der „Queen Elizabeth"-Klasse und nach Vernichtung der „Queen Mary" und des „Indefatigable" bei stark geminderter Sichtigkeit um 8 Uhr nachm. der Zusammenprall der Flotten folgte. Die überlegene Zahl der englischen Schiffe, ihre grössere Geschwindigkeit und die zu diesem Zeitpunkt für die britische Flotte günstigeren Sichtigkeitsverhältnisse ermöglichten dem britischen Flottenchef die Umklammerung, aus der sich die deutsche Flotte nur in zweifachem Stoss bis auf Nahgefechtsentfernung unter Torpedobootsmassenangriffen und rücksichtslosem Einsatz der Schlachtkreuzer und nach abermaligen schweren Verlusten für den Feind zu lösen vermochte. Dieser verlor die Fühlung, steuerte aber, unmittelbar hinter sich die deutsche Flotte, in der Nacht die Deutsche Bucht an. Heftige Kämpfe der britischen Rückendeckung mit der deutschen Marschsicherung führten zwar wiederum zu grösseren Verlusten auf englischer als auf deutscher Seite, aber leider gelang es den deutschen Torpedobooten nicht, an das feindliche Gros heranzukommen und so die unvergleichliche Überlegenheit der deutschen Torpedowaffe nochmals in der Nacht zum Tragen zu bringen. Dennoch hatten die britischen Kreuzer und Torpedoboote, und sogar eine Linienschiffsdivision im Verlauf der Nachtgefechte den Anschluss an ihr Gros verloren, während die deutsche Flotte geschlossen Hornsriff erreichte. Unter diesen Umständen erschien dem britischen Höchstkommandierenden das Risiko eines neuen Angriffs zu gewagt, die Kämpfe waren beendet. Ohne die Mitwirkung von U-Booten, Minen und Luftschiffen hatte die deutsche Flotte einen Sieg davongetragen, dessen taktisches Ausmass sich nach Zahl der beteiligten Streitkräfte und eingetretenen Verluste aus der umstehenden Tabelle ohne weiteres ergibt. Die britische Flotte hatte die schwersten Verluste erlitten, seit der holländische Admiral van Tromp

mit dem Besen im Topp den Kanal hinauffuhr. Der Erfolg war in erster Linie der alle Erwartungen übertreffenden Widerstandsfähigkeit der deutschen Grosskampfschiffe sowie der vernichtenden Wirkung ihrer Panzersprenggranaten, ferner der guten Schiessausbildung und dem hervorragenden taktischen Zusammenarbeiten aller Schiffsklassen zu verdanken. Unter diesen Umständen war es doppelt zu bedauern, dass die ungünstigen Witterungsverhältnisse und der Mangel einer genügenden Zahl schneller Aufklärungsstreitkräfte dem deutschen Führer die Einnahme einer günstigeren

	Grosskampfschiffe		ältere Linienschiffe	ältere Grosse Kreuzer	Kleine Kreuzer	Zerstörer	Einwandfreie Treffer auf nicht gesunkenen Schiffen		Verluste	
	Linienschiffe	Schlachtkreuzer					Schwere Artillerie	Torpedo u. Minen	gefallen	verwundet
englisch . .	28	9 (3)*)	—	8 (3)*)	25 (2)*)	68 (8)*)	?	1 Torpedo	6014	674
deutsch . .	16	5 (1)*)	6 (1)*)	—	11 (4)*)	65 (5)*)	75**)	1 Torpedo 1 Mine	2535	494

*) Die eingeklammerten Zahlen bedeuten Totalverluste. — **) Davon allein 45 auf den Schlachtkreuzern.

Anfangsstellung und ein völliges Durchschlagen der Schlacht nicht ermöglicht hatten. Trotz aller Würdigung des taktischen Erfolgs durfte aber die strategische Wirkung des Sieges nicht überschätzt werden. Insbesondere konnte die Einbusse an Prestige infolge unserer politischen Haltung in der Frage des U-Bootshandelskrieges nicht mehr wettgemacht werden. Im Gefechtsbericht an den Kaiser äusserte sich Admiral Scheer daher folgendermassen:

„Bei günstigem Verlauf der weiteren Operationen wird der Gegner zwar empfindlich geschädigt werden können, trotzdem kann kein Zweifel bestehen, dass selbst der glücklichste Ausgang einer Hochseeschlacht England in diesem Kriege nicht mehr zum Frieden zwingen wird: Die Nachteile unserer militärgeographischen Lage gegenüber der des Inselreichs und die grosse materielle Übermacht des Feindes werden durch die Flotte nicht in dem Masse ausgeglichen werden können, dass wir der gegen uns gerichteten Blockade oder des Inselreichs selber Herr werden, auch nicht, wenn die U-Boote für militärische Zwecke voll verfügbar sind.

Ein sieghaftes Ende des Krieges in absehbarer Zeit kann nur durch Niederringen des englischen Wirtschaftslebens erreicht werden, also durch Ansetzen des Unterseebootes gegen den englischen Handel.

Hierzu irgend eine abgeschwächte Form zu wählen muss ich nach pflichtgemässer Überzeugung nach wie vor Euerer Majestät dringend abraten, nicht nur, weil es dem Wesen der Waffe widerspricht und der Einsatz der U-Boote nicht im Verhältnis zu dem zu erwartenden Gewinn steht, sondern weil es trotz grösster Gewissenhaftigkeit der Kommandanten nicht möglich ist, in Englands Gewässern, in denen die amerikanischen Interessen lebendig sind, Zwischenfälle zu vermeiden, die uns zu demütigendem Nachgeben zwingen, wenn wir nicht bis zur vollen Schärfe durchhalten können!“

Unmittelbar nach der Schlacht waren nur 11 Grosskampfschiffe, drei Kleine Kreuzer und 51 Torpedoboote fahrbereit. In Erwartung britischer Angriffe wurden daher U-Bootslinien zum Teil bis in die nördliche Nordsee vorgeschoben, während die weiter fortgesetzten Luftschiffangriffe bereits die Zahl 100 überschritten. Aber schon am 18. August war die gesamte Flotte bis auf „Seydlitz“ und „Derfflinger“ wieder in See, um den Gegner von neuem zur Schlacht zu stellen. Die Unternehmung führte die Schlachtkreuzer bis dicht vor die britische Küste bei Sunderland, welches beschossen werden sollte, wenn nicht bereits vorher starke feindliche Streitkräfte angetroffen werden würden. Nur 40 sm hinter den Schlachtkreuzern folgte das Gros. Auf dem Vormarsch wurde das Linienschiff „Westfalen“ von einem U-Bootstorpedo getroffen und musste in den Hafen zurückkehren. Ohne dass man davon wusste, war auch die britische Flotte mit allen Kräften im Anmarsch, bald meldeten Luftschiffe und U-Boote starke Streitkräfte im Norden und Süden der anmarschierenden deutschen Flotte. Wie später festgestellt, haben die beiden Gros schliesslich

nur noch 50 sm auseinandergestanden, als eine Luftschiffmeldung den deutschen Flottenchef veranlasste, gegen die im Süden stehenden schwächeren Streitkräfte, unter denen sich ebenfalls Grosskampfschiffe befinden sollten, vorzustossen. Tatsächlich haben hier nur leichte Streitkräfte gestanden. Die Fühlung am Feind ging verloren, und die weitere Unternehmung verlief für die Überwasserstreitkräfte erfolglos. Immerhin gelang es 4 deutschen U-Booten, zum Angriff zu kommen, ein Grosskampfschiff schwer zu beschädigen und die Kleinen Kreuzer „Falmouth" und Nottingham" sowie einen Zerstörer zu vernichten. In der nächsten Zeit verhinderte das andauernd schlechte Wetter weitere Vorstösse, aber am 19. Oktober stand die deutsche Flotte wieder auf der Doggerbank, ohne dass feindliche Streitkräfte von Luftschiffen gemeldet wurden. Inzwischen waren durch Kaiserlichen Befehl von neuem alle U-Boote zu dem bereits früher als nicht genügend wirksamen U-Bootshandelskrieg nach Prisenordnung angesetzt worden. Ohne die Unterstützung von U-Booten aber verboten sich grössere Unternehmungen der Flotte von selbst. Als der U-Bootskrieg nach Prisenordnung dann am 1. Februar 1917 in die uneingeschränkte Form überging, hatten sich alle Mittel der Seekriegführung ausschliesslich in den Dienst der U-Bootswaffe zu stellen. Geleit- und Sicherungsdienst, Eisbrecherdienst in den Flussmündungen und vor allem das Freihalten der Ausfallswege der U-Boote in dem ausserhalb des Bereichs unserer Küstengeschütze 50—100 sm ausserhalb Helgolands liegenden und immer von neuem verstärkten britischen Minengürtel erforderte schliesslich die dauernde Anwesenheit ganzer Linienschiffsgeschwader zum Schutz der dort arbeitenden Minenräumverbände und der eigenen, Gegensperren auslegenden Kreuzer und Torpedoboote. Je stärker die Wirkung des U-Bootskrieges wurde, um so häufiger wurde die Anwesenheit feindlicher Streitkräfte in diesem Gebiet, um so erbitterter der hier geführte Stellungskampf, um so notwendiger die dauernde äusserste Kampfbereitschaft der Hochseeflotte gegen jederzeit mögliche Angriffe der ganzen britischen Flotte gegen die Deutsche Bucht und die U-Bootstützpunkte. Nur auf die Hochseeflotte gestützt war die Durchführung des U-Bootskrieges möglich. Ohne sie wäre es England ein Leichtes gewesen, das Übel an der Wurzel auszurotten, statt es mit unendlichem Aufgebot an Streitkräften und erheblich geringerer Wirkung auf den Handelsstrassen selbst zu bekämpfen. Aber noch weitere Gründe zwangen die Hochseeflotte jetzt zur Defensive. Die U-Boote, Minensuchboote, Hilfskreuzer, Luftschiffe, Fliegerabteilungen wie alle anderen neugeschaffenen Formationen konnten ihren Personalbedarf nur aus Mannschaften der Flotte decken. Nachdem hierfür zunächst die Besatzungen der älteren Schiffe des IV., V. und VI. Geschwaders herangezogen worden waren, die nach den Erfahrungen der Skagerrakschlacht der Wirkung moderner Waffen nicht mehr ausgesetzt werden durften, musste von 1916 ab die Schlachtflotte selbst den gewaltigen Bedarf an Mannschaften, vor allem aber auch an Seeoffizieren und Ingenieuren für die Neuformationen aufbringen. Unter diesen Umständen konnte nur ständige Übung der hierzu fortlaufend in die Ostsee entsandten Flottenteile die Kriegsbereitschaft erhalten, die Zeit für offensive Vorstösse in der Nordsee drängte sich dadurch immer mehr zusammen. Zudem ergaben sich Hand in Hand gehend mit dem Fortschreiten der Armee, auch für Teile der Hochseeflotte wesentlich dankbarere Aufgaben in der Ostsee, deren Durchführung sich bei der passiven Haltung der englischen Flotte mit den Aufgaben in der Nordsee wenigstens zeitweise vereinigen liess. Nachdem bereits im Mai 1915 der russische Kriegshafen Libau von Armee und Marine gemeinsam genommen war, gab dieser einen vortrefflichen Stützpunkt für die späteren gemeinsamen Unternehmungen von Heer und Flotte. Mit Eroberung der baltischen Inseln Ösel, Moon und Dagö im Oktober und November 1917 gelang hier in erstmaligem Zusammenwirken der Schwesterwaffen in vorbildlicher Durchführung eine glänzende Waffentat. Ihr folgte im Februar 1918 die Besetzung der Åland-Inseln und im April die Landung der Finnland-Division vor Hangö. Am 13. April liefen die Seestreitkräfte in Helsingfors ein und hatten an der Einnahme der Stadt hervorragenden Anteil. Im Herbst 1918 war der ganze Finnische Meerbusen in deutscher Hand, die russische Flotte am Auslaufen verhindert, auf Kronstadt und Petersburg beschränkt. Niemals in der Jahrhunderte alten Seekriegsgeschichte dieses Meeres war die Seeherrschaft dort so ausschliesslich und unbestritten in einer Hand, wie damals unter der Kriegsflagge der deutschen Flotte. England hatte dem tatenlos zugesehen, aber auch in der Nordsee ging es aus seiner Zurückhaltung nicht heraus. Das zeigte der letzte und ausgedehnteste Vorstoss, den die Hochseeflotte dort im April

1918 unternahm. Er führte weit über das Schlachtfeld der Skagerrakschlacht hinaus bis 300 sm von Helgoland in die Höhe von Stavanger zum Angriff auf den dort vermuteten stark geschützten Handelsverkehr zwischen Norwegen und England und die etwa zu seinem Schutz herbeieilenden britischen Geschwader. Aber zwei Tage lang wurde nichts vom Feinde gesichtet. Der Versuch, die Flotte schliesslich nach Abbruch des uneingeschränkten U-Bootshandelskriegs nochmals Ende Oktober unter Mitwirkung sämtlicher U-Boote, Luftschiffe und Minenleger zum Einsatz zu bringen, scheiterte dann an dem Verhalten eines Teils der Besatzungen und am Ausbruch der Revolution.

Von Februar 1917 ab hat daher die Offensive, soweit sie kriegsentscheidende Bedeutung erhalten konnte, ausschliesslich bei den U-Booten gelegen.

Nach der schroffen Ablehnung unseres Friedensangebots Ende Dezember 1916 hatte weder Heer und Marine, noch die politische Leitung ein anderes Mittel als den uneingeschränkten U-Bootshandelskrieg nennen können, um den Krieg ohne vernichtende Niederlage zu beenden. Zwar hatte der U-Bootskrieg nach Prisenordnung im letzten Vierteljahre monatlich 400 000 T gebracht, er musste sich aber infolge der immer wirksameren Bewaffnung und Sicherung der Handelsschiffe sowie der Schonung der Passagierdampfer schliesslich totlaufen. Der Kanzler sah sich daher nunmehr nach seinen eigenen Worten ausserstande, „dem Kaiser zu raten, sich mit dem Votum seiner militärischen Ratgeber in Widerspruch zu setzen.“

Der uneingeschränkte U-Bootskrieg, in früheren Stadien als berechtigtes Kriegsmittel unter günstigeren Bedingungen anwendbar, musste nunmehr als ultima ratio auf einer Grundlage geführt werden, die wir durch unser eigenes Verhalten bereits schwer erschüttert hatten. Mit fortschreitender Zeit hatten sich alle Bedingungen für seinen Erfolg zu unsern Ungunsten verschoben. Weder Feinde noch Neutrale glaubten mehr an die ernstliche Durchführung. Letztere opferten daher ihre Schiffsräumte widerspruchslos den englischen Ansprüchen, die Stellung Wilsons aber hatte sich inzwischen so gefestigt, dass ihm das amerikanische Volk nunmehr infolge beispielloser und durch unser Verhalten nur erleichterter Stimmungsmache willig in den Krieg folgte. Dagegen war die Widerstandskraft des eigenen Volks bereits schwer erschüttert. Es brachte auch in seiner Volksvertretung sehr bald nicht mehr die psychologische und moralische Spannkraft auf, um sich mit aller Stärke einheitlichen Willens hinter diese letzte gewaltige Anstrengung zu stellen.

Mit der schwankenden Haltung der politischen Leitung stand schliesslich auch die bisherige U-Bootsbaupolitik in engstem Zusammenhange. Wie sollte bei der Anspannung aller Kräfte der Wirtschaft und des Heeres für andere Dinge die Konzentration auf ein Kriegsmittel erreicht werden, dessen Anwendung der Kanzler noch kurz zuvor unter allen Umständen zu vermeiden gehofft hatte? Wie sollten grosszügige Baupläne durchgeführt werden, solange der Wille zum uneingeschränkten U-Bootskrieg fehlte? Nur so erklärt es sich, dass von den 810 U-Booten, die wir im Kriege gebaut haben, gerade im Jahre 1916 nur 90 fertiggestellt worden waren, gegenüber 186 in den Jahren 1914 und 1915 und 269 bezw. 220 in den Jahren 1917 und 1918. Es ist allerdings kaum zweifelhaft, dass mit den letztgenannten Zahlen die Leistungsfähigkeit der Werften nicht voll erreicht worden ist aus Mangel an Arbeitern, die das Heer hätte stellen müssen. Es mag sein, dass es hier nach Beginn des uneingeschränkten U-Bootskriegs an der notwendigen Tatkraft in der Anforderung durch die Marineleitung gefehlt hat. Immerhin standen von Februar 1917 bis zum Abbruch des U-Bootskrieges Oktober 1918 durchschnittlich 127 U-Boote in den Frontverbänden gegenüber 71 im Jahre 1916. Die Steigerung des Wirkungsgrades hat aber mit der Zahl nicht schrittgehalten. Der Feind hatte Zeit gewonnen, seine Abwehrmassnahmen auf jede erdenkliche Höhe zu bringen. Noch im April 1916 waren nach Stichproben von 100 versenkten englischen Dampfern nur 9 bewaffnet, im Februar 1917 dagegen schon 43 und im Oktober bereits 84. Die Zahl der in den Dienst der U-Bootsabwehr gestellten U-Boote, U-Bootsfallen, U-Bootsjäger, Flieger, Motorboote und Luftschiffe, sowie die Wirksamkeit ihrer Ausrüstung und Waffen, vor allem der Wasserbomben, hatte von Jahr zu Jahr zugenommen. Das Horchverfahren zum Erkennen und Feststellen von U-Booten durch feste Stationen längs der Küste sowie durch besonders damit ausgerüstete Flottillen erlangte erst 1917

praktische Bedeutung. Die anfangs verhältnismässig harmlosen und bei Niedrigwasser an der Oberfläche sichtbaren britischen Minen waren bis 1917 zur höchsten Vollkommenheit verbessert worden und versperrten, zu Zehntausenden verwendet, Gewässer bis zu 300 m Tiefe in den verschiedensten Tiefenlagen. Auch die Zusammenfassung des wichtigsten Schiffsverkehrs in stark geschützten und ständig ihre Marschroute wechselnden Geleitzügen hatte erst nach umfangreichen Vorarbeiten im Jahre 1917 ihre Vollkommenheit erreichen können. Nur so erklärt sich die Tatsache, dass 1915 und 16 eine geringere Zahl von U-Booten dieselben und höhere Erfolge erzielen konnte als 1917 und 1918. Im Mittelmeer waren 1916 Versenkungsziffern einer einzigen U-Bootsfahrt von 50—70 000 T nicht selten, vom Sommer 1917 ab waren 30000 T bereits eine Ausnahmeleistung. Dennoch wurde mit 900000 T statt 600000 im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres militärisch mehr geleistet, als versprochen worden war. Über die tatsächlichen wirtschaftlichen und militärischen Wirkungen dieser Versenkungen wird erst nach Veröffentlichung des entsprechenden Materials unserer Gegner geurteilt werden können, soviel aber ist sicher: Bereits im Frühjahr 1917 sind Lloyd George und Ribot im Begriff gewesen, nach Rom zu reisen, um Friedensbesprechungen einzuleiten, das Salonikiunternehmen stand vor dem Abbruch, aber eine ständig anwachsende Reihe von Ausnahmen zugunsten dieses oder jenes Neutralen beeinträchtigten die Wirkung des U-Bootskrieges auch weiterhin und gaben den feindlichen Staatsmännern in Verbindung mit der sich deutlich äussernden flauen Stimmung in Deutschland und Österreich neuen Mut, abzuwarten, ob nicht die amerikanische Unterstützung im letzten Augenblick Hilfe brächte. Geradezu verhängnisvoll wirkte in diesem Sinne die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 im Verein mit dem Bekanntwerden der Czernin'schen Denkschrift bei unsern Feinden. „Wenn in gewaltigen Kämpfen das labile Gleichgewicht erreicht ist, entscheiden die psychologischen und moralischen Momente[2].“ Diese in erster Linie haben in dem letzten Kampf zu unsern Ungunsten entschieden.

Nachdem es nicht gelungen war, England in 5 Monaten friedensbereit zu machen, wie es die Seekriegsleitung auf Grund ihrer Berechnungen und im Vertrauen auf einheitliches Zusammengehen der politischen und militärischen Anstrengungen erwartet hatte, lief der U-Bootskrieg auf einen Wettlauf zwischen Versenkung und Neubau von Handelsschiffen hinaus. 1917 stand einer Versenkung von 9 Millionen Tonnen ein Neubau der Verbandsmächte von nur 2,2 Millionen gegenüber, 1918 hatte sich das Verhältnis zu Ungunsten der U-Boote verschlechtert. Trotzdem stand England infolge der ungeheuren Schiffsverluste und der Kohlenknappheit, die sich besonders deutlich in den Mittelmeerländern ausprägte, weiterhin infolge der Transportkrise in Frankreich und der erhöhten Anforderung von Schiffsräumte für das gelandete amerikanische Heer mit seinen Bundesgenossen vor der Notwendigkeit, in Verhandlungen einzutreten. Die Verbandsmächte wussten, was sie taten, als sie vor jeder Verhandlung die Einstellung des U-Bootskrieges forderten.

So war es letzten Endes auch der neuen Waffe nicht beschieden gewesen, durch Vernichtung der Überzahl feindlicher Grosskampfschiffe oder durch tödliche Schädigung des in feindlichen Diensten stehenden Frachtraums uns die Seeherrschaft zu erobern. Wie erbittert aber der mit allen Mitteln des Seekrieges geführte Kampf um dieses Ziel im Laufe der Jahre selbst ohne die von Anfang an erwartete entscheidende Seeschlacht gewesen ist, davon geben die folgenden, wenn auch in keiner Weise erschöpfenden Zahlen ein ungefähres Bild. Eine ganze Flotte Englands ist diesem Kampf zum Opfer gefallen.

	Personalverluste: tot, verwundet, gefangen (Marinekorps eingeschlossen)	Linienschiffe	Schlachtkreuzer	Kreuzer	Kleine Kreuzer	Torpedoboote	U-Boote	Luftschiffe	Minensuch-Fahrzeuge
England . .	73000	13	3	13	12	78	59	?	264
Deutschland	75879	1	2	5	20	102	192	53	119

Ausserdem England durch U-Boote: total: 244 Transportdampfer, 2479 Handelsschiffe, 675 Fischdampfer; beschädigt: 1885 Handelsschiffe.

[2]) Helfferich vor dem Untersuchungsausschuss.

Die Bedeutung unserer Seekriegführung kann jedoch nicht lediglich nach Verlustzahlen und dem Einsatz oder Nichteinsatz von Grosskampfschiffen beurteilt werden. Die Schädigungen, die unsere Kreuzer, U-Boote, Minen und Luftschiffe dem wirtschaftlichen Leben unseres Hauptgegners beigebracht haben, werden uns in ihren Folgeerscheinungen erst später ganz deutlich werden, vielleicht haben sie seine Weltmachtstellung schwerer erschüttert, als wir heute ahnen. Sie zu erzielen war aber nur möglich mit Hilfe einer kampfbereiten Hochseeflotte. Die Wirkungen der Flotte gehen weiter. Ohne ihre Hilfe hätten wir uns auch im Landkrieg nicht so lange und zähe behaupten können. Bestandteile der Marine waren es, die durch die Verteidigung der flandrischen Küste unsere Westfront gegen den gefährlichsten Angriff von See her sicherten, aber nur der Hochseeflotte war es zu verdanken, dass der Engländer bis zum letzten Räumungstage im Oktober 1918 zwar Handstreiche gegen Ostende und Zeebrügge, niemals aber eine grosszügige Flottenaktion zur Landung beträchtlicher Streitkräfte dort gewagt hat, um diesen Flügel der Landfront zu fassen und zurückzudrängen. Er durfte keinen Teil seiner grossen Flotte opfern, solange die deutsche Hochseeflotte kampfbereit in der Deutschen Bucht lag. Sie war es auch, die die Küsten des Reiches von Borkum bis Memel gegen jede Schädigung bis zuletzt gesichert und vor allem die Ausführung des britisch-russischen Planes einer Vereinigung in der Ostsee zu Landungen an unserer Küste vereitelt hat. Ohne die Flotte wäre die dänische Neutralität kein Damm gegen den britischen Einbruch in die Ostsee gewesen, ohne sie wären die Belte zur Operationsbasis für englische Flottenteile geworden, wäre unserm Heer im Norden ein weiterer Kriegsschauplatz schon zu einer Zeit entstanden, wo dieses alle Kräfte zur Bewältigung seiner Aufgaben im Westen und Osten dringend gebrauchte. Ohne die Flotte hätte Russland über die Ostsee alle die Kriegszufuhren erhalten, deren Fehlen seinen Zusammenbruch mit verschuldet hat, ohne sie wäre uns die einzige Überseezufuhr, die wir noch erhielten, abgeschnitten worden und damit die schwedischen Erze, ohne die eine Fortsetzung des Landkrieges so gut wie ausgeschlossen gewesen wäre. Die strategische Wirkung der Hochseeflotte blieb aber nicht auf Ost- und Nordsee beschränkt, sie äusserte sich mittelbar auch auf andern Kriegsschauplätzen. Durch Bindung der grössten und stärksten Teile der britischen Flotte in der Nordsee verhinderte sie deren wirksamen Einsatz an anderer Stelle, vor allem im Mittelmeer. Nur so wurde es dem Wirken unserer U-Boote und den vom Sonderkommando der Marine instand gesetzten und geleiteten türkischen Küstenbatterien möglich, das Dardanellenunternehmen in seiner entscheidenden Phase zum Scheitern zu bringen. Sieg und Niederlage auf der Balkanfront waren davon abhängig. Russland blieb auch dort von seinen Bundesgenossen abgeschnitten und die Seeherrschaft im Schwarzen Meer trotz zahlenmässiger Überlegenheit der russischen Streitkräfte in unsern Händen. Die Erwerbung und Erhaltung der für uns im Kriegsverlauf immer wichtiger werdenden Bundesgenossenschaft der Türkei durch die Marine bleibt ihr besonderes historisches Verdienst.

Nicht im Kampf, erst im Waffenstillstand fiel die Hochseeflotte dem Feind zum Opfer. Was ihre Vernichtung nicht nur für unsere Nation, sondern für die allgemeine Freiheit der Meere bedeutet, wird die Zukunft lehren. Hier sei nur auf eins hingewiesen: Mit der Einbusse der Seeherrschaft in der Ostsee ist der Ring um uns geschlossen. Blockade, Landung, Luftangriff eines seegewaltigen Feindes werden künftig von dort ihren Ausgang nehmen. Darüber lässt Englands Verhalten in der Ostsee schon jetzt keinen Zweifel. Dort brennt die offene Wunde.

---

17. Abschnitt.

Der Krieg in den Kolonien.

Von Legationsrat a. D. Dr. **Alfred Zimmermann**, Berlin.

Literatur:

v. Lettow-Vorbeck, Meine Erinnerungen aus Ostafrika. Leipzig 1920. — Dr. H. Schnee, Wie wir lebten und kämpften. Leipzig 1919. — Dr. A. Zimmermann, Der Krieg in den Kolonien. Die grosse Zeit. Berlin-Wien. Ullstein u. Co., Heft 49/50. — E. Lewin, Deutsche Kolonisatoren in Afrika. London 1919. — Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen und englischen Kolonien. Berlin. Engelmann. 1919. — Dr. B. Couget, les colonies allemandes avant et pendant la guerre. Toulouse 1907. — Die amtlichen Berichte über die Vorgänge während des Kriegs in den Kolonien sind abgedruckt im „Deutschen Kolonialblatt". Berlin. Mittler & Sohn. 1914 ff.

Das Deutsche Reich nannte bei Ausbruch des Weltkriegs überseeische Gebiete im Umfange von 3 223 000 Quadratkilometern mit etwa 16 Millionen Einwohnern sein eigen, d. h. eine Fläche, die die des Reichs selbst um das Sechsfache übertraf. Die räumlich ausgedehnteste Kolonie war davon Kamerun, das nach dem Erwerb des französischen Kongogebietes nicht weniger als 1 060 000 Quadratkilometer mit beinahe 4 Millionen Bewohnern umfasste. Ihr zunächst stand Ostafrika: 995 000 Quadratkilometer mit rund 8 Millionen Menschen. An dritter Stelle kam Südwestafrika. Auf seinen 835 000 Quadratkilometern zählte man allerdings nur 81 000 Seelen. Aber dafür waren davon 15 000 Weisse, während Kamerun wie Ostafrika nur wenige Hundert Europäer unter ihrer Bevölkerung besassen. Die kleinste deutsche Afrikakolonie war Togo mit 87 000 Quadratkilometern, auf denen aber mehr als 1 Million Menschen wohnten. Alle diese Besitzungen waren bei der Erwerbung in den achtziger Jahren wegelose, dünnbevölkerte, von periodischen Hungersnöten und ewigen innern Kriegen heimgesuchte, von Sklavenjägern fortgesetzt verwüstete Länder ohne Wege, ohne Handel und Wandel gewesen, wo allerlei Tropenkrankheiten Europäern den Aufenthalt fast unmöglich machten. Sie waren in den drei Jahrzehnten deutscher Arbeit zu gesunden, mit Wegen und Bahnen erschlossenen, wohlgeordneten Ländern geworden, wo Landwirtschaft und Handel, Bergbau und allerhand Gewerbe in lebhafter Entwicklung begriffen waren, und jedes Jahr steigende Gewinne erzielt wurden. Diamanten und Kupferminen hatten das einst völlig wüste, von allen Völkern Jahrhunderte lang verschmähte Südwestafrika zu einem reichen und vielbeneidetem Besitz gemacht. Die Tropengebiete Kamerun, Ostafrika, Togo lieferten dank grosser, stetig wachsender Pflanzungen von Kakao, Kaffee, Tabak, Baumwolle, Kautschuk und Faserpflanzen fortwährend steigende Gewinne und wuchsen ungeahnt im Werte, als die Nachfrage nach Ölfrüchten in früher ungekanntem Masse vorm Krieg zu steigen begann. — Nicht weniger erfolgreich war die deutsche Arbeit in der Südsee gewesen, wo Deutschland 245 000 Quadratkilometer mit 622 000 Bewohnern, und in Nordchina, wo es 552 Quadratkilometer mit 169 000 Bewohnern besass. In der Südsee entfielen von dem deutschen Besitz nicht weniger als 240 000 Quadratkilometer mit gegen 600 000 Menschen auf das noch so wenig bekannte Neu-Guinea. In den dreissig Jahren deutscher Verwaltung waren die eigenen Einnahmen dieser Kolonialgebiete von nichts auf etwa 60 Millionen, ihr Handel auf einen Wert von 500 Millionen im Jahre gestiegen. Allein im Laufe der letzten fünf Jahre vorm Krieg hatte sich der Wert des Aussenhandels der deutschen Kolonien verdoppelt. Überall herrschte in ihnen Ruhe und Ordnung, und ihre Blüte erregte die Bewunderung aller Besucher. Missgriffe, die Deutschland wie jeder andern Kolonialmacht in den Anfängen, als es an genügender Kenntnis von Land und Leuten und geeigneten Beamten fehlte, gelegentlich begegnet, waren längst verschwunden und ihrer Wiederkehr nach alle Kräften vorgebeugt. Nach dem Urteil jedes vorurteilslosen Beobachters hatte Deutschland den Beweis erbracht, dass es Kolonien zum Nutzen ihrer Bewohner wie der Bevölkerung des Mutterlandes und zum Vorteil der ganzen Welt, zu verwalten und zu bewirtschaften verstand.

* * *

In dem ganzen grossen kolonialen Besitze unterhielt das Reich aber nur knapp 15 000 Mann ständiger Truppen, von denen der weitaus grösste Teil Farbige waren. Befestigt waren in Afrika und der Südsee nur die wichtigsten Örtlichkeiten gegen Angriffe von Eingeborenen. Gegen modern bewaffnete Feinde war einzig und allein Kiautschou in Anbetracht seiner besonderen Lage einigermassen gesichert. Ebenso friedlich und vertragsmässig wie die deutschen Kolonien erworben worden waren, sollten sie nämlich nach der Absicht der Leiter des Reichs auch für alle Zeit bewirtschaftet werden. Wenn schon von ihrer Seite niemals Herbeiführung eines Krieges in Europa ins Auge gefasst worden war, hatten sie noch viel weniger jemals mit Kriegführung in den Kolonien gerechnet. Für den Reichskanzler Fürsten Bismarck und Kaiser Wilhelm I. stand von vornherein die Überzeugung fest, dass die Kolonien kriegerischen Zwecken nicht dienen dürften und dass, im Falle Deutschland ein Verteidigungskrieg jemals aufgezwungen würde, die überseeischen Besitzungen ihrem Schicksal überlassen werden müssten. In dieser auch von ihren Nachfolgern geteilten Auffassung war es nur ihr Bestreben gewesen, die Kolonien nach Kräften vor der Hineinziehung in europäische Streitigkeiten sicher zu stellen. Die wertvollste Handhabe zur Erreichung dieses Ziels haben sie in der von der Kongokonferenz zu Berlin am 26. Februar 1885 beschlossenen Generalakte erblickt.[1]) Nach Wortlaut der Artikel 11 und 12 dieses von allen Grossmächten geschlossenen Vertrages bestand nämlich das Einverständnis zwischen ihnen, im Falle von neuen Kriegen Massregeln zu treffen, damit Feindseligkeiten die Kolonien im Kongobecken, d. h. in ganz Mittelafrika, nicht in Mitleidenschaft zögen. Falls Unterzeichner der Akte selbst miteinander in Krieg verwickelt würden, verpflichteten sie sich durch jenen Vertrag, die Vermittlung befreundeter Mächte in Anspruch zu nehmen, ehe sie zur Waffengewalt schritten. Die zuerst im Jahre 1883 von dem Schweizer Moynier bei einer Tagung des Völkerrechtsinstituts zu München angeregte und von der Kongokonferenz dann beschlossene Neutralisierung des Kongostaats setzte eine derartige Sicherung Mittelafrikas vor der Hineinziehung in europäische Kriege voraus. Die Freunde des Kongostaats, besonders Stanley, hatten denn auch aus Leibeskräften für eine Einigung der Mächte zu einem Beschlusse, wie dem erwähnten gearbeitet, um damit König Leopolds Kolonialpläne überhaupt möglich zu machen. Ihre kräftigste Unterstützung hatten sie in der öffentlichen Meinung und bei den Vertretern der Vereinigten Staaten gefunden. Mit ihrer Hilfe war es dann Bismarck möglich gewesen, Ostafrika und Kamerun wenigstens vor der Gefahr einer Hineinziehung in etwaige Kriege durch Vereinbarungen der Grossmächte nach menschlichem Ermessen sicher zu stellen. — Rücksichten innerer Politik hatten allerdings die Vereinigten Staaten, die eigentlichen Väter der Kongoakte, nachträglich veranlasst, sich unter Berufung auf die Grundsätze der Monroedoktrin der Ratifikation der Kongoakte zu entziehen. Doch hatten sie fortgesetzt an afrikanischen Dingen weiteren Anteil genommen, am Zustandekommen der Brüsseler Akte von 1890, einer Ergänzung der Kongoakte, mitgewirkt, sich in die Liberiastreitigkeiten eingemischt und an der Marokkokonferenz teilgenommen. Es liess sich also annehmen, dass sie trotz mancher seit 1885 erfolgten Änderungen der Weltlage eintretendenfalls nicht zögern würden, für Aufrechterhaltung eines von ihnen so lebhaft befürworteten, in erster Linie Zwecken der Menschlichkeit dienenden Abkommens fortgesetzt einzutreten. Schon von der Macht der öffentlichen Meinung in Amerika, die immer so lebhaft für die Eingeborenen Afrikas und Asiens gegenüber europäischen Vergewaltigungen eingeschritten war, konnte man einen mächtigen Druck für strenge Beobachtung der bei ihrem Abschluss von der ganzen Welt begrüssten und gefeierten Kongoakte erwarten.

Selten ist eine Hoffnung grausamer zunichte gemacht worden. Ohne jede Rücksicht auf diesen Vertrag haben England wie Frankreich und Belgien längst vor Ausbruch des Krieges ihre Massregeln in Afrika getroffen. So war es möglich, wie erst später in Deutschland bekannt wurde, dass schon am 6. August französische Truppen ahnungslose deutsche Posten im Innern Kameruns überfielen, am 8. die Briten Daressalam beschossen, am 13. den deutschen Dampfer auf dem Nyassa wegnahmen und in der Südsee die Funkentürme von Nauru angriffen! Wichtiger als alle Verträge war den Briten das Ziel, Deutschland jedes Zufluchtshafens für seine Schiffe und jeder telegraphi-

[1]) Vgl. meinen Aufsatz: Der gescheiterte Versuch der Neutralisierung Mittelafrikas. Kohler-Fleischmanns Zeitschrift für Völkerrecht, Band X, Heft 1/2.

schen Verbindung mit der Aussenwelt zu berauben. Da dazu das sofortige Abschneiden der deutschen Kabel seit Erfindung der drahtlosen Telegraphie nicht mehr genügte, setzte es sich zunächst die Aufgabe, die deutschen Funkentürme in der ganzen Welt zu vernichten!

Wie später festgestellt wurde, hat Belgien Aufrechterhaltung und Durchführung der Kongoakte anfänglich beabsichtigt. Bereits am 7. August ist es, entsprechend den Vorschriften der Akte, an die englische und die französische Regierung mit dem Ersuchen herangetreten, die europäischen Gebiete in Kongobecken für neutral zu erklären. Das Pariser Auswärtige Amt fand auch den Antrag so billig und den völkerrechtlichen Grundsätzen entsprechend, dass es seinerseits die spanische Regierung aufforderte, die erforderlichen Schritte bei den Unterzeichnern der Kongoakte zu tun! Aber in England dachte man anders. Der Zweck der Zerstörung der deutschen Schiffahrt, der Vernichtung aller deutschen Verbindungsmöglichkeiten nach ausserhalb und der Wegnahme der Kolonien erschien in London wichtiger als alles andere. Dieselben Männer, welche Deutschland fortgesetzt wegen der von ihnen selbst herbeigeführten Verletzung der belgischen Neutralität so laut angegriffen und zahlloser Verletzungen des Völkerrechts fälschlich angeklagt haben, lehnten kühl die Beachtung der von England feierlich eingegangenen Verpflichtungen der Kongoakte ab. Unter dem bewusst falschen Vorwande, dass deutsche Truppen zuerst Britisch-Zentralafrika angegriffen und damit die Kongoakte gebrochen hätten, wiesen sie die Anregung Belgiens und Frankreichs ab.

Die deutsche Regierung hat sich damit begnügt, den kriegsmässigen Ausnahmezustand in den Schutzgebieten am 1. August zu erklären. Es wurde jedoch den Gouverneuren die (übrigens nur teilweise benützte) Vollmacht gegeben, die vollziehende Gewalt in die Hände der Truppenbefehlshaber zu legen. Mitte des Monats wurde erst ein beschleunigtes kriegsmässiges Strafverfahren für die Eingeborenen verkündet und die Bestimmungen für Strafrechtspflege im Heere und gegenüber Ausländern in Kraft gesetzt. Im übrigen begnügten sich die von der Unmöglichkeit und Aussichtslosigkeit ernstlichen Widerstands überzeugten Gouverneure der wehr- und waffenlosen Kolonien mit Massnahmen wie Verboten der Geldausfuhr, des Schnapshandels u. dergl. In Berlin hoffte man, dass die Feinde sich, wenn nicht aus andern Gründen, so wenigstens mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Amerikas und die Gefühle der religiösen Kreise mit Zerstörung der Funkentürme an der Küste begnügen und im übrigen es, zum mindesten in Afrika, nicht zum Krieg bringen würden. Man beschränkte sich daher darauf, am 23. August 1914 an den amerikanischen Botschafter in Berlin das Ersuchen zu richten, dass die amerikanische Regierung das Einverständnis der kriegführenden Mächte zur Neutralisierung aller in der Freihandelszone Afrika liegenden Besitzungen gemäss Artikel 11 der Kongoakte herbeiführen möge.

Schon da zeigte sich aber, mit wie geringem Wohlwollen die Regierung der Vereinigten Staaten Deutschland in seinem Verzweiflungskampfe von Anfang an gegenüberstand. Am 31. Aug. teilte sie nämlich bereits durch den Mund ihres Botschafters dem deutschen Auswärtigen Amte mit, dass sie dem Wunsche Deutschlands zu entsprechen nicht in der Lage sei. Die Kongoakte sei seinerzeit von den Vereinigten Staaten infolge Einspruchs des Kongresses nicht ratifiziert worden. Amerika könne daher nicht als Teilnehmer am Vertrage angesehen werden. Diese Antwort war um so bezeichnender, als die Vereinigten Staaten damals die Vertretung Deutschlands gegenüber seinen Gegnern in allen diplomatischen Sachen übernommen hatten und somit zum mindesten verpflichtet gewesen wären, den deutschen Antrag befürwortend den feindlichen Regierungen mitzuteilen! Sie taten das aber nicht und sahen ruhig zu, wie nunmehr England und Frankreich Togo besetzten, den dortigen Funkenturm zerstörten, Angriffe auf die Telegraphenstationen in Ostafrika und Kamerun ausführten und die deutschen Südseekolonien wegzunehmen begannen. Als am 15. September Deutschland seine Bitte um amerikanische Vermittlung wegen Durchführung der Kongoakte erneuerte, begnügte sich das Auswärtige Amt in Washington den deutschen Vorschlag „ohne jede Bemerkung“, wie der amerikanische Botschafter in Berlin betonte, den feindlichen Regierungen zu übermitteln! Unter diesen Umständen war es nicht zu verwundern, dass England die deutsche Anregung kühl ablehnte, unter dem bewusst falschen Vorwande, dass Deutschland zuerst die Bestimmungen der Kongoakte in den Kolonien verletzt habe! Noch immer hat man damals trotz allem, was inzwischen in den Kolonien von Seiten der Feinde geschehen war, in Deutsch-

land nicht alle Hoffnung sinken lassen. Nahmen doch nach Lahmlegung der deutschen Schiffahrt und Zerstörung der meisten deutschen Funkentürme die Angriffe der Feinde in den Kolonien eine weniger gefährliche Form an. Im Frühling 1915 musste man sich indessen in Berlin davon überzeugen, dass die Feinde entschlossen waren, in Mittelafrika ebenso wie anderweitig in der Welt allen deutschen Unternehmungen den Garaus zu machen. Man entschloss sich daher am 1. April 1915 den Schriftwechsel mit Amerika in der Frage der Welt zu unterbreiten und die mittlerweile erhaltenen Nachrichten über die planmässige Verletzung der Neutralität Mittelafrikas durch die Feinde seit Kriegsbeginn bekannt zu geben. Dieser Schritt war so wirkungslos wie die am 20. Juni 1915 veröffentlichte Anregung des engl. Rechtsanwalts R. C. Hawkins: jetzt, nach Zerstörung der deutschen Funkentürme und Kreuzer, die Abmachungen der Kongoakte für Mittelafrika nachträglich in Kraft zu setzen. England war damals schon entschlossen, dem deutschen Wettbewerb auch auf kolonialem Gebiete für immer ein Ende zu bereiten!

* * *

Zuerst haben England und seine Verbündeten die Hand auf den deutschen Besitz im Stillen Meere gelegt. Während die britischen Kreuzer die deutschen Schiffe jagten und vernichteten, warf sich Japan auf Deutschlands Kolonien im Norden, Australien auf die im Süden. Wie schon erwähnt, entbehrten mit Ausnahme Kiautschous diese Kolonien jeder Befestigung und Bewaffnung. Der Verwaltung standen hier lediglich kleine Polizeitruppen und die Stationsschiffe für den Fall eingeborener Erhebungen zu Gebote. Da diese jetzt angesichts der feindlichen Übermacht zur See von ihren Posten schleunigst hatten flüchten müssen, war man auf die wenigen, schlechtbewaffneten und unzuverlässigen eingeborenen Polizisten angewiesen. Auf Hilfe von ausserhalb war so wenig zu rechnen wie auf die Möglichkeit der Flucht der Beamten und Kolonisten nach neutralen Gebieten. — Den Briten kam es zunächst darauf an, die Funkentürme Japs, der Marshallinseln. Palauinseln, Samoas und Neu-Pommerns in ihre Gewalt zu bekommen und die Kabel, die Shanghai mit Jap, Guam und Celebes verbanden, zu zerschneiden. Das letztere machte den Briten noch weniger Mühe als das erstere. Schon am 12. August erschienen die englischen Schiffe vor Herbertshöh, Rabaul und Jap. Die Verwaltung hatte auf drahtlosem Wege den Kriegsausbruch am 5. erfahren und hatte Beamte, Archive und Vorräte von Rabaul und Herbertshöh in aller Eile nach dem Orte Toma im Innern verlegt. Toma und den eben fertig gewordenen Funkenturm wollte man mit der farbigen Polizei und den eingezogenen wehrpflichtigen Weissen zu verteidigen versuchen. Die Briten zerstörten nun hier die Postämter, in Jap die Funkenstation und die Kabel. Dann vernichteten sie in den Palaus, in Apia (Samoa) und in Nauru (Marshallinseln) die Funkentürme. In diesen zu keiner Verteidigung fähigen Plätzen kapitulierten die Deutschen ohne weiteres. Nur in Kaiser-Wilhelmland hielten sie sich noch einige Wochen, bis den Briten am 12. September Wegnahme und Zerstörung des Funkenturms gelang. Die nach Toma geflüchtete Regierung hielt es da angesichts der Unmöglichkeit längeren Widerstands für angezeigt, in Verhandlungen einzutreten. Das Ergebnis war die Bewilligung freien Abzugs für alle deutschen Beamten, Truppen, Siedler und Kaufleute und Versprechen unbelästigter weiterer Tätigkeit in Geschäften und Pflanzungen. Während dieser selben Zeit besetzte Japan, ohne Widerstand zu finden, die deutschen Inselgruppen im nördlichen Teile der Südsee. Ende September 1914 nahm es die Marshallinseln, Karolinen, Marianen, Palaus und Jap in Besitz. Wer von den Deutschen Widerstand leistete und sich den japanischen Anordnungen nicht fügte, wurde ausgewiesen. Sonst sind die Deutschen hier, wenigstens Anfangs, ziemlich unbehelligt geblieben.

Nur in Kiautschou ist Deutschland dank den dort mit grossem Kostenaufwand getroffenen Vorkehrungen, in der Lage gewesen, längere Zeit ernstlichen Widerstand zu leisten. Japan, mit dem Deutschland niemals irgend welchen Streit gehabt und dem es bei jeder Gelegenheit Freundschaftsdienste erwiesen, war am 19. August, ohne jede weitere Veranlassung, an Deutschland mit der Forderung herangetreten, ihm binnen vier Wochen Kiautschou bedingungslos und ohne Entschädigung zwecks der Rückgabe an China auszuliefern. Die unerwartete und in jeder Hinsicht ungerechtfertigte Forderung Japans hatte in Deutschland selbst bei den Männern, die die Festsetzung in Kiautschou gemissbilligt hatten, Unwillen erregt. Allgemein war man mit der Nicht-

beantwortung des japanischen Ultimatums und der Abberufung des deutschen Botschafters aus Tokio einverstanden gewesen. Aber alle Entrüstung hatte nicht hindern können, dass man Kiautschou seinem Schicksal überlassen musste. Das neutrale China wurde von den Japanern einfach gezwungen, Landung ihrer Truppen und Vorräte zu dulden. Am 27. August erschienen die ersten japanischen Kriegsschiffe vor Tsingtau und beschossen dort gelegene Inseln. Am 31. August landeten japanische Truppen in der Nähe des deutschen Gebiets. Zu ihnen stiessen alsbald englische und indische. Während feindliche Schiffe sich sammelten, räumte das deutsche Geschwader den Hafen. Nur einige Kanonenboote und ein österreichischer Kreuzer, der seine schweren Geschütze der deutschen Festung zur Verfügung stellte, blieben dort. Am 18. September begannen die Feindseligkeiten im neutralen Gebiete der Provinz Schantung. Die Feinde kehrten sich weder an die für sie noch für die Schantungbahn bestehenden Abmachungen. Den einer zehnfachen Übermacht gegenüberstehenden Deutschen blieb nur Rückzug nach der Festung übrig, den sie nach Zerstörung der Bahn und Ersäufen der Kohlengruben ausführten. Ende September erschienen die Feinde trotzdem schon an den Aussenwerken Tsingtaus. Die Besatzung leistete den heftigen Angriffen der Feinde entschlossenen Widerstand. In der festen Überzeugung, dass Deutschland binnen weniger Monate seiner Gegner Herr sein werde, setzte sie alles daran, sich so lange wie möglich zu behaupten. Erfolge wie schwere Beschädigung eines englischen Kriegsschiffs und Versenkung eines grossen japanischen Kreuzers, Durchbrechung der Blockadelinie durch Torpedoboote u. dgl. hielten den Mut der Besatzung lange aufrecht. Aber nach Zerstörung der Wasser- und Lichtanlagen durch die Japaner, Vernichtung der Petroleumlager und der drahtlosen Station sank der Mut. Als am 5. November ein Aussenwerk den Feinden in die Hände gefallen war und sie Tags darauf die Kette der Aussenbefestigungen durchbrachen, wurde weiterer Widerstand nutzlos. Die Besatzung kapitulierte nach Versenkung des Schwimmdocks und der Schiffe im Hafen unter ehrenvollen Bedingungen.

* * *

Ganz so glatt spielten sich die Ereignisse in Afrika für die Feinde nicht ab, obwohl, wie schon dargetan, auch dort für eine Verteidigung der deutschen Kolonien in einem grossen europäischen Kriege nicht die mindeste Vorsorge getroffen war. Es kamen den meisten von ihnen ihre grosse Ausdehnung, ihre dünne Bevölkerung, ihr Mangel an Nahrungsmitteln, ihr schlechtes Klima für ihre Verteidigung gegen die Übermacht der Feinde zu statten. Nur Togo erfreute sich dieser Vorteile nicht. Klein, von allen Seiten für den Feind offen, dicht bewohnt und durch Wege und Bahnen erschlossen war es für jeden Feind eine bequeme Beute. Verfügte doch der Gouverneur hier nur über etwa 500 schwarze, mangelhaft bewaffnete Polizisten. Der Funkenturm, der etwa 10 Stunden von der Küste im Innern erbaut war, liess sich damit natürlich gegen die von Osten und Westen eindringenden überlegenen Scharen der Engländer und Franzosen nicht verteidigen. Deutscherseits wurde erst der Versuch gemacht, die Briten zu bewegen, der Kolonie das Recht der Neutralität zuzubilligen. Die Antwort war Aufforderung zu bedingungsloser Ergebung binnen vierundzwanzig Stunden. Daraufhin wurden die unverheirateten Deutschen mit dem wenigen Kriegsmaterial und der Polizeitruppe nach dem Funkenturm Kamina geschafft und Brücken und Wege zerstört. Dort blieb man eine zeitlang unbehelligt. Engländer und Franzosen besetzten zunächst die Küstenflecke und drangen dann an den Bahnen langsam ins Innere vor. Sobald sie die deutschen Stellungen erreichten, warfen die schwarzen Polizeisoldaten Deutschlands die Gewehre weg und zwangen so die Handvoll der deutschen Verteidiger sich nach Zerstörung des Funkenturms bedingungslos zu ergeben. Sie wurden nach dem klimatisch besonders schlechten Dahomey geschafft und dort in einer unmenschlich harten Gefangenschaft gehalten, bis Deutschland Gegenmassregeln ergriff. Erst dann brachte man sie nach Marokko und Frankreich, wo sie aber ebenfalls sehr schlecht behandelt wurden, bis neuer Druck auf die Franzosen ausgeübt wurde. Besser ist es den von England gefangengesetzten deutschen Kolonisten ergangen. Sie wurden nach den kanarischen Inseln gebracht, wo sie freigelassen wurden. Das deutsche Eigentum in der Kolonie ist beschlagnahmt und zu Spottpreisen veräussert worden. Selbst den christlichen Missionsunternehmungen hat man Fortsetzung ihrer Arbeit nur unter einschneidenden Beschränkungen gestattet.

Dank wesentlich günstigerer Lage hat Kamerun der feindlichen Übermacht besseren Widerstand entgegensetzen können. Er würde wahrscheinlich noch wirksamer gewesen sein, wenn den Feinden nicht die Wasserwege des Niger, Benuë, des Kongo und seiner Nebenflüsse zur Verfügung gestanden hätten, während Kamerun keinen weit ins Land hinein schiffbaren Wasserweg besitzt. Sein einziger Vorzug war die Nachbarschaft der neutralen spanischen Kolonie im Süden und des grossen unwegsamen Sumpfgebiets des Rio del Rey im Norden sowie die Unwegsamkeit der grossen Waldstrecken des Innern. Der letztere Umstand, der in anderen Zeiten den Deutschen in dem wegelosen, schwer übersichtlichen Gebiete wahrscheinlich einen sehr langen Widerstand möglich gemacht hätte, fiel leider bei Kriegsausbruch nicht mehr so schwer wie früher ins Gewicht infolge der grossen Wege- und Bahnbauten, die dort deutscherseits ohne Rücksicht auf die Möglichkeit eines Kriegs mit grossen Opfern ausgeführt worden waren. Es ist bezeichnend für die Zielbewusstheit der englischen Politik, dass sie dieser deutschen Kolonie trotz ihrer Grösse und ihres Wertes anfangs weniger Aufmerksamkeit widmete als anderen. Hier befand sich nämlich nur ein kleiner Funkenturm, der nur durch Vermittlung des in Togo stehenden mit dem Mutterlande in Verkehr treten konnte. Sie überliessen die ersten Angriffe den Franzosen, die es auf Kamerun besonders abgesehen hatten, da sie die Abtretung eines Teils ihres Kongogebiets als Entschädigung für die Annexion Marokkos nicht verschmerzen konnten. Schon am 6. August erfolgten die ersten Überfälle auf nichtsahnende deutsche Posten und Beamte an der französischen Grenze. Die Briten begannen ihre Vorstösse erst Ende des Monats, vielleicht nachdem sie sich sicher wussten, dass amerikanischerseits wegen der Verletzung der Kongoakte kein Einspruch zu befürchten sei. Die Angriffe erfolgten von Jola, dem Crossfluss aus und an der Küste, waren aber sämtlich fruchtlos, trotzdem dem deutschen Gouvernement im ganzen kaum 2500 fast durchweg farbige Soldaten zur Verfügung standen. Mit den in der riesigen Kolonie verteilten Posten wagten die Deutschen sogar einzelne Vorstösse im Innern, die glücklich verliefen. Anfang August 1914 griffen die Briten von der See aus Victoria an. Während sie hier keinen Erfolg erzielten, gelang ihnen am 27. September Einnahme der Hauptstadt Duala, wobei alle deutschen Schiffe in ihre Hände fielen. Die waffenfähigen Männer und Beamten hatten sich nach Zerstörung des Funkenturms ins Innere zurückgezogen. Gegen die wehrlosen Familien, die im Vertrauen aufs Kriegsrecht und die Menschlichkeit der Feinde geblieben waren, sind seitens der Briten und der mit ihnen verschworenen, seit Jahren aufsässigen Dualas unerhörte Grausamkeiten verübt worden. Erfolglos hat der Gouverneur wie später die deutsche Regierung gegen diese Völkerrechtsverletzungen Klage erhoben. — Gleichzeitig mit den britischen im Norden griffen französische Schiffe die südlichen Küstenplätze an, deren Besatzungen ins Hinterland auswichen.

Von Duala aus drangen die Briten an der Eisenbahn ins Innere vor und besetzten Mitte November Victoria und Buea. Hand in Hand mit ihnen nahmen die Franzosen eine Reihe von Orten am Schari und Sanga. Bis Ende Januar 1915 war das ganze von Frankreich kurz vorher abgetretene Gebiet und der Nordzipfel der Kolonie in seiner Hand. Die Deutschen konnten sich nur im unwegsamen Innern, abgeschnitten von allen Vorräten und ohne die Möglichkeit der Ergänzung ihrer Waffen und Munition noch behaupten. Es ist einwandfrei festgestellt, dass Engländer wie Franzosen in den besetzten Örtlichkeiten zahllose Verstösse gegen Kriegs- und Völkerrecht begangen haben. Selbst Missionen und Kirchen sind geplündert und ihre Angehörigen gemisshandelt worden. Der Gouverneur hat eine lange Liste der durch Zeugenaussagen festgestellten Schandtaten dem englischen General Dobell unterm 21. Januar 1915 überreichen lassen!

Im Jahre 1915 fanden verschiedene Vorstösse der Deutschen aus dem Innern in die Grenzbezirke statt, bei denen gelegentlich sogar Überfälle des feindlichen Besitzes gelangen. Bis in die letzten Monate vermochten die Feinde diesen Widerstand nicht zu brechen. Wo sie abzogen, tauchten die deutschen Verteidiger wieder auf. Doch allmählich erlahmte die deutsche Kraft beim Ausgehen der Munition und dem unvermeidlichen dauernden Verluste von Geschützen u. dgl. Ende November musste nach langen Kämpfen Jaünde geräumt werden, der letzte einige Sicherheit bietende Zufluchtsort im Innern der Kolonie. Durch abgefangene Papiere wusste man, dass die Feinde völlige Einkreisung der deutschen Hauptmacht beabsichtigten, um sie dann zur Waffenstreckung zu zwingen. Unter diesen Umständen beschloss das Gouvernement, das nicht mehr in

der Lage war, den noch in den Grenzgebieten tapferen Widerstand leistenden vereinzelten Abteilungen Hilfe oder Weisungen zukommen zu lassen, den Rückzug nach dem spanischen Nachbargebiet anzutreten. Es handelte sich dabei um 1140 Weisse und 5900 eingeborene Soldaten mit einer grossen Anzahl von Weibern und Kindern, die noch zahlreichere Träger und Diener brauchten. So gross die Schwierigkeiten waren, die langen Märschen so grosser Menschenmassen durch Urwald, über zahllose Wasserläufe, in steter Gefahr feindlicher Angriffe, entgegenstanden, sie sind deutscherseits gelöst worden. Am 7. Februar 1916 gelangte die telegraphische Kunde in die Welt, dass zahlreiche Deutsche in der spanischen Munikolonie eingetroffen und entwaffnet worden seien. Es war das der Vortrab der flüchtenden Kameruner. Am 19. waren die übrigen Beamten, Offiziere und Soldaten, soweit sie in Jaünde sich befunden hatten, sämtlich in Sicherheit. Die Spanier haben sie von der Kolonie nach Spanien gebracht, während die Farbigen, soweit sie nicht in ihre Heimat zurückkehrten, auf Fernando Po untergebracht worden sind.

* * *

Etwas länger hat es in Südwestafrika gedauert, ehe die Briten ihr Ziel erreichen konnten. Die Kolonie wäre gewaltsam kaum zu erobern gewesen, wenn Deutschland sie in dem Zustande gelassen hätte, in dem sie sich zur Zeit der Besitzergreifung befand. Damals trennten weite, durch Truppenkörper nur sehr schwer zu überwindende, wasserlose Sandwüsten das bewohnbare Innere von der Küste. Im Innern selbst fehlte es oft auf viele Meilen langen Strecken an Wasser und jeglicher Nahrung. Die Spurwege der Ochsenwagen, des einzigen Verkehrsmittels des Landes, liefen über Berg und Tal. Militärische Unternehmungen waren in dem riesigen, äusserst dünn bevölkerten Lande mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft, wie die deutsche Verwaltung bei Niederwerfung der Hottentotten- und Hereroerhebungen genügend erfahren hat. Dazu kam, dass das Land bis zum Erwerb durch Deutschland völlig wertlos geschienen hatte. In den Jahrhunderten der holländischen und später englischen Herrschaft im Kaplande, war es niemand gelungen, in dem später deutschen Gebiete irgend etwas der Ausbeutung und Bewirtschaftung würdiges zu entdecken. England hatte wegen seiner anscheinenden vollkommenen Armut es sogar abgelehnt, den Schutz der dort trotz aller Hindernisse wirkenden deutschen Missionare zu übernehmen. Erst deutschem Fleiss und deutscher Arbeit war es gelungen, nach der vorher nie erreichten Herstellung von Ruhe und Ordnung in dem Lande es wegsam zu machen und dann Schätze aller Art zu entdecken. Von einem nur Verlegenheiten und Kosten bereitenden Besitz war die Kolonie dadurch, besonders nach der Auffindung unerschöpflicher Diamantlager, zu einem sehr begehrenswerten Gegenstand geworden. Besonders den mächtigen englischen Diamantengesellschaften war hier ein sehr unbequemer Wettbewerb erwachsen, den aus der Welt zu schaffen, ihnen schwerlich ein Opfer zu gross war. Der Weltkrieg bot die Gelegenheit dazu. Es war von vornherein zu erwarten, dass die Briten die Möglichkeit nicht verpassen würden, das früher Versäumte wieder gut zu machen! Dass die kaum 4000 Mann zählende deutsche Schutztruppe in dem damals durch gute Wege und Bahnen nach allen Richtungen erschlossenen, jeder Verteidigungsvorkehrung gegen europäische Angriffe entbehrenden Lande der britischen Macht keinen ernstlichen Widerstand leisten konnte, wusste man in London so genau wie in Kapstadt. Aussicht auf eine einigermassen erfolgreiche Verteidigung hätte die Kolonie nur gehabt, wenn die Buren Südafrikas, für die das deutsche Volk einst zu jedem Opfer bereit gewesen wäre und derentwegen es zuerst zur Entstehung des deutsch-englischen Streits gekommen war, für sie eingetreten wären. Die Briten waren darüber und über die Stimmung der Buren nicht im Zweifel. Um sie gegen die Deutschen in Harnisch zu bringen, hat daher der zum engl. Premierminister der Kapkolonie gewordene, ehemalige Burengeneral Botha es geschehen lassen, dass die Landkarte gefälscht und die Deutschen fälschlich beschuldigt wurden bald nach Kriegsausbruch einen englischen Grenzort widerrechtlich besetzt zu haben. Erst zu spät wurde nachgewiesen, dass der Ort deutsch und die Karte gefälscht war! Inzwischen hatten die Briten trotz des Widerspruchs von Männern wie Hertzog, Dewet, Delarey Kriegserklärung gegen die Deutschen durchgesetzt. Und General Botha zögerte keinen Augenblick, gegen seine ehemaligen Freunde und Mitstreiter mit List und Gewalt vorzugehen. Delarey wurde, als er sich einer Verhaftung entziehen wollte, erschossen. Dewet gelang es eine kleine Truppe zu sammeln. Aber seine

Pferde waren den Kraftwagen nicht gewachsen. Nach dem Fall seines Sohnes im Felde wurde er im Dezember 1914 auf der Flucht gefangen. Die Erhebung war damit zu Ende. Sie hatte gegen 4000 Buren das Leben gekostet. Die Führer wurden zu Geld- und Freiheitstrafen verurteilt.

Kaum war Botha im Innern der Kapkolonie der Lage einigermassen Herr, als er den Feldzug gegen die deutsche Kolonie aufs nachdrücklichste begann. Schon Mitte September war Lüderitzbucht von englischen Schiffen genommen, die deutsche Bevölkerung auf Viehdampfern nach Kapstadt geschafft und die Diamantminen in Besitz genommen worden. Die Briten haben dabei die Gefangenen gezwungen, für ihre wenige gerettete Habe in Kapstadt Zoll zu zahlen! Die Besatzung hatte sich nach Zerstörung des Funkenturms ins Innere zurückgezogen. Um dieselbe Zeit bemächtigten sich die Briten des äussersten Nordostzipfels der Kolonie und veranlassten die damals noch neutralen Portugiesen zu einem Überfall auf die dort stationierten deutschen Truppen. Von Ende des Jahres 1914 an leitete Botha einen umfassenden Angriff von allen Seiten auf die Kolonie ein. Des Erfolges war er bei der bekannten Sachlage von vornherein sicher. Es stand den Deutschen hier auch keine Möglichkeit des Rückzugs in andere Gebiete offen. Der Hauptstoss der Briten erfolgte naturgemäss von Süden. Wenn auch die Deutschen die Bahnen zerstörten und die Wasserstellen unbrauchbar machten, konnten sie die mit zahlreichen Kraftwagen anrückenden Feinde doch nicht ernstlich aufhalten. Je mehr Deutsche vor ihnen nach Norden flüchteten, um so schwieriger wurde ihre Lage, da das Land nicht genügend Nahrungsmittel hervorbringt. Schon Ende April 1915 fiel Keetmanshoop, gleichzeitig Aus, Bethanien und Gibeon. Der ganze Süden war damit in Englands Hand. Am 7. Mai war der Knotenpunkt der Bahnen, Karibib, besetzt. Am 12. musste die Hauptstadt Windhoek sich ergeben. Der meiste Kriegsbedarf für den Feldzug ist den Engländern unmittelbar vom neutralen Amerika zugeflossen. Von hier sind auch die modernen Geschütze und Flugzeuge gekommen, die gegen die veralteten, nur für Verteidigung gegen Eingeborene bestimmten Waffen der Deutschen ins Feld geführt worden sind! Die Verteidigungsmassnahmen auf deutscher Seite waren, abgesehen von allem anderen, auch dadurch sehr im Nachteil gegenüber den Gegnern, dass der Kommandeur der Schutztruppe Anfang November und sein Generalstabsoffizier März 1915 Unglücksfällen erlagen, und dass der Stamm der Bastards sich um dieselbe Zeit empörte. Nachdem die deutschen Truppen und Behörden sich im Juli bis in die Gegend von Grootfontein im Norden zurückgezogen hatten, sahen sie sich hier in der Unmöglichkeit weiteren Widerstands. Von allen Seiten eingeschlossen, ohne weitere Ernährungsmöglichkeiten war auf eine Rettung nicht mehr zu rechnen. Der Gouverneur knüpfte daher mit den Feinden Verhandlungen an und unterzeichnete am 9. Juli 1915 ein Abkommen wegen Übergabe. Die Offiziere behielten danach die Waffen und das Recht sich ihren Aufenthaltsort selbst zu wählen. Die Truppen wurden mit ihren Gewehren nach Internierungsplätzen in der Kolonie gebracht und den Landwehr- und den Landsturmleuten Rückkehr nach ihrem Heimstätten erlaubt. Nur mussten sich alle Deutschen verpflichten, nicht mehr gegen England zu fechten. 400 Mann und 51 Offiziere haben hier die deutschen Verluste betragen. 3000 Mann und 200 Offiziere kapitulierten. Zu ihrer Niederzwingung hat England über 65 000 Mann ins Feld gestellt!

* * *

Noch ganz wesentlich grössere Anstrengungen hat den Feinden die Eroberung Ostafrikas gekostet. Diese Kolonie war verhältnismässig am stärksten verteidigt. Infolge der vielen Kämpfe, die wegen Erhebungen der kriegerischen Stämme des Innern von den Deutschen hatten ausgefochten werden müssen, belief sich die Schutztruppe hier auf 5000 Mann. Aber diese Macht war verteilt über ein Südwestafrika an Grösse erheblich übertreffendes Gebiet. Und dieses Gebiet war nirgends durch natürliche Hindernisse gegen Angriffe von ausserhalb geschützt und war durch eine Reihe von Eisenbahnen und gute Strassen auch noch nach allen Richtungen erschlossen! Sein einziger Schutz gegen äussere Feinde hatte in seiner Zugehörigkeit zum neutralisierten Kongobecken bestanden! Auf den Kongovertrag hatte man hier deutscherseits so sicher gebaut, dass man noch im Sommer 1914 hier eine Gewerbeausstellung veranstaltet und dazu zahlreiche Besucher aus Europa eingeladen hatte! Erst viel später hat man erfahren, dass England trotz Kongoakte längst vorm Krieg einen Angriff auf die Kolonie bei erster passender Gelegenheit ins Auge gefasst

hatte. Man erbeutete die Beweise dafür auf dem Schlachtfelde von Tanga! Es waren die genauen Aufzeichnungen des englischen Konsuls aus Daressalam über alle militärischen und wirtschaftlichen Hilfsquellen und Vorkehrungen der Kolonie.

Wie schon erwähnt, beschoss ein englischer Kreuzer schon am 8. August 1914 den Funkenturm von Daressalam, allerdings ohne Erfolg. Man verlegte den Turm darauf an einen gesicherteren Platz weiter im Innern und sperrte den Hafeneingang durch Versenkung des Schwimmdocks und des Vermessungsschiffs. Am 23. August feuerte der engl. Kreuzer „Pegasus" auf Bagamoyo, um dort die Telegraphenstation zu zerstören. Zehn Tage vorher hatten die Briten, wie später herauskam, auf dem Nyassasee den deutschen Dampfer weggenommen. Erst nach Englands Angriff schritt man auch deutscherseits zu kriegerischen Massnahmen. Am 15. August wurde Taveta am Kilimandscharo besetzt, am 22. ein belgischer Dampfer auf dem Tanganyka angegriffen und 20. September der „Pegasus" vernichtet. Den Feinden fiel zwar zeitweilig der Bukobabezirk in die Hände, doch gelang es bis Ende Oktober alle Angriffe im Westen und Norden immer wieder abzuschlagen und die Funkentürme vom Victoriasee zu retten. Zu Hilfe kam dabei den Deutschen die geringe Zuverlässigkeit der von den Briten ins Feld geführten indischen und mohammedanischen Truppen. Ernster wurde die Lage, als Anfang November die Briten mehrere Tausend Mann bei Tanga landeten. Der Befehlshaber der Schutztruppe v. Lettow-Vorbeck verfügte kaum über den achten Teil ihrer Macht. Aber todesmutig trat er ihnen entgegen und brachte ihnen durch geschickte Massnahmen so schwere Verluste bei, dass sie eiligst auf die Schiffe flüchteten. Dieser Erfolg, und weitere gegen die Briten am Longidoberge, gegen die Belgier bei Kifumbiro retteten damals die Kolonie vor Einbrüchen der Feinde. Sie hielten sich durch neue Beschiessung Daressalams und Einschliessung des deutschen Kreuzers „Königsberg" im Delta des Rufidschiflusses schadlos.

Auch zu Anfang des Jahres 1915 begünstigte das Kriegsglück Deutschland. Die nunmehr zu Lande von Mombas vordringenden Feinde wurden bei Umba und Jassini geschlagen. Auch ihre Angriffe im Seengebiet und an der Rufidschimündung scheiterten. Erst nach schweren Opfern vermochten sie endlich den Longidoberg zu nehmen und die eingeschlossene „Königsberg" zu zerstören. Die Deutschen, denen im April 1915 ein Schiff aus Deutschland neue Waffen und Vorräte gebracht hatte, brachten den Feinden dafür auf dem Victoriasee, im Karungagebiet, am Kiwusee und an der Ugandabahn Schlappen bei. Es wurde den Briten schon damals klar, dass sie mit ihren schwarzen und indischen Truppen der tapferen Deutschen nicht Herr werden würden, da diese in dem reichen Lande nicht nur überall genügend Nahrungsmittel fanden, sondern auch in der Lage waren, sich selbst Medizin, Munition, Stoffe u. dgl. anzufertigen. Sie wandten sich daher an Südafrika, und die Buren fanden sich nach Eroberung Südwestafrikas bereit, auch hier gegen die Deutschen Hilfe zu leisten. In der zweiten Hälfte 1915 erschienen ihre reichlich ausgerüsteten Truppen zuerst im Kilimandscharogebiet, wohin für ihre Beförderung von den Briten eine eigene Bahnlinie gebaut worden war. Nach einigen Schlappen glückte es ihrer Übermacht, das Bergland durch ihre zehnfache Übermacht zu erobern. Aber Monate vergingen im Jahre 1916, ehe General Smuts sich der Usambaraberge zu bemächtigen vermochte. Den Deutschen, denen Anfang 1916 noch ein Hilfsschiff aus Deutschland Munition und Vorräte gebracht hatte, standen damals etwa 26 000 Südafrikaner, acht englisch-indische Regimenter, 2500 europäische Freiwillige, drei Eingeborenenregimenter, Rhodesier, Neuseeländer und Landungstruppen der Flotte gegenüber. Dazu hatten sie mit 12 000 Belgiern und 5000 Portugiesen zu rechnen!

Dank dieser Übermacht der Feinde mussten die Deutschen Anfang September 1915 Bagamoyo, Sadani und Daressalam räumen. Die Verteidiger zogen sich ins Hinterland zurück, wo die Malaria ihr Verbündeter wurde. Die Briten haben Anfang 1916 dort gegen 5000 Mann verloren. Aber dank immer neuer Verstärkungen vermochten sie die Verteidiger doch immer weiter zurückzudrängen. Von Mrogoro und Mikassa mussten sie nach Mahenge weichen. Hier hielten sie sich lange, obwohl nun Angriffe von Süden und Osten einsetzten. Erst Ende 1916 fielen Tabora, Kilwa, Lindi, Mikindani den Briten in die Hände. Im Rufidschiabschnitt behaupteten sich die Deutschen sogar bis Anfang 1917. Als dort die Lage bedenklich wurde, entschloss sich v. Lettow-Vorbeck seine Schar, zu der nun auch der Gouverneur Schnee mit seinen Beamten gestossen war, nach dem benachbarten portugiesischen Gebiet hinüberzuführen. Umsonst haben die Feinde versucht, ihm

den Weg zu verlegen, oder ihn in Fallen zu locken. Wie er in seinen Aufzeichnungen des näheren dargetan, ist es ihm gelungen, auf portugiesischem Gebiete in langen Märschen bis in das Reich der Chartered Company zu gelangen, wo er im Herbst 1918 noch den Ort Kasama besetzt hat. Er fühlte sich in der Lage, seinerseits den Kampf noch ein Jahr lang fortzusetzen, als ihm am 12. November 1918 ein Telegramm des Führers der Briten, Generals Deventer, überbracht wurde, das ihn vom Abschluss des Waffenstillstands in Europa benachrichtigte und solchen auch für Afrika vorschlug. Am folgenden Tage kam ein neues Telegramm des Inhalts, dass Deutschland sich verpflichtet habe, innerhalb Monatsfrist alle seine Streitkräfte in Ostafrika bedingungslos dem Feinde auszuliefern! v. Lettow-Vorbeck bemerkt zu dieser ihm damals unglaublich scheinenden Kunde: „Diese eine Nachricht besagte . . . genug und zeigte die Notlage des Vaterlands. Niemals würde es sonst eine ehrenvoll und erfolgreich im Felde stehende Truppe preisgeben.“

Der lange und glorreiche Kampf war damit zu Ende. Nachdem schon die so lange erfolgreich verteidigte Kolonie den Feinden in die Hände gefallen war, erhielten sie nun auch noch ihre Verteidiger ausgeliefert! Die Engländer haben sich übrigens nachträglich mit der Fortschaffung der Deutschen nach der Heimat begnügt.

* * *

In Deutschland haben zahlreiche Persönlichkeiten, auch nach dem Verluste aller Kolonien, sich immer noch in der Hoffnung gewiegt, dass England sich bereit finden lassen werde, dem geschlagenen Gegner wenigstens einen Teil seiner überseeischen Besitzungen zurückzugeben. Man rechnete darauf, dass England sowohl, um Deutschland wieder zahlungsfähig zu machen, als um nicht Frankreichs Kolonialbesitz zu sehr zu fördern, dazu geneigt sein werde. So wurde denn die deutsche Kolonialverwaltung aufrecht erhalten und Pläne betreffend die künftige Kolonialpolitik geschmiedet. In der Tat war in der feindlichen Presse lange eine Meinungsverschiedenheit betreffs der deutschen Kolonien zu beobachten. Einmal war von Rückgabe einzelner an Deutschland unter Aufsicht des Völkerbundes, dann von Verwaltung durch letzteren die Rede. Aber in England ist man offenbar von vornherein entschlossen gewesen, diese Gebiete, die seit ihrer Erschliessung durch deutsche Arbeit infolge des ungeheuer gestiegenen Werts der Ölfrüchte, wie ihrer Pflanzungen und Diamanten den besten englischen Besitzungen gleichstehen, als gute Beute zu behalten. Den Widerspruch mancher Seiten hat man durch Verbreitung von Märchen über die angebliche Grausamkeit der deutschen Verwaltung gegen Eingeborene zu überwinden verstanden. Es wurden dazu die von den Engländern in den Kolonien gefundenen Polizeiakten verwendet, wo jeder in Ausübung des Strafrechts verhängte Hieb sorgsam verzeichnet ist,[2]) und jeder irgendwo einmal aufgetauchte Negerklatsch benützt. Es haben sich natürlich auch andere Leute genug gefunden, die den Deutschen die Befähigung und Berechtigung zu kolonialer Tätigkeit absprachen. Den zahlreichen Stimmen anderer Beobachter, die im Laufe der Jahre der deutschen Kolonialpolitik volle Anerkennung und Bewunderung gezollt haben, ist dagegen Beachtung nicht mehr geschenkt worden. Deutscherseits hat man die englischen Greuelbeschuldigungen mit aktenmässigen Darstellungen der Grausamkeiten beantwortet, die die Briten so häufig im Laufe ihrer kolonialen Tätigkeit sich zu Schulden haben kommen lassen. Erreicht ist damit nichts worden. Minister Erzberger, der die Verteidigungsschriften gegen die englischen Greuelmärchen veranlasst hat, hat sich kurz darauf den Bedingungen der Feinde gefügt, wonach Deutschland seiner Kolonien verlustig geht. Kolonialamt und Schutztruppe sind den Friedensbedingungen entsprechend seitdem aufgehoben worden. Über die Verteilung des deutschen Besitzes unter den Feinden scheint bei ihnen allerdings noch keine Einigkeit zu bestehen. Sicher ist nur, dass sie, die angeblichen Verteidiger des Selbstbestimmungsrechts der Völker, den Eingeborenen und Siedlern der einst deutschen Gebiete keinerlei Einfluss auf ihre künftige Staatszugehörigkeit einräumen, und dass England jedenfalls den Löwenanteil an diesem wertvollen Besitz sich aneignen wird.

---

[2]) In England sind bekanntlich Prügel in Schule, Heer und Polizei üblich. Aber man führt darüber keine Akten.

18. Abschnitt.

Der Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg.

Von **Johann-Heinrich Graf v. Bernstorff,**
Botschafter.

Literatur:

Hugo Münsterberg, Die Amerikaner. — Archibald C. Coolidge, The United States as a world power.

Wie in einem der vorigen Abschnitte (6 b) erwähnt wurde, liess sich erwarten, dass die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten überwiegend für die Entente Partei ergreifen würde. Dies geschah infolge der Verletzung der Neutralität Belgiens noch weit über die Erwartung hinaus. Die Heftigkeit der Äusserungen der antideutschen Partei rief lebhaften Widerspruch seitens derjenigen hervor, welche eine strenge Neutralität der Vereinigten Staaten verlangten. Die Angehörigen der letzteren Partei wurden in Amerika immer als „Pro Germans" bezeichnet, obgleich selbst die Deutsch-Amerikaner nie mehr forderten, als eine unbedingte Neutralität. Auf dieses Ziel hin arbeitete auch die deutsche Politik durch ihre Vertreter in Amerika. Wir haben nie mehr erhofft. Die Wogen der Erregung gingen so hoch, dass sogar die privaten Beziehungen der Angehörigen der beiden Parteien zueinander darunter litten. Präsident Wilson erliess daher am 19. August 1914 an das amerikanische Volk eine Proklamation, welche besonderes Interesse beansprucht, weil sie seine Politik, die er bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg konsequent und hartnäckig verfolgte, in bestimmter Form festlegte. In der Proklamation finden sich folgende Sätze: „Jeder Mann, der Amerika wirklich liebt, wird in dem Geiste wahrer Neutralität sprechen, welcher der Geist der Unparteilichkeit, Gerechtigkeit und Freundschaft gegen alle Beteiligten ist" und ferner: „Trennung in verschiedene Lager würde verhängnisvoll werden für den Frieden unserer Seelen und könnte ernstlich der wichtigsten Erfüllung unserer Pflichten im Wege stehen, als der einzigen grossen Nation, die im Frieden lebt, dem einzigen Volke, das sich bereit hält, die Rolle eines unparteiischen Vermittlers zu spielen und friedliche Ratschläge zu geben, nicht als Parteigänger, sondern als Freund."

Die in den zitierten Auszügen aus Wilsons Proklamation skizzierte Politik fand die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des amerikanischen Volkes, denn selbst unter den Parteigängern der Entente war nur eine geringe Minderheit vorhanden, die ein aktives Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg wünschte. Abgesehen davon, dass die traditionelle Politik Amerikas eine solche Einmischung in europäische Verhältnisse zu verbieten schien, lag es im Interesse der Vereinigten Staaten, in ungebrochener Kraft den „arbiter mundi" zu spielen, wenn die Staaten des alten Europas, des gegenseitigen Zerfleischens müde, endlich wieder den Frieden herbeisehnten. Amerika musste wünschen, dass keine der beiden kriegführenden Parteien in übermächtiger Stellung aus dem Kampfe hervorging. Deshalb liegt eine gewisse Wahrheit darin, wenn bei uns vielfach behauptet wird, die Vereinigten Staaten würden jedenfalls schliesslich in den Krieg eingegriffen haben, um den sogenannten „Deutschen Frieden" zu verhindern. Die Frage ist nur, ob ein solcher Friede angesichts der Übermacht unserer Feinde jemals möglich war. Wenn wir die erste Schlacht an der Marne gewonnen hätten und dann bereit gewesen wären, Belgien wieder herzustellen, sowie im übrigen einen massvollen Frieden zu schliessen, so liesse sich immerhin denken, dass wir uns mit England hätten verständigen können. Nach dem Verlust der Marneschlacht war ein „Deutscher Friede" ausgeschlossen. Die Möglichkeit eines solchen hat niemals wieder bestanden. Deshalb musste die deutsche Politik, der Analogie des siebenjährigen Krieges entsprechend, einen Frieden auf der Basis des „Status quo" erstreben. Wie damals Friedrich der Grosse die neugewonnene

Grossmacht-Stellung Preussens gegen gewaltige Übermacht verteidigte, so kämpften wir unter ähnlichen Umständen für die Aufrechterhaltung der Weltstellung Deutschlands. Das deutsche Volk glaubte ehrlich, einen Verteidigungskrieg zu führen. Dementsprechend musste unsere Politik eingestellt werden. Wenn wir einen dem Hubertusburger ähnlichen Frieden erlangten, hatte Deutschland den Sieg errungen. Es wird bei uns vielfach bestritten, dass es möglich gewesen wäre, dieses Ziel zu erreichen.

Ich habe in Amerika 2½ Jahre unausgesetzt dafür gekämpft und bin noch heute ebenso wie damals fest davon überzeugt, dass wir durch Eingehen auf die Politik der Vereinigten Staaten einen den Bedürfnissen des Deutschen Volkes entsprechenden Frieden erlangt hätten, wenn diejenigen, welche in der Heimat das Gleiche wollten, in der Lage gewesen wären, ihren Willen durchzusetzen.

Die kontroverse Frage des „Deutschen" oder „Verständigungs"-Friedens musste hier berührt werden, weil eine Darstellung des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg ohnedem unmöglich ist. Beide Fragen sind unlösbar miteinander verknüpft. Präsident Wilson machte schon im August 1914 den ersten Versuch, einen Frieden zu vermitteln. Im September desselben Jahres wiederholte er mit meiner Beihilfe seine Bemühungen. Beide Versuche scheiterten. Infolgedessen hielt die amerikanische Regierung es für notwendig, sich zunächst mehr zurückzuhalten. Trotzdem sandte aber Wilson noch vor Ablauf des Winters 1914/15 seinen vertrauten Freund, den Oberst House, nach London, Paris und Berlin, um in halbamtlicher Weise festzustellen, ob sich Friedensmöglichkeiten böten. Inzwischen hatte sich wegen des Waffen- und Munitions-Handels die Stimmung in Deutschland scharf gegen die Vereinigten Staaten gewandt. Diese Frage lag für uns sehr ungünstig, da uns die Rechtsbasis fehlte. Die Bestimmung der Haager Konvention, welche solchen Handel gestattet, war seinerzeit auf der II. Haager Konferenz auf unseren eigenen Antrag angenommen worden. Immerhin war es begreiflich, dass die, nach Lage der Dinge, einseitige Unterstützung unserer Feinde durch die schnell wachsende amerikanische Kriegs-Industrie in Deutschland starke Verstimmung erzeugte. Infolgedessen entstand eine Kontroverse mit der amerikanischen Regierung, ähnlich derjenigen mit England während des Krieges 1870/71. Unterdessen kehrte Oberst House ohne Erfolg aus Europa zurück, wo er aber nützliche persönliche Beziehungen angeknüpft hatte. Er liess sich durch seine erste resultatlose Mission nicht von weiteren Bemühungen abschrecken und blieb bis zuletzt der eifrigste Befürworter eines amerikanischen Vermittlungsfriedens. Seit dieser Reise unterhielt Oberst House mit mir ständige freundschaftliche und vertrauliche Beziehungen, welche der Herbeiführung eines solchen Friedens dienen sollten.

Die Gefahr des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg wurde durch die Torpedierung der „Lusitania" zum ersten Male in greifbare Nähe gerückt. Der Tod von über 100 Amerikanern, unter denen sich viele Frauen und Kinder befanden, verursachte in den Vereinigten Staaten eine Erregung, von deren Heftigkeit man sich noch heute in Deutschland keine richtige Vorstellung macht. Sogar Präsident Wilson muss in den ersten Tagen nach dem verhängnisvollen Ereignisse die herrschende Entrüstung unterschätzt haben; denn sonst wäre er derselben vermutlich nicht in der Form entgegengetreten, wie er es in seiner berühmten Rede tat. Am 10. Mai 1915 legte er in Philadelphia für seine pazifistische Gesinnung Zeugnis ab und sagte: „Amerika muss ein besonderes Beispiel geben, das Beispiel des Friedens, und zwar nicht nur, weil es nicht kämpfen will, sondern weil Friede, nicht Kampf, das heilende und erhebende Element der Welt ist. Es gibt einen Stolz, der zu gross ist, um zu kämpfen. Eine Nation kann so sehr im Recht sein, dass sie andere nicht durch Gewalt davon zu überzeugen braucht." Diese Rede erhöhte die im ganzen Lande tobende Entrüstung und Erregung. „Too proud to fight" wurde zum Schimpfworte der Jingo- und Entente-Partei gegen Wilson. Fast einstimmig verlangte die öffentliche Meinung, dass die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abgebrochen werden sollten. Unter dem Eindrucke dieser elementaren Bewegung hielt der Präsident es für notwendig, seine Worte offiziös etwas fortinterpretieren zu lassen. Am 13. Mai sandte er dann die bekannte erste scharfe Note nach Berlin ab. Ich würde den mir gewährten Raum überschreiten, wenn ich auf die Einzelheiten der diplomatischen Verhandlungen eingehen wollte. Es genügt, auf den prinzipiellen Gegensatz hinzuweisen, welcher zwischen den Auffassungen der beiden Regierungen bestand. In Deutschland wurde der U-Boot-Krieg als berechtigte Repressalie gegen die englische Blockade betrachtet, die übrigens auch von der amerikanischen

Regierung als völkerrechtswidrig bezeichnet worden war. Anderseits erklärte man in den Vereinigten Staaten, dass die Neutralen — von dem Falle einer effektiven Blockade abgesehen — berechtigt seien, ohne Lebensgefahr zu reisen, wohin sie wollten, während die deutschen U-Boote nur befugt wären, Handelsschiffe behufs Untersuchung anzuhalten. Die amerikanische Forderung machte den U-Boot-Krieg unmöglich, was auch tatsächlich die Absicht der Unions-Regierung war. Der Gegensatz zwischen den beiderseitigen Auffassungen erschien unüberbrückbar und musste angesichts der bstehenden Erregung zum Abbruche der diplomatischen Beziehungen führen, wenn nicht Zeit gewonnen wurde, in welcher sich die Wogen der Empörung legen konnten. Die telegraphische Verbindung zwischen der deutschen Regierung und ihrer Washingtoner Botschaft war nur auf Umwegen herzustellen und deshalb ausserordentlich langwierig. Ich musste auf eigene Verantwortung Entschlüsse fassen und rasch handeln. Es war mir ohne weiteres klar, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Krieg bedeuten würde. Wir standen in Washington in heftigem Kampfe mit der feindlichen Propaganda, welche nur das eine Ziel verfolgte, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen und dadurch die Entscheidung herbeizuführen. Seit dem Lusitania-Zwischenfalle drehte sich das diplomatische Ringen zwischen der Entente und uns fast ausschliesslich um diese eine Frage. Wenn die Beziehungen zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung abgebrochen wurden, standen wir in den Vereinigten Staaten der feindlichen Propaganda ohne Gegengewicht wehrlos gegenüber. Es handelte sich zunächst also darum, unter allen Umständen die diplomatischen Beziehungen aufrecht zu erhalten. Allerdings hatten meine Bemühungen nur dann wirklich einen Zweck, falls der Bruch endgiltig vermieden wurde. Jetzt, wo uns der Ausgang bekannt ist, lässt sich einwenden, dass es besser gewesen wäre, wenn die Vereinigten Staaten schon damals in den Krieg eingegriffen hätten. Die endgiltige Katastrophe wäre dann 2 Jahre früher eingetreten und hätte das deutsche Volk zu einer Zeit getroffen, wo es noch nicht durch vierjährigen Krieg und Blockade demoralisiert und zermürbt war. Damals hatte ich aber begründete Hoffnung, einen amerikanischen Vermittlungsfrieden herbeiführen zu können, und ich wollte daher um jeden Preis Zeit gewinnen. Ohne Instruktionen aus Berlin abzuwarten, machte ich von meinem Vorrechte als Botschafter Gebrauch und erbat eine Audienz bei dem Präsidenten. Wie ich später erfuhr, waren an dem Tage, an welchem ich Herrn Wilson aufsuchte, schon alle Vorbereitungen für den Abbruch der Beziehungen und einen daraus folgenden Krieg getroffen. Ich hatte eine lange Unterredung unter 4 Augen mit dem Präsidenten, den ich tief erschüttert und von dem dringenden Wunsche beseelt fand, den Krieg zu vermeiden. Wir waren beide darin einig, dass Zeit gewonnen werden müsse, und diese Übereinstimmung führte zur Anwendung eines Palliativ-Mittels. Wir stellten uns auf den Standpunkt, dass die bestehende Absperrung Deutschlands eine Atmosphäre des Missverstehens zwischen uns und den Vereinigten Staaten hervorgerufen habe. Unter dieser Voraussetzung war anzunehmen, dass, wenn eine persönliche mündliche Verbindung hergestellt werden könnte, eine Entspannung eintreten würde. Dementsprechend verabredeten wir auf meinen Vorschlag, dass ich den Geh. Reg.-Rat Meyer-Gerhard, der mit Dernburg nach Amerika gereist und dort für unser Rotes Kreuz tätig war, sofort nach Deutschland senden sollte, um meiner Regierung mündlichen Bericht zu erstatten. Herr Wilson versprach, keine unwiderruflichen Schritte zu tun, bis die Mission Herrn Meyer-Gerhards Ergebnisse gezeitigt hätte. Inzwischen ging der scharfe Notenwechsel zwischen Washington und Berlin weiter, ohne eine Verständigung herbeizuführen. Die Erregung legte sich aber allmählich in den Vereinigten Staaten, und die erste Krisis war überwunden.

Seit der erwähnten Unterredung mit Wilson bin ich fest überzeugt gewesen, dass er keinen Krieg mit Deutschland führen wollte. Es wäre sonst schlechterdings nicht einzusehen, warum der Präsident damals auf meine Vorschläge einging, anstatt die Beziehungen abzubrechen. Wenn er den letzteren Weg eingeschlagen hätte, würde er die öffentliche Meinung in weit höherem Masse hinter sich gehabt haben, als es später im Jahre 1917 der Fall war. Ein Widerspruch wäre nicht laut geworden, ausser von seiten des Staatssekretärs Bryan, der sowieso von seinem Amte zurücktrat, weil der mit Kriegsgefahr schwangere Notenwechsel seinen pazifistischen Anschauungen widersprach. Im Verlaufe dieses Notenwechsels modifizierte die amerikanische Regierung insoweit ihre Stellung, als sie den U-Boot-Krieg als statthaft bezeichnete, wenn vor der Versenkung den

Besatzungen und Passagieren der feindlichen Handelsschiffe Gelegenheit gegeben würde, ihr Leben zu retten. In der letzten amerikanischen Lusitania-Note vom 21. Juli 1915 wurde aber kategorisch die Missbilligung des Vorfalles seitens der deutschen Regierung verlangt und eine Wiederholung als „vorsätzlich unfreundliche Handlung" bezeichnet. Einige Tage nach Abgang dieser Note bat mich der neue Staatssekretär Lansing, ihn zu besuchen, und sagte mir, die amerikanische Regierung wisse nun keinen Ausweg mehr. Wenn wieder Amerikaner durch Torpedierung eines Handelsschiffes ihr Leben verlören, sei der Krieg nicht zu vermeiden. Die Regierung der Vereinigten Staaten werde keine Noten mehr schreiben, welche doch zwecklos wären, sondern bitte mich, die weiteren Verhandlungen in die Hand zu nehmen. Da ich den Krieg zu vermeiden wünsche, würde ich vielleicht einen Ausweg finden. Von diesem Tage an kam mir die amerikanische Regierung auch insofern entgegen, als sie mir gestattete, durch Vermittlung des Staatsdepartements und der amerikanischen Botschaft in Berlin chiffrierte Depeschen an meine Regierung zu senden. Meine einzige Hoffnung lag in einem Absatze der amerikanischen Note vom 21. Juli, welche folgendermassen lautete:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten und die Kaiserlich Deutsche Regierung kämpfen für das gleiche grosse Ziel und sind lange zusammen eingetreten für Anerkennung eben jener Grundsätze, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt so feierlich besteht. Sie kämpfen beide für die Freiheit der Meere. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird fortfahren, für diese Freiheit zu kämpfen, von welcher Seite auch immer sie verletzt werden möge ohne Kompromiss und um jeden Preis. Sie ladet die Kaiserlich Deutsche Regierung zu praktischer Mitarbeit ein, im jetzigen Augenblick, wo diese Mitarbeit am meisten durchsetzen kann uud dieses grosse Ziel am schlagendsten und wirksamsten erreicht werden kann. Die Kaiserlich Deutsche Regierung hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass dieses Ziel in gewissem Grade sogar vor dem Ende des gegenwärtigen Krieges erreicht werden könnte. Dies kann geschehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten fühlt sich nicht nur verpflichtet, auf diesem Ziel, von wem auch immer es verletzt und missachtet werden mag, zum Schutz ihrer eigenen Bürger zu bestehen; sie ist auch auf das höchste daran interessiert, dieses Ziel zwischen den Kriegführenden selbst verwirklicht zu sehen, und hält sich jederzeit bereit, als gemeinsamer Freund zu handeln, dem der Vorzug zuteil wird, seinen Weg vozuschlagen."

Auf Grund obiger amerikanischer Vorschläge liess sich vielleicht eine Verständigung erreichen, wenn nur eine Formel gefunden werden konnte, welche die Lusitaniafrage erledigte, und wenn Wiederholungen ähnlicher Zwischenfälle vermieden wurden. Während ich mit der Berliner Regierung einen Ausweg suchte, wurde am 19. August der Passagierdampfer „Arabic" versenkt, wobei abermals einige Amerikaner den Tod fanden. Wiederum schien der Krieg unvermeidlich. Ich erklärte deshalb, ohne Instruktionen abzuwarten, sofort in Washington, dass unserseits Genugtuung gegeben werden würde. Dadurch gelang es, die neue Erregung zu dämpfen, bevor sie allzustark anschwoll. Glücklicherweise war schon vor der Torpedierung der „Arabic" eine Weisung an die U-Boot-Kommandanten ergangen, dass „Liners" nur nach vorheriger Warnung und nach Rettung der Nichtkombattanten versenkt werden sollten, es sei denn, dass ein Schiff zu fliehen versuche oder Widerstand leiste. Am 1. September erhielt ich die Instruktion, der amerikanischen Regierung von dieser Weisung Kenntnis zu geben. Erst am 5. Oktober konnte ich aber den „Arabic"-Zwischenfall endgiltig begraben, weil die Formel für die Genugtuung sich nicht vorher zur beiderseitigen Zufriedenheit finden liess. Um den Bruch zu vermeiden, musste ich schliesslich auf eigene Verantwortung weiter gehen als in Berlin gewünscht wurde, wo die Marinebehörden die „Missbilligung" des Vorganges nicht zugestehen wollten. Ein mir nachträglich ausgesprochener Vorwurf drückte mich nicht schwer, weil ich mir bewusst war, durch meine Eigenmächtigkeit den Krieg verhindert zu haben. Da ich gleichzeitig der amerikanischen Regierung mitteilen durfte, dass der an die U-Boot-Kommandanten erteilte Befehl so bestimmt lautete, dass eine Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle als ausgeschlossen gelten könnte, schien nunmehr die Bahn frei, um den Lusitania-Fall endgiltig zu regeln und dann an die Lösung der grossen Frage der „Freiheit der Meere" heranzutreten. Die zweite Krisis war damit glücklich überwunden.

Amerikanische Differenzen mit England über dessen Seekriegführung und mit Österreich-Ungarn über die Torpedierung der „Ancona" verzögerten die weiteren Besprechungen über den Lusitania-Fall. Im Dezember begannen die Verhandlungen, welche mündlich und vertraulich zwischen Staatssekretär Lansing und mir geführt wurden. Leider war aber die Vertraulichkeit in Washington nicht aufrechtzuerhalten, namentlich da sich die Besprechungen wochenlang hinzogen.

Das Staatsdepartement war ständig von Journalisten umlagert, die über jeden meiner Besuche ein Gemisch von Dichtung und Wahrheit berichteten. Dadurch provozierten sie Dementis und konnten so schliesslich die Sachlage ziemlich richtig darstellen. Die amerikanische Regierung stellte sich auf den Standpunkt, dass eine Repressalie per se eine Handlung jenseits des nach dem Völkerrecht Zulässigen darstelle, dass also unsere Verteidigung der Versenkung der Lusitania als Repressalie das Zugeständnis der Illegalität involviere. Die deutsche Regierung wollte anderseits unter keinen Umständen die Ungesetzlichkeit der Kriegführung der U-Boote in der Kriegszone zugeben.

Über das Wort „illegal" kam es daher zum dritten Male zu einer Krisis, die hart an den Abbruch der Beziehungen führte. Schliesslich gelang es Herrn Lansing und mir, eine Formel zu finden, welche beiden Regierungen genügte. Ich gab eine schriftliche dahingehende Erklärung ab, dass Repressalien zwar statthaft seien, aber nicht Neutrale treffen dürften, und dass die deutsche Regierung daher zur Genugtuung und Entschädigung bereit sei. Den Empfang dieses Memorandums wollte die amerikanische Regierung bestätigen und sich dadurch zufriedengestellt erklären. Das Verhängnis hatte mir jedoch in Washington die Rolle des Sisyphus zugedacht. Die mündlichen Verhandlungen über die „Lusitania" waren gerade beendigt, als die deutsche Regierung am 8. Febr. 1916 den sogenannten „verschärften U-Boot-Krieg" erklärte, d. h. die Absicht der Seestreitkräfte kundgab, b e w a f f n e t e friedliche Handelsschiffe ohne Warnung und ohne Rücksicht auf die Mannschaften und Passagiere zu versenken. Daraufhin weigerte sich die amerikanische Regierung den Schriftwechsel über die „Lusitania" zu vollziehen und zu veröffentlichen. Statt dessen entspann sich eine neue Kontroverse über die Frage der „bewaffneten Handelsschiffe". Meine Hoffnung, den Lusitania-Fall zu erledigen und dann zur Erörterung der „Freiheit der Meere" überzugehen, war gescheitert. Dies traf mich um so schmerzlicher, als ich überzeugt war, dass die Besprechungen über die letztere Frage zu Friedensverhandlungen übergeleitet hätten.

Inzwischen war Oberst House zum zweiten Male nach Europa gereist. Ich hatte seinen Besuch in Berlin angemeldet und alles vorbereitet, damit er dort Gelegenheit erhielt, mit den massgebenden politischen Persönlichkeiten zu sprechen. Als Oberst House nach Amerika zurückkehrte, sagte er mir, dass auch jetzt die Zeit für eine amerikanische Vermittlungsaktion noch nicht gekommen wäre. Er habe aber Gelegenheit gehabt, seine Gedanken in London, Paris und Berlin vorzutragen, wobei er in Paris am meisten Widerstand gefunden hätte. In Berlin sei dagegen prinzipielle Geneigtheit vorhanden gewesen, zu geeigneter Zeit auf eine Vermittlung Herrn Wilsons einzugehen. Auf Wunsch des Präsidenten habe ich seit der zweiten Reise des Herrn House ausschliesslich mit diesem über die Friedensfrage verhandelt. Dadurch wurde es möglich, die Besprechungen vollkommen geheim zu halten. Oberst House lebte in New York, wo ich ihn in seiner Privatwohnung unbemerkt besuchen konnte, während das Staatsdepartement, wie oben erwähnt, immer von Journalisten umstellt war.

Am 24. März 1916 erfolgte ohne Warnung die Torpedierung des unbewaffneten Passagierdampfers „Sussex", wobei eine Anzahl Amerikaner den Tod fand. Ich erbat sofort telegraphisch Instruktionen aus Berlin, um eine amtliche Missbilligung der Tat aussprechen zu können. Es war mir vollkommen klar, dass es sich jetzt um Biegen oder Brechen handle. Ich konnte nicht wissen, ob in Berlin die Befürworter des U-Boot-Krieges oder die Vertreter der Verständigung mit den Vereinigten Staaten siegen würden. Im ersteren Falle war der Krieg unvermeidlich, für den letzteren empfahl ich, von einem Notenwechsel zwischen den beiden Regierungen abzusehen, damit unsere Nachgiebigkeit nicht in eine für uns besonders demütigende Form gekleidet würde. Leider sandte die Berliner Regierung doch eine amtliche Note ab, in welcher sie zunächst die Tat leugnete. Dadurch wurde die Sachlage bedeutend verschlimmert, weil sich die Ableugnung nicht aufrechterhalten liess. Die Folge war die sehr scharfe amerikanische Note vom 18. April, welche einem Ultimatum gleichkam. Deren Schluss lautete: „Sofern die Kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich ein Aufgeben ihrer gegenwärtigen Methoden des U-Boot-Krieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben, als die diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung abzubrechen."

Am 4. Mai erfolgte die deutsche Antwort, welche durch Nachgiebigkeit die 4. Krisis beilegte. Der U-Boot-Krieg wurde auf die völkerrechtlich anerkannten Formen des Kreuzerkrieges zurückgeführt. Allerdings behielt sich die deutsche Regierung freie Hand vor für den Fall, dass es den

Vereinigten Staaten nicht gelingen sollte, England zu einer Anpassung seiner Seekriegführung an das Völkerrecht zu bewegen. Dieser Vorbehalt wurde von der amerikanischen Regierung nicht anerkannt, wodurch aber nichts an dem friedlichen Ergebnisse des Notenwechsels geändert wurde.

Anlässlich des Sussex-Falles war in der Friedensfrage ein Fortschritt zu verzeichnen. Als ich nach Beilegung der Krisis zum ersten Male Herrn House wiedersah, der wie immer einen beruhigenden Einfluss ausgeübt hatte, sagte er mir, dass ein Telegramm des amerikanischen Botschafters in Berlin eingelaufen wäre, wonach die deutsche Regierung nunmehr bereit sei, die amerikanische Friedensvermittlung anzunehmen. Die Sache verhielt sich folgendermassen: Herr Gerard war wegen seiner deutschfeindlichen Gesinnung in Berlin nicht gern gesehen. Er fühlte sich auch dadurch verletzt, dass die wichtigsten Verhandlungen teils in Washington, teils durch Herrn House in Berlin geführt worden waren. Der Botschafter wollte deshalb die Gelegenheit des Sussex-Falles benützen, um zur Geltung zu kommen, und sprach den Wunsch aus, in das Hauptquartier zu reisen und dem Kaiser persönlich Aufklärung über den amerikanischen Standpunkt zu geben. Am 1. Mai wurde Herr Gerard in Gegenwart des Kanzlers vom Kaiser empfangen, bei welcher Gelegenheit er die oben erwähnte Zusicherung erhielt. Um mich zu vergewissern, fragte ich in Berlin telegraphisch an, ob die Mitteilung des Herrn Gerard auf Wahrheit beruhe. Die Antwort lautete dahin, dass wir noch nicht ganz so weit seien, da Schwierigkeiten innerpolitischer Natur zu überwinden wären, dass ich aber wie bisher fortfahren solle, Herrn Wilson zu ermutigen, das Friedenswerk in die Hand zu nehmen. Als damals Herr House mit mir den deutschen Vorbehalt vom 4. Mai besprach, sagte er: der Präsident könne England nicht zur Beobachtung des Völkerrechts zwingen, da er nicht die Macht dazu habe. England würde ohne Krieg nicht nachgeben, und ein Krieg gegen England sei ausgeschlossen, weil dafür in den Vereinigten Staaten keinerlei Stimmung vorhanden wäre. Dagegen habe Herr Wilson die Macht, den Frieden herbeizuführen, und werde es auch tun, sobald die Zeit dazu reif sei. Eine solche neutrale Handlung, die in Amerika als prodeutsch bezeichnet werden würde, könne aber nur aufgeführt werden, wenn die Stimmung gegen Deutschland freundlicher geworden wäre. Es müsse daher eine politische Ruhepause eintreten, in welcher von Deutschland gar nicht gesprochen würde. Ich stimmte hierin mit Herrn House überein und zweifelte nicht mehr daran, dass ungefähr im September die Vermittlungsaktion beginnen würde. Nachdem wir in der U-Boot-Frage nachgegeben hatten, um den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden, nahm ich als sicher an, dass wir nicht später diesen Krieg direkt hervorrufen würden, denn anders war die Sachlage nach dem amerikanischen Ultimatum vom 18. April 1916 nicht anzusehen.

Mit dem Hochsommer trat tatsächlich eine politische Ruhepause ein, und ich sah Herrn House erst anfang September wieder, als ich ihn auf dem Lande besuchte. Damals hielt er einen Aufschub der Vermittlungsaktion für unbedingt erforderlich, weil die Entente infolge des Eintritts Rumäniens in den Krieg voller Siegeshoffnung sei. Herr Wilson müsse daher bis nach der Präsidentschaftswahl warten, um sich nicht einer Ablehnung seitens der Entente auszusetzen. Eine solche wäre damals bestimmt erfolgt, weil die Entente siegesgewiss und Herrn Wilsons Stellung als unsicherer Wahlkandidat zu schwach geworden war. Inzwischen wurde aber die Berliner Regierung ungeduldig. Im September und Oktober erhielt ich Instruktionen, welche auf die Vermittlungsaktion drängten. Ich erwiderte immer, dass dies Mitte November zu erwarten sei, falls Herr Wilson wieder gewählt werden sollte. Die Berliner Urgierungen gaben aber die Veranlssung zu wiederholten Unterredungen mit House über die Modalitäten der Vermittlung. Nach meinen Instruktionen war die deutsche Regierung bereit, das Völkerbundsprogramm des Herrn Wilson anzunehmen, welches Abrüstung und obligatorisches Schiedsverfahren zur Vermeidung künftiger Kriege enthielt. Ferner erklärten wir ausdrücklich, dass wir Belgien nicht annektieren wollten. Anderseits wünschte aber die Berliner Regierung, die territorialen Fragen durch direkte Verhandlungen zwischen den kriegführenden Mächten zu regeln. Hiermit war der Präsident einverstanden. Er vertrat den Standpunkt, dass die Vereinigten Staaten kein Interesse an den Einzelheiten der territorialen Regelung hätten, dass es aber von grundlegender Bedeutung sei, künftige Kriege zu vermeiden und die „Freiheit der Meere" zu sichern. Herr Wilson wollte nur so weit eingreifen, wie er gewiss war, die öffentliche Meinung Amerikas hinter sich zu haben. Bei diesen Verhandlungen mit Herrn House war niemals die Rede von der Abtretung irgend welchen deutschen Ge-

bietes. Es handelte sich immer nur um einen wahren Verständigungsfrieden, bei welchem Deutschland seine volle gleichberechtigte Weltstellung behalten hätte.

Nach hartem Kampfe wurde Wilson wieder zum Präsidenten gewählt. Die pazifistische Richtung in den Vereinigten Staaten hatte gesiegt, denn der Kampf ging hauptsächlich vor sich unter der Parole, dass Wilson dem Lande den Frieden erhalten hätte. Auch waren seine Wahlreden durchaus neutral gewesen. Gleich nach Beendigung der Wahlen, ungefähr Mitte November, schrieb der Präsident seine Vermittlungsnote, behielt sie aber leider in seinem Schreibtische, weil gerade damals wegen der belgischen Deportationen wiederum eine antideutsche Woge über das Land ging. Bald darauf erhielt ich aus Berlin eine neue Anfrage, wann die amerikanische Vermittlungsaktion einsetzen werde. Diese Anfrage war durch die Bemerkung motiviert, dass andere Pläne im Werke seien. Nach Einholung einer Auskunft von Herrn House antwortete ich, dass Herr Wilson seine Note vor Weihnachten absenden werde. Es folgte dann aus Berlin ein weiteres, dahingehendes Telegramm, dass die deutsche Regierung nicht so lange warten könne und selbst ein Friedensangebot machen werde. Wie mir Herr House sagte, war der Präsident über diese Wendung enttäuscht. Er liess sich aber in seinen Absichten nicht beirren und sandte am 18. Dezember die schon längst fertige Note ab. Unser Friedensangebot hatte, weil es als Zeichen der Schwäche betrachtet wurde, die amerikanische Friedensvermittlung erschwert. Immerhin konnte die Wilson-Note unsere Pläne befördern und wurde daher in ganz Amerika als „prodeutsch" betrachtet. Gerade deshalb wirkte sie als Sensation. Da die Note in ihren positiven Vorschlägen ziemlich unklar und tastend gehalten war, suchte ich Staatssekretär Lansing auf, um ihn zu fragen, welches Verfahren seitens des Präsidenten gewünscht würde. Er sagte mir, die amerikanische Regierung hoffe als eine Art „Clearing House" zu dienen. Wenn ihr beide kriegführende Parteien ihre Bedingungen mitteilten, würde sich schliesslich eine Einigung auf der mittleren Linie ergeben. Als ich dieses nach Berlin meldete, erhielt ich die Antwort, dass der Gedanke des „Clearing House" wegen der in Deutschland herrschenden Stimmung nicht ausführbar sei. Die deutsche Regierung wolle ihre Bedingungen erst auf der Konferenz bekannt geben.

Dementsprechend war die Antwort auf die Wilson-Note, die in Berlin am 26. Dezember mit überraschender Schnelligkeit erfolgte, eine in freundliche Form gekleidete Ablehnung, unsere Friedensbedingungen zu nennen. Die Deutsche Regierung bezeichnete die von ihr vorgeschlagene Konferenz als den geeigneten Weg zum Frieden. Vor dem Untersuchungsausschusse der Nationalversammlung hat Herr von Bethmann Hollweg diese Politik dahin erklärt, dass die Kaiserliche Regierung „zwei Eisen im Feuer" haben wollte. Beide Friedensaktionen sollten im Gange gehalten werden, um je nach dem Verlaufe der Dinge die eine oder die andere zu Ende zu führen. Nachdem die deutsche Friedensaktion gescheitert war, erhielt der Präsident am 18. Januar von der Entente eine Antwortnote, welche für uns ganz unannehmbare Friedensbedingungen enthielt. Die Herren Wilson und House waren überzeugt, dass die Entente auf einen Verständigungsfrieden eingehen würde, und hielten die genannten Bedingungen für Bluff. Auch ich glaube, dass die Entente die politische Lage in Deutschland genau kannte und uns durch Aufstellung solcher Bedingungen abschrecken und zur Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zwingen wollte. Die Entente verfolgte nur das eine Ziel, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Übrigens hatte die von der Entente an unsere Regierung gegebene ablehnende Antwort bereits zu diesem Zwecke genügt, denn der definitive Beschluss zur Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ist schon am 9. Januar gefasst worden. Ich erhielt die Mitteilung hierüber am 19. mit der Weisung, der amerikanischen Regierung am 31. anzuzeigen, dass der uneingeschränkte U-Boot-Krieg am 1. Februar beginnen werde. Nach allem, was vorhergegangen war, konnte ich diese Mitteilung nur als eine Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten ansehen, und zwar obendrein eine solche, die uns in das Unrecht setzte, weil sie die mit unserer Zustimmung erfolgte Friedensaktion Herrn Wilsons über den Haufen warf. Ich bemühte mich daher nach Kräften, den Berliner Beschluss rückgängig zu machen oder wenigstens einen Aufschub der Ausführung desselben zu erreichen. Der Präsident kam mir insofern zu Hilfe, als er am 22. Januar persönlich eine Botschaft an den Senat richtete, in welcher er ausführlich sein Programm eines „Friedens ohne Sieg" entwickelte. Am nächsten Tage erhielt ich die telegraphische Einladung, Herrn House in New York zu besuchen. Dieser las mir eine Instruktion des Präsidenten vor, laut

welcher Herr Wilson uns nunmehr formell seine Vermittlung anbot, um einen Verständigungsfrieden herbeizuführen. Über diese Vorgänge sandte ich mit tunlichster Beschleunigung Telegramme nach Berlin in der Annahme, dass es nunmehr unmöglich sei, auf den bisherigen Beschlüssen zu beharren. Bei dieser Gelegenheit wiederholte ich meine schon oft ausgesprochene Ansicht, dass wir durch Vermittlung der Vereinigten Staaten weit bessere Friedensbedingungen erreichen würden als nach dem Eintritte Amerikas in den Krieg. Ich erhielt indessen die Antwort, dass ein Aufschub des uneingeschränkten U-Boot-Krieges aus technischen Gründen unmöglich sei. Damit war, wie der Reichskanzler sagte, „der Rubicon überschritten". Sofort nach Empfang der Mitteilung über den U-Boot-Krieg brach die amerikanische Regierung die Beziehungen mit der unsrigen ab und, wie ich schon oben darlegte, bedeutete das Krieg. Die Tatsache, dass ich gleichzeitig mit der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges dem Präsidenten unsere Friedensbedingungen vertraulich mitteilen durfte, konnte nichts mehr an der Sachlage ändern, welche seit dem amerikanischen Ultimatum vom 18. April 1916 bestand.

In Obigem habe ich versucht, die Entwicklung, welche zum Kriege mit den Vereinigten Staaten führte, rein sachlich und „sine ira et studio" darzustellen. Die psychologischen Momente, welche die Stimmung hüben und drüben verbitterten, erwähnte ich gar nicht oder nur nebenbei. In diese Rubrik gehören u. a.: Die Propaganda, die unendlich übertriebenen angeblichen „deutschen Verschwörungen in den Vereinigten Staaten", das Diner zu Ehren des Botschafters Gerard und die Mexiko-Depesche. Alle diese Dinge sind propagandistisch mit Erfolg gegen uns ausgenützt worden; den Krieg haben sie aber nicht herbeigeführt, was sich schon chronologisch nachweisen lässt. Die „Propaganda" und die „Verschwörungen" endigten mit der Heimkehr Dr. Dernburgs, sowie der Herren v. Papen und Boy-Ed, also schon vor Ablauf des Jahres 1915. Von da ab bis zur Katastrophe habe ich noch über ein Jahr vertraulich mit der amerikanischen Regierung verhandelt. Wie man auch sonst über die anderen erwähnten Vorgänge denken mag, jedenfalls sind sie propagandistisch erst verwandt worden, als der Bruch schon erfolgt und dadurch alles verloren war. Es ist nicht anders. Die Wahl lag für uns zwischen einem Verständigungsfrieden durch amerikanische Vermittlung und dem U-Boot-Kriege nebst dem daraus folgenden Kriege mit den Vereinigten Staaten, der uns die Niederlage bringen musste. Nur e i n psychologisches Moment muss hier berührt werden. Die gehässige Beurteilung und Behandlung, welche uns Herr Wilson später während des Krieges angedeihen liess, ist nur durch die Abweisung seiner Friedensvermittlung zu erklären. Ihm stellte sich die Sache so dar, dass alles, was die Entente-Propaganda von uns sagte, unbedingt wahr sein müsse, denn sonst hätten wir den angebotenen Verständigungsfrieden gewählt und nicht den U-Boot-Krieg. Infolge dessen predigte er einen Kreuzzug gegen das autokratische und militaristische Deutschland, welches die Weltherrschaft erringen wolle.

Zum Schlusse wäre noch die Frage zu erörtern, ob wir durch Wilson einen annehmbaren und erträglichen Frieden erhalten hätten. Ich bin — wie schon erwähnt — noch heute davon überzeugt, dass dies der Fall gewesen wäre. Der Präsident würde seine Vermittlung nicht angeboten haben, wenn er nicht bestimmt auf einen Erfolg gerechnet hätte, und er war eher als irgend ein Deutscher in der Lage, die Stimmung der Entente zu kennen. In seinem Abschiedsbriefe an mich schrieb House: „Es ist zu traurig, dass Ihre Regierung den uneingeschränkten U-Boot-Krieg in einem Augenblick erklärt hat, wo wir dem Frieden so nahe waren." Ferner hat Bonar Law später im englischen Parlamente offen gesagt, dass England finanziell zusammengebrochen wäre, wenn die amerikanische Hilfe nicht Rettung gebracht hätte. Der erste Schritt, welchen die Vereinigten Staaten zur Herbeiführung des Friedens taten, ist auffallenderweise damals in Deutschland kaum beachtet und auch später wenig erwähnt worden. Schon vor Ende 1916 hatte der „Federal Reserve Board" — die unserer Reichsbank entsprechende Behörde — die Beleihung der Anleihen kriegführender Staaten verboten. Damit war der Entente praktisch die amerikanische Geldquelle verstopft. In Frankreich ist die Stimmung im Jahre 1917 lediglich durch die Hoffnung auf die amerikanische Unterstützung aufrechterhalten worden und endlich erfolgte schon im März die russische Revolution. Aus den Friedensprogrammen Wilsons und Kerentskys hätte sich das für uns notwendige leicht diplomatisch erreichen lassen. Meine Überzeugung, dass sich im Jahre 1917 ein für uns annehmbarer Friede erreichen liess, gründet sich nicht so sehr auf Wilsons W o h l w o l l e n , wie darauf, dass die Entente ohne die amerikanische Hilfe nicht hätte siegen können.

19. Abschnitt.

Unsere Diplomatie im Weltkriege.

Vom Gesandten a. D. Dr. **R. R. v. Scheller-Steinwartz,**
Wirkl. Geh. Rat, Lehrer an der Universität Frankfurt a. M.

Seitdem die Erweiterung der Welt am Ende des 15. Jahrhunderts durch die Einbeziehung der Lande über See die Universalmonarchie gesprengt hatte, war 400 Jahre lang die Erhaltung des Gleichgewichts zwischen vielen an Eigengewicht wechselnden Einzelkörpern Aufgabe und Inhalt der Diplomatie gewesen. Das Ende des 19. Jahrhunderts sah eine neue Umwälzung der Grundlagen der auswärtigen Politik: die plötzliche Entwicklung der Verkehrsmittel und Verkehrswege machte die Welt wieder eng; die durch starkes Nationalgefühl beseelten grösseren Volkseinheiten, zu denen auch noch eine neue, das Deutsche Reich, getreten war, mussten streben, sich soviel davon zu sichern, als die mit höherer Kultur immer anspruchsvollere Lebenshaltung ihrer immer zahlreicher werdenden Volksgenossen erforderte. Diese Periode des Imperialismus schuf so gewaltige politische Kräfte, dass die Erhaltung eines auch nur labilen Gleichgewichts mit den alten Mitteln der Staatskunst nicht mehr möglich war: es musste ein Zusammenstoss im Schnittpunkt der Entwicklungslinien stattfinden, wenn es nicht gelang, diese Linien in gleiche Richtung zu lenken. Alle — das ist das Ziel des Völkerbundes; die hauptsächlichsten — das war das Ziel der Gruppenpolitik, der Verständigung in irgend welcher Form: Bündnis alten Musters, Entente, Militärkonvention, Interessengemeinschaft, Sphärenteilung, Symbiose. Rein militärische Bündnisse alten Stils, wie einzig noch der Dreibund eines darstellte, waren fast wertlos geworden. Der Zweibund war ihm darin überlegen, dass er innerlich, wirtschaftlich und kulturell ausgebaut worden war und einem gemeinsamen, positiven politischen Ziele diente — der Niederhaltung oder Niederwerfung Deutschlands. Der grosse Gedanke, den um die Jahrhundertwende die britische Diplomatie fasste, durch eine Entente mit Deutschland die grösste Gefahr für den Weltfrieden und für die beiderseitige Entwicklung zu beseitigen, hatte bei der deutschen Diplomatie kein Verständnis gefunden. Die britische musste sich also mit ihren anderen Hauptgegnern einzeln einigen. In wenigen Jahren ward dies systematisch vollbracht, Schlag auf Schlag: im Februar 1902 erfolgte die Einigung mit Japan, im April 1904 mit Frankreich, im August 1907 mit Russland, so dass nur noch die deutsche Entwicklungslinie die parallel gemachten Linien der anderen Mächte zu schneiden schien.

Die deutsche Diplomatie hatte nicht nur die ganze neue Lage und deren Gebote verkannt; sie hatte auch durch Kleben an den veralteten Kleinmitteln der diplomatischen Ränke, der Doppelzüngigkeit, der Nadelstiche, der Ergatterung trügerischer Vorteilchen, verbunden mit grossen Worten, und durch ein ewiges Schwanken zwischen ängstlicher Leisetreterei und polterndem Säbelrasseln erreicht, dass die Riesenmacht des deutschen Heeres, der deutschen Marine, der deutschen Wirtschaft ihre Gravitation nicht im anziehenden, sondern im abstossenden Sinne geltend machte. Anstatt dass die Völker sich nach solchem Bundesgenossen drängten, liess die Haltung Deutschlands — u. a. auf den Haager Kongressen — die irrige Meinung aufkommen, dass das „oderint, dum metuant" Grundlage seiner Diplomatie sei. Dabei waren die wirklichen Ziele seiner Politik nur friedliche Entwicklung, aber Platz an der Sonne; Weltgeltung, nicht Weltherrschaft. Rüstung und Bündnisse dienten nur der Verteidigung gegen den von Frankreich vorbereiteten Rachekrieg. Die deutsche Diplomatie aber verkannte, dass der Dreibund, der vor 30 Jahren richtig und wertvoll, jetzt falsch und wertlos war. Man wollte nicht sehen, dass Österreich mehr und mehr im Innern slavisch wurde und dass in Italien die romanischen Rassentendenzen stärker waren, als die längst verschmerzte Verstimmung gegen Frankreich. Trotzdem hielt man an dem Bündnis fest in dem irrigen Glauben, dass dynastische Politik und papierne Verträge zwischen Kabinetten jahrzehntelang starke Volkskräfte binden und leiten könnten. Man versäumte dabei völlig, die papierenen Bündnisse lebendig zu machen, wirtschaftlich und kulturell zu festigen. Weder mit den Völkern der Donaumonarchie

noch mit dem italienischen Volke wurde eine innere Verbindung auch nur angestrebt. Dass Geschichte, Rassenhass und Irredenta beide Völker untereinander Erzfeinde sein und bleiben liessen, glaubte die auf älteste Kabinettspolitik eingestellte Diplomatie übersehen zu können. Dem Dreibund wurde zur militärischen Hilfe angegliedert die Türkei; eine halbe Leiche, kultur- und verkehrsfeindlich, einer friedlichen Durchdringung durch Deutschland verschlossen, während ihre wichtigsten Gebiete Ägypten, Syrien, Palästina und Teile von Kleinasien, einer solchen durch England und Frankreich seit Jahrzehnten offen gewesen waren. Die aufgezwungene Wohltat der Bagdadbahn erzeugte nur Misstrauen.

Wenn man aber schon auf Gedeih und Verderb mit einem seelisch fremden, innerlich wie äusserlich gefährdeten und unzuverlässigen Gebilde wie die Donaumonarchie verbunden war, so erforderte es die einfachste Vorsicht, die Politik dieser Macht, deren Fehler man zu büssen hatte, zu überwachen und zu beeinflussen. Aber geflissentlich hielt sich noch im Juli 1914 die deutsche Diplomatie Augen und Ohren zu, um die Verantwortung für Handlungen zu vermeiden, deren Folgen man jedenfalls zu tragen hatte. Auch die ernste Warnung durch die Bosnische Krise 1908 hatte nicht vermocht, der deutschen Diplomatie die Augen zu öffnen. Die fast rein dynastische Kabinettspolitik der blinden Nibelungentreue musste im Juli 1914 das deutsche Volk zum Schicksal der Nibelungen führen, weil die deutsche Diplomatie es versäumt hatte, entweder sich rechtzeitig der Fessel zu entledigen, die es vor Jahrzehnten unter ganz anderen Verhältnissen an Österreich-Ungarn gebunden hatte, oder sich die Führung im Bunde zu sichern, die seiner exponierten Weltstellung zukam. Der Grundfehler der österreichischen Politik lag in der Nichtachtung der Tatsache, dass der Wert der deutschen Hilfe, auf die sie sich bei ihrem gewagten Vorgehen verliess, durch die Feinde fast aufgewogen wurde, die Deutschland selbst mitbrachte: Frankreich und England.

Hatte so die deutsche Diplomatie nicht vermocht, Deutschland gegen den Überfall durch eine Übermacht zu sichern, so blieben ihr im Weltkrieg selbst nun als Aufgaben: die Festhaltung der unsicheren und die Gewinnung neuer Verbündeter; die Politik gegenüber den Neutralen; die Politik gegenüber den Feinden, und zwar die Friedensversuche und die Friedensschlüsse mit Besiegten und Siegern, endlich die Politik gegenüber den früheren Gegnern.

Die erste der Aufgaben, die Festhaltung unsicherer Verbündeter, musste scheitern, weil sich im Kriege in Wochen nicht nachholen liess, was im Frieden in Jahrzehnten versäumt und verschuldet war. Die Bemühungen nach Kriegsausbruch in Rom den Einflüssen entgegenzuarbeiten, die die französische, englische und romanisch-freimaurerische Propaganda seit Jahren ausgeübt hatten, mussten natürlich erfolglos sein. Dass aber Italiens Abfall, der unter dem physischen Druck Englands ganz unvermeidlich war, noch hinausgeschoben wurde, ist das Verdienst der Diplomatie des Fürsten Bülow, die der Heeresleitung unendlich wertvolle Monate und Wochen gewann.

Ebenso lagen die Dinge in Rumänien. Es war unmöglich, plötzlich die Bande wieder zu festigen, deren Lockerung man jahrelang hatte geschehen lassen. Immerhin gelang es unserer Diplomatie, den unvermeidlichen Abfall bis zu einem Zeitpunkt hinauszuschieben, der eine sofortige Unschädlichmachung ermöglichte.

Für die Gewinnung neuer Bundesgenossen — auch die Türkei kann als solcher gelten — kamen der deutschen Diplomatie gegenüber der anfänglich wenig anziehend erscheinenden Lage der Mittelmächte die militärischen Erfolge zugute. Auch hier aber, in Sofia wie in Konstantinopel, trug daneben eine geschickte und tatkräftige Diplomatie ihre Früchte, die schon im Frieden, wenn nicht die Völker, so doch deren Leiter zu gewinnen verstanden hatte.

Ein bedeutendes Arbeitsgebiet ergab sich für die deutsche Diplomatie in den Hauptstädten der europäischen Neutralen (das Verhältnis zu Amerika ist besonderer Behandlung vorbehalten); ihre Erfolge sind hier um so höher zu werten, als Notwendigkeiten der Kriegführung und Ein- oder Missgriffe von militärischen Organen oft grosse Schwierigkeiten schufen: man denke an die Bombenfunde in Christiania und die wegen feindlicher Neutralitätsverletzungen notwendige Überwachung der niederländischen Grenze. Trotz des schweren Druckes der Entente und ihrer nur schlecht verschleierten Neutralitätsverletzungen gelang es hier unserer Diplomatie, die Neutralität und den völkerrechtlich zulässigen Verkehr aufrecht zu erhalten, wenn auch überall der Mangel einer betrieb-

samen und geschickten Propaganda sich verhängnisvoll erwies und bei Kriegsbeginn an mehreren wichtigen Stellen die Friedensdiplomaten sich unfähig gezeigt hatten, rasch und energisch das möglichste zu retten.

Den Gegnern gegenüber verfolgte die deutsche Diplomatie verschiedene Ziele. Während sich bei jenen unter einheitlichem Willen und immer einheitlicherer Leitung von Anfang an der unbeschränkte Sieges- und Vernichtungswillen zeigte, war dieser bei der deutschen politischen Leitung nur nach einer Seite hin vorhanden: gegen Russland. Die öffentliche Meinung in Deutschland war hierüber geteilt. Gewichtige Stimmen erhoben sich schon nach der Abwehr des russischen Einfalles für die Ermöglichung eines späteren Verhältnisses zu dem gewaltigen Nachbar, das der für uns unentbehrlichen gegenseitigen wirtschaftlichen Ergänzung nicht im Wege stand. Demgegenüber hatte die Reichsleitung von Anfang an die Zertrümmerung Russlands im Auge, während sie, im Gegensatz zu der weit überwiegenden Volksstimmung, gegenüber England eine Politik der Schonung befürwortete, die, wie sie in Verkennung der englischen Volksseele wie der stets bewiesenen Grundsätze der englischen Politik annahm, England zum Einstellen des Kampfes geneigt machen sollte. So kam es, dass die Einsetzung der Flotte von Kriegsbeginn an, die England selbst am meisten gefürchtet hatte, unterblieb und diese für die Übergabe im November 1918 aufgespart wurde.

Entscheidend Russland gegenüber war der überraschende Schritt der Reichsleitung vom 5. November 1916: die Unabhängigkeitserklärung für den polnischen Staat. Damit wurde der Weg der Zertrümmerung Russlands beschritten und die Brücke zur Rückkehr abgebrochen. Die Reichsleitung folgte dabei eigensten Ideen; weder die öffentliche Meinung, noch die Heeresleitung hatten einen Druck ausgeübt. Jene war fast durchweg unangenehm überrascht; diese hätte ihre Hoffnung auf polnische Mitkämpfer auf jede andere Weise erfüllen lassen. Ebensowenig konnte der Schritt das Einvernehmen mit dem beteiligten Bundesgenossen fördern. Inwiefern freilich gerade hier vielleicht die Beweggründe zu dem unbegreiflichen Schritt der Reichsleitung lagen, wird erst die Kenntnis aller Vorgänge beurteilen lassen, die gegenwärtig noch fehlt.

Von Anfang an erschien der aufgedrungene Krieg ein so schwerer und der mögliche Gewinn — die Selbstbehauptung — in solchem Missverhältnis zu den Opfern, dass die deutsche Politik unausgesetzt auf die Möglichkeit bedacht war, ihn durch diplomatische Mittel zu beendigen. Drei Wege konnten dahin führen: das Eingehen auf Friedensvorschläge, die von dritter Seite kamen; Verhandlungen zwischen beauftragten Privatleuten aus beiden Lagern an neutralen Orten; endlich eigene amtliche Friedensangebote.

Gleich nach den ersten Siegen im Westen erfolgte ein Friedensangebot an Belgien: so grossmütig und annehmbar, dass seine Ablehnung nur ein Beweis mehr war für die Verstrickung Belgiens mit der Entente, die sich bereits 10 Jahre vorher während der Marokkokrise das Landungsrecht gesichert hatte. Es wurde abgelehnt.

Als dann die Erfolge in Russland dessen endgültige Besiegung nur als eine Frage der Zeit erscheinen liess, kam von der Heeresleitung eine Anregung zum Friedensschluss: im Juli 1915 trat der Generalstabschef von Falkenhayn für den Versuch ein, zu einem Frieden mit Russland zu gelangen, das anders den stets besonders gefürchteten Verlust Polens nicht mehr verhindern konnte. Der Anregung wurde zwar anscheinend zugestimmt, aber keine ernste Folge gegeben. Vielmehr zeigte die alsbald gehaltene Reichstagsrede des Reichskanzlers vom August 1915, dass er ganz von dem Gedanken geblendet war, mit der Befreiung Polens einen starken Freund und Schutz gegen Russland zu gewinnen: der verhängnisvollste Irrtum, der die Orientierung der deutschen Diplomatie im Weltkrieg beherrscht hat. Es war der umgekehrte Fall von Nikolsburg: der Generalstabschef vertrat den diplomatisch richtigen Gesichtspunkt und erkannte den Augenblick, da der Siegeslauf durch staatsmännische Rücksichten auf die Zukunft freiwillig anzuhalten war: der Leiter der auswärtigen Politik aber hatte die kriegerischen Ziele weiter gesteckt — bis jenseits eines Abgrundes, den ihm ein Truggebilde verbarg.

Erst als er seinen Willen erreicht, im November 1916 den polnischen Lazarus aus dem Grabe gerufen und damit einen Herd deutschfeindlichster Politik geschaffen, Russland aber zum unversöhnlichen Feinde gemacht hatte, entschloss sich der Leiter der deutschen Politik zu einem allgemeinen Friedensangebot. Dass die Feinde es als Zeichen der Ermüdung deuten konnten und dass

man vermied, klare Bedingungen auszusprechen, liess es als einen diplomatischen Fehler erkennen, machte es jedenfalls zu einem diplomatischen Fehlschlag. Ob man diesem Schritt ausserdem den Vorwurf macht, den Erfolg einer kurz vorher beim Präsidenten Wilson angeregten Friedensvermittelung vereitelt zu haben, indem er sie durchkreuzte, hängt von der Wertung ab, die man Wilsons ernstem Willen gibt. Dass in dieser Hinsicht Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Botschafter in Washington und der Zentralstelle bestanden, weist auf einen Missstand hin, der vor und im Weltkriege der deutschen Diplomatie viel Schaden getan hat.

Seitdem wurde von den deutschen führenden Stellen viel und in ernstestem Willen vom Frieden gesprochen; da die Feinde stets aufs neue unzweideutig ihren Willen dartaten, bis zur Vernichtung Deutschlands zu kämpfen, hatte dies nur die Wirkung, den deutschen Siegeswillen zu schwächen und das Vertrauen der Feinde zu stärken.

Ernsthaften Versuchen zur Friedensstiftung von dritter Seite gegenüber Stellung zu nehmen, hatte die deutsche Politik nur einmal Gelegenheit: am 1. August 1917 forderte der Papst die Oberhäupter der kriegführenden Nationen auf, Friedensverhandlungen vorzubereiten. Die Antwort der deutschen Regierung, die zum ersten Male unter Mitwirkung des Reichstages (durch die „Siebenerkommission") zustande kam, war zustimmend, vermied aber jede Äusserung über Bedingungen. Die der anderen Mächte war bestimmt ablehnend, getreu ihrem für Krieg und Frieden bewährten Grundsatz: immer daran denken, nie davon sprechen. Immerhin brauchte und gedachte der Vatikan sich von weiteren Bemühungen nicht abschrecken zu lassen, wenn die deutsche Diplomatie seinen, natürlich verhüllten und vorsichtigen, Annäherungsversuchen gegenüber mehr Verständnis gezeigt hätte, als es ihrer damaligen Vertretung in Rom beliebte.

Allzuviel Hoffnungen setzte die deutsche Diplomatie auf private geheime Unterhändler, die sich anheischig machten, Frieden zu schaffen. Über Stockholm, über Rom, über Brüssel, über die Schweiz sollten mit Japanern, Engländern, Spaniern, Franzosen, Geheimbesprechungen stattfinden. Selbst ein deutscher Gesandter fuhr zu diesem Zwecke von Brüssel nach der Schweiz, aber der erwartete Franzose blieb aus.

Nach Besiegung des zaristischen wie des revolutionären Russlands stand die deutsche Diplomatie vor der Aufgabe, nicht Friedensgeneigtheit herbeizuführen, sondern Friedensverlangen zu erfüllen.

Die Friedensschlüsse mit Sowjet-Russland, der Ukraine und Finnland sowie die vorbehaltenen späteren Verhandlungen mit den östlichen Randstaaten mussten nach Ansicht des diplomatischen Verhandlungsleiters zwangsläufig vollenden, was durch die Abtrennung Polens begonnen worden war. Bei den Verhandlungen, die ihnen seit Dezember 1917 in Brest-Litowsk vorhergingen, litt die deutsche Diplomatie, ausser durch diese Gebundenheit, unter dem Mangel einheitlicher Leitung der Politik der Verbündeten. Während Österreichs Vertreter eine russenfreundliche Politik vertrat, die weit über das hinausging, was die unsere zugestehen zu dürfen glaubte, drängten die Vertreter der Obersten Heeresleitung, die neben, nicht unter dem deutschen diplomatischen Unterhändler an den Verhandlungen teilnahmen, auf einen Gewaltfrieden, der in dieser Form nicht im Sinne unserer Diplomatie lag. Denn jetzt versuchte diese die Zertrümmerungspolitik mit der des künftigen Einvernehmens zu vereinen; ja sie glaubte sogar mit den unversöhnlichen Feinden, dem verstümmelten Sowjet-Russland und den separatistischen Randstaaten gleichzeitig ein Einvernehmen schaffen zu können. Der gleiche Zwiespalt fand sich in der deutschen öffentlichen Meinung, die teils auf Schonung Russlands zwecks baldiger Wiederherstellung der Freundschaft, teils auf dessen völlige Zertrümmerung hindrängte. Die Versuche der Diplomatie, einen Mittelweg zu finden, scheiterten, als Trotzki am 10. 2. 18. die Verhandlungen abbrach und die Oberste Heeresleitung bei der Reichsleitung mit ihrer Absicht durchdrang, die Feindseligkeiten sofort durch Vormarsch wieder aufzunehmen. Da Trotzki daraufhin den Frieden ohne Verhandlung als Diktat zeichnete, war der deutschen Diplomatie die Leitung der Dinge entglitten. Dasselbe war aus anderen Gründen der Fall bei dem Frieden mit der Ukraine, der inzwischen geschlossen wurde. Der Inhalt dieses Friedens wurde dadurch gründlicherer diplomatischer Durcharbeitung entzogen, dass das dringende Bedürfnis Österreichs nach Getreide schleunigsten Abschluss nötig machte. Das Verhängnisvolle daran war, dass mit diesem übereilten Friedensschluss die deutsche Diplomatie sich zur Aufteilung

Russlands bekannte und damit die ganze zukünftige Orientierung der deutschen Politik im antirussischen Sinne festlegte. Wenigstens steht nunmehr jedem Versuch, mit dem ganzen früheren Russland freundliche Beziehungen anzuknüpfen, der Antagonismus entgegen, der zunächst noch zwischen Sowjet-Russland und den abgefallenen Randstaaten sowohl als Allen bestehen muss, die deren Abfall anerkannten.

Rumänien gegenüber war es das eigenmächtige Eingreifen Österreichs allein, das die deutsche Diplomatie durchkreuzte. Immer rächte sich der Grundfehler, dass sie nicht auf einheitlicher Leitung der Politik durch eine den Heeresleitungen wie den beiden auswärtigen Ämtern übergeordnete Stelle bestanden hatte.

Die deutsche Politik beabsichtigte, gestützt auf eine starke, ehrliche Partei in Rumänien selbst, durch einen Wechsel in der Person des Monarchen die Schaffung gesünderer Zustände und eines erträglichen Verhältnisses zu den Mittelmächten. Dynastische Besorgnisse und politische Eifersucht veranlassten jedoch den österreichischen Kaiser, den König Ferdinand auf dem Thron zu erhalten. Dabei waren die Wünsche Österreichs und namentlich Ungarns, was Erwerbungen auf Kosten Rumäniens anlangte, weitergehend als die politischen Möglichkeiten. Die Verhandlungen begannen auch hier, ehe zwischen den Hauptbeteiligten auf unserer Seite auch nur die wichtigsten Richtlinien festgelegt waren. Insbesondere standen sich auch türkische und bulgarische Interessen unvereint gegenüber. Dass die letzteren nicht genügende Unterstützung bei uns fanden, gab den Hauptgrund zum Sturze des Ministeriums Radoslavov und zum Abfall Bulgariens, der unsere Katastrophe einleitete.

Hatte sich bisher schon, von Kriegsbeginn an, nicht nur die mangelnde Übereinstimmung zwischen den Bundesgenossen, sondern auch der Mangel einer einheitlichen Leitung der deutschen Diplomatie verhängnisvoll erwiesen, so trat dieser Mangel bei dem Schluss des Krieges katastrophal in Erscheinung. Der Antagonismus zwischen Reichsleitung, Heeresleitung, den Marinestellen, den Kabinetten des Kaisers, ja oft zwischen einzelnen Mitgliedern dieser Behörden, der die Stosskraft gelähmt und die Ziele verwirrt hatte, liess aus den im Herbst 1918 eingetretenen schwierigen Verhältnissen den plötzlichen Zusammenbruch entstehen, während eine willensstarke einheitliche Leitung bei der schwierigen Lage der Feinde Vieles, auch die Ehre, hätte retten können. In der Heeresleitung selbst die stärksten Widersprüche; in der Reichsleitung völlige Anarchie, die eine diplomatische Handlungsfähigkeit ausschloss. Man kann die Tätigkeit einzelner Organe, die die vollkommenste Unterwerfung unter den Willen des selbst davon überraschten Siegers mehr oder weniger aus eigenem Antriebe übermittelten, schlechterdings nicht mehr Diplomatie nennen. In dem Augenblick, als sie allein wieder die Geschicke des deutschen Volkes hätte lenken sollen und können, hat die deutsche Diplomatie zu bestehen aufgehört.

Es ist Zeit, dass die stumpfe Resignation besonnener Tatkraft weicht. Grosse und schöne Aufgaben warten einer neuen Diplomatie, die ihre Kraft aus dem ganzen Volke zieht und Richtlinien wie Mittel klar zu erkennen vermag. Die verleumdete deutsche Ehre durch Rechtfertigung wieder herzustellen, ist die dringendste und wichtigste Aufgabe. Die nächste dann, dem neuen Deutschland seine Stellung unter den Völkern wieder zu geben und alle zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Und wenn erst die feindlichen Nationen von ihrem Vernichtungswahnsinn geheilt sind, dann wird die erschütterte, aber ungebrochene deutsche Volkskraft die stärkste Stütze einer Weltdiplomatie sein, deren Ziel nicht gegenseitige Schädigung, sondern gegenseitige Förderung ist, nicht Kampf aller gegen alle, sondern Solidarität.

---

20. Abschnitt.

Die deutsche Offensive im Westen 1918.

Von **Müller-Loebnitz,**
Major im Grossen Generalstab, Berlin.

Literatur:

Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen, Berlin 1919. — Kalkschmidt, Die Durchbruchsschlacht in Frankreich. — v. Olberg, Die Schläge unserer grossen Offensive.

Das Jahr 1917 hatte dem deutschen Westheer so schwere Abwehrkämpfe gebracht, dass es zweifelhaft erscheinen musste, ob seine Widerstandskraft der im neuen Jahre durch den Zutritt Amerikas noch wachsenden Beanspruchung gewachsen sein würde. Der U-Boot-Krieg hatte die erhoffte kriegsentscheidende Wirkung nicht gezeitigt. Dafür schien der Zusammenbruch Russlands neue Möglichkeiten zu einer siegreichen Beendigung des Weltkrieges zu eröffnen. Dazu kam, dass kurz vor dem Abschluss des Jahres 1917 die Schlacht bei Cambrai den Beweis lieferte, dass die deutschen Truppen auch im Westen bei entsprechender Vorbereitung und nicht zu ungünstigen Kräfteverhältnissen im Angriff Erfolge zu erringen vermochten. Die Oberste Heeresleitung fasste daher um die Jahreswende 1918 den kühnen, aber durch die Verhältnisse gegebenen Entschluss, im Frühjahr 1918 auf dem Westkriegsschauplatz zum Angriff überzugehen.

Sie war sich der Schwere dieses Entschlusses voll bewusst. Sie verkannte nicht, dass zu einer erfolgreichen Offensive im Westen starke Truppen, gewaltige Kampfmittel und eine sorgfältige Schulung von Führer und Mannschaft gehörte. Sie wusste, dass das Heer nur dann auf die Dauer den zum Angriff unerlässlichen Schwung bewahren würde, wenn es gelang, auch in der Heimat die Siegeszuversicht zu heben und zu erhalten.

Sobald der Entschluss feststand, gingen General Ludendorff und seine Mitarbeiter ans Werk. Von allen Kriegsschauplätzen wurden die entbehrlichen und brauchbaren Kräfte herangezogen, mit dem Erfolg, dass die Deutschen für das beginnende Frühjahr ihren vereinigten Gegnern wenigstens an Zahl der Divisionen, wenn auch nicht an Kopfzahl, überlegen waren. Wie lange dieses günstige Verhältnis vorhalten würde, hing von der Schnelligkeit des Angriffs und von dem Herankommen der amerikanischen Verstärkungen ab.

Die technischen Kampfmittel, Munition, Geschütze, Minenwerfer, Maschinengewehre, Flugzeuge, wurden wesentlich vermehrt. Das jetzt allmählich voll wirksam werdende Hindenburg-Programm gestattete Deutschland, den gewaltigen Vorsprung einigermassen einzuholen, den die Entente bisher durch Inanspruchnahme der Kriegsindustrie der ganzen Welt behauptet hatte.

Die Schulung der Truppen wurde während der ruhigen Wintermonate mit Eifer betrieben. Zahlreiche Divisionen wurden zur Ausbildung hinter die Front genommen. Eine neue Angriffstaktik wurde theoretisch und praktisch entwickelt. Sie knüpfte an an die in dreijähriger Abwehr mehr oder minder in den Hintergrund getretene Friedenstaktik, trug aber den veränderten Verhältnissen durch eine stärkere Betonung der mechanischen Angriffsmittel und sorgfältige Schonung des kostbaren Menschenmaterials Rechnung. Eine gewaltige, auf das sorgfältigste vorbereitete Artillerievorbereitung sollte der Infanterie den Einbruch in die feindlichen Linien ermöglichen, gründliche Gaswirkung die Verteidigungsartillerie mehr oder minder ausschalten und sorgfältiges Zusammenwirken der Infanterie mit der Begleitartillerie, den Maschinengewehren, den fahrbar zu machenden Minenwerfern und den Schlachtfliegern deren weiteres Vordringen gewährleisten. Auf die Bereitstellung von Tanks verzichtete die deutsche Oberste Heeresleitung bewusst, weil man die Industrie nicht noch mit einer neuen grossen Aufgabe belasten wollte.

Die Infanterie selbst sollte ihre Reihen beim Vorgehen auf das äusserste lockern, um die Verluste zu vermindern. Sie zerlegte sich in einzelne Schützen- und Maschinengewehr-Gruppen mit weiten Zwischenräumen und in zahlreiche hintereinander folgende Wellen.

Die Schwierigkeit bei dieser Ausbildung lag in der kurzen verfügbaren Zeit, in dem Mangel an geeigneten Führern und in der geringen Vorbildung eines sehr grossen Teils der Mannschaft. Durch den dauernden Ausfall gerade der tüchtigsten Elemente und durch die gewaltige Ausdehnung des Heeres hatte die Infanterie immer mehr den Charakter einer Miliz angenommen. Trotzdem gelang es in eifriger Arbeit, den Stand der Ausbildung bis zu dem in Aussicht genommenen Zeitpunkt in entscheidender Weise zu heben.

Auch die Stimmung des Heeres wurde in dem Mass zuversichtlicher, wie die Hoffnung auf eine Beendigung des Graben- und Abwehrkrieges zunahm. Nur in der Heimat waltete auch in jenen hoffnungsvollen Tagen Kleinmut und Friedenssehnsucht vor, ohne dass die Regierung es verstanden hätte, in ähnlicher Weise die Stimmung zu erhalten, wie dies die mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Häupter der Entente trotz aller schweren Krisen durchgesetzt hatten. Feindliche und innere Propaganda zermürbte die Widerstandskraft und blieb natürlich nicht ohne Rückwirkung auf das Heer. Die Vorgänge in der Marine, die Streiks und manche Erscheinungen unter den aus russischer Gefangenschaft zurückkehrenden Mannschaften waren immerhin ernste Warnungszeichen. Umso mehr glaubte die Heeresleitung auf eine schnelle, glückliche Kriegsentscheidung hinarbeiten zu müssen.

Für das Gelingen der Offensive war Überraschung des Gegners und richtige Wahl der Angriffsfront ausschlaggebend. Der Überraschung stand hindernd der riesige Umfang der Angriffsvorbereitungen, das Heranführen der gewaltigen Munitionsmengen, der Antransport der Truppenmassen, die Arbeiten im Gelände, der Artillerie-Aufmarsch, gegenüber. Sie konnten feindlichen Fliegern und Agenten nicht entgehen. Gleichmässige Angriffsvorbereitungen auf der ganzen Front zu treffen, verboten die begrenzten Mittel. Man musste sich für einen bestimmten Abschnitt entscheiden und sich auf den übrigen auf Täuschung beschränken.

Die Auswahl zwischen den in Frage kommenden Fronten traf die Heeresleitung nach taktischen Gesichtspunkten. Es kam ihr darauf an, unter allen Umständen zu siegen. Ihre Mittel waren nicht so unbegrenzt, dass sie ohne Rücksicht auf die taktischen Verhältnisse da hätte angreifen können, wo der strategische Erfolg der grösste zu werden versprach. So bestimmte sie für den Angriff den Abschnitt Arras—La Fère, wo die Gegner verhältnismässig dünn standen und das Gelände keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bot.

Dort sollten am 21. März unter Aussparung des Cambrai-Bogens die 17., 2. und 18. Armee der Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz mit insgesamt 62 Divisionen angreifen, nachdem an den vorhergehenden Tagen eine ganze Anzahl von Ablenkungsunternehmungen auf den verschiedensten Fronten stattgefunden hatten.

Um 3^{30} vormittags setzte auf der ganzen Angriffsfront schlagartig das Feuer der Artillerie gegen die englischen Batterien ein. Um 6^{0} vormittags ging die Masse der Artillerie, unterstützt durch die Minenwerfer, auf die feindlichen Infanteriestellungen über. Das ganze Feuer musste infolge des dichten Nebels unbeobachtet abgegeben werden. Trotzdem entsprach seine Wirkung den Erwartungen. Als um 9^{40} morgens die Infanterie hinter der nun vorwärts rollenden „Feuerwalze" zum Sturm antrat, gelang ihr überall der Einbruch in die erste feindliche Stellung. Die Gegenwirkung der englischen Artillerie war gering. Erst mit dem weiteren Fortschreiten wuchsen die Schwierigkeiten. Die 17. Armee fand vor der 2. englischen Stellung stärksten Widerstand, den sie nicht zu brechen vermochte. Die 2. und 18. Armee drangen in die zweite Stellung ein, insbesondere machte die 18. Armee gute Fortschritte.

Dieses Bild blieb auch an den folgenden Kampftagen. Die 17. Armee fand dauernd starken Widerstand und musste ihre Kräfte zweiter Linie schnell einsetzen. Widerholt erfolgten gegen sie heftige Gegenangriffe. Das Abschnüren des Cambrai-Bogens gelang nicht. Die Armee errang nur örtliche Vorteile, die am linken Flügel grösser wurden, als das Vorgehen der 2. Armee sich fühlbar machte. Diese erreichte am 26. März über das Trichtergelände der Somme-Schlacht hinweg die Ancre bei Albert.

Die 18. Armee gelangte unter lebhaften Kämpfen bis Moreuil und Montdidier.

Damit war die Angriffskraft dieser Armeen erschöpft. Ein von der 17. Armee vorbereiteter Angriff beiderseits der Scarpe, der der Mitte und dem linken Flügel dieser Armee das weitere Vor-

gehen ermöglichen sollte, führte am 28. März nur zu geringen Erfolgen. Der Engländer hielt im Bewusstsein der Wichtigkeit dieses Abschnittes zäh stand.

Besser gelang ein Angriff der 7. Armee am 6. April, durch den der einspringende Winkel abgeschnitten wurde, der südlich der Oise zwischen der 7. und 18. Armee entstanden war.

Damit hatte die „grosse Schlacht in Frankreich" ihr Ende gefunden. Sie hatte dem deutschen Westheer einen gewaltigen taktischen Erfolg gebracht. Zwei englische Armeen waren gründlich geschlagen. 90 000 Gefangene, 1200 Geschütze, tausende von Maschinengewehren waren in unsere Hände gefallen. Der Feind hatte schwere, die unsrigen weit übersteigende Verluste erlitten. Der moralische Eindruck war ungeheuer und es bedurfte der ganzen zähen Energie der feindlichen Staatsmänner, um die Siegeszuversicht ihrer Völker aufrecht zu erhalten. Unter Zurückstellung aller anderen dringenden Bedürfnisse musste die amerikanische Armee über den Ozean geführt werden, um die entstandenen Lücken zu schliessen und neue Erfolgsmöglichkeiten zu schaffen.

Auf der andern Seite war es der deutschen Heeresleitung nicht gelungen, ihre strategische Lage wesentlich zu verbessern. Eine operative Auswirkung der taktischen Erfolge war nicht erzielt. Die zu haltende Front war wesentlich grösser als vor dem Angriff. Sie musste neu befestigt, die rückwärtigen Verbindungen über das alte Somme-Schlachtfeld neu geschaffen werden. Es bedurfte also noch weiterer Schläge, um nicht bloss einen taktischen, sondern auch einen strategischen, politisch auswertbaren Sieg zu erringen.

Zu diesem Zweck folgte schon am 9. April dem grossen Angriff in der Pikardie ein solcher mit beschränkteren Kräften in Französisch-Flandern. Den Hauptangriff sollte die 6. Armee aus der Linie Armentières ausschliesslich La Bassée über die Lys-Ebene hinweg gegen die dort stehenden Portugiesen führen, einen Nebenangriff die 4. Armee von Warneton her in der Richtung auf den Kemmel. Der Angriff der 6. Armee warf die portugiesischen Divisionen über den Haufen und drang bis zur Lys durch. Dort geboten ihm englische Reserven und die Schwierigkeiten des Nachschubs über die versumpfte Niederung zunächst Halt.

Die 4. Armee stiess am 10. April bis Meesen vor. In den nächsten Tagen wurde der Erfolg ausgebaut. Die 6. Armee nahm Armentières, die 4. Armee schob sich bis an den Fuss des Kemmel vor. Auch Bailleul wurde genommen. Allmählich aber wurde der Widerstand der Verbündeten stärker, der neue Oberbefehlshaber Foch führte Division auf Division, insbesondere auch Franzosen, an den bedrohten Punkt heran. Die Engländer verlegten am 16. April ihre Stellung nördlich und östlich Ypern nach rückwärts, leisteten dann aber nachdrücklichen Widerstand. Erst am 25. April nach nochmaliger eingehender Vorbereitung konnte der Angriff auf den die ganze Gegend beherrschenden Kemmel-Berg und die anschliessenden Stellungen durchgeführt werden. Er brachte diesen und das ganze Höhengelände von Wytschaete in deutschen Besitz. Fast 30 000 Gefangene und 450 Geschütze bildeten die Gesamtbeute des Flandern-Angriffs. Die Engländer räumten am 27. April einen weiteren Geländestreifen östlich Ypern.

Damit aber war die Grenze für die deutschen Erfolge erreicht. Der erheblich verstärkte Gegner schritt seinerseits zu einer Reihe heftiger Gegenangriffe, deren Abwehr die ganze Kraft der deutschen Truppen in Anspruch nahm.

Dem Gegner war ein neuer schwerer Schlag beigebracht, aber ein durchschlagender Erfolg war nicht erreicht. Die Verbündeten behaupteten sich in ihren Stellungen an der Yser und auf dem Höhengelände von Hazebrouk. Die Gefährdung des Industriebezirks bei Bethune war störend für ihn, aber nicht von entscheidender Bedeutung. Die Weiterführung der deutschen Offensive auf dieser Front wurde vertagt.

Die gleichzeitige Offensive der 2. Armee in der Richtung auf Amiens (24. 4.) brachte nur einen unwesentlichen Geländegewinn. Sie führte zu einer Reihe schwerer Gegenangriffe der Engländer, die im wesentlichen abgeschlagen wurden.

Die deutsche Heeresleitung wandte Anfang Mai ihre Aufmerksamkeit dem Abschnitt des Chemin des Dames zu, in dem der Gegner eine Reihe abgekämpfter Divisionen eingesetzt hatte. Sie entschloss sich, mit der 7. und dem rechten Flügel der 1. Armee zwischen Anizy und Berry au Bac anzugreifen und diesem Angriff später einen solchen beiderseits der Oise folgen zu lassen. Die Angriffsarbeiten auf den übrigen Teilen der Westfront wurden zur Täuschung weitergeführt.

Die Vorbereitungen wurden so beschleunigt, dass am 27. Mai der Angriff erfolgen konnte. Der Erfolg überstieg alle Erwartungen. Die Höhen des Chemin des Dames wurden überrannt. Nur in der Gegend von Chavignon leistete der Gegner ernstlichen Widerstand. Schon um Mittag wurde die Aisne überschritten. Nur auf beiden Flügeln, bei Vauxaillon und Cormicy hielt der Feind stand und setzte am 28. auch zu Gegenangriffen an. Trotzdem und trotz der eilig herangeführten französischen Heeresreserven setzte die Mitte der deutschen Angriffstruppen ihren Siegeszug fort. Sie erreichte am 30. Mai die Marne. Auf den Flügeln drang die 1. Armee bis dicht an Reims heran, der rechte Flügel der 7. Armee nahm Soissons und überschritt die Ailette. Ein einheitlicher grossangelegter Gegenangriff der französischen 6. Armee am 31. Mai kam nördlich der Aisne nicht zur Durchführung und wurde südlich des Flusses blutig abgeschlagen. Die Korps des rechten Angriffsflügels drangen in den ersten Junitagen trotz dem immer stärker werdenden Widerstand bis an den Ostrand der Wälder von Compiègne und Villers-Cotterêts vor. Dann wurde am 5. Juni der Angriff von der Heeresleitung abgebrochen. Die 7. Armee wehrte in den folgenden Tagen starke Angriffe gegen ihre Front und rechte Flanke ab. Die Beute der Schlacht bei Soissons-Reims war gewaltig: 65 000 Gefangene, 700 Geschütze, 2500 Maschinengewehre und reiche Vorräte aller Art waren in die Hände des Siegers gefallen.

Unmittelbar im Anschluss an den Siegeszug der 7. Armee schritt die 18. Armee nördlich der Oise zum Angriff. Sie fand den Feind wohl vorbereitet, trotzdem drang die Armee durch das ganze Stellungssystem bis zur Linie Méry-Cambronne. Dann setzten starke Gegenangriffe gegen die deutschen rechten Flügel ein, die schon am 11. Juni zur Einstellung des Angriffs führten.

Damit war für die deutsche Offensive ein kritischer Augenblick eingetreten. Die Verluste der bisherigen Angriffe hatten die Gefechtsstärke nicht unwesentlich vermindert. Dazu kam jetzt die Grippe. Der Ersatz war knapp und nicht vollwertig. Die Stimmung der Heimat blieb trotz aller Erfolge gedrückt und nicht ohne Rückwirkung auf das Heer. Die feindliche Propaganda und die Wühlarbeit im Innern, diese unterstützt durch den Bolschewismus, verfehlte ihre Wirkung nicht.

Auf der andern Seite wuchs die Überlegenheit des Gegners durch die mit allen Mitteln beschleunigte Überführung der wenig geübten, aber unverbrauchten amerikanischen Verbände. Die feste Haltung der Staatsmänner stärkte den Heeren der Entente den Rücken. Sie hatten in dem Marschall Foch einen Führer von erprobter Tatkraft und Umsicht erhalten. Die Schrecken der deutschen Angriffstaktik minderten sich in dem Masse, wie der Verteidiger sie kennen lernte.

Trotz dieser Schwierigkeiten hielt der Leiter der deutschen Operationen, General Ludendorff, an dem Angriffsgedanken fest. Er musste es, wenn er die deutschen Heere nicht selbst in kürzester Frist schweren Abwehrkämpfen aussetzen und auf ein Bezwingen des Feindes verzichten wollte.

Als Ziel für den nächsten grossen Angriff kam neben der Flandernfront die Champagne beiderseits Reims in Frage. In Flandern stand der Feind noch stark massiert, in der Champagne war er schwach. General Ludendorff entschied sich also für den Champagne-Angriff. Ihm sollte sich ein Angriff in Flandern unmittelbar anschliessen.

Der Angriff in der Champagne war so gedacht, dass die 7. Armee bei Château Thierry die Marne überschreiten und auf Epernay vorstossen, die 1. und 3. Armee östlich Reims nach Süden angreifen sollten. Von dem Zusammenwirken der drei Armeen in der Richtung auf Epernay erhoffte General Ludendorff ein besonders günstiges Ergebnis. Er hielt an dem Angriffsgedanken auch dann fest, als Überläufer das Bevorstehen eines grossen Tankangriffs aus dem Walde von Villers-Cotterêts meldeten.

Es sollte sich bald zeigen, dass auch die deutschen Pläne verraten waren. Als am 15. Juli der deutsche Angriff losbrach, stiess die 7. Armee an der Marne auf wohlvorbereiteten Widerstand. Trotzdem gelang der Übergang dank der Tüchtigkeit von Führern und Truppe. Auch in östlicher Richtung gewann der Angriff der 7. Armee Boden.

Vor der 1. und 3. Armee waren die Franzosen planmässig ausgewichen. Die Armeen sahen sich ausserhalb des Wirkungsbereichs ihrer Artillerie der zweiten feindlichen Stellung gegenüber. Auf den Angriff gegen diese verzichtete die deutsche Heeresleitung im Hinblick auf die zu erwartenden Opfer. Nur gegen Reims wollte sie den Angriff nach entsprechender Vorbereitung weiterführen und im übrigen sich aber dem Angriff in Flandern zuwenden.

Dazu sollte es nicht mehr kommen. Denn unmittelbar nach der Einstellung der deutschen Angriffe in der Champagne schritt der Marschall Foch seinerseits zum Angriff gegen die langgestreckte Flanke der über die Marne vorgeschobenen 7. Armee. Diese mit gewaltigen Massen an Menschen, Artillerie und Tanks geführten Angriffe, denen bald solche an anderen Stellen folgten, warfen das deutsche Westheer in die Verteidigung, aus der es sich angesichts der immer wachsenden Überlegenheit seiner Gegner nicht mehr herausarbeiten konnte.

Aber auch so ist die deutsche Offensive im Frühjahr und Sommer 1918 ein Ruhmesblatt ersten Rangs für das deutsche Heer, seine Führer und Mannschaften. Es gehörte die ganze Energie und Tatkraft der Führung dazu, nach jahrelangen, zermürbenden Abwehrkämpfen den Gedanken einer solchen Offensive überhaupt zu fassen und sie mit solcher Schnelligkeit und Umsicht ins Werk zu setzen. Musste doch eine ganz neue, den Verhältnissen des westlichen Kriegsschauplatzes angepasste Taktik erst geschaffen werden, wenn man sich nicht in Materialschlachten und Massenopfern erschöpfen wollte, wie die Gegner es seit der Somme-Schlacht 1916 getan hatten. Aus den in mühseligem Grabendienst und Abwehrkampf stumpf gewordenen Massen musste in kurzer Frist eine bewegliche, schlagkräftige, die Angriffstechnik beherrschende Truppe geschaffen werden. Dies gelang in einer überraschenden Weise trotz aller inneren und äusseren Schwierigkeiten. Die lockeren Milizen von 1918 wetteiferten, wenn nicht an Geschicklichkeit und Ausdauer, so doch an Opfermut mit den wohlgefügten Friedenstruppen von 1914. Dass der schöne Aufschwung nicht von Dauer war, lag an der ganzen ungeheuren Schwere der zu bewältigenden Aufgabe. So stellt die deutsche Offensive 1918 nicht, wie Armee und Heimat gehofft hatten, den Wendepunkt, sondern nur eine allerdings glänzende Episode in der ungeheuren Tragödie dar, deren Helden das deutsche Volk und sein Heer geworden sind.

Wenn erst die Gedanken des Volkes sich von den Eindrücken einer wenig erfreulichen Gegenwart freigemacht haben werden, dann werden sich alle Urteilsfähigen wieder mit Dank und Stolz der Kämpfer von 1918 erinnern, die alle, Führer wie Geführte, das Beste für ihr Volk gewollt und all ihr Können für das höchste Ziel, für das Heil und die Grösse des Vaterlandes, eingesetzt haben.

---

21. Abschnitt.

Der Zusammenbruch der Mittelmächte.

Von Hauptmann **Wever**,

im Generalstab des Reichswehr-Gruppenkommando I, Berlin.

Der deutsche Angriff im Westen hatte nicht vermocht, die Entscheidung des Krieges auf dem westlichen Kriegsschauplatz herbeizuführen. Anfang August stand die gesamte deutsche Front wie seit Jahren wieder auf Abwehr. Der Plan des Generals Foch, in der zweiten Juli-Hälfte zwischen Aisne und Marne die deutsche Front zu durchbrechen, um den zwischen Soissons und Reims an die Marne vorspringenden Bogen abzuschneiden und die hier auf engem Raum für Angriff und Verteidigung zusammengedrängten deutschen Truppen zu vernichten, war gescheitert. Die deutsche Oberste Heeresleitung rechnete mit weiteren feindlichen Angriffen. Nach ihrer Abwehr und nach Erholung der Truppen hoffte sie von neuem, örtliche Angriffe führen zu können. Da traf sie der Schlag vom 8. August.

An diesem Tage griffen die englische 4. und der linke Flügel der französischen 1. Armee zwischen Ancre und Avre die 2. Armee an. Nördlich der Somme hielten die deutschen Truppen stand. Zwischen Somme und Avre stiess der Feind im Nebel in breiter Front weit über die deutschen

Artilleriestellungen hinaus vor. Am Nachmittage des 8. und am 9. August gelang es den deutschen Führern, mit den von rückwärts heraneilenden Reserven den Durchbruch zu verhindern.

Die am 8. August in vorderster Linie stehenden deutschen Truppen hatten stellenweise nicht die erwartete Widerstandsfähigkeit gezeigt. Es machte sich die von der Heimat ausgehende zunehmende Zersetzung der Moral des Heeres fühlbar; damit gewannen die Unmöglichkeit, dem Heere den notwendigen Ersatz zuzuführen, und die starke feindliche Überlegenheit an Kriegsmaterial immer mehr an Bedeutung. Daraus erwuchs eine Übermüdung und Erschlaffung der Truppen und namentlich der besten, da sie am häufigsten eingesetzt werden mussten. Ein Volksheer schöpft die Kraft zum Kämpfen aus der Heimat. Deutschland brauchte einen Staatsmann, der das Volk zum unerschütterlichen Kriegswillen aufrief und dadurch neue Kraft dem Heere zuführte. Hatte es doch Frankreich 1917 nach dem Zusammenbruch seiner grossen Frühjahrsoffensive verstanden, sein meuterndes Heer und das murrende Volk zu neuem Kampfe zu sammeln. Die Entente war durch das Eintreffen der Amerikaner in den Monaten April, Mai und Juni zum Angriff befähigt. Den amerikanischen Truppen mangelte die Ausbildung. Gegenüber vollwertigen Truppen wären sie in noch höherem Grade im Angriff zerschellt, wie früher die tapfere russische Armee, für die die Amerikaner in minderer Stärke auf den Plan getreten waren. So wie die Verhältnisse lagen, wurden sie von Ende September an ein Kampffaktor. Schon vorher gestatteten sie ein Ablösen der Ententetruppen an ruhigen Stellen der Front und deren Bereitstellen zum Angriff. Fochs Angriffe in der zweiten Julihälfte waren nur hierdurch möglich geworden. Die Ententetruppen selbst waren mitgenommen. Ihre Völker und Heere wurden durch starken Willen zusammengehalten und vorwärts getrieben. Allmählich stieg der Siegeswillen in den feindlichen Heeren. Diese kurze Charakteristik muss sich der Leser bei der Darstellung der weiteren Ereignisse ständig vor Augen halten.

Durch den tiefen Einbruch des Feindes in Richtung Péronne am 8. August wurden die bei und südlich Montdidier stehenden Divisionen der 18. Armee von Norden her in Flanke und Rücken bedroht und mussten in der Nacht zum 10. August auf Roye-Lassigny zurückgenommen werden. Als der Franzose am 10. August bei Montdidier zum Angriff schritt, stürmte er geräumte Stellungen. Nördlich der Somme stiess der Feind am 10. August bis Bray vor. Südlich der Somme kam es nach dem 10. August zunächst nur zu erbitterten Teilkämpfen, in denen Lihons in die Hand des Feindes fiel.

Am 16. August brach der Feind beiderseits der Avre zu einheitlichem Angriff gegen die neue Front der 18. Armee vor, dessen Schwerpunkt gegen Roye gerichtet war. Aber weder hier noch an der übrigen Front kam der Feind vorwärts. Nach schweren Teilkämpfen am 17. und 18. August flaute beiderseits der Avre die Kampftätigkeit für einige Tage ab.

In der Erkenntnis, dass nur eine Verbreiterung des Angriffs grosse Erfolge bringen konnte, hatte das Oberkommando der Alliierten die Ausdehnung des Angriffs auf beiden Flügeln der bisherigen Schlachtfront befohlen. Die französische 10. Armee sollte in Richtung Chauny angreifen, um die Stellungen der 18. Armee auf den Höhen westlich der Oise zu überflügeln, während die englische 3. Armee durch Angriff auf Bapaume, die englische 1. Armee durch Vorstoss an der Scarpe die deutschen Armeen zur Aufgabe der Somme-Stellungen zwingen sollten.

Zwischen Oise und Aisne lagen die Stellungen der 9. Armee seit dem Nachmittage des 18. Aug. unter starkem französischen Feuer. Am 18. und 19. Abends setzte sich der Feind zwischen Carlepont und Nouvron in unserem Vorfelde fest, am 20. folgte der Hauptangriff. Einbrüche des Gegners auf Cuts und Nouvron veranlassten die deutsche Führung, die 9. Armee mit ihrem rechten Flügel in der Nacht zum 21. hinter die Oise, mit ihrer Mitte in der Nacht zum 22. hinter die Ailette zurückzunehmen. Auf den Höhen nordwestlich Soissons wurde Anschluss an die Aisne-Vesle-Stellung genommen. Die Angriffe der Franzosen hatten am 19. August auch auf das westliche Oiseufer übergegriffen und sich am 20. 8. bis zur Avre ausgedehnt, aber nirgends Erfolge erzielt. Im Zusammenhang mit der Räumung des südlichen Oiseufers durch die 9. Armee wurden auch die auf den Höhen westlich der Oise kämpfenden Truppen der 18. Armee in der Nacht zum 21. auf Noyon zurückgenommen.

Am 21. August dehnte sich die Schlacht über Albert nach Norden aus, wo die 17. Armee zwischen Boisleux und der Ancre von starken englischen Kräften angegriffen wurde. In Erwartung

des englischen Angriffs nahm die 17. Armee den Kampf in den vorderen Stellungen nicht an und wehrte die Angriffe in rückwärtigen Linien, am 22. durch frontalen Gegenangriff ab. Am 23., 24. und 25. August setzten die Engländer zu einem neuen Angriff auf Bapaume und beiderseits der Somme an. Durch schmale tiefe Tankeinbrüche gelang es dem Feinde, die deutschen Linien allmählich zu lockern und die an der Ancre kämpfende Division vom Fluss abzudrängen. Die Oberste Heeresleitung befahl, zumal auch bei der 9. Armee an der Oise und Ailette schwer gekämpft wurde, in die vorbereitete Stellung Bapaume-Péronne-Ham-Noyon auszuweichen. Bevor diese Bewegungen zur Durchführung kamen, dehnte der Engländer am 26. 8. seine Angriffe nach Norden bis über die Scarpe aus und legte den Schwerpunkt des Kampfes an die Chaussee Arras-Cambrai. In viertägigem schweren Kampf gelang es ihm, nach und nach bis an die etwa 3 km hinter der Front liegende „Wotanstellung" vorzustossen. Inzwischen hatten sich auf der Front Bapaume-Péronne-Noyon die deutschen rückwärtigen Bewegungen planmässig vollzogen. Nordwestlich Péronne hatte die Front noch keine volle Festigkeit erhalten; der bei Péronne verteidigte Brückenkopf an der Somme ging verloren. Die 9. Armee behauptete in schweren Kämpfen vom 27. bis 29. August an der Ailette und zwischen Ailette und Aisne gegen überaus starke Angriffe ihre Stellungen.

Vom 30. August bis zum 2. September tobte der Kampf auf der ganzen Schlachtfront zwischen Arras und Soissons. Der Schwerpunkt dieser gewaltigen Angriffe des Feindes lag an den beiden Flügeln südlich Arras und nördlich Soissons; in der Mitte der 150 km breiten Angriffsfront wurden sie mit besonderem Nachdruck beiderseits Combles und gegen die Kanalstellung nördlich Noyon geführt. Bis zum 1. September blieb der feindliche Ansturm ohne Ergebnis. Am 2. September brach der Engländer an der Strasse Arras-Cambrai in die Wotanstellung ein; die 17. Armee musste sich entschliessen, in der Nacht zum 3. September die Front hinter den Kanal Arleux-Moeuvres zurückzuverlegen. Nördlich der Somme gewann der Feind auf Moislains Boden; auch zwischen Ailette und Aisne errang er örtliche Erfolge. Gewaltige Anforderungen wurden in diesen Kämpfen an die deutschen Truppen gestellt. Bei der weiten Ausdehnung der Schlacht war es nicht mehr möglich, den abgekämpften Truppen durch Ablösung die notwendige Erholung zu geben. Die Oberste Heeresleitung gab deshalb am 2. September mittags den Befehl zum Rückzuge in die Siegfriedstellung, um durch Verkürzung der Front Kräfte auszusparen und der Truppe in dieser ausgebauten Stellung bessere Lebensbedingungen zu geben.

Aus gleichen Gründen war Ende August im Gebiete der Lys der durch die deutsche Aprildoffensive gewonnene Stellungsvorsprung zwischen Ypern und La-Bassée mit dem Kemmel aufgegeben worden.

Durch den Rückzug in die Siegfriedstellung war in die seit dem 8. August tobende Schlacht vorübergehend ein Stillstand eingetreten. Die Reste der in den ersten Kämpfen geschlagenen deutschen Kräfte hatten im Laufe der Schlacht den Halt wiedergefunden; der Kräfteverbrauch war aber derartig hoch geworden, dass zahlreiche Divisionen aufgelöst werden mussten, um überhaupt wieder kampfkräftige Verbände zu schaffen. Der Ersatz aus der Heimat war spärlich und brachte der schwerringenden Truppe keinen Siegeswillen mehr mit. Aus dem Osten wurden noch einige Divisionen herangezogen, die aber nur geringen Kampfwert hatten. Im übrigen mussten in Finnland, Russland und in der Ukraine Truppen belassen werden, um die Bildung der von England erstrebten neuen Ostfront zu verhindern, gegen den Bolschewismus abzusperren und die notwendige wirtschaftliche Ausnutzung der Ukraine zu sichern. Österreich-Ungarn hatte einige Divisionen an die Westfront gesandt, die aber nur zum Teil in ruhigen Frontabschnitten zu verwenden waren.

Strategische rückwärtige Stellungen wurden festgelegt und nach Kräften ausgebaut, um die zu erwartenden schweren Kämpfe mit dem ständig schwächer werdenden Heere bestehen zu können. Von der holländischen Grenze über Tournai und Valenciennes hinter der Lys und Schelde bis in die Gegend südwestlich Marle erstand die Hermann-Stellung, die an die Siegfriedfront bei La Fère Anschluss nahm. Südwestlich Marle wurde sie mit der Hunding-Brunhildstellung verbunden, die seit dem Jahre 1917 hinter der Aisne- und Champagnefront in Linie Sissonne—Rethel im Bau war und dann bis Grandpré dem Laufe der Aisne und Aire folgte. In der Woëvre-Ebene war die Michelstellung zur Abschrägung des Bogens von St. Mihiel seit langem im Bau. Ausserdem wurde

westlich der Linie Antwerpen-Brüssel-Namur und dann Maasaufwärts die Antwerpen-Maasstellung als zweite rückwärtige Stellung erkundet.

Bis zum 7. September waren die rückwärtigen Bewegungen in die Siegfriedstellung planmässig vollzogen. Der Feind drängte scharf nach und nahm am 12. September seine Angriffe in der Richtung auf Cambrai wieder auf. Sie blieben zunächst ohne Erfolg. Vom 14. bis 19. September stand auch die 7. Armee zwischen Ailette und Aisne wieder in schwerem Kampf und brachte jeden Ansturm des Feindes zum Scheitern. Vom 18. ab waren die Hauptangriffe des Feindes gegen die Siegfriedstellung zwischen Cambrai und St. Quentin gerichtet, deren Schwerpunkt sich vom 23. bis 25. 9. gegen St. Quentin verschob, wo der Feind an einigen Stellen der Siegfriedfront Fuss fasste.

Mitte September war auch zwischen Maas und Mosel gekämpft worden. Zur Abschnürung des Bogens von St. Mihiel griffen die Franzosen an der Côtes Lorraine, die Amerikaner westlich der Mosel auf Thiaucourt an. Die deutsche Führung hatte mit dem feindlichen Angriff gerechnet und das Ausweichen in die Michelstellung eingeleitet. Der feindliche Angriff am 12. September kam der Räumung des Bogens zuvor. Während der Franzose an der Côtes Lorraine nur wenig Boden gewann, stiess der Amerikaner im ersten Anlauf bis Thiaucourt durch, wo bereitgestellte Reserven ein weiteres Vordringen des Feindes verhinderten. Unter dem Schutz der deutschen Reserven gelang die Zurücknahme der bei St. Mihiel stehenden Truppen. Vor der Michelstellung kam es in den folgenden Tagen noch zu kleineren Kämpfen, dann trat hier Ruhe ein.

Der Operationsplan der Allierten sah für Ende September eine weitere Ausdehnung des Angriffs vor. Der belgischen durch englische und französische Divisionen verstärkten Armee fiel die Aufgabe zu, die flandrische Küste zu befreien und in Richtung auf Gent vorzustossen. Zwischen Cambrai und St. Quentin sollten die englischen und französischen Armeen ihre Offensive zur Durchbrechung der Siegfriedstellung fortsetzen, während die Franzosen über die Aisne auf Laon vorzustossen hatten. Beiderseits der Argonnen war der Durchbruch auf Charleville geplant. Hierzu wurde das amerikanische Heer zwischen Maas und Argonnen, die französische 4. Armee in der Champagne eingesetzt.

Am 26. September begann die Schlacht in der Champagne und an der Maas. In der Champagne gelang die Abwehr des Feindes in einer tiefen Vorfeldzone; zwischen den Argonnen und der Maas durchstiess der Amerikaner die schwache Frontbesatzung; er wurde in den rückwärtigen Linien zum Stehen gebracht. In den folgenden Tagen festigte sich auch hier die deutsche Front.

In Flandern griff der Feind am 28. September an und zwang durch tiefe Einbrüche die deutsche 4. Armee, ihre Linien auf Roulers und bis zur Lys westlich Menin zurückzunehmen. Im Anschluss hieran wurde der zwischen der Schlachtfront in Flandern und an der Scarpe auf Armentières und Lens vorspringende Bogen geräumt und die rückwärtige Wotanstellung östlich dieser Orte bezogen. Das unwegsame flandrische Kampfgebiet hinderte den Feind an sofortiger Fortsetzung seines Angriffs. Zum Aufmarsch gegen die neue deutsche Front brauchte er Zeit, in der die bereits begonnene Räumung der flandrischen Küste durchgeführt wurde.

In Richtung auf Cambrai drängte der Engländer durch starken Angriff am 27. September die deutsche Front vom Kanal beiderseits Marquion in eine Linie dicht westlich und südwestlich Cambrai zurück. Die Stadt selbst wurde in fünf schweren Schlachttagen gegen jeden Ansturm des Feindes gehalten. In den Kämpfen, die sich Anfang Oktober südlich bis zur Oise ausdehnten, gewann der Feind auf Le Catelet und nördlich St. Quentin Gelände. Als er am 8. Oktober tief in die Front der 2. Armee auf Bohain eindrang, wurde in der Nacht zum 9. Oktober die 2. Armee in die Hermannstellung beiderseits Le Cateau zurückgenommen. Dieser Bewegung musste sich die 17. Armee anschliessen, die mit ihrem rechten Flügel hinter den Deule-Kanal und an den Westrand von Douai auswich. Auch die 18. Armee ging in die Hermannstellung zurück; sie behielt ihren linken Flügel zunächst bei La Fère hinter der Oise.

Südwestlich Laon waren Anfang Oktober die inneren Flügel der 7. und 1. Armee ohne Einwirkung durch den Feind zur Kräfteersparnis hinter den Oise-Aisne-Kanal und die Aisne zurückgegangen.

In der Champagne und an der Maas hatte der französisch-amerikanische Angriff trotz ungeheuren Einsatzes an Menschen und Material keinen nennenswerten Erfolg gehabt. Der französische

Infanterist griff nur noch dort an, wo er keinerlei Widerstand mehr fand. Der amerikanische Infanterist zeigte Angriffsgeist; infolge der mangelnden Schulung waren seine Verluste hoch. Trotz der erfolgreichen Abwehr musste Anfang Oktober zur Kräfteersparnis der Entschluss zum Abbrechen des Kampfes und zur Zurücknahme der Front in die Hunding-Brunhild-Stellung gefasst werden. Schrittweise wurde diese Bewegung, die als „Gudrun"-Bewegung seit dem Jahre 1917 vorbereitet war, bis zum 13. Oktober planmässig durchgeführt.

In Flandern nahm der Feind am 14. Oktober den Angriff wieder auf und drang bis Kortemark und Roulers vor. Die 4. Armee wich nunmehr bis Torhout und Kortrik aus und erhielt am 15. Oktober den Befehl zur Preisgabe der inzwischen als U-Boot-Basis bereits aufgegebenen flandrischen Küste. Die Armee ging hinter die Lys zurück. Dadurch wurde auch die Zurücknahme der 6. und 17. Armee von Lille—Douai in die Hermannstellung hinter die Schelde in Linie Tournai—Valenciennes erforderlich.

Nach den Befehlen des Generals Foch um Mitte Oktober sollten die Flandern-Armeen auf Brüssel vorstossen. Der Schwerpunkt des englischen Angriffs wurde zwischen Schelde und Sambre gelegt, um die deutschen Truppen auf die Ardennen zurückzuwerfen und der Flandernarmee den Übergang über die Wasserabschnitte zu erleichtern. Die französische 1. Armee sollte den rechten Flügel des englischen Heeres unterstützen und durch Durchbrechung der Hermannstellung die starke deutsche Hundingstellung umgehen. Die beiderseits der Argonnen kämpfenden französischen und amerikanischen Armeen sollten mit ihren Flügeln auf Chateau Porcien und auf Buzancy—Le Chesne vorgehen, um dadurch die Aisnelinie zu Fall zu bringen, und dann die Gegend Charleville—Sedan und den oberen Lauf der Maas erreichen.

Den Weisungen entsprechend drängten die Ententearmeen gegen die Hermann- und Hundingstellung scharf vor. In Flandern wurde der Lys-Abschnitt gegen mehrtägige Angriffe behauptet. Ende Oktober gelang es dem Gegner, bei Deinze und Kortrik die deutschen Linien von der Lys abzudrängen. Anfang November wich die 4. Armee hinter die Schelde im Abschnitt Gent—Avelgen aus.

Beiderseits Le Cateau brach der Engländer am 17. und 18. 10. in die Hermannstellung ein, so dass die deutsche Front hinter den Sambre-Oise-Kanal zurückgenommen werden musste. Dieser Vorstoss hatte auch das Aufgeben des zwischen Oise und Serre bis La Fère vorspringenden deutschen Bogens zur Folge. In heftigen Angriffen am 20., 23. und 24. 10. zwischen Schelde und Sambre drang der Engländer bis Le Quesnoy und Landrecies vor, drückte am 1. November durch Angriffe südlich Valenciennes die deutschen Linien von der Stadt ab und gewann am 4. November über Le Quesnoy und Landrecies hinaus Boden. Die Versuche der Franzosen, durch Vorstoss über die Oise und südlich der Oise die Hundingstellung von der Flanke aus zu Fall zu bringen, blieben ohne Erfolg. Währenddessen standen auch die 7. und 1. Armee zwischen Serre und Aisne im schweren Kampf. Der Schwerpunkt der französischen Angriffe lag auf den Höhen nordwestlich Chateau Porcien. Die wiederholten Versuche des Feindes, die deutsche Front von der Aisne abzudrücken, scheiterten. Beiderseits Vouziers und bei Grandpré hatte die 3. Armee heftige Angriffe der Franzosen abzuwehren. Am 18. Oktober hatte der Feind beiderseits Vouziers auf den Höhen am östlichen Aisne-Ufer Fuss gefasst, vermochte aber nicht in den bis Anfang November fast täglich wiederholten Angriffen weitere Fortschritte zu erzielen. Die Amerikaner hatten in ihren Angriffen an der Maas Ende September und Anfang Oktober starke Einbusse erlitten und beschränkten sich bis Ende Oktober, ausser einem erfolglosen breiteren Angriff am 23. 10., auf Teilangriffe im Airetal und auf beiden Maasufern. Am 1. November holten sie zu neuem Schlage aus. Es gelang ihnen ein tiefer Einbruch zwischen Aire und Maas; in den folgenden Tagen drängten sie die 5. Armee bis Stenay zurück.

Am 4. November gab die Oberste Heeresleitung den Befehl zum Rückzuge in die Antwerpen-Maas-Stellung. Gleichzeitig wurden die Vorbereitungen zur Abwehr eines feindlichen Angriffes an der Lothringischen Front getroffen, gegen die nach Rückführung des deutschen Heeres hinter die Maas die Hauptanstrengungen des Feindes zu erwarten waren. An der Maasstellung südlich Sedan kam es bis zum 10. November zu heftigen Kämpfen. Das östliche Flussufer war hier von Natur aus zur Verteidigung wenig geeignet und wurde vom Feinde an einzelnen Stellen gewonnen. Die Hauptverteidigung lag auf den bewaldeten Höhen östlich der Maas und äussersten Falles in den Ardennen. Auf dem nördlichen Heeresflügel waren die rückwärtigen Bewegungen auf die Ant-

werpen-Maas-Stellung noch nicht beendet, als am 11. November der Waffenstillstand ihre Einstellung gebot. Trotz der unendlichen Schwierigkeiten, die namentlich durch die sehr ernste Betriebslage der Eisenbahnen verschärft wurden, war die Durchführung der grossen Bewegungen gelungen. Am Tage des Waffenstillstandes war das deutsche Heer fest in der Hand der Führung.

Währenddessen war der Zusammenbruch der Verbündeten Deutschlands erfolgt.

Der Angriff der Entente-Armeen in Mazedonien begann am 15. September. Während bei Monastir und am Dojran-See Angriffe der Franzosen und Engländer abgewiesen wurden, durchbrach der Feind zwischen Cerna und Vardar die bulgarische Front. Die bulgarischen Truppen leisteten keinen Widerstand mehr. Ihr Geist war trotz der langen Ruhe, die mehr als 1 Jahr an der mazedonischen Front angehalten hatte, untergraben. In Reserve bereitstehende bulgarische Regimenter hätten den Durchbruch des Feindes in dem wilden Gebirgslande mit Leichtigkeit aufhalten können. Sie marschierten nicht mehr gegen den Feind. Teile warfen die Waffen weg und gingen nach Hause. Die kleinen auf die bulgarischen Divisionen verteilten deutschen Verbände leisteten an Gebirgskämmen und an Fluss-Abschnitten zähen Widerstand und sicherten damit die planmässige Rückführung der deutschen Truppen. Ende September war Üsküb, Mitte Oktober Nisch in Händen des Feindes. Die ersten Teile der nach Serbien herangeführten deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen traten ihm hier entgegen, vermochten sein Vordrängen aber nur vorübergehend aufzuhalten. Ende Oktober mussten sie hinter die Donau zurückgeführt werden. Die serbischen Armeen folgten beiderseits der Morava auf Belgrad und über Zajecar auf Negotin, die Franzosen auf Negotin und Lom Palanka. Eine französische Gruppe marschierte gegen die Bosnisch-Herzegovinische Grenze; die Italiener folgten den aus Albanien zurückweichenden Österreichern auf Montenegro. Anfang November standen die Ententetruppen an den Grenzen der Doppelmonarchie. Zum Vormarsch auf Wien oder Budapest reichten ihre Kräfte nicht aus. Ein solcher war nicht zu befürchten, solange Österreich-Ungarn über kampffähige Truppen verfügte. Drohender gestaltete sich die Lage der Verbündeten Truppen in Rumänien. Nach dem Zusammenbruch Russlands hatte der Vierbund es unterlassen, die rumänische Armee zu entwaffnen. Nunmehr rüstete sie sich in der Moldau, um gemeinsam mit den von Süden an die Donau vorgedrungenen Franzosen die Verbündeten aus Rumänien zu vertreiben und ihnen damit die für die Kriegführung unentbehrlichen Öllieferungen zu entziehen. Dadurch gewann der Zusammenbruch Bulgariens für die Entschliessungen Deutschlands zum Abbruch des Weltkrieges entscheidende Bedeutung.

Der Zusammenbruch Bulgariens öffnete den Engländern den Weg auf die türkische Hauptstadt, die bisher durch die bulgarische Front an der Struma geschützt war. Der türkische Grenzschutz an der Maritza war zu ernstlichem Widerstande zu schwach. Einige deutsche Bataillone, die aus der Ukraine nach Konstantinopel befördert wurden, konnten der Türkei eine moralische Stütze sein. Den Fall Konstantinopels, sobald der Engländer marschierte, konnten sie nicht aufhalten.

Die türkische Front in Palästina brach Ende September zusammen. Die Engländer griffen am 19. September an. Ihr Hauptstoss richtete sich in der Küstenebene gegen die türkische 7. Armee, die nach kurzem Kampf durchbrochen wurde. Schon am 20. früh umstellte englische Kavallerie Nazareth, aus dem sich das türkische Hauptquartier unter dem General Liman von Sanders in 4 stündigem Gefecht den Abzug nach Damaskus erkämpfte. Am 20. Mittags waren die Hauptausgänge aus dem Gebirge der westlich des Jordan kämpfenden türkischen 7. und 8. Armee versperrt. Einzelne Teile schlugen sich auf Schleichpfaden durch; das Gros der Armeen fiel in Gefangenschaft. Durch die Niederlage dieser beiden türkischen Armeen war auch die Lage der türkischen 4. Armee auf dem östlichen Jordan-Ufer unhaltbar geworden. Sie ging über Es Salt und Amman, durch Araber in Flanke und Rücken bedrängt, und von neuseeländischen und australischen Divisionen verfolgt, längs der Hedschas-Bahn zurück. Teile der Armee lösten sich während des Rückzuges auf. Am 15. Oktober wurde Homs, am 20. Hama von den Engländern besetzt. Am 26. Oktober fiel Aleppo in ihre Hand.

Am 23. Oktober begann der englische Angriff gegen die am Tigris stehenden Türken. Umfassende Bewegungen der weit überlegenen englischen Kräfte veranlasste den türkischen Führer zur Aufgabe der starken Fathastellung und zum Rückzuge auf Mossul. Englische Kavallerie ver-

legte den Türken den Weg auf Mossul. Nach verzweifelten Kämpfen, in denen sich die Türken hervorragend schlugen, musste sich ihr tapferer Führer Ismael Hakki zur Kapitulation entschliessen. Der Weg auf Mossul, das Hauptquartier der türkischen 6. Armee, war für die Engländer frei. Am 31. Oktober wurde zwischen den Alliierten und der Türkei Waffenstillstand geschlossen.

Am 24. Oktober griff die Entente auf dem italienischen Kriegsschauplatz an. Während die österreichisch-ungarischen Truppen auf der Hochfläche von Asiago sowie zwischen Brenta und Piave die feindlichen Angriffe abschlugen, gelang es dem Feinde, beiderseits des Montello über die Piave vorzudringen. Die Regierungen in Wien und Budapest sahen sich zu überhasteten Massnahmen veranlasst, die die Manneszucht im Heere trafen. Von rückwärts herangeführte österreichisch-ungarische Divisionen meuterten. Ungarische Regimenter erklärten, nur noch an der ungarischen Grenze zur Verteidigung ihres Landes zu kämpfen. Die österreichisch-ungarische Armee löste sich auf. Feindliche Truppen drangen gegen Innsbruck vor. Durch deutsche Divisionen, die inzwischen aus dem Westen herangeführt waren, wurde die Südgrenze Bayerns gesichert. Am 4. November unterzeichnete Österreich-Ungarn den Waffenstillstand.

So stand Deutschland, als es den Entschluss zur bedingungslosen Kapitulation fasste, allein in der Welt. Es hat durch den in die Erscheinung tretenden Niedergang im Innern des Landes den Zusammenbruch seiner Verbündeten beschleunigt. Von Deutschland ging die Kraft des Widerstandes auch auf seine Verbündeten aus. Die Haltung der deutschen Regierung und die Stimmung im Innern des Reiches waren von entscheidender Bedeutung für die verbündeten Völker und ihre Staatsmänner, deren Augen nach Berlin gerichtet waren. Nur wenn Deutschland die Kraft zur Sammlung für den Endkampf fand, war das Durchhalten der Verbündeten bis zum Winter zu erwarten.

Das deutsche Heer hat seine Waffenehre bis zur Einstellung des Kampfes verteidigt. Auch die Anfang November im Innern Deutschlands ausbrechende Revolution vermochte das kämpfende Heer nicht zu erschüttern, während die mit der Heimat zunächst in Berührung stehenden Etappenverbände auseinanderliefen. Die Bedingungen des Waffenstillstandes stellten das deutsche Frontheer erneut auf eine ernste Probe. Durch den geschlossenen Rückzug in die Heimat hat es die Probe glänzend bestanden. In fester Ordnung kehrten die Truppen in ihre Garnisonen zurück. Dort erlagen auch sie der Hetzarbeit heimischer Soldatenräte.

Das deutsche Volk hat ungeheure Opfer und Entbehrungen in $4\frac{1}{2}$ Kriegsjahren ertragen. Trotzdem ist es in dem Ringen um die Weltgeltung unterlegen, weil es die ganze Grösse seiner Aufgabe nicht erkannte und den eisernen Vernichtungswillen seiner Feinde nicht sehen wollte. Das deutsche Volk lechzte nach Führung. Da ihm keine Führer erstanden, erlag es den verderblichen Ideen der Ideologen, die das Volk zum Weglegen der Waffen verleiteten und es wehrlos dem mitleidslosen Feinde auslieferten.

Drittes Hauptstück.

Der Wirtschaftskrieg und die wirtschaftliche Abwehr.

22. Abschnitt.

Der Weltwirtschaftskrieg.

Von Dr. **Otto Jöhlinger.**

Dozent der Staatswissenschaften am Seminar für Orientalische Sprachen der Universität Berlin.

Literatur:

Ein ausführliches Literatur-Verzeichnis findet sich in meinem Buche: Der britische Wirtschaftskrieg und seine Methoden", Berlin 1918, Verlag Jul. Springer (522 Seiten). Vergl. ferner die Schriften aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel über den Wirtschaftskrieg, sowie Dr. Freiherr v. Willisen: „Begriff und Wesen des Wirtschaftskrieges." Jena 1920.

Der Weltkrieg hat eine ganz neue Form der Kriegsführung gezeitigt. Man kämpft nicht mehr ausschliesslich mit Truppen, mit Flotten, in der Luft und unter dem Wasser, sondern nebenher geht planmässig und zielbewusst das Bestreben, den Gegner auf einem Gebiet zu treffen, das mit der Kriegsführung nichts zu tun hat, das aber für den Ausgang des Krieges mitentscheidend sein kann: das Wirtschaftsleben. Gewiss finden wir in der Geschichte mehrfach kriegerische Massnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet wie z. B. die Navigationsakte von Oliver Cromwell, die Kontinentalsperre und andere, aber eine so systematische, man könnte sagen, fast lückenlose Bekämpfung des Gegners auf wirtschaftlichem Gebiet wie im letzten Weltkrieg hat man bisher nicht gekannt. Gewiss kam es vor, dass einzelne Massnahmen der sich bekämpfenden Staaten auch das Wirtschaftsleben trafen, ja sogar, dass man vielfach in dieser Richtung hin arbeitete, aber bei allen diesen Zielen trat doch der Gedanke einer selbständigen Wirtschaftskriegsführung in den Hintergrund. Ganz anders während des Weltkrieges. Hier geht der militärische Krieg parallel mit dem Wirtschaftskrieg: der eine ist vom anderen untrennbar, und auch das Ergebnis des einen ist vom anderen abhängig. Es war nicht möglich, militärisch zu siegen, den Wirtschaftskrieg aber zu verlieren. Beide Formen des Krieges hatten dieselbe Bedeutung, und wer den Krieg gewinnen wollte, musste sowohl militärisch als auch wirtschaftlich Sieger bleiben.

Für Deutschland war diese Art der Kriegsführung eine Überraschung. Freilich kannte man aus der Geschichte die englische Auffassung vom „Feind": aber in der Literatur begegnete man immer wieder dem Hinweis darauf, dass England in einem modernen Kriege von diesen „veralteten"

Mitteln keinen Gebrauch machen würde. Zur allgemeinen Überraschung zeigte sich aber schon, dass wenige Tage nach Kriegsausbruch ganz systematisch mit dem Wirtschaftskrieg begonnen wird, dass anscheinend England eine solche Form der Kriegsführung von vornherein vorbereitet hatte, ähnlich wie einen Mobilisierungsplan für die Armee, der dann freilich im Laufe des Krieges immer mehr ausgebaut wurde.

Wollen wir das definieren, was unter Wirtschaftskrieg zu verstehen ist, so wird man daran festhalten müssen, dass der Wirtschaftskrieg einen Kriegszustand darstellt, der nicht mit Waffen, sondern mit wirtschaftspolitischen Massnahmen geführt wird zum Zwecke der Erleichterung des militärischen Krieges oder aber zur Schädigung oder Vernichtung der feindlichen Volkswirtschaft. Als Ziele können für den Wirtschaftskrieg verschiedene in Betracht kommen. Es ist sicher, dass England sowohl ganz andere Motive als auch Zwecke für den Wirtschaftskrieg gehabt hat wie beispielsweise Russland. Dieses wieder ander als Japan und dieses wieder andere als Frankreich. Je nach dem Verhältnis, in dem der angreifende Staat zu dem angegriffenen steht, wird man als Ziel ansehen müssen zunächst die Erleichterung des militärischen Sieges. Diese Absicht sprach unstreitig auch bei England mit. England hat sicherlich gehofft, durch den Wirtschaftskrieg den militärischen Krieg zu erleichtern, was ihm auch unstreitig gelungen ist. Ohne den Wirtschaftskrieg würde Deutschland ganz erheblich widerstandsfähiger gewesen sein, würde der Mangel an Rohstoffen und Kriegsmaterial sich nicht so fühlbar gemacht haben, und die Erschöpfung der Volkswirtschaft sich langsamer vollzogen haben. Freilich war dieses Ziel nicht das einzige. Neben der Absicht der Erleichterung des militärischen Krieges haben wir bei England unstreitig das Bestreben festzustellen, die deutsche Volkswirtschaft zu schädigen, um den Wettbewerber, den Deutschland für England darstellte, so zu schwächen, dass auf lange Zeit hinaus eine ernsthafte Konkurrenz gegen England nicht in Betracht kommen kann. Hier verbindet man also mit dem rein militärischen Zweck auch den wirtschaftlichen, nämlich die Ausnutzung einer sich bietenden Gelegenheit, den Konkurrenten zu schwächen. Neben der militärischen und der wirtschaftlichen Seite kann auch noch ein politischer Zweck damit verknüpft werden, nämlich dann, wenn es sich um Emanzipationsbestrebungen handelt, wenn also der Staat, der den Wirtschaftskrieg führt, bestrebt ist, sich von der Vorherrschaft des anderen Staates in wirtschaftlicher Hinsicht zu befreien. Solche Motive finden wir vor allem bei der Form, in der Russland seinen Wirtschaftskrieg geführt hat. Hier war das Bestreben vorherrschend, zu einem Teil den wirtschaftlichen Einfluss der Deutschen zu brechen, der sowohl in der Landwirtschaft durch die deutschen Siedlungen, als auch in der Industrie und im Handel festzustellen war. Freilich hat die dilettantische Art, in der Russland seinen Wirtschaftskrieg führte, nur dazu gedient, den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes zu beschleunigen.

Im ganzen Wirtschaftskrieg 1914 bis 1918 sehen wir England als den leitenden Geist. Von ihm geht die Initiative aus. England ist das Land, das zuerst wirtschaftskriegerische Handlungen vornimmt und die Bundesgenossen veranlasst, seinem Beispiel zu folgen. England ist das Land, das immer wieder neue Formen ausdenkt, den Ring immer enger zieht und immer wieder neue Beispiele gibt, um evtl. entstandene Lücken zu schliessen. Die anderen Länder folgen nicht immer gleichzeitig und vor allem nicht immer gleichmässig, wobei es bemerkenswert ist, dass sie manche der englischen wirtschaftskriegerischen Massnahmen nachahmen ohne zu bedenken, dass sie dadurch ihrem eigenen Lande am meisten schaden.

Je nach der Art wie der Wirtschaftskrieg geführt wird, können wir davon sprechen, ob der Wirtschaftskrieg Selbstzweck ist oder Nebenzweck und Mittel. Selbstzweck wird er dann, wenn das angreifende Land sich von dem Wirtschaftskrieg mehr verspricht als von dem militärisch-politischen, wenn es damit rechnet, auf wirtschaftlichem Gebiet grösseren Erfolg zu haben, als militärisch möglich ist. Nebenzweck ist der Wirtschaftskrieg bei zahlreichen der Gegner Deutschlands gewesen, die nur dem Beispiel Englands folgten, aber im übrigen keinen wesentlichen Vorteil davon haben konnten, wie z. B. Belgien oder Japan.

Ebenso wie die Form des Wirtschaftskrieges verschieden ist, ebenso kann auch der Grad stärker oder schwächer sein. Die Art, wie England den Wirtschaftskrieg geführt hat, unterscheidet sich ganz erheblich von der Art, wie ihn Japan führt. Er war in England viel intensiver als in Amerika, in Frankreich viel heftiger als in Russland. Hier spielten zwei Momente eine Rolle:

1. die wirtschaftlichen Beziehungen überhaupt und
2. das Verhältnis, in das man nach dem Kriege zu dem betreffenden Lande wieder zu kommen hoffte.

In der gleichen Weise wie beim Angreifer kann auch bei dem Angegriffenen der Grad der Verteidigung verschieden sein. Deutschland kannte einen Wirtschaftskrieg überhaupt nicht. Es war weder auf Offensive noch auf Defensive auf diesem Gebiete eingerichtet und musste erst im Laufe des Krieges sich mit dieser neuen, mit dem ganzen Wesen des Deutschen im Widerspruch stehenden Kampfesart vertraut machen, und so sehen wir, dass ebenso wie die Gegner Deutschland gegenüber nicht immer dieselbe Form anwenden, auch die Abwehr verschieden ist, dass also England gegenüber viel schärfere Abwehrmassregeln ergriffen werden, als beispielsweise Italien gegenüber. Offensiv ist Deutschland während des ganzen Wirtschaftskrieges nicht vorgegangen. Alles, was es hier unternommen hat, war ausschliesslich Defensive, immer nur dann vorgehend, wenn es aus dem gegnerischen Lager dazu gezwungen wurde, und da spielt denn die Intensität, mit der der Gegner den Wirtschaftskrieg führt, eine sehr grosse Rolle.

Eine ganz eigenartige Form war im Weltkrieg die, dass sich Länder einfach auf den Wirtschaftskrieg beschränken, ohne aber im übrigen militärisch am Kriege teilzunehmen. Ja, wir finden sogar, dass einzelne Länder einen Teil des Wirtschaftskrieges mitmachen, im übrigen aber als „Feinde" kaum in Betracht kommen. Das gilt von einigen afrikanischen Staaten, das gilt vor allem aber auch von den südamerikanischen Staaten, die die Gelegenheit ausnützen, um sich durch Zwangsliquidationen und andere Massnahmen zu bereichern. Für sie liegt das Motiv klar zutage: sie gleichen jenen Wegelagerer, die über einen hülflos Darniederliegenden herfallen, um ihn seiner Mittel zu berauben.

Überblickt man die Art, wie der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland geführt wurde, so wird man feststellen, dass im Laufe der Zeit eine immer schärfere Handhabung der Massnahmen erfolgt und dass die Zahl der Mittel, die angewandt werden, immer grösser wird. Überall, wo man Möglichkeiten erhofft, Deutschland zu schwächen und zu schädigen, macht man davon Gebrauch und die Liste der gesamten wirtschaftskriegerischen Massnahmen wird immer grösser. Der Überblick über den Wirtschaftskrieg wird am besten gewonnen, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie England ihn geführt hat, was die anderen Länder auf diesem Gebiete geleistet haben, war ja nur Nachahmung englischer Methoden, zum Teil mit etwas veränderten Mitteln. Aber in der Hauptsache war es das englische Beispiel, das wir immer wieder finden, und da sehen wir als erste Massnahme die Anwendung des Begriffes „Feind". Der Präsident des Institutes für internationales Recht, Westlake, hat nämlich ausgesprochen, dass „Feind" nicht nur der Staat, sondern dass Feinde auch die Bürger des gegen England kriegführenden Staates sind.

Es ist ein alter englischer Grundsatz, dass jeder Bürger des Staates, der gegen England Krieg führt, als „Feind" zu behandeln ist und infolgedessen in England rechtlos wird. Diese Auffassung geht auf das Mittelalter zurück. Sie ist von England in vielen Kriegen zur Anwendung gelangt, und sie findet ihren Höhepunkt in der durch die Presse bekanntgewordenen Begründung eines Gerichtsurteils vom 21. Dezember 1915, wo das Gericht ausdrücklich ausspricht, dass der Feind anders zu behandeln ist als der Engländer, und dass das Gericht es als seine Aufgabe ansieht, den feindlichen Handel zu lähmen. Der Begriff dessen, was als „Feind" anzusehen ist, ist nicht einheitlich. Er wird in den einzelnen Ländern verschiedenartig ausgelegt und auch in England wird er im Laufe des Krieges dauernd verändert. Zunächst ist es nur der Wohnsitz des feindlichen Staatsangehörigen, schliesslich aber wird die Nationalität angesehen. Mit dem Feind ist jedes Geschäft verboten. Aber nicht nur das. Schliesslich führt die Auslegung des Begriffes „Feind" dazu, dass der in England, Frankreich oder Russland wohnende Deutsche in Konzentrationslager eingesperrt wird.

Mit einem Federstrich hat die englische Regierung die deutsch-englischen Handelsbeziehungen, die wohl die engsten in der ganzen Weltwirtschaft gewesen sind, zerstört, und das geschah durch das Handelsverbot, das schon am 5. August 1914 erlassen wurde. Hier wird es den Bewohnern Englands und seiner Kolonien ausdrücklich untersagt, nach Deutschland zu liefern oder aus Deutschland zu beziehen. Es wird zugleich den Versicherungs-Gesellschaften untersagt, Schäden zu vergüten. Verträge mit Deutschen dürfen nicht abgeschlossen werden. Das war nur das Anfangsglied einer

sehr langen Kette. Das folgende Glied ist das sehr umfassende Zahlungsverbot, das jeden Geldverkehr mit dem Feinde unmöglich macht. Handels- und Zahlungsverbot ergänzen sich gegenseitig sehr wirksam und führen zu einer völligen Lähmung des Geschäftsverkehrs zwischen den feindlichen Ländern. Der Ausbau erfolgt derart, dass schliesslich die Einlösung von Wechseln aus der Friedenszeit, der Handel mit Aktien, der indirekte Bezug, die Auszahlung von Dividenden verboten wird. Der englische Sterlingwechsel, einst das Standardpapier im Welthandelsverkehr, wird zu einem wertlosen Zettel in der Hand des Gegners. Er wird nicht mehr eingelöst, und damit ist ein Weg beschritten, dessen Folgen sich für die Zukunft noch gar nicht absehen lassen, der aber dahin führen kann, dass nicht nur der Feind, sondern auch der Angreifer selbst getroffen wird.

Nachdem man den Handel mit dem Feinde durch strenge Strafvorschriften unterdrückt hat, ist das weitere Mittel die Zwangsverwaltung. Feindliche Unternehmungen werden einem Vermögensverwalter unterstellt; ihr Weiterbestand hängt von diesem Verwalter ab. Sie werden so geleitet, dass das feindliche Land keinen Nutzen aus ihnen ziehen kann und zugleich ergibt sich daraus als weitere Kampfmassregel die Bestandsaufnahme der feindlichen Guthaben. Dieses englische Beispiel der Zwangsverwaltung wird von zahlreichen der britischen Bundesgenossen nachgeahmt und erreicht seinen Höhepunkt in der Zwangsliquidation, die zur Auflösung der feindlichen Firmen, zum zwangsweisen Verkauf an die eigene Bevölkerung führt. Vorangegangen war ein Kampf, den England ganz besonders heftig führte, nämlich gegen die feindliche Bankwelt. In diesem Masse wie England den Kampf gegen die Banken geführt hat, sehen wir ihn in anderen Ländern nicht, was sich daraus erklärt, dass nirgendwo der Einfluss Deutschlands im Bankwesen so stark war, wie im englischen, und diese überragende Stellung führte dazu, dass die Neidgefühle der Engländer schon im Jahre 1914, und zwar bereits am 9. September, gegen die Banken vorgehen. Die Londoner Filialen der Deutschen Bank, der Dresdener Bank und der Diskonto-Gesellschaft werden unter Zwangsverwaltung gestellt und schliesslich aufgelöst.

Die Zwangsliquidation, von der schon die Rede war, ist unstreitig das drakonische Mittel das im Kriege angewandt wurde. Die Unternehmungen der Feinde werden zwangsweise aufgelöst, vorhandene Aktiva wird versteigert, oft sogar verschleudert, um den Einfluss der Feinde vollkommen zu zerstören. Den Höhepunkt erreicht hier die Politik einiger englischer Kolonien, bei denen sogar die Bücher verbrannt werden, um die Kontrolle des Liquidators später unmöglich zu machen. Viele Millionen deutsches Kapital sind dadurch im Auslande vernichtet worden. Das was Deutschland als Repressiv-Massnahme angewandt hat, nämlich die Liquidation feindlicher Firmen in Deutschland, hat das erstrebte Ziel nicht gehabt. Der Friedensvertrag zwingt Deutschland, die feindlichen Liquidationen anzuerkennen, die feindlichen Unternehmungen in Deutschland aber schadlos zu halten.

Als man mit dem Begriff „Feind" nicht zum Ziele kam, da musste ein anderes Mittel aushelfen. Das war die Verfehmung. Es werden Listen aller der Firmen aufgestellt, mit denen ein Geschäftsverkehr unerwünscht ist, also mit den feindlichen Bewohnern in anderen Ländern. Diese Listen, die zunächst einen geringen Umfang einnehmen, werden im Laufe der Zeit immer mehr ausgebaut. Sie werden grösser und grösser, bis schliesslich fast alle bedeutenderen Firmen in neutralen Ländern auf den schwarzen Listen verzeichnet sind, wodurch jede Geschäftsbeziehung, ja sogar auch jede gesellschaftliche Beziehung unmöglich gemacht wurde. Auf den Verkehr mit Firmen, die auf der schwarzen Liste stehen, werden schwere Strafen gesetzt, so dass die schwarzen Listen eine sehr wirksame Ergänzung des Handels- und Zahlungsverbotes darstellen.

Der Wirtschaftskrieg führt aber oft nicht zum Ziel, wenn man sich lediglich auf die Feinde beschränkt. In einem Weltkrieg kann der Wirtschaftskrieg in seiner Wirkung abgeschwächt werden, wenn die Neutralen imstande sind, wirtschaftskriegerische Massnahmen zu durchkreuzen, sei es, dass sie als Zwischenhändler auftreten, sei es, dass sie die Versorgung übernehmen. Das hatte England erkannt, und so spielte denn die Behandlung der Neutralen eine sehr wichtige Rolle im Wirtschaftskrieg. Was während des Krieges an Schikanen, Unterdrückung, Bevormundung und dergleichen den Neutralen gegenüber geleistet wurde, steht wohl einzig da in der Geschichte. Es war ein Leidensweg ohnegleichen, den die Neutralen zu gehen hatten. Mittel hierbei sind die Handhabung der Ausfuhrverbote, die Handelsspionage, die Blockade neutraler Häfen, die finanzielle

Blockade, die sogenannten Knebelungsverträge, die neutrale Firmen verpflichteten, nicht mit dem Feinde zu arbeiten, die Einschränkung der Bezüge der Neutralen, die Handelsabkommen und die zwangsweise Einführung von Kontrollstellen, wie z. B. der Holländische Übersee-Trust und die Schweizerischen Überwachungs-Bureaus und andere. Das schlimmste war hier unstreitig die dauernde Überwachung der Rohstoffbezüge neutraler Länder, ihre Rationierung auf Höchstmengen, um jede Versorgung der Feinde unmöglich zu machen. Man weiss nicht, über was man sich mehr wundern soll, über die Kühnheit, mit der England zu Werke gegangen ist, oder die Ruhe, mit der die Neutralen sich derartige Übergriffe gefallen liessen.

Dass die Rechtsprechung in den Dienst des Wirtschaftskrieges gestellt wurde, war schon angedeutet durch die Behandlung der Feinde, durch die Vorschriften über Handels- und Zahlungsverkehr. Auch hier werden die Ansätze ausgebaut durch Aufhebung oder Beschränkung der Patentrechte, des gewerblichen Rechtsschutzes, des Musterschutzes. Die durch Patent geschützten Waren werden zum Freiwild, auf das sich gierige Konkurrenten stürzen können.

Trotzdem würde der Wirtschaftskrieg nicht so zum Ziele geführt haben, wie es der Fall war, wenn nicht England seine Seeherrschaft in den Dienst des Wirtschaftskrieges gestellt hätte. Die ganze Flottenpolitik der englischen Regierung hat in der empfindlichsten Weise dazu beigetragen, die Wirkungen des Wirtschaftskrieges zu verschärfen, das britische Seerecht wird vollkommen umgestaltet und ausschliesslich angewandt, um den Wirtschaftskrieg zur Durchführung zu bringen. Immermehr kehrt sich England und mit ihm seine Bundesgenossen, von der Londoner Deklaration ab, werden die wichtigsten Bestimmungen durchlöchert und verändert, bis schliesslich die völlige Lossagung von dieser Vereinbarung erfolgte. Glieder dieser Kette sind die Änderung des Begriffes „Konterbande", die Auffassung von der einheitlichen Reise, die Unterstellung der Neutralen unter politische Seerechts-Vorschriften und die neue Auffassung des Begriffes „Blockade". Der Begriff der Blockade alten Rechts hat aufgehört. Man verzichtete auf die effektive Blockade und begnügte sich damit, ein Gebiet als gefährdet zu bezeichnen und Schiffe, die in diesen „Kriegsgebieten" angetroffen wurden, der Gefahr der Versenkung auszusetzen. Seesperre und Minenfelder sind die neue Blockade, die der Weltkrieg geschaffen hat. Der verschärfte Handelskrieg, der auch auf maritimem Gebiet liegt und der jeden Schiffsverkehr zwischen Deutschland und anderen Ländern unmöglich macht und der den U-Boot-Krieg zur Folge hatte, bildet den Höhepunkt dieser Form der Kriegsführung. Neben den reinen wirtschaftlichen Massnahmen gibt es dann noch Mittel, die sowohl wirtschaftlicher, als auch militärisch-politischer Natur sind. Hierher gehört u. a. die Nachrichten- und Verkehrssperre, die gleichzeitig die militärische Widerstandsfähigkeit schwächen soll und deren Rolle es ferner ist, auch den Handelsverkehr unmöglich zu machen.

Auf dem gleichen Gebiet liegt das, was man unter „Propaganda" zusammenfassen kann: die Stimmungsmache in neutralen Ländern gegen den Feind, das Bestreben, sein Ansehen herabzusetzen mit der Wirkung, dass immer mehr Neutrale abfallen, und dass gleichzeitig bewusst und systematisch der Druck auf die feindliche Valuta ausgeübt wird.

Der Wirtschaftskrieg ist nicht wie der militärische Krieg mit dem Friedensschluss erledigt. Hier machen sich die Folgen noch sehr lange bemerkbar. Das Programm, das in der Pariser Wirtschafts-Konferenz festgelegt wurde, stellt Richtlinien dar, nach denen im Frieden zu handeln ist. Inwieweit dieses Programm Verwirklichung findet, muss abgewartet werden. Den Niederschlag bis zu einem gewissen Grade bildet der Friede von Versailles, der den Sieg des Wirtschaftskrieges bedeutet durch die zahllosen wirtschaftlichen diktatorischen Vorschriften, die er dem Besiegten auferlegt.

Man mag noch so sehr den Wirtschaftskrieg verurteilen, man mag noch so viel Sicherungsmassnahmen gegen ihm treffen, aber man wird immer damit rechnen müssen, dass in jedem Kriege, an dem England beteiligt ist, der Kampf nicht nur auf militärischem Gebiet, sondern auch auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens stattfindet und dass in der Zukunft die wirtschaftliche Seite des Kampfes eine immer grössere Bedeutung erreichen wird.

---

23. Abschnitt.

Rohstoffbewirtschaftung.

Von Oberst Dr. ing. e. h. Koeth, Berlin.

Der Plan, Deutschland im Kriegsfalle zur See abzusperren, war in der englischen Presse und im englischen Parlament lange Zeit vor dem Kriege erörtert worden. Die Unterbindung der Zufuhr von industriellen Rohstoffen, die uns hier beschäftigen, musste dem kriegführenden Deutschland nicht minder verhängnisvoll werden als der unterbrochene Zufluss von Lebensmitteln. Hatte doch die deutsche Industrie ihre gewaltige Entwicklung nur daher nehmen können, dass sie sich immer mehr auf die Verarbeitung überseeischer Rohstoffe einstellte. Von der Gesamteinfuhr Deutschlands, die 1913 elf Milliarden betrug, entfielen 46,5 % auf überseeische Rohstoffe. Da musste im Kriegsfalle allein schon die Herstellung von Kriegsmaterial bald ins Stocken geraten, wenn so wichtige Stoffe wie Salpeter, Kupfer, Kautschuk, Baumwolle, nicht mehr ins Land kamen; aber auf die Dauer musste auch die gesamte Wirtschaft Deutschlands, des Landes des Einfuhrhandels, durch den Mangel an Rohstoffen in ihren Grundfesten erschüttert werden.

Nun kam der Krieg. England hielt Wort. Planmässig und rücksichtslos führte es die Seesperre durch. Schon im Herbst 1914 waren wir im wesentlichen von der Seezufuhr abgeschnitten.

Und dennoch hat der englische Wirtschaftskrieg sein nächstes Ziel, Deutschland zur Übergabe zu zwingen, nicht erreicht. Länger als 4 Jahre hat das abgeschlossene Deutschland kraftvoll den Krieg geführt. Rohstoffmangel war es nicht, der es zwang, die Waffen niederzulegen.

Immerhin ist es auffallend, dass sich unsere massgebenden Stellen durch die öffentlich besprochenen Pläne Englands, sowie durch die jedem bekannte Abhängigkeit Deutschlands vom überseeischen Rohstoffmarkt im Frieden nicht veranlasst gesehen hatten, sich mit der Frage der Rohstoffversorgung im Kriege eingehend zu beschäftigen. Die Erklärung hierfür liegt nahe: In erster Linie war Deutschland nicht kriegslustig; sein Sinn war anders gerichtet; der Krieg aber, den die militärischen Stellen pflichtmässig rüsteten, war als ein Krieg von kurzer Dauer gedacht. Angenommen, man wäre der Frage im Frieden nähergetreten, so wäre vermutlich bei der damaligen Denkweise nicht viel erreicht worden. Jede nur einigermassen wirkungsvolle Vorratswirtschaft hätte Geld gekostet; Mittel hierfür wären nicht genehmigt worden, konnten doch selbst die dringendsten, rein militärischen Forderungen, nur in unvollkommenem Masse erfüllt werden. So hätte man sich wahrscheinlich in der Hauptsache mit theoretischen Betrachtungen begnügt. Es soll nicht gesagt sein, dass diese nutzlos gewesen wären. Blickt man aber heute auf die Entwicklung der Dinge im Kriege zurück, so erscheint es fraglich, ob man im Frieden je gewagt hätte, sich das Problem so zu stellen, wie es der Krieg dann tat. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, dass behördliche Vorbereitungen, selbst wenn sie in gemeinsamer Arbeit mit Männern der Industrie, des Handels und der Wirtschaft getroffen worden wären, eher hemmend als fördernd gewirkt, dass sie den freien Blick für das überraschend Neue getrübt hätten.

Blieb so diese wichtige Frage im Frieden unerledigt, so wurde sie im Preussischen Kriegsministerium wenige Tage nach Kriegsbeginn mit aller Energie aufgenommen. Dem Zivilisten Walter Rathenau blieb es vorbehalten, den Preussischen Kriegsminister auf die Bedeutung der Rohstoffversorgung aufmerksam zu machen. Der Kriegsminister beauftragte den ernsten Mahner selbst mit Einrichtung und Leitung einer Rohstoffabteilung im Preussischen Kriegsministerium. Wenn auch einzelne Rohstoffe im weiteren Verlaufe des Krieges nicht von dieser Stelle aus bewirtschaftet wurden, so kann doch die Rohstoffabteilung des Preussischen Kriegsministeriums im allgemeinen in der Bewirtschaftung der industriellen Rohstoffe als führend gelten. In schnell zum Abschluss gebrachten Verhandlungen mit den Kriegsministerien der Bundesstaaten, die selbständige Heereskontingente hatten, wurde das Preussische Kriegsministerium zur einheitlichen Führung der deutschen Rohstoff-Wirtschaft ermächtigt. Das war ein höchst bedeutungsvoller Schritt. Ohne

einheitliche Leitung wäre die Rohstoffbewirtschaftung in diesem Kriege nicht möglich gewesen. So wurde die Rohstoffabteilung des Preussischen Kriegsministeriums gewissermassen eine Reichsbehörde. Die Gefahr, in Kollision mit dem Reichsamt des Innern zu geraten, dem nach der Friedensorganisation der Reichsbehörden die Bearbeitung der wirtschaftlichen Angelegenheiten des Reiches zustand, lag somit für das Preussische Kriegsministerium nahe; sie wurde jedoch nie akut. Reibungen blieben selbstverständlich, besonders im Anfange, nicht aus, aber je länger das Zusammenarbeiten dauerte, desto mehr beschränkten sie sich auf untergeordnete Stellen beider Behörden, die hier und da von falschem Ressortgeist erfüllt waren. Die an den leitenden Stellen befindlichen Männer kamen stets in dem Streben, das gemeinsame grosse Ziel zu erreichen, rasch in allen wichtigen Fragen überein. Vielleicht hatte dieses Nebeneinanderarbeiten der beiden Behörden sogar gewisse Vorteile, denn dadurch, dass das Reichsamt des Innern seine besonderen Aufgaben in der Befriedigung der Bedürfnisse der Zivilbevölkerung erblickte, wurde verhindert, übertriebenen militärischen Forderungen einseitig zu entsprechen. So zeigt es sich auch hier wieder, dass es nicht so sehr auf den einwandfreien Aufbau einer Organisation, als vielmehr auf die in ihr arbeitenden Menschen ankommt, und dass jede Organisation geradezu darauf abgestellt sein sollte, sachliche Kämpfe in sich zu erzeugen. Noch ein Moment ist für das glückliche Zusammenarbeiten der beiden Behörden auf dem Rohstoffgebiet zu bemerken: Leitete das Reichsamt des Innern seine Befugnisse für die Eingriffe in die Wirtschaft von dem sogenannten Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 her, das in etwas lauer Weise den Bundesrat ermächtigt, diejenigen gesetzlichen Massnahmen anzuordnen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erwiesen, so stand dem Kriegsministerium auf Grund des Belagerungszustandes ein ungleich stärkeres Verordnungsrecht zur Seite. Es kam nicht selten vor — besonders, wenn es sich um rasche Zugriffe handelte — dass sich das Reichsamt des Innern der mit stärkeren Gewalten ausgerüsteten Schwesterbehörde bediente. Erwuchsen so für die Rohstoffwirtschaft durch das Nebeneinanderbestehen zweier führender Stellen keine unmittelbaren Nachteile, so wurde aber, je länger der Krieg dauerte, je mehr sich die wirtschaftlichen Verhältnisse zuspitzten, der Mangel eines zähen Willens, der die Gesamtwirtschaft entsprechend der Eigenart dieses Krieges leitete, um so stärker empfunden.

Will man die Organisation der Rohstoffwirtschaft im Kriege, sowie die auf diesem Gebiete getroffenen Massnahmen, beurteilen, so muss man sich stets erinnern, dass jegliche Vorbereitungen im Frieden fehlten, und dass ganz besonders in der ersten Periode, die etwa bis in das Frühjahr 1915 hineinreicht, keine Zeit zu ruhiger Überlegung und zu planmässigem Vorgehen war. Alles drängte da zum sofortigen Handeln. Die Aufgaben wurden von der Stunde gestellt. Daher war es in jener Periode auch nicht möglich, das Problem in seiner vollen Bedeutung und seinem ganzen Umfange zu erfassen. Wohl hat man ein Empfinden dafür, aber es stellte sich damals nur verschwommen dar. Wohl kam schon zu Anfang der Gedanke auf, dass es sich um einen langen Krieg handeln würde, aber man zog noch nicht die Konsequenzen hieraus. Auch insofern war man sich über die Aufgabe unklar, als man noch nicht übersah, welche Rohstoffe in den Kreis der zu Bewirtschaftenden aufzunehmen waren. Erst in einer späteren Periode, in der die Organisationen eine gewisse Reife erlangt hatten, und die ersten dringendsten Forderungen erfüllt waren, wurde es möglich, das Problem schärfer zu erfassen und planmässig vorzugehen.

Die ersten Massnahmen ergaben sich aus folgender Überlegung: Zur Herstellung von Kriegsmaterial benötigen wir gewisse Rohstoffe, die wir teils gar nicht oder nur in ungenügenden Mengen im Inlande erzeugen. Der Verbrauch dieser im Inlande befindlichen Stoffmengen ist derart zu regeln, dass sie nur den Zwecken der Landesverteidigung zugute kommen, und dass sie jenen Verarbeitungsstätten zugeführt werden, die Kriegsmaterial herstellen. Also das Mengenproblem tritt zuerst auf, aber nicht in seinem ganzen Umfange. Die Frage der Erfassung der vorhandenen Mengen zwecks Verteilung stand als die dringendste Aufgabe auf. Die Frage der Vermehrung der Mengen durch Produktionssteigerung, der Erhaltung durch Senkung des Verbrauchs, des Ausgleichs von Vorrat und Bedarf auf lange Dauer ruhen noch. Die Zusammenhänge zwischen Produktionsregelung, Verteilung und Preisbestimmung sind noch nicht erkannt.

Eine Statistik, auf Grund deren man sich ein Bild von der Deckung in den verschiedenen Rohstoffen machen konnte, fehlte. Gründliche Erhebungen hätten zu lange Zeit in Anspruch

genommen. So beschränkte man sich darauf, bei einer bestimmten Anzahl grösserer Betriebe solche Erhebungen anzustellen und hieraus auf Grund von Schätzungen Schlüsse für die Gesamtdeckung in den betreffenden Rohstoffen zu ziehen. Das Ergebnis war, dass man, gemessen am damaligen Kriegsbedarf, bei den dringlichsten Rohstoffen kaum mit der Deckung für ein Jahr rechnen konnte. Vielfach waren die Fristen kürzer.

Die Erfassung der Inlandsmengen erfolgte auf dem Wege der Beschlagnahme. Diese Beschlagnahme bedeutete aber einen völlig neuen Rechtsbegriff. Sie unterschied sich von der militärischen Requisition dadurch, dass sie keine Eigentumsübertragung war. Die beschlagnahmten Rohstoffe gehen nicht in das Eigentum des Staates über. Der Eigentümer des Stoffes bleibt Eigentümer. Er wird jedoch gewissen Verfügungsbeschränkungen unterworfen, d. h., er darf die Stoffe nicht mehr beliebig verarbeiten. Sie sollen in erster Linie zur Herstellung der Kriegsbedürfnisse verwendet werden. Zur Verarbeitung für den Zivilbedarf ist besondere Freigabe durch die Behörde nötig.

Die Beschlagnahme hatte somit für die betroffene Industrie im wesentlichen die Umstellung auf den Kriegsbetrieb zur Folge. Selbstverständlich konnte sich diese Umstellung nur allmählich vollziehen. Zu diesem Zwecke wurden der Industrie für eine gewisse Zeit besondere Freigaben zugestanden. Diese Beschlagnahme erfolgte zuerst auf dem Gebiete der Metalle bei ca. 5000 Firmen. Anfang 1915 wurde sie für die Sparmetalle allgemein ausgesprochen. Bei weiteren Stoffen setzte sie 1915, bei anderen erst 1916 ein.

Die beschlagnahmten Rohstoffe mussten dahin gelenkt werden, wo die Beschaffungsbehörden der Heeres- und Marineverwaltung ihre Aufträge hinlegten. Diese Verteilung schien zunächst zwar eine von der Behörde allgemein zu überwachende, aber nicht von ihr auszuführende Aufgabe zu sein. Besonders schien ihre Lösung durch die eben erst im Entstehen begriffene Rohstoffabteilung nicht möglich. Nun flossen aber auch schon aus den durch unsere Waffenerfolge uns zugefallenen feindlichen Gebieten Rohstoffe in grossem Umfange zu, die abgenommen, transportiert, eingelagert, sortiert werden mussten. Es handelte sich also nicht mehr allein um die Überwachung und Verteilung jener beschlagnahmten Inlandsmengen. Es war vielmehr ein kaufmännisches Geschäft grössten Stils zu führen, für das eine Behörde völlig ungeeignet gewesen wäre. So entstanden zur Bewältigung all dieser Aufgaben die sogenannten Kriegsgesellschaften; Organisationen, die ursprünglich als reine Selbstverwaltungskörper der betreffenden Industrie mit gemeinnütziger Grundlage errichtet wurden. Sie waren von vornherein nicht auf Gewinn abgestellt. Die Mitglieder der Aufsichtsräte und Vorstände erhielten keine Tantièmen. Nicht einmal eine Verzinsung des Gesellschaftskapitals war bei allen Kriegsgesellschaften vorgesehen; wo es der Fall war, beschränkte sie sich auf 4—5%. Was am Schlusse des Krieges bei der Liquidation der Gesellschaften über den Betrag des tatsächlich eingezahlten Aktienkapitals übrig blieb, sollte im vollen Umfange dem Reich zugute kommen. Staatskommissaren war die Überwachung übertragen. Sie hatten ein Vetorecht gegen die Preis- und Verteilungsbeschlüsse.

Die Gesellschaften erfuhren im Laufe der Zeit eine völlige Umwandlung. Wir werden sehen, dass sie schliesslich nur mehr straff kontrollierte Organe der Behörde sind. Es zeigte sich vor allen Dingen bald, dass Preisbemessungen und Verteilungen entweder ganz behördlich oder unter ungleich stärkerer Mitwirkung der Behörde geregelt werden mussten. Die hiermit beauftragten Organe der Kriegsgesellschaften hatten sich denn doch vielfach von anderen als den für die Kriegswirtschaft massgebenden Rücksichten leiten lassen. Der Einfluss des Staates auf die Gesellschaften wurde auch dadurch alsbald noch stärker, dass diese gezwungen waren, die Garantie des Reiches in Anspruch zu nehmen. Das von den Aktionären eingebrachte Kapital reichte nämlich nicht hin, die aus den besetzten Gebieten kommenden Rohstoffe zu bezahlen. Zunächst gaben die Banken Kredit, verlangten aber, als die Summen immer grösser wurden, eine Garantie des Reiches.

Die Vermehrung der Rohstoffmengen durch Steigerung der inländischen Produktion wurde in der ersten Periode vorwiegend nur auf einem, allerdings überaus wichtigen, Gebiete vorgenommen. Es drehte sich um die Lösung der Stickstofffrage, an der Heer und Heimat gleichstark interessiert waren. Die Produktion von schwefelsaurem Ammoniak war zu Beginn des Krieges stark zurückgegangen und konnte nur allmählich mit Steigerung der Kohlen-

förderung und der Eisenerzeugung gehoben werden. Die Zufuhr von Chilesalpeter hatte aufgehört. Die deutsche chemische Industrie bot Ersatz in den bereits im Frieden ausgearbeiteten und erprobten Verfahren zur Gewinnung stickstoffhaltiger Verbindungen aus der Luft. Mit grösster Beschleunigung wurde eine Anzahl von Fabriken gebaut. Im Verlaufe des Krieges wurde die Produktion noch mehr gesteigert, so dass wir heute auf diesem Gebiete nicht nur den vollen Inlandsbedarf selbst decken können, sondern noch in der Lage sind, auszuführen.

So war bis zum Frühjahr 1915 die Organisation entsprechend den jeweils auftretenden Bedürfnissen mehr und mehr ausgebildet worden, und die dringendsten Forderungen hatten ihre Erfüllung erfahren.

Mit dem Frühjahr 15 beginnt die zweite Periode, die bis zum Spätsommer 16 reicht. Nun setzte in der Erkenntnis, dass das Kriegsende in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei, die eigentliche planmässige Rohstoffwirtschaft ein. Die ganzen Verhältnisse in der Rohstoffwirtschaft wurden nunmehr vom rein militärischen Gesichtspunkte beurteilt. Man erkannte klar, dass Deutschland den Kampf um seine Existenz zu führen hatte. Das war im Clausewitzschen Sinne der Krieg höchsten Grades von Wichtigkeit und Energie. Da hiess es im Aufwand auch aller wirtschaftlichen Mittel bis zum äussersten gehen. Alles, auch in der Rohstoffwirtschaft, durfte nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, in diesem Existenzkampf Sieger zu bleiben. Jede Rücksicht auf die Schäden, die eine so einseitig auf den Krieg abgestellte Rohstoffwirtschaft sofort und für die nächste und fernere Zukunft ausüben musste, war auszuschalten. Eine klare Scheidung zwischen Bedürfnissen des Heeres und der Zivilbevölkerung musste erfolgen. Alle Kriegsbedürfnisse waren tunlichst in dem Masse, in dem sie von der Obersten Heeresleitung verlangt wurden, zu erfüllen. Alle Zivilbedürfnisse mussten auf das äusserste, gerade noch ertragbare Mass, auf ein Existenzminimum zurückgeschraubt werden. Das gesamte Volk musste sich opferwillig auf den Krieg einstellen.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal dieses Krieges war, dass er ein Krieg von unabsehbarer Dauer war. Daher musste die Rohstoffwirtschaft eine Wirtschaft weisester Ökonomie sein, eine Wirtschaft, die nicht für eine vorübergehende Höchstleistung, sondern für eine hohe Dauerleistung einzurichten war. Diesen Existenzkampf, diesen Krieg von unabsehbarer Dauer musste nun das von jeder Zufuhr abgeschlossene Deutschland führen. Ausser dem deutschen Gebiete standen ihm nur die besetzten feindlichen Länder sowie die Hilfsquellen der Verbündeten zur Verfügung.

Wie war unter solchen Verhältnissen ein Plan für die Rohstoffwirtschaft aufzustellen? Man musste von nüchternen Erwägungen ausgehen, musste mit Zahlen arbeiten. Anders verlor man sich in uferlose Phantastereien. Man ging so vor: Es wurde eine Formel aufgestellt. Sie lautete:

$$\text{D (Deckungsdauer in Monaten)} = \frac{\text{M (Mengen an mobilen Beständen)}}{\text{V (Monatlicher Verbrauch)} - \text{Z (Monatlicher Zuwachs)}}.$$

Zunächst galt es die Grössen M, V, Z zu ermitteln. Das war nur durch gründliche Erhebungen möglich. Es konnte nicht bei einmaliger Ermittelung bleiben. Es war sicher anzunehmen, dass den ersten Ergebnissen mit Misstrauen zu begegnen war. Sie konnten nicht stimmen. Zu weiteren Terminen mussten die Erhebungen wiederholt werden. Nur an Hand einer Statistik, der man vertrauen konnte, war es möglich, planmässig zu arbeiten.

Unter „Mobilen Beständen" verstand man jene Mengen, die man bei den Kriegsgesellschaften oder an anderen Orten durch Beschlagnahme, Kauf, Einfuhr aus den besetzten Gebieten — auch aus den neutralen Ländern kamen mitunter geringe Mengen — fest in Händen hatte. Die Ermittlung dieser Grösse war verhältnismässig einfach. Dauernde scharfe Überwachung der Bestände war geboten, um nicht plötzlich unangenehm überrascht zu werden.

Ungleich schwerer war es, V, den Monatsverbrauch festzustellen. Hier musste man unterscheiden zwischen dem Verbrauch für Kriegszwecke und dem Verbrauch für Friedenszwecke. Die Feststellung des Ersteren stiess zuerst, so überraschend es ist, auf überaus grosse Schwierigkeiten. Das rührte daher, dass das militärische Beschaffungswesen völlig ungeregelt und zersplittert war; insbesondere bestand keinerlei Verbindung in dieser Beziehung zwischen

der Heeres- und Marine-Verwaltung. Erst nach mühevollen Arbeiten gelang es im Verlaufe langer Zeit, hier Wandel zu schaffen und Zahlen zu gewinnen, die einen Anspruch auf Richtigkeit erheben konnten. Verhältnismässig einfacher war es, die Friedensbedürfnisse festzustellen, da man hier, mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit vorgehend, einfach den Friedensindustrien eine bestimmte Rohstoffmenge vorschrieb, mit der sie fürs erste einmal auskommen mussten.

Über die Grösse Z, den monatlichen Zuwachs, bestand anfangs ebenfalls noch keine Klarheit, denn, wie die Produktion des Inlandes planmässig zu steigern, wie alle in der Heimat in den verschiedensten Formen aufgespeicherten Rohstoffe nutzbar zu machen waren, das bedurfte ebenso eingehenden Studiums wie die Regelung der Zufuhr aus den besetzten Gebieten und den verbündeten Staaten.

Unter diesen Verhältnissen waren naturgemäss die ersten Ergebnisse, die man für diese Formel-Grössen gewann, noch sehr unsicher. Man setzte sie deshalb nur in einer Grössenordnung in die Formel, deren man sicher sein konnte. Man arbeitete mit starken Sicherheits-Koeffizienten. Als man nun für jedes einzelne Rohstoffgebiet zum ersten Male die Berechnung der Deckungsdauer anstellte, ergaben sich für die verschiedenen Stoffe sehr verschiedene Zahlen.

Nun wurde eine weitere Überlegung gemacht, und zwar wieder eine Rechnung angestellt: Man wollte einen Wirtschaftsplan für einen Krieg von unabsehbarer Dauer aufstellen. Das erschien, so widerspruchsvoll es klingt, nur möglich, wenn man zunächst von einem Plane für einen Krieg von einer ganz bestimmten Dauer ausging. Freilich durfte diese Dauer einerseits nicht zu niedrig gegriffen sein. Sie musste sich aber andrerseits, wollte man sich nicht ins Ungewisse verlieren, einigermassen an jenen Grenzen bewegen, die man eben aus der Formel für die Deckungsdauer auf den einzelnen Rohstoffgebieten gewonnen hatte. So entschied man sich zunächst für die Aufstellung eines vom 1. 1. 1916 ab auf 3 Jahre sich erstreckenden Wirtschaftsplanes.

Begrenzte man sich so die Kriegsdauer auf 3 Jahre, so konnte man mit Hilfe der Grössen der vorerwähnten Formel sich leicht errechnen, wieviel man denn eigentlich bei einer solchen Kriegsdauer unter der Annahme des derzeitigen Bestandes und des derzeitigen Zuwachses monatlich verbrauchen durfte. Verglich man diese idealen Verbrauchsziffern mit dem damaligen tatsächlichen Verbrauch, so ergab sich eine Differenz: Man verbrauchte zuviel. Rechnete man noch, dass sich der Heeresbedarf erfahrungsgemäss stets vergrösserte, so wurde der Unterschied noch bedenklicher. Die Aufgabe war aber jetzt recht bestimmt gegeben: Die beiden Ziffern idealer Verbrauch und tatsächlicher Verbrauch mussten einander angenähert, anders ausgedrückt, die Grössen der Formel M (mobile Bestände) und Z (monatlicher Zuwachs) mussten mit allen Mitteln gesteigert, V (der monatliche Verbrauch) mit allen Mitteln verringert werden.

Mit der Aufgabestellung in dieser Form war schon viel erreicht, doch selbstverständlich — das Schwierige blieb die Lösung. Hierzu waren alle Möglichkeiten, die mobilen Bestände und den monatlichen Zuwachs zu steigern, den Verbrauch zu senken, auf jedem einzelnen Rohstoffgebiet gründlichst durchzuarbeiten und alle Massnahmen in richtiger Folge zu veranlassen.

Die Möglichkeiten, jene Grössen M und Z wachsen zu lassen, wurden im Folgenden erblickt:

1. In der unmittelbaren Steigerung der Rohstofförderung und -Erzeugung im Inlande, in den besetzten Gebieten und bei den Verbündeten. Hierfür sind allerdings von der Natur durch Boden und Klima — besonders für Deutschland — verhältnismässig enge Schranken gezogen. Doch war man bisher noch lange nicht an die äussersten Grenzen gegangen. Der Boden trug noch viele Schätze, die der Hebung harrten. Alle bereits im Betriebe befindlichen Produktionsstätten mussten auf Höchstleistung gebracht werden. Dann war eine Reihe s. Zt. wegen Unrentabilität geschlossener Bergwerke wieder in Betrieb zu nehmen. Neue, wenn auch kleinere Vorkommen wurden aufgeschlossen, alte Schlackenhalden zur Ausbeute herangezogen. In Deutschland seien auf diesem Gebiete besonders hervorgehoben: Die grosszügigen Einrichtungen zur Ausnutzung des mächtigen Ilseder Erzvorkommens, die Hebung der Förderung der lothringischen Eisenerze, der phosphorarmen Erze im Lahn-Dill-Gebiet, in Thüringen, im Harz, im Wesergebirge; die Förderung von Wolfram im ehemaligen Königreich Sachsen, das Werdenfelser

Molybdän-Vorkommen, das Graphitvorkommen im Passauer Bezirk, die Meggener Schwefel-Kiese u. a. m.

Einen kräftigen Zuwachs erhielten wir auf dem Textilgebiet durch die Erzeugung von Flachs und Hanf, deren Anbau im Frieden sehr zurückgegangen war.

Viel blieb in den besetzten Gebieten und bei den uns verbündeten Staaten zu tun. Die Leistungen der französischen Minette-Gruben waren zu erhöhen, die Manganförderung in Österreich, Ungarn, der Türkei und Bulgarien in die Hand zu nehmen. Die serbische Kupfergrube Bor wurde wieder in Gang gebracht. Aus der Türkei, aus Ungarn und Serbien war Chrom zu holen. In Rumänien mussten schnellstens die roh zerstörten Petroleumfelder wieder in Ordnung gebracht werden. Besondere Sorgfalt wurde in den besetzten Gebieten des Ostens und in Belgien dem Hanf- und Flachsanbau gewidmet.

2. Da, wo die Natur der Rohstoffgewinnung Grenzen gezogen hatte, wo der Boden nicht mehr half, musste der erfinderische deutsche Geist einsetzen, der in einer ungeahnten Weise Ersatzstoffe lieferte. Die Leistungen der deutschen Wissenschaft und Technik auf diesem Gebiete waren überraschend. Es war gerade so, als müsse man den Wissenschaftlern und Technikern nur das Problem stellen; die Aufgaben wurden in kürzester Zeit gelöst.

Wenn man von Ersatzstoffen redet, muss man sich zuerst Rechenschaft darüber geben, was man darunter zu verstehen hat:

Im Kriege handelte es sich darum, die aus irgend welchen Gründen knapp gewordenen Stoffe 1. durch andere Stoffe, allmählich völlig oder nur für bestimmte Verwendungen unmittelbar zu ersetzen, 2. durch Beimischung bisher nicht üblicher Stoffe zu strecken.

Es ist falsch, von vornherein mit dem Begriff Ersatz den Begriff der Minderwertigkeit zu verbinden. Die Minderwertigkeitserklärung oder richtiger das Geringerschätzen eines Ersatzstoffes entsteht nicht nur daher, dass der aus dem Ersatzstoff hergestellte Artikel schlechter ist als das Enderzeugnis aus dem zu ersetzenden Stoff, sondern auch dadurch, dass die Gewinnung des Ersatzstoffes teuerer, seine Verarbeitung kostspieliger oder umständlicher ist. Über diese beiden letzteren Nachteile wurde im Kriege ohne weiteres hinweggesehen, wenn der Ersatzstoff über den Mangel eines Rohstoffs hinweghalf. Für die Inkaufnahme der im Enderzeugnis sich äussernden Minderwertigkeit eines Ersatzstoffes gab es Grenzen, die nach der Bedeutung des Fertigprodukts enger oder weiter gezogen wurden. Flugzeug-, Unterseeboot-, Geschütz- und Munitionsteile z. B. sind Gegenstände, bei denen der Grad, bis zu dem die Qualität herabgesetzt werden darf, mit äusserster Vorsicht bestimmt werden muss, anders beim Sandsack, bei dem in der Heimat zu verwendenden Papierstoff usw.

Als die gewaltigste Leistung auf dem Ersatzgebiete ist die schon früher erwähnte Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft zu nennen.

Ferner sind auf dem chemischen Gebiete hervorzuheben: Die Herstellung des synthetischen Gummis, der als ein vollwertiger Ersatz für Hartgummi betrachtet werden konnte; es ist ohne weiteres einleuchtend, welchen Gewinn schon dieser Teilersatz bedeutete, wenn man sich vergegenwärtigt, welch geringe Mengen Roh-Kautschuk uns zur Verfügung standen; der synthetische Kampfer, die Herstellung des Schwefels über Gips, die Gewinnung des Spiritus aus den Abfalllaugen der Zellstoffindustrie, aus Kohle und Kalk, Harzersatz aus den Derivaten der Steinkohle, die zahlreichen Errungenschaften auf dem Gebiete der Schmieröle, die neuen Verfahren der Ölgewinnung aus Schiefer, aus animalischen Stoffen.

Nicht minder zahlreich war die Verwendung von Ersatzstoffen auf dem Gebiete der Metalle. Kupfer und Zinn wurden durch Eisen, Stahlguss, Zink, Hartpapier und Hartholz ersetzt. Als man im Verlauf des Krieges in Deutschland selbst grosse Werke zur Aluminium-Produktion in Betrieb gebracht hatte, löste Aluminium Eisen und Zink da ab, wo sich in der Verwendung dieser Stoffe Schwierigkeiten ergeben hatten. An Stelle von Verzinnung trat Verzinkung und Verbleiung, an Stelle von Weissblech verbleites Eisenblech. Statt Zinn als Lötmittel wurden neue Legierungen verwendet, für die die Metalle in hinreichendem Masse vorhanden waren. Für Nickelblechgeschirre gab es solche aus verzinktem Eisenblech. Der Stahl wurde mit wesentlich geringerem Mangan-

gehalt hergestellt; als Ersatz nahm man Natrium, Calcium-Carbid. Dies letztere diente gleichzeitig als Beleuchtungsmittel, an Stelle von Petroleum und Spiritus.

Auf dem Textilgebiete war die Verschiebung der üblichen Stoffe, die Einreihung neuer Fasern so stark, dass man, etwas übertrieben ausgedrückt, von einem grossen Topf sprechen kann, in den alle Stoffe: Wolle, Baumwolle, Seide, Hanf, Flachs, Zellstoff, Lumpen, Kunstwolle, Kunstseide, Brennessel, Typhafaser usw. geworfen und vermischt wurden.

Hier ist auch des Nitrierens von Zellulose zu gedenken, wodurch wir von der Baumwolle als Rohstoff für die Pulverfabrikation unabhängig wurden.

Auch bei Leder- und Gerbstoffen wurden Ersatzstoffe angewandt. Zu Schuhwerk wurde Papiergarn verwandt, an Stelle der Ledersohle trat die Holzsohle. Aus einheimischen Rinden, wie aus Derivaten der Steinkohle wurden Gerbstoffe gewonnen. Für minderwichtige Betriebe führte man Zellstoffriemen an Stelle der ledernen Treibriemen ein.

Selbstverständlich waren auf dem Gebiete des Ersatzstoffwesens viele Rückschläge zu verzeichnen. Wichtig und schwierig war es, da, wo man Ersatzstoffe zur Streckung des ursprünglich verwandten Stoffes beimischte, die richtigen Grenzen in der Zuführung des Ersatzstoffes zu finden; denn es kam nicht selten vor, dass man zu weit ging, und dann das Gegenteil von dem erreichte, was man anstrebte.

Ohne die Errungenschaften auf dem Gebiete der Ersatzstoffe hätte das abgeschlossene Deutschland nicht durchhalten können. Ungeahnte Aussichten haben sich aber hierdurch für die Zukunft eröffnet. Es wäre in hohem Masse bedauerlich, wenn die hier aufgenommenen Arbeiten, die da und dort noch in den ersten Anfängen stehen, nunmehr ruhen würden. Die Gefahr liegt deshalb besonders nahe, weil Ersatzstoffe sich nicht leicht einbürgern, und ihre Herstellung und Verarbeitung vielfach zunächst nicht rentabel ist. Wenn man aber bedenkt, dass sich gerade im Kriege gezeigt hat, welche Gefahr für ein Land in der Abhängigkeit des Rohstoffbezuges vom Auslande liegt, wenn man sich die heutige Lage Deutschlands vor Augen hält, so müssten wir hier Existenzfragen erblicken und uns dieser Aufgaben unverzüglich annehmen. Es ist sehr zu begrüssen, dass mehrere Industrien grosse Mittel zur Gründung besonderer wissenschaftlicher Institute aufgebracht haben, die allein geeignet sind, voraussetzungslos an diese grossen Probleme heranzutreten.

3. Eine dritte Möglichkeit die Rohstoffmengen zu vermehren bestand in den sogenannten Stoffmobilmachungen. Im Laufe der Jahre sammelten sich in einem Kulturlande wie Deutschland ungeahnte Mengen Rohstoffe aller Art in der Form verarbeiteter Gegenstände, Abfälle usw. an. Aus diesen waren entweder die Rohstoffe zurückzugewinnen oder die Rohstoffwirtschaft erhielt ihren Zuwachs derart, dass sie den betreffenden Gegenstand unmittelbar als Fertigprodukt zur Bedarfsdeckung überwies, also Rohstoff zur Herstellung neuer Gegenstände sparen konnte.

Diese Stoffmobilmachungen bedeuteten vielfach einen schweren Eingriff in die Wirtschaft und mussten, besonders da, wo die Zivilbevölkerung davon betroffen wurde, mit Vorsicht durchgeführt werden.

Man hatte zu unterscheiden: Gegenstände, die ohne Ersatz weggenommen werden konnten, die teilweise, die ganz zu ersetzen waren. Das gab einen Anhalt für die Reihenfolge, in der vorzugehen war. Doch waren hierfür auch Rücksichten darauf massgebend, welche Mengen in raschester Zeit und leicht erfassbar waren. Da es lange Zeit dauerte, bis die Vorbereitungen für solche Aktionen getroffen, und diese selbst durchgeführt waren, so glaubte man vielfach in der Bevölkerung, dass man mit den Rohstoffen bereits am Ende sei, wenn man sich gezwungen sähe, aus den Haushaltungen die Gebrauchsgegenstände herauszuholen. Man vergegenwärtigte sich nicht, wie lange es dauerte, bis die Erhebungen gemacht, die Gegenstände gesammelt, den Verarbeitungsstätten zugeführt waren, um endlich als Rohstoff wieder zu erscheinen. Zur Durchführung dieser Aufgaben mussten besondere umfangreiche Organisationen eingerichtet werden. Die grösste war die Metallmobilmachungsstelle.

Die wichtigsten Stoffmobilmachungen wurden auf dem Gebiete der Metalle vorgenommen. Hierher gehören: Das Herausziehen von Haushaltungsgegenständen, die Mobilmachung der Glocken, der kupfernen Dächer, der Türklinken usw. Stark war der Eingriff auf dem Gebiete der Textilien, als die Beschlagnahme der Anzug-Futterstoffe, Wäsche und Unterkleider verfügt wurde. Wichtige

Massnahmen waren ferner das Herausziehen der Treibriemen aus den nicht kriegswichtigen Betrieben, die Wegnahme der Radbereifung. Auch die Lumpen-, die Altgummisammlungen gehören hierher.

Zu diesen Stoffmobilmachungen wurde nicht nur die Heimat, sondern auch die sämtlichen besetzten Gebiete herangezogen. Da sich die Verwaltungen dieser Gebiete solchen Massnahmen meist scharf widersetzten, waren hier grosse Schwierigkeiten zu überwinden; aber es liess sich nicht vertreten, die Heimat zu schädigen und das besetzte Gebiet zu schonen.

Versuchte man auf diesen drei Wegen die Rohstoffmengen andauernd planmässig zu vermehren so war es eine nicht minder wichtige Aufgabe, den Verbrauch zu senken. So sehr man auch besonders seitens der militärischen Beschaffungsstellen bestrebt war, jeder Forderung der Obersten Heeresleitung nachzukommen, so musste doch, besonders von den die Rohstoffe verwaltenden Stellen stark auf Einschränkung der militärischen Bedürfnisse gedrückt werden. Diese Einschränkung der Heeresbedürfnisse konnte in verschiedener Weise erfolgen, einmal dadurch, dass man sich mit geringeren Mengen von Kriegsgerät beschied; sehr häufig musste der Weg gewählt werden, dass, wenn die Oberste Heeresleitung aus bestimmten Gründen auf einem Gebiet eine besonders hohe Produktion verlangte, von ihr die Mässigung ihrer Forderungen auf einem anderen Gebiete zugestanden werden musste. Eine starke Senkung des Verbrauchs war ferner noch möglich, indem man bei verschiedenen Heeresartikeln die Qualität herabsetzte. Zu dem Zwecke wurden besondere „Sparkommissionen" eingerichtet; die Leistungen der Technik und der einzelnen Unternehmer auf diesem Gebiete sind äusserst hoch zu bewerten. Die schon erwähnte Verwendung von Ersatzstoffen spielt hier eine grosse Rolle. Man versuchte alle knappen Stoffe nur für jene Gegenstände in dem üblichen Umfange beizubehalten, wo sie schlechterdings nicht ersetzt werden konnten. Schärfer noch als die Heeresbedürfnisse waren die Zivilbedürfnisse einzuschränken. Die stärksten Eingriffe waren auf dem Textil- und Ledergebiet notwendig.

So bildete jene Formel den Ausgang für die Erwägungen über die Möglichkeiten, den Vorrat zu steigern, den Bedarf zu senken. Auf dieser Grundlage konnten nun die Massnahmen rechtzeitig weitsichtig eingeleitet werden. Das zu erwartende Ergebnis dieser Massnahmen musste wieder in Zahlen ausgedrückt werden. Man konnte und musste sich errechnen: Zu diesem Zeitpunkt ist mit dieser Steigerung der Produktion, mit jener Senkung des Bedarfs zu rechnen. Das gab gleichzeitig das Tempo an, in dem die Massnahmen durchzuführen waren, den Grad des Druckes, den man dabei auszuüben hatte. Das gab auch der Leitung die klare Übersicht, den Hinweis, wann und wo sie einzusetzen hatte. Freilich musste man auch da vorsichtig mit starken Sicherheitskoeffizienten rechnen.

Mit Hilfe dieser Zahlen wurde zunächst das Dreijahreprogramm aufgebaut, untergeteilt in Halbjahrespläne, die derart ausgearbeitet wurden, dass für jeden Monat der mit Rücksicht auf das grosse Programm zulässige Verbrauch festgelegt war. Aber diese Wirtschaftspläne waren nichts starres. Innerhalb ihrer musste man beweglich bleiben. Der Krieg war das Gebiet der Überraschungen auch für die Rohstoffwirtschaft. Wechselte plötzlich die Kriegslage, so änderte sich der Bedarf. Versuche, auf die man berechtigte Hoffnungen setzte, enttäuschten. Die Sicherheitskoeffizienten waren zu niedrig gegriffen. — Musste dann der programmässige Monatsverbrauch überschritten werden, dann hiess es die Überschreitung schleunig wieder einbringen. — Vorrat und Verbrauch mussten sich immer die Wage halten.

Aber noch zu weiteren Überlegungen drängte diese straffe Planwirtschaft: In vielem waren wir abhängig vom besetzten Gebiet, von den Verbündeten. Wie war die Lage, wenn durch Änderungen der Kriegslage diese Gebiete verloren gingen, ja, wie gestalteten sich die Verhältnisse, wenn der Krieg ins eigene Land getragen wurde? All diese Möglichkeiten wurden studiert und vorbereitet, und gerade diese Arbeiten zwangen zu immer stärkerer Vertiefung in das ganze Problem.

Nicht ohne Absicht wurde die Entstehung der Wirtschaftspläne eingehender dargestellt, nicht um zu beschreiben, wie man vorging — das konnte auf die verschiedenste Weise geschehen — sondern, um auf die Notwendigkeit, die Vorteile dieses planmässigen Arbeitens mit Zahlen (nicht Binden an Zahlen) hinzuweisen. Das legt nicht fest, fesselt nicht, im Gegenteil verweist erst recht ins Freie, aber bewahrt vor unsachlicher Schwärmerei.

Das planmässige Sicheinstellen auf einen Krieg von zunächst drei-, dann fünfjähriger Dauer einseitig auf dem Rohstoffgebiet war nicht unbedenklich. Denn es war doch nicht ausgeschlossen, dass man vielleicht von anderer Seite her nicht in der Lage war, den Krieg auf die Dauer durchzuhalten, die man der Rohstoffwirtschaft zugrunde gelegt hatte. Es wurde daher angeregt, auch auf den anderen für die Kriegführung wichtigen Gebieten ähnliche Untersuchungen wie die eben für die Rohstoffe angestellten vorzunehmen. Man wollte sichergehen, dass man nicht etwa zur Sicherung der Rohstoffe für einen 5 jährigen Krieg schwerste Eingriffe in die Wirtschaft machte, hohe Summen für Neuproduktionen aufwandte, die schliesslich unnötig waren, weil man aus anderen Gründen den Krieg gar nicht so lange führen konnte. Diese Anregungen hatten keinen Erfolg. Man hielt Untersuchungen, wie man sie auf dem Rohstoffgebiet unternommen hatte, bei den übrigen für die Kriegführung in Betracht kommenden Elementen für nicht möglich. So behielt man schliesslich in der Rohstoffwirtschaft auf eigene Faust das langjährige Programm bei.

Hier tritt recht deutlich in die Erscheinung, wie nötig eine einheitliche Leitung gewesen wäre, die für eine rechtzeitige, gründliche Wertung und dauernde Beobachtung aller für die Kriegführung wichtigen Elemente gesorgt hätte. Es gehört nicht hierher, zu untersuchen, welche Schlüsse sich hieraus für die Führung sowohl des Krieges, wie der inneren und äusseren Politik ergeben hätten.

Es lag nahe, unsere Rohstoffbestände und -Quellen in Vergleich mit denen unserer Gegner zu setzen. Der Vergleich musste schon auf den ersten Blick zu unseren Ungunsten ausfallen. Lautete dann nicht der Schluss, dass wir auf die Dauer, selbst bei dem grössten Waffenglück in dem Wirtschaftskampfe unterliegen mussten? Der Gedanke war abzulehnen. In solchem Dauerkampf entscheiden nicht die materiellen, sondern die moralischen Kräfte. Diese bedurften darum der besonderen Pflege. Auch die moralischen Kräfte waren zu „bewirtschaften"; das war anderer Sache. Aufgabe der Rohstoffwirtschaft war es, Rohstoffe im nötigen Umfange so lange bereitzuhalten, als das Volk kämpfen wollte.

Durch die Wirtschaftspläne war die zeitliche Verteilung erfolgt. Jetzt mussten die Monatsraten auf die Verbraucher verteilt werden. Das erforderte für die Heeresbedürfnisse in erster Linie eine Regelung des Beschaffungswesens, die nur allmählich von statten gehen konnte. Die einzelnen Beschaffungsstellen wurden unter scharfer Kontrolle ihrer Rohstoffbedürfnisse für jede einzelne Artikelgruppe kontingentiert. Die Verteilung auf die Einzelfirmen erfolgt im Zusammenwirken mit den Beschaffungsstellen durch besondere behördliche Verteilungskommissionen. In der gleichen Weise wurden die einzelnen Industriegruppen für Friedens- oder Zivilbedarf kontingentiert.

Zur Durchführung der planmässigen Wirtschaft war ein gründlicher Ausbau der gesamten die Rohstoffe verwaltenden Stellen nötig. Die Organisationen weisen auf den verschiedenen Rohstoffgebieten zahlreiche Verschiedenheiten auf, bedingt durch die zeitlich verschiedene Entwicklung, die Eigenart der betreffenden Industrien, durch die Persönlichkeiten, die sie ausgestalteten.

Dennoch lässt sich folgendes allgemein gültiges Schema aufstellen: Der leitende Wille liegt einzig und allein in der Behörde, in der neben den Beamten Fachleute arbeiten. Rein beratend steht der Behörde für jeden Rohstoff ein besonderer Beirat von Industriellen zur Seite. Er berät in allen wichtigen Fragen. Die Entscheidung ruht allein bei der Behörde. — Die Ausführung der behördlichen Entscheidungen obliegt den Kriegsgesellschaften. Sie führten auch die zahlreichen Massnahmen zur Steigerung der Produktion durch und leisteten auf diesem Gebiet hervorragendes. Sie sind aber allmählich nichts anderes geworden, als im Auftrage der Behörde arbeitende Geschäftsstellen, ohne die Schwerfälligkeit des normalen behördlichen Apparates. Besondere Kommissare, mit keiner anderen Neben-Aufgabe betraut, beaufsichtigen diese Organisationen. Die Verteilung der Rohstoffe, die Aufstellung der Schlüssel nehmen behördliche Verteilungsstellen vor.

Die Industrien gewöhnten sich allmählich an diese Zwangswirtschaft, nachdem sie im Anfang sich vielfach dagegen aufgelehnt hatte. Je knapper die Rohstoffe wurden, je länger der Krieg dauerte, desto mehr hatten sie sich von der Notwendigkeit der Zwangsmassnahmen überzeugt, und je mehr die Kriegsgesellschaften umgestaltet worden waren, mit desto stärkerem Vertrauen begegnete man ihnen.

Stärker als in der ersten Periode verlangte in der zweiten das Preisproblem seine Rechte. Doch stand es gegenüber dem Mengenproblem in der Rohstoffwirtschaft stets in zweiter Linie.

Wir sehen in der ersten Periode die Entwicklung so vor sich gehen, dass man sich zunächst der rasch und leicht greifbaren Rohstoffmengen versicherte und besonders deren Verteilung regelte. Da man erst nach und nach alle vorhandenen Mengen auf den einzelnen Rohstoffgebieten erfassen konnte, blieben eine Zeit lang gewisse Mengen frei. Mit diesen wurden gleich zu Beginn des Krieges die Preise vornehmlich da, wo es sich um Rohstoffe handelte, die auch für den Friedensbedarf wichtig waren, so hoch getrieben, dass eine Preisregelung staatlicherseits nötig wurde. Diese Eingriffe waren im wesentlichen auf das Drängen jener zurückzuführen, die sich mit Recht gegen derartige Kriegsgewinne wandten. Die Erkenntnis der Tatsache, dass sich von der Mengenregelung die Preisregelung nicht trennen lässt, entwickelte sich erst allmählich. Daher wurden erst allmählich auf den einzelnen Rohstoffgebieten zu verschiedenen Zeiten Höchstpreise festgesetzt. Aber treiben liess man sich hierzu immer. Leichteren Herzens ging man da vor, wo es sich um feste gegebene Vorräte, nicht um Produktion, handelte. Da konnte man Höchstpreise fester Art bestimmen. Anders lagen die Verhältnisse, wo die Rohstoffversorgung von der Erzeugung abhing. Hier musste der Preis den Anreiz zur Produktionssteigerung geben. Hier konnte man nicht mit festen Preisen arbeiten, sondern musste sie entsprechend der Steigerung der Selbstkosten erhöhen.

Eine weitere Schwierigkeit auf dem Preisgebiet bestand darin, die Preise der verschiedenen Rohstoffe und Halbfabrikate richtig in Einklang zu bringen.

Das Fehlen einer einheitlichen Wirtschaftsleitung machte sich auch bei der Preisregelung geltend. Preisbestimmungen, getrennt auf den einzelnen Gebieten, ohne Berücksichtigung der Verhältnisse der gesamten Kriegswirtschaft vorgenommen, mussten fehlgehen.

Der Heeresbedarf war der planmässigen Steigerung des Munitions- und Waffenprogramms entsprechend, in der 2. Periode stetig gestiegen. Immerhin bewegte sich die Rohstoffwirtschaft trotz mancher Überraschungen in geregelten Bahnen, bis im Sommer 1916 die Oberste Heeresleitung ein neues sehr hohes Rüstungsprogramm vorlegte, das an die gesamte Wirtschaft ungeahnte Forderungen stellte.

Damit begann die 3. und letzte Periode. Das neue Rüstungsprogramm überstieg die wirtschaftliche Kraft des Landes. Recht und Pflicht der Obersten Heeresleitung war es zu fordern, was sie für nötig hielt. Aufgabe der Wirtschafts- und Beschaffungsstellen war es, mit allen Mitteln zu versuchen, den militärischen Forderungen gerecht zu werden. Ihre Pflicht war es aber ebenso, Bedenken, die sich ihnen aus der Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge gegen die Forderungen der Obersten Heeresleitung aufdrängten, mit allem Nachdruck geltend zu machen. Entweder mangelte diese Kenntnis vielfach oder man war angesichts des Ernstes der militärischen Lage an manchen Stellen der Auffassung unter allen Verhältnissen dem Drängen der Obersten Heeresleitung nachgeben zu müssen. — kurz, es kam zu einer überstürzten Einleitung des neuen Programms. Sie rächte sich und dürfte mit der Grund gewesen sein, dass man schliesslich nicht das erreichte, was in den Grenzen der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gelegen hätte.

Das damals rasch errichtete Kriegsamt, dem besonders die Durchführung der neuen Forderungen der Obersten Heeresleitung oblag, sah sich vor Aufgaben gestellt, denen es nicht gewachsen war, nicht gewachsen sein konnte.

Zur Aufrechterhaltung der Rohstoffwirtschaft galt es mit aller Zähigkeit dem bisherigen Leit-Gedanken treu zu bleiben, dass es sich in diesem Kriege von unabsehbarer Dauer, der mit beschränkten Kräften zu führen war, nicht um eine plötzliche Gewaltleistung, sondern um eine Dauerleistung handele. Denn in dieser Beziehung war keine Änderung eingetreten: Die Antwort auf die wiederholt gestellte Anfrage: Lässt sich jetzt das Ende des Krieges zu einer bestimmten Zeit voraussagen? — lautete: „Nein". Hätte man einen End-Termin angeben können, dann wäre anders zu wirtschaften gewesen; so aber musste man nach dem bisherigen Prinzip weiter verfahren.

Eine schwere Unterlassung kam jetzt auf.

Kohle und Eisen waren die Rohstoffe, von denen man angenommen hatte, dass sie in Deutschland nie knapp werden würden. Man hatte sie daher bislang nicht in die Kategorie der „Kriegsrohstoffe" aufgenommen. Nur die Rohstoffe wurden bewirtschaftet, die offenkundig knapp

werden mussten oder plötzlich aus irgend welchen Gründen knapp zu werden drohten. Dieses Vorgehen ergab sich aus dem Mangel an Friedensvorbereitung, aus dem allmählichen dem Bedürfnis folgenden Ausbau der Organisation. So war z. B. Baumwolle, die man zweifellos von Anfang an zu den knapp werdenden Stoffen hätte rechnen müssen, erst im Frühjahr 15 in die Bewirtschaftung genommen worden, weil bis dahin noch grosse Mengen Rohbaumwolle über Italien zu uns hereingekommen waren. War dieses Verfahren in der ersten Periode erklärlich, so war es ein schwerer Fehler, dass man es in der zweiten Periode beibehalten hatte. Die Frage, welche Rohstoffe zu bewirtschaften waren, hätte nicht mehr von dem Gesichtspunkte der Knappheit aus beurteilt werden dürfen, sondern wäre von der Bedeutung des Rohstoffs für die Gesamtwirtschaft zu prüfen gewesen. Das unterliess man. Kohle und Eisen beherrschen die Welt. An diesem alten Satz ging man vorbei, versäumte ihn dahin abzuwandeln: Kohle und Eisen beherrschen die Kriegswirtschaft, weil man glaubte, diese Stoffe in Überfluss zu haben. Der Fehler rächte sich jetzt bei der Inangriffnahme des neuen Rüstungsprogramms. Er war nicht von heute auf morgen gutzumachen.

Zur Bewirtschaftung, insbesondere zur Verteilung der Kohle, wurde der sogenannte „Kohlenausgleich" eingerichtet. Seine Aufgabe wurde durch eine gleichzeitig einsetzende Verkehrskrisis und einen harten Winter besonders erschwert. Sie war nicht mit einem Schlage zu lösen. Es musste geraume Zeit dauern, bis sich die Wirkungen seiner Massnahmen geltend machen konnten, bis seine Organisation ausgebaut war. Diese Zeit liess man ihm nicht. Nervosität hatte Platz gegriffen. Eine neue Organisation sollte helfen. Der Kohlenausgleich wurde abgelöst durch einen selbständigen Reichskohlenkommissar. Im Verlaufe langer Zeit gelang es diesem, einigermassen Ordnung in die Dinge zu bringen. Die Kohle blieb knapp bis zum Kriegsende. Arbeitermangel, immer wiederkehrende Störungen des Verkehrs, hemmten Kohlen-Förderung und -Beförderung dauernd. Die Verteilung der stets zu knappen Bestände wurde immer schwieriger. Vorweg waren die Bedürfnisse der Eisenbahn, der Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, zu befriedigen. Die Belieferung des Hausbrands, der landwirtschaftlichen Betriebe konnte zwar eine gewisse Einschränkung erfahren, musste aber doch bis zu einem bestimmten Grade stets berücksichtigt werden. Dann kam das grosse Gebiet der Rüstungsindustrie, das fast die gesamte Industrie in sich begriff. Es war nicht leicht hier die Anforderungen richtig abzustufen. Die Grundsätze für die Verteilung mussten von Monat zu Monat andere werden, denn man konnte in Anbetracht der stets zu kurzen Decke nur so vorgehen, dass man bald diese, bald jene Kategorie, je nach dem augenblicklichen Bedürfnis bevorzugte. Nur dem glücklichen Zusammenarbeiten des Reichskohlenkommissars mit der Rohstoffabteilung, die für die Verteilung auf die Kriegsindustrie verantwortlich blieb, ist es zu danken, dass diese Aufgabe so gelöst wurde, wie sie überhaupt zu lösen war.

Die Eisenbewirtschaftung gestaltete sich, trotz der durch Kohlenmangel und Transportschwierigkeiten oft stark gestörten Produktion etwas leichter. Aber auch hier war gegenüber den gesteigerten Anforderungen für die unmittelbar militärischen Bedürfnisse, sowie für die zahlreichen zur Durchführung des Rüstungsprogramms nötigen Neubauten und Maschinen die Decke immer zu kurz. Die Verteilung nahm die „Rohstahlausgleichstelle" vor. Auch hier konnte man nur so auskommen, dass man vorübergehend den Bedarf bestimmter Stellen vernachlässigte, um den anderer eine gewisse Zeit zu bevorzugen.

Der Kohlenmangel machte sich aber für die Produktion aller Rohstoffe in einschneidender Weise geltend, denn die rohstofferzeugenden Industrien haben einen besonders hohen Kohlenverbrauch. Da das neue Rüstungsprogramm aber auch die Kohlenforderungen der weiterverarbeitenden Industrien stark in die Höhe trieb, musste es zu andauernden Reibungen kommen.

In gleicher Weise beeinflussten ferner die im Winter besonders stark auftretenden Verkehrseinschränkungen die Rohstoffverteilung. Es war eben nicht immer möglich, die durch die verringerte Rohstofferzeugung knapp gewordenen Rohstoffmengen rechtzeitig an die Verarbeitungsstellen zu bringen. Dies trat von dem Zeitpunkt ab stärker in die Erscheinung, als die zum Ausgleich bei den verschiedenen Werken lagernden Rohstoff-Reserven aufgezehrt waren. War man auch in Perioden günstigerer Verkehrsverhältnisse stets bestrebt, solche Reserven wieder zu schaffen, so gelang dies doch nicht überall und nicht in ausreichendem

Masse. So wurde es jetzt ein charakteristisches Merkmal der Rohstoffversorgung, dass man von der Hand in den Mund lebte. Um den einzelnen Beschaffungsstellen grössere Freiheit darin zu geben, die ihnen zugewiesenen Rohstoffkontingente für das jeweils dringendste Bedürfnis ihres Bereichs zu verwenden, wich man, soweit man zu ihnen das Vertrauen auf strengste Sparsamkeit haben konnte, von der Zuweisung von Monatsmengen ab und billigte ihnen Mengen für einen grösseren Zeitraum zu.

Noch von einer anderen Seite her ergaben sich Änderungen für die Verteilung: Bislang hatte man im wesentlichen die Verteilung der Rohstoffe so vorgenommen, dass möglichst alle Betriebe einer Industrie, wenn auch in geringem Masse, beschäftigt wurden. Vom sozialen Gesichtspunkte aus erschien das zweckmässig. Als jetzt aber die Kohle knapp wurde, und es gleichzeitig auch an Arbeitskräften mangelte, sollte die Verteilung der Stoffe auf die Betriebe nach Massgabe deren Leistungsfähigkeit stattfinden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Schaffung von Höchstleistungsbetrieben, die Stillegung weniger leistungsfähiger Werke das wirtschaftlich rationellere System ist. Warum man nicht früher zu ihm überging, ist aus der Entwicklung der Dinge leicht ersichtlich. Auch hier macht sich wieder der Mangel an Vorbereitungen im Frieden, das Fehlen einer einheitlichen Leitung der Gesamtwirtschaft geltend. Andererseits darf aber nicht unterschätzt werden, dass eine tunlichst gleichmässige Beschäftigung aller Betriebe wesentlich dazu beitrug, eine ruhige, zufriedene Stimmung im Lande zu erhalten. So sehr man sich in zahlreichen Sitzungen mit der Stilllegung von Betrieben befasste, so gering war das tatsächliche Ergebnis. Auch die Tätigkeit einer parlamentarischen Kontrollkommission in dieser Frage wirkte nicht gerade fördernd. Auf jeden Fall trat das wirtschaftlich richtigere System nicht in dem beabsichtigten Umfange in die Erscheinung.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten, die durch den Versuch entstanden, einen schon stark empfindlich gewordenen Wirtschaftskörper gewaltsam zu einer Leistung aufzupeitschen, die seine Kräfte überstieg, gelang es schliesslich doch, die wichtigsten Forderungen der Obersten Heeresleitung vom Rohstoff her zu befriedigen.

Auch in dieser Sturmperiode bewährte sich die seinerzeitige Aufstellung des weitreichenden Wirtschaftsplanes. Die so aufgebaute Rohstoffwirtschaft konnte einen kräftigen Stoss vertragen. In stärkstem Masse mussten die Monatskontingente überschritten, schliesslich die ganzen Monatspläne über den Haufen geworfen werden. Bereits im Herbst 1917 waren aber die Wirtschaftspläne wieder geordnet. Man konnte an den Ausbau des Planes für das Jahr 1919 und 20 gehen.

Eine schwere Sorge erhob sich gegen Ende des Krieges auf dem Gebiete der Mineralöle, als im Oktober 18 die Zufuhren aus Rumänien und Österreich aufhörten. Trotz dieses unerwarteten Ausfalls war es dank einer vorsichtigen Wirtschaft möglich, die in jenen kritischen Tagen gestellte Frage, wie lange unter solchen Verhältnissen der Krieg noch weiter geführt werden könne, dahin zu beantworten, dass bei schärfster Erfassung aller Bestände die Bedürfnisse für Heer und Marine noch bis zum Juni 1919 zu decken seien. Pläne, über diesen Zeitpunkt hinaus sich zu behelfen, wurden sofort in Angriff genommen. Doch dazu sollte es nicht kommen. Deutschland legte die Waffen nieder. Beim Abschluss des Krieges, im November 1918, waren grosse Rohstoff b e s t ä n d e vorhanden, mit denen die Industrie durchschnittlich bis zum Mai 1919 in mässiger aber befriedigender Weise beschäftigt werden konnte; für die N e u e r z e u g u n g von Rohstoffen waren von der technischen Seite her alle Vorbedingungen gegeben. W u r d e K o h l e g e f ö r d e r t, w o l l t e m a n a r b e i t e n, so konnte mit der Überführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft begonnen werden. Vom Rohstoff her bestanden keine Schwierigkeiten.

24. Abschnitt.

Rationierung der Lebensmittel.

Von Prof. Dr. **von Batocki**, Königsberg i. Pr.,
Wirkl. Geh. Rat. Oberpräsident a. D.

Literatur:

Abderhalden, Grundlagen unserer Ernährung. Berlin 1917. — Abhandlungen zur Volksernährung. Hrsg. v. d. Z. E. G. — Abraham, K., Eine zeitgemässe Ernährungsstudie. Leipzig 1916. — Bachmann, F., Krieg und Lebensmittelhandel. Halberstadt. — Baum, G., Dtsch. Nahrungsmittelrecht. — Bechtolsheim, Reichsgetreidemonopol. Nürnberg 1918. — Beiträge zur Kriegswirtschaft. Hrsg. v. d. Volkswirtschaftlichen Abtlg. d. Reichsernährungsamtes. — Beiträge zur Volksernährung. Hrsg. v. d. Z. E. G. — Bewirtschaftung der Viehbestände u. d. Regelung der Fleischversorgung. Anhalt 1917. — Böhmer, C., Kraftfuttermittel. — Brandt, Wirtschaftsfragen im 2. Kriegsjahr. München. — Bresler, Ernährung. Halle 1917. — Brockhausen, Kriegs- und Uebergangswirtschaft in Stadt u. Land. Stettin 1918. — Brutschke, Die Grenzen der Vergesellschaftung. Berlin 1919. — Bücher, Die Sozialisierung. Tübingen 1919. — Busch, Rationierung und Verteilung von Lebensmitteln. Frankfurt a. M. 1917. — Calwer, R., Ernährung der städt. Bevölkerung im Winter 1916/17. — Calwer, Deutschlands Wirtschaft im 3. Kriegsjahr 1916/17, Heft 1—4. — Denkschrift über die Kriegsmassnahmen in Österreich. Wien. — Denkschrift: Die Lebensmittelversorgung im 3. Kriegsjahr. Köln. — Denkschrift über wirtschaftliche Massnahmen aus Anlass d. Krieges. Reichstagsdrucksachen 1914—18. — Elsas, Lebensmittelversorgungsgesellschaften. Tübingen 1917. — Elsas, F., Lebensmittelversorgung der Grossstadt. Stuttgart 1917. — Esslen, J. B., Fleischversorgung d. dtsch. Reiches. Stuttgart 1912. — Eltzbacher, P., Ernährung in der Kriegszeit. Braunschweig 1914. — Finger, A., Zur Organisation der Lebensmittelversorgung. Halle 1916. — Grossmann, Selbstkostenberechnung d. Lebensmittelhandels. Hannover 1918. — Heinemann, Br., Die Kommunalisierung d. Lebensmittelgewerbes. Berlin 1919. — Heiss, Anfänge u. Entwicklung des Auf- u. Ausbaues unseres Ernährungswesens im Weltkriege. 1918. — Hoff, Am Abgrund vorüber. Die Volksernährung im Kriege. Berlin 1919. — Kautsky, Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft. Leipzig 1918. — Koch, Lebensmittelversorgung im grossen Kriege. Cassel 1915. — Kuczinski, R. u. Zunk, Unsere bisherige und künftige Ernährung im Kriege. Braunschweig 1915. — Moes, Zur Systematik d. kommunalen Kriegslebensmittelpolitik. Jena 1919. — Neurath, Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft. München 1919. — Oppenheimer, Der Grosshandel und die deutsche Volkswirtschaft. Freier Handel und Genossenschaftswesen. 1918. Heft 4. und Heft 1—8. Hobbing. — Pinner, W., Dauer und Abbau d. Kriegswirtschaft. Berlin 1919. — Rauch, K., Kommunalverbände als Träger der Lebensmittelversorgung. Weimar 1917. — Senator, Weltkrieg und Brotversorgung. Berlin 1917. — Syrup, v., Die Volksernährung im Kriege, Vorträge gehalten im Ministerium des Innern. Jena 1916. — Wagemann, Geschlossener Handelsstaat und gebundene Wirtschaft. 1917. — Warmbold-Reinecke, Kriegsmassnahmen für Ackerbau und Viehzucht. Berlin 1915. — Wertheim, A. S., Falsches System. Hamburg 1916. — Zusammenstellung der Verordn. über Aus- und Durchfuhrverbote. Bearb. im kaiserl. Stat. Amt. Berlin 1915.

Mangel an jeder Vorbereitung oder auch nur vorherigen Überlegung der für einen langen Blockadekrieg erforderlichen Massnahmen und demgemäss unsicheres Hin- und Hertasten ohne genügende statistische Unterlagen und volkswirtschaftliche Erkenntnisse kennzeichnet die Lebensmittelbewirtschaftung im Kriege ebenso wie die der Rohstoffe. Der grundsätzliche Unterschied zwischen beiden Gebieten liegt darin, dass die Lebensmittel zum grösseren Teil in Jahresperioden erzeugt werden, also eine Einteilung nach Ernte jahren und nicht wie dort nach Monaten erfordern, und ferner darin, dass es hier nicht in demselben Masse wie dort möglich war, die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung hinter den Kriegserfordernissen zurücktreten zu lassen. 60 Millionen Menschen können zwar einige Jahre hindurch ganz oder fast ganz ohne neue Wohnhäuser, Kleidungsstücke und Haushaltsgegenstände bleiben, aber nicht ohne den Teil der Nahrung, der zur Aufrechterhaltung des Lebens und der Arbeitskraft erforderlich ist.

Auch diese einfache Tatsache wurde, zumal in den ersten beiden Kriegsjahren, von den mit der Heeresverpflegung betrauten Stellen nicht immer berücksichtigt. Das System des „Anforderns" der „bestimmungsmässigen" Sätze meist mit einem von jeder beteiligten Stelle eingesetzten und demgemäss sich häufenden Sicherheitszuschlage, hat die Massnahmen der Zivilbehörden auf diesem Gebiet oft schwer beeinträchtigt, bis nach der Übernahme der Verantwortung auch für die wirt-

schaftliche Kriegführung durch Hindenburg und Ludendorff bei den militärischen Stellen die Erkenntnis zum Durchbruch kam, dass die möglichste Aufrechterhaltung der Volksernährung zu einem guten Kriegsende ebenso nötig ist, wie die Befriedigung der eigentlichen Heeresbedürfnisse.

Die grossen Vorräte an Nahrungs-, Futter- und Düngemitteln aus allen Weltteilen, über welche Deutschland als ein im Welthandel wohlhabend gewordenes Volk bei Kriegsbeginn verfügte, ferner der Umstand, dass letzterer zeitlich mit dem Beginn einer recht günstigen Ernte zusammenfiel, endlich das immerhin nur zögernde Einsetzen der völkerrechtwidrigen Ausdehnung der Blockade auf die europäischen Neutralen, welches diesen die Einfuhr grosser Mengen von Futtermitteln und die Lieferung der daraus erzielten Erzeugnisse an Deutschland ermöglichte, — alle diese Umstände brachten es mit sich, dass eine eigentlich schwere Nahrungsmittelnot trotz aller begangenen Fehler in Deutschland erst gegen Ende des zweiten Kriegsjahres fühlbar wurde. Während dieses Zeitraumes wäre, wenn man einen langen Krieg vorausgesehen hätte, eine gewisse Vorratspolitik, wenn auch nicht annähernd in dem Umfange wie bei der Rohstoffwirtschaft, vielleicht möglich gewesen. Etwa vom Frühjahr 1916 ab dagegen lebten wir auf sämtlichen Gebieten der Lebensmittelversorgung von der Hand in den Mund, gegen Ende jeden Erntejahres von neuem vor der Frage stehend, ob der Zusammenbruch sich noch gerade würde vermeiden lassen oder nicht.

In der ersten Periode bis etwa Mitte 1916 spielte die Preisfrage die Hauptrolle. Nachdem örtliche Höchstpreise sich als unwirksam erwiesen hatten, weil sie die Ware von den Orten des dringensten Bedarfes vertrieben, wurde im Oktober 1914 die Höchstpreisfestsetzung in ihren grundsätzlichen Bestimmungen dem Bundesrat vorbehalten. Gleichzeitig wurde die Verpflichtung jedes Wareninhabers zum Höchstpreise zu verkaufen und das Enteignungsrecht der Behörde bei seiner Weigerung festgelegt. Naturgemäss wurden Höchstpreise zunächst nur für die unentbehrlichen Waren, Getreide und Kartoffeln, allgemein festgesetzt, für andere Waren, wie Fleisch und Butter erst später, nachdem deren Preise auf eine die Öffentlichkeit beunruhigende Höhe gestiegen waren. Diese Verfahren ergab eine den tatsächlichen Bedürfnissen eines blockierten Volkes widersprechende Preisstaffelung. Die Bodenerzeugnisse: Getreide, Kartoffeln, Ölfrüchte blieben hinter den steigenden Erzeugungskosten zurück, für die tierischen Erzeugnisse ergaben sich Preise, die die Verfütterung der für den menschlichen Verbrauch geeigneten Bodenerzeugnisse zu der rentabelsten Verwendung machten. Verfütterungsverbote, die mit Eifer erlassen, deren Durchführung aber bei der Natur des landwirtschaftlichen, insbesondere des drei Viertel des deutschen Bodens einnehmenden bäuerlichen Betriebes nicht überwacht werden konnte, mussten im wesentlichen wirkungslos bleiben.

Erst im Frühjahr 1917 wurde auf Grund von Untersuchungen der landwirtschaftlichen Betriebslehrer der deutschen Hochschulen eine sachgemässe Staffelung der Preise für die pflanzlichen und tierischen Erzeugnisse unter Bevorzugung der ersteren eingeführt. Gleichzeitig wurde das Gesamtniveau der Preise entsprechend dem Stande der damaligen Erzeugungskosten erhöht. Das Ziel war dabei, die Gesamteinnahme so zu gestalten, dass auch der unter minder günstigen Verhältnissen arbeitende Betrieb voll erzeugungsfähig und -willig blieb, freilich nicht auch die unter ganz ausnahmsweise ungünstigen Verhältnissen stehenden Betriebe. Man ging davon aus, dass deren volle Berücksichtigung für die Normalbetriebe Gewinne ergeben hätte, die sachlich ungerechtfertigt waren und die übrige Bevölkerung ohne Not belastet hätte.

Der Streit um die Preispolitik im Kriege ist noch nicht entschieden. Die Behauptung der einen Seite, dass bei freier Preisbildung die Gesamterzeugung des deutschen Bodens wesentlich höher hätte sein können, ist nicht erweisbar. Dagegen spricht die Tatsache, dass auch bei den festgesetzten Preisen, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, alles im Kriege irgend Verfügbare an menschlicher und tierischer Arbeitskraft, Maschinen, Futtermitteln, Düngemitteln und Betriebsstoffen, alles für den kleinen und den grossen Betrieb Erreichbare an technischen Verbesserungen restlos eingesetzt worden ist, um dem Boden so viel abzugewinnen wie unter den Kriegsverhältnissen irgend möglich war. Die Vertreter der durchgeführten Preispolitik können für sich anführen, dass die Aufrechterhaltung der Kaufkraft der deutschen Papiermark für die wichtigsten Lebensbedürfnisse und die Beschränkung der unvermeidlich fortschrei-

tenden Preissteigerung auf ein langsames Zeitmass eine unentbehrliche Voraussetzung für das Durchhalten in der zunehmenden Kriegsnot war. Tatsächlich hätte das deutsche Volk dieser Not wohl nicht 4¼ Jahr hindurch widerstanden, wenn schon während des Krieges ein solches Sinken des inneren Werts der Papiermark, ein solches Steigen der Kosten der Lebenshaltung und als unvermeidliche Folge eine so ungesunde Papiergeldwirtschaft und so gewaltsame Lohnbewegungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, bei langsamem Verhungern der auf feste Geldrenten und Ruhegehälter angewiesenen wertvollen Bevölkerungskreise, eingetreten wären, wie sie ein Jahr nach dem Friedensschluss bestanden, ohne anscheinend in absehbarer Zeit ihren Höhepunkt zu erreichen.

Neben der Festsetzung von Höchstpreisen bildeten neue Strafbestimmungen gegen den Warenwucher und den zur Umgehung jener einsetzenden Kettenhandel (Verschiebung der Ware in Scheingeschäften durch viele Hände, um trotz mässiger Gewinnzuschläge beim Einzelgeschäft eine grosse Gesamtpreissteigerung zu erreichen) Mittel zur Verhinderung übermässiger Teuerung. Durch die erst im vierten Kriegsjahre zum Teil aufgegebene Bestimmung, dass bei Preisüberschreitungen Käufer und Verkäufer strafbar waren, durch schleppenden Prozessgang und durch immer neu ersonnene Umgehungswege blieben freilich alle diese Massnahmen gegenüber minder gewissenhaften Elementen ohne volle Wirkung, während der ehrliche Handel dadurch oft lahmgelegt wurde. So nahm der Schleichhandel mit Zunehmen der Knappheit am Notwendigsten immer grösseren Umfang und Formen an, die eine geordnete Kriegswirtschaft immer mehr gefährdeten. Immer weitere Bevölkerungskreise wurden in das Schieber- und Schleichhändlertum hineingezogen und das zunehmende Sinken der Staatsautorität und des allgemeinen Rechtsempfindens im Kriege ist zum guten Teil auf diese Entwicklung zurückzuführen.

Der Krieg hat eben auch in dieser Richtung sich als Zerstörer von Werten erwiesen. Verfehlt wäre es aber aus dieser verhängnisvollen Entwicklung den Schluss zu ziehen, dass ein freies Laufenlassen des Handels, der Warenverteilung und der Preisgestaltung im Kriege etwa geringeren Schaden gebracht und nicht im Gegenteil durch reissend fortschreitende Entwertung der Papiermark unerträgliche Erschütterungen des Wirtschaftslebens und des Staatskredits und damit den völligen Zusammenbruch schnell herbeigeführt hätte.

Der zunächst unternommene Versuch durch zweckmässige Preisabstufungen für den Erzeuger, den Grosshändler und den Kleinhändler in den verschiedenen Bezirken bei Aufrechterhaltung des freien Handels die Ware dahin zu bringen, wo sie am nötigsten gebraucht wurde, blieb im allgemeinen erfolglos. Theoretisch erschien es zwar ohne weiteres möglich, durch Festsetzung ausgiebiger Spannungen zwischen Erzeuger- und Händlerpreis den Handel zur eifrigen Herausziehung der Ware aus den Erzeugungsstätten anzureizen, ihn durch Festsetzung höherer Preise für die Bedarfsgebiete, die Grossstädte und Industriebezirke zur Hinschaffung der nötigen Warenmengen in diese Gebiete zu veranlassen und die allem andern vorgehende Versorgung des Heeres durch Bewilligung besonders hoher Preise zu sichern. In der Praxis aber misslangen solche Versuche, je mehr die Knappheit zunahm, desto mehr, und zwar deshalb, weil die Erzeuger ebenso wie die dünner bevölkerten und landwirtschaftlich leistungsfähigeren Überschussgebiete es trotz solcher Preisbestimmungen verstanden, unter allen Umständen reichliche Mengen für die Eigenversorgung, nötigenfalls durch Umgehung der Preisvorschriften oder durch Ausfuhrerschwerung zurück zu behalten, so dass die Bedarfsbezirke völlig ungenügend versorgt wurden.

Bei den nur einmal im Jahre durch die Ernte gewonnenen Bodenerzeugnissen erwies sich überdies der freie Handel unfähig zur Erfüllung einer anderen kriegswirtschaftlich unentbehrlichen Funktion, der richtigen Verteilung der Ernteerzeugnisse auf die zwölf Monate des Erntejahres. Theoretisch war es freilich auch hier denkbar, die Verteilung bei Aufrechterhaltung des freien Handels durch genau richtig bemessene Preiszuschläge von Monat zu Monat sicherzustellen. In der Praxis aber war bei der Unübersichtlichkeit der Erntemengen und ihrer Bewegung in der Hand des Handels die richtige Bemessung der Preiszuschläge, so dass sie einen zu schnellen Verbrauch in den ersten Monaten ebenso wie die spekulative Zurückhaltung übermässiger Mengen für die letzten Monate verhindert hätten, völlig unausführbar. Dieser Gesichtspunkt war es, der bei dem wichtigsten Nahrungsmittel, dem Brotgetreide schon im ersten Kriegsjahre, wo man alles

übrige noch dem freien Handel überliess, nach dem kurzen Versuch eines gemischten Systems, (Aufkauf gewisser Getreidemengen als Reserve für die letzten Monate des neuen Jahres durch die kaufmännisch aufgezogene Kriegsgetreidestelle) die Einführung eines lückenlosen Zwangswirtschaftssystems durch die Reichsgetreidestelle veranlasste. Das Getreide wurde beim Erzeuger mit erfolgter Ernte zugunsten der öffentlichen Hand, zunächst der Reichsgetreidestelle demnächst der in ihrem Auftrage handelnden Kommunalverbände, beschlagnahmt. Dem Erzeuger wurden nur festgesetzte Mengen für den Kopf der von ihm zu unterhaltenden Personen, der Selbstversorger, und für den Hektar zum nächsten Jahre anzusäender Fläche belassen; von dem übrigen behielt der Kommunalverband, soweit er Selbstwirtschaft trieb, die für den Kopf seiner nicht selbstversorgten Einwohner vorgeschriebene Menge und führte den Rest an die Reichsgetreidestelle ab, die damit das Heer und die nicht selbstwirtschaftenden Bedarfskommunalverbände nach den vorgeschriebenen Kopfmengen versorgte, den Nährmittelfabriken mit dem nötigen Rohstoff versah und nach Möglichkeit Reserven für das nächste Jahr ansammelte.

Die übrigen Getreidearten wurden zunächst in einer gemischten, halb der Zwangswirtschaft und halb dem freien Handel angehörenden Form unter Zuhilfenahme von Syndikaten der verarbeitenden Industrien oder von kaufmännischen geordneten Kriegsgesellschaften bearbeitet, bis vom Sommer 1917 ab die Zusammenfassung der Zwangswirtschaft aller Getreidearten nach einheitlichem System in der erweiterten Reichsgetreidestelle durchgeführt wurde. Die Mühlen, die für die Reichsgetreidestelle, die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände und die Selbstversorger arbeiteten, wurden durch immer feiner ausgearbeitete Vertrags- und Überwachungsbestimmungen zur sachgemässen kriegswirtschaftlichen Tätigkeit angehalten. Die Nährmittelfabriken, insbesondere die Erzeugungsstätten von Gries, Graupen, Grütze, Teigwaren und Gerstenkaffee wurden gleichfalls, soweit die verfügbare Getreidemenge ihre Belieferung überhaupt ermöglichte, in immer strengere Überwachung genommen, und ihre Erzeugnisse mussten, als die Knappheit grösser wurde, nach dem Vorbild der schon 1915 eingeführten Verbrauchsregelung für Brot und Mehl gleichfalls mittelst Karten rationiert werden. Für das aus den besetzten Gebieten und in immer geringer werdenden Mengen auch aus dem neutralen Auslande eingehende Getreide wurde der Reichsgetreidestelle gleichfalls die Bewirtschaftung übertragen, während die Einfuhr von Lebensmitteln im übrigen der vom Reich begründete Zentraleinkaufsgesellschaft vorbehalten wurde.

Überaus ernst gestaltete sich schon von Anfang 1915 ab die Futtermittelfrage. Der in den letzten Friedensjahren über vier Millionen Tonnen betragende Import von Futtergerste, Futterkuchen, Kleie und sonstigen Futtermitteln hörte mit Kriegsbeginn auf, die grossen im Lande befindlichen Vorräte an Futtermitteln waren im ersten Kriegswinter verbraucht. Die Anforderungen für die Heerespferde, von deren ausreichender Ernährung die Kampffähigkeit der Truppe abhing und deren Zahl sich mit der Vergrösserung des Heeres erhöhte, betrafen steigende Mengen von Hafer und Gerste. Schon seit Anfang 1915 zwang die Hafernot des Heeres dazu, die Anordnung zu treffen, dass die Landwirte für ihre Arbeitspferde nur $3\frac{1}{2}$ Pfund, später zeitweilig nur $2\frac{1}{2}$ Pfund Hafer täglich verbrauchen dürften, eine selbst für ein leichtes Pferd, wenn es voll arbeiten soll, völlig ungenügende Menge. Im ersten Kriegswinter konnte diese Vorschrift durch Beifütterung von noch im Handel befindlichen anderen Futtermitteln und von Kartoffeln noch einigermassen aufrecht erhalten werden. In den folgenden Jahren, wo die Ersatzmittel fehlten, war der Landwirt vor die Frage gestellt, entweder die auf Erfordern der Heeresverwaltung ergangene Verfütterungsbeschränkung für seine Zugtiere zu verletzen oder seine Wirtschaft zum Schaden der Volksernährung mehr oder weniger stillstehn zu lassen. In der Regel wurde natürlich der erste Weg gewählt, damit aber der Grund zur gewohnheitsmässigen Verletzung der bestehenden Vorschriften gelegt, eine Gewohnheit bei Erzeugern, Händlern und Verbrauchern, die je länger der Krieg dauerte desto verhängnisvollere Wirkungen ausübte.

In die Futtermittelwirtschaft wurde im weiteren Kriegsverlaufe auch die Bewirtschaftung von Heu und Stroh, Zuckerrübenabfällen, Ersatzfuttermitteln, deren Herstellung ein dazu begründeter Ausschuss mit Eifer und teilweise auch erheblichem Erfolge betrieb, der Haushaltungsabfälle usw. einbezogen. Die Reichsfuttermittelstelle erhielt die Oberleitung auf diesem Gebiet.

Lange dauerte es, bis die Erkenntnis sich durchrang, dass das Immerknapperwerden der nach der Deckung des Heeresbedarfs und der Erfordernisse der menschlichen Ernährung verbleibenden Futtermittel nicht nur papierene Verfütterungsverbote, sondern eine Einschränkung der Zahl der Futterverbraucher, und zwar vor allem der Schweine als der grössten Verbraucher von Körnern und Kartoffeln nötig machte. Der im Prinzip richtige aber nach Zeitpunkt und Durchführungsart verfehlte „Schweinemord" des Frühjahrs 1915 trug dazu bei, die rechtzeitige Ergreifung wirksamer Massnahmen in dieser Richtung im zweiten und dritten Kriegswinter zu verhindern. Die schwere Ernährungsnot im Frühjahr 1916 und noch mehr im Frühjahr und Frühsommer 1917 war mit die Folge dieser Unterlassung. Scharfem Eingreifen in die Schlachtviehbestände ist es zu danken, wenn die Getreide-, und Kartoffelnot im Frühjahr 1918 und 1919 weniger gross wurde.

In den ersten beiden Kriegsjahren waren Vorräte, Einfuhr und eigene Erzeugung an Fleisch, Milch und Butter noch so gross, dass man auf diesen Gebieten sich mit ziemlich systemlosen Preisfestsetzungen und Einzelanordnungen begnügte, bis im Sommer 1916 die Not dazu zwang, auch hier durch die neuerrichtete Reichsfleischstelle und Reichsspeisefettstelle und die ihnen nachgeordneten Einrichtungen in den Bundesstaaten, Provinzen und Kreisen eine systematische Zwangswirtschaft (Beschränkung des Verbrauchs des Erzeugers, Erfassung des Überschusses für die öffentliche Hand und Verteilung der nach Deckung des Heeresbedarfes übrigbleibende Menge nach dem Kartensystem auf die Verbraucher) einzuführen. Die Reichsfleischstelle betrieb zugleich die möglichst restlose Ausnutzung der Schlachtungsabfälle zur Wurstherstellung, die Reichsspeisefettstelle zusammen mit dem Kriegsausschuss für Fette und Öle den Ausbau der Margarineerzeugung und die Hebung des Ölfruchtanbaues.

Ähnlich wie bei dem Fleisch war der Gang der Entwicklung beim Zucker, der anfangs im Überfluss vorhanden schien, dann aber so knapp wurde, dass eine scharfe Zwangswirtschaft eingeführt werden musste.

Fast unüberwindliche Schwierigkeiten für die öffentliche Bewirtschaftung bot wegen ihrer leichten Verderblichkeit, der Unmöglichkeit des Transports bei Frostwetter, der grossen in Betracht kommenden Massen und der besonders schwankenden Ernteerträge die Kartoffel. Dementsprechend waren die Misserfolge auf diesem Gebiet besonders häufig. Eine Unterschätzung der Vorräte und deshalb überflüssiger Aufkauf grosser Mengen im Frühjahr 1915, zu niedrige die übermässige Verfütterung fördernde Preisfestsetzung im Herbst 1915, in geringerem Grade auch in den folgenden Jahren, ungenügende Ergebnisse der Beschlagnahme in dem Missernteјahre 1916 bildeten traurige Kapitel in der Tätigkeit der Reichskartoffelstelle und der ihr nachgeordneten Organe.

Die Knappheit an Körnern, Kartoffeln und Zucker veranlasste vom Sommer 1916 ab durchgreifende Massnahmen behufs Verhinderung der Verwendung dieser Erzeugnisse zur Alkoholbereitung. Ihr Verbrauch zur Herstellung von Trinkbranntwein für die Zivilbevölkerung wurde gänzlich verboten, die Brauerei auf Herstellung ganz dünnen, alkoholarmen und demgemäss möglichst wenig Gerste erforderndes Bieres beschränkt und die Weinzuckerung auf das geringste wirtschaftlich erträgliche Maas herabgesetzt.

Noch grössere Schwierigkeiten hinsichtlich der Erfassung, der Beförderung und der Aufbewahrung als die Kartoffel boten das Obst, das Gemüse und die Fische. Als die zunehmende Not und der steigende Heeresbedarf zur Ausdehnung der öffentlichen Bewirtschaftung auch auf diese Erzeugnisse nötigte, suchte man Wege zu finden, die sich der Eigenart der Ware anpassten. Vom Obst mussten, je knapper die Butter wurde, desto grössere Mengen zur Herstellung von Brotaufstrich für Heer und Industriebevölkerung in Anspruch genommen werden. Auch der Bedarf an Sauerkohl und Fassbohnen sowie an Trockengemüse wurde immer grösser. Nach wenig günstigen Erfahrungen mit dem Versuch allgemeiner Beschlagnahme suchte die Reichsstelle für Obst und Gemüse in anderen Formen, durch Abschluss von Lieferungsverträgen mit Grosserzeugern, durch Steigerung der Einfuhr, durch Syndizierung der Händler und der verarbeitenden Betriebe, durch Einrichtung von Sammelstellen in den Erzeugungs- und von Grossmarkten in den Hauptverbrauchsgebieten usw. ihre schwierige Aufgabe zu lösen. Der Reichs-

fischkommissar wählte gleichfalls den Weg der Syndizierung der Fischer und Fischhändler zur Versorgung der Hauptbedarfsgebiete.

Auch auf Erzeugnisse von geringerer allgemeiner Bedeutung wie die Eier und die Gänse wurde schliesslich die öffentliche Wirtschaft unter möglichster Anpassung an die Eigenart der Ware ausgedehnt. Für wildwachsende zur Nahrung oder zur Herstellung von Webstoffen geeignete Pflanzen und für Abfälle aller Art wurde in den letzten Kriegsjahren ein bis in die entlegensten Ortschaften verzweigter freiwilliger Sammeldienst eingerichtet.

Ein Gebiet, auf dem die öffentliche Bewirtschaftung trotz Drängens von beteiligter Seite bis zuletzt vermieden wurde, war der Kunstdünger. Seine gleichmässige Verteilung auf sämtliche Landwirte etwa nach dem Kartensystem hätte zur Verzettelung dieses immer wichtiger und knapper werdenden Gutes geführt. Es kam darauf an, vor allem diejenigen zu beliefern, die schon im Frieden durch starke Verwendung von Kunstdünger Erfahrung auf diesem Gebiete und einen besonders dringlichen Bedarf gezeigt hatten. Deshalb wählte man den Weg, die vorhandenen Mengen auf die Genossenschaften und Händler nach dem Verhältnis ihrer Friedensbezüge zu verteilen mit der Anweisung, daraus in erster Linie ihre Friedenskunden, gleichfalls ungefähr nach dem Verhältnis der Friedensbezüge zu beliefern. Nur mässige Mengen von Kunstdünger wurden einzelnen Reichsstellen überwiesen, um als Anreizmittel zur Ausdehnung des Anbaus besonders nötiger Früchte, der Ölfrüchte, der Gespinstpflanzen, der Hülsenfrüchte zu dienen.

Die Organisation der Reichsgetreidestelle, wie der meisten später begründeten Reichsstellen zur Bewirtschaftung anderer Lebensmittel war so, dass eine behördliche Verwaltungsabteilung die Rechtsvorschriften erliess und ihre Durchführung überwachte, während einer kaufmännisch geordneten Geschäftsabteilung die Erwerbung und Bezahlung, die Aufbewahrung und Beförderung, die Verarbeitung und Verteilung der Erzeugnisse an die Heeresstellen und Bedarfskommunalverbände unterstand. Als ausführende Organe dienten der Verwaltungsabteilung die Kommunalverbände (Landkreise und kreisfreie Städte), der Geschäftsabteilung die von der Kommunalverbänden eingerichteten Geschäftsstellen und die Kommissionäre. Als Kommissionäre wurden neben Händlern die landwirtschaftlichen Genossenschaften in möglichst weitem Umfange herangezogen. Dagegen hat der in der Öffentlichkeit lebhaft vertretene Vorschlag, diesen Genossenschaften auch die Überwachung und nötigenfalls Erzwingung der vorgeschriebenen Ablieferung durch die Landwirte zu übertragen, sich als mit dem Charakter der Genossenschaften als freiwilliger Vereinigungen unvereinbar erwiesen. Auch der Gedanke, die politischen Gemeinden unter Solidarhaftung ihrer Angehörigen zu Trägern der Ablieferungspflicht zu machen, ist praktisch nicht verwirklicht worden, während die Verbrauchsregelung und Verteilung den politischen Gemeinden in immer weitergehenden Umfange übertragen worden ist.

Ebenso wie die einheitliche Zusammenfassung der Volkskräfte auf anderen Gebieten wurde auch eine einheitliche Durchführung der Kriegswirtschaft durch den bundesstaatlichen Charakter des Reiches erschwert. Zwischen die Reichsstelle und ihre örtlichen Ausführungsorgane, die Kommunalverbände und Gemeinden, traten der Verfassung entsprechend die Zentralbehörden der Bundesstaaten, trotz besten Willens oft mehr hemmend als fördernd, mehr verwirrend als ordnend, mehr die Sonderinteressen des einzelnen Staates als die der Allgemeinheit vertretend. Auch die Reichsstellen begingen manchen Fehler nur deshalb, weil ihnen die organische Verbindung mit den bundesstaatlichen Behörden und dadurch auch mit der Bevölkerung fehlte. Für Preussen, also für drei Fünftel des Reichsgebiets, kam überdies die kollegiale Verfassung des Staatsministeriums und die mangelnde Einheitlichkeit der Arbeit der ihre Ressortinteressen pflichtgemäss vertretenden Ministerien erschwerend in Betracht. Erst 1917 wurde dieser Mangel zunächst durch Zusammenfassung der preussischen Befugnisse in der Person eines Staatskommissars und demnächst durch Vereinigung der Ämter des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes und des preussischen Kommissars für Volksernährung nach Möglichkeit behoben. Erst dadurch konnte das Kriegsernährungsamt, das in der Notlage des Mai 1916 zur Zusammenfassung der bis dahin zersplitterten Zuständigkeiten in der Reichsinstanz geschaffen worden war, wenigstens im grössten Bundesstaat eine wirklich durchgreifende Tätigkeit entfalten.

Organisatorische Schwierigkeiten bot auch das Nebeneinanderwirken der zivilen Ernährungsbehörden und der beteiligten militärischen Stellen in der Heimat (Kriegsministerium und stellvertretende Generalkommandos) und an der Front (Generalquartiermeister und Generalintendant) auf dem Ernährungsgebiet. Durch Vertretung der militärischen Zentralstellen, zu denen Anfang 1917 noch das Kriegsamt hinzutrat, im Vorstande des Kriegsernährungsamtes durch Schaffung eines militärischen Stabes bei letzterem und durch Anweisungen an die beiderseitigen provinziellen und örtlichen Dienststellen wurde diesen Schwierigkeiten nach Möglichkeit entgegengewirkt.

Als die Transportlage immer schwieriger und der Mangel an Verpackungsmaterial immer grösser wurde, wurden bei den Geschäftsabteilungen der Reichsstellen und zum Teil in neuen Stellen Abhilfemassnahmen systematisch durchgeführt. Der Vermeidung überflüssiger Transporte, der zweckmässigen Verwertung der in jeder Zeitperiode verfügbaren Transportmittel für die dringlichsten Transporte sowie der Aufbewahrung der Vorräte zur Vermeidung des Verderbens wurde ständig zunehmende Sorgfalt gewidmet.

Dieser ganze Aufbau war im August 1917 im wesentlichen abgeschlossen. Grundlegende Änderungen sind seitdem weder in organisatorischer noch in sachlicher Hinsicht auf dem Ernährungsgebiet getroffen worden. Auch in den ersten beiden Jahren nach Abschluss des Waffenstillstandes ist unter der neuen Regierung trotz der völligen Veränderung der Verhältnisse im wesentlichen nach dem bisherigen System weiter gearbeitet worden. Man hat sich darauf beschränkt auf Nebengebieten wie der Bewirtschaftung des Obstes, des Gemüses, der Eier, des Hafers und der Hülsenfrüchte die Zwangswirtschaft zu beseitigen oder einzuschränken. Erst für das Erntejahr 1920 ist eine durchgreifende Neuordnung geplant.

Ein Rückblick auf die Kriegsernährungswirtschaft zeigt, dass hier wie auf den anderen entscheidenden Gebieten bei allem Eifer und Organisationsgeschick im einzelnen doch die scharfe und rücksichtslose Zusammenfassung aller Volkskräfte und aller Wirtschaftsgüter durch einen einheitlichen Willen an der leitenden Stelle für Reich und besetztes Gebiet, für Heimat, Etappe und Front, für Politik, Kriegführung und Wirtschaft uns gefehlt hat, und dass die Entschlossenheit, unter Zurückstellung aller Sonderinteressen die ganze Volkskraft für das Ziel eines günstigen Kriegsausganges einzusetzen bei der Bevölkerung nicht so rücksichtslos aufrechterhalten worden ist, wie es zum Erfolge notwendig gewesen wäre. Wenn indes, allen Berechnungen der Feinde entgegen, das deutsche Volk ungeachtet solchen Versagens der Führung den Blockadekrieg vier ein viertel Jahr lang ohne zusammenzubrechen durchgehalten hat, so ist das trotz allem ein untrüglicher Beweis des Vorhandenseins gewaltiger, unzerstörbarer innerer Volkskräfte, das die Hoffnung auf ein Wiederemporsteigen Deutschlands aus der Tiefe der Niederlage und des Zusammenbruchs zur Gewissheit werden lässt.

---

25. Abschnitt.

Umstellung der Landwirtschaft.

Von Prof. Dr **von Batocki**, Königsberg i. Pr.,
Wirkl. Geh. Rat, Oberpräsident a. D.

Literatur:

Aereboe: Betriebswirtschaftliche Vorträge aus dem Gebiete der Landwirtschaft. Heft 1: Die Umgestaltung der deutschen Viehzucht nach dem Kriege. Berlin 1918. — Asmis: Archiv der Landarbeiterfrage (Jahrbuch für Wohlfahrtswesen auf dem Lande). Berlin 1919. — Augustin, M.: Weidewirtschaft.

Berlin 1915. — Backhaus: Agrarreform. Berlin 1919. — Baumann: Der deutsche Oelfruchtbau. Berlin 1919. — Besier: Mehr praktische Arbeit für Erzeugung der Lebensmittel. Bonn. — Borgmann: Mitwirkung der deutschen Forstwirtschaft an den Aufgaben der Volksernährung im Kriege. Berlin 1916. — Braun und Dade: Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege. Berlin 1918. — Brenning: Führer durch das deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Berlin 1919. — Gilbreth-Colin-Ross: Das ABC der wissenschaftlichen Betriebsführung. Berlin 1919. — Kautsky: Die Sozialisierung der Landwirtschaft. Berlin. — Kenp: Innere Kolonisation. Berlin 1919. — Köppen: Volksernährung und Nährdienstpflicht. Hamburg 1917. — Landfrauenarbeit im Kriege. 23 Vorträge (2. Kriegslehrgang). Berlin 1916. — Lange: Landwirtschaftlicher Statistischer Atlas. Berlin 1917. May: Das Schwein als Konkurrent der menschlichen Ernährung. Berlin 1917. — Rabbethge: Kartoffelversorgung, Schweinehaltung, Fettversorgung. 1916 mit Nachtrag. — Derselbe: Volksernährung im neuen Wirtschaftsjahr. 1916. — Derselbe: Volksernährung und Tierhaltung. Juni 1916. — v. Rümker und Warmbold: Kriegsmassnahmen für Ackerbau und Viehzucht. Berlin 1915. — Schiele: Programm und Aenderung unserer Ernährungspolitik. Berlin 1918. — Schumacher, H.: Deutsche Volksernährung und Volksernährungspolitik im Kriege. Berlin 1915. — Graf von Schwerin-Löwitz: Vorratsfrage in unserer Ernährungspolitik. Berlin 1916. — Wacker: Oelfrüchte. 2. Aufl. Berlin 1917. — Bericht der Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse. Untersuchungen über die Steigerung des landwirtschaftlichen Betriebsaufwandes in den Jahren 1913/14—1917/18. Berlin 1919.

Über den Stand der deutschen Landwirtschaft bei Kriegsbeginn lässt sich kurz zusammengefasst Folgendes sagen:

Die Grundbesitzverteilung hatte sich in den letzten Jahrzehnten langsam etwas zugunsten der Zwergwirtschaften und des klein- und mittelbäuerlichen Betriebes verschoben. Der Grossbetrieb umfasste in Süd- und Westdeutschland nur einen ganz geringen Teil, in Ostdeutschland höchstens die kleinere Hälfte, im Reichsdurchschnitt nur etwa ein Viertel der landwirtschaftlich benutzten Fläche. Dieses Verhältnis war für die Kriegswirtschaft deshalb von entscheidender Bedeutung, weil die Durchführung der Massregeln der Zwangswirtschaft (Feststellung, Beschlagnahme und Herausziehung des rechnungsmässig den zugelassenen Selbstverbrauch übersteigenden Teiles der Erzeugung) in der Praxis nur beim Grossbetriebe einigermassen wirksam zu überwachen war, während sie bei den kleineren Betrieben, bei welchen zwischen dem Verbrauch in der Haus- und in der Landwirtschaft eine klare Trennung fehlt, unüberwindliche Schwierigkeiten bot.

Von einer Umstellung in dieser Hinsicht im Kriege in der Richtung auf wirtschaftliche Zusammenfassung der kleineren Betriebe war selbstverständlich nicht die Rede. Man musste froh sein, dass die Energie und Zähigkeit der landwirtschaftlichen, vor allem der bäuerlichen Bevölkerung trotz des Fehlens des grössten Teils der kräftigen Männer und trotz aller durch die Kriegsnot bedingten störenden Eingriffe die Betriebe in ihrer bestehenden Form einigermassen aufrecht erhielt. Auch der Versuch die vom Standpunkt einer zielbewussten Kriegswirtschaft bestehenden Mängel des kleineren Betriebes durch den Ausbau seiner genossenschaftlichen Zusammenfassung und durch die Betrauung der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit der Durchführung der Kriegswirtschaft zu mildern, musste im wesentlichen scheitern. Schon allein die Einziehung eines grossen Teils der genossenschaftlich erfahrenen Kräfte machte auch hier durchgreifende Neuerungen während des Krieges unmöglich, und die möglichste Aufrechterhaltung der bisherigen genossenschaftlichen Leistungen war das Höchste, was man erwarten konnte.

Die technische Leistungsfähigkeit der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe aller Grössen hatte sich in den letzten Jahrzehnten des Friedens durch Nutzbarmachung der landwirtschaftlichen Wissenschaft und Technik von Jahr zu Jahr erhöht. Freilich war von einer vollen Ausnutzung der zur Erzielung von Höchsterträgen aus dem deutschen Boden gegebenen Möglichkeiten noch nicht annähernd die Rede, bei Fortdauer des Friedens wäre vielmehr eine weitere, zum Teil wohl bis zur Verdoppelung gehende Erhöhung des Ertrages erreichbar gewesen. An gutgemeinten Plänen und Vorschlägen um die technischen Leistungen der Landwirtschaft und damit ihre Erzeugung während des Krieges zu erhöhen hat es nicht gefehlt. Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Hilfsindustrien, der Herstellung von neuartigen Ersatzfuttermitteln, der Einführung arbeitsparender Maschinen, der Ausbildung von Ersatzkräften für die im Felde stehenden Männer ist dabei auch manches erreicht worden; von der allgemeinen die

G e s a m t p r o d u k t i o n merklich steigernden Durchführung technischer Verbesserungen im Kriege konnte aber bei der ständig zunehmenden Not an Menschen, vor allem Betriebsleitern, und an Betriebsmitteln keine Rede sein. Es war schon viel, wenn es gelang den R ü c k g a n g in den Anbauflächen, in der Güte der Bodenbearbeitung, der Düngung, der Pflege des Viehs und demgemäss auch in der Erzeugung, den die Kriegsnot unvermeidlich mit sich brachte, nicht allzu schnell und stark werden zu lassen.

Als g a n z b e s o n d e r s v e r f e h l t musste unter diesen Umständen der in den ersten Kriegsjahren von wohlmeinenden Leuten mit Begeisterung verfochtene Gedanke sich erweisen, durch Urbarmachung grosser Flächen von M o o r u n d Ö d l a n d die landwirtschaftliche Erzeugung zu heben, sei es durch Anwendung von Zwang oder durch hohen Preisanreiz oder durch neue genossenschaftliche Organisationen. Jeder für solche Massregeln aufgewendete Zentner Kunstdünger, jeder Menschen- oder Pferdearbeitstag wurde einem schon in Kultur befindlichen Ackerstück entzogen, wo er voraussichtlich mehr genutzt hätte. Solche Massregeln mussten also die G e s a m t e r z e u g u n g im allgemeinen eher verringern als erhöhen. In E n g l a n d, wo grosse Flächen besten Ackerbodens als Weide oder Park dalagen, und wo selbst zurzeit der höchsten Wirkung des U-Bootkrieges nicht annähernd solch ein Mangel an Arbeitskraft und Betriebsmitteln herrschte wie in Deutschland, konnte auf diesem Wege ein erhebliches Plus gegenüber dem Frieden für die Volksernährung erreicht werden. In D e u t s c h l a n d, wo vor dem Krieg Ödland und Brachhaltung immer mehr eingeschränkt worden waren, war, da die fortschreitende Kriegsnot zu immer weiterer Kürzung der der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden menschlichen und tierischen Arbeitskräfte, Futter- und Düngemittel zwang, trotz äusserster Kraftanspannung die volle Ausnutzung auch nur des schon urbaren Bodens nicht mehr möglich. Die Anbaufläche ebenso wie die Hektarerträge auf dem alten Kulturboden mussten, trotz der bis zum Raubbau gehenden Anspannung derjenigen menschlichen und tierischen Arbeitskräfte, die das Heer der Landwirtschaft beliess, von Jahr zu Jahr zurückgehen, weder Preissteigerung noch Zwang noch gute Ratschläge konnten daran etwas wesentliches ändern.

Eine p l a n m ä s s i g e U m s t e l l u n g der Landwirtschaft konnte sich danach nicht auf die wesentliche Vermehrung der Gesamtmenge der Bodenerzeugnisse richten, sondern nur darauf, dass von den n ö t i g s t e n Früchten möglichst v i e l angebaut und dass von den Erzeugnissen des Bodens möglichst w e n i g im Betriebe v e r b r a u c h t und möglichst v i e l zur Ernährung von Heer und Volk a b g e l i e f e r t werde.

Der Ertrag des deutschen Bodens an Körnern und Hackfrüchten hatte bei Kriegsbeginn trotz der in weiten Teilen des Reiches geringen Gunst des Klimas und des Bodens infolge der technischen Tüchtigkeit der Landwirte durchschnittlich eine Höhe erreicht, wie sie nur wenige andere Länder mit besonders günstigen Bedingungen erzielten. Auch wenn man berücksichtigt, dass die unvollkommene Art unserer Friedensstatistik die Anbauflächen, die Hektarerträge und damit die Gesamterzeugung um mehrere Prozent zu hoch erscheinen liess und die Zahlen danach berichtigt, ergeben sie Erträge, die bei normaler Ernte und möglichster Einschränkung des Verbrauchs zu Futterzwecken rechnungsmässig reichlich zur Versorgung des Heeres und der Zivilbevölkerung wie zur Erhaltung des wirtschaftlich unentbehrlichen Zug- und Nutzviehs ausreichen mussten. Bei vorsichtiger Einteilung musste diese Erzeugung s e l b s t d a n n ausreichen, wenn Anbau und Hektarerträge mit zunehmender Kriegsdauer zurückgingen, und wenn das immer grösser werdende Heer erhöhte Anforderungen an Nahrung und Pferdefutter stellte. Auch eine Einschränkung der Getreideanbaufläche um einige Prozent zugunsten der Ausdehnung des im Frieden infolge der Auslandskonkurrenz stark zurückgegangenen Anbaus von Hülsenfrüchten, Ölfrüchten, Flachs und Hanf behufs Deckung des dringendsten Bedarfes an Eiweiss, Fett und Webstoffen hätte — i m m e r t h e o r e t i s c h g e s p r o c h e n — die Beschaffung des Minimalbedarfes für Heer und Bevölkerung nicht ausgeschlossen.

V o r a u s s e t z u n g d a f ü r a b e r w a r, d a s s d i e B o d e n e r z e u g n i s s e i n m ö g l i c h s t w e i t e m U m f a n g e d i r e k t d e r m e n s c h l i c h e n E r n ä h r u n g z u g e f ü h r t w u r d e n. Das G e g e n t e i l war bei Kriegsbeginn der Fall. Die landwirtschaftliche Warenerzeugung hatte in den Jahren aufblühenden Wirtschaftslebens vor dem

Kriege in Deutschland sich immer mehr den Bedürfnissen eines schnell wohlhabend werdenden Volkes angepasst. Die sparsame Gepflogenheit ärmerer Zeiten, Körner und Wurzelfrüchte, die der Boden erzeugt, überwiegend direkt zur menschlichen Ernährung zu verwenden und auch den Fett- und Eiweissbedarf grösstenteils durch Verzehr entsprechend verarbeiteter Feldfrüchte zu befriedigen, hatte immer mehr der Veredelung der Bodenerzeugnisse durch den Tiermagen Platz gemacht. Die Verfütterung grosser Mengen von Kartoffeln, selbstgebautem und eingeführtem Getreide und ausländischem Kraftfutter, sowie die Vermehrung der Futterflächen galt nahezu als vaterländische Pflicht, das Vorkommen viehschwacher Wirtschaften, die ihre Bodenerzeugnisse möglichst direkt zur menschlichen Ernährung ablieferten, wurde dem Grossbetriebe fast zum Verbrechen angerechnet. Der Anbau von Hülsenfrüchten und Ölfrucht ging zurück, auch der Verzehr von Speisekartoffeln liess trotz ihrer zunehmenden Erzeugung nach, und Schweineschmalz und Butter deckten neben eingeführten Fetten zu einem immer grösseren Teile den Fettbedarf, Schweine- und sonstiges Mastviehfleisch statt Hülsenfrüchten, Roggen und Kartoffeln den Eiweissbedarf der Menschen.

An Fett und Eiweiss lässt sich aber durch direkten Verbrauch pflanzlicher Erzeugnisse oder daraus hergestellter Nahrungsmittel von einem Morgen dem Menschen weit mehr zuführen, als bei der Veredelung durch den Tiermagen die Verfütterung der Erzeugnisse von 2 oder 3 Morgen ergibt. Die Mengen an Körnern und Kartoffeln, die nötig sind, um ein Rind zu mästen oder zwei Schweine fett zu machen, würden genügen, um in Form von Brot und Speisekartoffeln den Hunger von vier bis sechs Menschen ein Jahr hindurch zu stillen, während selbst ein einzelner Mensch allein auf das Fleisch und Fett dieser Tiere ohne Kartoffeln und Brot angewiesen, binnen Jahresfrist verhungern müsste. Es geht eben bei weitem der grösste Teil der in Getreide und Kartoffeln enthaltenen Nährstoffe durch die Umwandlung in tierische Erzeugnisse verloren.

Äusserste Einschränkung der Masttierhaltung neben schneller Ausdehnung des Anbaues fett- und eiweissreicher Feldfrüchte war nach alledem die Richtung, in welcher die Umstellung der Landwirtschaft für einen langen Blokadekrieg hätte erfolgen müssen. Das durch die Blockade an Nahrungsmitteln arm gewordene Volk hätte zur überwiegend vegetarischen Lebensweise übergehen müssen.

Dass diese Richtung von den massgebenden Behörden erst langsam und nicht immer einheitlich zielbewusst eingeschlagen und dass bei der Bevölkerung Verständnis für die Notwendigkeit, dieser Umstellung in den Kreisen der Erzeuger ebensowenig wie in denen der Verbraucher erweckt werden konnte, ist eine der Ursachen unseres Ernährungselends während des Krieges und der gleiche Fehler scheint vorläufig auch in der Nachkriegszeit seine verhängnisvollen Wirkungen weiter zu üben.

Im Einzelnen ist über Massnahmen zur Umstellung der landwirtschaftlichen Erzeugung Folgendes zu sagen:

Der Anbau von Zuckerrüben hatte vor dem Kriege einen wesentlich über den Inlandsbedarf hinausgehenden Umfang gewonnen, so dass grosse Zuckermengen, vor allem nach England, ausgeführt wurden. Nach Ausbruch des Krieges wurde wegen des Fortfalls dieser Ausfuhr eine Überereugung von Zucker befürchtet und deshalb der Anbau für 1915 durch behördliche Massnahmen eingeschränkt. Das erwies sich als verfehlt. Die Zuckerrübe erzielt von allen Feldfrüchten mit die höchste Nährstoffmenge auf den Hektar. Der Zucker ist geeignet andere Nährstoffe in erheblichem Masse zu ersetzen. Bei Knapperwerden der Gesamternährung musste also der Begehr nach Zucker stark zunehmen. Tatsächlich konnte schon die Ernte 1915 neben erheblichen Resten aus dem Vorjahre den gestiegenen Zuckerbedarf nicht voll decken. In den folgenden Jahren war von einschränkenden Anordnungen nicht mehr die Rede. Aber die besonders starken Anforderungen der Zuckerrübe an Arbeitskräfte und Kunstdünger liessen den Anbau dieser Frucht nicht wieder vorwärtsgehen. Durch besonders hohen Preisanreiz hätte der Anbau vielleicht um etwas gesteigert werden können, aber nur dadurch, dass anderen Früchten, die an sich schon unzureichenden Arbeitskräfte und Düngemittel noch mehr entzogen würden. Man begnügte sich deshalb damit, den Preis soweit zu steigern, dass ein wesentlicher weiterer Rückgang des Anbaus vermieden wurde und dass der durch Rationierung eingeschränkte Zuckerbedarf bis zum Ende des Krieges gedeckt wurde.

Noch grössere Nährstoffmengen als die Zuckerrübe ergibt auf den Hektar der sachgemäss durchgeführte Gemüsebau, dessen wesentliche Ausdehnung vom zweiten Kriegsjahre ab mit so günstigem Erfolge betrieben wurde, dass der ausserordentlich steigende Bedarf zuletzt ziemlich gedeckt werden konnte.

Der Obstbau dagegen liess sich wegen der langen Dauer der Entwicklung der Obstbäume und Obststräucher bis zum Fruchttragen während der Kriegsdauer nicht beeinflussen und man musste sich darauf beschränken, den Verbrauch von Obst zur Alkoholbereitung zugunsten der Ernährung einzuschränken.

Völlig ungenügend war der Erfolg der Umstellung zur Vermehrung des Anbaus von Ölfrüchten und eiweissreichen Hülsenfrüchten. Der früher in Deutschland blühende Ölfruchtbau war infolge der Auslandskonkurrenz fast ganz verschwunden. Die meisten Landwirte hatten die Kenntnis von diesem, manche technische Schwierigkeit bietenden, Anbau verloren. In den ersten beiden Kriegsjahren fehlte es auch an zielbewussten und zweckmässigen behördlichen Massnahmen; als diese im dritten Kriegsjahre endlich in Form erhöhten Preisanreizes und sonstiger Vergünstigungen einsetzten, gelang zwar eine starke relative Vermehrung. Absolut aber blieb die Anbaufläche so klein, dass sie eine wesentliche Abhilfe gegen die Fettnot nicht gewährte. Ganz dasselbe galt von dem Anbau von Flachs und Hanf, der auch früher in Deutschland erheblich gewesen, aber durch die Auslandskonkurrenz nahezu vernichtet worden war. Wäre es gelungen wenigstens vom dritten Kriegsjahre ab auch nur einige Prozente der deutschen Ackerfläche dem Ölfrucht- und Webstoffbau wiederzugewinnen und den Hülsenfruchtanbau, für den auch nichts durchgreifendes geschehen ist, stark zu vermehren, so wäre der Mangel an Fett und Eiweiss wie an Webstoffen, unter dem wir so schwer gelitten haben, wesentlich gemildert worden.

Die Hauptfrüchte Getreide und Kartoffeln mussten nach Lage der Dinge unter der Kriegsnot zurückgehen. Das einzige Mittel, das zu vermeiden, hätte in der stark vermehrten Freigabe von menschlichen Arbeitskräften durch das Heer bestanden zugunsten der Landwirtschaft direkt zur landwirtschaftlichen Arbeit und indirekt zur vermehrten Erzeugung von Kunstdünger und sonstigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln; auch die Einschränkung der Aushebung von Heerespferden und der Beschlagnahme des Pferdefutters für Heereszwecke hätte die landwirtschaftliche Erzeugung wesentlich fördern können. Soviel als möglich ist in dieser Hinsicht durch die oberste Heeresleitung, zumal in den letzten zwei Kriegsjahren geschehen. Aber die feindliche Übermacht verhinderte solche durchgreifende Massnahmen und die zahlreichen Kriegsgefangenen, die unsere Waffenerfolge uns brachten, boten der Landwirtschaft nur einen schwachen Ersatz für die zum Heere eingezogenen heimischen Kräfte.

Mit Eifer und einigem Erfolge gefördert wurde die Zuführung städtischer Schüler und städtischer Arbeiter, die in den heereswichtigen Betrieben entbehrt werden konnten, als Hilfskräfte für die Landwirtschaft. Der Erfolg freilich konnte, da auch die Landarbeit gelernt sein will, nur ein mässiger sein. Die landwirtschaftliche Bevölkerung selbst stellte im Frieden brachliegende Kräfte, Frauen und Kinder, Greise und halbe Krüppel ein. Zugtiere, die im Frieden längst als des Futters unwert abgeschafft worden wären, wurden verwendet, bis sie in den Sielen zusammenbrachen. Der letzte Zentner Kali- und Phosphorsäuredünger, den die Heimat erzeugte, das letzte Pfund Stickstoff, das die Munitionsfabriken entbehren konnten, ist dem heimischen Acker zugeführt worden.

Die durch die Kriegswirtschaft bedingten schweren Eingriffe in die Betriebe wirkten zwar lästig und zum Teil verbitternd, haben es aber nicht verhindert, dass, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, alles geschah, um dem deutschen Acker das Menschenmögliche abzugewinnen. Indess ein Rückgang der Feldbestellung nach Umfang und Güte, ein Rückgang der Erträge des immer düngerärmer werdenden Bodens von einem Kriegsjahr zum anderen liess sich nicht vermeiden; die besonders ungünstige Witterung, die jedes der vier Kriegserntejahre in weiten Teilen des Reiches bald für das Wintergetreide, bald für die Sommerfrucht, die Hackfrucht oder die Rauhfutterernte gebracht hat, trat hinzu, um den Rückgang der gesamten Bodenerzeugung von Jahr zu Jahr stärker werden zu lassen.

Äusserste Einschränkung alles sonstigen Verbrauchs der Bodenerzeugnisse zugunsten ihrer Verwendung als menschliche Nahrungsmittel musste unter diesen Umständen Pflicht sein.

Bei einer wichtigen Art des Verbrauches, der Alkoholbereitung, ist dieses Ziel, wenigstens vom Ende des zweiten Kriegsjahres ab, in weitem Umfange erreicht worden. Die Herstellung von Trinkbranntwein für die Zivilbevölkerung aus Korn wie aus Kartoffeln wurde von da ab völlig unterbunden, der Gerstenverbrauch zur Bierherstellung auf ein Minimum beschränkt.

Leider waren die Einschränkungsmassregeln auf dem noch wichtigeren Gebiet der Verfütterung viel weniger erfolgreich. Schon durch die Natur des Landwirtschaftsbetriebes waren hier enge Grenzen gegeben. Die landwirtschaftlichen Zugtiere brauchten, zumal wo sie in verringerter Zahl und Güte dasselbe wie im Frieden leisten sollten, auskömmliches Futter. Dass ihre Futterration auf Drängen der häufig in schwerster Futternot stehenden Heeresleitung unter das erträgliche Mass herabgedrückt wurde, war wohl der schwerste und bedenklichste aller kriegswirtschaftlichen Eingriffe. Um den Düngerzustand des Ackers nicht gar zu sehr zurückgehen zu lassen, musste ferner die Rindviehhaltung möglichst aufrechterhalten werden, wozu neben den nicht der menschlichen Ernährung dienenden Bodenerzeugnissen auch erhebliche Mengen von Körnerfutter gebraucht wurden. Der Landbevölkerung endlich musste, um ihre Arbeitswilligkeit zu erhalten, die Versorgung mit selbsterzeugtem Schweinefleisch einigermassen im gewohnten Umfange weiter gestattet werden, was jährlich viele Millionen Zentner von Körnern und Kartoffeln erforderte.

Aber auch innerhalb der so gezogenen Grenzen hätte sich viel zur Verringerung der Verfütterung von Nahrungsmitteln erreichen lassen. Verordnungen, die die Verfütterung einschränkten, konnten zwar nur geringen praktischen Erfolg haben; die Überwachung ihrer Durchführung war im Kleinbetriebe unmöglich, und die vorhandenen Schweine nicht ausreichend füttern zu lassen war auch volkswirtschaftlich verfehlt. Das einzige wirksame Mittel lag in der starken Verringerung der Zahl der Körner- und Kartoffelfresser, der Schweine, des Federviehs und auch der Kaninchen. In dieser Richtung sind schwere Versäumnisse begangen. Der „Schweinemord" des Frühjahrs 1915, der von richtigen theoretischen Erwägungen ausging, wurde zu falschem Zeitpunkt und in unzweckmässiger Form durchgeführt und trug so dazu bei, den richtigen Gedanken einer Einschränkung der Mastviehhaltung in der öffentlichen Meinung in Misskredit zu bringen. Der Preis, das wirksamste Mittel, um die Richtung der Warenerzeugung zu beeinflussen, wurde in den ersten zwei Kriegsjahren für Körner und Kartoffeln niedrig gehalten, während man den Preis für Fleisch und Speck so hoch steigen liess, dass die Masttierhaltung zur rentabelsten Verwertung der Bodenerzeugnisse wurde. Das Jahr 1917 brachte zwar eine sachgemässere Preisrelation und in den Jahren 1917 und 18 wurde die Zahl der Schweine durch Zwangsmassregeln scharf beschränkt. Aber das Drängen der Verbraucher nach Fleischnahrung und die im Frieden sorgsam gepflegte Vorliebe der Landleute für starke Schweinehaltung verhinderten eine durchgreifende Wirkung dieser Massregeln. Der auf diesem Gebiet besonders blühende Schleichhandel tat das seine dazu. Während des Winters 1919—20 hat infolgedessen die Verfütterung von Körnern und Kartoffeln zweifellos einen Umfang angenommen, der für die Volksernährung verhängnisvoll werden wird. — — —

Ein Rückblick ergibt hinsichtlich der Umstellung der Landwirtschaft im Kriege die Tatsache, dass in dieser Beziehung für den Krieg, geschweige denn für einen langen Krieg nicht das Mindeste vorbereitet war, dass eine tiefere Erkenntnis der dabei in Betracht kommenden volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nicht nur der Bevölkerung in Land und Stadt, sondern auch den Behörden fehlte, und dass deshalb so manche Massregel, die uns das Durchhalten auf dem Ernährungsgebiet erleichtert hätte, verspätet ergriffen und unvollkommen durchgeführt wurde.

Ein Ausblick in die Zukunft ergibt angesichts unserer jetzigen Lage die unbedingte Notwendigkeit nicht nur einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit allen Mitteln, sondern auch einer grundsätzlichen Umstellung der Volksernährung in mehr vegetarischer Richtung. **Nur auf diesem Wege kann auf dem verkleinerten und an Erzeugungskraft verarmten Boden des Reiches das Ziel erreicht werden, dass wir von unserer Eigenerzeugung leben und wenigstens auf diesem Gebiet die Unabhängigkeit erlangen, die uns der Friedensvertrag in sonstiger Hinsicht auf ein Menschenalter rauben will.**

26. Abschnitt.

Umstellung der Industrie.

Von **Arnold Steinmann-Bucher,** Berlin.

Der Reichsregierung ist vor dem Krieg und während desselben oft genug der Vorwurf gemacht worden, dass sie den Krieg nicht oder nicht umfassend genug vorbereitet hätte. Der Krieg würde, so wird noch heute vielfach behauptet, gewonnen worden sein, wenn nicht nur wirtschaftliche Kriegsorganisationen geschaffen, sondern auch eine weitausgreifende Vorratswirtschaft schon im Frieden zum mindesten angebahnt und sichergestellt worden wäre. Wir seien wirtschaftlich, nicht aber militärisch besiegt worden. Man könnte solchen Beschuldigungen gegenüber sich auf den bequemen Standpunkt der willen- und haltlosen Gleichgültigkeit stellen und sagen, einerseits: eine Schuld gibt es auf diesem problematischen und widerspruchsvollen Gebiet überhaupt nicht, andererseits: wozu der Streit, da wir doch aus ihm keinen Nutzen für die Zukunft ziehen können? Denn wir kommen ja nicht mehr in die Lage, einen Krieg zu führen, weil wir für alle Zukunft machtlos geworden sind; also sind wir auch für immer der Pflicht enthoben, uns auf einen Krieg wirtschaftlich vorbereiten zu müssen. Man könnte aber auch sagen, dass die wirtschaftliche Vorbereitung des Krieges und zwar die Errichtung eines wirtschaftlichen Generalstabes zu einer Androhung des Friedens hätte werden können, und der Regierung, sowie allen denjenigen, die für solche Massnahmen eingetreten wären und an ihnen mitgewirkt hätten, würden bei Ausbruch und während des Kriegs, sicher aber dann, wenn er trotzdem zu unseren Ungunsten ausfiel, die Vorwürfe in verschärftem Grade entgegengeschleudert worden sein, die heute der „Militarismus" über sich ergehen lassen muss, und es hätte leicht kommen können, dass gerade diejenigen Kreise, die sich um die Kriegsbereitschaft am meisten verdient gemacht hätten, den allerschärfsten Anfeindungen gegenübergestanden hätten; wirtschafts- und parteipolitische Gegensätze würden sich wohl auch ganz anders zugespitzt haben, als es nun ohnehin geschehen ist. Man braucht nur daran zu erinnern, was an Angriffen die „Schwerindustrie" dafür auszustehen hat, dass sie überhaupt Kriegsmaterial geliefert, d. h., zu der militärischen Rüstung das ihre beigetragen hat. Freilich darf man sich nicht einbilden, dass, hätten unsere Feinde der Schaffung unserer wirtschaftlichen Sicherungen ruhig zugesehen und uns Zeit gelassen, sie zu Ende zu führen, und wäre uns infolgedessen der Sieg beschieden gewesen, ein siegreiches Deutschland den inneren Frieden hätte erhalten können. Die Parteipolitik würde es verstanden haben, den Sieg für ihre Zwecke so auszubeuten, wie sie nun die Niederlage sich zu Nutzen macht.

Mit solchen hypothetischen Spekulationen schaffen wir uns indessen kein Bild über die wirklichen Vorgänge, wie sie sich bei Ausbruch des Krieges und während desselben auf wirtschaftlichem Gebiet abgespielt haben. Wohl war er wirtschaftlich nicht bewusst vorbereitet. Es war weder eine auf den Krieg berechnete Organisation der Erzeugung von Bedarfsgegenständen weder der Heeresmacht noch der Zivilbevölkerung vorgesehen, also auch keine Vorratswirtschaft. Und doch hatten wir eine wirtschaftliche Rüstung. Sie bestand in der Gesamtverfassung unserer Friedenswirtschaft. Darüber uns heute, da scheinbar nur noch deren Reste, in Wirklichkeit aber noch immer deren Hauptgrundlagen in unserer Hand geblieben sind, Rechenschaft zu geben, haben wir alle Ursache. Wir sind es uns schuldig, und unseren Bedrückern mag es als Ermahnung und Warnung dienen. Unsere Wirtschaft vor dem Krieg war das Ergebnis der Friedensarbeit fast eines halben Jahrhunderts. Industrie, Handel, Landwirtschaft und die übrigen Gewerbe Deutschlands befanden sich auf einem Höhepunkt von bis dahin unerhörter Kraft und Leistungsfähigkeit, unerhört nicht nur angesichts unserer eigenen Vergangenheit, sondern auch im Vergleich zu der Entwicklung der übrigen Länder Europas. Das musste uns, da auch sie, die uns als Feinde gegenübertraten, keine kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen getroffen hatten, schon von vornherein einen Vorsprung in der Einrichtung unserer Kriegswirtschaft geben, der für den Ausgang des Krieges entscheidend

werden konnte. Dass uns dieser Vorsprung den letzten Erfolg nicht gebracht hat, das lag nicht etwa daran, dass Frankreich, England oder irgend einer unserer Widersacher oder deren Zusammenwirken vermocht hätte, diesen Vorsprung während des Kriegs einzuholen oder gar zu nichte zu machen. Die Gegner im Osten und Südosten waren geschlagen, unsere Verbündeten nahmen unsere Hilfe in Anspruch, Frankreich und Italien waren in tiefster wirtschaftlicher Not, England aber, das seine Wirtschaft mit erstaunlicher Zwecksicherheit und ganz im Gegensatz zu seinen vorherigen wirtschaftspolitischen Grundsätzen kriegsmässig umgestaltet hatte, befand sich trotzdem nach dreijähriger Kriegsführung in höchst gefahrvoller Lage und war nahe daran, entweder den Krieg zu verlieren oder zum mindesten einen glimpflichen Frieden herbeiwünschen zu müssen. Die Enthüllungen des amerikanischen Admirals Sims über seine geheime Mission im Frühjahr 1917 haben die wirkliche Lage Englands und die Stimmung politischer Kreise zu jener Zeit verraten. Dass wir nicht dazu gekommen sind, diese Lage auszunützen, das verschuldete weder unsere militärische noch wirtschaftliche Lage, und nicht einmal der Eintritt Amerikas in den offenen Krieg gegen uns — wirtschaftlich hat es von Anfang an gegen uns gekämpft —, vielmehr die Schwäche unserer äusseren und inneren Politik, welche zu einer Schwächung auch unserer militärischen und wirtschaftlichen Widerstandskraft führte. Über dieses unendlich trübe und traurige Kapitel, das sich immer wiederholt hat, wenn die deutschen Stämme auf Höhepunkten ihrer Kraft angelangt waren, und das allem Anschein nach mit dem deutschen Geschick für alle Zukunft verbunden bleiben wird, kein Wort hier!

Richten wir unsern Blick vielmehr auf die Quellen unserer wirtschaftlichen Kraft. Als der Krieg ausbrach, so fehlte, wie schon angedeutet worden ist, scheinbar dessen wirtschaftliche Vorbereitung, und doch hat sich schon in der ersten Woche nach den Kriegserklärungen die deutsche Industrie mit ihren sämtlichen Organisationen trotz der im Frieden bestehenden Gegensätze zu einer geschlossenen Front vereinigen können und den „Kriegsausschuss der deutschen Industrie" ins Leben gerufen, der in einem Aufruf die Grundlinien für seine bevorstehende Wirksamkeit und die Grundgedanken der späteren Kriegswirtschaft enthielt: die Zusammenfassung der geistigen und materiellen Mittel, welche die Industrie in sich vereinigt, in Fühlung mit der Reichsverwaltung und der deutschen Finanzkraft, das planmässige Zusammenwirken der bereits vorhandenen industriellen Organisationen für eine kraftvolle Arbeitsleistung und die zweckmässige Verwendung der vorhandenen nationalen wirtschaftlichen Kräfte nicht allein für die Landesverteidigung an den Grenzen, sondern auch für die Deckung des inneren Bedarfs während der Dauer des Kriegs. In diesem Aufruf war auch bereits die Rede von der systematischen Verteilung der Angestellten und Arbeitnehmer sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie, von der Unterstützung und Beschäftigung der infolge des Kriegs notleidenden Zweige der Industrie durch die aussergewöhnlich in Anspruch genommene Industrie, von der planmässigen Verteilung des Erzeugungsprozesses, kurz von all den Massnahmen, die in der Folge die wirtschaftliche Kriegsführung ausgemacht haben. Die Vorbereitung der Kriegswirtschaft fehlte, was die Industrie betrifft, also nur scheinbar, und bald erkannte man, welche Bedeutung für sie die industriellen Organisationen, namentlich die Kartelle und Syndikate haben würden; denn diese hatten diese Bereitschaft, wenn auch nicht bis zum Ende, bereits durch ihre organisatorische Friedensarbeit besorgt, und als das Reichsamt des Innern und das Preussische Kriegsministerium die obere Leitung der Kriegswirtschaft in die Hand nahmen, so waren es diese Friedensorganisationen, die sofort für dieselbe in Anspruch genommen werden konnten. Welches Gebiet der Kriegswirtschaft auch ins Auge gefasst werden mag, überall finden sich die Anknüpfungspunkte zwischen ihr und dem Kartell- und Syndikatswesen. In dem von mir bearbeiteten „Wegweiser durch die deutsche Kriegswirtschaft" finden sich überall die Hinweise diesen engen Zusammenhang. Weder die Kriegsrohstoffabteilung, noch das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt, noch das Bekleidungsbeschaffungsamt, die technische Bezirksdienststelle oder das Reichskommissariat für die Aus- und Einfuhrbewilligungen hätten ihre Aufgaben lösen können, hätten sie nicht die Friedensorganisationen der Industrie vorgefunden. Und die Schaffung der für die einzelnen Industriezweige gebildeten Kriegsorganisationen wäre erst recht fast unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnet, hätten sie sich nicht auf die bereits vorhandenen Vereinigungen aufbauen können. Gerade vermöge dieser glücklichen Zustände ist die deutsche

Kriegswirtschaft derjenigen jedes anderen Landes weit überlegen gewesen und war es von Anfang an. Es bedurfte langer Zeit, bis unsere Feinde diese Überlegenheit erkannten. Wie nachhaltig sie wirkte, dafür ist der beste Beweis der Versuch, es uns nachzumachen.

Es kann nun weiter festgestellt werden, dass bei uns die Syndikatsfrage während des Kriegs eine sehr erhebliche Weiterbildung erfahren hat, und zwar nach verschiedenen Richtungen. Wenn schon das vor dem Kriege Bestehende durch den Nutzen, den es der Kriegswirtschaft gestiftet hat, der Kartellbewegung ein hohes Ansehen und die allgemeine Anerkennung in politischen und Verwaltungskreisen, sowie unter Theoretikern und in der Presse gesichert und selbst die ihr bis dahin widerstrebenden wirtschaftlichen Gruppen näher gebracht hat, so konnte es nicht ausbleiben, dass nun auch diese sich eingehender als bisher mit den Grundgedanken der Bewegung beschäftigten und mit Eifer, oft sogar mit einem starken Übereifer sich ihrer anzunehmen, sie zu beeinflussen und zu befruchten versuchten. Dabei kam es dann natürlich auch zu Übertreibungen, und die Gefahr der Überführung der privaten Kartellwirtschaft in den vollen Staatssozialismus drohte schon während des Krieges. Nicht nur Theoretiker, sondern auch praktisch geschulte Köpfe trugen sich mit sehr weitgehenden Sozialisierungsgedanken und bemühten sich um deren Verwirklichung. Als aber der Krieg verloren war und die neue die alte Ordnung ablöste, haben die sozialistischen Parteien geglaubt, ihr Können dadurch in das beste Licht zu setzen, dass sie es an den am kunstvollsten syndizierten Industrien übten und den Syndikatsgedanken in den Sozialismus überleiteten. Wir wissen heute, mit welchem Nutzeffekt.

Für die Kriegsarbeit aber handelte es sich darum, nützliche praktische Arbeit zu leisten, die Erfahrungen der in den Kartellen Tätigen zu nützen und die vorhandenen Einrichtungen auf die Bedürfnisse und Anforderungen des Krieges einzustellen. Das konnte nur bewirkt werden durch eine enge Fühlungnahme der Organe der militärischen und Zivilverwaltung mit den führenden Persönlichkeiten aus den gewerblichen Verbänden. Andererseits aber handelte es sich für diese gewerblichen Leiter wieder darum, unter sich selbst ins Klare zu kommen, sich gegenseitig auszusprechen, die Erfahrungen zu tauschen und sich zu verständigen, um den staatlichen Organen gegenüber sich möglichst stark zu machen. Bei diesen Verhandlungen, dem gegenseitigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch und der öfteren und lebhafteren Berührung der gewerblichen Vertreter unter sich und mit den amtlichen Stellen ist auf allen Seiten viel hinzugelernt worden. Die Aussprache innerhalb der in Frage stehenden gewerblichen Kreise hat dieselben sich gegenseitig entweder näher gebracht und dadurch dem Einigungsgedanken einen breiteren Boden geschaffen und manchen Aussenseiter in die Verbände hineingezogen, oder es ist über die beiderseitigen Interessen mehr Klarheit geschaffen worden. Die militärischen und Zivilbehörden haben sich über die gewerblichen Verhältnisse so eingehend unterrichten können, wie dies in Friedenszeiten nie möglich war. Es sind aber auch aus dem Hin und Her der Meinungen zwischen den Gewerbeführern und Behörden, insbesondere unter dem Zwang der kriegerischen Lage neue Gesichtspunkte auf beiden Seiten erstanden, teils in der Richtung einer möglichsten Berücksichtigung der praktischen Vorbedingungen der wirtschaftlichen Kriegsleistung, teils in der Richtung der staatlichen Notwendigkeit der Zwangswirtschaft. Die Not des von Feinden umringten deutschen Volkes versetzte die für die Kriegswirtschaft verantwortlichen Kreise in die Notwendigkeit, nach kürzestem Verfahren Veranstaltungen für die Sicherung des Heeresbedarfs zu schaffen, und dieses abgekürzte Verfahren schloss in sich ein grosses Mass von Besonnenheit auf allen Seiten, die Betätigung eines weitgehenden Gemeinschaftssinnes auf der Seite der Gewerbetreibenden und der Rücksicht und des Verständnisses gegenüber den Notwendigkeiten des Gewerbebetriebes auf der Seite der Behörden, dies alles im Rahmen des Kriegszustandes, also des Kriegsrechtes und insbesondere des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914. Es wird späteren Untersuchungen die Aufgabe zufallen, zu prüfen, welchen Einfluss im einzelnen die früheren Erfahrungen und die Sachkenntnis der Kartelleiter und die Verwaltungsgrundsätze der Behörden auf die Ausbildung der Kriegswirtschaft ausgeübt haben, wie sie, um nur einzelne Punkte hervorzuheben, auf die Lösung der Fragen der Rohstoffbeschaffung und -Verteilung, der Produktionsgliederung, der Stillegung von Betrieben der Preisgestaltung, der Normalisierung, der Zwangswirtschaft gewirkt haben. Hier ist insbesondere zu erinnern an die Vorgänge innerhalb gewisser Gewerbezweige, wie bei der

Bildung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates, eines Braunkohlensyndikates, eines Rohstahlverbandes, dann in der Lederindustrie, der Seifenherstellung, wo zum Teil mit staatlichem Zwang gedroht wurde, zum Teil der Zwang tatsächlich in Anwendung kam.

Unter „abgekürztem Verfahren" verstehe ich die Durchführung von Massregeln durch behördliche Entscheidung unter dem Druck der kriegerischen Notwendigkeiten im Gegensatz zu der allmählichen organischen Weiterbildung auf der Grundlage der in der Zeit vor dem Krieg in Geltung gewesenen Gewerbefreiheit. Dem abgekürzten Verfahren ist eigentümlich, dass es möglichst rasch eine für die Kriegszwecke geeignete Organisation zu schaffen sucht, ohne gleichzeitig alle wirtschaftlichen Zweckmässigkeiten und Entwicklungstendenzen zu berücksichtigen, ja unter Umständen sogar im Gegensatz zu diesen, wenn es der Kriegszweck erfordert. Die organische Weiterbildung dagegen ist das langsame Verfahren, das bestehenden Zuständen und einmal getroffenen Vereinbarungen Zeit lässt, sich zu bewähren, oder umgekehrt anderen Entwicklungsrichtungen Gelegenheit gibt, sich geltend zu machen. Die Kriegswirtschaft hat deshalb etwas Gewaltsames an sich, während die ungestörte Friedenszeit sich aus längeren Versuchsperioden, Probezeiten zusammensetzt, die der praktischen Arbeit Zeit zu Reformen und der wissenschaftlichen Forschung zur Aufdeckung von Unzulänglichkeiten und zur Anregung neuer Versuche geben. Die Verhandlungen der Kartelle und die Kartelliteratur geben ein reiches Bild dieser Vorgänge.

Der Krieg ist nun zwar zu Ende, aber nur der Form nach, d. h. er hat eine andere Form angenommen, und zwar nicht bloss die des Wirtschaftskriegs, er wird auch noch militärisch weitergeführt, einseitig, gegen Wehrlose an der Grenze wie im Innern, und ebenso ist das, was wir heute aus dem Krieg wirtschaftlich gerettet haben, zwar keine Kriegswirtschaft mehr in eigentlichem Sinne; aber wir wissen heute noch nicht, ob wir es schon Übergangswirtschaft nennen können und sind kaum im Zweifel darüber, dass es auch keine Friedenswirtschaft ist, denn es besteht noch kein Wirtschaftsfrieden, weder in unserem Verkehr mit der Aussenwelt, noch im Innern, so dass auch von einer fertigen Umgestaltung der Industrie in die Friedenswirtschaft noch keine Rede sein kann. Diese Umgestaltung wäre wohl heute vollzogen, würde sie nicht von aussen und innen gehemmt, und es lässt sich auch noch nicht voraussehen, ob und wann wir eine wohlgeordnete sichere Wirtschaft erhalten werden. Vielleicht wird dies nicht früher sein, als bis die Parteien im Innern und unsere äusseren Bedränger erkannt haben werden, dass die Wirtschaft der Vorkriegszeit doch besser war als ihr Ruf und dass die Abkehr von der inneren und äusseren rücksichtslosen und einseitigen Zwangswirtschaft nicht nur dem inneren und äusseren Frieden, sondern auch unserer eigenen und unserer Gegner inneren Wirtschaft am meisten frommen wird.

---

27. Abschnitt.

Kompensationsverkehr mit den Neutralen.

Von Dr. **R. van der Borght**, Berlin,

Präsident a. D.

Literatur:

Dr. Otto Neurath, „Grundsätzliches über den Kompensationsverkehr im internationalen Warenhandel". Weltwirtschaftliches Archiv, 13. Band, Heft 1, Juli 1918, Seite 23 u. ff.

Nicht nur im inneren, auch im internationalen Warenverkehr hat sich während des Krieges in nicht geringem Umfange eine Rückkehr zum Naturaltausch vollzogen. Solcher Naturaltausch im internationalen Verkehr wird als „Kompensationsverkehr" bezeichnet.

Der Kompensationsverkehr ist während des jahrelangen Völkerringens in umfassender Weise angewandt worden. Er ist aber nicht erst jetzt entstanden. Auch früher kam er gelegentlich vor. Wenn Napoleon I. 1811, woran Dr. Neurath erinnert, Bernadotte vorschlug, er werde ihm für 20 Mill. Frcs. Kolonialwaren, die er in Antwerpen habe, gegen Eisen für 20 Mill. Frcs. geben, so ist das derselbe Gedanke, der dem neueren Kompensationsverkehr zu Grunde liegt. Der Kompensationsverkehr beruht vor allem darauf, dass das Bedürfnis, greifbare Ware in die Hand zu bekommen, bei der zunehmenden Warenknappheit immer stärker zu Tage trat, dass aber dieses Bedürfnis wegen der wachsenden Fesselung und Behinderung des Verkehrs durch die tatsächlichen Verhältnisse und durch die behördlichen Anordnungen, Verbote und Zwangseingriffe in das Wirtschaftsleben immer weniger auf dem üblichen Wege: Ware/Geld/Ware befriedigt werden konnte. Im internationalen Verkehr trat dazu die Tatsache, dass die starken Schwankungen der Valuta den notwendigen Warenbezug auf das äusserste erschwerten. Man hätte die Wirkungen dieser Schwankungen beim Tausch der Ware gegen Geld in vollem Umfange spüren müssen und vielfach einen solchen Verkehr wegen der Unstetheit der Valuta überhaupt nicht auf einigermassen sicherer Grundlage vereinbaren können. Von solchen Störungen und Erschwerungen wollte man loskommen. Die Rückkehr zum Naturaltausch bot eine Handhabe dazu.

Es liegt in der Natur der Sache, dass während des Krieges ein solcher Kompensationsverkehr eines kriegführenden Staates im wesentlichen nur mit neutralen Ländern vor sich gehen konnte. An sich konnten natürlich auch verbundene kriegführende Staaten unter sich einen derartigen Verkehr pflegen. Sie waren aber selbst zum grossen Teil in ihrer Warenerzeugung beschränkt und durch die Kriegsbedürfnisse so sehr auf bestimmte Richtungen eingestellt, dass gegenüber den nicht aktiv am Kriege beteiligten Staaten mehr Spielraum zu solchem Verkehr bestand. Der Kompensationsverkehr konnte nicht auf Grund privater Vereinbarungen geschehen. Dieser Weg wäre nur gangbar gewesen, wenn sich der Warenverkehr zwischen kriegführenden und neutralen Staaten hätte frei vollziehen können. Während des Krieges war das ausgeschlossen. Der Warenverkehr mit anderen Ländern war durch Ausfuhr- und Einfuhrverbote gehemmt. Die Ententestaaten vollends waren in der Lage, die ganzen internationalen Austauschbeziehungen zu kontrollieren, und haben davon reichlich und energisch Gebrauch gemacht. Die neutralen Staaten haben sich dem fügen müssen. Unter diesen Umständen konnte der Kompensationsverkehr während des Krieges nur auf Grund staatlicher vertraglicher Abmachungen erfolgen. Die Lieferung der Waren konnte dann entweder unmittelbar durch den Staat oder durch ein von ihm geschaffenes Organ erfolgen, oder sie konnte Privaten übertragen werden, in welchem Falle dann natürlich der zur Lieferung verpflichtete Staat für die Durchführung der Lieferungen zu sorgen und den Verkehr zu überwachen hatte.

In den ersten Kriegsjahren war der Kompensationsverkehr nicht allzuhäufig, fehlte aber nicht. So lieferte z. B. 1915 Österreich-Ungarn an Italien, bevor dieses in den Krieg eintrat, Holz gegen Lebensmittel und 1916 England an Spanien Kohlen gegen Erze. Später ist der Kompensationsverkehr immer häufiger geworden. Eine lange Reihe solcher Verträge ist geschlossen. Die Schweiz z. B. vereinbarte Kompensationsverträge u. a. mit Deutschland, Italien, Frankreich und den Vereinigten Staaten; Holland mit Deutschland und den Ententestaaten; Spanien mit Frankreich, den Vereinigten Staaten und Argentinien; Skandinavische Staaten mit England und anderen Ententestaaten und den Vereinigten Staaten; die Vereinigten Staaten mit Japan und Mexiko usw.

Bei den Kompensationsverträgen handelt es sich in der Regel um unmittelbaren Austausch bestimmter Mengen von bestimmt bezeichneten Waren. Manchmal wurde freilich die Leistung oder Gegenleistung in weniger bestimmter Form vereinbart, z. B. derart, dass nur eine Erleichterung oder Erlaubnis für die Lieferung oder Einfuhr gewisser Warenarten gegeben wurde, ohne dass man sich auf bestimmte Mengen festlegte. Die Gegenleistung bestand nicht immer in Waren im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern teilweise auch in der Überlassung von Schiffsraum, was aber den Charakter des Naturaltausches nicht aufhebt. So ist in dem Wirtschaftsabkommen zwischen Schweden und den Ententestaaten vom Juni 1918 vereinbart worden, dass Schweden sich verpflichtet, schwedische Schiffe mit insgesamt 400 000 T., darunter 200 000 T. für die Fahrt durch die Gefahrzone der Entente zur Befrachtung zur Verfügung zu stellen gegen die Verpflichtung der alliierten Mächte, Schweden für eine seinem Bedarf entsprechende Menge die Zufuhr von Brotgetreide, Futter-

mitteln, Steinkohlen, Ölen und verschiedenen, bestimmt bezeichneten Fabrikaten und Rohstoffen zu erleichtern.

Es kommen auch Verträge vor, in denen neben bestimmten Warenlieferungen und Erleichterungen des Warenaustausches die Gewährung von Vorschüssen als Gegenleistung erscheint. So hat die Schweiz im Dezember 1917 ein Abkommen mit Frankreich getroffen, wonach sie sich verpflichtete, durch eine zu bildende schweizerische Finanzorganisation monatliche Vorschüsse an ein französisches Bankkonsortium zu gewähren. Ein Teil dieser Vorschüsse ist die Gegenleistung dafür, dass Frankreich für gewisse schweizerische Industrieerzeugnisse, namentlich der Uhren-, Bijouterie-, Stickerei und Textilindustrie die Einfuhr bewilligte. Ausserdem versprach Frankreich gewisse Erleichterungen für die Versorgung der Schweiz mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Sämereien usw.

In den Verträgen ist nicht selten auch die Frage der Beförderung der betr. Waren, also die Zuweisung von Eisenbahnwagen und dergl. geregelt.

Dass die gelieferten Waren der eigenen Erzeugung der vertragsschliessenden Staaten entstammen, ist bei solchen Abkommen nicht immer vorausgesetzt. Es konnte auch so vorgegangen werden, dass ein Staat sich von einem anderen gewisse bestimmte Warenmengen als Gegenleistung zusichern lässt und dass er die so gelieferten Waren benutzt, um von einem dritten Staate wieder bestimmte Waren zu erhalten. So hat z. B. im September 1918 die Ukraine mit Deutschland und Österreich vereinbart, dass sie den Mittelmächten bestimmte Mengen Getreide, Vieh, Zucker, andere Nahrungsmittel und Rohstoffe liefert und dafür bestimmte Mengen Kohle und Mineralölerzeugnisse erhält. Mit Russland aber schloss die Ukraine ein Abkommen, wonach sie an Russland ausser Gusseisen und Eisenbahnschienen Kohle und Koks liefert und von dort Naphtaprodukte, Schmieröl, Papier, Zement, Grubenholz, elektrische Artikel und Webstoffe erhält.

Die Kompensationsverträge wurden in der Regel auf kurze Zeit geschlossen. Das entsprach nicht nur der Unsicherheit aller wirtschaftlichen Verhältnisse während des Krieges, sondern auch dem Wesen der Sache. Der Zweck war ja immer, aus einer gewissen Notlage einen vorübergehenden Ausweg zu finden. Wenn Leistung und Gegenleistung auch der Menge nach bestimmt festgelegt wurden, wie es in der Regel geschah, war vollends die Beschränkung auf bestimmte Zeit das gegebene.

Mit dem Abschluss der kriegerischen Handlungen haben die Schwierigkeiten nicht aufgehört, die zum Kompensationsvertrage geführt haben. Deshalb sind auch in der neusten Zeit derartige Abkommen noch geschlossen worden. Im Juni 1919 hat z. B. Deutschland mit der Schweiz vereinbart, dass es monatlich an die Schweiz liefert 50 000 T. Kohle, 12 000 T. linksrheinische Braunkohlenbriketts, Eisen und Stahl, 250 Waggons Kalisalz, 150 Waggons Thomasmehl und Rohzucker. Die Schweiz dagegen verpflichtete sich, an Deutschland monatlich zu liefern, ausser frischer Milch im bisherigen Umfange, 50 Waggons Milcherzeugnisse, 25 Waggons Vollreis, 15 Waggons Schokolade oder Kakaopulver, 70 Waggons Frucht- und ähnliche Konserven, nach Möglichkeit bis zu 5000 Stück Rindvieh und 2500 Stück Ziegen. Das Abkommen galt vom 1. 6. bis 30. 11. 19. Im Juni 1919 hat Österreich mit Ungarn einen Kompensationsvertrag geschlossen, wonach es Papier, Chemikalien und fertige Konfektionswaren gegen bestimmte Mengen Schafwolle, Zement und Malz liefert.

Eine Erweiterung des Anwendungsgebietes der Kompensationsverträge ist neuerdings insofern eingetreten, als solche Abkommen in Ergänzung der sonstigen Abmachungen über den Frieden auch zwischen Staaten geschlossen sind, die sich bisher feindlich gegenüber gestanden haben. Hierher gehört z. B. die schon erwähnte Abmachung der Mittelmächte mit der Ukraine vom 10. 9. 18 und der Kompensationsvertrag zwischen Deutschland und Russland vom Herbst 1918, wonach Deutschland für die Petersburger Industrie Kohle lieferte und dafür Metalle, Asbest, Schmieröl, Flachs, Hanf und Textilwaren erhielt. Mit Polen hat Deutschland mehrfach Kompensationsverträge geschlossen, so am 4. 6. 19 und am 22. 10. 19, wobei Deutschland vor allen Dingen Kartoffeln erhielt und Kohlen lieferte. Gerade bei diesen Abmachungen mit Polen spielt offenbar auch die Valutafrage stark hinein. Polen braucht die deutschen Waren, aber der Wertstand der polnischen Valuta ist so ungünstig selbst gegenüber dem der deutschen, dass an einen anderen Ausgleich als durch Warenlieferung nicht gedacht werden konnte.

Der Kompensationsverkehr ist im Kriege entstanden. Aber er wird nicht mit dem Kriege verschwinden. Die durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse, die ihn nötig gemacht haben, können nicht sofort beseitigt werden. Der allgemeine Warenhunger, die zunächst noch zu erwartende Fortdauer der behördlichen Regelung und Beeinflussung der Ein- und Ausfuhr und des Wirtschaftslebens überhaupt und die Unstetheit der Valutaverhältnisse schaffen noch weiterhin Voraussetzungen, unter denen der Kompensationsverkehr als Ausweg erscheinen kann. Gerade die Unstetheit der Valuta wird dabei vielleicht eine besondere Rolle spielen. Sie erschwert die Rückkehr zu den gewohnten Formen des internationalen Verkehrs ausserordentlich. Der Kompensationskehr aber bedeutet in gewissem Sinne einen Clearingverkehr auf dem Boden des unmittelbaren Warenaustausches. Es ist nicht unmöglich, dass gerade die fortwährenden Valutaschwankungen dazu nötigen können, den Ausbau des Kompensationsverkehrs zu einem internationalen Warenclearing ins Auge zu fassen. Eine solche Entwicklung kann nötig werden. Dass sie an sich erwünscht sei, ist damit nicht gesagt; denn sie würde eine Erweiterung und Verlängerung des Kompensationsverkehrs bedeuten, die ihrerseits wieder eine Verlängerung und Erweiterung der im Kriege aufgekommenen zwangsläufigen Beeinflussung des Wirtschaftslebens nötig machen würde. Es liesse sich nicht durchführen, den Kompensationsverkehr der Privatwirtschaft frei in die Hand zu geben. Man würde dabei befürchten müssen, dass die privaten Abmachungen die Kreise der amtlichen Wirtschaftspolitik stören. Es bleibt also nichts weiter übrig. als ihn in der öffentlichen Hand straff zusammenzufassen und planmässig auszubauen und zu regeln, auch wenn zur Durchführung Privatbetriebe herangezogen werden. Das ganze Wirtschaftsleben drängt aber, wie im Innern, so auch in seinen Beziehungen nach aussen darnach, sich ohne die durch den Krieg aufgenötigten Fesseln bewegen und die rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte wieder in den Vordergrund stellen zu können. Den Übergang hierzu würde die Erweiterung und Verlängerung des Kompensationsverkehrs entschieden verzögern. Der Kompensationsverkehr ist eben ein Notbehelf, und man sollte ihn keinesfalls länger anwenden, als die Verhältnisse, die durch den Krieg geschaffen sind, noch fortdauern.

Zu einer dauernden und allgemeinen Anwendung in der Handelspolitik eignet sich der Kompensationsverkehr nicht. Die im Rahmen der gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen freie Bewegung der Privatwirtschaft ist nach wie vor die geeignetste Grundlage für die Durchführung des weltwirtschaftlichen Verkehrs. Sie aber kann auf die Dauer ohne die Wiedereinschaltung des Geldes in den Verkehr nicht auskommen. Mag auch der Kompensationsverkehr uns im Kriege über gewisse Schwierigkeiten hinweggeholfen haben und auch in der nächsten Zeit noch hinweghelfen können, so darf man doch nicht vergessen, dass die Rückkehr zum Naturaltausch mit den Bedürfnissen des heutigen Wirtschaftslebens in zu krassem Gegensatze steht, als dass sie von der Handelspolitik in den Kreis ihrer dauernd anwendbaren Mittel einbezogen werden könnte.

Viertes Hauptstück.

Die Revolution in Deutschland.

28. Abschnitt.

Die Ursachen der deutschen Revolution.

Von **Konrad Haenisch,**

Preussischer Staatsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Literatur:

Friedrich M e i n e c k e , Nach der Revolution. München 1920.

Kein grosses geschichtliches Ereignis entspringt nur einer einzigen Quelle. So mussten der grosse weltwirtschaftliche Gegensatz zwischen Deutschland und England, der Drang Russlands nach dem freien Meere und nach Konstantinopel, der alte Widerstreit der österreichischen und der russischen Interessen auf dem Balkan, das mit dem eigentlichen Revanche-Gedanken vielleicht mehr unbewusst als bewusst tief verbundene Sehnen des an Bevölkerungszahl und an wirtschaftlicher Lebenskraft ständig zurückgehenden Frankreich nach der Wiedergewinnung der Reichslande mit ihren Erz- und Kaligruben, ihrer Textilindustrie und ihrem Bevölkerungsüberschuss neben einer ganzen Reihe begleitender Nebenursachen zusammenwirken, um den Weltkrieg zu entfesseln, der sich dann an dem Mord von Serajewo und an der in aller Geschichte beispiellosen Unfähigkeit und Zerfahrenheit der damaligen politischen Leitung Deutschlands entzündete. In gleicher Weise wirkten auch bei der Entstehung der deutschen Revolution die verschiedensten Ursachenreihen zusammen.

Das deutsche Volk ist vielleicht das seinem Wesen nach am wenigsten revolutionäre Volk der Erde. Sehen wir vom Bauernkrieg ab, in dem revolutionäre und reaktionäre Tendenzen sich in überaus merkwürdiger Art mischen, so weist die deutsche Geschichte eigentlich nur eine einzige revolutionäre Bewegung im üblichen Sinne des Wortes auf — die Revolution von 1848/49. Überaus lehrreich ist ein Vergleich der Märzrevolution von 1848 mit der Novemberrevolution von 1918. Dort eine jahrelang vorangegangene, mit vollem Bewusstsein auf die Revolution hinarbeitende radikale Bewegung, deren Träger vornehmlich die Schichten der bürgerlichen Intelligenz waren. Alle grossen Dichter und Denker der Zeit standen längst ganz im Banne des revolutionären Gedankens. Ein gewaltiges Ethos, wie es die Lieder eines Georg Herwegh und eines Ferdinand Freiligrath durchströmte, gab jener Revolution den Schwung einer nach grossen positiven Zielen der Staatserneuerung hinstrebenden Begeisterung. Demgegenüber ist für die Revolution von 1918 vielleicht nichts so kennzeichnend wie die Tatsache, dass sie weder in den Tagen, da sie sich vorbereitete, noch in ihrem ganzen Verlauf auch nur ein einziges Lied oder Gedicht hervorgebracht hat, das

die Massen entflammt hätte und das irgendwie auf Beachtung und Dauer Anspruch erheben könnte. Sie hat keinen Rouget de l'Isle gezeugt, der ihr eine Marseillaise gesungen hätte — sie ist wohl die erste und einzige völlig liedlose Revolution der Weltgeschichte gewesen.

Der Grund für diese eigentümliche Tatsache dürfte vornehmlich darin zu suchen sein, dass im Gegensatz zu der im wesentlichen positiv gerichteten Revolution von 1848 das Hauptmerkmal der Novemberrevolution ihr negativer Charakter war. Man kämpfte — soweit man überhaupt zu kämpfen brauchte — viel weniger für neue Ideale als dafür, unerträglich Gewordenem um jeden Preis ein Ende zu machen. Es war viel mehr ein Zusammenbruch als eine Revolution. Im hergebrachten Sinne des Wortes kann man die Spartakistenkämpfe vom Januar bis zum April 1919 mit weit grösserem Rechte eine Revolution nennen als die Novemberereignisse von 1918. Mögen auch die positiven Ziele dieser Erhebungen — die Diktatur des Proletariats und die Räterepublik — noch so abwegig gewesen sein!

Zunächst springt selbstverständlich die Revolution als Erscheinungsform des rein militärischen Zusammenbruchs in die Augen. Die seelische Wirkung dieses Zusammenbruchs musste um so stärker sein, als das deutsche Volk vier Jahre hindurch, und im letzten Kriegsjahre vielleicht am meisten, mit den überschwenglichsten Hoffnungen auf einen vollen Siegfrieden genährt worden war. Seit dem Juli 1918, dem Scheitern der grossen Offensive beiderseits Reims, dem Verlust der zweiten Marneschlacht, spätestens aber seit dem militärischen Debacle des 8. August wussten zwar die engeren militärischen und politischen Kreise, dass der Krieg für die Zentralmächte rettungslos verloren sei — dem Volke aber wurde noch in den ersten Septemberwochen auf Riesenplakaten amtlich verkündet, dass „uns der Endsieg sicher" sei. Dann aber brach es plötzlich Schlag auf Schlag über das in künstlicher Blindheit gehaltene Volk herein: Der Abfall Bulgariens, der völlige militärische Zusammenbruch der Türkei, die rapid einsetzende Auflösung des ganzen Staatsgefüges Österreich-Ungarns, die bei dieser Lage unvermeidliche deutsche Bitte um sofortigen Waffenstillstand vom 5. Oktober, die dann folgenden Wilson-Noten, von denen eine immer herausfordernder und demütigender war als die andere.

Das völlig unpolitisch eingestellte deutsche Volk war bis dahin das autoritätsgläubigste Volk der Erde gewesen und insbesondere zu seinen militärischen Führern hatte es aufgeschaut wie zu Halbgöttern. Auf jedes Wort Hindenburgs und Ludendorffs hatte es geschworen. Bis in den Herbst 1918 hinein waren die deutschen Bürger nur noch uneinig darüber gewesen, in welcher Form man Belgien und grosse Teile Nordfrankreichs, das eben erst geschaffene Polen und grosse Teile des westlichen Russland der deutschen Herrschaft unterstellen werde. Und nun von heute auf morgen, buchstäblich über Nacht, dieser jähe Sturz vom höchsten Gipfel der Siegesgewissheit in den gähnenden Abgrund der vollkommenen Niederlage! Mit einem Schlage war alles Vertrauen in die alten Autoritäten dahin, jäh war der Glaube aus dem Herzen des deutschen Bürgertums, der deutschen Beamtenschaft in allen ihren Teilen gerissen und so erhob sich, als dann der unvermeidliche innere Zusammenbruch einsetzte, in ganz Deutschland auch unter den treuesten Anhängern des alten Systems kaum eine einzige Hand, um das Stürzende zu halten. Dieser psychologische Faktor ist besonders wichtig, wenn man Wesen und Verlauf der Novemberrevolution verstehen will.

Andere psychologische Faktoren kamen hinzu: Mehr als vier Jahre hindurch war fast bei jedem Deutschen alles Persönliche völlig in den Hintergrund gedrängt worden gegenüber dem Leben für den Staat und seine Zwecke. Der Staat hatte den Menschen nahezu restlos aufgesogen. Stille Beschaulichkeit, Denken, Sinnen und Dichten, das Leben in der Familie und für die Familie, die innere Entwicklung der eigenen Persönlichkeit, das Streben nach sicheren und angenehmen Formen des äusseren Daseins — alles das gab es kaum mehr. Diese vier Jahre waren nichts anderes gewesen als ein ununterbrochener zäher Kampf gegen das Natürlichste und Eigenste im Wesen der Menschen. Jeder Einzelne, ob Mann, ob Weib, war alle diese Jahre hindurch nur noch ein Rädchen gewesen in der ungeheuren Maschinerie des unpersönlichen Staates. Solch völliges Aufgehen der eigenen Persönlichkeit in einem Gesamtorganismus ist nun vielleicht ein Jahr lang zu ertragen, unter Umständen auch zwei Jahre hindurch. Es kann den Einzelnen innerlich ungeheuer heben und bereichern. Wir alle wissen das aus dem grossen, unvergesslichen

Augusterlebnis von 1914. Aber vier Jahre hindurch für sechzig Millionen einzelner Menschen diese Entäusserung des Ichs zugunsten des Staates, dieses Machtgebot eines unsichtbaren Molochs, eben des „Staates“: „Für mich habt ihr zu hungern, für mich müsst ihr eure Kinder schlachten lassen, für mich sollt ihr töten und getötet werden“ — das war zu viel. Und es wurde um so unerträglicher, je blitzartiger in den Oktobertagen von 1918 die Massen das Gefühl durchzuckte: Alle diese unsagbaren Opfer sind ja doch umsonst, völlig umsonst gewesen! Nun ergriff Heer und Heimat mit elementarer Gewalt der e i n e Gedanke: Ein E n d e mit diesen nutzlosen Blutopfern, ein s o f o r t i g e s Ende, ein Ende u m j e d e n P r e i s! Was damals, im Oktober und November 1918, die Massen erfasst hatte, war, wenn ich das Wort bilden darf, eine Friedenspsychose, in ihrer Art genau so unwiderstehlich wie die Kriegspsychose der August- und Septembertage von 1914. Und die durch vierjährige ständige Nervenüberreizung, durch vierjähriges ständiges Darben ausgemergelten Deutschen vermochten dieser Psychose nicht mehr den geringsten Widerstand entgegen zu setzen. Nur Frieden! Ist der Kaiser, den wir dreissig Jahre angebetet haben, ein Hindernis des Friedens: Fort mit ihm! Wollen die Führer des Heeres und der Flotte uns noch einmal „einsetzen“ zu einem letzten heroischen Wagnis, zum Kampfe auf Leben und Tod: Wir verweigern ihnen den Gehorsam!

Mit diesen psychologischen Faktoren sind die politischen natürlich so eng verknüpft, dass man die einen kaum von den anderen trennen kann.

Es war der Fluch des alten deutschen Staates gewesen, dass er niemals ein rechtes inneres Verhältnis hatte gewinnen können zu der grossen Masse insbesondere seiner handarbeitenden Klassen. Die Entwicklung vom alten Obrigkeitsstaat zum modernen Volksstaat war schon bei ihren ersten Schritten stecken geblieben. Es war dem deutschen Staate nicht gelungen, in jedem seiner Bewohner das stolze Gefühl der Staatsbürgerschaft zu erwecken. Mehr oder minder sah er jede starke Regung selbständigen politischen Lebens für bedenklich, verdächtig und staatsgefährlich an. Er suchte sie zu unterdrücken durch Massnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung. Das Sozialistengesetz, das zwölf Jahre lang, von 1878 bis 1890, die wirtschaftliche und politische Arbeiterbewegung Deutschlands unter ein Ausnahme-„Recht“ gestellt hat, die Umsturzvorlage von 1894, das Zuchthausgesetz von 1899, die Wahlrechtsverschlechterungen in Hamburg und einer ganzen Reihe mitteldeutscher Staaten, die starre Verweigerung des gleichen Wahlrechts in Preussen, die unaufhörlichen polizeilichen Quälereien der Arbeiterorganisationen, sogar der proletarischen Sport-, Gesangs- und Jugendvereine: Alles das zeugte von einem Geiste des M i s s t r a u e n s, der selbstverständlich auch auf der Gegenseite alles andere eher auszulösen vermochte als V e r t r a u e n zum Staate. Gerade unmittelbar vor Ausbruch des Krieges waren sehr mächtige Kräfte am Werke, um zu einem neuen, gewaltigen Schlage gegen die Arbeitergewerkschaften auszuholen. Das Fürchterlichste aber war, dass dieser Geist des Misstrauens s e l b s t w ä h r e n d d e s K r i e g e s im Grunde genommen ganz der alte blieb. Zwar fehlte es anfangs nicht an allerlei schönen Worten, wie: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, zwar wurden ein paar gegen einzelne Arbeiterorganisationen schwebende Rechtsstreitverfahren vorläufig eingestellt und ein paar preussische Minister liessen sich sogar so weit herab, das grosse Berliner Gewerkschaftshaus mit ihrem Besuch zu beehren. Das alles aber blieben Äusserlichkeiten. Im Grunde genommen änderte sich gar nichts. Bis zum Äussersten sträubte sich sogar der in diesen Fragen keineswegs ganz ahnungslose Bethmann Hollweg gegen das Mitbestimmungsrecht des Reichstages bei der Ernennung und Entlassung von Ministern, gegen die Einführung eines den Erfordernissen der Zeit entsprechenden kollegialen Ministeriums im Reiche. Das Versprechen einer Wahlreform in Preussen liess er sich widerwillig Stück für Stück entreissen. Wer kennt nicht noch die ganze Leidensgeschichte, die die preussische Wahlreform, diese Zentralfrage der ganzen deutschen Reichspolitik, während des Krieges hat durchmachen müssen, von Loebells, des Ministers des Innern, schwächlichen Erklärungen in den Jahren 1915 und 1916 bis zu der kaiserlichen Osterbotschaft von 1917, die schmählich verpuffte, dem Julierlass vom gleichen Jahre, der schliesslichen Einbringung einer schwächlichen Reformvorlage, nachdem mehr als drei Kriegsjahre verflossen waren, der grotesken Verhunzung selbst dieses schüchternen Reformversuches durch das preussische Abgeordnetenhaus nach einer mehr als halbjährigen Verschleppung, so dass man im Augenblick

des militärischen Zusammenbruchs gegen den Stand von 1914 auch nicht um einen noch so kleinen Schritt vorwärts gekommen war. Man muss alle diese Kämpfe miterlebt haben, um das Gefühl der grenzenlosen Enttäuschung und Erbitterung verstehen zu können, das die weitesten Kreise auch der national gesinnten Mehrheitssozialdemokratie ergriff, als man schliesslich vor einem Trümmerhaufen stand. Und wie leicht, wie kinderleicht wäre es für einen grossen, nein, selbst für einen kleinen Staatsmann, aber eben für einen Staatsmann gewesen, die Stimmung jener grossen und starken nationalen Strömung, die in den Augusttagen von 1914 auch fast die gesamte deutsche Arbeiterklasse ergriffen hatte, hinüberzuleiten in das breite Strombett einer ihrer selbst bewussten staatsbürgerlichen Gesinnung! Jetzt endlich, nach manchen Jahrzehnten nutzlosen Kleinkrieges, war der grosse geschichtliche Augenblick gekommen, den deutschen Staat und die deutsche Arbeiterklasse miteinander zu versöhnen, dem Staate die Arbeiterklasse und der Arbeiterklasse den Staat zu gewinnen. Nur ein klein wenig Mut und Vertrauen hätte dazu gehört. Aber Deutschland hatte eben zu seinem Unglück keinen Staatsmann, der auch nur dieses Mindestmass von Mut und Vertrauen aufzubringen vermocht hätte. So brachen die in den Augusttagen frisch vernarbten Wunden aus all den letzten Jahrzehnten nicht nur wieder auf, sondern sie erweiterten und vertieften sich, der Eiter durchdrang den ganzen Volkskörper. Und das just in den gleichen Jahren des Ringens um unsere nackte Existenz, in denen derselbe Staat, wie eben skizziert, die ungeheuersten Opfer jedes einzelnen seiner Glieder für sich beanspruchte und beanspruchen musste.

So trug auch die starre und sture Verweigerung innerer Reformen, insbesondere die Verweigerung des gleichen Wahlrechts in Preussen, das ihre dazu bei, der Revolution den Weg zu ebnen, indem sie in den Arbeitermassen den letzten Rest von Glauben an die Reformfreudigkeit und die Reformfähigkeit des alten Staates erstickte. Es ist meine feste Überzeugung, dass die rechtzeitige Modernisierung unseres Verfassungswesens im Reiche und eine rechtzeitige und grosszügige Wahlreform in Preussen uns zwar natürlich nicht den Krieg gewonnen, wohl aber die Niederlage und den Frieden weniger entsetzlich gestaltet und zudem an die Stelle der gewaltsamen Revolution eine organische Evolution hätte treten lassen — gewiss nicht zum Schaden unseres armen Vaterlandes, ebensowenig zum Schaden des Sozialismus und der Demokratie. Als in den ersten Oktobertagen von 1918 die Regierung des Prinzen Max von Baden endlich diesen Weg beschreiten wollte, war es zu spät.

Auch sonst rächte sich in der Novemberrevolution und durch sie alte politische Schuld. Wir Deutschen waren trotz der staatlichen Einigung von 1871 niemals zu einem in sich geschlossenen Nationalgefühl und Nationalbewusstsein gelangt, wie es etwa den Franzosen und Engländern schon seit langem eigen war. Die unselige Gewohnheit, die noch aus Bismarcks Zeiten stammte, die politischen Parteien Deutschlands einzuteilen in „nationale“ und „vaterlandslose“ Parteien, der grobe Unfug, heute das Zentrum, morgen die bürgerliche Linke und dann wieder die Sozialdemokratie als „Reichsfeinde“ zu brandmarken, hatte das ihrige dazu beigetragen, ein einheitliches Nationalgefühl bei uns ebensowenig aufkommen zu lassen, wie das vorhin erörterte Misstrauen des alten Obrigkeitsstaates es nicht zu einer einheitlichen staatsbürgerlichen Gesinnung hatte kommen lassen. Nationalistischer Überhitzung auf der einen Seite stand nationale Flauheit auf der andern Seite gegenüber und als der grosse vaterländische Sturm von 1914, ohne in politische Kraft umgesetzt zu werden, nutzlos vorübergebraust war, hatten wir bald wieder das alte Elend.

Dazu kam die ganz einseitig militaristische Denkweise der führenden Schichten unseres Volkes, die die allmähliche Bildung einer politischen Denkungsart gewaltsam verhinderte. Gewiss ist diese militaristische Denkungsart geschichtlich sehr wohl zu erklären aus der geographischen Lage Deutschlands, das überall weite, offene Grenzen hatte und sich in stetem Kampfe mit der ringsum auf der Wacht stehenden feindlichen Umwelt erst ganz langsam im Lauf von anderthalb Jahrhunderten und nur durch kräftigen Gebrauch seiner Ellbogen eine staatliche Lebensgrundlage hatte schaffen können. Aber so begreiflich diese militaristische Denkweise für das alten Brandenburg und Preussen, ja auch noch für die eingekeilte reine Festlandsmacht Deutschland gewesen sein mochte, so wenig passte sie hinein in das Deutschland, das seit 1890 mit vollen

Segeln in die Weltwirtschaft und in die Weltpolitik hinausgefahren war. „Das freie Meer befreit den Geist" heisst es im „Faust", aber den deutschen Geist hatte der frische Sturmwind der Ozeane nicht zu reinigen vermocht von den Schlacken des kontinental-militaristischen Denkens und Fühlens.

Diese ganz unpolitische Einstellung des deutschen Geistes wurde uns im Kriege dann zum Verhängnis. Zwar hetzten wir das Wort des alten Clausewitz, dass der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, seit 1914 unbarmherzig zu Tode — praktisch taten wir aber genau das Gegenteil dieser Lehre, indem wir die politische Art, die Dinge anzusehen, völlig hinter der militaristischen zurücktreten liessen. Das war so vom Durchmarsch durch Belgien an bis zur Erklärung des uneingeschränkten Unterseebootkrieges. So hat auch diese militaristische Denkungsart ihr vollgerüttelt Mass von Schuld am deutschen Zusammenbruch und damit an der deutschen Revolution. Aufs engste hängt mit ihr zusammen die Überspannung des militärischen Disziplinbegriffs, der ursprünglich nur gedacht war für junge Leute im Alter zwischen 19 und 21 Jahren, der nun aber im Kriege mit jenem Mangel an psychologischem Einfühlungsvermögen, der uns Deutsche leider von jeher gekennzeichnet hat, unterschiedslos angewandt wurde auch auf reife Familienväter im Alter von 40 bis 50 Jahren, auf Männer also, die an Lebenserfahrung oft turmhoch über den sie befehligenden jungen Reserveleutnants standen, deren Väter sie hätten sein können. Dieser Bogen war schliesslich so straff gespannt, dass er zerspringen musste. So erklären sich manche äusseren Erscheinungsformen der Novemberrevolution wie besonders der überall ganz spontan aufflammende Hass gegen die Offiziere, wie er sich in ihrer Entwaffnung, in dem Abreissen der Achselstücke und ähnlichen Dingen äusserte.

Von ebenso starkem psychologischem wie politischem Einfluss waren weiter auch die revolutionären Ereignisse in Russland und die der deutschen Erhebung unmittelbar vorangehenden revolutionären Begleitumstände, unter denen sich in Ungarn wie in Österreich die Auflösung des alten Systems vollzog. Russland war durch die Revolution wenn auch zu einem schmählichen Frieden, so doch immerhin zum Frieden gekommen — je länger der Krieg andauerte, je unerträglicher er wurde, desto verlockender musste es weiten Schichten der deutschen Arbeiterschaft erscheinen, zum gleichen Ziele auch auf dem gleichen Wege zu gelangen. Dazu kam die auf viele überreizte Hirne und Herzen mit fascinierender Kraft wirkende chiliastische Suggestion des spezifisch bolschewistischen Gedankens.

Der radikale Charakter der deutschen Revolution, insbesondere ihre ausgesprochen antidynastische Färbung ist nicht zum Wenigsten zurückzuführen auf die unheilvolle politische Rolle, die der letzte deutsche Kaiser dreissig Jahre lang rein persönlich gespielt hatte. Die Saat, die er in all diesen Jahrzehnten mit seinen wilden Kampfreden gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft selbst ausgestreut hatte, ging nun auf. Er hatte Wind gesät und erntete Sturm. Trotz alledem wäre es noch in den ersten Oktobertagen durchaus denkbar gewesen, zwar nicht diesen Monarchen, wohl aber die Monarchie als Institution zu retten, wenn Wilhelm II. die in jenen Tagen ganz unvermeidlich gewordene und insbesondere in den Wilson-Noten immer deutlicher geforderte Abdankungserklärung schon damals freiwillig vollzogen und wenn auch sein ältester Sohn zu diesem Zeitpunkt bereits seinen Thronverzicht ausgesprochen hätte. Das eine war, wie man weiss, trotz eifrigster Bemühungen so wenig zu erreichen wie das andere und so kam denn, was kommen musste. Die annähernd zwei Dutzend deutschen Dynastien, die mit den Hohenzollern gehen mussten, mögen sich bei Wilhelm II. für ihr Schicksal bedanken.

Schliesslich sei, weniger als politischer denn als psychologischer Faktor noch die absolute Verachtung von Gesetzen und Verordnungen erwähnt, die während der vier Kriegsjahre wie eine Pest in Deutschland um sich gegriffen hatte. Es gab schliesslich im ganzen Reiche wohl kaum einen einzigen Menschen mehr, der nicht Dutzende von Malen Dutzende von Kriegsverordnungen übertreten hatte und hatte übertreten müssen, weil diese, in zahllosen Fällen einander widersprechenden Verordnungen eben zum grossen Teil gänzlich undurchführbar waren. Dass aber die Gewöhnung an Gesetzlosigkeit den besten seelischen Nährboden für Revolutionen abgibt, braucht im einzelnen hier wohl nicht dargelegt zu werden.

Allen diesen hier erörterten Ursachenreihen gegenüber hat nach meinem Empfinden die

bewusste Vorbereitung der Revolution in der Heimat und die bewusste Zersetzung der Feldarmeen nur eine verhältnismässig geringfügige Rolle gespielt. Dass solche revolutionäre Propaganda mindestens seit dem Beginn des Jahres 1917 in grösserem Umfange getrieben worden ist, unterliegt allerdings keinem Zweifel. Schon damals war die Flotte ihr wichtigstes Betätigungsfeld, wie aus den bekannten Matrosenmeutereien von Wilhelmshaven im Sommer 1917 deutlich hervorgeht. Aus welchen Gründen gerade die Flotte für diese Propaganda den günstigsten Feuerherd bildete, diese Flotte mit ihrem nervenanspannenden, vier Jahre lang weder Tag noch Nacht je aussetzenden Wacht- und Vorpostendienst, den nur ein einziges Mal die Entladung in einer grösseren kriegerischen Aktion unterbrach (Seeschlacht im Skagerrak), das ist ja oft und zur Genüge erörtert worden, so dass ich hier darauf nur hinzuweisen brauche. Weitere Folgewirkungen der revolutionären Propagande zeigten sich dann in den grossen Massenstreiks in der Rüstungsindustrie, die besonders der Januar 1918 in Berlin, München und einigen anderen Städten brachte. Seit dem September 1918 wurde diese bewusst auf einen allgemeinen bewaffneten Aufstand hinarbeitende revolutionäre Agitation ohne Zweifel immer systematischer und umfassender. Aber niemals hätte sie zu einem so ungeheuren Erfolg führen können, wie der 9. November ihn krönte, wenn nicht die vorhin besprochenen politischen und psychologischen Entwicklungsreihen ihr einen nur allzu üppigen Nährboden bereitet hätten.

---

29. Abschnitt.

a) Von Kiel bis Berlin.

Von Redakteur **Erich Kuttner,** Berlin.

Literatur:

Bernhard Rausch, Am Springquell der Revolution (Die Kieler Matrosenerhebung). Verlag Chr. Haase u. Co. Kiel 1918. — Freiherr von Forstner, Korvetten-Kapitän, Die Marine-Meuterei. Verlag Karl Curtius Berlin. — Erich Kuttner, Von Kiel bis Berlin. Verlag für Sozialwissenschaft. Berlin 1918. — Josef Kliche, Vier Monate Revolution in Wilhelmshaven. Verlag von Paul Hug & Co. Rüstringen 1919. — Wilhelm Breves, Bremen in der deutschen Revolution. Verlag Franz Leurer. Bremen 1919. — W. Sollmann, Die Revolution in Köln. Verlag „Rheinische Zeitung". Köln 1918. — Jacob Altmeier, Frankfurter Revolutionstage. Verlag Union-Druckerei Frankfurt a. M. — Die Attentate im Bayerischen Landtag. Verlag von G. Birk & Co., in München 1919. (Enthält Geschichte der Münchner Revolution.) — Friedrich Stampfer, Der 9. November. Gedenkblätter zu seiner Wiederkehr. Verlags-Buchhdlg. Vorwärts. Berlin 1919. — Die Revolution in Brüssel. Bericht des Vollzugsausschusses des Zentral-Soldatenrates in Brüssel. Verlag A. Siegmund. Neukölln. — Ludwig Lewinsohn, Vorsitzender des Soldatenrates der IV. Armee. Die Revolution an der Westfront. Mundus Verlagsanstalt G. m. b. H. Charlottenburg 1919. — Ledebour vor den Geschworenen. Seine Verteidigungsrede. Verlagsgenossenschaft Freiheit e. b. m. b. H. Berlin.

Siegreiche Revolutionen spielen sich meist in gewissen typischen Erscheinungsformen ab: Entweder sind sie hauptstädtische Revolutionen, die ihren Ursprung am Sitze der staatlichen Zentralgewalt nehmen, sich dieser bemächtigen und mit ihrer Hilfe das übrige Land hinter sich herreissen. Oder aber sie sind militärische Revolutionen, die mit dem Aufstand eines Truppenteils beginnen und deren Erfolg davon abhängt, ob dieser die übrige Armee zum Anschluss bewegt oder sie im Weigerungsfalle militärisch überwältigt. Die deutsche revolutionäre Bewegung vom November 1918 weist Momente beider Typen auf, ist aber in ihrem entscheidenden Verlauf dem zweiten, militärischen Typ, zuzurechnen. Rein militärischen Charakter trug das zeitlich früheste Ereignis, der Abfall der Flotte. Dagegen stellt der Ausbruch der Revolution in München am 6. November, der mit dem Aufstand der Flotte nur lockeren Zusammenhang hatte und wahr-

scheinlich auch ohne diesen erfolgt wäre, eine hauptstädtische Revolution dar, deren Erfolg nur um deswillen nicht sofort entscheidend war, weil sie nicht die Hauptstadt des ganzen Reiches, sondern die des nur mittelstaatgrossen Bayern erfasste.

Hauptstädtische Revolutionen sind mit ihrem Siege in der Hauptstadt im wesentlichen entschieden. An Punkten der Peripherie ausbrechende Revolutionen können dagegen ihren Sieg meist erst dann als gesichert ansehen, wenn sie die Hauptstadt des Landes erobert haben. Zwar spielt die Hauptstadt heutzutage nicht mehr die unbedingt entscheidende Rolle wie etwa in den Zeiten des alten Absolutismus, denn an anderen Stellen des Landes gelegene industrielle und kommerzielle Zentren bedingen, dass sie nicht mehr als „die Stadt" schlechthin gilt, aber dennoch erweist sich die Tatsache, dass die Fäden der gesamten Verwaltung in ihr zusammenlaufen, als immer noch recht ausschlaggebend im Kampfe um die Macht.

Die deutsche Revolution brach an zwei Punkten aus, die beide verhältnismässig weit von der Reichshauptstadt entfernt liegen, der eine an der Meeresküste, der andere auf der voralpinen Hochfläche. Sie musste daher Schritt vor Schritt vordringend suchen, die Hauptstadt zu erreichen, um hier ihren Sieg zu vollenden, und dieser Zug von Kiel bis Berlin (München bis Berlin ist weniger nachweisbar) bestimmte im wesentlichen den Sieg der Revolution. Er vollzog sich innerhalb einer Zeitspanne von fünf bis sechs Tagen. Rechnet man von dem Zeitpunkt an, der als der eigentliche Ausgangspunkt der Revolution zu betrachten ist, von der Meuterei der Hochseeflotte, so erhält man sogar einen Zeitraum von dreizehn Tagen, dessen die Revolution bedurfte, um zu siegen.

Über die inneren Ursachen und Gründe der Revolution soll hier nicht gesprochen werden, sondern vor allem über ihren äusseren Verlauf. Bezüglich der Ursachen steht der Verfasser auf dem Standpunkt, dass die Revolution eine notwendige und fast automatische Folgeerscheinung des militärischen Zusammenbruchs war. Nachdem sich bereits anderthalb Jahre vor Ausbruch der deutschen Revolution im benachbarten Russland ein grosser revolutionärer Brandherd gebildet hatte, nachdem der Zerfall der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie sich unter ausgesprochen revolutionären Begleiterscheinungen vollzog und damit einen zweiten revolutionären Brandherd im Süden Deutschlands schuf, konnte es gar nicht ausbleiben, dass die militärische Katastrophe Deutschlands revolutionäre Folgen im Innern auslöste. Man braucht wirklich nicht auf einer besonders hohen historischen Warte, man braucht nur eine Stufe über dem niedersten politischen Tageskampf zu stehen, um das einzusehen. Alle Behauptungen von einer künstlich gemachten Revolution, mögen sie nun von Revolutionären ausgehen, die mit revolutionären Verdiensten prunken wollen, oder mögen sie von Gegenrevolutionären aufgestellt werden, welche die Revolution „als das grösste Verbrechen am Volke" brandmarken möchten, gehören in das Reich der historischen Fabel. Die Revolution war weder Verdienst noch Verbrechen, sie war ein historisches Elementarereignis, das umso unaufhaltsamer war, als in den Tagen der Katastrophe das alte Regiment innerlich selbst schon abgedankt hatte, und eigentlich nur noch die Form seiner Beseitigung diskutiert wurde.

Im Einzelverlauf der Revolution ist gewiss manches zufällig. Aber wenn ein Kessel überheizt ist, hängt es stets vom Zufall ab, an welcher Stelle er zuerst platzt, und es wäre töricht zu sagen, dass der Kessel gehalten hätte, wenn die Stelle etwas fester gewesen wäre, an der sich der erste Riss zeigte. Freilich will man gerade darin, dass die deutsche Revolution mit einer Meuterei der Marine begann, ein Zeichen ihrer planmässigen Vorbereitung sehen. Denn auf der Marine hatten sich schon im August 1917 Vorgänge abgespielt, die von der Regierung als Vorbereitung einer Meuterei betrachtet wurden, und deren Aufdeckung zwei Todesurteile gegen die Hauptbeteiligten, die Matrosen Reichpietsch und Koebes (vollstreckt am 7. Sept. 17) sowie Zuchthausstrafen gegen eine Anzahl weiterer Teilnehmer (insgesamt über 200 Jahr) nach sich zog. Die Erschossenen hatten mit Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie in Verbindung gestanden; diesen Umstand benutzte seinerzeit der Reichskanzler Michaelis zu einem Vorstoss im Reichstag gegen diese Partei, bei dem allerdings die Regierung nicht den von ihr gewünschten Erfolg erreichte. Die angegriffenen Abgeordneten Haase, Dittmann, Vogtherr stellten damals jede Förderung eines hochverräterischen Unternehmen entschieden in Abrede (9. Oktober 17).

Hatte nun die Gehorsamsverweigerung Ende Oktober 1918 mit den mehr als um ein Jahr zurückliegenden Vorgängen etwas zu tun? Positives Beweismaterial für solche Zusammenhänge ist bis zur Stunde noch nicht erbracht worden. Ein Zusammenhang wird aber auch innerlich unwahrscheinlich, wenn man bedenkt, dass der Matrosenaufstand wahrscheinlich nicht erfolgt wäre, wenn nicht am 28. Oktober der Befehl zum Auslaufen der Flotte gekommen wäre. Über die Ziele und Absichten, die tatsächlich mit diesem Befehl verfolgt wurden, herrscht heute noch Streit. Sicher aber ist, dass die Mannschaften sich die Sache so auslegten, dass die deutsche Flotte ausfahre, um sich in letzter furchtbarer Schlacht von der feindlichen Übermacht vernichten zu lassen und so der schmählichen Auslieferung zu entgehen. Unbedachte Äusserungen von Marineoffizieren über einen bevorstehenden „Todesritt" hatten diesem Gerücht, dessen tatsächliche Berechtigung dahingestellt bleiben muss, reichlich Nahrung gegeben.[1])

Nach dem damaligen Stand der Verhandlungen wurde der Abschluss des Waffenstillstandes nur noch als eine Frage von wenigen Tagen angesehen. Wer bis jetzt den Krieg überstanden hatte, betrachtete sich als gerettet. Nun glaubte die Marinemannschaft, dass sie im letzten Augenblick noch hingeopfert werden sollte, sie empfand dieses Opfer als zwecklos und suchte es durch Gehorsamsverweigerung zu verhindern. Die Heizer löschten die Feuer unter den Kesseln und machten so zu mehrerenmalen das Auslaufen der Hochseeflotte unmöglich. Der Zweck der Meuterei war also zunächst ein rein d e f e n s i v e r: Die Mannschaften wollten ihr Leben retten. Hält man an dieser Tatsache fest, so erscheint der Gedanke einer organisierten Verschwörung äusserst unwahrscheinlich; jedenfalls hätte eine solche nicht zum Ausbruch gelangen können, wenn der Befehl zum Auslaufen unterblieben wäre.

Die Mannschaften hätten sich wahrscheinlich auch mit dem Erfolg, das Auslaufen der Flotte verhindert zu haben, vollständig begnügt, wenn sich nicht vom Standpunkt der Vorgesetzten aus die Notwendigkeit eines strafrechtlichen Einschreitens gegen die Meuterer ergeben hätte. Zunächst deutete jedenfalls nichts darauf hin, dass noch irgendwelche Ziele über die Verhinderung einer Seeschlacht hinaus seitens der Mannschaften verfolgt wurden. Die Bewegung erhielt erst dadurch neuen Impuls, dass bei der Rückkehr in den Hafen hunderte von Matrosen eingekerkert wurden.

Das dritte Geschwader, auf dem die Bewegung sich besonders stark gezeigt hatte, fuhr durch den Ostseekanal nach Kiel, wo die Vorgesetzten glaubten, die Disziplin besser wiederherstellen zu können, von ihrem Standpunkt aus allerdings ein unbegreiflicher Fehler, da sich in Kiel von selber die Berührung mit der zahlreichen und gut organisierten Arbeiterschaft ergab. Acht Linienschiffe, drei Torpedobootsflottillen, mehrere kleine Kreuzer und weitere Spezialschiffe waren zu dieser Zeit in Kiel versammelt, die Zahl der in Kiel anwesenden Seeleute betrug etwa 25 000. (Vgl. Rausch a. a. O. S. 12.)

Die Massenverhaftungen begannen sofort nach der Ankunft des Geschwaders. Hiergegen erhob sich das Solidaritätsgefühl der übrigen Mannschaften. Die Ereignisse spielen sich nun folgendermassen ab: Am 1. November findet eine Besprechung von mehreren hundert Marineangehörigen im Gewerkschaftshaus statt. Eine Deputation wird gewählt, die vom Kommandanten sofortige Freilassung der Gefangenen fordert, dieser weigert sich, mit ihr zu verhandeln. Am 2. November versagt die 2. Kompagnie des I. E. S. B., die die Matrosenansammlungen mit schuss-

---

[1]) Nach Angabe der damaligen Marineleitung sollte durch den Vorstoss der rechte Flügel der sich aus Flandern zurückziehenden Armee gedeckt werden. Dieser Darstellung hat dem Verf. gegenüber A d m i r a l v o n T r o t h a Ende November 1918 in längerem persönlichen Gespräch aufrechterhalten. Die Möglichkeit, dass es infolge des Vorstosses zu einer Seeschlacht kommen konnte, gab Admiral v. Trotha zu. In diesem Falle wollte man versuchen, die Engländer auf die (mit Einstellung des Tauchbootkrieges zu Schlachtzwecken verwendbar gewordenen) U-Boote zu locken. Der Verf. glaubt zwar auch nicht an die Absicht eines „Todesritts", steht aber nichtsdestoweniger den Erklärungen der Marineleitung skeptisch gegenüber. Eine Seeschlacht grossen Stils konnte und musste die W a f f e n s t i l l s t a n d s v e r h a n d l u n g e n empfindlich stören. Eine solche Störung aber wäre gewissen militärischen Stellen nicht unerwünscht gewesen, seitdem in der Kabinettssitzung vom 25. Oktober (nach Zeugnis des General Scheuch) L u d e n d o r f f den Abbruch der Verhandlungen gefordert hatte, ohne damit durchzudringen. (Vgl. „Vorwärts", Nr. 562 vom 3. Okt. 1919.)

fertiger Waffe zerstreuen soll, den Gehorsam. Am 3. November (Sonntags) bricht auf dem Linienschiff „Markgraf" eine Empörung aus, etwa 80 Matrosen werden verhaftet. Die Matrosen, denen der Besuch des Gewerkschaftshauses und sonstiger Versammlungslokale verboten worden ist, veranstalten eine Demonstration unter freiem Himmel. Vergeblich lässt der Gouverneur Alarm schlagen, um die Matrosen zu zwingen, ihre Schiffe und Quartiere aufzusuchen. Die Demonstranten bilden einen Zug, dem sich die im Lokal „Waldwiese" einquartierten Mannschaften anschliessen. Beim weiteren Marsch auf die Militärarrestanstalt in der Feldstrasse, wo die Gefangenen befreit werden sollen, erfolgt — Ecke Karl- und Brunswickerstrasse — ein blutiger Zusammenstoss mit einem aus Maaten und Applikanten gebildeten Absperrungskommando. Unter Verlust von 8 Toten und 29 Verwundeten wird der Zug zerstreut. Aber die Folge ist, dass sich die Matrosen nunmehr unter Vorangang der Werftdivision bewaffnen. Am 4. November stehen etwa 20000 Matrosen unter Waffen. Von den Militärbehörden herbeigerufene Infanterie versagt oder wird entwaffnet. Im Gewerkschaftshaus bildet sich ein Soldatenrat, der die tatsächliche Gewalt in Kiel ausübt. Nunmehr erklärt sich der Gouverneur, Admiral Souchon, zu Verhandlungen bereit, die zu einer Kapitulation der Marinebehörden vor den Aufständischen werden. Diese stellen in 14 Punkten ihre Forderungen zusammen, ein unsystematisches Gemisch heterogener Dinge, wichtiges und unwichtiges, militärisches und politisches durcheinander. Die Kunterbuntheit der Forderungen zeugt für ihre spontane Entstehung. Noch ehe eine volle Einigung erzielt ist, werden die gefangenen Matrosen in Freiheit gesetzt. Die Führer der sozialdemokratischen Partei in Kiel haben sich inzwischen mit der Regierung in Verbindung gesetzt, welche die Abgeordneten Noske (Sozialdemokrat) und Haussmann (Fortschrittliche Volkspartei) zur Verhandlung mit den Aufständischen nach Kiel entsendet. Beide treffen am Abend des 4. ein und werden freudig begrüsst. Wie Noske später in Gegenwart des Verfassers in einer Berliner Versammlung erzählte, hatten beide Abgeordnete bis zu ihrem Eintreffen in Kiel noch keine Vorstellung von dem Stand der Dinge. Erst als sie am Bahnhof von bewaffneten Matrosen mit roten Abzeichen begrüsst wurden, wurde ihnen die Situation klar. Noske war es dann, der als Gouverneur von Kiel die Bewegung in geregelte Bahnen lenkte und für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgte. Die Verhandlungen begannen sogleich am Abend und führten zunächst dazu, dass bereits in die Wege geleitete militärische Massnahmen gegen Kiel seitens der Regierung eingestellt wurden. Damit war der Sieg der Revolution in Kiel unbestritten.

Trotzdem wussten die Matrosen, dass sie ein gefährliches Spiel spielten, wenn der Aufstand auf Kiel beschränkt blieb. Sie suchten ihn deshalb auszudehnen, indem sie teils zu Schiff, teils per Eisenbahn bewaffnete Abteilungen zunächst in umliegende, später auch in entfernte Orte und Garnisonen schickten. Seit dem 5. November wächst die Bewegung schneeballartig. Zunächst erfasst sie die Häfen und Garnisonen an der Wasserkante. Lübeck fällt am 5., Hamburg, Bremen, Wilhelmshaven, Rendsburg, Rostock-Warnemünde fallen am 6. November der Bewegung zu. Dann dringt diese ins Binnenland ein, Hannover, Braunschweig, Köln, Frankfurt a. M. werden — um nur die Hauptzentren zu nennen — in den nächsten 48 Stunden von ihr ergriffen. Details zu geben erübrigt sich hier.[2]) Es ist fast überall das gleiche Schauspiel. Die alten Behörden ergeben sich widerstandslos, nirgends tritt planmässiger und organisierter Widerstand in die Erscheinung. Nur in Hamburg kommt es bei der Einnahme einer Kaserne noch zu einem blutigen Feuergefecht, das einige Tote kostet. Die Garnisonen gehen überall sofort auf Seite der Revolution über. Das Erscheinen einer kleinen Anzahl bewaffneter Matrosen genügt selbst in Grossstädten, um einen sofortigen Umschwung herbeizuführen. Mit dem Vordringen der Revolution tritt der Anteil der Arbeiterschaft immer stärker in die Erscheinung. In Kiel spielte sie neben den Matrosen nur eine sekundäre Rolle; im Binnenlande kehrt sich das Verhältnis vielfach um: Hier sind es häufig Arbeiterdemonstrationen und Arbeiterzüge, die den Umsturz herbeiführen.

Ganz rein prägt sich der Charakter der „zivilistischen" Revolution in München aus, wie denn überhaupt München gegenüber der von Kiel ausgehenden Bewegung eine mehr selbständige Rolle spielt. Auch in politischer Beziehung war die Münchener Erhebung von besonderer Tragweite.

---

[2]) Ich verweise im übrigen auf die im Literaturverzeichnis angegebenen Einzeldarstellungen von Kliche, Sollmann, Brewes u. Altmeier.

In norddeutschen politischen Kreisen galt es bis dahin als ziemlich feststehend, dass im Falle einer Republikanisierung Deutschlands der Süden unter seinen Herrscherhäusern verbleiben und sich vom Reiche loslösen würde. (Vgl. Stampfer a. a. O. S. 18.) Nun aber wurde in Bayern als ersten deutschen Bundesstaat offiziell die Republik ausgerufen.

Die bayerische Revolution wurde zweifellos gefördert durch die während des Krieges erstarkten partikularistischen Strömungen. Infolge des in Bayern nie ausgestorbenen, durch den Krieg aber besonders angefachten Preussenhasses war der Krieg in Bayern besonders unpopulär geworden. Man gab der bayerischen Regierung die Schuld, dass sie sich durch Preussen in den Krieg hätte hineinziehen lassen. Angesichts des völligen Verlustes des Krieges musste diese Unzufriedenheit besonders heftig zum Ausbruch kommen. Obendrein befand sich München gerade um die Oktoberwende in starker politischer Bewegung infolge einer Nachwahl zum Reichstag, die durch die Mandatsniederlegung des sozialdemokratischen Abgeordneten für München II von Vollmar, notwendig geworden war. Gegen den Mehrheitssozialisten Erhard Auer kandidierte der Unabhängige Kurt Eisner, es fanden grosse Versammlungen und heftige Redekämpfe statt. Eisner namentlich verfehlte nicht, in seinen Versammlungen die Stimmung auf die Revolution vorzubereiten.

Der 3. November — der Tag des Blutvergiessens in Kiel — brachte auch in München einen revolutionären Auftakt. Einige hundert Anhänger der unabhängigen Partei zogen am Nachmittag vor das Gefängnis Stadelheim und verlangten dort die Freilassung dreier politischer Gefangener, die anlässlich der Streikbewegung vom Januar 1918 in Haft genommen waren. Nach einigen Verhandlungen wurde die Freilassung bewilligt, für das damalige Datum eine erstaunlich rasche Kapitulation. Am Abend des 5. November veranstaltete Eisner eine grosse Versammlung auf der Theresienwiese, in der bereits zum Losschlagen aufgefordert wurde. Eisner aber hielt die Massen zurück, indem er seinen Kopf zum Pfand setzte, dass binnen weniger Tage die Regierung gestürzt sein würde. Die immer grösser werdende Spannung und die Nachrichten aus Kiel veranlassten auch die sozialdemokratische Mehrheitspartei einzugreifen. Am 6. November erliess sie einen Aufruf, der für Donnerstag, den 7. November, zu einer Riesendemonstration auf der Theresienwiese einlud. Auch die unabhängige Partei beteiligte sich an der Demonstration, die ungeheuere Massen zusammenführte, ihrerseits mit besonderen Absichten, deren Geheimhaltung Eisner als „Ueberraschungsstrategie“ entschuldigt hat. Auf dem Rückweg drangen nämlich dann Züge in die Kasernen ein, deren Insassen keinen Widerstand leisteten. Am Abend war die Stadt bereits in die Hände der Revolution übergegangen, ohne dass der Machtwechsel von vielen wahrgenommen worden war. In der Nacht konstituierte sich ein Arbeiter- und Soldatenrat, am Morgen des 8. wurde offiziell die Republik ausgerufen.

Nach dem bisherigen Umsichgreifen der Revolution konnte es fraglich erscheinen, ob die alten Machthaber überhaupt noch Widerstand versuchen würden. Der einzig ernsthafte Versuch hierzu wurde in der Reichshauptstadt selber unternommen. Hier waren einige für „zuverlässig“ geltende Bataillone, namentlich Jägerbataillone, die bei der Niederwerfung der finnischen Roten Armee beteiligt gewesen waren, zusammengezogen worden. Der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst v. Linsingen, schien entschlossen, es auf alles ankommen zu lassen. Die Nachrichten über das Fortschreiten der Revolution wurden unterdrückt, die Reichshauptstadt in einen Zustand förmlicher Isolation versetzt; in der Nacht vom 7. zum 8. November wurde der Fernsprech- und Telegraphenverkehr nach ausserhalb eingestellt, am 8. November auch der gesamte Fernzugverkehr, um das Eintreffen revolutionärer Matrossenabteilungen zu verhindern. Trotzdem soll es einigen dieser Abteilungen gelungen sein, die Stadt zu erreichen, sie sind angeblich an den Bahnhöfen entwaffnet worden. Etwas zuverlässiges hierüber hat der Verfasser nicht feststellen können. Jedenfalls befand sich am 7. und 8. die Stadt noch in den Händen der Militärbehörden, durch Anschlag erliess Generaloberst v. Linsingen ein Verbot, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden. Nach Lage der Sache musste dieses Verbot allerdings eher anreizend als abschreckend wirken.

In Berlin bestand aber bereits seit der Streikbewegung vom Januar 1918 ein organisiertes Revolutionskomitee, der „Rat der revolutionären Obleute“ (der Grossbetriebe). Seine Führer waren die unabhängigen Sozialisten Ledebour, Däumig, Barth, der Kommunist

Liebknecht (mit seiner Haftentlassung im Oktober 1918) u. a. m. In seiner Verteidigungsrede vor den Geschworenen hat Ledebour[3]) diese Verschwörung als die eigentliche Triebkraft der Revolution hinzustellen gesucht, die den 9. November veranlasst habe. Richtig ist, dass das Komitee der „revolutionären Obleute" planmässig auf eine Revolution hinarbeitete, dess Barth sogar für diesen Zweck einige tausend Schusswaffen aufkaufte und unter seinen Anhängern verteilen liess, — aber trotzdem ist aus der eigenen Darstellung Ledebours, noch mehr aus der Anschauung der Ereignisse, festzustellen, dass diese Verschwörung den tatsächlichen Gang der Ereignisse kaum beeinflusst hat. Die Revolution kam eben ganz anders, als die Verschwörer sich das vorgestellt hatten.

In einer geheimen Sitzung am 2. November beschloss das Komitee zunächst, am 4. November den Aufstand ausbrechen zu lassen. Im Gefühl mangelnder Bereitschaft wurde dieser Beschluss jedoch wieder umgestossen und der Aufstand auf den 11. November vertagt. (Dieses Datum verschweigt Ledebours sehr subjektive Darstellung). Inzwischen brach aber die Revolution in Kiel tatsächlich aus und verbreitete sich so rasch, dass die Verschworenen mit einem Aufstand am 11. Januar weit hinter den Ereignissen hergekommen wären. In aller Eile beschloss daher ein Teil des Komitees unter Ledebour am 8. November, dass schon am folgenden Tage losgeschlagen werden sollte. Aber dieser Beschluss setzte nur fest, was ohnehin am 9. geschehen wäre, er veranlasste nicht das Ereignis, sondern wurde umgekehrt durch das am 8. ohne die geringste Kunst vorauszusehende Ereignis veranlasst. Ueberdies war die Verschwörung zu diesem Zeitpunkt schon verraten, ein mitverschworener Offizier, der Oberleutnant Walz, war verhaftet worden und hatte — ob aus Ungeschick oder Verräterei bleibe dahingestellt — alles gestanden und namentlich die Namen der Mitverschworenen angegeben. Hätte die Revolution auf dieser Verschwörung beruht, so wäre sie misslungen. Obendrein war die Zeit vom 8. zum 9., vom Tage des Beschlusses zum Tage der Ausführung so knapp, dass sich die Hauptführer nicht einmal untereinander verständigen konnten. Am 9. November um die Mittagsstunde, als sie — jeder auf eigene Faust handelnd — auf der Bildfläche erschienen, hatte die Revolution bereits auf der ganzen Linie gesiegt. Die Barth'schen Revolver fanden keine Gelegenheit, in Aktion zu treten; im Augenblick der allgemeinen Volkserhebung erwies sich die Verschwörung als überflüssig.

In die Erregung der Bevölkerung am Vorabend der Revolution spielte die Tatsache herein, dass die sozialdemokratische Partei in ultimativer Form die Abdankung des Kaisers gefordert hatte, andernfalls sie aus der Regierung austreten würde. Das Ultimatum, dessen Erfolg man abwarten wollte, lief am Freitsg mittag ergebnislos ab. Nach der Stimmung der Bevölkerung war klar, dass daraufhin am Sonnabend der Aufstand ausbrechen würde.

Am Sonnabend früh stellten die Arbeiter der meisten Grossbetriebe spontan die Arbeit ein. Es bildete sich ein Arbeiterrat, der den Generalstreik proklamierte. Aber inzwischen war auch dem militärischen Widerstand das Rückgrat gebrochen worden. Die Regierung Prinz Max von Baden-Scheidemann stellte sich auf den Standpunkt, dass militärischer Widerstand nur zu unnützem Blutvergiessen und zur Steigerung der Erbitterung führen würde, ohne den Sieg der Revolution zu verhindern. Sie setzte am Freitag Abend die Entlassung v. Linsingens durch und am Sonnabend mittag erging ein Befehl, wonach den Truppen das Schiessen untersagt wurde ausser zum Zwecke der Lebensverteidigung.

Über dieses „Schiessverbot" sind später sehr heftige Kontroversen entbrannt. Von rechtsstehender Seite hat man es als „Verräterei" bezeichnet und der damals im Amt befindliche Kriegsminister General Scheüch hat die Verantwortung für den Erlass öffentlich abgelehnt.[4])

Tatsächlich war der Erlass unter den damaligen Umständen das einzig gegebene und mögliche. Als er herauskam, hatte sich schon ein grosser Teil der Berliner Garnison auf die Seite der Revolution gestellt, der erste Truppenteil, der überging, waren die für besonders zuverlässig gehaltenen Naumburger Jäger. Ihnen folgten das Alexander-Garde-

---

[3]) a. a. O. S. 13 ff.

[4]) Vgl. Telegramm des W.T.B. in der zweiten Abendausgabe Nr. 1950 vom 28. Juli 1919.

Regiment und — nach kurzem Kampfe mit einigen Offizieren — das Gardefüsilier-Regiment. Es kann gar kein Zweifel sein, dass auch die übrigen Truppen auf keinen Fall sich zum Bürgerkrieg hergegeben hätten, von geringfügigen Ausnahmen vielleicht abgesehen. Hätten ein paar Hundert Polizeimannschaften und Offiziere wirklich gekämpft, so würde das ihrer Sache nichts genützt haben, wohl aber hätten diese Kämpfe eine Erbitterung hervorgerufen, die dem weiteren Verlauf der Revolution ein ganz anderes Bild gegeben hätte. Das Leben politischer Gegner, missliebiger Beamter usw. wäre wohl in diesem Falle kaum geschont worden, während tatsächlich am 9. November in Berlin — selbst bei der Besetzung des Polizeipräsidiums — auch nicht e i n politischer Racheakt gegen Einzelpersonen stattgefunden hat. Gerade die Kreise, die heute das Schiessverbot verurteilen, hätten sein Nichtergehen wahrscheinlich mit den schwersten Blutopfern bezahlen müssen.

Der Widerstand gegen die Revolution musste um so mehr erlahmen, als gleichzeitig mit dem Schiessverbot die Nachricht von der Abdankung des Kaisers bekannt wurde. Auch diese Nachricht spielt in den Kontroversen über den Verlauf der Revolution eine grosse Rolle. Die Vorgänge im Grossen Hauptquartier am 9. November sind inzwischen durch Darstellungen von Personen aus der nächsten Umgebung des Kaisers hinlänglich bekannt geworden.[5] Es kann danach als feststehend betrachtet werden, dass Wilhelm II. tatsächlich zu einer Zeit, wo seine Umgebung bereits die Notwendigkeit der Abdankung erkannt hatte (so u. a. die Generale Hindenburg und Gröner), zu diesem Schritt noch nicht zu bewegen war. Während die Entscheidung um ihn sich bereits vollzog, schwankte er noch immer und wollte schliesslich nur als deutscher Kaiser, nicht als König von Preussen abdanken, eine natürlich unmögliche Lösung. Die Nachricht von seiner Abdankung eilte allerdings seinem Entschlusse voraus, aber sie wurde von der Regierung zu einer Zeit verbreitet, wo dieser Entschluss doch nicht mehr zu umgehen war und seine Verzögerung nur zur Steigerung der Unruhe in einer ohnehin hochkritischen Situation beitragen musste. Es ist richtig, dass Wilhelm II. noch am 9. November den Rat der Generale v. Plessen und Schulenburg eine Zeitlang in Erwägung zog, an der Spitze des Frontheeres die Heimat wiederzuerobern. Wenn ihm diese Absicht durch die Bekanntmachung seiner Abdankung abgeschnitten wurde, so ist er auf diese Weise vor dem Schicksal Karls I. und Ludwig XVIII. bewahrt worden. Denn das Frontheer hätte sich zu einem Bürgerkrieg nicht gebrauchen lassen. Dieser Überzeugung haben am 9. November die im Grossen Hauptquartier versammelten 39 Generale und Regimentskommandeure der Westfront fast einmütig Ausdruck gegeben, sie wird zur Gewissheit durch die Tatsache, dass sich vom 9. November ab der Übergang des Frontheeres zur Revolution vollkommen geräusch- und reibungslos, fast ohne jeden Zwischenfall, ohne jeden blutigen Zusammenstoss vollzog, wie dies in den Berichten der verschiedensten Frontsoldatenräte nachzulesen ist.

Nach dem 9. November ist der Revolution nirgends mehr Widerstand geleistet worden. Auch der Widerstand bis zu diesem Zeitpunkt muss als so auffallend gering bezeichnet werden, dass die Novemberrevolution mehr Ereignis als Tat, mehr Reflexwirkung des Zusammenbruchs als aktive revolutionäre Handlung zu nennen ist. Dieser Verlauf ist nur dadurch zu verstehen, dass infolge der völligen Niederlage im Weltkriege dem alten System jeder innere Mut fehlte, seine Existenz weiter zu behaupten. Es fühlte, dass es durch eine neue Zeit abgelöst werde, hat in diesem Momente wenigstens die historische Notwendigkeit des Vorgangs eingesehen, und ihm teils gar keinen, teils nur matten und von vornherein zum Scheitern verurteilten Widerstand entgegengesetzt. Die wenigen blutigen Zusammenstösse in Kiel, Hamburg und Berlin können aus dem Verlauf weggedacht werden, ohne dass sich das geringste am Gesamtbild ändert. Einen Kampf mit Waffengewalt um die Entscheidung hat es tatsächlich nirgends gegeben, sondern der Sieg der Revolution hat sich als inneres Ereignis vollzogen, indem das alte System von allen seinen Anhängern bis auf einen unbedeutenden Rest damals freiwillig preisgegeben wurde.

---

[5] Vgl. Tägl. Rundschau Nr. 362 vom 27. Juli 19, Deutsche Zeitung Nr. 155 vom 5. April 19.

b) Die Arbeiter- und Soldatenräte.

Von **Max Cohen,**

Vorsitzender des Zentralrats der deutschen Arbeiterräte.

Literatur:

Materialien und Protokolle des ersten Berliner Vollzugsrats und des ersten und zweiten Zentralrats-Protokolle des ersten und zweiten Rätekongresses. Denkschrift und Bericht an und über den Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres in Ems vom 1. Dezember 1918. Sozialistische Monatshefte, Jahrgänge 1918—19.

Die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte sind Kinder der Revolution von 1918. Zwar bildeten die Arbeiterausschüsse in den Grossbetrieben auch eine Art Arbeiterrat, und man kann wohl sagen, dass in Berlin schon während der grossen Streiks in der Munitionsindustrie im letzten Kriegsjahr die Arbeiter Vertrauensleute wählten, die man Arbeiterräte nannte. Bereits diese Arbeiterräte, denen sich eine Anzahl aus dem Heere entwichener Soldaten anschloss, hatten sich in den der Novemberrevolution vorhergehenden Wochen eine provisorische Spitze: den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte gegeben, und Flugblätter und revolutionäre Kundgebungen, die damals in Fabriken und Kasernen verbreitet wurden, trugen die Unterschrift: Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates. In fast allen deutschen Hafenstädten sowie in einer Anzahl mittel- und süddeutscher Städte, waren, im Anschluss an die von Kiel ausgehende revolutionäre Bewegung der Matrosen, Arbeiter- und Soldatenräte bereits zwischen dem 4. und 9. November entstanden. In der Hauptsache aber bildeten sich die Arbeiter- und Soldatenräte erst, nachdem am 9. November 1918 die Revolution in Berlin ausgebrochen war und gesiegt hatte, sie wurden das Symbol der überall emporlodernden revolutionären Bewegung.

Im Heer, besonders in der Heimat, der Etappe und bei den Armee-Oberkommandos entstanden die Soldatenräte teilweise spontan beim militärischen Zusammenbruch als Zeichen revolutionärer Auflehnung der Mannschaften gegen das militärische Führertum einer von der Soldatenmasse abgesonderten Führerkaste. Charakteristisch für das Entstehen der Soldatenräte war die Bildung des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung. Bekanntlich hatte sich Wilhelm II. vor den entscheidenden politischen Tagen des November 1918 von Berlin entfernt und war ins Grosse Hauptquartier nach Spaa gereist, wo nach dem Bekanntwerden der Matrosenerhebung in Kiel grosse Aufregung herrschte. Für die Sicherheit des Kaisers wurden verschärfte Vorkehrungen getroffen. Am 8. November abends fand bei einer der stärksten Formationen des Grossen Hauptquartiers (wo im ganzen etwa 20 000 Mann vorhanden waren) eine Versammlung statt, in deren Verlauf dem Abteilungsführer mitgeteilt wurde, dass zahlreiche Angehörige der Formation sich weigern würden, den Kaiser und die übrigen Offiziere im Grossen Hauptquartier gegen die eigenen Volksgenossen zu verteidigen. Bei dieser Formation wurde dann bereits am nächsten Tag ein Soldatenrat gewählt, und die übrigen zum Grossen Hauptquartier gehörenden Truppenteile taten nun das Gleiche. Am 10. November erging sodann ein Erlass Hindenburgs, der allgemein die Truppen zur Wahl von Vertrauensleuten aufforderte. Vom preussischen Kriegsministerium war ein solcher Erlass an das Heimatheer bereits am Tage vorher herausgegangen. Die Vertrauensleute wurden dann in nahezu allen Truppenteilen gewählt. In vielen Fällen blieb es bei diesen Vertrauensleuten, die keine besondere Bedeutung hatten. Bei manchen Fronttruppen aber bildeten sich (hie und da sogar schon in der Nacht vom 9. zum 10. November) richtige Soldatenräte, ohne deren Mitwirkung die Offiziere nichts mehr ausrichten konnten. In der überwiegenden Zahl der Fälle aber fand hier nicht, wie das bei den Heimat- und Etappentruppen fast ausnahmslos geschah, eine Absetzung der Offiziere und die Übernahme der Befehlsgewalt durch die Soldatenräte statt. Die Soldatenräte der Fronttruppen arbeiteten vielmehr mit den bisherigen Kommandostellen gemeinsam (wobei besonders missliebige Offiziere natürlich entfernt wurden) an der geordneten

Zurückführung der Armee. Die für die Rückführung besonders geschulten Offiziere wurden kaum irgendwo abgesetzt, Vertrauensleute und Soldatenräte waren vielmehr nur eine Art Kontrollinstanz der die Befehlsgewalt im grossen und ganzen weiter ausübenden Offiziere und die Mittler zwischen diesen und den Mannschaften. Mit Hilfe der Soldatenräte und Vertrauensleute gelang denn auch die anfangs unlösbar erscheinende Aufgabe: die Aufrechterhaltung der Disziplin auf dem von der Entente innerhalb kurzer Frist verlangten Rückzug auf das rechte Rheinufer. Im Heimatheer (dem man auch die in die Heimat zurückgekehrten Fronttruppen zuzählen muss, die nicht sofort aufgelöst wurden) übten die Soldatenräte, unter denen sich auch vereinzelt Offiziere befanden, bis zu der am 19. Januar 1920 veröffentlichten vorläufigen „Verordnung über die Kommandogewalt und Rangabzeichen" meist die unbeschränkte Kommandogewalt aus. Durch diese Verordnung, die gemeinsam von der Reichsregierung, dem Kriegsministerium und dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte unterzeichnet und bekanntgegeben wurde, wurde die Befehlsgewalt wieder an die Führer übertragen, deren Tätigkeit indes durch Soldatenräte überwacht werden sollte.

Die Arbeiterräte, die nach dem Ausbruch der Revolution fast überall in Deutschland gebildet wurden, entstanden in den Industriezentren meist durch die Wahl in den einzelnen Betrieben. In manchen Orten wurden sie aber auch in Versammlungen der beiden sozialdemokratischen Parteien gewählt, hie und da auch von schnell zusammengetretenen Vertrauensleuten der Sozialdemokratie beider Richtungen ernannt. In sehr vielen Fällen wurden die in den ersten Tagen der Revolution gewählten Arbeiterräte durch Vertreter der gesamten Einwohnerschaft ergänzt, deren Wahl in der Regel in öffentlichen Versammlungen der Einwohner stattfand. Die A.- und S.-Räte arbeiteten (bis durch die allmähliche Auflösung des alten Heeres die Soldatenräte verschwanden) meist in enger Gemeinschaft miteinander, indem sie öfters gemeinsam Vollversammlungen der A.- und S.-Räte abhielten und sich eine gemeinsame Leitung gaben: den Vollzugsrat der A.- und S.-Räte, der, wenigstens in den grossen Städten, meist auch paritätisch zusammengesetzt war. Diese Vollzugsräte bestellten aus den Reihen der A.- und S.-Räte Vertrauensleute, die in den ersten Wochen fast die gesamte zivile und militärische Verwaltung überwachten. In dem grossen, die vielfältigen Heeresangelegenheiten liquidierenden, militärischen Verwaltungsapparat sassen in allen wichtigeren Dienststellen Soldatenräte, die freilich mit den im Heer meist verbliebenen Offizieren in vielen Fällen in Konflikt gerieten. Je nach ihrer persönlichen Eignung haben diese Soldatenräte den Gang der Dinge beeinflusst. Bei der Rückführung, Bewachung und Veräusserung des einen Wert von ungezählten Millionen darstellenden Heeresguts haben die Soldatenräte durch ihre Tätigkeit dem Staate ungeheure Werte gerettet, obwohl in manchen Fällen weniger gewissenhafte Elemente, zur Erzielung persönlicher Vorteile, der Verschleuderung und Veruntreuung Vorschub leisteten, oder sich sogar an der Fortschaffung des Gutes aktiv beteiligten. — Sowohl in der Gemeideverwaltung wie auch in allen Verwaltungstellen der deutschen Bundesstaaten (in Preussen z. B. beim Landrat, Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten; in den ausserpreussischen Ländern in den diesen Stellen entsprechenden Verwaltungen) sassen Arbeiterräte, die die Tätigkeit dieser Behörden, besonders in politischer Beziehung, kontrollierten. Was die Kontrolle der reinen Verwaltungstätigkeit der Behörden anbetrifft, so ist hierbei im ganzen nicht viel herausgekommen. Wo besonders geeignete und befähigte Persönlichkeiten diese Tätigkeit ausübten, sind die Geschäfte gefördert, in vielen Fällen aber auch erschwert worden, besonders da, wo die ganze Kontrolltätigkeit der Arbeiterräte in der Hergabe ihrer Unterschrift bestand, ohne die in den ersten Wochen der Revolution keine behördliche Anordnung Gültigkeit hatte. In einer Beziehung, und zwar in einer äusserst wichtigen, haben diese in der Verwaltung tätigen Arbeiterräte aber durchweg günstig gewirkt und dadurch die mit der Überwachungstätigkeit unlösbar verbundene Verlangsamung der Geschäftsführung ausgeglichen: sie haben das Vertrauen der breiten Volksmassen zu den Behörden, das im Verlaufe des Krieges in grossem Umfange geschwunden war, durch ihre Vermittlertätigkeit wieder hergestellt und dadurch wesentlich dazu beigetragen, dass die Abwickelung der Geschäfte nicht durch den Widerstand der Volksmassen überhaupt unmöglich gemacht wurde. In vielen Orten haben die Arbeiterräte sich der Bevölkerung in allen sozialen Nöten angenommen und zur Abstellung und Milderung sozialer Missstände viel beigetragen. Ihr ganz besonderes Augen-

merk haben die zur Kontrolle der Gemeindeverwaltung berufenen Arbeiterräte, die in Preussen „kommunale" Arbeiterräte genannt wurden, dabei auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gerichtet und durch ihre Tätigkeit dem Schleichhandel und Wucher mancherlei Abbruch getan. Bei dieser letzteren Aufgabe haben in ländlichen Gegenden vielfach auch Bauernräte, die in der Regel den Landarbeitern oder dem ganz kleinen bäuerlichen Grundbesitz entnommen waren, gute Dienste geleistet. Zur Regelung der Lohn- und Wohnverhältnisse landwirtschaftlicher Arbeiter, zur Sicherung des Arbeitsvertrages durch Abschluss von Tarifverträgen haben die Arbeiterräte ländlicher Gegenden mit grossem Erfolg mitwirken können.

Diese unmittelbare praktische Tagesarbeit war aber nur eine Seite der Tätigkeit der A.- und S.-Räte. Von grösserer und weittragender Bedeutung waren die mit dem Arbeiterratsgedanken verknüpften allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Arbeiterräte als Gesamtheit betrachtet. Nach der Revolution des 9. November waren die A.- und S.-Räte die Träger der neuen Staatsform geworden, sie verkörperten die eigentliche Souveränität in der neuen Ordnung. Ihre provisorische Spitze wurde bis zum ersten Rätekongress, der vom 16.—21. Dezember 1918 in Berlin tagte, der Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der aus je 14 Vertretern der Gross-Berliner A.- und S.-Räte bestand. Der Vollzugsrat kooptierte dann sehr bald eine Anzahl militärischer Vertreter Bayerns, Badens, Sachsens und Elsass-Lothringens, sowie der damals noch bestehenden Ost- und Westfront und der Matrosen; er bestand am 16. Dezember aus 45 Personen. In der Hauptsache war diese Körperschaft die oberste Kontrollinstanz der von den beiden sozialdemokratischen Parteien am 9. November eingesetzten provisorischen Regierung der sechs Volksbeauftragten, die von der am folgenden Tage im Zirkus Busch in Berlin stattgehabten grossen Versammlung der A.- und S.-Räte Gross-Berlins bestätigt worden war, und die zu gleichen Teilen aus Vertretern der alten sozialdemokratischen Partei (Ebert, Landsberg, Scheidemann) und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei (Haase, Dittmann, Barth) bestand. Zwischen Vollzugsrat und Volksbeauftragten kam es begreiflicherweise zu mancherlei Reibungen, die sich aus der Tatsache erklären lassen, dass der Vollzugsrat als Spitze der Arbeiter- und Soldatenräte die oberste Gewalt der neuen Republik darstellte, in deren Auftrag die sechs Volksbeauftragten die Geschäfte führten. Nicht nur weil sich in der Verwirrung der ersten Tage Legislative und Kontrolle nicht ganz rein von der Exekutive trennen liessen: auch die selbständigen Handlungen örtlicher und provinzieller A.- und S.-Räte sowie einige mehr oder minder gegenrevolutionäre Versuche machten ein selbständiges Eingreifen des Berliner Vollzugsrats, der bei den A.- und S.-Räten des Reichs immerhin eine gewisse Autorität besass, öfters nötig. Im grossen und ganzen bemühte sich der Vollzugsrat die A.- und S.-Räte dahin zu beeinflussen, dass sie die bestehenden Verwaltungsbehörden unter Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte weiter arbeiten liessen. Absetzungen von Verwaltungsbeamten durch lokale Arbeiter- und Soldatenräte fanden in den ersten 14 Tagen häufiger, nachher nur in wenigen Fällen statt. Viele wurden aber im Laufe der Wochen auf Grund der von den A.- und S.-Räten gegen sie beigebrachten Materials ihrer Ämter enthoben, teils weil sie im Verdacht gegenrevolutionärer Bestrebungen standen, teils weil sie ihren Aufgaben nicht gewachsen waren. In beiden Fällen ist mancher Irrtum unterlaufen, im grossen und ganzen aber haben die A.- und S.-Räte grosse Besonnenheit gezeigt und sich (abgesehen von der bereits erwähnten Überwachung der Verwaltungsorgane) damit begnügt, die alten Regierungen der deutschen Bundesstaaten zu entfernen und sie (mit Ausnahme von Fachressorts) durch sozialistische Minister zu ersetzen. Die neugebildeten Regierungen der deutschen Bundesstaaten wurden durch Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte des betreffenden deutschen Landes kontrolliert; der Berliner Vollzugsrat und sein Nachfolger, der Zentralrat, überwachten ausser den als Reichsregierung fungierenden sechs (später fünf) Volksbeauftragten, auch die preussische Regierung. Über die staatsrechtliche Stellung des Vollzugsrats und der Volksbeauftragten wurde am 23. November 1918 die nachstehende Bekanntmachung veröffentlicht, die nach langen Beratungen zwischen Vollzugsrat und Volksbeauftragten vereinbart worden war.

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der Deutschen Sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.

2. Bis eine Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen Vollzugsrat der Deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte der Deutschen Republik im Einverständnis mit dem Arbeiter- und Soldatenrat aus.
3. Die Bestellung des Kabinetts durch den Arbeiter- und Soldatenrat Gross-Berlins bedeutet die Übertragung der Exekutive.
4. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik — und bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse auch Preussens — erfolgt durch den zentralen Vollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht.
5. Vor der Berufung der Fachminister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören.

Trotz der formalen Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien bestanden in ihren Reihen wie in denen der Arbeiter- und Soldatenräte nicht nur weitgehende Differenzen über die nächsten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben überhaupt, sondern auch über die den A.- und S.-Räten hierbei zufallende Rolle. Die wichtigste Meinungsverschiedenheit tauchte bei der Frage nach der verfassungsmässigen Gestaltung des zur Republik gewordenen bisherigen monarchistischen Deutschlands auf.

Von der einen Seite wurde eine Räteverfassung nach russischem Muster verlangt, die andere Seite forderte die Einberufung einer von allen erwachsenen deutschen Männern und Frauen zu wählenden Verfassunggebenden Nationalversammlung, die das zukünftige Schicksal Deutschlands zu bestimmen habe. Die Entscheidung über diese wichtige Frage wurde einer allgemeinen Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands übertragen. Am 23. November 1918 erliess der Berliner Vollzugsrat einen Aufruf an alle A.- und S.-Räte Deutschlands, in dem zur Wahl von Delegierten für den ersten deutschen Rätekongress aufgefordert wurde. Dieser Aufruf lautete:

Genossen! Kameraden!

Vor zwei Wochen habt Ihr der Freiheit eine Gasse geöffnet. Euer Mut, Eure revolutionäre Tatkraft hat das alte System, die Militärdiktatur und den mittelalterlichen Monarchismus zertrümmert. Jetzt gilt es, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und auszubauen. Jetzt gilt es, die Mächte der Gegenrevolution, die nach dem ersten Schrecken aus ihren Winkeln hervorkriechen, niederzuhalten.

Der Vollzugsrat der Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte erblickte in dem Sturm und Drang der ersten Revolutionstage seine Aufgabe darin, eine Regierung von Volksbeauftragten zu schaffen, die die Leitung und Verwaltung des neuen republikanischen Staatswesens in Deutschlands und Preussen zu übernehmen hatte. Der Vollzugsrat der Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte masst sich aber keine Diktaturgewalt über die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands an. Er ist vielmehr der Meinung, dass nur durch eine feste Zusammenfassung aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte die Errungenschaften der Revolution gesichert werden können. Misstrauen und Missverständnisse drohen in das Gefüge der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte einen Keil zu treiben. Bestrebungen sind im Gange, das Reichsgebiet zu zerschlagen und die unheilvolle mittelalterliche Kleinstaaterei in neuer Form wieder einzuführen. Die Verwirklichung der grossen demokratischen und sozialistischen Ziele verlangt aber die Erhaltung eines grossen deutschen Wirtschafts- und Sprachgebietes. Der Vollzugsrat der Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte will keine feindselige Trennung zwischen Nord und Süd. Er will, dass das befreite Deutschland der Schwierigkeiten, die mit dem Friedensschluss verbunden sind, Herr werde; er will, dass die Demobilisierung sich in geordneten Bahnen vollzieht, dass die Gefahren, die der Volksernährung drohen, glatt und ohne Reibung beseitigt werden.

Diese Aufgaben können nur erfüllt werden durch ein harmonisches Zusammenarbeiten aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die bisherige Tätigkeit des Vollzugsrats von Gross-Berlin stellt ein Provisorium dar, das so schnell als möglich auf

eine breitere Grundlage gestellt werden soll. Solange eine gesetzgebende Versammlung nicht das letzte Wort über die Verfassung und Neuordnung des republikanischen Deutschland gesprochen hat, müssen die Arbeiter- und Soldatenräte den Willen des deutschen Volks zum Ausdruck bringen.

Wir fordern Euch deshalb auf, so schnell als möglich zu einer

Delegierten-Versammlung in Berlin

zusammenzutreten. Schnelles Handeln tut not. Es ist daher nicht möglich, ein einheitliches, allgemein gültiges Wahlsystem vorzuschlagen. Wir empfehlen vielmehr, aus den zur Zeit bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten Delegierte zu wählen und nach Berlin zu senden. Die Delegiertenversammlung darf, wenn sie arbeitsfähig sein soll, im Höchstfall nur 500 Mitglieder umfassen. Unter Zugrundelegung der Volkszählungsergebnisse vom Jahre 1910 würde auf rund 200 000 Seelen ein Delegierter kommen. Für die noch bestehenden grossen Heeresverbände ist auf je 100 000 Mann ein Delegierter zu wählen. Die Wahlen müssten, um zu einem schnellen Ergebnis zu kommen, auf territorialer Grundlage erfolgen. Wir empfehlen, bei den Wahlen die Verhältniszahlen der in dem Bezirk vertretenen Arbeiter und Soldaten zu berücksichtigen.

Wir schlagen Euch vor, die Delegierten-Versammlung

spätestens am Montag, den 16. Dezember d. Js.

im Sitzungssaal des preussischen Abgeordnetenhauses zu Berlin zusammentreten zu lassen. Ihre Aufgabe würde sein, die Wahl eines provisorischen Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vorzunehmen; die Ausarbeitung eines für alle deutschen Arbeiter- und Soldatenräte massgebenden Wahlsystems zu übernehmen; Entschliessung über die künftige gesetzgebende Versammlung zu fassen und zu sonstigen politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Genossen! Kameraden! Lasst uns schnell, lasst uns einmütig handeln. Nehmt unsern Vorschlag an und führt so schnell als möglich die Wahlen durch. Ihr habt die Revolution gemacht, lasst uns auch gemeinsam ihre Früchte ernten. Die genaue Aufstellung des Wahlschlüssels wird schnellstens veröffentlicht werden.

Die Entscheidung des Rätekongresses fiel für die Wahl einer Verfassunggebenden Nationalversammlung aus. Damit war freilich die Frage nach der Mitwirkung der Arbeiterräte bei dem wirtschaftlichen und politischen Aufbau Deutschlands noch keineswegs erledigt. Diese Frage hat vielmehr zu ununterbrochenen politischen Kämpfen geführt, deren Ende auch heute noch nicht abzusehen ist. Auf dem ersten Rätekongress wurde zur Überwachung der Regierungen des Reichs und Preussens, als Nachfolger des Berliner Vollzugsrats, ein aus 27 Mitgliedern bestehender Zentralrat gewählt, in dem die Soldatenräte neun Vertreter stellten. Alle Mitglieder des Zentralrats gehörten der alten sozialdemokratischen Partei an. Die Unabhängige Sozialdemokratie hatte eine Beteiligung an der Wahl abgelehnt, da ihr die dem Zentralrat übertragenen Rechte nicht weitgehend genug erschienen. Die dem Zentralrat vom ersten Rätekongress übertragenen Befugnisse wurden durch die nachstehend wiedergegebene gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokratie angenommene Resolution festgelegt:

1. Der Reichskongress der A.- und S.-Räte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten.

2. Der Kongress bestellt ferner einen Zentralrat der A.- und S.-Räte, der die parlamentarische Überwachung des deutschen und des preussischen Kabinetts ausübt. Er hat das Recht der Berufung und der Abberufung der Volksbeauftragten des Reiches und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch der Volksbeauftragten Preussens.

3. Zur Überwachung der Geschäftsführung in den Reichsämtern werden vom Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatssekretäre bestimmt. In jedes Reichsamt werden 2 Beigeordnete entsandt, die aus den beiden sozialdemokratischen Parteien zu entnehmen sind. Vor der Berufung der Fachminister und der Beigeordneten ist der Zentralrat zu hören.

Schon während der Beratungen des ersten Rätekongresses wurde von führenden Männern der alten sozialdemokratischen Partei der Meinung Ausdruck gegeben, dass nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung für die Arbeiterräte kein eigentliches Tätigkeitsgebiet mehr vorhanden sei und ihre Auflösung baldmöglichst vorgenommen werden müsse. So hatte z. B. der spätere Ministerpräsident der ersten Koalitionsregierung, Scheidemann, in einer Rede gesagt, dass die Arbeiterräte eine Notwendigkeit gewesen seien, von der man nicht einsehen könne, dass sie eine dauernde Einrichtung bleiben müsste, man müsse vielmehr dabei bleiben, dass die Arbeiter- und Soldatenräte nur eine vorübergehende Notwendigkeit gewesen seien. Als Ministerpräsident hat Scheidemann dieser Auffassung in einer einem amerikanischen Journalisten gewährten Unterredung noch deutlicher Ausdruck gegeben und gemeint, dass, nachdem das deutsche Volk sich seine parlamentarisch-demokratischen Einrichtungen geschaffen habe, für Arbeiterräte kein Raum mehr sei. Der Verfasser dieser Zeilen hat einen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen und, obwohl er als Referent über die Frage Nationalversammlung oder Rätesystem entschieden dafür eintrat, dass die Verfassung des neuen Deutschlands von einer vom ganzen Volk gewählten Konstituierenden Nationalversammlung zu geben sei, die Auffassung vertreten, dass neben dem allgemeinen politischen Volksparlament ein auf berufsständischer Grundlage aufgebautes Wirtschaftsparlament, eine Kammer der Arbeit, zu bilden sei, in dem die Arbeitervertreter, gemeinsam mit den Vertretern anderer Berufe, besonders in allen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft betreffenden Angelegenheiten, eine Fülle von Wirkungsmöglichkeiten haben würden. Während die (seit dem 28. Dezember 1918 nur der alten Sozialdemokratie angehörenden) Volksbeauftragten diesem Gedanken nicht weniger als auch der Festlegung der Arbeiterräte in der Verfassung widerstrebten, entstand in den Arbeitermassen eine lebhafte Agitation für die Eingliederung der Arbeiterräte in die Verfassung. Besonders in Berlin, wo nach Ausscheiden der unabhängigen sozialdemokratischen Volksbeauftragten aus der Regierung eine gewitterschwangere politische Atmosphäre entstanden war. Trotz der vom ersten Rätekongress getroffenen Entscheidung zugunsten der Nationalversammlung wurde von kommunistischer Seite und von einem Teil der Unabhängigen Sozialdemokratie die Idee der Nationalversammlung heftig bekämpft und daran festgehalten, dass alle Macht den A.- und S.-Räten gehöre. Im Zentralrat selber war man sich über die Frage, ob es auch fürderhin für Arbeiterräte noch erspriessliche Arbeitsmöglichkeiten gebe, und welcher Art diese seien, keineswegs einig. Ein Teil seiner Mitglieder neigte der oben erwähnten Auffassung der Volksbeauftragten zu, dass es überflüssig sei, die Tätigkeitsgebiete der Arbeiterräte verfassungsgemäss festzulegen; denn es sei fraglich, ob es nach erfolgter Neuordnung der Dinge überhaupt noch Arbeiterräte gäbe. Ein weiterer Teil des Zentralrats trat für die sogenannte „Verankerung" der Arbeiterräte in der Verfassung ein, ohne sich jedoch über die Art und Weise klar zu sein, in der das zu geschehen habe. Einige wenige Mitglieder des Zentralrats, darunter der Verfasser dieser Zeilen, setzten sich energisch für die in der Verfassung festzulegende Schaffung von Kammern der Arbeit ein, wie sie späterhin durch den Beschluss des zweiten Rätekongresses verlangt wurden. Nach langen Beratungen beschloss der Zentralrat,

eine Kundgebung an die Nationalversammlung

zu richten, in der er, dem Beschluss des ersten Rätekongresses getreu, die bisher von ihm ausgeübte politische Gewalt in die Hände der Nationalversammlung legte und zugleich (siehe die Ziffern 3 und 5 der Kundgebung) die Notwendigkeit einer Eingliederung der Arbeiterräte in die Grundrechte des deutschen Volks betonte. Diese Kundgebung hatte den folgenden Wortlaut:

1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs hat schon vor der Revolution das gebieterische Bedürfnis erkennen lassen, das Reich zu einem Einheitsstaat umzugestalten.

2. Die Revolution der Arbeiter und Soldaten hat dieses Bedürfnis in vollem Umfang bejaht und die Beseitigung aller einzelstaatlichen Hemmungen für die politische, wirtschaftliche und soziale Innen- und Aussenentwickelung der deutschen Republik als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erklärt, nachdem die preussische Vorherrschaft beseitigt worden ist.

3. Die planvolle Verwertung der revolutionären Organisationen (Arbeiter- und Soldatenräte) bei der endgültigen Gestaltung der sozialen Republik als einheitlich wirkender Kräfte für den gesamten Neuaufbau Deutschlands hat die Richtung auf den Einheitsstaat ebenfalls zur unumgänglichen Voraussetzung.

4. Neuerdings erheben die früheren Bundesstaaten, die jetzigen Freistaaten, wiederum so starke Ansprücke auf einzelstaatliche Hoheitsrechte in der neuen Republik — und zwar nicht nur für die vorläufige, sondern auch für die endgültige Reichsverfassung —, dass die Entwickelung zum Einheitsstaat ernstlich gefährdet erscheint, und die möglichst rasche Erholung von den Schlägen des Weltkrieges und des wahrscheinlichen Friedensvertrags durch einzelstaatliche Zersplitterung verhindert zu werden droht.

5. Neben der Eingliederung der Arbeiter- und Soldatenräte in die künftige Reichsverfassung zur Verstärkung der Arbeitervertretung und ihrer Produktionsinteressen, sowie zur volkstümlichen Gestaltung des Wehrwesens erscheint es deshalb zunächst als die wichtigste Aufgabe der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands, die schädliche Wiedererstarkung einzelstaatlicher Hoheitsrechte, die über die Geltendmachung landsmannschaftlicher Selbstverwaltungs- und Kulturinteressen hinausgeht, auf das entschiedenste zu bekämpfen und alle Kraft dafür einzusetzen, dass die Verfassungsarbeit in Weimar die gebotene Richtung auf den deutschen Einheitsstaat nimmt.

6. Der Reichs-Nationalversammlung liegt es ob, den Neuaufbau Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Beziehung vorzubereiten, sowie die territoriale Neugliederung des ganzen Gebiets vorzunehmen. Sie darf darin von keiner anderen Körperschaft, insbesondere nicht von den Landesnationalversammlungen, beschränkt werden.

7. In der Erwartung, dass die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte übertragene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeiten jeglichen Erfolg zum Glück und zum Heil des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen Deutschen Reich vereinigten deutschen Stämme.

8. Der Zentralrat wird die ihm übertragenen Befugnisse insbesondere die ihm durch das neue Gesetz betreffend Regelung der Kommandogewalt überwiesene Stellung als oberster Berufungsinstanz für die Soldatenräte, solange ausüben, bis die Nationalversammlung diese Befugnisse einer anderen Körperschaft übertragen hat.

Diese Kundgebung des Zentralrats hat weder auf Regierung noch auf die Nationalversammlung eine besondere Wirkung ausgeübt. Am 26. Februar 1919 präzisierte die Regierung gegenüber den immer lauter werdenden Forderungen der Arbeiter nach Verankerung der Räte in der Verfassung, ihre Stellung in einer durch das Wolff'sche Büro verbreiteten Bekanntmachung, in der darauf hingewiesen wurde, dass an eine Eingliederung des Rätesystems in irgend welcher Form in die Verfassung oder den Verwaltungsapparat nicht gedacht werde. Wohl solle die Räteorganisation innerhalb der einzelnen Betriebe als Vermittlungsinstrument zwischen diesen und den Gewerkschaften benutzt werden. Ausser diesen Betriebsräten aber sei von dem ganzen Rätesystem für die deutsche Republik nichts brauchbar. Allzulange hat diese ablehnende Stellungnahme der Regierung freilich nicht vorgehalten. Der Ruf der Arbeiterräte nach Eingliederung in die Verfassung fand ein immer lauteres Echo bei den Arbeitermassen ganz Deutschlands, und als in Berlin Anfang März der Generalstreik ausgebrochen war, war eine der wichtigsten von den Streikenden erhobenen Forderungen die Festlegung der Arbeiterräte in die Verfassung. Unter dem Druck des Generalstreiks, in dessen Verlauf es zu schweren Unruhen kam, gab die Regierung nach und machte einer Kommission, die die Berliner Streikenden nach Weimar gesandt hatten, weitgehende Zugeständnisse, die schriftlich niedergelegt und dann veröffentlicht wurden. Als Folge dieser Zugeständ-

nisse gab die Regierung am 5. April die von ihr angenommene, nachstehend wiedergegebene Abänderung zum Artikel 34 der Verfassung (§ 34 a) bekannt:

„Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwickelung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt. Sie erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftgebieten gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrate zusammen. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstag dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrats zu behandeln sind. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt.“

Bereits Anfang Februar 1919 wurde im Zentralrat die Einberufung eines zweiten Rätekongresses in Betracht gezogen und Ende April für den 25. März beschlossen. Dieser Termin musste aber, der schwierigen allgemeinen Verhältnisse wegen, auf den 8. April verschoben werden. Vom zweiten Rätekongress, dessen Zusammentreten von den Arbeitern beider sozialistischer Richtungen stürmisch begehrt wurde, erwartete man, dass er Klarheit über die Rätefrage schaffen und eine aus der alten Sozialdemokratischen und Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sich zusammensetzende Mehrheit auf ein klar umrissenes Räteprogramm vereinigen und seine Eingliederung in die Verfassung von Regierung und Parlament fordern und durch das Gewicht der hinter ihr stehenden Arbeitermassen auch durchsetzen werde. Das wurde nicht erreicht. Die Auffassungen über die Aufgaben der Arbeiterräte gingen allzuweit auseinander. Obwohl mit den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stundenlang verhandelt wurde, und einige von ihnen den grossen politischen Wert eines gemeinsamen Vorgehens in der Rätefrage durchaus nicht verkannten, blieb das Ergebnis negativ. Der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion auf Schaffung von Kammern der Arbeit wurde schliesslich von ihnen abgelehnt, sie blieben bei ihrer Forderung nach der reinen Rätediktatur, die letzthin auch der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie, der Anfang Dezember 1919 in Leipzig tagte, zu einem der wichtigsten Programmpunkte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erhoben hat. Die Rätediktatur ist von der alten sozialdemokratischen Partei dauernd abgelehnt worden, aber über die positive Gestaltung des Rätegedankens sind auch in ihren Reihen grosse Meinungsverschiedenheiten entstanden und fortdauernd weiter vorhanden. Auf dem zweiten Rätekongress schloss sich zwar die sozialdemokratische Fraktion des Rätekongresses der in der Hauptsache von Julius Kaliski und dem Verfasser dieser Zeilen vertretenen dem Gedankenkreise der „Sozialistischen Monatshefte“ entstammenden Auffassung an, und es wurde gegen die unabhängigen und gegen die demokratischen Stimmen die nachstehend wiedergegebene Resolution angenommen:

I.

1. Die Grundlage der sozialistischen Republik muss die sozialistische Demokratie sein. Die bürgerliche Demokratie wertet in ihrem Vertretersystem die Bevölkerung nach der blossen Zahl. Die sozialistische Demokratie muss deren Ergänzung bringen, indem sie die Bevölkerung auf Grund ihrer Arbeitstätigkeit zu erfassen strebt.

2. Dies kann am besten durch die Schaffung von Kammern der Arbeit geschehen, zu denen alle arbeitleistenden Deutschen, nach Berufen gegliedert, wahlberechtigt sind.

3. Zu diesem Zweck bildet jedes Gewerbe unter Berücksichtigung aller in ihm tätigen Kategorien (einschliesslich der Betriebsleiter) einen Produktionsrat, in den die einzelnen Kategorien ihre Vertreter (Räte) entsenden. Die Landwirtschaft und die freien Berufe bilden entsprechende Vertretungen.

3 a. Die Räte gehen aus Wahlen hervor, die in einzelnen Betrieben oder in den zu Berufsverbänden zusammengelegten Betrieben erfolgen.

3 b. Der Produktionsrat des einzelnen Gewerbezweiges der Gemeinde wird mit dem Produktionsrat des gleichen Zweiges im Kreis, Provinz, Land und Reich zu einen Zentralproduktionsrat verbunden.

4. Jeder Produktionsrat wählt Delegierte in die Kammer der Arbeit, die in der kleinsten Wirtschaftseinheit beginnt.

5. Diese ist die Gemeinde resp. Grossgemeinde; Gemeinden, die eine Wirtschaftseinheit bilden, werden zusammengelegt.

6. Die Produktionsräte der Kreise, Provinzen, Länder und der Gesamtrepublik tun dasselbe. Überall besteht eine allgemeine Volkskammer und eine Kammer der Arbeit.

7. Jedes Gesetz bedarf der Zustimmung beider Kammern, doch erhält ein Gesetz, das in drei aufeinander folgenden Jahren von der Volkskammer (Gemeindevertretung, Kreisausschuss, Provinzialvertretung, Landtag, Reichstag) unverändert angenommen wird, Gesetzeskraft.

8. Jede der beiden Kammern hat das Recht eine Volksabstimmung zu verlangen.

9. Der Kammer der Arbeit gehen in der Regel alle Gesetzentwürfe wirtschaftlichen Charakters (vor allem die Sozialisierungsgesetze) zuerst zu. Es liegt ihr ob, auf diesem Gebiete die Initiative zu ergreifen. Der Volkskammer gehen in der Regel die Gesetzentwürfe allgemein politischen und kulturellen Charakters zuerst zu. Die Zuteilung der Delegierten auf die einzelnen Berufe wird durch besonderes Gesetz geregelt.

II.

1. Die Gewerkschaften sind die Vertreter der Arbeiter eines jeden Berufes. Die ausführenden Organe der Gewerkschaften in den Betrieben sind die Betriebsräte. Sie haben die bisherigen und erweiterten Aufgaben der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenausschüsse zu erfüllen.

2. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eines Gewerbe- oder Berufszweiges erfolgt von Organisation zu Organisation, also zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband.

3. Bilden die Arbeiterräte die Vertreter der Arbeiter für die Fragen der Produktion in den Produktionsräten, so sind die bisher errichteten Arbeitsgemeinschaften, in denen die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, Organe zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der übrigen Berufsfragen.

4. Die Produktionsräte sind die Vertreter der Produktion, die von den Arbeitern und Unternehmern gemeinsam getragen wird. Die Arbeiter werden hierbei durch die Arbeiterräte vertreten. Der Produktionsrat ist der Unterbau für die Sozialisierung.

Dieser Stellungnahme des 2. Rätekongresses haben sich aber weder die offiziellen Vertreter der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung noch die gesamte Partei: der Parteitag, angeschlossen. Der letztere hat auf seiner Tagung im Juni 1919 die Rätefrage behandelt und den Antrag auf Schaffung von Kammern der Arbeit abgelehnt. Auch die demokratische Fraktion der Nationalversammlung steht der Schaffung einer zweiten Kammer in Form eines Wirtschaftsparlaments (Kammer der Arbeit) ablehnend gegenüber, und die offizielle Haltung der dritten Regierungspartei, des Zentrums, ist in der Praxis ebenso ablehnend gewesen, obwohl aus seinen Kreisen auch freundlichere Stimmen laut geworden sind. Die konservativ gerichteten Mitglieder in der Nationalversammlung haben (vielleicht aus alter Überlieferung heraus) dem auf berufsständischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsparlament, als einer zweiten Kammer, hingegen grösseres Verständnis entgegengebracht. Inzwischen ist von der Nationalversammlung die Verfassung verabschiedet und dadurch die verfassungsmässige Regelung der Rätefrage zu einem vorläufigen Abschluss gebracht worden. Der

§ 165. der diese Frage ordnet, stimmt im Wortlaut nahezu mit dem überein, der oben als § 34 a wiedergegeben wurde. Nur lautet gleich der Anfang nicht mehr: „Die Arbeiter sind berufen," sondern „die Arbeiter und Angestellten"; und dort, wo von dem Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Unternehmer in den Bezirkswirtschaftsräten die Rede ist, ist hinzugefügt worden: „und mit sonst beteiligten Volkskreisen". Neu hinzugekommen ist folgende Bestimmung: „Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, dass alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind." Praktisch bedeutet diese Regelung nunmehr, dass drei Arten von Arbeiterräten durch besonderes Gesetz geschaffen werden sollen:

1. Betriebsräte; 2. Arbeiterräte; 3. Wirtschaftsräte;

während es nach der Auffassung des zweiten Rätekongresses nur geben sollte:

1. Betriebsräte, die die Interessen der Arbeiter im Betriebe wahrzunehmen, 2. Wirtschaftsräte, die den Arbeiter in der Produktion zu vertreten hätten.

Nach der Auffassung des zweiten Rätekongresses war für irgend eine dritte Art von Arbeiterräten keinerlei Wirkungsmöglichkeit mehr vorhanden, es sei denn, dass in den Aufgabenkreis der Gewerkschaften eingegriffen würde, was unbedingt vermieden werden sollte. Nun wird das, nachdem die Schaffung von Arbeiterräten vorgesehen ist, dennoch zur Wirklichkeit werden und, wie man fürchten muss, zu schweren und überflüssigen Komplikationen führen. Mit der jetzt vorgenommenen Regelung hat man ausserdem das Schwergewicht der Beteiligung der Arbeiter an der Produktionsgestaltung in den Einzelbetrieb gelegt, während es richtiger gewesen wäre, dafür den Wirtschaftsrat (Produktionsrat) zu benutzen. Vor allem sind die dem Reichswirtschaftsrat zustehenden Befugnisse viel geringer als der zweite Rätekongress es als notwendig erachtet hat. Man wird abwarten müssen, ob nicht durch das Gewicht der Dinge selber, die im Reichswirtschaftsrat behandelt werden, die Entwicklung weiter getrieben und der Reichswirtschaftsrat zu einer Kammer der Arbeit erweitert wird, die gleichberechtigt neben dem allgemein-politischen Parlament steht. — Von den Spezialgesetzen, die die Rätefrage im einzelnen regeln sollen, liegt augenblicklich, während der Drucklegung dieser Zeilen, eines: das über die Betriebsräte der Nationalversammlung bereits vor. Ein Gesetz über die Arbeiterräte sowohl wie über die Wirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat sind in Vorbereitung, und man rechnet damit, dass sie noch von der Nationalversammlung und nicht erst vom neuen Reichstag verabschiedet werden. Ausserdem ist im Dezember 1919 eine Verordnung über den Vorbereitenden Reichswirtschaftsrat veröffentlicht worden, der provisorisch die Aufgaben des durch Gesetz zu schaffenden endgültigen Reichswirtschaftsrat übernehmen soll. Der provisorische Reichswirtschaftsrat unterscheidet sich von dem endgültigen vor allem dadurch, dass ihm erstens das Recht fehlt, zu fordern, dass seine Initiativanträge dem Reichstag auch dann vorgelegt werden müssen, wenn die Reichsregierung ihnen nicht zustimmt, und dass er zweitens diese Anträge nicht selbst durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen kann. Da vorgesehen ist, dass die Verordnung über den provisorischen Reichswirtschaftsrat mit Zustimmung des Reichsrats und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses durch Regierungsverordnung in Kraft gesetzt wird, ohne im Plenum der Nationalversammlung verhandelt zu werden, so hätten ihm die beiden erwähnten Rechte nicht durch eine Verordnung übertragen werden können. Vielmehr hätte man, wenn diese dem endgültigen Reichswirtschaftsrat vorbehaltenen Rechte einer in anderer Weise zusammengesetzten Körperschaft zugebilligt worden wären, ein die Verfassung änderndes Gesetz vorschlagen müssen. Das hätte allzuviel Zeit in Anspruch genommen; daher ist von vornherein auf die Verleihung dieser Rechte an den provisorischen Reichswirtschaftsrat verzichtet worden. Ob die Gesetzesvorlage über den endgültigen Reichswirtschaftsrat noch von der augenblicklich im Amt befindlichen Regierung eingebracht und von der Nationalversammlung oder erst vom neuen Reichstag verabschiedet werden wird, steht noch dahin. Jedenfalls ist mit seiner Schaffung die erste Etappe in der Entwickelung der Arbeiterratsfrage zurückgelegt. Es steht zu erwarten, dass die zweite nicht lange auf sich warten lassen wird, und wir wollen im Interesse des Wiederaufbaus unseres Landes und seiner Zukunft hoffen, dass dann eine gute und auf absehbare Zeit haltbare Lösung gefunden wird.

30. Abschnitt.

a) Der Bolschewismus.

Von Dr. iur. et phil. **Bovensiepen,**
Landgerichtsrat in Kiel.

Literatur:

Zunächst die wichtigste bolschewistische Literatur selber: Bucharin, Das Programm der „Kommunisten" (Deutsch 1918). — Lenin, „Staat und Revolution" (Deutsch 1917, Verlag der Action). Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht (Deutsch 1919, ebenda). — Lenin-Zinojew, Sozialismus und Krieg (Deutsch 1915). — Trotzki, Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten (deutsch 1918, Basel). — Trotzki, Die Sowjet-Macht und der internationale Imperialismus (Promachos Verlag, Belp-Bern 1918). — Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution (Grütlibuchhandlung Zürich 1918). — Trotzki, Russland in der Revolution, Dresden Kaden 1905). — Lenin, Der Kampf um das Brot (Promachos Verlag Belp-Bern 1918). — „Sammlung von Quellen zum Studium des Bolschewismus", bisher 3 Hefte (Verlag der Kulturliga Berlin 1920). — A. B. C. (Antibolschewistische Korrespondenz, Verlag der Kulturliga, unterrichtet fortlaufend, wöchentlich vier Nummern, ausgezeichnet über Theorie und Praxis des Bolschewismus). Schriften über den Bolschewismus: Antropow, Der asiatische Bolschewismus, das Ende Deutschlands und Europas (Berlin 1919). — Boettcher, Die Wahrheit über die Bolschewiki (Berlin 1919, Verlag der Kulturliga). — Brandt, Der Bolschewismus und seine Heilung (1919). — Bovensiepen, Wissenschaftlicher Sozialismus Kommunismus, Anarchismus und Bolschewismus (1919). — Doerschlag, Bolschewismus, Idealismus und Kultur (1919). — Dornblueth, Bolschewismus, Frauengedanken über seine Ursachen und Auswirkungen (1919). — Heinz Fenner, Maxim Gorkis politische Gesinnung und seine Stellungnahme zu der Sowjetregierung; derselbe, Die Desporen der Sowjetrepublik. — Dimitry Gawronsky: Die Bilanz des russischen Bolschewismus (1919). — Gorki, Meine Kindheit (1917); derselbe, Ein Jahr russischer Revolution, Süddeutsche Monatshefte, Oktoberheft 1918. — Hirschberg, Bolschewismus (1919). — Huebener, Die bolschewistische Volkswirtschaft (Berlin 1918). — Hoetzsch, Russland (Berlin 1913). — Klibanski, Der Kommunismus in Russland (Berlin 1919). — Jahn, Zur Theorie des Bolschewismus (Berlin 1919). — Karl Kautsky: Terrorismus und Kommunismus (Berlin 1919); derselbe, Die Diktatur des Proletariats 3. Auflage, Wien 1918). — Lessing, Der Bolschewismus in Russland und seine Wirtschaftspolitik (Berlin 1919). — Lifschütz, „Russland" (Zürich 1916). — Noetzel, Grundlagen des geistigen Russlands (München 1917). — Paul Schiemann, Massenelend (Berlin 1918); derselbe, Die Asiatisierung Europas (Berlin 1919). — v. Schilling, Der Imperialismus der Bolschewiki (Berlin 1919). — Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung (Jena, Gustav Fischer 1919, 7. Auflage, S. 143 flg.) — Sochaczewer, Bürgertum und Bolschwismus (Berlin 1919). — E. Stadtler, Der Bolschewismus und seine Überwindung; Die Ursache der russischen Märzrevolution; Ist Spartakus besiegt?; Der einzige Weg zum Weltfrieden: Weltkrieg, Welttragödie u. Weltbolschewismus; Bolschewismus und Wirtschaftsleben; Der kommende Krieg; Die Revolution und das alte Parteiwesen. Sämtlich Berlin 1919, Verlag der Kulturliga. — Stegerwaldt, Unsere Not und unsere Rettung (Berlin 1919). — Vorst, Das bolschewistische Russland (Leipzig 1919). — Paquet, Aus dem bolschewistischen Russland, Flugschriften der Frankfurter Zeitung Nr. 4.

I. Werden, Wesen und Theorie des Bolschewismus.

Das geistige Haupt und der zweifellos bedeutendste Führer des Bolschewismus Russlands, Lenin, dieser „fanatische Hasser, der rücksichtslose amoralische Gewaltmensch, der genial-brutale mongolische Hordenführer, dabei zugleich der gelehrte Buchmensch und starrsinnige Doktrinaer" (Werner Sombart: Sozialismus und soziale Bewegung 7. Auflage S. 148) erklärt den Ursprung der Worte „Bolschewismus" und „Bolschewiki" in seiner grundlegenden Schrift „Staat und Revolution" humoristisch aber durchaus zutreffend wie folgt: „Wir haben eine wirkliche Partei, sie entwickelt sich vorzüglich, es mag auch ein noch so unsinniges und verkrüppeltes Wort wie Bolschewik passieren, das absolut nichts anderes ausdrückt, ausser dem rein zufälligen Umstand, dass wir 1903 auf dem Brüssel-Londoner Kongress die Mehrheit hatten." Bolschewik heisst also „Mehrheitler", Bolschewismus: das Programm der Mehrheitler. Den denkbar schärfsten Gegensatz zu ihnen bilden die „Menschewiki" von „mensch", d. h. minder, herrührend, d. h. die Minderheitler. Beide Parteien, die Bolschewiki wie die Menschewiki, waren bis zum Jahre 1903 und dem Londoner Kongress in der zu Minsk im Jahre 1898 unter den Marxisten Plechanoff und Axelrod als revolutionärer Geheimbund gegründeten russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vereinigt gewesen. Erst 1903

trat die endgültige Spaltung der beiden Flügel ein. Während die Menschewiki in ziemlich enger Anlehnung an revisionistische Gedankengänge, wie sie in Russland insbesondere der geistvolle Marxist Peter Struve vertrat, ein langsames organisches Werden des Sozialismus lehrten und unter grundsätzlicher Ablehnung jeder Gewalt die Massen zur Übernahme der politischen wie wirtschaftlichen Herrschaft erst sammeln und belehren wollten, vertraten die Bolschewiki unter der Führung Lenins und Trotzkis unter der Verkündung des nahen Kommens des tausendjährigen Reichs eine durchaus revolutionär gerichtete Gewalttaktik. Während die Menschewiki hierin unseren deutschen Mehrheitssozialdemokraten ähnlich den Sozialismus durch die Mittel der Demokratie und des Parlamentarismus zu verwirklichen trachten, verwerfen die Bolschewiki jedes Zusammengehen mit der Bourgeoisie als Verrat an der Sache des Proletariats grundsätzlich auf das schärfste. Während die Bolschewiki zunächst lange Jahre hindurch sich in hoffnungsloser Minderheit befanden und zu einer völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt schienen, gelang es ihnen im Verlaufe der russischen Revolution, die näher zu verfolgen hier nicht der Ort ist (vergl. hierüber Abschnitt 13 Band II des Werkes), die Zahl ihrer Anhänger, insbesondere in den Kreisen der industriellen Arbeiterschaft, des Grosstadtproletariats und der zum guten Teil völlig mittellosen und in durchaus proletarischer Lebensstellung sich befindlichen sehr breiten Schichten der Intelligenz vorzüglich der Akademiker, ständig zu vermehren und immer mehr und mehr an Einfluss zu gewinnen. Ende Oktober 1917 bereits schlossen sich die radikalen Sozialrevolutionäre als Partei der linken Sozialrevolutionäre grundsätzlich den Bolschewiki an. Am 7. November 1917 sprengten sie das Vorparlament und stürzten den leitenden Minister der gemässigten Sozialisten, Kerenski. Am Tage darauf beschliesst der trotz des Verbots von Kerenski in Petersburg anfangs November 1917 zusammengetretene zweite allrussische Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte die Bildung einer rein bolschewistischen Regierung, die Lenin und Trotzki anvertraut wird, nämlich des Rats der Volksbeauftragten.

Seit dem 15. November 1917 liegt tatsächlich die gesamte Regierungsgewalt in den Händen der Bolschewiki und ist ihnen seitdem auch trotz aller heftigen, blutigen Kämpfe nicht nur in vollstem Umfange verblieben, sondern hat sich auch — um von den kurzen Episoden in Ungarn-Budapest und München ganz zu schweigen — unzweifelhaft mit einer wahrhaft dämonischen Anziehungskraft und Stossmacht ohnegleichen, wie sie die ganze Weltgeschichte seit Attilas und Dschingis Chans Zeiten auch nicht entfernt gesehen hat, über die benachbarten Länder Ostasiens: Sibirien, Afghanistan und Persien siegreich ausgedehnt, ja steht im Begriff an den Pforten Indiens anzuklopfen.

Ungemein reizvoll ist es den Gründen für dieses schier märchenhafte, wunderbare, geradezu lawinenhafte Anwachsen dieser grossen Weltbewegung nachzuforschen. Sie sind mannigfachster Art. Zusammenfassend lässt sich sagen: der Bolschewismus ist das ureigenste Produkt der geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Russlands, ein Kind der eigenartigen geistigen Struktur der russischen Volksseele, genährt durch den Wahnsinn und die vieljährigen Greuel des Weltkrieges! Die schier grenzenlose, unermessliche und unergründliche, geheimnisvolle russische Tiefebene, die Gogol in seinen „Tote Seelen" so wunderbar ergreifend schildert, verwischt alle Grenzen nicht nur der Körper, des Raumes, sondern auch der geistigen Bewegungen. Aus dieser Grenzenlosigkeit der russischen Tiefebene erklärt sich auch der höchst merkwürdige Hang des russischen Volkes zur Verneinung des Staates, zum Nihilismus, wie ihn die beiden genialsten Denker Russlands Dostojewski und Tolstoy zwecks endlicher Verwirklichung des Evangeliums predigen. Fast kann man diesen Nihilismus als russische Nationaleigenschaft bezeichnen. Ein weiteres im hohen Grade kennzeichnendes Merkmal der russischen Massenseele bildet der Zug zur Gemeinschaft, zum praktischen Kommunismus. Von diesem höchst eigenartigen kommunistischen Zuge im russischen Wesen legen bei der russischen Arbeiterschaft die sogen. „Artels" beredtes Zeugnis ab, d. h. Gemeinschaften von Arbeitern, Handwerkern, Kellnern (die Gasthäuser auf gemeinschaftliche Rechnung betreiben), Dienstmännern usw., die einen gemeinschaftlichen Tisch führen, eine gemeinschaftliche Kasse haben und meist auch zusammen wohnen. Die russische Bauernschaft, die z. Z. noch mehr als achtzig Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt, lebte beim Ausbruch der Revolution im Jahre 1917 noch ganz überwiegend in einem durchaus mittelalterlichen Zustande

des rückständigsten Agrarkommunismus. Die Auflösung des Mir oder auch der Obschtschina, bei dem der Grund und Boden der Gesamtheit der Dorfbewohner gehörte, war erst in den Anfängen begriffen, trotz aller glänzenden Ergebnisse der grossen Agrarreform Stolypins — seit dem Jahre 1905 bis Januar 1912 waren mehr als 1¾ Millionen Bauern mit mehr als 12¾ Hektar vom Gemeinde- zum Sonderbesitz überführt worden — stand der landwirtschaftlich genutzte Grund und Boden noch durchaus vorwiegend im Gemeindebesitz. Vor allem aber fanden kommunistische, wie politisch äusserst radikale Gedankengänge und Bewegungen seit jeher einen besonders fruchtbaren, üppigen Nährboden in den breiten Schichten der grösstenteils nur ein sehr kümmerliches Leben führenden russischen Intelligenz, insonderheit der Studenten und Akademiker. Zum grossen Teil entstammt der russische Student direkt dem Proletariat und fühlt sich ihm wesensverwandt, ganz anders wie in Deutschland lebt und webt er mit ihm, ist sein geistiger Vorkämpfer und Führer. Mehr wie der Durchschnittsrusse noch, zergrübelt, zerfasert, zergliedert er alle menschlichen und göttlichen Dinge, nichts ist ihm sicher und selbstverständlich, der Russe ist eine wahrhaft faustische Natur, das Fragwürdige bewegt sein Gemüt auf das tiefste. „Dem Russen wird alles zum Problem; Russland ist recht eigentlich das Land der problematischen Naturen" (Brandt: „Der Bolschewismus und seine Heilung" S. 9). Eben weil der Durchschnittsrusse der geborene Problematiker und Skeptiker ist, ist er auch der geborene Fanatiker in politischen wie in religiösen und sozialen Angelegenheiten. Wie jede tiefe Weltanschauung, so ist auch die russische durchaus pessimistisch eingestellt. Den Nährboden aber des radikalsten Fanatismus beim Russen bildet der gründlichste Zweifel. Der Bolschewismus ist eine Abart und Form des Chiliasmus, ebenso wie dieser verkündet auch er das baldigste Kommen des tausendjährigen Reiches, er ist letzten Endes eine Abart des religiösen Fanatismus wie mehr oder weniger jede grosse russische urwüchsige Bewegung. Wunderbar tief hat Dostojewski in seinem „Idiot" diesen russischen Fanatismus gezeichnet:

„Sobald wir Russen ans Ufer gelangt sind, und auch wirklich den Glauben gewonnen haben, dass es das Ufer ist, so freuen wir uns darüber, dass wir sogleich bis zur letzten Grenze gehen. Nicht nur wir allein, ganz Europa wundert sich in solchen Fällen über unseren plötzlichen so leidenschaftlichen Eifer: wenn von uns jemand zum Katholizismus übertritt, so wird er unbedingt nicht weniger als ein Jesuit, und noch dazu der allerschwärzeste von allen; wird er Atheist, so wird er sogleich verlangen, dass der Glaube an Gott, falls nötig, mit Gewalt ausgerottet werden solle! Wie kommt das, woher dieser jähe Fanatismus? Wissen Sie es wirklich nicht? Das kommt daher, weil er sein Vaterland gefunden hat, das er hier in seiner Blindheit nicht zu erblicken vermocht hat, deshalb freut er sich so: er hat ein Ufer, er hat Land gefunden, und da wirft er sich denn hin und küsst es in Extase."

Und in wahrhaft wunderbarer Vorausahnung der künftigen Diktatur des Proletariats lässt derselbe Dostojewski in seinen politischen Schriften (S. 244) dem die Brüderschaft anbietenden Bourgeois durch das Proletariat antworten:

„Die Brüderschaft wird sich später bilden aus den Proletariern, ihr aber, ihr seid hundert Millionen zum Tode verurteilte Köpfe und weiter nichts, es ist aus mit euch, zum Glücke der Menschheit."

Tiefe wunderbare Gegensätze sind es, die die russische Volksseele zersetzen und vergiften, zwei Seelen wohnen in der Brust des Russen: Neben den wahren Überchristen wie den Duchoborzen, die sich selber entmannen, um sündlos Gott dienen zu können, den Entsagenden und alles Verzeihenden, den Tolstoyanern, die den Krieg verabscheuen und die tierische Nahrung streng zurückweisen, stehen die Grausamen, die Blutdürstigen, die wahren Iwannaturen, die mit sadistischer, teuflischer Grausamkeit die Harmlosen und Friedfertigen zu Tode peinigen und martern, die Raskolnikows, die kaltblütig Morde begehen. Die russische Literatur bietet in ihren realistischen Schilderungen raffiniertester Greuelszenen Belege genug für diese Zweiseelennatur des Russen. Tiefergreifende Bilder viehischer russischer Rohheit und Grausamkeit entrollt insbesondere Maxim Gorki in seinem Buche „Meine Kindheit." Zur Erklärung und Rechtfertigung gewissermassen dieser Elendsschilderungen bemerkt dieser wahre Menschenfreund dann:

„Wenn ich diesen bleiern lastenden Scheusslichkeiten des unkultivierten russischen Lebens wieder in der Erinnerung zum Leben erwecke, frage ich mich zuweilen, ob es sich auch verlohnt,

von diesen Dingen zu reden. Und mit voller Zuversicht gab ich mir die Antwort: Ja, es verlohnt sich, denn es ist noch immer lebende, traurige Wirklichkeit, was ich da schildere, eine Wirklichkeit, die in ihrer Roheit noch heute in Kraft steht, und die man bis in ihre Wurzel hinein kennen lernen muss, um sie mitsamt der Wurzel aus dem Bewusstsein, aus der Seele des Volkes aus unserem, gesamten dumpfen schmachvollen Leben herauszureissen."

Auf diesem üppig vorbereiteten Nährboden des Bolschewismus konnten die grauenhaften Wirkungen des Weltkrieges sich nur zu fruchtbar ausbreiten, sie erweckten alle rohen und gemeinen Instinkte des Russen. Ohne den Weltkrieg letzten Endes auch nicht der Bolschewismus. Ist der Vater des Bolschewismus wirklich, wie Werner Sombart (Sozialismus und soziale Bewegung S. 160) behauptet, Karl Marx und die Revolution seine Mutter, so ist, wie Brandt mit Recht (a. a. O. S. 18) ergänzend bemerkt, der Krieg sein Nähr- und Pflegevater!

Das Ziel des Bolschewismus besteht in der restlosen Verwirklichung der schrankenlosen Diktatur des Proletariats, zu seiner Erreichung ist ihm jedes Mittel recht. Das Ziel ist, die Bourgeoisie zu erwürgen (Bucharin S. 25). Lächerlich ist der Gedanke, ihr irgendwelche Freiheiten (der Presse, der Versammlungen, der Vereine, der Rede) einzuräumen:

„Wenn also von der Presse die Rede ist, fragen wir vor allen Dingen, von welcher Presse man spricht, von der bürgerlichen oder Arbeiterpresse. Dergleichen bei Versammlungen usw. Wer diese Dinge nicht unterscheidet, versteht nichts. Presse, Versammlungen, Verbände usw. sind Mittel des Klassenkampfes; während der Revolutionsepoche, in der Revolutionszeit aber sind sie Mittel des Bürgerkriegs ebenso wie Waffendepots, Maschinengewehre, Pulver, Bomben. Das gilt auch für die übrigen sozialistischen Parteien" (Bucharin S. 28).

Zur Durchsetzung der Diktatur des Proletariats scheut der Bolschewismus auch in keiner Weise vor dem Bürgerkrieg zurück, er ist antipazifistisch durch und durch. „Nur durch den Bürgerkrieg und die eiserne Diktatur des Proletariats der Arbeiter kann man zur kommunistischen genossenschaftlichen Produktion gelangen" (Bucharin: Programm S. 85).

„Wir unterscheiden uns von den bürgerlichen Friedensfreunden auch dadurch, dass wir vollkommen die Notwendigkeit der Bürgerkriege, die Kriege der unterdrückten Klassen gegen die herrschenden verstehen, ihren fortschrittlichen Charakter würdigen" (Zinojew-Lenin: Sozialismus und Krieg S. 9).

Zunächst gilt es, den heutigen bürgerlichen Staat restlos zu zertrümmern.

„In Bezug des bürgerlichen Staats kennen wir nur eine Pflicht, ihn in die Luft zu sprengen, diesen räuberischen Verband zu zerstören." (Bucharin a. a. O. S. 84).

Ganz irrtümlich aber ist die Meinung, als ob der Bolschewismus sich deckte mit dem Anarchismus. Während dieser das Recht des Rechtes, den Rechtszwang und jede nur irgendwie denkbare Staatsform überhaupt völlig verneint und das ganze menschliche Gemeinschaftsleben lediglich auf Vereinen von Egoisten gründet, aus denen auszutreten jedem jederzeit freisteht, also die Souveränität des einzelnen verkündet, ersetzen die Bolschewisten den alten zertrümmerten Staat sofort durch einen neuen:

„Die Arbeiter werden nach Erringung der politischen Macht den alten bürokratischen Apparat zerschlagen, ihn bis auf den Grund zerstören, nicht einen Stein auf dem anderen belassen; sie werden ihn durch einen neuen, aus den gleichen Arbeitern und Angestellten gebildeten Apparat ersetzen" (Lenin: Staat und Revolution").

Der Parlamentarismus wird als „Kretinismus" verworfen, Parlamente sind nur „Schwatzbuden", die Demokratie ist restlos zu zertrümmern. Der Prozess der restlosen Durchführung der sozialen Revolution wird in jedem Lande mindestens ein volles Menschenalter in Anspruch nehmen, diese Zeitspanne ist die rücksichtslose Herrschaft, Diktatur des Proletariats.

„Unterzuordnen hat man sich dem bewaffneten Vortrupp aller Ausgebeuteten und Werktätigen, dem Proletariat" (Lenin: Staat und Revolution).

Parlamente sind tatsächlich nur Werkzeuge und Maschinen zur Ausbeutung des Proletariats:

„In mehreren Jahren einmal zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament vertreten oder zertreten soll, das ist das eigentliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien,

sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken . . . . . In den Parlamenten wird nur geschwätzt, um das einfache Volk zu nasführen." (Lenin a. a. O.)

Diese hier nur ganz kurz angedeuteten Gedankengänge bilden die Grundlage der Verfassung der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik vom 10. Juli 1918. Sie ersetzt den parlamentarischen Kretinismus" restlos durch, die Sowjet-, die Räte-Regierung. Als die Grundaufgabe der Verfassung erklärt ihr Art. 5 Ziffer 9:

„Die Errichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmeren Bauernschaft in Form einer machtvollen allrussischen Sowjetregierung zum Zwecke der völligen Niederhaltung der Bourgeoisie. der Beseitigung aller Ausnutzung des Menschen durch den Menschen und die Einsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung."

Die Sowjets oder Räte erstrecken sich über das ganze Land und umfassen alle seine gebietlichen Gliederungen. Zutreffend hat man sie (Brandt a. a. O. S. 28) mit einem Baume verglichen. der in der Gesamtheit des russischen Volkes wurzelt. Die in hohem Grade sich der weitgehendsten Selbstverwaltung erfreuenden Dorf- und Stadtsowjets sind die Wurzeln, den Stamm bilden die Bezirks-, Kreis-, Gouvernements- und Provinzsowjets. Die Krone des Baumes ist der allrussische Sowjetkongress der Arbeiter-, Bauern-, Kosaken- und der Roten-Armee-Deputierten, er ist die höchste Vertretung der Sowjetrepublik und setzt sich zusammen aus Vertretern der städtischen Sowjets und Gouvernements-Sowjetkongresse. Diese oberste Vertretung der russischen Sowjetrepublik wählt in einer Stärke von nicht mehr als 200 Personen das allrussische zentrale Exekutivkomitee. Es ist dem Kongress verantwortlich und stellt die oberste. gesetzgebende, verfügende und kontrollierende Behörde dar, es überwacht die Beobachtung der Verfassung und kann selber Dekrete erlassen.

Das Zentralexekutivkomitee wählt den Sowjet der Volkskommissare, diese üben die laufenden Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte aus, jedoch kann das Zentralexekutivkomitee jederzeit ohne weiteres seine Anordnungen aufheben. Z. Z. gibt es 18 Volkskommissariate, nämlich auswärtige Angelegenheiten, das Kriegswesen. die Marine, innere Angelegenheiten, Justiz, Arbeit, soziale Versorgung, Volksaufklärung, Post- und Telegraphenwesen, nationale Angelegenheiten, Finanzen, Verkehrswesen, Ackerbau, Handel und Industrie, Volksverpflegung, Staatskontrolle, die oberste Volkswirtschaft, Hygiene.

Der allrussische Sowjetkongress und das allrussische Zentralexekutivkomitee üben im allgemeinen alle diejenigen Obliegenheiten aus, die sonst in anderen Ländern dem jeweiligen Oberhaupt und den Parlamenten zugewiesen sind, also insonderheit das Recht der Gesetzgebung und obersten Verwaltungskontrolle.

Das Wahlrecht zu den Räten ist insofern ungleich, als die Stadt zu ungunsten des Landes bevorzugt ist.

Vor allem aber sind die Räte nur die Vertreter des arbeitenden Volkes. Wahlberechtigt und wählbar sind nämlich nach Art. 64 der Verfassung nur diejenigen über 18 Jahre alten Männer und Frauen, die sich die Mittel zum Leben durch produktive und gemeinnützige Arbeit erwerben, ebenso Personen, die im Haushalte tätig sind, wodurch den ersteren das produktive Arbeiten ermöglicht wird, Soldaten der Sowjetarmee und -Flotte und solche Personen dieser Art, die ihre Arbeitsfähigkeit eingebüsst haben.

Das Bürgertum, die Bourgeoisie ist also völlig entrechtet, sie ist nur das Objekt, nicht das Subjekt der Gesetzgebung. Vom aktiven wie passiven Wahlrecht vollkommen ausgeschlossen sind nach Art. 65 der Verf.:

a) alle Personen, die zur Erzielung von Gewinn Lohnarbeiter beschäftigen; b) Personen, die von arbeitslosen Einkommen (Zinsen u. dergl. m.) leben, Rentner; c) Privatkaufleute, Handelsvermittler; d) Mönche und Geistliche; e) Diener, Angestellte und Agenten der früheren Polizei, sowie Mitglieder des Hauses Romanoff; f) Geisteskranke; g) gemeine Verbrecher, denen das Wahlrecht besonders entzogen ist.

Ob und inwieweit die Intellektuellen nützliche und produktive Arbeit verrichten, lässt die Verfassung -- wohl geflissentlich — im Unklaren. die rechtliche Stellung der Intelligenz ist zweifelhaft, ob also namentlich die vermögenslosen Ärzte, Anwälte, Künstler, Erfinder usw. das Wahlrecht besitzen, ist ungewiss.

Vereinsrecht, Versammlungs- und Pressfreiheit steht nur dem Proletariat zu. Die gesamte bestehende Presse mit allen technischen und kommerziellen Hilfsmitteln enteignet Art. 14 der Verf. und zwar ohne jede Entschädigung zugunsten des Proletariats.

„Das Ehrenrecht, die Revolution mit bewaffneter Hand zu verteidigen, wird lediglich den Werktätigen eingeräumt; den nicht werktätigen Elementen wird dagegen die Ausübung anderer Militärpflichten auferlegt." (Art. 5 Ziffer 19 der Verf.)

Auch hinsichtlich der Verpflegung ist das Proletariat ungemein bevorzugt. Zur ersten Klasse gehören die Schwerarbeiter und die Soldaten, zur 2. die Sowjetbeamten und Intellektuellen, zur 3. die Leute mit kurzer Arbeitszeit, zur vierten die Bourgeois schlechthin. Soweit die Grundlagen der Sowjetrepublik. Über die Grundlinien der Wirtschaftspolitik lässt sich Art. 2 der Verf. aus. Er bestimmt:

a) Zwecks Verwirklichung der Sozialisierung des Grund und Bodens wird der private Grundbesitz aufgehoben und die gesamten Landbestände werden als Eigentum des ganzen Volkes erklärt und den Werktätigen ohne jede Ablösung auf der Grundlage einer ausgleichenden Bodenbenutzung übergeben.

b) alle Waldungen, Bodenschätze und Gewässer von allgemein staatlicher Bedeutung, sowie das gesamte lebende und tote Inventar, Mustergüter und landwirtschaftliche Unternehmungen werden als Nationaleigentum erklärt.

c) Als erster Schritt zum völligen Übergang der Fabriken, Werke, Gruben, Eisenbahnen und sonstiger Produktions- und Beförderungsmittel in den Besitz der Arbeiter- und Bauernsowjetrepublik wird das Sowjetgesetz betreffend Arbeiterkontrolle und den Obersten Sowjet für Volkswirtschaft zum Zweck der Machtsicherung der Werktätigen gegenüber den Ausbeutern bestätigt.

d) Als ersten Schlag gegenüber dem internationalen Bank- und Finanzkapital betrachtet der dritte Sowjetkongress das Sowjetgesetz über die Annullierung (Nichtigkeitserklärung) der von der Regierung des Zaren, der Grundbesitzer und der Bourgeoisie aufgenommenen Anleihen und gibt der Überzeugung Ausdruck, dass die Sowjetregierung unentwegt diesen Weg weiter verfolgen wird, bis zum endgültigen Siege der internationalen Arbeitererhebung gegen das Joch des Kapitals.

e) Es wird der Übergang aller Banken in den Besitz des Arbeiter- und Bauernstaates bekräftigt als eine der Vorbedingungen zur Befreiung der werktätigen Massen vom Joch des Kapitals.

f) Zwecks Abschaffung von schmarotzenden Gesellschaftsschichten und zur Instandsetzung der Wirtschaft wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.

g) Im Interesse einer Sicherstellung der vollkommenen Machtausübung durch die werktätigen Massen und zur Beseitigung jeder Möglichkeit einer Wiederherstellung der Macht von seiten der Ausbeuter wird die Bewaffnung der Werktätigen, die Bildung einer sozialistischen roten Armee der Arbeiter und Bauern und die gänzliche Entwaffnung der besitzenden Klasse angeordnet."

Zur Durchführung dieser mehr allgemeinen Richtlinien der Verfassung haben dann unzählige einzelne Verordnungen und Gesetze der obersten Räte, die etwa nach Art unserer Kriegsverordnungen erlassen wurden und deren Fülle Marxim Gorki („Ein Jahr russischer Revolution") hart aber zutreffend als „Dekretinismus" bezeichnet, so gut wie alle Industrien nationalisiert. Nationalisiert sind insbesondere die Banken (Dekret vom 17. XII. 1917), das gesamte Versicherungsgewerbe, der gesamte Handel, also Binnenhandel wie auch Aussenhandel, nationalisiert wurde die Binnenschiffahrt und natürlich auch das gesamte Eisenbahnwesen sowie die Post. Die Industrie wurde schrittweise nationalisiert und zwar zunächst der Bergbau. Durch das Dekret vom 28. Juni 1918 wurde schliesslich die gesamte Industrie nationalisiert. In beinahe wörtlicher Befolgung der Vorschläge Friedrich Engels in seiner 1871 erschienenen Abhandlung. „Die Wohnungsfrage" expropriierten die Bolschewiki die Hauseigentümer und zwar ohne jede Entschädigung und übertrugen die Häuser selbst an die von den Mietern zu wählenden Hauskomitees. Diese verwalten die Häuser, ihnen obliegt die Beschaffung der Heizstoffe, der Lebensmittel und selbst der Kleidung der Haus-

bewohner sowie die Einziehung der Mieten, die auch der frühere Hauseigentümer zu entrichten hat. Er selber wie auch seine Kinder und ferneren Anverwandten dürfen in das Komitee nicht hineingewählt werden. Die Hauskomitees eines Stadtviertels bilden die Rayonkomitees, und diese wieder das Zentrodom (Dom-Haus). Alle Wohnungen werden registriert und von dem betreffenden Rayonkomitee je nach Bedarf verteilt. Kontrolle, Registration, Verteilung der Arbeitshände, alles, das ist Sache der Arbeiterorganisationen. „Die Riesenarmee der Arbeitenden wird auf Grund allgemeiner Arbeiterkataster von der Zentrale aus an die Arbeitsplätze dirigiert." (Sombart a. a. O. S. 162.)

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft errichteten die Bolschewisten landwirtschaftliche Arbeitsgemeinden, die sich auf der Grundlage der alten Mirverfassung aufbauen. Die Landkomitees (sjemjelni komitjet) haben insbesondere Saatgut, Vieh, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte zu beschaffen und zu verteilen. Genossenschaftliche Bewirtschaftung wird für die früheren aufgeteilten Grossgüter beabsichtigt. Allenthalben in der Industrie, im Handel wie in der Landwirtschaft wird straffe Zusammenfassung und einheitliche Leitung nach dem Rätesystem erstrebt. „Die Organe dieses zentralisierten Apparates sind: a) Rayon- und Gebietsräte der Volkswirtschaft. b) Räte der Volkswirtschaft, Komitees, die ganze Gebietszweige oder Handelsbranchen vereinigen: Zentrotextil, Zentrometall; c) der oberste Rat der Volkswirtschaft, in dem alle Fäden zusammenlaufen, das Hirn des Landes, eine ungeheuere Registratur und Rechenmaschine. Diese Organe stehen unausgesetzt mit den Arbeiterräten und der Räteregierung in Verbindung." (Sombart a. a. O. S. 161).

Es ist weiter eine Arbeitspflicht eingeführt, aber absonderlicher Weise nicht für die eigentlichen Arbeiter, sondern zunächst nur für alle Personen, die ein monatliches Einkommen von mehr als 600 Rubel haben. Jedem wird ein „Konsum-Arbeitsbüchlein" ausgehändigt und jeder erhält nur dann Bedarfsartikel zum Verbrauch, wenn in ihm bestätigt ist, dass er Arbeit geleistet hat. In natura und nicht in Geld erhalten die Arbeiter ihren Lohn ausgehändigt. „Nach den Eintragungen in dem Arbeitsbüchlein werden aus den gesellschaftlichen Depots die Produkte, deren die Arbeiter bedürfen, ohne Geld, einfach gegen das Zeugnis dessen, dass der Mensch arbeitet, verabfolgt." (Bucharin a. a. O.) Zwecks besserer Verteilung und „Befreiung der Frau von der Sklaverei" soll die Einzelhauswirtschaft durch gesellschaftliche Hauswirtschaft (Zentralküchen) ersetzt werden.

II. Durchführung und Kritik des Programms.

Von der Parteien Hass und Gunst verwirrt schwankt das Urteil über die Durchführung dieses nur ganz kurz von uns in seinen Grundzügen entworfenen Programms des Bolschewismus, seine Durchführungsmöglichkeiten und seine Wirkungen. Die deutschen Zwillingsbrüder des Bolschewismus, die Kommunisten und Spartakisten verherrlichen blind und kritiklos den Bolschewismus und schwärmen für seine Verpflanzung nach Deutschland, die weitaus meisten bürgerlichen Beurteiler und Zeitungen ebenso die Rechtssozialisten erblicken im Bolschewismus die Zerrüttung der russischen Volkswirtschaft und ein grenzenloses Unglück für Deutschland. Die Bewunderer und Vorkämpfer des Bolschewismus verweisen mit allem Nachdruck auf den „ungeheueren Siegeszug" des Bolschewismus in ganz Russland, Sibirien und allen angrenzenden Ländern sowie darauf, dass er sich nunmehr rund 2½ Jahre aufrechterhalten habe. Das sei unmöglich, wenn er nicht eine ungeheure Kraft und Wahrheit in sich berge. Die so reden und schreiben, verkennen vollständig, dass das Programm in seiner Reinkultur so gut wie nirgends hat verwirklicht werden können, fast allenthalben hat es bei den Versuchen seiner Durchsetzung kläglich Schiffbruch erlitten, dem Unternehmertum, der Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz, die man anfänglich mit Stumpf und Stiel ausrotten wollte, haben die weitestgehenden Zugeständnisse gemacht werden müssen. Sehr bald ist von dem ursprünglichen Programm nicht viel mehr übrig geblieben. Den völligen Umschwung leitete ein der von Trotzki am 28. März 1918 der Moskauer städtischen Konferenz der russischen kommunistischen Partei gehaltene Vortrag mit dem ungemein kennzeichnenden Thema „Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten." Ein völlig neues kapitalistisch-sozialistisches Kompromissprogramm entwirft Lenin in seinem dem allrussischen Zentralen Vollzugsrat der Sowjets der Deputierten am 29. April 1918 gehaltenen

Referat „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht.“ Nach dem sehr interessanten Eingeständnis, dass eine Fortsetzung der Expropriation des Kapitals im früheren Tempo sicher eine Niederlage herbeiführen würde, „denn unsere Arbeit zur Organisierung der proletarischen Rechnungslegung und Kontrolle ist deutlich, offensichtlich für jeden denkenden Menschen hinter der Arbeit der unmittelbaren Expropriierung der Expropriateure zurückgeblieben“, (S. 13) erklärt Lenin zunächst ohne die „Anleitung von Fachleuten der verschiedenen Zweige des Wissens, der Technik, der Erfahrungen den Übergang zum Sozialismus für unmöglich. Und solche Fachleute seien zufolge der ganzen Umgebung ihres Lebens, das sie zu Fachleuten gemacht habe, unvermeidlich bürgerlich. Zur Gewinnung solcher hochstehender Fachleute aber hätten sie jetzt „zu dem alten bürgerlichen Mittel greifen und auf eine sehr hohe Bezahlung der Dienstleistungen bis zu 25 000 Rubel und mehr im Jahr eingehen müssen.“ . . . „Es ist klar, dass solch eine Massnahme ein Kompromiss ist, ein Abrücken von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht“ (S. 16). Die Wiedereinführung des Akkordlohns und des Taylor-Systems wurde für unerlässlich erklärt (S. 29flg.), ebenso die Einführung einer strengen Disziplin in allen Betrieben. „Heute fordert dieselbe Revolution und zwar im Interesse des Sozialismus die widerspruchslose Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeiterprozesses (S. 44) . . . . . man muss lernen, den stürmischen in Frühlingsüberschwemmung eilenden, die Ufer übertretenden Meetingsdemokratismus der arbeitenden Massen mit der eisernen Disziplin während der Arbeit, mit dem widerspruchslosen Gehorsam dem Willen einer einzigen Person, des Sowjet-Leiters während der Arbeit zu vereinigen.“ „Wir haben das noch nicht gelernt, wir werden es lernen“ (S. 47/48). Die Löhne endlich müssen an die allgemeinen Arbeitsergebnisse der Fabrik angepasst werden, desgleichen an die Betriebsresultate des Transports durch die Eisenbahn und auf Wasserwegen (S. 33). Die bestehenden bürgerlichen wie auch Arbeitergenossenschaften musste man bestehen lassen, die Sowjetmacht verzichtete auf das Prinzip des unentgeltlichen Eintritts in eine einzige Genossenschaft (das einzig konsequente proletarische Prinzip S. 25). Das Ergebnis ist:

Die alte Klassenherrschaft ist zwar gestürzt, aber eine neue an ihre Stelle getreten. Drei neue Klassen bildeten sich: das privilegierte Proletariat, das unter ihm stehende, geknechtete und ausgebeutete Bürgertum und über dem Proletariat wieder die neue Klasse der zum Teil aus ihm hervorgegangenen, zum Teil ihm aufoktroierten Bürokratie, „die neue Herrenklasse mit grossem Einkommen und grossen Privilegien. Aus dem Absolutismus des Tschin im neuem aber keineswegs verbessertem Gewande sowie neben ihm bilden sich auch schon wieder durch direkt verbrecherische Praktiken die Keime eines neuen Kapitalismus, der tief unter dem früheren industriellen Kapitalismus steht.“ (Karl Kautsky, Terrorismus und Kommunismus S. 134.)

Keinem Zweifel kann es unterliegen, — das erkennt auch bereits Sombart a. a. O. S. 171, der sonst den Nachrichten über ein völliges Versagen des Bolschewismus sehr kritisch gegenübersteht, durchaus an — dass das bolschewistische Programm auf dem Lande einen kläglichen und vollständigen Zusammenbruch erlitten hat. „Wir finden im heutigen bolschewistischen Russland eine Bauernschaft auf der Grundlage uneingeschränkten Privateigentums und vollster Warenproduktion. Sie führt ein Leben für sich, ohne organische Vereinigung mit der städtischen Industrie“ (Kautsky a. a. O. S. 133). Die ländliche insbesondere die bäuerliche Bevölkerung aller Länder ist eben von einem heissen Hunger nach Land erfüllt, sie ist individualistisch durch und durch und trägt einen durchaus „antikollektivistischen Dickschädel.“

Für die übrigen Zweige des russischen Wirtschaftslebens, insbesondere Handel und Industrie, mochte es im Hinblick auf die durchaus verschiedenen sich konträr widersprechenden Nachrichten aus Russland bis vor wenigen Monaten noch nicht möglich sein, ein abschliessendes, objektives, wissenschaftlich einwandsfreies Urteil über Durchsetzung und Ergebnisse des Bolschewismus zu fällen. Wir konnten, wie mit Recht hervorgehoben wurde, nicht feststellen, wieviel des Elends, des Zusammenbruchs und der Zerrüttung auf den Krieg und wieviel auf den Bolschewismus zurückzuführen sei. Allein heute bei Niederschrift dieser Zeilen (Ende Januar 1920) wird es sich angesichts der Veröffentlichungen offizieller bolschewistischer Zeitungen (vergl. ihre Zusammenstellung in Nr. 8 u. 8 der „A.B.C.“, antibolschewistischen Korrespondenz, vom 14. u. 17. 1. 1920) kaum mehr bezweifeln lassen, dass die Folgen der bolschewistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik geradezu

katastrophal für das Land gewirkt haben. Und zwar derartig katastrophal, dass auch die leitenden Kreise der Sowjetmachthaber sich fürder dieser Erkenntnis nicht länger verschliessen konnten und selber die Axt an den Baum der Grundideen des bolschewistischen Programms legen mussten. Die russische Zeitschrift „Das Wirtschaftsleben" veröffentlichte in ihrer Nummer vom 19. November 1919 folgenden höchst kennzeichnenden Bericht des Arbeitskommissars der bolschewistischen Regierung Schljappikow über die Lage der russischnen Industrie:

„In dem Mittelpunkte der russischen Baumwollindustrie wurden im Monat September 18 Fabriken geschlossen, nachdem zum 1. April 93 Baumwollbetriebe die Arbeit eingestellt hatten. Die Vorräte an Rohstoffen übersteigen nicht das Gewicht von 100 000 Pud (80 000 Pfund). Ob die übrigen Fabriken unter solchen Umständen weiter arbeiten werden, ist natürlich sehr ungewiss. Die Produktion des groben Tuches sank in den ersten acht Monaten des Jahres 1919 um 85 Prozent gegen die Produktion des Vorjahres, das, auch schon eine um 50 Prozent unter der Norm stehende Produktivität ergeben hatte. In einem ähnlichen Zustande befindet sich die Papierindustrie, deren Produktion gegen die des Vorjahres um 60 Prozent gesunken ist. Dementsprechend sank auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die nur in Munitionsfabriken Arbeit finden können. In den grossen Lokomotivfabriken wurden in den ersten acht Monaten des Jahres 1919 nicht mehr als 32 Lokomotiven hergestellt, während im Vorjahr 192 und in Friedenszeiten 500 im Verlauf der gleichen Zeit erzeugt wurden. Die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter sank in Petersburg bis auf 100 000 Personen herab. Durch Unterernährung haben die Arbeiter derartigen Schaden an ihrer Produktivität genommen, dass man zu immer drastischeren Mitteln greifen muss, um ihre Energie aufzupeitschen. Die Hauptursache der schweren Lage, die die russische Industrie gegenwärtig erlebt, liegt in dem Mangel an jeder Disziplin und Ordnung in den Betrieben. Die Arbeiterräte und Betriebsausschüsse ursprünglich dazu bestimmt, Ordnung in den Betrieben wieder einzuführen, haben dem Gemeinwohl nur geschadet, indem sie die letzten Überreste der Disziplin vernichteten und das Vermögen der Fabriken zerstörten. Wir sahen uns genötigt, die Arbeiterräte abzuschaffen und an die Spitze der Unternehmungen Funktionäre mit diktatorischen Vollmachten zu stellen."

Dieser amtliche Ukas bedeutet in der Tat nicht mehr oder weniger als die amtliche Bankerotterklärung des Rätegedankens, der Grundidee und des Leitmotivs des ganzen Bolschewismus! In diesem Augenblick des Zusammenbruchs das urrussische Nationalprodukt des Bolschewismus auf die ganz anders gearteten deutschen Verhältnisse übertragen zu wollen, wäre Torheit und Verbrechen am deutschen Volkskörper zugleich!

b) Die Abtrennungsbestrebungen in Deutschland.

Von Dr. iur. **Paul Moldenhauer,**

ord. Professor der Versicherungswissenschaft an der Universität Köln,
Mitglied der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.

Literatur:

Besteht fast ausschliesslich aus Aufsätzen in Zeitungen und politischen Zeitschriften sowie einer grossen Zahl von Streitschriften, die meist eine bestimmte politische Auffassung in stark zugespitzter Form zur Geltung bringen. Nur wenige selbständige Abhandlungen versuchen sachlich diese, die Leidenschaften so besonders entflammenden Fragen zu behandeln. Aus ihnen sei hervorgehoben: Kuske, Rheinprovinz und Pufferstaat, Bonn 1919, und Fassbender, Westdeutschland — los von Preussen? (Berlin 1919.)

I. Bestrebungen der Trennung vom Deutschen Reich.

Der unglückliche Ausgang des Krieges, die Wirren und Folgeerscheinungen der Revolution und die unerträglichen Friedensbedingungen haben eine Reihe von Bestrebungen wachgerufen,

durch Trennung vom Deutschen Reich bestimmte Landesteile vor dem allgemeinen Schicksal des Reichs zu bewahren. Diese Bestrebungen machen sich naturgemäss nur in den Randgebieten bemerkbar und sind da am gefährlichsten, wo sie ähnlichen Absichten unserer Feinde begegnen und diese sogar die Möglichkeit haben, die Absonderungsbestrebungen zu unterstützen und zu fördern. Das ist besonders im besetzten Gebiet im Westen der Fall. Seit Ludwig XIV. ist die französische Politik auf das linke Rheinufer gerichtet. Napoleon I. verwirklichte auf kurze Zeit die Hoffnungen. Wenn auch die Befreiungskriege die Rheinlande Deutschland wieder zurückgaben, die französischen Ambitionen ruhten nicht, wie die Vorgänge von 1840 und bei Ausbruch des Krieges 1870 beweisen, sie erwuchsen zu voller Stärke, als im Weltkrieg sich die Kriegslage zu unsern Ungunsten wandte. Mit zäher Energie hat Frankreich bei den Friedensverhandlungen seine Absichten auf Einverleibung des linken Rheinufers verfochten, aber nur die zeitweilige Besetzung durchzusetzen vermocht. Nun sucht es auf anderem Wege zum Ziele zu kommen. Es strebt nach der Errichtung selbständiger Republiken am Rhein, die in Wahrheit als neue Rheinbundstaaten unter seine Herrschaft kommen. Damit wird nicht nur Frankreichs Macht gestärkt, es wird vor allem Deutschland geschwächt und Preussen zerschlagen, von dem Frankreich noch immer die Vergeltung für die furchtbaren Waffenstillstands- und Friedensbedingungen fürchtet. Als Vorbereitung für diese Arbeit dient die wirtschaftliche Eroberung der Rheinlande, die von den Franzosen immer wieder gepriesene wirtschaftliche Orientierung nach dem Westen, so z. B. von Barrès in der französischen Kammer bei Beratung des Friedensvertrages: „Die rheinische Bevölkerung vom Saarbecken bis nach Westfalen wird ihren Vorteil darin finden, von nun an nach dem Wirtschaftskreis Frankreich zu gravitieren und man wird zwischen ihr und uns materielle Bande schaffen können."

Die französische Politik und besonders ihre beiden zeitweiligen Hauptvertreter im besetzten Gebiet, die Generale Gerard in der Pfalz und Mangin in Mainz fanden die geeigneten Werkzeuge und einen in mancher Hinsicht vorbereiteten Boden. Im besetzten Gebiet, das mehr als das übrige Deutschland die schwere Hand des Feindes fühlen musste, bestand die nicht ganz unberechtigte Auffassung, dass man im Reich über all den Revolutionssorgen, den Kämpfen mit den Kommunisten, den Streiks und der Arbeitsunlust die Not der Rheinlande vergessen habe. Hierzu kamen die Verkehrsschwierigkeiten, die namentlich in dem von den Franzosen besetzten Gebiet besonders gross waren, die absichtlich von den Franzosen bewirkte Fernhaltung von Zeitungen aus dem unbesetzten Deutschland, die Aufklärung hätten bringen können, auf der andern Seite die Überschwemmung mit französischen Presseerzeugnissen, der auf die rheinische Presse ausgeübte Druck, aus französischer Feder stammende Aufsätze ohne Kenntlichmachung der Herkunft zu bringen. Geschickte Drahtzieher nutzten die Bewegung aus, die in der Rheinprovinz eine Trennung von Preussen, in der Pfalz von Bayern anstrebte, indem sie vorgaben, auch ihre Ziele nur im Rahmen des Deutschen Reichs zu verfolgen, als ob eine rheinische Republik, die eine eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt, die selbständig über Krieg und Frieden entscheidet, im Rahmen des Deutschen Reichs möglich wäre. Trotzdem blieb der Anhang, der sich um Dr. Haas in der Pfalz, um Dr. Dorten, einen ehemaligen preussischen Staatsanwalt in Wiesbaden sammelte, sehr klein. Das zeigte sich bei einer Reihe von Putschversuchen in der Pfalz und in Wiesbaden, die an dem entschlossenen Widerstand der Bevölkerung, namentlich der sofort in den Generalstreik tretenden Arbeiter scheiterten. Dazu kam, dass Frankreich in seinen Plänen keine genügende Unterstützung bei England und Amerika fand. Die englische Besatzungsbehörde erliess sogar vorübergehend eine Warnung, derzufolge alle Versuche gegen die Verfassung des Deutschen Reiches eine Abtrennung anzustreben unter Strafe gestellt wurden, während die Amerikaner in Koblenz Dr. Dorten eine Zeit lang die weitere Agitation untersagten. Die Ratifikation des Friedens wird kaum eine Änderung bringen, da die Tätigkeit der deutschen Gerichten gegenüber hochverräterischen Bestrebungen jeden Augenblick dadurch lahm gelegt werden kann, dass dem Täter ein besonderer Pass verliehen wird, der ihn unsern Gerichten entzieht. Für die hochverräterischen Taten, die während des Waffenstillstands begangen worden sind, verlangen die Verordnungen der Interalliierten Rheinlandkommission ausdrücklich volle Straffreiheit, die das ohnmächtige Deutschland gewähren muss. Diese Ohnmacht, die vollkommene Rechtlosigkeit, in die uns der Friedens-

vertrag gebracht hat, das Interesse, das im gegebenen Augenblicke England hat, eine Machterweiterung Frankreichs zuzulassen oder zu verhindern, auf der anderen Seite die Gestaltung der Verhältnisse im unbesetzten Gebiet und das Wiedererstarken nationalen Empfindens im Rheinland, werden die künftige Entwicklung der rheinischen Frage stark beeinflussen.

In allen anderen Randgebieten sind die Absonderungsbestrebungen weniger stark und weniger gefährlich hervorgetreten. Man muss hier unterscheiden zwischen solchen Gebieten, in denen eine Abstimmung über die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich überhaupt stattfindet und solchen, in denen es nicht der Fall ist. Es liegt auf der Hand, dass in den Gegenden, in denen abgestimmt wird, sich stets eine Reihe trauriger Gesellen finden wird, die aus schnödem Eigennutz dem Vaterland den Rücken kehren wollen und für dieses Ziel auch agitieren. Zu einer besonderen Bewegung oder einer besonderen Organisation ist es aber, wie es scheint, nirgends gekommen. Dass auch hier die Staaten, die an dem Ergebnis der Abstimmung interessiert sind, manchmal ihre Hand mit im Spiel haben, zeigt der Aufstand in Oberschlesien im August 1919, der von Polen geschürt und unterstützt wurde, dank dem festen Eingreifen der Reichswehr aber schnell unterdrückt wurde. In den anderen Randgebieten ist es nirgends zu einer stärkeren Strömung für eine Absonderung gekommen, wenn sich auch einmal Bayern zu den Zeiten Kurt Eisners recht selbständig gebärdete oder der Ruf „Los von Berlin" seltsame Blüten trieb, z. B. in Pommern Stimmen für einen Anschluss an Schweden laut wurden und die Welfen in Hannover nicht ganz von dem Vorwurf freiblieben, dass einzelne übereifrige Verfechter ihrer Sache allzusehr auf englische Unterstützung vertrauten. Diese Augenblicksstimmungen einer wilderregten Zeit darf man nicht ernst oder gar tragisch nehmen.

II. Abtrennungsbestrebungen innerhalb der einzelnen Länder.

1. Die Entwicklung im Rheinland und Hannover.

Unmittelbar nach Ausbruch der Revolution traten in verschiedenen Teilen der damaligen Bundesstaaten Bewegungen auf, die auf eine Loslösung vom bisherigen Staat und die Bildung einer selbständigen Republik, jedoch im Rahmen des Deutschen Reiches hinausliefen. Dass es nicht immer leicht ist, festzustellen, wie weit die Absicht darüber hinausgeht, sich auch vom Deutschen Reich zu trennen, ist schon oben erwähnt worden. Die Bestrebungen zeigten sich am stärksten im Westen, Frage der rheinischen Republik, in Hannover und Oberschlesien, sie traten weniger stark in Hessen-Kassel und Ostpreussen hervor. Eine Frage für sich, der hier nicht weiter nachgegangen werden soll, ist die staatsrechtliche Gestaltung der thüringischen Staaten und der angrenzenden preussischen Landesteile.

a) Die „rheinische Republik".

Bereits am 4. Dezember 1918 erklärte sich eine grosse Zentrumsversammlung in Köln für eine rheinische Republik im Rahmen des Deutschen Reichs. Der Gedanke wurde in der rheinischen Zentrumspresse, besonders der Kölnischen Volkszeitung, deren Redakteur Froberger, Elsässer von Geburt und ehemaliger Ordensgeistlicher wohl als der geistige Vater der Bewegung betrachtet werden kann, mit grösster Entschiedenheit vertreten. Aber auch ausserhalb des Zentrums fand der Gedanke viele Anhänger, namentlich bei solchen, die sich irgendwelche Vorteile von einer rheinischen Republik versprachen oder die nur Verärgerung über die allgemeine Politik und die Zustände im unbesetzten Deutschland dazu trieb. Die übrigen Parteien haben sich dem Gedanken gegenüber zunächst abwartend verhalten, wie der Beschluss der rheinischen Abgeordneten aller Parteien zur Nationalversammlung und preussischen Landesversammlung vom 1. Februar 1919 beweist, dann als die Bestrebungen des Zentrums schärfer hervortraten, ablehnend, ja sie haben schliesslich der Bewegung den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Auch im rheinischen Zentrum war die Stimmung nicht einheitlich. Die christlichen Gewerkschaften verhielten sich ablehnend, die alten Gegensätze zwischen der Berliner und Kölner Richtung machten sich wieder geltend. Selbst die Freunde der rheinischen Republik schieden sich in zwei Richtungen, eine, die sofortiges Handeln verlangte, — die Kölnische Volkszeitung, wenigstens in der ersten Zeit, und die Abgeordneten Kastert und Kuckhoff, die später wegen des direkten Verhandelns mit dem General Mangin aus der

Zentrumsfraktion der preussischen Landesversammlung austreten mussten und ihr Mandat niederlegten, sind ihre Hauptvertreter — und eine solche, die die Errichtung der rheinischen Republik auf verfassungsmässigem Wege, dem sogenannten legalen Wege anstrebten. Sie fand ihren Hauptvertreter in dem rheinischen Zentrumsführer Trimborn und einem Teil der rheinischen Abgeordneten. In der Folge, namentlich nach Annahme der Verfassung unterschied man beide Richtungen als die Aktivisten und Legalisten. Auch über den Umfang der rheinischen Republik bestand von vornherein keine Einigkeit, die einen dachten an einen westdeutschen Freistaat, der Rheinland-Westfalen, Oldenburg, Hessen-Nassau, Hessen, die Pfalz und Baden umfassen sollte, die anderen nur an die Rheinprovinz und höchstens noch an Westfalen und Nassau, die Aktivisten in erster Linie an das besetzte Gebiet, d. h. also im wesentlichen das linke Rheinufer. Ja, in der neuesten Bewegung entsteht der Gedanke mehrerer rheinischer Republiken, die in der Pfalz, Mainz-Wiesbaden und Koblenz-Köln ihren Schwerpunkt haben sollten. Hier sieht man schon stark den französischen Einfluss.

Die Motive sind verschieden: Bis zum Abschluss des Friedensvertrages wurden viele von dem Gedanken geleitet, nur eine Zerschlagung Preussens werde Frankreich von der Annexion des linken Rheinufers abhalten, da dann seine Hauptsorge genommen sei (Vergl. die Rede des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer in der Versammlung der rheinischen Abgeordneten am 1. Februar 1919 in Köln). Die grosse Masse des katholischen, im Zentrum politisch organisierten Volkes im Rheinland ist aber mehr von einer Abneigung gegen das überwiegend protestantische Preussen getrieben worden. Waren die Gegensätze schon immer vorhanden (vgl. den Kölner Kirchenstreit von 1837, den Kulturkampf und die Paritätsklagen des Zentrums) so wurden sie besonders gross durch die „Kulturerlasse" des unabhängigen ersten Kultusministers Adolf Hoffmann und die sozialdemokratische Schul- und Kirchenpolitik. Dazu kam bei vielen, auch nicht dem Zentrum angehörenden Bauern, Kaufleuten und Industriellen die Abneigung gegen die sozialistische Wirtschaftspolitik, die Angst vor der Sozialisierung, während die Arbeiter gerade aus diesem Grunde gegen die rheinische Republik, hinter der sie reaktionäre Tendenzen fürchten, eingenommen sind.

Auf dem rheinischen Parteitag der Zentrumspartei am 16. Sept. 1919 wurde versucht die verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei auf einen Nenner zu bringen. In den von der Versammlung angenommenen Leitsätzen wird zunächst der Einheitsstaat gefordert:

„Das Endziel der auf die territoriale Umgliederung unseres Vaterlandes gerichteten Bestrebungen soll die Schaffung eines organischen deutschen Einheitsstaates mit autonomen Stammländern sein, wobei die bisherigen Bundesstaaten aufgeteilt bezw. zusammengelegt werden und insbesondere Preussen seine Vormachtstellung aufgibt. Es sollen gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder (Selbstverwaltungskörper) gebildet werden, die tunlichst auf der Grundlage der Stammesgemeinschaft im Sinne wirtschaftlicher und kultureller Höchstleistungen geschaffen und mit möglichst weitgehender Selbstverwaltung ausgestattet werden."

Aber der Rückweg zur rheinischen Republik ist offen gehalten in Ziffer 3: „Für den Fall, dass die Verwirklichung des Einheitsstaates im Sinne der Punkte 1 und 2 dieser Entschliessung aussichtslos wird, können die Bestrebungen auf Bildung neuer Bundesstaaten nach Art. 18 der Verfassung wieder aufgenommen werden."

Ja, unter Ziffer 4 wird verlangt, dass die in Art. 167 vorgesehene zweijährige Sperrfrist nicht aufrecht erhalten wird, falls nationale Notwendigkeiten und rheinische Lebensinteressen in Zukunft die sofortige Beseitigung erfordern sollten.

Die übrigen politischen Parteien im Rheinland haben sich mit aller Schärfe auch gegen die Absonderung von Preussen erklärt, sogar in einer gemeinsamen Entschliessung im Wahlkreis Köln-Aachen sich verpflichtet, jeden aus ihren Reihen auszuschliessen, der für derartige Bestrebungen eintrete.

b) Die Bewegung in Hannover.

Seit der Einverleibung Hannovers in das Königreich Preussen, also 1866, bestand eine starke Partei, die deutsch-hannoversche, die die Wiedergutmachung des ihrer Ansicht nach Hannover zugefügten Unrechts und die Rückkehr des Königs von Hannover, nach dessen Tode des Herzogs

von Kumberland anstrebte. Auch nach der Aussöhnung zwischen Hohenzollern und Welfen und der Thronbesteigung des Sohnes des Herzogs von Kumberland in Braunschweig blieb die Partei mit ihrem Ziel, Wiederherstellung des alten Königreichs Hannover bestehen, wenn auch die Aussicht auf eine Verwirklichung der Hoffnungen gering geworden war. Die grosse Masse der Bevölkerung hatte sich mit ihrem Schicksal abgefunden. Der Ausbruch der Revolution hat der Bewegung neue Nahrung gegeben. Einmal war jetzt, als allerorten die Frage der Aufteilung Preussens erörtert wurde, die Möglichkeit gewachsen, dazu kam die starke Abneigung gegen Berlin infolge der unruhigen Zustände und der Kulturerlasse Adolf Hoffmanns, die auf einen grossen Teil der streng evangelischen Bevölkerung Hannovers erbitternd wirkten, schliesslich die Hoffnung, sich bei einer Trennung besser zu stehen. So behauptete man in verschiedenen Wahlaufrufen, dass Hannover jährlich an Preussen etwa 60—70 Millionen Mark mehr abgeliefert habe als an Gegenleistungen in die Provinz zurückgeflossen seien. Eine grosse Rolle spielte auch hier wie am Rhein das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das man auch auf die einzelnen Teile angewandt wissen will. Entsprechend den eingetretenen Änderungen wurde nicht mehr die Wiederherstellung des Königreichs Hannover, sondern „ein freies Hannover im freien Deutschen Reich" verlangt, teilweise gingen die Wünsche noch weiter, nämlich auf ein freies Niedersachsen. Trotz der starken Agitation erlangte die deutsch-hannoversche Partei nicht die Mehrheit der Stimmen. Es wurden bei den Wahlen zur preussischen Landesversammlung auf die verbundene Liste des Zentrums und der deutsch-hannoverschen Partei im Wahlkreis Hannover-Hildesheim nur ein Drittel der gesamten Stimmen abgegeben. Aut die deutsch-hannoversche Partei entfielen für ganz Hannover nur 7 von im ganzen 30 Abgeordneten. Die übrigen Parteien haben sich der Bewegung gegenüber teils abwartend verhalten, so z. B. die Demokraten, deren Abgeordneter Heile sogar sehr stark für die Bewegung eingetreten ist, teils ablehnend. In den Parlamenten hat die deutsch-hannoversche Partei mit grosser Entschiedenheit sich für ihre Ziele eingesetzt und in der Nationalversammlung die Bestrebungen unterstützt, den einzelnen Stämmen die Entscheidung zu überlassen (s. unter 3).

2. Die Stellung der preussischen Regierung.

Die preussische Staatsregierung ist den Absonderungsbestrebungen mit aller Schärfe entgegengetreten, so in verschiedenen Erlassen und namentlich in den Erklärungen des Ministerpräsidenten Hirsch bei den ersten Verhandlungen über diese Frage in der preussischen Landesversammlung am 17. März 1919. Die Staatsregierung hat die Bestrebungen bekämpft, weil sie in der Zerschlagung Preussens den Rückfall in deutsche Kleinstaaterei und Schwäche sieht, während das Ziel der deutsche Einheitsstaat sei, in den aufzugehen auch die preussische Regierung keine Bedenken trage. Dieser Widerspruch gegen eine Zerschlagung Preussens ist auch von allen anderen Parteien gebilligt worden mit Ausnahme der Zentrumspartei, die sich bei der Abstimmung am 21. März der Stimme enthielt, aber doch erklären liess, dass der überwiegende Teil der Fraktion ebenfalls gegen eine Zerschlagung Preussens sei. Auf der andern Seite hat die preussische Staatsregierung versucht, manche Verstimmungen zu beseitigen, so durch Ernennung höherer Beamten, die der politischen oder konfessionellen Richtung der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen, namentlich im Rheinland und Oberschlesien, vor allem durch Vorlage des Gesetzentwurfes über die Erweiterung der Zuständigkeit der Provinzialverbände. Der Gesetzentwurf ist allerdings nicht zur Verabschiedung gelangt, weil sich Sozialdemokraten und Zentrum nicht über den Umfang der neuen Zuständigkeit der Provinzen einigen konnten. Dagegen ist einem Zentrumsantrag entsprechend ein Gesetz angenommen worden, das Oberschlesien aus dem bisherigen Provinzialverband Schlesien ausscheidet und zur selbständigen Provinz gestaltet. Die Frage der „Autonomie" der Provinzen, namentlich in kulturellen Fragen soll in der neuen preussischen Verfassung und Provinzialordnung entschieden werden. Ähnlich wie Preussen hat sich Bayern gegenüber den Bestrebungen, die Pfalz aus dem bisherigen Staatsverband zu lösen, verhalten.

3. Reichsverfassung und Absonderungsbestrebungen.

Die Frage der Umgestaltung der einzelnen Länder auf gesetzmässigem Wege ist zuerst in dem Vorentwurf für die deutsche Reichsverfassung des späteren Staatsministers Preuss vom

3. Januar 1919 angeschnitten worden. Im § 11 des Entwurfs hiess es: „Dem deutschen Volk steht es frei, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue deutsche Freistaaten innerhalb des Reichs zu errichten, soweit die Stammesart der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und geschichtlichen Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen. Neu errichtete Freistaaten sollen mindestens zwei Millionen Einwohner umfassen. Will sich die Bevölkerung eines Landesteils aus dem bisherigen Staatsverband loslösen, um sich mit einem oder mehreren anderen deutschen Freistaaten zu vereinigen oder einen selbständigen Freistaat innerhalb des Reichs zu bilden, so bedarf es hier zu einer Volksabstimmung.“ In der Folge hat dieser Vorschlag und vor allem der Gedanke des für ganz andere Verhältnisse berechneten Selbstbestimmungsrechts der Völker eine grosse Rolle gespielt. Der Entwurf der Verfassung vom 21. Februar 1919 sah nur die Vereinigung kleiner Bundesstaaten vor. Das Zentrum und mit ihr die Deutsch-Hannoveraner versuchten aber, den Gedanken des Entwurfs von Preuss wieder in die Verfassung hineinzutragen. In der ersten Lesung kam am 29. Mai 1919 eine Verständigung zwischen den drei Mehrheitsparteien zustande, nach der zunächst zu Neubildungen die Zustimmung der beteiligten Länder verlangt wurde. Würde eine solche Zustimmung nicht erteilt, so könne eine solche Neubildung oder Gebietsänderung nur durch verfassungänderndes Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert werde oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheische. Auf Betreiben des Zentrums ist aber diese Bestimmung schliesslich noch weiter abgeschwächt worden, indem die Verfassung in Art. 18 bestimmt, dass ein einfaches Reichsgesetz genügt, wenn die Neubildung durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt. Die Abstimmung ist anzuordnen, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennendes Gebietes es verlangt. Der Beschluss selbst erfordert drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten. Um jedoch eine Abstimmung in den aufgeregten ersten Zeiten zu verhindern, sieht Art. 167 vor, dass die Bestimmungen über die Abstimmung erst zwei Jahre nach Verkündigung der Reichsverfassung in Kraft treten.

31. Abschnitt.

a) Der Ruf nach der Nationalversammlung.

Von Dr. **Hermann Pachnicke,** Berlin
Mitglied der Nationalversammlung.

Nachdem am 9. November die Republik ausgerufen und die Strasse von den dahinrasselnden rot geschmückten Lastautos ebenso wie von den müssigen Zuschauern frei geworden war, bildeten Mehrheitssozialisten und Unabhängige eine neue Regierung. Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann und Barth verkündeten, ausser anderen Programmpunkten, dass alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen vollzogen werden sollen. In diesem ersten Aufruf an das deutsche Volk war zum Schluss der Satz enthalten: „Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht“.

Neben den Unabhängigen aber standen die Spartakusleute, und diese verlangten die Diktatur des Proletariats, den russischen Bolschewismus, weil, wie eines ihrer Flugblätter besagte, nur dadurch die Ernährung des Volkes sicher gestellt werde und Ruhe und Friede wieder in die Welt einziehen könne.

Die Unabhängigen schwankten, bis sie sich am 29. Dezember zum Austritt aus der Regierung entschlossen.

Inzwischen war am 16. Dezember im Sitzungssaale des Preussischen Abgeordnetenhauses der Delegiertenkongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zusammengetreten. Er konnte seine Geschäfte nicht ungestört erledigen. Eine Schar Soldaten, die sich als Vertreter ihrer Kameraden vorstellten, drangen von der Strasse in den Saal, stellten Anträge und pochten, unterstützt von den Unabhängigen, auf sofortige Beratung. Aber die Unabhängigen erlitten eine Niederlage. Mit der Mehrheit von etwa 400 gegen 50 Stimmen wurde der Wahltermin für die Nationalversammlung entsprechend den Vorschlägen der Mehrheitssozialdemokratie auf den 19. Januar 1919 festgesetzt.

Die Ausführung dieses Beschlusses wollte Spartakus um jeden Preis verhindern. Einer seiner Agitatoren verstieg sich zu dem Ausspruch, der Weg zur Nationalversammlung gehe nur über seine Leiche. Als der Gedanke auftauchte, angesichts der ausgebrochenen und noch zu befürchtenden Unruhen die Nationalversammlung nach Weimar zu verlegen, erklärte ein spartakistischer Redner: „Dann errichten wir in Berlin eine neue Regierung". Diktatur oder Demokratie, so standen die Gegensätze. Soll die Gewaltherrschaft der Minderheit oder der Mehrheitswille der Gesamtheit entscheiden? Blutig wurde um diese Frage gerungen. Maschinengewehre knatterten in den Strassen Berlins, Kanonen donnerten. Auch in Dortmund, Bremen, Leipzig und anderswo kam es zu Strassenkämpfen. Der Spartakusbund liess es an aufreizenden Flugblättern nicht fehlen. „Arbeiter! Auf zum Massenstreik! Hinaus aus den Betrieben! Protestiert gegen das Blutbad!" so hiess es darin. Man behauptete, ein gegenrevolutionärer Putsch sei geplant und die Verbrecher seien die Sozialdemokraten, die sich eine weisse Garde geschaffen und eine wahre Pogromatmosphäre verbreitet hätten.

Doch Spartakus drang nicht durch. Mit der Sozialdemokratie stand, soweit die baldige Wahl der Nationalversammlung in Frage kam, die ganze bürgerliche Welt im Bunde. Allgemein erscholl der Ruf nach Ruhe und Ordnung. Das ganze Volk sollte sprechen, und sein Spruch sollte gelten. So geschah es. Die Wahlen fanden am 19. Januar fast ungestört statt. Die Regierung erkannte die volle Souveränität der auf breitester Grundlage gewählten Volksvertretung an. In ihre Hand legte sie die Macht, aus ihrer Hand empfing sie sie zurück. Die Neubildung des Kabinetts vollzog sich unter Berücksichtigung des durch die Wahlen geschaffenen Stärkeverhältnisses der Parteien. Jetzt brauchte man sich nicht mehr auf das Recht der Revolution zu berufen, sondern fusste auf dem Boden des ordnungsgemäss geschaffenen Rechts. Nicht mehr aus mystischen Tiefen oder aus überirdischen Höhen leitete sich die Staatsgewalt her, sondern aus der natürlichsten aller Quellen, aus dem Willen des Volkes.

Die Eröffnungsrede Eberts brachte die Wendung der Dinge mit der wünschenswerten Klarheit zum Ausdruck. Er sagte sich noch einmal von der alten Gewalt los und erkannte die ausschliessliche Kompetenz des neu gewählten Parlaments bedingungslos an. Wenn er dabei die Entwicklungslinie als einen Übergang vom Imperialismus zum Idealismus bezeichnete, so war das freilich allzu idealistisch gedacht. Auch beeinträchtigte die Charakterisierung der jetzigen Republik als einer sozialistischen und die Ankündigung der sozialistischen Tat den Eindruck seiner Worte bei den bürgerlichen Parteien. Sozialistisch soll und kann die neue Republik nicht werden, schon deshalb nicht, weil die sozialistischen Parteien nicht die Mehrheit haben. Aber sozial wird sie sein. Dem Gedanken der Gleichberechtigung Aller wird sie zum Durchbruch verhelfen.

---

b) Errungenschaften und Auswüchse der Revolution.

Von Dr. **Hermann Pachnicke,** Berlin

Mitglied der Nationalversammlung.

Überlange Kriege bereiten den Boden für Revolutionen. Durch das unaufhörliche Morden wird das Rechtsbewusstsein erschüttert, das Tier im Menschen entfesselt. Die Trauer über Verluste wächst sich zum Zorn, die Unzufriedenheit über Missgriffe und über Misserfolge zum Hass aus. Dazu kam in Deutschland, dass schon vor dem Kriege viel geschehen war, was sich vor dem Richterstuhl, vor welchem wir uns Alle wiedersehen, vor dem Richterstuhl der Nachwelt nicht verteidigen lässt. Preussen, um die Gründung des Reiches hochverdient, erwies sich für dessen Fortentwicklung nach mancher Richtung als ein Hindernis. Die einflussreichen Verwaltungsstellen waren einem engeren Gesellschaftskreise vorbehalten. Die Gefühle und Interessen von Millionen sozialdemokratischer Arbeiter wurden durch unbedachte Worte Wilhelms II. und durch planmässige Zurücksetzung dauernd verletzt. Es schwelte, es glomm, geschäftige Hände schürten die Glut, und plötzlich loderte die Flamme auf.

Mit ihrem heiligen Wetterschlage
Mit Unerbittlichkeit vollbringt
Die Not an einem grossen Tage,
Was kaum Jahrhunderten gelingt.

An diese Worte Hölderlins erinnert der 9. November, so verschieden man auch über die Grösse dieses Tages denken mag. Die Kaiserzeit versank, einige zwanzig deutsche Throne stürzten. Vielleicht hätte ein früherer Rücktritt des damaligen Kaisers und eine rechtzeitige Annahme des fortschrittlich-sozialdemokratischen Antrages auf Einführung des in Preussen nicht durchzusetzenden gleichen Wahlrechts durch das Reich die Dynastie gerettet und ein demokratisches Kaisertum ermöglicht. Aber weder Dynasten noch Parlamentarier sahen weit genug. Das Zentrum stellte erst am 9. November, als die Arbeitermassen schon gegen den Reichstag anrückten, seine Unterschriften für den Antrag zur Verfügung. Zu spät. Und nun brach der alte Bau zusammen.

Man wusste in den bürgerlichen Kreisen nicht, dass bereits seit Monaten ein Revolutionskomitee am Werke war, die Arbeiterschaft in den Berliner Betrieben unter der Führung von Obleuten der Unabhängigen zu organisieren und nach den Rückschlägen an der Westfront im Herbst 1918 für die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten nach russischem Vorbilde zu agitieren. Eigentlich sollte bereits am Montag d. 4. November der Aufstand ausbrechen. Das bekannte sozialdemokratische Ultimatum schob sich indes noch dazwischen, und so kam der 9. November heran, bis sich die Massen in Bewegung setzten.

Mit einem Ruck waren die Widerstände hinweggeräumt, die sich bisher einer freiheitlichen Gestaltung des Staatswesens entgegen gestellt hatten. Deutschland trat in die Reihe der Weltdemokratien ein. Die Grundsätze der Volksherrschaft galten fortan im Innern und nach aussen. Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus, so lautet das Leitwort der neuen Verfassung. Nicht mehr ruht in wenigen Händen die Macht, einen Krieg zu entfesseln. Zur Kriegserklärung wie zum Friedensschluss gehört künftighin die Zustimmung des Parlaments. Ebenso können mit anderen Staaten ohne den Reichstag Bündnisse und Verträge nicht abgeschlossen werden, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen. Reichskanzler und Reichsminister haben zurückzutreten, wenn ihnen der Reichstag sein Vertrauen entzieht. Volksentscheid und Volksbegehren sind zugelassen. Das Vereins- und Versammlungsrecht wurde von den Fesseln frei, die es beengten. Der Wille der Gesamtheit oder doch der Mehrheit entscheidet künftig, und Aufgabe des Historikers wie des Politikers wird es sein, diesen Willen zu erforschen und zu leiten. Die Regierung ist ein Ausschuss der Mehrheitsparteien; aus den Kreisen der Parteiführer werden der Regel nach die verantwortlich handelnden Staatsmänner entnommen. Das Parlament bildet sich zu einer Hochschule für politische Talente um.

Eine weitere Errungenschaft der Revolution besteht darin, dass sie uns der Reichseinheit näher brachte. Die Souveränitätsvorstellungen der Höfe sind ausgeschaltet. Damit fiel das Haupthindernis für die Zusammenfassung der deutschen Volksstämme hinweg. Die Stimmung der unmittelbar Beteiligten gibt jetzt den Ausschlag. In einzelnen Ländern des Reiches ist diese Stimmung dem Einheitsgedanken allerdings nicht günstig; die alte Abneigung gegen Preussen und Berlin war so rasch nicht auszurotten. Trotzdem konnte durch die Verfassung ein kräftiger Schritt auf dem Wege zur Reichseinheit geschehen. Nicht nur die Post, sondern auch die Eisenbahn, die Wasserstrassen, die Kohlen-, Kali- und Elektrizitätswirtschaft werden künftig gemeinschaftlich geregelt, durch die Reichsabgabenordnung auch die Finanzpolitik. Selbst auf das Schulwesen, das so lange als das vornehmste Tätigkeitsgebiet der Einzelstaaten und Gemeinden galt, darf das Reich seine Hand legen. Jedes neue Gesetz, das gemeinsame Angelegenheiten ordnet, schlingt ein neues Band um die Bruderstämme. Wird diese Entwicklung mit schonender Hand fortgesetzt, entnimmt man die für die Durchführung der getroffenen Bestimmungen erforderlichen Kräfte aus den Angehörigen der beteiligten Einzelstaaten, so sterben die etwa noch vorhandenen Absonderungsgelüste ab und schlägt der Reichsgedanke immer tiefere Wurzeln in den Herzen. Die zunehmende Festigkeit des Reiches ist zugleich ein förderndes Moment der auswärtigen Politik.

Neben diesen Errungenschaften aber hat die Revolution auch bedenkliche Auswüchse gezeitigt. Ein Streikfieber griff um sich, das den Wirtschaftskörper lähmte. Man predigte dem Proletariat, dass es, um unüberwindlich zu sein, nichts anderes zu tun brauche, als nichts zu tun. So ging die Arbeitslust und Arbeitsleistung in einem Augenblick zurück, wo nichts so nötig war, wie die Vermehrung der Bedarfsgüter. Die Ausstände im Ruhrgebiet und in Oberschlesien riefen einen Kohlenmangel hervor, der so gross wurde, dass der Eisenbahnverkehr zeitweilig zum Stillstand kam, dass Gas- und Elektrizitätswerke ihren Betrieb einschränken, ja einstellen mussten, und dass der Hausbrand nicht mehr reichte. Ganze Industriegruppen gerieten in Bedrängnis, und so büssten die Arbeiter die Unklugheit ihrer Berufsgenossen am eigenen Leibe.

Eine weitere Entartungserscheinung waren die Arbeiter- und Soldatenräte, die sich in der Staats- und Gemeindeverwaltung festsetzten. In Preussen war man schwach genug, durch einen Erlass vom November 1918 den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten zu befehlen, dass sie wichtige Verordnungen mit diesen Räten vorher beraten sollten. Es hat einer geraumen Zeit bedurft, um den Behörden das ausschliessliche Verordnungsrecht zurückzugeben und damit ihre Autorität wieder auf festen Boden zu stellen.

Besonders beklagenswert war die eingetretene Zerrüttung aller Sittlichkeitsbegriffe. Es wurde geraubt und geplündert und damit ein Schaden angerichtet, der den Steuerzahlern gemäss dem Tumultschadengesetz teuer zu stehen kommt. Ein wilder Kampf begann. Die Reichsdruckerei wurde von Spartakusleuten erobert, von Regierungstruppen zurück gewonnen. Immer mehr Redaktionen in der Hauptstadt und in der Provinz wurden besetzt und wieder befreit. Proviantämter und Depots gehörten bald der einen, bald der anderen Partei. Es gab Tote und Verwundete, mehr, als jede der kämpfenden Gruppen für sich eingestehen wollte. Selbst innerhalb des Beamtentums gerieten Pflichttreue und Unbestechlichkeit, die früher sein Stolz gewesen waren, ins Wanken. Erst ganz allmählich vollzog sich ein Gesundungsprozess und trat Ordnung an die Stelle des Wirrsals, die Majestät des Rechts an die Stelle der Gewalt.

Hunderte und Aberhunderte an Millionen hat dem Reich die Erwerbslosenunterstützung gekostet. Sie war anfangs nicht zu umgehen, wenn man die Massen ruhig halten wollte. Aber sie wurde bald zu einem Missbrauch, da man die Unterstützungsgelder auch dann zahlte, wenn nachgewiesene taugliche Arbeit abgelehnt wurde. Erst spät ging man daran, die Vorbereitungen dafür zu treffen, dass die Erwerbslosenunterstützung in eine Arbeitslosenversicherung umgewandelt wird.

So viel wenigstens ist, dank der Mehrheitspolitik, erreicht: Vor dem Bolschewismus blieb Deutschland bewahrt. Man hat es verstanden, den wild dahin brausenden Strömungen ein Flussbett anzuweisen und dadurch zu verhindern, dass sie verheerend über die Ufer traten.

c) Der Ausbau des Rätesystems.

Von Geh. Regierungsrat Dr. **Sitzler**,
Vortr. Rat im Reichsarbeitsministerium, Berlin.

Literatur:

Adler, Demokratie und Rätesystem. Wien 1919. — Dritte Kundgebung des deutschen Wirtschaftskongresses, 16. 4. 1919; Die Kammer der Arbeit (Wirtschaftsparlament) und das Rätesystem. Berlin 1919. — Feig, Dr. und Dr. Sitzler, Kommentar zum Betriebsrätegesetz. Berlin 1920. — Frieters, Räte, Selbstorganisation und Reichsverfassung. Berlin 1919. — Potthoff, Dr., Die Aufgaben und Rechte der Betriebsräte. München 1919. — II. Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands vom 8. bis 14. 4. 1919. Berlin 1919. — Rathenau, Parlament und Räte. Berlin 1919. — Seidel, Die Gewerkschaftsbewegung und das Rätesystem. Berlin 1919. — Die Parteien und das Rätesystem, Parteiprogramm, Anträge, Aufsätze und Äusserungen hervorragender Politiker aller Parteien nebst den Gesetzentwürfen der deutschen und österreichischen Regierung. Charlottenburg 1919. — Sinzheimer, Die Zukunft der Arbeiterräte in: Neue Wege zum Aufbau Deutschlands, Erstes Beiheft zur Monatsschrift „Die Tat". Jena 1919. — Wissel, zur Räte-Idee in „Die Neue Zeit". Stuttgart 1919. — Der Arbeiter-Rat, Organ der Arbeiterräte Deutschlands. Berlin 1919. — Räte-Zeitung, Erste Zeitung der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands. Berlin 1919. — Der Zentralrat, Mitteilungsblatt des Zentralrats der deutschen Arbeiterräte. Berlin 1919.

Die heftigen wirtschaftlichen und politischen Kämpfe in den ersten Monaten des Jahres 1919 haben zu einer, wenn auch beschränkten gesetzlichen Anerkennung des Rätesystems, zu seiner „Verankerung in der Verfassung" geführt. Der einschlägige Artikel 165, der dem Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches durch besonderen Gesetzentwurf nachträglich eingefügt worden ist, sieht einen Ausbau der Räte nach zwei Richtungen vor.

Innerhalb der einzelnen Betriebe sollen Betriebsräte geschaffen werden, um die Interessen der in dem Betriebe zusammengefassten Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten und darüber hinaus einen gewissen Einfluss auf die Betriebsleitung auszuüben. Neben diese Betriebsräte sollen nach Wirtschaftsgebieten, also räumlich gegliederte Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat treten, einerseits zur Vertretung der besonderen Arbeiterinteressen des Gebietes, andererseits um gemeinsam mit entsprechenden Unternehmervertretungen als Wirtschaftsräte gesamtwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen und bei der sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung beratend und anregend mitzuwirken. Die nähere Ausgestaltung und die Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sollen durch Reichsgesetz geregelt werden. Diese Regelung ist noch nicht endgültig erfolgt, aber immerhin weit genug vorgeschritten, um eine Grundlage für eine kurze Darstellung der künftigen Gestaltung zu bieten.

1. Der Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsräte, den die Regierung als besonders dringlich zunächst vorgelegt hat, steht nach langwierigen und schwierigen Kommissionsberatungen vor der Annahme und wird bis zum Erscheinen dieses Werkes wohl Gesetzeskraft erlangt haben. Der Entwurf gestaltet die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen und durch die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 ausgebauten Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse völlig um. In jedem Betriebe, der in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt, ist ein Betriebsrat zu errichten, der aus mindestens drei und höchstens zwanzig Mitgliedern besteht. Die Mitglieder werden von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes in unmittelbarer geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlverfahrens auf die Dauer von zwei Jahren gewählt, und zwar von der Arbeitergruppe und der Angestelltengruppe in getrennter Wahl je ein ihrem Zahlenverhältnis entsprechender Teil, falls nicht beide Gruppen in getrennter geheimer Abstimmung mit $^2/_3$ Mehrheit gemeinsame Wahl beschliessen. Nach der Fassung, die der Gesetzentwurf in den Kommissionsverhandlungen erhalten hat, bestehen in jedem Betriebe neben dem Betriebsrat zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeiter und der Angestellten des Betriebes noch ein Arbeiterrat und ein Angestelltenrat. Diese umfassen neben den Vertretern der betreffenden Gruppe im Betriebsrat noch Ergänzungsmitglieder, die von den Gruppenangehörigen gewählt werden. In Betrieben mit weniger als zwanzig, mindestens aber fünf regelmässig beschäftigten

Arbeitnehmern treten an die Stelle des Betriebsrates ein oder, wenn in dem Betriebe mindestens fünf Arbeiter und fünf Angestellte beschäftigt sind, zwei Betriebsobmänner, falls sich nicht die Mehrheit beider Gruppen auf einen Betriebsobmann einigt. Wahlberechtigt für all diese Vertretungen sind die mindestens achtzehn Jahre alten im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Arbeitnehmer des Betriebes ohne Rücksicht auf Geschlecht oder Reichsangehörigkeit; wählbar sind die mindestens vierundzwanzigjährigen deutschen Wahlberechtigten, die nicht mehr in Berufsausbildung begriffen sind und mindestens drei Jahre dem betreffenden Gewerbezweige angehören.

Die Aufgaben der Betriebsräte zerfallen in zwei Gruppen, einerseits die Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer des Betriebes, andererseits eine beschränkte Einflussnahme auf die Betriebsleitung. Auf dem Gebiete der Interessenvertretung stehen sich, wie die Begründung des Gesetzentwurfs ausführt, Arbeitgeber und Betriebsrat als Parteien des Arbeitsvertrages gegenüber. Diese formale Gleichberechtigung der Parteien zu einem tatsächlichen Gleichgewicht umzugestalten, ist die grosse Aufgabe der Gewerkschaften gewesen und wird sie auch weiterhin bleiben. Aber der gewerkschaftliche Einfluss macht in der Regel halt beim Abschluss und der Erneuerung des Arbeitsvertrages. Darüber hinaus auch innerhalb des Betriebes den gleichberechtigten Einfluss der Arbeitnehmer auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses herzustellen, und zwar im Einvernehmen mit den Gewerkschaften, soll nunmehr die Aufgabe des Betriebsrates sein. Zu diesem Zwecke erhält er oder, wenn getrennte Interessen der Arbeiter und Angestellten in Frage stehen, der Arbeiterrat oder der Angestelltenrat eine Reihe wichtiger Befugnisse. So hat er namentlich die Durchführung von Arbeiterschutzbestimmungen, Tarifverträgen und anerkannten Schiedssprüchen zu überwachen; soweit eine tarifvertragliche Regelung fehlt, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen mitzuwirken; die Arbeitsordnung, die bisher einseitig von dem Arbeitgeber erlassen wurde, mit diesem zu vereinbaren; Richtlinien über die Einstellung von Arbeitern und Angestellten zu vereinbaren und ihre Einhaltung zu überwachen; bei Kündigungen und Entlassungen mitzuwirken; bei Arbeitsstreitigkeiten, die nicht durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Arbeitgeber beigelegt werden können, die vereinbarten oder gesetzlichen Schlichtungsstellen anzurufen und an der Verwaltung von Wohlfahrtseinrichtungen teilzunehmen.

Der zweite grosse Aufgabenkreis des Betriebsrates, die Teilnahme an der Betriebsleitung, soll die Arbeiter aus willenlosen des Arbeitszweckes nicht bewussten Gliedern des Produktionsprozesses zu verantwortungs- und arbeitsfreudigen Mithelfern der Produktion erziehen. Hierher gehört in gewissem Sinne das schon erwähnte Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern. Darüber hinaus hat der Betriebsrat aber ganz allgemein die Aufgabe, die Betriebsleitung durch seinen Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen. Um sich für diese wichtige Tätigkeit die nötigen Unterlagen zu schaffen, kann der Betriebsrat oder, in grösseren Betrieben, ein von ihm aus seiner Mitte gewählter fünfgliedriger Ausschuss von dem Arbeitgeber Auskunft über alle den Dienstbetrieb und die Tätigkeit der Arbeitnehmer berührenden Betriebsvorgänge und die Vorlage der Lohnlisten verlangen. In grösseren Unternehmungen ist der Betriebsrat ausserdem berechtigt, sich alljährlich eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung vorlegen und erläutern zu lassen. Diese Befugnis ist bei den Kommissionsverhandlungen allerdings nach langen Auseinandersetzungen auf solche Unternehmungen beschränkt worden, die in der Regel mindestens dreihundert Arbeitnehmer oder fünfzig Angestellte im Betriebe beschäftigen. Zu dem zweiten Aufgabenkreis des Betriebsrats gehört weiter die Mitwirkung bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden und schliesslich das wichtige neue Recht, bei Unternehmungen, für die ein Verwaltungsrat besteht, einen oder zwei stimmberechtigte Vertreter zu dessen Sitzungen zu entsenden, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Zu selbständigen Eingriffen in die Betriebsleitung ist der Betriebsrat nicht befugt. Seine Aufgaben liegen, wie die Begründung zu dem Gesetzentwurf sich ausdrückt, lediglich auf dem Wege der Sozialisierung, indem sie die Arbeitnehmerschaft zur Teilnahme an den Produktionsaufgaben heranziehen und damit zugleich

erziehen. Ob und in welchem Tempo auf diesem Wege weitergeschritten werden kann, werden die Erfahrungen der nächsten Jahre zeigen müssen.

2. Steht hiernach Form und Tätigkeit der Betriebsräte im wesentlichen fest, so ist man hinsichtlich der näheren Ausgestaltung der räumlich gegliederten Vertretungen vorerst noch auf die allgemeinen Richtlinien des Art. 165 der Verfassung angewiesen. Darnach sollen in Anknüpfung an die während der Revolution entstandenen und teilweise noch bestehenden Arbeiterräte neue, nach Wirtschaftsgebieten gegliederte Bezirksarbeiterräte und Bezirkswirtschaftsräte geschaffen werden. Die Bezirksarbeiterräte bilden reine Arbeitnehmervertretungen, während in den Bezirkswirtschaftsräten ausser den durch den Betriebsarbeiterrat vertretenen Arbeitnehmern auch die Unterneher und sonst beteiligten Volkskreise entsprechend ihrer sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung vertreten sein sollen. Die Bezirksräte werden im Wege des Verhältniswahlverfahrens zu errichten sein. Die Abgrenzung des Zuständigkeitsbereichs nach wirtschaftlichen Gebieten wird, so notwendig sie nach der Zweckbestimmung der Vertretungen erscheint, bei der Kompliziertheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zweifellos erhebliche Schwierigkeiten bereiten, von deren befriedigender Lösung aber die erfolgreiche Tätigkeit der Räte in hohem Grade abhängt. Selbstverständlich werden die Bezirksräte nicht einheitliche Körperschaften sein, sondern ihrerseits durch Schaffung von Fachgruppen für die im Wirtschaftsgebiet hauptsächlich vertretenen Gewerbezweige beruflich gegliedert werden.

Die Bezirksarbeiterräte sollen die gesetzliche Arbeitnehmervertretung des Bezirks sein und als solche die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmerschaft wahrnehmen. Die Bezirkswirtschaftsräte sollen gesamtwirtschaftliche Aufgaben erfüllen und bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mitwirken. Ihre Tätigkeit soll nicht nur eine begutachtende und anregende, sondern auch eine kontrollierende und verwaltende sein. So werden sie z. B. zur Entscheidung von Streitigkeiten über die Zuständigkeit und Geschäftsführung der Betriebsräte berufen sein. Im übrigen werden die Aufgaben der Bezirksarbeiterräte und Bezirkswirtschaftsräte naturgemäss ähnliche sein, wie sie früher den Arbeiterkammern und den Arbeitskammern zugedacht waren. Sie werden also den Behörden beratend und begutachtend an die Hand gehen, bei sozialpolitischen Massnahmen, wie der Arbeitsvermittlung, der sozialen Versicherung und dem Einigungswesen, der Gesundheits- und Wohnungspflege, mitwirken und die Arbeiterschaft, z. B. durch Unterrichtskurse zur Erfüllung der ihr im Betriebsrätegesetz auferlegten Aufgaben erziehen. Von besonderer Bedeutung ist die Frage, ob die Arbeiterräte oder ihre Fachgruppen die Befugnis erhalten, mit den Unternehmervertretungen bindende Vereinbarungen über die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen innerhalb ihres Bezirks abzuschliessen. Sollte es der Fall sein, so würde das die Schaffung gesetzlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen bedeuten, die das gesamte Berufsvereins- und Tarifvertragsrecht auf eine neue Grundlage stellen würden.

3. Über den Bezirksarbeiterräten und Bezirkswirtschaftsräten sollen oberste Vertretungen für das gesamte Reichsgebiet geschaffen werden und zwar ein Reichsarbeiterrat als oberste gesetzliche Arbeitnehmervertretung und ein Reichswirtschaftsrat als eine Art Wirtschaftsparlament. Beide Vertretungen sind zur Zeit noch nicht vorhanden; dem Reichsrat liegt aber der Entwurf einer Verordnung vor, in der die Errichtung eines vorbereitenden Reichswirtschaftsrates geregelt wird. Dieser vorbereitende Reichswirtschaftsrat soll aus 200 Mitgliedern bestehen, die sich in der Hauptsache auf die grossen Produktionsgruppen der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, einschliesslich des Bank- und Versicherungsgewerbes, des Transportgewerbes und des Handwerks verteilen. Dabei ist zunächst die fachliche Gliederung der einzelnen Gruppen zugrunde gelegt und die räumliche nur zur Ergänzung herangezogen. Die Stimmen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer halten sich etwa die Wage und auch die Verbraucherschaft ist gegenüber den gütererzeugenden und verteilenden Kreisen angemessen berücksichtigt. Der endgültige Reichswirtschaftsrat wird sich in ähnlicher Weise zusammensetzen müssen, nur wird er auf gleichmässiger Berücksichtigung der fachlichen Gliederung (besonders in den Arbeitsgemeinschaften) und der (in den Bezirkswirtschaftsräten) erst noch zu schaffenden räum-

lichen aufzubauen sein, und hinsichtlich der Mitgliederzahl kaum hinter dem politischen Parlament zurückstehen. Ein vorbereitender Reichsarbeiterrat ist bisher nicht in Aussicht genommen.

Der Reichsarbeiterrat und der Reichswirtschaftsrat haben für das gesamte Reich ähnliche Aufgaben zu erfüllen, wie die Bezirksräte hinsichtlich ihres Bezirks. Daneben werden für die grösseren Gliedstaaten noch besondere Landesarbeiterräte und Landwirtschaftsräte zu schaffen sein. Der Reichswirtschaftsrat wird namentlich bei wichtigen wirtschaftlichen Fragen, wie sie sich zur Zeit aus dem Abbau und Umbau der Kriegswirtschaft ergeben, die in erster Linie zur Begutachtung berufene sachverständige Stelle sein. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Dieser hat das Recht, selbst Gesetzesvorlagen zu beantragen, die dann die Regierung, auch wenn sie ihnen nicht zustimmt, unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen hat. Der Reichswirtschaftsrat kann solche Vorlagen durch eines seiner Mitglieder in dem Reichstag vertreten lassen. Die Mitwirkung bei der Gesetzgebung beschränkt sich aber auf die sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzgebung, wie überhaupt die gesamten Räte nach der klar zum Ausdruck gekommenen Absicht der Verfassung von politischer Betätigung ausgeschlossen sein sollen.

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat soll besonders bei der Gesetzgebung über den Ausbau des gesamten Rätesystems mitwirken. Im übrigen hat er die gleichen Aufgaben wie der endgültige Reichswirtschaftsrat; nur kann er nicht verlangen, dass seine Initiativanträge dem Reichstag vorgelegt werden und solche Vorlagen selbst im Reichstag vertreten.

Im übrigen sind hinsichtlich des Ausbaues des Rätesystems und seiner Einfügung in unser gesamtes Staats- und Wirtschaftsleben noch eine ganze Reihe schwieriger Probleme zu lösen. Man denke z. B. nur an die Eingliederung der Gewerkschaften, deren wertvolle Tätigkeit unter allen Umständen erhalten bleiben muss. Man darf kaum hoffen, dass es dem Gesetzgeber gelingen wird, auf den ersten Wurf eine allseitig befriedigende Lösung zu finden. Die neue Arbeits- und Wirtschaftsverfassung wird sich aber um so schneller durchsetzen und um so mehr dazu beitragen, wieder Arbeitsfreude und Arbeitsfrieden zu schaffen, je klarer darin der Gedanke zum Ausdruck kommt, der letzten Endes dem ganzen Rätesystem zugrunde liegt, der Gedanke verantwortlicher Mitarbeit des ganzen werktätigen Volkes.

Fünftes Hauptstück.

Die Friedensbedingungen.

32. Abschnitt.

Der Druck auf die Mittelmächte während des Waffenstillstandes.

Von Staatsrat Dr. **Ludwig Haas,** Karlsruhe.

Der Waffenstillstand, der am 11. November 1918 zwischen Deutschland und seinen Feinden geschlossen wurde, war hart und grausam. Aber er war als militärisches Sicherungsmittel mit dem Zwecke, eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhindern oder doch fast aussichtslos zu machen, verständlich. Dass von dem Geiste Wilsonscher Völkerverständigung in einem von den Generalen entworfenen Vertrage nichts zu verspüren war, konnte als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Aber nach Abschluss des Waffenstillstands hätte zur Rettung Europas und zur Erfüllung des uns in der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 feierlich als Grundlage des Friedens zugesagten Programms Wilsons die militärische und imperialistische Betrachtung, wenn nicht einer pazifistischen, so doch einer humanen Anschauungsweise weichen müssen.

Das war nicht der Fall. Nachdem wir durch den Waffenstillstand und durch den schon vorher erfolgten Zusammenbruch der Armee, die durch die Revolution und die heillose Soldatenratswirtschaft völlig aufgelöst wurde, wehrlos geworden waren, wurde erst recht auf uns und auf Österreich ein schonungsloser Druck ausgeübt.

Die spätestens Ende Dezember der ganzen Welt offenkundige Tatsache, dass wir überhaupt keine Armee mehr besassen, dass die schnell zusammengeworbenen Freiwilligenverbände nicht einmal ausreichten, um die innere Ruhe sicherzustellen, dass Deutschland und Österreich hart am Rande der Anarchie standen, hätte nicht nur im Geist des Wilsonprogramms, sondern auch aus sehr egoistischen und materialistischen Erwägungen zu einer Milderung der Waffenstillstandsbedingungen führen müssen. Sie waren militärisch nicht mehr notwendig; soweit sie aber wirtschaftlich Deutschlands Existenz bedrohten, vergrösserten sie die Gefahr der Anarchie für Deutschland und damit für Europa.

Aber man bestand trotzdem auf der Erfüllung der Bedingungen. Man änderte sie in Einzelheiten; man benützte die teilweise Unmöglichkeit ihrer Erfüllung, um uns noch härtere Opfer aufzuerlegen.

Die Waffenstillstandsbedingungen verloren ihren militärischen Charakter und wurden die Grundlagen eines nach dem Kriege rücksichtslos fortgeführten Wirtschaftskrieges.

Mit der Ablieferung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen wurde unser notleidendes Verkehrswesen auf das schwerste erschüttert. Die im Waffenstillstand nicht begründete Herausgabe von Handelsschiffen und von landwirtschaftlichen Maschinen wurde erzwungen.

Die Blockade wurde gegen das hungernde deutsche Volk Monate lang fortgesetzt. Einer der wenigen Lichtblicke in der allgemeinen Geistesverwirrung dieser Zeit waren die immer stärker werdenden Proteste, die in England gegen die Blockade sich erhoben.

Man mag über die Härten deutscher Kriegführung, über die durch militaristische Anschauungen erzeugte moralische Begriffsverwirrung Einzelner an der Front und vor allem in der Etappe das rücksichtsloseste Urteil fällen, alles wird dereinst im Urteil der Geschichte verblassen gegen die Tatsache, dass man ohne Not ein wehrloses Volk hungern liess. Die Welt weiss heute schon, dass nach dem Waffenstillstand Zehntausende in Deutschland und Österreich an Entkräftung gestorben, Hunderttausende dauernd in ihrer Gesundheit, vor allem die Kinder in ihrer Entwickelung geschädigt wurden.

Die Besetzung der Gebiete links des Rheins mit den Brückenköpfen von Mainz, Koblenz und Köln, wozu dann später die in unserer Notlage uns abgezwungene Besetzung von Kehl und Griesheim trat, sollte nach dem Waffenstillstand eine nur militärische Bedeutung haben; sie wurde zu einem der schärfsten Mittel des Wirtschaftskriegs ausgebildet. Die deutsche Wirtschaftsgesetzgebung galt nicht mehr im besetzten Gebiet; die deutsche Zollkontrolle wurde unmöglich gemacht. Es entstand das „Loch am Rhein"; die linksrheinischen wirtschaftlichen Kräfte, vor allem die Kohle und das Eisen wurden uns entzogen und den feindlichen Wirtschaftskörpern zugeführt. Zur Ermittelung der Betriebsgeheimnisse der Fabriken wurde eine rücksichtslose Industriespionage durchgeführt.

Politisch wurde Elsass-Lothringen, bevor im Friedensvertrag über sein Schicksal entschieden war, als französisches Gebiet behandelt. Man konnte sich damit abfinden, weil über die endgültige Entscheidung, nachdem der Krieg verloren war, ein Zweifel nicht bestehen konnte. Dass aber mit der grössten Härte die Altdeutschen aus Elsass-Lothringen ausgewiesen und unter Zurückhaltung ihrer Vermögen über den Rhein gejagt wurden, ist ohne Beispiel in der neueren Geschichte.

Auch in der Pfalz und im Rheinland wurde von den französischen Generalen — allerdings ohne Erfolg — eine Bewegung gefördert, die die Losreissung dieser Gebiete vom Reich sich zum Ziel setzte. Den deutschen Beamten wurde ein Einschreiten gegen diese hochverräterischen Handlungen unmöglich gemacht; wo sie, wie in Kehl, auf Weisung ihrer vorgesetzten Behörden unter Anwendung des zweifellos geltenden deutschen Strafrechts und Strafprozessrechts vorgingen, wurden die Beamten an Stelle der Hochverräter in das Gefängnis geworfen. Deutsche Bürger wurden lediglich wegen ihrer deutschen Gesinnung verhaftet und des Landes verwiesen. Darunter hatte besonders die Bevölkerung in der Pfalz und im Saargebiet zu leiden.

Im Osten versuchte Polen dem Friedensvertrag und den Volksabstimmungen durch Aufstände und mit Waffengewalt zuvorzukommen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Es hatte dabei zum Teil Erfolg; ein ernsthaftes Bestreben der alliierten Hauptmächte, den Frieden während des Waffenstillstands zu verbürgen und den im Waffenstillstand festgelegten einstweiligen Besitzstand ungestört zu lassen, trat nicht in die Erscheinung.

So wurden wir, während wir im Innern die schwersten Kämpfe für die Aufrechterhaltung der Ordnung führen mussten, Monate lang an den Grenzen beunruhigt.

Die deutschen Gefangenen wurden über den Waffenstillstand hinaus von den feindlichen Mächten zurückgehalten; Frankreich entschloss sich erst nach der Ratifikation des Friedens, in ihre Freilassung zu willigen. Über die Behandlung der Gefangenen kamen aus Frankreich die schmerzlichsten Nachrichten. Dabei wurde von den Gefangenen immer wieder darüber geklagt, dass Deutschland absichtlich ihre Rückkehr verhindere. Der Eindruck war nicht unbegründet und wurde durch Mitteilungen bestätigt, dass in einzelnen Gefangenenlagern diese frei erfundene Behauptung offiziell den Gefangenen mitgeteilt wurde.

Dass im Waffenstillstandsvertrag sich die Feinde das Recht vorbehielten, die deutschen Gefangenen zurückzubehalten, war begreiflich; damals konnte man, wenn man keinen vollen Einblick in den furchtbaren geistigen und materiellen Zusammenbruch Deutschlands hatte, mit der, wenn auch nicht wahrscheinlichen, so doch möglichen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten rechnen. Dass aber, nachdem die völlige Wehrlosigkeit Deutschlands und Österreichs feststand, immer wieder die Freilassung der Gefangenen verzögert wurde, ja, dass man mit den brutalsten Strafen vorging, wenn verzweifelte Gefangene sich selbst die Freiheit zu verschaffen suchten, dass Frankreich Prämien auf das Erschiessen flüchtiger Gefangener aussetzte, auch darüber mag dereinst die Weltgeschichte, wenn die Menschheit wieder zur Besinnung gekommen ist, ihr Urteil fällen.

So wurde ein politischer, wirtschaftlicher und seelischer Druck auf die Mittelmächte ausgeübt. Er wurde dadurch verstärkt, dass man vom 11. November 1918 bis zum 18. April 1919, also fast ein halbes Jahr keine Friedensverhandlungen einleitete, sondern lediglich von Termin zu Termin unter immer neuen Opfern den Waffenstillstand verlängerte.

Ein entkräftetes, wehrloses, hungerndes Volk, bedroht von der Anarchie, braucht den Frieden; es hofft durch den Frieden in schwerer Arbeit langsam wieder gesunden zu können und fast ein halbes Jahr wartet man mit der Eröffnung der Verhandlungen. Das ist allerdings nicht zu lange, wenn man bedenkt, dass in dieser Zeit das Programm Wilsons in das Programm Clemenceaus umgewandelt werden musste. Wenn aber der Wille der gewesen wäre, Europa und die Menschheit zu retten, dann hätten schon im Dezember 1918 offene und vom Geiste der Versöhnung getragene Verhandlungen beginnen können und beginnen müssen. Aber die Verhandlungen, die dann im April 1919 endlich eingeleitet wurden, waren keine Verhandlungen. Wir wurden eingeladen, Delegierte nach Versailles zu entsenden — bei Österreich war das Verfahren das gleiche —, um den von den alliierten und assoziierten Mächten festgesetzten Text der Friedenspräliminarien in Empfang zu nehmen. „La délégation allemande devra rester strictement confinée dans son rôle!" Wir erwiderten, dass wir 3 Bevollmächtigte schicken, die den Text entgegennehmen und ihn alsbald der deutschen Regierung überbringen werden. Das war die selbstverständliche Antwort. Nun erfolgte eine merkwürdige Schwenkung der Alliierten und assoziierten Regierungen. Sie erklärten, dass sie Abgesandte nicht empfangen könnten, die nur zur Entgegennahme des Wortlauts der Friedensartikel ermächtigt seien; sie müssten verlangen, dass die deutsche Regierung Bevollmächtigte nach Versailles entsendet, die genau so vollständig ermächtigt seien, die Gesamtheit der Friedensfragen zu verhandeln wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen. Diese Episode bedarf, obwohl später keine wirklichen Verhandlungen stattfanden, der Feststellung, weil sie zeigt, dass die Entente zwar nicht verhandeln wollte, aber doch selbst ein peinliches Gefühl hatte, allzu offenkundig dieses bis jetzt in der Geschichte kaum dagewesene System, das ein Hohn auf die Prinzipien Wilsons war, in die Erscheinung treten zu lassen.

Als am 2. Mai 1919 die „Friedenskonferenz" zusammentrat, wurde den deutschen Delegierten eröffnet, dass mündliche Verhandlungen ausgeschlossen seien und dass von deutscher Seite lediglich mit kurzer Frist schriftliche Bemerkungen vorgetragen werden dürfen.

Wer gehofft hatte, dass der militaristische Waffenstillstand durch politische Verhandlungen abgelöst werde, sah sich bitter enttäuscht: Der seelische Druck auf Deutschland und Österreich wurde nach Eröffnung der Konferenz nur noch ver-

stärkt. Der Geist des Waffenstillstands, der Geist der papierenen Verhandlungen, deren konferenzmässige Eröffnung nur ein bitterböses Schauspiel war und der Geist des Friedensvertrags selbst findet seine scharfe Prägung in dem Wort Clemenceaus, gesprochen im Trianon-Palast am 2. Mai 1919: „L'heure du réglement des comptes est venue.“ Auf den Protest der deutschen Delegation, dass die Friedensbedingungen gegen den Geist des Wilsonschen Programms verstossen, erwiderte Clemenceau in der Note vom 10. Mai rücksichtslos: „Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Diskussion über ihr Recht zulassen, die Grundbedingungen des Friedens in der Gestalt aufrecht zu erhalten, wie sie festgesetzt worden sind.“ Nur „Anregungen praktischer Art“ könnten in Erwägung gezogen werden.

Der Druck des Waffenstillstands erreichte sein höchstes Mass in der Art des Versailler Verfahrens. Man spricht nicht mit dem besiegten Feind; man drückt ihm brutal den eigenen Willen auf.

In demselben Geist wurden die Besprechungen über Ausführung und Abänderung der Waffenstillstandsbedingungen geführt. Nie waren wir der zwar besiegte, aber doch formell gleichberechtigte Vertragsgegner; wir waren nicht Subjekt, sondern nur Objekt aller Verhandlungen; wir durften bitten, aber nicht verhandeln. Ein solches Verfahren wäre schon in den kleineren Verhältnissen früherer Friedenskonferenzen unerträglich gewesen. Bei den ungeheuren Fragen politischer, territorialer, nationaler und wirtschaftlicher Art, die dieser Frieden hätte befriedigend — befriedigend in doppeltem Sinn — lösen sollen, war es ein Verbrechen nicht nur am deutschen Volke, sondern auch an den eigenen Völkern und darüber hinaus an der Menschheit, wenn wenige Menschen, es waren wohl nur drei, sich anmassten, über alle Zweifel souverän zu entscheiden und auf die Aufklärung zu verzichten, die nur eine gegenseitige Aussprache hätte bringen können.

Wenn es der Wille der Gegner war, in der Periode des Waffenstillstands das deutsche Volk zu jedem Frieden bereit zu machen, es physisch und psychisch so lange zu misshandeln, bis es zum furchtbarsten Frieden und zum Verzicht auf die Erfüllung der Wilsonschen Zusagen bereit war, dann allerdings war die Taktik eine meisterhafte. Nur der Druck der Waffenstillstandsperiode konnte weite Kreise der deutschen Bevölkerung — es war zweifellos die starke Mehrheit — dahin führen, dass sie gegen die Unterschrift unter diesen Frieden nicht nur nicht protestierten, sondern darin eine Erlösung aus schwerster Not erblickte“. In der Tat hätte das Scheitern der Friedensverhandlungen — auch die Befürworter der Ablehnung verkannten das nicht — im nicht besetzten Deutschland zur Anarchie, in den anderen Gebieten bei der von Frankreich beabsichtigten Besetzung der Mainlinie zu einer unter militärischem Druck durchgeführten Rheinbundpolitik führen können.

Wenn aber der Wille der feindlichen Völker ein anderer gewesen sein sollte, wenn dort die Hoffnung lebte, Europa einen Frieden der Gesundung zu geben und nach einer unglückseligen Periode imperialistischer und militaristischer Politik eine Zeit der Völkerverständigung zu schaffen, dann war materiell und psychologisch das Verhalten der feindlichen Regierungen während des Waffenstillstands das denkbar unglücklichste. Das Ergebnis des Druckes auf die Mittelmächte während des Waffenstillstandes war dieses:

Ein Frieden, der die Welt noch gefährlicher verteilt, als sie ehedem verteilt war;

Eine nicht dauernde — die Not wird denken lernen — aber doch schwere und unheilvolle Verleugnung und Verhöhnung der Gedanken des Rechts im Verkehr der Völker und damit des Programms Wilsons;

Eine Verstärkung der Methoden der alten imperialistischen Geheimdiplomatie selbst über das Mass der früheren Gewöhnung hinaus;

Eine tiefe Verbitterung im deutschen Volke, in Deutschland und Österreich nicht über einen in schweren Kämpfen voll von ungeheuren Leistungen in Ehren verlorenen Krieg, aber über das im Waffenstillstand auf das Wilsonprogramm gegebene und dann gebrochene Wort, über die schmachvolle Behandlung und eine sinnlose Rache, ausgeübt an einem wehrlosem Volke und an den jungen Demokratien;

Ein wirtschaftlich an den Rand des Zusammenbruchs geführtes Deutschland, ein völlig zusammengebrochenes Österreich, damit zwei selbst zur Erfüllung berechtigter Forderungen unfähig gemachte Staaten.

Damit aber steht im Zusammenhang der wirtschaftliche Niedergang Europas und der Niedergang seiner Kultur.

Furchtbar tritt in die Erscheinung die brutale Dummheit grenzenloser machtpolitischer und nationalegoistischer Rechnung. Es gibt internationale wirtschaftliche Zusammenhänge, die auch der Sieger nicht ungestraft verletzt.

Vielleicht gab es Männer im feindlichen Ausland, die ehrlich an eine bessere Zukunft glaubten, wenn Deutschland und Österreich eine demokratische Staatsverfassung besitzen und die insbesondere im preussisch-deutschen Imperialismus eine Gefahr erblickten. Der Druck der Feinde hat die im November 1918 fast erloschene deutsche Reaktion wieder zum Leben erweckt.

Wenn Deutschland politisch und wirtschaftlich trotz alledem noch besteht, so beweist das, dass die Kraft seines Volkes stärker war als die Unvernunft der führenden feindlichen Staatsmänner. Auf die Dauer wird aber auch die stärkste Kraft und der beste Wille dem dauernden Druck nicht standhalten. Kommt der deutsche Zusammenbruch, dann reisst Deutschland Frankreich und damit Europa in den Strudel der politischen und wirtschaftlichen Anarchie.

Es gibt nur eine Hoffnung, dass die Politik der Waffenstillstandsperiode und der Geist von Versailles noch rechtzeitig als verderblich, als Todesgefahr für Europa erkannt und aufgegeben werden.

Dann mögen stärkere Führer der Menschheit das von Wilson preisgegebene Programm zur Tat werden lassen.

---

33. Abschnitt.

Die vierzehn Punkte Wilsons und die Grundlagen des Friedens. Der Völkerbund.*)

Von Dr. **Christian Meurer,**

Geh. Hofrat, o. Professor der Rechte an der Universität Würzburg.

I. Die vierzehn Punkte Wilsons und die Grundlagen des Friedens.

I. Auf dem Washingtoner Kapitol, am 8. Januar 1918, hatte Wilson, der am 6. April 1917 in den Weltkrieg eingetreten war, vor dem Kongress das Programm einer neuen Weltordnung verkündet und die Grundlagen des von ihm erstrebten künftigen Friedens gezeichnet; in späteren Reden hat er das Bild vervollständigt.

1. Die 14 Punkte, auf welche die künftige Friedensordnung eingestellt war, besagten im wesentlichen folgendes:

1. Die Friedensverträge müssen öffentlich zustande kommen.
2. Das Meer muss frei für die Schiffahrt sein.
3. Alle wirtschaftlichen Schranken müssen beseitigt und es muss Handelsgleichheit für alle Nationen hergestellt werden.

---

*) Eine eingehende Darstellung enthält meine demnächst erscheinende Schrift „Die Grundlagen des Versailler Friedens und der Völkerbund".

4. Es muss eine allgemeine Rüstungsbeschränkung durchgesetzt werden.

5. Es hat ein unbefangener und absolut unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche zu erfolgen.

6. Russland muss geräumt werden, und es ist ihm das Selbstbestimmungsrecht zuzubilligen sowie Hilfe zu gewähren.

7. Belgien muss geräumt und wieder hergestellt (restored) werden.

8. Frankreich muss geräumt, und die besetzten Gebiete müssen wieder hergestellt (restored) werden. Auch ist das Unrecht, welches Frankreich 1871 in Beziehung auf Elsass-Lothringen angetan worden ist, wieder gut zu machen.

9. Die neue Grenzziehung für Italien soll nach genau erkennbaren Linien der Nationalitäten erfolgen.

10. Den Völkern Österreich-Ungarns soll die freieste Gelegenheit autonomer Entwicklung zugestanden werden.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro müssen geräumt und die besetzten Gebiete wieder hergestellt (restored) werden; Serbien soll einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten.

12. Den türkischen Teilen des Ottomanischen Reiches ist die Souveränität zu gewährleisten. Die anderen Nationalitäten unter der türkischen Herrschaft müssen das Recht der Selbstbestimmung erhalten.

13. Es soll ein unabhängiges Polen entstehen, das alles Land einzubegreifen hat, das von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt ist. Der neue Staat muss freien und sicheren Zugang zur See erhalten.

14. Es muss ein allgemeiner Verband der Nationen gebildet werden zum Zweck gegenseitiger Garantien für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit.

Das Wilsonsche Friedensprogramm stellte an Deutschland ausserordentlich harte Forderungen, entbehrte aber anderenteils auch nicht des idealen Schwungs.

2. Am 4. Oktober 1918 teilte der Reichskanzler Prinz Max von Baden dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mit, die deutsche Regierung nehme das von ihm aufgestellte Programm „als Grundlage für die Friedensverhandlungen" an. Im Verfolg dieser Anregung kam denn auch der Frieden zustande, aber welcher Frieden?

Nachdem am 11. November 1918 ein Waffenstillstand unterzeichnet worden war, wie ihn die Welt noch nicht gesehen, der Deutschland vollkommen wehrlos machte, wurde endlich am 7. Mai 1919 der nach Versailles zur Verhandlung eingeladenen deutschen Friedensabordnung ein hinter verschlossenen Türen zusammengestellter dicker Band von Friedensbedingungen überreicht, zu dem die von aller Welt und insbesondere auch den übrigen Friedensbevollmächtigten zusagewidrig abgesperrte deutsche Delegation nur schriftliche Bemerkungen machen durfte, die dann durch schroffe Gegenbemerkungen und ein kurzfristiges Ultimatum abgetan wurden. Am 22. Juni 1919 machte die deutsche Regierung noch einen letzten verzweifelten Besserungsversuch und erklärte sich zu einer bloss beschränkten Annahme bereit.[1]) Die Antwort vom selben Tag lautete: „Die Zeit der Verhandlungen ist vorbei." Weiter wurde erklärt:

„Von der Frist, innerhalb deren die deutsche Regierung ihre endgültige Entscheidung über Unterzeichnung des Friedensvertrages treffen muss, bleiben weniger als 24 Stunden."

Schon standen die feindlichen Regimenter am Rhein zum Vormarsch nach Deutschland bereit: Da überreichte der deutsche Gesandte v. Haniel — die Delegation war bereits abgereist, von einer hasserfüllten Plebs umjohlt und zum Teil tätlich beschimpft — am 23. Juni nachmittags 4,40 Uhr folgende Note:

---

[1]) Der Vorbehalt lag nur noch auf dem Ehrgebiet, und die Erklärung ging dahin:

„Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, dass das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrags zu übernehmen."

„Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der Alliierten und Assoziierten Regierungen mit Erschütterung ersehen, dass sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äusserster Gewalt zu erzwingen, die ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach aussen zu verteidigen fehlt dem deutschen Volke nach dem entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt die Regierung der deutschen Republik, dass sie bereit ist, die von den Alliierten und Assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen."

Die Unterzeichnung erfolgte in Versailles am 28. Juni 1919. Deutschland ratifizierte am 9. Juli; aber erst am 10. Januar 1920 war die Gegenseite so weit, dass das nach a 440 zum Inkrafttreten des Friedensvertrages erforderliche Protokoll aufgenommen werden konnte.

II. Deutschland wurde betrogen. Durch die Vorverhandlungen zwischen der deutschen Regierung und Wilson war ein Einverständnis erzielt worden dahingehend, dass der Friede auf Grund des Wilson'schen Programms abgeschlossen werden solle, und die Alliierten hatten ihre Bereitschaft hierzu erklärt. Durch den Austausch dieser Erklärungen war eine Vorverständigung über die Grundlage des Friedensvertrages, ähnlich einem pactum de contrahendo zustande gekommen; die Bedingungen waren nach ihrem wesentlichen Inhalt bestimmt und „angenommen"[2]). Der Zweck der Verhandlungen war nur noch, „sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen."[3]) Nachdem aber Deutschland auch noch das gewünschte Unterpfand für seinen „guten Glauben" gegeben und in die sofortige Räumung der besetzten Gebiete eingewilligt, auch die unmenschlichen Waffenstillstandsbedingungen angenommen hatte — die Revolution kam ebenfalls noch hinzu — war es völlig wehrlos geworden, und der übermütige Gegner, der allerdings kein Unterpfand seiner bona fides hatte zu geben brauchen und sich über den Rechtsgrundsatz „etiam hosti fides praestanda" erhaben fühlte, diktierte jetzt einfach den Frieden, unbekümmert um das verpflichtende Vorverständnis. Ein glatter Wortbruch!

Der Friedensvertrag ist in allem das Gegenteil von Wilsons Friedensprogramm und wurde ohne jegliche Rücksichtnahme auf dieses entworfen. Wilson hat in Paris seine sämtlichen 14 Punkte preisgegeben, und wir wissen heute, dass sie in den Pariser Verhandlungen nicht die geringste Rolle gespielt haben.

Die Pariser Herren stellten den Friedensvertrag einfach auf eine ganz neue Grundlage: Die Kriegsschuld. Deutschland, so heisst es in den Bemerkungen Clemenceaus, habe den Krieg gewollt und entfesselt; Deutschland sei auch für die wilde und unmenschliche Art der Kriegsführung verantwortlich. Die Gerechtigkeit sei die einzig mögliche Basis zur Begleichung der Rechnung dieses schrecklichen Krieges. Diese Gerechtigkeit solle Deutschland werden.

Die Gegenpartei mass sich also einfach das Weltrichtertum an und erkannte im Namen der Gerechtigkeit, wie sie sich eben in ihrem Kopf ausprägte, gegen Deutschland auf: Gebietsbeschneidung, militärische Entrechtung, Wegnahme der Kolonien, Beschränkung des Handels bis zur Vernichtung, Aneignung der Auslandswerte und eine Wiedergutmachung, die nur an der Leistungsfähigkeit Deutschlands ihre Grenze haben soll, aber über diese noch weit hinausgeht. Wie der Londoner „Star" vor einiger Zeit schrieb, geht der Friedensvertrag von dem Grundsatz aus: „Je mehr Ihr habt, desto mehr wollen wir nehmen." Dabei war aber Deutschland nach dem 7., 8. und 11. Punkt Wilsons nur zur Wiederherstellung Belgiens und der besetzten Gebiete von Frankreich, Rumänien, Serbien und Montenegro verbunden; und diese räumlich umgrenzte Pflicht war durch die „Auslegung" der Vorvereinbarung nur auf den Schaden abgestellt, den die Zivilbevölkerung durch deutschen Angriff zu Land, zu Wasser oder aus der Luft erfahren hatte. Jede

[2]) Note Lansings v. 8. und 23. Oktober 1918.
[3]) Note Lansings v. 8. Oktober 1918.

räumliche Erweiterung oder inhaltliche Steigerung dieser Wiederherstellungspflicht steht somit im Widerspruch zu der vereinbarten Grundlage des Friedens.

Der Rechtsgrund für die brutalen Friedensvertragsbestimmungen und insbesondere auch für die Deutschland zum Sklaventum verurteilende Wiedergutmachung bis zur äussersten Grenze ist in der Auffassung unserer Gegner die auf die alleinige Schuld Deutschlands zu buchende Kriegsursache und verbrecherische Kriegsführung. Soll aber die Schuld ein Rechtstitel und nun gar noch für ungemessene Entschädigungsforderungen sein, so muss sie klar erwiesen und durch unparteiisches Urteil festgestellt sein. Die einseitige Parteierklärung ist keine Feststellung und entbehrt des juristischen Wertes. Das der deutschen Regierung abgenötigte Schuldbekenntnis, das unter fortlaufender Beteuerung des Gegenteils erfolgte, ist nur eine weltgeschichtliche Lüge, für welche der Erpresser die Verantwortung trägt. Unrichtige Tatsachen werden durch erzwungene wahrheitswidrige Geständnisse des angeblichen Täters nicht wahr gemacht.

Heute besteht bereits in weiten Kreisen Übereinstimmung darin, dass die eigentliche Kriegsursache nur das gegenseitige Misstrauen sowie die Macht- und Bündnispolitik der Grossmächte war. Auch Wilson hat das in seiner Rede vom 26. Oktober 1916 anerkannt, was ihn freilich nicht hinderte, später das einseitige Pariser Schuldurteil zu unterzeichnen.

Was sodann die Kriegsführung anlangt, so wird Deutschland vor allem der U-Bootkrieg vorgeworfen, der aber nur eine Vergeltungsmassregel gegen die Hungerblockade war, welche die Entente zwar als „eine rechtmässige und anerkannte Kriegsmassnahme“ erklärte, die aber — und zwar nicht bloss nach deutscher Auffassung — das schwerste und blutigste Verbrechen des Weltkriegs war. Da kann wiederum nur der unparteiische Richter urteilen. Wir dürfen nicht aufhören, hier immer und immer wieder eine richterliche Entscheidung zu verlangen, weil die Hungerblockade der eigentliche Gradmesser für die Kriegsmoral wurde und für wichtige andere Fragen von vorentscheidender Bedeutung ist. Die schärfste Zuspitzung erfährt die Schuldfrage in dem beispiellosen Auslieferungsbegehren, bei dem sogar das neutrale Holland in den Bann der Gewaltpolitik hineingezogen werden sollte. Über wirkliche Kriegsverbrechen der Deutschen kann und wird nur Deutschland urteilen; es darf aber erwartet werden, dass auch die feindlichen Kriegsverbrecher vor ihrem Richter die verdiente Strafe finden. Einfach nur den Gegner mit Kriegsverbrechen zu belasten, und sich selbst vor der Welt als schuldlos zu bekennen, ist Pharisäerart. Die nach den Auslieferungsbestimmungen ins Auge gefassten zahllosen Schuldurteile, die im voraus feststehen, und von deren massenhaftem Niederprasseln man sich eine gewaltige Wirkung in der Öffentlichkeit versprach, sollten nur vor der Welt den teuflischen Inhalt des Gewaltfriedens rechtfertigen und die eigentliche Rechtsfrage im Wortschwall der Anklagen ersticken.

Die Schuldpolitik der Entente nahm geradezu abenteuerliche Formen an. Unsern Feinden war es nur darum zu tun, durch ein wahnsinniges Schuldgeschrei die masslosen Forderungen des Friedensvertrages begreiflich zu machen und den Blick der Welt vom eigenen Wortbruch abzulenken. Das wird nicht verfangen. Wir fordern Gerechtigkeit. Der Friedensvertrag wird von uns immer angefochten werden: er ist unmenschlich, unsittlich und unerfüllbar; er ist, wie der englische Abgesandte zur Friedenskonferenz, Maynard Keynes, sagte, „eine Greueltat, vor der alle Kriegsgreuel verblassen und die noch Millionen von Menschen das Leben kosten wird.“ Wir **verlangen Revision nach Massgabe der bindenden Vorvereinbarung.** Von diesem Rechtsstandpunkt werden wir uns nicht abbringen lassen.

Selbst wenn Deutschland festgestelltermassen die alleinige Schuld am Kriegsausbruch hätte und bei seiner Kriegsführung noch grössere Verbrechen begangen hätte, als die Entente an die Wand malt, wäre das nach der Vorverständigung für den Frieden gleichgültig, denn dessen Grundlagen waren bestimmt und angenommen; sie unterlagen keiner einseitigen Änderung mehr, machten vielmehr nur noch Ausführungsbestimmungen erforderlich.

Das Friedensprogramm Wilsons ist in einer Weise eingeleitet worden, dass jede Hoffnung auf Besserung erstarb. Deutschlands Wirtschaftsordnung ist niedergebrochen, und die ganze Welt seufzt unter dem Gewaltfrieden. In ihrer tiefsten Not rufen die Menschen nach dem Völkerbund.

II. Der Völkerbund.

A) Der Aufbau.

1. Die Gründer. Der Völkerbund wurde durch die Völkerbundsakte gegründet [4]), die den ersten Teil des Versailler Friedensvertrages bildet. Doch der Völkerbund ist nicht, wie die Natur der Sache gefordert hätte und auch der 14. Punkt Wilsons vorsah, ein allgemeiner Verband der Nationen; seine Gründung erfolgte nicht durch Weltvertrag, sondern er ist ein Werk der beiden Kriegsparteien. Die Sieger einerseits und das besiegte Deutschland andererseits sind formell die Gründer des Völkerbundes. Eine anmassende Zuständigkeitsauffassung! Aber materiell betrachtet ist der Völkerbund nicht einmal die Gemeinschaftsarbeit der beiden Parteien, sondern die einseitige Schöpfung der Sieger und zwar in Wahrheit bloss der siegreichen Grossmächte. Deutschland durfte und musste einfach unterschreiben; es ist Mitgründer vi ac metu. Deutschland hatte ein ganz anderes Völkerbundsideal vorgeschwebt, und es hatte einen Entwurf eingereicht, der aber glatt beiseite gesetzt wurde. Der Völkerbund hat in der Auffassung seiner wirklichen Gründer eine gegen Deutschland gerichtete Spitze. Die Völkerbundsakte soll einfach den Sieg unsrer Gegner wie auf einer Platte festhalten und dabei den Friedensvertrag in eine moralische Sphäre emporheben; nun wird sie durch die Unmoral des Friedensvertrages selbst diskreditiert.

Die Neutralen — genauer: 13 neutrale Staaten — wurden ganz zuletzt nur kurz „angehört", ohne noch merkliche Änderungen erwarten zu dürfen. Dafür wurden sie dann durch die Fiktion einer ursprünglichen Mitgliedschaft abgespeist.

2. Die Mitglieder. Deutschland ist Mitbegründer — in welchem Sinn, haben wir gesehen — aber nicht Mitglied. **Ursprüngliche** Mitglieder sind nach a. 1 nur die Siegerstaaten, die grossen wie die kleinen; so verlangte es die Kriegsstimmung, die in die neue Friedensordnung hinein ein Siegesdenkmal setzen wollte. Ursprüngliche Mitglieder werden weiter die 13 eingeladenen Neutralen durch Beitritt, der sich in einer bloss empfangsbedürftigen aber vorbehaltslosen Erklärung vollziehen soll.[5]) Alle übrigen Staaten — zu diesen gehört auch Deutschland — können nur später Mitglied werden durch **Aufnahme** nach vorgenommener Prüfung mit $^2/_3$ Mehrheit der Bundesversammlung. Deutschland soll erst eine Busszeit durchmachen und seine Würdigkeit erweisen. Im Völkerbund weht, wie gesagt, noch Kriegsgeist.

Über das Erlöschen der Mitgliedschaft vgl. a 1^{III}, 16^{IV}, 26.

3. Organe des Völkerbundes sind nach a. 2 vor allem: die Bundesversammlung und der Rat.

Dazu tritt ein ständiges Sekretariat. Auch die internationalen Büros und Kommissionen kommen unter die Leitung (Autorität) des Bundes (a. 24). Auf ein Weltparlament wurde im Gegensatz zu den Anregungen der Berner Konferenz und des deutschen Regierungsentwurfs verzichtet.

Die Beschlüsse von Bundesversammlung und Rat erfordern grundsätzlich Einstimmigkeit (a 5). Ausnahmen sind vorgesehen. Die Zuständigkeiten der beiden sind nicht abgegrenzt (a 3^{III}, 4^{IV}). Der Schwerpunkt liegt beim Rat, in dem die 5 siegreichen Grossmächte, wie wenn der Weltkrieg Ewigkeitsdauer hätte, ständig durch je ein Mitglied vertreten sind, wozu dann noch 4 unständige von der Bundesversammlung auf Zeit gewählte Mitglieder kommen. Es ist also das Übergewicht der 5 Grossmächte rechtlich verankert und insoweit der Völkerbundsrat die Fortsetzung des Pariser obersten Kriegsrats. Man wird an die „heilige Allianz" unseligen Angedenkens erinnert.

B) Die Aufgaben.

1. Die Streitigkeiten und zwar

a) zwischen Bundesmitgliedern unterliegen einem allgemeinen schieds- bezw. vermittlungsrechtlichen Obligatorium. Neben das Schiedsgericht soll später noch ein ständiger Gerichtshof treten. Alle Streitigkeiten, die zum Bruch führen können, müssen dem Schiedsgerichts-

[4]) Einleitung z. a. 1.

[5]) Die Schweiz machte aber Vorbehalte, die zugelassen wurden. Auch den amerikanischen Vorbehalten war die Zulassung in Aussicht gestellt worden. Der Fortbildungsprozess hat also schon begonnen.

verfahren oder der Vermittlung unterworfen werden. Vor Ablauf einer Notfrist darf nicht zum Krieg geschritten werden. (a. 12.) Für die Schiedssprüche ist wiederum der Rat Vollstreckungsbehörde, insofern er die zur Sicherung seiner Durchführung geeigneten Massnahmen vorschlägt (a. 13^{IV}). Nicht schiedsgerichtsfähige Streitigkeiten unterliegen der Vermittlung (a. 15). Es gibt aber auch vermittlungsunfähige Sachen (15^{VII}), oder Ermessungsfragen. Vermittler ist ein- für allemal wiederum der Rat; doch kann der Streit auch an die Bundesversammlung gebracht werden (a. 15^{VIII}).

b) Auch in Streitigkeiten von Nichtmitgliedern nimmt der Völkerbund eine Zuständigkeit in Anspruch, welche im a 17 näher beschrieben wird.

Der Völkerbund versteht es, missliebige Staaten von sich fernzuhalten und doch seiner Gewalt zu unterwerfen.

2. Der Krieg ist nicht schlechthin ausgeschlossen oder als Verbrechen gestempelt; das Verbot ist vielmehr auf bestimmte Fälle beschränkt. (a. 16) In diesen Fällen gilt die kriegerische Handlung als gegen alle anderen Bundesmitglieder gerichtet, was für die letzteren auch eindringliche Pflichten auslöst: Wirtschaftliche Gegenmassregeln, Stellung von Streitkräften und Duldung des militärischen Durchzugs der Bundesstreitkräfte. In diesen Fällen kommt es also zu einem Weltkrieg mit ungleichen Rollen. Hier machte jedoch die Schweiz im Hinblick auf ihre militärische Neutralität einen Vorbehalt, den der Völkerbundsrat zuliess.

Weitere Bestimmungen dienen der Kriegsverhütung. Der Völkerbund ist ein Schutz- und Trutzbündnis zur Garantie der Unversehrtheit und Unabhängigkeit der Staaten. Wilson hielt den a. 10, der freilich eine über den 14. Punkt hinausgreifende Fassung erhalten hat, und im a. 11 eine Ergänzung erfährt, die zum Missbrauch reizen kann, sogar für das eigentliche Rückgrat des ganzen Völkerbundes, während der amerikanische Senat hier den Ausgangspunkt für das Aufleben der früheren Interventionspolitik erblickt und lange über entsprechende Vorbehalte verhandelte. Schliesslich hat dann der Senat die Ratifikation einfach verweigert. Am a. 10 und 11 scheiden sich in Amerika die Geister.

3. Die Abrüstung Deutschlands sollte den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen ermöglichen (Einl. z. a. 159). Die Völkerbundsakte erweckt hier aber keine grossen Hoffnungen. Der Rat hat nach a. 8 Abrüstungspläne aufzustellen und zwar für jeden Staat besonders; aber die Prüfung und Entscheidung steht einzig und allein bei jeder beteiligten Regierung. Vorerst bemerken wir indes nur ein neues Rüsten — gewiss nicht gegen das wehrlose Deutschland.

4. Die Kolonialwirtschaft wurde nur in den vormals deutschen Gebieten neu geordnet. (a. 22). Bei den Kolonien der „fortgeschrittenen" Nationen scheint es keine vom Völkerbund zu übernehmenden zivilisatorischen Aufgaben zu geben. Für die von Deutschland angeregte Internationalisierung der gesamten Kolonialverwaltung, sowie für die Schaffung eines Weltkolonialamts und von Völkerbundskonsulaten, wie das dem Völkerbundsgedanken entsprechen würde, ist der Völkerbund noch nicht reif. Der Plan einer wirklichen Kultur- und Arbeitsgemeinschaft kann vor der Gewaltpolitik noch nicht aufkommen, wie sich die Völkerbundsakte ja auch noch ausschweigt über die Grundrechte der Staaten, das Nationalitäten- oder Selbstbestimmungsrecht, die Meeresfreiheit und das Weltverkehrsrecht.

5. Die Arbeit hat eine internationale Seite: wegen des Wettbewerbs werden die Kulturmächte nur zu leicht durch den Widerstand zurückgebliebener Staaten im Fortschritt behindert. Aber die Völkerbundsakte (a. 23 a) kam über ein allgemeines Versprechen nationaler Sozialreform und internationaler Organisation nicht hinaus. Die Berner Konferenz und der deutsche Entwurf führten zwar noch zu Bestimmuugen, die dann aber als XIII. Teil des Friedensvertrages eingestellt wurden. Unstimmigkeiten ergaben sich dadurch, dass das Versprechen der Sozialreform im a. 23 a nur die Bundesmitglieder leisteten, dieses also Deutschland vorläufig gar nichts angeht. Andernfalls können die Arbeitsbestimmungen des XIII. Teils für die Neutralen keine Pflichten erzeugen. Der a. 387 aber ist wiederum eine Zuständigkeitsüberschreitung und bedeutet auf jeden Fall den Aus-

schluss Deutschlands, das dann aber von der Washingtoner Konferenz selbst eingeladen wurde. Auch auf das Gebiet der Sozialreform, in der Deutschland allen Staaten voraus ist, hat sich also der kleinliche Hass der Sieger erstreckt.

Schluss: Ausblick.

Der Völkerbund ist die erstmalige Verwirklichung einer an sich schönen und verheissungsvollen Idee, nichtsdestoweniger aber zum grössten Teil eine missratene Schöpfung: er ist mehr ein Kriegs- als ein Friedensvölkerbund. Es fehlt ihm das wesentlichste: der Völkerbunds geist. An die Spitze eines Friedensvertrags gestellt, den die Welt noch verfluchen wird, erweckt er das Gefühl eisiger Kälte. Trotzdem müssen wir mit dem Völkerbund rechnen und dürfen über die entwicklungsfähigen Ansätze nicht hinwegsehen. Wir können uns freuen, dass die Neutralen, ihre starken Bedenken überwindend, in den Völkerbund eingetreten sind. Ihnen fällt die Rolle des Schöpfers zu, einem gewöhnlichen Lehmgebilde den unsterblichen Odem einzuhauchen und eine Seele zu geben. Von einem in seiner geistigen Wesenheit umgebildeten Völkerbund darf dann auch die **Revision des Friedensvertrages** erwartet werden. Das wird die erste und vornehmste Aufgabe des Völkerbundes sein, der dabei an Art. 19 anzuknüpfen haben wird. Schon um dieser verheissungsvollen Aufgabe willen, die kein Anderer lösen kann, und im Glauben an eine baldige Umbildung und sittliche Einstellung, welche die gegen Deutschland gerichtete Spitze umbiegen wird, soll uns der Völkerbund gesegnet sein.

---

34. Abschnitt.

Die territorialen Veränderungen.

Von Legationsrat **Freiherr Hartmann von Richthofen,** Berlin.

Für die Art, in der der Oberste Rat die Frage der Grenzen auf der Friedenskonferenz behandelt hat, sind gewisse Einzelheiten charakteristisch, die vor einiger Zeit der tschechische Professor Dr. Dworsky in Prag in einem Vortrag der staatswissenschaftlichen Gesellschaft mitteilte. Der Professor hatte von dem Vertreter der Tschecho-Slowakei auf der Friedenskonferenz folgendes erfahren: Im Interesse der Vermeidung überflüssiger Irredentaherde drang der tschechische Vertreter bei der Beratung der Grenzen zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei darauf, dass gewisse Grenzkorrekturen in den nördlichen Sudeten vorgenommen werden sollten, durch die 300 000 Deutsche dem Deutschen Reiche zurückgegeben werden würden, während gleichzeitig eine erhebliche Anzahl deutscher Reichsangehöriger mit tschechischer Muttersprache an das Mutterland zurückfallen würden. Der Oberste Rat lehnte das Anerbieten brüsk ab mit der Begründung, dass ein besiegter Staat unter keinen Umständen einen Gebietszuwachs erfahren dürfe.

Liesse sich dieses Verfahren des Obersten Rates in drei Worten zusammenfassen, so würden diese das beste Motto über dem Teil des Friedensvertrages von Versailles sein, der die territorialen Veränderungen behandelt. Der Oberste Rat hätte keine schreiendere Parodie des Selbstbestimmungsrechts der Völker komponieren können, als die Bestimmungen über die Gebietsabtrennungen, denen Deutschland sich hat unterwerfen müssen. Nach den Friedensbedingungen sollen folgende Gebiete sofort und ohne Volksabstimmung abgegeben werden:

1. Das Gebiet um Memel . . . . 2 522 qkm
2. ,, ,, ,, Danzig . . . . 1 977 ,,
3. Die an Polen fallenden Gebiete:
   a) in Ostpreussen . . . . 620 ,,
   b) ,, Westpreussen . . . . 16 305 ,,

c) in Pommern	390 qkm
d) „ Posen	25 873 „
4. Die an die Tschechoslowakei fallenden Gebiete in Schlesien	657 „
5. Das an Frankreich fallende Gebiet von Elsass-Lothringen	14 522 „
6. Die an Belgien fallenden Gebiete in der Rheinprovinz	989 „
7. Das Saargebiet	2 013 „
	65 868 qkm

Nach Volksabstimmung würden ungünstigenfalls abzutreten sein:

1. Die an Polen fallenden Gebiete:	
a) in Ostpreussen	12 261 qkm
b) „ Westpreussen	2 433 „
c) „ Oberschlesien	11 653 „
2. Die an Dänemark fallenden Gebiete in Schleswig-Holstein	7 724 „
	34 071 qkm

Die Gesamtfläche der ohne und nach Abstimmung abzutretenden Gebiete beträgt . . . 99 939 qkm

Sollten sich im ungünstigsten Falle alle Gebiete, die der Volksabstimmung unterworfen sind, für Abfall vom Vaterlande entscheiden, so würde das Deutsche Reich, das früher einen Flächeninhalt von 540 857 Quadratkilometer hatte, 18,5 % seines bisherigen Landes abtreten müssen. Der Gebietsverlust, den wir am 10. Januar, dem Tage der Ratifikation des Friedens, erlitten haben, beträgt 12,02 % Gesamtfläche des Reiches. Auf diesen 65 868 Quadratkilometer wohnten nach der letzten allgemeinen Volkszählung vor dem Kriege (Dezember 1910) 6 062 101 Menschen, dass sind 9,34 % der bisherigen Gesamtbevölkerung. Von diesen Summen entfallen etwas über 50 000 Quadratkilometer mit über 4 Millionen Einwohnern auf Preussen, der Rest entfällt auf Elsass-Lothringen mit 14 522 Quadratkilometer und 1 874 014 Einwohnern und auf Bayern mit 405 Quadratkilometer und 75 896 Einwohnern. Das Saargebiet, dessen Rückkehr zum Vaterlande nach 15 Jahren alle Deutschen aus Liebe zu den Stammesbrüdern und aus den dringensten Lebensnotwendigkeiten erhoffen, stellt einen Komplex von 2013 Quadratkilometer mit 644 792 Einwohnern dar. Im ungünstigsten Falle würde das Reich 9 133 061 Einwohner, d. h. über 14 % seiner bisherigen Volkszahl verlieren.

Die Abstimmungen über diese ungeheuerlichen Gebiets- und Menschenverluste sind im Zeichen von Wilsons Selbstbestimmungsrecht der Völker erlassen; unter den 6 Millionen Bewohnern, die vom 10. Januar in den Abtretungsgebieten unter neue Herrschaft gekommen sind, befinden sich 1 729 000 Polen, 204 000 Franzosen, einige wenige Tausend Tschechen, Wallonen, Kassuben, Litauer und Italiener (im Saargebiet), aber 3 823 000 Deutsche. Diese Riesenzahl von Deutschen erklärt sich bekanntlich daraus, dass gegenwärtige Sprachenklaven im polnischen Gebiet ohne weiteres zu Polen geschlagen sind, dass weite Landstriche, in denen das polnische Übergewicht äusserst zweifelhaft, jedenfalls verschwindend wenig mehr als 50 % betrug, ungefragt vom Deutschen Reiche losgerissen wurden, und dass die fast rein deutsche Stadt Danzig mit Umgebung, der fast rein deutsche Kreis Malmedy und der rein deutsche Kreis Eupen aus politischen Gründen und unter dem offenen Bruch des Versprechens, den Völkern das Selbstbestimmungsrecht angedeihen lassen zu wollen, vergewaltigt wurden. Es ist unbegreiflich, wie der gesunde Menschenverstand historisch geschulter Diplomaten monatelang durch das leidenschaftliche Gefühl des Rachedurstes so verdunkelt werden konnte, dass im Osten und Westen Irredentabezirke von einer Ausdehnung geschaffen wurden, die selbst bei Friedfertigkeit der beteiligten Regierungen Mitteleuropa und damit die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen, sondern neue Erschütterungen unvermeidlich machen werden. Das gilt ebenso für den Westen, wo der Militarismus und Chauvinismus der Franzosen bereits seine Orgien feiert, wie für den Osten, wo die Deutschen in den dort abgetretenen Gebieten sich der Herrschaft eines Landes unterwerfen müssen, dessen Massnahmen gegen das Deutschtum bisher von angeborenem, anerzogenem und durch die preussische Polenpolitik genährtem Hass gegen alles Deutsche diktiert wurden. Es ist vorauszusehen, dass der Pole alle Unbill, die ihm

einst vermeintlich oder tatsächlich von Deutschland geschehen ist, in zehnfachem Masse den Millionen Deutschen zurückzahlen wird, die ihm jetzt ausgeliefert sind.

Was die Schaffung des Freistaates Danzig anbetrifft, so hat die Friedenskommission der Entente nicht einmal zu leugnen versucht, dass es sich hier um die Frucht politischer Erwägungen handele. Es musste für Polen der Zugang zum Meere geschaffen werden, den das Nationalitätsgefühl dieses Volkes verlangte. Das zur Erfüllung berechtigter wirtschaftlicher Wünsche hinreichende Angebot Deutschlands auf Neutralisierung der Weichsel wurde zurückgewiesen, und mitten in das weit und breit polnisch gemachte Westpreussen hinein der sogenannte Freistaat Danzig gelegt. Die vom Obersten Rat untergelegten Bestimmungen für die Beschaffenheit dieses Staates zeigen schon im Rohbau, dass man auf Seiten der Entente von vornherein nicht gewillt war, dem Freistaate allzuviel Freiheit und Selbstbestimmung mit auf den Lebensweg zu geben. Die innere Verfassung bringt Sir Reginald Tower mit, die aussenpolitischen Beziehungen sind der Regierung der polnischen Republik vorläufig übertragen. Schon die letztere Bestimmung spricht Bände. Ein Freistaat, dessen Aussenpolitik von einem anderen Lande diktiert wird! Eine Stadt deutschen Stammes, deren Beziehungen zur Aussenwelt von Warschau aus gelenkt werden! Es ist klar, dass der Freistaat Danzig zum polnischen Hafen wird, wenn deutsche Kraft nicht polnischer Anmassung standhält und wenn Intelligenz nicht über polnische Fahrigkeit siegt.

Die Knebelungs Danzigs war im Interesse Polens nötig, um zu verhindern, dass die Stadt zum Pfeiler einer deutschen Brücke zwischen Ostpreussen und dem Mutterlande wurde. Die Entente hofft zuversichtlich, durch den breiten polnischen Wall, den es quer durch Preussen gelegt hat, Ostpreussen hoffnungslos von Deutschland und dem Deutschtum abzuschnüren. Sache der Deutschen Danzigs und Ostpreussens wird es sein, diese Hoffnung zuschanden werden zu lassen.

Oberschlesiens Schicksal wird sich in kürzester Zeit erfüllen. Die ungeheure Bedeutung, die dieser Landesteil für die deutsche Industrie hat, ist bekannt und wird durch die Ziffern im zweiten Teil dieses Aufsatzes klar. Die bevorstehende Abstimmung, die stark unter dem Eindruck der gegenwärtigen Verhältnisse in der Politik und in der Volksernährung steht, wird uns zeigen, ob dem Reiche einer seiner wichtigsten Lebensfaktoren erhalten bleibt oder nicht.

Auch Belgien musste seinen Teil am Raube haben. Da an der rheinisch-belgischen Grenze das deutsche Sprachgebiet an vielen Stellen sogar tief in das belgische Land hinein springt, so war hier nicht einmal mit dem Vorwande der Rücksicht auf die Nationalität der Bewohner etwas zu machen. Es musste zur offenen und unbegründeten Annexion geschritten werden. Man griff zu den Kreisen Eupen und Malmedy, die wegen ihrer Bodenschätze und ihrer lebhaften Industrie dem belgischen Staat am genehmsten waren. Es ist zu bedenken, dass der Kreis Malmedy nicht mehr als 9700 Wallonen beherbergt, während Eupen rein deutsch ist. Der Zufall will es, dass gerade gegenüber von Eupen sogar das deutsche Sprachgebiet tief nach Belgien hineinreicht. Selbst die wallonische Minderheit sträubt sich gegen die gewaltsame Abkehr von Deutschland. Nur eine kleine Gruppe von Kaufleuten und Industriellen erhofft vom Anschluss an Belgien geschäftlichen Gewinn und hat sich in den Dienst der belgischen Propaganda gestellt, die seit mehr als einem Jahre mit den brutalsten Mitteln die deutsche Bevölkerung ihren Wünschen gefügig zu machen sucht. Der Friedensvertrag enthält die Bestimmung:

„Während 6 Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages werden von der belgischen Behörde in Eupen und Malmedy Listen ausgelegt. Die Einwohner dieser Gebiete sind berechtigt, darin schriftlich den Wunsch auszudrücken, dass diese Gebiete ganz oder teilweise unter deutscher Souveränität verbleiben.“

Es ist bekannt, dass die Belgier mit Versprechungen und Arbeiten ihrer Spitzel kein Mittel gescheut haben, um dieser fein ausgesonnenen Bestimmung die Erfüllung zu geben, die sie wünschen. Nur die äusserste Furchtlosigkeit und Geschlossenheit der Bewohner von Eupen und Malmedy kann den Verlust dieser wertvollen deutschen Gebiete verhindern.

Ähnlich liegen äusserlich die Verhältnisse im Saarbecken, dessen Gruben abgetreten und dem französischen Staat zur Ausbeutung überlassen werden. Bekanntlich soll nach § 34 des Friedensvertrages die Bevölkerung des Saarbeckengebiets nach Ablauf einer Frist von 15 Jahren nach Ratifikation des Friedensvertrages berufen werden, ihren Willen zu äussern, ob sie die Beibehaltung

der durch den Vertrag geschaffenen Rechtsordnung und die Vereinigung mit Frankreich oder Deutschland wünscht. Der Völkerbund entscheidet sodann „unter Berücksichtigung des durch die Volksabstimmung ausgedrückten Wunsches darüber, unter welche Souveränität das Gebiet tritt.“ Dem Rat des Völkerbundes, in dem nach der jetzigen politischen Konstellation die Deutschlandsfeinde natürlich die Majorität haben, ist die weitestgehende Bewegungsfreiheit in seinen Entscheidungen gelassen, eine Bewegungsfreiheit, die um so grösser ist und um so parteiischer ausgenutzt werden kann, als die Volksabstimmung den Ausführungen des Friedensvertrages gemäss nicht über das Schicksal des Gebietes i n s g e s a m t entscheidet, sondern b e z i r k s w e i s e vor sich geht und dadurch bei etwaigem Mangel an Geschlossenheit der Bevölkerung willkürlichen Entscheidungen des Rates Tür und Tor öffnet. Es ist bekannt, in wie gründlicher Weise die französische Regierung die Zeit ihrer Alleinherrschaft über das Saarbecken benutzt hat, um dem Deutschtum alle äusserlichen und moralischen Fesseln anzulegen, die Frankreich aus Hass, Macht und Überlegung schmieden konnte. Die Ausweisung einflussreicher Deutscher, die Knebelung der Presse, die Beschränkung der öffentlichen Meinungsäusserung, die Einengung des Koalitionsrechtes der Beamten, Arbeiter und Angestellten, alle diese Massnahmen waren im Verein mit stiller Duldung jeder, auch der brutalsten Gewalttätigkeit den Franzosen gut genug, um das Saargebiet nach ihrer Methode so schnell wie möglich zu französieren. Leider besteht nicht allzuviel Grund zu der Annahme, dass sich diese Regierungsmethoden nach Einsetzung der Völkerbundsregierung verändern werden. Man muss befürchten, dass der französische Einfluss in ihr der vorherrschende sein wird, so dass die Bevölkerung des Saargebiets einer überaus trüben Zukunft entgegengeht. Das Jahr 1935 wird zeigen, in welchem Masse es den Franzosen gelungen ist, den Willen zum Deutschtum im Saargebiet zu brechen, es sei denn, dass der wenig kunstvolle, aber um so künstlichere Bau des Friedens von Versailles bereits früher in sich zusammenbricht. Wenn dann die Bevölkerung des Saarbeckens sich mit der Einmütigkeit, die ihrer deutschen Abstammung entspricht, für Deutschland entscheidet, so wird Deutschland gern die harten Bestimmungen auf sich nehmen, die der § 36 des Friedensvertrages enthält: „Beschliesst der Völkerbund die Vereinigung des ganzen Saarbeckengebiets oder eines Teiles mit Deutschland, so hat Deutschland die Eigentumsrechte Frankreichs an den in diesem Gebietsteil belegenen Gruben im ganzen oder zu einem in Gold zahlbaren Preise zurückzukaufen. Dieser Preis wird durch drei nach Stimmenmehrheit beschliessende Sachverständige festgesetzt. Einer dieser Sachverständigen wird von Deutschland, einer von Frankreich und einer, der weder Franzose noch Deutscher sein darf, vom Völkerbund (im englischen: vom Rat des Völkerbundes) ernannt.“

Wie zu Anfang gesagt wurde, beträgt das abzutretende Gebiet einschliesslich der Gebiete, die bei ungünstigem Ausfall der Volksabstimmung in Verlust geraten, etwa 18% seiner bisherigen Fläche. Vergleicht man mit diesem Prozentsatz den Satz der natürlichen Bodenschätze und der künstlichen Erzeugnisse dieser Länder, so sieht man erst, mit welcher Überlegung und mit welchem Scharfsinn d i e Gebiete herausgesucht sind, die, natürlich und künstlich, die ertragreichsten Deutschlands sind und deren Verlust die Wirtschaftskraft des Restreiches für immer lähmen muss. In erster Linie zeigt sich dies auf dem wichtigsten Gebiet unserer Industrie: in der Steinkohlenförderung. Die Steinkohlenförderung des gesamten Reichsgebietes betrug 175 Millionen Tonnen. Der drohende Gesamtverlust an Land bringt eine Beschränkung dieser Beförderungsziffer auf 115 Millionen ein, d. h. 34 % können verloren gehen. Hieran sind beteiligt: das Saargebiet einschliesslich der Pfalz und Lothringen mit 16 Millionen Tonnen, Oberschlesien mit 41 Millionen. Noch eklatanter tritt dies Verhältnis in den verwandten Industrien zutage. Die Produktion an Bleierzen im Deutschen Zollgebiet betrug im Jahre 1913 etwas über 122 000 Tonnen. Der drohende Gesamtverlust beträgt 72 426 Tonnen = 59 %. Als kümmerlicher Rest der verbleibenden Produktion ergeben sich 50 130 Tonnen = 41 %. Deutschlands Eisen- und Stahlerzeugung betrug im Jahre 1913 insgesamt etwa 19 300 Millionen Tonnen, der mögliche Gesamtverlust (in den 18 % der Gesamtfläche betragenden Abtretungs- bezw. Abstimmungsgebieten) beträgt 10 265 Millionen Tonnen = 53¼ % der gesamten Erzeugung. In der Flussstahlerzeugung können uns ungünstigsten Falls 42¼ %, in den Walzwerkerzeugnissen 41½ % verloren gehen. Noch ungeheuerlicher tritt die beabsichtigte Ertötung der deutschen Industrie in der Eisenerzförderung und in der Zinkerzförderung zutage. Die Gesamt-

produktion im deutschen Zollgebiet des Jahres 1913 an Eisenerzen betrug 35 900 Millionen Tonnen, der drohende Gesamtverlust beträgt 28 600 Millionen Tonnen, d. h. achtzig Prozent, so dass uns 7300 Millionen Tonnen = 20 % übrig bleiben. In der Zinkerzförderung können uns von 668 028 Tonnen 563 657 Tonnen = 84¼ % der Gesamtproduktion verloren gehen.

Auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft hat es die Entente verstanden, sich die Rosinen aus dem Kuchen vorzubehalten. Die Ernteerträgnisse überschreiten in ihrem Prozentsatz in dem abgetretenen und geforderten Gebiet fast durchweg den Prozentsatz der Gebietsfläche. An der Ernte des Jahres 1913 gemessen können wir an Roggen 21,7, an Gerste 22,3, an Kartoffeln 23,0, an Zuckerrüben 18,4 %, an Holz aus den Forsten 19,8 % verlieren. Nur der Viehbestand der abgetretenen und der Abstimmung unterworfenen Gebiete hält sich dem Mangel an Weideflächen entsprechend etwas unter dem Gebietssatz von 18 %.

Wollen wir an die Arbeit gehen, um trotz des Friedens von Versailles unser Vaterland einer neuen Zukunft entgegenzuführen, dann werden wir gut daran tun, die furchtbare Schmälerung deutscher Macht, die die territorialen Veränderungen des Friedens für uns zur Folge haben, ebenso schmerzbewegt wie objektiv in Rechnung zu stellen. Das muss uns dazu führen, mit den nationalen und wirtschaftlichen Kräften, die uns erhalten geblieben sind, haushälterisch umzugehen, um so aus dem Innern heraus wieder die Stärke zu gewinnen, die die Voraussetzung für einen neuen grossen Staat der Deutschen ist. Die territorialen Bestimmungen des Friedens von Versailles sind so ungerecht und grössten Teils derartig unmöglich, dass die Weltgeschichte sie nicht kontrasignieren wird. Wir werden daher an den Wiederaufbau unseres Staates in dem Vertrauen herangehen können, dass diese Bestimmungen des Friedens sicherlich nicht für die Ewigkeit, sondern wahrscheinlich nur für eine kurze Spanne Zeit geschrieben sind. Und das energische und deutliche Bekenntnis zum Deutschtum, das als erstes Abstimmungsgebiet die Nordmark abgelegt hat, soll uns ein Vorbild sein für den Geist, in dem allein wir und unsere Nachkommen die Stellung für unser Volk wiedererringen können, auf die wir als eine der ersten Kulturnationen der Welt ein unverlierbares Anrecht haben.

---

35. Abschnitt.

Die militärische Entrechtung Deutschlands.[1]

Von **Franz Carl Endres,**

kais. osman. Major a. D., Gauting bei München.

Literatur:

Die Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen mit Einleitung, Anhang, Sachregister und Karte. Verlag R. Hobbing. Berlin 1919. — Franz Carl Endres, Reichswehr und Demokratie. Verlag Duncker und Humblot. München 1917. — B. Weyer, Taschenbuch der Kriegsflotten. Verlag J. F. Lehmann. München 1919. — Deutschland und der Friede. Herausgegeben von Walter Goetz. Verlag B. G. Teubner. Leipzig-Berlin 1918.

Der fünfte Teil des Friedensvertrages mit der Überschrift „Bestimmungen über die Land-, See- und Luftstreitkräfte" enthält in den Artikeln 159 bis 213 Bedingungen, die einer vollständigen

[1]) Im Folgenden sind die leitenden Gesichtspunkte des militärischen Teils des Friedensvertrages behandelt und für den Nichtfachmann erläutert. Einzelheiten des Vertrages müssen im Urtext nachgelesen werden.

Entrechtung Deutschlands in militärischer Hinsicht gleichkommen. Der sechste Teil bildet gewissermassen einen Anhang des fünften und enthält Bestimmungen über Kriegsgefangene und Grabstätten. —

Nachdem Deutschland den Krieg militärisch vollständig verloren hatte, alle Bundesgenossen von ihm durch selbständige Abschlüsse von Friedensunterhandlungen abgefallen waren, konnte es die Entente wagen, Friedensbedingungen, wie die tatsächlich durchgeführten, aufzustellen. Sie waren schon im Sommer 1918, als der vollständige Verlust des Krieges nach dem Scheitern der strategisch unglücklich angesetzten und durchgeführten deutschen Frühjahrsoffensive kein Geheimnis mehr sein konnte, ausgearbeitet worden.

Ihr militärischer Teil geht von dem Gedanken aus, dass auch ein geschlagenes Deutschland ohne politische Bündnisse durch die bisherige Organisation seines Heeres an sich eine Gefahr für die Aufrichtung der Ententeherrschaft in der Welt bedeute und überdies durch die Kraft seines Heeres und seiner Flotte sich eine höchst gefährliche Bündnisfähigkeit erhalte, die über kurz oder lang Machtgruppierungen verursachen könnte, die als Konkurrenten der Entente erneut aufzutreten in der Lage wären.

Um die Kritiklosigkeit der Weltmeinung für sich zu gewinnen, beginnt die Entente die Deutschland militärisch entrechtenden Artikel des Friedensvertrages mit den Worten „Um den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland usw." Es ist ganz richtig, dass mit Beibehaltung des alten deutschen Friedensheeres von fast ¾ Millionen Mann, das bei kurzer Dienstzeit etwa fünf Millionen rasch mobil zu machende Reserven hatte, eine allgemeine Abrüstung anderer, namentlich Deutschland feindlicher Staaten nicht möglich gewesen wäre. Aber das innere Motiv der militärischen Entrechtung Deutschlands liegt nicht — das haben die Erfahrungen der letzten Monate schon gezeigt[2]) — in dem Wunsche nach allgemeiner Abrüstung, sondern in dem Wunsche nach politischer und wirtschaftlicher Entrechtung Deutschlands, die ohne vorherige militärische nicht reibungslos vor sich gehen könnte.

Hierin, in dieser scheinheiligen Heuchelei, liegt für den Ethiker, der allgemeine Abrüstung an sich für eine Forderung fortschreitender Kultur hält, das Empörende im militärischen Teil des Friedensvertrages.

Die von der Entente gewollte, dauernde militärische Ohnmacht Deutschlands wird auf folgendem Wege erreicht:

1. Die Stärke des deutschen Heeres wird festgesetzt, gleichzeitig mit entscheidenden Heeresersatz-, Ausbildungs-, Bewaffnungs- und Ausrüstungsfragen.
2. Die Defensivkraft der Landesverteidigung wird auf ein geringstes Mass zurückgeführt.
3. Die deutsche Kriegsflotte wird bis auf kleine Reste beseitigt.
4. Die deutschen Luftstreitkräfte werden beseitigt.

Zu 1. Es genügte der Entente die Bestimmung, dass das deutsche Reichsheer nur mehr 100 000 Mann Friedensstärke haben dürfe, allein nicht. Es war zu befürchten, dass durch ein entsprechendes Heeresergänzungssystem milizartigen Charakters den Rahmen von 100 000 Mann im Laufe eines Jahres mehrere Rekrutenquoten durchliefen, so dass nach Ablauf jedes Jahres doch ein Vielfaches von 100 000 ausgebildet wäre und im Falle einer Mobilmachung die in der grossen Bevölkerung Deutschlands liegende militärische Kraft doch ausgenützt werden könnte.

Um ein solches grosse Reserven erzeugendes System in Deutschland zu verhindern, bestimmt der Friedensvertrag:

a) dass die Gesamtstärke des Offizierkorps 4000 nicht überschreiten dürfe. Damit werden Deutschland das für ein Milizsystem notwendige erhöhte Ausbildungspersonal und die Möglichkeit, Mobilmachungsformationen mit Offizieren zu besetzen, genommen (Artikel 160);

[2]) Man vergleiche den 4. der sogenannten Wilsonschen Punkte der lautet „Volle Garantie wird zugestanden und zugesichert, dass die Rüstungen der Nationen auf das kleinste Mass, das zur inneren Sicherheit nötig ist, beschränkt werden", mit dem militärischen Verhalten Amerikas im Winter 1919/20, das eine ungeheure Vermehrung der Rüstungen (gegen Mexiko und Japan) darstellt und mit der Absicht der Franzosen, 1920 die Friedenspräsenzstärke ihres Heeres von 1914 um 33 % zu erhöhen.

b) dass auch die äussere Organisation[3]) des kleinen Heeres genau so durchgeführt wird, wie es im Friedensvertrag vorgesehen wird. Dadurch erreicht die Entente die Möglichkeit leichterer Kontrolle und verhindert die Vorbereitung der deutschen Mobilmachung durch im Frieden schon bestehende Rahmentruppen (Stäbe, Behörden und Einrichtungen, in welche die Masse der Reserven wie in einem Rahmen einwirken und auf diese Weise Neuformationen rasch bilden können). (Artikel 160—164 und Artikel 178);

c) dass unter Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht die Armee nur durch freiwillige Verpflichtung gebildet und ergänzt werden darf (Artikel 173). Dadurch wird eine staatliche Organisation des Milizsystems unmöglich gemacht oder zum mindestens nur auf d i e Kreise beschränkt, die das Opfer persönlicher Dienstleistung, zu dem die Masse des Volkes auf Grund der Erfahrungen, die sie mit dem Militarismus gemacht hat, nicht mehr bereit ist, freiwillig auf sich nehmen.

d) dass Unteroffiziere und Soldaten auf 12 Jahre, Offiziere auf 25 Jahre sich verpflichten müssen (Artikel 174 und 175) und dass in jedem Jahre an vorzeitig Ausscheidenden nicht mehr als 5% entlassen werden dürfen. Diese Bestimmungen weisen am deutlichsten auf die Angst vor einer deutschen Volksmiliz hin. Durch die lange Verpflichtung und die Zusatzbestimmung über 5% Höchstmass der erlaubten Entlassungen ausser der Reihe wird die planmässige Bildung von Reserven verhindert, und damit erreicht, dass die Kriegsstärke des deutschen Heeres im Grossen und Ganzen nicht höher sein kann als die Friedensstärke von 100 000 Mann. Denn ein Abgang von mindestens 5% ist schon durch Krankheit, Invalidität, Unglücksfälle und Desertion pro Jahr zu erwarten, so dass eine planmässige Ausscheidung einer auch noch so kleinen ausgebildeten Reserve nicht mehr möglich ist;

e) dass nicht mehr Zöglinge in militärischen Schulen gehalten werden, als den Fehlstellen in den Offizierkorps entspricht und alle sonstigen Erziehungsanstalten. Universitäten, Kriegervereine, Schützen-, Sport- oder Wandervereine und überhaupt Verbindungen jeglicher Art sich nicht mit militärischen Dingen beschäftigen, keinerlei Verbindung mit militärischen Behörden haben oder in der Handhabung und im Gebrauch von Kriegswaffen ausgebildet werden dürfen. (Artikel 176, 177.) Dadurch wird verhindert, dass sich neben der Armee eine Volksmiliz auf dem Boden von Vereinigungen bilde, die im Mobilmachungsfalle der Heeresleitung Mannschaften, die mit dem Gewehr umgehen können, anzubieten in der Lage wären.

Die Vorarbeiten zur Mobilmachung, in der Zeit des alten Moltke unsere Stärke, später von allen Militärstaaten getreulich nachgeahmt, werden gänzlich verboten.

f) dass keine deutschen Militär-, Marine- oder Luftschiffahrtsmissionen in fremden Ländern von Deutschland beglaubigt werden dürfen, noch dass einzelne deutsche Reichsangehörige in Armee, Marine oder bei den Luftstreitkräften einer fremden Macht eintreten dürfen (Artikel 178 u. 179). Aus diesen Bestimmungen spricht die ganze Angst Frankreichs vor dem geschlagenen Deutschland und die hohe Einschätzung, die die Entente dem deutschen militärischen Können angedeihen lässt. Die Bestimmungen sind nur, was offizielle Missionen betrifft, durchführbar. Es ist aber nicht möglich eine Regierung dafür verantwortlich zu machen, was einzelne Staatsangehörige im Ausland an Berufstätigkeit ausüben. Nicht ohne Interesse ist der letzte Absatz des Artikels 179, in dem Frankreich, unbeschadet der Abmachung der alliierten und assoziierten Mächte keinen Deutschen als militärischen Lehrer oder Ausbilder anzustellen, sich das Recht vorbehält, Deutsche in der Fremdenlegion weiter anzuwerben. Es geht daraus hervor, dass der Bedarf an Freiwilligen für die Legion sehr gross (also die Behandlung sehr schlecht ist) und dass die Erfahrungen, die Frankreich mit deutschen Legionären gemacht hat, sehr gut waren.

g) dass Deutschland nicht mehr Waffen besitzen dürfe als für das kleine Heer notwendig sind. Das sind 84 000 Gewehre und 18 000 Karabiner mit je 400 Schuss, 792 schwere und 1134 leichte Maschinengewehre mit je 8000 Schuss, 63 mittlere und 189 leichte Minenwerfer mit je 400 bezw. 800 Schuss, 204 Feldgeschütze (7,7 cm) mit je 1000 und 84 Feldhaubitzen (10,5 cm) mit je 800 Schuss. Über diese Zahlen darf nur eine Reserve von 4% bei Handfeuerwaffen und 2% bei Geschützen ge-

[3]) Gliederung in 2 Armeekorpskommandos mit zusammen 7 Infanterie- und 3 Kavallerie-Divisionen. Die relativ sehr starke Kavallerie beweist, dass die Entente das deutsche Heer nur als Polizei-Truppe auffasste.

halten werden. Herstellung von Waffen und Munition erfolgt unter Kontrolle der Entente, Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial ist Deutschland streng verboten. Das Gleiche gilt von giftigen Gasen (oder ähnlichen Stoffen), Panzerwagen, Tanks und ähnlichen Konstruktionen, deren Herstellung und Gebrauch verboten ist (Artikel 165 u. Tafel III, Artikel 166, 168, 169—172).

Diese Bestimmungen bilden den Schlussstein in der Kette, die Deutschland zur Verhinderung der Vorbereitung eines im Kriege erst auftretenden Heeres angelegt wurde. Die Munitionsausrüstung ist so spärlich, dass langdauernde grosse Gefechte geschweige denn ein Feldzug nicht durchgeführt werden können.

Die Gesamtstärke des deutschen Heeres reicht für die Verteidigung von 100 km Grenze oder für der Angriff in einer Schlacht mit 25 km Frontbreite. Man vergleiche damit, dass die Grenzen Deutschlands 1914 eine Ausdehnung von 7675 km hatten und dass die Frontbreite in allen grossen Schlachten des Weltkrieges 30 km übertraf. —

Zu 2. Zielten die bisherigen Bestimmungen darauf hin, einen Revanchekrieg für Deutschland unmöglich zu machen, dadurch dass Deutschland die Angriffswaffe (über Flotte siehe unter „zu 3") aus der Hand gewunden und zerschlagen wurde, so sind weitere Bestimmungen vorhanden, die auch die reine Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, die ja ohnedies durch die Verringerung des Heeres auf 100 000 Mann nicht mehr gegeben ist, noch besonders beschränken.

Alle deutschen Befestigungen bis zu einer Linie 50 km östlich des Rheines müssen geschleift werden, neue Befestigungen in diesen Gebieten anzulegen ist verboten. Die Befestigungen an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands bleiben bestehen (Artikel 180). Damit ist Frankreich die Möglichkeit schnellen Rheinübergangs gegeben, den es ins Auge fasst, wenn Deutschland den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht nachzukommen gewillt oder imstande ist. Eine Vermehrung deutscher Festungen im Inneren des Landes ist durch Artikel 167 indirekt verhindert. Dieser Artikel verlangt die Angabe der Anzahl und Kaliber der Geschütze, die in den Deutschland verbleibenden Befestigungen enthalten sind, bezeichnet diese von vornherein als Höchstzahlen und erlaubt für jedes Festungsgeschütz bis zu 10,5 cm 1500, für jedes grössere Kaliber 500 Schuss. Mit dieser Munitionsmenge kann ein Überfall abgewehrt, aber keine ernsthafte Belagerung durchgehalten werden.

Zu 3. Der deutschen Kriegsflotte, die in den Jahren 1900 bis 1912 aus einer bescheidenen Verteidigungswaffe mit 24 400 Mann zu einer England und Frankreich beunruhigenden Angriffswaffe mit einer Besatzungsstärke von 60 600 Mann geworden war, gelten vernichtende Bestimmungen des Vertrages.

Die in Dienst befindliche deutsche Kriegsflotte darf nur mehr betragen (Artikel 181):

6 Linienschiffe der Deutschland- oder Lothringen-Klasse, also von einem Schiffstyp, der in den Jahren 1904—06 gebaut, in den Jahren 1906—08 dienstbereit war, wurde und sowohl an Schnelligkeit (rund 19 Seemeilen) wie an Bewaffnung (4 28 cm [L. 40]; 14 17 cm [L. 40] und 20 8,8 cm [L. 35]) den modernen Linienschiffen und Panzerkreuzern weit unterlegen ist. Sie können im Zusammenstoss mit modernsten Typen nur als Küstenpanzerschiffe gewertet werden.

6 kleine Kreuzer. Da Deutschland seine sämtlichen Kolonien verloren hat und die Entente die feste Absicht hat, auch die wirtschaftliche Weltstellung Deutschlands für immer zu beseitigen, entspricht die Wegnahme aller Schiffe, die für Handelsschutz auf den Weltmeeren in Frage kommen, also aller Panzer-, grossen und mittleren Kreuzer ganz dieser Erdrosselungsabsicht.

12 Zerstörer 12 Torpedoboote Keine U-Boote	auch die Bemessung dieser Zahlen deutet darauf hin, dass man Deutschland nur erlaubt, den Polizeidienst an seinen Küsten auszuüben.

Man vergleiche mit diesen kümmerlichen Resten unsere Kriegsflotte von 1914 (Sommer) mit 38 Linienschiffen, 8 Küstenpanzern, 13 Panzerkreuzern, 38 geschützten Kreuzer, 190 Torpedobooten usw. —

Ein besonderer Artikel (190) bestimmt ferner, dass Neubauten oder Ankauf verboten sind und der Ersatz nur in folgenden Ausmassen geschehen darf: Linienschiffe 10 000 Tonnen, kleine Kreuzer 6000 Tonnen, Zerstörer 800 Tonnen, Torpedoboote 200 Tonnen. Unsere modernen Torpedo-

boote hatten 650 Tonnen und schon seit 1887 bauten wir Torpedoboote mit 300 Tonnen und mehr. Schon diese Zahlen beweisen, dass man Deutschland an seine Küsten fesseln will und ihm die Meere, die für England „frei" bleiben sollen, für immer versperren will. Der Anzahl der Schiffe entspricht die im Vertrage bestimmte Kopfzahl der Kriegsmarine, die einschliesslich Schiffsbesatzungen, Küstenverteidigung, Signalstationen, Verwaltung und sonstigem Landdienst nur 15 000 Mann aller Dienstgrade und 1500 Offiziere und Deckoffiziere eingeschlossen, betragen darf. Auch hier wird der Bildung von Reserven vorgebeugt.

England hat mit diesen Bestimmungen seinen „Rhein" beseitigt, wie es Frankreich mit den Artikeln über die Befestigung getan hat. Mit 15 000 Mann und den wenigen kleinen Schiffen kann Deutschland seine Küsten nicht mehr verteidigen. England kann jederzeit — was es im Kriege nie gewagt hat — deutsche Küstenstädte in Grund und Boden schiessen oder eine Armee an Deutschlands Küsten landen. Es wird keinen nennenswerten Widerstand mehr finden. Denn seit jeher und bei dem Überwiegen der Technik in der Bewaffnung in der modernen Zeit mehr noch als früher, konnte technische und zahlenmässige Unterlegenheit nur bis zu einem gewissen Grade durch Ausbildung und Tapferkeit ersetzt werden. Diese Grenze liegt aber, auf Deutschlands Streitkräfte angewandt, weit über den Deutschland zugebilligten Kräften. Deutschland ist, was seine Westgrenze und seine Küsten betrifft, wehrlos und namentlich das, was ihm von dem diese Artikel redigiert habenden England an Marine- und Küstenverteidigungsstreitkräften belassen wurde, ist gar nicht ernst zu nehmen. Dazu kommt, dass auch für Küstenbefestigungen ebenso wie für Landbefestigungen die Munitionsquote auf 1500 Schuss für Geschütze von 10,5 und darunter, auf 500 Schuss für höhere Kaliber gehalten ist. Es ist ein Hohn und ist auch aller Wahrscheinlichkeit nach von seinen Redakteuren als eine Verhöhnung beabsichtigt worden. Es wäre weniger entwürdigend gewesen, wenn man Deutschland nur erlaubt hätte, Polizeischiffe für Überwachung des Küstenhandelsverkehrs zu halten, als dass man es verurteilte mit einer Flotte, die keine ist, noch ein wenig „Soldaten zu spielen". Die Bestimmungen über Flottenstärke werden durch einen Englands Absichten auf deutsche Küsten verratenden Artikel (195) ergänzt, der die Befestigungen, die die Seeverbindung zwischen Nord- und Ostsee beherrschen, zu schleifen befiehlt und bestimmt, dass Deutschland alle zur Zeit in Besitz befindlichen hydrographischen Unterlagen über das Fahrwasser der Schiffahrtswege zwischen Ost- und Nordsee der Entente zur Verfügung stellen muss.

Auch Englands Absichten in den Ostseeprovinzen erhellen aus dieser vorsorglichen Forderung.

Die Art und Weise, wie der Rest der deutschen Flotte und die Hilfskreuzer abmontiert, in reine Handelsschiffe umgewandelt oder zur Auslieferung verlangt wurde, ist in mehreren Artikeln mit grosser Genauigkeit niedergelegt (Art. 184—189). Der Bau und das Halten auch von Handels-U-Booten ist Deutschland verboten (Art. 191). Für die Ergänzung des Personals (Art. 194) und die Verhütung der Ausbildung von Reserven irgend welcher Art sind die gleichen Bestimmungen getroffen wie für die Landarmee. Nachdem die Kriegsmarine in der Handelsmarine ihre technisch und navigatorisch automatisch sich ausbildende natürliche Reserve hat, erwähnt der Artikel 194 ausdrücklich, dass kein Mann oder Offizier der Handelsmarine eine militärische Ausbildung erhalten darf.

Zu 4. Am radikalsten verfährt der Friedensvertrag mit den deutschen Luftstreitkräften (Artikel 198—203). Das ist erklärlich. Denn in Luftfahrzeugen kann sich ein Land Kräfte herstellen, mit denen es jede Grenzsperre zu überwinden und Überfälle mitten im Frieden zu unternehmen in der Lage ist. Der Krieg ist aus der zweidimensionalen Flächenstrategie durch die Vervollkommnung der Luftwaffen in die dreidimensionale Raumstrategie hineingewachsen. Dabei steht das Flugzeug, im Weltkriege schon der Schrecken wehrloser Städte, noch in den Kinderschuhen seiner Entwicklung. Sowohl die Schnelligkeit als auch die Wirkung giftiger Gase kann in wenigen Jahren so erhöht werden, dass eine starke Luftflotte die etwa in 1½ Stunden die Strecke Elberfeld-Paris zurücklegt und dabei Gasbomben mit sich führt, die beispielsweise eine auf grössten Raum die molekulare Veränderung der Luft herbeiführende Wirkung auslösen. Eine solche Luftflotte von vielleicht 5000 Flugzeugen wird entscheidendere Bedeutung für den Ausgang eines Krieges gewinnen als die grösste Landarmee. Ist diese Entwickelung auch noch nicht Tatsache, so kann sie doch jeden Augenblick zur Tatsache werden.

Da nun die Entente die Rache Deutschlands fürchtet und auf dem Wege der Vervollkommnung des Luftkrieges in der angedeuteten Weise Rache geübt werden kann, so verbietet der Artikel 198 alle Land- und Marine-Luftstreitkräfte einschliesslich der Lenkluftschiffe für Deutschland. Der Vertrag sorgt auch durch eingehende Bestimmungen über sofortige Demobilisation der vorhandenen Luftfahrzeuge und Ablieferung von fertigen oder im Bau befindlichen Apparaten, von Anlagen für Herstellung von Wasserstoffgas, von Luftschiffhallen und -Schuppen, von Motoren und Gondeln, Waffen und Munition, von F. T.-Apparaten und sonstigen Instrumenten, damit nicht etwa bis zur Ratifizierung des Friedens irgend welche Racheakte in der Luft ausgeübt werden können.

Zur Überwachung der Durchführung der zahlreichen Bestimmungen über die Wehrlosmachung Deutschlands, die ganz verschieden befristet sind, sind im Vertrag interalliierte Kontrollkommissionen vorgesehen, die in Deutschland freie Bewegungsmöglichkeit haben und berechtigt sind, im Auftrage der Entente Ausführungsbestimmungen zu den einzelnen Artikeln des Friedensvertrages zu geben. Die sehr hohen Kosten dieser Kontrollkommissionen trägt Deutschland.

Nicht genug damit. Der Artikel 208 bestimmt, dass Deutschland „den militärischen interalliierten Kontroll-Kommissionen alle Auskünfte und Dokumente liefern“ muss, „welche die letztere für erforderlich hält, um die vollständige Durchführung der militärischen Bestimmungen sicherzustellen, insbesondere alle gesetzlichen und Verwaltungsurkunden und Vorschriften“.

Die Kontrollkommission tritt in drei Abteilungen auf für die Landarmee und Festungen, für die Marine und für die Luftstreitkräfte.

Deutsche Gesetze, die mit den Bestimmungen der Artikel des Teils V des Friedensvertrages nicht übereinstimmen, müssen geändert werden. Für den Fall, dass die Artikel dem Rachebedürfnis der Entente noch nicht genügend Sättigung geben, ist ein entwürdigender Schlussartikel (213) beigefügt, der auch im Frieden der Entente jederzeit die Einmischung in militärische Verhältnisse Deutschlands gestattet und dieses militärische Protektorat in die nur im ersten Augenblick harmlos klingenden Worte kleidet: „Solange dieser Vertrag in Kraft bleibt, verpflichtet sich Deutschland, jede Untersuchung, welche der Rat des Völkerbundes auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses für nötig halten sollte, in jeder Weise zu erleichtern.“

Die Worte „in jeder Weise zu erleichtern“ bedeuten, da Deutschland ja keine militärische Macht mehr hat, um ungerechten Forderungen Widerstand zu leisten, nichts anderes als „zu dulden“. —

Ausser diesen rein militärischen Artikeln des Friedensvertrages betreffen aber noch eine ganze Anzahl anderer Artikel die Frage der militärischen Entrechtung Deutschlands direkt oder indirekt. Denn schon die Grenzgestaltung, die Okkupation in Grenzgebieten, die Wegnahme von Kohlenbergwerken wirken militärisch schwächend ein; dazu kommt die Beraubung an Eisenbahnmaterial, Maschinen, Holz und sonstigen Rohstoffen und an Geld. Fast jeder Artikel des Friedensvertrages hat in gewissem Sinn und Mass eine Wirkung auf die militärischen Verhältnisse in Deutschland.

Der VII. Teil des Friedensvertrages endlich baut sich mit seinen Strafbestimmungen auf der Tatsache vollkommener militärischer Entrechtung Deutschlands auf. Deutschland hat durch die Annahme des Friedensvertrages darin eingewilligt, dass Wilhelm II. von Hohenzollern und diejenigen Personen ausgeliefert und vor ein Gericht der alliierten und assoziierten Mächte gestellt werden, die „eine Handlung gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges begangen haben“. Das belastende urkundliche Material für diese Angeklagten verpflichtet sich Deutschland im Artikel 230 selbst zu liefern.

Der Friedensvertrag zeigt im Ganzen wie in seinem militärischen Teil, dass es nicht Absicht der Entente war, durch den Frieden einen gewaltigen Schritt auf dem Wege der Völkerversöhnung vorzuschreiten, mithin eine Tat der Kultur ins Werk zu setzen. Er beweist, dass die offiziellen und inoffiziellen Aussprüche leitender Männer der Entente in dieser Richtung bewusste Täuschung und charakterlose Heuchelei waren. Der Friedensvertrag ist von imperialistisch-materialistischem Geist erfüllt und entbehrt aller „Heiligkeit“, die Verträgen die moralische Grundlage für lange Dauer geben kann.

Was Deutschland betrifft, so ist die militärische Entrechtung so gründlich durchgeführt, dass es aus der Reihe der Grossstaaten ausscheidet und ausser Stande gesetzt ist, sein Schicksal weiter selbst zu bestimmen. Doch liegen in der Welt- und Interessengestaltung durch die alliierten und assoziierten Mächte so viele interne Konfliktspunkte heute schon vor, dass neue Kriege zwischen den bisher verbündeten Mächten mehr als wahrscheinlich sind. Diese neuen Kriege werden das endgültige Schicksal eines, wenn auch bei diesen Kriegen nur „zuschauenden" Deutschlands bestimmen.

---

36. Abschnitt.

Die Beschränkung des deutschen Handels und der Handelsflotte. Verlust der Kolonien.

Von Dr. **Stubmann**, Hamburg.

Wenn es nicht schon die Abschnitte des Versailler Vertrages, die hier zur Besprechung stehen, beweisen würden, dass die Hauptabsicht dieses Vertrages in der Vernichtung eines selbständigen äusseren Wirtschaftslebens Deutschlands und dessen späterer Niederhaltung liegt, dann könnte in den bis Ende 1919 zwischen Berlin und Paris gepflogenen Verhandlungen über die Kompensation für Scapa Flow die offene Bestätigung für diese Auffassung gefunden werden. Die Unterbindung aller deutschen Wirtschaftskraft ist Zweck jeder wirtschaftlichen Bestimmung des Vertrages von Versailles. Schon die territorialen Bestimmungen beschränken unsere ökonomische Leistungsfähigkeit empfindlich. Zu ihnen treten die raffinierten Bestimmungen des „Wiedergutmachungs"-Kapitels, die der deutschen Wirtschaft und dem Staatshaushalt des Reiches finanzielle und formelle Fesseln auferlegen, deren Wirkung heute noch gar nicht abzuschätzen ist.

Das deutsche Wirtschaftsleben ist fortan der Aufsicht und den Massnahmen der in Artikel 233 genannten „Commission des réparations" gemäss Art. 240 des Fr.-V. unterworfen. Dieser Artikel gibt, wenn ein missgünstiger Ausleger so will, jede Befugnis und ermöglicht j e d e irgendwie geartete Beschränkung, besonders dann, wenn es sich nach Meinung dieser Kommission um den Fall handelt, dass Deutschland mit der Erfüllung irgend einer Verpflichtung im Rückstand bleibt (Anlage I hinter Art. 244, § 17). Beachtlich ist, dass Art. 240, 3. Satz die deutsche Regierung verpflichtet, der Kommission jede benötigte Auskunft über die finanzielle Lage und die Finanzmassnahmen, sowie über das Vermögen, die Produktionsfähigkeit, die Vorräte und die laufende Produktion von Rohstoffen und Fabrikaten Deutschlands u n d s e i n e r A n g e h ö r i g e n (!) zu geben. Gegen diese Bestimmung gibt es nur den Trost, dass ihre volle, nicht nur gelegentliche Ausnutzung einen so ungeheuren bürokratischen Apparat verlangen würde, dass die Auskunft meist schon überholt ist, wenn sie an „zuständiger Stelle" verwertet werden soll. Der Umfang der Beschränkungen des Wirtschaftslebens, der sich aus ihr ergibt, ist aber, wie gesagt, auch nicht entfernt abzuschätzen.

Eine masslose weitere Einschränkung der deutschen Wirtschaftskraft und des deutschen Aussenhandels bedeutet der Inhalt des Art. 297 b und c, der den feindlichen Ländern das Recht gibt, alles auf ihrem Gebiet befindliche Privateigentum deutscher Staatsangehöriger zu liquidieren und nach eigenem Ermessen zu entschädigen, sowie hieraus die Entschädigung der durch Deutschlands Liquidationen betroffenen feindlichen Staatsangehörigen zu decken (297 e). Es ist klar, dass damit dem deutschen Aussenhandel der grösste Teil der privaten Kreditgrundlage, die er im Augenblick des Waffenstillstands noch besass, entzogen ist. Dass — entgegen allen früheren, feierlich

beschlossenen völkerrechtlichen Abmachungen — das deutsche Privateigentum nicht nur während des Krieges, sondern auch nach dem Waffenstillstand und dem Eintritt des Friedenszustandes vogelfrei ist, darf man als Sinn dieses neuen eigenartigen „Rechts" bezeichnen. Um diesen Eindruck noch zu verstärken, entzieht der „Anhang" hinter Art. 298 den deutschen Staatsangehörigen noch das Recht der „Anfechtung" und der „Klage", ermöglicht die „Belastung" (§ 4) des deutschen Eigentums mit allen möglichen Schadensersatzansprüchen aus dem Friedensvertrag, so dass auch hier höchste Willkür für ein „Nichts" auf deutscher Seite Sorge zu tragen in der Lage ist. — Und das alles von „Rechts" wegen! Diese Massnahmen scheinen übrigens nicht von allen alliierten Staaten so betrachtet zu werden, dass nach einmaliger Aufrechnung dem deutschen Staatsangehörigen wieder pari passu eine Teilnahme am Handelsverkehr ermöglicht werden soll. Denn Art. 287 distanziert in Frankreich, Portugal und Rumänien auch weiterhin den deutschen Kaufmann dadurch, dass diese Staaten das Haager Abkommen vom 17. Juli 1905 betreffend den Zivilprozess nicht anwenden wollen, so dass der deutsche Kaufmann prozessual häufiger sehr unangenehmen Zwischenfällen gegenüberstehen dürfte. Im übrigen nimmt das Kapitel 5 (Art. 280 ff) Deutschland nahezu jede Möglichkeit, selbständig über internationale Abmachungen mit anderen Staaten zu verhandeln.

Den Charakter der Hörigkeit trägt auch das Kapitel 1 des X. Teils des Friedensvertrages, das sich mit den Zollangelegenheiten Deutschlands befasst. Man stellt so gern den „annexionistischen" Friedensvertrag von Brest-Litowsk als innere Ursache des Versailler Vertrages hin. Während aber jener Russland sofort in den Genuss des alten deutsch-russischen Handelsvertrages setzte, bedeutet der Versailler Vertrag fast ein Verbot einer autonomen Handelspolitik des deutschen Reiches. Art. 264—267 dekretiert die unbeschränkte Meistbegünstigung für alle Waren aller verbündeten Mächte. Daneben sind noch besondere Bestimmungen vorgesehen für Elsass-Lothringen, Luxemburg und Polen und für das besetzte Gebiet (Art. 270); letzteres ist zollrechtlich den Gegnern völlig ausgeliefert. Das einseitige Meistbegünstigungsrecht der Alliierten und Assoziierten — man bedenke, dass zu ihnen auch Cuba, Haiti, Liberia und Hedschas gehören — verliert allerdings nach fünf Jahren vielleicht (gemäss Art. 280) seine Geltung, aber nur, wenn der Rat des Völkerbunds 12 Monate vor Ablauf nicht beschliesst, es weiter aufrechtzuerhalten. Nach Art. 4 des Friedensvertrages gehört Deutschland nicht zu diesem „Rat"!

Noch schärfer sind die Bedingungen, die Deutschland auf sich nehmen muss für die Zeit, die unmittelbar auf den Friedensschluss folgt. Nach Art. 269 muss Deutschland 6 Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages den alliierten und assoziierten Staaten den alten Zolltarif, der am 31. Juli 1914 in Kraft war, gewähren, darf jedenfalls keine höheren Zollsätze als die des damaligen Vertragstarifes gegen Waren unserer bisherigen Feinde anwenden. Nach Ablauf dieser Halbjahrsfrist bleibt die deutsche Zollpolitik gebunden auf weitere 2½ Jahre an die früheren Vertragszölle für die Erzeugnisse des Acker-, Garten- und Wiesenbaus, sowie für alle Arten Weine, Pflanzen-Öle, Kunstseide, gewaschene und entfettete Wolle. Die Tragweite dieser Bestimmungen wird vermutlich erst später in die Erscheinung treten, da zurzeit der Abfassung dieser Zeilen und noch auf Monate hinaus einem schrankenlosen Absatz solcher Waren in das deutsche Wirtschaftsgebiet ein viel wirksameres Hindernis, als es je ein Einfuhrzoll sein könnte, in der ungünstigen Währungslage der deutschen Mark entgegensteht.

Diese Beschränkungen der offiziellen deutschen Handelspolitik bedeuten selbstverständlich eine ganz ausserordentliche Begrenzung der Absatzmöglichkeiten deutscher Waren im Auslande und damit natürlich auch der Förderung unseres Einfuhrhandels. Da von letzterem aber z. T. unsere Industrie und deren Leistungsfähigkeit abhängig ist, so ergibt sich als Ziel jener Vertragsbestimmungen auch in diesem Zusammenhang: Fesselung unserer Wirtschaftskraft und Verstrickung in eine zunehmende Verschuldung an unsere Gegner. Man kann in diesem Gedankenkreis allerdings unsere traurigen Valuta-Verhältnisse nicht nur als äusseres Ergebnis der feindlichen Wirtschaftspolitik, sondern geradezu als Schutzgift gegen die raffiniert erdachten, gefährlichen Wirkungen jener handelspolitischen Bestimmungen des Friedensvertrages betrachten. Das eine Ziel aber erreichen die letzteren auf jeden Fall: Während der deutsche Wirtschaftskörper gefesselt am Boden

liegt und auf geringste Rationen gesetzt ist, vermag das Weltsyndikat unserer Feinde die Quoten des Welthandels untereinander in Ruhe zu verteilen.

Alle diese Bestimmungen werden wirkungsvoll umrahmt durch Vorschriften, die dem deutschen Kaufmann und Industriellen auch daheim Beschränkungen auferlegen. Ein besonderes Kapitel ist dem „Unlauteren Wettbewerb" — von deutscher Seite — gewidmet. Art. 274 verpflichtet Deutschland, alle Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Rohstoffe und Fabrikate der alliierten und assoziierten Staaten gegen j e d e Form unlauteren Wettbewerbs zu erlassen! Eine jener Vorschriften, die offenbar nichts mehr von deutscher Souveränität wissen! Das deutsche Reich hat (Art. 274) den gesamten Verkehr zu verbieten und durch Beschlagnahme unmöglich zu machen in s o l c h e n Waren, die „in sich (!) oder in ihrer Aufmachung oder Verpackung irgendwelche Marken, Namen, Aufschriften oder sonstige Zeichen tragen, die mittelbar (!) oder unmittelbar falsche Angaben über die Herkunft, die Art, Natur oder besondere Eigenschaft dieser Erzeugnisse b e d e u t e n." Offenbar hat man die Absicht, mit solchen dehnbaren Vorschriften den in Deutschland weit spezialisierten Handel in Markenartikeln mit Denunziationen in Misskredit zu bringen und zu schädigen.

In noch deutlicherer Weise ist der Komplex deutscher Rechte nach Art der Patente, des literarischen und künstlerischen Eigentums im Friedensvertrag zum Nachteil der deutschen Staatsangehörigen geordnet (Art. 306). Während in der Einleitung dieses Artikels scheinbar allgemein diese Rechte wieder in Kraft gesetzt werden, wie dies auch Art. 286 zuvor ausgesprochen hat, enthält Art. 306 weiterhin eine weitgehende Beschränkung der deutschen „Rechte". Zunächst werden alle Kriegsmassnahmen der alliierten und assoziierten Mächte gegen deutsche Patente usw. für gültig und vollwirksam erklärt, so dass alle Nachahmungen, Patentdiebstähle und jede Entziehung deutschen geistigen Eigentums während des Krieges hierdurch ausdrücklich legalisiert werden. Zudem wird jeder Ersatzanspruch und jedes Klagerecht deutscher Reichsangehöriger ausgeschlossen. Der Wiederaufbau des deutschen Handels in solchen hochwertigen Waren wird somit den grössten Schwierigkeiten begegnen. Art. 306 Abs. 5 dehnt die den alliierten und assoziierten Mächten gegebene Machtbefugnis, mit dem deutschen gewerblichen Eigentum nach Belieben zu verfahren, auch auf die künftigen Eigentumsrechte Deutscher aus. Denn j e d e dieser Mächte behält sich das Recht vor, auf die erwähnten Rechte (mit A u s n a h m e der Fabrik- und Schutzmarken), auch soweit sie späterhin durch deutsche Staatsangehörige erworben werden sollten, diejenigen Beschränkungen usw. anzuwenden, „die als notwendig erachtet werden könnten für die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung, oder im öffentlichen Interesse liegend oder zur Sicherung einer gerechten Behandlung der auf deutschem Staatsgebiet durch ihre Staatsangehörigen innegehabten Rechte gewerblichen . . . Besitzes oder z u r V e r f ü g u n g d e r v o l l s t ä n d i g e n E r f ü l l u n g a l l e r v o n D e u t s c h l a n d a u f G r u n d d i e s e s V e r t r a g e s e i n g e g a n g e n e n V e r p f l i c h t u n g e n." Es haftet also alles zukünftig entstehende deutsche Eigentum an Patenten usw. in den bisher feindlichen Ländern für die restlose Erfüllung des gesamten Friedensvertrages; abermals eine Bestimmung von jener masslosen und unsinnigen Totalität, dass man angesichts der glatten Unerfüllbarkeit einer Anzahl der uns aufgezwungenen Zusagen nur immer wieder über die Meinung staunen kann, dass es sich hier um einen wirklichen F r i e d e n s vertrag handelt.

Endlich muss man noch einer Bestimmung des Friedensvertrags gedenken, die, ebenfalls wieder ohne Gegenseitigkeit, Deutschland auferlegt ist und die eine sehr erhebliche Erleichterung des Wettbewerbs fremder Waren auf dem deutschen Binnenmarkt gewährleisten soll. Es handelt sich um Art. 365, in dem für den Transitverkehr und die Einfuhr fremder Waren auf den deutschen Eisenbahnen den aus den Gebieten der alliierten und assoziierten Mächte kommenden Gütern die jeweils billigste Tarifierung der betreffenden Tarifposition zugestanden wird. Das gleiche soll auf Verlangen jeder der Mächte auch für die Ausfuhr, die für sie bestimmt ist, gelten. Damit ist auch die deutsche Eisenbahn-Tarifpolitik völlig der Willkür unserer bisherigen Gegner ausgeliefert. Nicht einmal eine Förderung bestimmter Plätze oder Unternehmungen, Industriebezirke usw. durch besonders günstige Tarife ist möglich, ohne dass die Entente einzeln oder gemeinsam denselben billigen Tarifsatz auf irgend einer deutschen Strecke für sich verlangen könnte.

Auch die völlige Gleichberechtigung gegnerischer Staatsangehöriger und Waren auf deutschen Wasserstrassen und in den Häfen nach den Art. 321 ff. mit deutschen Staatsangehörigen (ohne das gegenseitige Zugeständnis für unsere Schiffe und Waren in den feindlichen Staaten) wird zu einer praktischen Benachteiligung deutscher Wirtschaftsmöglichkeiten führen.

Handel und Verkehr auf den deutschen Wasserstrassen gehen einer unübersehbaren Zukunft entgegen. Denn die Internationalisierung von Elbe, Oder, Memel und der Donau (von Ulm ab) bedeutet die Aufrichtung einer Fremdherrschaft auf diesen Flüssen und den an sie anschliessenden gleichzeitig schiffbaren Wasserstrassen. Die „Verwaltungsreform" für diese Flüsse wird gemäss Art. 338 vom Völkerbund genehmigt; die internationalen Kommissionen, in denen Deutschland i m m e r in der Minderheit ist, bestimmen den Umfang ihrer Befugnisse — gemäss Art. 344 — selbst! Wie sehr es dem Friedensvertrag darauf ankommt, das gegendeutsche Interesse im weitesten Umfange hier zu stabilisieren, ergibt sich allein aus der Tatsache, dass in der internationalen Kommission für die Elbe je ein Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens, die sämtlich keine direkten Beziehungen zur Elbe haben, und in jener für die Oder gleichfalls England und Frankreich vertreten sind. Die alte Zentralkommission für die Rheinschiffahrt wird neben 4 deutschen Vertretern 4 französische, (aus denen der Vorsitzende zu entnehmen ist!), 2 Vertreter Englands, 2 Vertreter Italiens und je 2 Vertreter Belgiens, Hollands und der Schweiz umfassen. Die Zeit, dass die Berichte über einen deutschen Strom in französischer Sprache erscheinen, ist also wahrscheinlich wieder da. Unter diesen Umständen wird auch für die deutsche Binnenschiffahrt und allen Handel, der auf sie angewiesen ist, nur mit einer Zukunft mit allerhand Beschränkungen und Störungen, die einer Aufwärtsentwicklung in unserem Sinne entgegenwirken, gerechnet werden müssen.

Das Bedenklichste an diesen Feststellungen scheint mir zu sein, dass das Mass der künftigen Beschränkung noch völlig unbestimmt und in das Belieben von Faktoren gestellt ist, deren Auswirkung heute noch nicht abzuschätzen ist. In einem Punkt trifft das letztere freilich nicht zu, soweit nämlich die nach Inkrafttreten des Friedensvertrages vorgeschriebenen Ablieferungen in Betracht kommen. Auch sie wird man füglich als sehr erhebliche Beschränkungen der Wirtschaftskraft und der Handelsmöglichkeiten Deutschlands bezeichnen müssen. Es verlohnt sich daher, eine Übersicht zu geben über die Dinge, die Deutschland nach dem Friedensvertrag zu liefern hat:

		L i e f e r u n g s z e i t :
500	Hengste	an Frankreich innerhalb dreier Monate nach Friedensschluss
30 000	Fohlen und Stuten	
2 000	Stiere	
90 000	Milchkühe	
1 000	Widder	
100 000	Schafe	
10 000	Ziegen	
200	Hengste	an Belgien innerhalb dreier Monate nach Friedensschluss
5 000	Stuten	
5 000	Füllen	
2 000	Stiere	
50 000	Milchkühe	
40 000	junge Rinder	
200	Widder	
20 000	Schafe	
15 000	Mutterschweine	

70 000 000 t Kohlen an Frankreich im Laufe von 10 Jahren,

ausserdem:

bis zu 20 Mill. t Kohlen an Frankreich jährlich im 1.—5. Friedensjahr,
bis zu 8 Mill. t Kohlen an Frankreich jährlich im 6.—15. Friedensjahr,
80 Mill. t Kohlen an Belgien im Laufe von 10 Jahren,

bis zu 77 Mill. t Kohlen an Italien im Laufe von 10 Jahren,

35 000 t Benzol 50 000 t Kohlenteer 30 000 t schwefelsaures Ammoniak	an Frankreich im Laufe von 3 Jahren,
50 % der am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages in Deutschland befindlichen Farbstoffe und chemisch-pharmazeutischen Produkte	innerhalb 60 Tagen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages.
25 % der normalen (oder höheren tatsächlichen) Produktion derselben Stoffe	5 Jahre lang nach diesen 60 Tagen, von Halbjahr zu Halbjahr zu fordern.

Während bei den landwirtschaftlichen Waren noch der Wiedergutmachungsgedanke, wenn auch zahlenmässig stark übersetzt, noch im Vordergrund steht, geht er bei den Kohlenlieferungen, namentlich soweit Italien in Betracht kommt, schon in den blossen Tributgedanken über. Denn Bergwerke hat Deutschland in Italien nicht zerstört. Völlig über Bord geworfen ist der Gedanke aber bei den Farbstoffen und Chemikalien. Hier ist von Wiedergutmachung nicht mehr die Rede; denn Deutschland besass auf diesem Gebiet ein Qualitätsmonopol, dessen Beseitigung offensichtlich kommerzielles Ziel des Friedensvertrages ist; denn die dauernde Lieferung von 25 % dieser hochwertigen deutschen Waren auf mehr als 5 Jahre kann nur den Sinn haben, dass jenes vor dem Kriege vorhandene deutsche Monopol gebrochen und ein Absatz dieser Waren durch Entente-Kaufleute in der Welt gesichert werden soll. Offenbar hofft man in dieser Zeit, in der man im Handel mühelos Konkurrent werden kann, durch sorgfältige Ermittlung des Herstellungsverfahrens bei den im besetzten Gebiet (Ludwigshafen, Frankfurt-Umgebung usw.) liegenden Fabriken auch fabrikatorisch auf eigene Füsse zu kommen unter Ausnutzung der auf Grundlage der ablieferungspflichtigen Mengen aufzubauenden Handelsorganisation.

Bei der obigen Warenliste haben wir als unbestimmbar diejenigen Warenmengen ausser Betracht gelassen, die als Bestandteile des reinen Wiederaufbaus in Anlage IV hinter Art. 244 gefordert werden (Tiere, Maschinen, Fabrikeinrichtungen, Drehbänke, Steine, Ziegel, Bauholz, Kalk, Mobilar usw.) Die Lieferung all dieser Waren bedeutet nichts anderes als einen ungeheuren Zwangsexport ohne die Gegenleistung in ausländischer Valuta, die sonst bei normalem Export den Aussenhandel in eine normale Bilanz bringt. Wie unter solchen Umständen eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse und ein reibungsloses Wiederinbetrieb-Bringen Deutschlands, das seinerseits wieder die Voraussetzung für normale Produktionsleistungen ist, erreicht werden kann, ist an sich schon ein Problem.

Zu der Ablieferung der Waren gesellt sich die Ablieferung eines erheblichen Teils des Schiffsmaterials. Auch hier ist die Unbestimmtheit, soweit die Binnenschiffahrt in Betracht kommt, die Regel. Nach Art. 339 hat Deutschland 3 Monate nach der ihm darüber gewordenen Mitteilung (nach Abzug des Ersatzes für Wiedergutmachung!) einen Teil der Schlepper und Kähne und (Satz 2) „das Material aller Art" abzugeben, dessen „die alliierten und assoziierten beteiligten Mächte für die Ausbeutung dieser Flusssysteme bedürfen." Diese Bestimmung bezieht sich auf Elbe, Oder, Memel und Donau. Wer die „beteiligten" Mächte sind, ist nicht klargestellt; sollten es die an der Verwaltung, also an den internationalen Kommissionen teilnehmenden Mächte sein, so käme z. B. auf der Elbe eine Auslieferung in englische, italienische, französische und belgische Hände in Frage, — eine durch nichts begründete Ausplünderung. Eine ähnlich unbestimmt formulierte Auslieferung von Material ist in Art. 357 für den Rhein, hier aber nur an Frankreich allein, vorgesehen.

Im Gegensatz zu diesen Unbestimmtheiten ist der Völkerbund unserer Feinde einen sehr deutlich gezeichneten Weg gegangen bei den die deutsche Seeschiffahrt betreffenden Forderungen. Sie stehen unter dem grossen moralischen Panier der Wiedergutmachung des unbeschränkten U-Bootkrieges (vergl. Anlage III hinter Art. 244), und zwar wird hier die Generalklausel des gesamten Wiedergutmachungskapitels, dass Deutschland nicht imstande sei, den von ihm verursachten Schaden wieder gutzumachen, ausdrücklich wiederholt. Von der deutschen Handelsflotte sind auszuliefern:

1. Sämtliche Handelsschiffe über 1600 Br.-Reg.-To.,
2. 50 % (nach Tonnengehalt) der Schiffe zwischen 1000 und 1600 Br.-Reg.-To.

Verstanden sind hier alle Schiffe und Seefahrzeuge, welche die deutsche Handelsflagge führen, und solche, die — ohne die deutsche Handelsflagge zu führen — in deutschem Eigentum oder unter deutscher Aufsicht stehen. Es sind damit auch solche Schiffe auszuliefern, die in überseeischer Küstenschiffahrt infolge der Landesgesetzgebung unter fremder Flagge, wenn auch von deutschen Reedereien finanziert, fuhren.

Nach vorläufigen Feststellungen sind nach diesen Bestimmungen voraussichtlich auszuliefern:

904 Schiffe mit einem Raumgehalt über 1600 Br.-Reg.-To. mit insgesamt 4 194 070 Br.-Reg.-To.

70 Schiffe mit einem Raumgehalt zwischen 1000 und 1600 Br.-R.-To. mit insgesamt 113 600 Br.-R.-To.

Demgemäss verbleiben in der deutschen Handelsflotte an Schiffen von je 100 Br.-Reg.-To. und mehr

1 215 kleine Schiffe mit zusammen 434 692 Br.-Reg.-To.,

also 8 % des Raumgehaltes vor Kriegsausbruch. Ein noch schärferes Bild für die Grösse des der überseeischen Schiffahrt Deutschlands zugefügten Streiches ergibt die Tatsache, dass der in Hamburg und Bremen beheimatete Schiffsraum nach Friedensschluss um 96,6 % geringer sein wird als vor dem Kriege. Die gesamte transatlantische Seegeltung des deutschen Volkes ist damit vernichtet.

Damit aber nicht genug! Der Friedensvertrag sieht auch die Unterdrückung einer Neuentwicklung der früheren Schiffahrtskraft für die nächsten Jahre vor. Denn er verlangt auch die Auslieferung aller im Gange befindlichen Schiffsneubauten in dem oben gezogenen Rahmen (sämtliche von mehr als 1600 Br.-Reg.-To. und die Hälfte (dem Raum nach) der Bauten von 1000 bis 1600 Br.-Reg.-To.), und zwar nicht nur die in Deutschland, sondern auch die in neutralen Ländern für deutsche Rechnung in Bau befindlichen. Also auch bezüglich des Wiederaufbaus soll die deutsche Reederei völlig von vorn anfangen. Wie gross die Menge dieses im Bau befindlichen Schiffsraums ist, lässt sich nicht abschätzen.

Die Folge dieser Bestimmungen wird sein, dass die deutsche Volkswirtschaft bald nach Friedensschluss bei wieder auflebendem Aussenhandel ungeheure Frachtsummen in fremder Währung an das Ausland bezahlen muss, dass weiterhin England in der Lage ist, die grossen Dampfer von Hamburg und Bremen fernzuhalten und praktisch das alte längst überwundene Stapelrecht der englischen Häfen wieder aufzurichten, was eine weitere Verteuerung aller einzuführenden Rohstoffe für Deutschland bedeutet. Ob dieses raffiniert ausgeklügelte Programm der „Ausbeutung“ zur vollen Wirkung gelangen wird, dürfte in sehr erheblichem Masse davon abhängen, ob sich die Vereinigten Staaten von Amerika auch nach dem Frieden noch von dem Entente-Propaganda-Nebel einhüllen lassen und sich kommerziell diesem „Krieg nach dem Kriege“, geführt von England und Frankreich, anpassen werden. Geschieht das auch nur teilweise, so gehen die deutschen Häfen einer bösen Zeit entgegen; die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands — eine wirtschaftliche „deutsche Gefahr“ ist ohnehin nicht mehr vorhanden — ist dann auf Jahrzehnte in Frage gestellt. Erhält sich Amerika kommerziell seine Selbständigkeit, dann kann wenigstens der direkte Überseeverkehr mit Deutschland wieder eine gewisse Hoffnung hegen. Die schwere Tributpflicht in fremder Währung in Gestalt von vermutlich sehr hohen Frachten in der ersten Zeit nach Friedensschluss bleibt aber dennoch bestehen.

Dass Deutschland auf alle Rechte auf hinterlegte Summen und Ansprüche, die ihm oder seinen Angehörigen nach dem Völkerrecht zustehen, auf alle Einsprüche gegen Beschlagnahmen, noch nicht zu Ende geführten Prisengerichtsurteile usw. verzichtet, ist selbstverständlich gleichfalls im Friedensvertrag verzeichnet (Anl. III §§ 8 und 9 und Art. 440), so dass alles, was Deutschland etwa noch für seinen Wiederaufbau an fremden Devisen aus eigner Kraft und früherem Besitz hätte beschaffen können, restlos verfällt — das letzte Glied in der Kette des Liquidations-Diktates für deutsches Eigentum, das ich oben besprach.

Das letztere findet sich selbstverständlich auch für unser Privateigentum in den bislang deutschen Kolonien (Art. 121). Gemäss dem nachfolgenden Artikel (122) k a n n die neue Regierung jeder Kolonie „die ihr notwendig scheinenden Verfügungen treffen hinsichtlich der Heimschaffung der dort befindlichen deutschen Staatsangehörigen und der Bedingungen, unter denen die deutschen Staatsangehörigen . . . e u r o p ä i s c h e r (!) Abkunft dort sich niederlassen, Eigentum erwerben, Handel treiben oder ein Gewerbe ausüben dürfen oder nicht." Alle Rechte Deutschlands in seinen bisherigen Kolonien, in China, Siam, dem Kongostaat, Liberia fallen, bis hinab auf die deutschen Schulen, an die alliierten und assoziierten Mächte, meist England und Frankreich. Die letzte Ecke deutschen Einflusses in der Welt wird ausgekehrt. Es kann nicht Zweck dieses Abschnittes sein, die Einzelheiten aufzuzählen.

Andererseits wird auch bei der Wegnahme der Kolonien, für die ein Ersatz innerhalb der „Réparation" nicht wohl geltend gemacht werden konnte, das Mäntelchen der Gerechtigkeit insofern zur Schau getragen, als eine „Annexion" nirgends im Friedensvertrag ausgesprochen wird. Vielmehr sagt Art. 22 (Kapitel über den Völkerbund), dass „die Kolonien und Gebiete, die infolge des Krieges (?, Friedens!) aufgehört haben, unter der Souveränität der Staaten zu stehen, die sie vorher beherrschten, und die von Völkern bewohnt sind, die noch nicht imstande sind, sich unter den besonders schwierigen Verhältnissen der modernen Welt selbst zu leiten", nach Grundsätzen, die näher dargelegt sind, verwaltet werden. In Erfüllung einer „heiligen Aufgabe der Zivilisation" soll der Völkerbund „fortgeschrittenen Nationen" die Vormundschaft („— la Autelle" — „the tutelage" —) übertragen. Der Rat des Völkerbundes bestimmt die näheren Formen des Regimes. Das Wort „Ausbeutung" („l'utilisation"), das für die deutschen Stromgebiete Anwendung gefunden hat, wird hier schamhaft vermieden.

So ergibt schon diese gedrängte und knappe Übersicht, dass die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, die sich gegen den bisherigen Anteil Deutschlands am Weltwirtschaftsleben richten, eine ungeheure Summe von ausgeklügelten, peinigenden und aussaugenden Massnahmen sind, die bedenkenlos alles beiseite schieben, was einst Völkerrecht und Privateigentum hiess. Dieser Bolschewismus auf dem Gebiete des internationalen Rechts kann und wird nicht eine neue Weltordnung begründen, weil es sinnlos ist, ein Volk von 65 Millionen im Herzen des Kulturzentrums Europa mit künstlichen und gewaltsamen Mitteln von einer der deutschen Technik und industriell-wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden normalen Anteilnahme am weltwirtschaftlichen Umgang und Güterverkehr fernzuhalten. Wie die kriegswirtschaftlichen Zwangsmassnahmen in dem blockierten Deutschland zu Entartungen, die das Gegenteil von Moral erwirkten, führen mussten, so wird der bis an die Grenze des Möglichen gehäufte wirtschaftliche Zwang dieses sogenannten „Friedensvertrages" zu Entartungen auch bei den Erfindern dieses „Systems" führen, — Entartungen, deren Folge, ebenso wie in jenem anderen Falle, der endliche Zusammenbruch dieses Komplexes weltwirtschaftlich-widernatürlicher Gewaltakte mit Naturnotwendigkeit sein muss.

---

37. Abschnitt.

Polen.

Von Dr. **Erich Zechlin**
im Auswärtigen Amt, Berlin.

I. Kein Volk hat wohl den Weltkrieg so aus ganzer Seele herbeigesehnt wie die Polen. Ihr grösster Dichter, Adam Mickiewicz, hat in seine „Litanei der Pilgerschaft" (1832) das Gebet aufgenommen: „Um den Weltkrieg für die Freiheit der Völker bitten wir Dich, o Herr" (O wojne powszechna za wolność ludów Prosimy cie Panie), und man darf wohl sagen, dass dies Gebet das polnische Volk seitdem begleitet hat und dass sich namentlich seit 1863 in diesem Satze alle polnischen Hoffnungen ausdrückten. Ganz ähnlich hatte ja auch Bismarck es wiederholt ausgesprochen, dass die polnischen Aspirationen nur durch eine europäische Konflagration und einen unglücklichen Krieg Deutschlands Verwirklichung finden könnten. „Wenn das Deutsche Reich zertrümmert", sagte er ahnungsvoll im Reichstage am 16. März 1885, „wenn Preussen zerschlagen und niedergeworfen ist, ja dann kommt es nur darauf an durch wen; das heisst, ob unsere polnischen Provinzen einem anderen Reiche einverleibt werden oder ob der Sieger ein solcher ist, der seinerseits ein Interesse an der Herstellung des Königreichs Polen hat; im letzteren Falle wird er es ganz sicher herstellen, Sie, (die Polen) mögen in der Zwischenzeit sich gegen die jetzige Regierung freundlich benommen und Ihren Landsleuten und Ihrem engen provinziellen Gemeinwesen das Wohlwollen der jetzigen Regierung erworben haben oder nicht. Das wird sich dabei ganz gleich bleiben, und die Resurrektion des polnischen Gedankens wird dann ohne Ihr Zutun vom Auslande selbst gemacht werden; denn es gibt ausländische Bestrebungen, denen eine Zerreissung der preussischen Monarchie, denen die Herstellung eines feindlichen Elements in der Weichselgegend bis an die Oder heran Deutschland gegenüber von Nutzen erscheinen kann."[1])

Damit ist auch die Situation, die 1918 entstand, richtig gekennzeichnet; für die Erfüllung der polnischen Hoffnungen und für das grosse Unglück, das über Deutschlands Osten hereinbrach, war die Haltung der Polen nicht entscheidend. Das preussische Polentum hatte sich allerdings nicht bemüht, „das Wohlwollen" der preussischen Regierung zu erwerben; mit allen Fasern hat seit 1815 zunächst nur der Adel und die Geistlichkeit, seit den sechziger Jahren aber in zunehmendem Masse auch der polnische Bauer aus dem preussischen Staate herausgedrängt; man weiss, dass heftige Kämpfe die Folgen dieser Bestrebungen gewesen sind. Und das polnische Volk im ganzen hat mit bewunderungswürdiger Zähigkeit den Gedanken an seinen nationalen Staat in dem Jahrhundert von 1815 bis 1914 festgehalten oder richtiger, ihn in dieser Zeit erst eigentlich in sich aufgenommen. Man hat dieses Ziel auf verschiedenen Wegen zu erreichen versucht; aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ist der Unabhängigkeitsgedanke, namentlich in der letzten Zeit vor dem Kriege, hier und dort zurückgetreten; aber aufgegeben wurde er nie, die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit schwebte immer jedem Polen als letztes Ideal vor. Damit war für die Politik der Entente-Mächte die Situation gegeben. Darüber hinaus hat bei der Lösung der polnischen Frage, wie sie der Friede von Versailles vornahm, die Haltung der Polen kaum eine Rolle gespielt; die Polen hatten ja einmal während des Krieges durchaus nicht einheitlich auf Seiten der Entente gestanden, und ferner wurden sie in Paris wohl angehört, aber eine entscheidende Stimme stand ihnen weder bei den Territorialfragen noch bei den sonstigen wichtigeren Bestimmungen des Friedensvertrages über Polen zu.

Massgebend für die Wiederherstellung Polens waren jene „ausländischen Bestrebungen", von denen Bismarck 1885 sprach. Die alliierten und assoziierten Mächte haben in ihrer Antwort auf die Gegenvorschläge der deutschen Friedensdelegation als ihr Motiv angegeben (16. Juni 1919),

---

[1]) Reden XI, Seite 130.

dass sie das Verbrechen wieder gutmachen wollten, welches der polnischen Nation durch die Teilungen zugefügt sei. „Diese Beraubung (der Unabhängigkeit) ist eine der grössten Ungerechtigkeiten gewesen, die die Geschichte verzeichnet hat, ein Verbrechen, das durch die von ihm hinterlassenen Erinnerungen und Folgen für lange Zeit das politische Leben eines grossen Teiles des europäischen Kontinents vergiftet hat.“ Nun wird sich über die Teilung Polens wohl nie eine einheitliche Auffassung herstellen lassen; es ist hier auch nicht der Ort darauf des näheren einzugehen. Aber selbst polnische Historiker haben zugegeben, dass die Hauptschuld doch das polnische Volk selbst trägt; „nicht die Grenzen und nicht die Nachbarn, sondern die innere Anarchie brachte uns den Verlust unseres politischen Daseins“, sagt zum Beispiel Michael Bobrzynski im Schlusskapitel seiner polnischen Geschichte, in dem er das Fazit aus seiner historischen Darstellung zieht.[2])

In der Tat kann eine historische Betrachtung das kaum verkennen. Das alte Polen war ein Staatsgebilde, dessen Verfassung an Anarchie und Rückständigkeit fast noch das hl. römische Reich deutscher Nation übertraf; die lebenskräftigen Einzelstaaten, die in Deutschland mehr und mehr Träger der Entwicklung wurden, fehlten in Polen völlig. Konsequent hatte sich seit dem vierzehnten Jahrhundert das Übergewicht des Adels ausgebildet, das allmählich zur Alleinherrschaft dieses Standes wurde. Dabei verlor der polnische Adel sehr bald den Sinn für grosse staatliche Ziele; er ging völlig unter in Fraktionswirtschaft und der Wahrnehmung seiner kleinen und egoistischen Interessen; der Staat und die übrigen Gesellschaftsschichten wurden aufs rücksichtsloseste von ihm ausgebeutet. Jeder einzelne Adelige war deshalb an der Aufrechterhaltung dieses Zustandes persönlich interessiert; niemand wollte ein Titelchen von seinen Rechten zugunsten der Allgemeinheit opfern. Das war der Grund der vielberufenen „goldenen Freiheit“ des polnischen Adels und ihrer Auswüchse wie des liberum veto und dergl. Bürger und Bauern haben unter dieser Adelsherrschaft furchtbar gelitten. Der Bauer wurde tatsächlich — dem Gutsherrn stand z. B. das Recht zu, die Todesstrafe über seine Hintersassen zu verhängen — zum Sklaven heruntergedrückt; zahlreiche zeitgenössische Schilderungen aus dem achtzehnten Jahrhundert stimmen dahin überein, dass ungefähr Zweidrittel des polnischen Volkes wie das Vieh dahin lebten; fast die Hälfte des Volkes stand rechtlich kaum auf einer anderen Stufe als der des Sklaven. Der Bürgerstand, der im frühen Mittelalter durch eine grosse deutsche Einwanderung entstanden war, wurde teils aus wirtschaftlichen Gründen, da der Adel den Getreidehandel selbst in der Hand behalten wollte, teils aus nationalen Gründen wieder vernichtet; polnische Schriftsteller des siebzehnten Jahrhunderts hielten Städte überhaupt für überflüssig. Gerade darin, dass der polnische Adel in den letzten zweihundert Jahren vor den Teilungen nicht nur nichts mehr für den Staat leistete, sondern auch Staat und die übrigen Gesellschaftsschichten bis zum völligen Ruin seinen egoistischen Interessen aufopferte, dass ihm mindestens bis 1764 Gedanken an einen Bauernschutz, an eine unparteiische Rechtspflege usw. weltenfern lagen, — gerade darin liegt seine ungeheure historische Schuld, die das polnische Volk mit dem langdauernden Verlust seiner staatlichen Unabhängigkeit bezahlen musste.

Ein weiteres stand mit dieser Klassenherrschaft im engsten Zusammenhang. Überall war ständisches Regiment mit Partikularismus unlöslich verbunden; die ständischen Gewalten standen stets, um sich zu behaupten, der Ausbildung einer starken Zentralgewalt entgegen und förderten oder konservierten die provinzielle Selbständigkeit. So war es auch in Polen. Das polnische Reich Boleslaus des Tapferen (992—1025) war bald in eine Reihe von Teilfürstentümern zerfallen. Diese Teilfürstentümer blieben als Landschaften mit eigenen Landtagen und besonderer Verwaltung auch bestehen, als Wladislaus Lokietek (1306) das polnische Reich wieder in einer Hand vereinigte. Und da bereits seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts die Macht des Adels mehr und mehr die des Königtums zu überwuchern begann, ist diese föderative Organisation des polnischen Staates nie überwunden worden. Im Gegenteil, sie hat sich im Laufe der Zeit noch stärker akzentuiert: denn die Abgeordneten des Reichstages erhielten ihre Instruktionen durch die Einzellandtage, im Reichstage aber waren einstimmige Beschlüsse erforderlich. Infolgedessen lag faktisch der Schwerpunkt des politischen Lebens bei den Einzellandtagen. Da es nun aber in ganz Polen etwa

[2]) Bobrzynski, Dzieje Polski w zarysie (Gesch. Polens im Abriss), Bd. II, S. 348.

70 Einzellandtage gab, so liegt auf der Hand, dass diese Verhältnisse jedes Verfassungsleben, jede Reform unmöglich machten. Das alte Polen war also verfassungsmässig nur ein Konglomerat von Einzellandschaften.

Zu dieser einseitigen Klassenherrschaft des Adels und der föderativen Staatsverfassung, die dadurch noch verstärkt wurde, dass Litauen auch nach 1569 als Staat für sich bestehen blieb und einzelne Reichsteile, wie z. B. Westpreussen, wenigstens eine gewisse Sonderstellung stets behaupteten, kamen nun drittens noch scharfe religiöse und nationale Gegensätze. Das alte Polen war alles andere als in nationaler Hinsicht ein Einheitsstaat; das polnische Volkstum erreicht nach Osten ja kaum die Grenzen des alten Kongress-Polen; auf dem weiten Raum vom Niemen, Bug und San ostwärts bis zur Ostgrenze von 1772 bildet es nur eine dünne Oberschicht. Auch nach Westen hin erreichte das Polentum ethnographisch nie die Grenzen von 1772; der Süd- und Westgürtel der späteren Provinz Posen, die Gegenden der preussischen Kreise Rawitsch, Lissa, Fraustadt, Bomst, Meseritz, Birnbaum, ferner Schwerin, Deutsch-Krone, Filehne, Czarnikau usw. sind immer überwiegend oder rein deutsch gewesen. Im Westen waren die Deutschen grösstenteils evangelisch, im Osten die Klein- und Weissrussen orthodox. Namentlich im Osten waren die russisch-orthodoxen Elemente oft Träger zentrifugaler Bestrebungen, zumal seit Russland (etwa seit 1500) auf die russischen Gebietsteile Polens Anspruch erhob. Gerade hier im Osten, wo soziale, religiöse und nationale Motive zusammenflossen, haben sich die im polnischen Staat aufgespeicherten Gegensätze zuweilen, z. B. in dem grossen Kosakenaufstande von 1648, fürchterlich entladen.

So war etwa seit dem Ende des 16. Jahrhunderts das alte Polen ein lebensunfähiger Staat; es hatte eine rückständige und entartete Verfassung, die den Staat völlig in Atome, in die Einzellandschaften, ja sogar in die einzelnen Gutsherrschaften auflöste und jede staatliche Aktion nach innen und aussen unmöglich machte; es bestand eine Klassenherrschaft von höchster Einseitigkeit, die dem Interesse des Adels die Masse des übrigen Volkes aufopferte; schliesslich war jeder Gemeinsinn durch den schrankenlosen Egoismus des Adels erstickt und eine tiefe Korruption an seine Stelle getreten. Dieser Staat befand sich nun in einer höchst exponierten geographischen Lage. Man hat mit Recht gesagt, dass die Geschichte Osteuropas ein Kampf der in der weiten Tiefebene zwischen Oder und Ural siedelnden Völker um das kleine Stück Ostseeküste von Stettin bis Reval ist. Tatsächlich ist dieser Kampf von jeder Macht aufgenommen worden, die in diesem Raume eine Rolle zu spielen suchte, von den Askaniern sowohl und ihren Nachfolgern in der Mark Brandenburg wie von den Polen und von den Russen. Polen lag zwischen den Rivalen und konnte sich nur behaupten, wenn es mit der Verfassungsentwicklung seiner Nachbarn und der europäischen Kontinentalstaaten überhaupt Schritt hielt. Das tat es nicht; während sonst in den kontinentalen Grossmächten Europas allmählich die Macht der Zentralgewalt, der Monarchie, wuchs, blieb Polen nicht nur in seiner mittelalterlichen Ständeverfassung stecken, sie entartete, wie gesagt, auch immer mehr. Polnische Patrioten haben die Gefahr, die daraus für Polen erwuchs, früh erkannt; Ende des 16. Jahrhunderts sagte der grosse polnische Kanzelredner, Peter Skarga, den Untergang Polens voraus und auf dem Reichstage von 1668 prophezeite König Johann Kasimir bereits die Teilung Polens durch Russland, Österreich und Brandenburg. Sie lag seitdem in der Luft, und es war nur der Rivalität der beteiligten Mächte zu danken, dass erst hundert Jahre später, 1772, der erste Schritt in dieser Richtung getan wurde. Polen selbst war schon längst tot; es hatte nach dem Worte eines Polen nur vergessen umzusinken. —

Gewiss war die Teilung Polens ein Gewaltakt, aber ein Gewaltakt, der sich aus dem Gange der Geschichte, namentlich auch der inneren Entwicklung Polens mit Notwendigkeit ergab; auch in der Staatenwelt hat der Lebende recht. Das 18. Jahrhundert sah nur den Staat; die Wünsche der Völker, ihr Recht auf einen nationalen Staat wurden nicht beachtet; aber kann man das 18. Jahrhundert schelten, weil es gegen einen Grundsatz verstossen hat, der auch im zwanzigsten Jahrhundert noch nicht überall zur Durchführung gelangt ist? Was die alliierten Mächte in der Mantelnote vom 16. Juni 1919 über die Teilungen Polens sagen, hält so einer historischen Betrachtung nicht stand; zum mindesten sind es ungeheure Übertreibungen.

Die wahren Motive der Mächte für die Wiederherstellung Polens liegen ja auf der Hand. F r a n k r e i c h nimmt damit seine traditionelle Politik wieder auf, die nur in den letzten Jahr-

zehnten infolge der Allianz mit Russland in den Hintergrund getreten war; seitdem es eine europäische Politik treibt, also etwa seit 1500, hat es immer enge Freundschaft mit Polen gehalten. Sie hat sich nach den Teilungen sogar noch vertieft; Napoleons Schöpfung, das Herzogtum Warschau, liess, so wenig es auch die polnischen Hoffnungen erfüllte, in Polen doch nachhaltige Erinnerungen zurück, und von 1831 bis 63 war dann ja Paris das Zentrum der polnischen Emigration. Neben dem Wunsche, Deutschland empfindlich zu schwächen, hat natürlich der Gedanke bei Frankreich eine Rolle gespielt, in Polen einen Ersatz für Russland zu finden. Aber bei allem Wohlwollen für Polen hat Frankreich es stets nur im Rahmen seinen eigenen Interessen gefördert; das erfuhren die Legionen Dombrowskis, die sich ohne Nutzen für ihre Heimat auf den Schlachtfeldern Italiens und später in Spanien und auf Haiti für Frankreich verbluten mussten (1797—1803); das erfuhren die Aufständischen von 1830, 1848 und 1863, die vergeblich auf die Hilfe der Westmächte warteten, und das fürchtet Polen auch jetzt wieder: sollte sich herausstellen, dass Deutschland, um lieferungsfähig zu bleiben, das Saargebiet oder Oberschlesien braucht, so wird Frankreich leichter Oberschlesien opfern, wie es ja auch der Konzedierung der Abstimmung schon zugestimmt hat.

Englands Interesse geht zum Teil in gleicher Richtung wie das Frankreichs; 1815 ebenso wie 1830 und 1863 hat sich England diplomatisch für Polen eingesetzt. Aber Englands Interesse an Polen ist ein mehr negatives, das der Schwächung Deutschlands oder Russlands, und auch dieser Gesichtspunkt wird noch dadurch modifiziert, dass es für seinen Handel in Mittel- und Osteuropa einigermassen konsolidierte Verhältnisse braucht. Positives Interesse nimmt England aber, ebenfalls traditionell, an Danzig. Bei der ersten Teilung Polens erklärte England zunächst, dass es der Veränderung nicht eine solche Bedeutung beimesse, dass man sich der Teilung widersetzen müsse. Nur als der Danziger Handel gefährdet schien, beunruhigte sich England und sah erst von einer Einmischung ab, als dem britischen Handel in Westpreussen von Preussen dieselben Freiheiten wie unter polnischer Herrschaft gewährt wurden. Ganz ebenso konzentriert sich heute Englands Interesse an der polnischen Frage auf Danzig, der Einfallspforte nach Polen. Es ist bekannt, dass die polnischen Wünsche auf die Einverleibung Danzigs nach Polen an Englands Widerstand gescheitert sind und Lloyd George die Gründung des Freistaats Danzig durchgesetzt hat; in der Danziger Frage besteht jetzt ein offenkundiger Gegensatz zwischen England und Polen.

Über die Vereinigten Staaten endlich genügt die Bemerkung, dass Amerika, da es spezielle Interessen an Polen nicht hat, sich am meisten von idealen Gesichtspunkten hat leiten lassen und leiten lassen konnte; um so mehr muss man bedauern, dass es in Paris nur auf einseitige polnische Informationen angewiesen war und deshalb naturgemäss im Frieden von Versailles eine gerechte Lösung des polnischen Problems nicht finden konnte.

II. Im allgemeinen schwebte den Mächten wohl der Gedanke vor, Polen in dem Umfange von 1772 wiederherzustellen. Das würde bedeuten, dass das neue Polen, wenn es nach Osten und Norden tatsächlich die alte Grenze erreichen und die neun sogenannten West-Gouvernements (Kowno, Grodno, Wilna; Mohilew, Witebsk, Minsk; Podolien, Wolhynien, Kiew) mitumfassen sollte, einen Umfang von 700—720 000 Quadratkilometer haben würde. Es würde also noch das ehemalige Österreich-Ungarn mit Bosnien und der Herzegowina (677 000 Quadratkilometer) an Grösse übertreffen. Dabei sind die Abstimmungsgebiete (Oberschlesien, Herzogtum Teschen, Allenstein und Marienwerder), die sämtlich nicht zum Polen von 1772 gehört haben, ausser Betracht gelassen. Auf diesem Gebiet mögen 1910 47 bis 48 Millionen Menschen gewohnt haben, eine Einwohnerzahl, die also nur wenig der Österreich-Ungarns (51 Millionen) nachstand. Interessant ist, wie sich die einzelnen Nationalitäten auf diese Bevölkerung verteilen; wir folgen dabei einer polnischen Quelle, dem von Professor von Romer herausgegebenen „Statistischen Jahrbuch Polens" (Krakau 1917), Tabelle 1, das sicher für die Polen nicht zu ungünstig ist. Danach waren auf diesem Gebiete vorhanden:

16,5	Millionen	Polen	
13,3	„	Ruthenen	21,6 Millionen Russen
6,8	„	Weissrussen	
1,5	„	Grossrussen	

2,3 Millionen Litauer
2,1 „ Deutsche (ohne Freistaat Danzig)
5,1 „ Juden.

Daraus ergibt sich, dass 16,5 Millionen Polen über etwa 30 Millionen Köpfe anderer Nationalität herrschen würden; die Polen würden in ihrem eigenen Staat nur etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. Diese Zahlen beweisen schlagend den Charakter der polnischen Ansprüche, und wenn man weiter bedenkt, dass in einem solchen polnischen Staat das russische Element sogar den Polen zahlenmässig überlegen sein würde, so ist damit auch die Unvereinbarkeit dieses Polen mit den russischen Interessen hinreichend illustriert.

Nun sind die polnischen Wünsche nach den Grenzen von 1772 freilich noch nicht erfüllt. Nach Westen, wo die Grenze ja schon festliegt, verläuft sie aus ethnographischen Gründen ein wenig östlicher als die von 1772, die mit den Provinzgrenzen von Westpreussen und Posen gegen Pommern, Brandenburg und Schlesien zusammenfiel; in den obigen Zahlen ist diese Differenz bereits berücksichtigt. Auch so ist der breite und seit alters rein deutsche Gürtel, der im Westen und Südwesten Posens und Westpreussens den überwiegend polnischen oder gemischtsprachigen Gebieten vorgelagert ist, nur zum kleineren Teile bei Deutschland belassen. Die gegenwärtige deutsch-polnische Grenze hat deshalb etwas Unnatürliches; sie ist angeblich auf ethnographischen Gesichtspunkten aufgebaut, die aber tatsächlich nicht berücksichtigt sind. Weite Gebiete in den Kreisen Konitz, Flatow, Kolmar, Czarnikau, Birnbaum, Meseritz, Neutomischel, Lissa und Rawitsch, zumeist mit den gleichnamigen Städten, sind zu Polen geschlagen, obwohl sie schon vor 1772, bezw. 1793 fast ausnahmslos rein deutsch waren und sich zu allen Zeiten unter polnischer Herrschaft deutsch erhalten haben. Das Polentum ist hier, so weit es überhaupt vorhanden ist, nur durch das fluktuierende Element der Landarbeiter vertreten. Im ganzen sind in Posen und Westpreussen nach dem Stande von 1910 etwa 1,1 Million Deutsche an Polen abgetreten.

Ganz ungeklärt sind die Verhältnisse dagegen noch im Osten. Eine Grenze Polens ist dort bis jetzt nicht festgesetzt; die polnische Front gegen Sowjet-Russland hat zurzeit (März 1920) die Grenze von 1772 noch nicht erreicht; doch ist auch nach Osten hin der grösste Teil des alten Polen in polnischer Hand.

Die polnischen Wünsche in der Frage der Ostgebiete und der Ostgrenzen sind nicht einheitlich; bei den schwebenden Friedensverhandlungen mit Sowjetrussland stehen sich zwei Richtungen gegenüber. Die eine, vor allem durch die national-demokratische Partei vertreten (Führer Roman D m o w s k i und Marjan S e y d a) geht von dem Gedanken einer Verständigung mit Russland aus, sie verzichtet deshalb nicht nur auf die Grenzen von 1772, sondern würde sogar einen Teil des jetzt eroberten Gebietes wieder opfern und sich als Ostgrenze mit einer Linie begnügen, die westlich der jetzigen Front verläuft. Was Polen behält, soll es jedoch ohne weiteres, ohne Volksabstimmung, erhalten. Dieser „annexionistischen“ Richtung steht die „föderalistische“ gegenüber. Sie hält an den Grenzen von 1772 fest; will aber den westlich davon wohnenden Weiss-, Kleinrussen und Litauern das Recht der Selbstbestimmung gewähren, in der Erwartung, dass sie sich unter einem mehr oder minder sanften Druck für Polen erklären. Doch soll dieses Polen dann nicht zentralistisch, sondern „föderalistisch“ organisiert sein, wobei die Einzelheiten dieses föderalistischen Programms einstweilen noch recht ungeklärt sind. Eines der schwierigsten Probleme, das uns zugleich unmittelbar berührt, sind dabei die Beziehungen zu Litauen. Das litauische Volk besteht durchweg aus Bauern, während der Grossgrundbesitz dort in polnischer Hand ist; aus diesem sozialen und nationalen Grunde sind die Litauer grossen Teils antipolnisch gestimmt, das gilt besonders auch von einem erheblichen Teil der litauischen Geistlichkeit.

L i t a u e n erstrebt die völlige Unabhängigkeit. Polen bemüht sich nach dem Vorbilde der Lubliner Union wieder eine staatsrechtliche Verbindung zwischen den beiden Völkern herzustellen, doch hat es Erfolge nach dieser Richtung noch nicht erzielt. Vielmehr sind die Gegensätze (das Hauptstreitobjekt ist immer die zurzeit in polnischem Besitz befindliche Stadt Wilna) so scharf wie je zuvor. Litauen ist allerdings durch polnisch-lettische Verhandlungen, die es in die Zange zu nehmen drohen, in eine schwierige Lage gebracht, um so mehr als — was auch für Deutschland wichtig ist — Polen sich in den Besitz von Polnisch-Livland (das Gebiet nördlich Dünaburg mit

Rositten und Lusin) gebracht und so eine territoriale Verbindung mit Lettland hergestellt hat. Litauen wird dadurch nicht nur von Polen und Lettland völlig eingeschlossen, sondern ist zurzeit auch von einer direkten Verbindung nach Russland abgeschnitten.

Ein wenig klarer liegen bereits die Verhältnisse in Ostgalizien. Ostgalizien ist bekanntlich überwiegend ukrainisch (ruthenisch); nach polnischen Statistiken haben etwa 60 % der Bevölkerung ruthenische, 40 % polnische Umgangssprache. Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie trat in Lemberg eine ukrainische Konstituante zusammen (19. Oktober 1918), die einen selbständigen Staat Halytsch (später, um das Streben nach dem Anschluss an die russische Ukraine zum Ausdruck zu bringen: Westukrainische Republik) proklamierte und eine Armee von etwa 120 000 Mann zusammenbrachte. Polnischerseits wurde dieses Selbstbestimmungsrecht Ostgaliziens nicht anerkannt, und es kam nun zu erbitterten achtmonatlichen Kämpfen, die schliesslich nach dem Eintreffen der polnischen Truppen des Generals Haller aus Frankreich und durch die moralische Unterstützung des Obersten Rates mit einem Siege der Polen und mit der Besetzung Ostgaliziens durch sie bis zum Zbrucz, der alten österreichischen Reichsgrenze, endete. Der Oberste Rat beschloss (20. November 1919) ein politisches Statut für Ostgalizien, das zwar Ostgalizien als völkerrechtliche Individualität behandelte und die endgültige Entscheidung über sein Schicksal dem Völkerbunde zuwies; Polen wurde jedoch zur Einführung einer provisorischen Verwaltung ermächtigt. Dieses Provisorium war ursprünglich auf 25 Jahre fixiert; dieser Termin ist aber im Dezember 1919 aufgehoben und durch keinen anderen ersetzt. So ist das Land zurzeit praktisch ganz in polnischen Händen. Die Einzelbestimmungen des Statuts bestätigen das. Der Gouverneur des Landes, der sämtliche Beamten ernennt, wird von der Polnischen Regierung bestimmt; er ist dem ostgalizischen Landtage nicht verantwortlich. Überhaupt hat dieser Landtag nur sehr geringe Kompetenzen, und da eine Wahlordnung in dem Statut nicht enthalten ist, wird auch seine Zusammensetzung weitgehend polnischem Einfluss unterworfen sein. Nach allen Nachrichten, die vorliegen, nützt Polen diese Machtfülle, die ihm das Statut gewährt, rücksichtslos im polonisierenden Interesse aus; von ukrainischer Seite wird lebhaft über grausame und massenhafte Internierungen geklagt und, wenn auch manche Übertreibung dabei vorkommen mag, so wird es doch wohl Pflicht des Völkerbundes sein, in diese dunklen Verhältnisse hineinzuleuchten. —

Lassen wir Litauen, Weissrussland und Ruthenien der ungeklärten Verhältnisse wegen bei Seite, so setzt sich der polnische Staat heute zusammen aus (West- und Ost-)Galizien, dem von Preussen abgetretenen Gebiet, also den Hauptteilen von Posen und Westpreussen, und aus Kongresspolen, ausgenommen die nördlichen litauischen Kreise des Gouvernements Suwalki (Wladislawow, Wilkowischki, Kalwaria, Mariampol und der Nordteil von Sejny). Dieses Gebiet ist auch noch grösser als das ethnographische Siedelungsgebiet der Polen. Immerhin ist es aber überwiegend polnisch. Flächeninhalt, Bevölkerung und einzelne Nationalität des Gebietes lassen sich nach dem Stande von 1910 in folgenden runden Zahlen ausdrücken:

	qkm	Bevölkerung im ganzen	davon Polen	Deutsche	Ruthenen	Juden	Andere
Posen-Westpreussen . .	43 000	2 960 000	1 818 000	1 100 000	—	—	42 000
Kongresspolen	120 000	11 800 000	8 775 000	675 000	580 000	1 770 000	—
Galizien	78 000	7 962 000	3 800 000	90 000	3 200 000	872 000	—
Zusammen	241 000	22 722 000	14 393 000	1 865 000	3 780 000	2 642 000	42 000
			63,4 %	= 8,2 %	= 16,6 %	11,6 %	= 0,2 %

Will man sich von der Struktur und den Zuständen des polnischen Staates, wie er hier eben abgegrenzt wurde, ein Bild machen, so ist zunächst zu berücksichtigen, dass die Entwicklung in den drei obigen Teilgebieten seit 1815 ganz verschieden gewesen ist. Der polnische Adel und die Geistlichkeit, später die bürgerliche Intelligenz haben sich mit Erfolg bemüht, den Gemeinsamkeitsgedanken im Volke zu fördern. Aber das schloss naturgemäss nicht aus, dass die einzelnen Teilgebiete durch die Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung, durch das kulturelle Niveau des Staates, zu dem sie gehörten, einen sozial, wirtschaftlich und kulturell sehr verschiedenartigen Charakter

erhielten. Mehr oder minder widerstrebend wurden sie in den Wirtschaftsorganismus ihres Staates hineingezogen; sie verwuchsen, trotz aller zentrifugaler Tendenzen und trotz aller nationaler Sonderorganisationen, doch durch unzählige Fäden mit ihm; das eigene Interesse der Teilgebiete — das gilt vor allem vom preussischen, aber auch vom russischen — schien selbst vielmehr eine enge Verbindung mit dem betreffenden Staat als mit den übrigen Teilgebieten zu fordern; Vorteile wuchsen dem einen Gebiet zu, die das andere entbehren musste; so hat trotz allem die Entwicklung die drei Gebiete doch recht weit auseinandergeführt.

Das tritt sowohl bei der Landwirtschaft, wie bei der Industrie deutlich hervor. Polen, das einst der Kornspeicher Europas war, ist noch heute überwiegend Agrarland. Für Preussisch-Polen bedarf das keines weiteren Wortes; aber auch in dem industriereichen Kongresspolen waren von tausend Einwohnern 566 und in Galizien gar 766 in der Land- und Fortstwirtschaft tätig (1900). Aber die Agrarpolitik hat nun zu ganz verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Resultaten geführt. In Galizien steht die landwirtschaftliche Produktion, obwohl es im ganzen gesehen das fruchtbarste der polnischen Teilgebiete ist, auf einer tiefen Stufe; sie steht, obwohl sich das Land seit 1867 selbst verwaltet, nicht höher als in Kongresspolen; wurden doch von 1906—10 z. B. in Galizien und Kongresspolen auf ein Hektar nur 11,3 Doppenzentner Weizen produziert; in Preussisch-Polen dagegen 19. Beim Roggen kamen auf ein Hektar in Kongresspolen 10, in Galizien 10,3, in Preussisch-Polen 15,6 Doppelzentner; ebenso liegen die Dinge beim Hafer, der Kartoffel, der Zuckerrübe usw. Andererseits ist Galizien für ein Agrarland ausserordentlich dicht bevölkert (102 Köpfe auf ein Quadratkilometer); an Brotgetreide wurden deshalb nur 164 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung produziert gegen 223 kg in Kongress-Polen und 586 kg in Posen bezw. 447 kg in Westpreussen. Daraus erklärt sich, dass ein fruchtbares Agrarland wie Galizien noch Getreide einführen muss. Auch Kongresspolen, das ja viel stärker industrialisiert ist als Galizien und ebenfalls eine dichte Bevölkerung hat (98 auf 1 qkm)[3], vermag seinen Bedarf an Getreide nicht zu decken; 1910 stand z. B. in Landwirtschafts- und Gartenprodukten einer Ausfuhr von 73 Millionen Kronen eine Einfuhr von 210 Millionen Kronen gegenüber. Umgekehrt sind die preussischen Provinzen Posen und Westpreussen bei ihrer dünneren Bevölkerung und ihrer intensiveren Produktion Überschussgebiete; 1913 wurden z. B. 175 000 t Weizen und Roggen, 241 000 t Kartoffeln aus Posen allein auf der Eisenbahn ins übrige Deutschland ausgeführt. Aus dieser Sachlage ergibt sich, dass für Kongresspolen und Galizien die Vereinigung mit dem bisherigen preussischen Anteil in wirtschaftlicher Hinsicht von nicht zu unterschätzendem Vorteil ist. Für Posen-Westpreussen aber liegt die Sache anders. Für sie ist es durchaus nicht gleichgültig, ob sie ihren Überschuss nach Osten oder nach Westen ausführen; nach Westen führt ein unvergleichlich dichteres Bahnnetz; auch die Wasserwege weisen dorthin. Da der Verkehr nach Westen abgeschnitten ist, nach Osten aber trotz der hohen Preise in Warschau und Lodz, die übrigens auch verkehrsgeographisch ungünstiger für Posen-Westpreussen liegen als Berlin, nur verhältnismässig wenig von den Landesprodukten abfliesst, haben die ehemals preussischen Provinzen zurzeit verhältnismässig niedrige Getreide- und Fleischpreise; eine Ausnutzung der Konjunktur ist ihnen nicht möglich. Schlimmer noch ist, was sich freilich erst in Zukunft fühlbar machen wird, dass die Provinzen kaum dem Schicksal entgehen werden, allmählich auf das niedrigere landwirtschaftliche Niveau Kongresspolens und Galiziens herabgedrückt zu werden. Schon heute ist ja durch den Krieg, durch die Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse, die Teuerung der landwirtschaftlichen Baustoffe und Maschinen und den Mangel an künstlichen Düngemitteln die Wirtschaft extensiver geworden. Kehren erst einigermassen normale Verkehrs- und Preisverhältnisse wieder zurück, so werden die billigeren Produktionsbedingungen und Arbeitskräfte Kongress-Polens und Galiziens auf Posen-Westpreussen drücken, die Bodenpreise werden sinken, der Kredit ins Schwanken geraten, die Aufwendung grosser Mittel für Meliorierungen sich nicht mehr lohnen, kurz es wird sich ein Angleichungsprozess an die übrigen polnischen Landesteile vollziehen. Zumal, wenn die Landwirtschaft Kongress-Polens und Galiziens an Intensität zunehmen und Polen Agrarexportland werden sollte; dann müsste es sein Getreide

[3]) Zum Vergleich sei angeführt, dass 1910 in Westpreussen 67, in Posen 72, in ganz Preussen 115 Einwohner auf 1 qkm kamen.

unter Bedingungen exportieren, die es gegen das überseeische Getreide konkurrenzfähig erhalten; das würde also für absehbare Zeit niedrige Löhne, niedrige Bodenpreise und niedrige Lebensmittelpreise bedeuten. In jedem Falle werden es die Provinzen fühlen, dass sie nicht mehr zu einem hochentwickelten Industriestaat, sondern zu einem unter ihrem Niveau stehenden Agrarland gehören; dem Einzelnen wird dieser Umschwung vielfach Verluste bringen, Manchem sogar die Existenz kosten. Es ist daher kein Wunder, dass diese wirtschaftlichen Vorgänge politische Konsequenzen haben. Wir kommen darauf später zurück.

Die fortgeschrittene wirtschaftliche Entwicklung Posens und Westpreussens im Gegensatz zu den anderen Teilgebieten ist natürlich eine Folge des ungeheuren Aufschwunges, den die deutsche Landwirtschaft allgemein genommen hat. Sie hängt aber auch eng zusammen mit den gesunden sozialen Verhältnissen, die die preussische Agrargesetzgebung, insonderheit bei der Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses geschaffen hat. Die preussische Agrarpolitik nach 1815 ging in Posen radikaler vor als in den übrigen preussischen Provinzen. Zwar blieb auch hier (Gesetz vom 8. April 1823) die Regulierbarkeit im wesentlichen auf spannfähige Nahrungen beschränkt; aber der Kreis war in Posen doch grösser als sonst in Preussen. Z. B. waren hier Ackernahrungen auf Vorwerksland, ferner Besitzungen von 25 preuss. Morgen regulierbar; auch die Art der Auseinandersetzung mit dem Gutsherrn war für den Bauer günstiger. Besonders wichtig war, das mit der Regulierung zugleich vollständige Gemeinheitsteilung zwischen der Gutsherrschaft und den bäuerlichen Wirten und unter den Bauern selbst auf amtlichem Wege bewirkt wurde. Dadurch ist einmal ein gesunder Bauernstand geschaffen worden; sieht man von den Deputatländereien der Gutstagelöhner ab, so ist die Zahl der kleinen Eigentümer unter 2,5 Hektar in Posen und Westpreussen so gering wie in keiner der östlichen Provinzen Preussens ausser Pommern. Gross ist dagegen namentlich im Süden der Provinz Posen die Zahl der Kleinbauern (5 bis 10 Hektar), deren Besitztum zum Unterhalt der Familie ausreicht. Der Grossbauer ist infolge der polnischen Neigung zur Realteilung im Erbgange schwächer vertreten; immerhin ist in Posen die Besitzklasse von 10 bis 50 ha von allen bäuerlichen Besitzklassen der Zahl nach die stärkste.[4]) Zweitens war die Folge dieser den Bauern begünstigenden Agrargesetzgebung, dass der Bauer dem polnischen Adel bei den Aufständen von 1830, 1848 und 1863 nicht Folge leistete; in den ersten Jahrzehnten hielten die Prozesse der Bauern mit ihren Gutsherrn über Regulierungsfragen sogar einen ausgesprochenen Gegensatz wach. Aber mit der Zeit verschwand das; infolge der reinlichen Trennung zwischen gutsherrlichem und bäuerlichem Land fehlten nicht bloss alle Gegensätze, zumal der Bauer seinen Landbedarf leicht decken konnte, sondern es bildete sich eine Interessengemeinschaft zwischen grossem und kleinem Besitz aus, wie wir sie ja auf deutscher Seite etwa im Bund der Landwirte auch kennen. Das ist letzten Endes der Grund, weshalb das preussische Polentum nationalpolitisch stets eine einheitliche Phalanx bildete; es fehlte in ihm, insbesondere in seinem wichtigsten Teile, der Landbevölkerung, an tiefgreifenden wirtschaftlichen Gegensätzen, und es ist klar, dass sich unter diesen Umständen der polnische Bauer leicht der politischen Führung des Grossgrundbesitzers und der Intelligenz unterordnete.

In Kongress-Polen und Galizien ging die Agrargesetzgebung andere Wege. In Russisch-Polen waren Fragen der Agrarreform im Laufe des 19. Jahrhunderts viel erörtert worden und seitdem ein Teil des polnischen Adels die „Landwirtschaftliche Gesellschaft" gegründet hatte (1857), schien die Frage auch einer praktischen Lösung näher zu kommen. Doch vernichtete der Aufstand von 1863 alle diese Ansätze. Nun nahm die russische Verwaltung aus politischen Gründen die Angelegenheit in die Hand, und am 19. Februar 1864 erging der kaiserliche Ukas, der die Bauern in ganz Kongress-Polen zu freien Eigentümern erhob. Dadurch wurden die verschiedenen Bauernklassen (Erbzinsbauern, Zeitpachtbauern, Fronbauern) Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem sie sassen; ferner wurden eine grosse Anzahl bäuerliche Stellen neu geschaffen, teils auf Regierungsland, teils auf Ländereien des Grossgrundbesitzes, teils auf leeren Stellen. Mit diesen Massnahmen war aber in der Hauptsache die Agrarreform zu Ende; es ging weder eine Zusammenlegung des Bauernlandes noch eine reinliche Auseinandersetzung zwischen Gutsherrn und Bauern damit

[4]) Sering, Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande. S. 25.

Hand in Hand. Die Gemengelage blieb, so dass zahlreiche Güter, namentlich im Nordosten Kongress-Polens, durch bäuerliche Grundstücke auseinandergesprengt werden, und es blieb ebenso die Streulage der bäuerlichen Besitzungen. Dass Bauerngüter in 10 Parzellen zersplittert sind, kommt öfter vor; manchmal liegen diese Parzellen mehrere Kilometer weit voneinander und vom Hofe entfernt und sind ausserdem zuweilen noch nicht ½ Morgen gross. Bekannt ist ihre Handtuchform; es gibt Parzellen, die mehrere Kilometer lang und nur einige Meter breit sind. Die Folgen namentlich für die bäuerliche Wirtschaft liegen auf der Hand. Ferner ist für die Ablösung der Servituten fast nichts geschehen. Nach den Erhebungen, die eine Kommission unter Führung des Senators I. E. Podgorodnikow 1903 veranstaltet hat, waren damals noch ein Viertel aller Güter (25,8 %) mit Servituten belastet; 125 855 bäuerliche Stellen besassen Wald- oder Weide-Servituten oder beides zusammen; sie durften 378 984 Stück Hornvieh auf die Gutsweiden treiben und 5,8 Mill. Fuhren Holz oder Streu aus den Gutswäldern entnehmen. Man sieht aus diesen kurzen Angaben so viel wenigstens, dass einer Intensivierung der bäuerlichen Wirtschaft Kongress-Polens — die Gutswirtschaft steht in den besten Teilen Kongress-Polens heute schon fast auf deutschem Niveau — die grössten Schwierigkeiten entgegenstehen; da über 57 % des Grund und Bodens dem Kleinbesitz gehören, ist das für die Gesamtproduktion Kongress-Polens von erheblicher Bedeutung. Und weiter ist durch die Servitutenfrage das geschaffen, was in Preussen vermieden ist, eine Quelle unaufhörlicher Streitigkeiten und zahlloser Prozesse zwischen Gutsherren und Bauern; jeder Ausgleich zwischen diesen beiden Schichten wird dadurch unmöglich gemacht. Um so mehr, als der Bauer in Kongresspolen durchschnittlich durchaus nicht hinreichend mit Land ausgestattet ist. Von den bäuerlichen Besitzungen haben über die Hälfte (54,5 %) einen Umfang von weniger als 9 Morgen; diese Stellen reichen in der Regel nicht zum Unterhalt einer Familie aus. In einzelnen Gouvernements übersteigt der Prozentsatz der Zwergbesitzer sogar noch diesen Durchschnitt, so in den Gouvernements Kielce, Lublin, Plock und Kalisch. Überhaupt ist in der ganzen südlichen Hälfte Kongresspolens der bäuerliche Zwergbesitz ausserordentlich stark vertreten, in der nördlichen Hälfte sind die grösseren Kleinbesitzungen häufiger, am häufigsten im litauischen Suwalki.

Galizien hat ganz ähnliche Verhältnisse. Auch dort ist die Agrarreform erst spät begonnen; auch dort herrscht eine ungeheure Zersplitterung des bäuerlichen Besitzes; Grossbauern gibt es eigentlich gar nicht. Nicht weniger als 1 Million Besitzer hatten 1902 unter 5 Hektar Land; dagegen nur 189 000 5—20 Hektar und gar nur 10 700 über 20 ha. Das typische bäuerliche Besitztum in Galizien hat 2—5 ha. Die Servituten bestehen gleichfalls noch im grossen Ausmasse; 1902 waren 434 000 Weide- und 193 000 Waldgerechtigkeiten vorhanden. Die Frage hat hier dieselbe sozialpolitische Bedeutung wie in Kongresspolen, ja eine schlimmere, da sich in Ostgalizien ebenso wie in Litauen der soziale Gegensatz mit dem nationalen zwischen ukrainischen Bauern und polnischen Gutsherren verknüpft. Gleich bei dem ersten Aufkommen der ukrainischen Bewegung in Ostgalizien kam die Servitutenfrage aufs Tapet, und es ist ein schlechtes Zeugnis für die polnische Verwaltung, dass sie seit 1867 diese ungesunden Verhältnisse nicht endgültig hat beseitigen können. Freilich ist dabei zu berücksichtigen, dass im galizischen Landtag noch 1906 von 159 Abgeordneten 81 Grossgrundbesitzer waren. — Diese Verhältnisse erklären es, weshalb im neuen Polen als erste und wichtigste innerpolitische Frage die Agrarreform auf der Tagesordnung stand; sie erklären es, dass das im Sommer 1919 beschlossene, freilich noch nicht zur Durchführung gelangte Agrargesetz eigentlich jeden Grossgrundbesitz beseitigte und sie erklären weiter, weshalb die bäuerlichen Gruppen heute im Reichstage zahlenmässig die stärkste Partei sind. Es liegt nur an der Parteizersplitterung des polnischen Reichstages und wohl auch an dem Mangel an Führern, wenn sie den Nationaldemokraten das Heft noch nicht aus der Hand genommen haben. Aber es ist klar, dass die schlechte materielle Lage, in der sich die Hauptmasse der ländlichen Bevölkerung befindet, für jegliche Agitation einen guten Nährboden bildet; hierin liegt vielleicht die grösste innere Gefahr für den jungen polnischen Staat.

Ist in Preussen ein verhältnismässig gesunder polnischer Bauernstand durch gesetzgeberische Massnahmen geradezu geschaffen worden, so lässt sich das vom polnischen Bürgertum nicht in dem Masse sagen; immerhin hat es speziell die preussische Gesetzgebung dem Polentum ermöglicht, sich einen städtischen Mittelstand zu schaffen, den es besonders in Galizien noch nicht besitzt.

Es war ja, wie schon erwähnt, eine Eigentümlichkeit des alten Polen und ein Resultat der städtefeindlichen Politik des polnischen Adels, das ihm ein Bürgertum im westeuropäischen Sinne fehlte. Die städtische Bevölkerung setzte und setzt sich im ehemaligen russischen und österreichischen Anteil zumeist aus Juden zusammen und bestand im übrigen aus Ackerbürgern; wo ein wirkliches Bürgertum existierte, waren es in der Mehrzahl deutsche Kolonisten oder polonisierte Nachkommen von ihnen. Bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts unterschied sich darin der preussische Anteil nur wenig von den übrigen; nur dass eben das deutsche Element verhältnismässig stark war und demgemäss die Städte wenigstens zum Teil einen anderen Charakter hatten. Noch 1840 spielten die Juden in manchen Städten Posens fast eine ähnliche Rolle wie heute in Kongresspolen; Kempen hatte damals z. B. 57 % Juden, Schwersenz 55 % und Städte, die über 40 % jüdische Bevölkerung hatten, gab es eine ganze Reihe. Seit den 60er Jahren änderte sich das. Das Gesetz über die Freizügigkeit (1867) und die industrielle Entwicklung des Westens veranlassten die wirtschaftlich rührigsten Elemente, darunter auch die Juden, aus Posen nach Berlin oder weiter nach dem Westen abzuwandern. Seitdem ist das Judentum aus Posen und Westpreussen bis auf einen kleinen Rest, der sich völlig germanisiert hat, verschwunden, so dass der preussische Anteil heute eine Judenfrage nicht mehr kennt. In die Lücken, die durch diese Abwanderung entstanden, trat der Pole; so lange die Städte ein Einzugsgeld erhoben und ein Innungszwang bestand, wanderte der kapitalarme polnische Bauer nicht in die Städte ein, jetzt aber (seit 1867) begann die polnische ländliche Unterschicht die Städte einzuströmen. Namentlich in den Handwerkszweigen, die wenig Kapital erfordern, wie die Schuhmacherei und die Schneiderei, wurden die abziehenden deutschen und jüdischen Handwerksmeister schnell durch Polen ersetzt; auch sonst zog der deutsche Handwerksmeister, da der deutsche Nachwuchs in die Fabriken strebte, polnische Lehrlinge heran und züchtete sich dadurch selbst die spätere Konkurrenz gross. Die polnischen Führer, Geistlichkeit, Presse, Rechtsanwälte und Ärzte, haben diese Entwicklung durch Vereine, Stipendien und Unterrichtskurse nach Kräften gefördert, und namentlich wurde bald der nationale Boykott das Mittel, durch das man die polnische Kundschaft ausschliesslich dem polnischen Handwerker und Kaufmann zuzutreiben suchte. Das Deutschtum hatte zwar bis zur Gegenwart selbst in der Provinz Posen trotz seiner zahlenmässigen Unterlegenheit in Handel und Gewerbe noch einen Vorsprung vor den Polen; 1907 waren von den 44 375 Hauptbetrieben in den Städten der Provinz Posen 23 412 deutsch und 20 797 polnisch; von den grösseren Betrieben, die nicht von den Inhabern allein betrieben werden, waren 13 941 in deutscher und 10 225 in polnischer Hand. Aber waren auch die wirtschaftlich wichtigsten Betriebe durchweg deutsch, diese Zahlen zeigen doch klar, dass in den letzten Jahrzehnten eine städtische polnische Mittelschicht, ein Mittel- und Kleinbürgertum, entstanden war, das etwas Neues und in der Struktur des heutigen Polen etwas Eigenartiges darstellt. Eine bürgerliche Führerschicht war schon früher entstanden; da seit 1833 infolge des polnischen Aufstandes von 1830, bei dem zahlreiche Beamte beteiligt gewesen waren, höhere polnische Beamte nicht mehr in Posen angestellt wurden, drängte die Intelligenz in die freien Berufe; die Demokratisierung der Geistlichkeit, später die Ausbreitung der Presse kamen hinzu. Auch diese Entwicklung wurde seit dem Ende der 40er Jahre, namentlich durch Marcinkowski, bewusst gefördert.

Baut sich diese bürgerliche und naturgemäss demokratisch gesonnene Intelligenz und das Mittel- und Kleinbürgertum der Städte im preussischen Anteil gesund auf einer breiteren polnischen städtischen Unterschicht auf, so ist das in Kongresspolen und Galizien bei weitem nicht in dem Masse der Fall. Die städtische Bevölkerung Kongresspolens ist sehr stark jüdisch; 1909 hatten von den 116 dortigen Städten 73 mehr als 50 % Juden, darunter 5 sogar 80 bis 90 %. Der bedürfnislose und anpassungsfähige jüdische Händler und Handwerker lässt eine polnische Konkurrenz nicht aufkommen; darin liegt eine Hauptwurzel des polnischen Antisemitismus, von dem ja das ganze polnische Volk tief durchdrungen ist.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Galizien. Die Städte sind durchweg unbedeutend, eine nennenswerte Industrie ist, obwohl das Land an Bodenschätzen nicht arm ist, bis jetzt nicht vorhanden. Es hatte 1902 knapp 100 Unternehmungen über 100 Arbeiter. Kohle wird etwas produziert (1,9 Mill. t), dann bekanntlich Petroleum (1913 etwa 1 Mill. t, etwa 5 % der gesamten Weltproduktion), das sich am Nordrande der Karpathen fast durch ganz Galizien hin findet. Seine

Erzeugung leidet freilich unter der grossen Zersplitterung der Betriebe, die mit der Zersplitterung des Grundbesitzes eng zusammenhängt; zumeist wird das Petroleum in Kleinbetrieben mit nur einem Schacht produziert. Da die Produktionsstätten durch Erschöpfung der Quellen verhältnismässig schnell wechseln, hat sich gerade im Anschluss an die Petroleumproduktion in Galizien ein recht unerfreuliches Gründer- und Spekulantentum entwickelt. Ausserdem wird Eisen, Salz, Zink usw., alles freilich nur in sehr geringen Mengen, gefördert; die überwiegende Mehrzahl aller gewerblichen Betriebe schliesst sich ebenso wie in Posen eng an die landwirtschaftliche Produktion an.

Nach dem bis jetzt gewonnenen Bilde ist also Polen ein Agrarstaat, der im preussischen Anteil gesunde, soziale und wirtschaftliche Verhältnisse in Land und Stadt besitzt und sehr viel schlechtere ländliche und städtische Verhältnisse in Kongresspolen und Galizien hat. Gewiss gibt es auch dort Gegenden mit einem kräftigen gesunden Bauernstande, z. B. im sogenannten Fürstentum Lowitsch, wo, wie oft in bischöflichen Territorien, die Bauern stets ein gutes Besitzrecht hatten, und es wurde ja auch schon erwähnt, dass im Norden Kongresspolens die Besitzverteilung günstiger ist als im Süden, was sich freilich z. T. durch die schlechteren Bodenverhältnisse wieder ausgleicht. Aber im Ganzen weisen die soziale Schichtung und die wirtschaftlichen Verhältnisse Kongresspolens und Galizien unzweifelhaft starke Mängel auf.

Dieses Bild erfährt nun eine starke Verschiebung dadurch, dass nach Kongresspolen grossenteils von aussen her eine Grossindustrie hineingetragen ist, die sich an drei Punkten konzentriert: in Lodz, in Czenstochau-Sosnowice und in Warschau. Lodz ist der Sitz der Baumwollindustrie, Czenstochau-Sosnowice der der Montanindustrie, daneben ist freilich auch dort Textilindustrie vorhanden. Der Warschauer Bezirk hat einen so einheitlichen Charakter wie diese beiden nicht und ist noch am meisten im Anschluss an das Warschauer Handwerk und die dortigen Manufakturen autochthon erwachsen. Die polnische Textilindustrie ist ein Kind der russischen Zollgesetzgebung; das gilt ebenso von Lodz wie vom Dombrowaer Revier. Lodz nahm seinen Anfang durch den russischen Zolltarif von 1822, der stark prohibitiv war und namentlich die Einfuhr von Tuchen verhinderte. Die blühende, rein deutsche Posener Tuchmacherei wurde dadurch vernichtet; etwa 10 000 deutsche Familien sind damals nach Kongresspolen ausgewandert, zumal die polnische Regierung die günstige Gelegenheit rasch und energisch ergriff und die Kolonisten in jeder Weise freigebig unterstützte. Bis 1877 behielt die Lodzer Produktion einen handwerksmässigen Charakter; erst als 1877 eine neue Periode russischer Hochschutzzollpolitik einsetzte und nun ausländisches, namentlich deutsches Kapital, massenhaft nach Lodz strömte, nahm die Stadt einen gewaltigen Aufschwung. Von etwa 70 000 (1877) stieg ihre Einwohnerzahl auf 315 000 (1897); der Wert der Lodzer Baumwollproduktion stieg von 21,9 Millionen Rubel (1880) auf 58,8 (1908). Das Absatzgebiet war hauptsächlich Polen und das russische Westgebiet, ausserdem Petersburg, Zentralrussland und der Kaukasus. Nach dem Auslande hin war Lodz nicht konkurrenzfähig, da es hohe Einfuhrzölle für die Rohstoffe zu zahlen hatte; andererseits war es durch die russischen Zölle auch vor ausländischer Konkurrenz geschützt. Im neuen Polen wird Lodz, da Polen seine gesamte Produktion nicht aufnehmen kann, sich den Auslandsmarkt erobern müssen. Wie sich das im einzelnen gestalten wird, lässt sich heute bei der Unsicherheit aller Wirtschaftsverhältnisse noch nicht übersehen; doch ist ja sein Hauptkonkurrent im alten Russland, Moskau, ebenfalls ausserordentlich geschwächt. — Das Czenstochau-Sosnowicer Industrierevier nahm seine Entwicklung ebenfalls erst seit 1877; auch hier entstand eine Textilindustrie, deren Schwerpunkt auf der Kammgarnspinnerei liegt. Hier strömte neben dem deutschen viel französisches Kapital zu, da die Roubaixer Kammgarnspinner jetzt aus ganz ähnlichen Gründen wie seinerzeit die Posener Tuchmacher nach Polen übersiedelten. Im übrigen hat der Bezirk von Czenstochau-Sosnowice seinen besonderen Charakter, er ist die Stätte der polnischen Kohlenproduktion, die 1913 freilich nur 6,8 Millionen Tonnen betrug (gegen 48 Millionen t in Oberschlesien). In Warschau endlich sind die wichtigsten Produktionszweige die Metallbearbeitung, der Maschinenbau und die Zuckerfabrikation. Diese ganze polnische Industrie hat einen erheblichen Umfang; 1910 gab es 10 000 Betriebe mit 400 000 Arbeitern. Diese industrielle Unterschicht stellt das Polentum, freilich wieder in starker Konkurrenz mit den Juden; es ist bemerkenswert, wie sich das Judentum gerade in den Industriezentren zusammendrängt. Die Juden stellen namentlich in der Hausindustrie und in der Manufaktur, z. B.

der Tücherherstellung ein grosses Kontingent; auch hier stehen also die polnischen und jüdischen Interessen gegeneinander. Die Unternehmer sind auch heute noch nur zum geringsten Teile Polen, wie ja auch der polnische Grosskaufmann noch eine seltene Erscheinung ist; es sind zumeist Deutsche, Juden oder Franzosen. Freilich machten die Polen vor dem Kriege energische Anstrengungen, zum Beispiel in der Lodzer Industrie an leitender Stelle aufzutreten, und es ist wahrscheinlich, dass dieses Bestreben unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Erfolg haben wird. Dagegen rücken die Polen seit Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre allmählich in die Meister- und unteren Beamtenstellen ein; das hat in den letzten 30 Jahren einen grossen Umfang angenommen und so ist auch in Kongresspolen, wenn auch auf andere Weise als in Preussisch-Polen, ein polnischer Mittelstand entstanden, aus dem sich die oberen Schichten rekrutieren. Im ganzen hat Kongresspolen durch die Entwicklung seiner Industrie den Charakter eines Agrarlandes verloren, es ist dadurch, wie schon erwähnt, Zuschussgebiet geworden und es ist der einzige der drei Anteile, der die politischen und sozialpolitischen Probleme kennt, die sich aus dem Vorhandensein einer starken Industriearbeiterschaft ergeben.

III. Das ist etwa in ganz groben Umrissen die nationale, wirtschaftliche und die soziale Struktur des neuen Polen; auf den grossen kulturellen Unterschied der drei Anteile braucht ja nur hingedeutet zu werden. Fragt man nun, was der neue Staat seit seinem Bestehen, also seit dem 14. November 1918, für seinen inneren und äusseren Aufbau bereits geleistet hat, so ist nicht zu verkennen, dass die Hauptarbeit und auch die Haupterfolge auf dem militärischen Gebiete liegen. Polen übernahm zunächst aus Russland zahlreiche Offiziere und Mannschaften, vor allem die, die in der letzten Kriegszeit auf russischer Seite den polnischen Korps angehört hatten. Der General Dowbor-Musnicki z. B., der in den Januartagen 1919 die die Provinz Posen gewaltsam besetzenden polnischen Truppen führte, war Kommandeur des ersten polnischen Korps gewesen. Die polnischen Offiziere und Mannschaften aus der preussischen Armee traten wohl fast ausnahmslos in die neue nationale Armee über. Der Schwung des nationalen Gedankens, der durch das unerhört günstige Ende des Weltkrieges, durch den Zusammenbruch aller drei Teilungsmächte mächtig gesteigert war und der bis heute Volk und Staat trägt, kam naturgemäss vor allem dem Heere zugute, und so besitzt Polen eine Armee, deren Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit aus der Ferne zwar schwer zu beurteilen ist, die aber mindestens zum Teil ausgezeichnet ist und im ganzen jedenfalls in keiner Weise unterschätzt werden darf. Eine gewisse Ironie liegt freilich darin, dass der polnische Staat das Beste, was er heute besitzt, seine Armee, zum guten Teile gerade Preussen und Russland verdankt. Allerdings muss eine objektive Betrachtung dabei festhalten, dass Polen etwas sehr Wesentliches aus Eigenem dazu gegeben hat: den grossen nationalen Elan, der Volk und Heer durchpulst und der allem Anschein nach schwerere Krankheitserscheinungen im Heere noch nicht hat aufkommen lassen. Militärisch ist Polen denn auch erfolgreich gewesen: ihm ist die Besetzung Ostgaliziens, wenn auch erst nach sehr schweren Kämpfen, und des grössten Teils des russischen Westgebiets gelungen; auch gegen die Bolschewiken scheint es sich einstweilen zu behaupten.

Nicht so gut ist es mit der Verfassung und Verwaltung bestellt. Über die Verwaltung lässt sich noch wenig sagen; naturgemäss fehlt es an allen Ecken und Enden an geschulten Kräften; wer nur ungefähr die für einen Verwaltungszweig hinreichende Vorbildung und Kenntnisse hat, kommt sofort in eine hohe Stellung. Es wäre kein Wunder, wenn die Verwaltung, namentlich an deutschen Vorstellungen gemessen, fast alles zu wünschen übrig lässt. Aber die Ordnung wird im ganzen aufrecht erhalten, neben dem Militär scheint auch die Polizei gut zu arbeiten, und im übrigen darf nicht vergessen werden, dass das polnische Volk weder in Russisch-Polen noch in Galizien grosse Ansprüche an die Verwaltung zu stellen gewohnt ist. Wichtiger sind die Verfassungsfragen. Der polnische Reichstag hat, obwohl er im Januar 1919 zusammentrat, der grossen Parteizersplitterung wegen eine Verfassung noch nicht zustande gebracht. Auf die Fragen, die dabei zu der Diskussion stehen, des näheren einzugehen, ist nicht nötig; es handelt sich um dieselben Fragen, die überall in diesem Zusammenhange erörtert werden: ob eine oder zwei Kammern, wie der Staatspräsident zu wählen sei usw. Eine Monarchie will niemand, es geht nur darum, die republikanische Verfassung mehr oder weniger demokratisch zu gestalten. Ein spezifisch polnisches Problem ist aber, wie die Verfassung das Verhältnis der drei Anteile zueinander bestimmen wird. In Polen

stehen sich die Meinungen in dieser Frage schroff gegenüber. Der frühere Innenminister Wojciechowski war ein Anhänger eines straffen Zentralismus, er wollte die gesamte Gesetzgebung im Reichstage konzentrieren und eine Selbstverwaltung nur in Kreis und Gemeinde zulassen. Eine bürokratische Zwischeninstanz, ähnlich wie die preussischen Regierungen, sollte nach seinen Plänen eine Anzahl Kreise zusammenfassen. Die gegenteilige Anschauung will die drei Teilgebiete konservieren und hat bereits jedes — ganz unhistorisch — mit einem historischen Namen versehen (preussisches Teilgebiet = Grosspolen, Galizien = Kleinpolen, Russisch-Polen = Korona, die alte Bezeichnung Polens im Gegensatz zu Litauen). Jedes der drei Teilgebiete soll nach dieser Auffassung seinen besonderen Landtag haben, der alle Sachen zu erledigen hat, die nicht ausdrücklich dem Reichstage vorbehalten sind; es werden ferner drei Teilgebietsregierungen entstehen, die ihren Landtagen verantwortlich sind. Das wäre also das Verhältnis der Bundesstaaten zum Reiche. Einen dritten Ausweg, einen Kompromiss zwischen diesen Anschauungen, hat die Enquetekommission vorgeschlagen, die zum Studium der Verfassungsfragen im Frühjahr 1919 eingesetzt wurde. Danach sollte der Staat in Provinzen von etwa 2 Millionen Einwohnern zerlegt werden, die den alten Wojewodschaften möglichst angepasst werden sollten. Diese Provinzen sollen ihre Landtage und ihre Regierungen haben, die sich im Rahmen der Staatsgesetze oder der ihnen durch Gesetz zugewiesenen Aufgaben autonom betätigen sollen. Die Provinzialregierungen sollen durch die Zentralregierung ernannt werden; sie hängen aber nicht nur von Warschau ab, sondern haben auch die Beschlüsse ihrer Landtage auszuführen. Welche Lösung diese wichtigen Fragen finden werden, lässt sich noch nicht ermessen. In der derzeitigen Verwaltungsorganisation überwiegt der Zentralismus. Galizien ist völlig den Warschauer Zentralbehörden unterstellt. In Posen ist zwar ein „Ministerium des früheren preussischen Teilgebiets" errichtet, aber zu seinen Kompetenzen gehört neben der Verwaltung dieses Gebiets auch die „Vorbereitung des Überganges sämtlicher Behörden und Ämter des früheren preussischen Gebietes unter die direkte Leitung der entsprechenden Minister sowie die Durchführung der Reorganisation dieser Behörden entsprechend den Grundsätzen, die für das ganze Reich angenommen sind." Danach ist das Ministerium nur als vorläufig, für die Übergangszeit, gedacht; es soll die Assimilierung Posen-Westpreussens an das übrige Polen durchführen. Irgend eine parlamentarische Körperschaft steht ihm nicht zur Seite. Um dieses Ministerium hat sich bereits ein lebhafter Streit erhoben; den einen kommt seine Errichtung dem Partikularismus zu weit entgegen, den anderen nicht weit genug; die Fortentwicklung dieser für das Abtretungsgebiet sehr wichtigen Institution wird natürlich ganz von der Regelung der allgemeinen Verfassungsfragen abhängen.

Wie es nach dem früher Gesagten nicht anders sein kann, muss der Sitz der partikularistischen Tendenzen in erster Linie der preussische Anteil sein. Er wird wirtschaftlich unzweifelhaft sehr schweren Schaden leiden, um so mehr als die polnische Wirtschaftspolitik Wege einzuschlagen scheint, die ihn das Herausgerissenwerden aus den natürlichen Verbindungen nach dem Westen doppelt empfinden lassen. Polens Zollpolitik scheint darauf auszugehen, Posen und Westpreussen zu zwingen, alle Industrieprodukte, die sie benötigen, aus Kongresspolen oder Galizien zu beziehen. So sind z. B. Rohstoffe und Halbfabrikate, die das Posener Gewerbe dringend braucht, wie Eisen, Draht, Flaschen usw. mit einem hohen Einfuhrzoll belegt. Dabei sind die Fabriken in Kongresspolen, wie erst dieser Tage im Dziennik Gdanski ausgeführt wurde, gar nicht in der Lage zu liefern; sie haben ihre Produktion auf Monate hinaus verkauft. Eine derartige Politik muss natürlich in Posen und Westpreussen, wo sich durch die Unterbietung durch billige Arbeitskräfte aller Art aus den anderen Teilen Polens und durch die schon geschilderten wirtschaftlichen Verhältnisse ohnehin zahlreiche Existenzen bedroht sehen, die Neigung zum Partikularismus stärken. Dabei befindet sich, wie man anerkennen muss, die Warschauer Regierung in einer schwierigen Lage; das Problem, einerseits die Industrie Kongresspolens, die unter dem Schutz der russischen Zollmauer, wie wir sahen, emporgewachsen ist, zu schützen und andererseits das unter ganz anderen Verhältnissen erwachsene Posener Gewerbe konkurrenzfähig zu erhalten, wird in der Tat nicht leicht zu lösen sein. In diesem Zusammenhange ist der Gedanke einer Zwischenzollinie an der alten deutschen Reichsgrenze aufgetaucht; aber dagegen sprechen begreiflicherweise starke politische Gründe und zum geschlossenen Wirtschaftsgebiet sind Posen und Westpreussen wohl zu klein und auch ihrer ganzen

geographischen Struktur nach ungeeignet. Aber alle diese Dinge sind noch sehr im Fluss, und ob der Partikularismus, der sich jetzt aller Orten regt, eine Übergangserscheinung bleiben, ob er ernstere Bedeutung gewinnen wird, wird ganz von der Lösung abhängen, die der polnische Staat für diese Fragen findet.

Die schwierigen Finanz-, Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse, die augenblicklich in Polen herrschen, werden den Staat, wenn in absehbarer Zeit ihre Besserung gelingt, kaum bedrohen. Für Polen, dass sich mit Sowjetrussland im Kriege befindet, ist es aber natürlich eine Kernfrage, ob es nicht bloss äusserlich militärisch, sondern auch innerlich dem Bolschewismus Stand halten kann. Zweifellos bilden die geschilderten ungesunden sozialen Verhältnisse, namentlich die Landarmut des polnischen Bauern, die Arbeitslosigkeit des Industriearbeiters — denn die polnische Industrie ist erst zum kleinsten Teile wieder in Gang gekommen —, ferner die gegenwärtigen schwierigen Lebensverhältnisse in den Industriezentren und die ganzen ungeordneten Staatsverhältnisse einen Boden für die bolschewistische Agitation. Aber andererseits wirken ihr entgegen der grosse nationale Schwung, der jedenfalls heute noch auch den kleinen Mann erfüllt, weiter die katholische Kirche, die ja in Polen eine ungeheure Macht darstellt und vielleicht auch der im ganzen Volke höchst lebendige Antisemitismus. Das sind Dämme, die heute noch den polnischen Staat zu schützen scheinen; bis jetzt ist Polen jedenfalls aller von kommunistischer Seite angezettelten Streiks leicht Herr geworden. Ob diese Dämme dauernd halten, wie lange sie halten, vermag wohl niemand zu sagen. Behauptet sich Polen gegen den Bolschewismus, so sehen wir trotz aller Schwierigkeiten, die der junge Staat naturgemäss zu überwinden hat, keinen Grund, dem polnischen Staat die Lebensmöglichkeit abzusprechen; wenn auch das polnische Volk seine staatsbildenden Fähigkeiten noch erweisen muss, so schiesst doch die Behauptung, dass Polen bald wieder zusammenbrechen wird, übers Ziel hinaus. Überhaupt ist für das Bestehen oder Nichtbestehen eines Staates die Frage seiner Lebensfähigkeit wohl nicht so wichtig, wie oft geglaubt wird. Es ist eine geschichtliche Erfahrung, dass gerade bei Staaten in exponierter geographischer Lage die Dauer ihres Bestehens durchaus nicht von ihrer grösseren oder geringeren inneren Lebensfähigkeit abhängig ist. Polen z. B. war seit etwa 1600 innerlich sicher lebensunfähig und bestand doch bis 1795; von der Türkei gilt ganz ähnliches. Sie wurden durch die sich widerstreitenden Interessen der europäischen Staatenwelt aufrecht erhalten. Polen ist durch die internationale Situation entstanden, die sich 1918 ergab; wirft nicht der Bolschewismus alle Berechnungen über den Haufen, so wird es, wie sich auch seine inneren Verhältnisse entwickeln mögen, mindestens so lange bestehen wie die internationale Konstellation, die es geschaffen hat.

---

38. Abschnitt.

a) Der Friedensvertrag mit Deutschösterreich.

Von Minister a. D. Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. jur. et oec. publ. h. c. **Franz Klein**, Wien.

Literatur:

Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye. 2 Bände. Wien 1919 (Nr. 379 der Beilagen zu den Verhandlungsberichten der konstituierenden Nationalversammlung). Über den Friedensvertrag sind in allen deutschösterreichischen Zeitungen und Zeitschriften berichtende oder kritische Artikel erschienen. Eine geschlossene wissenschaftliche Darstellung des Vertrages oder einzelner seiner Teile fehlt noch.

Der Friedensvertrag zwischen Deutschösterreich und den verbündeten und verbundenen Mächten wurde am 10. September 1919 in St. Germain-en-Laye unterzeichnet. Behufs besseren Verständnisses seines Inhaltes sind einige kurze Bemerkungen vorauszuschicken. In der öster-

reichischen Hälfte der Donaumonarchie hatten sich die Kämpfe der nichtdeutschen Volksstämme gegen den Einheitsstaat in den letzten Jahren vor dem Kriege unausgesetzt verschärft. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts konnte nicht verhindern, dass die Arbeitsfähigkeit des Reichsrates, des Wahrzeichens der politischen Gemeinschaft aller Nationalitäten, mehr und mehr abnahm. Nach Ausbruch des Krieges liess man kostbare Jahre verstreichen und versäumte manche günstige Gelegenheit, ohne den ernsten Willen an den Tag zu legen, den Nationalitätenzwist — was damals dringend gewesen wäre — zu schlichten. Die verfehlte innere Politik, die politische Propaganda der Feinde, infolge deren die nichtdeutschen Volksstämme immer offener sich auflehnten, der Wandel des Kriegsglückes und die Entkräftung des Hinterlandes führten zuletzt einen Zustand verzweifelter Ratlosigkeit herbei. In der Absicht, durch ein Äusserstes den Staat zu retten, wurde am 17. Oktober 1918 ein kaiserliches Manifest veröffentlicht, das den österreichischen Völkern Selbstbestimmung und den staatlichen Gemeinwesen, die sie bilden würden, Selbständigkeit verhiess. Während aber das Manifest an einen Bundesstaat dachte, sprengten die „Völker", ihres qualvollen Zusammenlebens müde, jede Gemeinschaft und schufen sich Staaten, die durch nichts mehr aneinander gebunden und keinerlei übergeordneten Gewalt unterworfen waren. Auch Ungarn löste sein seit langem zielbewusst gelockertes staatsrechtliches Verhältnis zu Österreich. Die nichtdeutschen Neustaaten rückten alsbald von den früheren gemeinsamen Einrichtungen und Verbindlichkeiten ab und ihre alte Gegnerschaft wider die Deutschen vermochte auch der Umsturz nicht zu mildern; ihr Groll gegen die „Wiener Regierung" übertrug sich auf Deutschösterreich.

Diese Vorgänge stellten den Friedensschluss vor eine doppelte Aufgabe. Es mussten, wie im deutschen Friedensvertrage, die Bedingungen für das Ende des Kriegszustandes verabredet und wenigstens in den Hauptzügen, das Verhältnis zwischen Deutschösterreich und den übrigen selbständig gewordenen Ländern geordnet werden. Beides konnte wegen der Gleichheit der Vertragsparteien in derselben Urkunde geschehen, die Rechtstitel waren jedoch verschieden: in einem Falle Krieg und Sieg, im anderen die frühere Staatsgemeinschaft. Demgemäss war Deutschösterreich einesteils als ein Unterlegener, der sich bedingungslos ergeben musste, den Kriegsgegnern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, andernteils war es zugleich unabhängig vom Ausgange des Krieges, ein den früheren Staatsgenossen gleichberechtigtes Glied des aufgelösten Verbandes.

* * *

I. Auseinandersetzung unter den ehemals österreichischen Ländern. Die beiden Gesichtspunkte vermengend legte man der Auseinandersetzung den nach dem geschichtlichen Hergange falschen Satz zugrunde, Deutschösterreich sei der alleinige Rechtsnachfolger der österreichischen Reichshälfte, und leitete daraus die Befugnis ab, sämtliche Fragen, die durch den Zerfall der Monarchie zwischen jenen Staaten entstanden sind, nicht nach Liquidationsrecht, sondern auf Kosten des besiegten Deutschösterreichs und zugunsten der nichtdeutschen Volksstämme zu regeln.[1]) Das wurde nach allen Richtungen schonungslos durchgeführt.

a) Was die Gebietsaufteilung anlangt, wurden das deutsche Südtirol und die von Deutschen besiedelten Teile der Sudetenländer von Deutschösterreich abgetrennt. Ferner wurden Stücke des urdeutschen Niederösterreichs dem tschechoslovakischen Staate zugeschlagen, um dessen Eisenbahnnetz zu vervollständigen, und der jugoslavische Staat erwarb in Kärnten und Steiermark gleichfalls überwiegend von Deutschen bewohnte Gegenden. Nur in einem einzigen Falle (Grenzzug im Klagenfurter Becken in Kärnten) wurde Volksabstimmung zugelassen, doch mit einem den Slowenen günstigeren Abstimmungs-Verfahren. Desgleichen wurden von dem an Deutschösterreich anzugliedernden Deutsch-Westungarn fruchtbare und wertvolle rein deutsche Teile abgeschieden, um dem tschechoslovakischen Staate den Weg zur Donau und zum Meere in der ihm genehmsten Weise zu sichern. So gingen fast 40 000 Quadrat-Kilometer, d. i. mehr als ein Drittel des österreichischen Bodens verloren, der seit Jahrhunderten von Deutschen bewohnt und bebaut war und an dem die nichtdeutsche Bevölkerung geringen Anteil hatte. Sollte selbst

[1]) Vgl. darüber meinen Aufsatz: Der Friedensvertrag von St. Germain, Deutsche Juristen-Zeitung, 24. Jhg., Heft 23/24, Sp. 945 ff.

Westungarn (4364 Quadrat-Kilometer) in den Besitz Deutschösterreichs gelangen, was die Magyaren mit allem Eifer zu hintertreiben suchen, so wäre dieser Erwerb kein Ersatz für das entrissene Gebiet. Auf die Volkszählung des Jahres 1910 zurückgeführt bedeutet der Gebietsverlust einen Bevölkerungsentgang von mehr als 3,87 Millionen Menschen, wobei die Einwohner der sicher deutschen Kärntner Abstimmungszone schon als Habenpost berücksichtigt sind. Deutschösterreich im Umfange des Friedensvertrages, also mit Westungarn (ungefähr 345 000 Einwohner) wird nicht viel mehr als 6,27 Millionen Seelen umfassen, somit zwischen Belgien und den Niederlanden reihen. Dieser Menschenraub ist um so empörender, als die von ihren Volksgenossen abgelösten Deutschen gegen ihren Willen Völkern untertänig werden, die aus ihrer, den Deutschen feindseligen Gesinnung nie Hehl gemacht haben.

Die Verstümmelung seines Gebietes und der Verlust fast der Hälfte der Bevölkerung, auf die es zählen zu dürfen glaubte, ist ein vernichtender Schlag für Deutschösterreich. Es wird ihm damit der deutsche Teil der Zucker-, Textil- und Kohlenindustrie sowie die deutsche Landwirtschaft in Böhmen, Mähren und Schlesien[2]) und die Arbeits- und Steuerkraft der tüchtigen deutschen Bewohnerschaft dieser Länder genommen. Da auch das früher einheitliche österreichisch-ungarische Währungs-, Wirtschafts- und Verkehrsgebiet in Stücke ging und ebenso die frühere Kreditorganisation zerbrochen ist, hat Deutschösterreich fortan mit einem steigenden Passivum seiner Ernährungs-, Volks- und Finanzwirtschaft zu rechnen. Ausserstande, durch seine eigene Produktion sein Nahrungsdefizit und seinen Rohstoffbedarf selbst zu decken und die ungeheuren Summen aufzubringen, die für die Bezahlung der erforderlichen Einfuhr sowie für Verzinsung und Tilgung seiner alten und neuen Schulden nötig wären, ist wirtschaftlich-finanziell in Frage gestellt, ob Deutschösterreich überhaupt als selbständiges Staatswesen werde bestehen können. Der Friedensvertrag wahrt die Existenzbedingungen Deutschösterreichs in keiner Art. In einigen seiner Länder haben daher die Landtage im Dezember 1919 den Zusammenschluss mit dem Deutschen Reiche zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiete oder den Anschluss an das bayrische Wirtschaftsgebiet beschlossen, als einziges Mittel, um Land und Volk vor dem gänzlichen Zusammenbruche zu retten. Die Entente will die wahren, von ihr verschuldeten Ursachen dieser Notlage und dieser Forderungen nicht sehen und erwiderte jene Beschlüsse mit der Erklärung, dass die politische und wirtschaftliche „Unabhängigkeit" Deutschösterreichs nicht beeinträchtigt werden dürfe (17. Dezember 1919). Die Angehörigen Deutschösterreichs werden in ihrer Mehrheit kaum geneigt sein, dieser fixen Idee halber unterzugehen. Jedenfalls ist ein unter solchen Umständen ergehendes Machtgebot kein Schlusspunkt geschichtlicher Entwicklung.

b) Bei ihrem Zerfalle hinterliess die Monarchie zwei gewaltige Schuldposten: die Staatsschulden und die Haftung für die Kriegsschäden der Sieger. Alle Staaten, an die ehemals österreichische Gebiete übergegangen sind, müssen Teile der alten österreichischen Staatsschuld auf sich nehmen; den Verteilungsschlüssel hat die Wiedergutmachungs-Kommission zu bestimmen. Deutschösterreich sind aber — eine neuerliche Vermischung von Liquidation und Diktatfrieden — über das hinaus, was es wie die übrigen Teilnachfolger zu leisten hat, noch Mehrbelastungen vorgeschrieben, die es allein tragen muss. Es hat allein für diejenigen Vorkriegs-Schulden aufzukommen, die weder auf Eisenbahnen, Salzbergwerken oder anderem Vermögen besonders sichergestellt, noch in Form von Wertpapieren aufgenommen sind. Ferner hat Deutschösterreich allein für den Teil der österreichischen Kriegsanleihen zu haften, der im Besitze von Angehörigen oder Regierungen solcher Staaten ist, denen keine Gebiete der früheren Monarchie zugewiesen wurden, und ebenso für alle während des Krieges von der österreichischen Regierung aufgenommenen Schulden, für

[2]) Beispielsweise wird sich, die Ernteergebnisse des Jahres 1913 zum Vergleiche genommen, die Ernte (Westungarn inbegriffen) gegenüber dem deutschösterreichischen Staatsgebiete, wie es die Vollzugsanweisung des Staatsrates vom 3. Januar 1919, St.G.Bl. Nr. 4 umschrieben hat, vermindern: in Weizen um 887 239 M.Cr., in Roggen um 4 165 546 M.Cr., in Gerste um 2 302 724 M.Cr. und in Hafer um 23 818 961 M.Cr.. Die im Jahre 1910 im bezeichneten Gebiet erzeugte Holzmenge wird (ohne Westungarn) an Nutzholz um 2 714 438 Festmeter und an Brennholz um 1 777 566 Festmeter abnehmen. Der Ausfall an Steinkohle dürfte sich im Vergleiche zu 1913 belaufen auf 355 516 M.Cr. und der an Braunkohle auf 228 231 432 M.Cr. Von der Zuckererzeugung der Betriebsperiode 1912/13 im Ausmasse von 5 458 712 M.Cr. verbleiben Deutschösterreich nach den Grenzen des Friedensvertrages lediglich 651 258 M.Cr.

die keine Wertpapiere ausgegeben wurden.[3]) Den Mut, zu sagen, wer die Milliarden an Kriegsanleihe zu verzinsen und zurückzuzahlen haben werde, die in Form von Effektenemissionen aufgenommen wurden und im ehemaligen österreichischen Inlande geblieben sind, brachte die Friedenskonferenz nicht auf. Das hat jeder der Neustaaten mit sich selbst und seiner Bevölkerung abzumachen. Gegen Kapital- und Zinsenansprüche von Bürgern der übrigen sog. Sukzessionsstaaten ist Deutschösterreich durch den Friedensvertrag geschützt. Auf die Aussichten seiner eigenen Staatsangehörigen, die Kriegsanleihe besitzen, drückt seine trostlose Finanzlage.

c) Noch einseitiger ist die Wiedergutmachung geregelt. Von allen früher österreichischen Ländern ist nur Deutschösterreich entschädigungspflichtig und um den Schein von Recht zu wahren, musste es im Vertrage anerkennen, mit seinen Verbündeten Urheber aller Verluste und Schäden zu sein, welche die gegnerischen Staaten und deren Bürger infolge des ihnen aufgezwungenen Krieges (!) erlitten haben. Mit einer grossmütigen Gebärde wird zugegeben, dass Deutschösterreich vollen Ersatz nicht leisten können, seine Ersatzpflicht ist dennoch so umzirkt, dass die Beschränkung des Ersatzes auf die Schäden der Zivilbevölkerung wenig besagt und zur Kriegsentschädigung im alten Sinne nicht viel fehlt. Ausserdem ist es eine Grossmut ohne Risiko, denn für alles, was Deutschösterreich nicht leistet, hat Deutschland einzustehen: sowohl für Schäden, die Deutschösterreich nicht gut zu machen hat, wie für die Beträge, die es nicht zahlen kann. Eine Frist für die endgültige Festsetzung des Betrages der Gutmachung ist nicht angegeben, nur ist die Schuld binnen dreissig Jahren zu begleichen. Da aber Aufschub der Zahlungen erfolgen oder eine andere Behandlung bestimmt werden kann, ist die Verpflichtung trotz der Zahlungsfrist eine unbegrenzte, sowohl in Bezug auf das Fordern wie auf das Abzahlen. Für diese Schuld haften der gesamte Besitz und die sämtlichen Einnahmequellen Deutschösterreichs kraft einer daran bestellten ersten Hypothek. Aus dieser Pfandhaftung wurde im Dezember 1919 das Tabakmonopol ausgeschieden, um behufs Anschaffung von Lebensmitteln verpachtet oder anderweitig verpfändet zu werden. Eine ähnliche Freigabe der staatlichen Kunstschätze soll bevorstehen und wie die Dinge sich anlassen, werden weitere Ausnahmen nicht hintanzuhalten sein. Die Gutmachungs-Kommission ist eine und dieselbe für Deutschland und Deutschösterreich; für die Sonderfragen des letzteren ist ein Unterausschuss gebildet. Der Dienst der Kommission ist für beide Teile gleich geregelt. Nur das deutschösterreichische Vermögen im feindlichen Auslande haftet für die Wiedergutmachung, was dem Lande eine weitere Ersatzpflicht auflastet. Dazu kommt, dass auch Deutschösterreich wie Deutschland für den Ausfall einzustehen hat, den ausländische Gläubiger beim Eintreiben ihrer Forderungen an deutschösterreichische Staatsangehörige erleiden. Rechnet man die sonstigen ausgiebigen Verpflichtungen hinzu, die Deutschösterreich übernehmen musste[4]), so sind das Auflagen, die es zwingen, das Los eines verarmten und siechen Gemeinwesens zu tragen, das zwar niemals die Friedensbedingungen wird ganz erfüllen können, immer jedoch ähnlich der Türkei das

[3]) Die Gesamtsumme, mit der hiernach Deutschösterreich an den Kriegsschulden der Monarchie beteiligt ist, wird in der Antwort der deutschösterreichischen Friedensdelegation auf die Friedensbedingungen mit 36,5 Milliarden veranschlagt (davon Kriegsanleihe auf deutschösterreichischem Gebiete 25 Milliarden, in anderen Auslandsstaaten als den Nationalstaaten 1 Milliarde und nicht durch Wertpapiere repräsentierte Kriegsschulden 10,5 Milliarden). Der Anteil an den österreichischen Vorkriegsschulden mit allen übrigen Verpflichtungen, die Deutschösterreich nach dem Friedensvertrage treffen würden (Garantien, Pensionen, Anteil an der Schuld des ungarischen Staates, Anteil an der Bankschuld u. a.), beziffert jene Antwort mit ungefähr 23,5 Milliarden. Sie knüpft daran die Bemerkung: „Dass ein Staat mit sechs Millionen Einwohnern eine so phantastische Schuldensumme (nach obigem 60 Milliarden), die eine Kopfquote von 10 000 Kronen ergibt, selbst dann nicht zu tragen vermöchte, wenn er zu den reichsten der Erde gehörte und wenn er nicht nach einem erschöpfenden Kriege und einer noch nie dagewesenen und seine produktive Wirtschaftsenergie aufs empfindlichste schädigenden Zerstückelung entstanden wäre, bedarf wohl keinen Beweis". (Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation, II, S. 178 ff.)

[4]) Lieferung von Vieh und verschiedenen wertvollen Rohprodukten, Stoffen und Waren, Abtreten von Schiffen, Überlassen von Rechten und Interessen seiner Staatsbürger an öffentlichen Unternehmungen und ausländischen Konzessionen, Verzichte auf Ansprüche aus Trusts, Kartellen usw., die abgetretene Gebiete berühren, Rückerstattung der von solchen Gebieten während des Krieges bezahlten Unterhaltsbeiträge, Unterstützungen und ihrer Requisitionsleistungen, Rückstellung weggeführter, beschlagnahmter oder sequestrierter Wertpapiere oder sonstiger Gegenstände u. a. m.

Damoklesschwert einer gebieterischen Betreibung oder eines Ultimatums über sich hat. Die Härte der finanziellen Klauseln sowie einige Bestimmungen über die Wiedergutmachung sollen zwar von Fall zu Fall abgeschwächt werden können. Das sind aber Gnaden, die verdient werden müssen und die Abhängigkeit des besiegten Landes noch erhöhen. Es wird dadurch zur Drahtpuppe.

d) Kulturgeschichtlich bemerkenswerten Inhaltes ist einiges von den besonderen Bestimmungen über die Wiedergutmachung. Es betrifft die Rückgabe oder Ausfolgung von Kunstwerken und Handschriften, die schon während des Waffenstillstandes zu eigenmächtigen Eingriffen italienischer Organe in Wiener Kunstsammlungen und Bibliotheken Anlass gegeben hatten. Im Friedensvertrage wird ein Doppeltes verfügt. Es soll der rechtmässige Erwerb von Kunstgegenständen und Handschriften, die im Laufe der letzten Jahrhunderte von der früheren Dynastie oder von den nach Österreich übersiedelten italienischen Herrscherfamilien aus Italien, Belgien, Polen und aus der Tschechoslovakei weggeführt wurden, von einem Juristenkomité, das die Wiedergutmachungs-Kommission ernennen wird, mit der Wirkung überprüft werden, dass rechtswidrig Fortgebrachtes zurückgestellt werden muss. Auf die Auswahl der Richter hat Deutschösterreich keinerlei Einfluss, ihr Spruch ist unanfechtbar und wird daher Befehl sein, gerade so wie die Verneinung der Rechtsverwirkung durch unvordenkliche Verjährung Gewalt ist. Das zweite ist eine Bestimmung, deren Grundgedanke ebenfalls mit uralten Überlieferungen bricht. Der Bestand gewisser Sammlungen wird für zwanzig Jahre als unveräusserlich und unveränderlich erklärt, jedoch — und das ist das Wesentliche — ist Deutschösterreich verpflichtet, auf Verlangen im Wege gütlichen Übereinkommens aus diesen Sammlungen „den beteiligten Staaten“ alle Gegenstände künstlerischen, archäologischen, wissenschaftlichen oder geschichtlichen Charakters zu überlassen, die zum Kulturbesitze eines abgetretenen Gebietes gehören, damit sie „in ihr Ursprungsland zurückgebracht werden können“. In der Erwiderung der Friedensdelegation ist darauf verwiesen, dass Jahrtausende an der Internationalität von Wissenschaft und Kunst festgehalten und den rechtmässigen Erwerb ausländischer wissenschaftlicher und künstlerischer Werke anerkannt haben und es ein (ganz neuer und man könnte sagen: über-) nationalistischer Gedankengang sei, eine streng nationale örtliche Konzentration der Kunst- und Gelehrtenleistungen durchsetzen zu wollen (Bericht, II., S. 158).

e) Das Recht der einzelnen Volksstämme auf Wahrung ihrer Nationalität und Sprache, das früher die Staatsverfassung gewährleistete, nimmt nun der Friedensvertrag in seine Hut. Die Staaten des ehemaligen Cisleithanien werden durch den Friedensvertrag — so Deutschösterreich — oder durch besondere Verträge mit den Hauptmächten — so Iugoslavien, die Tschechoslovakei und Rumänien — verpflichtet, den nationalen und religiösen Minderheiten ihren Schutz angedeihen zu lassen. Die Minderheitsrechte beziehen sich hauptsächlich auf den freien Sprachgebrauch und die Befugnis der Minderheiten, auf eigene Kosten oder sogar mit Pflichtunterstützung aus Staats- oder Gemeindemitteln, Wohltätigkeits-, religiöse, soziale und Erziehungsanstalten für ihre Angehörigen zu errichten und zu erhalten. Sie stehen unter dem Patronate des Völkerbundes und etwaige Streitigkeiten zwischen Staat und Minderheiten sind dem Schiedsgerichte des Völkerbundes zugewiesen. Der Hang, den Nichtdeutschen Berechtigungen aufs zuvorkommendste, den Deutschen hingegen aufs knappste und zurückhaltendste zuzumessen, offenbart sich auch in diesem Bereiche der Auseinandersetzung. Den Tschechen in Wien, neben den Millionen Deutschen in den Sudetenländern eine verschwindend geringe Zahl, werden dieselben Rechte eingeräumt, mit denen sich die Sudetendeutschen begnügen müssen, die im Unterschiede von den Wiener Tschechen ein in ihrer Heimat seit Jahrhunderten bodenständiger und sesshafter Teil der Bevölkerung sind. Ihnen wird die begehrte nationale Autonomie verweigert, während eine halbe Million Südkarpathen-Ruthenen, ein national und kulturell noch wenig entwickeltes Volk, sie im vollsten Masse besitzen wird. Dauernden Frieden säet der Friedensvertrag hier ebensowenig wie sonst.

f) Da das einheitliche Geldwesen infolge der unüberlegten jugoslavischen und tschechoslovakischen Abstempelung der Banknoten bald ein Ende nahm, musste im Friedensvertrage auch für die Liquidation der Notenbank vorgesorgt werden. In der österreichisch-ungarischen Bank waren alle Volksstämme der Monarchie gleichberechtigt, in bezug auf die Notenausgabe wie auf den Kredit. Für die Aufteilung der Bankaktiva und der Bankschulden nimmt jedoch der Friedensvertrag eine willkürliche ungerechte Sonderung vor: Deutschösterreich und Ungarn sind die Aschenbrödel,

den mit der Entente verbündeten Nationalstaaten wird ein fröhlicher Abschied bereitet. Die bisherige Währung ist in den einzelnen Staaten durch neues Geld zu ersetzen. Deutschösterreich und Ungarn haften allein für die Noten, die sich am 15. Juni 1919 ausserhalb der früheren Gebiete der Monarchie befanden, und ebenso für die als Notendeckung hinterlegten Schuldverschreibungen, soweit diese nicht infolge Konvertierung durch die Sukzessionsstaaten ungültig geworden sind. Man hat an den Bestimmungen dieses Abschnittes, in deren Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann, mit Recht getadelt, dass sie der Billigkeit widersprechen, die ausländischen Gläubiger verkürzen und einen Teil der Notenbesitzer sowie alle anderen Gläubiger der Bank zum Vorteile der Nationalstaaten entrechten, die bei Aufteilung der Bankschuld ausserordentlich bevorzugt werden.[5]) Die österreichisch-ungarische Bank selbst sieht in diesen Vorschriften eine Verletzung des Bankprivilegs und bezeichnet sie als unklar und widerspruchsvoll sowie als technisch undurchführbar. Das scheint richtig, denn schon der erste Schritt, der Beginn der Liquidation am Tage nach Unterzeichnung des Friedensvertrages musste unterbleiben und die deutschösterreichische und ungarische Regierung verlängerten auf unbestimmte Zeit das Privilegium der Bank.

g) Die im Friedensvertrage angeordnete Abrüstung greift über das Verhältnis zwischen den ehemals österreichischen Ländern hinaus, die ungleiche Behandlung bei der Auseinandersetzung erstreckt sich aber auch hierauf. Deutschösterreich muss auf die allgemeine Wehrpflicht verzichten und kostspielige Söldnertruppen erhalten. Die Gesamtstärke des Heeres darf einschliesslich der Offiziere und Depottruppen 30 000 Mann nicht überschreiten. Ähnlich den Bestimmungen des deutschen Friedensvertrages sind Heeresergänzung, militärische Ausbildung, Schulen und Unterrichtsanstalten, Bewaffnung, Materiale und Befestigungen allen möglichen Verboten, Beschränkungen und Überwachungen unterworfen. Weder See- noch Luftstreitkräfte oder lenkbare Luftschiffe dürfen gehalten werden. Von ähnlichen Massregeln für die nichtdeutschen Nationalstaaten sieht der Friedensvertrag ab. Die blosse Nachricht, es seien auch für sie Bestimmungen über die Stärke des Heeres geplant, erregte dort solchen Unwillen, dass es davon alsbald stille wurde. Über die Ungleichheit muss sich Deutschösterreich, wiewohl es gegen eine Verminderung des militärischen Aufwandes nichts einzuwenden hätte, deshalb beklagen, weil eine bloss für dieses Staatswesen geltende Beschränkung, nicht unabsichtlich, dessen Wehrlosigkeit steigert und es im selben Masse gegen seine einstweilen noch nicht gesättigten alten Widersacher politisch und wirtschaftlich ohnmächtiger macht.

* * *

II. Die Beziehungen zu sämtlichen kriegführenden Staaten. Das gleiche Kriegsschicksal gab zu vielen Übereinstimmungen in diesen Abschnitten des deutschen und deutschösterreichischen Friedensvertrages Anlass. Zu solchen führte ferner die Internationalität gewisser Anstalten und die Gleichheit oder nahe Verwandtschaft der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kultur der früheren Bundesgenossen, die selbst die Friedenskonferenz als eine Tatsache anerkennen musste. Da ferner ein Teil der hierher gehörigen Bestimmungen (z. B. politische Bestimmungen über Europa, Staatsangehörigkeit, aussereuropäische Interessen u. a.) von geringerem allgemeinen Belange ist, dürften die folgenden Bemerkungen genügen:

a) Der Friedensvertrag verfolgt auf allen gangbaren Wegen das Ziel möglichster Sicherheit für die Geldansprüche, welche die Ententestaaten und deren Angehörige an Deutschösterreich zu stellen sich berechtigt halten (erste Hypothek, Prüfungs- und Ausgleichsämter, Beschlagnahme des deutschösterreichischen Vermögens im feindlichen Auslande, Haftung des Staates für die uneinbringlichen Forderungen, Ordnung des Geldwesens, gemischte Schiedsgerichtshöfe u. a., mit den bezüglichen Anstalten des deutschen Friedensvertrages zumeist wesentlich gleich). Dieser gewaltige Apparat verrät den Entschluss, möglichst wenig von den hoch aufgetürmten Ansprüchen an Deutschösterreich zu verlieren und sich von den verschiedenen Befriedigungsmitteln nichts entgehen zu lassen. Das muss naturgemäss die Hoffnungen herabstimmen, die an die Stundungs- und Milderungsrechte der Gutmachungs-Kommission geknüpft werden. Die getroffenen Vorkehrungen erheben vielmehr das Aufbringen von Geld, um den Anforderungen des Friedensvertrags zu entsprechen, für Deutschösterreich zu einem Staatszwecke, vor dem die bisherigen Wohlfahrts- und

[5]) Der österreichische Volkswirt, 11. Jhg., Nr. 44, S. 830.

Kulturaufgaben sich vielleicht werden mehr oder weniger zurückziehen müssen. Auch auf sie Rücksicht zu nehmen, wurde der Gutmachungs-Kommission im Friedensvertrage nicht zur Pflicht gemacht.

b) Die Länder der Entente und ihre Bürger sollen ferner in die Lage versetzt werden, sich innerhalb Deutschösterreichs so frei und ungebunden als irgendwo oder noch freier zu bewegen. Was dem dienlich sein kann, ist zusammengetragen: **1.** Es ist im weitesten Umfange Meistbegünstigung für Ein-, Aus- und Durchfuhr verbürgt und Gleichstellung in der Ausübung von Handwerk, Beruf, Handel und Industrie sowie in der Besteuerung des Eigentums und in anderen Abgaben. Die Meistbegünstigung ist abgestuft; sie ist je nachdem Gleichbehandlung mit allen anderen Fremden, mit den Angehörigen der meistbegünstigten Nation oder mit den Inländern. **2.** Die Ententeländer haben Anspruch auf zollfreie, uneingeschränkte und unkontrollierte Durchfahrt auf allen Schienen-, schiffbaren Wasserwegen und Kanälen zu den günstigsten Verkehrsbedingungen und mit raschestem Grenzübergange. Auch darin sind sie den deutschösterreichischen Staatsangehörigen gleichzustellen. Ihr Verkehr soll keinen anderen Bindungen unterliegen als die sich aus den allgemeinen inländischen Vorschriften über Zollwesen, Polizei, Sanitätspflege usw. ergeben. In Bezug auf Tarife, direkten Verkehr, Wagenausrüstung, internationale Abkommen muss den Wünschen der Entente Folge gegeben werden. **3.** Deutschösterreich muss eine Anzahl Bahnen an Italien abtreten, es sind neue für Italien vorteilhafte Bahnen zu bauen und der tschechoslovakische Staat hat auf einigen deutschösterreichischen Linien eine berechtigungsreiche Verkehrsservitut. **4.** Gleich günstig für die Ententestaaten sind die Bestimmungen über den Telegraphen- und Telephonverkehr. Auf Wunsch des tschechoslovakischen Staates müssen direkte Telegraphen- und Telephonlinien eingerichtet werden, die gegen Bezahlung einer jährlichen Gebühr, obwohl auf deutschösterreichischem Boden angelegt, dem Verkehre vom und zum tschechoslovakischen Staate ausschliesslich vorbehalten sind. Nicht einmal das sonst solchenfalls übliche Recht, den Dienst unter gewissen Voraussetzungen einzustellen, ist Deutschösterreich gelassen. **5.** Behufs möglichst ungehemmter Bewegung auf deutschösterreichischem Gebiete ist zugunsten der verbündeten und verbundenen Mächte die volle Flug- und Landungsfreiheit für die Luftschiffahrt festgesetzt, das Flussgebiet der Donau unter die Verwaltung eines interalliierten Ausschusses gestellt und die administrative und technische Neuordnung von Privatbahnen, deren Netz sich über die Grenzen mehrerer Staaten ausbreitet, durch zwischenstaatliche Verabredungen in Aussicht genommen. **6.** Endlich wird der zwischenstaatliche geschäftliche Verkehr wieder eingerenkt durch Vorschriften über Verträge, Verjährung und Urteile, über unlauteren Wettbewerb, über literarisches, künstlerisches oder gewerbliches Eigentum u. a., alles ganz im Sinne der Interessen der Mitglieder des Vielbundes. Dagegen ist Deutschösterreich der freie Zugang zum adriatischen Meere zugestanden und eine platonische Sicherung gegen Erschwerung der Kohlenausfuhr aus dem tschechoslovakischen und polnischen Staate gegeben worden. Sie hat die beständigen Kohlenkrisen bisher weder verhindert noch gelindert. Für drei Jahre — eine Frist, die aber der Rat des Völkerbundes nach freiestem Ermessen verlängern kann — kommen die unter 1 bis 4 aufgezählten Rechte und Ermächtigungen den Ententeländern (die ehemals österreichischen Länder ausgenommen) als einseitige Begünstigungen zustatten. Nach fünf Jahren erlöschen sie, wenn nicht der Rat des Völkerbundes sie zu erstrecken beschliesst. Diese Bedingungen, für welche die geographische Lage Deutschösterreichs als Kreuzungspunkt der Nord-Süd- und Ost-Westlinien von Handel und Verkehr massgebend gewesen sein sein dürfte, schalten dieses Staatswesen für einen ungewissen Zeitraum als Träger einer eigenen Handels- und Verkehrspolitik aus und machen es zu einem einfachen Anhängsel der fremden Wirtschaftsgebiete, in dem diese alles finden, was sie für leichte und billige Ein- und Durchfuhr benötigen. Die wirtschaftliche Erholung Deutschösterreichs ist dadurch noch mehr erschwert und seine Verschuldung an das Ausland muss wachsen. Von der einmal kommenden Gegenseitigkeit hat es wenig zu erwarten. Die Handels- und Verkehrspolitik des Friedensvertrags wahrt übrigens nicht einmal die durch den Friedensvertrag begründeten Gläubigerinteressen der Entente.

c) Dem nach allen Seiten gefesselten Deutschösterreich ist überdies verboten, irgend einem anderen fremden Lande eine Vorzugsbehandlung in Ein-, Aus- und Durchfuhr zuzugestehen. Solange es dem Völkerbunde oder wegen der Einstimmigkeit seiner Beschlüsse, Frankreich gefällt, ist somit Deutschösterreich zur Vereinsamung verurteilt und ausschliesslich dem Verkehre mit den

Ententestaaten ausgeliefert. Da sich Deutschland dadurch vielleicht doch nicht von einer Vereinigung mit Deutschösterreich abhalten liesse, wurde im Friedensvertrage überdies dessen „Unabhängigkeit" als unveräusserlich erklärt. Es ist festzuhalten, dass dies in letzter Stunde geschah, ohne der Friedensdelegation Gelegenheit gegeben zu haben, sich darüber zu äussern, somit eine offenbare Vergewaltigung. Diese Unabhängigkeit ist angesichts der völligen Unselbständigkeit Deutschösterreichs und seines Unvermögens, sich in seinen Lebensfragen nach eigenem Gutdünken zu entscheiden, eine Verhöhnung. Als Verbot des Anschlusses an Deutschland verleugnet sie zugleich die den Völkern verheissene staatliche und nationale Selbstbestimmung. Zu allem übrigen ist es noch eine den Deutschen nachteilige Ungleichheit mehr, denn während die nationale Vereinigung der Italiener, Rumänen, Polen, Tschechen, Slovaken, Slowenen, Serben und Kroaten ohne Zögern zugegeben wurde, ist das nämliche den Deutschen allein verwehrt. Von ihnen allein werden statt dessen die schwersten nationalen Opfer gefordert: von den Deutschen Südtirols um der militärischen Unangreifbarkeit Italiens willen, von den Deutschen der Sudetenländer, um Böhmen seine geschichtlichen Grenzen wiederzugeben, und von den übrigen Deutschösterreichern, um nicht das Gleichgewicht Mitteleuropas zu stören.

* * *

Was die Friedenskonferenz bei diesem Friedensschlusse vorhatte, kann kaum zweifelhaft sein. Vielleicht betrachten die siegreichen Mächte das deutschösterreichische Problem, da sie nun die ersten Früchte ihrer Staatskunst reifen sehen, jetzt schon mit anderen Blicken. Nach seinen Bedingungen konnte ihnen beim Abschlusse des Vertrages nichts anderes vorschweben als die politische und nationale Nullifizierung und die dauernde wirtschaftliche und finanzielle Entkräftung Deutschösterreichs, ein Zustand des nicht leben und nicht sterben können, der diesem Lande jedes Eigenleben abschneidet und es zu einem Versatzstücke auf der politischen Bühne macht, mit dem die Regisseure der europäischen Politik nach Bedarf und Belieben schalten. Das und nicht, wie die Lobredner des Friedensvertrages vorgeben, der traurige Zustand Deutschösterreichs, an dem übrigens niemand mehr als die Entente selbst schuldig ist, bildet den letzten Grund für die eigentümliche Unfertigkeit des Friedensvertrages und die Unsicherheit so vieler seiner Bestimmungen. Sie sind vielfach blos rahmenartig, weil man auf diese Weise die Zügel nach Wunsch anziehen oder schiessen lassen kann. Deutschösterreich kann daher in fast allen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nur mit zweifelhaften Möglichkeiten rechnen, was planmässiges Arbeiten an der Wiederaufrichtung sachlich und seelisch erschwert und entweder zur Katastrophenpolitik oder zur Lotteriephilosophie drängt. Der Friedensvertrag ist sowohl in dieser Hinsicht als mit Rücksicht auf die Grössen- und Stärkeunterschiede wenn denkbar noch drückender als der deutsche Friedensvertrag. Die Sieger haben darin die Hilfsquellen Deutschösterreichs unter dessen mit ihnen verbündeten Nachbarn verteilt und im Gegensatze zu dem, was vernünftig gewesen wäre, durch die Friedensbedingungen den notdürftigsten Bedarf Deutschösterreichs sowie dessen Arbeit und Erwerb in Frage gestellt. Der Friedensvertrag ist so der ärgste Feind der Lebensfähigkeit eines selbständigen Deutschösterreichs geworden, er hat diese nach allen Regeln der Kunst zerstört. Jede neue Nahrungsmittel- oder Kohlenschwierigkeit beweist abermals die Unhaltbarkeit des Vertrages. Er wird des Prestiges wegen mit schweren Geldopfern aufrecht erhalten, doch diese Opfer können zu keinem Ziele führen. Die Revision des Friedensvertrages ist unabwendbar. In England und in den Vereinigten Staaten hat man dies schon einzusehen begonnen. Eine nicht zu unterschätzende Strömung verurteilt und verwirft die Härten und Mängel der Friedensverträge, spricht ihnen jeden moralischen Wert ab und verlangt, dass sie durch Verträge ersetzt werden, die den Idealen der Völker mehr entsprechen.[6]) Im Zerstören des Bestehenden haben sich die Ententemächte als Meister erwiesen; ihr Versuch, Europa neu zu organisieren, ist hingegen gründlich misslungen. Dazu müssen neue höhere und idealere Kräfte in Bewegung gesetzt werden, denn im Friedensvertrage treiben ausschliesslich die Gedanken ihr Unwesen, die zum Kriege geführt haben und neue Kämpfe heraufzubeschwören geeignet sind.

---

[6]) Ueber anderthalbhundert abfälliger Urteile aus den Entente- und den neutralen Ländern sind in der Schrift von Alfred H. Fried, Der Weltprotest gegen den Versailler Frieden (Leipzig, 1920) gesammelt.

b) Der tschecho-slovakische Staat.

Von Dr. **Franz Soukup,**
Justizminister a. D. in Prag.

Völker haben nicht bloss ein gutes Gläubigergedächtnis, sondern auch ein scharfes Ahnungsvermögen. Das gilt sicher auch von den Tschechen. Sie haben niemals vergessen, dass sie einst frei und unabhängig waren und dass es ihr unausgesetztes Bestreben sein müsse, die verlorene Unabhängigkeit und staatliche Eigenberechtigung wieder zu gewinnen. Die Geschichte war auch ihr unverschüttbarer Jungbrunnen, aus welchem sie in der Zeit ihrer Erniedrigung Kraft und Trost schöpften. Geschichtslose Völker werden leicht aus dem Gedächtnis der Menschheit ausgelöscht, Nationen aber, die mit ihren Ideen und Werken ganze Kapitel der Weltchronik gefüllt haben, können nicht in die Nacht des Vergessens untertauchen, auch wenn die Kontinuität ihrer Staatlichkeit auf Jahrhunderte unterbrochen ist. Die tschechische Nation ist in dem grossen Ringen um die Gewissensfreiheit unterlegen; sie exponierte sich in diesem gewaltigen Geisteskampfe, der allerdings die blutigsten Kriege hervorrief, nicht für sich, sondern für alle Kulturvölker. Oder vermag man sich die europäische Geschichte ohne die grandiose Gestalt des Johannes Hus vorzustellen? Die inneren Glaubenswirren in Böhmen führten zum Verluste der politischen Freiheit. Wenn auch die Dynastie fiel, und Böhmen zu einem blossen Königreich in partibus herabsank, wenn im Laufe der Zeit durch die nivellierende Kraft des österreichischen bürokratischen Systems die Spuren an das einstige staatliche Eigenleben der tschechischen Nation planmässig getilgt wurden; wenn auch der obrigkeitliche Verstand darauf ausging, durch Zwangsimpfungen mit patriotischer Lymphe die tschechischen Kinder für die habsburgische Hausglorie empfänglich zu machen; wenn auch die Regierungen beharrlich und konsequent offiziell eine sprachliche Uniformität herzustellen suchten, so blieb dieses konzentrierte Sinnen und Trachten doch ohne den erstrebten Vollerfolg, denn es gelang nicht im Laufe von mehr als drei Jahrhunderten, den tschechischen Generationen die Erinnerung an die Vergangenheit, den Glauben an die Zukunft zu entreissen. Als darum der Weltkrieg ausbrach, zuckte es wie Erleuchtung durch alle tschechischen Hirne, dass vielleicht jetzt der Moment herandämmere, der endlich die Erfüllung der tschechischen Messiashoffnung bringen werde. Jetzt oder nie musste die Freiheit kommen, die Selbständigkeit wieder errungen werden. Darüber waren alle tschechischen Politiker einig, das fühlte instinktmässig jeder Volksangehörige. Aus dieser Seelenverfassung heraus muss man auch das ganze spätere Verhalten der Tschechen im Kriege erklären, will man zu einem richtigen und gerechten Urteil gelangen. Österreich hat wohl Länder erworben, es hat jedoch nicht die Kraft und Fähigkeit besessen, sich auch die Völker organisch einzugliedern. Um so intensiver musste das Verlangen der Tschechen sein, aus diesem Dämmerzustande herauszugelangen und wieder zum Licht und Feuer des eigenen Herdes vorzudringen. Sie hätten sich an ihren Ahnen und an ihren Nachkommen versündigt, wenn sie anders gehandelt und nicht die sich darbietende Gelegenheit mit Einsatz ihrer ganzen nationalen Persönlichkeit ausgenützt und die Renaissance ihres Staates mit den schwersten Opfern an Gut und Blut gesichert hätten. Zu einer Zeit, in der die offiziellen Lenker der verbündeten Mittelmächte den militärischen Triumph als unumstössliche Tatsache betrachteten und darnach auch ihre staatspolitischen Zukunftspläne für die Neugestaltung einrichteten, in diesem Augenblicke war bereits die tschechische Volksseele geradezu hellseherisch von der Überzeugung durchdrungen, dass der Ausgang des grandiosen Völkerringens mit der Existenz der Habsburgischen Monarchie bezahlt werden würde. Zwei Politiker von hohem Range, Dr. Masaryk und Dr. Beneš, verliessen Heimat, Familie, Beruf, um zu emigrieren und im Auslande eine Ausnützung der unausbleiblichen Katastrophe zugunsten der tschechischen Sache vorzubereiten, welche daheim einfach ausgeschlossen war. Was insbesondere Masaryk, ein erleuchteter Staatsmann und edelsinniger Humanist zugleich, in diesen Jahren erlebt, erlitten, angebahnt, durchgeführt hat, steht wahrlich ohne ein Pendant in der Geschichte dar. Man denke bloss, dass er am Ausgange der sechziger Lebensjahre stand, ein Leben voll Mühsal, Arbeit, Sorge und Enttäuschung hinter sich hatte, und man wird von Be-

wunderung erfüllt sein über die unverwüstliche Energie, Standhaftigkeit und Resistenz, mit welcher er unermüdlich Propagandareisen durch Europa, Amerika, Asien unternahm, Armeen völlig aus der Erde stampfte, Legionen organisierte, ihnen den Geist heldenmütiger Hingabe an Volk und Vaterland einflösste, mit staatsmännisch erleuchteten Denkschriften die Lenker der mächtigen Reiche für die Sache seines Volkstums gewann, die eigenen Volksgenossen, die zerstreut in allen Kontinenten lebten, zu einer, vom gleichen Willen beseelten Masse zusammenschweisste, welche opferwillig für die Kosten des Befreiungswerkes aufkam. Man erwäge das alles, und man wird begreifen, wenn die tschechische Nation zu Masaryk mit wahrhaft kindlicher Liebe und Verehrung aufblickt und in ihm ihren Befreier und Erlöser feiert. Neben Dr. Masaryk war es der jetzige Aussenminister Dr. Beneš, der in Wort und Schrift, durch Werk und Tat die Emanzipation des tschechischen Volkes von Österreich propagierte. Das Schicksal hat ihr Bemühen gekrönt. Die tschechische Nation ist frei und unabhängig geworden. Durch die unblutige Revolution vom 28. Oktober 1918 hat sie die Loslösung von Habsburg kraft ihrer Volksautorität und ihrer geschichtlichen Legitimität vollzogen und den tschechoslovakischen Staat aufgerichtet. Er wurde völkerrechtlich zunächst von den verbündeten Mächten, dann durch die Friedensschlüsse auch vom Deutschen Reiche und Österreich anerkannt und ist heute eine international bekräftigte staatsrechtliche Tatsache. In dem mehr als einjährigen Bestande hat die Tschechoslovakei ihre Lebensfähigkeit erwiesen. Weit früher und weit gründlicher als alle neugegründeten Staaten, hat sie sich innerlich konsolidiert, von der Verlassenschaft Österreichs auf kodifikatorischem Gebiete befreit, ihre kulturelle und wirtschaftliche Entfaltung gesichert und ihr Verfassungsleben fest fundiert. Das alles geschah in der Übergangsperiode des Werdens, in welcher noch nicht alle verfügbaren Kräfte und Energien frei waren. Sind doch die Grenzen des Reiches noch nicht vollständig und endgültig festgelegt, ob zwar die territoriale Gliederung eine merkliche Änderung nicht mehr erfahren wird. Die Abgrenzungskommissionen haben nur noch über kleine Gebietsstreifen zu entscheiden und ebenso werden die Volksabstimmungen in den strittigen Gebieten das kartographische Bild der Tschechoslovakei nicht sonderlich verändern. Nach amtlicher Angabe umfasst die tschechoslovakische Republik ein Territorium von 142 575 qkm mit 13 811 655 Einwohnern, wobei allerdings die Volkszählung vom Jahre 1910 als Grundlage dient, so dass trotz dem Weltkriege die heurige Zählung eine merklich höhere Ziffer ergeben dürfte. Nach der Nationalität leben hier: 8 054 036 Tschechoslovaken, 3 828 974 Deutsche, 1 071 578 Magyaren, 432 929 Ruthenen, 277 792 Polen. Die konfessionelle Mischung ergibt folgendes Verhältnis: 11 836 933 Römisch-Katholische, 976 567 Evangelische, 592 115 Griechisch-Katholische, 368 970 Israeliten, 3060 Orthodoxe. Die Slovakei abgesondert betrachtet, misst 50 242 qkm, zählt 2 977 726 Einwohner. Das karpathorussische Gebiet umfasst 12 097 qkm mit 572 028 Einwohnern. Schon aus diesen Ziffern geht hervor, dass die Tschechoslovakei ein ansehnlicher Mittelstaat ist, dessen Ressourcen jedoch denen so manches kleineren Grossstaates gleichkommen. Damit soll nicht gesagt sein, dass wir nicht etwa durch die universelle Wirtschafts- und Verkehrskrise schwer in Mitleidenschaft gezogen würden. Wenn nichts anderes, so würde schon der geographische Imperativ unserer Lage uns zu Teilnehmern jener Devalvationen machen, welche als Kriegsfolge alle Staaten und Völker bedrücken. Wir leiden gleich unseren Nachbaren an den Folgen des bösen Valutaspuks, der jahrelangen Brache der Friedensindustrie, des Raubbaus in den Bergwerken, der Verwüstung des rollenden Materials und der allgemeinen sittlichen Entnervung und der Ermattung der Arbeitsfreudigkeit. Allerdings kann ohne Überspannung behauptet werden, dass einzelne dieser Plagen und Heimsuchungen bei uns in milderem Grade auftreten, als anderswo, was speziell bezüglich der chronischen, jede Weile akut werdenden Streikneigung gilt, welche sich bei uns weit seltener und schwächer entlädt, als in den anderen europäischen oder überseeischen Ländern. Wir zählen weniger Ausstände als sie, gleichwie die Zahl der staatlich alimentierten Arbeitslosen sich stetig vermindert, wenn auch der Friedensstandard manuellen Schaffens noch lange nicht erreicht ist. Der Wald der feiernden Fabrikschlote lichtet sich aber immer mehr. Unsere Glas-, Porzellan-, Textil-, Maschinen-, chemische, Zucker- und Spiritus-Industrie hat Milliardenbestellungen lagern, die jedoch wegen Rohstoffmangels nur in geringem Masse effektuiert werden können. Gleich dem übrigen Europa erwarten wir eine ausnehmende Besserung von der Erschliessung der überfüllten russischen Speicher und Magazine.

die nach dem Friedensschlusse mit der Sowjetrepublik erschlossen werden sollen. Man wird es begreifen, wenn insbesondere wir tschechischen Sozialdemokraten die Beseitigung des Kriegsstandes mit dem nordischen Slavenreiche ersehnen, da ja von dort die Mittel der wirtschaftlichen Regenerierung kommen sollen. Dieser ökonomische Aufschwung ist ja zugleich eine der wesentlichsten Vorbedingung für die staatsfinanzielle Sanierung. Das passive Inventar, das zum grossen Teile die Tschechoslovakei aus der Liquidierungsmasse Österreichs übernehmen musste, hat selbander mit der finanziellen Erschöpfung der böhmischen Länder während des Krieges eine Ermattung unserer Zahlungsbilanz bewirkt, trotzdem wir eine aktive Handelsbilanz aufweisen. Für das Jahr 1920 fordert der Finanzminister ein Ausgabenetat von 10 416 176 000 Kronen an. Die Gesamteinnahmen sind mit 7 750 771 000 Kronen präliminiert. Es erübrigt also ein Ausfall von 2 665 000 000, welche teils durch innere, teils durch äussere Anleihen gedeckt werden sollen. Unsere Staatsschuld erscheint mit 1 478 000 000 ausgewiesen, worunter sich vornehmlich Kreditaktionen für die Rohstoffbeschaffung und die Kosten der Repatriierung der tschechoslovakischen, rund 80 000 Mann zählenden Armee in Sibirien befinden. Neuerlich ist eine innere Prämienanleihe im Zuge, deren Bedarfsziffer vorläufig nicht fixiert erscheint. Die erste innere Freiheitsanleihe ergab 1 000 000 000, ungefähr den gleichen Betrag die zweite Anleihe, wozu sich noch die jetzt laufende Operation gesellt. Die Verschuldung der Tschechoslovakei ist also eine weitaus geringere, als zum Beispiel jene Österreichs, Ungarns oder Polens. Bis die ausserordentlichen Aufwände für die noch nicht heimbeförderten Legionen aufhören, und die Abwicklung der Repatriierungsgeschäfte beendet und auch die an die Entente zu zahlende Befreiungsquote von 3/4 Milliarden Franks beglichen sein wird, dann wird unser Budget von selbst die Balance erlangen. Der Ertrag der in den Unterstufen milde gefassten Vermögensabgabe wird auf 12 Milliarden Kronen eingeschätzt und soll in erster Linie zur Deckung der Auslandsverbindlichkeiten verwendet werden. Eine schwere Belastung bildet für uns die noch notwendige Aufrechterhaltung einer stehenden Armee, so dass das Nationalverteidigungsministerium für 1920 Ausgaben in der Höhe von 1 212 000 000 anspricht. Die neue Wehrverfassung sieht ein jährliches Rekrutenkontingent von 150 000 Mann und die zweijährige Präsenzdienstzeit vor. Es ist jedoch das angelegentlichste Bestreben insbesondere der sozialdemokratischen Partei allmählich einen Übergang zum Milizsystem herzustellen und die aktive Dienstverpflichtung staffelweise zu vermindern. Auch wir setzen unsere Hoffnung auf die Völkerliga, welche einer Fortsetzung des unerträglichen Zustandes eines bewaffneten Friedens definitiv vereiteln und den Pazifismus zu einem allgemein gültigen Staatsdogma erheben soll. Ist es doch für uns nichts weniger als erhebend, dass ein kulturell so hoch entwickeltes Land wie Böhmen, welches kaum 3% Analphabeten aufweist, mit seinem Aufwand für Bildungszwecke weit hinter den Opfern für die Wehrmacht zurückstehen soll. Das Schulministerium fordert nämlich für die ganze Tschechoslovakei bloss 204 Millionen Kronen an. Das Ministerium für soziale Fürsorge beansprucht 988 Millionen, wovon allerdings 800 Millionen auf die Invalidenfürsorge entfallen. Das Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege begnügt sich mit einem Jahresaufwande von 46 Millionen Kronen, die grossenteils zur Bekämpfung der Volkskrankheiten und zur Errichtung oder Erweiterung von Spitälern sowie für eine intensivere Körpererziehung der Jugend dienen.

Einen wunden Punkt bildet unser Verkehrswesen, was wieder eine Folge der Kriegsmisswirtschaft ist. Der Eisenbahntrain und das gesamte rollende Material sind entweder verschleppt oder zugrunde gerichtet worden. Trotzdem unsere heimischen Fabriken monatlich 800 bis 1000 Waggons herstellen, haben wir doch einen so ausserordentlichen Mangel speziell an Frachtwagen, dass die Sollbestände erst in 4 bis 5 Jahren komplett sein werden. Unser Eisenbahnministerium hat einen grosszügigen Investierungsplan ausgearbeitet, der sich auf nahezu ein Jahrzehnt erstreckt und rund 7 Milliarden Kronen erfordern wird. Es handelt sich um die Ausgestaltung unseres Bahnnetzes insbesondere in der Slowakei und in der Karpathoruthenien, damit wir direkten Anschluss nach dem Osten gewinnen. Das heurige Jahreserfordernis des Eisenbahnministeriums beträgt ausserdem 1 603 000 000, welche gleichfalls zum grossen Teile der Auffüllung der Materialbestände und der Ergänzung des Fahrparks dienen. Ebenso fordert das Post- und Telegraphenministerium 245 Millionen an, welche hauptsächlich der Neuerrichtung von Postgebäuden, Telegraphen- und Telephonleitung, sowie der Einführung von Postautomobilen gelten. Es wird eben nach allen Rich-

tungen hin an der inneren Ausstaffierung des staatlichen Haushaltes und an der Vermehrung des Inventars gearbeitet. Allerdings hiesse es den zweiten Schritt vor dem ersten tun, wollte man für den Hausrat sorgen, ohne dass die Fundamente des Reichsgebäudes gelegt wären. Das konnte nur durch eine neue Verfassung bewerkstelligt werden. Nach mühsamen Vorarbeiten und langwierigen interparteilichen Verhandlungen hat die Nationalversammlung endlich auch dieses kodifikatorische Werk vollendet, welches bei billiger Beurteilung sicher unserer konstruktiven Kraft und unserem demokratischen Geist zum Ruhme gereicht. Die Arbeit war doppelt schwierig, weil zunächst der Schutt des zerfallenen österreichischen Staatsbaues hinweggeräumt und die Parzelle für einen Neubau freigelegt und grundiert werden musste. Nichts ist so schwer, als verknöcherte Überlieferungen und Angewöhnungen zu tilgen, um sie durch unerprobte Neuerungen zu ersetzen. Das altösterreichische System war nach der Bismarckischen Deutung ein „Schreiberregiment", das heisst, eine bürokratische Oligarchie herrschte über Länder und Völker, ohne in der schwächlichen, durch nationale Kämpfe zersetzten Volksvertretung ein Gegengewicht zu finden. Das Volk bildete nicht das Subjekt, sondern das Objekt der Verwaltung. Mit diesem anachronistischen Überbleibsel des Habsburgischen Regimes musste endgültig gebrochen werden. Wir haben darum an die Spitze unserer Verfassungsurkunde den Satz gestellt, dass alle Macht im Staate in allen seinen Funktionen und Lebensäusserungen vom Volke stammt. Der Grundsatz der unantastbaren und uneingeengten Volkssouveränität ist in der Legislative und Exekutive mit strengster Vollgewichtigkeit festgehalten. Auf diese Weise wird die Bevölkerung tatsächlich zum Subjekt der Verwaltung. Es ist selbstverständlich, dass sich diesem Grundcharakter zunächst das Parlament anpasst. Nach langen Kämpfen und gegen den grundsätzlichen Widerstand der Sozialdemokratie sind wir dem Zweikammersystem beigetreten, doch ist auch unser Senat nicht etwa eine Magnatenkammer, sondern gleich dem Abgeordnetenhause eine volkliche Körperschaft. Dieselben breiten Bevölkerungsschichten, welche die Abgeordneten wählen, sind auch berufen, mit ihren Stimmen die Senatoren zu erküren. Der Unterschied besteht bloss darin, dass die ersteren von allen 21 jährigen Staatsbürgern beiderlei Geschlechts gewählt werden, während für die Wahl der letzteren ein Alterszensus von 26 Jahren festgesetzt wurde. Das Abgeordnetenhaus zählt 300, das Senat 150 Mitglieder, für ersteres ist die Wählbarkeit an das dreissigste Lebensjahr, für letzteren an das 45. gebunden. Die Funktionsdauer erscheint mit 6 bezw. 8 Jahren festgesetzt. Beide Häuser wählen den Präsidenten, der zumindest 35 Jahre alt sein muss und nur zweimal hintereinander gewählt werden darf, und zwar auf 7 Jahre mit ¾ Majorität bei 50% iger Präsenz der Hausmitglieder. Der Präsident kann nur mit Zustimmung der qualifizierten Mehrheit beider Häuser den Krieg erklären und ist für den Vollzug seines Amtes nicht verantwortlich, kann aber wegen Hochverrates verfolgt werden. Die Volksabstimmung ist ausserdem vorgesehen, wenn die Nationalversammlung einen Regierungsentwurf ablehnt und die Regierung ein Referendum verlangt. Schon aus dieser kurzen Skizzierung erhält mit voller Klarheit, dass tatsächlich das Volk die einzige Quelle der gesamten staatlichen Macht in der tschechoslovakischen Republik ist. Dem demokratischen Geiste entspricht auch die Sicherung der persönlichen bürgerlichen, der Press- und Versammlungsfreiheit. Bezüglich des öffentlichen Unterrichts wird bestimmt, dass er der wissenschaftlichen Forschung nicht widersprechen darf. Die Freiheit des Gewissens und des Bekenntnisses wird allen Konfessionen garantiert. Niemand darf weder direkt noch indirekt zur Teilnahme an einer Religionsübung gezwungen werden. Im Staatsgrundgesetz ist zudem auch der volle Schutz der nationalen, religiösen und ethnischen Minderheiten ausgesprochen. Jede Art einer gewaltsamen Entnationalisierung wird als strafbare Handlung geahndet. Ein scharfer Konflikt entstand bei der Feststellung der Hauptsprache, als welche die tschechoslovakische gilt. Im Sinne des Versailler Friedensvertrages sollte sie auch im Gesetze als „offizielle Sprache" deklariert werden. Eine Minderheit verlange aber die Proklamierung der tschechoslovakischen Staatssprache schlankweg, worauf die Kompromissformel der „staatsoffiziellen Sprache" gewählt wurde. Die Kenntnis derselben wird erst in einem späteren Zeitraume von den Aspiranten für den öffentlichen Dienst gefordert. In diesem Sinne werden eigene Verordnungen erlassen werden. Wie der Justizminister verbindlich erklärte, soll auf die im Amte befindlichen Staatsangestellten ein Sprachenzwang nicht ausgeübt werden. Überhaupt ringt sich immer mehr die vom Präsidenten Dr. Masaryk vertretene Auffassung durch, dass die Sprache bloss einen Verwaltungsbehelf bilde,

nicht aber zum Hauptmerkmale einer politisch-nationalen Distinktion erhoben werden dürfe. Gleich der Legislative ist auch unsere Administration von demokratischem Geiste erfüllt. Es gilt hier die Grundregel, dass die Bevölkerung im weitesten Masse an der Verwaltung und Gestaltung der autonomen Verhältnisse herangezogen werde. Wir haben zu diesem Behufe Gau- und Bezirksbehörden eingeführt, welche in eigenen Gauvertretungen ihre Zusammenfassung finden. Die Gauvertretung, eine Art Landtag, zählt 35 gewählte Mitglieder, welche sich entsprechend vermehren, wenn die Bevölkerung des Gaues 700 000 übersteigt. Die Gauvertretungen bilden Gauverbände, welche berufen sind, einen Ersatz für die autonomen Landesbehörden der aufgelassenen Länder zu bieten. Es ist mit ein Merkmal für den fortschrittlichen und demokratischen Charakter der Verfassung, dass die historischen Ländergrenzen von Böhmen, Mähren und Schlesien verwischt wurden, und das Reich eine Verwaltungseinheit bildet. Man wird im Deutschen Reiche zunächst fragen, wie es mit der Sicherung des Deutschtums in der Tschechoslovakei bestellt ist. Mit gutem Gewissen kann diesfalls erklärt werden, dass alle bürgerlichen Rechte, alle demokratischen Errungenschaften in gleichem Masse an alle Staatsangehörigen verteilt wurden, sie mögen welchen Glaubens und welchen Volkstums immer sein. Wir haben für den deutschen Schulunterricht, für den Gebrauch der deutschen Sprache bei Amt und Gericht gesetzlich vorgesorgt und den Deutschen ein paritätisches Wahlrecht zugestanden. Das erhellt schon aus der Tatsache, dass sie im Abgeordnetenhause 77 Vertreter haben werden, neben 149 Tschechen, 45 Slovaken, 16 Magyaren, 9 Ruthenen, 4 Polen. Gleichermassen wird sich auch ihre Vertretung im Senat gestalten. Sie werden also im Parlamente eine stattliche und einflussreiche Gruppe darstellen, welche nicht bloss durch ihre Zahl, sondern auch durch ihre geistige Potenz in der neuen Nationalversammlung sicher eine gewichtige Rolle spielen wird. Wir sind nicht selbstgefällig und geben zu, dass unser Verfassungswerk manche Mängel aufweist, die jedoch mit der Zeit behoben werden können. Übrigens gilt vielleicht auch hier das Wort Friedrich Naumanns, der in seinem Essay „Von wem werden wir regiert ?“ behauptete: „Man kann getrost sagen, dass nie eine Verfassung genau gehalten wird, weil sie schon in dem Augenblick, in welchem sie eingeführt wurde, ein Kompromiss war, oder ein Gewaltakt, oder im besten Falle eine Abmachung, bei der sich die verschiedenen Beteiligten etwas verschiedenes dachten“. Mit Absicht haben wir sicher niemandem weh getan. Und es ist unser fester Vorsatz, auf der gegebenen Grundlage allen staatswilligen Elementen in der Tschechoslovakei das möglichste Entgegenkommen zu bekunden. Wir bedürfen der inneren Festigung und müssen darum mit der österreichischen Verlassenschaft der Sprachenkämpfe gründlich aufräumen. Mit der Ausschliesslichkeit des Nationalismus geht es übrigens zu Ende. Die neue Zeit erheischt neue Ideen und neue Wahrheiten. Alle Länder, insbesondere jene, welche vom Kriege in direkte Mitleidenschaft gezogen wurden, bedürfen der wirtschaftlichen Regenerierung. Dazu gehört auch die Tschechoslovakei, obzwar sie von Natur aus besser gestellt ist, als die meisten Nachbarländer. Schon heute streben die gleichgearteten ökonomischen Kräfte zusammen, und organisieren sich in Interessenverbänden, welche nationale und sprachliche Unterschiede durch Kompromisse überbrücken. Der soziale Drang und die wirtschaftliche Not werden schliesslich auch die berufspolitischen Kreise zu einem Einlenken und zur Unterordnung unter das Gebot der Zeit zwingen. Die Tschechoslovakei verfügt über eine glückliche Mischung von Agrarismus und Industrialismus. Unsere Landwirtschaft steht auf hoher Stufe. Wir haben durch grosse Kredite für Meliorationen und Kanalisierungen vorgesorgt, dass der Bodenertrag eine vielfache Steigerung erfahre. Wir sind überzeugt, dass die eingeleitete grosszügige Bodenreform diesen Effekt noch ausserordentlich erhöhen wird. Bisher haben die ausserordentlich weitgestreckten Latifundien unsere Kleinbauern und Landwirte gehindert, ihren Unternehmungsgeist entsprechend zu erproben. Durch die Ablösung der übermässigen Grossgrundbesitze und die Aufteilung an Kleinwirte, Genossenschaften, Arbeiter und so weiter wird die Möglichkeit eines ungeahnten Wettbewerbes im rationellen Betriebe geschaffen. In dieser Richtung wird die Tschechoslovakei sicher vorbildlich wirken. Analog damit muss angelegentlichst für die Auszweigung und Hebung unserer Industrie gesorgt werden. Wir haben den grössten Teil der Zucker-, Textil-, Eisen, Spiritus-, chemischen Industrie von Österreich und dazu 80% des Kohlenbergbaues überkommen. Böhmen, Mähren, Schlesien bildeten ja nicht bloss die Kornkammer, sondern auch die Werkstätte der alten Monarchie. Unser Handelsminister Dr. Heidler, ein durch

und durch modern denkender Mann, hat jüngst erklärt, dass wir eine Politik der offenen Tür betreiben werden. Wir müssen aus der provinziellen Einkapselung herausgelangen, auf dem Weltmarkt den uns gebührenden Platz erobern und zu diesem Behufe ein Exportland ersten Ranges werden. Es liegt auf der Hand, dass an dieser Entwicklung unsere Deutschen als eminente Kaufleute und Fabrikanten hochgradig interessiert sind. Ihr eigenes Wohl wird sie also dazu führen, sich an dem Aufschwung des Gesamtreiches durch schöpferische Mitarbeit zu beteiligen. Damit dienen sie nicht bloss sich selbst, sondern sicher auch dem Deutschtum überhaupt, denn es ist der aufrichtige Wunsch aller politischen und volkswirtschaftlichen Kreise des tschechischen Volkes, mit dem deutschen Nachbarreiche loyale und korrekte Beziehungen zu unterhalten und insbesondere das Wirtschaftsverhältnis möglichst rege zu gestalten. Schon heute mehren sich die fachlichen Kommissionen, welche wir nach dem Deutschen Reiche oder dieses zu uns entweder zu Studienzwecken, oder zu Entrierung von Geschäften entsenden. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, dass die gouvernementalen Kreise sowohl, als die kommerziellen Institutionen wechselseitig die grösste Benevolenz üben. Durch die kontinuierliche Mitbenützung der deutschen Flüsse, insbesondere der Elbe und Oder, wird sich von selbst die tausendfältige Gelegenheit zu persönlichem Kontakt ergeben, der allmählich auch zur Abschleifung etwaiger politischer Differenzen beitragen wird. Der Austausch geistiger Güter wird gleichfalls eine bessere Erkenntnis beider Nationen vermitteln, für deren endliche Verständigung bereits Dr. Martin Luther in seinen Briefen an den deutschen Adel eingetreten ist.

---

39. Abschnitt.

Der Friedensschluss mit Ungarn, Bulgarien und der Türkei.

Von Dr. **Hans Uebersberger,**

o. Professor und Vorstand des Seminars für osteuropäische Geschichte an der Universität Wien.

Literatur:

Vorläufig liegen nur die Friedensverträge vor, die die Bulgaren in Neuilly bereits zu unterzeichnen gezwungen waren, während die Ungarn ebenda noch über eine Abänderung des von der Entente ihnen vorgelegten Vertragsentwurfes, wenn auch wahrscheinlich vergebens, verhandeln. Der der Pforte vorzulegende Friedensentwurf scheint im gegenwärtigen Zeitpunkt noch immer nicht fertiggestellt zu sein.

Ungarn, dessen Staatsmänner und Reichstage durch ihre vormalige Nationalitätenpolitik namentlich gegenüber den Kroaten, Rumänen und Slowaken soviel zur Auslösung des Weltkrieges beigetragen haben, indem sie die allslawischen Politiker an der Newa ermunterten, im Vertrauen auf diese Bundesgenossenschaft die Erreichung ihrer hochgesteckten Ziele selbst mit dem Schwerte zu versuchen, hat auch an der Zuspitzung des serbischen Konfliktes, der zum letzten Anlass des Weltkrieges wurde, keinen geringen Anteil. Seine adeligen Grossgrundbesitzer, die den Reichstag beherrschten, suchten schon seit den 80er Jahren den Überschüssen der Landwirtschaft des Königreiches Serbien nicht nur die ungarischen, sondern auch die österreichischen Grenzen zu sperren. Und dank ihrer Vormachtstellung in der Monarchie gelang ihnen dies leider auch, nicht nur zum Schaden der österreichischen Konsumenten, sondern auch zum Schaden der Gesamtmonarchie. In der vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung Serbiens wurde jener Hass gegen die Monarchie grossgezogen, der dann der neuen Dynastie der Karageorgewitsche im Einvernehmen mit ihrem russischen Protektor jene aggressive Politik gegenüber Österreich-Ungarn ermöglichte, die, wenn der Habsburgerstaat nicht freiwillig sich auflösen wollte, zum bewaffneten Konflikt mit Serbien und

seinem Protektor führen musste. Wenn auch im Weltkriege die Magyaren im Kampfe ihren Mann gestellt haben, so hat doch der krasse Egoismus, der sich gleich in den ersten Stadien des übermenschlichen Ringens in der Zerreissung des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes und in der Aushungerung der österreichischen Reichshälfte äusserte, nicht wenig zum Zusammenbruch Österreichs und damit zur Niederlage der Zentralmächte beigetragen. Und nicht genug daran, Ungarns böser Geist, Graf Michael Károlyi hat durch die Ende Oktober 1918 angeordnete Rückberufung der ungarischen Truppen von der italienischen Front der gerade auf italienischen Boden immer ruhmbedeckten alten österreichischen Armee jenes schimpfliche Ende bereitet, das sie wahrlich nicht verdient hatte und Deutschösterreicher und Magyaren schliesslich und endlich den äusseren und inneren Feinden wehrlos auslieferte. Wenn er im Vertrauen auf seine bewährte Gegnerschaft gegen Deutschland und seine Verdienste gegenüber der Entente vor und während des Krieges auf eine freundschaftliche Behandlung Ungarns gehofft hatte, so sollte er in diesen Hoffnungen grausam getäuscht werden. Ungarn wurde nicht um ein Haar besser als Deutschösterreich und Deutschland behandelt und Tschechoslowaken, Rumänen und Südslawen besetzten jene Gebiete, die ihnen von der Entente in jenen Raubverträgen, die den Lohn für ihren Verrat an dem eigenen Staate oder an dem Bündnisvertrage mit der Monarchie wie z. B. von seiten Rumäniens bildeten, schon längst zugesichert worden waren. Die Kriegsziele der Entente, wie sie Miljukow in dem Ende 1916 erschienenen ,,Jahrbuche der Zeitung Retschj" niedergelegt hatte, wurden wie gegenüber Deutschösterreich so auch gegenüber Ungarn restlos durchgeführt. Die von Miljukow beigelegten Karten zeigen genau jene Grenzen, wie sie Ungarn von der Entente auferlegt wurden. Im Gegensatze zu Deutschösterreich, das niemals seine deutschen Brüder im Sudetenland oder im südlichen Alpenland durch irgend ein Entgegenkommen hätte retten können, weil Tschechen und Slowenen die Herrschaft über die in ihrem Machtbereiche befindlichen grossen deutschen Minoritäten und deren Slawisierung verlangten, denn die Gleichberechtigung und eine slawische Majorität im österreichischen Reichsrate besassen sie längst und die Deutschen waren schon seit mehr als 30 Jahren in einem reinen Verteidigungskampfe, hatten die Magyaren bei rechtzeitigem Einlenken doch viel günstigere Chancen. Ein Verzicht auf die brutale Magyarisierungspolitik hätte noch im Kriege Slowaken, Rumänen und Kroaten, die sich meist tapfer schlugen, für den ungarischen Staatsgedanken beziehungsweise bei den Kroaten für die Union mit Pest gewonnen, denn wie die Tatsachen beweisen, sind alle drei Nationen bei ihren konnationalen Staaten nicht auf Rosen gebettet und über die Prager, Bukarester und Belgrader Abhängigkeit keineswegs begeistert. In unglaublicher Verblendung haben die magyarischen Politiker bis zur letzten Stunde jede Konzession in dieser Richtung schroff verweigert; die Reise des Grafen Tisza nach Kroatien und Bosnien und seine Sprache gegenüber den südslawischen Politikern im September 1918 zeigt von einer völligen Verkennung der Lage durch diesen sonst so klugen und ausgezeichneten Staatsmann, der nur den einen Fehler hatte, dass auch sein Horizont durch sein magyarisches Selbstgefühl vollständig beengt war.

Trotz alledem ist aber der Friedensvertrag, den die Entente Ungarn in Neuilly diktiert hat, ein so ungeheuerlicher in seinen territorialen, wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen, dass er einer Vernichtung gleichkommt. Ein staatliches Eigenleben und die nationale Existenz des magyarischen Volkes ist durch ihn einfach negiert. Die Grenze des neuen Ungarn beginnt im Westen an der Donau südlich der Schüttinsel. Diese selbst mit ihren reichen Kornfeldern und ihrer magyarischen Bevölkerung fällt an die Tschechoslowakei, die auch die alte ungarische, überwiegend deutsche Krönungsstadt Pressburg erhält. Bis zum Einfluss der Eipel bildet die Donau die Grenze gegen die Tschechoslowakei, dann folgt sie der Eipel nordwärts und geht in ost-nordöstlicher Richtung bis südlich von Kaschau. Dieses selbst wie Ungvar und Munkacs fallen gleichfalls dem tschechoslowakischen Staat zu, damit dieser eine breite gemeinsame Grenze mit Grossrumänien erhält. Zu demselben Zwecke springt rumänisches Gebiet weit nach Westen ohne Rücksicht auf nationale und ethnographische Grenzen vor und so, dass Szatmar, Grosswardein und Arad, kernmagyarische Städte, rumänische Grenzstädte geworden sind. Während die Grenze westlich dieser Städte fast in einer geraden Linie leicht nach Westen neigend nach Süden verläuft, biegt sie von Arad scharf nach Westen ab. Mako bleibt ungarisch, aber Maria Theresiopel, ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt, ist bereits südslawisch. Bei Baja wendet sich die Grenze wieder südsüdwestlich, übersetzt

die Donau südlich von Mohacs und erreicht nordwestlich von Esseg die Drau und damit die alte Grenze zwischen Ungarn und Kroatien. Sie folgt nun der Drau aufwärts bis Mura-Keresztur und geht aussen am Zwischenmurland, seit alters Kroatien zugehörig, nach Nordwesten und in der Nähe der steirischen Grenze nach Nordosten an die Donau, wobei ein Teil der Komitate Ödenburg und Eisenburg an Deutschösterreich fällt. Nicht ethnographische Tatsachen waren bei dieser Abgrenzung massgebend, sondern die wirtschaftlichen und politischen Wünsche Prags, Bukarests und Belgrads. Deshalb fielen die Bacska und das Banat an den südslawischen, kernmagyarische Komitate in Siebenbürgen an den rumänischen und überwiegend magyarische Gebiete an den Tschechoslowakischen Staat. So bedauerlich es für die zukünftigen Beziehungen zwischen Deutschösterreich und Ungarn ist, aber dem offen und ungestüm ausgesprochenen Wunsche der überwiegenden deutschen Bevölkerung des Burgenlandes, die unter den brutalen Magyarisierungsmassnahmen der letzten 50 Jahre schwer litt, konnte sich Deutschösterreichs Regierung und seine öffentliche Meinung nicht verschliessen, um so mehr als die Gebiete einst zu Österreich gehörten. Von wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Vergrösserung des Agrarprodukte erzeugenden Hinterlandes von Wien abgesehen konnte und kann Deutschösterreich der Heimkehr seiner deutschen Brüder nicht ein Hindernis bereiten, um so mehr als die alten Regierungsmaxime der Budapester Regierung gegen die ungarländischen Deutschen sich noch immer nicht viel geändert haben. Die bösen Erfahrungen der ungarländischen Deutschen und ihre nationalen Leiden haben sie ja bedauerlicherweise auch den Rumänen in die Arme getrieben, obwohl sie, wie es sich schon heute zu zeigen beginnt, eigentlich aus dem Regen in die Traufe kamen.

Es versteht sich, dass das dermassen verstümmelte Ungarn nicht viel lebensfähiger ist als das Deutschösterreich von St. Germain. Dazu sind die wirtschaftlichen und finanziellen Lasten, die Ungarn in Neuilly auferlegt wurden, eine genaue Kopie des Vertrages von St. Germain bezw. von Versailles und ebensowenig durchführbar als diese. Wie Deutschösterreich und Deutschland darf auch Ungarn künftig nur ein Söldnerheer unterhalten, dessen Präsenzstand 35 000 Mann nicht übersteigen darf.

Ebensowenig wie der Regierung Károlyi hat dem Ministerium Malinow-Ljaptschew und dem Stellvertreter des damals in Wien krankliegenden General Schekow, Generalmajor Lukow, ihr Verrat an den Verbündeten geholfen. Die Entente hat ihre in den letzten Kriegsjahren so häufig und so nachdrücklich nach Sofia gerichteten Versprechungen für den Abfall nicht erfüllt. Vor dem Abschluss der Verhandlungen von St. Germain erhielten sie im selben Neuilly, wie später die Ungarn, den Frieden diktiert, den abzuändern sie sich vergeblich bemühten. Der Freund der Entente, der Bauernführer Stambuliski, der sich im Sommer 1915 mit solchem Nachdrucke bemühte, den Anschluss Bulgariens an die Zentralmächte zu verhindern und den diese Hartnäckigkeit in den Kerker führte, wurde auch nicht besser behandelt als die ehemaligen deutschen und deutschösterreichischen Bundesgenossen Bulgariens, das durch seinen Abfall zu dem Zusammenbruche der beiden Zentralmächte ganz erheblich mitwirkte. Der Vertrag Serbiens und Rumäniens mit der Entente wurde vollkommen erfüllt und Veniselos für seinen guten Willen reichlich belohnt. Territorial behielt es allerdings mit kleinen Grenzverbesserungen an der Timokgrenze und dem strategisch schmerzlichen Verluste von Caribrod im ganzen und grossen die Grenze erhalten, die Bulgarien im Bukarester Frieden im August 1913 diktiert wurden. Aber man darf nicht vergessen, dass die Ungerechtigkeit dieses Friedens ja das bulgarische Volk dazu getrieben hatte, im Spätsommer 1915 auf die Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns zu treten, um sich sein Recht zu erkämpfen. Aber selbst diese Grenzen von 1913 erhielten eine nicht unbedeutende Korrektur. So erhielt Serbien Strumica und die bisher hier weit nach Westen vorspringende Grenze wurde nach Osten zurückgeschoben. Besonders schmerzlich aber ist der Verlust des Gebietes von Gümüldschina mit dem Zugang zum Ägäischen Meer, der Bucht von Lagos und dem wichtigen Hafen von Dedeagatsch. Die Entscheidung über die Zuteilung von Thracien, in dem Bulgarien alle seine Rechte und Ansprüche zugunsten der alliierten und associierten Mächte abtritt (Art. 48), behielten sich diese in Neuilly vor. Die Griechen hatten auf diese Gebiete ihre begehrlichen Blicke geworfen und es gelang ihnen auch, in San Remo sich Thrazien zu ergattern. Und ebenso bleibt der 1913 von Rumänien ergatterte Teil der fruchtbaren Dobrudscha, der ihm so mühelos in den Schoss fiel, diesem erhalten. Hier und

in Mazedonien fallen Hunderttausende von Bulgaren einem fürchterlichen Schicksale anheim. Die Gräzisierung von 400 000 Bulgaren in den an Griechenland gekommenen Mazedonien hat bereits mit dem am Balkan üblichen Gewaltmethoden eingesetzt, die von mehr als 200 000 in Thrazien wird in Zukunft beginnen. Nicht viel weniger mazedonische Bulgaren werden wieder die schon im Herbste 1913 einsetzenden brutalen Serbisierungsmethoden, wie dies schon die Carnegie-Kommission in ihrem Berichte feststellte, zu ertragen haben, die diesmal noch weniger als damals irgendwie von aussen durch einen Druck auf die Belgrader Regierung gehemmt werden können. Und ebenso gehen 200 000 Bulgaren in der Dobrudscha einem nicht minder traurigen Lose von seiten der Rumänen entgegen.

Die übrigen Bestimmungen des Vertrages sind ein genauer Abklatsch des Vertrages von Saint-Germain. Wie Deutschösterreich darf Bulgarien nur ein Söldnerheer von 20 000 Mann unterhalten, muss seine Kriegsflotte ausliefern. Nur wird Bulgarien eine endgültig festgesetzte Gesamtsumme von 2¼ Milliarden Francs in Gold zahlen, eine Summe, die das verarmte, ausgesogene Land kaum in absehbarer Zeit aufbringen kann. Dazu werden ihm, das ohnehin an Kohlen schon im Frieden keinen Überfluss hatte, an 50 000 Tonnen jährlich an Serbien zu liefern auferlegt, von den Lieferungen an Rindern und Pferden gar nicht zu sprechen. Auch für Bulgarien ist der Friede von Neuilly ein Vernichtungsfriede. Rings von Feinden umgeben, von denen ihm jeder ein Stück bulgarischen Bodens entrissen, wirtschaftlich durch den fast sechsjährigen Krieg und die vernichtenden Friedensbedingungen zum Bettler verurteilt, ist die Zukunft Bulgariens ausserordentlich trübe. Die belebende Hoffnung auf die Befreiung und Vereinigung aller Bulgaren in einem Grossbulgarien, wie es der Friede von San Stefano und die militärischen Erfolge der Mittelmächte und Bulgariens schon geschaffen hatten, ist für lange Zeit ein Schemen. Und so wird auch der Parteihader, der Bulgarien immer zerfleischte, keine versöhnende Hemmungen erfahren und üppiger in die Halme schiessen wie je . . .

Anderthalb Jahre schon wartet die Pforte vergeblich auf die Friedensbedingungen, die ihr die siegreiche Entente auferlegen will. Allein bisher konnten sich die Sieger nicht über die Verteilung der Beute einigen und die orientalische Frage scheint auch für den Rat der Alliierten unlösbar zu sein. Russland, das sich im Frühjahr 1915 von seinem englischen und französischen Bundesgenossen, Konstantinopel, Bosporus und Dardanellen mit ihrem Hinterlande bis zur Linie Midia-Enos und das asiatische Ufer vom Bosporus bis zum Golfe von Ismid mit den Inseln des Marmarameeres und Imbros und Tenedos vertragsmässig zusichern liess (Isvestija sovêta rabočichi soldatskich deputatov 1917, No. 221, S. 6) ist durch die Novemberrevolution von 1917 der Bolschewiki aus der Entente ausgeschieden. England möchte wohl am liebsten, nachdem Amerika das ihm zugedachte Mandat abgelehnt hat, sich nunmehr selbst an Russlands Stelle setzen, aber es begegnet hier dem Misstrauen Frankreichs, das am ehesten einen Schattenchalifen am Bosporus auch weiter als Souveränenfürst sehen möchte. Schon hatte Lloyd George dem französischen Drängen nachgegeben und den Sultan-Chalifen nach vatikanischem Muster in Konstantinopel zu belassen zugestimmt, als er einen Bundesgenossen in Wilson fand, der als Sühne der Armeniergreuel unbedingt auf die Vertreibung der Türken aus Europa besteht. Schon mit Gladstone ist die Devise der englischen Politik, die Türken mit Sack und Pack „bag and baggage" aus Europa zu vertreiben und ihre Hauptstadt nach Anatolien, etwa nach Brussa oder Konia, zu verlegen. Konstantinopel und die Zentralbehörden stehen ja tatsächlich unter dem Drucke der Schiffskanonen und der Landungstruppen der Entente, aber die Macht der Verbündeten reicht auch nur wenig die Küsten einwärts. Im Innern Anatoliens aber hat General Mustafa Kemal Pascha und Kapitän Reuf Pascha den Widerstand gegen die Alliierten organisiert, dem sich auch die breiten Volksmassen der anatolischen Provinzen angeschlossen haben und der der Entente noch viel zu schaffen machen wird, wenn sie überhaupt imstande ist, ihn zu brechen. Südlich aber vom Kaukasus in Aserbeidschan oder vielleicht sogar in Turkestan steht Enver Pascha, der im Kampfe gegen England gemeinsame Sache mit den Bolschewiki machen soll. Diese Bundesgenossenschaft ist für den indischen Besitz Englands, wo die Mohammedaner und Hindu, wie es die allindische Kalifatskonferenz und manche direkte Vorsprachen indischer Notabelen in London gezeigt haben, gemeinsam vorgehen mehr als bedenklich. Die Bundesgenossenschaft der Araber, die England sich im Weltkrieg durch sein Gold

erkaufen konnte, ist auch eine zweifelhafte geworden. Emir Feisal will von einer Herrschaft Frankreichs in Syrien nichts wissen und vertritt mit Nachdruck die Unabhängigkeit der Araber. Die 300 000 Maroniten sind aber kaum eine Basis für die französische Herrschaft küsteneinwärts. Eine feindselige Haltung der Araber bedroht aber auch den so heiss ersehnten Landweg Englands nach Indien. Ein französisches Damaskus und ein englisches Bagdad sind heute noch keine festen Ergebnisse der Sieger im Weltkriege. Die Beutegier der Entente hat das zustande gebracht, was bisher niemand gelang, Jungtürken und Araber in Einklang zu bringen. Allem Drucke zum Trotze und unter den Augen der siegreichen Feinde haben die Jungtürken alle verlorenen Stellungen wieder erobert und bildeten die erdrückende Mehrheit der türkischen Kammer. Wenn ein Teil ihrer Führer nun nach Malta geschleppt, die Kammer verjagt, das jungtürkische Ministerium zurücktreten musste, das Komitee für Einheit und Fortschritt ist heute volkstümlicher als je. Die Teilung der türkischen Beute unter Franzosen und Engländer, unter Griechen und den diese befehdenden und argwöhnischen Italiener ist ein Problem, dessen Lösung der Quadratur des Zirkels gleicht. Die Entente hat zwar in San Remo nach langem Feilschen endlich die Türkei aufgeteilt. Griechenland, der treue Vasall Englands, erhielt Thrazien bis zur Tschadaldscha Linie, die die Türken 1912/13 so ruhmvoll gegen die Bulgaren verteidigten. Bis auf Konstantinopel wäre also der Traum eines Grossgriechenland verwirklicht. Aber dort wie in Smyrna mit seinem Hinterlande, das vorläufig noch unter türkischer Souzeränität bleiben soll, werden die Griechen ihre Beute noch zu erobern und zu verteidigen haben. Die Türkei verliert ausserdem Armenien, das selbständig wird, dann Syrien, Palästina und Mesopotamien, wo England sich den Löwenanteil der Beute sichern will. Aber auch diese Gebiete müssen noch gegen Türken und Araber verteidigt werden, und die unter dem Drucke der englischen Schiffskanonen stehende und von England eingesetzte Regierung Damad Ferid Paschas kann nur für sich, aber nicht für das türkische Volk einen Friedensvertrag mit solchen Bedingungen abschliessen. Das wird die Zukunft erweisen.

Sechstes Hauptstück.

Weltherrschaftsfragen nach dem Frieden.

---

40. Abschnitt.

a) Grossbritannien und sein Weltreich nach dem Kriege.

Von Dr. **Wilhelm Dibelius,**

o. Professor der englischen Philologie an der Universität Bonn.

1. Der Weltkrieg hat aus dem Problem des nahen Orients zwei Faktoren ersten Ranges ausgeschaltet: die Türkei und Russland, und hinter der Türkei die sie stützende und zur aktiven Politik befähigende Macht Deutschlands. An Stelle eines Neben- und Gegeneinanders mannigfach abgestufter, im einzelnen sehr bedeutungsvoller Kräfte ist getreten die Alleinherrschaft Englands, neben dem Griechenland, Frankreich, Italien, Russland nur die Rolle von Trabanten zweiten Ranges spielen, zum mindesten für den Fall, dass Amerika es ablehnt, in die orientalische Frage entscheidend einzugreifen.

Der Stoss, der die Türkei zerschmetterte, fiel im Jahre 1917. Noch im Jahre 1915 dachte die Türkei unter deutscher Führung ernstlich daran, den Suezkanal zu überschreiten, während des Jahres 1916 haben türkische Heeressäulen in Aserbeidschan gestanden und in Persien den Bandenkrieg gegen Russen und Engländer entfesselt. Dass am 16. Februar 1916 Erzerum in russische Hände fiel, machte weit geringeren Eindruck als die Niederlage des Generals Townshend bei Ktesiphon (22.—24. Nov. 1915) und seine Kapitulation in Kut el Amara (29. April 1916). Damit hatte aber die türkische Macht ihren Höhepunkt erreicht. Im Mai sagte sich der Scherif Hussein von Mekka von der türkischen Oberherrschaft los. Zu den vier schon vorhandenen türkischen Kriegsschauplätzen (Armenien, Mesopotamien, Persien, Suezkanal), die sämtlich nur durch eine einzige, dazu unvollendete Bahnlinie mit der Hauptstadt zusammenhingen, sich sämtlich in Gegenden der Welt befanden, wo die kleinste Reparatur des kleinsten Maschinenteilchens auf unüberwindliche Hindernisse stiess, kam ein fünfter, besonders abgelegener — hier aktiv vorzugehn, ist kein ernstlicher Versuch gemacht worden. Am 11. März 1917 fiel Bagdad in englische Hand, am 8. Dezember Jerusalem und bald darauf Syrien, damit war der türkischen Macht in Asien das Genick gebrochen und Englands langersehnter Landweg von Ägypten nach Westasien war Wirklichkeit geworden.

2. Damit ist zunächst der Indische Ozean ein englischer See geworden; denn in Afrika ist die deutsche Flagge aus Dar-es-Salaam und Tanga verschwunden, in Abessinien hat 1915 eine kleine Palastrevolution mit dem im Orient üblichen Sieg der englandfreundlichen Partei geendet. Von Kapstadt bis Singapore weht auf einer Küste von mehr als der Hälfte der Erdkugel nur die Flagge Englands oder seiner Vasallen (Portugal, Siam) mit unbedeutenden französisch-italienischen Enklaven am Roten Meer. Erst jetzt kann Indien seine Rolle als englische Weltgarnison, namentlich für Ägypten, Südafrika, Ostasien, Australien, Südsee erfolgreich spielen, wo die Gefahr seiner Bedrohung durch feindliche Mächte auf ein Minimum gesunken ist. Auch wenn Russland später einmal eine aktive Politik wieder aufnehmen sollte, für den Augenblick wenigstens ist es an den beiden Stellen, die für England die empfindlichsten waren (Persien und Afghanistan) ausgeschieden, und England wird nicht zögern, die Gunst des Augenblicks zu nützen. Die persische Ernte scheint bereits in die Scheuer gebracht zu sein; schwieriger erweist sich Afghanistan. Nach fünfjährigem Zaudern hat es gewagt, den Sieger der Welt auf der Höhe seiner Macht zu überfallen (Sommer 1919 Krieg Afghanistans gegen Indien); merkwürdigerweise hat aber England nicht gewagt, die schon ein Jahrzehnt in der Schwebe befindliche Frage durch energisches Zugreifen zu lösen. Fast scheint es, als sei die Furcht vor unerwünschten indischen Zwischenfällen der Grund dafür. Aber auch für die kommenden grossen ostasiatischen Entscheidungen ist es von enormer Wichtigkeit, dass England den ihm so gefährlichen Widerspruch Russlands nicht zu fürchten braucht, dass es nahezu eine Million Mann gut ausgebildeter Truppen, also eine der gegnerischen sicher ebenbürtige Streitmacht in Indien versammelt hält.

Diesem riesigen politischen Gewinn gegenüber verschwindet fast der wirtschaftliche: das südpersisch-mesopotamische Ölquellengebiet ist nunmehr fest in englischen Händen, dazu Siedlungsgebiete in unendlicher Fülle (Mesopotamien, Deutsch-Ostafrika), in die man den indischen Bevölkerungsüberschuss ableiten kann, ohne (wie in Kanada und Südafrika) höchst unerwünschte Konflikte mit weissen Siedlungsgebieten heraufzubeschwören. Ein Weltmonopol der Standard Oil Company ist — gleichgültig was aus den galizischen und rumänischen Ölschätzen wird — nun nicht mehr zu befürchten. Sollte wirklich, wofür manches spricht, das Kriegsschiff mit Ölfeuerung das einzige der Zukunft sein, so ist England auch für diesen Fall gerüstet; und zwar — das kann für gewisse ostasiatische Zukunftsmöglichkeiten von grosser Bedeutung sein — verfügen England und Amerika über riesige eigene Öllager, nicht dagegen ihr Konkurrent Japan. Und für einen etwaigen ostasiatischen Konflikt hat der Krieg noch in andrer Weise gesorgt: er hat das britische Weltreich militarisiert. Die Einführung der persönlichen Wehrpflicht ist dabei nicht einmal das Allerwichtigste: in Australien z. B. ist sie ja gescheitert, in England und Kanada verschwindet sie mit Kriegsschluss. Aber bisher war es — um die Dinge einmal etwas übertreibend zu schematisieren — das übliche, dass hinterindisches Gummi in China als Autoreifen, indische Sprengstoffe als Granaten erschienen, nachdem sie eine Reise um die halbe Welt nach England und von dort zurück nach Ostasien zurückgelegt hatten. Australische Zinkerze pflegten sogar, um in Australien gebrauchsfähig zu werden, erst in Belgien und Deutschland verschiedene Schmelz- und Veredelungsprozesse durchzumachen. Das alles hat der Krieg beseitigt. Indien ist ein militärisches Heerlager geworden. Während bisher — wieder ein wenig übertreibend schematisiert — jede Kugel, die gegen einen Waziri abgeschossen wurde, aus Birmingham stammte, ist Indien — damit England an Schiffsraum sparen konnte — ein gewaltiges Waffenmagazin geworden, in dem (so behaupten wenigstens massgebende englische Blätter) alles was ein Heer an Schiessbedarf, Autos, Flugzeugen und Kleidungsstücken braucht, hergestellt wird. Und in Australien hat der Ministerpräsident Hughes sogleich nach Kriegsbeginn durch eine rücksichtslose Aufhebung wohl erworbener Rechte den deutschen Mertonkonzern, der über die australischen Metalle verfügte, vollkommen zertrümmert und durch allerhand Neugründungen einen erheblichen Teil der Metall-Schmelzproduktion nach Australien selbst verlegt. Die ungeheuren Anstrengungen, überall auf der Welt Schiffsraum zu schaffen, haben ferner in Australien die Anfänge eines Schiffbaus erstehen lassen, der — nach englischen Zeitungen — zu ungeheuren Aussichten berechtigt. Dass für einen kommenden Krieg mit Japan oder mit Nordamerika die Kolonien ganz andere Kräfte in die Wagschale zu werfen haben werden als vor fünf Jahren gegen Deutschland, ist unbestreitbar.

3. Über dem allen wird nicht zu vergessen sein ein ethischer Gewinn, den England noch in ungeahnter Weise ausspielen wird: England ist der Hüter der heiligen Stätten der Menschheit geworden. Schon lange war es der treue Wächter von allem, was Buddhisten und Brahmagläubigen (mit den von ihnen abzweigenden Religionen) heilig war. Jetzt ist es auch der Hüter von Jerusalem und von Mekka und Medina. In beiden Fällen geht es zudem mit vollendeter Selbstlosigkeit zu Werke: der Hedschas sowohl wie Palästina werden unabhängige Staaten, an denen England völlig „uninteressiert" ist, denen es nur seinen selbstlosen Schutz verleiht. (Dass seit Weihnachten 1919 ein englischer Politiker von starkem Einfluss, der frühere Minister Herbert Samuel der Machthaber des kommenden Judenstaates ist, ist natürlich blosser Zufall.) England schickt sich damit an, in riesigem Massstab Frankreichs frühere Rolle als Schützer der Christenheit des Orients zu spielen. Alle zionistischen Juden — und welcher, wenn auch noch so westlich gerichtete Jude ist nicht im Herzen ein wenig Zionist? — der Welt werden in Zukunft England als ihren stillen Fürsprecher ansehen; überall in der Welt, wo es eine Judenfrage gibt, in Polen, Russland, Rumänien, wird eine nicht einflusslose Partei englisch orientiert sein und nur darauf warten, dass England unter dem Banner der Toleranz politische Forderungen an ihren Staat stellt. Der uneigennützige Schützer Palästinas wird in ganz Osteuropa mit der Judenfrage einen politischen Hebel besitzen, wie ihn England und Russland in der Türkei mit der Armenierfrage immer wieder angewendet haben. Und auch für die kommenden Konflikte mit Amerika kann es eine erhebliche Bedeutung haben, dass die dort drüben äusserst einflussreiche Judenschaft zum mindesten nicht englandfeindlich orientiert sein wird. Und die deutschen Kabellinien sind jetzt englisch, Englands Kabelmonopol stärker als je.

Vielleicht noch wichtiger ist die „uninteressierte" Schutzherrschaft über den Hedschas. Für den Augenblick freilich hat England noch schwer an den Folgen der Tatsache zu tragen, dass es die Türkei zertrümmert hat. Damit hat es einen grossen Teil des Islam in Persien — wo der heilige Krieg noch nachwirkt — Indien und Ägypten gegen sich aufgebracht. Die daraus entstehenden Konflikte müssen erst durchgekämpft werden, und das wird nicht ganz einfach sein. Ist dies aber einmal geschehen, so wird es von grösster Bedeutung sein, dass England die heiligen Stätten des Islam beschützt. Denn das Khalifat ist nicht etwa dogmatisch mit Konstantinopel oder der türkischen Dynastie verknüpft. Hat sich erst einmal die mohammedanische Welt daran gewöhnt, dass die Türkei ausgespielt hat, so lässt sich sehr wohl daran denken, den Scherifen von Medina oder den neu geschaffenen Sultan von Ägypten zum Khalifen zu machen. Dass England diese grosse Karte in seinen Händen später auch auszuspielen gedenkt, zeigt u. a. die Tatsache, dass erst während des Krieges (Winter 1918/19) zum starken Missvergnügen der italienischen Regierung die Senussen der Zyrenaika eine Huldigungsgesandtschaft an den König von Hedschas gesandt haben. England hat sich mit rücksichtsloser Gewalt ein neues grosses Reich aufgerichtet — aber bei der feinen Witterung für geistige Kräfte, welche die englische Politik stets ausgezeichnet hat, hat es auch verstanden, zwei der stärksten internationalen Kräfte der Menschheit, das Judentum und den Islam als Klammern um sein Weltreich zu legen.

Für den Augenblick hat das Arabertum allerdings noch die sehr konkrete Aufgabe, in Englands Interesse die Franzosen aus dem Orient herauszumanövrieren. Durch den Orientvertrag vom 6. März 1917 sind nämlich die Dinge nur unvollkommen geregelt worden: zwar hat Frankreich die Küste von Syrien (mit Ausnahme der englischen Häfen Akka und Haifa und des internationalen Alexandrette) und England die Bagdadgegend erhalten, aber die Abgrenzung dieser beiden Interessensphären, an der z. B. das Schicksal von Damaskus, Aleppo, Mosul hängt, ist noch nicht erfolgt. Nun beansprucht mit einem Male der Vertreter des Königreichs Hedschas, der Emir Fessal, nicht nur alle diese Gebiete, sondern ganz Mesopotamien und ganz Syrien bis zur Küste für sich; das Königreich Hedschas spricht jetzt im Namen der gesamten arabischen Menschheit, und die englische Journalistik klagt bereits beweglich über das moralische Dilemma Englands, dass es einerseits sich schwer von dem Vertrage mit Frankreich lossagen, andrerseits schwer die edle arabische Nation enttäuschen kann, die ihr Vertrauen auf England setzte, zurzeit wo England wenig Freunde auf der Welt hatte! Eingehend erörtert wurde im Jahre 1919 u. a. ein „Entschädigungsplan" für Frankreich, nach dem Frankreich seine ganze syrische Stellung aufgeben solle gegen Entschädigungen in Afrika: es solle ganz Togo und Kamerun erhalten (die übrigens Frankreich ohnehin beansprucht)

— nur gegen die Verpflichtung zur Einräumung der offenen Tür für England — d. h. gegen die Sicherheit der völligen Aufsaugung seines Handels in absehbarer Zeit!

Entspricht diesem gewaltigen Mehr an Landerwerb und neuen geistigen Kräften (Judentum, Islam), die England in seine Dienste gestellt hat, nun auch ein Wachsen an innerer Festigkeit seines Kolonialreiches? Die Frage kann nur nach eingehender Betrachtung der einzelnen Kolonien beantwortet werden.

4. Ägypten ist durch den Krieg völlig in englische Hand gekommen. Gleich zu Kriegsbeginn verbot England dem Khediven Abbas II., der immer gegen die englische Verwaltung im Stillen gewühlt hatte, das Betreten des Landes. Nach der Kriegserklärung der Türkei wurde das lockere Band, das Ägypten noch an seinen früheren Oberherrn knüpfte, zerschnitten und das Land im Dezember 1914 zum Sultanat unter englischem Schutze erhoben. Damit waren auch alle Kapitulationen hinfällig geworden, und wenn man auch aus Rücksicht auf den französischen Verbündeten damit zögerte, die englische Alleinherrschaft sogleich allzu stark zu betonen, so zeigen doch die Klagen französisch-ägyptischer Zeitungen. dass man im Kleinen ganz systematisch dahin geht, das Englische zur alleinigen europäischen Sprache des Landes zu machen. Auch sind schon namhafte Stimmen dafür laut geworden, an Stelle des ägyptischen — französisch orientierten — Rechtes möglichst bald das englische Common Law einzuführen.

Militärisch war Ägypten während des ganzen Krieges fest in englischer Hand. England hatte zwar in Darfur einen Aufstand niederzuwerfen (Mai 1916), und nach der Erklärung des heiligen Krieges durch den Sultan haben die Senussen Anfang 1916 verschiedene grosse westliche Oasen besetzt. Aber die wirkliche ernstliche Bedrohung des Landes, gegen die England ein gewaltiges englisches und indisches Heer aufgeboten hatte, der türkische Schlag von Syrien her, erfolgte nicht. Über einen kaum ernst zu nehmenden Erkundungsvorstoss (Mai 1916) war die syrische Unternehmung Dschemal Paschas nicht hinaus gelangt, als im Jahre 1917 England sich stark genug fühlte, den erfolgreichen Gegenstoss zu unternehmen.

Die Stimmung des ägyptischen Volkes war die von jedem Kenner des Landes erwartete: stumpfsinnige Apathie bei der Masse der Fellachen, heimtückisches Grollen bei der gebildeten hauptstädtischen Bevölkerung. Es sind durch Beduinen, die angeblich im Auftrage des Grosssenussen handelten, Waffen und Explosivstoffe nach Ägypten geschmuggelt worden; es sollen Versuche gemacht worden sein, wichtige Eisenbahnbrücken in die Luft zu sprengen, Studenten haben revoltiert, auf den neuen Sultan Hussein — einen Enkel Ismails — sind mehrere Attentate unternommen worden, aber dabei blieb es im wesentlichen. Von Lausanne aus agitierte das ägyptische Nationalkomitee, in Ägypten selbst sorgte das Benehmen australischer Besatzungstruppen gegen die „Niggers“ für Aufpeitschung der Leidenschaften. Auch das Heer war aufgeregt: nach einem Versprechen des englischen Oberbefehlshabers Maxwell an den Sultan Hussein, das zu den Bedingungen für dessen Thronbesteigung gehört hatte, verzichtete die englische Regierung ausdrücklich darauf, Ägypten militärisch oder finanziell in irgend einer Weise durch den Krieg zu belasten. Trotzdem kam es zu scharfen Aushebungen, die an vielen Orten mit leidenschaftlichen Ausbrüchen der Volksleidenschaft beantwortet wurden. Zu irgend einem grösseren Unternehmen ist es nicht gekommen, da die dafür selbstverständliche Voraussetzung fehlte: der türkische Einfall unterblieb. Wohl aber hat die jungägyptische Agitation die Wilsonschen Forderungen auf freie Selbstbestimmung der Nationalitäten zum ägyptischen Programm erhoben und allen Ernstes die Forderung nach einer Urabstimmung aller Ägypter über die Zukunft des Landes der Friedenskonferenz vortragen wollen. Dass England diese Forderung höhnisch zurückwies, wird wohl — neben moslemischer Empörung über das Ende der Türkei — der Hauptgrund zu der Revolte gewesen sein, die Ende 1918 ausbrach und Anfang 1920 noch nicht ganz niedergeworfen ist.

5. Südafrika hat dem Kriege gegen Deutschland zunächst erheblichen Widerstand geleistet. Es ist immer wieder behauptet worden, dass die Mehrheit des südafrikanischen Kabinetts genau so energisch gegen die Expedition nach Südwest gewesen sei, wie die überwältigende Mehrheit der („südafrikanischen“) Partei Bothas. Es dauerte sechs Wochen, bis es Botha und Smuts gelang, für die Expedition eine Mehrheit zu schaffen mit der Begründung, Deutschland sei durch die Marneschlacht vollkommen vernichtet — man sieht die Bedeutung der Kriegslüge! — und es handle

sich jetzt nur noch darum, ob Südwest von Südafrikanern annektiert werden solle oder von einem indischen Heere, das es dann der Reichsregierung als Kronkolonie zu Füssen legen werde. Mit diesen Argumenten hat Botha nach unendlicher Mühe die Mehrheit der Seinen zu gewinnen vermocht und selbst an der Spitze des regulären Truppenkontingents der Kolonie und einer Freiwilligenarmee Deutschsüdwest erobert. Major Franke und Gouverneur Seitz kapitulierten am 9. Juli 1915.

Damit hatte Südafrika den grösseren Teil seiner Beute eingeheimst, der kleinere folgte Mai 1915 nach dem Lusitaniafall, wo in den grösseren Städten, namentlich in Kapstadt und Port Elizabeth, deutsches Eigentum — und sehr vieles andere in der Eile dazu — aufs gründlichste geplündert und deutsche Kaufleute in Konzentrationslager überführt wurden.

Die Südwest-Expedition hat aber für die innere Politik Südafrikas weittragende Folgen gehabt. Einige Burenkommandos unter Oberst Maritz und General Beyers revoltierten, und im Oranjefreistaat erhob Christian de Wet, der Held von 1899, die Fahne des Aufruhrs. Fast der ganze Oranjestaat und das westliche Transvaal erhoben sich — aber in diesem seiner Waffen beraubten Lande konnte der Aufstand nur eine Demonstration sein: am 2. Dezember 1914 ergab sich Dewet. Die Aufrührer wurden glimpflich behandelt, erschossen wurde nur einer (J. Fourie in Pretoria), August 1916 waren nur noch 20 in Haft, die letzten wurden Anfang 1917 entlassen.

Trotzdem aber hat der Aufstand das Ansehen der englandfreundlichen Kreise in Südafrika nachhaltig geschädigt. Bei den Neuwahlen zum südafrikanischen Parlament (Oktober 1915) erlangte Botha, obgleich er als ruhmgekrönter Sieger zurückkam, eine Mehrheit nur dadurch, dass seine („südafrikanische") Partei mit der englischen Kapitalistenpartei, den „Unionisten" zusammenging. Es war doch eine empfindliche Niederlage für ihn, dass er von seinen eigenen Landsleuten nur 55 % der Stimmen (94 000) erhielt, während 78 000 für den Führer der „nationalistischen" Unversöhnlichen, den Richter Hertzog aus dem Oranjestaat abgegeben wurden. (In Mandate umgesetzt, ergab dies infolge einer für England günstigen Wahlkreisgeometrie allerdings: Südafrikaner 54, Unionisten 40, Nationalisten 26 Mandate.) Und der Riss, den diese Wahl enthüllte, ist durch jedes folgende Kriegsjahr nur erweitert worden. Die Partei Hertzog kämpfte leidenschaftlich gegen jede Unterstützung des europäischen Krieges in irgendwelcher Form. Wohl haben sich für die Expedition gegen Südwest und gegen Ostafrika im ganzen 60 000 Weisse (davon $^1/_5$ holländischer Abkunft!) anwerben lassen, aber nach Europa ist nur eine kümmerliche südafrikanische Brigade gegangen. An Einführung einer Wehrpflicht zugunsten des Mutterlandes war nicht zu denken. Als die Regierung im Interesse der englischen Wollversorgung die gesamte Schafschur aufkaufte, sorgte Hertzog durch eine rastlose Agitation dafür, dass — weil angeblich der Preis zu niedrig war — die Wolle dem freihändigen Verkauf (also namentlich auch an amerikanische Firmen) zurückgegeben wurde. Mit grösster Rücksichtslosigkeit vertrat Hertzog den Standpunkt, dass Südafrika mit Grossbritannien allein durch die Personalunion des Herrschers verbunden und daher zu keinerlei militärischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Leistung für den Krieg des anderen Staates, England, verpflichtet sei. Den ruhmlosen Krieg in Ostafrika, den Botha durch dauernde Irreführung seines Parlaments diesem abgelistet hatte und den Smuts mit südafrikanischen und indischen Streitkräften führte, hat Hertzog dauernd mit seinen scharfen Kommentaren begleitet, und — wie u. a. die Wahlen zu den Provinziallandtagen Juli 1917 zeigten — in steigendem Masse die öffentliche Meinung der Holländer auf seiner Seite gehabt. Und als die englische Regierung Deutschland gegenüber das Nationalitätenprinzip auf ihre Fahne schrieb, da verlangte Hertzog im Namen seiner Partei eine Volksabstimmung Südafrikas über Fortdauer des Verhältnisses zu England oder völlige Unabhängigkeit, und er hat sich und Dewet vom Oranjestaat — wo seine Partei fast alle Mandate innehat — an die Friedenskonferenz absenden lassen mit der Parole, dort für die Loslösung zu wirken.

Auch die E i n g e b o r e n e n f r a g e machte Schwierigkeiten. Zur Schaffung einer Kaffernarmee für Europa ist es natürlich nicht gekommen; nur ahnungslose Europäer konnten im Ernst von einem solchen Plane reden, der für Südafrika die Rassenrevolution bedeuten konnte. Immerhin hat der Krieg das Selbstgefühl der Schwarzen in hohem Masse gesteigert; als Arbeitssoldat in Europa, als Kämpfer oder Lastträger in Ostafrika, als Ersatzarbeiter bei jeder Steigerung der Erzeugung, z. B. im Goldbergbau, trat der Schwarze in Erscheinung. Die Folge waren masslose Forderungen

der Schwarzen, so nach dem Parlamentswahlrecht, das sie bisher wohl in der Kapkolonie, nicht aber in den Burenstaaten besitzen, nach besserer Wohngelegenheit, nach uneingeschränkter Beschäftigung in den Goldbergwerken, auch in den gehobenen Stellen, die bisher den Weissen vorbehalten sind. Dass im Rand von Johannisburg eine Eingeborenenarbeiterbewegung mit einer Bewegung weisser Arbeiter zusammenging — im Parlament erhielt die neue Johannesburger Arbeiterpartei unter Creswell 1915 drei Mandate —, dass bei den Johannesburger Eingeborenenstreiks vom Juli 1918 als Anstifter weisse Arbeiter verhaftet wurden, dass zum Schutze gegen unbotmässige Eingeborene die allgemeine Bewaffnung der weissen Bevölkerung verlangt, von der Regierung natürlich mit Rücksicht auf die Gefahr eines Burenaufstands abgelehnt wurde, waren ernste Zeichen der Zeit. Mit dieser Missstimmung der Eingeborenen dürfte zusammenhängen, dass eine Kommission, die zur Durchführung von Bothas Eingeborenensiedlungsgesetz von 1913 ernannt war, zu sehr weitgreifenden und nach englischer Beurteilung (New Statesman 16. 9. 1916) sehr liberalen Vorschlägen gekommen ist, die nicht nur grosse Eingeborenenreservate sondern auch lokale und zentrale Räte für Eingeborenensachen vorsahen, welche den Kaffern allmählich an die Methode des Parlamentarismus gewöhnen sollten. Wie weit heftige Klagen der Buren über das Vordringen von indischem Kuligrundbesitz in Transvaal damit zusammenhängen, lässt sich von hier aus nicht beurteilen.

6. Australien beteiligte sich an dem grossen Raubzuge gegen Deutschland, indem es zu Anfang des Krieges Deutsch-Neuguinea besetzte; Neuseeland tat gleichzeitig dasselbe mit Samoa. Die Rechte der Frankfurter Firma Merton auf die australischen Zinkvorkommen wurden unter ungeheurem Geschrei des Ministerpräsidenten Hughes über deutsche Aussaugungsmethoden zerbrochen. Ein massloser australischer Imperialismus — zu dem die australische Gesamtbevölkerungsziffer von 5 Millionen in groteskem Gegensatze steht — war erwacht. In Redefeldzügen in England betonte Hughes immer von neuem, dass Deutschland seine Kolonien nicht wiedererhalten dürfe und verlangte auch die von Japan besetzten Inseln nördlich des Äquators (Karolinen, Marianen) für Australien. Eine australische „zwischenstaatliche Kommission für den britisch-australischen Handel im Stillen Ozean" führte Klage über den „unbefriedigenden" Zustand auf den (französisch-englischen) Neuen Hebriden und stellte ein grosses Programm auf, bei dessen Verwirklichung Australien, Neuseeland und England zusammenarbeiten sollten, und dessen wichtigster Punkt grosse Zuschüsse waren, ohne die der Handel mit den Inseln Ozeaniens sich nicht in englischer Hand halten liesse. Gerichtet war das Programm gegen Japan: denn in überraschenden Masse war — ganz wie in Indien und Südafrika — an Stelle des deutschen Handels nicht der englische, sondern der japanische getreten, und mit stummem Ingrimm sah man in Australien, wie der Japaner dauernd Boden gewann; das Programm des „Weissen Australiens" in dem (mit Ausnahme einiger interessierter Handels- und Grundbesitzerkreise) Australien bisher einig war, bezeichnete im Herbst 1916 die hochangesehene Melbourner ‚Age' resigniert als undurchführbar (British Australasian 9. 11. 16).

Während Hughes aber gegen Japan mobil machte, war er gleichzeitig energisch darauf bedacht, Australien auch vom Mutterlande zu befreien. Er gründete australische Zinkhütten, um die Einschmelzung der Erze, die bisher in Belgien und Deutschland erfolgt war, am Orte selbst vornehmen zu können. Als der Schiffsraum infolge des Unterseebootkrieges knapp zu werden begann, gründete Australien eigene Werften zum Neubau von Schiffen, kaufte Hughes Anfang 1918 eine australische Handelsflotte in Amerika. (Mitte 1918 sprach man schon von einer australischen Flotte mit zurzeit 61 Schiffen.) Hughes forderte Amerika zur Ausdehnung seines australischen Handels und zum Schutze Australiens gegen deutsche Ansprüche in der Zukunft mit einer Nachdrücklichkeit auf, die in London arg verstimmen musste. Australien nahm für sich das Recht in Anspruch, auf der Friedenskonferenz als Einzelnation selbständig vertreten zu sein, und im Jahre 1917 schuf es sich eine besondere diplomatische Vertretung in Washington.

Bei aller Betonung australischer Selbständigkeit war Hughes auf der anderen Seite der Vertreter eines lauten, mit den gröbsten Mitteln arbeitenden, vor keiner Lüge zurückscheuenden gesamtbritischen aggressiven Patriotismus. Auf einer Reise durch England (1916) hat er sich als Feuerspeier gegen Deutschland und Agitator für eine allgemeine Wehrpflicht derartig ausgezeichnet, dass unter dem Einfluss der Northcliffepresse ganz England ihm huldigend zu Füssen lag, dass sogar der Gedanke laut wurde, ihn zum englischen Ministerpräsidenten zu machen. Aber was er an Huldigungen schöner Aristokratinnen in England gewann, das schadete seinem Ansehen unter

den australischen Arbeitern aufs empfindlichste. Zweimal hat Hughes die Wehrpflicht durch Volksabstimmung durchzubringen versucht, beide Male (29. Oktober 1916 und Dezember 1917) wurde sie abgelehnt, mindestens das zweite Mal haben die Soldaten im Felde überwiegend dagegen gestimmt. Die Agitation ist mit allen Mitteln der Verhetzung und Lüge betrieben worden: am Tage vor der ersten Abstimmung brachte der Sydney Morning Herald ein Telegramm des deutschen Kaisers in deutscher Sprache — also nicht als Wahlscherz aufzufassen! — das allen Wehrpflichtgegnern in Australien das Eiserne Kreuz in Aussicht stellte! Gegen die Wehrpflicht wirkte vor allem das irische Element: der Erzbischof von Melbourne, Mannix, bekannte sich dabei offen als Reichsfeind und Sinn Feiner. Ganz überwiegend wird man die Abstimmungen gegen die Wehrpflicht nicht als Verwerfung einer unbequemen Form der Rekrutierung, sondern als offene Auflehnung gegen England deuten müssen. Der Premier von Neusüdwales wird die Lage wohl richtig beurteilt haben, wenn er erklärte, die australische Arbeiterschaft sei zur Hälfte offen reichsfeindlich, zur Hälfte sei sie sich über ihre Stellung noch nicht klar. (Daily Telegraph 26. 8. 1918.) Wenn der Trades Council in Sydney alle Wehrpflichtfreunde einfach ausschliesst, obgleich damit — so wie die Dinge in Australien liegen — die Betroffenen auch vom Arbeitsmarkte ausgeschlossen werden, wenn gleichzeitig von einem Schreckensregiment Hughes' gegen die Gewerkschaften die Rede ist, wenn in den Jahren 1916 und 1917, also gleichzeitig mit der Wehrpflichtagitation (trotz aller australischen Schiedsgerichte) eine Periode wildester Streiks das Land durchzieht, wobei es zu Attentaten einer anarchistischen, aus Amerika stammenden, aber im Lande weit verbreiteten Gruppe, der Industrial Workers of the World, kommt, so ist das ein Zeichen dafür, dass die tiefsten Leidenschaften des Landes aufgepeitscht waren, und dass sozialistische Utopienfreude und australischer Sondergeist hier gegen englischen Imperialismus kämpften. Als die Schlacht verloren war, revoltierte die grössere Hälfte der Arbeiterpartei unter Tudor gegen Hughes, und letzterer konnte sich nur durch ein demütiges Kompromiss im Amte halten, bei dem er feierlich auf jede Wehrpflichtagitation verzichtete, alle Gefängnisse öffnete und sogar Geldstrafen wieder zurückzahlte, und selbst dies für den Ministerpräsidenten und den am Zustandekommen ebenfalls beteiligten Generalgouverneur höchst unrühmliche Abkommen konnte im Rat der Arbeiterpartei von Neusüdwales nicht zur Annahme gelangen, da Gefahr bestand, dass die Mehrheit der Anwesenden sich für eine wilde Resolution entscheiden würde, die den Krieg völlig verdammte!

Wie viele Soldaten England aus diesem widerspenstigen Lande herausgeholt hat, ist schwer zu sagen, da alle Rekrutierungs- (und Schiffsversenkungs)ziffern während des ganzen Krieges mit freiester Phantasie behandelt wurden. Mitte 1918 wurden in England von unzuverlässiger Seite 426 000 Mann genannt (Financial News 28. 6. 1918), Hughes pflegte 1916 von 300 000, 1918 von 320 000 Mann zu sprechen; gleichzeitig aber mit seiner ersten Angabe (300 000) sprach der australische Kriegsminister Pearce von 189 206 Mann, die bereits in Europa und 62 181 Mann, die noch in Australien seien. (Round Table Sept. 1916.) Die Angabe des Daily Telegraph vom 17. 12. 18 (383 929) dürfte ausserordentlich hoch gegriffen sein. Sie würde mit 7 % der Gesamtbevölkerung eine recht hohe Leistung für das Mutterland darstellen. (Neuerdings wird in der deutschen Presse nach der Times sogar von 417 000 Mann gesprochen.)

7. Kanada ist für das Mutterland während des Krieges wohl die wichtigste der Dominions gewesen. Seit der Rekordernte von 1915 war es für England die grosse Weizenquelle, die einzige grosse Kriegsmaterialreserve im eigenen Weltreich, allmählich wurde es sogar zum Bankier des Mutterlandes, der diesem erhebliche Summen stunden und sogar vorstrecken konnte.

Auch als Rekrutendepot sollte Kanada dienen, und es ist auch gelungen, im Herbst 1917 die Wehrpflicht zur Annahme zu bringen. Nach englischer Schätzung (Financial Times 3. 10. 18) hat Kanada 390 000 Mann nach Europa gesandt und ausserdem 60 000 Mann zu Hause gehabt, davon sollen 43 000 tot, 50 000 als verwundet und dienstuntauglich entlassen, 3000 gefangen oder vermisst sein — es würden dies 450 000 Mann, d. h. bei einer Bevölkerungsziffer von 8 Millionen $5\frac{1}{2}$ % sein, und von der in Frage kommenden Jahresklasse (20—39), die bei der letzten Bevölkerungszählung auf 1 326 000 geschätzt wurde, fast genau ein Drittel.[1]) Es sind anständige Ziffern, aber auf einen überwältigenden allbritischen Patriotismus der Kanadier deuten sie nicht. Es ist dabei zu beachten, dass der eigentlich kanadische Gehalt der Heeresziffern vor Einführung

[1]) Neuerdings soll die Times von 640 000 kanadischen Soldaten gesprochen haben.

der Wehrpflicht recht gering war; er wurde 1916 auf nur 28 % geschätzt. Freiwillig kamen zum Heere zunächst die vielen Opfer der wilden Spekulationsgeschäfte und planlosen städtischen Gründungen aus der Zeit kurz vor dem Kriege, für die der Kriegsausbruch eine glänzende Gelegenheit bot. Dann aber beteiligte sich das in England geborene, selbst erst nach Kanada ausgewanderte Element in grossem Masse, in sehr viel geringerem Grade die in Kanada Geborenen englischer Nationalität, fast gar nicht die französischen Kanadier (nur 12 983 nach Round Table Sept. 1917). Diese haben vielmehr der Wehrpflicht erbittersten Widerstand geleistet. Die Wehrpflichtfrage hat die Grundsätze der ganzen kanadischen Politik verrückt. Es galt bisher als selbstverständlich, dass keine politische Frage so entschieden werden dürfte, dass nur Engländer auf der einen, nur Franzosen auf der anderen Seite standen. Der Widerstand gegen die Wehrpflicht hat jedoch das ganze französische Element in ein einziges Lager zusammengeführt und das englische auf der Gegenseite vereinigt. Der Rassenhass — den unter allen Umständen zu vermeiden, ältester Gesichtspunkt der kanadischen Politik ist, — wurde zudem durch einen höchst unerwünschten Schulstreit zwischen irischen und französischen Katholiken im Staate Ontario, der bis zu einer Entscheidung des englischen Oberhauses durchgefochten wurde und in den der Papst begütigend einzugreifen versuchte, noch weiter verschärft. Die ausgesprochen antienglische Bourassapartei in Quebec, früher ein bedeutungsloses Grüppchen, ist zur ernst zu nehmenden Partei geworden, mit der sogar ein Wilfrid Laurier zusammenging und hat während des Wahlkampfes offen die Parole: „Ausscheiden Quebecs aus der Dominion" auszugeben gewagt. Das Kabinett Borden, welches die Wehrpflicht durchgeführt hatte, hat am 17. Dez. 1917 bei den allgemeinen Wahlen gesiegt. Schwerlich ist daraus der Schluss zu ziehen, dass damit das kanadische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit sich für das Mutterland und für den Krieg in Europa ausgesprochen hat. Mit welchen Methoden in diesem Wahlkampf gearbeitet wurde, das zeigt ein Regierungserlass über die Einführung einer allgemeinen Stammrolle; jeder, der sich der Eintragung entzieht, wird bedroht nicht nur mit Geldstrafe, Gefängnis und Verlust des Stimmrechts und der Fähigkeit, ein Amt zu bekleiden, — sondern er wird auch ausgeschlossen von Benutzung von Eisenbahn, Dampfschiff, Hotel und Restaurant; wer ihm Arbeit, Wohnung oder Unterhalt gewährt, wird ebenfalls mit Geldbusse, Gefängnis oder beidem bestraft (Daily Telegraph 25. 4. 1918). Während des Kampfes um die Wehrpflicht entglitten den wehrpflichtfeindlichen Liberalen nahezu alle ihre Tageszeitungen und schwenkten plötzlich zu den Gegnern über — in Kanada sind plötzliche Gesinnungsänderungen der Zeitungen nichts so ganz Neues. Ganz plötzlich verstummte auch die Opposition der organisierten Arbeiterelemente gegen die Wehrpflicht. Den aus dem Gebiet der Mittelmächte stammenden Wählern wurde das Wahlrecht entzogen; mit dem Frauenwahlrecht wurde nach Labour Leader vom 7. Febr. 1918 ein geradezu grotesker, in jedem Lande ausser Ungarn und Kanada schlechthin unglaublicher Unfug getrieben, der es erreichte, dass tatsächlich der grösste Teil der Frauen für die Wehrpflicht gestimmt hat. So ohne weiteres ist ein Votum für die Wehrpflicht auch hier nicht mit imperialistischer Gesinnung identisch.

Wirtschaftlich ist Kanada die grosse englische Kriegsgewinnerkolonie. Es ist ein grosser Exportstaat geworden, nicht nur auf landwirtschaftlichem, sondern ebenso sehr auf industriellem und finanziellem Gebiet; eine kanadische Handelsflotte ist entstanden, seine Abhängigkeit vom Mutterlande ist so gering geworden, dass Kanada jetzt auch England Gelder leiht. Aber erst die Zukunft wird zeigen, ob die anscheinend grössere Selbständigkeit der Kolonie nicht tatsächlich ein Hinübergleiten aus englischem in amerikanischen Schutz bedeutet. Kanada hat während des Krieges kaum noch eine europäische Einwanderung gehabt, wohl aber dauerte die amerikanische fort. Die Handelsbeziehungen mit dem Mutterlande sind zum grossen Teil durch Handelsbeziehungen mit Amerika ersetzt worden. (Das gilt nicht nur für das Verhältnis von Kanada, sondern auch von Australien, — in weiterem Abstand auch von Südafrika — zu den Vereinigten Staaten.) Wie viel davon während der ersten Friedensjahre sich wird wieder abbauen lassen, wie weit es England gelingen wird, wieder der Geldgeber, der Rheder, der Ein- und Ausfuhrkaufmann, der Fabrikant für seine Kolonie zu werden, das kann erst die Zukunft lehren.

8. Und bis dahin wird es sich auch empfehlen, eine Antwort auf die Frage zu vertagen, ob das Verhältnis der Kolonie zum Mutterlande durch den Krieg inniger oder loser geworden ist. Wer sich durch die lauten Siegesfanfaren der Northcliffepresse die Ohren nicht betören lässt, der

ist zunächst geneigt, überwiegend Loslösung von England zu sehen. In Indien ist das nationalistische Selbstbewusstsein derartig gesteigert worden, dass England schon während des Krieges den Indern das Reformprogramm des Staatssekretärs Montagu hat einräumen müssen. Ähnliches gilt von Ägypten. In Südafrika und Kanada sind die zentrifugalen nationalistischen Gegenbewegungen durch den Krieg sichtlich gesteigert worden. Aber auch Borden und Hughes haben, wo sie dem Mutterlande Heeresfolge leisteten, in erster Linie für Kanada und Australien gesorgt. Nicht von England, sondern von den Kolonien ist der Wunsch ausgegangen, dass die Dominien auf der Friedenskonferenz ihre selbständigen Vertreter haben, den Friedensvertrag als selbständige Mächte einzeln unterzeichnen und im Völkerbund als selbständige Nationen vertreten sein werden. Hughes hat, als er im australischen Parlament am 10. September 1919 hiervon Mitteilung machte, ausdrücklich von australischer „Unabhängigkeit" gesprochen. Dass sowohl Kanada wie Australien während des Krieges eigene diplomatische Vertreter mit Gesandtenrang in Amerika ernannten, lässt tief blicken. (Zu dieser starken Betonung kolonialer Selbständigkeit würde die — bisher noch unbestätigte — Zeitungsnachricht stimmen, dass der englisch-amerikanisch-französische Bündnisvertrag die Bestimmung enthalten soll, dass im Kriegsfalle die Dominien selbständig darüber befinden würden, ob sie sich am Kriege beteiligen wollen oder nicht.) Und nicht minder bezeichnend ist es, dass alle Pläne für „Imperial Federation" (Reichsministerium, Reichsparlament u. dgl.) glatt gescheitert sind. Das britische Weltreich im Jahre 1920 ist noch loser gefügt als im Jahre 1914; während des Krieges hat es in seltsamen Formen eine Art oberster Reichsbehörde in seinem Kriegskabinett gehabt, bei dem niemand recht wusste, ob diese oberste Behörde für das britische Reich oder für Grossbritannien und Irland oder für beide zuständig war, — andererseits durfte man sich in England nicht allzusehr aufregen, wenn der australische Senat im März 1917 mit einem Beschluss zugunsten von Home Rule in die irische Politik des Londoner Kabinetts taktlos hineinfuhr, wenn die Kolonien sich das Recht zusprechen, in jeder Frage der auswärtigen Politik mitreden zu dürfen. Gewiss können unter Angelsachsen die in jedem anderen Volke undenkbaren schwerfälligen und ungeregelten Formen des Zusammenarbeitens von Mutterland und Kolonie nicht auffallen; aber sie zeigen zum mindesten, dass man auch jetzt nach fünfjährigem Weltkrieg das Nebeneinanderhergehen als die Regel, das Zusammenarbeiten als die Ausnahme empfindet. Ob daran die von der englischen Regierung feierlich proklamierte Vorzugszollpolitik — über deren Inhalt merkwürdig wenig verlautet — viel ändern wird, ist abzuwarten. Und die von der Northcliffepresse immer wieder geschmiedete starke Klammer um das angelsächsische Weltreich, die Angst vor der deutschen Flotte, existiert nicht mehr.

Aber das Nebeneinanderhergehen von völlig Gleichberechtigten schliesst ein Zusammenarbeiten keineswegs aus, vor allem wenn das Mutterland in Gestalt der Northcliffepresse die aufregende Agitation liefert, mit der heutzutage Politik gemacht wird. In Kanada war die Mehrheit der Nation gegen die kanadische Wehrpflicht; deshalb durften die von den Hunnen in Frankreich gekreuzigten Kanadier, die gespiessten Babies und abgehackten Kinderhände nicht aussterben, und sie haben im Verein mit dem Aufkauf gegnerischer Zeitungen und anderen Mitteln gleicher Art ihr Ziel erreicht. In Australien hat der Erlass des Kaisers an die australischen Wehrpflichtgegner in gleichem Sinne gewirkt, nur nicht mit gleichem Erfolge. Wer sich überlegt, dass ausnahmslos jedes Wort, das nach Australien telegraphiert wird, über britische Kabellinien geht, dass das Nachrichtenmaterial für die gesamte australische Presse aus britischer Quelle stammt, der weiss, dass englische Kolonialpolitik immer noch über mehr Möglichkeiten verfügt als die Politik anderer Mächte. Die Australier mögen England hassen und werden doch Englands Spiel spielen, so lange es Lord Northcliffe befiehlt. Nur besteht bei dieser Lage der Dinge immer die Gefahr, dass neben dem englischen auch ein amerikanischer Northcliffe auftauchen kann. Und so scheint mir denn die Frage des Verhältnisses der Kolonie zum Mutterlande in nicht geringem Masse eine Frage des Verhältnisses von Amerika zu England zu sein. Die Kolonien sind England gegenüber selbständiger geworden, aber vorerst nicht untreu. Eine Gefahr für das Verhältnis von Mutterland und Kolonien würde vielmehr nur dann entstehen, wenn die schon auf vielen Gebieten deutlich sichtbaren Interessengegensätze zwischen Amerika und England zu wirtschaftlichen Konflikten auswachsen sollten, oder wenn vielleicht in einem australisch-japanischen Streitfall nicht England, sondern Amerika die Sache der weissen Welt gegen die gelbe führen würde.

---

b) Die irische Frage.

Von Professor Dr. **M. J. Bonn,**
Direktor der Handelshochschule München.

Literatur:

Bagwell, R., Ireland under the Stuarts and during the Interregnum. I.—III. (Longmans, 1909—1916). — Bonn, M. J., Die englische Kolonisation in Irland. 2 Bände (Cotta 1906). — Bonn, M. J., Irland und die irische Frage. (Duncker & Humblot, 1918). — Butler, W. F. T., Confiscation in Irish History (Unwin, 1917). — Dubois, Paul, Contemporary Ireland. London 1908. — Dunlop, R., Ireland under the Commonwealth, I.—II. (Manchester University, 1913). — Ervine, St. John G., Sir E. Carson and the Ulster Movement (Maunsel 1915). — Jones, F. P., History of the Sinn Fein Movement (New York, Kenedy 1919). — Lysaght, E. E., Sir Horace Plunkett. (Maunsel 1916.) — Parnell, Mrs., Life of Charles Stewart Parnell, I.—II. (Cassell 1914.) — Plunkett, Sir Horace, Ireland in the New Century (London 1905). — Russell, George W. („AE"), The National Being. (Maunsel 1916.) — Ryan, W. P., The Irish Labour Movement. (Talbot Press 1919.) — Stephens, James, The Insurrection in Dublin. (Maunsel 1916.)

I. Das Wesen der irischen Frage.

Die irische Frage hat einen doppelten Charakter: Sie ist einmal das Verhältnis zweier Länder, die von verschiedenen Bevölkerungen bewohnt werden, aber so nahe beieinander liegen, dass sie von Natur zu einer politischen Einheit bestimmt zu sein scheinen. Wenn es z. B. für die englische Staatskunst nicht schwer gewesen ist, Australien oder Südafrika Selbstregierung zu geben, so lag das nicht sowohl an der Gleichartigkeit ihrer Bevölkerung — auch Südafrika hat seine Rassenfrage — sondern daran, dass das Problem der nachbarschaftlichen Einheit und der engsten lokalpolitischen Gemeinsamkeit in diesen beiden Fällen nicht in Frage stand.

Die irische Frage ist aber nicht nur eine Frage des Verhältnisses zweier Länder und der sie bewohnenden Völker, sondern vor allen Dingen eine Frage des Verhältnisses der beiden Völker, die in Jrland selbst ansässig sind. England hat nie die Kraft gehabt, Irland etwa so zu regieren, wie es heute Indien regiert. Es hat infolgedessen fünf grosse Kolonisationsversuche in Irland unternommen. Kolonisten und Eingeborene sind vielfach miteinander verschmolzen; aber allmählich hat sich eine gewisse Scheidelinie herausgebildet. Die grosse Mehrzahl der Nachkommen der „Kolonisten" sind Protestanten, Angehörige der ehemaligen irischen Staatskirche und Presbyterianer. Die Mehrzahl der Nachkommen der „Eingeborenen" sind Katholiken. Die religiöse Trennung fällt vielfach mit der sozialen zusammen. Die Kolonisten bildeten die oberen Klassen. Sie sind die Grundbesitzer gewesen und übten die gehobeneren Berufe aus. Die Eingeborenen waren Pächter, Kleinpächter und Arbeiter. Nur in der irischen Nordprovinz, Ulster, insbesondere in den vier Grafschaften Down, Antrim, Armagh und Derry ist die Mehrzahl der Bevölkerung protestantisch. Daher sind auch dort die Protestanten, vornehmlich die Presbyterianer, in den unteren Klassen der Bevölkerung zahlreich vertreten.

So herrscht also innerhalb Irlands ein doppelter Gegensatz. In ganz Irland bestand der Gegensatz zwischen den Grundbesitzern, die eine privilegierte Stellung einnahmen und von den protestantischen Einwanderern abstammten, und den gedrückten, in Abhängigkeit befindlichen eingeborenen katholischen Pächtern.

In Ulster trat dazu der weitere Gegensatz, der besonders in den vier Grafschaften fühlbar ist, einer geschlossenen, industriell tätigen protestantischen Bevölkerung mit Mittelklasse und Arbeiterklasse gegenüber der katholischen agrarischen Bevölkerung des übrigen Irland.

II. Lösungsversuche.

Die Frage des Verhältnisses von England zu Irland ist seit der ersten Eroberung Irlands immer wieder aufgetaucht. Unter dem Einfluss der amerikanischen Revolution im Jahre 1782 hat das irische Parlament, in dem fast ausschliesslich die Kolonisten vertreten waren, die völlige Selbstregierung Irlands England gegenüber durch bewaffnete Organisation durchgesetzt. Infolge der Reibungen zwischen den beiden Ländern, des Aufstands von 1798 und der Notwendigkeit, auch

den Eingeborenen, die an Zahl die Kolonisten hätten überstimmen können, das Wahlrecht zu geben, kam 1800 die Union zwischen England und Irland zustande. Das irische Parlament wurde aufgelöst. Irland war von da ab im gemeinsamen Unterhaus durch 103 Abgeordnete vertreten; im Oberhaus durch 28, das ehemalige irische Herrenhaus vertretende Peers.

Das ganze 19. Jahrhundert hindurch sind Versuche gemacht worden, diese Union wieder aufzulösen und die irische Selbständigkeit wieder herzustellen, insbesondere seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine eigentliche nationale Bewegung entstand, die den Gegensatz des irischen zum englischen Wesen betonte.

Bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts trat indessen das politische Problem: Englands Verhältnis zu Irland, gegen das soziale Problem: Einwanderer gegen Eingeborene, verhältnismässig zurück. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs die irische Bevölkerung von 4 Millionen auf 8 Millionen an. Das Land wurde mehr und mehr parzelliert; die Pächter steigerten sich gegenseitig in den Renten; sie bezahlten diese Rente durch Verkauf von Getreide und Vieh oder durch Arbeit, während sie selbst von dem Ertrag ihrer Kartoffelgärten lebten. Als im Jahre 1845/46 die Kartoffelernte missriet, folgte die furchtbare irische Hungersnot, die gegen 2 Millionen Iren vertrieb; diese wanderten zum Teil in die englischen Fabrikstädte, vor allem aber nach Amerika aus. So entstand in Amerika eine dichte städtische irische Bevölkerung, die von bitterem Hass gegen die irischen Grundherren und das sie beschützende England erfüllt war. Revolutionäre Bewegungen, insbesondere die der Fenier, griffen von dort nach Irland über, wo sie eine unabhängige Republik begründen wollten.

Die Hungersnot führte zu einigen Reformen des irischen Agrarrechts. Als Ende der 70 er Jahre neue Missernten kamen, begann die grosse irische Agrarrevolution, die, von Michael Davitt eingeleitet, schliesslich von Charles Stuart Parnell zum Siege geführt wurde. Sein Ziel war die Auflösung der „Union" und Selbstregierung für Irland. Er war sich aber klar darüber, dass er die irischen Pächter nur dann für Home Rule gewinnen konnte, wenn er die Agitation in erster Linie gegen die Anglo-irischen Grundherren richtete, die als Bedrücker des irischen Volkes und als Vertreter der englischen Herrschaft erschienen.

Das erste Ergebnis war die Reform des irischen Pachtrechts. Als damit eine politische Beruhigung nicht erzielt wurde, gelang es der irischen nationalen Partei unter Parnells Führung, Gladstone und die englische liberale Partei für eine Politik der Selbstregierung für Irland zu gewinnen. Bei den Wahlen von 1886 unterlagen indessen die Liberalen und die mit ihnen verbündeten Iren. Sie vermochten auch im Jahre 1892, als sie eine kleine Majorität gewonnen hatten, ihr Home Rule-Programm nicht durchzusetzen, da die öffentliche Meinung Englands und insbesondere das Oberhaus in den Iren Rebellen sah und weder die englisch-irischen Grundbesitzer noch Ulster, das sich leidenschaftlich gegen Unterstellung unter ein irisches Parlament wehrte, den Iren ausliefern wollte.

Die englisch-irischen Grundbesitzer in Irland waren u. a. gegen die Home Rule, weil sie die Enteignung durch ein irisches Parlament fürchteten. Da aber ihre wirtschaftliche Stellung gegenüber der Agrarrevolution nicht haltbar war, musste die englische konservative Partei in der Agrarreform weitergehen und durch Inanspruchnahme englischen Kredits die irischen Grundbesitzer auskaufen. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war das grosse Enteignungsgesetz vom Jahre 1903. Das Resultat der Enteignungsgesetzgebung war, dass von 572 000 Bauernstellen 365 000 heute ihren Eigentümern gehören. 327 000 Pächter hatten insgesamt 10¾ Millionen acres Land für 105 Millionen Pfund erworben. Weitere 80 000 Pächter haben Kaufverträge über 2¾ Millionen acres im Wert von 17½ Millionen Pfund abgeschlossen. Nur 5½ Millionen acres in Irland gehören noch den alten Grundbesitzern. Daneben ging eine Vergrösserung des Parzellenbesitzes im Westen mit weitgehender Umsiedelung einher.

III. Das Home Rule-Gesetz von 1914 und die Ulster-Krise.

Die grosse Agrarreform verminderte naturgemäss den Widerstand gegen Home Rule. Der steigende Wohlstand des Landes führte auf der anderen Seite zu einer Beruhigung der Bevölkerung und damit zu einem Abflauen der Agitation. Als die liberale Partei bei den Wahlen von 1906 eine grosse Mehrheit erzielte, war zuerst wenig Enthusiasmus für Wiederaufnahme der Home Rule-

Gesetzgebung vorhanden. Das wurde erst anders, seit die sogenannte Parlamentsakte von 1911 (1 und 2 Geo. V. Ch. 63) der Regierung die Möglichkeit gab, Gesetzentwürfe zum Gesetz werden zu lassen, ohne dass es der Zustimmung des Oberhauses bedurft hätte. Ein Home Rule-Entwurf wurde ausgearbeitet und nach langen Verhandlungen angenommen.

Gegen diesen Gesetzentwurf hatte Ulster, insbesondere die vier Grafschaften, seit seine Annahme wahrscheinlich schien, den bewaffneten Widerstand proklamiert. Die protestantische Bevölkerung schloss sich am 28. September 1912 zu einem heiligen Bund zusammen, der seine Teilnehmer verpflichtete, unter keinen Umständen das Home Rule-Gesetz anzuerkennen. Sie bildeten eine freiwillige Armee, die sie durch Waffenschmuggel ausrüsteten, und die im Sommer 1914 auf 85 000 Mann geschätzt wurde. Eine Militärrevolte zeigte gleichzeitig der Regierung, dass sie zur Niederwerfung dieses Aufstandes unter Umständen nicht auf die regulären Truppen zählen konnte.

Diese Bewegung löste eine Gegenbewegung aus. Die Vertreter Irlands im Parlament, die Nationale Partei, hatten gehofft, durch parlamentarische Reform ein weitgehendes Mass von Selbstregierung zu erhalten. Sie hatte das irische Volk, das früher zu bewaffneter Selbsthilfe geneigt gewesen war, zu parlamentarischen Methoden erzogen. Scheiterten diese Methoden an der bewaffneten Selbsthilfe Ulsters, so mussten diejenigen Elemente wieder in den Vordergrund treten, die stets zur Anwendung von Gewalt bereit gewesen waren. In den irischen Städten hat es immer eine kleine Terroristenpartei gegeben, den Geheimbund der irischen revolutionären Brüderschaft, die in enger Fühlung mit ähnlichen Organisationen in Amerika stand. Diese Gruppe war in den letzten Jahren, insbesondere in den Städten, durch Erstarkung der syndikalistischen Bewegung, an Einfluss gewachsen.

Neben sie trat allmählich ein Häuflein literarischer Enthusiasten, die seit Anfang der neunziger Jahre sich in der gälischen Liga zusammengefunden hatten, um den auf allen Gebieten erfolgreichen, kulturellen Anglisierungs-Bestrebungen eine Wiederbelebung der keltisch-irischen Kultur gegenüberzustellen. Diese rein literarische, als solche aber anti-englische Richtung brachte im Jahre 1905 eine neue Bewegung hervor: „Sinn Fein", (Sinn Fein heisst: Wir allein) die durch Selbstbesinnung auf die irische Eigenart und durch Abstreifung und Ablehnung alles Englischen eine eigene irische Nation und damit einen eigenen irischen Staat aufbauen wollte. Unter dem Einfluss der Ulster-Rüstungen wurde diese Bewegung „militärisch"; gegen die Ulster-Freiwilligen entstanden die irisch-nationalen Freiwilligen. Neben die nationale Partei im Parlament trat eine Partei, die aus eigener Kraft ohne Verhandlungen Irland befreien wollte und mit der parlamentarischen Partei heftig um die Kontrolle der irischen Freiwilligen kämpfte.

Der Ausbruch des Krieges führte zu einer Art Waffenstillstand zwischen den im Parlament vertretenen irischen Parteien, den Nationalisten und den Ulsterleuten. Der Home Rule-Entwurf wurde durch königliche Zustimmung am 18. September 1914 Gesetz, aber gleichzeitig durch eine Sonderbestimmung während des Krieges ausser Kraft gesetzt. Man suchte in ganz Irland Freiwillige für das Heer zu werben; infolge der ablehnenden Haltung der in der Armee dominierenden englisch-irischen Herrenklasse mit immer geringer werdendem Erfolg. Als im Mai 1915 ein Koalitionsministerium gebildet wurde, in dem der Führer der Ulsterrebellen, Sir Edward Carson, eine leitende Stellung einnahm, wuchs das Misstrauen der irischen Bevölkerung gegen England und gegen die parlamentarische Partei, — um so mehr, als man immer wieder befürchtete, die allgemeine Wehrpflicht werde in Irland zur Anwendung kommen.

Diese Vorgänge stärkten die kleinen Gruppen, die ein rein separatistisches Ideal anstrebten. Sie gewannen Fühlung mit Deutschland und erhielten Unterstützung aus den Vereinigten Staaten. Sie bereiteten eine Erhebung vor, die trotz ungenügender Bewaffnung am Ostersonntag 1916 zur Ausrufung der irischen Republik in Dublin führte. An der aktiven Bewegung haben nur die Dubliner Syndikalisten und die kleinen Gruppen fanatischer Anhänger der Sinn-Feiner-Bewegung teilgenommen. Das Land verhielt sich ruhig, ja geradezu ablehnend. Trotzdem konnte die Niederwerfung nur mit grossen Opfern vollzogen werden. Obwohl es sich um eine rein örtliche Bewegung gehandelt hatte, war die Wirkung des Aufstandes weitreichend. Sie wurde durch die harten Methoden der englischen Militärs, insbesondere durch die Hinrichtung von Sir Roger Casement, verstärkt.

Während bis dahin Sinn Fein eine kleine Nebenbewegung gewesen war, trat ein Umschwung ein, der schliesslich bei den Wahlen vom November 1918 die nationale Partei im Parlament von 79 auf 6 reduzierte, während Sinn Fein 76 Mandate gewann.

Das Ergebnis war also, dass der Widerstand Ulsters gegen Home Rule nicht gebrochen war; an Stelle der nationalen Partei im Parlament, die mit einer beschränkten Selbstregierung in Form eines Gliedstaates innerhalb des Britischen Reichs zufrieden war, war eine Bewegung getreten, die eine unabhängige Republik erstrebte. Ihre Forderungen erhielten dadurch einen internationalen Widerhall, dass der Friede von Versailles unterdrückte Nationalitäten in Zentraleuropa als freie Völker anerkannte und Staaten wie Liberia und Haiti ein Selbstbestimmungsrecht gab, das Irland einstweilen verweigert schien. Von seiten der amerikanischen Iren wurde rastlos mit grosser Energie auf diesen Punkt hingewiesen. Trotzdem Irland während des Kriegs verhältnismässig wenige Opfer gebracht hatte und seine Wirtschaft in nie geahntem Masse blühte, hat sich die Lage so verschärft, dass man heute trotz aller Versöhnungsversuche nur mit militärischen Gewaltmitteln regieren kann, und Überfälle und Gewalttaten an der Tagesordnung sind.

Das Ergebnis der ganzen Entwicklung ist also gewesen, dass die irische Frage, die zeitweilig nur noch eine Frage der beiden Irland bewohnenden Bevölkerungen war, jetzt wieder zu einer Frage zwischen England und Irland geworden ist.

IV. Die verschiedenen Formen von Home Rule.

Unter den Formen der Lösung der irischen Frage sind die folgenden denkbar:

1. Eine unabhängige irische Republik. So leidenschaftlich im Augenblick die Stimmung der irischen Bevölkerung sein mag, so stehen doch der Verwirklichung dieser Pläne grosse Hindernisse entgegen. Irland bildet mit England, Schottland und Wales eine geographische Einheit. Es ist nicht anzunehmen, dass England der seinen Küsten vorgelagerten Insel ein Selbstbestimmungsrecht geben wird, das einem irischen Staat eine aktive, englandfeindliche Politik ermöglichen würde. Es ist auch nicht anzunehmen, dass die öffentliche Meinung Amerikas sich dauernd für eine derartige radikale Lösung aussprechen wird, obgleich bei dem Zustandekommen eines wirklichen Völkerbundes sich gewisse Schärfen des Problems verlieren würden. Es ist ausgeschlossen, dass die Bevölkerung Ulsters sich einem völlig losgelösten irischen Gemeinwesen unterordnen würde. Ohne Ulster ist ein solches lebensunfähig.

2. Wenn es sich nicht um eine völlig unabhängige irische Republik handelt, besteht auf seiten Englands kein unüberwindlicher Widerstand gegen die Gewährung eines weitgehenden Masses von Selbstregierung an Irland. Die Voraussetzung hierfür ist, dass die beiden irischen Bevölkerungen sich einigen, also das Verhältnis von Ulster zu Irland. Dabei kommt nicht die ganze Provinz Ulster in Frage, die unter 1 582 000 Einwohnern 691 000 Katholiken zählt. Es handelt sich vielmehr in erster Linie um den protestantischen Kern von Ulster, vier oder auch sechs Grafschaften, deren Grenzen in irgend einer Weise festgesetzt werden müssen. Wie die Abgrenzung der Bezirke erfolgt, ob durch Volksabstimmung in Grafschaften oder in den Wahlbezirken, aus denen die Grafschaften zusammengesetzt sind, ist eine besondere Frage.

3. Die Gewährung von Home Rule an Süd-Irland mit Ausschluss von Ulster ist erwogen und verworfen worden. Wenn Ulster bei England bliebe, so wäre die nationale Einheit Irlands nicht zu verwirklichen.

4. Der nächstliegende Gedanke ist nun der, dass Ulster den Charakter eines Gliedstaates in einem aus zwei Gliedstaaten bestehenden irischen Gesamtstaat haben soll.

Der irische Gesamtstaat kann entweder selbst wieder Gliedstaat innerhalb des (das heute bestehende Vereinigte Königreich ersetzenden) britisch-irischen Gesamtstaates werden. Er würde dann innerhalb dieses Gesamtstaates, der als Bund organisiert werden könnte, die Stellung einer Provinz mit sehr weitgehenden Vorrechten einnehmen, der keine eigene Finanz- und Zollpolitik gestattet werden könnte. Eine derartige Form der Selbstregierung wäre also verhältnismässig nicht weitgehend. Sie würde den irischen finanziellen und industriellen Aspirationen nicht übermässig viel Raum gewähren. Das Verhältnis von England zu Irland war im Gesetz von 1914 etwa in dieser Form gedacht.

5. Oder der irische Gesamtstaat könnte nach Art der Dominien Canada und Südafrika — beide haben ihre Rassenfragen — als Dominium mit Selbstregierung im Britischen Reich und in einem zu schaffenden britischen Reichsparlament vertreten sein. Dann könnte Irland ein weitgehendes Mass wirtschaftlicher und finanzieller Selbstbestimmung gegeben werden. Es könnte dann eine eigene Finanzpolitik und eine eigene Handelspolitik treiben. Es wird aber für England nicht leicht sein, eine derartige selbständige Wirtschaftseinheit aus seinem Verband ausscheiden zu lassen, zumal Ulster, dessen wirtschaftliche Verhältnisse den englischen gleichartig sind, den Wunsch hegt, genau so behandelt zu werden wie England selbst.

6. Der Entwurf, der eben vorbereitet wird, steht zwischen diesen beiden Formen. Er sieht ein Parlament für Süd-Irland und ein solches für Ulster vor. Beide Parlamente entsenden Abgeordnete in einen „Rat für Irland". Dieser Rat ist als Keim eines später ganz Irland umfassenden Parlaments gedacht, dessen Befugnisse England gegenüber erheblich grösser sein werden, als die der beiden Sonderparlamente, denen keine eigene Zollhoheit und nur beschränkte Finanzhoheit zustehen wird.

---

c) Indien.

Von Dr. phil. **Josef Horovitz,**
o. Professor an der Universität Frankfurt a. M.

Literatur:

The Imperial Gazetteer of India. New edition Oxford 1907 ff; The Indian Year Book, Bombay und Calcutta seit 1914; Sten Konow, Indien unter der englischen Herrschaft, Tübingen 1915; Derselbe: Indien, Leipzig u. Berlin 1917; Derselbe: Über die Bedeutung Indiens für England, Braunschweig 1919; Lyall, Alfred, The rise and expansion of the British dominion in India, London 1914; Chirol, Valentine, Indian Unrest, London 1910; Farquhar, J. N., Modern religious movements in India, New York 1919; Chesney, G. M., India under experiment, London 1918; Horovitz, J., Die politische Stellung der indischen Muhammedaner (S-A aus „Der neue Orient"), Berlin 1917; Derselbe, Die Inder und die angloindische Verwaltung „Deutsche Politik" vom 17. August 1917; Derselbe: Indien, „Süddeutsche Monatshefte", Juli 1918; Der Freiheitskampf der indischen Nationalisten, die Arbeit eines Jahrzehnts, 1906—1917, Berlin 1918.

Von den ältesten geschichtlichen Zeiten bis in das sechszehnte nachchristliche Jahrhundert hinein sind es vor allem die durch das nordwestliche Tor einbrechenden Einwanderer und Eroberer gewesen, welche die politischen Geschicke Indiens gestaltet haben. Auf die Arier, die Begründer der geistigen Kultur Indiens, sind zahlreiche zentralasiatische Stämme gefolgt, die einmal in Indien angesiedelt, sich der arischen Kultur unterwarfen. Auch nachdem der Islam die Gebiete Vorder- und Zentralasiens erobert hatte, ergossen sich von Nordwesten her weiter Scharen afghanischer und türkischer Eroberer über die Ebenen Indiens. Aber sie hielten nicht nur an der Lehre des arabischen Propheten fest, sondern die von ihnen begründeten Dynastien blieben auch Mittelpunkte der islamischen Kultur. Auf die Dauer vermochten jedoch auch diese Dynastien sich dem Einfluss ihrer indischen Umgebung nicht zu entziehen, und vor allem die weitblickendsten Herrscher aus dem Hause der Moguls versuchten, in der zweiten Hälfte des sechszehnten und der ersten des siebzehnten Jahrhunderts durch weitgehende Rücksichtnahme auf die Anschauungen und Wünsche der Hindus diese mit der Fremdherrschaft auszusöhnen. Nachdem dann diese Politik der Versöhnung aufgegeben war, erhoben sich die kriegerischen Gemeinschaften der Marathas und der Sikhs, und schon Mitte des achtzehnten Jahrhunderts hofften die Marathas die indische „Selbstherrschaft" (Swaradsch) zu verwirklichen, ein Traum, der durch die vereinigten Armeen der Afghanen und des Grossmoguls 1761 vernichtet wurde. Aber wenige Jahre vor diesem Sieg über die Marathas hatte an der Ostküste ein neuer, gefährlicherer Feind einen entscheidenden Erfolg davongetragen, die Engländer.

Seit der Entdeckung des Seeweges nach Ostindien hatten Portugiesen und Holländer, Engländer und Franzosen um das indische Handelsmonopol gerungen. Erst als die Zentralgewalt der Moguls in Verfall geraten und Portugiesen wie Holländer so ziemlich ausgeschaltet waren, setzte der Kampf um die politische Hegemonie in Indien ein. Die Franzosen bedienten sich als erste der Methode, sich in die inneren Streitigkeiten der indischen Fürstenhäuser einzumischen und ihnen gegen gute Bezahlung ihre wohlausgebildeten Truppen zur Verfügung zu stellen; aber in der erfolgreichen Anwendung dieser Methode übertrafen die Engländer ihre französischen Lehrmeister. Vor allem jedoch verdankten sie es ihrer Überlegenheit zur See und der tatkräftigen Unterstützung, die ihnen in der Heimat zuteil wurde, dass sie den Preis davontrugen. Clives Sieg bei Plassey 1757 unterwarf der ostindischen Handelsgesellschaft, die bis dahin nur vereinzelte Niederlassungen besessen hatte, zum ersten Male grosse Gebiete Bengalens, und weitere Erfolge machten die Engländer zu Herren über das ganze untere Gangestal. Mit Hilfe ihres Verbündeten, des Nizams von Haiderabad, vernichteten sie dann das Reich Tipu Sahibs in Südindien und teilten sich mit ihrem Bundesgenossen in seinen Besitz. Bald darauf unterwarf sich der König von Audh sowohl wie die Radschputenfürsten ihrer Oberhoheit und als dann auch die Konföderation der Marathas besiegt war, gab es keine einheimische Dynastie mehr, die sie nicht als ihre Oberherren anerkannt hätte. Nur die nordwestlichen Gebiete Indiens blieben zunächst noch unabhängig. Nachdem aber 1843 Sindh und 1849 nach zwei Kriegen mit den Sikhs der Pandschab einverleibt wurde, war ganz Indien unmittelbar oder — in den Gebieten der weiterbestehenden einheimischen Dynastien — mittelbar der Herrschaft der ostindischen Gesellschaft unterstellt. Nach Niederwerfung des Aufstandes von 1857, dem gefährlichsten Versuch, die europäische Fremdherrschaft abzuschütteln, wurde die Handelsgesellschaft aufgelöst, und die Verwaltung Indiens der britischen Krone übertragen.

Hatte schon die Ostindische Gesellschaft mit ihren Expansionsbestrebungen nicht an den natürlichen Grenzen Indiens Halt gemacht, so ging die neue Herrschaft dazu über, nicht nur gewaltige ausserhalb Indiens gelegene Gebiete, wie Birma, unter ihre unmittelbare Verwaltung zu nehmen, sondern auch durch ein System von Einflusssphären und Protektoraten alle äusseren Zugänge zu den indischen Landesgrenzen zu sichern. Diese Gebiete, Belutschistan und Afghanistan, sowie die Himalaja-Staaten Nepal, Sikkim und Bhutan, stehen zwar in ganz verschiedenen Graden der Abhängigkeit von der indischen Regierung, ihnen allen aber ist gemeinsam, dass ihre Beziehungen zu auswärtigen Mächten unter deren Oberaufsicht stehen. Auch die britischen Besitzungen und Protektorate in Arabien und dem persischen Golf waren stets von Indien aus verwaltet worden. Nach der Besetzung Ägyptens aber gab sich der britische Imperialismus nicht mehr mit diesem den Seeweg nach Indien sichernden Besitz zufrieden, sondern verlangte auch die Einbeziehung des ganzen Landgebietes zwischen dem Roten Meer und dem Persischen Golf in das Verteidigungssystem Indiens, ein Traum, dessen Erfüllung der Ausgang des Weltkrieges gebracht hat. Palästina und Arabien, Mesopotamien und sogar Persien, über dessen Teilung man sich noch 1907 mit den Russen geeinigt hatte, sind, welcher Status ihnen auch nominell zuerkannt werden möge, tatsächlich britische Besitzungen oder Protektorate geworden. Der indischen Halbinsel aber ist durch ihre politische, militärische und wirtschaftliche Bedeutung auch in diesem so gewaltig erweiterten asiatischen Reiche Englands ihre zentrale Stellung gesichert.

Die britische Herrschaft in Indien unterscheidet sich von allen ihren vorausgegangenen dadurch, dass die herrschende Kaste sich nicht im Lande ansiedelt, nicht in Indien heimisch werden will. Die Engländer in Indien sind und bleiben Fremde, die nach getaner Arbeit nach ihrer fernen heimatlichen Insel zurückkehren, der sie auch die Erziehung ihrer Kinder überantworten. Auch die Nachkommen der mohammedanischen Eroberer — im Gegensatz zu den Millionen zum Islam bekehrter Inder — haben zwar in Indien zäh an ihren fremden Traditionen festgehalten; aber das eroberte Land ist ihnen doch zur zweiten Heimat geworden, mit deren Schicksal ihr eigenes Wohl und Wehe und das ihrer Nachkommen verbunden bleibt. Wie auf keiner früheren lastet daher auf der britischen Verwaltung das Odium der Fremdherrshaft. Und mag es auch richtig sein, dass in den Zeiten ihrer Begründung, der Fremde als solcher feindliche Gefühle kaum auslöste, so hat doch die spätere Entwicklung sie um so mehr vertieft, als die neuen Herren nicht nur alle politischen Vorrechte für sich in Anspruch nahmen, sondern auch durch die Überhebung, die

sie in den gesellschaftlichen Beziehungen zu den Einheimischen zur Schau trugen, diese keinen Augenblick ihre gedemütigte Lage vergessen liessen.

Ein Gebiet von der Ausdehnung Indiens hätte innerhalb eines verhältnismässig so kurzen Zeitraumes nicht unterworfen werden können, wenn eine Zentralgewalt vorhanden, oder wenigstens bei den Machthabern in den einzelnen Teilen ein Gefühl für die Gemeinsamkeit ihrer Interessen lebendig gewesen wäre. Davon war aber keine Rede; auch die Heere, deren sich die fremden Eroberer bedienten, waren im wesentlichen aus indischen Söldnern zusammengesetzt, und nur die Führung lag in englischen Händen. Es wäre aber dennoch übertrieben zu glauben, Indien sei Mitte des 18. Jahrhunderts nur mehr ein geographischer Begriff gewesen: nicht nur hatte die arische Kultur sich über alle Teile der Halbinsel verbreitet und den oberen Kasten ein gemeinsames Erbe an geistigen Gütern und gesellschaftlichen Einrichtungen übermittelt, sondern in der Moguldynastie von Delhi, die weithin noch als legitime Quelle aller Macht angesehen wurde, besassen die auseinanderfallenden Teile doch wenigstens noch ein Symbol politischer Einheit. Aber die staatliche Zerrissenheit, die religiösen Gegensätze, die sprachlichen Verschiedenheiten und die Kluft, welche die Angehörigen der verschiedenen Kasten voneinander trennte, liessen ein indisches Gemeingefühl nicht aufkommen. Erst nachdem das ganze Gebiet der Halbinsel e i n e r Verwaltung unterstellt war, schuf diese selbst durch die für ihren eigenen Bestand notwendigen Massnahmen die Grundlagen, auf denen sich ein solches Gemeingefühl aufbauen konnte. Die Schaffung grosser Verwaltungseinheiten, die Einrichtung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphendienstes, die Einführung für ganz Indien geltender Gesetze, sowie einer einheitlichen Amtssprache und die Förderung des höheren, auf der Kenntnis dieser Amtssprache fussenden Unterrichts, hat mächtig zur Überbrückung der Gegensätze innerhalb der Bevölkerung beigetragen. Vor allem kann die Bedeutung, welche der englischen Sprache bei diesem Prozess zufiel, gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Kenntnis des Englischen hat es Angehörigen aller Rassen, aller Sprach- und Glaubensgemeinschaften, die ihre Vorbildung in den Regierungs- oder Missionsschulen erhalten hatten, ermöglicht, ihre Hoffnungen und Wünsche miteinander auszutauschen; die Grundsätze des britischen Liberalismus, mit welchen ihre englischen Lehrbücher sie vertraut gemacht hatten, haben diese nach Herkunft, Anschauungen und Gewohnheiten so verschiedenen Männer mit den gleichen Idealen für die Zukunft ihres Landes erfüllt. In den Kreisen dieser englisch gebildeten Schicht entstand, ein halbes Jahrhundert nach der ersten Einrichtung englischer Regierungsschulen, der Plan eines „Indischen Nationalkongresses", welcher 1885 zuerst tagte und dessen Bestreben dahin geht, die „verschiedenen und auseinanderstrebenden Elemente, welche die indische Bevölkerung ausmachen, zu einem nationalen Ganzen zusammenzufassen". Ein zahlreiches und einflussreiches Element der Bevölkerung war allerdings Jahrzehntelang auf den Tagungen des Kongresses nur sehr schwach vertreten: die Mohammedaner, deren Führer es in ihrer übergrossen Mehrzahl für ratsamer hielten, die Erfüllung ihrer Sonderwünsche durch unmittelbare Verhandlungen mit den höchsten Regierungsstellen zu erreichen. Die innere Ursache für diese Zurückhaltung gegenüber den Bestrebungen des Kongresses lag darin, dass die Mohammedaner, die sich vom Besuch der englischen Lehranstalten ferngehalten hatten, nicht über eine ausreichende Zahl von Kräften verfügten, welche den im Kongress vorherrschenden Gruppen der Parsis und Hindus das Gleichgewicht halten konnten. Nachdem sie aber durch Einrichtung eigener Anstalten diesen Fehler wieder gutgemacht hatten, begann allmählich die Annäherung an die Bestrebungen des Nationalkongresses. Auch die Mohammedaner waren mit den Theorien des Liberalismus vertraut geworden, hatten sich vom Wert politischer Organisation überzeugt und die Kunst des Agitierens erlernt. Es dauerte nicht lange, bis sie erkannten, dass, abgesehen von gewissen Sonderwünschen, deren Erfüllung ihnen als einer Minorität zur Sicherung ihres Eigenlebens unentbehrlich erschien, ihre Forderungen mit denen des Nationalkongresses übereinstimmten. Diese natürliche Entwicklung war durch zwei Umstände noch ausserordentlich beschleunigt worden, einmal dadurch, dass die der Verfassung nach völlig autokratische Regierung sich angesichts des Umfanges, den die politische Agitation angenommen hatte, gar nicht mehr in der Lage sah, Wünsche einer von ihr begünstigten Minderheit zu befriedigen, welche von den mächtigsten Organisationen des Landes bekämpft wurden; ferner dadurch, dass die allgemeine Politik des britischen Reiches gegenüber den islamitischen Mächten ausserhalb Indiens, vor allem

seit Abschluss des anglorussischen Vertrages von 1907, jede Rücksichtnahme auf die Gefühle der indischen Mohammedaner vermissen liess. Zwar blieben die Mohammedaner auch weiter dem Kongress fern und schufen 1906 zur Durchführung ihrer Sonderwünsche ihre eigene Organisation, die Allindische Mohammedaner-Liga; aber ein Jahrzehnt nach ihrer Gründung war sie bereits dahin gelangt, mit dem indischen Nationalkongress ein gemeinsames Reformprogramm auszuarbeiten. Seitdem hat sich das Bündnis immermehr befestigt, das auch den mohammedanischen Sonderwünschen zugute kommt; gerade jetzt finden die Forderungen der Mohammedaner in Bezug auf die Regelung der türkischen Frage die volle Unterstützung des Nationalkongresses. Dank dem Weitblick der Führer auf beiden Seiten ist der Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern, dessen ewige Dauer ein Lieblingsdogma der angloindischen Glaubenslehre war, jedenfalls soweit überwunden, dass die Erreichung der allen indischen Politikern gemeinsamen Ziele durch ihn kaum mehr gefährdet werden kann.

Wenn es auch immer wieder nur die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung kleine Zahl der politisch Interessierten aus allen Gemeinschaften war, welche in diesen Organisationen zu Worte kam, so war es doch eine schwere Selbsttäuschung der angloindischen Bürokratie, diese Vorkämpfer politischer Reformen leichthin als eine „mikroskopische Minorität" abzutun, die ohne Einfluss auf die breiten Massen sei und lediglich den Interessen ihrer eigenen Klasse diene. Es hat sich nicht lange vor dem Kriege gelegentlich der Protestbewegung wider die Behandlung der Inder in Südafrika und dann vor allem während des Krieges bei der Agitation für „Home Rule" gezeigt, dass die politischen Führer nicht nur die städtischen Massen in der Hand haben, sondern sich auch dem Verständnis der bäuerlichen Bevölkerung anzupassen vermögen. Wie wenig sie an ihre Klasseninteressen dachten, haben sie vor allem dadurch bewiesen, dass sie sich aufs tatkräftigste für die Förderung des Volksschulwesens eingesetzt, und um Einführung des Schulzwangs in ganz Indien bemüht haben.

Schon 1833 hatte Macaulay, der eifrigste Fürsprecher der Einführung englischen Unterrichts vorausgesehen, dass die Zöglinge dieser Schulen auf Grund gleicher Kenntnisse und Leistungen schliesslich die Gleichberechtigung mit den englischen Beamten verlangen würden. Nach Niederwerfung des indischen Aufstandes hat dann die Königin das Gelöbnis abgelegt, es sollten in Zukunft keinerlei Unterschiede der Herkunft und des Bekenntnisses bei der Besetzung von Beamtenstellen mehr gemacht werden. Das Versprechen ist aber nicht erfüllt worden; wenn auch im Lauf der Zeit Inder in steigender Zahl in die höheren Ämter einrückten, so sind sie doch in einer einflusslosen Minderheit geblieben, und gewisse Dienstzweige wie die höhere Polizeikarriere und die Offizierslaufbahn blieben ihnen grundsätzlich verschlossen. Der jahrzehntelang mit grösster Erbitterung von beiden Seiten, dem angloindischen Beamtentum sowohl wie den indischen Politikern, geführte Kampf um Gleichbehandlung der britischen mit den indischen Bewerbern, ist neuerdings zu Gunsten der indischen Ansprüche entschieden worden, wenn es auch noch ein Jahrzehnt dauern wird, ehe sie in der gleichen Stärke in den höheren Ämtern vertreten sein werden, wie die Bewerber englischer Herkunft. Aber dieser ganze Kampf war ja nur ein Vorpostengefecht, so sehr er auch lange Zeit im Vordergrund des Interesses stand. Von ungleich grösserer Bedeutung, als die Frage, ob die bestbezahlten und einflussreichsten Beamtenstellen mit Indern oder Engländern besetzt werden, ist die, in wessen Händen in Zukunft die Verantwortung für die Verwaltung Indiens liegen soll, in denen einer mindestens stark englisch infiltrierten Beamtenkaste, oder in denen einer indischen Volksvertretung. Auch wenn eine erhebliche Zahl der Ämter mit Indern besetzt wäre, die aber letzten Endes den Weisungen des dem britischen Parlament verantwortlichen und dem englischen Kabinett als Mitglied angehörenden Staatssekretärs für Indien zu folgen hätten, so bliebe Indien nicht weniger eine abhängige Kolonie, als wenn die ausführenden Organe ausschliesslich Engländer wären. Soll Indien innerhalb des britischen Reiches seine Gleichberechtigung mit den Dominien erlangen, so muss die Kontrolle der Verwaltung der indischen Volksvertretung übertragen werden. Darauf vor allem richteten sich die Wünsche der politischen Organisationen, und schliesslich veranlasste die gefährliche Dimensionen annehmende Erregung in allen Teilen Indiens den Staatssekretär im August 1917 zu einer Erklärung im Namen des Kabinetts derzufolge das „in Indien herrschende Regierungssystem allmählich durch ein der Bevölkerung verantwortliches ersetzt

werden" sollte. Noch 1909 hatte selbst ein radikaler Politiker wie Lord Morley sich dagegen verwahrt, mit den von ihm eingeführten Reformen den Grund zu einem parlamentarischen System legen zu wollen; wenn jetzt ein Kabinett, dem ein so eifriger Fürsprecher der autokratischen Regierungsform für Indien angehört, wie es Lord Curzon stets gewesen ist, sich zu einer die früheren Anschauungen so völlig verleugnenden Politik bekannte, so war ein Zweifel an der Dringlichkeit solcher Sinnesänderung nicht mehr möglich. Um das wider die Versprechungen der Regierung stets wache Misstrauen der Inder zu beseitigen, wurde weiter beschlossen, sofort einen Anfang durch Entsendung des Staatssekretärs nach Indien zu machen, wo er durch Befragen aller in Betracht kommenden Instanzen feststellen sollte, was zunächst zu geschehen habe. Das Ergebnis dieser Reise waren die Vorschläge, welche er gemeinsam mit dem Vizekönig unterbreitete, und die inzwischen vom Parlament angenommen worden sind. In den ländlichen Bezirken sowohl wie in den Stadtgemeinden wird nach dem neuen Gesetze mit dem Grundsatz der Selbstverwaltung insofern Ernst gemacht, als in den Bezirkstagen und Stadtparlamenten nur noch gewählte Vertreter Sitz und Stimme haben, und ein behördlicher Druck auf ihre Entschliessungen nicht mehr ausgeübt werden soll. In den Provinziallandtagen hatten schon die Morley'schen Reformen die Zahl der gewählten Vertreter so stark erhöht, dass sie gegenüber den von der Regierung ernannten Mitgliedern die Mehrheit bildeten. Aber das Betätigungsgebiet dieser Kammern war beschränkt, die Provinzialregierung war nicht an die Beschlüsse der Mehrheit gebunden und blieb weiterhin lediglich der indischen Zentralregierung verantwortlich. Nach den neuen Bestimmungen sollen nun gewisse Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung ausgeschieden werden, für welche die Provinziallandtage die volle Verantwortung übernehmen. Diese ihnen „übertragenen" (transferred) Gebiete umfassen u. a. Steuern, Unterricht, öffentliche Gesundheitspflege, Landwirtschaft, während die übrigen Gebiete weiter der Entscheidung der Regierung vorbehalten (reserved) bleiben. Die Verteilung der Gebiete soll nach Verlauf von fünf Jahren nachgeprüft und dann umgestaltet werden können. Es soll also versuchsweise den gewählten Volksvertretern die Entscheidung über einen Teil der in das tägliche Leben ihrer Provinz eingreifenden Fragen überlassen werden.

Im indischen Reichstag (Imperial Council) hatten die Morley'schen Reformen eine Mehrheit der von der Regierung ernannten und zur Abstimmung in ihrem Sinn verpflichteten Mitglieder belassen. An Stelle dieser Körperschaft sollen jetzt zwei neue treten, ein Staatsrat, in welchem weiter den ernannten Mitgliedern die Mehrheit vorbehalten bleibt und eine gesetzgebende Versammlung, in welcher die gewählten Vertreter über sie verfügen. Die Vorrechte der Regierung bezw. des Staatsrats sind so bemessen, dass die gewählten Vertreter allein keine Möglichkeit haben, ihre Wünsche durchzusetzen. Die Verantwortung für die ganz Indien betreffende Gesetzgebung verbleibt also weiter der Regierung von Indien und somit in letzter Linie dem britischen Parlament. Die Exekutive liegt in den Händen des vizeköniglichen Rats, dem bisher ein Inder angehörte, in welchem aber das indische Element verstärkt und dem auch eine Anzahl der gewählten Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung in der Stellung von parlamentarischen Unterstaatssekretären beigeordnet werden sollen.

Wären diese Reformen zu Anfang des Krieges Gesetz geworden, so hätten sie vielleicht eine Zeitlang Ruhe in Indien schaffen können; heute befriedigen sie niemand mehr. Jahrelang haben die verantwortlichen Staatsmänner Englands das Selbstbestimmungsrecht der Völker als das Ziel bezeichnet, für das sie in den Krieg gezogen sind und Tausende von indischen Soldaten haben ihr Leben für die „Befreiung der kleinen Nationen" geopfert. Die Inder verlangen, dass ihnen die gleichen Rechte zugestanden werden, wie diesen Völkern und sind nicht bereit, die Grundsätze der nationalen Selbstbestimmung als ein an die klimatischen und ethnischen Voraussetzungen eines bestimmten Kontinents gebundenes Vorrecht anzuerkennen. Da die gegenwärtig in England herrschenden Parteien ihren Wünschen kein Entgegenkommen zeigen, so haben sich die indischen Politiker mit der britischen Arbeiterpartei in Verbindung gesetzt, welche ihnen in einem offiziellen Schreiben ihres Vorsitzenden vom Dezember 1919 ihre volle Sympathie und Unterstützung in dem Kampf für die Erlangung vollkommener Selbstverwaltung innerhalb des britischen Reiches zugesichert und versprochen hat, „alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um ihnen sobald wie möglich die politischen und wirtschaftlichen Freiheiten zu verschaffen". Die Arbeiterpartei ist

also bereit, Indien schon jetzt die Gleichstellung mit den selbstverwaltenden Dominien des Reiches zu gewähren, wobei freilich in aussenpolitischer und militärischer Hinsicht die Abhängigkeit vom britischen Parlament bestehen bliebe.

Ausser den Gebieten, welche unmittelbar der britischen Verwaltung unterstehen, umfasst Indien eine Zahl von „Native States", deren innere Verwaltung die Zentralregierung den einheimischen Herrschern überlässt. Hier besteht also das autokratische Regierungssystem weiter, aber dadurch gemildert, dass es nicht von Fremden gehandhabt wird. Mehrere dieser Staaten haben übrigens ebenfalls Volksvertretungen eingerichtet, und in gewissen Zweigen der Verwaltung, dem Unterrichtswesen zum Beispiel, haben manche von ihnen Massnahmen durchgeführt, die in den britischen Gebieten noch nicht verwirklicht sind. Bei aller für die Fürsten unter den bestehenden Verhältnissen selbstverständlichen Loyalität der britischen Krone gegenüber, der sie den Fortbestand ihrer Dynastien verdanken, liegt es keineswegs in ihrem Interesse, sich in Gegensatz zu den politischen Führern der Massen zu stellen, mit denen sie sich jedenfalls in allen, den indischen Nationalstolz berührenden Fragen in weitgehender Übereinstimmung befinden. Weder haben die Führer daher einen Grund, die Stellung der Fürsten zu untergraben, noch denken die Fürsten daran, irgendwelche Bestrebungen zu unterstützen, die sich der Weiterentwicklung der indischen Selbstverwaltung in den britischen Gebieten entgegenstellen. Bei allen Unterschieden zwischen demokratischer und autokratischer Regierungsform liegt es in beider Interesse, dass in ihren Gebieten die Macht in den Händen von Indern, und nicht in der von Fremden liegt. Das Indien der Zukunft denken sich die Politiker als einen Bund von Staaten, von denen die einen aus den jetzigen Provinzen von Britisch-Indien, die anderen aus den von einheimischen Fürsten beherrschten Gebieten hervorgehen werden.

Eine alte Forderung des Nationalkongresses ist die Umwandlung der indischen Armee, die heute ein aus den verschiedenen „kriegerischen Rassen" zusammengesetztes und den imperialistischen Interessen der fremden Herren dienendes Söldnerheer darstellt, in ein lediglich der indischen Landesverteidigung dienendes Volksheer. Ein Teil der Truppen, wie die aus Nepal stammenden Gurkhas, haben mit den Indern wenig gemein, während andere, ebenfalls als besonders zuverlässig geltende, wie die Sikhs, ihr Weiterbestehen als besondere Gemeinschaft lediglich den Interessen der Militärverwaltung verdanken. Solange es dieser gelingt, die „kriegerischen Rassen" von dem Einfluss der nationalistischen Lehren frei zu halten, bleibt der Fremdherrschaft ihre festeste Stütze; der Umfang, den 1919 die Unruhen im Pundschab, dem Hauptrekrutierungsgebiet der Armee in Indien, angenommen haben, zeigt aber, dass auch hier sich manches geändert hat. Während des Krieges hat sich die Militärverwaltung zu einem Schritt entschliessen müssen, den sie stets gescheut hat, der Verleihung des britischen Offizierpatents an Inder; vorläufig ist die Zahl dieser Offiziere zwar sehr gering, aber nachdem das Prinzip durchbrochen ist, kann es ein Zurück nicht mehr geben und nun gilt es, die indischen Anwärter auf die Offizierslaufbahn vor den Gesinnungen zu schützen, die sie heute überall in Indien einzuatmen Gefahr laufen. Man hat schon vorgeschlagen, sie in englischen Kadettenschulen aufzuziehen, um sie so zu entnationalisieren, oder sie nur ausserhalb Indiens zu verwenden.

Das Ziel, dessen Verwirklichung a l l e politischen Parteien Indiens erstreben, ist ein Staatenbund, der in der Staaten- und Bundesgesetzgebung autonom ist und über ein Heer verfügt, das die Verteidigung seines Gebietes sichert. Die Revolutionäre wollen dieses Ziel durch Anwendung von Gewalt und Terror erreichen, die Extremen halten den passiven Widerstand für ein erlaubtes Kampfmittel, die Gemässigten beschränken sich auf gesetzmässige Agitation. Die Revolutionäre arbeiten auf völlige und unmittelbare Loslösung vom britischen Reich hin, die Extremen sind bereit, die britische Verbindung aufrecht zu erhalten, so lange Indien allein nicht im Stande ist, sich äusserer Angriffe zu erwehren, die Gemässigten erstreben Selbstverwaltung im Rahmen des Reiches. Ein innerhalb der „Britischen Völkergemeinschaft (British Common wealth of Nations)" gleichberechtigtes und sich vollkommener Selbstverwaltung erfreuendes Indien würde aber — zumal in Verbindung mit den anderen asiatischen, ihm allmählich gleichzustellenden Gebieten — durch seine Bevölkerungszahl, seine wirtschaftliche und militärische Bedeutung das Übergewicht des britischen Elements gefährden, mit dem es weder Bande des Gefühls, noch der Abstammung, noch der gleichen

Ideale verknüpfen. Die Gemeinsamkeit mit den britischen Gliedern des Bundes würde nur noch in der Anerkennung des gleichen Monarchen und innerhalb gewisser Grenzen im Gebrauch der gleichen Schriftsprache bestehen. Die Loyalität dem Monarchen gegenüber gilt dem britischen Imperialismus als ein einigendes Band von besonderer Stärke; in Indien aber hat sie, abgesehen von den noch ganz in feudalen Anschauungen befangenen Kreisen, tiefere Wurzeln kaum geschlagen. Und auch die Stellung des Englischen als Sprache des höheren Unterrichts und Ausdrucksmittel der allindischen Bestrebungen ist keineswegs unangetastet: die indische Einheit, wie die Nationalisten sie verstehen, hat eine gemeinsame indische Sprache zur Voraussetzung. So wenig sie daran denken, den in verschiedenen Teilen Indiens zur Herrschaft gelangten Schriftsprachen, dem Bengali, Marathi, Gudscherati u. a. ihre Stellung innerhalb ihres Gebietes streitig zu machen, so sehr sind sie bemüht, das Hindi als gemeinsames, überall im höheren Unterricht zu berücksichtigendes Verständigungsmittel einzubürgern. Es wird freilich nicht leicht sein, das Englische durch eine indische Sprache zu ersetzen, aber der Versuch ist der ihm zu Grunde liegenden Tendenzen wegen bemerkenswert und wird kaum sobald aufgegeben werden.

Man hat indische Vertreter in den Obersten Kriegsrat entsandt, Indien beim Abschluss des Friedens zugezogen, ihm einen Platz im Völkerbund eingeräumt und es so vor der Welt mit den Dominien gleichgestellt; alles, da die tatsächliche Macht ganz in britischen Händen bleibt, blosser Schein, bestimmt, dem indischen Stolz zu schmeicheln. Die Zeit, in der solche Massnahmen ein Wirkung haben konnten, ist vorbei; die Inder verlangen, dass der Schein Wirklichkeit werde. Und schon klingt verheissungsvoll die frohe Botschaft an ihr Ohr, die von Moskau her das Selbstbestimmungsrecht auch der asiatischen Völker verkündet.

---

41. Abschnitt.

Das Mittelländische Meer.

Von Professor Dr. **Oskar Lenz,** Wien.

Literatur:

Krümmel, Handbuch der Ozeanographie. — Ratzel, Politische Geographie. — Ratzel, Das Meer als Quelle der Völkergrösse. — Scobel, Geographisches Handbuch.

Mit Recht bezeichnet Ratzel das Meer als Quelle der Völkergrösse. Das erkannte man in Deutschland erst spät; dann aber beschäftigten sich die Vertreter der wissenschaftlichen Erdkunde auf das Intensivste mit den Meeren und die Deutschen wurden bahnbrechend bei Schaffung der Ozeanographie. Das Handbuch dieses Teiles der Erdkunde von Krümmel und Boguslawski ist tatsächlich die erste systematische wissenschaftliche Behandlung aller auf das Weltmeer sich beziehenden Fragen, der physischen, wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der salzigen Wasserhülle unserer Erde. Darnach unterscheidet man neben den drei grossen offenen Ozeanen, dem Pazifischen, dem Atlantischen, dem Indischen sowie den beiden arktischen Meeren, noch Rand- und Mittelmeere als Teile der gesamten Weltmeere. Erstere sind klein, wenig tief, meist durch Inselketten vom offenen Ozean getrennt und können als die nur oberflächlich überschwemmten Randebenen und Böschungsgehänge der Kontinente aufgefasst werden; dazu gehören z. B. Nord- und Ostsee, Ochotskisches Meer u. a. m. Die Mittelmeere sind tief und salzreich, erstrecken sich zwischen grossen Landmassen und haben enge Strassen zu den offenen Ozeanen. Die Wichtigsten sind: das Amerikanische, zwischen Nord- und Südamerika, das Australische und unser Europäische gewöhnlich als Romanisches bezeichnetes Mittelmeer zwischen Europa, Afrika und Vorderasien

Mittelländisches Meer steht durch die Strasse von Gibraltar (genannt nach dem Dschebel el Tarik, dem Berg des Feldherrn Tarik, der im Anfang des 7. Jahrhunderts die Eroberung des grössten Teiles von Spanien durch die Araber einleitete) mit dem Atlantischen Ozean in Verbindung. Durch den Kanal von Suez ist ein Zugang zum Roten Meer geschaffen, das im Süden mit der Strasse von Bab el mandeb in den Indischen Ozean führt. Dadurch ist ein kürzerer Schiffsverkehr zwischen Europa und Indien geschaffen, der früher um das Cap der guten Hoffnung führte. Im Osten bilden die Meerengen des Bosporus und die Dardanellen einen Zugang zum Schwarzen Meer, in dessen Nordost die Strasse von Kertsch in das kleine Asowsche Meer führt. Dagegen bildet der östlich gelegene Kaspisee, dessen Spiegel unter dem Niveau des Mittelmeeres gelegen ist, jetzt ein Binnenmeer. In einer früheren Entwicklungsperiode der Erde war dasselbe auch ein Teil des östlichen Mittelmeerbeckens. Überhaupt sind das westliche und östliche Mittelmeerbecken, getrennt durch die Apenninhalbinsel, in bezug auf Bildungs- und Entwicklungsgeschichte scharf voneinander zu unterscheiden. Im Westbecken greift das Meer nordwärts bis zu den Häfen von Marseille und Genua; in dem schmalen adriatischen Meer noch weiter nach Norden, so dass die Häfen von Venedig, Triest, Pola und Fiume nur einige hundert Kilometer von Wien entfernt sind.

Im westlichen Mittelmeerbecken im engeren Sinne dürfte der Friedensschluss keine wesentlichen Veränderungen in den politischen Verhältnissen zur Folge haben. Spanien, Frankreich und Italien haben dort ihre alten Kriegs- und Handelshäfen. Spanien hat schon auf der letzten Marokko-Konferenz 1911 eine breite Zone marokkanischen Gebietes von Tetuan bis Larache am Atlantischen Ozean (ausgenommen die Hafenstadt Tanger) als Protektorat erhalten, während der übrige grosse Teil dieses Sultanates mit der Hauptstadt zum französischen Protektorat gehört. Frankreich hat Ostmarokko durch Bahnen mit Algerien verbunden, hat die ganze mittlere und westliche Sahara unter seinen Einfluss gebracht und kann nun längs der atlantischen Westküste der grossen Wüste, dem sogenannten Sahel, die Verbindung Marokkos mit der alten französischen Kolonie Senegambien herstellen. Das zielbewusste Vorgehen der Franzosen in diesem Teile Afrikas zeigt sich schon in der vor Jahrzehnten begonnenen Entwicklung einer „force noir“ im Westsudan und diese Truppen haben doch in dem grossen Krieg insofern genützt, als diese viele Tausende von kräftigen Sudannegern als Kanonenfutter grosse Dienste geleistet haben, wodurch das französische Militär zum Teil geschont und entlastet wurde. Algerien ist fester wie je mit Frankreich verknüpft, ebenso Tunesien, das infolge eines anderen Ausfalles des Krieges und bei einer besseren Politik Italiens leicht an dieses Land hätte fallen können. So muss auch das fast ganz verloren gegangene Tripolitanien von Italien aufs neue erobert werden, ein für das Mutterland kostspieliges und wenig ertragreiches Unternehmen.

Die Engländer haben es schon seit langem verstanden, sich der wichtigsten Punkte des Mittelmeeres als Stützpunkte für ihre Kriegs- und Handelsflotte zu bemächtigen. Sie beherrschen die stellenweise nur 25 Kilometer breite Strasse von Gibraltar, sie besitzen die Insel Malta, haben dieselbe grossartig ausgebaut, sie beherrschen Cypern, sie haben die Mehrzahl der Suezkanal-Aktien erworben, haben also Port Said und Suez in ihren Besitz, das Protektorat über Ägypten und den östlichen Sudan. Nach dem grossen Weltkriege haben sie ihren Einfluss in Konstantinopel befestigt, den Zugang zu Jerusalem, den Hafen von Jaffa besetzt und damit Palästina in Besitz genommen. England beherrscht Persien und hat somit das ganze Iranische Hochland (Persien, Afghanistan, Beludschistan) unter seinen Einfluss gebracht und damit auch die von Deutschen hergestellten Bagdadbahn erworben, so dass auch ganz Mesopotamien bis hinauf zum armenischen Hochland als britisch bezeichnet werden kann. Und trotz dieser Umstände erklärte Lord Northcliffe in einer seiner grossen Zeitungen (Record in Glasgow und Meercury in Sheffield), England sei nach dem Kriege bankrott und müsse westindische Besitzungen und anderes verkaufen!

Vor allem wird man in England den Plan der Kairo-Kap-Eisenbahn zur Durchführung bringen, wodurch die Hafenplätze am Roten Meer und in Ostafrika beeinträchtigt werden, wenn auch diese durch Flügelbahnen mit der Hauptbahn in Verbindung gebracht werden müssen. Dann kommen die grossen Bahnen in Asien an die Reihe, wodurch nach Überbrückung des Bosporus oder durch Tunnelanlagen die Eisenbahn von Europa direkt nach Kleinasien geführt werden kann; von da an ist die deutsche Bagdadbahn vorhanden. Die iranischen Hochlande (Persien, Afghanistan,

Beludschistan) werden ihr Bahnnetz erhalten, sodass dasselbe bis in das Industal reicht. Dann ist der Traum: von Ostende bis Bombay in 8 Tagen im Schlafwagen zu reisen, Wirklichkeit geworden, der deutsche Traum von einer Hamburg—Bagdadbahn hat sich verflüchtigt!

Der Verkehr im Mittelländischen Meer hat sich nach Eröffnung des Suezkanals natürlich enorm entwickelt; gab es doch früher, als es ein fast geschlossenes, Meerbecken war, beinahe nur Lokalverkehr zwischen den verschiedenen dort lebenden Völkern. Dann kam die internationale Schiffahrt nach Indien und Ostasien, wodurch das Lessepsche Unternehmen auch in finanzieller Beziehung sich glänzend gestaltete. Aber auf die Dauer werden hier doch Veränderungen vor sich gehen durch das grossartig geplante Eisenbahnnetz in Asien und Afrika, vorausgesetzt freilich, dass es in der Zukunft genug Kohlen geben wird, um den gesteigerten Eisenbahn- und Dampfschiff-Verkehr durchführen zu können. Im Gegenteil glaube ich, dass man für gewisse Massengüter die alte Segelschiffahrt wieder mehr verwenden wird als bisher. Die Engländer haben ja trotz aller Dampfer noch immer die grossen viermastigen Segelschiffe nach Australien.

Wesentlich ändern werden sich im östlichen Mittelmeer die Verhältnisse bei dem Schmerzenskind der Entente, Italien, und der Türkei. Das Reich der Osmanen in Europa und Kleinasien wird natürlich weiterbestehen, etwas verkleinert und unter finanzieller Aufsicht Englands. Stambul bleibt Hauptstadt der Türken trotz der Komödie des früheren Fürsten von Bulgarien, der nach einigen Siegen über die Türken einmal proklamierte, sich in der Hagia Sofia als Kaiser von Byzanz krönen zu lassen. Den Engländern ist es gelungen, die Entfremdung der Araber und Türken zu vergrössern, so dass diese die arabische Halbinsel wohl verlieren werden. Palästina und Mesopotamien sind, wie erwähnt, verloren und in Syrien streiten sich noch die Franzosen, Italiener und Engländer. Italien verlangt ausser griechischen Inseln noch Terrain an der Südküste Kleinasiens. Im Schwarzen Meer sollte der unglückliche Versuch gemacht werden, ein selbständiges Armenien unter amerikanischem Protektorat zu schaffen; aber die Union wird sich die Sache sehr überlegen. Die Armenier erlitten dasselbe Schicksal wie die Polen, die unter drei Staaten verteilt waren. Letztere unter Russland, Deutschland und Österreich, erstere unter die Türkei, Russland und Persien. Jestzt sollen beide Völker selbständige Staaten bilden. Beide Völker aber haben im Lauf der Geschichte gezeigt, dass sie dazu nicht die Eignung haben. Das neue Polen mit seinem Völkergemisch ist ebensowenig zukunftsreich wie ein armenischer Staat. Übrigens gilt dasselbe auch von dem unnatürlichen Gebilde des tschecho-slowakischen Staatswesens, wie auch von der sogenannten jugoslawischen Republik. Die katholische Bevölkerung von Agram und Laibach wird sich nie von der orthodoxen Regierung in Belgrad regieren lassen, noch dazu unter einer Dynastie Karageorgjewitsch! Alle diese neugebildeten Staatswesen sind keine nationalen, sondern Nationalitäten-Staaten. Dies gilt sowohl für die nordslavische wie für die südslavische Republik und ebenso für das zukünftige wahrscheinliche Königreich Ungarn. Die Herren in Paris hatten für das Völkergemisch der alten Welt, für die geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände der einzelnen kleinen Nationen nicht das geringste Verständnis. Es werden sich in diesen neuen Republiken dieselben Zustände im Kleinen wiederholen, wie in der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie im Grossen.

Über das Schicksal der europäischen und asiatischen Türkei scheint man in Paris und London noch völlig im unklaren zu sein. Wenn auch die Türkei nicht die Hoffnungen erfüllt hat, die man auf dieselbe setzte, und die Erklärung des sogenannten heiligen Krieges eigentlich ohne jede Wirkung war, so scheint man doch nicht gewillt zu sein, gegen die Osmanen so streng vorzugehen, wie es anfangs den Anschein hatte. Eine panislamitische Bewegung kann schliesslich doch nicht ausser Acht gelassen werden und England speziell fürchtet nicht mit Unrecht die vielen Millionen Muhamedaner in seinen asiatischen Besitzungen. Diese Bewegung könnte aber auch leicht auf Nord- und Mittelafrika übergreifen, so dass auch Frankreich sich hüten muss, allzu scharf gegen die Türken vorzugehen.

Was Griechenland betrifft, so hat sich zur Zeit die Entente mit diesem Lande gar nicht beschäftigt. Durch Venezuelos an die Seite der Entente gedrängt, hofft Griechenland gewiss auf eine Entschädigung auf dem europäischen Festland, vielleicht auch an der kleinasiatischen Küste. Eine Reihe von Inseln dürfte dem Lande aber doch an Italien verloren gehen. Eine grössere maritime Entwicklung für Griechenland ist kaum zu erwarten und an eine Erwerbung Konstantinopels und

die Errichtung eines Byzantinischen Reiches ist wohl nicht mehr zu denken. Die grösste Schwierigkeit für sich und die anderen europäischen Staaten bietet Italien in seinen übertriebenen Grossmachtsbestrebungen. Es ist das Schlagwort ausgegeben, die Adria sei ein ausschliesslich italienischer Meeresteil und demgemäss müsse die ganze Ostseite desselben an Italien fallen. Dieses in den letzten Jahrzehnten von Glücksfällen aller Art geförderte Land ist einer von den wenigen europäischen wirklichen Nationalstaaten und war von inneren nationalen Kämpfen befreit; beinahe ausschliesslich von Italienern bewohnt, kommt man dort auf den unglücklichen Einfall, grosse, vorherrschend von Südslaven bewohnte Gebiete zu annektieren. Es ist ja richtig, dass in den wenigen Städten Istriens und Dalmatiens die Italiener die Majorität besitzen, aber das gesamte nichtstädtische Gebiet ist ausschliesslich von Südslaven bewohnt. Man erinnert sich vielleicht daran, dass die einst mächtige Republik Venedig den grössten Teil der Ostküste der Adria und damit dieses Meer selbst beherrschte und tatsächlich finden wir ja an zahlreichen Punkten Istriens und Dalmatiens noch Erinnerungen an diese venetianische Herrschaft. Italien hat, ohne grössere Siege aufweisen zu können, im Laufe des letzten halben Jahrhunderts die Lombardei und Venetien erworben, jetzt erhält es die so lange Zeit österreichischen Gebiete in Südtirol, Görz, Triest, Istrien und verlangt nun noch Dalmatien und den für die jugoslavische Republik so wichtigen Hafen Fiume. Seit Monaten kann man sich über diese Fiumeraner Frage nicht einigen, und sollte diese Stadt wirklich den Italienern zugesprochen werden, so wird es ein dauernder Zankapfel zwischen Italien und der südslavischen Republik bleiben.

Im grossen und ganzen kann man sagen, dass die Zustände im östlichen Mittelmeerbecken zur Zeit noch unfertig und keineswegs dauernd sind. Die Ententeverhandlungen in Paris waren nicht imstande, weder im Mittelländischen Meere noch anderwärts befriedigende und dauernde politische Verhältnisse zu schaffen und wenn nicht die grausamen und ungerechten Gewaltfreidensbedingungen ganz wesentlich geändert werden, wobei unter anderem auch die masslosen Ansprüche Italiens auf das richtige Mass zurückzuführen sind, so kann auf einen dauernden Frieden in Europa nicht gerechnet werden. Einmal muss ja doch aus diesen wüsten politischen und wirtschaftlichen Chaos sich ein normaler Zustand herausbilden. Das schöne Mittelländische Meer mit seinem bis vor Ausbruch des Krieges so lebhaften Handels- und Touristenverkehr und seinen zahlreichen besonders auch von Österreich angelegten Erholungsorten wird dann vielleicht auch wieder das werden, was es früher war: der internationale Zielpunkt und zeitweise Aufenthaltsort von Erholungsbedürftigen aller Länder und Völker.

Abgeschlossen Anfang Februar 1920.

---

42. Abschnitt.

Die amerikanische Aussenpolitik.

Von Professor Dr. **M. J. Bonn,**
Direktor der Handelshochschule München.

Literatur:

A. Coolidge, The United Staats as a World Pover, New York 1908. — W. F. Johnson, Americas Foreign Relations, New York 1916. — H. Kraus, Die Monroe-Doktrin in ihrer Beziehung zur Amerikanischen Diplomatie und zum Völkerrecht, Berlin 1913. — Walter E. Weyl, American World Politics, New York 1917 — M. J. Bonn, Amerika als Feind, München 1917. Dritte Auflage unter dem Titel: Musste es sein? — M. J. Bonn, Was will Wilson? München 1918. — Dr. G. Ahrens u. Dr. C. Brink-

mann, Wilson. Das staatsmännische Werk des Präsidenten Wilson, Berlin 1919. — J. M. Keynes, The Economic consequencs of the Peace, London 1919. (Deutsche Uebersetzung von M. J. Bonn und C. Brinkmann, München und Leipzig 1920.

1. Verschiebungen in der politischen Stellung Amerikas.

Der Krieg hat Amerikas Stellung in der Welt sehr stark verschoben. Er hat mit Ausnahme Japans alle nicht amerikanischen Grossmächte wirtschaftlich und finanziell geschwächt. Selbst die Sieger haben Bevölkerungsverluste gehabt. Sie haben ihre Staatslasten vermehrt; sie haben als Siegespreis neue politische Verantwortlichkeiten auf sich nehmen müssen, ohne dass ihre Machtmittel zu deren Lösung gewachsen wären. Demgegenüber sind die Opfer Amerikas verhältnismässig gering geblieben. Zwar haben starke wirtschaftliche Verschiebungen stattgefunden, auch sind seine finanziellen Opfer nicht unbeträchtlich gewesen. Im Verhältnis zu seinen Nebenbuhlern ist es aber absolut und relativ gewachsen. Die Vereinigten Staaten sind die Geldgeber der Welt geworden. Sie haben während der Periode der Neutralität gegen 5 Milliarden Dollar Schulden zurückgezahlt und ihren Alliierten beinahe 10 Milliarden Dollar vorgestreckt; ihre Menschenverluste sind sehr unbedeutend. Dabei ist allerdings nicht zu vergessen, dass die Einwanderung ins Stocken geraten ist und die schnelle Bevölkerungszunahme gehemmt wird, dass die aus Europa stammenden Gruppen zurückzuwandern beginnen, und dass der Krieg nationale Spannungen ausgelöst hat, die noch nicht zu Ende gekommen sind.

Amerika tritt aber in die neue Zeit mit unveränderten natürlichen Machtmitteln. Im Gegenteil, es hat dieselben durch entsprechende Organisation gestärkt. Es stehen ihm heute mehrere Millionen geschulter Soldaten zur Verfügung. Es hat eine grosse Kriegsflotte geschaffen. Es hat sich eine Rüstungs- und eine Schiffsbauindustrie zugelegt, die es ihm ermöglicht, alle zur Verteidigung und zum Angriff notwendigen Hilfsmittel im Lande herzustellen. Sein Schiffsbau allein beweist das. Im Jahre 1918 sind auf amerikanischen Werften 3 Millionen Brutto-Register-Tonnen gebaut worden, im Jahre 1919 gar 4 Millionen. Demgegenüber betragen die Leistungen Englands nur 1 350 000 und 1 620 000 Tonnen.

2. Die Einzelfragen der amerikanischen Aussenpolitik.

Die amerikanische Aussenpolitik kann sich im grossen und ganzen auf verhältnismässig wenige Punkte beschränken. Sie muss einmal das Verhältnis zu Kanada im Auge behalten, das zum Teil von ihren Beziehungen zu England abhängt. Dieses Verhältnis ist jedenfalls durch die Kriegsereignisse nicht zu Ungunsten Amerikas beeinflusst worden. Seine Machtmittel England gegenüber sind gewachsen, während die Entwicklung Kanadas in gewissem Sinne durch den Krieg verlangsamt worden ist.

In Westindien haben die Vereinigten Staaten ihre Stellung durch Erwerbung von Dänisch-Westindien verbessert. Gedankengänge, dass eine weitere Stärkung dadurch möglich wäre, dass man auf die den Alliierten geleisteten Vorschüsse verzichten und dafür ihre westindischen Besitzungen in Tausch nehmen könne, werden des öfteren erwähnt. Damit würde ein weiterer Schritt nach der Seite der Politik der Isolierung gemacht werden.

Gegen Mexiko sind die Verhältnisse noch ungeklärt. Die Anarchie dort ist noch nicht völlig behoben. Die Frage, ob ein Einmarsch nötig wird oder nicht, ist noch nicht gelöst. Es besteht kein Zweifel, dass mit den heutigen Machtmitteln der Vereinigten Staaten ein solcher Einmarsch möglich wäre. Aber das Herausmarschieren aus einem derartigen Gebiete und gar das Assimilieren einer dichten Bevölkerung ist immer schwerer als das Einmarschieren. Die Verhältnisse der Ölproduktion, an der auch europäische Interessen stark beteiligt sind, können leicht zu Konflikten führen.

In Südamerika hat zweifelsohne der Krieg die Stellung der Vereinigten Staaten gestärkt, da Südamerika in einem gewissen Grade von Europa abgetrennt war. Die Vereinigten Staaten sind in grossem Umfange Geldgeber Südamerikas geworden. Sie haben wirtschaftlich dort Fuss zu fassen gesucht. Die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Südamerika ist von 146 Millionen Dollar im Jahre 1913 auf 411 Millionen Dollar im Jahre 1919 gestiegen; die Einfuhr in die Ver-

einigten Staaten aus Südamerika im gleichen Zeitraum von 217 Millionen Dollar auf 632 Millionen Dollar. Wenn man die Störung des europäischen Verkehrs und die Steigerung aller Preise in Betracht zieht, ist dieses Ergebnis nicht übermässig glänzend. Die Abweisung der Intervention in Mexiko und die Versuche, einen republikanischen panamerikanischen Staatenbund zu schaffen, haben aber zweifelsohne manche Missstimmung Südamerikas besänftigt. Die Erstarkung der dortigen Republiken, insbesondere der A B C-Republiken, hat einen grossen Teil des Sub-Kontinents aus der Klasse der dienenden Länder emporgehoben und zum Träger einer selbständigen Politik gemacht. Die Notwendigkeit, die Monroe-Doktrin seitens der Vereinigten Staaten mit Waffengewalt zu schützen, ist dadurch geringer geworden. Anderseits dürfte eine etwa vorhandene Neigung irgend eines europäischen Staates die Monroe-Doktrin nicht zu beachten, gegenüber den wachsenden Machtmitteln der Vereinigten Staaten sehr gering geworden sein.

Es bleibt noch das Problem des fernen Ostens. Das Verhältnis zu Japan kommt aus einer gewissen Spannung nicht heraus. Gerade im Augenblick herrscht wieder eine starke Japanerhetze in Kalifornien, die auf die Widerrufung der privaten Abmachung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten (Gentlemens agreement), betreffend die Einwanderung der Japaner in Kalifornien, abzielt. Die Japanergefahr wird wieder in grellen Farben geschildert, obwohl nur 100 000 Japaner in Kalifornien ansässig sind, die von 28 Millionen Acres Land, 29 105 Acres zu Eigentum und 336 721 Acres als Pachtland besitzen. Mit einem stehenden Heere von 544 000 Mann und einer waffenfähigen Bevölkerung von 25 Millionen braucht Amerika nichts zu fürchten. Nur in den Philippinen ist es einem Angriff ausgesetzt. Einflussreiche Politiker, insbesondere solche der demokratischen Partei suchten die Gefahr daselbst durch Gewährung der Autonomie an der Philippinen zu verringern.

Das Verhältnis zu Japan wird wesentlich dadurch bestimmt werden, wie sich Japan China gegenüber besonders in der Schantung-Frage verhalten wird. Die Tatsache bleibt aber jedenfalls bestehen, dass die Vereinigten Staaten ihre an und für sich viel grösseren Kräfte an Menschen und Material Japan gegenüber heute organisierter in die Wagschale werfen können, als früher. Solange nicht Japan die chinesischen Menschenmassen und die chinesischen Hilfsquellen mobil machen kann, ist Amerika gesichert. Und gegen diese Mobilmachung arbeitet es vor allem durch Ausbreitung der republikanischen Idee in China und durch eine weitgehende Anteilnahme an der Entwicklung Russlands.

An den europäischen Fragen ist Amerika, abgesehen von seiner Stellung zum Frieden von Versailles, meist nur mittelbar interessiert. Die einzige Ausnahme macht sein Verhältnis zu England, das infolge der alten antienglischen Antipathien und insbesondere infolge der irischen Frage heute wieder sehr viel schlechter geworden ist.

Alles in allem kann man sagen, dass die Machtmittel der Vereinigten Staaten es ihnen heute gestatten, an jedem Punkte der Erde die Politik zu betreiben, die sie für zweckmässig halten. Die Wahl ihrer politischen Ziele hängt indessen nicht von einzelnen Möglichkeiten ab, sondern von der organischen Auffassung der Rolle, die Amerika im Rate der Völker spielen soll.

3. Die grundsätzliche Wandlung der amerikanischen Politik im Kriege.

Es ist bis vor kurzem leitender Grundsatz der amerikanischen Politik gewesen, sich von allen europäischen Verwicklungen fernzuhalten; — diese Auffassung kann man als das Erbe von George Washington bezeichnen. Auf der anderen Seite hat sie sehr energische, schliesslich erfolgreiche Versuche gemacht, ihre Grenzen über ganz Nordamerika mit Ausnahme von Kanada auszudehnen und jede neue europäische Niederlassung auf dem amerikanischen Kontinent zu verhindern. Sie wollte so gegen die Entwicklung europäischer Militärmächte gesichert sein; das ist der ursprüngliche und eigentliche Inhalt der Monroe-Doktrin. Höchstes Ziel dieser Aussenpolitik war völlige nationale Sicherheit, die man nicht durch Schaffung grosser, unter Umständen die Demokratie gefährdenden militärischer Machtmittel herbeiführen wollte.

Diese Politik führte schliesslich zur Annexion von Inseln im Atlantischen und im Stillen Ozean und zu den bekannten Zusammenstössen in Mexiko mit Frankreich, in Venezuela mit England und mit Deutschland und England. Diese Isolierung war indessen nur politisch gedacht. Auf

wirtschaftlichem Gebiet bestand nie die Absicht, Amerika trotz seiner wachsenden Ausdehnung zu einem sich selbst genügenden Lande zu machen. Im Gegenteil, Pflege des Handels und der Schiffahrt mit allen Völkern der Erde ist stets ein Leitziel der amerikanischen Politik gewesen.

Mit dem Erstarken der östlichen Industrie erwuchs das Bedürfnis nach Märkten für Industriewaren, die man mit den erprobten wirtschaftlichen Gewaltmitteln der europäischen Diplomatie zu sichern suchte, und das schliesslich in der „Dollardiplomatie" gipfelte.

Aus dem Schutze der Handelsbeziehungen und den wirtschaftlichen Ausbreitungsbestrebungen entstanden dann Konflikte, die an den Rand des Krieges oder gar zum Kriege führten, und schliesslich Amerika den Besitz von Kolonien verschafften. In dieser Hinsicht bestand ein gewisser Gegensatz zwischen den Zielen der eigentlichen Aussenpolitik und denjenigen der Wirtschaftspolitik. Die erste erstrebte Isolierung, die zweite innige wirtschaftliche Verflechtung.

Während der ersten Hälfte des Krieges befolgte Amerika trotz der lauten Agitation bestimmter Schichten die alterprobte Politik der Isolierung. Es wollte unter allen Umständen dem Konflikt fernbleiben. Da es aber in engste wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zu den Alliierten trat, war seine Neutralität bloss formal. Es geriet infolge des Unterseebootkrieges in immer schärfere Konflikte mit Deutschland. Präsident Wilson kam im Laufe der Entwicklung zu der Überzeugung, dass Amerika bei Fortdauer des Krieges nicht neutral bleiben könne. Aus diesem Grund unternahm er im Winter 1917 seine Friedensaktion. Er hatte sich überdies zu dem Glauben durchgerungen, dass die weitgehende Verflechtung aller Völker in Zukunft eine Politik der Isolierung unmöglich machen werde. Völlige Sicherheit war dann für Amerika trotz seiner natürlichen Machtmittel nur durch überwältigende Rüstungen zu erreichen. Daher entwickelte er ein Friedensprogramm, dessen erstes Ziel ein Friede ohne Sieger war, d. h. ein Friede, der das bestehende Gleichgewicht der Welt nicht irgendwie zu Ungunsten Amerikas verschob. Er wollte überdies die Quellen internationaler Verwicklungen: Nationalitätenfragen, koloniale Fragen, wirtschaftliche Fragen, durch eine gerechte Regelung aller strittigen Punkte im Friedensvertrag ein für allemal verstopfen. Die Freiheit der Meere und damit des Welthandels sollte gesichert werden. Die Völker sollten abrüsten und sich zu einem Völkerbund zusammentun, in dem alle künftigen, neu entstehenden Konflikte durch Verhandlungen, nicht durch Gewalt entschieden werden sollten.

Dieses Friedensprogramm enthielt zwei scharf voneinander zu trennende Bestandteile: Es forderte einmal eine Neuordnung der Welt durch den Friedensvertrag, die künftige Konflikte nach Möglichkeit ausschliessen sollte. An dieser Neuordnung wollte Amerika nicht mitwirken. Darüber hinaus sollte unter Beteiligung Amerikas ein Völkerbund geschaffen werden, der dieser neuen Ordnung eine durch Kriege nicht mehr gestörte Dauer gewähren würde. Dieser Vorschlag bedeutete eine bewusste Abkehr von der Politik der Isolierung und der Nichteinmischung. Die Sicherheit Amerikas sollte in Zukunft weder durch seine Lage und seine Zurückhaltung, noch durch grosse Rüstungen garantiert werden, sondern durch Teilnahme an einem die Welt umspannenden Völkerbund.

Diese Politik scheiterte durch die Wiederaufnahme des uneingeschränkten Unterseebootkrieges. Amerika brach die Beziehungen mit Deutschland ab. Es suchte vorübergehend durch einen Boykott der Neutralen Deutschland zu treffen, ohne in den Krieg einzugreifen müssen. Es wurde aber schliesslich trotz aller widerstrebenden Kräfte auf die Seite der Alliierten in den Krieg gezogen und gewann den Krieg für sie. Während des Krieges hat Wilson immer wieder die doppelte Gedankenreihe vertreten: Neuordnung der Welt durch Lösung aller Konflikte, Schaffung eines Mechanismus durch den Völkerbund, der die Lösung künftiger Konflikte durch Verhandlung, nicht mit Gewalt ermöglichen sollte. Das ist insbesondere in den 14 Punkten geschehen. Allerdings hätte nach der Kriegserklärung Amerika nicht nur bei der Schaffung des Völkerbundes, sondern auch bei dem eigentlichen Friedensschluss mitwirken müssen.

4. Die Rückkehr zur Politik der Isolierung.

Die Verhandlungen in Paris, die zum Frieden von Versailles führten, erstreckten sich insbesondere infolge der amerikanischen Teilnahme auf diese beiden Aufgaben. Präsident Wilson nahm verhältnismässig geringes Interesse an den Einzelfragen des Friedens. Er suchte mit aller Kraft

unter Preisgabe einzelner Punkte die Annahme des Völkerbundes durchzusetzen. Hierbei war er in beschränktem Masse erfolgreich. Er opferte einen beträchtlichen Teil seiner ursprünglichen Forderungen, dem Inhalt nach, wenn nicht der Form nach und dadurch einen noch grösseren Teil seines internationalen Rufes. Er konnte dafür nur einen Völkerbund durchsetzen, der sich zuerst auf seine Alliierten beschränkte, über die Teilnahme anderer Völker einstimmige Beschlüsse zu fassen hatte und überhaupt alle seine Entscheidungen mit Stimmeneinheit treffen musste. Eine Abänderung des Friedensvertrages durch den Völkerbund war daher nur möglich, wenn alle Mitglieder zustimmten. Überdies waren in diesem Völkerbund England und seine Dominien einschliesslich Indien mit 6 Stimmen vertreten, denen gegenüber Amerika nur eine Stimme besass. Diesen verstümmelten Völkerbund hatte Wilson durch Zustimmung zu einer Neuordnung erkauft, die nach Auffassung amerikanischer Delegierten weder gerecht, noch durchführbar, noch dauernd war.

Diese vom amerikanischen Standpunkt aus mangelhafte Ordnung musste Amerika in zwiefacher Weise garantieren: Einmal durch den amerikanisch-englisch-französischen Garantievertrag und dann durch die Garantiebestimmungen des Völkerbundes. Gegen diese Verpflichtung erhob sich lebhafte Opposition. Sie ging zuerst von den politischen Gegnern des Präsidenten aus, die bei der Neuwahl im Herbst 1918 in beiden Häusern des Kongresses die Mehrheit gewonnen hatten. Es waren zum Teil Leute, die die Teilnahme Amerikas am Völkerbund nicht wünschten, da ihnen der Völkerbund zu pazifistisch war. Sehr bald ergriff die Bewegung aber weitere Kreise. Verträge können nur bindende Kraft erhalten, wenn ihnen der amerikanische Senat mit Zweidrittelmehrheit zustimmt. Der Senat enthielt 47 Demokraten und 49 Republikaner. Die Zweidrittelmehrheit beträgt also 64. Diese Mehrheit fand sich nicht. Dabei haben zum Teil gewisse innerpolitische Gründe mitgespielt. Die treibende Kraft wurde aber alsbald die wieder erstarkende Abneigung der Amerikaner gegen Verwicklung in europäische Angelegenheiten. Der realistische Teil der öffentlichen Meinung wünschte eine Rückkehr zur alten Politik der Nichteinmischung, der idealistische wäre zur Teilnahme an einem Völkerbund bereit gewesen, wenn dieser Völkerbund einen gerechten Frieden garantiert hätte. Er stiess sich an den materiellen Bedingungen des Friedens, die den 14 Punkten nicht entsprachen und betrachtete den Präsidenten als Verräter an der guten Sache. Der Senat war nur gewillt, den Frieden mit 15 Vorbehalten anzunehmen. Die wichtigsten derselben waren die folgenden: Amerika wünschte nicht den Besitzstand der Welt, wie ihn der Friede geschaffen hatte, mit allen seinen Machtmitteln garantieren zu müssen. Es wollte die ihm zugedachten Mandate nicht übernehmen. Es war gegen die Übertragung von Schantung an Japan. Es protestierte gegen das Stimmenübergewicht des Britischen Reichs. Es wünschte die Anerkennung Irlands als selbständigen Staat. Es war mit der einseitigen Rüstungsbeschränkung, die nur Deutschland auferlegt wurde, nicht einverstanden.

Der tiefliegendste Grund des amerikanischen Widerstands war aber die Abneigung gegen die Minderung der Souveränität, die jeder Völkerbund von seinen Teilnehmern verlangt, ein Opfer, das in dem vorliegenden Völkerbund nicht durch entsprechende Vorteile aufgewogen wurde. Das amerikanische Volk wünschte auf der einen Seite nicht, dass seine Söhne und seine Machtmittel ohne weitere Befragung rein automatisch für europäische Zwecke eingesetzt werden können, an denen es geringes Interesse nahm. Es befürchtete auf der anderen Seite europäische Eingriffe in amerikanische Angelegenheiten. Da gerade die Kreise enttäuscht waren, die Amerikas Verpflichtung zur Herbeiführung einer besseren Weltordnung anerkannten, fand sich keine Majorität für die unveränderte Annahme des Friedensvertrages.

Die Gegner des Völkerbunds lehnten den Frieden ab, weil er den Völkerbund brachte; die Anhänger eines echten Völkerbunds hofften nach Verwerfung des Versailler Friedens einen besseren Frieden und einen besseren Völkerbund erlassen zu können. Da der Präsident aber auf der unveränderten Annahme des Friedensvertrages bestand, war ein Kompromiss unmöglich. Die Ratifizierung des Friedensvertrages konnte denn auch am 19. März 1920 nicht zustande kommen. Von 84 anwesenden Senatoren stimmten 35 gegen die Ratifizierung mit den Vorbehalten, 49 dafür. Zu einer Zweidrittelmehrheit wären 56 Stimmen nötig gewesen. 21 Demokraten und 28 Republikaner stimmten für diese Ratifizierung; 23 Demokraten und 12 Republikaner dagegen. Die Abstimmung zeigt klar, dass die Scheidungslinie durch b e i d e Parteien läuft.

Präsident Wilson hat denn auch einem Antrag, den Friedenszustand mit Deutschland zu erklären, seine Zustimmung versagt; es besteht also trotz aller wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die auf schnelle Lösung drängen, der Kriegszustand mit den Mittelmächten weiter. Es ist wenig wahrscheinlich, dass der Präsident diesen Widerstand aufgibt. Aber auch damit wäre die Frage der amerikanischen Aussenpolitik noch nicht entschieden. Sie lautet: Soll Amerika dauernd aus seiner Isolierung heraustreten und als tätiges Mitglied des Völkerbundes die Ordnung, die der Friede von Versailles geschaffen hat, garantieren und das Seinige dazu beitragen, eine Weiterbildung dieser Ordnung durch Verhandlungen, nicht durch Waffengewalt zu ermöglichen? Das kann durch Annahme des vorliegenden Friedens in irgend einer Form erfolgen; es kann aber auch dadurch geschehen, dass Amerika sich für einen veränderten Frieden und einen verbesserten Völkerbund einsetzt.

Oder wird es eine selbständige, von Europa abgekehrte Politik befolgen, ohne Rücksicht auf europäische Interessen, ernüchtert und angeekelt durch das Spiel europäischer Intriguen?

Diese Frage dürfte erst bei den amerikanischen Wahlen am ersten Dienstag des Novembers dieses Jahres endgültig entschieden werden.

---

43. Abschnitt.

Afrika.

Von Regierungsrat Dr. **Hans Poeschel** in Berlin.

Inhalt:

I.

Afrika, einst selbst der Ausgangspunkt imperialistischer Machtentfaltung und ein höchst aktiver Faktor in der Geschichte Vorderasiens und Südeuropas — Pharaonen, Karthager, Araber —, später für Jahrhunderte als der dunkle Erdteil fast unberührt vom Strom der Weltgeschichte, ist für die Gegenwart wieder in den Mittelpunkt des weltpolitischen Interesses gerückt. Diesmal aber nicht als Subjekt, sondern lediglich als Objekt der Weltpolitik europäischer Mächte. Auch in dieser passiven Rolle ist dem afrikanischen Erdteil eine entscheidende Mitwirkung an der Gestaltung der Geschichte Europas bestimmt gewesen und noch für die Zukunft vorbehalten.

Nachdem im 19. Jahrhundert europäische Technik und Willenskraft die geographische Isolierung Afrikas überwunden, sein Inneres erforscht und erschlossen hatte, ist der schwarze Kontinent als ein Ganzes zum natürlichen Vorland, zur Kolonie Europas geworden. Die noch nicht entfernt abzuschätzenden Reichtümer dieses früher für arm gehaltenen Erdteils an tropischen und subtropischen Erzeugnissen sowie an Bodenschätzen bilden in steigendem Masse eine notwendige Ergänzung der europäischen Wirtschaft. Liefert ihr doch Afrika in rasch wachsenden Mengen unentbehrliche Rohstoffe (Baumwolle, Wolle, Kautschuk, Sisalhanf; Kupfer, Gold, Diamanten) Nahrungsmittel (Pflanzenfette, Mais, Früchte), Genussmittel (Kaffee, Kakao) und Futtermittel, um nur die wichtigsten Ausfuhrgegenstände zu nennen. Diese Reichtümer zu erfassen, zu entwickeln und der heimischen Wirtschaft zuzuführen, ist das oberste gemeinsame Interesse der europäischen Völker an Afrika.

In natürlicher Wechselwirkung mit der Abgabe seiner Rohprodukte steht die gleichfalls für die europäischen Kulturnationen erwünschte Aufnahme ihrer Industrieerzeugnisse. Damit eröffnen sich weite, willkommene Wirkungsfelder für den europäischen Unternehmungsgeist.

Diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte sind für die politischen Beziehungen Europas zu Afrika in erster Linie und allenthalben massgebend. Daneben treten in beschränkterem Masse Interessen bevölkerungspolitischer Art — Ansiedlung des Menschenüberflusses in den subtropischen Gebieten des Nordens und Südens — und rein machtpolitische Motive — für England: Deckung des Seeweges nach Indien; für Frankreich: Verstärkung seiner militärischen Kraft. Endlich seien Antriebe idealen Charakters erwähnt, die nicht ganz ohne Einfluss auf die Ausbreitung europäischer Herrschaft über Afrika sind: die christliche Mission und die Hebung der zurückgebliebenen eingeborenen Rassen auf eine höhere Stufe der Zivilisation.

Die geographischen und klimatischen Gegensätze, die der durch drei Zonen sich erstreckende Erdteil in sich birgt, bedingen auch für die wirtschaftliche und politische Stellung Afrikas zu Europa gewisse Unterschiede und Schranken, über die weder mit den Mitteln der Gewalt noch der Wissenschaft hinwegzukommen ist. Nur begrenzte Gebiete im Norden und Süden Afrikas und einige besonders begünstigte Hochflächen in Mittelafrika gestatten eine bleibende Besiedlung mit Europäern. Nur hier kommt die Bildung europäischer Gemeinwesen, die Beanspruchung des Landes als „Weissen Mannes Land" in Frage. Aber auch hier ist der Eingeborene für niedere Dienste und schwere körperliche Arbeit unersetzlich, und darum wird die Politik hier stets dem Problem gegenüber stehen, das Nebeneinander zweier Rassen zu regeln.

Das übrige Afrika aber, der weitaus überwiegende, im wesentlichen tropische Teil, ist „Schwarzen Mannes Land". Hier kann der Weisse nie dauernd Fuss fassen. Verhältnismässig wenige Europäer, die einander fortgesetzt ablösen, vermögen zwar als Kaufleute, Pflanzungsleiter, Unternehmer, Beamte und Offiziere eine wirtschaftliche und politische Oberherrschaft aufzurichten und zu erhalten. Aber die eigentliche Bevölkerung, die bleibende lebendige Produktivkraft des Landes werden stets die Eingeborenen bilden.

II.

Die Einbeziehung Afrikas in das moderne weltpolitische System geschah bekanntlich in der Weise, dass europäische Mächte in rascher Folge teils mit militärischer Gewalt, häufiger durch Verträge mit Eingeborenen von möglichst grossen Gebieten Besitz ergriffen, dann nach zahlreichen Reibungen, die bisweilen den europäischen Frieden ernsthaft bedrohten, im gegenseitigen Einvernehmen den ganzen Erdteil unter sich in Einflusssphären abgrenzten und diese Einflusssphären allmählich, vielfach unter Kämpfen mit den Eingeborenen, zu Schutzgebieten organisierten.

Den Anstoss zu dieser Entwicklung gab Frankreich. Durch England nach langem Kampfe als Kolonialmacht vernichtet, dann durch Deutschland 1870 auch als europäische Vormacht zurückgedrängt, suchte und fand es alsbald nach seiner Niederlage den Ausweg, mit Hilfe eines afrikanischen Kolonialreichs wieder Grossmacht zu werden. Damit geriet es zunächst in neuen Gegensatz zu England. Dieses, das schon von früher her einige afrikanische Kolonien besass, hielt sich anfangs zurück (1865 Beschluss eines Ausschusses des Unterhauses gegen jede weitere Ausdehnung in Afrika), liess sich aber durch den Gang der Ereignisse bald zu energischer Teilnahme an der Aufteilung Afrikas bestimmen. Zum „Wettrennen um Afrika" kam es, als 1884 das Deutsche Reich, gedrängt durch wirtschaftlichen Druck infolge seiner Bevölkerungszunahme, begann afrikanische Gebiete zu erwerben. Frankreich und England beschleunigten nun das Tempo ihrer Flaggenhissungen. Italien, wie Deutschland an starker Auswanderung leidend, durch Frankreichs Vortritt in seinen tunesischen Hoffnungen enttäuscht, suchte Ersatz in Nord-Ostafrika und später (1911) in Tripolis. Der König der Belgier Leopold zog Vorteil aus der Eifersucht der grösseren Wettbewerber und gründete seinen Kongostaat. Portugal beteiligte sich an dem Wettlaufe nicht, wusste aber seinen afrikanischen Besitzstand aus der vergangenen Periode seiner kolonialen Grösse in der Hauptsache zu retten.

Im subtropischen Süden des Erdteils ging aus den Eroberungskriegen Englands gegen die Burenrepubliken die Südafrikanische Union als Selbstverwaltungskörper innerhalb des britischen

Reiches hervor. In Ägypten, das nur noch dem Namen nach der Türkei gehörte, setzte sich England fest, zunächst unter Belassung eines Scheines von staatlicher Selbständigkeit, bis während des Weltkrieges auch formell die volle Annexion ausgesprochen wurde. Der grosse englisch-französische Gegensatz wurde durch das Sudanabkommen 1898 und die Verständigung über Ägypten und Marokko 1904 ausgeglichen, wodurch zugleich der Grund zur englisch-französischen Entente gelegt wurde. Durch den deutsch-französischen Vertrag von 1911 endlich erhielt Frankreich gegen Abtretungen im Kongogebiet vollends freie Hand in Marokko.

Das Ergebnis des hier in den gröbsten Umrissen skizzierten Aufteilungsprozesses war bei Ausbruch des Weltkrieges folgendes: Der gesamte afrikanische Erdteil, der mit rund 30 Millionen Quadratkilometern etwa das Dreifache der Landfläche Europas umfasst und schätzungsweise von 131 Millionen Menschen bewohnt wird, war der Souveränität europäischer Mächte unterstellt. Die einzigen Ausnahmen bildeten das „Kaiserreich" Abessinien mit 1,1 Millionen qkm und 8 Millionen Einwohnern und die Negerrepublik Liberia mit 95 000 qkm und 1,5 Millionen Einwohnern.

Weitaus der grösste Anteil war Frankreich und England zugefallen. Frankreich besass mit 10,6 Millionen qkm und 35 Millionen Einwohnern mehr als ein Drittel des Erdteils, einen geschlossenen Länderblock von der Nord- und Westküste bis zum Kongo, die grosse Insel Madagaskar und ein Stück Somaliland. England folgte mit 8,8 Millionen qkm und 49,5 Millionen Einwohnern, wobei Ägypten und der englisch-ägyptische Sudan mit eingerechnet sind. Der britische Besitz gliederte sich in zwei kompakte Ländermassen im Nordosten und im Süden des Erdteils, die nur durch das deutsche Ostafrika getrennt wurden, und mehrere zerstreute Kolonien an der Westküste und im Somaliland.

Die übrigen afrikanischen Kolonialmächte folgten in weitem Abstande: Deutschland mit 2,7 Millionen qkm und 12,6 Millionen Einwohnern, die sich auf vier getrennte Schutzgebiete im Osten, Westen und Südwesten verteilten; Belgien mit 2,4 Millionen qkm und 15,5 Millionen Einwohnern, Portugal mit 2 Millionen qkm und 6,5 Millionen Einwohnern, Italien mit 1,5 Millionen qkm und 1,7 Millionen Einwohnern, Spanien mit 0,6 Millionen qkm und 1 Million Einwohnern.

Diese Verteilung, die aus der Landkarte Afrikas ein bizarres Mosaik gemacht hatte, trug den Stempel des Zufälligen und Vorläufigen an sich. Sie berücksichtigte weder die wirtschaftlichen Bedürfnisse der beteiligten Kolonialstaaten noch ihre Kräfte zur Entwicklung der erworbenen Gebiete. Vor allem, dass Deutschland mit seiner rasch wachsenden Bevölkerung und seiner damals kraftstrotzenden Volkswirtschaft nur wenig mehr afrikanisches Kolonialland besass als jeder der Kleinstaaten Belgien und Portugal, und nur ein Viertel von dem des menschenarmen Frankreich, ein knappes Drittel von dem des in allen Erdteilen überreich begüterten England: das wurde nicht ausschliesslich in Deutschland als ein Zustand empfunden, dessen eigene innere Unhaltbarkeit auf eine Abänderung hindrängte. Schon war es zu einer vertraglichen Einigung zwischen Berlin und London gekommen, die eine Ausdehnung des deutschen Besitzstands auf Kosten des portugiesischen bezweckte. Es schien, wie der radikale englische Kolonialpolitiker E. D. Morel es ausdrückt, als ob drei Mächte vom Schicksal bestimmt seien, Afrika zu beherrschen: England, Frankreich und Deutschland.

Da lenkte der für Deutschland unglückliche Ausgang des Krieges diese Entwicklung in andere Bahnen. Die Machtverschiebung in Europa fand in Afrika ihr getreues Spiegelbild. Während des Krieges hatten die Ententemächte die deutschen Schutzgebiete in langwierigen opferreichen Feldzügen erobert; im Friedensvertrage musste Deutschland auf seinen gesamten Kolonialbesitz verzichten, die deutschen Schutzgebiete wurden unter Rechtsformen, von denen später zu sprechen ist, auf die Erobererstaaten, England und die südafrikanische Union, Frankreich und Belgien verteilt.

Das bedeutet für Frankreich eine beträchtliche Abrundung seines geschlossenen westafrikanischen Kolonialreichs; für England vor allem die ausschliessliche Verfügung über den besiedlungsfähigen Süden des Erdteils und die Herstellung der lange ersehnten Landverbindung zwischen seinem nördlichen und südlichen Länderkomplex (Kap-Kairo), mehr noch, es bedeutet für das britische Imperium, das nunmehr als einzige Grossmacht die ganze Osthälfte des Kontinents dominiert, in Verbindung mit seinen Fortschritten in Arabien, Mesopotamien und Persien, die Um-

wandlung des Indischen Ozeans in ein britisches Meer (Kap-Kairo-Kalkutta). Sechs Siebentel des afrikanischen Koloniallandes unterstehen jetzt zu annähernd gleichen Teilen ausschliesslich britischer und französischer Staatsgewalt. Die noch geduldeten kleinen romanischen und halbromanischen Kolonialmächte Belgien, Portugal, Italien und Spanien haben als selbständige Faktoren der afrikanischen Politik stark an Gewicht verloren und werden voraussichtlich noch weiter verlieren. Für die übrigen, insbesondere die besiegten, europäischen Völker aber ist Afrika verschlossen, so weit es den dort herrschenden Grossmächten gut dünkt. Damit hat Afrika aufgehört, in dem Sinne, wie wir es oben als seine natürliche Bestimmung bezeichneten, das tropisch-subtropische Vorland Gesamteuropas zu sein. Es ist nicht die Aufgabe dieser Darstellung, an dem so geschaffenen Zustande Kritik zu üben; sie ergibt sich übrigens aus dem bisher Gesagten von selbst.

III.

Die gegenwärtigen afrikanischen Besitz- und Herrschaftsverhältnisse, insbesondere die übermächtige englisch-französische Hegemonie, werden durch die gesamte aus dem Siege der Entente hervorgegangene weltpolitische Situation getragen und sind daher, solange diese Situation anhält, kaum von irgendwelchen ernsthaften Störungen bedroht. Wenn ein Völkerbund auf den im Friedensvertrage vorgezeichneten Grundlinien zustande kommt und sich zu einem selbständigen kraftvollen Organismus auswächst, ist eine Verschiebung des jetzigen Besitzstandes in Afrika, mindestens hinsichtlich der ehemals deutschen Gebiete, an seine Zustimmung geknüpft. Das ist wichtig für die Frage einer Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte in Afrika, von der am Schlusse besonders die Rede sein soll (V).

Ob sich die beiden heutigen afrikanischen Vormächte noch weiter auf Kosten der schwächsten Kolonialstaaten oder der wenigen noch unabhängigen Gebiete ausdehnen werden, ist bei der augenblicklichen allseitigen Erschöpfung der Wirtschaftskraft nicht abzusehen. Tendenzen, die nach dieser Richtung hinweisen (z. B. nach weiterer, zunächst wirtschaftlicher, Aufsaugung des portugiesischen Besitzes durch England) sind wahrnehmbar.

Innerhalb des britischen Imperiums regt sich etwas wie ein Sonderimperialismus der südafrikanischen Union, der, nach der Einverleibung von Deutsch-Südwestafrika, die Angliederung der nördlich angrenzenden englischen Protektorate begehrt und sogar den Wunsch nach einem Mandat über Deutsch-Ostafrika hat verlauten lassen. Wichtiger als dies für die fernere Zukunft Afrikas sind die Bestrebungen der burischen Nationalistenpartei, deren letztes Ziel die Unabhängigkeit der Union von England ist. Ein bewaffneter Aufstand dieser Nationalisten gegen die Unionsregierung im Herbst 1914 wurde niedergeschlagen; seit dem Tode des Premierministers Botha 1919 aber ist die Nationalpartei wieder im Erstarken.

Das Verhältnis der Vereinigten Staaten von Amerika zu Afrika beschränkt sich auf Handelsinteressen, die allerdings während des Krieges, zumal in Westafrika, bedeutend gewachsen sind. Die Übernahme von territorialem Besitz, sei es auch in der abgeschwächten Form eines Völkerbundsmandats, hat Amerika entschieden abgelehnt; auch zur Teilnahme an einer allgemeinen, vom Völkerbund ausgehenden Oberaufsicht und Mitverantwortlichkeit für die Verwaltung afrikanischer Kolonien zeigt es wenig Neigung. Der einzige Punkt, wo es früher aus seiner mit der Monroedoktrin begründeten Zurückhaltung gegenüber afrikanischen Dingen herausgetreten ist und in Konsequenz davon versucht werden könnte, sich abermals zu engagieren, ist Liberia. Dieser durch freigelassene amerikanische Negersklaven gegründeten Republik hat es durch Vertrag von 1862 seine Hilfe zur Erhaltung ihrer Unabhängigkeit versprochen. Da Liberia aber aus eigener Kraft nicht lebensfähig ist, kann eine amerikanische Intervention jederzeit, wie schon einmal 1910, notwendig oder opportun erscheinen. Vom Standpunkte der grossen amerikanischen Politik bestand wohl ein gewisses Interesse daran, Deutschland nicht durch Abschneidung des ihm lebensnotwendigen kolonialen Spielraums in Afrika in eine russisch-japanische Koalition hineinzudrängen. Aber dieser Gedanke ist einstweilen durch die völlige Ohnmacht sowohl Deutschlands wie Russlands aus den praktischen Erwägungen der amerikanischen Politik ausgeschieden.

Asiatische Mächte sind in Afrika nicht interessiert. Die mancherlei Schwierigkeiten verursachende Stellung der Inder in Ost- und Südafrika ist eine interne britische Angelegenheit. Ein

jüngst in England aufgetauchter Vorschlag, der scheinbar eine Lösung, in Wahrheit eine Komplizierung dieser Frage bedeutet haben würde, nämlich Deutsch-Ostafrika zu einer indischen Kolonie zu machen, ist von der englischen Regierung wohl nie ernstlich erwogen worden. Künstlich könnte ein Interesse ostasiatischer Mächte an Afrika geschaffen werden, durch Masseneinfuhr von Kulis zur Behebung des Arbeitermangels, der sich nach dem Kriege an vielen Stellen verstärkt fühlbar machen wird. Jedoch machen die wenig ermutigenden Erfahrungen, die 1904—10 in Südafrika mit chinesischen Arbeitern gemacht worden sind, eine Wiederholung des Experiments im Grossen nicht sehr wahrscheinlich.

Die afrikanischen Völker selbst sind durchweg noch nicht reif, einen massgebenden Einfluss auf die Gestaltung der politischen Herrschaftsverhältnisse Afrikas auszuüben. Wie einst bei der Kolonisation Amerikas war auch bei der Aufteilung und Besetzung Afrikas die verhältnismässige Wehrlosigkeit der Eingeborenenstämme gegen die europäischen Machtmittel ein charakteristischer Zug. Selbst die tapferen Berberstämme des Nordens und einige besonders kriegerischen Völkerschaften im Sudan, in Zentral- und Südafrika haben dem Vordringen der Kolonialmächte nur ernste Schwierigkeiten, aber keinen Stillstand bereiten können. Die einzigen Fälle, in denen afrikanischen Waffen nachhaltige Erfolge gegen Europäer beschieden waren, sind der Sieg Meneliks von Abessinien über die Italiener bei Adua 1896, dem Abessinien seine Selbständigkeit verdankt, und bis heute der Widerstand im Hinterlande von Tripolis, gleichfalls gegen die Italiener. Im allgemeinen aber sind die Millionenvölker Afrikas mit geringen Streitkräften zur Botmässigkeit gebracht und darin erhalten worden.

Nur ganz grosszügige organisatorische Zusammenfassung einheimischer Kräfte könnte der Europäerherrschaft ernstlich gefährlich werden. An einer solchen aber fehlt es in Afrika Dass der Panislamismus, die Gefahr des Heiligen Krieges der afrikanischen Mohamedaner, überschätzt worden ist, hat der Verlauf des Weltkrieges gezeigt. Eine „allafrikanische“ Bewegung mit der Losung „Afrika den Afrikanern“ dürfte zwar stimmungsmässig in einem grossen Teile der afrikanischen Bevölkerung heute weit stärkeren Widerhall finden als je vor dem Kriege, aber zu einer aktuellen Bedrohung der Europäerherrschaft dürfte sie sich noch auf lange hinaus nicht auswachsen.

Allerdings hat der Krieg eine beachtenswerte Verschiebung des Verhältnisses der Eingeborenen zu den Weissen zu ungunsten der Weissen mit sich gebracht. Die Hereinziehung Afrikas in die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den europäischen Mächten hat der patriarchalischen Herrschaft, die sehr wesentlich auf der Solidarität der weissen Rasse in Afrika beruhte, einen starken Stoss versetzt. Hunderttausende von Farbigen haben auf den afrikanischen wie auf den europäischen Kriegsschauplätzen an der Seite weisser Truppen am Kampfe gegen Weisse teilnehmen und sehr starke Blutopfer bringen müssen. So haben nach Angabe des französischen Kolonialministers Simon im Senat (Juli 1918) die französischen Kolonien dem französischen Heere für Front und Arbeitsdienst 918 000 Mann geliefert; allein aus der südafrikanischen Union sind nach englischen Mitteilungen 94 000 Schwarze an die verschiedenen Fronten geschickt worden. Dazu kommt die gewaltige Inanspruchnahme eines grossen Teils der tropischen Kolonien für Trägerdienste und Kriegslieferungen in den Feldzügen in Ostafrika und Kamerun. Das Schauspiel einer systematischen Erniedrigung und Verächtlichmachung Weisser durch Weisse hat sich an vielen Orten vor den Augen, und oftmals unter Beteiligung der farbigen Bevölkerung abgespielt. Alle diese Erfahrungen und Leiden haben einerseits den Respekt vor den Weissen insgesamt untergraben, andererseits den Widerwillen gegen die Europäerherrschaft verstärkt. Diese Stimmungen haben sich schon während des Krieges in zahlreichen Aufständen in den britischen, französischen, belgischen und portugiesischen Besitzungen in Afrika Luft gemacht. Die Kolonialmächte werden sich genötigt sehen, ihnen künftig einerseits mit erhöhter Wachsamkeit und militärischer Kraftentfaltung entgegenzutreten, andererseits ihnen durch Reformen der kolonialen Verwaltungsmethoden Rechnung zu tragen.

Es handelt sich dabei hauptsächlich, in sehr verschiedenen Graden je nach der erreichten Stufe der Zivilisation, um die Frage einer stärkeren Beteiligung der einheimischen Bevölkerung an der Verwaltung. Das Streben nach einem grösseren Masse politischer Rechte liegt den nach Kriegsende fortdauernden Unruhen in Ägypten, dem kulturell weitaus fortgeschrittensten Lande

Afrikas, zugrunde. Es bildet den Kern der auf einem „allafrikanischen Kongress" in Paris 1919 ausgesprochenen Wünsche und klingt wieder in den von südafrikanischen Eingeborenen in London vorgebrachten Beschwerden. Deutlich zeigt sich, dass die Stämme der Westküste, die am längsten durch europäische Kultur beeinflusst sind, und die Eingeborenen im Süden, wo sich unter rascher Auflösung der alten Stammesverfassung ein schwarzes Proletariat bildet, bereits einen Vorsprung in der politischen Entwicklung vor ihren Brüdern in Ost- und Zentralafrika voraushaben.

IV.

Schon bei Beginn der neuen kolonialen Periode Afrikas erkannten die europäischen Mächte, dass sie Afrika gegenüber wichtige gemeinsame Interessen und Aufgaben hätten. Auf der Berliner Konferenz 1884/85 wurde ein erster Versuch gemacht, diese in ihren Grundzügen festzulegen. Die subtropischen, für Weisse besiedlungsfähigen Teile im Norden und Süden des Kontinents schieden bei dieser Behandlung von selbst aus. Aber auch aus dem tropischen Gürtel, etwa zwischen dem 18. Grad nördlicher und dem 14. Grad südlicher Breite, in dem die natürlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im wesentlichen gleichartig liegen, wurde sehr zum Schaden des ganzen Werks nur ein gewisser Ausschnitt, das sogenannte konventionelle Kongobecken, herausgegriffen. Die für dieses Gebiet vereinbarten Normen der Kongoakte vom 26. Februar 1885 sollen hier gemeinsam mit den Bestimmungen späterer Verträge und des Friedens von Versailles skizziert werden, die teils Fortbildungen, teils Rückbildungen jener Normen bedeuten. Sie sind für die Beurteilung des Charakters, der Ziele und Aussichten der europäischen Herrschaft in Afrika wesentlich. Ihre Durchführung und weitere Ausgestaltung wird die künftige Geschichte Afrikas massgebend mit beeinflussen.

1. In wirtschaftlicher Hinsicht wurde in der Kongoakte für den Handel aller Nationen vollständige Freiheit vereinbart, d. h. also gleiche Behandlung aller Handel treibenden Personen, gleichviel ob sie der Nation angehören, der die betreffende Kolonie untersteht, oder nicht, gleichviel auch, ob Europäer oder Nichteuropäer. Auf andere Arten der wirtschaftlichen Betätigung als den Handel erstreckt sich die Gewährung der „Offenen Tür" nicht; doch ist im tropischen Afrika, wo die Eingeborenen die wichtigsten Produzenten sind und immer bleiben werden, der Handel der weitaus wichtigste Zweig des Wirtschaftslebens. Da bei diesem Handel in der Regel Eingeborene die eine Partei bilden, so erweist sich die Fernhaltung aller Handelsbeschränkungen zugleich als ein wertvolles Schutzmittel für die Wirtschaft der Eingeborenen. Wie freilich das Gebot der Handelsfreiheit zum Verderben der Eingeborenen umgangen werden kann — durch staatliche Enteignung des Landes und der Landesprodukte —, lehrt u. a. die Geschichte des belgischen und französischen Kongo.

Im Frieden von Versailles ist die offene Tür für Deutschland in allen seinen ehemaligen Kolonien zugeschlagen worden, gleichviel ob sie in der Freihandelszone der Kongoakte liegen oder nicht. Darüber hinaus kann nach dem Friedensvertrag auch für die übrigen Teile des konventionellen Kongobeckens die Handelsfreiheit jederzeit für Deutschland ohne sein Zutun beseitigt werden. Andererseits hat der Grundsatz der offenen Tür, aber nur zugunsten der Mitglieder des Völkerbunds, eine kleine Ausdehnung erfahren, nämlich auf die früher deutschen Schutzgebiete in Mittelafrika, auch soweit sie ausserhalb des konventionellen Kongobeckens liegen. Ob sich Frankreich in den ihm zugefallenen Teilen Kameruns und Togos damit, im Gegensatz zu seiner bisher in allen seinen Kolonien geübten Praxis, abfinden wird, ist abzuwarten.

Das Ergebnis ist sonach eine Verschlechterung des internationalen Handelsrechts.

In derselben Weise ist der in der Kongoakte völkerrechtlich verbriefte Schutz der Mission und der gelehrten Forschung einseitig zu ungunsten eines einzelnen Volkes, des deutschen, beseitigt worden.

2. Die Kongoakte sah für den Fall eines europäischen Krieges die Neutralisierung der Gebiete des Kongobeckens vor. Der Zweck dieser Bestimmung war, der Schädigung des gesamteuropäischen Kulturwerks und der Erschütterung der Herrschaft der weissen Rasse in Afrika vorzubeugen, die ein Kolonialkrieg zwischen Europäern zur Folge haben musste und dann tatsächlich gehabt hat. Die Schwäche jener Bestimmung war eine doppelte: einmal die unnatürliche Begrenzung ihres Geltungsbereichs, wonach z. B. das östliche Drittel Kameruns zu neutralisieren

war, der Rest nicht; sodann aber der Umstand, dass die Neutralität nicht mit Kriegsausbruch von selbst eintreten sollte, sondern dass sich die Mächte nur verpflichteten, in diesem Falle ihre guten Dienste zur Herbeiführung der Neutralisierung zu leihen. Das völlige Versagen dieser völkerrechtlichen Neutralisierungsklausel im Kriege ist bekannt, ebenso bekannt sind die verhängnisvollen Folgen davon.

Eine Weiterbildung des Völkerrechts etwa im Sinne der von Deutschland in Versailles vorgeschlagenen obligatorischen Neutralisierung aller Kolonien ohne Selbstverwaltung hat bisher nicht stattgefunden. Ein einziger kleiner Fortschritt zur Sicherung des Friedens in Afrika ist im Vertrag von Versailles durch das Verbot der „Militarisierung" der früher deutschen Kolonien in Mittelafrika gemacht worden: untersagt ist dort die Errichtung von Festungen oder von Heeres- und Flottenstützpunkten und die militärische Ausbildung der Eingeborenen, soweit sie nicht zur Polizei oder Landesverteidigung erforderlich ist.

3. Dass die europäischen Kulturmächte mit der Errichtung ihrer Herrschaft in Afrika auch moralische Pflichten gegenüber den unentwickelten einheimischen Rassen übernahmen, kommt bereits in der Kongoakte zum Ausdruck. Die im konventionellen Kongobecken beteiligten Kolonialmächte verpflichteten sich, in diesen Gebieten die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Lebenslage zu überwachen und an der Unterdrückung der Sklaverei und des Negerhandels mitzuwirken, Einrichtungen jeder Art, die der Erziehung und Zivilisierung der Eingeborenen dienen, zu schützen und zu fördern und Gewissensfreiheit und religiöse Duldung zu gewähren.

Von demselben Geiste ist die Brüsseler Antisklavereiakte vom 2. Juli 1890 beseelt, die ausser der Bekämpfung der Sklaverei auch die Einschränkung der Branntweineinfuhr und innerhalb einer bestimmten Zone (zwischen dem 20. Grad nördlicher und dem 22. Grad südlicher Breite) die Überwachung und möglichste Verhinderung des Vertriebs von Feuerwaffen zum Gegenstande hatte. Diese ebenso von der Menschlichkeit wie von der politischen Klugheit diktierten Bestrebungen wurden in einer ganzen Reihe weiterer internationaler Vereinbarungen vertieft. Man kann sagen, es bildete sich auf diese Weise etwas wie ein europäisches Gewissen in afrikanischen Angelegenheiten. Die erschreckende Abnahme der eingeborenen Bevölkerung in weiten Gebieten Afrikas seit der europäischen Besetzung bildete eine ernste Warnung an die kolonisierenden Mächte. Die Erkenntnis war unabweisbar, dass die Herrschaft über Afrika, zum mindesten über das tropische Afrika, für die Europäer sinnlos wurde, wenn die afrikanischen Eingeborenen dasselbe Schicksal fänden wie die Urbewohner der früher von Europa aus kolonisierten Erdteile: Amerikas und Australiens. Denn tropisch-afrikanische Wirtschaft ist unmöglich ohne den Neger. Die Erhaltung des Negers und seine Erziehung zu gesteigerter, williger und verständnisvoller Mitarbeit an der Erschliessung des Landes ist daher der immer deutlicher erkannte Grundpfeiler des europäischen Kolonisationswerkes in Afrika.

Während des Krieges, dessen verheerende Wirkung auf den Eingeborenenbestand schon erwähnt wurde, hat die internationale Erörterung dieses Hauptproblems der Europäerherrschaft über Afrika einen breiten Raum eingenommen; wurde doch die Verdrängung Deutschlands aus Afrika mit der Behauptung begründet, dass Deutschland gerade jenen moralischen Pflichten den Eingeborenen gegenüber schlechter als andere Kolonialmächte genügt habe. Wie wenig diese Behauptung vor der Geschichte stichhält — vollends wenn man die gesamte europäische Kolonisation in allen Erdteilen seit dem 16. Jahrhundert überblickt — ist hier nicht zu erörtern. Immerhin dürfte dieser durch politische Leidenschaft arg verzerrte Meinungsaustausch eine gewisse Klärung der Begriffe hinsichtlich der Frage der Behandlung unentwickelter Rassen herbeigeführt haben. Zu wesentlichen praktischen Fortschritten hat freilich der Friedensvertrag von Versailles noch nicht geführt. In der Völkerbundsakte ist lediglich in allgemeinen Worten ausgesprochen, dass die Erben der deutschen Besitzungen in Mittelafrika das Aufhören von Missbräuchen wie Sklaverei, Waffen- und Alkoholhandel zu gewährleisten und Gewissens- und Religionsfreiheit unter keinen anderen Beschränkungen als solchen, die die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und guten Sitten erfordert, zu sichern haben.

4. Aber ein Neues hat der Friedensvertrag bei der Neuregelung der Herrschaftsverhältnisse in Afrika doch gebracht, das ist die völkerrechtliche Schöpfung des Völkerbundsmandats. Wir wollen das hierbei für die Ententemächte massgebende politische Motiv, die gewaltsame Wegnahme des deutschen Besitzes juristisch des Odiums der Annexion zu entkleiden, hier übergehen und uns lediglich mit dem völkerrechtlichen Gehalt der Neuordnung beschäftigen. Die mit der Kongoakte gemachten Erfahrungen lehren, dass es zweckmässig ist, völkerrechtliche Bürgschaften für die Erfüllung der allgemeinen Zivilisationspflichten der Kolonialmächte aufzustellen. Zu diesem Zwecke ist vorgeschlagen worden, an die Stelle des nationalen Einzelbesitzes ein internationales Kondominium über die Kolonien zu errichten mit einer internationalen Aufsichtsbehörde und einem internationalen Verwaltungsapparat. Doch ist dieser Vorschlag aus guten Gründen, zumal mit Hinweis auf das völlige Fehlschlagen ähnlicher früherer Experimente, allseitig abgelehnt worden. Statt der Internationalisierung hat man in Versailles den Weg gewählt, einzelnen Nationen im Namen des Völkerbunds „die Vormundschaft" über bestimmte Kolonien und die darin wohnenden Völker zu übertragen. Die erwählten Nationen sind als Beauftragte, als „Treuhänder" des Völkerbunds diesem gegenüber für die Verwaltung der übernommenen Kolonialgebiete nach den vom Völkerbund aufgestellten Grundsätzen verantwortlich.

In folgerichtiger Durchführung dieses Gedankens hatte die deutsche Regierung in Versailles vorgeschlagen: alle Kolonien, die nicht das Recht der Selbstverwaltung besitzen, der Überwachung durch ein zu errichtendes Weltkolonialamt zu unterstellen und für alle diese Kolonien bindende Regeln zu schaffen über den Schutz der Eingeborenen gegen Sklaverei, Alkohol-, Waffen- und Munitionshandel, Volksseuchen, Zwangsarbeit und Zwangsenteignung, über die Fürsorge für Gesundheit, Erziehung und Wohlstand der Eingeborenen, über Gewährung der Gewissensfreiheit, über die Sicherung des Friedens durch Neutralisierung und Verbot der Militarisierung und über die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung.

Von diesem umfassenden Programm, dessen tiefgreifende Wirkung auf die gesamte Entwicklung Afrikas unter europäischer Herrschaft nicht zu verkennen ist, sind in Versailles nur verschwindende Bruchteile verwirklicht worden. In materieller Hinsicht ist man, wie bereits geschildert, mit dem „Mandatssystem" nicht wesentlich über die Regeln der Kongoakte und der erwähnten späteren Verträge hinausgekommen; der Grundsatz der Handelsfreiheit ist durchbrochen. Als mögliche Träger kolonialer Völkerbundsaufträge in Afrika kommen satzungsgemäss nur Mitglieder des Völkerbunds, also bis auf weiteres nicht Deutschland, in Betracht; praktisch aber werden nur das britische Reich, Frankreich und — mit einem kleinen Stück von Deutsch-Ostafrika — Belgien berücksichtigt, also nur diejenigen Staaten, die schon den Löwenanteil an Afrika besitzen und die militärische Eroberung der deutschen Kolonien durchgeführt haben. Denn — und das ist die bedeutungsvollste Einschränkung des Mandatsprinzips — sein örtlicher Geltungsbereich in Afrika erstreckt sich nur auf die früher deutschen Schutzgebiete; in den Stammkolonien der übrigen Mächte bleibt alles beim alten. Aber auch hinsichtlich der deutschen Kolonien wird das Mandatssystem nicht etwa konsequent und gleichmässig durchgeführt. So soll Deutsch-Südwestafrika, mit dessen Verwaltung die südafrikanische Union „beauftragt" wird, zum integrierenden Bestandteil dieses Staatswesens gemacht und nach dessen Gesetzen verwaltet werden. Auch für Kamerun und Togo, die England und Frankreich unter sich teilen und ihren benachbarten älteren Kolonien zuschlagen, werden sich Abschwächungen des Prinzips unausbleiblich ergeben. Nur Deutsch-Ostafrika, das, ausser einem kleinen Zugeständnis an Belgien, unter englische Verwaltung kommt, wäre demnach reine Mandatskolonie.

So bleibt bei näherer Betrachtung von dem erwarteten Fortschritt des Völkerrechts nur ein schwacher Ansatz übrig. Er ist ein Kompromiss zwischen den beiden hauptsächlichsten Tendenzen, die, von sehr ungleicher Stärke, nebeneinander und gegeneinander wirkend, jetzt und in absehbarer Zukunft das Schicksal Afrikas und der Afrikaner bestimmen: den nationalen Sonderinteressen Frankreichs und des britischen Imperiums auf der einen, und dem gemeinsamen Interesse der europäischen Kulturvölker auf der anderen Seite.

V.

Die gewaltsame Ausschliessung Deutschlands aus Afrika hat einen auf die Dauer für Deutschland unerträglichen Zustand geschaffen. Seine wirtschaftliche Struktur — Industrialisierung infolge Übervölkerung — macht es für Deutschland zur gebieterischen Notwendigkeit, einen eigenen Anteil an den Rohstoffgebieten der Erde zu haben. Diese Notwendigkeit wird noch verstärkt durch die schweren Lasten, die es infolge des verlorenen Krieges zu tragen hat. Es gilt heute in erhöhtem Masse, was vor Jahrzehnten der französische Kolonialpolitiker Leroy Beaulieu in die Formel gebracht hat: Deutschland wird kolonisieren oder zugrunde gehen. Für die Befriedigung dieses elementaren Bedürfnisses kommt aber in der Hauptsache nur afrikanisches Kolonialland in Frage.

Es kann nicht im Interesse der Kulturmenschheit und des Weltfriedens liegen, wenn einem so zwingenden Lebensbedürfnis des immer noch menschenreichsten europäischen Kulturvolks dauernd jede Befriedigung mit Gewalt versagt wird. Auch vom rein afrikanischen Standpunkt bedeutet die gänzliche Ausschaltung des deutschen Kulturfaktors eine bedauerliche Verarmung.

Die einmütigen Erklärungen der deutschen Regierung und sämtlicher Parteien der deutschen Nationalversammlung mit alleiniger Ausnahme der unabhängigen Sozialisten lassen keinen Zweifel darüber, dass Deutschland den unter nichtigen Vorwänden erzwungenen Verzicht auf seinen afrikanischen Anteil nie als zu Recht bestehend anerkennen wird. Vielmehr wird es eines der wichtigsten Ziele der deutschen Aussenpolitik sein, eine Revision des Friedensvertrags zu erreichen, durch die es wieder in den Besitz afrikanischen Koloniallandes gesetzt wird. Es könnte dies völkerrechtlich in der Form geschehen, dass Deutschland, als Mitglied in den Völkerbund aufgenommen, von diesem Verwaltungsaufträge über afrikanische Gebiete erhält.

---

44. Abschnitt.

Japans Vormacht-Stellung im Osten.

Von Generalmajor z. D. Dr. **Karl Haushofer,**
Privatdozent an der Universität München.

Literatur:

Die zu Band II, I, 7 und II, 15 genannte. Als Übersichtskarte: Prof. Dr. Paul Langhans, Die Beziehungen Japans zum Auslande, Petermanns Geogr. Mitteilungen 1915, Tafel 27. Für Einzelkarten wichtiger Häfen, Eisenbahnen am leichtesten erreichbar: Official Guide to East Asia d. Kais. Jap. Staats-Eisenbahnen, vier Bädekerartige Bände: Mandschurei und Korea, Eigentliches Japan, Eigentliches China, Hinterindien und Inseln, einschl. Philippinen, Südsee und Niederländisch Indien, nach neuesten Aufnahmen, Engl. 1917 abgeschl. — Richthofen, Das Meer und die Kunde vom Meer, Berlin 1904.

Um die Grundlagen von Japans Vormacht-Stellung im Osten nach dem Frieden auf ihren dauernden Gehalt an Geist und Stoff abschätzen zu können, muss zuerst die Frage entschieden werden, auf welchem Erdraum und innerhalb welcher Grenzen sie Anspruch auf Anerkennung stellt, wo dieser Anspruch wirklich gilt, und wo er gefürchtet wird. Weder der Begriff Ostasien, noch der den Angelsachsen geläufige des Far East sind ganz feststehend. Far East und Far West überschneiden sich in Hawaii, wohl auch an der Datum-Grenze. Von dort also reicht die weiteste Fassung des „Ostens" bis zu den abflusslosen Gebieten Zentralasiens, den westlichen Wasserscheiden der grossen chinesischen Ströme. Im Süden schränken ihn Australasien und Oceanien ein, enger noch die amerikanische Machtlinie Hawaii-Guam-Philippinen; aber schon Namen, wie das französische Indochina verraten die nach der Zugehörigkeit schwankende Eigenschaft weiter Übergangsgebiete.

Im Norden versuchte der russische „Dalny wostok" seine Wachstums-Spitzen bis in die nordchinesische und Japan See vorzutreiben; sie wurden zurückgeschnitten, die Mandschurei, die östliche Mongolei und Sachalin gingen Russland wohl endgültig verloren, und durch sein Zurückweichen wurde Raum für Neubildungen.

Dieser ganze weite Erdraum wird von seinen Einwohnern, etwa einem Viertel der Menschheit, als „Ostasien", eine überstaatliche Kultur-Einheit empfunden und angesehen. Er lebte in dreitausendjähriger geschichtlicher Gemeinschaft fast völlig autarkisch, in Kultur und Wirtschaft in allem wesentlichen sich selbst genügend — abgesehen von seiner religiösen Befruchtung durch Indien — und wäre wohl heute noch fähig, in diesen Zustand zurückzupendeln. Darin standen bis zum gewaltsamen Aufbruch von 1842 (Opium-Krieg gegen China) und 1854 (amerikanische Erschliessung Japans) die kontinentale Vormacht des chinesischen Reiches und der japanische abgeschlossene Inselstaat mit Ausnahme weniger feindlicher Randberührungen friedlich nebeneinander. Im gleichen Raum besitzt heute Japan eine durch völkerrechtliche Verträge anerkannte Vormacht-Stellung in den früher russischen Küstengewässern, auf Sachalin, in Korea, der Mandschurei und östlichen Mongolei; in China selbst in Schantung und anderwärts durch Verkehrs- und Sonder-Rechte, darunter recht schwerwiegende im Yangtse-Tal und in Fukien. Daran schliesst sich seewärts von der Formosa-Strasse, das Philippinenbecken umschliessend, das ehemals deutsche Inselreich bis zum Äquator, in der Südsee, und die Ostgrenze dieses weiten, mehr See- als Land-Raum, aber einen wesentlichen Teil der ostasiatischen Inselbogen einfassenden Gebiets läuft längs der grossen scheidenden Wasserfläche des Grossen Ozeans über Marianen und Bonin-Inseln zum Reichsmittelpunkt Japan zurück, mit ihm zusammen ein dem ostasiatischen Festland abschliessend und beherrschend vorgelagertes Inselbogen-Reich bildend.

Wie die ostasiatischen Inselbogen, das Zerrungsgebiet des westlichen Grossen Ozeans, eine einzigartige Erscheinung im Antlitz der Erde sind, so ist es auch die der beherrschenden Macht dieses Gebiets zufallende Vermittlerstellung; sie musste sichtbar werden, sobald der Grosse Ozean seine volle Bedeutung für den Weltverkehr erlangte, der erst durch die Einbeziehung des Grossen Ozeans im vollen Umfang zum Weltverkehr wurde. Auf der geographischen Gunst der Lage des Reichskörpers und der unbewussten Ausnützung der glücklichen Rassenmischung aus dem Südvolkeinschlag der Malaien, dem mongolischen (chinesischen und koreanisch-mandschurischen) und palaeo-asiatischen Zufluss, (die für jedes der entscheidenden asiatischen Völkerelemente Verständnis verleiht) beruht das jähe Erkennen und der schnell wachsende Ausbau dieser Vermittler-Stellung mit ihrer vollen Ideen-Gewalt. Sie hat weit mehr für die Grundlagen der japanischen Vormacht-Stellung in Ostasien, ja im ganzen Grossen Ozean geleistet, als die tatsächlichen Macht- und Wirtschafts-Unterlagen, die als Träger einer in der Volksseele lebendigen, geistig starken und geographisch begründeten Vormacht-Idee, als ihre Stützen nun betrachtet werden sollen, deren Wunsch fest im Glauben von etwa sechzig Millionen eines im Ganzen zurzeit über 75 Millionen umschliessenden Volkskörpers, der rassen-einheitlichsten staatlichen Lebensform der Erde wurzelt.

Die Wehrmacht zur See ruht auf einer seefahrenden Bevölkerung von etwa zwei Millionen, die ausschliesslich oder vorwiegend ihren Erwerb aus dem Meere ziehen, auf dem Bewusstsein des ganzen Volkes, dass es auf Seeernährung angewiesen ist und keine seiner wirtschaftlichen Aufgaben ohne freien See-Transport erfüllen kann. Sie beruht ferner auf einer hervorragenden Küsten-Entwicklung und weiten, in unmittelbarer Reichweite beherrschten Seeräumen, darunter ein vollkommen eingeschlossenes und doch für den Grossverkehr durchgängiges Binnenmeer, die Inlandsee, und ein ohne Überwältigung der japanischen Seestreitkräfte für feindliche Schiffe nicht zu befahrendes Randmeer, die Japansee, durch die immer freier Verkehr nach dem asiatischen Festland sichergestellt ist. Ein Aushungern Japans oder ein Abschliessen von seinen Rohstoff-Gebieten, soweit die eigenen nicht ausreichen, ist also ohne völlige Überwältigung seiner Seemacht ausgeschlossen. Die Flotte hat zurzeit eine Stärke von etwas über 500 000 T.: 13 Linienschiffe, 7 Schlachtkreuzer, 9 Kreuzer erster Klasse und 14 zweiter Klasse. Diese Stärke muss aber relativ abgeschätzt werden, denn die geographische Eigenart des Inselreichs bringt es mit sich, dass jede feindliche Flotte mit grossen Ersatzschwierigkeiten rechnen muss, und schon verbraucht vor seinen Küsten ankommt. Dort aber steht sie vor der Zwangslage, sich zu jedem operativen oder taktischen Handeln

teilen zu müssen, während sie selbst jederzeit gewärtig sein muss von der vereinigten japanischen Flotte angegriffen zu werden, der dabei alle besonderen Hilfsmittel zu Gebote stehen. Es genügt also zu einer erfolgreichen Abwehrschlacht auf kurze Stossweite, mit vernichtenden Folgen für den heimatfernen Gegner, die halbe Flottenstärke und weniger gegenüber jeder angreifenden Seemacht, wenn nur lebende und technische Streitmittel in jeder Einheit höchsten Wert besitzen, und — wovon jeder wirkliche Kenner überzeugt ist — von Männern geführt werden, die vom Opfergeist glühender Vaterlandsliebe erfüllt sind und über alle technische Erfahrungen der Neuzeit verfügen. Auf die besondere Abwehrstärke der einzigartigen japanischen Küstenverteidigung kann hier nur hingewiesen werden.

Die Wehrmacht zu Land verfügt zurzeit über zweiundzwanzigeinhalb Linien- und ebensoviele Rückhalt- und Landwehr-Divisionen, alle einheitlich organisiert und durch eine überaus zweckmässige Mobilmachung bereitgestellt; mit reichen Offiziersbeständen, jungen Führern und einer geeigneten Auswahl aus dem am meisten tauglichen Nachwuchs. Diese Auslese ist möglich in einem Lande, wo die Wehrkraft nicht annähernd voll angespannt ist, sondern sich auf Einstellung der körperlich Tüchtigsten und Freiwilligen beschränkt, wo ausserdem durch eine sorgfältig vorbereitende Jugenderziehung dem Heeresdienst viel von seinen drückenden Seiten erspart bleibt. Das Zusammenwirken von See- und Landstreitkräften ist wohl vorbereitet, geschult und geläufig; ebenso der Seetransport, für den einheitliche Typschiffe sichergestellt sind.

Hinter diesen Wehrkraft-Zahlen steht die noch vorhandene, wenn auch schon bis an die Grenzen ihrer Leistung angespannte Wirtschafts- und Ernährungs-Autarkie des Reiches, und die Tatsache, dass diese auf dem Papier stehenden Zahlen nicht Höchst- sondern Mindest-Werte bedeuten und einer grossen Entfaltung fähig sind.

Eine Vaterlandsliebe von religiöser, metaphysisch verankerter Kraft, ein ganz einzigartiges Verhältnis zur Landesgeschichte und den vergeistigten Vorfahren, die ganze Zähigkeit des Gefüges in einem Land, das in mehr als zweitausend Jahren zwar manche Umformung und Erneuerung, aber nie einen Bruch mit seiner Geschichte erlebte, nie einen Feind auf seinem Boden sah, erfüllt die lebenden Streitmittel des Reiches mit einem Geist, der alle Zahlen zu vollen Werten macht. Das Inselreich in seinem vollendet zusammengeschweissten Rassengefüge, erfüllt von glühendem Lebenswillen und unbegrenzter Opferwilligkeit für die Aufrechterhaltung seines Daseins als unabhängige Lebensform auf seinem Inselbogen, kann auch von nüchterner Sachkenntnis bei deren Verteidigung als unangreifbar und unüberwindlich bezeichnet werden — und zwar, einstweilen noch, nicht nur für fremde Gewalt, sondern auch für moralische Zersetzungsversuche von aussen her. Es müsste jetzt noch, um so, wie etwa Deutschland niederzubrechen, Familie für Familie ausgemordet werden, wie die stammverwandte Bevölkerung der Marianen in dem dreissigjährigen Chamorro-Kriege durch die damalige spanische Weltmacht.

Es bleibt die weltpolitisch entscheidende Frage zu untersuchen, welche Werbekraft im Frieden und welche Schlagkraft bei feindlicher Berührung dieses Reich über den Rahmen des reinen Abwehr- und Daseins-Kampfes hinaus (den ihm bei wachen Sinnen niemand aufnötigen wird) entfalten kann, soweit es aus seinem engeren ostasiatischen Interessenkreis in die grosse Weltpolitik hinausschreitet, welche Willenskraft also in jedem einzelnen Fall hinter seinen Ansprüchen steht. Auf welchen Umkreis erstreckt sich die Erkenntnis der breiten Volksschichten, dass eben Notwendigkeiten des Reiches zu verteidigen sind? Wie weit sind darüber hinaus entscheidende und entschlossene Willenshandlungen von Mehrheiten für Ausdehnungszwecke zu erwarten?

Die ganze Lebenskraft, die volle Abwehrstärke hätte zweifellos gegen sich, nicht nur, wer versucht, einer der eigentlichen Reichsinseln zu nahe zu kommen, sondern auch, wer in die meerumspannende Entwicklung um die Japan-See eingreift, wer die Küstenfischerei-Gebiete des ochotskischen Meeres der Kurilen und der Gewässer von Sachalin stört und wer versucht, sich über die Strasse von Formosa und den Riukiu-Bogen an die nordchinesische Gegenküste heranzuschieben. Darüber hinaus bieten im Nordwesten der Abschluss gegen die Ostmongolei und Nordmandschurei, wie er durch die autonomen japanischen Eisenbahnzonen bezeichnet wird, im Südosten der ehemalige deutsche Inselkranz ein kaum ohne feindliche Berührung zu betastendes Übergangsgebiet,

in dem die Abwehrkraft des Gesamtreiches noch einheitlich wirken würde. Schon zweifelhaft bleibt die Frage, ob das Gleiche für den Handels- und Industrie-Wettbewerb im Jangtse-Gebiet gilt.

Jenseits dieses äusseren Reichsrahmens aber scheiden sich die Interessen und mit ihnen die werbende Kraft. Der Volksinstinkt drängt in Auswanderung und Ausdehnung nach den warmen Meeren und südlichen Inseln, ist der Träger der ozeanischen Entwicklung, und geht bisweilen so weit, zu verkünden: Je weniger Festland, desto besser! In der Richtung gegen Nordwesten will er nur Sicherungs- und Ausbeutungs-Ziele, keine Eroberungspläne verfolgen. Die auswärtige Politik der bis heute noch leitenden, aber langsam von der Herrschaft zurückgedrängten Kreise aus der Meijizeit hingegen folgt festlandwärts der Linie des schwächsten Widerstandes: sie möchte das meerumschliessende Reichsideal um die Japansee ausbauen, die Vorherrschaft in Nordost-Asien festigen, und auf lange Zeit einen modus vivendi mit den grossen angelsächsischen Mächten ohne feindliche Überschneidung erhalten. Die Wünsche dieses Kreises (genro) gehen nach der Mandschurei und Mongolei und dem damit verbundenen Ausbau der mehr auf das Landheer gestützten Stellung, nach friedlicher Durchdringung des Ostbaikal-Gebietes und Amur-Landes mit gleichzeitigem Vorschieben der Eisenbahnpolitik dorthin, wobei freilich die zweifellose, von Japanern und Russen anerkannte wirtschaftliche Überlegenheit des chinesischen Siedlers hemmend dazwischentritt. Hat doch allein in der Mandschurei die innere chinesische Kolonisation zwölf Mill. Menschen neu unterzubringen verstanden, denen nur 300 000 Japaner gegenüberstehen. Ein klarer Beweis, dass die Abneigung des japanischen Siedlers, als Ausläufer einer Süd- und Inselrasse, gegen das Festland-, Hochebenen- und Nord-Klima als einziges, aber sehr schwer wiegendes Gegengewicht sich dieser amtlichen Aussenpolitik entgegenstemmt.

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, in welchem Lager die Träger des Zuges nach Süden, der meerübergreifenden panasiatischen Ideen zu finden sind, in welchem andern die Verteidiger der Ausdehnung nach Nordwesten, des Weiter-Handelns im Sinne der englisch-japanischen Allianz, und der die Ostwanderung einschränkenden Abkommen mit Amerika. Dieser Gegensatz durchzieht nicht nur die gesellschaftliche Schichtung, und zwar die geschichtlich gewordene, wie die wirtschaftlich gebaute, die Parteien und Erwerbsgesellschaften; er klafft auch regional, indem die Bevölkerungs-Gebiete mit dem grössten Volks- und Siedelungsdruck, und daher dem stärksten Auswanderungstrieb, mit Volksdichten an und über 200 Einwohnern auf den qkm, zugleich die mit überwiegendem Südrassen-Einschlag, dem lebhaftesten politischen Anteil, dem klarsten Ausdruck ihrer politischen Willensbildung im Parteiwesen sind: die Süd-West-Gebiete der Inlandsee. So wenden im allgemeinen das Gesicht gegen Nordwesten die alten Beamten, die Führer des Landheeres aus den westlichen (Choshu) und nördlichen Clanen, die aus ihnen hervorgegangenen Parteien (Rikkendoshikai und andere) die politisch weniger tätigen, nur etwa in Landbau-, Viehzucht- und Petroleum-Interessen (Echigo) vertretenen Nordprovinzen, die mächtigen Eisenbahngesellschaften, vor allem die südmandschurische mit ihrem gewaltigen Beamtenheer, und die ihr verschwägerten, erfolgreichen Kohlengesellschaften der Mandschurei und Nordkoreas (Fushun, Yentai, Pensihu). Den „Zug nach Süden und über See" aber vertreten die flottenbeherrschenden Leute von Satsuma, die ein politisches Bündnis mit der stärksten parlamentarischen Partei, der Seyukai, eingegangen sind, ferner die Auswanderungsgesellschaften, Werften und Seetransportgewerbe, Reederei und Grossfischerei (grosse Wähler-Zahlen!) und ein beträchtlicher Teil der temperamentvollen und radikalen Presse. Bezeichnend ist, dass der in politischen, demokratischen Anschauungen den Angelsachsen nahestehende, „fortschrittliche" Teil der Bevölkerung sich in seinen auswärtigen Wunschzielen mit ihnen überschneidet, der „autoritäre, konservative" und deshalb namentlich von Amerika befehdete sich darin mit ihnen deckt.

Aber es ist kein Zweifel, dass sich in der Stärke dieser Parteien Umwertungen vollziehen, und dass die künftige Werbe- oder Schlag-Richtung Japans innig zusammenhängt mit dem künftigen Parteienspiel. Dieses hat sich — ganz ähnlich, wie im England des siebzehnten Jahrhunderts — so entwickelt, dass die Parteien, noch beim Tode des Meiji-Kaisers (1912) Frontornamente oligarchischer Machtgruppen, sich immer mehr zu organischen Bestandteilen umgebildet und zu einem ähnlichen Machthebel umgestaltet haben, wie er als letzter Ausdruck des Willens führender Volksschichten im Wechsel der Verantwortung den Aufschwung des englischen Weltreiches geleitet hat.

Werbekraft und Stosskraft der führenden ostasiatischen Macht wird also nur richtig in seine politischen und wirtschaftlichen Berechnungen einsetzen können, wer sich die Mühe nimmt, die inneren Kräfte, die hinter ihren einzelnen Zielen stehen, genau so aufmerksam zu verfolgen, wie man das in England und Amerika tun muss, und sich niemals der Täuschung hingibt, dass man es mit konstanten Grössen zu tun habe.

Diese Betrachtungsweise, die uns in Deutschland so unendlich geschadet hat und die völkerpsychologische Fühlung mit den schaffenden Kräften fremder Völker verlieren liess, ist ein aus falscher Einstellung und kleinräumiger Betrachtung fliessender Irrtum.

Ein weiterer Irrtum ist die Unterschätzung der Evolutionsfähigkeit, die Inselreichen im allgemeinen und dem japanischen im besonderen eigen ist, und ihrer Möglichkeit, gerade aus ihrer nationalen Charakterstärke heraus, Kompromisse zu schliessen, ohne sich zu vergeben, ihre politische Fahrtrichtung zuweilen elastisch umstellen und auf günstigeren Wind warten zu können. Die japanischen politischen Lebensformen im Grossen und Kleinen (Reich, Partei, Eisenbahn- und Aktien-Gesellschaft, Han (Clan) und Familie) haben sehr gute Nerven. Sie verstehen es, Wünsche und Ziele auf lange hinaus zurückzustellen, ohne sie aus dem Auge zu verlieren, Ideen vorzuspannen und geistige Strömungen als Kraftquellen zu benützen und vorübergehend wieder auszuschalten. Dabei weiss man sich eines verständnisvollen Mitgehens der Gefolgschaft sicher und hat es deshalb nicht nötig, solche Umstellungen anders, als mit halben, nur im innern Kreis verständlichen Andeutungen zu begleiten und zu erklären.

Als Triebkraft der Ausdehnung bedarf der, wie schon erwähnt, sehr ungleiche Bevölkerungsdruck kurzer Erläuterung: am höchsten ist er in den mediterranen Inselteilen um die Inlandsee (etwa 200), und sinkt ebenso nach Norden (Nord-Honshu 96, Hokkaido 12, Sachalin unter 1), wie Nordwesten (Korea 62, Mandschurei Süd 32, Mitte 4—8, Nord unter 1) rasch ab, wie nach Süden (Kiushu 190, Riukiu 100, Formosa 90, Philippinen zwischen 70 und 10, Durchschnitt 25). Entsprechend dem Druck liegen die Haupt-Auswanderungsgebiete mit den wichtigsten Menschen-Ausfuhrhäfen in der westlichen Binnensee, auf Kiushu und im Winkel von Osaka. Dort hat der Ausdehnungswunsch seine Wurzeln, von dorther bezieht er seine publizistische und wirtschaftliche Kraft, die in Tokio einen guten Nährboden findet, und stärkere Förderung in der Presse, als wirtschaftliche Notwendigkeit gebieten würde. Die Zeit des ersten Fühlbarwerdens dieses Bevölkerungsdrucks — wodurch das Reich vor dem Zwang stand, Menschen oder Waren auszuführen und noch nicht ausreichend Waren erzeugte — fiel zusammen mit einer Zeit grossen Arbeiterbedarfs im Plantagen-Inselgebiet Hawaii mit schwindender Urbevölkerung. Aus diesem äusseren Anstoss ist die japanische Wanderbewegung über den Grossen Ozean herzuleiten, die dann nach Amerika weiterflutete, und von dort abgestossen, in planmässigem Zusammengehen mit der japanischen Regierung nach Südamerika übergeleitet wurde. Die tatsächlichen Zahlen stehen aber gar nicht in Verhältnis zu dem Aufsehen, das die japanische Auswanderung durch die Scheu vor der aufstrebenden Grossmacht übertrieben, auf den Gegen-Gestaden des Grossen Ozeans hervorruft, das aber allerdings durch die Furcht der Union vor der Entwicklung einer zweiten Rassenfrage begreiflich wird. Gerade am Grossen Ozean liegen eben Bevölkerungsdruck-Gebiete und menschenarme, an ertragreichem Land und Erwerbsgelegenheit überreiche Saug-Gebiete, Tieflohn- und Hochlohn-Wirtschaftskörper unvermittelt gegenüber. Die Vormacht mit ausgesprochener Vermittlerstellung wirkt nur am auffälligsten; an sich sind die chinesischen Wanderzahlen wirtschaftlich viel bedeutsamer (1918 hatte die Zahl der Japaner in Nordamerika 175 000 nicht überschritten, in der ganzen Mandschurei und Mongolei befanden sich nur 300 000 gegen fast 13 Mill. Chinesen, und das Zahlenverhältnis bei der Wanderung nach Südostasien ist ähnlich). Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch den ostasiatischen Mächten aus der vermehrten Berührung Gefahren erwachsen: Steigerung ihrer auf ein Mindestmass eingestellten Lebenshaltung durch Vervielfältigung der Bedürfnisse, Störung ihres sozialen Gleichgewichts und inneren Gefüges durch Zusammenstoss mit dem freien, wie mit dem staatssozialistischen Wirtschafts-Wettbewerb des Westens, aus alledem hervorgehend eine allgemeine Steigerung der wirtschaftlichen Spannung. Reis-Decke und Meer-Ernährung, Kohlen-, Fracht- und Erz-Zufuhr lassen nur die empfindlichsten Stellen erkennen. Der wahre Manometer der wirtschaftlichen Spannung ist die Reisfrage: Preis, Vorrat und Verteilung dieses

Gegenstücks zu unserm täglichen Brot. Reis ist freilich längst nicht mehr das tägliche Brot des kleinen Mannes. Doch kann das Mass von 1 Koku (1,8 hl) als durchschnittlicher Verbrauch auf den Kopf festgehalten werden. Das Ernährungsgleichgewicht kann als vorhanden angenommen werden, wenn dieses Mass gewährleistet ist, als gestört um den Grad, in dem es daran fehlt. Die Reisernten, wenn auch zunehmend im Steigen, können dem raschen Wachstum der Bevölkerung nicht folgen, so sehr intensiver Bodenbau, höchste Ausnützung des kleinverteilten Grundbesitzes für den Reisbau, diesem Bedarf Rechnung trägt. Reisunruhen bedeuten deshalb für Japan das Gleiche, wie die Getreideunruhen für Rom.

Altjapan selbst ist wasserreich, deshalb so reich an Nähr- und Nutz-Pflanzen, wie an Wald und elektrischer Kraft (schätzungsweise 3 500 000 H.P.). Es ist aber auch sehr gebirgig, deshalb in der Anbaufläche beschränkt, und doch arm an Eisen und Kohle. Es liefert wohl das Notwendige, aber nirgends Überfluss, ausser an Kupfer, Schwefel und Mineralsalzen. Die Nordinseln steuern Eisenerz bei und eine Kohle, die etwas besser ist, als die schlechte von Kiushu, auch Petroleum, das sich ausserdem in Hondo findet. Einen ersten Wandel zum Überschuss-Gebiet erfuhr das Reich durch den Erwerb von Korea, das voll ungehobener Bodenschätze steckt, und durch sein Kohlen- und Eisen-Monopol in der Mandschurei, die ausserdem das Stapelgut der Bohnenkuchen und Öle beisteuerte, wie Formosa seinen Zuckerreichtum und das Kampfermonopol. So kam zu den alten Gegenständen der Ausfuhr: Seide, Tee, Töpfereien und sonstige kunstgewerbliche Erzeugnisse, nach einer kurzen Periode der Menschen-Ausfuhr, bald die Möglichkeit, selbst zuerst Rohstoffe auszuführen und selbst zu befördern und an die Entwicklung einer weltkonkurrenzfähigen Veredelungsindustrie zu gehen, in deren Frühblüte, aber auch erster grosser Krise das Land steht.

Starkes Vorwalten der Meerernährung, durch sie bedingt vielköpfige seefahrende Bevölkerung und ausgebildete Fischerei lieferte die Grundlage für die sprunghafte, klug unterstützte Steigerung des Seetransportgewerbes, das schon als Vermittler der Fushunkohle bis Singapur und Manila, ja den indischen Küstenplätzen und längs der amerikanischen Küste von Seattle bis Chile mit dem angelsächsischen sehr ernsthaft ringt. Dazu kommt, dass im eignen Lande nur ein einziger relativ küstenferner Platz (Kyoto) von Bedeutung im Binnenlande ist, während alle andern Zentren der Grossindustrie am Meer oder doch dem Seetransport leicht erreichbar sind, wie Osaka. In einem ozeanisch so begünstigten Wirtschaftskörper zeigen Aussenergänzung und Überseewirtschaft Lebensnotwendigkeiten nur im unmittelbaren Machtbereich der Gegenküste (in Korea: Erz, Reis, Baumwolle, Küstenfischerei, — Mandschurei: Eisen, Kohle, Bohnen, Kauliang) und des unmittelbar beherrschten Inselbogens (Formosa: Zucker, Tropenpflanzen, Faserstoffe). Daher die Möglichkeit der Autarkie, daher auch der Vorzug, in einer Zeit, die alle andern Grossmächte in ihrer weltpolitischen Gebundenheit und gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit zeigte, rein ostasiatische Erdraumspolitik und Wirtschaft durchführen zu können. Was an Werbekraft darüber hinausgeht, dient der Reservenbildung und Steigerung der Lebenshaltung, sodann der Rücküberflutung mit Kapital, das Japan schnell aus einem Schuldnerstaat in einen Gläubigerstaat mit überschüssiger wirtschaftlicher Kraft, wenn auch in zahlreichen Neuanlagen gebundenen Geldmitteln verwandeln wird. Wohl leidet es noch unter den Folgen der Steigerung der wirtschaftlichen Spannung durch den Krieg, aber ungleich grösser ist die Steigerung der werbenden Kräfte und die Entlastung durch den Druck und Bedarf im Westen, aus dem es fast nichts mehr unbedingt nötig braucht, dem es aber seinerseits Nötiges abzugeben vermag, und dem es vor allem durch seine immer noch um etwa ein Fünftel billigere Lebenshaltung sowohl das Seetransport-Geschäft, wie auch den Eisenbahnbau auf dem ostasiatischen Festlande abringen könnte.

Das ist eine Entwicklung, die erst am Anfang steht (der englischen ganz ähnlich) die Richthofen vorahnend erkannt und eingeschätzt hat, als die frühen Zustände einer nachher gross gewordenen Seemacht.

Register.